



<http://zeitgeschichte-digital.de/Doks>

Frank Bösch

**Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei (1945-1969)**

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok.1.680>

Reprint von: Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei (1945-1969), Stuttgart/München, Deutsche Verlags-Anstalt (DVA), 2001, 587 S. ISBN: 978-3-421-05438-8

Frank Bösch

# Die Adenauer-CDU

Gründung, Aufstieg und  
Krise einer Erfolgspartei  
1945 – 1969

Deutsche Verlags-Anstalt  
Stuttgart München

## Inhalt

### **Das Erfolgsmodell CDU – einige Vorbemerkungen 7**

#### **I. Vom Milieu zur Parteigründung: Die Entstehung der CDU 21**

1. Gründungen im katholischen Raum 22
2. Protestantisch geprägte Gründungen 35
3. Erste Konsolidierungsversuche 51

#### **II. Blockbildung rechts von der SPD: Auf der Suche nach einem gemeinsamen Kurs 73**

1. Sammlungsversuche in der Besatzungszeit 74
2. Adenauer und der Weg zur Bonner Koalition 84
3. Die »Gleichschaltung« der Landesverbände  
nach der ersten Bundestagswahl 96

#### **III. Im Strudel konfessioneller Querelen: Die Bewältigung von Rückschlägen 109**

1. Partei mit katholischer Personalpolitik? 110
2. Streit um die Wiedervereinigung 118
3. Grenzen katholischer Kompromißbereitschaft:  
die Bekenntnisschule 127

#### **IV. Die Sammlung des bürgerlichen Lagers 139**

1. Von Bonn bis in die Provinz:  
Bündnispolitik bis zum rechten Rand 139
2. Erfolg durch überlegenen Wahlkampf 148
3. Über Krisen zur absoluten Mehrheit 161
4. Kalkuliertes Abwerben:  
Die Einbindung der Kleinparteien 174

## V. Politische Integration mit Spendengeldern: Der Aufbau des CDU-Finanzsystems 195

1. Fördergesellschaften als Träger der bürgerlichen Sammlung 199
2. Parteieigene Steuerschleuse: Das Wirtschaftsbild 215
3. Parteiinterne Folgen der Spendenfinanzierung 221

## VI. Die Organisation einer informellen Partei 236

1. Adenauer und die Organe der Bundes-CDU 237
2. Die offizielle und informelle Führungsspitze 250
3. Partei der Länder? Die regionale Verankerung der CDU 267

## VII. Die Einbindung von Gesellschaftsteilen 283

1. Berufs- und Statusgruppen 284
2. Frauen in einer männlichen Partei 299
3. Die Junge Union 312
4. Vom Hirtenwort zum EAK: Das kirchliche Vorfeld 320

## VIII. Der lange Abschied von der Adenauer-CDU 338

1. Ende der Konfessionsquerelen? 339
2. Umbau der politischen Führung 355
3. Beiträge, Staatsgelder und verdeckte Spenden 369
4. Annäherung an die Brandt-SPD 391
5. Die Einbindung der NPD-Wähler 397
6. Die CDU und Achtundsechzig 402
7. Achtundsechzig in der CDU 408

### Rückblick:

#### Die Integrationspolitik der Adenauer-CDU 419

Dank 431

Anmerkungen 433

Abkürzungen 541

Tabellenverzeichnis 544

Quellen- und Literaturverzeichnis 545

## Das Erfolgsmodell CDU – einige Vorbemerkungen

Die CDU gehört zu den erfolgreichsten Parteien Europas. Über vier Jahrzehnte lang vertrat sie nahezu unangefochten den größten Teil der deutschen Wählerschaft. Ihre europäischen Schwesterparteien zerrieben sich nicht selten an den Folgen der Säkularisierung, an Skandalen oder am Rücktritt ihrer großen Parteiführer. Anders die CDU: Bislang meisterte sie den gesellschaftlichen Wandel ebenso wie ihre Affären oder den Wechsel ihrer Vorsitzenden. Lange galt die Union als organisationslose, katholische Kanzlerpartei, die in ihrer ersten Oppositionsphase auseinanderfallen würde. Tatsächlich hielt sie bis 1998 ihre bundesweiten Ergebnisse mit einer bemerkenswerten Konstanz. Echte Wählereintrüche blieben im letzten Jahrhundert ebenso aus wie das durchaus denkbare Aufkommen von rechtspopulistischen Parteien.

Wer diese Entwicklung verstehen will, muss auf die Geschichte der CDU zurückblicken. Sie zeichnet sich durch einen dreifachen Integrationserfolg aus: Die Union erreichte den politischen Zusammenschluss zwischen Katholiken und Protestanten, sie überwand die traditionelle Zersplitterung des bürgerlichen Lagers, und ihr gelang es, den rechten Rand einzubinden.<sup>1</sup> Das politische Erbe der Weimarer Republik, das die Union dauerhaft umschloss, reichte damit vom katholischen Zentrum über die linksliberale DDP, die nationalliberale DVP, die konservative DNVP, die Heimat- und Interessenparteien bis zum rechtsextremen Wählerpotential der Weimarer Endphase. Bildlich gesprochen wurde die CDU so gleichzeitig zur Partei der protestantisch-konservativen Schleswig-Holsteiner, der katholischen Rheinländer und der liberal geprägten Württemberger. Sie vertrat wesentlich heterogenere politische und soziale Gruppen als die Sozialdemokraten, konnte aber dennoch den Spagat besser meistern.

Die Erfolgsgeschichte der CDU war jedoch weder so geradlinig, wie die Bundestagswahlergebnisse suggerieren, noch war sie zu erwarten. Die Union stützte sich zunächst in hohem Maße auf das katholische Milieu. Ihre politischen Eliten, ihre Organisation und ihre Wählerhochburgen knüpften häufig an das kirchlich geprägte Umfeld der Weimarer Zentrumspartei an. Wahlergebnisse von 50 bis 60 Prozent waren in ka-

tholischen Gebieten keine Ausnahme. In evangelischen Regionen hatte sie dagegen große Schwierigkeiten, eine entsprechende Verankerung zu finden. Das Misstrauen zwischen den Konfessionen, das sich in der frühen Bundesrepublik weiter verstärkte, erschwerte den politischen Schulterschluss. Vielen bürgerlichen Protestanten galt die CDU als zu katholisch. Als 1950 die alliierte Parteilizensierung entfiel, spiegelte sich dies bei den Landtagswahlen wieder. Im protestantischen Niedersachsen etwa gelangte die CDU etwa mit nur neun Prozent der Mandate als fünftstärkste Partei in den Landtag. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die konservative Deutsche Partei, die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei und die Vertriebenenpartei BHE stellten hier mehr Abgeordnete. In Bremen blieb sie ebenso klein. In Hessen entschied sich fast ein Drittel der Wähler für die Liberalen. Die Union erhielt dagegen ebenso wie in Schleswig-Holstein nur knapp 20 Prozent. Und in Baden-Württemberg erzielte sie zwar etwas bessere Ergebnisse, wurde aber auch hier in den evangelischen Wahlkreisen häufig von den Liberalen überflügelt.<sup>2</sup> Die Startschwierigkeiten waren damit unübersehbar. Und selbst als Konrad Adenauer bei den folgenden Bundestagswahlen reüssierte, wurde seine Partei in vielen evangelischen Regionen weiterhin misstrauisch als trojanisches Pferd der Katholiken gesehen. Wie Kurt Georg Kiesinger sich später erinnerte, kursierte dort die Auffassung, das wahre Gesicht der CDU zeige sich, wenn man ihren Parteinamen rückwärts auflöse: »Und Dennoch Centrum«.<sup>3</sup>

Der Erfolg der CDU hing davon ab, in welchem Maße sie die bürgerlich-protestantischen Wähler dauerhaft gewinnen konnte, ohne ihre katholische Ausgangsbasis zu verlieren. Erst dieser interkonfessionelle Schulterschluss verhalf den Christdemokraten dazu, sich bundesweit der absoluten Mehrheit anzunähern. Und erst diese Liaison ermöglichte es der Union, die gesellschaftliche Entkirchlichung seit den sechziger Jahren zu überstehen. Denn nun konnten die neuen evangelischen Wähler die ersten Verluste bei der katholischen Arbeiterschaft ersetzen, die sich im Zuge der Milieuerosion von der Union abwandte.<sup>4</sup>

Das vorliegende Buch erklärt diese Integrationsleistung der CDU im Rahmen einer Parteigeschichte. Bislang wurde der breite Unionserfolg vor allem mit äußeren, parteiexogenen Faktoren gedeutet: Die Folgen von Krieg und Diktatur, die Besatzungspolitik, das Wirtschaftswunder, den Kalten Krieg und die Fünfprozentklausel im Wahlrecht hob man zurecht als Katalysatoren für ihren Aufstieg hervor. Ebenso war nicht zu übersehen, dass die Beliebtheit von Konrad Adenauer und die Erfolge seiner Regierung den Ausbau ihres Wählerpotentials erleichterten. Frühzeitig sprach etwa Arnold Heidenheimer deshalb von den »Adenauer-

Wählern«.<sup>5</sup> Die CDU selbst wurde dagegen als Kanzlerwahlverein oder Honoratiorenpartei bezeichnet, die über keine nennenswerte Organisation verfügte und daher wenig zum Wahlerfolg beitrug.<sup>6</sup> Eher sah man das Fehlen einer festen Parteistruktur als Vorteil. Die CDU habe danach lediglich ein gemeinsames »Dach« gebildet, das eine unverbundene Koexistenz unterschiedlicher »Hausbewohner« ermöglicht habe.<sup>7</sup>

So einleuchtend diese Befunde sein mögen – sie erklären die komplexe Parteigeschichte der CDU nicht ausreichend. Zum einen erscheint die CDU zu sehr als ein geradezu zwangsläufiges Erfolgsprodukt der gesellschaftlichen Modernisierung, während ihre Parteistruktur vorschnell als ein »Anhängsel« vernachlässigt wird.<sup>8</sup> Zum anderen macht auch die Metapher vom gemeinsamen »Dach« eben noch nicht deutlich, wie eigentlich das gemeinsame Haus aufgebaut und gestaltet war, in dem sich die verschiedenen politischen Traditionen vereinten. Denn offensichtlich hatte dieses Gebilde derartig feste Gemäuer, dass sich die Union auch nach Adenauers Rücktritt und dem Ende des Wirtschaftswunders als stabil erwies und nicht zerfiel.

Mein Buch fragt deshalb, welche innerparteilichen Aktivitäten dazu beitrugen, dass sich die katholisch geprägte CDU zu einer breiten und fest gefügten Partei entwickelte, die auch das bürgerlich-protestantische Lager umschloss. Die CDU wird folglich nicht nur als Ergebnis des Modernisierungsprozesses der fünfziger und sechziger Jahre gesehen, sondern auch als aktive Kraft, die über die Regierungspolitik hinaus ihren Integrationserfolg erarbeitete. Die bekannten äußeren Einflüsse werden damit um einen genaueren Blick auf die Partei selbst ergänzt. Die Grundlagen, Hindernisse und Grenzen ihrer Integrationspolitik auf einer breiten Quellenbasis herauszuarbeiten, ist Gegenstand dieser Studie.

Mit der Partei rückt zwangsläufig eine Person besonders in den Mittelpunkt: Konrad Adenauer. Adenauer ging als erfolgreicher Kanzler in die Geschichte ein, weniger als Parteivorsitzender. Seit langem gehört es zu den Gemeinplätzen der Forschung, dass Adenauer die Partei zugunsten seiner Außenpolitik vernachlässigt habe. Die Parteigeschichte soll zugleich diese Annahme überprüfen. Soviel sei vorweggenommen: Der Titel »Adenauer-CDU« verweist nicht nur auf den Untersuchungszeitraum, sondern formuliert zugleich die These, dass Adenauer als informeller Parteiführer die CDU-Entwicklung maßgeblich prägte. Ich bekenne dabei, dass ich zunächst eine Parteigeschichte plante, die noch stärker von den innerparteilichen und gesellschaftlichen Strukturen ausging. Bei der Archivarbeit kristallisierte sich jedoch zunehmend heraus, welch starkes Gewicht der erste Kanzler wider Erwarten auch innerhalb der Partei hatte. Trotzdem entstand keine Arbeit über »Adenauer und

die CDU«, sondern eben eine kulturhistorisch fundierte Parteigeschichte, die den Einfluss von Personen nicht verkennt.

Der zeitliche Schwerpunkt des Buches liegt auf der Ära Adenauer. Dennoch setzt es bewusst mit der Gründung der CDU ein. So soll einleitend und pointiert verdeutlicht werden, aus welcher unterschiedlichen Keimzellen sich die Union in katholischen und protestantischen Regionen entwickelte. Auf der anderen Seite reicht die Arbeit auch über Adenauers Kanzlerschaft und sogar über sein Ableben hinaus bis in die späten sechziger Jahre. Dieser Ausblick zeigt nicht nur Zäsuren, sondern stellt auch vergleichend heraus, was eigentlich das Spezifische an der Adenauer-CDU war. Er liefert keine Analyse der Große Koalition, wohl aber eine des langen, krisenhaften Abschiedes von der Adenauer-CDU.

Obwohl die CDU zu den wichtigsten und prägendsten Organisationen der Bundesrepublik gehört, existiert bislang keine quellenfundierte Parteigeschichte über sie. Wie mehrfach beklagt wurde, kam die historische Parteienforschung zur CDU bislang nicht über die Besatzungszeit hinaus, blieb regionalgeschichtlich und zumeist auf einem recht deskriptiven Niveau.<sup>9</sup> Zudem lag ihr Schwerpunkt auf den Gründungskernen der rheinisch-katholischen Gebiete.<sup>10</sup> Über die evangelischen Landesverbände existieren vielfach noch nicht einmal historische Regionalstudien zu den ersten Parteijahren.<sup>11</sup> Über die CDU der fünfziger und sechziger Jahre gibt lediglich die von der Adenauer-Stiftung herausgegebene Darstellung Hans-Otto Kleinmanns einen ersten historischen Überblick. Er wies allerdings bereits im Vorwort darauf hin, dass sein Buch »weniger zur wissenschaftlichen Diskussion« diene, sondern ein mit Sympathie geschriebenes »Kompendium« sei, um »alle wichtigen Ereignisse, Personen und Daten« nachschlagen zu können.<sup>12</sup> Ansonsten muss man sich bislang an die zumeist älteren Studien der Politikwissenschaft halten. Da sie nicht auf internen Akten beruhen, erreichten sie jedoch kaum eine empirische Tiefe und blieben notgedrungen mehr oder minder an der Oberfläche der öffentlichen Politik.<sup>13</sup>

Die großen zeithistorischen Arbeiten zur deutschen Christdemokratie untersuchten dagegen bislang nicht die Partei selbst, sondern deren Regierungspolitik und die Biografien ihrer Akteure. Mittlerweile liegen etwa zahlreiche Analysen über den Gesetzgebungsprozess und die Kabinettsarbeit in der Sozial-, Wohnungsbau- und Außenpolitik vor.<sup>14</sup> Zudem erschienen verschiedene Studien über Adenauers Regierungsstil, die immer wieder herausstellten, wie geradezu autoritär Adenauer mit Kabinett und Fraktion umsprang.<sup>15</sup> Ohnehin wurde Adenauers Wirken und Haltung mittlerweile zu zahlreichen Spezialaspekten erforscht. Eine Studie über »Adenauer und die CDU« erschien dagegen weder in der

mittlerweile 18-bändigen Reihe der »Rhöndorfer Gespräche« noch in der umfangreichen Geschichtsreihe der Adenauer-Stiftung.<sup>16</sup> Ähnliches gilt für die großen biografischen Werke. Trotz aller Gegensätze stellten auch die Adenauer-Biografien von Hans-Peter Schwarz und Henning Köhler vor allem Adenauers Außenpolitik in den Mittelpunkt. Wie Adenauer innerhalb der Partei agierte, erwähnen sie dagegen nur en passant. Man erfährt viel über seine Verhandlungen mit den großen Staatsmännern, wenig dagegen darüber, wie er Parteispenden akquirierte, Landesverbände lenkte oder die Parteitage organisierte.<sup>17</sup>

Meine Studie wendet dementsprechend den Blick von der Regierungs- und Fraktionsarbeit auf die Partei im engeren Sinne. Im Mittelpunkt steht damit die Partei in der Gesellschaft und die Partei als Organisation, nicht die Partei im Staat, wie die Politikwissenschaft unterscheidet.<sup>18</sup> Da sich de facto diese drei Ebenen vielfach überschneiden, wird die staatliche Seite der Partei zumindest dann mit einbezogen, wenn sie auf die Organisation oder die Wählerschaft zurückwirkte, sei es bei Regierungs- und Koalitionsbildungen, bei personellen Überschneidungen oder gesetzgeberischen Akzenten. So sieht die Studie davon ab, erneut Adenauers Außenpolitik oder die Schulpolitik der CDU ausführlich nachzuzeichnen. Sie berücksichtigt aber deren öffentliche und innerparteiliche Wahrnehmung, wenn diese wie bei der Wiederbewaffnungs- oder Konfessionsschuldebatte ihren Integrationskurs gefährdete.

Die vorliegende Parteigeschichte ist kein Nachschlagewerk oder Handbuch. Wer schnell Angaben zu einem bestimmten Landespolitiker, Vorstand oder Parteitag sucht, sei weiterhin an Hans-Otto Kleinmanns Überblicksdarstellung verwiesen. Die Existenz dieses Buches war mir eine große Hilfe, da es von dem Zwang befreite, nur der Vollständigkeit halber viele bekannte Namen und Ereignisse aufzulisten. Stattdessen konnte ich mich auf jene Linien beschränken, die den Integrationskurs der CDU besonders prägten und bislang kaum erforscht wurden. Der Zusammenschluss zwischen dem politischen Katholizismus und den vornehmlich bürgerlichen Protestanten bildet dabei weitestgehend den roten Faden. Folglich werden auch bekannte Ereignisse, wie die Koalitionsbildung 1949 oder die Präsidentschaftskrise zehn Jahre später, hier nicht noch einmal in aller Breite dargestellt, sondern eher unter der Frage neu aufgegriffen, was sie für das Zusammenwachsen der Konfessionen bedeuteten. Rudolf Morsey wies schon 1986 darauf hin: »Die Interkonfessionalität oder Bikonfessionalität in Deutschland ist eine Grundfrage unserer neueren Geschichte und ihre Überwindung in den Unionsparteien von historischer Bedeutung.«<sup>19</sup> Selbst wenn man die Rolle der Union

geringer veranschlagt, lässt sie sich auf jeden Fall als eine Art Brennspiegel ansehen, um diese kulturgeschichtlich äußerst interessante Entwicklung zu untersuchen. Angedeutet sei, dass sie problemreicher verlief als bisher angenommen wurde. Historisch erforscht ist auch dieser Prozess bisher freilich noch nicht.<sup>20</sup>

Die Integrationspolitik der CDU verlief auf drei Ebenen. Erstens gelang es ihr, die bürgerlich-protestantischen Wähler zu gewinnen und die katholischen Anhänger zu halten. Daher ist zu fragen, welche Bindungen die Christdemokraten zur Gesellschaft suchten und fanden. Ihre Beziehung zu Verbänden, Kirchen oder entsprechenden Gruppenrepräsentanten fallen ebenso hierunter wie materielle, personelle und symbolische Zugeständnisse, die die Verbundenheit mit den Zielgruppen signalisierten. Entlang einzelner Wahlkämpfe wird zudem erörtert, wie die CDU öffentlich ihr Profil und ihren Sammlungskurs akzentuierte.

Zweitens gelang es der CDU, innerhalb ihrer Partei einen Modus vivendi zu schaffen, der ein harmonisches Auskommen sicherte. Deshalb blickt die Arbeit auf die innerparteilichen Integrationsmechanismen ihrer Organisation. Die Struktur ihrer Parteiorgane, ihrer politischen Führung, ihrer gruppenspezifischen Sonderorganisationen und ihrer Spendensammlung rückt so in den Mittelpunkt. Denn in allen diesen Bereichen wurde nicht nur das innerparteiliche Machtgefüge, sondern zugleich auch das Profil und der Kurs der Partei ausgehandelt. Methodisch sieht die Studie dabei bewusst davon ab, die Parteiorganisation an einem hierarchischen, rational strukturierten Idealtypus zu messen. Stattdessen konzentriert sie sich auf jene politische Praxis, die jenseits der offiziellen Satzung die Partei prägte.<sup>21</sup>

Drittens gelang es der Union, komplette Teile der bürgerlichen Konkurrenzparteien in die eigene Partei aufzunehmen. Deshalb fragt die Studie nach dem aktiven Anteil, den die Union an der Konsolidierung des deutschen Parteiensystems hatte. Damit rückt ihre Koalitions-, Blockbildungs- und Fusionspolitik in den Vordergrund, die etwa über finanzielle Zugeständnisse und systematische Patronage-Versprechen die Abwerbung von Politikern betrieb. Sie sollte von Bund, Land und Kommunen den Zusammenschluss rechts von der SPD einleiten.

Ein besonders gewichtiger Akzent des Buches liegt damit auf der Integration des protestantisch-bürgerlichen Lagers. Da die CDU bislang vornehmlich von ihrem nordrhein-westfälischen, katholischen Kerngebiet aus betrachtet wurde, mag das vielleicht einige Leser befremden. Tatsächlich ergab sich so jedoch immer wieder ein reizvoller Perspektivenwechsel. Die Bundespartei bildet zwar weiterhin den Schwerpunkt der Studie, gleichzeitig blickte sie aber auch in die Landesverbände. Um die

Einbindung der Protestanten auszumachen, rücken so vor allem die norddeutschen Flächenländer in den Vordergrund, aber auch der protestantische Norden Hessens oder Baden-Württembergs. Denn gerade hier fanden sich nicht nur die größten Wählerreserven der CDU, sondern auch entsprechend starke bürgerliche Konkurrenzparteien und antikatholische Ressentiments. Umgekehrt werden spezifisch katholische Positionen vornehmlich aus Landesverbänden wie Rheinland-Pfalz, Südbaden oder Oldenburg herausgearbeitet. Die ohnehin bereits recht gut erforschte CSU bleibt als eigenständige Parteiorganisation dagegen unberücksichtigt.<sup>22</sup>

Natürlich bereitet es Bauchschmerzen, von *den* Katholiken oder *den* Protestanten in der CDU zu sprechen. Ähnlich wie alle Gruppenbegriffe, ob Pfälzer, Landwirt oder Gewerkschafter, werden sie menschlichen Eigenheiten kaum gerecht. Wenn man jedoch nicht nur über eine Person, sondern über eine Partei mit fünfzehn Millionen Wählern schreiben will, ist es unumgänglich, mit aller Sorgfalt Grundtendenzen unter sozialen Gruppen ausmachen, die dann im Einzelfall immer wieder abweichen mögen. Da die Konfession seit dem Kulturkampf und den Sozialistengesetzen die entscheidende Trennlinie im Wahlverhalten bildete, bietet es sich gerade für eine CDU-Geschichte an, diese in den Mittelpunkt zu stellen.<sup>23</sup> Der Begriff Konfession wird dabei im Sinne der Parteiensoziologie nicht in einem kirchlichen Sinne verstanden, sondern als eine kulturelle Größe, aus der sich ein gewisses Grundverständnis der Gesellschaft ergeben kann.<sup>24</sup>

Um die politischen Teilkulturen begrifflich zu fassen, hat sich für das Vorfeld des Zentrums und der SPD die Bezeichnung katholisches und sozialdemokratisches Milieu eingebürgert. Sie beschreibt das kulturelle Netz aus Vereinen, Riten und Symbolen, die politisch relevante Einstellungen über Generationen hinweg vermittelten. Unklar ist dagegen bislang, wie die bürgerlich-protestantische Teilkultur zu fassen ist. Während sich etwa in ländlich-konservativen Regionen durchaus Milieustrukturen erkennen lassen, scheinen diese insbesondere in städtisch-liberalen Untersuchungsgebieten nicht nachweisbar.<sup>25</sup> Meine Studie verwendet deshalb die Bezeichnung protestantisch-bürgerliches Lager. Das Lager wird dabei im Sinne Karl Rohes als ein Zusammenschluss verstanden, der mehrere Milieus, Parteien oder Gruppen umfassen kann, die sich durch eine Schlüsselerfahrung gegen ein gemeinsames Gegenüber abgrenzten.<sup>26</sup> Das Wort bürgerlich verweist dabei freilich nicht auf das Bürgertum im engeren Sinne, dessen Fortexistenz die Geschichtswissenschaft ohnehin für die Zeit nach 1945 anzweifelt.<sup>27</sup> Vielmehr bezeichnet es jene mittelständischen Gruppen, die nicht der Arbeiterschaft angehörten.

Eine weitere begriffliche Überlegung sei vorweg geschickt. Die CDU bezeichnete sich selbst frühzeitig als Volkspartei. Die wissenschaftliche Brauchbarkeit des Wortes ist unklar.<sup>28</sup> Andere Begriffe haben sich jedoch nicht durchsetzen können. Der von Alf Mintzel (in Anlehnung an Neumann) eingeführte Terminus »Massen- und Apparatspartei modernen Typs« hat mittlerweile ebenso viel Kritik erfahren, da er zu sehr auf die organisatorische Ebene abhebt und weniger auf das weltanschauliche Selbstverständnis. Ebenso treffen Bezeichnungen wie Kanzlerpartei, Rahmenpartei, Staatspartei oder Honoratiorenpartei kaum die dynamische Expansion, welche gerade die CDU der Ära Adenauer kennzeichnete.<sup>29</sup> Die vorliegende Studie verwendet statt dessen den Begriff Sammlungspartei, um die CDU der Ära Adenauer zu charakterisieren. Dieser bislang in der Forschung eher unreflektiert benutzte Begriff umgeht den problematischen, antisozialistischen Harmonieanspruch, der mit dem Wort Volk verbunden wird. Er lehnt sich an Kirchheimers catch-all-party an, ohne jedoch den überzogenen Allerweltsaspekt übermäßig zu betonen, den das Wort all birgt. Und obwohl die frühe CDU selbst die Bezeichnung Sammlungspartei ablehnte, kennzeichnet sie semantisch die wichtigsten Charakteristika der Union: Sie verweist erstens auf ihren dynamischen Anspruch, zur Maximierung der Stimmen möglichst viele Wählersegmente gleichzeitig zu umschließen, zweitens auf ihren flexiblen Parteaufbau und drittens auf das gleichberechtigte Nebeneinander unterschiedlicher Gesellschaftsteile bei geringer weltanschaulicher Dogmatik.<sup>30</sup> Viertens läßt die Bezeichnung Sammlung (im Unterschied zu Volk oder zum catch-all) immer noch ein Gegenüber zu, gegen das die Sammlung eingeleitet wird. So ließe sich die CDU der Ära Adenauer etwa als antisozialistische Sammlungspartei fassen. Will man die CDU der Ära Adenauer mit einer positiven Formulierung bezeichnen, so erscheint der Begriff interkonfessionelle Sammlungspartei am treffendsten.<sup>31</sup> Denn gerade in dem Schulterchluss zwischen den beiden Konfessionen lag ja das Neue der CDU.

Eine frageorientierte Forschungsarbeit über eine große Partei kann sicher nicht dem Spezialinteresse eines jeden Lesers gerecht werden. Statt des allgemeinen Überblickes verspricht sie aber zahlreiche neue Erkenntnisse zu einigen Schlüsselfragen der Parteigeschichte. Denn bislang fehlt nicht nur eine quellengestützte Gesamtdarstellung der CDU, sondern auch viele Teilaspekte der CDU-Geschichte haben noch keine fundierte Bearbeitung gefunden. Spätestens im Zuge der Finanzaffäre wurde etwa deutlich, dass bislang kein Historiker die Entstehung des CDU-Spendensystems untersuchte. Die umfangreiche politikwissenschaftliche Literatur zur heutigen Parteienfinanzierung stützt sich deshalb bei ihren

historischen Rückblicken fast ausschließlich auf SPD-Wahlkampfbroschüren und einige recht spekulative Artikel aus den fünfziger Jahren.<sup>32</sup> Unabhängig von der aktuellen Debatte lohnt sich jedoch ein genauerer Blick auf das Spendenwesen der CDU, da es wesentlich zu ihrem Integrationserfolg verhalf. Sowohl zur Integration der Wähler, zur Steuerung der eigenen Partei und zur Einbindung der Kleinparteien sollte es einen wesentlichen Beitrag leisten. Ohnehin erschienen über die innere Struktur der Union kaum empirische Arbeiten. Vom Vereinigungswesen der frühen CDU sind zumindest der Evangelische Arbeitskreis und die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft für Teilabschnitte untersucht.<sup>33</sup> Historisch fundierte Arbeiten über die Junge Union, die Frauen-Union oder die mittelständischen Sondergruppen fehlen dagegen ebenfalls.<sup>34</sup> Ebenso wurde die Integration der Kleinparteien bislang nur aus der Vogelperspektive skizziert. Dass Adenauers Koalitionsbildungen den Niedergang der Kleinparteien beschleunigten, hoben zahlreiche Autoren hervor.<sup>35</sup> Mit welchen Mitteln Adenauer diesen Kurs forcierte oder wie etwa Politiker von anderen Parteien gebunden und abgeworben wurden, blieb bislang jedoch unklar.

Deshalb ist eine gleichzeitige Auseinandersetzung mit den älteren politikwissenschaftlichen Studien unumgänglich. Ihr Schwerpunkt lag vor allem auf den Programmen der Union, da dies öffentlich zugängliche Quellen sind.<sup>36</sup> Allerdings stellt sich die Frage, wie entscheidend gerade in der Adenauer-CDU Programme waren. Denn zum einen verstand sich die CDU explizit nicht als eine Programmpartei. In der gesamten Regierungszeit von Adenauer und Erhard verabschiedete die Bundes-CDU lediglich ein einziges Programm – und das enthielt nur einzelne Leitsätze zur Wahl von 1953, die Adenauers Regierungskurs würdigten.<sup>37</sup> Gleiches galt für die Landesparteien, die ebenfalls erst nach Adenauers Tod anfangen, die ersten Programme zu formulieren. Zum anderen haben Programme nicht nur in der CDU-Führung eine geringe Rolle gespielt, sondern auch bei den Wählern. Bis heute sind sie so unbekannt, dass sie keine wahlentscheidende Größe darstellen und selbst in der Parteibasis kaum zur Kenntnis genommen werden.<sup>38</sup> Die vorliegende Studie verzichtet deshalb bewusst darauf, die wenigen offiziellen Programmzeugnisse erneut ausführlich in einem eigenen Kapitel zu deuten. Stattdessen greift sie programmatische Äußerungen von führenden Politikern auf, um das Selbstverständnis und das Profil der Christdemokraten herauszuarbeiten. Programmatische Aufrufe im engeren Sinne, wie etwa jene der Gründungsphase, werden dagegen in die Gesamtdarstellung integriert. Ebenso verzichtet die Untersuchung darauf, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Regierungsapparates gesondert zu analysieren. Sie war sicher-

lich von weitaus größerer Bedeutung als die Programmatik, ist aber mindestens ähnlich gut erforscht.<sup>39</sup>

Die beste politikwissenschaftliche Überblicksdarstellung zur CDU stammt von dem Engländer Geoffrey Pridham. Sie wurde erstaunlicherweise nie übersetzt.<sup>40</sup> Pridham analysiert mit einem scharfen, systematischen Blick, wie Adenauer sich durch seinen Pragmatismus und geschicktes Taktieren innerhalb der Partei durchsetzte. Zudem reißt er bereits einige organisatorische Aspekte an. Dennoch bewertete auch Pridham die CDU zu sehr als einen organisationsschwachen Kanzlerwahlverein im Schatten des starken Kanzlers, um sich auf eine genauere Analyse der Parteistruktur einzulassen. Selbst zentrale Aspekte der Parteiorganisation, wie etwa die Parteifinanzierung, spart er deshalb aus. Einen recht deskriptiven Überblick über die Parteiorganisation gibt die Monografie des ehemaligen CDU-Politikers Wulf Schönbohm. Von der Warte der Kohl-CDU charakterisiert er die Union der fünfziger und sechziger summarisch als eine Honoratiorenpartei, die über keinen starken Parteiapparat verfügte.<sup>41</sup> Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt allerdings auf dem Reformprozess nach 1969, an dem Schönbohm selbst als führendes Mitglied der Bundesgeschäftsstelle maßgeblich beteiligt war. Auf theoretisch hohem Niveau bewegt sich dagegen die organisationssoziologische Studie von Josef Schmid über die föderale Verflechtung der CDU. Schmid legt, von einleitenden Zusammenfassungen abgesehen, seinen eigenen Untersuchungsschwerpunkt jedoch ebenfalls auf die siebziger und achtziger Jahre. Seine Überlegungen zur föderativen Gruppenbildung bleiben zudem auf einer eher abstrakten Ebene, so dass selbst Personen wie Adenauer oder Organe wie der Bundesvorstand kaum Berücksichtigung finden. Eine quellenfundierte Analyse der Beziehungen zwischen Bundes- und Landespartei ersetzt somit auch diese Studie nicht.

Die vorliegende Arbeit beruht dagegen auf internen Akten, die weitenfalls erstmalig oder zumindest erstmals systematisch ausgewertet wurden. Dies war insbesondere möglich, weil sowohl das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) als auch das Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBkAH) mir eine äußerst kooperative Unterstützung gewährten. Auch die CDU-Landesverbände Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die als einzige ihre Akten gesondert in den Koblenzer und Düsseldorfer Landeshauptarchiven verwahren, gaben ebenso unbürokratische Genehmigungen wie die Nachfahren verschiedener CDU-Politiker. Das Ende der Ära Kohl mag weiter dazu beigetragen haben, eine neuartige Historisierung der Ära Adenauer zu ermöglichen. Selbst während der Spendenaffäre gewährte das ACDP eine weitere erstmalige Einsicht in die bislang gesperrten CDU-Finanzak-

ten.<sup>42</sup> Vielfach bedurfte es jedoch keiner Sondergenehmigungen, um neues und ergiebiges Quellenmaterial zu finden: Während die Nachlässe der Bundespolitiker bislang kaum auf ihre Parteitätigkeit hin durchgesehen wurden, fanden die Akten der Landespolitiker und der Bundes- und Landesverbände für die fünfziger und sechziger Jahre bislang fast überhaupt kein Interesse.

Ausgewertet wurden sämtliche Nachlässe und Organisationsbestände der Bundes- und Landesebene, die Aufschluss über den Sammlungskurs der CDU versprachen. Die Quellen lassen sich in fünf verschiedene Kategorien unterscheiden. Erstens wurden alle verfügbaren Sitzungsprotokolle von den Parteigremien gesichtet. Hierzu zählten auf der Bundesebene die Protokolle des Bundesvorstandes, des Bundesparteiausschusses, der Konferenz der Landesvorsitzenden, des Bundesfinanzausschusses (der Schatzmeister), des Präsidiums, des Bundesparteitages oder die Sitzungsprotokolle von relevanten Vereinigungen wie des Evangelischen Arbeitskreises, der Jungen Union oder der Frauen-Vereinigung. Ebenso wurden die Protokolle der Landesverbände und einzelner Landesgremien ausgewertet, die in katholisch geprägten Landesverbänden weitaus besser überliefert sind.<sup>43</sup> Auch wenn die Protokolle nicht immer den politischen Entscheidungsprozess spiegeln, so verdeutlichen sie doch innerparteiliche Konfliktlinien und Integrationsstrategien.

Zweitens beruht die Arbeit auf der vertraulichen Korrespondenz der Bundes- und Landespolitiker, die auch in der Parteilarbeit führend waren. Neben den Nachlässen von so unterschiedlichen Schlüsselpersonen wie Adenauer, Globke, Krone, Ehlers, Gerstenmaier, Schröder, Kaiser, von Hassel oder Wüermeling wurden eben auch die Hinterlassenschaft zahlreicher Christdemokraten gesichtet, die wie Adolf Süsterhenn, Wilhelm Fay oder Adolf Wegmann heute in Vergessenheit geraten sind, damals aber in den Landesverbänden oder in den einzelnen Vereinigungen die Partei prägten und repräsentierten.<sup>44</sup> Meiner Fragestellung entsprechend habe ich hierbei vor allem Nachlässe von norddeutschen Landespolitikern herangezogen, die zugleich die schlechtere Überlieferung der norddeutschen Landesvorstandsprotokolle wettmachen. Zur Gruppe der vertraulichen Briefe lassen sich auch die privaten Aufzeichnungen zählen. Eine herausragende, für jede politische Gesellschaftsgeschichte ergiebige Quelle ist dabei das Tagebuch des Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone. Als Pendant eines evangelischen Christdemokraten kann dabei vielleicht das politische Tagebuch des niedersächsischen Landessekretärs Klaus Müller gelten, das zudem eine regionale Sicht zeigt.<sup>45</sup>

Bezirks- und Kreisverbandsakten konnte ich selbstverständlich nur stichprobenartig sichten. Um dennoch die lokale Anbindung der Partei

nicht zu vernachlässigen, habe ich drittens zahlreiche Berichte der Kreisgeschäftsstellen und von Vertrauensleuten ausgewertet, die Stimmungen an der Parteibasis und in der Gesellschaft zusammentrugen. Sie finden sich verstreut in fast allen Nachlässen und Organisationsakten. Stimmungsberichte, die etwa die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise anfertigte, ergänzen diese.<sup>46</sup> Zudem enthalten die Nachlässe zahlreiche unverlangt eingesandte Klagen von lokalen Parteipolitikern, die zwar selbstverständlich nicht repräsentativ sind, wohl aber die Probleme vor Ort und deren Lösung zeigen.<sup>47</sup> Interne Umfragen, die die CDU seit den frühen fünfziger Jahren in Auftrag gab, ergänzen diese Stimmungsbilder über ihre Anhängerschaft.

Viertens wurde das öffentliche und parteiöffentliche Material ausgewertet, das die Kommunikation innerhalb der Partei und zwischen der Partei und der Gesellschaft trägt. Hierzu zählen Rundschreiben, Wahlplakate, Parteiblätter, Presseauschnittsammlungen, Statistiken oder Wahlfilme.<sup>48</sup> Da die Arbeit neben der Parteistruktur auch die Einbindung der bürgerlichen Konkurrenzparteien untersucht, habe ich schließlich fünftens nicht nur Akten zur Koalitionsbildung berücksichtigt, sondern auch die historische Hinterlassenschaft der Kleinparteien. Besonders die Partei-Bestände der Deutschen Partei wurden eingesehen, soweit sie die Kontakte mit der CDU dokumentieren.<sup>49</sup> Als ergiebig erwiesen sich zudem die Nachlässe der führenden DP-Politiker, die später zur CDU übertraten.<sup>50</sup> Um auch bei der FDP zumindest eine gewisse Binnenperspektive zu erhalten, wurden zumindest ihre Vorstandsprotokolle hinzugezogen.<sup>51</sup>

Die Breite des herangezogenen Materials darf natürlich nicht über seine Lückenhaftigkeit hinwegtäuschen. Da die Union einen kleineren Parteiapparat und ein geringeres Organisationsbewusstsein als die SPD hatte, sind ihre Akten vergleichsweise schmaler und unvollständiger überliefert. Mit Ausnahme des sehr umfangreichen Bestandes des Landesverbandes Rheinland<sup>52</sup> hält sich ebenso der Aktenumfang der Landesverbände in Grenzen. Im Unterschied zur SPD verzichteten die Christdemokraten zudem weitgehend darauf, ihre Akten systematisch zu archivieren. Die Parteikorrespondenz zu unterschiedlichsten Bereichen fand sich recht verstreut und ungeordnet in den Nachlässen der Bundes- und Landespolitiker, was bereits auf das personalisierte Selbstverständnis und Organisationswesen der Union verweist. Diese oft chaotische Aktenlage machte die historische Analyse zu einem Puzzlespiel. Gleichzeitig schützte sie viele brisante Dokumente vor der Vernichtung, wie sie etwa Bundesschatzmeister Ernst Bach systematisch betrieb. In geordneten Parteiakten wäre vieles kaum überliefert worden – in der verstreuten

Hinterlassenschaft einzelner Politiker und Landesverbände dagegen schon. Dabei ermöglichte erst der breit angelegte Untersuchungsrahmen, aussagekräftige Dokumente zu den speziellen Bereichen aufzuspüren. Wie tragend dieses Quellenfundament ist, mag die folgende Untersuchung zeigen.

## I. Vom Milieu zur Parteibildung: Die Entstehung der CDU

Anfang September 1945 erhielt Konrad Adenauer Post aus Hannover. Der spätere CDU-Landesvorsitzende Bernhard Pfad wandte sich an Adenauer als den »Führer des rheinischen Zentrums«, mit dem seine Hannoveraner Zentrumsgruppe endlich in Verbindung treten wolle. Mit gewissem Stolz berichtete Pfad, man habe ihn wie vor 1933 zum Zentrumsvorsitzenden Hannovers gewählt. Nun schlug er Adenauer ein Treffen mit anderen Zentrumspolitikern vor und schloss den Brief ganz wie in Weimarer Tagen »mit herzlichem Zentrumsgruss«. Über ein politisches Zusammengehen mit den Protestanten oder eine etwaige CDU-Gründung verlor Pfad dagegen kein Wort. Sie schien für ihn außerhalb jeder Vorstellung zu sein, obwohl man in Hannover bereits seit dem Sommer 1945 von diesen Plänen wußte.<sup>1</sup>

Nur einige Tage später erhielt Adenauer einen weiteren Brief aus Hannover. Diesmal von dem späteren CDU-Mitbegründer Herbert Adam van Eyck, der im Auftrag der »Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen« zeichnete. Eyck fragte Adenauer, ob die Situation der Evangelischen im Rheinland tatsächlich »unaushaltbar« sei und diese »nur formell« in die christlich-demokratische Union aufgenommen würden. Aus Hannover wußte er zu berichten: »Die christliche Union wird hier lediglich als eine katholische Sache betrachtet, die im übrigen auch in weiten Teilen des katholischen Volksteiles keinen guten Widerhall findet.«<sup>2</sup>

Bereits diese beiden knappen Briefe deuten an, dass sich die CDU offensichtlich nicht überall aus einem spontanen und euphorischen Zusammenschluss der beiden Konfessionen entwickelte. Vielmehr zeigen die meisten Quellen aus der Gründungsphase, wie auch nach dem Nationalsozialismus bei Katholiken und Protestanten zunächst äußerst unterschiedliche politische Vorstellungen vorherrschten, die eine gemeinsame Parteibildung erschwerten. Ähnlich wie bei den Hannoveraner Briefschreibern bestand offensichtlich vielerorts ein latentes gegenseitiges Misstrauen. Dementsprechend kam es zunächst zu konfessionell weitgehend getrennten Parteigründungen, die erst in einem zweiten Schritt weiter zusammengeführt wurden. Der von den Christdemokraten bald selbst verbreitete Topos, das Zusammengehen der Konfessionen wäre

»nicht ausgeklügelt von Parteien, sondern es war ein elementarer Ausbruch von verantwortlichen Volksschichten«, sollte deshalb nicht vor schnell von der Forschung übernommen werden.<sup>3</sup>

Die CDU entstand weder aus einem harmonischen Schulterschluss noch aus einem Flickenteppich von unterschiedlichen Kreis- und Landesverbänden. Die Keimzellen der CDU unterschieden sich vor allem dadurch, ob sie zu katholischen oder evangelischen Traditionsräumen gehörten. Dies soll im folgenden Kapitel ein genauer, vergleichender Blick auf die jeweiligen Ausgangsbedingungen, die Programmatik, das Führungspersonal und die Organisation in den katholisch und evangelisch geprägten Gründungen deutlich machen. Dabei lassen sich Unterschiede zeigen, die bis in die sechziger Jahre das jeweilige regionale Gesicht der Partei prägten, zum Teil sogar bis in die Gegenwart. In einem zweiten Schritt soll das Kapitel fragen, auf welchem Weg die katholisch und die evangelisch geprägten Gründungskreise den Zusammenschluss zu einer Partei einleiteten.

### 1. Gründungen im katholischen Raum

Der politische Katholizismus bildete den maßgeblichen Ausgangspunkt der Unionsgründung, und er blieb auch das Fundament, auf dem die Wahlsiege der folgenden Jahrzehnte fußen. Der rasche CDU-Erfolg wäre undenkbar gewesen, wenn die Union nicht die komplette Infrastruktur der alten Zentrumspartei hätte übernehmen können. Wollte man Arnulf Barings berühmtem Anfangssatz »Im Anfang war Adenauer«<sup>4</sup> eine neue Variation entgegenen, so müsste sie lauten: Im Anfang war das katholische Milieu.

Die Christdemokraten mochten klagen, dass SPD, KPD und Liberale 1945 im Vorteil gewesen waren, weil sie sich auf ihre alten Grundlagen hätten stützen können.<sup>5</sup> Tatsächlich fand die Neugründung CDU gerade in den katholischen Gebieten eine äußerst gute Ausgangsbasis vor. Während der Nationalsozialismus die sozialistischen Vereine, Zeitungen und Begegnungsorte auf konspirative Zirkel reduziert hatte, überstand das katholische Milieu die Diktatur vergleichsweise unbeschadet. Trotz der zwangsweisen Zentrumsauflösung und der zunehmenden Beschneidung der großen Laienvereine blieben die lokalen und überregionalen Kommunikationsnetze weitgehend erhalten.<sup>6</sup> Die Leitfunktion der katholischen Kirche hatte sich dank der katholischen Aktion und der zwangsweisen »Konzentration nach innen« verstärkt, wodurch das lockere katholische Organisationsnetz zentralisiert wurde. Während fast alle anderen gesellschaftlichen Institutionen bei Kriegsende zumindest kurz-

zeitige Brüche hinnehmen mussten, erwies sich die katholische Kirche als »Siegerin in Trümmern«. Ihr moralisches Ansehen, das sie auch bei den Alliierten genoss und das ihr Privilegien verschaffte, erhöhte zudem ihre Gestaltungsmöglichkeiten.<sup>7</sup>

Davon sollten die CDU-Gründerzirkel erheblich profitieren. Sowohl die katholische Kirche als auch ihr Vorfeld ermöglichten häufig die ersten politischen Kontakte. Die Kirche erleichterte die interne Kommunikation der Parteigründer: Sie überließ ihnen Adressenlisten, Räumlichkeiten oder Telefonapparate; Programmdebatten und informelle Begegnungen fanden in ihren Klöstern statt, während für Mitgliederversammlungen die Pfarreien, Schwesternheime oder Kolpinghäuser herangezogen werden konnten.<sup>8</sup> Die mit alliierten Reiseprivilegien ausgestatteten Geistlichen vermittelten die ersten Verbindungen und sprachen persönliche Empfehlungen aus, wenn es um das Besetzen von Stellen ging. Bereits vor der Parteigründung gelangten so wichtige Verwaltungsposten komplett in die Hand von späteren Christdemokraten.<sup>9</sup> Zudem beschleunigte die kirchliche Infrastruktur auch die externe Kommunikation, die sich von den Gründungszirkeln an die potentiellen Mitglieder und Wähler richtete. Angesichts des alliierten Versammlungsverbotes waren katholische Gottesdienste und Feste eine herausragende Begegnungsmöglichkeit. Die bereits im Sommer 1945 publizierte katholische Kirchenpresse bot den CDU-Gründern einen Medienzugang, der angesichts stark sanktionierter Lizenz- und Papierzuweisungen kaum zu unterschätzen ist. Die Auflage der katholischen Presse betrug immerhin knapp sechs Millionen (!) Exemplare.<sup>10</sup> Von der Kanzel konnten schnell verbindliche Hinweise zur politischen Lage gegeben werden, während etwa die Meßdiener Handzettel der CDU-Gründer verteilten.<sup>11</sup> Aufgrund des Konkordates erlaubten die meisten Ordinarien den Geistlichen eigentlich keine direkte politische Betätigung mehr. Dementsprechend traten lediglich in Ausnahmefällen, wie etwa in Südbaden, die Prälaten wie in alten Zentrumstagen auf die politische Bühne und übernahmen die Parteiorganisation.<sup>12</sup> Die große Zahl katholischer Pfarrer, die sich nun der CDU anschlossen, ihre Gründung mitinitiierten und Gründungsaufträge unterzeichneten, belegten jedoch das fortwährende lokalpolitische Engagement der Geistlichen. Für fast jede lokale CDU-Gründung waren sie die erste Anlaufstation. Immerhin achtzehn Prozent aller katholischen Pfarrer waren im Rheinland etwa 1947 sogar eingeschriebenes CDU-Mitglied.<sup>13</sup>

Das katholische Kommunikationsnetz war Grundvoraussetzung und Katalysator für die Parteibildung. Zunächst einmal musste jedoch entschieden werden, ob überhaupt ein Zusammenschluss über die Konfes-

sionsgrenzen hinweg gesucht werden sollte. Die Erfahrungen des Nationalsozialismus führten sicherlich nicht zwangsläufig zur Unionsgründung. Ohne das Tabula-Rasa-Gefühl im Zuge des Diktatur- und Kriegsendes wäre das bereits in Weimar angedachte Bündnis der Konfessionen jedoch kaum erfolgreich gewesen. Auch wenn es bekanntlich keine Stunde Null gab: Das Gefühl einer Stunde Null war allgegenwärtig und ermöglichte die Pläne zu Neuansätzen.

Bei der Diskussion, welche Parteiform man bilden sollte, standen Katholiken und Protestanten vor verschiedenen Ausgangslagen. Für die Katholiken war die Neugründung der Zentrumspartei eine durchaus realistische Option.<sup>14</sup> Trotz verschiedener innerparteilicher Konflikte und der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erschien das Zentrum politisch nicht diskreditiert. Da die Zentrumswähler bis 1933 ihrer Partei weitgehend die Treue gehalten hatten, ließen sich auch jetzt nicht unrealistische Erfolgchancen ausrechnen. In fast allen katholischen Gebieten trafen sich daher die ehemaligen Zentrumsanhänger zunächst allein, um unter sich über die politische Neuausrichtung abzustimmen. Aber auch in überwiegend protestantischen Städten wie Frankfurt kam zunächst ein »katholischer Ausschuß« im Pfarrhaus zusammen. Zu ihm gehörten auch in diesen Fällen der letzte Zentrumsvorsitzende und einige Geistliche. Entschieden sich diese katholischen Gründungskreise für eine neue, interkonfessionelle Partei, zogen sie in einem zweiten Schritt einzelne Protestanten hinzu, um gemeinsame Aufrufe zu verfassen.<sup>15</sup> Da die Zentrumspolitiker im Vergleich zu den protestantischen Weimarer Politikern eine bessere Ausgangsbasis hatten, verfügten sie in gewisser Weise über die Entscheidungshoheit. Umgekehrt sorgten diese katholischen Keimzellen besonders in norddeutschen Großstädten wie Hannover und Hamburg für den bleibenden Nimbus, die CDU sei nur eine erweiterte katholische Partei.

Die Entscheidung für eine neue, interkonfessionelle Partei fiel zuerst in den Großstädten. Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und Köln bildeten dabei die wichtigsten Zentren, an zweiter Stelle folgten die Gründungen in den Landeshauptstädten. Dass die neue Partei zunächst häufiger in den Metropolen als in der Provinz entstand, hatte verschiedene Gründe. Generell waren die Milieugrenzen in den Großstädten durchlässiger. Sowohl im politischen, administrativen und vopolitischen Raum bestanden hier wesentlich größere Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Konfessionen. In den Ballungsräumen fanden sich zudem die Netze zweier Gesellschaftsgruppen, die sich aufgrund ihrer Sozialisation besonders für den Zusammenschluss mit den Protestanten einsetzten: Zum einen katholische Wirtschafts- und Bildungsbürger, die während ihres Studi-

ums oder in ihrer Berufstätigkeit eher Milieugrenzen überschritten hatten; zum anderen die christlichen Gewerkschafter, die sich bereits seit der Weimarer Republik aus ihrem sozialen Engagement heraus für eine konfessionelle Öffnung engagiert hatten. Gerade die christlichen Gewerkschafter hatten ihre Kontakte in der gemeinsamen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus weiter ausgebaut und stellten nun die führenden Ex-Zentrumspolitiker, die für die Gründung der Union eintraten. Die christlichen Gewerkschafter knüpften dabei explizit an Stegerwalds interkonfessionelle Bemühungen in der Weimarer Republik an. Die Bildung der Einheitsgewerkschaft korrespondierte mit ihrem neuen, interkonfessionellen Schulterschluss.<sup>16</sup> Schließlich führten aber auch wahlstrategische Gründe dazu, dass gerade die politischen Eliten der Großstädte auf eine konfessionsübergreifende Sammlungspartei drängten. Während die Katholiken der ländlichen Gebiete auch mit einer rein katholischen Parteigründung weiter satte Mehrheiten erwarten konnten, war in Städten wie Berlin oder Frankfurt die Sozialdemokratie stark. Und angesichts der aktuellen Situation erwarteten beide Seiten, dass die Linke noch weiter erstarken würde.

Erst die Nachrichten aus diesen Zentren führten zu weiteren Parteigründungen. Bezeichnenderweise orientierten sich die meisten katholischen Parteizirkel dabei nicht am »preußischen« Berlin, sondern an der »Hauptstadt« der alten Zentrumspartei, an Köln. Und dies, obwohl zunächst einiges für Berlin sprach. Durch den Berliner Hauptstadtanspruch, die dortigen Widerstandsnetze und die örtliche Konzentration von führenden Weimarer Politikern war es dort zu einer frühen interkonfessionellen Parteigründung gekommen, die durch die vorzeitige sowjetische Parteilizenzierung beschleunigt wurde. Da gerade die katholischen Berliner Parteibegründer vor 1933 Schlüsselstellungen im politischen Katholizismus eingenommen hatten, verfügten sie über eine gewisse Autorität, um Zweifel an einem interkonfessionellen Bündnis zu zerstreuen. Mit Heinrich Vockel übernahm der von 1922 bis 1933 amtierende Generalsekretär des Zentrums nun diesen Posten in der Berliner CDU, und mit Heinrich Krone (Vorsitzender des Windthorstbundes, stellvertretender Generalsekretär des Zentrums), Jakob Kaiser (Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaft für Rheinland und Westfalen) oder Andreas Hermes (Reichsminister und Präsident der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und des Raiffeisenverbandes) zählten führende Köpfe des alten Zentrums nun zur Führungsriege der Berliner CDU. An Ausstrahlungskraft gewann die Berliner Gründung zudem, weil die dortigen Politiker mehrheitlich keine Berliner waren, sondern aus fast allen Teilen Deutschlands kamen. Deshalb verfügten sie über mehr überre-

gionale Kontakte als die CDU-Gründer in anderen Städten.<sup>17</sup> Sie konnten in ihren Heimatgebieten oder früheren politischen Agitationsräumen gezielt von der Berliner Sammlungspartei berichten und für eine Nachahmung werben: Theodor Steltzer knüpfte Kontakte nach Schleswig-Holstein, Heinrich Krone nach Niedersachsen, insbesondere Jakob Kaiser, Otto Lenz und Heinrich Vockel nach Nordrhein-Westfalen, Andreas Hermes nach Hessen und Josef Ersing nach Baden-Württemberg.<sup>18</sup> Ausräumen konnten sie die Bedenken gegen den interkonfessionellen Berliner Zusammenschluss jedoch nicht. An die Berliner Gründung sollten stattdessen vor allem die mehrheitlich protestantischen Regionen anknüpfen, etwa im Raum Braunschweig, Nordhessen oder Nordwürttemberg.<sup>19</sup>

Während im Rheinland und in Südhessen die Entscheidung für die neue Partei relativ schnell fiel, blieben die katholisch-ländlichen Kreise von Westfalen, Südbaden, Rheinhessen-Pfalz, der Pfalz oder auch im späteren Niedersachsen gegenüber den Protestanten auf Distanz. In ihren Provinzmetropolen – wie Freiburg, Koblenz oder Hannover – versuchten die späteren CDU-Politiker zunächst einmal, ihre alte Zentrumspartei neu zu gründen. Sozial- und wirtschaftspolitische Bedenken spielten besonders in einzelnen Industriegebieten West-Westfalens eine Rolle, sicherlich jedoch nicht überall die entscheidende.<sup>20</sup> Die Ressentiments gegen ein Zusammengehen mit den Evangelischen hatte unterschiedliche Gründe. Erstens erwuchs aus der bisherigen reichsweiten Dominanz des Protestantismus die Angst, nun auch im eigenen politischen Raum dominiert zu werden, der gerade gegen den protestantischen Führungsanspruch gebildet worden war. Der Nationalsozialismus hatte zweitens die alten Ressentiments offensichtlich kaum vermindert, sondern mitunter sogar noch verstärkt. Da die Protestanten weitaus häufiger den Nationalsozialismus getragen hatten, gaben die Katholiken ihnen zur Selbstentlastung die Schuld an der Entwicklung nach 1933. Dementsprechend äußerten sie nun Bedenken, dass mit den Protestanten die »Nazis« in die alte Zentrumspartei kommen könnten. Generelle Vorurteile vermischten sich dabei häufig mit traditioneller Preußenfeindschaft und der Angst vor »reaktionären« Kräften, die die Partei unterwandern könnten.<sup>21</sup> Drittens brachte der Flüchtlingsstrom in den Landgemeinden zwar eine erste engere Begegnung der Konfessionen, diese war jedoch unter den Vorzeichen der Mangelverwaltung erzwungen und führte häufig zu Konflikten. Deshalb sahen viele katholische Einheimische die evangelischen Neubürger als eine Bedrohung, die ihr bisheriges Leben gefährdete. Und viertens erschwerten kulturpolitische Ängste den Zusammenschluss. Gerade in den katholisch-ländlichen Gegenden hatte die über-

lieferte Bekenntnisschule einen hohen identitätsstiftenden Wert.<sup>22</sup> Ohne die alte Zentrumspartei sah man diese als gefährdet an.<sup>23</sup>

Dementsprechend fiel in Rheinland-Pfalz, Westfalen und der ehemaligen Provinz Hannover die Entscheidung für die CDU weniger in lokalen Gründungszirkeln denn in überregionalen Besprechungen, in denen die alten Zentrumsanhänger schließlich mehrheitlich für die neue Partei form plädierten. Den überlokal agierenden Politikern fiel dies offensichtlich leichter: Sie dachten wahlbezogener und pragmatischer, wiesen mehr interkonfessionelle Erfahrung auf und standen schließlich auch in engerer Verbindungen zu den bereits bestehenden christdemokratischen Zirkeln, von denen sie sich nicht lösen wollten. Erst diese Weichenstellung von oben sorgte schließlich dafür, dass sich auch die lokalen Gründungen an den großen Zentren orientierten. Nicht wenige Zentrumsanhänger waren dabei frustriert darüber, dass insbesondere die Rheinländer präjudizierend vorgeprescht waren, ohne sich mit den anderen Regionen abzustimmen. »Hier und in Rinkerode haben wir sehr entschieden erklärt, daß uns die Art und Weise der Neugründung mißfallen habe«, klagte etwa der eingangs zitierte Hannoveraner Vorsitzende Bernhard Pfad. »Die Kölner Herren hätten sich keinesfalls für etwas Neues entscheiden dürfen ohne zuvorige Absprachen mit den Landesteilen.«<sup>24</sup> Die dann erfolgte Umbenennung der Zentrumsgruppe in Christlich-Demokratische Partei wurde in der Öffentlichkeit jedoch weitgehend verdrängt und verschwiegen; einerseits, weil man die CDU-Gründung nur so als zwangsläufige Folge des Nationalsozialismus deklarieren konnte, andererseits, weil man das Image einer verkappten katholischen Partei befürchtete. Auch Bernhard Pfad sollte bereits Anfang 1946 öffentlich betonen, dass er »seit Mai 1945 Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union« sei.<sup>25</sup>

Maßgeblich vermittelt und verbreitet wurde diese Entscheidung gegen das Zentrum über die katholischen Bischöfe. Nachdem die rheinischen Bischöfe bereits im Mai 1945 Bedenken gegen eine Neubildung des Zentrums geäußert hatten, wurde diese Position von der Mehrheit der deutschen Bischöfe auf ihren Konferenzen in Werl und Fulda in den folgenden Monaten ebenfalls bekräftigt.<sup>26</sup> Ihr Votum kanalisierte die Entscheidungsfindung im skizzierten katholischen Kommunikationsnetz. Insbesondere die Bischöfe Gröber (Freiburg), Stohr (Mainz), Wendel (Speyer), Machens (Hildesheim), Galen (Münster) und Berning (Osnabrück) trugen maßgeblich dazu bei, dass in den noch unschlüssigen Gründungszentren in Baden, Rheinland-Pfalz, Westfalen und Niedersachsen die Entscheidung gegen das Zentrum fiel. Gleichzeitig blieb die Skepsis gegenüber dem interkonfessionellen Zusammenschluss auch bei den ka-

tholischen Oberhirten anfangs groß. Das entscheidende Argument dafür, sich trotz aller Bedenken für die christliche Union auszusprechen, erwuchs sowohl bei den Bischöfen als auch bei den führenden ehemaligen Zentrumspolitikern vor allem aus einem gemeinsamen Negativkonsens: Es war die Angst, dass sich auch in den Westzonen der nun vermeintlich erstarkte »Marxismus« durchsetzen könnte, wie damals Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam bezeichnet wurden. Geistliche und Parteigründer legten das angestrebte Bündnis immer wieder als eine Vernunfttatsache gegen den drohenden »Bolschewismus« aus. Selbst jemand wie der Münsteraner Bischof Galen, der als einer der ersten Bischöfe klar die CDU unterstützte, sah die CDU vornehmlich als einen Notbehelf zur Bekämpfung der Kommunisten. Andere Bischöfe, wie die von Hildesheim, Paderborn oder Köln, sollten ebenfalls diese »taktischen Gründe« anführen, um das Bündnis gegen die Zentrumsneugründung zu unterstützen.<sup>27</sup> Die führenden katholischen Christdemokraten sahen nicht nur eine ähnliche Bedrohung, sondern förderten auch frühzeitig dieses Argument für den Zusammenschluss. Insbesondere Konrad Adenauer bediente sich souverän dieser Argumentationsformel, um den interkonfessionellen Schulterabschluss zu beschleunigen. Er mahnte bereits im August 1945, sich »immer wieder [...] zu vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlicher und demokratischer Grundlage stehenden Kräfte uns vor aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann.«<sup>28</sup> Die neue Partei erschien so als eine geradezu rational begründbare, zwangsläufige Notwendigkeit. Dabei bediente sich Adenauer gerade in seinen Briefen an Geistliche des apokalyptischen Bildes, »daß in dieser Zeit, in der es sich um den großen Kampf zwischen dem Christentum und materialistischen Marxismus handelt, alle christlichen Kräfte gesammelt werden müssen [...]«.<sup>29</sup> Ähnlich sollte schließlich auch der angehende CDU-Vorsitzende Bernhard Pfad auf dem Hannoveraner Gründungsparteitag den Schritt zur neuen Partei begründen: »Wir tagten zunächst als Zentrumsleute [...] Als dann immer klarer wurde, daß die Parole der Zukunft hieß: Hie Christentum – hie Bolschewismus, als die schlimmsten Nachrichten über die Vorgänge im Osten unseres Vaterlandes sich häuften, damit klar wurde, daß ein großer einheitlicher Damm die Flut aufhalten könne, als die Kunde von den demokratischen Parteien aus Berlin, aus dem Rheinland, Westfalen, Bayern, Hamburg, Lübeck, Braunschweig kam, entschlossen sich die aus allen Teilen Hannovers zusammengekommenen Delegierten nach einer gewissenhaften Aussprache mit den rheinisch-westfälischen Freunden und nach einer gewissenhaften Beratung in Hannover einstimmig für die umfassende Lösung.«<sup>30</sup>

Die Kommunismusfurcht erleichterte somit die Grundsatzentscheidung für die CDU. Ihre politische Mobilisierungskraft war jedoch im katholischen Raum vergleichsweise gering. Für den Parteaufbau war von größerer Bedeutung, dass die CDU trotz des interkonfessionellen Bündnisses regional das Erbe des alten Zentrums antrat. Sowohl auf der programmatischen, der personellen als auch auf der organisatorischen Ebene knüpfte die CDU hier an den politischen Katholizismus an.

Der Blick auf die programmatischen Aufrufe in den katholischen Gebieten zeigt unübersehbar, dass diese in hohem Maße in der Tradition der katholischen Staats- und Soziallehre standen. Die Forderung nach dem »Elternrecht«, das die katholische Bekenntnisschule sichern sollte, nahm dabei in fast allen katholischen Regionen ein zentrales Gewicht ein. Bereits in der Weimarer Zeit war der Schulfrage eine derartige Bedeutung beigemessen worden, dass die Zentrumsparterie für sie Verfassungsdiskussionen und Koalitionen platzen ließ. Nachdem die Nationalsozialisten trotz katholischer Widerstände die Bekenntnisschule abgeschafft hatten, setzten sich nun zahlreiche katholische CDU-Gründer noch vehementer als vor 1933 für ihre Wiederherstellung ein.<sup>31</sup> Jemand wie der spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, bezeichnete etwa 1946 die Schulfrage als das »Grundproblem der geistigen, ja der religiösen Erneuerung [...] weil gerade das Bekenntnis zum natürlichen Elternrecht nach unserer Auffassung eines der grundlegendsten Prinzipien für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt darstellt.«<sup>32</sup> Die Protokolle der ersten lokalen Zusammenkünfte von katholischen Gründungszirkeln belegen ebenfalls, welchen zentralen Stellenwert hier die Wahrung der Bekenntnisschule bereits einnahm.<sup>33</sup> Einzelne Flugblätter gingen sogar soweit, das »C« geradezu als Sicherstellung der Bekenntnisschule zu definieren. So hieß es in Hessen: »Was wir im einzelnen wollen, sagt unser Name. / I. Christlich. Unsere Jugend soll im echten christlichen Glauben erzogen werden zur Ehrfurcht vor Gott und den Menschen. Darum fordern wir die christliche Bekenntnisschule und maßgebenden Einfluß der Kirche bei der Ausbildung und Anstellung der Religionslehrer.«<sup>34</sup> Da die Protestanten davon wenig hielten, sollte dementsprechend gerade an der Schulfrage der lokale Zusammenschluss der katholischen und evangelischen Gründungszirkel mitunter scheitern.<sup>35</sup>

Die stark föderalistische Ausrichtung der katholischen Gründungsaufträge wurzelte dementsprechend nicht nur im Subsidiaritätsprinzip, sondern auch in eben dieser Sorge um die kulturpolitische Hoheit in der eigenen Region. Weitere spezifisch katholische Linien fanden sich in den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. Der vor allem von den

Kölnern, den Frankfurtern und den Berliner Gründern um Jakob Kaiser eingeforderte christliche Sozialismus fand sich nicht wörtlich in allen katholisch geprägten Aufrufen. Vergleicht man die Programme jedoch mit den eher protestantisch geprägten Gründungsaufufen, wird deutlich, wie stark ihre Forderungen allesamt von der katholischen Soziallehre geprägt waren. Gerade im Hinblick auf das Ende der Weimarer Republik forderten die katholischen Gründer nun vehement einen starken sozialen Ausgleich. Im katholisch geprägten Rheinland-Pfalz vermieden die Aufrufe etwa zwar den Begriff Sozialismus, verlangten wohl aber die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die paritätische Besetzung der Kammern oder die 40 Stunden-Woche.<sup>36</sup> Dabei verstanden sich die katholischen CDU-Gründungen explizit nicht als eine bürgerliche Partei, die rechts von der Sozialdemokratie stand, sondern als eine schichtenübergreifende Partei der Mitte.

In der Tradition des politischen Katholizismus standen ebenso ihre stark religiösen Akzente. Fast alle Gründungsaufufe wurden mit geradezu pathetischen Glaubensbekenntnissen eingeleitet, welche die Rechristianisierung der Gesellschaft einforderten. Das Programm der rheinhesischen Gründer etwa begann mit den Worten: »Wir fordern den christlichen Staat, der in Verantwortung gegenüber dem persönlichen Gott und gestützt auf das im Evangelium verkündete christliche Ethos das Wohl aller anstrebt.«<sup>37</sup> Da das »Dritte Reich« durch die zunehmende Entfremdung von Gott entstanden sei, sollte nun die christliche Ausgestaltung des Staates den Weg zur Demokratie bahnen. »Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens. Die deutsche Politik unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat diese Wahrheit geleugnet und mißachtet«, begannen etwa die rheinländischen Leitsätze.<sup>38</sup> Der religiöse Boom der Nachkriegsjahre korrespondierte mit dieser entlastenden Argumentation. Ihren »Blutzoll«, also die Verfolgung und den Widerstand der Parteigründer, führten viele katholische Kreise nicht nur als moralische Legitimation für die Rechristianisierung der Gesellschaft an, sondern auch als Grund für den Zusammenschluss der beiden Konfessionen. Insbesondere die wirkungsmächtigen Reden von Jakob Kaiser beriefen sich immer wieder auf das Erbe des Widerstandes, insbesondere des 20. Julis.<sup>39</sup> Gegenüber einfachen NSDAP-Mitgliedern wollte sich kaum ein Gründungszirkel verschließen. Die katholisch geprägten Aufrufe, Programme und Satzungen verrieten jedoch eine vergleichsweise Distanz gegenüber den potentiell belasteten Pgs. Sie sollten nur bedingt in die Partei aufgenommen werden und zudem im öffentlichen Leben keine Rolle mehr spielen. Die rheinland-pfälzischen Christdemokraten wollten das aktive Wahlrecht nur an diejenigen ver-

geben, die nie in der NSDAP oder ihren Gliederungen waren, und die westfälischen forderten: »Frühere Mitglieder der NSDAP sollen nicht in der Führung unserer Partei vertreten sein. Jedoch ist einfache Zugehörigkeit zur NSDAP kein Grund, eine ehrlich gemeinte Mitarbeit oder Mitgliedschaft abzulehnen.«<sup>40</sup> Dementsprechend fragten verschiedene katholische Gründungszirkel auf ihren Beitrittsformularen nach einer früheren NSDAP-Mitgliedschaft. Ein katholisch geprägter Kreisverband wie Salzgitter schloss ehemalige Pgs etwa aus, seine evangelisch geprägten Nachbarverbände dagegen nicht.<sup>41</sup> Somit war die Abgrenzung vom Nationalsozialismus bei den katholischen Gründern mehr als ein bloßes Zugeständnis an die Alliierten.

Klauseln gegen NSDAP-Mitglieder konnten aber auch deutlich machen, dass die CDU auch auf der personellen Ebene das Erbe der Zentrumspartei antrat. In einem westfälischen Aufruf hieß es ganz direkt: »Die Ideale der Zentrumspartei werden auch in der Christlich-Demokratischen Partei lebendig sein. Dafür bürgt die Führung dieser neuen Partei, in der Männer und Frauen vertreten sind, die zum großen Teil ihr ganzes Leben lang für die Zentrumspartei und in der Zentrumspartei gearbeitet haben.«<sup>42</sup> Tatsächlich waren die katholischen Mitglieder der ersten CDU-Landesvorstände so gut wie ausnahmslos vor 1933 im Zentrum gewesen. In keinem einzigen Fall gehörten sie einer anderen Partei an, und nur in ganz wenigen Fällen waren sie parteilos.<sup>43</sup> In den überwiegend katholischen Gebieten hatten zudem auch ausnahmslos Katholiken die Führungsposten inne. Diese waren in Weimar seltener Spitzenpolitiker des alten Zentrums als vielmehr führende Amtsinhaber in der Partei gewesen. Insbesondere die ehemaligen Generalsekretäre des Zentrums, die häufig in der Weimarer Republik noch Jungpolitiker waren, konnten nun ihre organisatorische Erfahrung beim Aufbau der CDU einbringen.<sup>44</sup>

War der Protestantenanteil der Region höher, so wurden per Proporz ein evangelischer Stellvertreter gewählt und einige Protestanten in die Vorstände berufen. Insbesondere in den katholisch-ländlichen Gebieten spielten diese »Proporz-Protestanten« zunächst eine untergeordnete Rolle. Die Reibungsflächen blieben klein, da die hier rekrutierten Protestanten der ersten Stunde zumeist aus der christlich-sozialen Bewegung kamen und somit kulturell und sozialpolitisch ähnliche Konzeptionen vertraten. Politische Erfahrung hatten sie dagegen selten. Nicht zuletzt deshalb blieb ihre politische Durchsetzungskraft recht beschränkt.<sup>45</sup>

Ein ähnlicher Traditionsüberhang zeigt sich auch aus der Geschlechterperspektive. Die CDU-Gründungskreise waren ebenso wie die ersten Vorstände fast ausschließlich männlich besetzt. Da in den katholischen

Regionen die den Frauen zugewiesenen Bereiche Familie, Schule und Soziales aber einen höheren Stellenwert einnahmen, waren zumindest einige Frauen bereits in der Anfangsphase aktiv eingebunden. Wie sehr die CDU gerade bei ihren weiblichen Repräsentantinnen an die Zentrums-tradition anknüpfen konnte, verdeutlichten Helene Weber und Christine Teusch: Während Helene Weber, die frühere Vorsitzende des Reichs-frauenrates des Zentrums, nach 1945 die Frauen-Union aufbaute und anführte, sorgte die ehemalige Zentrumspolitikerin Teusch nun als CDU-Kultusministerin weiterhin für eine betont katholische Schulpolitik.<sup>46</sup> Nicht im Zentrum sozialisiert, aber dennoch 1945/46 von größter Bedeutung, war die Darmstädter CDU-Mitbegründerin Maria Sevenich, die sich während des Nationalsozialismus von einer Kommunistin zur gläubigen Katholikin entwickelt hatte. Aber auch ihre Auftritte erzielten nicht zuletzt durch ihren stark katholisch-religiösen und sozialen Impetus ihre große Breitenwirkung.<sup>47</sup>

Die Struktur der Kreisvorstände ähnelte der Landesebene. Häufig dominierte der letzte Vorsitzende der örtlichen Zentrumspartei nicht nur die ersten politischen Zusammenkünfte, sondern übernahm auch den Parteivorsitz. Der Landesverband Rheinland hatte selbst Anfang der fünfziger Jahre lediglich einen Kreisvorsitzenden, der evangelisch war, und der war im stark evangelischen Kreisverband Wuppertal tätig.<sup>48</sup> Da die lokalpolitischen Gremien in hohem Maße mit den Kirchenvorständen und der traditionellen katholischen Vereinswelt verknüpft waren, blieben für Protestanten die Zugangschancen gering. Die verhältnismäßig starke personelle Abgeschlossenheit des katholischen Milieus zeigte sich auch darin, dass Flüchtlinge in den meisten katholischen CDU-Zirkeln so gut wie keine Rolle spielten.<sup>49</sup> Sowohl in den Vorständen als auch bei den Mitgliedern waren sie stark unterrepräsentiert. Im Landesverband Rheinland machten sie 1947 gerade einmal zwei Prozent der Mitglieder aus.<sup>50</sup> Die späteren Statistiken der anderen Landesverbände zeigen, dass der Flüchtlingsanteil gerade in den katholischen Traditionsgebieten der Union zunächst äußerst klein blieb – ebenso wie bei der CSU im katholischen Bayern.<sup>51</sup> Nicht wenige katholische Unions-Kreise äußerten ein gewisses Unbehagen, wenn die Flüchtlingspräsenz zu stark wurde. Da vielerorts mit den Flüchtlingen erstmals Protestanten in die katholischen Gemeinden kamen, reaktivierten sie die überlieferten konfessionellen Vorurteile. In Rheinland-Pfalz führte dies sogar soweit, dass der spätere CDU-Ministerpräsident und Fraktionsvorsitzende Wilhelm Boden von der Militärregierung die Abriegelung gegen den Flüchtlingszuzug forderte, da »der katholische Charakter des Rheinlands durch den Zuzug der meist protestantischen Ostdeutschen stark verwässert werde [...]«. <sup>52</sup>

Im lokalen katholischen Milieu fanden die evangelischen Vertriebenen kaum Halt. Führende Positionen in Vereinswesen, aus denen das für die Kommunalpolitik notwendige Prestige erwuchs, blieben ihnen demonstrativ verwehrt.<sup>53</sup> Dementsprechend wandten sich viele Flüchtlinge in den katholischen Gebieten vornehmlich der SPD und schließlich dem BHE zu.

Der Blick auf die Mitgliederstruktur leitet bereits zu einem weiteren Bereich über, in dem die katholischen CDU-Gründungen an die Zentrumstradition anknüpften und von ihr profitierten: die Partei-Organisation. Die katholischen CDU-Gründungen zeichneten sich zunächst durch eine vergleichsweise große Mitgliederbasis aus, da sie die Mitgliederbestände der alten Zentrumspartei wieder reaktivierten. Gerade in den Hochburgen des Zentrums verfügten die CDU-Kreisverbände innerhalb kürzester Zeit über weit mehr als tausend Mitglieder. Einzelne Kreise Westfalens überschritten nach Eigenangaben bis 1947 sogar die 10000-Mitglieder-Grenze.<sup>54</sup> Umgekehrt sank die Mitgliederzahl proportional zum Protestanten-Anteil bis hinunter auf einige Dutzend. Dementsprechend war und blieb in allen Landesverbänden der katholische Mitgliederanteil überdurchschnittlich hoch.

Die fortbestehende Integrationskraft des katholischen Milieus zeigte sich auch in der soziostrukturellen Zusammensetzung der CDU-Verbände. Sie wiesen erstens ein verhältnismäßig breites Spektrum an Berufsgruppen auf, das auch größere Arbeiteranteile mit einschloss. In den Landesverbänden Rheinland und Westfalen lag er immerhin bei einem Fünftel der Mitglieder.<sup>55</sup> Die religiöse Klammer überformte somit weiterhin die Klassenlage. Zweitens fanden sich unter den Mitgliedern in hohem Maße gerade jene Gruppen, die man als lokale Meinungsführer bezeichnet – wie einheimische Landwirte oder Unternehmer. Und drittens deutete auch das Mitgliederalter der katholischen Kreise an, dass hier offensichtlich stärker eine Kohorte dominierte, die zu Zeiten des alten Zentrums sozialisiert wurde. Die Mitglieder in stark katholischen Kreisen waren meist deutlich älter als in den konfessionell gemischten Nachbarkreisen.<sup>56</sup>

Da sich die katholischen Gründer in vertrauten Netzen bewegten, konnten sie innerhalb kurzer Zeit einen relativ funktionstüchtigen Parteiapparat aufzubauen. Sie verfügten schnell über breit gestreute Ortsvereine, und ihre Kreisverbände hatten zumeist schon hauptamtliche Geschäftsführer, die zudem eine recht erfolgreiche Versammlungstätigkeit vorweisen konnten.<sup>57</sup> Ihre vergleichsweise akribisch geführten Geschäftsunterlagen von katholisch geprägten Landesverbänden bezeugen, welche Organisationserfahrung die Zentrumspolitiker einbrachten. Von

der Gründung an verfassten sie bereits Statistiken, Finanzberichte und Protokolle. Zu der geordneten Aktenablage gehörte aber nicht nur eine gewisse Kompetenz, sondern auch eine entsprechende Verbundenheit mit der Partei und ein Bewusstsein für die eigene Parteigeschichte, welches offensichtlich im katholischen Raum ausgeprägter war als in den protestantischen Kreisen. Am besten organisiert war sicherlich der Landesverband Rheinland, gefolgt von dem Landesverband Westfalen und den katholischen Landesverbandsteilen Hessens. Aber auch die Verbände Süd-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz hoben sich deutlich von der chaotischen Buchführung in den stärker protestantischen Räumen ab.<sup>58</sup>

Ermöglicht wurde der organisatorische Aufbau durch die verhältnismäßig gute finanzielle Lage in den mehrheitlich katholischen Landesverbänden. Ihre große Mitgliederbasis sorgte für ein entsprechend hohes Beitragsaufkommen. Die größere Parteiverbundenheit zeigte sich aber auch in einer insgesamt etwas freigiebigeren Zahlungsmoral als in den protestantischen Landesverbänden.<sup>59</sup> Zudem konnten die CDU-Zeitungen bis zur Währungsreform von 1948 wesentlich zur Finanzierung des Parteiapparates beitragen. Ihre vergleichsweise hohen Auflagenzahlen dokumentierten ebenfalls ihre enge Bindung zu den katholischen Parteianhängern. Denn entgegen der häufig formulierten und in der Wissenschaft kolportierten Klage, dass insbesondere die britischen Alliierten einseitig die Sozialdemokraten unterstützt hätten, lagen die Auflagenzahlen der CDU-nahen Presse im katholischen Raum klar vorne. Im Rheinland verfügten die CDU-Blätter 1947 etwa über eine doppelt so hohe Auflage wie die der SPD.<sup>60</sup> Zudem war es die CDU-nahe Aachener Zeitung, die als erstes Blatt von den britischen Besatzern eine Lizenz erhielt. Denn schließlich knüpfte auch das Pressewesen der Union an Zentrumstraditionen an. Führende Verleger und Journalisten von Zentrumsblättern arbeiteten nun für christdemokratische Zeitungen. Dabei wurde der ehemalige Verleger des Weimarer Zentrumsblattes *Tremonia*, Lambert Lensing, nicht nur zum Landesvorsitzenden der CDU Westfalens gewählt, sondern übernahm zunehmend auch die überregionale Koordination der Presse.<sup>61</sup> Obwohl Lensing von Beginn an der aktivste Kopf im CDU-Pressewesen war, wurde er allerdings tatsächlich von den Briten behindert: Wegen des Vorwurfes, das Zentrumsblatt *Tremonia* in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt zu haben, konnte er erst 1949 mit den Ruhr-Nachrichten ein eigenes Blatt herausgeben und mußte sich bis dahin mit dem Druck der Westfalenpost begnügen.

Die CDU konnte in den katholischen Gebieten somit programmatisch, personell und organisatorisch an die Zentrumstradition anknüp-

fen. Dies gewährte ihr ebenso große Startvorteile wie ihre Verbindung zum katholischen Kirchenvorfeld. Wie sehr die CDU-Gründungen hier ein dem politischen Katholizismus entsprechendes, eigenes Profil ausbildeten, dürfte der vergleichende Blick auf die protestantischen Parteibildungen zeigen.

## 2. Protestantisch geprägte Gründungen

Die Startbedingungen in den protestantischen Gebieten erschienen wesentlich schlechter. Ein vergleichbar dichtes Milieu, das auch im Nationalsozialismus Abgrenzung und Zusammenhalt hätte sichern können, hatte hier nie bestanden. Vor allem fehlte im evangelischen Raum stets ein fester Mittelpunkt, der wie die katholische Kirche um sich herum das politische Vorfeld hätte binden können.<sup>62</sup> Da die Grenzen zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus seit dem Ende der Weimarer Republik immer fließender geworden waren, hatten sich sowohl die protestantisch-konservativen Parteien als auch ihre Vereine, Verbände und Honoratioren häufig genug diskreditiert. Die Reststrukturen des protestantisch-konservativen Vorfeldes, die den Nationalsozialismus überdauert hatten, waren nun in hohem Maße vom alliierten Vereinsverbot betroffen. Sowohl ihre mitgliederstarken Krieger- und Schützenvereine als auch ihre anderen nationalen Verbände (wie etwa der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband) erlebten bis 1949 eine Auszeit oder verschwanden nun endgültig. Ebenso internierten die Alliierten nun zahlreiche lokale und regionale Meinungsführer, die sich häufig bis 1945 in vielen Schaltstellen halten konnten. Zudem fehlte im protestantischen Raum nun mehr denn je eine gemeinsame Weltdeutung, die ihre verlorene Organisationskraft hätte ausgleichen können. Die Kirchenbindung der Protestanten war im Vergleich zu den Katholiken stets schwächer ausgeprägt gewesen. Und ihre wichtigste Integrationsklammer, der Nationalismus, war nach seiner Radikalisierung im Nationalsozialismus nun kaum noch in seiner alten Form reaktivierbar.<sup>63</sup>

Dennoch standen die CDU-Gründer auch hier keineswegs in einem organisatorischen und weltanschaulichen Vakuum. Ein genauer Blick auf die lokale Ebene verrät, dass die Union auch in evangelischen Gebieten auf ein politisches Vorfeld aufbauen konnte, das gerade in den ländlichen Regionen gewisse Startvorteile gegenüber den Sozialdemokraten garantierte. Auch im evangelischen Raum entwickelte sich die Kirche durch ihr moralisches Ansehen, ihre institutionelle Kontinuität und ihre alliierten Privilegien zu einer zentralen Schaltstelle, die gerade bei einer betont christlichen Parteibildung von Nutzen sein konnte. Erste Infor-

mationen über einen politischen Schulterschluss der Konfessionen wurden über ihre Kommunikationskanäle verbreitet und diskutiert.<sup>64</sup> Zudem berieten auch die evangelischen Geistlichen die Alliierten, wenn es um das Besetzen von Stellen oder um Entnazifizierungsbescheinigungen ging.<sup>65</sup> Ihre weiterhin eher konservative Haltung begünstigte dabei CDU-nahe Politiker und verstärkte die ohnehin hohe personelle Kontinuität in den kommunalen Verwaltungen.<sup>66</sup> Die so eingesetzten Landräte und Bürgermeister konnten ebenfalls frühzeitig die Weichen für eine spätere Parteibildung stellen. Bei direkten Parteiempfehlungen blieben die evangelischen Geistlichen deutlich zurückhaltener als ihre katholischen Kollegen und traten wesentlich seltener als Gründungsmitglieder auf.<sup>67</sup> Dennoch halfen auch sie immer wieder als erste Ansprechpartner vor Ort, die personelle Kontakte ermöglichten und sich informell für die neue Partei einsetzten. Allerdings stießen die CDU-Gründer besonders im Norden Baden-Württembergs, Hessens und Niedersachsens bei einigen Pastoren auf starke antikatholische Ressentiments, aus denen heraus sie jede Zuarbeit verweigerten.<sup>68</sup> Wenn prominente Geistliche, wie der Berliner Bischof Otto Dibelius, der CDU beitraten, wurde ihre Eintrittsbegründung deshalb werbend innerhalb der Partei verteilt. Der spätere EKD-Ratsvorsitzende Dibelius betonte in dem Rundschreiben immerhin, »dass die evangelische Kirche heute praktisch nur bei der Christlich-Demokratischen Union Verständnis und positive Unterstützung findet. [...] Wir müssen als Christen unsere staatsbürgerliche Pflicht erfüllen; und es gibt zur Zeit keine andere Möglichkeit, seiner staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden als die, dass man einer Partei beitrifft.«<sup>69</sup> Die Leitfunktion, die derartige Worte gerade 1945/46 hatten, ist sicher kaum zu überschätzen.

Auch die Vereins- und Verbandswelt war nicht unbedeutend für die CDU-Gründung. Sie war zwar dezimiert, konnte den Parteigründern aber zumindest dazu verhelfen, Personal zu finden und eine Vorfeldverankerung aufzubauen. Neben den Industrie- und Handelskammern wiesen hier vor allem die Kreisbauernschaften eine parteiprägende Kraft auf.<sup>70</sup> Eine leitende Position in den landwirtschaftlichen Interessenverbänden bedeutete 1945 eine wichtige Ressource, von der viele angehende Politiker profitierten. Heimat-, Sänger- und Schützenvereine bildeten ebenso wie die scheinbar unpolitischen Feuerwehren lokal immer wieder das Sprungbrett, von dem aus sich politische Zirkel und individuelle CDU-Karrieren entwickeln konnten. Der Werdegang des schleswig-holsteinischen CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Glüsing illustrierte dies etwa geradezu exemplarisch: Er war Sohn des lokalen DNVP-Vorsitzenden und schon in Weimar in der Feuerwehr, dem Turnverein und dem

Jungstahlhelm aktiv, dazu seit 1929 SA-Gruppenführer und NSDAP-Mitglied, aus der er aber 1933 ausgeschlossen wurde. Nach 1945 wurde er dann zuerst »Amtswehrführer« der Feuerwehr, dann Kreisbauernvorsteher, daraufhin schließlich CDU-Kreisvorsitzender.<sup>71</sup> Derartige Biografien weisen darauf hin, dass trotz der alliierten Vereinsverbote auch im protestantischen Raum nicht die vorstrukturierende Kraft der Vereinswelt unterschätzt werden sollte.

Bei der Diskussion darüber, welche parteipolitische Ausrichtung gewählt werden sollte, standen die Protestanten wiederum vor einer deutlich anderen Ausgangslage als die Katholiken. Im protestantisch-bürgerlichen Lager gab es eben keine einheitliche Vorgängerpartei, an die man explizit hätte anknüpfen können. Konservative, liberale, heimatverbundene, christlich-soziale und nationalistische Strömungen liefen hier nebeneinander und gingen in wechselnden Kombinationen ineinander über. Ihre Vorbildfunktion hatten die alten Parteien verloren. Die Wählerabwanderung zur NSDAP, ihr zunehmender Rechtskurs, ihre Spaltung und schließlich auch ihre gescheiterte Einbindung Hitlers ließen eine Neuauflage der alten Parteien fragwürdig erscheinen. Dank ihres Honoratiorencharakters blieb ihr organisatorisches Erbe ohnehin gering. Und die Abtrennung der protestantisch-konservativen Hochburgen im Osten verschlechterte diese mäßige Ausgangsbasis zusätzlich.

Gerade diese Schwächung des bürgerlich-protestantischen Lagers und die starke Aufwertung ihrer Kirche erleichterten den Zusammenschluss mit dem politischen Katholizismus. Zwangsläufig ergab er sich daraus jedoch nicht. In den ländlich-protestantischen Gebieten im Norden Niedersachsens, Hessens und Baden-Württembergs verhielten sich die Eliten zunächst einmal abwartend, bevor schließlich die interkonfessionellen Gründungen in den Großstädten den Anstoß von außen gaben. Insbesondere in Schleswig-Holstein und einigen Provinzstädten des restlichen Deutschlands kamen bereits seit dem Sommer 1945 rein protestantische Gründungskreise zusammen. Wie in den Weimarer Vorläuferparteien schlossen sie Katholiken nie explizit aus. Allerdings distanzierte man sich von der Zentrumstradition. Der bereits zitierte spätere CDU-Abgeordnete Hermann Glüsing etwa gründete 1945 zunächst einmal die »Dithmarscher Volkspartei«. Sein Kreis entschied sich dabei bewusst gegen die CDU, weil »man als evangelischer Norddeutscher nicht in die Fußstapfen einer klerikalen Politik der Katholiken treten wollte.«<sup>72</sup> Derartige Parteigründungen, aus denen später die CDU hervorgehen sollte, strebten eine eigenständige Sammlung an, die vom Selbstverständnis und Personal her klar in der Tradition der konservativen und liberalen Weimarer Parteien stand. Die Namen, unter denen sich die späteren

CDU-Kreise zunächst formierten, deuteten bereits an, dass sie kaum auf die christliche Integrationsklammer setzten. Sie nannten sich beispielsweise Liberal-Konservative Partei (Süddithmarschen), Deutsche Volkspartei (Pinneberg), Deutsche-Demokratische Partei (Kiel, Neumünster), Vaterstädtischer Bund (Hamburg), Demokratische Union (Ostfriesland), Christlich-Sozialer-Volksbund (Pfalz) oder Deutsche Sammlung (Lübeck).<sup>73</sup> Andere protestantische Kreise, die sich schließlich doch gleich als Christdemokraten gründeten, erwogen noch in der Planungsphase Namen wie Liberal-Demokratische Partei (Wuppertal), Christlich-Sozialer Volksdienst (Nordwürttemberg) oder Demokratische Aufbau-partei (Braunschweig). Die einzelnen Namen deuten ebenfalls an, dass auch sie anfangs durchaus an eine Wiederherstellung der Weimarer Parteien dachten.

Gemeinsam war den meisten protestantischen Gründungszirkeln, dass sie im Gegensatz zu den Katholiken zunächst den Namensbestandteil christlich mieden.<sup>74</sup> Dementsprechend formierte sich der schleswig-holsteinische Landesverband bei seinem ersten Zusammenschluss zunächst unter dem Namen Demokratische Union. Mit Ausnahme der Gebiete, in denen die Protestanten wie in Württemberg an den Weimarer CSVD anknüpften, zeigten sowohl kirchennahe als auch kirchenferne Protestanten Bedenken gegen das »C«. Die Kirchennahen argumentierten, dass keine Partei ausschließlich das Christentum für sich beanspruchen dürfe, da alle Parteien christlich sein sollten und der Glaube sonst für das Politische missbraucht werden könnte. Von evangelisch-theologischer Seite wurden sie häufig darin bestärkt.<sup>75</sup> Auch zwei Jahre nach ihrer Gründung traf die CDU bei offiziellen Gesprächen mit der evangelischen Kirche auf Bedenken gegen die Verwendung des »C«.<sup>76</sup> Die kirchenfernen Protestanten, deren Anteil von Süden nach Norden zunahm<sup>77</sup>, hatten dagegen eher wahltaktische Bedenken. Sie fürchteten um die liberalen Wähler, die wegen ihrer antiklerikalen Ressentiments kaum für eine betont kirchliche Partei zu gewinnen wären. Als diese Gründungszirkel sich letztlich doch der CDU anschlossen, sollte sich das »C« häufig als ein Zugeständnis erweisen, das sie nur mit Bedenken hinnahmen.<sup>78</sup>

Vor allem der programmatische Hinweis, die CDU solle eben keine religiös orientierte Partei sein, sollte diese Bedenken streuen. In Lübeck verkündete etwa der spätere Ministerpräsident Theodor Steltzer, »dass es genüge, die Verdienste des Christentums um die abendländische Kultur anzuerkennen.«<sup>79</sup> Ebenso formulierte der protestantische Kreisverband Birkenfeld in Rheinland-Pfalz: »Das Wort christlich sei keineswegs im Sinne einer kirchlichen Bindung zu verstehen, sondern man wolle da-

mit lediglich sagen, was Goethe mit seinem Wort ausdrückte: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.«<sup>80</sup> Dadurch, dass sie die kirchliche Glaubensdimension als kulturelle Tradition umgedeuteten, schien das »C« weitaus akzeptabler. Zudem wurde das »C« mit Begriffen wie »Anständigkeit« neu übersetzt, was explizit signalisierte, dass es keine religiöse Verpflichtung bedeute. So hieß es etwa in einer Rundfunkrede des nominierten Hamburger CDU-Vorsitzenden Otto Wendt vom Dezember 1945: »1. Wir sind in keiner Weise konfessionell festgelegt. Jeder anständige deutsche Bürger ist in unserer Partei willkommen, unabhängig von seiner Konfession. 2. Wir lehnen es ab, irgendwelchen religiösen Druck innerhalb der Partei auszuüben, und jedes Parteimitglied ist hinsichtlich seines Glaubens völlig frei.«<sup>81</sup>

In den meisten Aufrufen der protestantischen Gründerkreise spielte die christliche Rhetorik eine dementsprechend untergeordnete Rolle. Selbst bei christlich-konservativen Gründungszirkeln, wie dem Plöner Kreis von Hans Schlange-Schöningen, fand sich das Wort christlich nur zweimal unter vielen Adjektiven versteckt.<sup>82</sup> Lediglich die kirchennahen ehemaligen Volksdienstler plädierten ähnlich wie die Katholiken für eine Rechristianisierung der Gesellschaft.<sup>83</sup> Ansonsten wurden im Vergleich zum katholischen Raum auch kirchen- und kulturpolitische Fragen nur beiläufig behandelt. Die Forderung nach dem Elternrecht oder gar der Bekenntnisschule fand sich kaum. Lediglich in den westlichen CDU-Landesverbänden traten einige prominente evangelische Christdemokraten wie Ernst Bach oder Otto Schmidt für die Bekenntnisschule ein, wobei Schmidts Wuppertaler Kreisverband nur vermittelnd ein »nebeneinander von Bekenntnis- und Simultanschulen« forderte.<sup>84</sup> Auch in Rheinland-Pfalz trat die CDU in den stärker evangelisch geprägten Landesteilen für die Gemeinschaftsschule ein.<sup>85</sup> In vielen norddeutschen Aufrufen verlangte man dagegen eine »klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben«, wobei der Kirche lediglich die Leitung des Religionsunterrichtes zugestanden wurde.<sup>86</sup> Ihr Forderungskatalog beschränkte sich auf eine »Erziehung der deutschen Jugend im christlichen Sinne in Elternhaus, Schule und Kirche«, was auf die Gemeinschaftsschule mit obligatorischem Religionsunterricht hinauslief.<sup>87</sup>

Die betonte Abgrenzung zwischen Staat und Kirche war nicht zuletzt auch ein Zugeständnis an die antikatholischen Ressentiments vieler Protestanten, die die CDU wie einst das Zentrum nur als einen verlängerten Arm der Kurie ansahen. Die Protokolle verzeichnen daher immer wieder, wie entschieden die protestantischen Gründer betonten, »daß die CDU nur eine politische Zielsetzung kenne und keiner Kirche hörig sei, vor allem aber mit dem Zentrum nichts zu tun habe.«<sup>88</sup> Dennoch fühl-

ten sich selbst viele evangelische Synodale nicht gerade zum Engagement für die CDU ermutigt. Selbst der niedersächsische CDU-Generalsekretär Arnold Fratzscher, der lange im Dienst der hannoverschen Kirche stand, betonte gegenüber seinem Landesbischof, dass er »es nicht für angebracht halte, wenn die Pastoren selbst sich politisch betätigen. Das ist nicht Aufgabe des Seelsorgers.« Lediglich das politische Engagement von Laien wollte er fördern.<sup>89</sup>

In den protestantischen Gründungszirkeln bildete nicht das »C«, sondern die »Abwehr des Marxismus« die entscheidende Integrationsklammer. Wesentlich schärfer und umfassender als bei den Katholiken betonte ihre Rhetorik, dass eine geschlossene Bedrohung durch die SPD, die KPD und den russischen Bolschewismus bestünde. Den gemäßigten Forderungen der Sozialdemokratie dürfte deshalb keinerlei Vertrauen geschenkt werden, weil sie nur der Anfang des kommunistischen Gesellschaftsumbaus seien.<sup>90</sup> Bereits in der Weimarer Republik hatten die mehrheitlich bürgerlich-protestantischen Parteien hieraus ihre Sammlungs- und Mobilisierungspotentiale entfaltet. Ihre damaligen Wahlplakate und Programme lebten geradezu von dieser negativen Selbstdefinition, worauf auch die NSDAP wesentlich aufbauen konnte.<sup>91</sup> Die nationalsozialistische Propaganda, der Krieg im Osten und die Fluchterfahrung tradierten die Furcht vor den Marxisten. Seit 1945 wurden die alten Ängste durch die gewaltsamen Enteignungen in der SBZ neu entfacht. Aber auch in der unmittelbaren Lebenswelt stellten sich Umbrüche ein, die die antisozialistische Sammlung beschleunigten. Einerseits fühlten sich gerade die Landbewohner in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nord-Hessen von dem hier besonders starken Flüchtlingsstrom bedroht, der mit Bodenreform- und Umverteilungsplänen ihre Grundlagen zu bedrohen schien.<sup>92</sup> Andererseits hatten nun mit alliierter Unterstützung erstmals einige Sozialdemokraten Bürgermeister- und Landratsposten in der konservativen Provinz erhalten, was auf der lokalen Ebene als geradezu dramatischer Einbruch stilisiert wurde. »Wir haben hier in Altweilnau unter der Gewaltherrschaft eines SPD Bürgermeisters zu leiden, der jeden in die SPD hineinsteckt«, klagte etwa eine nordhessische Pfarrersfrau der CDU über das SPD-»Terrorregime«, das schlimmer als die »Naziherrschaft« sei.<sup>93</sup> Aus dieser Wahrnehmung heraus entstanden Aufrufe zur politischen Sammlung, die an Weimar anknüpften. Wie in der ersten Nachkriegszeit forderten nun spätere CDU-Gründer, man müsse eine »starke Rechte« bilden, die der »roten Flut« Einhalt gebiete.<sup>94</sup>

Stärker noch als bei den Katholiken bildeten diese gesteigerten Ängste nun den entscheidenden Grund, schließlich doch den Zusammen-

schluss mit den ehemaligen Zentrumsanhängern zu wagen. Dabei lasen sie die christliche Weltanschauung in die Bedrohung der abendländischen Kultur ein.<sup>95</sup> Häufig ersetzte jedoch der Antisozialismus die christlichen Formeln. Während in den katholischen Regionen Landesverbände mit Gottespräambeln begannen, lautete konsequenter Weise der erste Satz im Programm der CDU Schleswig-Holstein: »In Schleswig-Holstein ist die CDU als eine echte Volkspartei das einzige Bollwerk gegen den Marxismus.«<sup>96</sup> Die Grenzziehung zum Sozialismus wurde zum weltanschaulichen Programm, das ex negativo bestimmte, wer zur Partei gehörte. Statt mit einer positiven Selbstverortung begannen Aufrufe wie in Kiel mit den Worten »Wir lehnen ab: [...]«. <sup>97</sup> Charakteristisch für dieses antisozialistische Volkspartei-Verständnis war eine Notiz, die der Segeberger CDU-Gründer Paul Pagel feierlich seinem Tagebuch anvertraute, nachdem er seinen Christdemokratischen Kreisverband angemeldet hatte: »Die Christlich-Demokratische Partei soll außer Kommunisten und Sozialisten alles umfassen.«<sup>98</sup>

Entsprechende Unterschiede bestanden auch in den sozial- und wirtschaftspolitischen Leitlinien. Erwartungsgemäß fand sich in so gut wie keinem mehrheitlich protestantischen Gründerkreis die katholische Forderung nach einem »christlichen Sozialismus«. <sup>99</sup> Stattdessen nahm der »Schutz des Privateigentums« einen größeren Stellenwert ein. Dennoch propagierten auch die evangelischen Gründer keinen ungezügelter Liberalismus. Ähnlich wie bei den konservativen Weimarer Parteien forderten auch sie einen sozialen Ausgleich, deuteten dies aber nur mit vagen Formulierungen an.<sup>100</sup>

Die Gründungsprotokolle verdeutlichen zudem, dass im Gegensatz zu den katholischen Aufrufen auch der Rekurs auf den Nationalsozialismus kaum eine Rolle spielte. Allenfalls die antitotalitären Anspielungen in antimarxistischen Formeln richteten sich indirekt gegen den Nationalsozialismus. »Unsere Aufgabe ist die Sammlung aller verantwortungsbewußten Menschen unseres Landes gegen das Überhandnehmen radikaler Strömungen und neuer Parteigründungen, wie sie in einem Notstandsgebiet einen besonderen Nährboden finden«, forderten etwa die Schleswig-Holsteiner.<sup>101</sup> Ebenso unterschied sich ihr Verhältnis zu ehemaligen Nationalsozialisten deutlich von den katholisch geprägten Parteigründern. Während der Holsteiner CDU-Gründer Schlange-Schönningen bereits in seinen Reden von 1945 forderte »Wir wollen die Tore soweit wie möglich öffnen«, stand für die Kreisverbände der Schutz vor der Entnazifizierung im Vordergrund.<sup>102</sup> Zum entscheidenden Kriterium für eine Aufnahme wurde nicht der formelle Belastungsgrad, sondern die »Anständigkeit«, der »Idealismus« und die »Ehre« erhoben. »Zu uns

gehört jeder, den ein Schauer erfaßt über das, was wir in den 12 Jahren erleben mußten; ferner, der anständiger Charaktergesinnung geblieben ist, jeder, der kein Konjunkturritter ist, jeder, der mit aufbauen will. Auch diejenigen gehören zu uns, die aus einem törichtem Idealismus früher einmal geglaubt haben, daß das was die Nationalsozialisten aufbauten, etwas Patriotisches wäre,« führte Hans Schlange-Schöning in seinen Reden aus.<sup>103</sup> Im Vergleich zu den katholischen Gründungen bedeuteten diese vagen Abgrenzungen ein breites Integrationsangebot. Da in den evangelischen Gebieten die NSDAP-Anhänger häufig weit über die Hälfte der Bevölkerung ausgemacht hatten, blieb der Union hier ohnehin kaum eine andere Wahl, wenn sie eine Massenbasis erreichen wollte. Falsch wäre es allerdings, aus den markigen Reden eine wahllose Aufnahme von NSDAP-Aktivisten zu schließen. Man selektierte eher danach, ob die betreffenden Honoratioren nach den traditionellen Regeln des jeweiligen Milieus sozialisiert worden waren. Während reine NSDAP-Aufsteiger eher unerwünscht blieben, konnte die richtige familiäre und soziale Herkunft sowie eine Verankerung in der Vereins- oder Kirchenwelt Verfehlungen während des »Dritten Reiches« lautlos kompensieren.<sup>104</sup> Ihr vorauseilender Gehorsam gegenüber den Alliierten sorgte für weitere Selbsteinschränkungen. Sogar in der CDU-Schleswig-Holstein forderte man zumindest, nationalsozialistisches Vokabular zu meiden und Pgs zu überprüfen, »da sonst [das] Mißtrauen der Militärregierung zu erwarten sei.«<sup>105</sup>

Zur moralischen Entlastung gegenüber dem Nationalsozialismus bedienten sich auch die protestantischen Gründer der sogenannten Säkularisierungsthese. Danach habe die Abwendung vom Christentum zum Nationalsozialismus geführt.<sup>106</sup> Hinzu traten Erklärungen, die den Sozialdemokraten die Schuld am NSDAP-Erfolg zuwiesen. »Die SPD und KPD (zusammen mit der radikalen Rechten) waren es, die die Verfassung immer wieder zu stürzen suchte und dadurch Hitler den Weg bereitete«, betonte etwa der spätere Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Günther Gereke.<sup>107</sup> Insgesamt richteten die protestantischen Aufrufe ihr Augenmerk jedoch weniger auf die Vergangenheit denn auf die aktuelle Lage in Deutschland. Auffällig stark stellten sie dabei den »Wiederaufbau« Deutschlands heraus. Während sie ihre Selbstverortung sonst eher durch negative Abgrenzungen erreichten, konnten sie hieraus einzelne positiv benennbare Programmpunkte entwickeln. In einem Flugblatt der Schleswig-Holsteiner hieß es etwa: »Wir sind weder eine ›Partei der Katholiken‹ noch eine ›Partei der Besitzbürger‹ wie andere Parteien uns vorwerfen, sondern wir sind eine UNION, in der deutsche Menschen aller Bekenntnisse und aller Schichten – sowohl Arbeitgeber wie auch Ar-

beitnehmer – zum Wohle der Gesamtheit zusammen arbeiten, schaffen und streben für ein neues, besseres Deutschland. Nicht der Marxismus, nicht der Liberalismus und nicht der Kapitalismus werden die tragenden Kräfte des Wiederaufbaus sein.«<sup>108</sup>

Der Appell an die »Einheit der aufbauwilligen bürgerlichen Elemente des deutschen Volkes«<sup>109</sup> ließ sich zudem als eine vergangenheitspolitische Formel verstehen, die im Wiederaufbau eine neue Bewährung versprach. Die klassische konservative Forderung nach »unpolitischen Fachleuten« und »Sachpolitik« verdeckte freilich, dass gerade diese »überparteilichen Kräfte« den Nationalsozialismus oft entscheidend getragen hatten.<sup>110</sup> Gegenüber dem alten, nun diskreditierten Nationalismus blieb die Wiederaufbau-Rhetorik nur ein äußerst schwaches Integrationsband. Immerhin gewährte die Hoffnung auf den Wiederaufstieg dem protestantischen Raum aber eine gemeinsame Vision, ein vages Ziel, das an alte nationale Deutungshaushalte anknüpfen konnte. Der Appell an Deutschlands Zukunft wies zumindest in seinen Grundzügen noch eine metaphysische Dimension auf, die eine positive Gegenwelt zum Bolschewismus bilden konnte. Gerade die vielfach übernommenen Aufrufe des norddeutschen Wortführers Hans Schlange-Schöning machten dies deutlich: »Wir rufen alle Deutschen ohne Unterschied des Standes, der Person und Konfession zum Wiederaufbau eines einigen Deutschlands, in dem sich alle Länder und Stämme zum Wohle der Gesamtheit frei entwickeln können. [...] Wir wollen 1. eine Lösung des deutschen Bevölkerungs- und Raumproblems durch internationale Verhandlungen [...] Wir glauben an die Zukunft Deutschlands, seine Gesundung auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet und an seinen Platz in der großen Gemeinschaft aller Kulturvölker.«<sup>111</sup>

Im Vergleich zum föderalistischen Selbstverständnis der katholischen Parteigründer wirkten diese nationalen Appelle geradezu zentralistisch. Besonders wenn man die Aufrufe von konfessionell unterschiedlichen Gründerkreisen der gleichen Region gegenüberstellt (wie etwa der katholischen Gründer in Freiburg und der eher protestantischen Konstanzer Gründer), fällt dieser Unterschied ins Auge.<sup>112</sup> Auch ein evangelisch-sozialer CDU-Gründer wie Gustav Heinemann hielt seine erste Parteireden über »den echten nationalen Gedanken und den echten konservativen Gedanken« – ein Thema, dass bei einer katholischen Gründungsveranstaltung kaum denkbar gewesen wäre.<sup>113</sup> Die nationalistische Rhetorik von einst hatte jedoch auch in den protestantischen CDU-Gründungen keine neue Heimat gefunden. Die Überreste des Nationalismus verloren sich in Protesten gegen die Alliierten, die die »Diffamierung und Diskri-

minierung des deutschen Volkes« verurteilten.<sup>114</sup> Die alliierte Besatzung schweißte die National-Konservativen zusammen, zwang sie aber gleichzeitig dazu, auf andere Integrationsklammern auszuweichen.

Die Programmatik der Protestanten ergab sich nicht nur aus ihrer politischen Tradition und der zeitgeschichtlichen Konstellation. Auch ein Blick auf die Sozialstruktur ihrer Parteiführung dürfte ihre vornehmlich antisozialistische Grundausrichtung erklären. Im Gegensatz zu den katholischen Gründern fanden sich bei den Protestanten – wie bei ihren Weimarer Vorgängerparteien – kaum Arbeiter und Gewerkschafter. Stattdessen war der selbstständige Mittelstand deutlich überrepräsentiert.<sup>115</sup> Selbst in dem programmatisch eher sozial orientierten Wuppertaler Gründerkreis waren 15 der 34 Gründer Fabrikanten oder leitend in der Industrie tätig, der Rest waren vornehmlich freiberufliche Akademiker und Beamte, aber nur ein Arbeiter.<sup>116</sup> Generell waren unter den protestantischen Gründern mehr Akademiker, die ganz im Sinne der bildungsbürgerlicher Tradition auch häufiger Doktoren- und Professorentitel trugen, teilweise sogar doppelte Dokortitel.<sup>117</sup> Welche Vertrauenserweckende Kraft man den stets genannten akademischen Graden auch nach 1945 zuschrieb, sollten nicht zuletzt die immer angeführten und zugleich etwas windigen Professorentitel von Ludwig Erhard und Theodor Heuss sowie der Ehrendokortitel Adenauers später zeigen. Besonders in Schleswig-Holstein erinnerten die zum Teil noch adligen Namenstitulaturen stark an die alten DNVP-Honoratioren, während unter den Mitgliedern die Landwirte überwogen.<sup>118</sup> In den protestantisch-industrialisierten Gebieten fanden sich dagegen zahlreiche exponierte Vertreter des Wirtschaftsbürgertums. Ihre personellen Verbindungen, die sie über ihre leitende Tätigkeit in Großbetrieben, Handelskammern und Verbänden erlangten, bildeten in gewisser Weise ein Pendant zu den katholischen Netzen der christlichen Gewerkschaften. Fast alle evangelischen Landesvorsitzenden oder Stellvertreter sollten derartige Wirtschaftspositionen innehaben.<sup>119</sup>

Die protestantischen Gründungszirkel unterschieden sich jedoch nicht nur von der Sozialstruktur, sondern auch von ihrem sozialen Selbstverständnis her von den meisten katholischen Zirkeln. Nicht selten sahen sie sich explizit als ein Zusammenschluss des »Bürgertums«. So hieß es beispielsweise im Gründungsprotokoll der Goslarer Christdemokraten: »Es wurde hervorgehoben, daß die Parteibildung durch die Sozialdemokraten und Kommunisten einen geschlossenen Zusammenschluß des übrigen Bürgertums erfordert, um für etwaige Wahlen und Abstimmungen vorbereitet zu sein. Die Möglichkeit der Bildung der Christlich-De-

mokratischen Partei biete Gelegenheit, unter Zurückstellung des Trennenden sich zur Schaffung eines geschlossenen Bürgerblocks die Hände zu reichen und gemeinsame Interessen um so intensiver zu fördern.«<sup>120</sup> Konsequenterweise bezeichnete sich die dortige CDU auf ihrem ersten Parteitag als die »Einheitspartei der bürgerlichen Kreise«.<sup>121</sup> Ebenso wollten die Gründer in Braunschweig »entsprechend der früheren Entwicklung im Landtag eine wirtschaftlich orientierte Gemeinschaft der Mitte erstreben, in der sich als Gegenstück zu den gewerkschaftshörigen beiden Parteien das selbstständige Bürgertum und die Unternehmerschaft unter Verzicht auf Klassenkampf und ähnliches als gute, aufbauwillige und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragende Deutsche zusammen finden können.«<sup>122</sup> Da im Gegensatz zum katholischen Raum eine kulturelle Klammer fehlte, schlug hier jene Klassengrenze zur Sozialdemokratie durch, die eine echte Volksparteibildung zunächst in weite Ferne rückte.

Die CDU startete jedoch auch im evangelischen Raum nicht als *die* Partei des lokalen Bürgertums. Die Gründungszirkel hatten vielmehr zunächst große Schwierigkeiten, lokale Meinungsführer zu gewinnen. Wegen der völlig anders gelagerten Programmatik in den katholischen Gebieten sahen die lokalen Honoratioren in der CDU oft eine zu klerikale, zu sozialistische und zu rheinländische Partei. Am ehesten konnten noch in Schleswig-Holstein Personen gewonnen werden, die über Ansehen und politische Erfahrung verfügten. Das lag daran, dass in dem rein evangelischen Schleswig-Holstein zunächst auf eine Zusammenarbeit mit dem politischen Katholizismus verzichtet werden konnte. Die CDU konnte hier vielmehr ungestört an die liberalen und konservativen Parteien Weimars anknüpfen. Während der letzte DVP-Landesvorsitzende Carl Schröter jetzt CDU-Vorsitzender wurde, übernahm der bis 1931 amtierende DVP-Generalsekretär Walter Brookmann die CDU-Landesgeschäftsführung. Prominente Vertreter des Freisinns standen ihnen im Kieler Gründungskreis zur Seite. Zudem verfügte die dortige CDU über zahlreiche Gründungsmitglieder, die zwar keine überregionale politische Erfahrung hatten, dafür aber eine lokale Verankerung als Landrat, Bürgermeister oder Verbandsvorsitzender vorweisen konnten.<sup>123</sup> Darüber hinaus sammelten sich gerade in der schleswig-holsteinischen CDU zahlreiche erfahrene konservative Politiker aus Ostelbien. Mit Hans Schlange-Schöninggen wies sie immerhin einen ehemaligen konservativen Reichsminister auf, der zahlreiche alte DNVP-Gesinnungsfreunde aus Ostdeutschland um sich sammelte. Diese vornehmlich adligen Vertriebenen wiederum knüpften über andere aus Ostelbien vertriebene Adlige Kontakte zu den westdeutschen CDU-Gründern.<sup>124</sup> Offensichtlich be-

standen trotz der Vertreibung auch 1945 noch adlige Kommunikationsnetze.

Den Aufstieg vollzogen diese vertriebenen Eliten nicht als Vertreter von Flüchtlingsinteressen, sondern nach den typischen Regeln des eingangs skizzierten protestantisch-konservativen Milieus. Jemand wie der von Greifswald nach Holstein geflüchtete Regierungsrat Dr. Dr. Paul Pagel begann 1945 seine Karriere wie die lokalen Honoratioren damit, dass er neben dem CDU-Kreisverband den örtlichen Reitverein aufbaute. Bei den von ihm veranstalteten Turnieren knüpfte er Kontakte, wurde Stabsleiter der Kreisbauernschaft und Landrat und schaffte dann schließlich 1947 den Sprung zum CDU-Landesminister.<sup>125</sup> Ebenso verhalf dem aus der SBZ nach Niedersachsen geflohenen Gutsbesitzer Dr. Dr. Gereke seine politischen Blitzkarriere vor 1933 zu Verbindungen, die ihm den Weg zum Vorsitz der CDU in Niedersachsen ebneten. Auch bei Gereke waren es die Jagd und der Reitsport, die zahlreiche Kontakte öffneten – bis hin zu den Alliierten und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich-Wilhelm Kopf.<sup>126</sup>

Wesentlich weniger politische Erfahrung brachten dagegen die protestantischen Politiker in den anderen Bundesländern mit. In Westfalen schloss sich immerhin der letzte DNVP-Landesvorsitzende, Präses Karl Koch, der CDU-Gründung an. Er engagierte sich aber nur in seinem kirchlichen Amt. Insbesondere in Baden-Württemberg, aber auch in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Nordhessen und Teilen Niedersachsens war der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) die Weimarer Partei, aus der noch die meisten engagierten Christdemokraten kamen.<sup>127</sup> In Nordwürttemberg, wo das Zentrum des CSVD lag, war die emotionale Verbindung zum CSVD sogar so stark geblieben, dass spätere Christdemokraten zunächst dessen Neugründung beantragten.<sup>128</sup> Da der CSVD nur kurzzeitig in der Weimarer Endphase bestanden hatte und über keine breite Basis verfügte hatte, war jedoch auch diese Partiererfahrung kaum mit jener der Zentrumsmitglieder zu vergleichen. Von größerer Bedeutung war eher, dass zahlreiche CSVDler zugleich im kirchlichen Umfeld aktiv gewesen waren und nach 1933 häufig in der Bekennenden Kirche Beziehungsnetze entwickelt hatten. Hieran konnten sie nach 1945 anknüpfen.

Die evangelischen Geistlichen, die sich für den politischen Zusammenschluss der Konfessionen aussprachen, führten Laien aus ihrem Umfeld zur CDU. Der Hannoversche Landesbischof Marahrens vermittelte etwa Oberkirchenrat Cillien und Assessor Fratzscher an die katholischen CDU-Gründer; Cillien wurde später CDU-Landesvorsitzender, Fratzscher Generalsekretär. Nicht zuletzt dank ihrer geringen politischen Erfah-

rung wurde ihre politische Kompetenz häufig als gering eingeschätzt.<sup>129</sup> Die evangelisch-kirchlichen Christdemokraten wiesen anfänglich wenig Durchsetzungskraft, Integrationsgeschick und politischen Ehrgeiz auf. Viele von ihnen sollten erst Anfang der fünfziger Jahre diese zentralen politischen Fähigkeiten entwickeln. Von den führenden protestantischen Christdemokraten der Ära Adenauer – wie Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier oder Gerhard Schröder – tat sich dagegen kaum einer in der unmittelbaren CDU-Gründungsphase 1945/46 hervor.

Die personelle Decke der Protestanten war aber auch deshalb wesentlich dünner, weil dieser Bevölkerungsteil in höherem Maße nationalsozialistisch belastet war. In allen protestantischen Regionen meldeten die Kreisverbände, wie schwer es sei, unbelastete Meinungsführer zu finden. »Personen, die als Funktionäre in Frage kommen würden, sind fast durch die Bank Mitglieder einer nationalsozialistischen Organisation gewesen«, verzeichneten verschiedene Tätigkeitsberichte.<sup>130</sup> Und selbst zehn Jahre später erinnerte sich der CDU-MdB Ernst Kuntscher, dass in seinem Bezirk Stade »unbelastete Personen, die wirklich zur Sache standen, kaum zu finden waren.«<sup>131</sup> Verschiedene evangelische Spitzenpolitiker mussten in den ersten beiden Jahren zunächst ihre Karriere unterbrechen, weil ihre Verbindungen zum Umfeld des Nationalsozialismus bekannt wurden. Beim späteren Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Günther Gereke, verzögerte beispielsweise seine Beteiligung am ersten Kabinett Hitler seinen Amtsantritt.<sup>132</sup> Der Hamburger Landesvorsitzende Otto Wendt konnte wegen seiner Stahlhelm-Mitgliedschaft seinen Posten nicht antreten. Und der spätere württembergische Landesvorsitzende Simpfendörffer und sein Vorstandskollege Bausch mussten ihre Führungsposten kurzzeitig ruhen lassen, weil sie als CSVD-Reichstagsabgeordnete 1933 eine Hospitanz in der NSDAP-Fraktion beantragt hatten und nach 1933 Hitler-freundliche Schriften verfasst hatten.<sup>133</sup> Sowohl die Alliierten als die eigenen, vornehmlich katholischen Parteifreunde meldeten in diesen Fällen ihre Bedenken gegen die belasteten Politiker an. Protestantische Parteigründer mit Widerstandserfahrungen waren dagegen selten. Während zumindest in Berlin, Freiburg und Düsseldorf einzelne protestantische, aktive NS-Gegner beitraten, fanden sich diese in Norddeutschland nicht nur selten, sondern sie stießen auch innerhalb der Partei auf Misstrauen. Der schleswig-holsteinische CDU-Mitbegründer und kurzzeitige Ministerpräsident Theodor Steltzer war eine wichtige Ausnahme, was ihm aber keineswegs einen Prestigegewinn verschaffte.<sup>134</sup> Obwohl er unter allgemeinem Beifall der Landesverbandstagung betonte, er sei niemals »in einer Angelegenheit, die mit dem 20. Juli in Beziehung stand, verwickelt« gewesen, war er bei den CDU-

Mitgliedern besonders wegen seiner norwegischen Widerstandsverbindung derartig unbeliebt, daß er nicht einmal die hundert Unterschriften für seine Direktkandidatur bekam. Nicht nur die ländliche Bevölkerung seines Wahlkreises, sondern selbst die Landesvorstandsmitglieder der Jungen Union verweigerten ihm diesen Vertrauensbeweis. Schließlich trat er resigniert zurück.<sup>135</sup> Der 20. Juli sollte im hohen Norden auch zu seinem zehnten Jahrestag ein Ereignis bleiben, dem die Christdemokraten keine klare Verbundenheit entgegen bringen wollten.<sup>136</sup>

Ebenso unterschied sich die Organisationskultur der evangelischen Parteigründungen von der der katholischen Regionen. Beim Ausbau der Partei hinkten sie deutlich hinterher. Ihre geringere politische Erfahrung und ihre traditionell personenzentrierte Organisationskultur verstärkten dies.<sup>137</sup> Im evangelischen Norden der späteren Länder Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg entstanden erst im Laufe des Jahres 1946 flächendeckend Kreisverbände. Diese verfügten nur sehr sporadisch über hauptamtliche Kreisgeschäftsführer. Das fehlende Organisationsbewusstsein spiegelte sich aber auch darin wider, dass im Unterschied zu den katholischen Regionen ihr Geschäftsverkehr, ihre Protokolle oder ihre Partei-Statistiken trotz aller Mahnungen häufig keine systematische Form annahmen. Dennoch bestanden auch hier regionale Unterschiede. Einen vergleichsweise hohen Aktivitäts- und Organisationsgrad wiesen die Christdemokraten wiederum in Schleswig-Holstein auf, wo die politische Erfahrung der Gründer und die stärkere Verankerung im lokalen Milieu für einen raschen und relativ geordneten Parteaufbau sorgte.<sup>138</sup> Größeres Organisationsgeschick zeigten zudem einige Kreisverbände in protestantisch-industrialisierten Gebieten, wie etwa im Bezirk Braunschweig, in Hamburg, in Nordwürttemberg oder den protestantischen Enklaven Nordrhein-Westfalens. Die dortigen Parteigremien brachten nicht nur mehr Erfahrungen aus der Unternehmens- und Verbandsarbeit mit, sondern auch ein finanzielles Polster, das eine professionelle Geschäftsführung erleichterte. So meldete der Vorstand der »bürgerlichen« CDU Goslar bereits im Februar 1946, dass er bei 55 Mitgliedern allein aus Eintrittsgebühren 651 RM eingenommen habe, ohne Mitgliedszahlungen zu erheben.<sup>139</sup> Und der wirtschaftsnahe Landesverband Nordwürttemberg konnte sich bereits 1947 in achtzehn von zwanzig Kreisen hauptamtliche Geschäftsführer und eine Landesgeschäftsstelle mit fünf Parteisekretären leisten.<sup>140</sup>

Die Mitgliederbasis der protestantischen Gründungskreise blieb ebenfalls wesentlich kleiner als in den benachbarten katholischen Regionen. Die Abneigung gegen die katholische CDU und die traditionellen Parteien-

ressentiments des bürgerlichen Lagers führten hierzu. Schleswig-Holstein bildete wiederum eine gewisse Ausnahme. Nur hier fanden sich protestantische Kreise, die trotz geringer Einwohnerdichte vierstellige Mitgliederwerte anführten.<sup>141</sup> Im Vergleich zur Zeit nach 1948 lagen jedoch auch in den evangelischen Kreisen die Mitgliederzahlen noch relativ hoch, da viele sich durch den Parteieintritt eine Patronage erhofften. Der hannoversche Landesvorsitzende Pfad klagte dementsprechend, dass er täglich ein Dutzend Zuschriften »von angeblichen CDU-Mitgliedern bekommen habe, die von mir entweder Verwendung bei irgendwelchen Behörden, oder Unterbringung bei Stellengesuchen oder Rechtsrat haben wollten.« Allein 1946 seien über 2000 Rechtsangelegenheiten bei ihm eingegangen, für die er täglich bis zu zwei Stunden Zeit aufbringen müsse.<sup>142</sup> Zudem erklärte sich der Mitgliederzulauf vermutlich daraus, dass die Parteien in der kurzen Phase des Vereinsverbots Funktionen der bürgerlichen Vereins- und Verbandswelt übernahmen: Personal- und Sachentscheidungen, die bislang in den geselligen Runden der Krieger- oder Schützenvereine mitverhandelt wurden, verlagerten sich jetzt zwangsweise kurzzeitig in das Umfeld der Parteien. Noch deutlicher wurde dieser Zusammenhang in den frühen CDU-Verbänden der SBZ, wo nach der umfassenden Zerstörung des bürgerlichen Vorfeldes die Mitgliederzahlen der CDU kurzzeitig noch höher hinaufschleunten. Schließlich waren hier selbst die bürgerlichen Frauenvereine endgültig aufgelöst worden, wodurch sie in das Umfeld der Christdemokraten traten.<sup>143</sup> Mit dem Ende der Besatzungszeit, der Entnazifizierung und der Zulassung der Vereinswelt brach der kurzzeitige Mitgliederboom schlagartig ein, zumal eine Parteimitgliedschaft nach der Währungsreform echte Kosten verursachte.

Im Unterschied zu den katholischen Regionen wiesen die protestantisch-ländlichen CDU-Kreisverbände Norddeutschlands und Nord-Hessens auch einen weitaus höheren Flüchtlingsanteil auf. Obwohl keine genauen Gesamtstatistiken vorliegen, belegen die Memoiren, Mitgliederkarteien und Geschäftsberichte aus den protestantischen Kreisverbänden, dass die Flüchtlinge anscheinend häufig über die Hälfte der Mitglieder ausmachten.<sup>144</sup> Dementsprechend waren die ländlichen Kreisverbände in der Osthälfte dieser Bundesländer wesentlich mitgliederstärker.<sup>145</sup> Und nicht zufällig entstand die CDU in den ländlichen Gebieten Niedersachsens häufig zuerst in den Kreisen, die eine besonders große Flüchtlingsdichte aufwiesen.<sup>146</sup> Der im Vergleich zu katholischen CDU-Verbänden äußerst hohe Flüchtlingsanteil lässt sich allerdings nicht allein aus der grenznahen Lage der protestantischen Gebiete erklären. Vielmehr entwickelte er sich erstens dadurch, dass die protestantischen

Kreisverbände durch ihre schwache Organisationskultur wesentlich offener wirkten als die mitgliederstarken, zum Teil bereits eingespielten katholischen Kreise. Solange die alliierten Besatzer Flüchtlingsparteien verboten, nutzten die Vertriebenen das organisatorische Vakuum, um in der CDU ihre Interessen zu artikulieren. Zweitens waren die Flüchtlinge häufiger Katholiken (etwa aus Schlesien), was die Anbindung an die als katholisch geltende CDU erleichterte. In vielen Gemeinden bildeten sie Brückenköpfe für einen späteren Parteiausbau. Trotz ihrer Notlage standen die Flüchtlinge drittens der antimarxistischen und gesamtdeutsch akzentuierten Programmatik näher als sozialistischen Konzeptionen; einerseits, weil sie aus konservativen Traditionsgebieten kamen, andererseits, weil ihre Vertreibung ihre Ressentiments gegen den Sozialismus verstärkt hatte.

Durch die Flüchtlinge konnten die stärker bürgerlichen, evangelischen CDU-Gründungen ihren Volksparteianspruch legitimieren. Als ehemalige Landarbeiter oder neue Mittellose verkörperten die Flüchtlinge eine Unterschichtgruppe, die häufig dennoch konservative Werte teilte. Der hohe Vertriebenenanteil war für die lokalen CDU-Verbände dennoch nicht unproblematisch. Durch ihre hohe Fluktuation konnten kaum feste Ortsgruppen entstehen. Ihr geringes Ansehen und ihre fehlende Verankerung in den lokalen Netzwerken qualifizierte sie kaum für Parteiämter. Besonders wenn sie gleichzeitig noch katholisch waren, verschlechterten sie eher das lokale Image der CDU. Da die Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei stets in der Luft lag, war es für viele ohnehin eine Mitgliedschaft auf Abruf. Ihre materielle Mittellosigkeit stellte schließlich die Kreisverbände vor Finanzierungsprobleme, zumal auch zahlreiche besser situierte Einheimische kaum Beiträge zahlten.

Ähnliche Probleme wie bei der internen Organisation hatten die protestantischen CDU-Gründer auch bei ihrer öffentlichen Darstellung. Denn dort, wo die CDU ohnehin ein geringes Fundament aufwies, fehlte auch eine parteinahe Presse. Die Auflage der CDU-Blätter war in den protestantischen Gebieten nicht nur deutlich kleiner als im katholischen Raum, sondern auch noch geringer als bei den konkurrierenden SPD-Zeitungen.<sup>147</sup> Dies ergab sich einerseits daraus, dass die Alliierten die Auflagenhöhe zunächst nach der geschätzten Parteistärke vergaben und diese dann nach den Wahlergebnissen korrigierten. Da die CDU hier schlechter abschnitt als im katholischem Raum, blieb ihr Zeitungsanteil verhältnismäßig klein. Zudem musste sie sich die Papierzuweisungen mit den anderen bürgerlichen Parteien teilen. Nur dort, wo die CDU Traditionsgebiete von einzelnen protestantischen Parteien übernehmen konnte, wies sie auch politisch erfahrene Redakteure und Verleger in ihrer

Führung auf – wie etwa im Siegerland aus der Stoeckerschen Christlich-Sozialen Bewegung oder aus dem Liberalismus in Kiel.<sup>148</sup> Aber selbst in Schleswig-Holstein verfügte die CDU-Presse (nach Eigenangaben) dabei zunächst nur über eine Auflage von 134000 Exemplaren, die SPD-Presse hingegen über 230000.<sup>149</sup> Besonders nachteilig war, dass die kleinen Heimatzeitungen, die bereits in Weimar vornehmlich die bürgerlichen Parteien gestützt hatten, durch ihr Zusammenspiel mit dem Nationalsozialismus oftmals bis 1949 auf ihre Lizenz warten mussten. Die Sonntags- und Gemeindeblätter der evangelischen Kirchen erreichten in der Besatzungszeit noch relativ hohe Auflagen und dienten konservativen, oftmals belasteten Journalisten als Publikationsforum und Sprungbrett.<sup>150</sup> Eine der katholischen Presse vergleichbare Ergänzung der Parteiblätter bildeten sie jedoch nicht. Hier zeigte sich abermals, dass das protestantische Vorfeld gerade in der Krisenzeit nach 1945 dem katholischen Milieu deutlich unterlegen war.

### 3. Erste Konsolidierungsversuche

Die CDU war ein Kind der Besatzungszeit. Ohne die spezifische Nachkriegskonstellation wäre es deutlich schwerer gewesen, die programmatischen, personellen und organisatorischen Unterschiede zwischen den katholischen und protestantischen Parteigründungen auszugleichen. Die Nachkriegsjahre gewährten jedoch eine bundespolitische Auszeit, in der sich die neue Partei regionalspezifisch entwickeln konnte. Die späten Bundestagswahlen verzögerten den nationalen Zusammenschluss, und dank der schlechten Infrastruktur und Kommunikationsmöglichkeiten brauchten sich die Gründungszirkel zunächst kaum mit ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen auseinandersetzen. Gleichzeitig verkleinerte die Besatzungsphase den organisatorischen Vorsprung der SPD und KPD: Beide Parteien verfügten 1945 über weitaus größere Potentiale, um kurzfristig eine »reichsweite« Organisation aufzuziehen, wurden darin aber gebremst.

Die Alliierten leisteten der CDU jedoch eine noch bedeutendere, indirekte Geburtshilfe. Obwohl die Christdemokraten immer wieder den Vorwurf erhoben, dass die Besatzer einseitig die Sozialdemokraten gefördert hätten, legte die alliierte Lizenzierungspraxis in allen Zonen den wesentlichen Grundstein für die neue Sammlungspartei CDU. Die beschränkte Parteizulassung zwang erstens zur politischen Vereinheitlichung der regional stark abweichenden Gründungszirkel. Sie gewährte der CDU zweitens einen zeitlichen Vorsprung gegenüber den seit 1948 entstehenden bürgerlichen Konkurrenzparteien. Und drittens förderte

die Lizenzierung die innerparteiliche Kompromissfindung in den frühen CDU-Verbänden, da Partei-Abspaltungen zunächst aussichtslos waren.

In den katholischen Regionen der amerikanischen und französischen Besatzungszone wurde die Lizenzierung der neuen Zentrumspartei so sehr verzögert, dass sie dort kaum noch Fuß fassen konnte. Gerade die von der Union oft gescholtenen Franzosen, die besonders überzonale Parteikontakte immer wieder unterbanden, gewährten hier eine große Hilfe. In Rheinland-Pfalz, Süd-Baden und Württemberg-Hohenzollern, wo viele spätere CDU-Gründer zunächst eine rein katholische Partei favorisierten, konnte so bis 1950/51 die Entstehung des danach chancenlosen Zentrums verhindert werden. Aber auch sonst waren die französischen Besatzer der CDU anscheinend recht wohlgesonnen. Nach den Erinnerungen des ersten Landesvorsitzenden von Württemberg-Hohenzollern machten sie »keinerlei Schwierigkeiten«, stellten Benzin bereit und unterstützten ihn »auch sonst in jeder Hinsicht tatkräftig.«<sup>151</sup>

Eine noch größere Starthilfe gewährten die Alliierten jedoch im traditionell zersplitterten bürgerlich-protestantischen Lager. Hier bahnte sich 1945 erneut die Gründung von diversen Parteien an. Da die Alliierten neben der CDU nur eine liberale Partei erlaubten, wurden konservative, regionale und nationalistische Parteigründungen zunächst ebenso unterbunden wie Interessen- und Flüchtlingsparteien. Sowohl in den konservativen Zirkeln des Nordens als auch in den christlich-sozialen Kreisen des Südens führte das Lizenzierungsargument dazu, dass sich die protestantischen Gründer trotz vereinzelter Proteste der CDU anschlossen, um überhaupt eine Zulassung zu erhalten.<sup>152</sup> Versuche, etwa unter dem Namen Deutsche Sammlung eine konservative Konkurrenzpartei zu bilden, die nicht das »C« im Namen trug, scheiterten damit ebenso frühzeitig an den Alliierten wie die Neubelebung des Christlich-Sozialen Volksdienstes.<sup>153</sup> Der in der Forschungsliteratur von Arcadius Gurland erhobene Vorwurf, dass die alliierte Zweiteilung in eine christliche und eine liberale Partei den deutschen Wünschen nach einer gemeinsamen Partei widersprach, ist dementsprechend ebenso überzogen wie Eckhard Jesses These, die Alliierten hätten durch ihre Lizenzierung das Vielparteiensystem gefördert.<sup>154</sup> Ohnehin waren die meisten katholischen Gründer gegen ein Zusammengehen mit den Liberalen. Und zwei Parteien rechts von der SPD waren wesentlich weniger, als 1945 tatsächlich in der Luft lagen. Denn allein die allgemein bekundete Bereitschaft zur breiten Sammlung reichte keineswegs aus, um diese auch zu verwirklichen. Das hatten bereits die zahllosen Sammlungsaufrufe von 1919 gezeigt. Die Ausnahmeregelungen, die 1945 allein die Briten gewährten, zeigten die Folgen einer frühen Zulassung von Konkurrenzparteien. Während in

Nordrhein-Westfalen und Westniedersachsen seit 1945 das Zentrum die Union bedrängte, musste sich die CDU in der ehemaligen Provinz Hannover frühzeitig mit der Niedersächsischen Landespartei auseinandersetzen, die sich 1947 in Deutsche Partei (DP) umbenannte. Beide Parteien bildeten regionale Hochburgen aus, die die CDU nur durch langjähriges Taktieren gewinnen konnte.

Wie bei der Gründung der unterschiedlichen CDU-Kreise war also auch die Ausgangslage für den Zusammenschluss der Konfessionen günstig. Die alliierten Besatzer gewährten jedoch nur den Rahmen, in dem sich die neue Partei entwickeln konnte. Den tatsächlichen Zusammenschluss zwischen Katholiken und Protestanten musste die CDU jedoch selbst aushandeln. Die katholischen und protestantischen Parteigründungen mochten in ihren regional getrennten Sphären für sich erfolgversprechend sein. Wie sie aber einen Ausgleich zwischen ihren unterschiedlichen Ausrichtungen schaffen könnten, schien zunächst noch offen. Sowohl auf der personellen, programmatischen als auch auf der organisatorischen Ebene sollte er eine erhebliche Kompromissbereitschaft voraussetzen.

Schwierigkeiten entstanden lokal besonders dann, wenn das konfessionelle Profil des jeweiligen CDU-Gründungskreises nicht mit dem der Bevölkerung übereinstimmte. Da die Union vornehmlich auf der Infrastruktur des katholischen Milieus und des Zentrums aufbaute, war dies gerade in evangelischen Gebieten häufig der Fall. In protestantischen Provinzstädten wie Göttingen, Gandersheim, Emden, Uelzen, Hildesheim oder Helmstedt entstand die CDU wie im katholischen Raum aus Zirkeln, bei denen die letzten Zentrumsvorsitzenden, katholische Geistliche und eine überwiegend katholische Mitgliederschaft zusammentrafen – in einigen Fällen sogar auch noch im katholischen Pfarrhaus.<sup>155</sup> Den Anstoß zur Parteigründung erhielten auch diese norddeutschen Zirkel oftmals von ehemaligen westfälischen Zentrumspolitikern, die sich nun für die CDU engagierten. Sie schickten die katholisch geprägten Gründungsaufrufe an die Pfarrhäuser, mit der Bitte, auf dieser Grundlage christdemokratische Parteien auszurufen.<sup>156</sup> Die bürgerlich-protestantischen Honoratioren zeigten sich gegenüber derartigen CDU-Gründungen reserviert. Als vorwiegend katholisch geprägte Partei hatte die Union hier im lokalen Milieu einen klaren Außenseiterstatus, den sie zunächst nur schwer abschütteln konnte.

Ein Blick auf die protestantisch-konservative, niedersächsische Gerichtsstadt Celle mag diese Konstellation exemplarisch verdeutlichen. Auch hier war die CDU von einem katholischen Pfarrer und einem De-

chant gegründet worden und stand unter dem Vorsitz eines ehemaligen Zentrums politiklers, der Tischlermeister war (und eben kein Jurist). Ihr Aufruf orientierte sich an den katholisch-sozial geprägten Kölner Leitsätzen, die kaum dem protestantisch-konservativen Weltbild der Einwohner entsprachen. Wie wenig die CDU hier im lokalen Milieu verwurzelt war, zeigte einerseits die Tatsache, dass sie als proporzbedingten protestantischen Stellvertreter nur einen vertriebenen Dolmetscher aus Danzig aufbieten konnte.<sup>157</sup> Ihre ersten Mitglieder waren in der lokalen Öffentlichkeit bisher nicht in Erscheinung getreten. Die Rubrik »Mitglied in Vereinen oder Verbänden« auf ihren Mitgliederkarteien blieb zumeist leer.<sup>158</sup> Als die CDU 1949 kurzzeitig den Oberbürgermeister stellen konnte, gelang es ihr, einen Fabrikanten zu nominieren. Dieser war jedoch eine lokal unbekannt Person, im Vereinswesen nicht aktiv und ebenfalls katholisch; gerade letzteres wurde bei der Bürgermeisterwahl vom größeren Koalitionspartner DP als ein enormes Zugeständnis gesehen.<sup>159</sup> Auch in den folgenden Jahren waren der hauptamtliche Geschäftsführer der Celler CDU, der ehrenamtliche Geschäftsführer und der weitaus größte Teil der Vorsitzenden der Fachausschüsse katholisch und kaum im öffentlichen Leben verankert.<sup>160</sup> Vor allem aber im Umland zeigte sich, dass die CDU keinerlei Rückhalt bei der eingesessenen ländlichen Bevölkerung fand, sondern sich so sehr auf die Vertriebenen stützte, dass die englischen Offiziere nachfragten, ob es sich bei der CDU um eine Flüchtlingspartei handele.<sup>161</sup>

Eine ähnlich problematische Konstellation bestand auch in evangelischen Großstädten wie Bremen, Hannover oder Hamburg. Hier kamen zunächst ebenfalls überwiegend katholische Gründer zusammen, wobei die führenden Weimarer Zentrumsrepräsentanten den Kern bildeten. In Bremen trafen sie sich im katholischen Pfarrhaus, in Hannover im St.-Antonius-Kloster der Franziskaner, das durch den Garten des letzten Zentrumsvorsitzenden diskret zu erreichen war.<sup>162</sup> Die Hamburger Gruppe war zwar von Beginn an etwas offener, gruppierte sich aber ebenfalls um den letzten Zentrumsvorsitzenden Franz Beyrich, der schließlich auch zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Christdemokraten ernannt wurde. Während die mehrheitlich katholischen Gründer vor 1933 fast alle im Zentrum waren, stammten die Protestanten zunächst aus dem Umfeld der Bekennenden Kirche und besaßen kaum politische Organisationserfahrung.<sup>163</sup> Die angesehenen städtischen Verwaltungseliten und Unternehmer, die die dortige Politik traditionell bestimmten, hielten sich auch hier zunächst fern. Sie wandten sich entweder liberalen oder konservativen politischen Gruppen zu oder warteten einfach ab.

Derartige katholische Gründungszirkel waren jedoch nicht nur wegen ihrer personellen, sondern auch wegen ihrer programmatischen Ausrichtung für das bürgerlich-protestantische Umfeld unattraktiv. Selbst in Hamburg orientierten sich die Gründer eben nicht an dem skizzierten Selbstverständnis der protestantischen Politiker, sondern nahmen sich die Kölner Leitsätze zum Vorbild.<sup>164</sup> Dementsprechend forderten diese Gründungskreise auch in protestantischen Städten verschiedentlich den »wahren christlichen Sozialismus«<sup>165</sup>, die Wiedereinrichtung der Bekenntnisschule<sup>166</sup> oder verlangten, nur Kirchenmitglieder aufzunehmen und Mitglieder aus ehemaligen NSDAP-Gliederungen nicht in den Vorstand zu lassen.<sup>167</sup> Ebenso distanzierten sich die katholischen CDU-Gründer Hamburgs auch von der Forderung ihrer protestantischen Kollegen, »eine große Partei rechts von der Sozialdemokratie« zu bilden, weil eine klare christliche Ausrichtung nötig sei.<sup>168</sup>

Um dennoch bei den ersten Wahlen reüssieren zu können, mussten gerade solche CDU-Verbände ein regional und lokal adäquates Profil entwickeln. In den folgenden Jahren sollten die katholischen Gründer aber nicht nur hier, sondern bundesweit erhebliche Zugeständnisse an das protestantische Umfeld machen, um so eine Imagekorrektur und eine langfristige Konsolidierung als interkonfessionelle Partei einzuleiten. Da die CDU sich erst 1950 offiziell zur Bundespartei zusammenschloss, wurde dieser Prozess vornehmlich von den Vorständen der Landesverbände initiiert, um sich schrittweise auch lokal flächendeckend durchzusetzen.

Dieser Konsolidierungsprozess betraf wiederum die personalpolitische, die programmatische und die organisatorische Ebene der Partei. Auf der personalpolitischen Ebene wurde das Zusammenwachsen der Partei vor allem durch einen strengen Proporz angestrebt. Zumindest von der Tendenz her sollte die Konfessionszusammensetzung der Bevölkerung auch in den höchsten CDU-Gremien erkennbar sein. Die Katholiken behielten durchweg ein überproportionales Gewicht. Im Vergleich zur Zusammensetzung der Mitglieder und aktiven Parteileute senkten sie jedoch bewusst ihren Anteil in der Führungsspitze. Die CDU-Landesvorstände der konfessionell gemischten Regionen gingen beispielhaft voran. In Hannover zeichnete man ein Kreuz und trug gleichmäßig auf jeder Seite Namen von Protestanten und Katholiken ein.<sup>169</sup> In Hessen wählte man genau neun Vertreter jeder Konfession, während in Nord-Baden die Katholiken mit 8:5 und in Nordwürttemberg mit 10:7 überwogen.<sup>170</sup> In Hamburg verabschiedete der vornehmlich katholische Gründerkreis anfangs die Klausel, »dass von den insgesamt 11 Vorstandsmitgliedern höchstens 3 katholischen Bekenntnisses sein sollten.«<sup>171</sup> Daraufhin wählten sie die drei Katholiken und ließen einige Posten of-

fen, um gezielt Protestanten mit lokaler Verankerung anzuwerben. Der Konfessionsproporz wurde zwar nur in den seltensten Fällen wie in Hamburg in der Satzung fixiert, galt aber überall als ungeschriebenes Gesetz. Prononciert katholische Politiker wie Jakob Kaiser forderten dabei ihre Glaubensbrüder zur Zurückhaltung auf, damit »nicht durch ein zufällig bestehendes Übergewicht katholischer Aktivisten Zweifel am Charakter der Union entstehen könnten.«<sup>172</sup> Die Angst vor einer marxistischen Vorherrschaft erleichterte dabei gerade in Berlin die Proporzdiskussion.<sup>173</sup>

Die Christdemokraten weiteten den personellen Ausgleich bereits in der Gründungsphase auf fast alle politischen Stellen aus. Er betraf nicht nur Parteiämter, sondern häufig auch Regierungs-, Parlaments- und Verwaltungsposten. Wenn also die CDU Westfalen für den Provinzialrat und den beratenden Provinzialrat eine Liste erstellte, fügte sie die Konfessionsangaben hinter die Namen. Zunächst folgte auf einen Katholiken immer abwechselnd ein Protestant, dann bei den hinteren Plätzen auf einen Evangelischen zwei Katholische.<sup>174</sup> Frühzeitig galt der Konfessionsproporz auch im parteinahen Medienbereich. Da etwa beim CDU-Blatt Hannoversche Neueste Nachrichten zunächst unter den drei Lizenzträgern nur ein Katholik war, musste der protestantische Generalsekretär Fratzscher seinen Gesellschafterteil zur Hälfte der Katholikin Martha Pfad überlassen, um den aus Paritätsgründen notwendigen vierten Lizenzträgerposten zu schaffen.<sup>175</sup> Ebenso wurde die Proporzregel in der Kommunalpolitik ausgedehnt.<sup>176</sup> Lokal sollte es im allgemeinen jedoch bis in die fünfziger Jahre dauern, bis man tatsächlich ein größeres Gleichgewicht erreichte. Hier fanden sich auch Jahre später noch Kreisverbände, bei denen mangels evangelischer Bewerber selbst die Junge Union vornehmlich nur durch Katholiken repräsentiert wurde.

Nach den ersten Wahlen sollte es der Union wesentlich leichter fallen, Protestanten für Führungsposten zu gewinnen. Zum einen, weil die CDU als stärkste bürgerliche Partei an Anziehungskraft gewann. Zum anderen, weil die meisten Protestanten zwar Ressentiments gegenüber Parteiämtern hatten, jedoch mit Posten in Ministerien und Parlamenten durchaus zu locken waren. Ehrgeizigen Protestanten bescherten die Regierungsbildungen große Karrierechancen. In konfessionell gemischten Landesverbänden wie in Niedersachsen mochte die Parteiführung etwa zunächst noch vornehmlich katholisch sein. Die 1946 verteilten Ministerposten gingen jedoch durchweg an Protestanten, ebenso auch der Fraktionsvorsitz.<sup>177</sup>

Als problematisch erwies sich die Frage, welche Konfession die Landes- und Kreisvorsitzenden haben sollten. Hier musste man sich auf eine

Person festlegen, deren Profil richtungweisend war. Da die CDU-Gründungen oft von katholischen Kerngruppen ausgingen, waren zunächst mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Braunschweig alle CDU-Landesvorsitzenden katholische Männer aus dem Weimarer Zentrum. Auf der lokalen Ebene sah es zumindest in den konfessionell gemischten Gebieten recht ähnlich aus. Als Ausgleich waren nahezu flächendeckend protestantische Stellvertreter ernannt worden.<sup>178</sup> Ab 1946 erfolgten auch bei diesem repräsentativen Führungsamt weitergehende Zugeständnisse an die evangelische Bevölkerung. In Nordwürttemberg wurde etwa im Juli 1946 festgelegt, dass der Katholik André und der Protestant Sempfendörffer im turnusmäßigen Wechsel den ersten Vorsitz übernehmen sollten.<sup>179</sup> Nachdem der geplante Wechsel an einem Spruchverfahren gegen Sempfendörffer scheiterte und der ehemalige Zentrumsabgeordnete André sich zahlreichen konfessionellen Vorwürfen ausgesetzt sah, erklärte André Anfang 1949 schließlich, er »halte es konfessionell und parteipolitisch für wichtig, dass ein evangelischer Mann die Führung übernimmt.«<sup>180</sup> Seitdem sollte Nordwürttemberg nur noch protestantische Vorsitzende haben. Ebenso traten in den Landesverbänden Hamburg, Oldenburg, Hannover und Bremen die anfangs vorstehenden Katholiken allesamt ihren Vorsitz an Protestanten ab und rückten zum Teil in stellvertretende Positionen.<sup>181</sup> Diese gezielte Gewichtsverlagerung ging häufig mit einem gewissen Druck einher, den evangelische Aufsteiger und überkonfessionell eingestellte Katholiken ausübten. Entsprechende Frustrationen blieben nicht aus. Der katholische Landesvorsitzende Bernhard Pfad sah sich 1947 geradezu einer Verschwörung ausgesetzt, die ihn gezielt demontieren wolle. Dem oftmals als »Katholikenfresser« bezeichneten protestantischen Generalsekretär Fratzscher gaben sowohl Pfad als auch seine im Landesvorstand aktive Ehefrau die Hauptschuld an den »Kampfmethoden innerhalb der Partei«, die aus »Verdrehungen, Verleumdungen und Intrigen« bestehen würden.<sup>182</sup> Tatsächlich konnte man auch in diesem niedersächsischen Fall nicht von einer Verschwörung der Protestanten sprechen. Im Land unterstützten Katholiken wie Maria Sevenich den Rücktritt des betont katholischen Vorsitzenden. Und das entscheidende Votum kam in solchen Fällen schließlich von Konrad Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU der britischen Zone, bei dem sich Pfad vergeblich Rückendeckung erhofft hatte. Adenauer betonte pragmatisch, »daß in Niedersachsen ein evangelisches Mitglied 1. Vorsitzender der Partei sein muß, der Stellvertreter ein Katholik.«<sup>183</sup> Die Einsicht, dass derartige Zugeständnisse für den Erfolg der Gesamtpartei dringend nötig waren, erleichterte auch katholischen Politikern diesen Schritt.

Katholiken wie Adenauer oder Sevenich, die sich für diesen Ausgleich engagierten, waren weder kirchenferne Personen, noch waren sie frei von Vorurteilen gegenüber dem Typus des »preußischen Reaktionärs«. Ganz im Gegenteil. Was sie dennoch zum Engagement für den konfessionellen Zusammenschluss antrieb, war ihre immer wieder artikulierte Angst vor dem »Marxismus«. <sup>184</sup> Dieses Wahrnehmungsmuster war innerer Antrieb und öffentliches Argument, um das protestantisch-bürgerliche Lager für eine breite politische Sammlung zu gewinnen, die weit über den alten Zentrums-kern hinausgehen sollte. Individuelle biografische Verbindungen zur anderen Konfession förderten ihre integrative Haltung. Dies mussten nicht gemeinsame Kriegs- oder Widerstandserfahrungen sein wie etwa bei Jakob Kaiser. Bei Konrad Adenauer, seinem späteren Wunschnachfolger Franz Etzel, dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke oder auch dem CSU-Vorsitzenden Hans Ehard hatte die Union bereits in ihrer Ehe begonnen, als sie Frauen der jeweils anderen Konfession heirateten. <sup>185</sup> Auch bei Adenauers tatsächlichem späteren Amtsnachfolger, dem frühzeitig in der Partei aktiven Kurt-Georg Kiesinger, hatten schon dessen Eltern die Ehe zwischen den Glaubensgemeinschaften gewagt, so dass sich Kiesinger als ein »evangelischer Katholik« bezeichnete. <sup>186</sup> Dass sich aus diesen lebensweltlichen Brücken auch ein offeneres Parteiverständnis ergab, war naheliegend.

Mit Konrad Adenauer hatte die CDU der Britischen Zone einen Vorsitzenden, der zugleich eine Verankerung im politischen Katholizismus und den interkonfessionellen Ausgleich signalisierte. Sein Aufstieg war 1945 keineswegs vorauszusehen. Nicht nur bei den Protestanten, sondern auch im katholischen Milieu war er zunächst eine unter verschiedenen potentiellen Führungspersonen. Während in Westfalen insbesondere der ehemalige Zentrums-generalsekretär Josef Kannengießer gegen Adenauer mobilisierte und viele Katholiken auf Jakob Kaiser und Andreas Hermes blickten, setzten die Protestanten auf Hans Schlange-Schöningen oder Friedrich Holzapfel. <sup>187</sup> Zudem verhielt sich Adenauer zunächst abwartend. Zahlreichen offiziellen Gründungstreffen der Partei blieb er fern. Auf dem Godesberger Reichstreffen erschien er nur kurz, blieb aber unbeteiligt. Ohnehin trat er erst im Juni 1946 der CDU bei – also fünf Monate, nachdem er zum Vorsitzenden der Zonen-CDU und zum Vorsitzenden des Landesverbands Rheinland ernannt worden war. <sup>188</sup>

Wie erklärt sich Adenauers früher Aufstieg? Erstens kam Adenauer aus dem richtigen Landesverband. Die Analyse der Gründerzirkel zeigt, dass kein Landesverband auch nur annähernd so organisationsstark

war wie der rheinländische. Innerhalb dieser Region war Adenauer als ehemaliger Oberbürgermeister von Köln die zentrale Persönlichkeit, weswegen ihm schnell Führungs-posten angetragen wurden. Zweitens hielt Adenauer sich aus den offiziellen Gründungszirkeln zwar heraus, arbeitete jedoch auf der informellen Ebene bereits seit Juli 1945 systematisch an seinem innerparteilichen Aufstieg. Er knüpfte briefliche Kontakte mit Politikern, Geistlichen oder mit anderen Oberbürgermeistern. <sup>189</sup> Er lud diese nach Rhöndorf ein oder machte sich selbst auf die Reise. <sup>190</sup> Gerade in der heterogenen, schwach organisierten CDU war dies die adäquate Form, um über die Flügel hinweg zu agieren und eigene Maßstäbe zu verankern. Drittens war es Adenauers oft hervorgehobenes taktisches Geschick und seine Durchsetzungskraft, mit der er sich insbesondere den Vorsitz des Zonenverbandes sicherte. <sup>191</sup> Er verstand es glänzend, Rivalen auszuspielen und gleichzeitig seine eigenen Ansprüche mit offensiver Bescheidenheit herauszustellen. Dabei setzte er häufig den Verweis auf sein fortgeschrittenes Alter ein. So verschaffte er sich Respekt, beruhigte aber auch seine Gegner mit dem Hinweis, dass er Führung-sämter altersbedingt nur provisorisch einnehmen könne. Viertens stieß Adenauer in der neuen Partei auf Akzeptanz, weil er im Gegensatz zu Rivalen wie Hans Schlange-Schöningen, Karl Arnold oder Jakob Kaiser eben nicht klarer Exponent eines Flügels war, sondern von seiner lebensweltlichen und politischen Haltung her sowohl Teile des katholischen wie auch des protestantischen Selbstverständnisses mitbrachte. Er war ein gläubiger, praktizierender Katholik, lehnte aber ein Ausgreifen der Kirche in den politischen Raum ab. Seine politische Sozialisation war fest mit dem Weimarer Zentrum verbunden, dennoch kam seine antisozialistische, betont marktwirtschaftliche, individualistische Position den Protestanten entgegen. Adenauer förderte nicht nur entschieden den konfessionellen Ausgleich, er verkörperte ihn auch, weswegen er schließlich für beide Flügel als Führungsperson akzeptabel erschien. Gleiche Voraussetzungen sollten auch für andere Integrationsfiguren der CDU gelten. Katholiken, die marktwirtschaftlich dachten und Protestanten mit enger Kirchenbindung wurden in der CDU die Politikertypen, die langfristig die innerparteiliche Führung erreichten. <sup>192</sup>

Der personelle Kompromiss förderte damit zugleich den programmatischen Ausgleich. Programmatisch war die Konsolidierungsphase zunächst durch ein Neben- und Miteinander der unterschiedlichen Standpunkte geprägt. In Broschüren folgten disparate Artikel hintereinander, und auf Parteiveranstaltungen wurde die neue Einheit dadurch demonstriert, dass katholische und evangelische Redner abwechselnd sprachen. <sup>193</sup>

Gerade in konfessionell gemischten Regionen wie Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg traten jedoch besonders bei wirtschafts- und kulturpolitischen Fragen Differenzen zu Tage, die nicht nebeneinander stehen bleiben konnten. Die christdemokratische Parteiführung versuchte nun, durch gemeinsame Sprachregelungen, inhaltliche Kompromisse und die Dethematisierung einzelner Punkte einen Ausgleich zu erreichen. Bestimmte Reizworte der katholischen Gründungszykel – wie »Bekennnisschule« oder »christlicher Sozialismus« – wurden gezielt aus den programmatischen Formulierungen verdrängt. Konrad Adenauer erwies sich auch auf diesem Gebiet frühzeitig als eine vermittelnde Schlüsselfigur, wobei ihn vor allem die frisch ernannten protestantischen Führungspersonlichkeiten unterstützten. Adenauer sorgte nicht nur maßgeblich dafür, dass »vor den Wahlen keine Diskussionen mehr über die Formulierung ›Christlicher Sozialismus‹ oder ›Sozialismus aus christlicher Verantwortung‹ stattfinden soll« (kursiv im Original), sondern bemühte sich auch darum, diesen Begriff vollständig aus dem CDU-Vokabular zu verbannen.<sup>194</sup> Formulierungen wie »gemeinwirtschaftliche Ordnung« sollten an seine Stelle treten.<sup>195</sup> Ebenso sollte der Verweis auf das »Erziehungsrecht der Eltern« die bei den Protestanten wenig beliebte Forderung nach der »Bekennnisschule« ersetzen.

Der maßgeblich von Adenauer forcierte weltanschauliche Ausgleich sollte sich auch in den Programmtexten von Neheim-Hüsten, Ahlen und Düsseldorf niederschlagen.<sup>196</sup> Dabei setzten sich vornehmlich Programmpunkte durch, die bislang eher in evangelischen Aufrufen zu finden waren: Die stärkere Betonung des Wiederaufbaus verdrängte den Rekurs auf den Nationalsozialismus, und die Beschwörung der Sozialismus-Gefahr ersetzte die Forderung nach einem »christlichen Sozialismus«. Einzelne, äußerst inkongruent hinzugefügte Zugeständnisse an den katholisch-sozialen Flügel glichen dies aus. Das galt bekanntlich besonders für das vielzitierte Ahlener Programm, das als taktische Meisterleistung Adenauers vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen verfasst wurde, um den Zusammenhalt der Partei zu sichern.<sup>197</sup> Dessen berühmte Eingangssätze sollten später fest in den Zitatenschatz von CDU-Gegnern und Anhängern gehen. Immerhin stand hier: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann eine Neuordnung nur von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.« Tatsächlich war dieser Abschnitt

aber eben nicht Ausdruck einer antikapitalistischen Grundstimmung in der Union – wie oft betont wird –, sondern bezog sich lediglich auf eine Grundstimmung bei einem Teil ihrer Partei, den katholischen Arbeitnehmern. Zudem war der weitere Text keineswegs so sozialistisch wie die Eingangssätze vermuten ließen. Vielmehr verhinderte das Ahlener Programm durch vage Formulierungen, dass aus ihm tatsächliche konkrete sozialpolitische Forderungen abgeleitet werden konnten. Es forderte die Mitbestimmung der Arbeiter, nannte aber keine Anteile. Konzerne sollten entflochten werden, aber nur bis zu einer unbestimmten Mindestgröße.

Zudem warnte das Programm vor einem »Staatssozialismus« und vermied gezielt Reizworte wie Christlicher Sozialismus, Sozialisierung oder Verstaatlichung. Die von Beginn an eher marktwirtschaftliche Programmatik der Protestanten floss schließlich in das Düsseldorfer Programm von 1949 ein. Der Verweis auf die christliche Verankerung und das »Elternrecht« kompensierten programmatisch die wirtschaftspolitischen Zugeständnisse an die Protestanten. Schließlich erleichterte die schwierige Wirtschaftslage die Vertagung von umstrittenen programmatischen Forderungen. Die umstrittenen Programmpunkte wurden dabei zwar prinzipiell anerkannt und gewürdigt, jedoch als momentan nicht durchführbar bezeichnet. Dieses Argument führte die Parteispitze nicht nur für die momentan nicht »zweckmäßige« Sozialisierung an, sondern ebenso für die regionale Forderung nach der Einrichtung von Bekennnisschulen.<sup>198</sup>

Umgekehrt war es ebenfalls Adenauer, der frühzeitig typischen Formulierungen der evangelischen Gründer klare Grenzen setzte. In Briefen, aber auch beim ersten Treffen des CDU-Zonenausschusses in Herford, machte er deutlich, dass die protestantisch-konservative Selbstverortung als »rechts«, »konservativ«, »bürgerlich« oder als »Sammlungspartei« unzulässig sei und zu unterbleiben habe. Vielmehr gab er den entscheidenden Anstoß, die CDU bundesweit als eine Partei der Mitte zu bezeichnen, die mit der christlichen Weltanschauung verbunden sei. Intern drohte er sogar andernfalls mit dem Ausschluss dieser Gruppe.<sup>199</sup> Über Rednermaterial, die Parteipresse und die Schulungsarbeit der Mitarbeiter versuchte die Parteiführung, dieses ausgleichende Selbstverständnis tief zu verankern. Bis sich diese Sprachregelungen auf der lokalen Ebene durchsetzten, sollte es allerdings noch einige Zeit dauern.

Letztlich waren es eben nicht die langen Programmtexte, sondern derartige Schlagworte, die das Image der Partei bestimmten. Der Antikommunismus, das »C« und die Selbstverortung als Volkspartei der Mitte sollten dabei die entscheidenden gemeinsamen Koordinaten der

neuen Partei bilden. Alle drei erleichterten den Brückenschlag zwischen den unterschiedlichen Gründungszirkeln. Denn als christlich-antikommunistische Volkspartei der Mitte konnte die CDU den diskreditierten national-konservativen Raum weitläufig umschließen und zugleich begrifflich von den Extremen absetzen. Diese übergeordnete Selbstbeschreibung hieß freilich nicht, dass die CDU damit tatsächlich überall in der politischen Mitte stand.<sup>200</sup>

Als Volkspartei der Mitte war es die CDU, die bestimmen konnte, wo die linken und rechten Ränder lagen. Die rechtsradikalen Parteien setzte sie mit dem linken Extrem gleich, verband dieses aber wiederum indirekt mit der SPD. Zwischen den selbstdefinierten Polen konnte die CDU als Partei von Maß und Ausgewogenheit auftreten, die scheinbar ideologiefrei eine gemeinschaftliche, pragmatische Politik des Aufbaus vertrug. Die wohl erfolgreichste Formel der Union, der seit 1952 popularisierte Begriff soziale Marktwirtschaft, korrespondierte mit diesem nach außen getragenen Kompromiss der Mitte, der Gegensätze harmonisierte. Im »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm) sollte die CDU mit dem goldenen Mittelweg den Zeitgeist treffen und prägen. Denn sowohl politisch als auch sozial verorteten sich die Wähler bereits in den fünfziger Jahren zur Mitte hin.<sup>201</sup>

Gleichzeitig beharrte Adenauer darauf, dass auch die evangelischen Gründungszirkel die christliche Ausrichtung aufnahmen.<sup>202</sup> Der strukturelle Vorteil des christlichen Nenners lag ebenfalls darin, dass er im Schatten zweier deutscher Diktaturen zugleich eine entlastende, eine abgrenzende und eine integrierende Selbstdeutung ermöglichte. Die christliche Weltanschauung ließ sich als positives Gegenstück zum Nationalsozialismus, zum Sozialismus und zum Kapitalismus herausstellen. Im Zeichen des »C« konnte sie suggerieren, dass der seit der Aufklärung fortschreitende Abfall von Gott für den Nationalsozialismus verantwortlich sei.<sup>203</sup> Diese so genannte Säkularisierungsthese rehabilitierte den politischen Konservatismus ebenso wie sie die atheistische Sozialdemokratie in vergangenheitspolitischen Misskredit brachte. Gemäß der Wahlkampfformel »Christ oder Antichrist« konnte die Union so eine scharfe, aber zugleich moralisch legitimierte Grenze zu den Sozialdemokraten ziehen. CDU-Politiker galten dementsprechend innerparteilich vor allem dann als vergangenheitspolitisch diskreditiert, wenn sie während des Nationalsozialismus aus der Kirche ausgetreten waren.<sup>204</sup> Legitimationspotentiale gewährte die christliche Verankerung aber auch im Hinblick auf die sozialpolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit. Die christliche Komponente verankerte den Anspruch, nicht individuelle Interessen, sondern einen sozialen Ausgleich aller Gesellschaftsgruppen

anzustreben. Das »C« gab dem katholischen Milieu und dem protestantisch-bürgerlichen Lager eine gemeinsame, individuell füllbare und scheinbar unpolitische Klammer, die in der konkreten Wirtschafts-, Sozial- oder Außenpolitik nur schwer hätte gefunden werden können.<sup>205</sup> Von großer Bedeutung war, dass sich die Union trotz ihres christlichen Banners betontermaßen nicht als klerikale Partei formierte. Erst nachdem sie die frömmelnden Passagen aus den Programmen getilgt hatte, erhielt das »C« die Offenheit, die für seine breite Akzeptanz nötig war. Gerade diese von Adenauer forcierte, wahlstrategische Auslegung des »C« sollte es auch sein, die die christliche Komponente schließlich auch im evangelischen Raum akzeptabel machte.

Den eigentlichen weltanschaulichen Kitt zwischen den evangelischen und katholischen Parteigründungen bildete jedoch der Antikommunismus. Symptomatisch war vielleicht die programmatische Antwort eines frühen CDU-Flugblattes: »Warum bist Du in der CDU?«: »Wir sind in der CDU, weil wir mit offenen Augen während des Krieges den bolschewistischen Osten gesehen haben: Materialistische stumpfe Menschen, die zum Werkzeug des Bolschewismus wurden. [...] Hierin erblicken wir eine große Gefahr, die allein gebannt werden kann durch einen großen christdemokratischen Block aller Völker Europas.«<sup>206</sup> Bereits in ihrer Entstehungsphase konnte die CDU dabei an drei prägende Erfahrungen in der Bevölkerung anknüpfen: Die antikommunistische Tradition der bürgerlichen Parteien, die Greuelberichte von der Ostfront und die sowjetische Besetzung der ost- und mitteldeutschen Gebiete inklusive der Vertreibung. Bereits vor dem kalten Krieg und der doppelten Staatsgründung sprach der Antikommunismus damit tief verwurzelte Ängste an, die dauerhaft, in zum Teil irrealen Ausmaß, die mentale Struktur der Gesellschaft prägten. Ohne das Anschauungsbeispiel im eigenen Heimatland wäre der Antisozialismus lediglich ein Faktor unter vielen geblieben. Dank der SBZ/DDR wurden die individuellen Ängste der unterschiedlichen CDU-Gruppen gebündelt, konkretisiert und perpetuiert: Landwirten wurden die Kollektivierungen vorgeführt, frommen Katholiken die Kirchenverfolgung, den liberalen Humanisten die Auflösung der Gymnasien und den protestantisch-konservativen Mittelständlern die Sozialisierung. Da die antisozialistischen Parolen einen Konnex zwischen der SPD und den sozialistischen Diktaturen suggerierten, blieb es den Sozialdemokraten versagt, sich zur echten Alternative für unzufriedene Unionswähler zu entwickeln. Der Antikommunismus alleine wäre jedoch kein Erfolgskonzept gewesen. Das zeigte sich alleine daran, die die FDP und die Deutsche Partei wesentlich offensivere antimarxistische Töne anschlugen, aber dennoch langfristig nicht reüssierten.

Die maßgeblich von Adenauer geprägten programmatischen Kompromissformeln, die er nur mit einem persönlichen Beraterkreis diskutierte, blieben nicht unwidersprochen. Insbesondere die Entkirchlichung der Partei sorgte nicht nur bei den katholisch-klerikalen Parteigründern für Unmut. Auch einzelnen kirchennahen Protestanten ging dies zu weit. Mit dem Wuppertaler Gründer Otto Schmidt protestierte etwa der damals wichtigste evangelische Christdemokrat des Rheinlands dagegen, dass Adenauer im Zusammenspiel mit einzelnen Parteifreunden die christliche Komponente zurückdrängte. »Wir können um unserer Gewissen willen weder der Anwendung dieses Führerprinzips zustimmen, noch dulden, dass einige wenige Personen sich berufen fühlen, das geistige Gesicht der Partei zu bestimmen«, schrieb Schmidt 1946 an Adenauer.<sup>207</sup> Seine Verbitterung reichte so weit, dass er aus dem Landesvorstand austrat, seinen Wuppertaler Kreisvorsitz niederlegte und intern die CDU-Führung als »korrupt« und »restaurativ« bezeichnete.<sup>208</sup> Insgesamt blieben derartige direkte Proteste jedoch verhältnismäßig selten. Der lockere Parteaufbau, die Wahlerfolge, das programmatische Desinteresse, die mangelnde kommunikative Vernetzung der Partei und die noch offen erscheinende bundespolitische Entwicklung federten in den Nachkriegsjahren einfach noch vieles ab.

Obwohl Adenauers Gewicht in diesem Prozess kaum zu unterschätzen ist, wäre es voreilig, den Ausgleichsprozess zu sehr als das Werk eines Mannes zu sehen. Auch die Zeitumstände verschoben die Gewichte zugunsten des skizzierten Ausgleichs. Die Orientierungslosigkeit der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte das christliche Pathos, den Ruf nach Umverteilung und die Abgrenzung vom Nationalsozialismus gefördert. Nun sorgten der einsetzende kalte Krieg, der Wiederaufbau und die ersten Wahlen für entsprechend pragmatische Prämissen, die den evangelischen Aufrufen näher standen. Waren beispielsweise die frühen Berliner CDU-Reden noch ganz im Geiste des Widerstands gehalten, nannte der Berliner CDU-Vorstand bereits im Jahr darauf »die Notwendigkeit der Wiedereingliederung der nominellen Pgs, die ihren persönlichen Ehrenschild sauber gehalten haben, als ein entscheidendes Erfordernis für den Aufbau unseres neuen demokratischen Deutschland«. <sup>209</sup> Über Vormerklisten sollten diese möglichst schnell an die Partei gebunden werden.<sup>210</sup> Beschleunigt wurden derartige Verschiebungen dadurch, dass ab 1946 der skizzierte Konfessionsproporz griff. Er sorgte dafür, dass seit 1946 auch in liberalen Städten wie Hamburg verstärkt protestantische Honoratioren Führungspositionen einnahmen und die programmatische Ausrichtung der Landesparteien fließend veränderten.

Mit wieviel Fingerspitzengefühl der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Gründungskreisen gesucht werden musste, zeigte sie schließlich auch bei der organisatorischen Bündelung der Partei. Schon auf der lokalen und regionalen Ebene entstanden frühzeitig organisatorische Abgrenzungen. Selbst in den nordrhein-westfälischen Großstädten, wo sich der Zusammenschluss zwischen den Katholiken und Protestanten am schnellsten vollzogen hatte, bildeten die evangelischen Christdemokraten separate Gruppen. Bereits am 5. Dezember 1945 kam es im Rheinland zu einer ersten Tagung der evangelischen Christdemokraten. Da dort viele skeptische und kritische Äußerungen gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Katholiken fielen, sah man bewusst von einer Veröffentlichung der Beiträge ab.<sup>211</sup> Andere separate Treffen der evangelischen Christdemokraten, etwa im Anschluss an Wahlveranstaltungen, sollten folgen.<sup>212</sup>

Auf der Bundes- und Landesebene war die Einigung zunächst so umstritten, dass ein enger Zusammenschluss vorerst ganz ausblieb. Auf der Bundesebene zeigte sich dies bereits bei der Frage, ob das politische Zentrum der CDU in der protestantischen Nordosthälfte Deutschlands oder im mehrheitlich katholischen Südwestteil des Landes liegen sollte. Aus Schleswig-Holstein bemühte sich Hans Schlange-Schöninghen vergeblich, Hamburg zur Zentrale eines protestantischen CDU-Nordverbands zu machen, der später mit der vornehmlich katholischen CDU der Südhälfte zu vereinen wäre.<sup>213</sup> Chancenreicher war dagegen der Berliner Versuch, den reichsweiten Aufbau der Partei von der alten Hauptstadt aus zu betreiben. Die Berliner CDU-Gründer erhoben ihren Führungsanspruch von Beginn an. Ihre Parteizentrale nannte sich Reichsgeschäftsstelle und ihre Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands.<sup>214</sup> Die Berliner waren es auch, die im Dezember 1945 in Bad Godesberg die erste »Reichstagung« der CDU einberiefen. »Das Reich, den Staat von Berlin her wieder aufzubauen und das Ganze in der Tradition der Hauptstadt zu umklammern, die Christlich-Demokratische Union mit ihrer Zentrale in Berlin in gleicher Weise als Reichspartei zu errichten [...] das war der Sinn dieses ersten, von der Union in Berlin einberufenen Gesamtparteitages«, notierte auch der katholische Berliner Gründer Heinrich Krone anschließend in sein Tagebuch.<sup>215</sup>

Doch obwohl auch in Berlin führende Zentrumsleute aktiv waren, sorgten die alten Ressentiments gegen den »preußischen Osten« dafür, dass sich vornehmlich nur die protestantischen CDU-Gründungen an Berlin orientierten. Gegen Berlin wurden im Westen und Süden des Landes die alten Vorurteile laut. Der rheinland-pfälzische CDU-Justizminister Süsterhenn stilisierte diese Frage etwa zu einer Entscheidung darüber,

»ob im deutschen Volke die heimatverbundenen föderalistisch-universalistischen Kräfte des Rhein-Main-Donau Gebietes oder die zentralistisch-nationalistischen Kräfte des Preußentums die politische Richtung bestimmen werden.«<sup>216</sup> Dementsprechend forderte in Rheinland-Pfalz nur die protestantische Enklave Birkenfeld einen engeren Anschluss an die Berliner »Reichs«-CDU. Auch Adenauers vehementes Plädoyer gegen Berlin zielte auf eine bewusste Verschiebung der politischen Landschaft ab. In verschiedenen Briefen betonte er, »daß wir unter allen Umständen erstreben müssen, das politische Schwergewicht Deutschlands, das so lange in Berlin gelegen hat, von Berlin fortzuverlegen, selbst wenn Berlin nicht von den Russen besetzt wäre.«<sup>217</sup> Um seine eigene Hausmacht auszubauen, organisierte Konrad Adenauer den Widerstand gegen den Berliner Führungsanspruch. Bezeichnenderweise suchte er diesmal nicht bei den norddeutschen, sondern bei den süddeutschen Verbänden seine Verbündeten, um gemeinsame Erklärungen gegen Berlin zu unterzeichnen.<sup>218</sup> Adenauer bemühte sich zudem, jeden Kontakt zwischen den Landesverbänden und Berlin zu untersagen. Er wies den Berliner Generalsekretär an, Korrespondenz mit den westdeutschen Landesverbänden nur über das Zonensekretariat in Köln zu führen<sup>219</sup>, verlangte eine Übersicht über finanzielle Zuwendungen der Berliner<sup>220</sup> und versuchte hartnäckig, Reisen von CDU-Vertretern nach Berlin zu unterbinden oder als politisch irrelevant zu gestalten.<sup>221</sup> Denunziationen gegen die Berliner Christdemokraten, die sie als nationalistische Reaktionäre abstempelten, die an ihren Stammtischen »schon wieder über die Aufstellung der Schwarzen Reichswehr beraten«, ergänzten Adenauers Intrigen.<sup>222</sup> Da Adenauer die Entscheidung gegen Berlin gleichzeitig zu einer Auseinandersetzung mit dem linken, katholisch-sozialen Jakob Kaiser stilisierte und diesen gezielt in die Nähe des östlichen Sozialismus rückte, wurde die Abkehr von Berlin auch für die Liberalen und Protestantisch-Konservativen in der CDU attraktiver. Adenauer unterstellte Kaiser dabei etwa aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen wie »Das kommunistische Manifest sei eine Großtat« und »Die bürgerliche Epoche sei zu Ende.«<sup>223</sup> Vor allem aus Abneigung gegen Kaiser rückten daraufhin auch viele norddeutsche Protestanten von dem Berliner Führungsanspruch ab.<sup>224</sup>

Die unterschiedlichen Einschätzungen über den politischen Schwerpunkt Deutschlands blieben dennoch bestehen. Jemand wie der protestantische Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Günther Gereke, betonte etwa, es sei »ja keine Ostzone, sondern es ist das Herz Deutschlands«. Dementsprechend sah er in Kaiser und Lemmer die stärksten Repräsentanten der Einheit.<sup>225</sup> Ebenso würdigte ein einflussreicher Protestant wie

der damalige CDU-Justizminister Gustav Heinemann diese »als die beiden Führer über alle Zonengrenzen hinaus« – gegen die »Quertreibung« von »gewissen Personen« aus der britischen Zone, womit er auf Adenauer anspielte.<sup>226</sup> Bei der Berlin-Frage zeichnete sich damit bereits die Debatte über die Wiedervereinigungspolitik ab, die Anfang der fünfziger Jahre öffentlich entlang der Konfessionsgrenzen ausbrach. Sowohl Heinemann als auch Gereke sollten dann wegen ihrer Auseinandersetzung mit Adenauers Kurs die CDU verlassen.

Zunächst verhalf jedoch die außenpolitische Lage zu einer weitgehend akzeptierten Verlagerung nach Westen. Angesichts der sowjetischen Repressionen wurde sie auch von Politikern wie Gereke »provisorisch« akzeptiert.<sup>227</sup> Dabei kristallisierte sich Frankfurt als neues politisches Zentrum heraus. In Frankfurt tagte nicht nur der Wirtschaftsrat, es war auch die Stadt mit den größten Aussichten, provisorischer Regierungssitz zu werden. Bereits seit Anfang 1946 war die Main-Metropole Sitz des CDU-Zonenverbindungsausschusses, der von der ersten Godesberger Reichstagung eingesetzt worden war. Unter CDU-Generalsekretär Dörpinghaus sollte er das Zusammenwachsen der Partei koordinieren. Ein ähnliches Ziel verfolgten die Tagungen der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, bei denen vornehmlich süd- und westdeutsche Christdemokraten zusammenkamen. Dass die bundesweite Konsolidierung der Union weiterhin ausblieb, lag zunächst wiederum an Adenauers Taktieren. Während er sich erst mit den Süddeutschen gegen den Berliner Führungsanspruch verbündet hatte, beharrte er nun auf der Eigenständigkeit der britischen Zone gegenüber dem Frankfurter Generalsekretariat. Er wehrte sich gegen deren weiteren Ausbau und mahnte, »bis auf weiteres keine Neueinstellungen irgendwelcher Art vorzunehmen, da erst die Frage der zukünftigen Gestaltung entschieden werden muß.«<sup>228</sup> Zudem verweigerte Adenauer nicht nur die anteilige Finanzierung durch die CDU der britischen Zone, sondern protestierte auch gegen die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft.<sup>229</sup> Generalsekretär Dörpinghaus bemühte sich durchaus, Adenauer mit Berichten und Informationen zu versorgen. Adenauers kritisches Wohlwollen verlor Dörpinghaus jedoch spätestens, als er vor der Bundestagswahl öffentlich für eine große Koalition eintrat.<sup>230</sup> Insbesondere das 1948 von der Arbeitsgemeinschaft entworfene Statut für den Zusammenschluß zu einer Bundespartei sollte nicht zuletzt dank Adenauer erst zwei Jahre später in überarbeiteter Form verabschiedet werden.<sup>231</sup> Zusammenfassend beurteilt waren es also nicht »die Süddeutschen«, die einer Konsolidierung der Partei im Wege standen, sondern in hohem Maße Adenauer selbst.<sup>232</sup> Und selbst nach Gründung der Bundesrepublik sollte Adenauer für die Beibehal-

tung der ›CDU in der Britischen Zone‹ eintreten, um seinen Führungsanspruch nicht durch eine eigenständige Parteiorganisation in der amerikanischen Zone zu gefährden.

So konstruktiv Adenauers Einfluss bei der personellen und programmatischen Konsolidierung wirkte – auf der organisatorischen Ebene erschien sein machtpolitisches Engagement eher retardierend. Indirekt sollte es jedoch positive Folgen haben. Die These, dass eine frühzeitige Parteibildung die Integration der heterogenen Gruppen gefährdet hätte, erscheint zutreffend.<sup>233</sup> Da die CDU vornehmlich auf die Zentrumshochburgen im Westen baute, hätte eine in Berlin angesiedelte Zentrale den Bruch mit den katholischen Kerngebieten im Westen und Süden auslösen können. Pointiert formuliert bestand der ausgleichende Kompromiss nun darin, dass zunächst keine Seite einen klaren Führungsanspruch erhielt.

Selbst ohne Adenauers Widerstand wäre zudem kaum eine zentrale Bundespartei mit einem starken Generalsekretär entstanden. Dass Adenauer einen engen Zusammenschluss der Partei zunächst verhindern konnte, lag nicht allein an seinem Taktieren, sondern auch am Selbstverständnis der mehrheitlich katholischen Landesverbände. Wie die katholisch geprägten Gründungsauftrufe bereits zeigten, standen sie aus der Zentrumstradition heraus jeglicher Form von Zentralisierung äußerst skeptisch gegenüber. Dementsprechend beharrten sie auch auf einem stark föderalen Parteaufbau. Während sich die norddeutsche CDU mit Nordrhein-Westfalen immerhin noch zur CDU in der britischen Zone zusammenschloss, verzichteten die Landesverbände der amerikanischen und französischen Zone selbst hierauf. Der bis heute währende Sonderstatus der CSU war letztlich ebenfalls das Ergebnis dieses stark föderalen Bewusstseins, das sich aus dem katholischen Subsidiaritätsdenken entwickelte und mit der protestantisch geprägten Nationalismusentwicklung in ein Spannungsfeld geriet. Gerade in der innerparteilichen Verfassungsdiskussion brachen diese Gegensätze zwischen der Nordost- und der Südwesthälfte Deutschlands auf, die den Berliner CDU-Bürgermeister Ferdinand von Friedensburg resigniert feststellen ließen: »Mir graut vor einem Wahlgang für den kommenden Bundestag, bei dem wir mit einer föderalistischen Parole für die CDU kämpfen sollen.«<sup>234</sup>

Ihr antizentralistisches Weltbild verhinderte jedoch nicht nur den Aufbau einer starken Bundespartei. Auch innerhalb der Bundesländer blockierten vor allem die katholischen Christdemokraten die Bildung von geschlossenen Landesverbänden, die sich an den Grenzen der Bundesländer orientierten. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten entstanden in den Bundesländern ebenfalls nur lockere Dachor-

ganisationen von regionalen Einheiten. Insbesondere in konfessionellen Übergangsgebieten wie Baden-Württemberg und Niedersachsen wiederholte sich die bundesparteiliche Diskussion auf der Landesebene. In Niedersachsen weigerte sich etwa die katholisch geprägte CDU im ehemaligen Herzogtum Oldenburg, mit den mehrheitlich protestantischen Landesteilen Hannover und Braunschweig zusammen zu gehen. Stattdessen setzten sich die Oldenburger für ihre Unabhängigkeit ein und orientierten sich stark an ihren katholischen Nachbarn in Westfalen. Heimatbewusstsein, die Angst vor protestantischer Dominanz und die Sorge um die regional verankerte Bekenntnisschule ließen alle Zentralisierungsbemühungen Hannovers ins Leere laufen. Statt *einer* zentralen niedersächsischen CDU entstand deshalb zunächst nur ein ständig wechselnder, inaktiver und loser Dachverband, der *drei* unabhängigen Landesverbänden übergeordnet war.<sup>235</sup> Ähnlich in Baden-Württemberg: Das Südwestland existierte zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht als Bundesland. Aber auch hier zeichnete sich bereits ab, dass die stark katholisch geprägten CDU-Landesverbände Südbaden und Württemberg-Hohenzollern großen Wert auf die Unabhängigkeit ihres Landes und damit auch ihres CDU-Verbandes legten.<sup>236</sup> Selbst im vorbildlich organisierten Nordrhein-Westfalen bestanden bis 1985 zwei getrennte CDU-Landesverbände, die einen starken Eigensinn aufwiesen und nur durch einen lockeren Ausschuß koordiniert wurden. In Rheinland-Pfalz kam es 1947 zwar zu einem Zusammenschluss zwischen der stark katholischen Nordhälfte und dem konfessionell gemischteren Süden, aber dennoch behielten die dortigen Bezirke eine große Unabhängigkeit, insbesondere bei der Personalrekrutierung.<sup>237</sup> Auch in Hessen existierte ein Landesverband. Dessen Landesvorstand war jedoch so eindeutig von der katholisch-sozialen Südhälfte dominiert, dass der protestantische Norden häufiger mit der Spaltung drohte.<sup>238</sup> Und selbst der CSU sollte es zunächst nicht gelingen, das evangelisch geprägte Franken zu integrieren. Insofern lässt sich festhalten, dass die frühe CDU selbst als föderale Partei nicht präzise beschrieben ist. Sie war vielmehr eine regional strukturierte Partei, die häufig entlang der Konfessionsgrenzen ihre Organisationseinheiten ausbildete. Wie auf der Bundesebene erleichterte der regionale Aufbau die innerparteiliche Konsolidierung. Eher katholisch oder protestantisch geprägte Landstriche konnten sich so nebeneinander entlang ihrer jeweiligen Tradition entwickeln, ohne zu problematische Kompromisse eingehen zu müssen. Bis zur Gründung der Bundesrepublik hatte die CDU damit eine erste Konsolidierung eingeleitet. Eine organisierte Partei war sie aber noch lange nicht.

Welche ersten Ergebnisse lassen sich somit festhalten? Das Kapitel zeigte zunächst, dass für die CDU-Gründung gute Ausgangsbedingungen bestanden. Während im katholischen Raum das kirchliche Vorfeld ein exzeptionelles Kommunikationssystem gewährte, konnte die CDU in einzelnen protestantischen Gebieten immerhin auf bürgerlichen Netzwerken aufbauen, die stärker von Verbänden, aber teilweise auch von der Kirche getragen wurden. Im Vergleich mit den alten Konkurrenzparteien besaß die neue CDU also keineswegs schlechtere Startbedingungen.<sup>239</sup> Nur in verschiedenen evangelischen Gebieten waren sie schlechter. Der politische Brückenschlag zwischen den Konfessionen erfolgte nicht spontan und landesweit. Er ging vielmehr von katholischen Kreisen aus, die sich in einzelnen Großstädten separat für das Bündnis entschieden. Dem vielfach geäußerten Befund, dass die CDU bei ihrer Gründung ein »ideologischer Flickenteppich« gewesen sei, ist nur bedingt zuzustimmen.<sup>240</sup> Vielmehr konnte gezeigt werden, dass die Ausrichtung der CDU-Verbände sich vornehmlich danach unterschied, ob sie mehrheitlich von Protestanten oder Katholiken getragen wurden. Ebenso ist Horstwalter Heitzers Fazit, »das Aufgehobensein in einem bestimmten Milieu, das Identität und Integration bot, hatte bei Kriegsende seine dominierende Funktion endgültig verloren«, zurückzuweisen.<sup>241</sup> Katholische und protestantische Gründungszirkel wiesen vielmehr milieubedingt ein äußerst unterschiedliches Profil auf; sowohl von ihren Ausgangsbedingungen, ihrer Programmatik, ihrem Führungspersonal und ihrer Organisationsstruktur her.

Während die Katholiken programmatisch einen christlichen und föderalen Gesellschaftsaufbau verlangten, den sie aus der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ableiteten, zeichneten sich die von Protestanten geprägten Aufrufe durch die Forderung nach einer breiten, antimarxistischen Sammlung rechts von der SPD und eine Wiederaufbauhetorik aus, die auch ehemaligen NSDAP-Mitgliedern frühzeitig Integrationsangebote eröffnete. Personell wiesen die Protestanten – vielleicht mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – seltener politisch erfahrene Köpfe auf als die Katholiken. Unter ihren frühen Repräsentanten waren vielmehr vergleichsweise viele Selbstständige und Akademiker, die sich bislang vornehmlich in der Verwaltungs-, Verbands- oder Kirchenarbeit profiliert hatten. Sowohl die latenten Vorurteile gegenüber der »zu katholischen CDU« als auch die größere nationalsozialistische Belastung ihrer Eliten trugen dazu bei, dass das personelle und organisatorische Fundament der Union dünner blieb. Die vergleichsweise mitgliederschwachen evangelischen Kreisverbände wurden zudem im weitaus höheren Maße von Vertriebenen getragen, die durch ihre geringe lokale Reputation und

mentale Partei-Anbindung ebenfalls keinen stabilen Organisationsaufbau ermöglichten.

Die Bedingungen für einen Zusammenschluss der Konfessionen waren regional unterschiedlich. Die weitaus besten Voraussetzungen bestanden in den evangelischen Teilen Württembergs und Nordrhein-Westfalens. Hier gab es durch den CSVD bereits eine Tradition des politischen Protestantismus. Zudem waren die dortigen Protestanten durch ihre größere Kirchnähe gegenüber christlichen und sozialen Anliegen wesentlich aufgeschlossener. Gute Erfolgsaussichten zeichneten sich aber auch in den Regionen ab, wo wie in Schleswig-Holstein oder Teilen des ehemaligen Landes Braunschweig kaum Katholiken lebten, die größere Kompromisse erforderlich gemacht hätten. Hier konnten die Parteigründungen relativ ungestört an liberale oder konservative politische Traditionen anknüpfen. Schwierigkeiten entstanden in den Ländern wie Niedersachsen, Hessen, Bremen oder Hamburg, in denen mehrheitlich Protestanten lebten, zugleich aber ein größerer Katholiken-Anteil bestand. Denn hier entstand die CDU häufig als eine Partei, die vom katholischen Vorfeld gegründet worden war und nun vornehmlich von Katholiken getragen wurde. Dementsprechend stand sie nun vor der Herausforderung, die skizzierten Gegensätze in der Parteikonsolidierung auszugleichen.

Dieser Ausgleich wurde durch die alliierte Lizenzierungspolitik und die politische Auszeit in den Besatzungsjahren stark erleichtert. Zusätzlich mussten die katholischen Christdemokraten auf der personellen und programmatischen Ebene eine starke Selbstbeschränkung aufbringen, um das interkonfessionelle Profil der Partei zu stärken. Die anfangs vornehmlich katholischen Landes- und Kreisvorsitzenden räumten in evangelischen Gebieten zunehmend ihre Posten zugunsten von Protestanten. Vorstandsposten wurden gezielt für regionsverwachsene Protestanten freigehalten. Programmatisch setzte die CDU-Führung Sprachregelungen durch, die konfessionell geprägte Reizworte umgingen und Forderungen beider Seiten nebeneinander vereinten. Der Antikommunismus, das christliche Selbstverständnis und die Positionierung in der politischen Mitte sollten dabei die maßgeblichen drei Koordinaten bilden. Ein Nebeneinander, das nur langsam in ein Miteinander übergehen sollte, zeigte auch der Blick auf die Parteiorganisation: Sowohl auf der Bundes- wie auf der Landesebene blieben stärkere zentrale Zusammenschlüsse aus. Stattdessen dominierten regionale Einheiten, die sich aus regionalen Traditionen speisten, aber häufig entlang der Konfessionsgrenzen verliefen.

So sehr auf allen Ebenen kulturelle Traditionslinien die CDU prägten, so wenig kann man bereits in der Nachkriegszeit den Einfluss unterschätzen, den Konrad Adenauer auf die Parteigründung hatte. Adenauer

verkörperte nicht nur in seiner Person die verschiedenen Facetten der Union, er war auch bei der interkonfessionellen Sammlung die treibende Kraft. Auf der personellen und programmatischen Ebene forcierte er den Ausgleich zwischen katholischen und evangelischen Gründern. Bereits während der Parteigründung trug die CDU den Stempel von Adenauers Kompromissbewusstsein. Gleichzeitig blockierte er eine organisatorische Konsolidierung der Union, da diese seinen Führungsanspruch hätte unterlaufen können, aber auch den Zusammenhalt der Partei gefährdet hätte.

## II. Blockbildung rechts von der SPD: Auf der Suche nach einem gemeinsamen Kurs

Die CDU war keine Partei, die sich dauerhaft über Programme positionierte. Die zahllosen emphatischen Aufrufe aus der Gründungsphase ebten bereits nach den ersten Landtagswahlen von 1946/47 ab. Entscheidend für den innerparteilichen Kurs wurde jetzt, wie die Christdemokraten sich bei den Wahlen und Regierungsbildungen plazierten.<sup>1</sup> Eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bedeutete dabei eine Stärkung ihres linken Flügels, während umgekehrt das Bündnis mit liberalen und konservativen Parteien das Gewicht der bürgerlich-konservativen Christdemokraten vergrößerte.

Gleichzeitig wurde auf diese Weise nicht nur die innerparteiliche Balance, sondern auch das öffentliche Bild der Union ausgelotet. Denn für die breite Wählermasse blieben die Parteiprogramme und Einzelkandidaten ein weitgehend unbekanntes Terrain. Bei den ersten Wahlen stellten die Parteien ohnehin keine Spitzenkandidaten auf. Zudem kannten laut Umfragen immerhin 82 Prozent der Wähler 1952 ihren Wahlkreis-kandidaten nicht, wobei zwei Drittel der Befragten überhaupt nicht wussten, dass es Wahlkreisabgeordnete gab.<sup>2</sup> Ebenso hatte auch nur eine Minderheit der CDU-Anhänger jemals eine Parteiveranstaltung besucht.<sup>3</sup> Wahrgenommen wurde dagegen, welche Parteien zusammen Regierungen bildeten und welche Persönlichkeiten diese Regierungen führten. Das folgende Kapitel soll deshalb entlang der Wahlen und der Bündnispolitik der CDU analysieren, wie sich auf der Landes- und Bundesebene der politische Kurs der Union entwickelte und vereinheitlichte. Wiederum steht dabei die Frage im Vordergrund, welche unterschiedlichen Positionen bei Katholiken und Protestanten bestanden und wie diese so ausgeglichen werden konnten, dass die CDU auch in konfessionell gemischten Räumen handlungsfähig blieb. Dabei legt das Kapitel wieder besonderes Augenmerk auf den Einfluss, den Konrad Adenauer auf die politische Ausrichtung der Partei ausübte.

### 1. Sammlungsversuche in der Besatzungszeit

Das Fernziel der Christdemokraten war nicht die Koalitionsregierung. Sie strebten vielmehr ein Zweiparteiensystem an, in dem ihnen nur die Sozialdemokraten gegenüberstanden. Am leichtesten wäre dies durch ein Mehrheitswahlrecht zu erreichen gewesen, das die CDU dementsprechend schon in den ersten Aufrufen gefordert hatte.<sup>4</sup> Offiziell begründete sie dies demokratietheoretisch. Sowohl die Lehren aus dem Vielparteiensystem der Weimarer Republik als auch die Aufwertung der Wahlkreis-Kandidaten gegenüber den anonymen Wählerlisten wurden als Argumente vorgebracht. August Haußleiter von der CSU formulierte diesen Verweis auf Weimar besonders drastisch: »Ich bin überzeugt, daß das Verhältniswahlrecht zwangsläufig zur Diktatur führt.«<sup>5</sup>

Tatsächlich ging es in der Wahlrechtsdiskussion vornehmlich darum, die bürgerlichen Konkurrenzparteien auszuschalten. Dies machte etwa der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Carl Schröter auf dem ersten Parteitag der CDU der britischen Zone deutlich: »Wir haben in Schleswig-Holstein ein Wahlrecht geschaffen, in dessen Zeichen wir keine FDP-Leute, keine Konservativen und keine Kommunisten im Landtag haben.«<sup>6</sup> Denn das Verhältniswahlrecht führe seiner Meinung nach »mit Naturnotwendigkeit« zum Vielparteiensystem und zur Koalitionsregierung, die stets »den Keim der Zersetzung« in sich trage; denn es sei »falsch, wenn in der Politik der Kompromiß zum Grundsatz erhoben wird.«<sup>7</sup> Unverkennbar zeugten derartige Reden noch von jenem polarisierenden Bürgerblockdenken, das in der Weimarer Republik vermutlich wesentlich größeren Schaden angerichtet hatte als der Kompromiss zwischen den Lagern oder das Verhältniswahlrecht.

Jedoch standen auch Teile der evangelischen Christdemokraten dem Mehrheitswahlrecht skeptisch gegenüber. Schließlich waren katholische Wahlkreise mit entsprechend milieuverwurzelten Kandidaten wesentlich erfolgsträchtiger. Durch ein Mehrheitswahlrecht hätten in konfessionell gemischten Bundesländern leicht überwiegend katholische CDU-Fraktionen entstehen können. Beim Verhältniswahlrecht konnten dagegen Protestanten über die Listen nachrücken.<sup>8</sup> Da die CDU schließlich bis hin zum parlamentarischen Rat mit ihren Wahlrechtsanträgen scheiterte und sich letztlich auch in den Bundesländern überall ein modifiziertes Verhältniswahlrecht durchsetzte, stellte sich dieses Problem nicht.<sup>9</sup> Dafür war die CDU nicht nur dauerhaft auf den Kompromiss der Koalition angewiesen, sondern musste sich bei den Wahlen intensiver mit den bürgerlichen Konkurrenzparteien auseinandersetzen.

Die Christdemokraten starteten zunächst mit recht hohen Wahler-

gebnissen, die regional allerdings stark schwankten. Welche Resultate sie regional erzielten, hing von ihrer jeweiligen Milieuverankerung ab. Zudem war entscheidend, wieviele Konkurrenzparteien bereits zugelassen waren. Folglich erreichte die Union in den katholischen Gebieten weitaus höhere Stimmenanteile, weil sie hier – wie dargestellt – auf der Infrastruktur des katholischen Milieus aufbaute. Da die neu gegründete Zentrumsparterie bis 1948 nur in der britischen Zone antreten durfte, rivalisierte die CDU zudem allein in Nordrhein-Westfalen und Teilen West-Niedersachsens mit einer milieuinternen Konkurrenzparterie um die katholischen Wähler. Ein wirklich ernsthafter Konkurrent war die Zentrumsparterie jedoch selbst hier nur bedingt. In den katholisch-ländlichen Gemeinden und in den katholischen Ballungsräumen des Rhein-Ruhr-Gebietes erreichte das Zentrum hier zwar bis 1950 zweistellige Ergebnisse, die besonders in den Regierungsbezirken Münster und Detmold die Zwanzig-Prozent-Marke überschritten – gleichzeitig waren diese Gebiete aber von Beginn an auch CDU-Hochburgen.<sup>10</sup> Die Wählerschaft der beiden Parteien unterschied sich im katholisch-ländlichen Raum kaum, was Parteiwechsel erleichterte. Die Stärke des Zentrums hing hier weniger von einer bestimmten Sozialstruktur ab als vom Votum der lokalen Meinungsführer – insbesondere von dem der Geistlichen.<sup>11</sup> Folglich bekämpfte die CDU das Zentrum vor allem über die informelle Einflussnahme auf katholische Würdenträger. Die Christdemokraten verfügten hier über den entscheidenden Vorteil, dass sie das Votum der Bischöfe auf ihrer Seite hatten. Die im Wahlkampf herausgestellten Gegensätze zwischen CDU und Zentrum waren freilich gerade in den ländlichen Gemeinden eher konstruiert. Vielmehr kam es auf der unteren Ebene häufig zu einer engen Zusammenarbeit der beiden Parteien, was ebenfalls das spätere Verschmelzen erleichterte.<sup>12</sup>

Etwas schwieriger lagen die Dinge in den größeren katholischen Städten Nordrhein-Westfalens. Hier repräsentierte die neue Zentrumsparterie auch auf der kommunalen Ebene stärker den Linkskatholizismus. Lokalstudien zeigen, dass die Zentrumsparterie selbst in einer Bischofsstadt wie Münster nicht nur dezidiert sozialreformerisch antrat, sondern im Vergleich zur CDU stärker in den Arbeitervierteln gewählt wurde.<sup>13</sup> Damit deutete sich im großstädtischen Raum innerhalb des politischen Katholizismus jener sozioökonomische Cleavage (Konfliktlinie) an, der am Ende der Weimarer Republik nur noch mühsam über die gemeinsame Weltanschauung gebunden werden konnte. Die neue Zentrumsparterie bezeichnete sich nachdrücklich als Partei der Mitte und stempelte die CDU als Partei der Rechten, der Reaktionären und des Großbürgertums ab.<sup>14</sup> Umgekehrt warf die CDU dem Zentrum vor, den »Linksradi-

kalismus« zu stärken, um selbst ihren Platz in der Mitte zu behaupten.<sup>15</sup> Angesichts des weit verbreiteten Antimarxismus in kirchlichen Kreisen war diese Strategie effektiver als die antibürgerliche des Zentrums, das so unter Sozialismusverdacht geriet. Dennoch lief die CDU dabei Gefahr, die Anhänger des neuen Zentrums langfristig an die Sozialdemokraten zu verlieren.

Schlechter war dagegen die Ausgangslage der CDU in den evangelischen Regionen. Hier rivalisierte sie nicht nur bundesweit mit den protestantisch-bürgerlich geprägten Liberalen. Mit der Niedersächsischen Landespartei (NLP), die sich 1947 in Deutsche Partei (DP) umbenannte, stand ihr im Norden frühzeitig auch noch ein konservativer Rivale zur Seite. Zudem war es in den evangelischen Gebieten aus den alten Parteiressentiments heraus wesentlich üblicher, bei Kommunalwahlen freie Wählerlisten zu bilden. Und schließlich sahen wir bereits, dass die Milieuverankerung der CDU im evangelischen Raum nicht nur generell schwächer war, sondern regional stark variierte. Dementsprechend lagen ihre Wahlergebnisse in den evangelischen Regionen nicht nur generell niedriger, sondern sie schwankten auch zwischen ländlichen Gebieten mit gleicher Sozialstruktur zum Teil beträchtlich.

Die schwächste Milieuanbindung bestand im ländlich-protestantischen Raum Niedersachsens und Hessens und in norddeutschen Städten wie Bremen oder Hamburg. Hier erzielte die CDU dementsprechend die mit Abstand schlechtesten Wahlergebnisse. In Regierungsbezirken wie Stade und Lüneburg, wo die Christdemokraten kaum in der lokalen Lebenswelt verankert waren und mit der Niedersächsischen Landespartei frühzeitig ein protestantisch-konservativer Konkurrent auftrat, waren bei den ersten Gemeindewahlen 1946 weniger als zwei Prozent der gewählten Kandidaten Christdemokraten (!). Die NLP konnte dagegen über ein Drittel für sich beanspruchen.<sup>16</sup> Ohnehin konnte die Union hier kaum genügend Bewerber finden, die für sie kommunal kandidieren wollten. In Niedersachsen brachten selbst die Sozialdemokraten mehr als die dreifache Anzahl an Kandidaten auf.<sup>17</sup> Während die Christdemokraten in den katholischen Enklaven des Landes auch ohne ein intaktes Ortsvereinsnetz sofort Listen bilden konnten<sup>18</sup>, behinderten im protestantischen Raum alte Antiparteieneffekte, lokaler Gruppendruck und die alliierten Entnazifizierungskriterien die Kandidatenfindung. Insbesondere das kurzfristig eingereichte Kandidatur-Verbot für ehemalige Stahlhelmer zwang zahlreiche Bewerber zum Rücktritt.<sup>19</sup> Die CDU kompensierte dieses Manko mit breiten Kandidatur-Angeboten an Flüchtlinge. Während die Liberalen und die NLP/Deutsche Partei hier die ein-

heimische Bevölkerung vertraten, blieb die CDU somit auch von ihren lokalen Abgeordneten her oftmals eine Flüchtlingspartei.<sup>20</sup> Als ab 1950 die Flüchtlinge eine eigene Partei bilden konnten, fiel selbst diese Stütze weg.

Erfolgreicher war die CDU dagegen in jenen evangelischen Gebieten, wo nur eine liberale Konkurrenzpartei zugelassen war und eine gewisse regionale Milieuverankerung bestand. Ihre Anbindung zur ländlichen Vereinswelt (Schleswig-Holstein), zu mittelständischen Verbänden (Braunschweig) oder zum evangelischen Kirchenvorfeld (in Teilen Württembergs, Westfalens und im Rheinland) spiegelte sich in den verhältnismäßig guten Wahlergebnissen wieder. Spitzenergebnisse, die ähnlich wie in den ländlich-katholischen Gebieten die Fünfzig-Prozent-Marke deutlich überschritten, waren aber selbst hier undenkbar. Da in diesen Regionen zunächst eine konservative Konkurrenzpartei zur Union fehlte, gaben ihr viele evangelische Wähler auch aus Alternativlosigkeit ihre Stimme. Deshalb wäre es verfehlt, aus den ersten evangelischen Wahlergebnissen von 1946/47 den Beleg abzuleiten, dass die Union von Beginn an als eine Partei beider Konfessionen startete.<sup>21</sup> Zudem deuteten sowohl die guten Resultate der unabhängigen Kandidaten als auch die anfangs niedrigere Wahlbeteiligung in den evangelischen Gebieten darauf hin, dass die CDU zunächst nur wenig Akzeptanz fand. Denn mit der Zulassung anderer Parteien stieg die Wahlbeteiligung hier an.

Von Vorteil für die Union war deshalb, dass die ersten freien Wahlen 1946 in der amerikanischen Zone stattfanden – und nicht in der britischen. Dank des höheren Katholiken-Anteils und der fehlenden Zentrums- und DP-Konkurrenz konnte sie dort Wahlerfolge vorlegen, die sie klar als stärkste Partei auswiesen und auch die Liberalen weit hinter sich ließen. Bei den folgenden Wahlen in der britischen Zone verbreiteten die Christdemokraten werbewirksam diesen empirischen Beleg für ihre Stärke und setzten auf die Anziehungskraft des Erfolgsnimbus. Nicht nur auf Flugblättern, sondern auch auf den Rückseiten ihrer Mitgliedsausweise fand sich nun der Hinweis: »Bei den Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone war sie die stärkste Partei!«<sup>22</sup> Da gerade in der fluiden Nachkriegszeit opportunistische Handlungen weit verbreitet waren, erhöhten ihre süddeutschen Erfolge gerade in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands ihre Attraktivität. Führende Honoratioren, wie die zunächst parteilose Senatorengruppe in Hamburg, wechselten nach den Erfolgsmeldungen aus der amerikanischen Zone zur CDU.<sup>23</sup> Die Christdemokraten kalkultierten auf den sogenannten Bandwagon-Effekt und behielten recht: Der Erfolg selbst schuf den neuen Erfolg.<sup>24</sup>

Die ersten Wahlsiege reichten jedoch nirgendwo so weit, dass die CDU mit absoluter Mehrheit hätte regieren können. Deshalb mussten die Christdemokraten spätestens nach den Landtagswahlen ihr Verhältnis zu den Konkurrenzparteien klären. Sollte man den Liberalen, dem Zentrum und der Deutschen Partei mit einem Konfrontationskurs begegnen oder durch eine möglichst enge Zusammenarbeit langfristig ein Verschmelzen zu einer starken Sammlungspartei anstreben? Ebenso musste sich die Union entscheiden, ob sie mit den Sozialdemokraten koalieren sollte oder eher durch eine polarisierende Abgrenzung eine politische Sammlung rechts von der SPD anpeilte.

Zwischen den katholisch und den evangelisch geprägten CDU-Verbänden bestanden hierüber äußerst unterschiedliche Auffassungen. Die meisten katholischen Unionskreise zeigten zunächst eine explizite Distanz gegenüber den Liberalen. Die konfessionelle Öffnung des politischen Katholizismus bedeutete für sie, dass man vornehmlich mit kirchennahen Protestanten wolle. Gegen die betont antiklerikalen Liberalen bestanden dagegen weiterhin Vorurteile, die aus der Kulturkampfzeit herrührten. Insbesondere hatte man grundsätzliche schul- und sozialpolitische Bedenken gegen die Liberalen. Katholische Politiker wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier zählten deshalb die liberalen Parteien explizit nicht zum protestantischen Erbe der CDU, obwohl sich besonders die Berliner und die norddeutschen Unionsgründer im hohen Maße aus ihnen rekrutierten.<sup>25</sup> Zudem gaben nicht wenige ehemalige Zentrumsmänner der »liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung« die Schuld am Nationalsozialismus.<sup>26</sup> Für die Zukunft sah jemand wie der nordrhein-westfälische Landtagspräsident Josef Gockel einen »Kampf« zwischen »Kräften christlich-konservativen Charakters und Kräften sozial-liberalen Charakters.«<sup>27</sup>

Dementsprechend vermieden die katholisch geprägten Landesverbände dezidiert eine engere Zusammenarbeit mit der FDP. Ihre katholisch-soziale Orientierung erleichterte vielmehr eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und der Zentrumspartei. In Rheinland-Pfalz etwa verfügte die CDU nach der Wahl von 1947 mit der Liberalen über eine klare Mehrheit. Dennoch zog sie bewusst eine Große Koalition vor.<sup>28</sup> Ebenso verzichtete die Regierung Arnold nach den ersten Landtagswahlen darauf, in Nordrhein-Westfalen die Liberalen einzubeziehen. Die ebenfalls katholisch geprägte CDU-Führung Hessens suchte bereits beim Verfassungskompromiss bewusst den Ausgleich mit den Sozialdemokraten, um in einem Kuhhandel unter Protest der Liberalen das Elternrecht gegen die Sozialisierungsklauseln abzusichern. Auch die hessische CDU-Führung entschied sich erst für ein Allparteienkabinett, dann für eine

Große Koalition ohne die FDP.<sup>29</sup> In ihren zunehmend abtrünnigen liberalen Wählern sah sie »Ballast«, den es abzuwerfen gelte, um eine wirklich christlich geprägte Partei zu werden.<sup>30</sup> Gegenüber einer machtpolitisch ausgerichteten Stimmenmaximierung blieb jemand wie der hessische Vorsitzende Hilpert skeptisch. »Zeigt nicht die Geschichte, nicht die Nazizeit, daß Machtansprüche die Politik zum Unglück der Menschheit werden lassen?« schrieb er seinem Bonner Kollegen Köhler. »Die Weltgeschichte werde nicht von Majoritäten, sondern von aktiven und geistig überlegenen Minoritäten gemacht.« Daher sah er die Rolle der CDU lediglich als »Zünglein an der Waage.«<sup>31</sup> Das Erfolgsmodell CDU oder eine wirklich breite Sammlung von Wählern konnte freilich mit dieser Haltung nur in den alten Zentrumshochburgen, nicht aber bundesweit erreicht werden.

Durch ihre Zusammenarbeit mit der SPD entwickelte die CDU in den katholisch geprägten Landesverbänden ein Profil, das für einen betont sozial ausgerichteten Kurs stand. Die Große Koalition stärkte den linken Flügel dieser Landesverbände und damit katholisch-sozial orientierte Spitzenpolitiker wie Karl Arnold, Werner Hilpert und Peter Altmeier. Und zugleich stärkte sie die Liberalen, die in den evangelischen Gebieten dieser Länder zunehmend das bürgerlich-protestantische Lager repräsentierten. Im konfessionell gemischten Hessen sollte die FDP 1950 immerhin insgesamt 31,8 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen erhalten, wobei sie in den evangelischen Kreisen vierzig bis fünfzig Prozentpunkte erzielte.<sup>32</sup> Auch in Rheinland-Pfalz erreichte die FDP in verschiedenen evangelischen Kreisen rund dreißig Prozentpunkte.<sup>33</sup> Die meisten Protestanten dürften nicht die Programmtexte der CDU gekannt haben. Die Kooperation mit den Sozialdemokraten bestärkte sie jedoch in ihrer Wahrnehmung, dass die katholisch-sozialen Christdemokraten hier zum Sozialismus neigten.

Zwischen dem protestantisch-bürgerlichen Lager und den Sozialdemokraten bestand bereits in der Weimarer Republik eine größere Distanz. Während das katholische Zentrum damals vergleichsweise problemlos mit den Sozialdemokraten koalitiert hatte, grenzten sich protestantisch-konservative Parteien wie die DNVP oder die DVP in ihrer Wahlkampf-rhetorik scharf von der marxistischen SPD ab. Selbst in der Lokalpolitik bildeten sie stattdessen Bürgerblöcke, deren gemeinsamer Nenner gerade in der Ablehnung des »Marxismus« bestand.<sup>34</sup> Da auch die protestantischen CDU-Gründer sich weitgehend über dieses betont antimarxistische und bürgerliche Selbstverständnis definierten, blieb die Distanz zur Sozialdemokratie weiterhin groß. Innerhalb der katholisch geführten Landesverbände regten sich dementsprechende Proteste gegen die

Kooperation mit der SPD. In der Provinz Nordrhein verfaßte beispielsweise eine Tagung der »evangelischen CDU-Vertreter« eine Resolution, die »mit lebhaften Bedauern« feststellte, dass die Partei »den marxistischen Koalitionspartnern zuliebe die Grundsätze der Partei« verlasse.<sup>35</sup> Und in Hessen erklärten stärker protestantische Kreisverbände wie Gießen verärgert, die CDU habe sich »von der SPD zu sehr in das Schlepptau nehmen lassen und den marxistischen Tendenzen nachgegeben.«<sup>36</sup> Der Versuch der hessischen Landesführung, 1948 auch in der protestantischen Nordhälfte des Landes eine lokale Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu verankern, scheiterte dementsprechend am Widerstand der protestantischen Basis.<sup>37</sup>

Stattdessen setzten die Protestanten wesentlich stärker auf eine enge Zusammenarbeit mit der FDP und der Deutschen Partei, die möglichst in eine große Sammelpartei rechts von der SPD münden sollte. Nicht nur ihre stärker mittelständische Sozialstruktur war für diese Haltung verantwortlich. Vor allem hoffte der evangelische CDU-Flügel, auf diese Weise sein Gewicht in der überwiegend katholischen Partei zu vergrößern. Mit Ausnahme einzelner, betont kirchennaher Gründungskreise zählte man im evangelischen Raum die Liberalen explizit zum Erbe der Union. Aufrufe wie etwa im nordhessischen Waldeck richteten sich an »echte liberale Elemente [...] die sich vielleicht zu keiner Konfession bekennen«. Hier erwähnte man sogar dezidiert Friedrich Naumann, Max Weber und Gustav Stresemann als Vorbilder, deren »Freunde und Schüler« nun die Spitze der Union bilden würden.<sup>38</sup>

Diese Bemühungen gingen zunächst soweit, dass von vornherein eine gemeinsame Partei mit den Liberalen angestrebt wurde. Selbst die betont frommen Protestanten in Württemberg, wo die Distanz zu den Liberalen deutlich größer blieb, suchten zumindest das Gespräch. Ein engeres Zusammengehen scheiterte hier letztlich an den antikatholischen Resentiments der Liberalen.<sup>39</sup> In anderen evangelischen Gebieten – wie in Bremen, Nordwest-Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder dem nordbadischen Heidelberg – entstand 1945 tatsächlich eine umfassende bürgerliche Sammlungspartei unter Einschluss der Liberalen. Erst mit der Konsolidierung der Union spaltete sie sich bis 1946 in zwei Parteien.<sup>40</sup> Aber auch danach bemühten sich die norddeutschen Christdemokraten um ein Zusammengehen der beiden Parteien. Es scheiterte jedoch immer wieder daran, dass die meisten Liberalen nicht bereit waren, das »C« im Namen zu akzeptieren.<sup>41</sup> Adenauer förderte diese Bemühungen und kam den Liberalen mit personellen und programmatischen Zugeständnissen entgegen.<sup>42</sup> Während viele norddeutsche Protestanten sehr wohl bereit waren, für ein Zusammengehen mit der FDP das »C« aufzugeben und

ohnehin die Gemeinschaftsschule favorisierten, setzte Adenauer jedoch bei der Absicherung der Bekenntnisschule und der Namensfrage klare Grenzen: »daß wir den Namen ›Christliche Demokratische Union‹ aufgeben, sei ausgeschlossen!«, betonte er gegenüber den Bremer Fusionsbefürwortern.<sup>43</sup> Lediglich den Namen Union der freien und christlichen Demokraten wollte Adenauer bei den Hamburger Fusionsverhandlungen akzeptieren, aber auch der wurde von der FDP abgelehnt.<sup>44</sup> Lokal sollten die protestantisch-bürgerlichen Honoratioren aber weiterhin versuchen, in informellen Gesprächen Liberale zum Eintritt in die CDU zu bewegen.<sup>45</sup>

Ähnliche Fusionsverhandlungen leiteten die Christdemokraten mit der konservativen Deutschen Partei ein, die bis 1947 noch den Namen Niedersächsische Landespartei trug. Die niedersächsische CDU erklärte sich bereit, offiziell deren Hauptziel zu übernehmen und für ein starkes Niedersachsen innerhalb eines föderalistischen Deutschlands einzutreten. Die Namensfrage führte jedoch auch hier im Februar 1946 zum Scheitern der Verhandlungen. Während die CDU in einem Fusionsentwurf den Zusammenschluss unter dem wenig konziliannten Namen »CDU-Deutschland, Landesverband Niedersachsen, mit Einschluß der Niedersächsischen Landespartei« offerierte, nahm die NLP für sich in Anspruch, bei einer Fusion zur Niederdeutschen Union den Kern eines korporativen Zusammenschlusses norddeutscher Länderparteien zu bilden, welcher der katholischen CDU im Süden gegenüber stehen sollte.<sup>46</sup> Die politische Spaltung der Konfessionen wäre damit vorgezeichnet gewesen, weswegen dies für die Gesamt-CDU als unannehmbar galt.

Im protestantischen Raum fehlte eine übergeordnete Instanz, die sich wie die katholische Kirche für das Zusammengehen der Schwesterparteien einsetzte. Während katholische Geistliche sogar eine gewisse Eigeninitiative entwickelten, um CDU- und Zentrumspolitiker an einen Tisch zu bringen<sup>47</sup>, blieben die evangelischen Geistlichen gerade in dieser Frage zögerlich. Die Anfrage des niedersächsischen CDU-Generalsekretärs Fratzscher an den hannoversche Landesbischof Marahrens, ob er seinen »Einfluss nicht in ähnlicher Weise auch auf die NLP geltend machen könne« wie der katholische Bischof Machens auf das Zentrum, versah selbst der CDU-nahe Marahrens nur mit einem Fragezeichen.<sup>48</sup> Marahrens förderte die CDU durch symbolische Gesten und sorgte dafür, dass ein CDU-Spitzenmann den Festgottesdienst zur Landtagseröffnung hielt. Protesten der NLP begegnete er jedoch nur mit dem betont neutralen Hinweis, dass die Landeskirche keine parteipolitischen Präferenzen habe.<sup>49</sup> Durch kirchliche Hilfe eine Fusion mit den antiklerikalen Liberalen zu erreichen, war dagegen von vorneherein aussichtslos.

Nach den gescheiterten Fusionsbemühungen versuchten die evangelisch geprägten Landesverbände, über eine entsprechende Koalitionspolitik eine Annäherung zu erreichen. Die Unterschiede zu den katholisch geprägten Landesverbänden wurden dabei schnell deutlich. In Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein trat die CDU nach den ersten Wahlen von 1946/47 eben nicht in eine Große Koalition ein, sondern ging in die Opposition. Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Steltzer wurde auch deshalb von der eigenen Partei demontiert, weil er »zu weich« im Umgang mit der SPD gewesen sei.<sup>50</sup> Bei den Kommunalwahlen kam es häufig zu lokalen Abkommen zwischen den bürgerlichen Parteien. Sie teilten dabei die Wahlkreise unter der Parole auf: »Alles wählt CDU, wo kein Kandidat der DP zur Wahl steht! Alles wählt DP, wo kein Kandidat der CDU zur Wahl steht!«<sup>51</sup> Eine derartig symbiotische Zusammenarbeit war lokal allerdings nicht unumstritten. Teile der Basis waren nicht gewillt, Kandidatenplätze den Liberalen und der Deutschen Partei zu überlassen oder beschimpften die Deutsche Partei als zu NSDAP-nah. Andere Mitglieder führten dagegen an, »daß jedes Mittel zum Brechen des Marxismus heilig sein müsse und daß unter Fortfall aller trennenden Momente eine große bürgerliche Front geschaffen werden müsse.«<sup>52</sup> Die Sammlung wurde allgemein befürwortet. Persönlich zurückstecken wollten dafür allerdings die wenigsten.

Komplizierter lagen die Verhältnisse im mehrheitlich protestantischen Niedersachsen, wo aber die Katholiken innerhalb der CDU ein größeres Gewicht hatten. Hier musste die Union fortlaufend mühsame Kompromisse aushandeln. Ein exemplarischer Blick auf ihre Koalitionspolitik 1946/47 mag dies verdeutlichen. Die CDU beteiligte sich zunächst an einem Allparteienkabinetts. Ihre Fraktion stimmte aber mit der FDP und NLP gegen zahlreiche wirtschafts- und sozialpolitische Anträge der Sozialdemokraten; sei es beim Industrie- und Handelskammergesetz, das die paritätische Vertretung der Arbeitnehmer in den Kammergremien vorsah, oder dem Antrag auf Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien und Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.<sup>53</sup> Im Landtagswahlkampf 1947 setzte der evangelische CDU-Flügel schließlich ebenfalls die Bildung eines »antimarxistischen Wahlblockes« mit der NLP durch, der sich als »starker Block gegen die marxistische Wirtschafts- und Staatsdiktatur« von der SPD abgrenzte.<sup>54</sup> Auf diese Weise legte sich die Union von vornherein auf eine bürgerliche Regierungskoalition fest. Möglich wurde dies, weil die CDU konfessionell getrennte Sphären einrichtete: Während die Christdemokraten nur in den vornehmlich katholischen Gebieten Kandidaten aufstellte, kandidierte die NLP insbesondere in ihren protestantisch-ländlichen Hochburgen. Das für die Konsolidie-

rung der Partei riskante Bündnis war klar auf ein Fernziel angelegt, das der Vorsitzende Gereke offen formulierte: »Langsam muß die NLP von uns aufgesogen werden.«<sup>55</sup>

Die mehrheitlich katholische Basis und ihre Stammregionen blieben gegenüber diesem Ziel jedoch distanziert.<sup>56</sup> Im Unterschied zu den Protestanten setzten sie vor allem auf eine engere Einbindung der neu gegründeten Zentrumspartei, was in gemischt-konfessionellen Landesverbänden Reibungen verursachte. Der protestantische Generalsekretär Niedersachsens, Arnold Fratzscher, bezeichnete etwa gleich in der ersten Ausgabe des CDU-Blattes *Niederdeutsche Rundschau* das Zentrum als eine Partei, die »mit aller Schärfe zurückgewiesen und bekämpft wird.«<sup>57</sup> Diese Schärfe zeigte sich vor allem darin, daß er dem Zentrum eine »Stärkung des Linksradikalismus« vorwarf.<sup>58</sup> Bereits bei den Kommunalwahlen 1946 gab Fratzscher dementsprechende Anweisungen: Während er Wahlabkommen mit FDP und NLP als möglich bezeichnete und mit der NLP empfahl, sollten diese mit dem »neuen Zentrum« nicht abgeschlossen werden; denn man solle es »nicht durch ein Abkommen stärken, sondern deutlich machen, daß es eine Splitterpartei sei, die verschwinden muß.«<sup>59</sup> Die dennoch geführten Verhandlungen mit der Zentrumspartei wurden bewusst geheim gehalten, um die Distanz zum politischen Katholizismus zu wahren. Ergebnisse brachten diese jedoch nicht ein. Auch hier scheiterten die Verhandlungen an der Namensfrage, da das Zentrum verlangte, dass die CDU in einer gemeinsamen Partei das »Christlich« streichen sollte.<sup>60</sup>

Bei den ersten Wahlen und Regierungsbildungen zeigte sich damit bundesweit Ähnliches wie bei der Gründung der Partei. Katholische und evangelische Christdemokraten verfügten aus ihrer politischen Tradition heraus über unterschiedliche Zielvorstellungen. In konfessionell homogenen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein mochte dies kein Problem sein. Schwierig wurde es jedoch dann wieder, wenn ein Land mit überwiegend evangelischer Bevölkerung über eine katholisch geprägte Parteiführung verfügte – wie in Niedersachsen oder Hessen. Zudem standen die Christdemokraten spätestens mit der ersten Bundestagswahl vor der Aufgabe, eine gemeinsame Linie zu finden. Wiederum sollte es vor allem Konrad Adenauers Taktieren sein, das frühzeitig eine Konsolidierung zwischen den unterschiedlichen Polen einleitete.

## 2. Adenauer und der Weg zur Bonner Koalition

Die Regierungsbildung von 1949 wurde zurecht als »ideological milestone« der CDU-Geschichte bezeichnet.<sup>61</sup> Die Entscheidung für die bürgerliche Koalition prägte langfristig sowohl die CDU als auch das Parteiensystem insgesamt. Angesichts der skizzierten Ausgangslage war zunächst allerdings kaum zu erwarten, dass sich in der vornehmlich katholisch geprägten Union gerade dieser Kurs durchsetzte, den vornehmlich die norddeutschen Protestanten favorisierten. Dass dies dennoch geschah, lag vor allem an Adenauers Engagement. Dabei bildete nicht erst die vielfach hervorgehobene »Rhöndorfer Konferenz« vom 21. August 1949 die entscheidende »Weichenstellung«.<sup>62</sup> Vielmehr wird hier die These vertreten, dass Adenauer bereits seit den ersten Wahlen von 1946 die Gleise kontinuierlich so ausrichtete, dass bis Anfang der fünfziger Jahre in Bund und Ländern nur noch bürgerliche Koalitionen polarisierend der SPD gegenüberstanden.

Adenauer trat von Beginn an für eine Sammlung rechts von der SPD ein, die auf einer engen Zusammenarbeit mit den Liberalen und der Deutschen Partei aufbauen sollte. Dabei konnte er dank seiner rheinisch-katholischen Verankerung gegenüber beiden Flügeln wesentlich ausgleichender agieren als viele seiner evangelischen Gesinnungsgenossen. Das galt zunächst für Adenauers Umgang mit dem Zentrum. Auf der einen Seite lehnte Adenauer eine Zusammenarbeit mit der katholischen Schwesterpartei vehement ab.<sup>63</sup> Gegenüber den misstrauischen Protestanten sollte der Anschein einer katholischen Blockbildung vermieden werden. Zudem sollte das Zentrum keine öffentliche Aufwertung erfahren. Bereits Mitte 1946 hatte Adenauer verlangt, mit der FDP und der NLP eine Verständigung zu suchen. Keine Wahlabsprachen seien dagegen mit der SPD, der KPD und dem Zentrum einzugehen. In seiner Korrespondenz und öffentlichen Rhetorik rechnete auch er das Zentrum polarisierend den »Marxisten« zu. Jede Zusammenarbeit zwischen SPD und Zentrum diene ihm dafür als Beleg.<sup>64</sup> Denn Adenauer sah zurecht in dieser Koalitionsfrage eine Richtungsentscheidung darüber, ob sich die CDU stärker im Sinne Karl Arnolds als katholisch-soziale Arbeiterpartei etablierte oder als interkonfessionelle, stärker bürgerliche Sammlung. Daraus leitete er den Schluß ab, eher Verluste bei den Zentrumswählern hinzunehmen als die vornehmlich protestantischen Stimmen »aus den Kreisen des Mittelstandes und der Landwirte« zu verlieren.<sup>65</sup>

Im Unterschied zu den Protestanten setzte sich Adenauer jedoch hinter den Kulissen gleichzeitig für die Integration der katholischen Schwesterpartei ein. Er bemühte sich, wichtige Geistliche zu öffentlichen und

kircheninternen Stellungnahmen gegen das Zentrum zu bewegen.<sup>66</sup> Zudem führte Adenauer im vertraulichen Rahmen selbst Gespräche mit Zentrumspolitikern.<sup>67</sup> Dabei versuchte er, vor allem durch personalpolitische Patronage die Ausweitung des Zentrums einzudämmen. Der zeitweilige Zentrumsvorsitzende Carl Spiecker etwa durfte Vertreter Nordrhein-Westfalens beim Länderrat werden, »wenn er die Zusage gebe, dass keine Neugründungen in Süddeutschland stattfinden«<sup>68</sup>. Bereits im September 1947 konnte er dem späteren Fraktionsvorsitzenden Brentano berichten: »Es ist inzwischen gelungen, allerdings durch Opfer auf personellem Gebiet, zu erreichen, dass das Zentrum weder in Hessen noch in Baden-Württemberg Gründungen vornimmt.«<sup>69</sup> Als das Zentrum 1948 dennoch im Süden entstand, forderte er dementsprechend Spieckers Rücktritt. Bei Fusionsgesprächen machte er ebenfalls personalpolitische Übertrittsangebote. Ähnlich wie bei der FDP und der NLP blieb er allerdings in der Namensfrage hart, indem er auf dem Bestandteil Christlich beharrte. Jemand wie Karl Arnold, dem mehr an einem Zusammengehen mit dem Zentrum lag, war auch in dieser Frage wesentlich flexibler.<sup>70</sup>

Um die informellen Gespräche verdeckt zu halten, unterband Adenauer hartnäckig die eigenständigen Verhandlungen anderer CDU-Politiker. Insbesondere Karl Arnold bekam hier Adenauers alleinigen Führungsanspruch in Koalitionsfragen zu spüren, den Adenauer freilich mit Voten des Zonen-Vorstandes begründete.<sup>71</sup> Die personellen Angebote Adenauers sollten sich auszahlen: 1949 traten nicht nur einzelne Landtagsabgeordnete, sondern auch der ehemalige Zentrumsvorsitzende Spiecker zur CDU über.<sup>72</sup> Als nordrhein-westfälischer Minister wurde Spiecker zum werbewirksamen Aushängeschild für den Wählerwechsel zur CDU. Mit ihm kamen zudem Geschäftsführer und Mitarbeiter des Zentrums zur Union, unter anderen auch Spieckers Referent Rainer Barzel. Die Mischung aus informeller Absprache und öffentlicher Abgrenzung führte somit dazu, dass das Zentrum bereits im Zuge der ersten Bundestagswahl personell ausblutete.

Parallel dazu setzte sich Adenauer frühzeitig gegen Koalitionen mit der SPD ein und sprach sich für einen scharfen, polarisierenden Kurs gegen die Sozialdemokratie aus. Dabei ging er soweit, dass er seine Partei für den Wahlkampf 1947 ermunterte, »in der Wahlagitation zu betonen und zu erklären, daß das Machtstreben der Sozialdemokratie auf allen Gebieten in einer Weise sich äußere, daß es schon mit dem Machtstreben der NSDAP zu vergleichen sei.«<sup>73</sup> Derartige Äußerungen schufen ein konfrontatives Klima. CDU-Politiker, die für eine Große Koalition eintraten, wurden von ihm seit 1947 gezielt diskreditiert und unter Druck

gesetzt. Den hessischen CDU-Stellvertreter Erich Köhler bezeichnete er etwa als einen »sehr gefährlichen Mann«, da er »ein Fanatiker der Verständigung« mit der Sozialdemokratie sei.<sup>74</sup> Als sich Maria Meyer-Sevenich, eine damals äußerst öffentlichkeitswirksame Christdemokratin, 1948 für eine Große Koalition in Niedersachsen stark machte, versuchte Adenauer sie aus der Partei zu drängen, falls sie nicht ihre Position ändere. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Landes bat er, »wenn Frau Meyer-Sevenich keine Parteidiziplin zeigt, doch die nötigen Konsequenzen zu ziehen.«<sup>75</sup> Tatsächlich trat die bei der Basis äußerst beliebte CDU-Politikerin im Mai 1948 aus der Partei aus.<sup>76</sup> Als der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Günther Gereke, schließlich im gleichen Jahr eine Große Koalition bildete, um seine Position abzusichern, wurde auch er zur Zielscheibe von Adenauers Vorwürfen. Adenauer suggerierte, dass dessen Regierungsbildung bis hin nach Baden »allenthalben mit größtem Ernst und mit dem größten Bedauern betrachtet wird.«<sup>77</sup> Gerekes Politik mangle es an Folgerichtigkeit, und dies sei »das geeignetste Mittel, um den Zerfall einer Partei in schnellster Weise herbeizuführen.«<sup>78</sup> Und tatsächlich stand die niedersächsische CDU wegen der Koalitionsfrage so sehr am Rande des Auseinanderbrechens, dass Adenauer persönlich nach Hannover kommen musste, um zu vermitteln. Während protestantische CDU-Politiker aus dem Landesverband Braunschweig in einer großen Koalition »auf lange Zeit ein tiefgehende Entfremdung und Spaltung der beiden großen nichtmarxistischen Parteien in Niedersachsen« befürchteten, hoffte man im katholischen Westen, so die Lösung von der protestantisch-konservativen Deutschen Partei zu erreichen.<sup>79</sup>

Adenauer favorisierte generell die bürgerliche Koalition. Er wollte auf diese Weise seinen politischen Kurs gegen den katholisch-sozialen Parteiflügel durchzusetzen und eine protestantische Wählerbasis erreichen, welche die Mehrheitsfähigkeit der Partei absicherte. Da es ihm vornehmlich um Stimmengewinne ging, nahm er zunächst aber durchaus Rücksicht auf die regionale politische Kultur. Während Adenauer im protestantischen Niedersachsen vehement für eine Blockbildung eintrat, ließ er die Große Koalition in Rheinland-Pfalz zunächst weitgehend gelten. Auch in Nordrhein-Westfalen akzeptierte Adenauer anfangs ein Allparteienkabinett, das eventuell auf eine Regierung mit dem Zentrum beschränkt werden sollte.<sup>80</sup> Seit Ende 1947 trat Adenauer jedoch für die Auflösung dieser Koalition ein und drängte Karl Arnold zum Bruch.<sup>81</sup> Wie in vielen Diskussionen zeichnete sich Adenauers Veto dadurch aus, dass er nicht grundsätzliche Einwände gegen eine Große Koalition anführte, sondern sie nur angesichts der aktuellen Lage als untauglich be-

wertete. Wie so oft vertagte er Forderungen, bis sie in Vergessenheit gerieten oder undurchführbar waren.

Festzuhalten ist damit, dass Adenauer bereits in der Besatzungszeit massiv in die Politik der Landesverbände eingriff. Insbesondere galt dies natürlich für den britischen Zonenverband, dessen Vorsitzender er war. Sein Credo lautete auch hier: »die Landesparteien sind nur in gewissen Grenzen souverän«, weil sonst die Einheitlichkeit der Partei im Hinblick auf die »großen Wahlen« gefährdet würde.<sup>82</sup> Damit zeigte sich der Zonenvorsitzende Adenauer bereits 1947/48 als ein starker, lenkender Parteiführer. Adenauers Lenkungsversuche schienen zunächst keine Früchte zu tragen. Weder in Niedersachsen, noch in Hessen oder Nordrhein-Westfalen konnte er die geforderte Einbindung der Liberalen und der Deutschen Partei erreichen. Fast schien es, als ob seine Eingriffe bei den Landesvorsitzenden eine Trotzreaktion mit gegenteiligem Effekt hervorriefen. Adenauers Bemühungen schufen aber dennoch ein Klima, das den Konfrontationskurs gegen die SPD einleitete. Sie stärkten in der Partei den ähnlich ausgerichteten, vornehmlich protestantischen Flügel. Nachdem Adenauer etwa die Absetzung von Meyer-Sevenich forciert hatte, machte sich nun der dortige Generalsekretär daran, lokal die »kleinen Sevenichs« auszuschalten.<sup>83</sup> Schließlich gab Adenauers frühes Eingreifen auch den bürgerlichen Konkurrenzparteien Signale, die sich bei der Bonner Regierungsbildung auszahlen sollten. Von großer symbolischer und materieller Bedeutung war nicht zuletzt, dass Adenauer den bürgerlichen Konkurrenten beim Wahlrecht entgegen kam: Er plädierte nicht nur gegen eine Sperrklausel, sondern auch dafür, die Diskussion um das Mehrheitswahlrecht zurückzustellen.<sup>84</sup> Da gerade die Wahlrechtsfrage unter den späteren Koalitionspartnern immer wieder ein heikler Punkt bleiben soll, kann die Bedeutung seiner großzügigen Haltung kaum unterschätzt werden.

Einen echten Erfolg erreichte Adenauer schließlich im Frankfurter Wirtschaftsrat. Sowohl durch sein geschicktes Taktieren als auch durch die übereilte Oppositionshaltung der Schumacher-SPD gelang es, in diesem Vorparlament eine bürgerliche Koalition mit der FDP und der DP zu installieren. Die Zusammensetzung der indirekt von den Landtagen gewählten Frankfurter Abgeordneten erleichterte dies ebenfalls, da sie eher wirtschaftsinteressierte, mittelständische Repräsentanten waren, die einem Bürgerblock aufgeschlossener gegenüberstanden.<sup>85</sup> Die Ausrichtung des Wirtschaftsrates gab Adenauer nun das zentrale neue Argument, um auf die Koalitionspolitik in den Ländern einzuwirken. Gegnern seiner Koalitionspolitik hielt er nun vor, dass ihre Position bewusst oder unbewusst die Arbeit des Frankfurter Wirtschaftsrates gefährdete.<sup>86</sup>

Im Vorfeld der Bundestagswahl schloss Adenauer an diese Argumentation an. Damit setzte er gleichzeitig alle Hebel in Bewegung, um eine bürgerliche Bundesregierung zu präjudizieren. Der Bundeswahlkampf der CDU wurde ganz gegen die SPD ausgerichtet.<sup>87</sup> Adenauer sorgte dafür, dass die Wirtschaftspolitik und der polarisierende Slogan »Zwangswirtschaft oder soziale Marktwirtschaft« in den Mittelpunkt rückten, da dies am ehesten eine Brücke zwischen den bürgerlichen Parteien schuf. Indem Adenauer den parteilosen Wirtschaftspolitiker Erhard herausstellte, schuf er ein weiteres Band zur FDP. Die Wahl stilisierte Adenauer zu einer Abstimmung darüber, ob die Frankfurter Wirtschaftspolitik von »Professor Erhard« fortgesetzt werden solle, was implizit zu einer Fortsetzung der dortigen Koalition verpflichtete. Da die SPD die Frankfurter Wirtschaftspolitik bekämpft habe, sei ein Zusammengehen mit ihr nicht möglich.<sup>88</sup> Per Telefon, Telegramm und Brief drängte Adenauer führende Landespolitiker, bürgerliche Wahlbündnisse zu schaffen. Da der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Cillien nicht zu Hause war, ließ er drei Wochen vor der Wahl sogar dessen Tochter per Ferngespräch ausrichten: »Oberstes Ziel für den Bundestag ist, wie Sie wissen, Verhütung einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit. Bitte bei Verhandlungen mit anderen Parteien dieses Ziel unter allen Umständen als vornehmstes zu berücksichtigen.«<sup>89</sup> Am selben Tag meldete er den Bremer Christdemokraten: »Bitte alles, was irgend möglich ist, zu tun, um durch Verständigung mit BVP [den Bremer Liberalen, F. B.] Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Vereinbarung würde auf hier schwebende Verhandlungen günstig einwirken.«<sup>90</sup> Ebenso kontaktierte er führende Politiker von der DP und FDP, um eine Annäherung zu erreichen.<sup>91</sup> Im heimischen Rheinland setzte er sich in einzelnen evangelischen Kreisen für Wahlkreisanteile mit den Liberalen ein.<sup>92</sup> Hier musste Adenauer vor allem die Bedenken des katholischen Vorfeldes zerstreuen, die ihre kultur- und sozialpolitischen Vorbehalte gegen ein Bündnis mit der FDP vorbrachten. Adenauer beruhigte derartige Einwände mit einigen drastischen Zuspitzungen. Die Zusammenarbeit mit den Liberalen sei nur das kleinere Übel, weil in der SPD der radikale Flügel um Schumacher-Heine dominiere, der sich im parlamentarischen Rat »gegen Ehe und Familie ausgesprochen hat«, immer »christentumsfeindlicher« werde und im Bundestag mit den Kommunisten zusammengehen werde.<sup>93</sup> Zudem könne nur so die »Rechte« demokratisch eingebunden werden.<sup>94</sup> Wider besseres Wissen beschwichtigte er schließlich, der Wahlkampf habe nichts mit der Koalitionsbildung zu tun; nach der Wahl sollte er genau das Gegenteil behaupten.<sup>95</sup> Ebenso gab Adenauer vor, dass es die Sozialdemokraten gewesen seien, die die christdemokratischen Angebote zur Zu-

sammenarbeit ausgeschlagen hätten. Ausgleichend wirkten letztlich auch seine gleichzeitigen Bemühungen um eine Verständigung mit dem Zentrum, wobei katholische Geistliche wie Prälat Böhler und Bischof Keller Adenauer mit Eigeninitiative zur Hilfe kamen.<sup>96</sup> Eine weitere Hilfe gewährte die SPD selbst. Schumachers polarisierende Angriffe gegen die katholische Kirche und katholisch-soziale Politiker wie Jakob Kaiser ließen auch diesen wichtigsten Repräsentanten des linken Parteiflügels von der SPD abrücken.<sup>97</sup>

Da eine Bundes-CDU noch nicht existierte, war Adenauer im Sommer 1949 nur Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone. Mit dem Vorsitz des Parlamentarischen Rates und des Wahlrechtsausschusses hatte er seinen bundesweiten Führungsanspruch jedoch weiter verankert. Trotzdem schien sein Aktionismus zunächst wiederum zu scheitern. In Niedersachsen fasste der Zentralkomitee nach langer Diskussion Ende Juni 1949 den endgültigen Entschluss: »Die CDU geht allein.«<sup>98</sup> Sie fühlte sich von der DP enttäuscht.<sup>99</sup> Ebenso blieb in Hessen der Protestant Köhler der einzige, der sich für ein Zusammengehen mit der FDP aussprach.<sup>100</sup> In Nord-Württemberg setzte der Vorsitzende Simpfendorfer immerhin unter Verweis auf Adenauer den Beschluss durch: »Kampf nur gegen die SPD, Burgfrieden mit der DVP.«<sup>101</sup> Lediglich in Hamburg bildete sich in Form des Vaterstädtischen Bunds Hamburg ein Wahlblock aus CDU, FDP und der bedeutungslosen Deutschen Konservativen Partei, die untereinander Wahlkreise aufteilten und gemeinsame Wahlwerbung betrieben. Und in Wuppertal teilte die CDU Wahlkreise mit der FDP.<sup>102</sup> Insgesamt waren die CDU-Vorstände jedoch zu gespalten, um sich auf eine einheitliche Linie festzulegen. Der Wahlkampf sah dementsprechend in den einzelnen Ländern äußerst unterschiedlich aus. Während im protestantischen Niedersachsen »für vernünftige Marktwirtschaft« geworben wurde (nicht für eine soziale) und ein mongolisches Gesicht nach Deutschland griff (»Nein – darum CDU«), stellte man im katholischen Teil Hessens Wahlleitsätze in Form der Zehn Gebote auf.<sup>103</sup> Das gespaltene Gesicht der CDU, das wir bei der Gründung ausmachen konnten, zeigte sich damit auch im Wahlkampf.

Das Wahlergebnis bescherte der CDU/CSU nur einen knappen Sieg. Sie erhielt 31 Prozent, die SPD dagegen nur 1,8 Prozentpunkte weniger. Gegenüber den ersten Wahlen hatten Christdemokraten massiv an Stimmen verloren. Allein in den katholischen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen konnte sie ihre Ergebnisse halten. In den evangelischen Regionen verzeichnete sie dagegen massive Verluste. Gerade die vier norddeutschen Bundesländer entschieden sich nun zu rund 16 Pro-

zent für die protestantisch-konservative Deutsche Partei.<sup>104</sup> In Hessen übernahm eine stark nationalistisch ausgeprägte FDP die Rolle der Konservativen und erreichte insgesamt 28 Prozent. Ebenso konnten bundesweit in allen evangelisch geprägten Regionen der Bundesrepublik unabhängige Kandidaten mit zweistelligen Ergebnissen reüssieren, die sowohl Flüchtlinge als auch die Parteissentiments der bürgerlichen Wähler ansprachen. Drei Unabhängige gelangten sogar in den Bundestag. Schon bevor eine echte Parteikonkurrenz zugelassen war, zeigte sich damit, dass die Union in evangelischen Gebieten noch nicht verankert war. Während sie in katholischen Regionen dank ihrer Milieubindungen an die letzten Reichstagswahlen der Weimarer Republik anknüpfen konnte, startete sie in den evangelischen Regionen nur als eine starke Partei unter zahlreichen Mitkonkurrenten. Diese bürgerlichen Konkurrenzparteien wiesen nicht nur insgesamt einen höheren Stimmenanteil auf, sondern überrundeten in Bremen, Niedersachsen und Hessen die CDU auch einzeln.

Als bundesweit stärkste Partei stand die Union nun vor den drei Aufgaben, eine Koalition zu bilden, einen Bundespräsidenten vorzuschlagen und schließlich das Kabinett zu besetzen. Bei allen drei Bereichen sollten sich wiederum die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden konfessionellen Gruppen zeigen, während sich Adenauers lenkende und ausgleichende Vermittlung als maßgeblich erwies.

Aus dem Wahlergebnis wurden in der CDU äußerst unterschiedliche Schlüsse gezogen. Adenauer interpretierte es sofort als eine Absage an den »Sozialismus in allen seinen Schattierungen«<sup>105</sup>, weswegen eine bürgerliche Koalition zu bilden sei. Dies sahen Vertreter des prononciert katholischen Flügels, wie der badische CDU-Vorsitzende Dichtel, völlig anders: »Die Entscheidung der Wähler war eine kulturell-religiöse. Wenn Arbeitnehmer uns gewählt haben, so nicht wegen der Erhardschen Wirtschaftspolitik, sondern aus religiösen Gründen«, führte er bei der Rhöndorfer Konferenz an, zu der Adenauer ausgewählte Christdemokraten einlud. Deswegen dürfe man auf keinen Fall mit Liberalen zusammengehen.<sup>106</sup> Der Deutschen Partei standen einzelne Katholiken schon etwas näher, da diese wesentlich christlicher auftrat.<sup>107</sup> Bei der Frage, ob mit der FDP und der Deutschen Partei eine Koalition gebildet werden sollte, argumentierten beide Seiten mit der Weimarer Erfahrung. Während der hessische Vorsitzende Werner Hilpert etwa die FDP als »zu 25 Prozent rechtsradikal in Hessen« bezeichnete und deshalb unter Hinweis auf seine sechsjährige Haftzeit im Nationalsozialismus für eine Große Koalition eintrat, forderte der protestantisch-konservative Carl Schröter, dass die Deutsche Partei auf jeden Fall einbezogen werden müsse, weil

sie sonst wie die Weimarer DNVP eine »starke radikale Rechte« bilde.<sup>108</sup> Zwischen diesen Flügeln standen zahlreiche Vertreter beider Konfessionen, die eher schwankten. Auch der Hamburger Vorsitzende Scharnberg bezeichnete etwa die DP als »Naziklüngel«, mit dem man nur zusammengehen könne, wenn sie von ihrem »nationalistischen Rummel« abzurücke.<sup>109</sup> Protestantisch-konservative Abgeordnete wie Wilhelm Brese sprachen sich ebenfalls gegen eine Einbeziehung der Deutschen Partei aus, freilich mit dem Argument, dass diese dann weiter aufgewertet würde.<sup>110</sup> Protestantisch-konservative Norddeutsche wie Schlange-Schönungen und Gereke verkomplizierten die Debatte, weil sie jetzt aus ihrer nationalen Haltung heraus ein Zusammengehen mit der SPD erwogen, um sich gemeinsam für die Rückgewinnung ihrer ostdeutschen Heimat einzusetzen. Zudem hofften sie, auf diese Weise einen Norddeutschen als Kanzler oder Präsidenten zu nominieren. Bei den Protestanten in ihren eigenen Landesverbänden fanden sie allerdings nur wenig Rückhalt.<sup>111</sup>

Adenauers Taktik bestand zum einen in der gezielten Einbindung und Ausgrenzung von Rivalen. Udo Wengst und Rudolf Morsey haben dies bereits entlang der von ihnen herausgegebenen Quellen detailliert dargestellt. Karl Arnold wurde etwa gar nicht erst zu der maßgeblichen Besprechung in Rhöndorf eingeladen, während Jakob Kaiser bereits im Wahlkampf als erster ein Ministerium angeboten bekam.<sup>112</sup> Zum anderen agierte Adenauer aber wiederum mit der Strategie, die wir bereits bei seinen bisherigen Integrationsversuchen häufig beobachten hatten: Er verdeckte seine persönliche Absicht mit dem Hinweis, dass auch er ähnlich denke wie seine Kontrahenten. Auch er habe etwa »Bedenken«, die Deutsche Partei aufzunehmen, sei kein Freund der FDP-Kulturpolitik und habe gegenüber der SPD »zunächst auch geschwankt«.<sup>113</sup> Die momentanen Umstände würden allerdings keine andere Wahl lassen. Hierzu zählte er die vermeintliche Radikalisierung der Sozialdemokraten, die kulturpolitisch »unser Todfeind« seien, und »in die Zeit vor 1914 zurückgefallen« wären.<sup>114</sup> Zudem beruhigte er die Katholisch-Sozialen damit, dass das Ahlener Programm stets maßgeblich bleibe.<sup>115</sup> Schließlich sorgte er für eine Resolution, die die SPD für das Scheitern einer großen Koalition verantwortlich machte.<sup>116</sup>

Durch seine anscheinend offene Haltung wirkte Adenauer beruhigend. Alternativlösungen schloss er wie in der Gründungsphase der Partei nicht aus, vertagte aber ihre Umsetzung. Die bürgerliche Koalitionsbildung sollte auf diese Weise nicht als sein Werk erscheinen, sondern als das Ergebnis von Sachzwängen. Die äußeren Umstände kamen ihm dabei zur Hilfe. Die weiterhin polarisierende Haltung Schumachers erleichterte nicht nur verschiedenen Christdemokraten den Abschied von

der Großen Koalition, sondern entledigte Adenauer auch der weiteren Verantwortung.<sup>117</sup> Ein ernsthaftes Angebot der SPD hätte die Flügel der CDU dagegen leicht spalten können.

Ebenso schien das Wahlergebnis den Anhängern einer bürgerlichen Koalition Recht zu geben: Die CDU schnitt besonderes schlecht in denjenigen protestantischen Gebieten ab, in denen wie in Hessen und Niedersachsen eine Große Koalition regiert hatte. Unabhängige Kandidaten, die Liberalen und auch Rechtsradikale wiesen hier deutliche Erfolge auf. In Niedersachsen hatte die Deutsche Partei die CDU knapp überflügelt, in Hessen gelang den Liberalen dies deutlich. Dementsprechend verloren deren Vorsitzende Hilpert und Gereke in der Bonner Diskussion an Gewicht. Zusammen mit Adenauers Vorarbeit und seinen verbalen Zugeständnissen erleichterte dies die Bildung der ersten bürgerlichen Koalition.

Gleichzeitig musste Adenauer bei der Auswahl des Bundespräsidenten zwischen den unterschiedlichen politischen Traditionssträngen der CDU vermitteln. Die große Bedeutung der Konfessionsfrage zeigte sich hier vielleicht noch deutlicher. Frühzeitig äußerte Adenauer »es müsste [von] Bundespräsident und Kanzler einer evangelisch sein.«<sup>118</sup> Die evangelische Konfession des Präsidenten wurde somit ein Zugeständnis gegenüber seinem eigenen katholischen Glauben. Ohne dass die FDP diese Forderung klar aufgestellt hatte, trat Adenauer in der eigenen Partei mit Nachdruck für Theodor Heuss ein. Dabei plädierte er nicht zufällig für deren Vorsitzenden, da dies am ehesten eine feste Einbindung der Liberalen versprach.

Erwartungsgemäß führte der katholische Parteiflügel sogleich seine seit dem Kaiserreich tradierten antiliberalen Bedenken gegen einen FDP-Präsidenten an. Heuss sei »gegen das Elternrecht« und nicht christlich genug, protestierten Christdemokraten wie Hilpert, Nellen oder Massoth.<sup>119</sup> Stattdessen schlugen die katholischen Wortführer evangelische Bischöfe wie Dibelius oder Lilje als Bundespräsidenten vor. Wie in der Gründungsphase erklärten sich die in der Zentrumstradition stehenden Katholiken somit zwar bereit, ausgleichend Protestanten zu einzusetzen, aber nur, wenn diese möglichst gläubig waren. Andere Vertreter des katholisch-sozialen Flügels, wie Jakob Kaiser, Johannes Albers oder Gerhard Müller plädierten für einen SPD-Präsidenten. Sie begründeten dies mit dem demokratischen Ausgleich zwischen den großen Parteien. Klar war aber, dass sie so die Abkehr von den Liberalen hin zur Sozialdemokratie einleiten wollten.<sup>120</sup>

Bei den protestantischen Wortführern war die Meinung ebenfalls gespalten, jedoch mit anderen Akzenten. Auch bei ihnen führten einige

konfessionelle Argumente gegen Heuss an. Diese galten jedoch nicht seiner Frömmigkeit. Protestantische Christdemokraten wie Eugen Gerstenmaier, Gerhard Schröder oder Friedrich Holzapfel befürchteten vielmehr, dass bei seiner Nominierung die Repräsentation des evangelischen CDU-Flügels auf die Liberalen ausgelagert werde und so »der evangelische Weg zur CDU außerordentlich und auch die CDU/CSU als solche gefährdet wird«, weil »die FDP im evangelischen Raum hoffähig gemacht wird.«<sup>121</sup> Sie wollten stattdessen einen evangelischen Christdemokraten oder einen Überparteilichen zum Präsidenten küren.<sup>122</sup> Das Weimarer Ideal des großen »über den Parteien« stehenden Präsidenten schwang hier noch mit – und sei es nur, um damit die Wähler anzusprechen. Als CDU-Kandidaten brachte man den protestantisch-konservativen Hans Schlange-Schöningen ins Spiel. Um einen überparteilichen Mann zu finden, wollten Politiker wie Holzapfel oder Gereke der SPD zumindest Gespräche anbieten.<sup>123</sup> Ein SPD-Präsident wurde dagegen von protestantischer Seite nur ganz am Rande gefordert.<sup>124</sup> Schließlich verlangten die protestantischen Sprecher für den Fall, dass Heuss gewählt würde, als Kompensation eine Verstärkung der evangelischen Minister; insbesondere einen evangelischen Innenminister und Vizekanzler.

Adenauer musste also wiederum zwischen zwei äußerst unterschiedlichen Fronten vermitteln, um Heuss durchzusetzen. Die Katholiken beruhigte er damit, dass Heuss kulturpolitisch nichts zu sagen habe, er in der christlichen Sittenlehre verankert sei und außerdem Heuss' Frau eine »gläubige Christin« wäre.<sup>125</sup> Dass er Heuss zum Präsidenten küren wollte, um die Liberalen an die Union zu binden, führte Adenauer dagegen in seiner wiederum verdeckt angelegten Argumentation nicht an. Ohnehin nannte er kaum positive Gründe für Heuss, sondern versuchte ihn wie die FDP insgesamt als das kleinste Übel zu verkaufen, das sich aus Alternativlosigkeit ergebe.

Den protestantischen Gegenvorschlag, Hans Schlange-Schöningen, schaltete Adenauer taktisch aus. Von der Deutschen Partei und der CSU ließ er sich versichern, dass sie diesen nicht unterstützten. Wie später noch häufig, benutzte Adenauer folglich Absprachen mit den Schwesterparteien, um sich gegen die eigenen Flügel durchzusetzen. Zudem denunzierte Adenauer den ehemaligen DNVP-Minister Schlange-Schöningen als »einen Anhänger der Planwirtschaft«, der deshalb nicht tragbar sei.<sup>126</sup> Gespräche um einen überparteilichen Kandidaten kanalisierte er schließlich mit einer polarisierenden Abstimmung darüber, wer einen SPD-Präsidenten haben wolle.<sup>127</sup> Adenauer spielte also wiederum auf beiden Klaviaturen: Während er bei den Katholiken christlich argumentierte, zielte er gegenüber den Protestanten auf ihre marktwirtschaftliche und

antisozialistische Haltung. Die Diskussion hatte deutlich gemacht, dass viele Wortführer in der Fraktion Bedenken zeigten. Die schweigende Mehrheit stand dagegen hinter dem designierten Kanzler, wodurch schließlich rund drei Viertel der Fraktion für Heuss stimmten.

Die dritte Etappe nach der Koalitionsbildung und der Präsidentenwahl war die tatsächliche Zusammenstellung des Kabinetts. Bereits bei der ersten Bundestagswahl zeigte Adenauer gegenüber den kleinen Koalitionspartnern eine Eigenschaft, die auch in den nächsten Jahrzehnten immer wieder über den Erfolg der Regierungsbildung entscheiden sollte: Er war großzügig. Er war einerseits generös gegenüber inhaltlichen Forderungen. Die vierzehn Programmpunkte der Deutschen Partei bejahte er umgehend und behielt sich lediglich beim Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer Rücksprachen vor.<sup>128</sup> Andererseits war er bei personellen Forderungen entgegenkommend. Damit die Koalitionspartner sich nicht unterrepräsentiert fühlten, gab er der Deutschen Partei zwei und den Liberalen drei Ministerien. Wie bei der eigenen Parteiprogrammatik vertraute er zu Recht darauf, dass er in der politischen Praxis immer noch pragmatische Korrekturen vornehmen könne. Zudem sorgte er über Hans Globke dafür, dass die Staatssekretäre und führenden Ministerialbeamten mehrheitlich zur CDU gehörten oder als Vertrauensleute ohne Parteibuch anzusehen waren.<sup>129</sup> Symbolische Zugeständnisse bei den Ministern konnten auf diese Weise während der tatsächlichen Regierungsarbeit korrigiert werden.

Schwieriger schien fast die Auswahl der eigenen Minister. Nicht nur regionale Gesichtspunkte, sondern wiederum vor allem ihre konfessionelle Gewichtung erschwerte die Meinungsfindung. Der Württemberger Paul Bausch beschwerte sich als Sprecher der Evangelischen Fraktionsmitglieder sogleich, »daß diese Liste, so wie sie jetzt vorliegt, eine fast überwiegend katholische Liste ist, und das ist für uns unerträglich.«<sup>130</sup> Die evangelischen Christdemokraten kritisierten, dass fast ausschließlich die FDP und DP die evangelischen Minister stellte und somit die Gefahr bestand, dass auch die evangelischen Wähler zu diesen Parteien überwechseln könnten.<sup>131</sup> Ausgetragen wurde dieser Konfessionskonflikt vor allem bei der Besetzung des Innenministeriums, da diesem eine Schlüsselrolle in der Regierung zugeschrieben wurde. Adenauer wollte zunächst den Katholiken Heinrich Weitz nominieren. Obwohl der katholische Flügel der Partei anführte, dass noch nie ein Katholik Innenminister gewesen sei, war dies angesichts der restlichen Kabinettsliste kaum möglich.<sup>132</sup> Der evangelische Flügel unter Ehlers und Gerstenmaier drängte dagegen Adenauer, mit Gustav Heinemann einen besonders promin-

ten Protestanten zu nominieren.<sup>133</sup> Als Präses der evangelischen Generalsynode hatte Heinemann immerhin das bundesweit höchste Laienamtsamt inne und erschien somit als ein ideales Aushängeschild. Wegen Heinemanns Verbindung zu Karl Arnold stieß der Vorschlag auf Adenauers vehemente Ablehnung. Doch obwohl er mit verschiedenen Vorwänden versuchte, mit Robert Lehr einen anderen, weitaus konservativeren Protestanten durchzusetzen, musste er sich in diesem Fall kompensatorisch den evangelischen Wünschen beugen, um den konfessionellen Frieden zumindest symbolisch zu wahren.<sup>134</sup> Adenauer verlangte Heinemann nicht nur ein Bekenntnis zur »kleinen Koalition« ab, sondern klärte in Rücksprache mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Dibelius, dass Heinemann in seinen kirchlichen Ämtern verbleiben könne, um »wirklich die Verbundenheit mit den Evangelischen zu halten.«<sup>135</sup> Da der Innenminister neben Erhard der einzige evangelische Minister der Union bleiben sollte, war ihm diese Repräsentationsfunktion besonders wichtig. Nicht nur die Pressemeldungen, sondern auch die zahlreichen Glückwunschschriften an Heinemann zeigten, dass seine Nominierung bewusst als Stärkung des evangelischen Deutschland wahrgenommen wurde.<sup>136</sup> Eine Kompensation für das katholische Übergewicht versprach Adenauer bei der Besetzung des öffentlichkeitswirksamen Postens des Bundestagspräsidenten. Angesichts des katholischen Kanzlers und der überwiegend katholischen Minister führte Adenauer bereits 1949 ein, dass der Bundestagspräsident evangelisch sein müsse. Mit diesem Argument gelang es Adenauer zudem, die Kandidatur des Vorsitzenden der katholischen Arbeitervereine, Josef Gockel, zu vereiteln.<sup>137</sup>

Mit Ausnahme von Heinemann hatte Adenauer damit bei der Kabinettsbildung ebenso wie bei der Koalitions- und Präsidentenfrage seine Ziele durchgesetzt.<sup>138</sup> Die Besetzung der anderen Ministerien blieb eher unproblematisch. Proteste gegen einzelne katholisch-soziale Minister erfolgten eher von den Koalitionspartnern. Insbesondere die Nominierung von Anton Storch brachte Adenauer nur gegen die »größten Bedenken« von DP und FDP durch.<sup>139</sup> Bereits im Wirtschaftsrat war Storch bei der Deutschen Partei auf Ablehnung gestoßen. Adenauer ließ sich hiervon nicht beeindrucken. In einem klärenden Vorgespräch klopfte er Storch auf seine politischen Konzeptionen ab, setzte ihn dann aber bewusst als Vertreter des katholisch-sozialen Flügels ein.<sup>140</sup> Bei allen Zugeständnissen gegenüber den kleineren Partnern konnten diese Adenauer beim parteiinternen Ausgleich nicht beeindrucken.

Rückblickend können wir festhalten, dass sich sowohl bei der Koalitions- und Regierungsbildung als auch bei der Bundespräsidentenwahl die unterschiedlichen politischen Konzeptionen des katholischen und

des evangelischen Parteiflügels zeigten. In allen drei Bereichen setzte sich Adenauer mit seinem Verhandlungsgeschick vermittelnd durch, wobei er insbesondere in der Präsidentenfrage auch über die Widerstände führender Protestanten obsiegte. Udo Wengsts Annahme, es habe schon im Vorfeld der Bundestagswahl »Hinweise« gegeben, »daß Adenauer bestrebt war, partiell mit der FDP und DP zusammenzuarbeiten«, kann dabei stark erweitert werden.<sup>141</sup> Deutlich wurde vielmehr, dass Adenauer bereits seit 1946 für diesen Kurs eintrat und ihn zum Teil mit starkem Druck durchzusetzen versuchte.

### 3. Die »Gleichschaltung« der Landesverbände nach der ersten Bundestagswahl

Die Erfolgsgeschichte der CDU verlief nicht gradlinig. Aus der Warte der Jahre 1951/52 erschien ihr Weg eher als eine Niedergangs- und Krisengeschichte. Im Vergleich zur Gründungsphase verzeichnete sie bei der ersten Bundestagswahl und erst recht bei den anschließenden Landtagswahlen massive Verluste. Innerhalb von nur wenigen Jahren verlor die Union rund ein Viertel ihrer anfänglichen Stimmenanteile. Gerade in den evangelischen Kreisen verminderte er sich häufig um ein Drittel, zum Teil sogar um die Hälfte.<sup>142</sup> Dagegen konnten die Sozialdemokraten ihre Ergebnisse vergleichsweise konstant halten. Lediglich in Flüchtlingsregionen (wie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Teilen Hessens) verloren sie zugunsten der Vertriebenenpartei BHE.

Nicht nur bei den Landtagswahlen, sondern auch in Umfragen zeigte sich, dass das Ansehen der Bonner Regierung und insbesondere der Christdemokraten 1950 einen Tiefpunkt erreichte, der über ein Jahr anhalten sollte. Nur 23 Prozent der Bevölkerung gaben an, mit Adenauers Politik »im großen und ganzen« einverstanden zu sein.<sup>143</sup> Auf die halbjährliche bundesweite EMNID-Umfrage »Welche Partei ist Ihnen am sympathischsten?« sollte bis Mitte 1952 nur ein Fünftel der Bevölkerung die CDU/CSU nennen, während vierzig Prozent »keine Partei« als Antwort gaben.<sup>144</sup>

Die Ursachen für den Wähler-Einbruch waren vielfältig. Die bisherige Geschichte der Bundesrepublik zeigt immer wieder, dass die Popularitätskurve von Regierungsparteien zwischen den Bundestagswahlen u-förmig verlief und die Landtagswahlen als Korrektiv- und Protestwahl genutzt wurden.<sup>156</sup> Dennoch lassen sich vornehmlich zeitspezifische Gründe ausmachen. Da vorher keine nationale Regierung existierte, war die CDU einem besonders hohen Erwartungsdruck ausgesetzt, den sie kaum gegenüber allen Wählerklientelen erfüllen konnte. Die Christdemokraten

Tab. 1: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse 1946 bis 1952 (in Prozent)<sup>145</sup>

LTW 1946/47 BTW 1949 LTW 1949–52	Schleswig- Holstein	Hamburg	Bremen	Nieder- sachsen	Berlin	Hessen	Nordrhein- Westfalen	Späteres Baden- Württ.	Rheinland- Pfalz
CDU	34,1 30,7 19,8	26,7 19,7 x <sup>146</sup>	22,0 16,9 9,0	19,9 17,6 x <sup>147</sup>	19,4 <sup>148</sup> – 24,7	31,0 21,4 18,8	37,6 36,9 36,9	44,9 39,6 36,0 <sup>149</sup>	47,2 49,0 39,2
SPD	43,8 29,6 27,5	43,1 39,6 42,8	41,7 34,4 39,1	43,4 33,6 33,7	64,5 – 44,7	42,7 32,1 44,4	32,0 31,4 32,3	27,9 23,9 28,0	34,3 28,6 34,0
FDP	5,0 7,4 7,1	18,2 15,8 x	19,5 <sup>150</sup> 12,9 11,8	8,8 7,5 8,3	16,1 – 23,1	15,7 28,1 31,8 <sup>151</sup>	5,9 8,6 12,1	18,1 17,5 <sup>152</sup> 18,0	9,8 <sup>153</sup> 15,8 16,7
DP	– 12,1 9,6	– 13,1 13,3	– 18,0 14,7	– 17,8 x	– – 3,7	– – –	– – 1,7	– – –	– – –
BHE	– – 23,4	– – –	– – 5,6	– – 14,9	– – 2,2	– – s. FDP	– – –	– – 8,7 <sup>155</sup>	– – 1,9
DZP	0,1 – –	– – –	– – –	4,1 3,4 3,3	– – –	– – –	9,8 8,9 7,5	– – 0,9	– – 2,1
KPD	4,7 3,1 2,2	10,4 8,5 7,4	8,8 6,8 6,4	5,7 3,1 1,8	– – –	10,7 6,7 4,7	14,0 7,6 5,5	9,1 6,4 4,4	8,7 6,2 4,3
Rechtsrad. (DReP, DRP und SRP)	– – 4,4	– – –	– – 7,7	0,3 8,1 13,2	– – –	– – 0,1	0,5 1,8 1,9	– – 2,4	– – 0,5
Sonstige	3,1 17,1 6,2	1,6 3,2 2,0	4,2 11,1 5,6	– 9,1 0,9	– – 1,8	– 11,8 0,2	0,3 4,7 2,1	– 12,6 1,0	– 0,3 1,3
Wahlbeteili- gung	69,8 82,7 78,2	79,0 81,2 70,5	67,8 81,9 83,3	65,1 77,7 75,8	86,3 – 90,4	73,2 77,3 64,9	67,3 79,6 72,3	72,2 70,6 63,7	77,9 79,6 74,8

übernahmen damit eine Sündenbock-Funktion, die vorher den alliierten Besatzern zugeschrieben wurde. Gleichzeitig galt Adenauers Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten als der Hauptmalus, der Adenauer in den Umfragen der frühen fünfziger Jahren vorgehalten wurde. Dann erst folgten die Einwände, er sei »zu unsozial«, »zu alt« und »zu kirchenabhängig«.<sup>157</sup>

Zudem musste sich die Union nun im protestantischen Raum mit neuen Konkurrenten auseinandersetzen, nachdem die Alliierten 1950 die Parteilizensierung endgültig aufgehoben hatten. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage fiel dies besonders schwer. Die Arbeitslosigkeit stieg

bis 1950 rasant an. Zudem gingen die Lebenshaltungskosten in die Höhe, ohne dass die Bruttostundenlöhne derartig schnell wuchsen.<sup>158</sup> Gerade in den ohnehin problematischen Wahlgebieten – wie in Niedersachsen – schlug sich der krisenhafte Neuanfang besonders nieder.<sup>159</sup> »Kohlen und Preise« wurde somit zum Hauptthema zahlreicher Wahlveranstaltungen.<sup>160</sup> Dagegen hatte sich der spätere Erfolgsbegriff »soziale Marktwirtschaft« noch im Sommer 1952 so wenig in der Bevölkerung durchgesetzt, dass der für Wahlkampffragen zuständige Staatssekretär Lenz davon abriet, dieses Wort überhaupt noch weiter zu benutzen.<sup>161</sup>

Für die Konsolidierung der CDU dürfte jedoch gerade diese Krise eine heilsame Wirkung gehabt haben. Sie machte deutlich, wie dringend die CDU ihre Sammlung rechts von der SPD ausbauen musste: einerseits, um nach den Landtagswahlen kurzfristig Regierungen und langfristig Mehrheiten zu sichern; andererseits, um auch bei der nächsten Bundestagswahl wieder die Regierung zu übernehmen. Inwieweit Adenauer diesen Sammlungskurs Anfang der fünfziger Jahre in den einzelnen Bundesländern forcieren konnte, soll das folgende Unterkapitel mit einem Blick auf die regionale Entwicklung beleuchten.

Im Jahr nach der Bundestagswahl verstärkte sich allen Krisen zum Trotz Adenauers innerparteiliches Gewicht. Als Bundeskanzler konnte er mit einer neuartigen Autorität gegenüber der gesamten CDU auftreten. Und seine Wahl zum Bundespartei-Vorsitzenden im Jahre darauf legitimierte seinen innerparteilichen Führungsanspruch. Gleichzeitig stärkte die Bonner Koalitionsbildung den überwiegend evangelischen Flügel in den Ländern, der sich wie Adenauer für eine breite Mitte-Rechts-Sammlung der Union einsetzte. Die Bonner Regierungsbildung gab ihnen das Startsignal, in Zusammenarbeit mit Adenauer Kurskorrekturen vorzunehmen. Schumachers Polarisierungskurs und der zunehmend einsetzende Kalte Krieg erleichterten die konsequente Abwendung von der Sozialdemokratie. Innerparteiliches Taktieren blieb jedoch die entscheidende Antriebskraft in diesem Prozess.

Dies zeigte sich zunächst im hohen Norden, wo die ersten Wahlen anstanden. Bereits bei der Hamburger Bürgerschaftswahl vom Oktober 1949 trat die CDU nicht mehr selbstständig in Erscheinung, sondern bildete mit der FDP und der Deutschen Konservativen Partei den Vaterstädtischen BUND Hamburg (VBH). Die Hamburger CDU knüpfte damit an das Wahlbündnis der Bundestagswahl an und setzte ein Bündnis durch, das drei Jahre zuvor noch am Widerstand des linken Parteiflügels gescheitert war. Aber auch die Deutsche Partei wurde diesmal über ein Geheimabkommen eingebunden, das Wahlkreisaufteilungen regelte;

ein offizielles Bündnis verhinderte dagegen abermals der linke CDU-Flügel.<sup>162</sup> Adenauer nahm an der Blockbildung wesentlichen Anteil. Bereits im Zuge der Bonner Koalitionsverhandlungen hatte er der Deutschen Partei ein Bündnis in Hamburg und Schleswig-Holstein abverlangt.<sup>163</sup> Somit koppelte Adenauer Bundespolitik und Landespolitik von vornherein eng aneinander. Das Bündnis erlangte zwar keine Mandatsmehrheit, sicherte aber die gemeinsame Opposition der bürgerlichen Parteien ab, die 1953 in Hamburg in eine bürgerliche Regierung münden sollte.

Ähnlich rasant verlief die Bündnisbildung in Schleswig-Holstein. Bereits im Monat nach der Bundestagswahl begannen die Gespräche über einen Wahlblock mit der FDP und DP. Nach Rücksprache mit Adenauer, Hellwege und Blücher erreichte der Landesvorsitzende Schröter, dass auch die eigene Partei das Bündnis im November 1949 abgesegnete.<sup>164</sup> Allerdings antwortete die SPD hierauf mit einem Wahlgesetz, das eine Verrechnung auf der Landesliste nur erlaubte, wenn die jeweilige Partei in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellte. Die bürgerlichen Parteien kandidierten daher weiterhin einzeln, wohl aber als Bündnispartner. Als das Landtagswahl-Ergebnis dennoch eine Große Koalition sehr nahe legte, griff Adenauer sofort ein. Gegenüber dem Landesvorsitzenden Schröter zeigte Adenauer unmissverständlich seinen Führungsanspruch an. »Die Frage der Koalitionsverhandlungen in den Ländern hat eine solche allgemeinpolitische Bedeutung erhalten, daß ich als Vorsitzender der CDU Deutschlands Sie bitte, ohne Verbindung mit mir oder während meiner Abwesenheit mit meinem Bevollmächtigten, Herrn Dr. Holzappel, keine Verhandlung zu führen.«<sup>165</sup> Gleich tags darauf wiederholte er mit Nachdruck, dass Schröter »unmöglich« für eine Große Koalition eintreten könne.<sup>166</sup> Von der oft postulierten föderalen Autonomie innerhalb der CDU konnte hier keine Rede sein. Und tatsächlich gelang es auf diese Weise, die SPD-Regierung in Schleswig-Holstein durch eine bürgerliche Koalition aus CDU, FDP, DP und BHE zu ersetzen.

Wie sehr Adenauer die »Gleichschaltung« der Landesverbände forcierte, zeigte sich nirgendwo so deutlich wie bei den niedersächsischen Christdemokraten, weswegen sich hier ein ausführlicher Blick lohnt. Adenauer setzte hier alle Hebel in Bewegung, um den langjährigen CDU-Vorsitzenden Gereke und damit dessen Große Koalition zu demontieren. Er scheute sich dabei nicht, Gereke vor sämtlichen CDU-Landesvorsitzenden Westdeutschlands zu diffamieren. Er warf dem niedersächsischen Parteikollegen vor, dass er Kontakte zu Links- und Rechtsextremen habe und 1933 nicht aus politischen Gründen verhaftet worden sei, sondern wegen Veruntreuung von Geldern; Gereke sei »auf die Dauer

für die Union untragbar, und je früher die Lösung eintrete, desto besser sei es.«<sup>167</sup> Wohl nicht ganz zufällig bezeichnete kurz darauf auch die CDU-Zeitung Kölnische Rundschau Gereke als jemanden, der schon im Kabinett Hitler gegessen habe und »dessen Reichweite von der SED über die SPD bis zur SRP geht.«<sup>168</sup> Solche Vorwürfe kannte man bislang nur vom politischen Gegner. Adenauer bestritt zwar, den Artikel lanciert zu haben, wollte ihn aber auch nicht korrigieren.<sup>169</sup> Zudem wies Adenauer den Büroleiter des CDU-Pressedienstes an, »alle Sachen über Herrn G. zusammenzutragen [...] Alles was er in der letzten Zeit verbrochen hat.«<sup>170</sup>

Das von Adenauer forcierte Klima zeigte schnell Folgen. So forderte auch der Holsteiner Vorsitzende Carl Schröter über den Pressedienst der Union im März 1950 öffentlich den »Hinauswurf« Gerekes, wenn dieser gegen ein Bündnis mit der Deutschen Partei sei.<sup>171</sup> Gerekes Posten als Vorsitzender des Zentralausschusses der CDU in Niedersachsen fiel bereits zwei Monate nach der Bundestagswahl an Adolf Cillien. Dieser verfügte im Vergleich zu Gereke über eine wesentlich geringere politische Erfahrung und Kompetenz. Dafür zeichnete er sich aber durch eine unzweifelhafte Treue und Verehrung gegenüber Adenauer aus.<sup>172</sup> In der Öffentlichkeit fand dieser Schritt große Beachtung und wurde treffend als »Kurswechsel« gewertet.<sup>173</sup> Cillien versprach Adenauer, dass »der ›Fall Gereke‹ erledigt werden sollte.«<sup>174</sup> Er machte gegenüber Gereke die Bedenken in Fraktion und Partei deutlich und leitete Verhandlungen mit der Deutschen Partei ein.<sup>175</sup> Da Gereke immer noch genügend Unterstützung in der niedersächsischen Parteiführung hatte, wurde ihm abverlangt, vor dem Zentralaussschuss der CDU in Niedersachsen eine »Treuerklärung« zur Bundes-CDU zu geben.<sup>176</sup> Als Gereke Anfang Juni 1950 in Ost-Berlin mit Wissen, aber nicht im Auftrag des niedersächsischen Kabinetts Verhandlungen für die niedersächsische Konservenindustrie führte und dabei zufällig an dem Tag mit Ulbricht zusammentraf, als dieser gerade die Oder-Neiße-Grenze verbindlich anerkannt hatte, war der geeignete Vorwand für den von langer Hand geplanten Sturz Gerekes gefunden.<sup>177</sup> Noch im selben Monat schloss das Ehrengericht der CDU den ehemaligen Vorsitzenden aus der Partei aus. Begründet wurde der Ausschluss mit einer wenige Wochen zuvor erlassenen Verordnung, die anscheinend extra geschaffen wurde, um Gereke loszuwerden.<sup>178</sup>

Parallel zur Ausschaltung Gerekes organisierte Adenauer den Umbau der niedersächsischen Koalition. Da er in seinem Bundeskabinett die führenden DP-Politiker Hellwege und Seeböhm eingebunden hatte, konnte er mit ihnen in Bonn sogleich Gespräche darüber eröffnen, wie die Han-

noversche Regierung der Bonner angeglichen werde könne.<sup>179</sup> Eine erste Gelegenheit für den Austritt aus der Großen Koalition bot eine Rede des niedersächsischen Wirtschaftsministers Alfred Kubel (SPD), der am 30. Januar 1950 in Wilhelmshaven sagte, dass »ein Teil der Arbeitslosigkeit gewollt oder von der Bundesregierung gern gesehen« sei.<sup>180</sup> Adenauer nannte dies gegenüber den niedersächsischen Gereke-Gegnern einen geeigneten Anlaß, um schnellstens aus dem Kabinett auszuscheiden und kündete im Bundestag an, dass die niedersächsische CDU die Konsequenzen aus Kubels Rede ziehen werde.<sup>181</sup> Die Presse sah hierin zu Recht eine »ferngelenkte Koalitionskrise«, bei der »auf Anordnung Adenauers« die CDU-Minister aus der Regierung Niedersachsens austreten sollten.<sup>182</sup> Als dennoch keine Veränderung eintrat, plante Adenauer sogar, im März 1950 zusammen mit Parteiprominenten wie Holzapfel, Schröter und Brentano nach Hannover zu kommen, »um die Lage zu klären.«<sup>183</sup>

Mit Gerekes Ausschluß wurde im Sommer 1950 der Weg frei, um auch in Niedersachsen das Bonner Modell zu übernehmen. Die Christdemokraten traten bereits in den nächsten Wochen aus der Koalition mit der SPD aus und suchten nun einen äußerst engen Zusammenschluss mit der Deutschen Partei. Die Liberalen sollten zunächst ebenfalls einbezogen werden, sagten dann aber kurzfristig ab, um ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Bonner Umarmungskurs zu demonstrieren.<sup>184</sup> Formell lösten CDU und DP im Vorfeld der Landtagswahl von 1951 ihre Landes- und Kreisorganisationen auf, um sich unter dem Namen DP=CDU/Niederdeutsche Union (NU) zu einem »antimarxistischen Wahlblock« zusammenzuschließen. Auch ihre Fraktionen traten nun unter dem Namen NU zusammen. Um das Bündnis innerparteilich durchzusetzen, wurde es als ein »Zweckverband« bezeichnet, der die SPD-Regierung schlagen und das sozialdemokratische Wahlgesetz umgehen sollte, das wie in Schleswig-Holstein Wahlkreisanteile zwischen Parteien vereitelte.<sup>185</sup> Tatsächlich ging es der protestantisch-konservativen Parteispitze jedoch um mehr. Der niedersächsische Generalsekretär Fratzscher begründete das Bündnis intern damit, dass, nachdem die Flüchtlinge jetzt zur Vertriebenenpartei BHE abwanderten, die CDU »eine rein katholische Partei« zu werden drohte.<sup>186</sup> Die Niederdeutsche Union sollte dagegen das Zusammenwachsen mit der Deutschen Partei einleiten und langfristig ein protestantisch-konservatives, norddeutsches Gegenstück zur CSU werden, das nur locker mit der CDU verbunden sein sollte.<sup>187</sup> Durch eine gemeinsame Zeitung, eine gemeinsame Wahlkampfleitung und schließlich durch gemeinsame Stellungnahmen zu politischen Fragen sollte sich das Bündnis verfestigen.

Durch den engen Zusammenschluss mit der äußerst konservativen DP schlug die niedersächsische CDU innerhalb von wenigen Monaten einen deutlichen Rechtskurs ein, der dem regionalen Profil der vornehmlich ländlich-protestantischen Bevölkerung eher entsprach. Im Landtag setzte sie sich nun zusammen mit der DP für die »Ehre« und die Versorgung der ehemaligen Soldaten ein, während sie bundespolitisch gegen die von Adenauer durchgesetzte Montanmitbestimmung protestierte.<sup>188</sup> Die Mitbestimmung wurde als eine »neue Form des Sozialismus« bezeichnet und von der NU abgelehnt, »da sie die Gefahr eines Einbruchs in die freie Entfaltungsmöglichkeit der Unternehmerwirtschaft erkannte.«<sup>189</sup> Alle linken Konkurrenzparteien wurden nun aggressiv in enge Verbindung mit dem »Bolschewismus« gerückt. Kurt Schumacher und der SPD-Ministerpräsident Kopf wurden in Wahlsprüchen sogar direkt mit Stalin verglichen: »Stalin – Schumacher – Kopf, alle aus einem Topf«, »Die SPD ist der Vortrupp der Bolschewisten«, »Stalin oder Schumacher – Diktatur bleibt Diktatur«, oder »Wer nicht wählt, wählt Stalin«, lauteten die Spruchbandvorschläge.<sup>190</sup> Auch das Zentrum wurde schärfer als bisher als »Helfershelfer des Marxismus« bezeichnet.<sup>191</sup> Wahlkampfleiter Emil Ehrich sorgte mit diesem Kurs dafür, dass gerade auch die ehemaligen NSDAP-Wähler von der NU angesprochen wurden. Als ehemaliger persönlicher Referent von Gauleiter Bohle, Legationsrat in Rom, Landesgruppenführer der NSDAP in Italien und Obersturmbannführer der Waffen-SS war er ohnehin mit den nationalsozialistischen Traditionsbeständen vertraut.<sup>192</sup> Dementsprechend wohlwollender ging die Niederdeutsche Union mit der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) um, die mit Generalmajor Remer die Säle füllte, welcher durch die von ihm angeführte Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 zweifelhaften Ruhm erlangt hatte.<sup>193</sup> Hier betonte man von Seiten der NU, es seien »von keiner Seite die soldatischen Qualifikationen des Herrn Remer angezweifelt worden.«<sup>194</sup> Stattdessen wurde Remer in den Wahlkampfartikeln, die häufig von bedeutenden Offizieren verfasst wurden, ein »echter Patriotismus« abgesprochen und der Vorwurf gemacht, »den Tod seiner Kameraden und Zivilisten gefördert zu haben.«<sup>195</sup>

Auch nach der Wahl zeigte sich diese neuartige, nach rechts hin offene Positionierung der Christdemokraten. Die SRP gewann mit elf Prozent der Stimmen immerhin sechzehn Mandate. Da das Wahlergebnis eine bürgerliche Koalition nur zuließ, wenn man mit der SRP zusammenarbeitete, wurde auch vom protestantisch-konservativen Flügel der niedersächsischen CDU über ihre Einbindung nachgedacht. Und dies, obwohl Adenauer bereits kurz nach der Wahl im CDU-Bundesvorstand jede Verbindung »mit den Rechtsradikalen« untersagt hatte.<sup>196</sup> In einer

»Privatzusammenkunft« befragten die Christdemokraten und DP-Politiker die SRP, ob sie für das Elternrecht und das Privateigentum seien, was diese bejahten.<sup>197</sup> Während in der Deutschen Partei der überwiegende Teil für eine Zusammenarbeit mit der SRP stimmte, erwogen einzelne protestantisch-konservative Christdemokraten zumindest eine Zählgemeinschaft mit der SRP.<sup>198</sup> Der spätere niedersächsische CDU-Vorsitzende und jetzige »Spiritus rector«, Otto Fricke, stimmte anscheinend ebenfalls für ein Zusammengehen mit den Rechtsextremen, der Vorsitzende Cillien jedoch dagegen.<sup>199</sup> In der Fraktion der NU plädierte eine »breite Mehrheit«, und damit auch einzelne CDU-Abgeordnete, für eine Fühlungnahme mit der SRP.<sup>200</sup> Innerhalb des NU-Vorstandes waren die Meinungen ebenfalls uneinheitlich, neigten jedoch eher zur Opposition.<sup>201</sup>

Erwartungsgemäß stieß die Sammlungspolitik der niedersächsischen CDU beim katholisch-sozialen Flügel der Partei auf Proteste. Jakob Kaiser etwa lehnte es demonstrativ ab, im niedersächsischen Wahlkampf überhaupt nur als Redner aufzutreten.<sup>202</sup> Bundessozialminister Anton Storch beschwerte sich bei Adenauer, dass die CDU mit Ausnahme der katholischen Gebiete »ihren Charakter« völlig verloren habe, weil ihr christlicher Geist ebenso zurückgedrängt worden sei wie katholische Kandidaten.<sup>203</sup> Aber auch die katholische Kirche verhielt sich zurückhaltender als bei bisherigen Wahlen. Selbst der bisher besonders aktive Bischof Machens bezog diesmal eine »unklare Haltung« gegenüber der CDU beziehungsweise der NU.<sup>204</sup> Ein Einschluss der SRP überschritt jedoch für den linken CDU-Flügel endgültig die Grenzen der Sammlungsbereitschaft. Insbesondere der katholisch geprägte Landesverband Oldenburg protestierte gegen jede Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen.<sup>205</sup> Schließlich gab auch in dieser Frage Adenauer den klärenden Ausschlag. Nicht mit moralischen Argumenten, sondern mit Verweis auf »das Ausland« plädierte Adenauer dafür, entweder mit der Deutschen Partei und den Sozialdemokraten eine breite Koalition zu bilden oder ganz in die Opposition zu gehen.<sup>206</sup> Der Weg der NU führte daraufhin tatsächlich in die Opposition, wo der bisherige bürgerliche Sammlungskurs weiter fortgesetzt wurde. Dem Sammlungsprozeß am rechten Rand, den Adenauer eröffnete hatte, setzte er somit selbst in dem Moment Grenzen, wo er seinen außenpolitischen Handlungsspielraum zu gefährden drohte. Das Beispiel Niedersachsen hatte dabei gezeigt, welche Eigendynamik die von Adenauer angestoßene Sammlung rechts von der SPD entfalten konnte.

Im Vergleich zu Niedersachsen verlief der Richtungswechsel im Süden und Westen der Bundesrepublik relativ undramatisch. Dennoch be-

mühte sich Adenauer auch hier verstärkt darum, das Bonner Modell in die Länder zu tragen. Selbst gegenüber der stark katholischen rheinland-pfälzischen CDU griff er nun hartnäckiger ein. Bereits im Dezember 1949 entfachte sich eine intensive Debatte darüber, ob Ministerpräsident Peter Altmeier seine Große Koalition fortführen sollte. Adenauer machte besonders über den aus Rheinland-Pfalz stammenden, kurzzeitigen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Franz-Josef Wuermeling, Stimmung gegen Altmeiers Kurs. Wuermeling sammelte belastendes Material gegen die Verfechter einer Großen Koalition und streute es vermutlich auch selbst in der CDU-nahen Presse.<sup>207</sup> Adenauer selbst wies Altmeier noch in einem Heiligabend-Schreiben darauf hin, dass eine Zusammenarbeit mit der SPD der Union stets nur Nachteile bringe, während eine Koalition mit den Liberalen der Gesamtpolitik der CDU/CSU wesentlich mehr entspreche.<sup>208</sup> Durch persönliche Gespräche verstärkte er seinen Einfluss. Da die Distanz zu den Liberalen vornehmlich in der Kulturpolitik bestand, traf Adenauer sich Anfang 1950 unter anderem mit dem dortigen Kultusminister Süsterhenn, um Brücken zu bauen.<sup>209</sup> Tatsächlich erreichte Adenauer durch sein Engagement, dass die Rheinland-Pfälzer nach der Wahl vom April 1951 mit den Liberalen eine Koalition eingingen. Sie sollte zwanzig Jahre halten, auch, als die CDU 1955 mit der absoluten Mehrheit regieren konnte.

Ebenso wie in Rheinland-Pfalz bediente sich Adenauer in Hessen der Hilfe jener Landesländer, die er in Bonn gefördert hatte. Besonders Erich Köhler (der ehemalige Präsident des Wirtschaftsrates und nunmehrige Bundestagspräsident), aber auch Heinrich von Brentano (der Vorsitzende der Bundestagsfraktion) drängten gegenüber ihrem hessischen Landesverband von Bonn aus auf eine Kurskorrektur.<sup>210</sup> Natürlich griff Adenauer auch selbst ein; sowohl in direkten Ermahnungen an die Adresse des Vorsitzenden Hilpert als auch über Presseverlautbarungen.<sup>211</sup> Hilpert sah jedoch weiterhin in der FDP eine rechte Partei des »Besitzbürgertums«, mit der er nicht zusammengehen könne.<sup>212</sup> Da er sich auch nach seiner Landtagswahl-Niederlage vom November 1950 weiterhin sträubte, eine Mitte-Rechts-Sammlung aufzunehmen<sup>213</sup>, bereitete Adenauer mit Nachdruck Hilperths Wechsel ins Direktorium der Bundesbahn vor. Seine Absetzung bildete eine sanfte Variation des Gereke-Sturzes. Obwohl der hessische Landesvorstand weiterhin dem Bonner Kurs distanziert gegenüberstand, sollte mit Wilhelm Fay nun auch hier ein treuer Adenauer-Anhänger an die Parteispitze treten, der sich um die Umsetzung von Adenauers Leitlinien zumindest bemühte.

Schwieriger war es für Adenauer dagegen, in Nordrhein-Westfalen und dem 1952 entstehenden Baden-Württemberg die Mitte-Rechts-

Sammlung einzuleiten. In beiden Ländern versuchte Adenauer, die von ihm eingebundenen FDP-Bundespolitiker als Vermittler zu benutzen. Während in Nordrhein-Westfalen sein Vizekanzler Blücher als Ansprechpartner diente, schaltete Adenauer im Südweststaat Theodor Heuss ein.<sup>214</sup> Innerhalb von Nordrhein-Westfalen waren es vornehmlich wieder die protestantischen Spitzenpolitiker, die sich für Adenauers Kurs stark machten. Insbesondere der spätere Bundesschatzmeister Ernst Bach führte ausgiebige Verhandlungen mit den Liberalen. Er bemühte sich, eine Aufteilung der Wahlkreise zu erreichen und erstattete Adenauer über den Verhandlungsverlauf regelmäßig Bericht.<sup>215</sup> Die CDU verzichtete schließlich bei der Landtagswahl 1950 in fünf Wahlkreisen auf eigene Kandidaten, um eine Zusammenarbeit mit den Liberalen zu präjudizieren.

Als Ministerpräsident Arnold nach der Wahl dennoch die Einbindung der FDP verweigerte und mit dem Zentrum zusammengehen wollte, meldete Adenauer sowohl gegenüber Arnold als auch gegenüber der dortigen Fraktion seinen bundespolitischen Führungsanspruch an.<sup>216</sup> Arnold sollte entweder die kleine Koalition bilden oder zurücktreten. Wie bei der Demontage Gerekes untermauerten Tiraden des CDU-Informationsdienstes Adenauers Kurs.<sup>217</sup> Ebenso erhoben die führenden nordrhein-westfälischen Protestanten scharfe Proteste gegen Arnolds Pläne. Friedrich Holzapfel bat um Adenauers sofortiges Eingreifen<sup>218</sup>, während der stellvertretende rheinische Landesvorsitzende und Wuppertaler Protestant Otto Schmidt sogar forderte, »Partei und Fraktion müssen verlangen, daß Herr Arnold sein Amt wieder zur Verfügung stellt.«<sup>219</sup> Auch stärker protestantische Kreisverbände, wie der Bezirk Detmold, lehnten in Eingaben eine Koalition mit der SPD oder allein mit dem Zentrum ab.<sup>220</sup>

Dennoch blieben gerade in Nordrhein-Westfalen alle Bemühungen ergebnislos. Die katholisch-soziale Basis, über die Arnold hier verfügte, war noch stark genug, um sich dem bundespolitischen und dem überwiegend evangelischen Druck im eigenen Land zu widersetzen. Dass die FDP »gegen den christlichen Grundgehalt der Verfassung« gestimmt hatte, gewährte Arnold ein gutes Argument gegen das Bündnis.<sup>221</sup> Neben seinem sozialpolitischen Kurs blieb es weiterhin vor allem die Schulpolitik, die zwischen dem katholischen CDU-Flügel und den Liberalen die Verständigung erschwerte.<sup>222</sup> Auch in der Folgezeit zeigte Arnold wenig Einsicht gegenüber Adenauers Vorgaben, sondern trat zu dessen permanentem Ärger weiterhin öffentlich für eine Große Koalition ein.<sup>223</sup> Adenauer konnte lediglich als Teilgewinn verbuchen, dass er die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen dauerhaft verhinderte.

Nur Baden-Württemberg wich wie in der Gründungsphase von den bundesweiten Tendenzen ein wenig ab. Auch hier schaltete sich Adenauer ein und ließ alle CDU-Spitzenvertreter Baden-Württembergs nach Bonn kommen, um sie auf den Bonner Kurs einzuschwören.<sup>224</sup> Jedoch vergeblich. Noch vor der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung von 1952, die quasi die erste gemeinsame Landtagswahl des just entstehenden Baden-Württemberg war, sprach sich der Nord-Württembergische Landesvorsitzende Simpfendörffer gegen Wahlbündnisse mit der FDP aus.<sup>225</sup> Da die evangelischen Christdemokraten im Südweststaat wesentlich frommer waren als im Norden, standen sie den antiklerikalen Liberalen distanzierter gegenüber als ihre norddeutschen Parteifreunde. Beim katholisch geprägten Landesverband Württemberg-Hohenzollern erschwerte dagegen die Schulfrage eine Zusammenarbeit mit Liberalen, während im katholischen Südbaden die Debatte um die badische Unabhängigkeit die Distanz vergrößerte. Dank ihrer guten Wahlergebnisse konnte die Südwest-CDU Adenauer gegenüber selbstbewusster auftreten als ihre hessischen oder niedersächsischen Parteifreunde. Umgekehrt zeigte sich gerade in Baden-Württemberg nach der Wahl, wie wichtig ein möglichst früher, großzügiger und kompromissbereiter Zusammenschluss gewesen wäre. Obwohl die CDU stärkste Partei wurde und mit den Liberalen über eine deutliche Mehrheit der Mandate verfügte, musste sie zunächst in die Opposition gehen. Stattdessen bildete sich unter dem FDP-Ministerpräsidenten Maier eine sozialliberale Koalition unter Einschluss des BHE. Für die gesamte Union war dies ein bitterer Schock, der zugleich Adenauers Bündnispolitik adelte. Denn lediglich ein Jahr vor der zweiten Bundestagswahl wurde in Baden-Württemberg vorgeführt, dass eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien alleine nicht ausreichte, um eine christdemokratische Regierung zu sichern.

Dank Adenauers Koalitionspolitik hatte die CDU in wenigen Jahren ihr Gesicht verändert. Sie war wesentlich homogener geworden, und entsprach gerade in Norddeutschland nun eher dem regionalen Profil der Bevölkerung. Denn wie das Kapitel zeigte, hatten im katholischen und im evangelischen Teil der Union anfangs äußerst unterschiedliche Auffassungen über den politischen Kurs bestanden. Während der katholische Flügel eher zur Großen Koalition neigte und aus kultur- und sozialpolitischen Gründen eine engere Zusammenarbeit mit den Liberalen ablehnte, neigten die Protestanten allein schon aus wirtschaftspolitischen Überzeugungen heraus zu einem engem engen Bündnis mit den liberalen und konservativen Parteien, das bis zur Verschmelzung reichen sollte.

Mit dem Beginn der Westbindung und des Kalten Krieges traten seit 1948 einzelne prominente Protestanten für eine Zusammenarbeit mit der SPD ein. Die konfessionspezifische Koalitionsausrichtung blieb jedoch auch in den Landesverbänden mehrheitlich bestehen.<sup>226</sup>

Wie beim personellen, programmatischen und organisatorischen Aufbau der Partei griff Adenauer auch in der Koalitionsbildung bereits seit 1946 vermittelnd ein. Er unterstützte dabei wiederum den überwiegend protestantischen Flügel, setzte ihm jedoch abermals Grenzen, wenn es etwa um die Aufgabe von Grundsatzpositionen und die Einbindung von rechtsextremen Parteien wie der SRP ging. Während Adenauer zunächst wenig Erfolg hatte, konnte er sich seit 1949 auf ganzer Linie durchsetzen. Spätestens nach der Bundestagswahl war unübersehbar, dass Adenauer die CDU nicht als eine föderale Partei begriff, in der die Landesverbände größere Spielräume hatten. Vielmehr berief er sich seit seiner Kanzlerwahl zunehmend auf seinen bundespolitischen Führungsanspruch und übertrug weitgehend erfolgreich den Bonner Kurs auch auf die Bundesländer. Dies geschah mit unterschiedlicher Intensität. In den Ländern der Britischen Zone griff er wesentlich stärker ein. Schließlich waren dies seit der Gründungsphase die Gebiete, die zu seinem Verantwortungsbereich gehörten. Aufgrund der konfessionellen Struktur erschienen gerade in Norddeutschland Kurskorrekturen besonders erforderlich. Am Beispiel Niedersachsens konnte gezeigt werden, dass er dabei selbst vor einer systematischen Demontage des Landesvorsitzenden nicht zurückschreckte.<sup>227</sup> Obwohl die frühen fünfziger Jahre eine Krisenphase der CDU waren, konnte sich Adenauer fast überall so weit durchsetzen, dass auch dieser biografische Abschnitt des ersten Kanzlers nicht allein als »Dauertief« und »gewaltiger Rückschlag« bezeichnet werden sollte.<sup>228</sup> Die Wahlniederlagen schwächten vielmehr in erster Linie die Landespolitiker und damit viele Rivalen. Adenauer konnte den entsprechenden Landesverbänden nun unter Verweis auf ihre Wahlergebnisse vorhalten, den falschen Kurs oder den falschen Parteivorsitzenden zu haben. Da zu dieser Zeit Meinungsumfragen noch keinen hohen Stellenwert hatten, konnten die Landespolitiker nur schwer belegen, dass die Unzufriedenheit mit der Bundespolitik eine große Mitschuld an den Wahldebakeln trug.

Innerhalb der meisten Landesverbände bewirkte die Blockbildung einen gewissen innerparteilichen ‚Rechtsruck‘, der mitunter eine starke Eigendynamik entwickeln konnte. Antriebskraft für Adenauers Engagement war jedoch sicherlich nicht allein das Ziel, die gesamte Partei auf eine bestimmte weltanschauliche Linie zu bringen. Ihm ging es zugleich um das Absichern von Mehrheiten und um Bundesratsstimmen, die für

seine Bundespolitik nötig waren. Dies belegt auch die Tatsache, dass Adenauer allein bei der Berliner Regierungsbildung eine Zusammenarbeit mit der SPD unterstützte, obwohl CDU und FDP über eine knappe Mehrheit verfügten. Vielmehr überraschte Adenauer in der Fraktion sogar seine Berliner Kollegen, man solle »nichts unversucht lassen, um dort eine Große Koalition zustande zu bringen.«<sup>229</sup> Da das ferne Berlin eben nicht im Bundesrat vertreten war, kostete es Adenauer bundespolitisch nichts, dieses Zugeständnis an Jakob Kaiser und dessen Flügel zu gewähren.

### III. Im Strudel konfessioneller Querelen: Die Bewältigung von Rückschlägen

Anfang Januar 1952 veröffentlichte Bundestagspräsident Hermann Ehlers einen Artikel in der damals noch CDU-nahen ›ZEIT‹. Der führende evangelische Christdemokrat monierte darin, dass nach der ersten Vereinigungseuphorie von 1945 nun die Konflikte zwischen Katholiken und Protestanten anschwellen würden. Wörtlich kam Ehlers zu dem Schluss, dass »heute landauf, landab die Klage erschallt über eine zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses der Konfessionen zueinander und damit über die Gefährdung einer politischen Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen.«<sup>1</sup>

Ehlers stand mit dieser Diagnose nicht allein. Nicht nur Adenauer, sondern auch evangelische Christdemokraten wie der spätere Fraktions-Vize Adolf Cillien stellten jetzt fest: »Der Übelstand sei, daß die konfessionellen Gegensätze ausgebrochen seien.«<sup>2</sup> Und tatsächlich drangen nun überall in der Bundesrepublik konfessionelle Klagen und Streitfälle an die Öffentlichkeit. Sie speisten sich zwar aus traditionellen Ressentiments gegen die katholische Kirche; diese wurden jetzt jedoch mit der CDU und ihrem Bonner Regierungskurs in Verbindung gebracht. Man hörte von Schützenvereinen und Karnevalsgesellschaften, die sich konfessionell spalteten<sup>3</sup>, von katholischen Kanzeldrohungen gegen Mischehen zwischen den Konfessionen<sup>4</sup> oder beschwerte sich darüber, dass der neue Lutherfilm wegen der Vormachtstellung der katholischen Kirche nicht an Schulen gezeigt werden dürfe.<sup>5</sup> Und jeweils gab man der katholischen CDU-Führung eine Mitschuld an diesen Ereignissen. Der vieldiskutierte Ausspruch Niemöllers, die Bundesrepublik sei ein »katholischer Staat«, der »im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde«, bildete dabei nur eine prominente Spitze des Eisberges.<sup>6</sup> Evangelische Politiker wie Ehlers erhielten nunmehr hunderte von Zuschriften, in denen eine angebliche katholische »Überfremdung« angeprangert wurde. »Wenn ich als Protestant seit Jahren sehe, und das besonders nach dem letzten Kriege, wie immer mehr maßgebende Stellen der öffentlichen Hand und auch in Staatsdiensten von Personen katholischen Glaubens besetzt sind und noch weiter werden, dann kommt einem die Angst hoch«, klagte etwa ein Briefschreiber aus Göttingen gegenüber Ehlers

und fuhr fort: »Ich habe das unbestimmte Gefühl, dass die protestantische Geistlichkeit nicht erkennt, was es für ein gefährliches Bündnis ist, welches sie mit der CDU/CSU eingegangen ist und welches sich eines Tages rächen wird.«<sup>7</sup>

Die frühen fünfziger Jahre waren damit nicht nur eine Zeit der sozio-ökonomischen Krise. Mentalitäts- und gesellschaftsgeschichtlich waren sie zugleich durch ein neuartiges konfessionelles Verängstigungsgefühl gekennzeichnet, bei dem sich vor allem bürgerliche Teile der evangelischen Bevölkerung von einem angeblich systematischen Vormarsch des Katholizismus bedroht sahen.<sup>8</sup> Für die Christdemokraten war dies besonders prekär, da es den interkonfessionellen Kern ihrer Sammlungs-partei in Frage stellte. Sowohl innerhalb der CDU als auch in der breiten Öffentlichkeit manifestierten sich diese vagen Vorurteile vornehmlich in drei politischen Diskursebenen: In der Debatte um die katholische Personalpolitik, um die Wiedervereinigungspolitik und um die Schulfrage. Die CDU wurde damit zum Brennspeigel einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die in der bisherigen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik kaum angemessen berücksichtigt wurde. In welcher Weise sich diese konfessionellen Konfliktlinien zeigten, welche Ursachen sie jeweils hatten und wie die CDU sie zu lösen versuchte, soll das folgende Kapitel entlang dieser drei Debatten analysieren.

### 1. Partei mit katholischer Personalpolitik?

Unter den deutschen Eliten hatte der Anteil der Protestanten stets überwogen. In der Ministerialbürokratie, der Justiz, den Professoren oder in der militärischen Führung waren die Katholiken nur unterdurchschnittlich vertreten gewesen. Sowohl die stärker protestantische Verankerung der deutschen Bürgertumsentwicklung als auch die von Preußen geführte politische Konsolidierung legten hierfür im 19. Jahrhundert den Grundstein. Deshalb gehörte die Forderung nach konfessioneller »Parität« bei den höheren Beamtenstellen seit den 1890er Jahren zu den zentralen Forderungen der Zentrums-partei und der katholischen Kirche.<sup>9</sup>

Seit 1950 schien sich diese Konstellation zu verkehren. Nun beschwerten sich evangelische Pfarrer, »daß in unserem Land ein sehr systematischer Vormarsch der katholischen Kirche zu beobachten ist.«<sup>10</sup> In der Öffentlichkeit heizte nicht nur der eher linke, bruderrätliche evangelische Kirchenflügel die Debatte an, sondern auch einige eher CDU-nahe konservative Würdenträger. Insbesondere der Hannoveraner Bischof Hanns Lilje, immerhin seit 1952 Präsident des lutherischen Weltbundes, monierte öffentlich in regelmäßigen Abständen die angebliche Bevorzu-

gung von Katholiken in einzelnen Bundes- und Landesministerien.<sup>11</sup> Ebenso klagte der durchaus CDU-nahe Vorsitzende der Kirchenleitung von Schleswig-Holstein, Bischof Halfmann, laut Zeitungsberichten, »daß man den politischen Katholizismus in Schleswig-Holstein planmäßig gesteuert sehe.« Die Katholiken würden nun auch in Kiel systematisch Führungspositionen besetzen, wie »große Krankenhäuser, eine Oberpostdirektion, bestimmte Fakultäten der Christian-Albrechts-Universität, höhere Schulen der Landeshauptstadt und eine Finanzbehörde an der Westküste.«<sup>12</sup> Die dortige CDU bezog er explizit in diese Entwicklung mit ein. Die vermeintliche katholische Bedrohung erschien in den Augen dieser Bischöfe so akut, dass sie es in Kauf nahmen, durch ihre Äußerungen die Position der Christdemokraten erheblich zu verschlechtern.

Entgegen Halfmanns Vorwürfen waren tatsächlich in Kiel von neunzig Lehrstuhlinhabern nur fünf Katholiken, von 53 Studiendirektoren drei katholisch, im Kultusministerium keiner.<sup>13</sup> Aber selbst wenn diese Vorwürfe sofort entkräftet werden konnten, blieben sie als öffentliches Gerücht bestehen. Unmittelbar nach Halfmanns Presseäußerung ereiferten sich in den Zeitungen bereits die Leserbriefschreiber, »daß das deutsche Luthervolk der Schmach unterliegt, einen im höchsten Maße romhörigen Bundeskanzler zu haben.«<sup>14</sup> Stimmungsumfragen an der Wählerbasis ergaben ähnliche Ergebnisse. Als sich die Deutsche Partei im Jahr 1951 mit Fragebögen in ihren Kreisverbänden erkundigte, was die Basis von einer engeren Zusammenarbeit mit der CDU halte, war der Grundtenor eindeutig: Die Union wurde abgelehnt, weil man fürchtete, »dass der katholische Einfluß zu groß werde«.<sup>15</sup> Trotz des Hinweises, dass alle führenden Männer der niedersächsischen CDU evangelisch seien, hielt man den Christdemokraten eine »Fernlenkung aus Rom« und von »Kardinal Frings« vor.<sup>16</sup> In der Bevölkerung kannte man kaum die Einzelkandidaten und geschweige denn deren Konfession. Wohl aber wusste man einige Schlagworte, die durch Meinungsführer ins Alltagswissen gestreut wurden.

Die Konkurrenzpartei der Union nutzten diese Stimmungslage und förderten sie ausgiebig. Die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Deutsche Partei führten seit Anfang der fünfziger Jahre kaum einen Wahlkampf, in dem sie die CDU nicht als katholische und klerikale Interessenpartei abzustempeln versuchten.<sup>17</sup> Der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz (SPD) verstieg sich etwa zu der Formulierung, dass der »militante Katholizismus« die geistige Freiheit ebenso bedrohe wie der McCarthyismus in den USA. Außerdem saßen »in allen wichtigen Staatsstellen« nur Katholiken.<sup>18</sup> Dass Adenauers rechte Hand, Hans Globke, angeblich nur Vertrauensleute in die Ministerien einschleuste,

die dem Cartell-Verband der Katholischen Studentenverbindungen angehörte, war ebenfalls ein Gerücht, das die anderen Parteien gerne aufgriffen. Innerhalb der FDP war es vor allem der Katholik Thomas Dehler, der auch in internen Sitzungen vom »Kampf mit der katholischen Kirche« sprach und überall vor klerikalen Tendenzen warnte.<sup>19</sup> Für eine Partei wie die CDU, die gerade auf dem Zusammenschluss der beiden Konfessionen beruhte, konnte eine derartige Wahlkampfaktik zu einem gefährlichen Problem werden.

Gleichzeitig fühlte sich aber auch das katholische Vorfeld durch den wachsenden Einfluss der christdemokratischen Protestanten bedroht. Adenauers personelle Zugeständnisse konnten sie kaum nachvollziehen. Aus Angst vor einem Einflussverlust gründete der Politische Arbeitskreis der katholischen Verbände einen Unterausschuß, der sich mit Paritätsfragen in öffentlichen Ämtern und Ministerien befassen sollte.<sup>20</sup> Daneben bestand ein »personalpolitischer Ausschuß«, der ebenfalls dafür sorgen sollte, dass Katholiken für bestimmte Ämter vorgeschlagen wurden.

Und schließlich brach nicht nur im gesellschaftlichen Vorfeld, sondern auch innerhalb der CDU-Führung diese Debatte auf. In demselben Zeit-Artikel, in dem Hermann Ehlers die Gefahr der konfessionellen Spaltung beschwor, monierte er zugleich, dass die Protestanten bei Führungsposten kaum noch berücksichtigt würden. Dies merke man selbst bei »der Personalpolitik von Kommunalverwaltungen, an der Besetzung von Medizinalratsposten in evangelischen Bezirken bis hin zu der Ablehnung von evangelischen Hebammen in katholischen Landesteilen.«<sup>21</sup> Bis zu seinem Tod im Herbst 1954 sollte Ehlers weitere Beschwerden über die katholische Personalpolitik veröffentlichen.<sup>22</sup> Andere Protestanten, wie Staatssekretär Walther Strauß, pflichteten intern derartigen Äußerungen bei: »Es ist eindeutig das Bestreben vorhanden, Schlüsselstellungen und leitende Stellen mit katholischen Anwärtern zu besetzen.«<sup>23</sup> Ebenso dokumentieren die Protokolle der CDU-Bundes- und Landesvorstandssitzungen, dass seit 1951 die konfessionellen Querelen einen größeren Stellenwert einnahmen. Kritik erfolgte an der Besetzung der Bonner Ministerialbürokratie, wo die Protestanten angeblich nur von den Liberalen gestellt würden, oder an einzelnen Landesministerien.<sup>24</sup> Und auch die bayerische Schwesterpartei wurde von diesen Auseinandersetzungen ergriffen. Der evangelische CSU-Stellvertreter Karl Sigmund Mayr klagte 1952 etwa gegenüber seinen CDU-Kollegen, dass »die katholischen Akademikerverbände die Personalsachbearbeiterstellen besetzt hätten und nun ebenso wie die katholischen CSU-Minister Führungsposten bei der Staatsbank, den Finanzämtern, der Bundesbahn und der

Post nur an Katholiken gäben. Aufträge der Behörden erhielten ebenfalls angeblich fast nur katholische Handwerker.<sup>25</sup> Dagegen sahen sich die Protestanten als den unpolitischen Bevölkerungsteil, der im Vergleich zu den Katholiken stets politisch inaktiv war. »Dieser ist seinem ganzen Kirchenverständnis, seinem ganzen Selbstverständnis nach anders prädestiniert, eine politische Entscheidung zu treffen und in die Tagespolitik einzugreifen, als der evangelische Volksteil,« betonte Hermann Ehlers in einer Denkschrift.<sup>26</sup>

Bezeichnenderweise waren die Vorwürfe gegen die Katholiken allesamt nicht theologisch begründet, sondern richteten sich gegen machtpolitische Verschiebungen. Unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt zeigten diese Verschwörungstheorien, wie weit in den fünfziger Jahren selbst führende Unionspolitiker noch von einem harmonischen Miteinander der Konfessionen entfernt waren. Einzelfälle, in denen tatsächlich katholische Christdemokraten Positionen in protestantischen Gebieten übernehmen sollten, sorgten daher sofort für öffentliche Eklats. So etwa 1951 in Schleswig-Holstein, als alle drei christdemokratischen Bewerber für das Ministerpräsidentenamt katholisch waren und schließlich mit Friedrich-Wilhelm Lübke tatsächlich ein Katholik die Landesregierung und den CDU-Vorsitz einnahm.<sup>27</sup> Lübkes Position wurde nur deshalb erleichtert, weil er bei seiner Nominierung auf seine evangelische Frau und Kinder verweisen konnte. Dass das Kabinett bis auf eine Ausnahme nur mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt war, stieß dagegen in der innerparteilichen Diskussion auf keine Empörung.<sup>28</sup>

Die Gründe für diese neue Katholikenfurcht lagen auf der Hand. Die Protestanten hatten seit dem 19. Jahrhundert vom preußischen Berlin aus eine führende Stellung in Staat und Gesellschaft eingenommen. Nun sahen sie Deutschland vom rheinisch-katholischen Bonn aus regiert – von einem katholischen Kanzler, der einer mehrheitlich katholischen Partei vorstand, während die evangelischen Gebiete im Osten vorerst verloren schienen. Ähnlich wie in der ersten Nachkriegszeit stärkte die wirtschaftliche Krise das Auftreten von Ressentiments. Und wie in der Weimarer Republik sahen sich gerade die protestantischen Staatsbediensteten einer neuen Konkurrenzgruppe ausgesetzt, die angeblich nicht durch überparteiliche Fachkompetenz rekrutiert wurde und angestammte Positionen zu bedrohen schien. Während sie sich einst gegen Parteibuchbeamte der SPD und teilweise auch gegen Juden abgrenzten, schienen nun katholische Seilschaften aus dem Umfeld der CDU eine neue Statureinschränkung zu bescheren.<sup>29</sup> Dementsprechend war die Angst vor der »Konfessionalisierung« bei Arbeitern wesentlich geringer als bei Beamten, Angestellten und Selbstständigen.<sup>30</sup> Da der Sammlungskurs

der CDU vornehmlich auf letztere Berufsgruppen abzielte, traf der Konfessionsstreit die Christdemokraten umso schwerer.

Wie ging die Union nun mit diesen neuartigen konfessionellen Animositäten um? Zunächst einmal war von großer Bedeutung, dass die Christdemokraten sowohl die parteiinternen als auch die öffentlichen Vorwürfe extrem ernst nahmen. Die CDU-Spitzenpolitiker gingen in den gesamten fünfziger Jahren zunehmend persönlich den konkreten Vorwürfen nach. Sie informierten sich über die jeweiligen lokalen Verhältnisse und bemühten sich in Rücksprache mit den Konfliktteilnehmern und den Kirchenvertretern um eine möglichst schnelle Schlichtung, bevor über die Medienberichterstattung Flächenbrände ausbrechen konnten. Als sich beispielsweise in Konstanz der katholische CDU-Flügel 1957 weigerte, den evangelischen CDU-Bürgermeister zu unterstützen und mit Hilfe der lokalen Geistlichen einen eigenen Gegenkandidaten aufstellte, schalteten sich Staatssekretär Globke und Bundesschatzmeister Bach ein, um durch informelle Gespräche mit der Kirchen- und Parteiführung eine Einigung zu erreichen. »Ich habe daher unter der Hand durch den Erzbischöflichen Stuhl in Freiburg auf die katholische Geistlichkeit in Konstanz einwirken lassen, dass die katholische Geistlichkeit nicht mehr gegen Schneider auftritt. Der Erzbischöfliche Stuhl hat sich unter der Voraussetzung, daß seine Einflussnahme nicht bekannt wird, hierzu bereit erklärt,« berichtete Globke anschließend.<sup>31</sup> Jemand wie Hermann Ehlers ging aus seiner protestantischen Überzeugung heraus selbst den kleinsten konfessionellen Streitfällen nach; sei es, weil ein katholischer Pfarrer seinen evangelischen Kollegen nicht im Schulraum unterrichten ließ oder in einer rheinland-pfälzischen Kleinstadt angeblich alle behördlichen Stellen nur mit Katholiken besetzt wurden.<sup>32</sup> Denn Ehlers wußte: »die Schwierigkeiten, die sich in das Volk hineinfressen, entstehen im allgemeinen am Ort.«<sup>33</sup>

Um derartige Streitfragen informell auszuräumen, beschloss der Bundesvorstand zudem im April 1954 die Bildung eines interkonfessionellen Ausschusses. Nach den Worten des Bundesgeschäftsführers hatte er die Aufgabe, »auftretende Differenzen möglichst im Anfangsstadium zu bereinigen, anfallende Beschwerden zu prüfen und Mißverständnisse zu beseitigen.«<sup>34</sup> Er wurde mit führenden, kirchennahen Vertretern beider Konfessionen paritätisch besetzt.<sup>35</sup> Hinzu traten eher informelle interkonfessionelle Freundschaftsgespräche im Ruheraum des Bundestages über konfessionelle Verstimmungen.<sup>36</sup>

Zur Entspannung trug auch bei, dass sowohl die führenden katholischen Christdemokraten als die katholische Kirchenführung weitgehend

auf öffentliche Gegenangriffe verzichteten. Auf Vorwürfe von protestantischer Seite ließ die CDU vielmehr prominente Protestanten aus ihrer Partei antworten, da dies authentischer wirkte.<sup>37</sup> Die katholische Parteispitze rief stattdessen dazu auf, sensibler mit den Protestanten umzugehen. Während Adenauer die katholischen Vorstöße seines Familienministers Wuermeling in der Familiengesetzgebung verurteilte, betonte der Fraktionsvorsitzende Krone trotz aller Streitpunkte voller Nachsicht, man müsse das evangelische Element in der Union »sorgsam« behandeln.<sup>38</sup>

Konkreten Vorwürfen über eine katholische Personalpolitik begegnete die Unionsführung mit detaillierten Statistiken, die sie über die jeweilige Konfessionszusammensetzung erstellen ließ. Im Laufe der fünfziger Jahre wurde bei diversen Institutionen die Kirchenzugehörigkeit der Mitarbeiter ausgezählt. Nicht nur für die Ministerien, sondern beispielsweise auch für die diplomatischen Vertretungen, für die Spitzenbeamten der Deutschen Bundespost, der Bundesbahn oder des Lastenausgleichsamtes wurde genau verzeichnet, wie viele Katholiken, Protestanten und Konfessionslose beschäftigt waren.<sup>39</sup> Ähnlich verfuhr man in verschiedenen Bundesländern. In Rheinland-Pfalz ließ der CDU-Innenminister Zimmer 1951 etwa die Konfession von sämtlichen Polizeibeamten auszählen.<sup>40</sup> Einzelvorwürfen konnte das Innenministerium zudem mit präzisen Statistiken über die Konfession der Beamten in Kreissparkassen, Berufsschulen oder Landratsämtern kontern.<sup>41</sup> Bundesweit bildete insbesondere der nun gegründete Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) ein Gremium, das sich mit der Erstellung und Verwaltung derartiger Statistiken befasste.<sup>42</sup> Die CDU leitete damit eine konfessionelle Vermessung der Republik ein, die gegen Verdächtigungen schützen sollte und zugleich ermöglichte, auf fundierter Grundlage ein konfessionelles Gleichgewicht in staatlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen einzuleiten.

Die Statistiken kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Sie ließen die Tendenz erkennen, dass einzelne Minister ihre Glaubensgenossen bevorzugten. Bei einem katholisch-sozialen Minister wie Anton Storch waren etwa fast ausschließlich Katholiken beschäftigt. Umgekehrt überwogen im evangelisch geführten Innenministerium und den Ministerien der Koalitionspartner auffällig stark die Protestanten.<sup>43</sup> Insgesamt zeigte sich allerdings erwartungsgemäß ein klares protestantisches Übergewicht in der Ministerialbürokratie, das nicht zuletzt aus der hohen Ämterkontinuität in der Bürokratie resultierte.<sup>44</sup> Schon die erste Auszählung aller Ministeriumsmitarbeiter vom Januar 1950, die Gustav Heinemann angefragt hatte, ergab einen derartig großen evangelischen Anteil (1443 zu

534), dass Adenauer um eine vertrauliche Behandlung bat, »damit eine Beunruhigung der katholischen Bevölkerung vermieden wird.«<sup>45</sup> Die evangelischen Christdemokraten klagten nun aber, dass die Katholiken in Schwerpunktministerien und bei Personalreferenten überwiegen würden, und somit die eigentlichen Schlüsselstellen besetzten.<sup>46</sup> Ein evangelischer Bundesminister wie Gustav Heinemann führte daher von Beginn an Listen, in der nach Lohngruppen sortiert alle Mitarbeiter mit Konfession namentlich aufgeführt waren.<sup>47</sup> Im Wesentlichen wurden die Vorwürfe mit den Statistiken jedoch zumindest parteiintern jeweils entkräftet.

Die genaue statistische Erfassung förderte den religiösen Proporz, nach dem nun stärker als bislang die führenden Stellen vergeben wurden. Zugespißt formuliert, war nun zumeist weniger das Parteibuch denn das Gesangbuch entscheidend, um einen einflußreichen Posten zu erhalten. Gerade das Bundeskanzleramt, das im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand, wurde mit dem konfessionellen Rechenstift vermessen. Im Oktober 1952 konnte Staatssekretär Lenz befriedigt feststellen, dass genau je 21 Mitarbeiter jeder Konfession beschäftigt waren.<sup>48</sup> Dennoch wurde auch hier der Vorwurf laut, dass die Katholiken fast alle leitenden Stellen besetzten; immerhin waren neben dem Staatssekretär alle sieben Ministerialräte katholisch. Gerade für Adenauer war die Konfessionsquote ein wichtiger Integrationsfaktor, was in der Forschung häufig bestritten wurde.<sup>49</sup> Welche Schwierigkeiten der konfessionelle Ausgleich im Kanzleramt bereitete, zeigte sich etwa noch 1960, als Adenauer einen neuen persönlichen Referenten suchte und nur den Katholiken Mertes geeignet fand. Globke gegenüber notierte Adenauer: »Ich höre, daß er tüchtig ist und der CDU angehört. Aber er ist katholisch. Ich kann nun deswegen, weil ich keinen evangelischen Herrn finde, nicht warten und warten. Darüber müßte ich bei Gelegenheit mit Herrn Kunst sprechen. Man könnte bei einer anderen Besetzung im Bundeskanzleramt, bei der mehr Auswahl ist, das wieder gut machen, soweit man überhaupt von Wiedergutmachung sprechen kann.«<sup>50</sup>

Die vorgelegten Statistiken konnten die Vorbehalte gegenüber der angeblich einseitig besetzten Ministerialbürokratie teilweise ausräumen. Schwieriger war es bei den landes- und kommunalpolitischen Posten, bei denen die Protestanten ebenfalls monierten, die Konfessionszusammensetzung der Unionspolitiker entspräche nicht der Bevölkerung.<sup>51</sup> Und das, obwohl die CDU seit 1946 evangelischen Bewerbern große Aufstiegschancen gewährt hatte. Hier mussten die evangelischen Christdemokraten vor allem mit dem Hinweis vertrösten, dass es nicht gelinge, genügend qualifizierte Protestanten als Bewerber zu finden. Gerade im

evangelischen Arbeitskreis, aber auch in den anderen CDU-Organen, klagte man immer wieder, »wie schwierig es im allgemeinen ist, evangelische Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen, ganz im Gegenteil zu den Katholiken.«<sup>52</sup> Auch Hermann Ehlers konnte Anfang 1953 in seinem eigenen Heimatgebiet Oberbürgermeister- und Landratsposten nur mit Katholiken besetzen, »da geeignete evangelische Parteifreunde nicht vorhanden waren.«<sup>53</sup> Die Ressentiments waren anscheinend noch so groß, dass selbst die breiten Karriereangebote der Union nur langsam Veränderungen brachten.

Insofern musste sich die CDU zunächst weiter darauf konzentrieren, bei besonders symbolträchtigen lokalen und nationalen Stellenbesetzungen einen Ausgleich zu finden. Wenn man etwa in Köln feststellte, dass der Oberlandesgerichtspräsident, der Landesgerichtspräsident und Oberstaatsanwalt katholisch waren, sollte nun der Posten des Generalstaatsanwalts evangelisch besetzt werden.<sup>54</sup> Zu einem nationalen Präzedenzfall entwickelte sich beispielsweise die Besetzung des Botschafters beim Vatikan. Adenauer trat hier zunächst für einen Katholiken ein, da er die bislang übliche Entsendung von Protestanten als »ein ganz offensichtliches Zeichen des Mißtrauens gegen den katholischen Bevölkerungsteil« deutete.<sup>55</sup> Nachdem die evangelischen Proteste einsetzten, zögerte Adenauer mit der Nominierung. Zunächst erwog er Kompensationen für die Protestanten, dann entschied er sich für einen evangelischen Vertreter. Da der italienische Botschafter schon katholisch sei, würde anderenfalls in Rom das Gleichgewicht gesprengt, führte Adenauer als Begründung an.<sup>56</sup> Die Nachfolger des Vatikanbotschafters sollten bis Ende der sechziger Jahre konfessionell alternieren, was das Quotensystem perfekt abrundete. Derartige Maßnahmen griffen langsam, schrittweise veränderten sie jedoch die öffentliche Wahrnehmung.

Dort, wo protestantische Erfolgszahlen vorlagen, wurden sie sofort in der Öffentlichkeit verbreitet. Die schleswig-holsteinische CDU konnte etwa anführen, dass 1953 alle vierzehn Bundestagsabgeordneten des Landes evangelisch waren und auch bei den dortigen Gymnasialdirektoren die Katholikenquote nur bei sieben Prozent lag.<sup>57</sup> Bis 1969 sollten die Schleswig-Holsteiner nicht einen einzigen katholischen Abgeordneten entsenden. In Niedersachsen brachte die CDU sogar eine Anfrage in den Landtag ein, um das evangelische Übergewicht der Ministerialbürokratie gegen die Vorwürfe der SPD publik zu machen.<sup>58</sup> Auch dies waren wohlgermerkt aber nur Ansätze, um eine Imagekorrektur einzuleiten. Die Vorurteile, die besonders in der ländlich-protestantischen Bevölkerung vorherrschten, erwiesen sich als langlebiger. Es sollte noch bis weit in die sechziger Jahre dauern, bis in der Bevölkerung und in der Partei

die Vorurteile abgebaut wurden. Als etwa bei einer EMNID-Umfrage 1963 danach gefragt wurde, was an der CDU auszusetzen sei, war der Grundtenor bei vielen evangelischen Befragten nach wie vor unmissverständlich: »In der Regierung sind fast nur Katholiken, die Protestanten werden an die Wand gedrückt. Die wichtigsten Stellen sind von Katholiken besetzt. Die machen katholische Gesetze, so wie es die Kirche will. Die Erzbischöfe regieren eigentlich.«<sup>59</sup>

## 2. Streit um die Wiedervereinigung

Die gleiche Umfrage von 1963 ließ ein anderes Ressentiment erkennen, mit dem sich die CDU ebenfalls seit Anfang der fünfziger Jahre auseinandersetzen musste: »Für die Wiedervereinigung wird viel zu wenig getan«, lautete die typische Klage eines evangelischen Interviewpartners. »Die CDU will sie ja auch nicht, denn der Osten ist evangelisch, so daß der katholische Einfluß abgeschwächt würde. Aus Ostdeutschland stammt ja auch Luther.«<sup>60</sup> Dass Adenauer und die mehrheitlich katholische CDU-Führung aus ihrer konfessionellen Prägung heraus die Wiedervereinigung vernachlässigten und sich stattdessen zu ihren französischen Glaubensbrüdern hin orientierten, war und blieb wohl einer schwersten Vorwürfe gegenüber der gesamten Regierungspolitik der Union.

Die Frage, welchen Stellenwert die Wiedervereinigung für Adenauer einnahm, blieb auch in der Wissenschaft stark umstritten. Während insbesondere die Bonner Historiker aus dem Umfeld der Konrad-Adenauer-Stiftung frühzeitig hervorhoben, dass Adenauer mit seinem Westbindungskurs gleichzeitig auch die Wiedervereinigung angestrebt habe<sup>61</sup>, betonte vor allem Josef Foschepoth, Adenauer habe bewusst die deutsche Einheit vernachlässigt, um die westdeutsche Souveränität zu erreichen.<sup>62</sup> Foschepoth stützt seine Argumentation dabei im hohen Maße auf eine 1986 entdeckte, streng geheime Äußerung Adenauers gegenüber dem britischen Staatssekretär im Außenministerium (»Consequently he felt that the integration of Western Germany with the West was more important than the unification of Germany«<sup>63</sup>). Da sich Adenauer nie scheute, mit taktischen Scheinzugeständnissen die eigene Position durchzusetzen, sollten man solche Gesprächsberichte sicher nicht überbewerten. Ohnehin erscheint es recht müßig, nach einem geheimen Kern von Adenauers politischem Denken zu suchen. Sowohl die überlieferten internen und öffentlichen Äußerungen als seine politischen Handlungen dürften eine ausreichende Basis geben, um Adenauers Position zu beurteilen. Beides läßt keinen Zweifel daran, dass eine schnelle Wiederver-

einigung für Adenauer keine Priorität hatte. Bereits seit 1945 äußerte er intern und öffentlich seine Skepsis gegenüber einer raschen Vereinigung mit der SBZ<sup>64</sup>. Adenauer konzentrierte vielmehr seine politische Arbeit ganz auf den westlichen Teil Deutschlands, mied jede vermittelnde Kontaktaufnahme in die SBZ und schloss bereits im Sommer 1945 die Einbindung von »Persönlichkeiten« aus der SBZ aus.<sup>65</sup> Das große Gewicht, dass schließlich die Westbindung und Wiederbewaffnung seit 1950 in seiner Regierungspolitik einnahmen, vervollständigte letztlich nur diese frühe Akzentsetzung. Selbst für den Fall einer Wiedervereinigung dämpfte er frühzeitig jede Euphorie. Auf einer CDU-Tagung mahnte er Anfang 1949: »Wir müssen damit rechnen, daß der Osten, sagen wir mal 1950, 1951, 1952 zu uns zurückkommt. Dann haben Sie ein vollständig zerstörtes, ausgeplündertes und eventuell vom Krieg verwüstetes Land. Sie haben einen aufgeteilten Boden. [...] Wir bekommen dann ein Lastenausgleichsproblem, was noch schlimmer ist als alle anderen Probleme.«<sup>66</sup> Eine echte Konzeption, wie der gesellschaftliche Wiederaufbau im Falle einer plötzlichen Wiedervereinigung ablaufen sollte, entwickelte er dagegen nicht.

Natürlich kam es dem Taktiker Adenauer dabei entgegen, dass mit der deutschen Teilung nicht nur die sozialdemokratischen Hochburgen in Thüringen, Sachsen und im Großraum Berlin wegfielen, sondern auch die Machtrefugien der norddeutschen und Berliner Parteirivalen. Jedoch wäre es gleichzeitig völlig verfehlt, ausgerechnet dem stets auf konfessionellen Ausgleich bedachten Kanzler im Sinne Niemöllers eine bewusst katholische Politik gegen die Einheit zu unterstellen. Vielmehr dürfte Adenauers tiefes Misstrauen gegenüber der Sowjetunion das Hauptmotiv für seine Haltung gewesen sein. Da die Angst vor der sowjetischen Bedrohung auch seine private und vertrauliche Korrespondenz frühzeitig durchzog, ist stark anzunehmen, dass sie weit mehr als ein propagandistischer Beweggrund für seine Außenpolitik war. Umgekehrt ist nicht zu verkennen, dass Adenauer keine größere emotionale Bindung an die deutschen Gebiete jenseits der Elbe hatte und deshalb leichter auf Kontakte zur SBZ/DDR verzichten konnte. Seine norddeutschen oder Berliner Parteifreunde waren sicherlich nicht weniger antikommunistisch eingestellt als Adenauer. Dennoch gingen sie häufig beträchtliche politische Konzessionen ein, um Verbindungen in den anderen Teil Deutschlands zu wahren, was nicht zuletzt auch ihrer eigenen Karriere schadete.

Welche Bedeutung hatte also Adenauers Westbindungskurs für die interkonfessionelle Sammlung der CDU? Spätestens seit dem Beginn der Wiederbewaffnungsdebatte von 1950 zeigte sich deutlich, dass die deutsche Einheit für die evangelische Bevölkerung offensichtlich einen ande-

ren Stellenwert hatte als für die Katholiken. Im evangelischen Deutschland war man sicher nicht pazifistischer eingestellt, sah aber in einer militärischen Westbindung eine Verfestigung der deutschen Spaltung. Eugen Gerstenmaiers etwas hochgestochene Formulierung, für die Protestanten habe »der Satz von der Wiedervereinigung etwas wie eine ersatzdogmatische Bedeutung im sakralen Sinne«, charakterisierte dies zutreffend.<sup>67</sup> Die geographische Zonennähe des evangelischen Deutschlands war dabei bis Mitte der sechziger Jahre nicht unbedingt ausschlaggebend.<sup>68</sup> Von größerer Bedeutung dürfte tatsächlich die konfessionelle Verbindung zu den Glaubensbrüdern in der DDR gewesen sein. Sie schuf schließlich nicht nur emotionale, sondern auch institutionelle Brücken, die in dem gesamtdeutschen Engagement und Selbstverständnis der evangelischen Kirche ihren Niederschlag fanden.<sup>69</sup> Die stärker gesamtdeutsche Haltung der Protestanten erklärte sich aber auch daraus, dass der Nationalismus als säkularisierte Integrationsideologie seit dem 19. Jahrhundert einen größeren Stellenwert eingenommen hatte, die gleichzeitig Konfliktlinien zum Katholizismus schuf.<sup>70</sup> Folglich fiel den Protestanten die militärische Anbindung an den Westen und der Abschied vom alten Reichsgebiet wesentlich schwerer. Der evangelische Bevölkerungsteil trauerte dementsprechend noch in der Bundesrepublik dem Kaiserreich und dessen schwarz-weiß-roter Flagge länger nach als die Katholiken.<sup>71</sup>

Wie bei der Debatte um die katholische Personalpolitik musste sich die CDU einer öffentlichen und einer parteiinternen Diskussion stellen. Die öffentliche Diskussion stießen wiederum im hohen Maße protestantische Geistliche an. Moralische Argumente gingen bei ihnen dabei Hand in Hand mit einem gesamtdeutschen Denken, das in der Westbindung und Wiederbewaffnung eine Perpetuierung der deutschen Teilung sah.<sup>72</sup> Während die katholische Presse sich klar hinter Adenauers Westbindungskurs stellte und schon frühzeitig die Zweistaatlichkeit akzeptierte, unterstützte auch die evangelische Presse zunächst die gesamtdeutsche Haltung ihrer Geistlichen.<sup>73</sup> Neben Niemöller und seiner Landeskirche Hessen-Nassau äußerten besonders die Landeskirchen von Westfalen, der Pfalz und des Rheinlandes Kritik am Regierungskurs. Damit trat der Protest vor allem in Regionen mit einer calvinistisch-reformierten Tradition auf, in denen bislang das Zusammengehen der Konfessionen relativ gut verlaufen war.<sup>74</sup> Unterstützung erhielt Adenauer dagegen zunehmend von den eher konservativen lutherischen Landeskirchen Schleswig-Holsteins, Hannovers oder Bayerns. Trotz der antikatholischen Ressentiments, die wir in der Personaldebatte etwa bei dem Hannoveraner Bischof Lilje und dem Holsteiner Bischof Halfmann ausmachen konnten, sorgte bei ihnen offensichtlich ihre größere Kommunismusfurcht für eine

zustimmende Haltung.<sup>75</sup> In der EKD-Führung war die Stimmungslage folglich so heterogen, dass sie auf klare öffentliche Stellungnahmen verzichtete. Sie beschränkte sich vornehmlich darauf, Spannungen auszugleichen. Dabei standen auch in den internen Debatten der EKD weniger pazifistische Argumente als nationale Aspekte im Vordergrund.<sup>76</sup>

Neben den Geistlichen verbreiteten nun aber auch einige Intellektuelle ihren Unmut über die Wiedervereinigungspolitik der CDU. Neben bekannten Journalisten, wie dem FAZ-Herausgeber Paul Sethe oder dem Welt-Chefredakteur Hans Zehrer, zeigten auch einige prominente Geistes- und Sozialwissenschaftler ihr Unbehagen. Der Pfarrerssohn Gerhard Ritter schrieb etwa in einem Rundbrief an verschiedene CDU-Politiker, dass er wegen Adenauers distanzierter Reaktion auf die Stalin-Noten drauf und dran sei, seine Unterstützung für Adenauer aufzukündigen.<sup>77</sup> Auch unter den in Göttingen stark vertretenen »Ostforschern« traten nun einzelne öffentlich gegen Adenauers Westbindungskurs und für Heinenmann auf.<sup>78</sup> Gerade für die liberal geprägten Professoren war Adenauers Katholizismus suspekt. Für jemanden wie den Historiker Wilhelm Treue war Adenauer zumindest intern derjenige, »der mit dem Heiligen Vater, der Jungfrau Maria und dem Erzbischof Frings auf Du steht« und »von Tag zu Tag mehr Kalk von sich gibt, und eigentlich nicht verdient, dass er noch einmal gewählt wird.«<sup>79</sup>

Zudem heizten die politischen Konkurrenten auch bei dieser Auseinandersetzung die Stimmung an, um sich selbst über außenpolitische Fragen zu profilieren. Obwohl die Liberalen noch bis 1956 der Bundesregierung angehörten, deuteten auch sie Adenauers Westbindungs- und Wiedervereinigungskurs als gezielte konfessionelle Politik gegen die Einheit. »Die Wiedervereinigung der CDU beginnt mit der Separation der Saar und endet mit der Abschreibung der protestantischen Bevölkerung in der Sowjetzone«, wettete ein FDP-Flugblatt von 1955, das die CDU empört zurückwies.<sup>80</sup> Und bereits im Bundestagswahlkampf von 1953 hatte der spätere FDP-Vorsitzende Reinhold Maier verkündet, dass die ausbleibende Wiedervereinigung von den Katholiken »begrüßt« werde.<sup>81</sup> Da man sich in allen Parteien über Adenauers »vollkommen autoritäre, diktatorische Führung der Außenpolitik«<sup>82</sup> (Blücher/FDP) beschwerte, fühlten sich selbst die Regierungsparteien zu diesem außenpolitischen Oppositionskurs ermuntert. Die CDU-Führung sah in derartigen Vorwürfen zu Recht den gezielten Versuch, die Union konfessionell zu spalten und ihre evangelischen Anhänger zu gewinnen.<sup>83</sup>

Aber auch innerhalb der Union war unübersehbar, dass die Wiedervereinigung für die evangelischen Christdemokraten offensichtlich einen anderen Stellenwert hatte. Bereits während der Gründungsphase hatte

sich die stärker nationale Orientierung der protestantischen Gründungsaufrufe gezeigt. Nun demonstrierten viele evangelische CDU-Politiker ihr gesamtdeutsches Engagement dadurch, dass sie weiterhin Kontakt zum Osten hielten, indem sie etwa kirchliche Verbindungen, Wirtschaftsbeziehungen oder einen persönlichen Austausch pflegten.<sup>84</sup> Dieser gesamtdeutsche Einsatz führte auch zum ersten Bruch zwischen Innenminister Heinemann und Adenauer. Dass Heinemann im April 1950 als Präses der Synode der EKD in Ost-Berlin eine Tagung einberief, zu der er gleichzeitig die west- und die ostdeutschen Regierungen einlud, stieß erwartungsgemäß auf Adenauers schärfsten Protest.<sup>85</sup> Die führenden Protestanten der CDU teilten überwiegend Adenauers Westbindungskurs und sahen auch die Wiederbewaffnung als notwendig an. Bei ihrem gesamtdeutschen Engagement duldeten sie jedoch nur bedingt Einschränkungen. Selbst jemand wie Bundestagspräsident Hermann Ehlers reiste weiterhin in die ›Zone‹ und besuchte sogar noch in seinem Todesjahr 1954 den Kirchentag in Leipzig. Ebenso empfing Ehlers trotz Adenauers Mahnungen in Bonn eine Volkskammer-Delegation unter Otto Nuschke.<sup>86</sup> Selbst die von Adenauer scharf attackierte Moskau-Reise Niemöllers verteidigte Ehlers aus seinem evangelischen Selbstverständnis heraus mit den Worten, die Kirche habe »auch dort, wo sie über staatliche Grenzen hinausreicht, vom Staat keinerlei Weisungen entgegenzunehmen.«<sup>87</sup> Derartige Kontakte riefen zweifelsohne Adenauers Verärgerung hervor. Im Unterschied zur personalpolitischen Debatte konnte er sich dennoch außenpolitisch stärker auf die eher konservativen, vornehmlich norddeutschen Protestanten verlassen. Denn dank ihres antikommunistischen Weltbildes und ihres positiven Verhältnisses zum Soldatentum befürworteten sie die militärische Westbindung, obwohl dies die Wiedervereinigung aufschieben sollte. Auf keinem Gebiet stimmte die Unionsfraktion im Bundestag schließlich so geschlossen wie in der Außen- und Verteidigungspolitik.<sup>88</sup>

Selbst der Bruch mit Heinemann entzündete sich letztlich nicht primär an dessen prinzipieller Ablehnung der Wiederbewaffnung. Vielmehr bildete zunächst Heinemanns Verärgerung über Adenauers außenpolitischen Alleingang den Anlass. Erst nachdem Adenauer Heinemanns Rücktritt eingeleitet hatte, formulierte Heinemann seine Gesamtkritik deutlich. Dass ausgerechnet Deutschland ohne Kabinettsberatung die Initiative zur Wiederbewaffnung ergriff, monierte er dabei ebenso wie das provozierende Verhalten gegenüber der Sowjetunion, das einen Krieg von Deutschen gegen Deutschen heraufbeschwören könnte.<sup>89</sup> 1952, nach seinem Parteaustritt, sollte Heinemann schließlich alle bislang skizzierten Diskussionsebenen der Wiederbewaffnungsdebatte verkörpern: In seiner neu gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) trat er als

ein intellektueller evangelischer Kirchenvertreter gegen die CDU an, der selbst ein Teil ihrer protestantischen Gründungsgeschichte war.

Wie reagierte also die CDU auf diese Vorwürfe, die die Sammlung des bürgerlich-protestantischen Lagers zu gefährden drohte? Als Gegengewicht zu den kritischen Geistlichen stellte die CDU nun kirchlich engagierte evangelische Politiker heraus, die öffentlich für die Wiederbewaffnung eintraten. Sie sollten verdeutlichen, dass die CDU kein katholisches Komplott gegen die deutsche Einheit war. Parallel zum Fall von Heinemann setzte insbesondere der Aufstieg von Eugen Gerstenmaier und Hermann Ehlers ein. Letzterer wurde quasi zeitgleich zu Heinemanns Abschied im Oktober 1950 als Bundestagspräsident vorgeschlagen und 1952 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Bereits kurz vor seinem frühen Tod 1954 sollte Hermann Ehlers sogar als potentieller Kanzlernachfolger gehandelt werden. In der konfessionellen Krisenstimmung der frühen Bundesrepublik war der Aufstieg des norddeutschen Oberkirchenrates allerdings nicht unumstritten. Der Generalsekretär der katholischen Akademikerschaft monierte etwa, »daß ich verständnislos vor der Absicht des Bundestages stehe, den in meiner Heimat als ausgesprochenen Katholikenfeind bekannten Oberkirchenrat Hermann Ehlers zu seinem Präsidenten zu machen [...]«<sup>90</sup> Umgekehrt hatten einzelne Protestanten Angst, Ehlers könnte Niemöller nahestehen. Der Württemberger Abgeordnete Paul Bausch machte sogar »für die Bestätigung der Wahl eine klare Absage Dr. Ehlers gegenüber Niemöller« zur Bedingung.<sup>91</sup> Wie sehr die konfessionelle Brille die CDU prägte, zeigte sich schließlich bei Ehlers' Wahl zum Bundestagspräsidenten. Robert Lehr schlug als Gegenkandidaten den Katholiken Kurt Georg Kiesinger vor. Als Kiesinger daraufhin vor dem Fraktionssaal mitgeteilt wurde, dass das Bundestagspräsidentenamt den Protestanten vorbehalten sei, entschuldigte sich Lehr nach Kiesingers Erinnerung mit den Worten: »Herr Kiesinger, nehmen Sie mir's nicht krumm, ich habe Sie für evangelisch gehalten. Sie sehen so vertrauenerweckend evangelisch aus.«<sup>92</sup> Was als physiognomische Anekdote erscheint, spiegelte den Ernst der konfessionellen Klischees.

In Vorträgen und Publikationen argumentierten die neu aufgestiegenen Protestanten nun dezidiert, dass die christliche Verantwortung durchaus mit dem Wehrbeitrag harmoniere.<sup>93</sup> Eugen Gerstenmaier sprach sich schon auf dem Kirchentag vom Sommer 1950 für die Wiederbewaffnung aus, was seiner eigenen Erinnerung zufolge viele Besucher schockierte.<sup>94</sup> Auch regional lässt sich ein bislang unbekanntes Engagement einzelner Protestanten nachweisen. In Niedersachsen führte der dortige CDU-Generalsekretär und Synodale Arnold Fratzscher allein im Som-

mer 1952 73 Veranstaltungen zum Thema »Deutsche Soldaten, ja oder nein?« durch.<sup>95</sup>

Neben ihren Einzelveranstaltungen traten die evangelischen Christdemokraten aber auch geschlossen auf. Bereits beim ersten CDU-Bundesparteitag vom Oktober 1950 verfassten die evangelischen Delegierten eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen Niemöllers Äußerungen richtete.<sup>96</sup> Auch die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) sollte zunächst dazu verhelfen, dass sich die evangelischen Christdemokraten mit größerem Gewicht für die Wiederbewaffnung aussprachen. Nicht zufällig legte das konstituierende Treffen des Bundes-EAK den Schwerpunkt auf die Wiederbewaffnungsdebatte. Hermann Ehlers hielt dort einen Vortrag zum Verteidigungsbeitrag, und die ersten Punkte der dort abgefassten Entschließung richteten sich direkt gegen die Thesen von Heinemann und Niemöller. »Wir verwahren uns dagegen, daß politische Entscheidungen als Glaubensentscheidungen hingestellt werden«, betonte die Präambel, woraufhin die EAK-Mitglieder allerdings selbst als Christen für die Wiederbewaffnung eintraten.<sup>97</sup>

Innerhalb der CDU wirkte sich positiv aus, dass sich die Katholiken weitgehend aus der Diskussion heraushielten. Bereits bei dem ersten Fraktionsgespräch über Niemöllers Äußerungen vermerkte das Protokoll vom 31. Januar 1950, »daß kein katholischer Abgeordneter sich in diese Auseinandersetzung eingeschaltet hat und die evangelischen Mitglieder der Fraktion völlig unbeeinflusst und ohne Scheu von sich aus zu der Frage Stellung genommen haben.«<sup>98</sup> Bei den einige Monate später einsetzenden Gesprächen zwischen den Christdemokraten und den EKD-Vertretern nahmen ebenfalls mit Ausnahme von Adenauer nur Protestanten teil, da man in der Fraktion »eine Beteiligung von Katholiken bei diesem Gespräch für verfrüht gehalten« hatte.<sup>99</sup> Den evangelischen Christdemokraten ersparte man damit das Gefühl, von der katholischen Fraktions- und Vorstandsmehrheit majorisiert zu werden. Lediglich gegenüber dem konkreten Vorwurf, dass die Katholiken nicht die Wiedervereinigung wollten, bezogen auch prominente Katholiken wie Wuermeling öffentlich Stellung.<sup>100</sup>

Adenauer selbst verfolgte zunächst seine gewohnte Strategie: Einerseits rechtfertigte er sich, dass er nicht seiner persönlichen Auffassung folge, sondern allein auf Sachzwänge reagiere, denen er ebenfalls nur ungerne nachkomme.<sup>101</sup> Andererseits marginalisierte er seine Diskussionsgegner, indem er sich nicht auf ihre Gesamtargumentation einließ, sondern diese mit diskreditierend wirkenden Zitate überspitzte. Insbesondere gegenüber Gustav Heinemann gerierte er sich zunächst konzessionsbereit. Am 23. September 1950 erklärte er ihm noch, er würde »es be-

sonders begrüßen, wenn diese Streitmacht ohne uns aufgestellt werden könnte.« Obwohl Adenauer zu diesem Zeitpunkt bereits um die Aufstellung deutscher Streitkräfte bat, betonte er weiterhin: »Ich stimme auch darin mit Ihnen überein, daß es nicht an uns ist, um eine deutsche Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder auch nur anzubieten, daß wir vielmehr abwarten müssen, ob die Alliierten an uns herantreten und uns um unsere Mitwirkung ersuchen.«<sup>102</sup> Gleichzeitig griff er aber geschickt eine mündliche Formulierung Heinemanns auf, die nach Adenauers Erinnerung lautete: »Gott habe uns die Waffen zweimal aus der Hand genommen, wir dürfen sie nicht zum dritten Male in die Hand nehmen, sondern müßten geduldig warten.«<sup>103</sup> Auf diese Weise konnte er Heinemann erfolgreich als Pazifisten diskreditieren, der Deutschland der Sowjetunion auszuliefern drohte.

Gegenüber Wiederbewaffnungsgegnern wie Heinemann und Niemöller setzte Adenauer zudem frühzeitig auf eine scharfe, polarisierende Abgrenzung. Bereits im Januar 1950 hatte er den evangelischen Fraktionsmitgliedern nahegelegt, »alle ihre Verbindungen zu Niemöller anzuspannen, daß er einsieht, daß er so dem Christentum in Deutschland größten Schaden zufügt.«<sup>104</sup> Obwohl Adenauer schließlich alle Kontakte mit Niemöller untersagte, trafen sich einige evangelische Christdemokraten noch im Dezember 1950 mit Niemöller zu einer Aussprache.<sup>105</sup> Ihr evangelisches Gemeinschaftsgefühl, das teilweise noch von der Bekennenden Kirche herrührte, war offensichtlich stärker als das Votum des Parteivorsitzenden. Dieses Gespräch, das mit einer harten Auseinandersetzung endete, markierte aber zugleich auch für die evangelischen Christdemokraten einen Wendepunkt. Niemöllers Hartnäckigkeit trug nicht unwesentlich hierzu bei. Arnold Fratzscher berichtete etwa über dies Treffen: »Niemöller zeigte sich aber von Anfang an aggressiv und völlig unbelehrbar. Das Gespräch endete schließlich so, daß er sich weigerte, uns die Hand zu geben und zwar vor allem wegen der Vorwürfe, die ihm Dr. Tillmanns wegen seines Auftretens in Berlin machte.«<sup>106</sup> Nun vertraten auch kirchlich aktive Christdemokraten die Auffassung, dass man Niemöller polarisierend dem linken Lager zurechnen solle, um ihn so zu marginalisieren. »Durch eine erneute von Niemöllers Seite völlig unverbindlich geführte Debatte mit uns würden wir unsere evangelischen Wähler nur noch weiter verwirren,« schrieb Eugen Gerstenmaier Ende 1950. »Niemöller hat sich auf die SPD festgelegt, soll er dabei bleiben, ja darauf festgenagelt werden.«<sup>107</sup> Niemöller und dessen Gesinnungsfreunde wurden fortan als Helfer Moskaus ausgegrenzt, die dem nationalen Ansehen nur schaden. Die Zustimmung, die sie vom Osten erhielten, diente hierbei als Beleg.<sup>108</sup>

Gleichzeitig baute die Unionsführung den Kontakt zu einzelnen konservativen Bischöfen aus, um die Debatte entschärfen. Heinemanns Nachfolger Lehr versuchte etwa gleich nach seinem Amtsantritt, über den EKD-Vorsitzenden Otto Dibelius ein härteres »Durchgreifen« gegen Niemöller zu erreichen.<sup>109</sup> Adenauer selbst traf sich 1950/51 mehrere Male mit Dibelius und dem EKD-Bevollmächtigten Kunst.<sup>110</sup> Wie Dibelius' Tagebuch dokumentiert, ging es dem Bischof auch bei diesen Zusammenkünften vornehmlich um die Frage der Wiedervereinigung.<sup>111</sup> Adenauers Antworten erschienen Dibelius allerdings undurchdacht und zögerlich, weswegen Dibelius zu dem Schluss kam, dass Adenauer überhaupt nicht mit einer baldigen Realisierung der Einheit rechnete. Mehr Erfolg hatte Adenauer dagegen im November 1951 bei einem Treffen zwischen einigen vorwiegend evangelischen Christdemokraten und 25 führenden evangelischen Kirchenvertretern. Hier notierte Dibelius: »Die anwesenden Kirchenführer sind offensichtlich beeindruckt von der Geschlossenheit seiner Konzeption.«<sup>112</sup> Bei den Wahlen schlug sich dieses Engagement nieder. Bereits vor den Berliner Abstimmungen Ende 1950 sprachen sich Dibelius und der dortige Generalsuperintendent Jacoby klar gegen Niemöller aus.<sup>113</sup>

Zudem schlossen sich einige Christdemokraten im Rahmen des Kronberger Kreises mit einzelnen Kirchenvertretern, Redakteuren und Wirtschaftsrepräsentanten zusammen. Dieser kleine evangelischen Intellektuellenzirkel sollte in der evangelischen Öffentlichkeit für die Wiederbewaffnung eintreten. Während in ihm von der CDU wiederum Ehlers, Tillmanns und Lemmer aktiv waren, engagierten sich dabei mit Bischof Lilje und Kirchentagspräsident von Thadden-Trieglaff immerhin zwei der wichtigsten Kirchenrepräsentanten. Mit ihrer Denkschrift »Wehrbeitrag und christliches Gewissen« verfassten sie einen Aufruf für die Wiederbewaffnung, der immerhin von fast allen Bischöfen unterschrieben wurde und öffentlich so wirkte, als sei er von den Theologen selbst erstellt.<sup>114</sup> Auf diese Weise gelang es wenigstens indirekt, die ausbleibende Stellungnahme des Rates der EKD zu ersetzen.

Auch wenn sich die Erfolge nicht gleich einstellten: In der Wiederbewaffnungsdebatte bemühte sich die CDU zumindest engagiert, ihr katholisches Image zu korrigieren und sich gegenüber dem evangelischen Raum noch weiter zu öffnen. Entsprechende symbolische Handlungen sollten diesen Eindruck verfestigen. So wählte die Union 1950 mit Goslar bewusst einen Ort für den Gründungsparteitag, der nahe der Zonengrenze lag und damit den Willen zur Wiedervereinigung dokumentierte.<sup>115</sup> Gleichzeitig war die »Reichsnährstadt« und Kaiserpfalz Goslar eine Stadt, mit der sich das protestantisch-konservative Land ohnehin

besonders verbunden fühlte. Berlin als symbolträchtigen Tagungsort auszuwählen, scheiterte dagegen an Adenauers Angst, dadurch die Berliner CDU aufzuwerten.<sup>116</sup> Erst 1952 blieben seine fortgesetzten Bemühungen gegen einen Berliner Bundesparteitag erfolglos, wodurch die CDU trotz aller Erschwernisse ein gesamtdeutsches Signal setzen konnte.<sup>117</sup> Auf Landesebene wurde ähnlich verfahren: In Niedersachsen legte die CDU ihren Landesparteitag bewusst an den Grenzort Helmstedt, um ihre Verbundenheit mit dem Osten zu demonstrieren.

Zudem bemühte sich die CDU, Adenauers Engagement für die »Zone« herauszustellen. Auf Wahlplakaten wurden entsprechende Imagekorrekturen eingeleitet. Sei es, in dem Adenauer mit gekreuzten Fingern bei einem »Wiedervereinigungsschwur« abgebildet wurde, oder dass die CDU als die Partei dargestellt wurde, die allein die Einheit erreichen könne.<sup>118</sup> Aber auch von Adenauer gezeichnete Aufrufe zu Paketverschiebungen, um »die Not der Menschen in der Sowjetzone zu lindern«, sollten auf einer emotionalen Ebene aufzeigen, dass der Kanzler an den Osten dachte.<sup>119</sup> Als der spätere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers vorschlug, jede öffentliche CDU-Veranstaltung mit einem Gedenken an die Deutschen jenseits des eisernen Vorhanges zu beenden, nannte er zugleich auch eine treffende Begründung für derartige Aktionen: »Dadurch wird zwar die Lage – leider – keine Nuance besser, aber wir schaffen ein Gegenmittel gegen das Argument, wir wollten nicht die Wiedervereinigung, weil dann die Vorherrschaft des Katholizismus in Deutschland nicht mehr vorhanden sei.«<sup>120</sup>

### 3. Grenzen katholischer Kompromissbereitschaft: Die Bekenntnisschule

Eine dritte Konfessionsdebatte kündigte sich frühzeitig in der Schulpolitik an. Während die Personal- und Wiedervereinigungspolitik vor allem die Protestanten beschäftigte, war die Kulturpolitik für viele Katholiken *das* zentrale Politikfeld. Die bisherigen Kapitel zeigten bereits mehrfach, dass in den katholisch geprägten CDU-Verbänden nicht nur die Programmatik und Wahlwerbung stark im Zeichen der Schulpolitik stand, sondern auch ihre Koalitions- und Regierungspolitik. Ihr bildungspolitisches Anliegen konzentrierte sich dabei auch in den fünfziger Jahren vor allem auf eine Forderung: die Sicherung der konfessionell getrennten Volksschule, die als Bekenntnisschule oder auch als Konfessionsschule bezeichnet wurde. Katholische Volksschüler sollten demnach nur von katholischen Lehrern unterrichtet werden, wobei die Lehrer möglichst in rein katholischen Lehrerseminaren auszubilden waren und alle

Unterrichtsfächer im Geiste der katholischen Lehre zu gestalten hatten. Für die evangelischen Kinder sollte das gleiche gelten, nur eben unter evangelischen Vorzeichen.<sup>121</sup> Lediglich auf Antrag einer hinreichend großen Elterngruppe sah man überkonfessionelle Gemeinschaftsschulen vor. Dieses sogenannte ›Elternrecht‹ sollte angeblich eine völlig demokratische Entscheidung über die Schulform gewähren. Viele katholische Politiker ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass sie die christliche Gemeinschaftsschule als ein unchristliches, atheistisches Machwerk ablehnten, das das Eltern-Votum verhindern sollte. Die Gemeinschaftsschulen wurden als »Zwangseinheitsschule« bezeichnet, die »ein Tummelplatz der sozialistisch-atheistischen Lehrer« seien.<sup>122</sup> Noch 1963 betonten exponierte Katholiken wie Franz-Josef Wuermeling, die Einschränkung der Bekenntnisschule bedeute, »das Gewissen der Eltern durch Einführung der simultanen Zwangseinheitsschule zu vergewaltigen.«<sup>123</sup> Damit zeigten gerade die katholischen Christdemokraten, dass sie eben nicht die lebensweltlichen Grenzen ihres Milieus zugunsten eines interkonfessionellen Zusammenschlusses öffnen wollten. Ihre Forderung nach einer getrennten Erziehung von Katholiken und Protestanten war vielmehr ein weiterer Beleg dafür, dass der Nationalsozialismus eben nicht zu einer christlichen Einheit geführt hatte.

Die Befürworter der Bekenntnisschule und des ›Elternrechtes‹ argumentierten nun auf vier miteinander verschränkten Ebenen. Sie führten erstens historisch-moralische Gründe an. Es habe immer konfessionell getrennte Bekenntnisschulen gegeben, bis der Nationalsozialismus sie beseitigt habe. Dieses Unrecht der Diktatur müsse nun rückgängig gemacht werden.<sup>124</sup> Konsequenterweise verglichen nun viele Katholiken nicht nur die sozialdemokratischen Schulpläne mit denen der Nationalsozialisten, sondern auch ihre jetzigen Proteste mit denen im ›Dritten Reich‹.<sup>125</sup> Zweitens argumentierten sie im antikommunistischen Sinne, dass die Einschränkung der Bekenntnisschule den »staatstotalitären Bolschewismus« stärke und die »marxistische Einheitsschule« einführe.<sup>126</sup> Auch wenn dieser Vorwurf gegenüber allen möglichen sozialdemokratischen Gesetzen erhoben wurde, war er bei dem Verweis auf die völlig umstrukturierte Schullandschaft der DDR recht wirkungsmächtig. Drittens betonten die Befürworter der Bekenntnisschule unter juristischen Gesichtspunkten, dass das von Hitler abgeschlossene Konkordat von 1933, das die Konfessionsschule als die normale Schulform festgelegt hatte, weiterhin gültig sei. Ebenso verwiesen sie auf die teilweise gültigen früheren Landesverfassungen und auf die UNO-Charta, die das Erziehungsrecht der Eltern garantieren würden.<sup>127</sup> Schließlich argumentierten sie viertens demokratiethoretisch. Die religiös fundierte, natur-

rechtlich begründete Forderung, dass allein die Eltern über die Erziehungsweise des Kindes zu entscheiden hätten, interpretierten sie nun als ein demokratisches Grundrecht.

Tatsächlich war die Entscheidungsgrundlage wesentlich komplizierter als diese vier Argumentationsebenen suggerierten. Juristisch gesehen hatte bereits die Weimarer Reichsverfassung eine »für alle gemeinsame Grundschule« vorgeschrieben. Der entsprechende Artikel 146 war jedoch aufgrund des politischen Engagements des Zentrums nie wirklich in Kraft getreten.<sup>128</sup> Damit blieb offiziell auch nach 1945 noch die häufig aus dem Kaiserreich stammende Gesetzgebung der Länder gültig, die vor allem in den katholischen, aber auch in vielen evangelischen Gebieten getrennte Volksschulen vorsah. Ebenso unklar war auch, ob das von Hitler abgeschlossene Konkordat überhaupt eine rechtsstaatliche Basis hatte und damit noch gültig war.<sup>129</sup> Zudem stellte sich die tatsächliche Einrichtung von konfessionell getrennten Volksschulen nach 1945 als wesentlich schwieriger da, als es die einfache Forderung nach der elterlichen Wahlfreiheit vorgab. Flucht und Evakuierung hatten auch die vormals konfessionell recht homogenen Räume aufgebrochen, so dass für Flüchtlingskinder der Minderheitenkonfession Zwergschulen geschaffen werden mussten. Durch die Kriegsverluste und die Entnazifizierung verfügten die Schulen zudem über so wenig Lehrkräfte und Lehrmaterial, dass eine erneute konfessionelle Aufteilung der Schulen nur Schwierigkeiten versprach.

Gegen die Konfessionsschulen traten vor allem die Sozialdemokraten und die Liberalen ein. Derartige Schulgesetz-Entwürfe der Union nannten sie »Dokumente der Gegenreformation«, die »Teil einer klerikalen Großoffensive« seien.<sup>130</sup> Da beide Parteien für eine weitgehende Trennung von Staat und Religion eintraten, war die Entkonfessionalisierung der Volksschule ein markanter Programmpunkt, um sich von der Union abzusetzen. Immerhin machten hier ja noch fast neunzig Prozent der Kinder ihren Schulabschluss. Die nordrhein-westfälische Kultusministerin Christine Teusch – oft als Tristine Keusch verspottet – verkörperte dabei ihr schulpolitisches Feindbild.<sup>131</sup>

Die bisherige Literatur zur christdemokratischen Bildungspolitik übersah jedoch häufig, dass keineswegs *die* CDU die Bekenntnisschulen einforderte, sondern der überwiegende Teil des evangelischen Parteiflügels sich durchaus mit christlichen Gemeinschaftsschulen zufrieden gab.<sup>132</sup> Während die kirchlich gebundenen Protestanten eher verhalten für das Elternrecht votierten, war der stärker säkularisierte, liberale Parteiflügel für eine gemeinsame Schule. Prominente evangelische Befürworter der Bekenntnisschule fanden sich fast nur in Württemberg und Nordrhein-

Westfalen, und auch dort traten sie recht moderat auf. Sie lehnten die Gesetze des katholischen Flügels zwar nicht pauschal ab, bemühten sich aber immer wieder um Korrekturen, die bisweilen auch hier zum innerparteilichen Streit führten. Ansonsten war es vielen Protestanten anscheinend wichtiger, die vierjährige Grundschule zu sichern, um den Status Quo des Gymnasiums zu erhalten.<sup>133</sup>

Ähnlich uneinheitlich bis indifferent war die Haltung der evangelischen Kirche. Während einzelne Landeskirchen, wie die von Bayern und Westfalen, sich für die Bekenntnisschule stark machten, erwiesen sich die meisten anderen Landeskirchen als sehr tolerant gegenüber christlichen Gemeinschaftsschulen und akzeptierten sie seit Anfang der fünfziger Jahre explizit als normale Schulform.<sup>134</sup> Das Elternrecht erkannten sie zwar als »elterliche Verantwortung« an, lehnten aber den Begriff selbst ab. Selbst die Geistlichen, die wie die nordrhein-westfälischen Lutheraner eher mit konfessionell getrennten Schulen sympathisierten, traten kaum öffentlich für sie ein. Wie bei der Personaldebatte bestand das evangelische Kirchenumfeld vor allem darauf, dass die Konfession der Schulleiter und Lehrer dem Durchschnitt der Bevölkerung und der Schüler entsprach.<sup>135</sup>

In der Besatzungszeit blieben die schulpolitischen Spannungen noch weitgehend aus. Die gemeinsame Abwehr der sozialdemokratischen und alliierten Einheitsschulpläne und das Nebeneinander der einzelnen Regionen minderte innerparteiliche Konflikte. Da schließlich auch die Alliierten weitgehend die Eltern über die Schulform abstimmen ließen, wurde die Debatte vorerst demokratisch geglättet. Während auf diese Weise in den stark katholischen Gebieten der Anteil der Konfessionsschulen stark anstieg, sank er in den evangelischen Regionen schlagartig. Durch das mobilisierende Engagement der katholischen Kirche votierten weitaus mehr Eltern für die Konfessionsschule als bei den vorherigen Umfragen.<sup>136</sup> Sicherlich entschieden sich aber auch viele säkularisierte bürgerlich-protestantische Eltern trotz Bedenken für die Konfessionsschule, weil diese Schutz vor sozialdemokratischen Lehrern, Vermittlung von bürgerlichen Werten und schließlich den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems versprachen.

**Tab. 2: Volksschulen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik nach ihrer konfessionellen Ausrichtung in Prozent<sup>137</sup>**

Jahr/Konfession	Beide Konfessionen	Nur für Katholiken	Nur für Protestanten
1931	15	29	55
1955	37	44	18
1965	43	40	17

Der Parlamentarische Rat bescherte der christdemokratischen Bildungspolitik 1949 eine erste Feuertaufe. Kaum ein Artikel des Grundgesetzentwurfes wurde innerhalb der CDU so intensiv diskutiert wie die Verankerung des Elternrechtes.<sup>138</sup> Da SPD, FDP und KPD hier eine Gegenmehrheit bildeten, musste Adenauer nun den katholischen Kirchenvertretern vermitteln, dass sie deshalb nicht das gesamte Grundgesetz ablehnen dürften.<sup>139</sup> Adenauer vertrat den Standpunkt, dass die Eltern über die Schulform der Kinder entscheiden sollten.<sup>140</sup> Er nahm aber auch hier eine gemäßigte, kompromissbereite Position ein, um die Zusammenarbeit mit dem bürgerlich-protestantischen Lager zu sichern. Dabei geriet er unter erheblichen innerparteilichen Druck und musste sich gegen Vorwürfe des katholischen Parteiflügels und der katholischen Kirche rechtfertigen, er nähme die Frage des Elternrechtes nicht ernst.<sup>141</sup>

Zu einer offen ausgetragenen Kontroverse entwickelte sich jedoch auch die Schulfrage erst seit 1950. Einerseits, weil die Schulpolitik nun quasi das letzte landespolitische Thema bildete, mit dem sich die Parteien profilieren konnten. SPD und FDP nutzten dies, um bei den Landtagswahlen demonstrativ gegen den vermeintlichen Vormarsch des Katholizismus anzutreten. Andererseits hatten die Allparteienkabinette der Besatzungszeit häufig schulpolitische Gesetze vertagt, weswegen sie erst jetzt auf der Tagesordnung standen. Da schließlich allein die Kulturpolitik Brücken zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen baute, wurde das Thema für die CDU besonders gefährlich. Die baden-württembergische Regierungsbildung von FDP, SPD und BHE unter dem liberalen Ministerpräsident Reinhold Maier bescherte der Union 1952 eine erste Warnung. Denn diese Koalition gegen die CDU wurde wesentlich durch den gemeinsamen Negativkonsens gegen die Bekenntnisschule getragen.<sup>142</sup> Gleichzeitig stand den Christdemokraten mit der neugegründeten Zentrumspartei besonders in Nordrhein-Westfalen und Westniedersachsen ein Konkurrent zur Seite, der sich gerade durch die Verfechtung der Konfessionsschule zu profilieren suchte.<sup>143</sup>

FDP, SPD und Teile des evangelischen CDU-Flügels hatten dabei auch die Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite. Umfragen zufolge waren im Jahr 1952 bundesweit nur 26 Prozent für konfessionell getrennte Schulen (65 Prozent für gemeinsame), 1955 waren es sogar nur noch 21 Prozent (und 72 Prozent für eine gemeinsame).<sup>144</sup> Nach Ländern unterteilt war der Wunsch nach getrennten Schulen erwartungsgemäß in den stärker katholischen Bundesländern am größten. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Württemberg-Hohenzollern sprachen sich 1955 immerhin noch über dreißig Prozent für die getrennten Volksschulen aus.<sup>145</sup> Dennoch war auch hier die Zahl der Befürworter damit

nicht mehr so groß, als dass der katholische CDU-Flügel allzu offensiv für seine Konfessionstrennung hätte eintreten dürfen. Er entsprach vielmehr nur noch dem Anteil der kirchennahen Katholiken.

Während sich die katholischen Christdemokraten in den anderen konfessionellen Debatten relativ besonnen um einen Ausgleich bemühten, zeigten sie sich hier kaum kompromissbereit. Vielmehr verschärften viele katholische Landespolitiker in den fünfziger Jahren noch ihre öffentlichen Forderungen. In Rheinland-Pfalz hatte die CDU-Landtagsfraktion bereits Ende 1949 gegen die CDU/SPD-Landesregierung eine Klage eingebracht, um die konfessionelle Trennung der Lehrerausbildung zu verankern.<sup>146</sup> Einige Jahre später folgte der Erlass, dass konfessionslose Studenten nicht mehr zum Lehrerberuf zugelassen werden sollten, was in Norddeutschland auch evangelische Kirchenvertreter ablehnten.<sup>147</sup> Auch in Niedersachsen sorgte der dortige katholische Innenminister Wegmann für Querelen, weil er auf dem CDU-Landesparteitag einforderte: »Ein Lehrer, der aus der Kirche ausgeschieden ist, hat zunächst nicht die Eignung, Schulunterricht zu erteilen.«<sup>148</sup> Nach dem Tagebuch des CDU-Landessekretär Müller entfachte er damit sofort eine Debatte zwischen »radikalen Katholiken (Watermann!) und maßvollen (oder: gleichgültigen) Protestanten.«<sup>149</sup> Wiederum stellten sich nicht nur der Hannoversche Landesbischof Lilje, sondern auch andere Vertreter der evangelischen Landeskirchen schützend hinter die konfessionslosen Lehrer.<sup>150</sup> Selbst in Nordrhein-Westfalen, wo fast überall Bekenntnisschulen bestanden und das Elternrecht in der Verfassung verankert war, verschärften die Christdemokraten den Konflikt, indem sie 1952 ein neues Schulgesetz einbrachten, das die Bildung von Konfessionsschulen auch dort ermöglichte, wo kaum katholische Kinder lebten.<sup>151</sup> Damit förderte sie den ohnehin schon bestehenden Unwillen des potentiellen Oppositionspartners FDP und der bürgerlich-protestantischen Wählergruppen.

Angeheizt wurde die gereizte Stimmung zudem durch die katholische Kirche. So sorgte in Rheinland-Pfalz der Bischof von Mainz 1952 für politische Unruhe, als er in einem Hirtenbrief die katholischen Eltern aufforderte, für die Ausweitung der Bekenntnisschule in den stärker evangelischen Landesteilen einzutreten – und das obwohl sich die dortigen evangelischen Landeskirchen klar für die Gemeinschaftsschulen aussprachen. Tatsächlich sank die Zahl der rheinland-pfälzischen Gemeinschaftsschulen in den fünfziger Jahren.<sup>152</sup> Da die Union solche Forderungen stützte, drohten die Liberalen die gerade errichtete Koalition zu verlassen. In anderen Bundesländern brachte die katholische Geistlichkeit die CDU in ähnliche Zwangslagen. Im Süden Baden-Württembergs machte sich im gleichen Jahr der Klerus in der »Rottenburger

Denkschrift« für die Bekenntnisschule stark.<sup>153</sup> In Westfalen nahm der Münsteraner Bischof Keller die Schuldebatte zum Anlass, »die Gefahren des Interkonfessionalismus« zu beschwören. Die Bekenntnisschule nannte er eine Frage, »in der wir keine Konzessionen machen können.«<sup>154</sup> Und in Niedersachsen untersagte der Osnabrücker Bischof Berning 1953 allen angehenden katholischen Lehrern, bei ihrer Ausbildung eine konfessionell gemischte Hochschule zu besuchen.<sup>155</sup> Dem sozialdemokratischen Kultusminister kündigte Berning den »äußersten Kampf des katholischen Volkes« an, falls die Forderung nach der Bekenntnisschule nicht erfüllt würde.<sup>156</sup>

Der Klerus beschränkte sich jedoch nicht allein auf derartig rigide und apodiktische Äußerungen. Noch schwerer wog, dass er mitunter zu Massenprotesten gegen die Gemeinschaftsschulen aufrief. Vor allem in Niedersachsen verschärfte sich dadurch die Auseinandersetzung. Bis zu 60000 Demonstranten versammelte die katholische Kirche bei ihren jeweiligen Kundgebungen, auf denen auch katholische CDU-Politiker Reden für die Bekenntnisschule und das Elternrecht hielten.<sup>157</sup> Zudem organisierte die Kirche Petitionen, Unterschriftensammlungen, Schulstreiks und Glockengeläute für die Bekenntnisschule.

Katholische Christdemokraten konnten die Massenaufmärsche nutzen, um ihre Stammwählerschaft zu mobilisieren. Gerade bei der Schuldebatte zeigte sich jedoch, wie zweischneidig die massive Unterstützung der katholischen Kirche war. Sie stärkte den Zusammenhalt des katholischen Milieus, verschreckte aber zugleich die protestantisch-bürgerlichen Wählergruppen. Stimmungsberichte dokumentieren die Befürchtung der evangelischen Bevölkerung, dass es »letztlich auch um ein come back der geistlichen Schulaufsicht gehe – dahinter aber ein Plan zur Re-katholisierung Norddeutschlands – zur erfolgreichen Beendigung der steckengebliebenen Gegenreformation zu stehen scheint.«<sup>158</sup> Selbst evangelische Christdemokraten, die prinzipiell dem Elternrecht und der Bekenntnisschule zustimmten, wurden angesichts der hartnäckigen katholischen Massenmobilisierung zögerlich.<sup>159</sup> Unmut verbreitete die katholische Schulpolitik aber auch deshalb, weil sie die Zusammenarbeit mit der FDP gefährdete. Gerade bürgerliche Wirtschaftsvertreter prangerten dies an. »Der Konfessionalismus steht einer echten Fusion der nichtsozialistischen Parteien im Wege«, klagte etwa das Deutsche Industrieministerium 1953 über den Schulstreit.<sup>160</sup>

Wie ging die christdemokratische Parteiführung also mit diesem dritten heiklen Thema um, das neben der Personal- und Wiedervereinigungspolitik die Integration des protestantisch-bürgerlichen Lagers zu beein-

trächtigen drohte und gerade den Liberalen Profilierungschancen bot? Zunächst einmal versuchte die CDU-Führung, die Schulfrage zu dethematisieren. Vor den Bundestagswahlen mahnte Adenauer, das Thema nicht anzuschneiden, da es ohnehin nur die Länder betreffe und die Bekenntnisschule keine demoskopische Mehrheit mehr habe.<sup>161</sup> Dass die Union die Kulturpolitik schließlich tatsächlich nicht ansprach, führte die Bundesgeschäftsstelle auch in ihrer parteiinternen Wahlauswertung als einen Erfolgsgrund an.<sup>162</sup> Während Adenauer auch in der Folgezeit mahnte, auf eine gemeinsame schulpolitische Erklärung der Bundes-CDU ganz zu verzichten, forderte Ehlers zumindest »eine Vorsicht und Zurückhaltung in der Terminologie« ein.<sup>163</sup> Aber auch im Vorfeld von Landtagswahlen bemühte sich die Parteiführung, die Schulpolitik im Wahlkampf und bei den Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern weitgehend auszuklammern. Bundesgeschäftsführer Heck begründete diese Dethematisierung etwa gegenüber den baden-württembergischen Landesverbänden: »Das Thema ist in Baden-Württemberg schon deshalb gefährlich, weil die Erwartungen und Bedürfnisse und die Vorstellungen der Menschen dort sehr differenziert sind.«<sup>164</sup> In Hessen war es vor allem der Adenauer-treue neue Landesvorsitzende Fay, der seinen mehrheitlich katholischen Vorstand von dieser Taktik zu überzeugen versuchte. Hier wurde zwischen der CDU und den Liberalen 1954 sogar schriftlich vor der Wahl fixiert, Schulreformen im Falle einer Regierungskoalition vier Jahre zurückzustellen, um die FDP für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.<sup>165</sup>

Besonders virtuos musste die Dethematisierung der Schulfrage wiederum im mehrheitlich evangelischen Niedersachsen gehandhabt werden. Hier bemühten sich vornehmlich die evangelischen Christdemokraten, unter Vermittlung des Kanzleramtes das dortige SPD-Schulgesetz möglichst lange vor der Wahl zu verabschieden, um die öffentliche Debatte mit den Katholiken zu beenden. Gerade hier fürchtete die CDU, dass wegen des Schulstreites alle anderen Parteien nun gegen sie eine Koalition bilden würden.<sup>166</sup> Als die niedersächsischen Katholiken schließlich eine Verfassungsklage gegen das Schulgesetz anstrebten, versuchte Globke dies »aus politischen Gründen« zu verhindern.<sup>167</sup> Nachdem selbiges am Widerstand von Kirche und katholischen Christdemokraten scheiterte, sorgte Globke zumindest dafür, dass die Klage zum spätesten Termin eingereicht und die Veröffentlichung möglichst lange hinausgeschoben wurde, damit das Thema nicht den Wahlkampf berührte.<sup>168</sup> Schließlich wurde die Klage unter strengster Geheimhaltungsstufe bearbeitet.<sup>169</sup> Im Wahlkampf selbst klammerte die CDU das Thema bewusst aus, obwohl es das einzige landespolitische Thema war, das die Bevöl-

kerung wirklich wahrnahm.<sup>170</sup> Ebenso bemühte sich der evangelische CDU-Generalsekretär, im Vorfeld von Parteitag entsprechende Bekenntnisschul-Anhänger von Diskussionsbeiträgen abzubringen.<sup>171</sup> Während die katholischen CDU-Politiker in Niedersachsen sonst wenig Engagement aufbrachten – hier waren sie kaum zu stoppen. Auch nach Verabschiedung des Schulgesetzes reisten sie immer wieder mit katholischen Delegationen zu Adenauer, drängten die Regierung zur Revision und leiteten Gespräche mit dem Vatikan ein, um die rein katholische Volksschule zu sichern.<sup>172</sup> Lediglich in einzelnen Fällen, wie dem vom Osnabrücker Bischof geförderten Schulstreik, wandten sich die katholischen Landtagsabgeordneten ebenfalls gegen die parteischädigende Kirchenmobilisierung.<sup>173</sup>

Neben der Dethematisierung reagierte die Parteiführung um Adenauer zweitens mit einer personalpolitischen Strategie. Die Kultusministerien sollten möglichst mit evangelischen Christdemokraten besetzt werden oder im Zweifelsfall sogar ganz an die bürgerlichen Koalitionspartner fallen – und das, obwohl gerade die Katholiken kulturpolitische Posten anstrebten. Mitte der fünfziger Jahre war schließlich Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, das noch einen katholischen CDU-Kultusminister hatte. In Baden-Württemberg entwickelte sich das Kultusministerium unter Wilhelm Simpfendörffer geradezu zu einer Domäne der Protestanten.<sup>174</sup> In Nordrhein-Westfalen hatte Adenauer bereits 1947 versucht, die als klerikal geltende Kultusministerin Teusch zu verhindern.<sup>175</sup> Als Adenauer damit scheiterte, wurde in der Folgezeit wenigstens die Spitze des Ministerialapparates in enger Rücksprache mit dem EAK und Präses Held ausgewählt.<sup>176</sup> Auch im dortigen Kulturausschuss wurden überwiegend evangelische Christdemokraten bestellt, um den Nimbus der katholischen Schulpolitik zu verlieren.<sup>177</sup> Als 1954 endlich auch in Nordrhein-Westfalen die von Adenauer favorisierte Koalition mit der FDP entstand, wurde Christine Teusch durch den Protestanten Werner Schütz ersetzt. Dafür nahm die CDU auch in Kauf, dass sich der Leiter des katholischen Büros in Bonn, Wilhelm Johannes Böhler, sofort beschwerte, weil er Nachteile für die Katholiken fürchtete.<sup>178</sup> In Schleswig-Holstein war zwar der Kultusminister von Beginn an evangelisch, dafür wurde aber von evangelischer Seite moniert, dass im Kultusministerium relativ viele Katholiken führende Posten einnahmen. Dementsprechend forderte Hermann Ehlers 1951: »Ich erwarte auch, daß der Verbindungsmann zum Parlament im Kultusministerium nicht katholisch sei und daß es nicht wieder vorkomme, daß in Kiel und andernwärts katholische Leute zu Oberstudiendirektoren gemacht würden in einem Lande, das so weitgehend evangelisch sei.«<sup>179</sup> Ab 1952 erfolgten daraufhin personelle Um-

stellungen, die in enger Absprache mit den evangelischen Landesbischöfen getroffen wurden.<sup>180</sup>

In Niedersachsen legte Adenauer schließlich dem Landesverband nahe, das Kultusministerium ganz den Liberalen zu überlassen. Angesichts des harten Schulkampfes, des katholischen Images der dortigen CDU und der schwebenden Verfassungsklage gegen das Schulgesetz riet er: »Das kann ein Nichtmitglied der CDU machen, ohne daß es ein solches Risiko vor seiner Partei eingeht, wie es bei einem CDU-Mann der Fall wäre.«<sup>181</sup> Aber auch der evangelische Landesvorsitzende Cillien unterstützte den Vorschlag mit den Worten, es werde »alles scheitern, wenn nicht das Kultusministerium der FDP gegeben wird.«<sup>182</sup> Um weitere konfessionelle Querelen zu vermeiden und ihr evangelisches Profil zu stärken nahm die Union sogar in Kauf, dass die Liberalen mit Leonhard Schlüter einen ehemaligen DRP-Abgeordneten als Kultusminister nominierten, der einen Verlag mit nationalsozialistischer Literatur betrieb, was schließlich nach Universitätsprotesten zu seinem Rücktritt führte.<sup>183</sup> Zudem schloss die CDU mit den Liberalen ein schulpolitisches »Stillhalteabkommen«, das den Fortbestand des sozialliberalen Schulgesetzes für die Legislaturperiode garantieren sollte.<sup>184</sup> Die konfessionelle Debatte in der Union blieb dennoch bestehen. Die Personalfrage verlagerte sich nur auf die Konfession des CDU-Staatssekretärs. Falls er nicht katholisch sei, drohten »die katholischen Abgeordneten der Landtagsfraktion sich zu einem katholischen Arbeitskreis zusammenzuschließen und sich auch offen gegen die Regierung Hellwege in Abstimmungen zu stellen.« Dazu würde der katholische CDU-Innenminister Wegmann zurücktreten.<sup>185</sup> Umgekehrt bezeichnete die evangelische Kirche die Forderung nach einem katholischen Staatssekretär als einen Affront.<sup>186</sup> Die Partei stand damit trotz Dethematisierung und Verlagerung des Kultusministeriums weiter zwischen den Fronten. Der Koalitionspartner DP nahm schließlich die Entscheidung ab, die innerhalb der CDU nur schwer durchsetzbar gewesen wäre: Der von der evangelischen Kirche favorisierte Protestant wurde Staatssekretär.<sup>187</sup>

Derartige Beispiele verdeutlichten, dass sich die evangelische Kirche auch im Schulstreit zu einer wichtigen Sprecherin der evangelischen Wählerschaft aufschwang. Zur Konfliktmilderung verfolgte die CDU daher drittens die Strategie, die evangelischen Geistlichen bei schulpolitischen Entscheidungen einzubinden und ihre Wünsche zu respektieren. Dies galt nicht nur für die skizzierten Personalfragen, sondern auch bei der Formulierung von Gesetzen. Wiederum war es der EAK-Vorsitzende Ehlers, der hierbei das entscheidende Engagement aufbrachte. Auf dem Klostergut Nette versammelte er etwa am 31. Mai 1954 alle katho-

lischen und evangelischen Bischöfe Niedersachsens, um Differenzen zu klären.<sup>188</sup> Der niedersächsische EAK gründete sich 1954 ebenfalls mit dem vornehmlichen Ziel, in enger Anbindung zu den evangelischen Kirchen eine gemeinsame schulpolitische Linie zu erarbeiten.<sup>189</sup>

Dennoch zeigte sich gerade im niedersächsischen Schulstreit, dass die Christdemokraten im Dialog mit der evangelischen Kirche vieles versäumten. Ihr Generalsekretär Fratzscher betonte zwar ständig seine Gesprächsbereitschaft, ergriff aber kaum die Initiative. Ihr Fraktionsvorsitzender blieb trotz Ermahnungen gänzlich inaktiv.<sup>190</sup> Während die evangelische Kirche der Union mangelnde Kontaktaufnahme vorwarf, fragten die Christdemokraten vielleicht etwas zu penetrant nach dem genauen Wortlaut von kritischen Bischofsreden.<sup>191</sup> Sowohl die Deutsche Partei als auch die niedersächsischen Sozialdemokraten bemühten sich dagegen wesentlich erfolgreicher um den Kontakt zu den evangelischen Geistlichen.<sup>192</sup> Der SPD-Ministerpräsident Kopf führte nicht nur informelle Gespräche mit Landesbischof Lilje, sondern lud auch die protestantischen DP/CDU-Spitzenpolitiker ein, um ihre Unterstützung gegen »Katholische-Klerikale à la Würmeling« oder radikal sozialistische Entwürfe zu erreichen.<sup>193</sup> Die SPD förderte somit nicht nur die konfessionelle Spaltung der CDU, sondern nutzte sie auch, um ihre Gesetze umzusetzen. Zudem entkrampfte sich dadurch lange vor dem Godesberger Programm auf der Landesebene ihr Verhältnis zur evangelischen Kirche. Eine wirkliche Lösung des Schulstreites konnte die Union bis Mitte der fünfziger Jahre in keinem Bundesland erreichen. Aber zumindest vor den Wahlen dämmten ihre Dethematisierung, ihre Personalpolitik und ihre Kirchengespräche die Konflikte ein.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, dass sich die konfessionellen Ausgleichsbemühungen in der Schulpolitik besonders schwierig gestalteten und vielfach scheiterten.<sup>194</sup> Die katholische Kirchenunterstützung, die die CDU gerade wegen ihrer Schulpolitik erhielt, zeigte hier ihren Januskopf: Bürgerlich-protestantische Wähler wurden durch das vehemente Auftreten der katholischen Kirche verschreckt. Während in anderen Politikfeldern eher die Protestanten dem neuen Konfessionsbündnis misstrauten, waren es in der Schulfrage die Katholiken, die durch ihre kompromisslose Haltung die interkonfessionelle Sammlung erschweren. Im Nachhinein erscheint es geradezu grotesk, dass ausgerechnet die Partei, die auf dem Gründungsmythos eines konfessionellen Zusammenschlusses im Nationalsozialismus aufbaute, im lebensweltlichen Bereich dieses Zusammengehens verweigerte. Mit ihrem hartnäckigen Plädoyer für konfessionell getrennte Volksschulen bewiesen vor allem die

katholischen Landespolitiker, dass sie kaum bereit waren, die Grenzen ihres Milieus zugunsten eines Zusammenschlusses aller Christen preiszugeben.

Die schulpolitische Konfessionsdebatte ging vor allem zu Lasten der Schüler. Dank der Konfessionsschulen blieb der Typus der einklassigen Zwergschule weit verbreitet, in dem alle Altersgruppen in einem Raum unterrichtet wurden. Bis 1960 stieg er sogar noch an (!).<sup>195</sup> Da sich die CDU stark auf die Debatte um die Bekenntnisschule konzentrierte, blieb eine Auseinandersetzung mit den bildungspolitischen Realitäten aus. Insbesondere den katholischen Christdemokraten ging es nicht um die pädagogischen oder beruflichen Ansprüche der Zeit, sondern um die Verankerung der christlichen Weltanschauung. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit anders dachte, hielten sie mit einem gewissen weltanschaulichen Dogmatismus und einer starken Vergangenheitsfixierung an dem politischen Kernanliegen des Zentrums fest. Hier zeigten sich die Grenzen der scheinbar rein pragmatischen Sammlungspartei CDU.

Vor allem Adenauer, seine bundespolitische Führungsspitze und einige vornehmlich protestantische Landespolitiker traten durch geschicktes Taktieren für einen Ausgleich ein. Die Dethematisierung der Schulfrage, das Einsetzen von protestantischen Kultusministern und die Einbindung der Kirchen bildeten dabei die entscheidenden drei Strategien, um den Konflikt zu entschärfen. Damit reagierte die CDU-Führung ähnlich wie gegenüber dem evangelischen Vorwurf, die Union betreibe eine katholische Personal- und Wiedervereinigungspolitik. Auch hier suchte sie erstens das direkte Gespräch mit den Kirchenvertretern und ging auf deren Wünsche ein. Zweitens sorgte sie dafür, dass nicht katholische Christdemokraten, sondern entsprechend herausgestellte evangelische Spitzenpolitiker auf die Anschuldigungen antworteten, da dies glaubwürdiger erschien. Drittens begegnete sie den Vorwürfen auf der symbolischen und materiellen Ebene mit entsprechenden Zugeständnissen. Bis Mitte der fünfziger Jahre erreichte die CDU so einen Modus vivendi. Das Ende der innerparteilichen und öffentlichen Konfessionsstreite konnte sie damit freilich nicht einleiten. Sie sollten erst in den sechziger Jahren entscheidend abflauen.

## IV. Die Sammlung des bürgerlichen Lagers

Im Laufe der fünfziger Jahre gelang der CDU, womit zu Anfang des Jahrzehnts niemand gerechnet hatte: Sie vereinte nahezu das gesamte bürgerliche Lager in einer Partei. Allen Krisen zum Trotz konnten die Christdemokraten seit 1953 nicht nur die protestantisch-bürgerlichen Wähler schrittweise übernehmen, sondern auch weite Teile der bürgerlichen Kleinparteien in sich aufsaugen.

Im Unterschied zu den frühen fünfziger Jahren bildete nun das kontinuierliche Wirtschaftswachstum eine zunehmend wichtige Stütze der Union. Dennoch lässt sich auch für diese dritte Phase zeigen, dass der politische Konzentrationsprozess eben kein automatischer Nebeneffekt des Wirtschaftswunders war, sondern zugleich systematisch von der CDU erarbeitet wurde. Das folgende Kapitel soll dies entlang der Wahlen und Regierungsbildungen an drei Bereichen zeigen: Erstens fällt der Blick noch einmal auf die Blockbildungspolitik der Union. Dabei wird deutlich, dass die CDU einen Sammlungskurs einschlug, der von Bonn bis hin zur lokalen Ebene reichte und mitunter selbst den rechten Rand einschloss. Zweitens untersucht das Kapitel ihre Wahlkampfführung bei den Bundestagswahlen von 1953 und 1957. Da viele Wähler in den fünfziger Jahren noch unentschlossen zwischen den Parteien lavierten, wiesen die Wahlkämpfe vermutlich einen größeren Stellenwert auf als in anderen Jahrzehnten. Drittens wird schließlich analysiert, wie die Deutsche Partei und der BHE bis in die sechziger Jahre in die Union überführt wurden und weshalb die FDP diesem Schicksal entgehen konnte. Bei allen drei Bereichen liegt der Schwerpunkt der Analyse auf den protestantisch-mittelständischen Regionen, da hier sowohl die neuen Wählerschichten als auch die Kleinparteien vornehmlich verankert waren.

### 1. Von Bonn bis in die Provinz: Bündnispolitik bis zum rechten Rand

Konrad Adenauer war gewiss kein Optimist. Gerade vor Wahlen mahnte er immer wieder, dass die CDU vor einer besonders schweren Herausforderung stehe und nur mit äußerster Anstrengung die Regierungsmehrheit gewinnen könne. Auch wenn seine Reden einem zweckpessi-

mistischen Kalkül entsprungen – in den Jahren vor der Bundestagswahl von 1953 trafen seine Mahnungen zu wie nie. Angesichts der skizzierten Probleme schien es Anfang der fünfziger Jahre äußerst ungewiss, in welchem Maße das bürgerlich-protestantische Lager für die Christdemokraten stimmen würde. Die Union hatte auf die Krisen reagiert und dabei ihren evangelischen Flügel gestärkt. Eine Neuauflage der Bonner Koalition garantierte dies alleine jedoch nicht. Und das Wirtschaftswunder, das viele Konflikte überdecken sollte, stand vor der zweiten Bundestagswahl noch in weiter Ferne.

Adenauers Taktik setzte zunächst weiterhin auf eine frühzeitige, enge Einbindung der beiden bürgerlichen Konkurrenzparteien. Dass die Christdemokraten mit den Liberalen und der Deutschen Partei »in einer gemeinsamen Front« in den Wahlkampf gingen, bezeichnete er bereits im September 1951 als die »wichtigste Vorarbeit für die Bundestagswahl«.<sup>1</sup> Ihr Zusammenschluss sollte weiterhin nicht nur seine Koalitionsmehrheit garantieren, sondern die Konkurrenzparteien so dicht an die CDU heranführen, dass sie schrittweise von den Christdemokraten absorbiert werden konnten.

Um die Bonner Koalition bereits im Vorfeld abzusichern, griff Adenauer weiterhin in die Landespolitik ein. Nicht nur bei den bereits skizzierten Landtagswahlen, sondern auch bei den Bundestags- und Landtagsnachwahlen, die damals nach dem Ausscheiden von Abgeordneten noch recht häufig anfielen, koordinierte er die Sammlung des bürgerlichen Lagers. Im Februar 1952 lud Adenauer etwa die Spitzenpolitiker von FDP und DP ein, um jeweils einen gemeinsamen Kandidaten bei den anstehenden Bundestagsnachwahlen zu finden, den dann lokal alle drei Parteien unterstützten. Da sich insbesondere die Liberalen häufig sträubten, musste Adenauer immer wieder selbst mahrend nachhaken.<sup>2</sup> Bei immerhin zwölf der insgesamt vierzehn Bundestagsnachwahlen gelang es schließlich, einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten gegen die SPD aufzustellen.<sup>3</sup> Die CDU-Blätter feierten derartige Zusammenschlüsse als »Schritt zur bürgerlichen Einigung«, der die »bisherige Aufsplitterung der bürgerlichen Parteien« endlich beende und ein »langgehegter Wunsch aller national denkenden Deutschen« sei.<sup>4</sup> Ebenso lancierte die Bonner Parteiführung auch bei den Landtagsnachwahlen die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten von CDU, FDP und DP.<sup>5</sup> Konkret sah dies so aus, dass die CDU etwa in Bremerhaven keinen Kandidaten stellte, dafür aber in Neumünster/Segeberg den Verzicht von FDP und DP verlangte. Dabei bemühte sich die Union, auch die Vertriebenenpartei BHE bereits im Vorfeld der Bundestagswahl mit einzubinden. Bis auf zwei Ausnahmefälle lehnte der BHE dies jedoch in letzter Minute ab.

Die Sammlung des protestantisch-bürgerlichen Lagers wurde auch auf der lokalen Ebene bei den Kommunalwahlen 1951/52 vorangetrieben. Hier formierten sich Anfang der fünfziger Jahre »Wahlblöcke«, die als »bürgerliche Einheitslisten« die Sammlung rechts von den Sozialdemokraten ausbauen sollten. Diese neue Sammlungsbereitschaft zeigte sich gerade im politisch zersplitterten Bundesland Niedersachsen. Bereits ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen von 1952 erhielten die CDU-Kreisverbände hier von der Landesspitze die Anweisung, einen »Block der nichtmarxistischen Parteien« zu formieren.<sup>6</sup> Ähnlich wie in der Weimarer Republik schlossen sich in den evangelischen Landesteilen sowohl die Parteien rechts von der SPD als auch die bürgerlichen Vereine und Verbände unter einem Namen zusammen und nominierten gemeinsame Kandidaten. Neben CDU, FDP und DP traten diesmal nicht nur der BHE, sondern verschiedentlich auch rechtsextreme Parteien (wie die DRP und Mitglieder der frisch verbotenen SRP) zu einem Wahlblock zusammen. Typisch waren nun wieder Wahltexte wie von der Unabhängigen Wahlgemeinschaft Celle, die ganz der Weimarer Bürgerblock-Rhetorik entsprachen: »Männer aus allen politischen Parteien – rechts der SPD – gegen die marxistisch-bolschewistische Front / sowie aus den Reihen der Heimatvertriebenen (Bombengeschädigten und Evakuierten) und des Mittelstandsblockes (Landvolk, Gewerbetreibende, Handel, Beamte, Haus- und Grundbesitz und viele andere Organisationen) / Sauberkeit, Sachverstand, Sparsamkeit soll im Kreistag allein entscheiden.«<sup>7</sup> DP, CDU, FDP und DRP zeichneten auch in diesem Beispiel als Parteien. Die Namen und Zusammensetzung der Bündnisse variierten. Im süd-hannoverschen Holzminden bildete sich beispielsweise die Partei der Gemeinschaft, die eben nicht nur von CDU, DP, BHE und SRP getragen wurde, sondern gleichermaßen vom Landvolkverband, Kreishandwerkerbund, Einzelhandelsverband, Gaststätten- und Beherbergungsverband und dem Haus- und Grundbesitzerverein. Auch sie begründete das Bündnis damit, dass »in Kreis- und Gemeindeparlament die Parteipolitik nichts zu suchen hat«. Gerade diese hochgradig politischen und interessengeleiteten Bündnisse gaben damit im Weimarer Antiparteien-Gestus vor, nur Persönlichkeiten aufzustellen, »die mit Liebe zu ihrer Gemeinde uneigennützig Verantwortung übernehmen.«<sup>8</sup> Da die lokalen Bündnisse in Norddeutschland nicht selten auch rechtsextreme Kandidaten einschlossen, trugen sie gleichzeitig zur stillen Integration des rechten Randes bei.<sup>9</sup>

Die IHK-Leitungen, die Landwirtschaftsverbände und die Handwerkerbünde erwiesen sich dabei als die wichtigsten Vermittlungsinstanzen des vopolitischen Raumes. Sie führten die Parteien zusammen, wobei der Entzug von Wahlkampfspenden weiterhin ein wichtiges Druckmittel

bildete. Da sich die Verbände der Landwirte, Handwerker und Haus- und Grundbesitzer Anfang der fünfziger Jahre wie in Weimar zu einem Mittelstandsblock zusammenschlossen, erhöhte sich die Stärke des bürgerlichen Vorfeldes.<sup>10</sup> Der Mittelstandsblock stilisierte sich selbst gerne als Gegenstück zu den Gewerkschaften und erreichte zumindest bei seiner Klientel einen höheren Organisationsgrad. Im Unterschied zu den Weimarer Wahlen von 1928/29 kandidierte der Mittelstandsblock nicht selbst, sondern nur gemeinschaftlich mit den diversen Parteien. Seine neuerliche eigenständige Kandidatur schwang jedoch in seinen politischen Sammlungsbemühungen als latente Drohhölle mit. In Fällen, wo etwa die Liberalen den Anschluss an den Block verweigerten, konnte die CDU auf das Sammlungsvotum des Mittelstandsblockes verweisen.<sup>11</sup>

Während sich die evangelischen Christdemokraten bei der Einbindung der Rechtsparteien sehr großzügig zeigten, kennzeichnete sie im Norden selbst für die kommunale Ebene der »verbindliche Hinweis«, »unter keinen Umständen mit der SPD« Koalitionsbesprechungen einzugehen.<sup>12</sup> Auch in der Lokalpolitik sollte eher der Weg in die Opposition beschritten werden als mit den Sozialdemokraten zu verhandeln. Da die Parteiführung die Umsetzung streng beobachtete, hielten fast alle Kreise sie tatsächlich ein.<sup>13</sup> Als dennoch zwei niedersächsische Kreisverbände mit der SPD einen gemeinsamen Landrat wählten, musste sich die CDU-Landesleitung sogar Adenauer gegenüber dafür rechtfertigen.<sup>14</sup>

Unmittelbar vor der Bundestagswahl reichte somit die von Adenauer forcierte »Blockbildung rechts von der SPD« mitunter bis hin in die Kommunen. Sowohl bei den Nachwahlen als auch bei den Kommunalwahlen konnte der Zusammenschluss des bürgerlichen Lagers immer wieder SPD-Mehrheiten verhindern. Wichtiger war jedoch auch hier die sozialpsychologische Bedeutung der lokalen Sammlung. Die im evangelischen Land häufig nur unzureichend verankerten Christdemokraten wurden so an die lokale Vereinswelt und an die bürgerlichen Konkurrenten herangeführt. Die gemeinsame Arbeit gegen die SPD verhinderte das gegenseitige Denunzieren und baute auch vor Ort Berührungspunkte vor der angeblich »zu katholischen« CDU ab. Zudem erleichterten die gemeinsamen Fraktionen vor Ort Übertritte hin zur Union.

Die Integration des rechten Randes konnte in einer heterogenen Partei wie der CDU allerdings nicht unumstritten bleiben. Wiederum verlief die Auseinandersetzung im hohen Maße entlang der Konfessionsgrenze. Die vorwiegend protestantische Führungsspitze hatte in Niedersachsen quasi die lokale Einbindung von SRP-Repräsentanten absegnet. Nachdem zahlreiche Kreisverbände bei der niedersächsischen CDU-Führung angefragt hatten, »ob Verhandlungen und Wahlabsprachen mit der SRP

nicht getroffen werden dürfen«, erlaubte die Landesführung in einem Rundschreiben zum wiederholten Mal die Aufnahme ehemaliger SRP-Mitglieder, verbot aber, dass die SRP in den Wahlbündnissen mit ihrem Parteinamen antrat.<sup>15</sup> In den katholischen Gebieten verzichtete die CDU dagegen auf derartige Rechtsbündnisse und schloss stattdessen gemeinsame Listen mit dem Zentrum ab.<sup>16</sup> Rechtsparteien spielten hier ohnehin keine Rolle. Zudem waren es aber auch vornehmlich katholische Politiker und CDU-Verbände, die gegen die Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen im evangelischen Raum protestierten. So wiesen die katholischen Süddoldenburger nicht nur auf die außenpolitischen Folgen hin, sondern auch »auf die Lage, die für die CDU in anderen Gebieten, so in Süddoldenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz entsteht.«<sup>17</sup> Gleichzeitig erfolgten Proteste von prominenten katholischen Christdemokraten wie Franz-Josef Wuermeling, denen auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano nachdrücklich zustimmte: »Eine CDU, die zu solchen Bündnissen ernstlich bereit wäre, würde auf mich und sehr viele andere nicht mehr 1 Stunde als Mitglied zählen können.«<sup>18</sup> Besonders das Wilhelmshavener Bündnis mit der SRP, das der dortige CDU-Vorsitzende mit dem »rigorosen Vorgehen der SPD« begründete, sorgte für so große Aufmerksamkeit, dass die Bundesgeschäftsstelle lenkend eingreifen musste.<sup>19</sup>

Ebenso misstrauisch beobachteten vornehmlich die katholischen Christdemokraten die rechtsextremen Tendenzen bei den Koalitionspartnern FDP und DP. Brentano und Fay bezeichneten Adenauer gegenüber die DP als einen »Nazihaufen«, der zumindest in Hessen der SRP ähnele.<sup>20</sup> Nachdem 1952 der ehemalige nationalsozialistische Oberbürgermeister von Frankfurt den Vorsitz der hessischen DP übernahm, griff Wuermeling die Deutsche Partei sogar im Bundestag wegen ihrer Förderung von Ex-Nazis an.<sup>21</sup> Auch Wuermelings Gegenreden zu Gesetzesvorhaben, die wie die Amnestiegesetze besonders zur Einbindung des rechten Randes gedacht waren, sorgten für Spannungen mit der Deutschen Partei.<sup>22</sup> Ebenso protestierten Teile der CDU/CSU-Fraktion gegen die rechtsextremen Strömungen bei den Liberalen, die vor allem die FDP-Landesverbände in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen prägten und deshalb die Koalitionsfähigkeit der Liberalen zweifelhaft erscheinen ließen.<sup>23</sup>

Adenauer reagierte auf diese Vorwürfe in einer doppelten Weise. Einerseits machte Adenauer gegenüber der FDP- und DP-Spitze Druck, gegen ihre rechtsaußen stehenden Repräsentanten vorzugehen.<sup>24</sup> Andererseits beschwichtigte er gegenüber der eigenen Partei diese Tendenzen und verteidigte seine rechtslastigen Koalitionspartner mit strategischen und

demokratiebewussten Argumenten. Nur durch ihre Einbindung könne eine starke nationalistische Oppositionspartei verhindert werden. Deshalb sei ihm »eine FDP mit schwarz-weiß-roten Streifen noch lieber als eine große schwarz-weiß-rote Partei ohne demokratische Streifen.«<sup>25</sup> Zudem fügte er noch eines seiner kaum belegbaren, frei assoziierten Argumente hinzu: In der SPD seien viel mehr Nazis.<sup>26</sup> Auch wenn so mancher Christdemokrat an derartigen Aussprüchen Adenauers gezweifelt haben dürfte – die Diskussion und das Gewissen beruhigten sie.

Neben der Debatte um die Rechtslastigkeit der Partner musste sich die CDU-Führungsspitze den innerparteilichen Vorwurf gefallen lassen, dass die Wahlblockpolitik nur Probleme, aber keine Vorteile für die CDU bringe. Nicht nur katholische Politiker wie Wuermeling, Kaiser, Arnold oder Brentano lamentierten dagegen. Auch protestantisch-konservative Landespolitiker wie Carl Schröter klagten angesichts der allgemeinen Parteikrise der frühen fünfziger Jahre: »Der Wahlblock sei ein Fehler gewesen, und die Partei sei entschlossen, nie wieder ein solches Abkommen abzuschließen.«<sup>27</sup> Denn schließlich mussten die Landespolitiker vor Ort eng mit Koalitions- oder Fraktionspartnern zusammenarbeiten, die immer wieder aus dem Bündnis auszuscheren versuchten. Der schleswig-holsteinische Minister Hermann Böhrnsen (und Ex-DP-Mann) brachte es etwas später auf den Punkt: »Er wolle lieber zehn Jahre lang einen Sack Flöhe hüten als ein Jahr lang eine Wahlblockfraktion.«<sup>28</sup>

Dennoch zeigten sich gerade bei den klagenden Schleswig-Holsteinern Anfang 1953 die ersten Erfolge der Sammlungspolitik. Dank der engen Zusammenarbeit mit den DP-Spitzenpolitikern traten im Januar nicht nur die beiden schleswig-holsteinischen Minister der Deutschen Partei zur CDU über, sondern auch noch fast alle Landtagsabgeordnete. Die Christdemokraten verstärkten so ihr protestantisch-konservatives Profil und erhielten zugkräftige Köpfe, die den Wählern unmittelbar vor der Bundestagswahl den Wechsel von der Deutschen Partei hin zur Union vorführten. Die Deutsche Partei traf die Abwerbung ihrer führenden Köpfe schwer: Bei der Bundestagswahl 1953 verlor die DP in Schleswig-Holstein immens an Stimmen und trat bei der Landtagswahl im Jahr drauf nicht mehr an.

Ebenso gelang es, die schleswig-holsteinische FDP durch die Blockbildungspolitik zu spalten. Die schleswig-holsteinischen Christdemokraten hatten bei ihrer engen Zusammenarbeit mit den Liberalen sogar alle Fraktionssitzungen gemeinsam abgehalten. Das schuf so fließende Übergänge, dass über die Hälfte der Abgeordneten zur CDU wechselte, während der Rest eine neue Gruppierung gründete.<sup>29</sup> Hierdurch waren auch die Liberalen in Schleswig-Holstein so führungslos, dass sie bei der fol-

genden Bundestagswahl ebenfalls unter die Fünfprozentmarke rutschten.<sup>30</sup> Obwohl die protestantisch-konservative Bevölkerung Schleswig-Holsteins eigentlich für beide Parteien eine ideale Wählergruppe dargestellt hätte, konnten die Christdemokraten gerade durch ihre großzügige Integrationspolitik die Wählerschaft von FDP und DP zu weiten Teilen übernehmen.

Durch den Ausbau der regionalen Blockbildung hatte die CDU bereits lange vor der Bundestagswahl 1953 die Weichen für eine Fortführung der bürgerlichen Koalition in Bonn gestellt. Der Abschluss von Bündnissen für die Bundestagswahl wurde dadurch wesentlich erleichtert. Automatisch ergab er sich hieraus jedoch nicht. Um sich aus dem drohenden Sog der Union zu befreien, hatte die Deutsche Partei im Mai 1953 ihren geplanten Alleingang angekündigt und am 4. Juli endgültig beschlossen.<sup>31</sup> Die Liberalen waren bereits im Kabinett zunehmend auf Oppositionskurs gegangen und zeigten ebenso wenig Interesse daran, als Anhängsel der Union in den Wahlkampf zu ziehen. Diesmal wurden sie vornehmlich über die Wirtschaftsverbände und deren Spenden in das gemeinsame Bündnis zurückgeholt.<sup>32</sup> Als die Deutsche Partei etwa ihren geplanten Alleingang verkündete, regte Adenauer an, die konservative Kleinpartei über den Mittelstandsblock zurückzugewinnen; denn dieser habe auf die Deutsche Partei quasi mehr Einfluss als der DP-Vorsitzende Hellwege.<sup>33</sup> Tatsächlich gelang es mit Hilfe der bürgerlichen Verbände, noch in der folgenden Woche eine regionale Wahlkreisaufteilung mit der Deutschen Partei zu erreichen, die eine gemeinsame Wahlkampfleitung absicherte. Auf Adenauers Anregung hin rief Bauernverbandspräsident Rehwinkel eine Aussprache zwischen den drei bürgerlichen Parteien, dem Mittelstandsblock und der niedersächsischen Fördergesellschaft ein und erreichte eine Einigung.<sup>34</sup> Wie bei der kommunalpolitischen Blockbildung wurde das Bündnis sowohl von der CDU, DP und FDP als auch von den Wirtschafts- und Berufsverbänden unterzeichnet.<sup>35</sup>

Die informelle Hilfe der Wirtschaftsverbände war vor der Bundestagswahl aber auch nötig, um die Blockpolitik in der eigenen Partei durchzusetzen. Das galt besonders für die hessischen Christdemokraten, die Adenauers bürgerlicher Sammlung nach wie vor distanziert gegenüberstanden. Der hessische Landesverband untersagte seinem Vorsitzenden Fay sogar, überhaupt nur zu einer gemeinsamen Besprechung mit der FDP und Deutschen Partei zu gehen. Und dass, obwohl die dortigen Liberalen unter Euler auf ein Bündnis mit der Union drängten. Daraufhin sahen die in Fördergesellschaften zusammengeschlossenen Wirtschaftsverbände bewusst von finanziellen Zuwendungen an die CDU ab.<sup>36</sup>

Nachdem der hessische CDU-Landesparteitag am 19. Juli ein Wahlabkommen definitiv abgelehnt hatte, bemühte sich insbesondere der Fraktionsvorsitzende Brentano, »vielleicht doch noch unter der Hand in dem einen oder anderen Wahlkreis eine Verständigung zu erzielen.«<sup>37</sup> Tatsächlich gelang dies in zwei Fällen zugunsten von FDP-Kandidaten, die von der Union unterstützt wurden. Bundesweit teilte die CDU sich schließlich dreißig Wahlkreise mit der DP, der FDP und dem BHE. Zudem bildete die Union mit der FDP und der DP einen »Ausschuß zur Verhütung von Auswüchsen im Wahlkampf.« Damit hatte Adenauer ein weiteres Mal demonstriert, dass er sich trotz föderaler Parteistruktur in richtungsweisenden Fragen durchzusetzen wusste; sowohl gegen die Bedenken in der CDU-Bundesspitze als auch gegenüber den Landesverbänden und den Koalitionspartnern.

Wiederum spielte Adenauer dabei auf einer doppelten Klaviatur und kümmerte sich gleichzeitig wieder um die Integration der Zentrumspar- tei. Während Adenauer die Existenz der FDP weiterhin für notwendig hielt, um den rechten Rand einzubinden, sollte das Zentrum 1953 definitiv verschwinden, da es mit der Kernwählerschaft der Union konkurrierte.<sup>38</sup> Um die bisherigen Zentrumswähler jedoch nicht an die Sozialdemokraten zu verlieren oder ihre Stimmen unter der Fünfprozentklausel verfallen zu lassen, wurde das Zentrum im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 nicht ausgegrenzt, sondern ebenfalls eng an die CDU gebunden. Übertrittsangebote an Zentrums Politiker sollten auch hier den Wählerwechsel beschleunigen. Die Union verteilte dazu Broschüren, die Überläufer von der Zentrumspartei und Briefwechsel mit Kooperationsangeboten aufzeigten.<sup>39</sup> Da die CDU bereits über zahlreiche prominente Vertreter des politischen Katholizismus verfügte, waren die Karrierechancen für Parteiwechsler vom Zentrum allerdings schlechter.<sup>40</sup>

Auch diese Liaison war nicht unproblematisch. Nun monierten die evangelischen Christdemokraten, dass ein Wahlbündnis mit dem Zentrum den evangelischen Wählern nicht zuzumuten sei.<sup>41</sup> Das angestrebte Wahlabkommen mit dem Zentrum musste daher so geschlossen werden, dass es in den protestantischen Wahlgebieten möglichst unbemerkt blieb. Schließlich einigten sich beide Parteien darauf, dass das Zentrum nur in einem Bundestagswahlkreis Nordrhein-Westfalens mit ihrem Bundesvorsitzenden Johannes Brockmann antrat, wo die Christdemokraten auf einen Gegenkandidaten verzichteten. Wie bei den Liberalen und der Deutschen Partei bescherte damit die Karriereabsicherung der Spitzenpolitiker den Erfolg. Finanzielle Zugeständnisse an die Zentrumspartei ergänzten dies.<sup>42</sup> Die Christdemokraten erreichten so nicht nur, dass der Zentrumsvorsitzende von Gnaden der CDU in den Bundestag

kam und dafür vertraglich einen gemeinsamen Wahlkampf der beiden Schwesterparteien zusicherte; sie konnte der Zentrumspartei auch die Zusage abringen, 1953 lediglich in Nordrhein-Westfalen und nicht mehr in stärker evangelischen Bundesländern wie Niedersachsen oder Hessen zu kandidieren. Damit mussten sich die dortigen Christdemokraten nicht mehr mit dem katholischen Konkurrenten auseinandersetzen und konnten so ungestörter ein stärker protestantisch-bürgerliches Image aufbauen. Die katholische Kirche übernahm beim Zusammenschluss von CDU und Zentrum dabei jene Vermittlungsrolle, die bei Abkommen mit den bürgerlichen Parteien die Wirtschaftsverbände innehatten.

Mit der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei teilte die CDU dagegen bei der Bundestagswahl keine Wahlkreise auf. Nach den Konflikten um die kommunalpolitische Einbindung schien dies auf Bundesebene untragbar. In mindestens vier Kreisen schloss sie allerdings »Wahlverhaltensvereinbarungen« mit der DRP ab. Die Rechtsextremen stellten dabei keine eigenen Kandidaten auf, dafür verzichteten die Christdemokraten auf kritische Äußerungen gegen den rechten Rand.<sup>43</sup>

Bei all diesen Wahlabkommen ging es nicht nur darum, Überhangmandate der Sozialdemokraten zu verhindern.<sup>44</sup> Hans Globke brachte es in seinem Bericht zur Wahlvorbereitung auf den Punkt: Angesichts des Verhältniswahlrechts hätten die Wahlbündnisse »weniger eine materielle denn eine moralische Wirkung.«<sup>45</sup> Die antikatholisch gefärbten Kampagnen von DP und FDP konnten sie freilich nicht gänzlich verhindern. Führende Liberale wie Thomas Dehler waren sich weiterhin nicht zu schade, die Union als klerikale Partei des »christlichen Marxismus« zu bezeichnen.<sup>46</sup> Gerade die Nationalliberalen machten selbst im FDP-Bundestagsvorstand weiter Stimmung gegen die Union. »Adenauer wollte zur Zwangswirtschaft zurück, unser Eingreifen hat es verhindert«, betonte etwa August-Martin Euler sendungsbewusst, obwohl auch er sich für ein Bündnis mit der Union eingesetzt hatte.<sup>47</sup> Bei der Abgrenzung vom großen Koalitionspartner bauten sie weiterhin auf den Antiklerikalismus und Antimarxismus. Aber immerhin hatte die CDU dank der Wahlkampfabkommen gute Argumente, um den bürgerlichen Bundesgenossen in solchen Fällen zu ermahnen.

Eine Abschaffung des Verhältniswahlrechtes, die den Sammlungskurs wesentlich erleichtert hätte, scheiterte dagegen auch 1953 an den kleinen Parteien. Dennoch war das nach langer Diskussion verabschiedete Bundestagswahlrecht von 1953 geradezu auf die Sammlungspolitik der CDU zugeschnitten.<sup>48</sup> Die Aufteilung in Erst- und Zweitstimme ermöglichte, in Wahlkreisen einen gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten mit der Erststimme zu wählen. Die Erststimme war sozusagen Garant

der Blockpolitik. Gleichzeitig konnte die CDU dank der maßgeblichen Zweitstimme auch bei Wahlbündnissen als eigenständige Partei auf dem Wahlzettel erscheinen und ihre eigenen Parlamentssitze absichern. Auch die Regelung, dass bereits beim Erreichen von drei Direktmandaten die Fünfprozentklausel übersprungen werden konnte, entsprach ihrem Sammlungskalkül. Eine kleine Rechtspartei wie die DP konnte somit als abhängiger CDU-Partner auch dann Sitze für eine bürgerliche Koalition gewinnen, wenn eigentlich ihre Stimmen verfallen wären. Bezeichnenderweise stammte der Entwurf von dem Hamburger CDU-Vorsitzenden Hugo Scharnberg, dessen Landesverband wie kein anderer die Blockbildung betrieb. In der christdemokratischen Parteiführung durchschauten sowohl die Befürworter als auch die Gegner der bürgerlichen Sammlung die Zielrichtung des Wahlgesetzes. »damit wird nicht nur die Koalition festgelegt, sondern auch – wie Herr Dr. Lehr gesagt hat – wahlrechtlich sozusagen schon vor den Wahlen eine einzige Partei geschaffen«, kritisierte etwa der tiefgläubige Katholik Adolf Süsterhenn das Wahlrecht.<sup>49</sup> Eine einzige, mehrheitsfähige Partei rechts von der SPD zu schaffen, war schließlich das langfristige Ziel von Adenauers Sammlungspolitik.

Die Analyse zeigte, dass Adenauer bereits seit Anfang 1952 die Weichen für eine Fortführung der Bonner Koalition stellte. Bis hin in die einzelnen Wahlkreise baute die Unionsführung nun die Sammlung rechts von der SPD mit einer neuartigen Intensität aus, wobei diese gerade im norddeutschen Raum stark an die Bürgerblöcke Weimars erinnerte. Teilweise umschloss sie lokal selbst die Rechtsextremen, wogegen besonders die katholischen Christdemokraten protestierten. Diese breite und zugleich enge Bündnispolitik gab der Union ein regional adäquates Profil und erleichterte Parteiwechsel, die 1953 auch die Wähler nachvollziehen sollten. Und selbst wenn die Liberalen und die Konservativen schlagartig zugelegt hätten, war so dennoch Adenauers weitere Kanzlerschaft abgesichert.

## 2. Erfolg durch überlegenen Wahlkampf

Die systematische Sammlung des bürgerlichen Lagers leitete die erfolgreiche Neuaufgabe der bürgerlichen Koalition ein. Die CDU erarbeitete ihren Stimmenzuwachs aber ebenso durch ihre überlegene Wahlkampf-führung. Als Regierungspartei standen ihr im Vergleich zu 1949 nun ganz neue Möglichkeiten offen, um die große Gruppe der unentschlossenen Wähler zu erreichen. Nicht nur in ihrer Koalitionspolitik, sondern auch gegenüber den Wählern sollte die CDU dabei nicht zuletzt dank ihrer demonstrativen Großzügigkeit reüssieren.

Da der Wirtschaftsaufschwung im Alltag noch sehr zögerlich griff, sorgte die CDU-Regierung für öffentlichkeitswirksame Wahlgeschenke. Bereits ein Jahr vor der Wahl regte Staatssekretär Lenz an, demnächst die Kaffee-, Tee- und Tabaksteuer zu senken und die Preise für den Briefverkehr und Hausbrand zu halten.<sup>50</sup> Tatsächlich sorgte Adenauer – gegen die Proteste des notorisch sparsamen Finanzministers Schäffer – für derartige Offerten. Fast monatlich bekamen die Verbraucher diese im letzten halben Jahr vor der Wahl überreicht: Ende März wurde der Kinderzuschlag und Wohngeldzuschuss für Beamte erhöht, Anfang Mai die Tabaksteuer gesenkt, im Juni der Einkommensteuertarif vermindert (und die Freibeträge erhöht), Mitte Juli Entschädigungen für Sparverluste bei der Währungsreform verabschiedet und schließlich Ende Juli die Kaffee- und Teesteuer herabgesetzt.<sup>51</sup> Obwohl für die meisten Normalverbraucher die Segnungen des Wirtschaftswunders noch in weiter Ferne standen, erhielten sie so zumindest einen staatlich geförderten Vorgesmack. Auf diese Weise profilierte sich die CDU als eine soziale Partei, die entgegen der SPD-Rhetorik auch den unteren Schichten wirtschaftliche Vorteile gewährte. Zudem verminderte sich durch diese Preisstützung bis zur Wahl spürbar die Inflationsrate. Gerade nach der einschneidenden Inflationserfahrung der Deutschen sollte dies ein weiteres Signal sein, dessen Wirkung man kaum unterschätzen kann. Formell waren dies alles Segnungen der Gesamtregierung. Gutgeschrieben wurden sie jedoch vornehmlich Erhard und Adenauer und damit den Christdemokraten. Auch ihre interne Wahlanalyse wertete vor allem die Senkung der Kaffee-, Tee- und Tabaksteuer als einen der Hauptgründe für ihren Erfolg.<sup>52</sup>

Adenauers wahltaktische Großzügigkeit korrespondierte mit seinem betont anti-idealistischen Menschenbild. »Die Menschen sind nun einmal so, daß sie dort hingehen – auch in der Politik – wo sie glauben, etwas davon zu haben oder zu erreichen. Unser gutes deutsches Volk besteht wirklich nicht aus lauter Idealisten«, sollte er einige Jahre später rasonieren.<sup>53</sup> Dementsprechend generös trat Adenauer bereits 1953 den Wünschen von wichtigen Wählergruppen gegenüber. Hierzu gehörte vor allem das Lastenausgleichsgesetz, das auch auf sein Drängen hin noch ein Jahr vor der Wahl die Versorgung von 13 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen sicherte. Gerade diese in ihrem Wahlverhalten noch recht ungebundene Wählergruppe dürfte so zu weiten Teilen zur Union geführt worden sein.<sup>54</sup> Gleiches galt für einheimische Zielgruppen. Als etwa die Landwirte im Sommer 1953 einige Forderungen an die CDU stellten, gegen die sich Finanzminister Schäffer ebenfalls sträubte, beauftragte Adenauer einfach Globke damit, diese Wünsche auf dem in-

formellen Wege umgehend zu erfüllen; »es handelt sich um ein paar Millionen, mehr ist es nicht«, fügte Adenauer leichtfüßig im Vorstand hinzu. Den Bundesvorstand ermutigte er an dieser Stelle ebenfalls, sich bei ähnlichen »kleinen Wünschen« direkt an Globke zu wenden, »dann brauchen Sie nicht den Umweg über den geschäftsführenden Vorstand und die Bundesgeschäftsstelle zu gehen.«<sup>55</sup> Vor dem Geldausgeben hatte der »Schuldenmacher Adenauer« jedenfalls keine Angst, wenn es um die Sicherung von langfristigen Zielen ging.<sup>56</sup> Bei Wahlkampfauftritten konnte das Überreichen dieser Geschenke inszeniert werden. Während sich etwa die evangelischen Christdemokraten bei dem Kirchentag vor der Wahl zurückhielten, um Politik und Glauben nicht zu vermischen, trat der Katholik Adenauer dort auf und übergab eine 200000 DM-Spende der Bundesregierung an die »Bruderhilfe«.<sup>57</sup> Nicht die Höhe des Betrages zählte dabei letztlich, sondern die symbolische Geste gegenüber dem bürgerlich-protestantischen Raum.

An symbolischen, medial gut vermittelbaren Gesten ließ Adenauer es auch sonst nicht fehlen. Nachdem sich die schleswig-holsteinische CDU erfolgreich um die Kandidatur von Bismarcks Enkel bemühte hatte, da »der Name Bismarck mindestens zwei zusätzliche Mandate in Schleswig-Holstein« einbringe (Otto Lenz)<sup>58</sup>, legte Adenauer in Friedrichsruh demonstrativ einen Kranz am Grab des ersten Reichskanzlers nieder. Da Bismarck gerade bei vielen Protestanten als der mit Abstand größte Deutsche angesehen wurde, war es für Adenauer ratsam, eine derartige Annäherung an den ersten Reichskanzler zu suchen.<sup>59</sup> In der Rhetorik von evangelischen Christdemokraten wie Ernst Bach wurde Adenauer in Wahlreden als Nachfolger Bismarcks angepriesen: »War Bismarck das Geschenk Gottes an das deutsche Volk im letzten Jahrhundert, so müssen wir erkennen, dass Gottes Gnade nach dem Zusammenbruch uns in Dr. Konrad Adenauer den Staatsmann für den deutschen Wiederaufbau geschenkt hat.«<sup>60</sup> Für die evangelischen Christdemokraten war die Verbindung ohnehin selbstverständlicher. Jemand wie Hermann Ehlers wählte bei seinen Schleswig-Holstein-Reisen häufig Friedrichsruh als Übernachtungsort.<sup>61</sup> In Niedersachsen, wo der Welfengegner Bismarck nach wie vor wenig Sympathie besaß, wählte Adenauer eine andere medial vermittelbare Geste: Er traf sich vor der Wahl mit dem Welfenprinzen und Kaiserenkel Ernst August von Hannover, der für die dortigen protestantisch-konservativen (DP-)Wähler eine Leitfunktion hatte. Nach Adenauers Darstellung gelang es ihm sogar, Ernst Augusts Sympathien für die CDU zu gewinnen.<sup>62</sup>

Auch den soldatischen Helden widmete Adenauer gut visualisierbare Aufmerksamkeit. Obwohl Adenauer das Militärische immer fremd blieb,

empfang er die Generalfeldmarschälle Kesselring und Manstein, die seit ihrer Haftzeit als nationale Heroen galten. Zudem besuchte Adenauer die in Werl inhaftierten Kriegsverurteilten, wo er sich unter anderem bei dem General der Waffen-SS Meyer über die Haftbedingungen erkundigte. Gleichzeitig richtete das Kanzleramt an die Alliierten die Bitte, als Wahlhilfe noch rechtzeitig deutsch-alliierte Gnadenausschüsse einzurichten.<sup>63</sup> Tatsächlich unterstützten die Alliierten bewusst Adenauers Wahlkampf und kamen seiner Anfrage eine Woche vor der Bundestagswahl nach. Sein erfolgreicher Einsatz für die letzten Verurteilten dürfte ihm nicht unbeträchtliche Stimmen jener national eingestellten Wähler eingebracht haben, die bislang ungebunden rechts neben der CDU standen.

Adenauer versuchte dabei im Kontakt mit Repräsentanten des politischen Vorfeldes eine Breitenwirkung zu erzielen. Bereits zwei Monate vor der Wahl sah eine Wochenplanung von Konrad Adenauer etwa folgende Treffen vor: Sonntag 28. Juni 1953 Wallfahrt mit 50000 Schlesiern in Werl; Montag 29. 6. Kundgebung des Mittelstandsblocks, Köln; Dienstag Kundgebung der Wirtschaft in Essen, Donnerstag 2. 7. Raiffeisenverband, Freitag 3. 7. Treffen mit Bischof Dibelius und Generalfeldmarschall von Manstein, Samstag 4. 7. Deutscher Bauernverband; und Sonntag schließlich die Deutsche Schützenbruderschaft, danach das Katholische Männerwerk.<sup>64</sup> Nicht die Partei und die Parteianhänger im engeren Sinne, sondern die Verbands- und Vereinswelt war damit Ausrichter und Zielgruppe seines Wahlkampfes, wobei sich alle Begegnungen hervorragend medial inszenieren ließen.

Derartige Anstrengungen waren auch 1953 noch dringend nötig. Im März 1953 lag die CDU laut Allensbach-Umfragen mit 33 Prozent drei Prozentpunkte hinter den Sozialdemokraten, während sich dreizehn Prozent der Befragten für die Liberalen aussprachen und vier Prozent für die Deutsche Partei.<sup>65</sup> Gerade in den evangelischen Gebieten waren die Wähler noch unentschlossen. In Schleswig-Holstein etwa hatten sich Anfang der fünfziger Jahre gerade einmal fünfzehn Prozent (!) für die CDU ausgesprochen, im März 1953 waren es 31 Prozent. Dass sich hier bei der Bundestagswahl schließlich fast die Hälfte der Wähler für CDU entschied, dürfte nicht unwesentlich an Adenauers Engagement und dem CDU-Wahlkampf der letzten Monate gelegen haben.

Die CDU-Wahlkampagne hatte zum Ziel, vor allem die unentschlossenen, überwiegend protestantisch-bürgerlichen Wähler anzusprechen. Die Union wurde zwar überwiegend von kirchengebundenen Menschen mit dem Argument unterstützt, dass »die CDU eine christliche Partei ist«<sup>66</sup>, aber dennoch stellte sie im Wahlkampf das »C« nicht in den Vordergrund. Sie konnte darauf vertrauen, dass insbesondere das katholi-

sche Kirchenvorfeld ihre Kernwählerschaft ausreichend mobilisieren würde. Stattdessen spitzte sie ihre Wahlkampagne vor allem auf zwei Bereiche zu: Einerseits auf die Person ihres Kanzlers, andererseits auf die kommunistische Bedrohung.<sup>67</sup> Die als zu katholisch vorbelastete Partei trat so hinter dem Staatsmann Adenauer und der weltpolitischen Lage zurück. Auch ihr Hamburger Programm von 1953 schnitt sie ganz auf Adenauers Erfolge zu.<sup>68</sup> Bewusst verabschiedete die CDU es auf einem Parteitag im hohen Norden, damit dieser Akt stärker auf die evangelische Bevölkerung ausstrahlte. Von den vier zentralen Plakaten trugen zwei Adenauers Konterfei (»Deutschland wählt Adenauer« und »Er knüpft die Fäden der freien Welt«), während die anderen beiden die CDU als einen Wall gegen den Marxismus darstellten (»Alle Wege führen nach Moskau« und »Denkt an uns«, abgebildet ein altes Ehepaar aus dem Osten).<sup>69</sup> Da kein anderer Spitzenpolitiker vergleichbar beliebt war wie Adenauer, blieben die Personalisierungsversuche der SPD (»Ollenhauer statt Adenauer«) eher chancenlos. Der Antikommunismus schuf Gemeinsamkeiten zu den bürgerlichen Konkurrenten und deckte gleichzeitig deren wichtigstes Mobilisierungsmittel mit ab. Zudem kam der Union der Zufall zu Hilfe: Ohne den Aufstand vom 17. Juni hätte ihre antikommunistische Mobilisierung sicherlich weniger Erfolg gehabt. Die CDU nutzte diese Chance: Trotz seiner Berlin-Abneigung ließ sich Adenauer nach einigem Zögern vom Medienexperten Lenz überreden, beim Trauerakt in Berlin selbst teilzunehmen. Vor hunderttausenden konnte er hier mit einem »Schwur für das ganze Volk« einen pathetischen Akzent für die Wiedervereinigung setzen, der auf seinen Wahlplakaten abgedruckt wurde.<sup>70</sup> Selbst an Hausfrauen adressierte Wahlbroschüren zeigten Fotos vom 17. Juni.<sup>71</sup> Andere antikommunistische Plakate und Aktionen verstärkten die Wirkungskraft des Aufstandes. Die von Heinemanns GVP und den Sozialdemokraten vertretenen Neutralitätskonzeptionen wurden dadurch völlig diskreditiert. Die christdemokratischen Vorwürfe gegenüber den Sozialdemokraten, diese hätten die Funktionäre der SED gestellt und würden nun auch im Westen mit den Kommunisten zusammenarbeiten und Stalin-Gedenkfeiern abhalten, erhielten so eine neue Brisanz.<sup>72</sup> Auch in ihrer internen Auswertung sollte die CDU den Aufstand des 17. Juni als einen wichtigen Erfolgsgrund sehen, da »er einen guten Einfluß auf das politische Klima« hatte. Gerade in den Zonenrandgebieten und bei den Jung- und Nichtwählern konnte die CDU einen besonders hohen Stimmenzuwachs verzeichnen.<sup>73</sup>

Die CDU bestritt den Wahlkampf wie bislang mit Wahlreden, Broschüren und Plakaten. Gleichzeitig führte sie jedoch eine breite mediale Wahlkampf-Inszenierungen ein, die in der deutschen Wahlkampfge-

schichte bislang unbekannt waren. Gerade in problematischen evangelisch-ländlichen Gebieten, wo auch das Kino kaum Fuß gefasst hatte, präsentierte sie ihre Wahlveranstaltungen als Filmvorführungen. Auf Dorfplätzen wurden aus mobilen Filmbussen heraus scheinbar überparteiliche Filme gezeigt. Sie berichteten über den Aufstand vom 17. Juni oder Adenauers Staatsreisen in exotische Länder. Als Medienereignisse hatten derartige Wahlveranstaltungen großen Zulauf. Allein die von Staatssekretär Lenz geschaffene Mobilwerbung GmbH veranstaltete 1953 rund 3000 Filmvorführungen, vorwiegend in Dörfern Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Hessens und Baden-Württembergs.<sup>74</sup> Die Konkurrenzparteien der CDU, insbesondere die DP und der BHE, konnten mit solch aufwendigen Attraktionen nicht mithalten.<sup>75</sup> Ebenso wurden die vom Bundespresseamt lancierten Filme als Wochenschauen und Vorfilme in die Kinos gebracht. Allein in Nordrhein-Westfalen sorgte ein den Arbeitgeberverbänden nahestehender Verleih dafür, dass der Film über Adenauers Amerikareise angeblich rund zwei Millionen Zuschauer in rund 600 Kinos erreichte.<sup>76</sup>

Dank gezielter Inszenierung bildete Adenauers Amerikareise ohnehin einen medialen Höhepunkt. In der Wahlauswertung wurde sie als der entscheidende Wendepunkt in der Wählergunst gesehen.<sup>77</sup> Auch hier hatte das Büro Lenz gute Vorarbeit geleistet: Den mitreisenden Journalisten besorgte das Bundespresseamt nicht nur Tickets, Devisen und Unterkünfte, sondern spendierte jedem für Fahrt und Aufenthalt 3000 Mark aus Adenauers Reptilienfonds, dem berühmten Titel 300.<sup>78</sup> Auf der Schiffsreise konnte Adenauer in Ruhe Journalisten für sich einnehmen. Der anschließend verbreitete Wochenschau-Film »Ein Mann wirbt für sein Volk« demonstrierte einerseits die physische Robustheit des 77-jährigen: Adenauer als Staatslenker, der auf dem geradezu allegorischen Schiff als einziger nicht seekrank wird und 35 000 Kilometer in zwei Wochen zurücklegt; andererseits zeigte er Adenauer als weltgewandten Staatsmann, der den amerikanischen Präsidenten berät, in Harvard spricht und sich für die deutsche Ehre einsetzt. Filmsequenzen von der deutschen Flagge, die zum Klang der Nationalhymne auf amerikanischem Boden gehisst wurde, visualisierten die neue deutsche Weltgeltung, die allein Adenauer zu verdanken sei.<sup>79</sup>

Auch für die neu aufgeblühte Illustriertenlandschaft produzierten diese Reisen Bilder, die eine größere Breiten- und Tiefenwirkung hatten als alle Programmtexte. Ohnehin war eben nicht erst Willy Brandt, sondern bereits Konrad Adenauer der erste deutsche Politiker, der sich nach dem Ende der Weimarer Richtungspresse souverän auf die neuen Bildmedien einstellte. Schon lange vor Brandt ließ Adenauer etwa bewusst

Home-Stories verbreiten: Bilder von Adenauer als Rosenzüchter, als Boule-Spieler, als Urlaubsreisender oder im Kreise der Familie auf der Rhöndorfer Terrasse erreichten im Unterschied zu langen Texten wirklich die Wähler. Sie wurden gezielt in Hochglanzbroschüren und Wochenschaun verbreitet, und lieferten zugleich Material für die Illustrierten.<sup>80</sup> Gerade im Vergleich zu den letzten demokratischen Staatsmännern der Weimarer Republik, aber auch zum Nationalsozialismus, erzeugte diese gezielte öffentliche Privatheit eine völlig neue Nähe zum Kanzler.

Einen ähnlichen Effekt hatten Adenauers Wahlreisen in dem eigens dafür hergerichteten Sonderzug, der vormals von Hermann Göring benutzt wurde. Die luxuriöse Ausstattung des transparenten »Kanzlerbüros auf Schienen« machte den Weg zwischen den Wahlauftritten zur eigentlichen Attraktion. Da im Kanzlerzug ständig Journalisten mitreisen durften, die Adenauer mit humoresken Geschichten und gutem Wein versorgte, war die Produktion der sich neu etablierenden Stories garantiert.

Ergänzt wurden diese medialen Inszenierungen durch den breitenwirksamen Werbefeldzug der »Waage« – einem Zusammenschluss von Industriellen, die seit 1952 auf hochprofessionelle Weise Ludwig Erhard und seine Wirtschaftspolitik unterstützten. Ihre Filme erreichten 1500 Kinos, ihre Anzeigenserien 439 Zeitungen und die wichtigsten Illustrierten.<sup>81</sup> Da die Kampagnen komplett von einer Frankfurter Werbefirma erstellt wurden, glänzten sie zugleich durch eine neuartige Professionalität. In langen dreimonatigen Wellen präsentierten sie zielgruppengerecht knappe, positive Slogans, die vorher und nachher in Meinungsumfragen getestet wurden. Ihre Kampagnen waren langfristig angelegt, ebenso die beiden Personen (Fritz und Otto), die in dialogischer Form über Wirtschaftsfragen diskutierten. Eine Partei nannten sie nie, wohl aber schloss jede Anzeige mit dem Hinweis auf »Erhards soziale Marktwirtschaft«; da laut Umfragen der Begriff »soziale Marktwirtschaft« immer noch mit der SPD in Verbindung gebracht wurde, sollte bis 1958 Erhards Name stets hinzugefügt werden. Erhard, der an den koordinierenden Treffen seiner Förderer teilnahm und auch nach 1953 die Fortführung der Kampagnen verlangte, erhielt nicht zuletzt durch diese seinen Ruf als Vater der sozialen Marktwirtschaft.<sup>82</sup>

Dagegen gelang es der Union nicht, einen direkten Einfluss auf die Leitmedien auszubauen. An Versuchen fehlte es nicht. Schon lange vor Wahlkampfbeginn waren führende Christdemokraten wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Leitmedien gelenkt werden müssten. Bereits Ende 1950 entwarf Bundesschatzmeister Ernst Bach Planungen, eine »Westdeutschen Presse Dienst-GmbH« aufzuziehen, die hier-

für die Mittel der Industrie bündeln sollte: »Führende politische Wochenschriften werden entweder übernommen oder es wird versucht, Einfluß auf sie zu gewinnen [...] in dem man sie veranlaßt, bestimmte Nachrichten unserer Korrespondenz gegen entsprechende Anzeigenaufträge zu übernehmen. [...] Es muß zudem veranlaßt werden, die Aktienmehrheit der deutschen Wochenschau Welt im Bild zu erwerben, um sie im Sinne der Regierung zu beeinflussen.«<sup>83</sup> Tatsächlich wurden seit Anfang der fünfziger Jahre im Zusammenspiel mit Industriellen etwa die ZEIT, die FAZ oder die Deutsche Zeitung systematisch durch Zuwendungen gestützt. Die Zeit erhielt sechsstellige Beträge dank Ludwig Erhards Wirtschaftskontakten, die FAZ monatlich etwa 40000 DM über die Industrie, während Regierungsmittel die Wochenschaun finanzierten.<sup>84</sup> Jedoch blieben die Christdemokraten mit ihren Presselenkungsversuchen unzufrieden und protestierten, wenn diese Zeitungen regierungskritische Äußerungen druckten. »Ist es gerechtfertigt, Gelder für unmittelbare Subventionen oder für in dieser Zeitung gar nicht gerechtfertigte Anzeigen von Industrie, Wirtschaft, Banken und ihren Nachfolgern hineinzustecken, wenn ich sehe, daß hier eine Politik gefördert wird, die die freie Meinungsäußerung soweit treibt, daß sie das Geschäft mit der Gegenseite fördert?«, fragte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Hermann Ehlers etwa 1954 im Bundesvorstand, weil Paul Sethe in der FAZ einen kritischen Artikel zum westlichen Militärbündnis geschrieben hatte.<sup>85</sup> Adenauer beschloss noch in der gleichen Sitzung, angesichts der kritischen Artikel Sethes über Pferdenges die monatlichen Zahlungen drosseln zu lassen. Obwohl Sethe im nächsten Jahr tatsächlich aus der FAZ ausschied, gelang es der Union kaum, durch die Industriesubventionen eine wirklich loyale Richtungspresse zu etablieren. Versuche, über Industriespenden eigene Tageszeitungen aufzuziehen, scheiterten 1953 schon auf der regionalen Ebene.<sup>86</sup> Auf der Bundesebene blieben die Pläne für eine »eigene erstklassige Zeitung« dagegen in langen Entwürfen stecken.<sup>87</sup> Offensichtlich war das journalistische Ethos auch in den fünfziger Jahren so sehr auf eine Parteiunabhängigkeit bedacht, dass hier Finanzmittel alleine nicht weiterhalfen. Gerade angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit sollte sich die indirekte Medienpolitik der Union als wesentlich erfolgreicher erweisen als diese Steuerungsversuche im Geiste der Weimarer Republik.

Trotz aller Mobilisierung: Mit dem Wahlergebnis von 1953 hatte niemand in der CDU gerechnet. Die Bundesgeschäftsstelle sprach davon, dass selbst die optimistischen Schätzungen von 38 bis 40 Prozent ausgegangen seien.<sup>88</sup> Mit 45,2 Prozentpunkten erreichte die Union ein Ergeb-

nis, das auch in den folgenden vier Jahren als kaum wiederholbarer Höhepunkt der Parteigeschichte gesehen wurde. Nicht zuletzt Adenauer mahnte unmittelbar nach der Wahl, »daß uns die Chance, noch einmal einen solchen Wahlsieg zu erfechten, vielleicht nicht wieder gegeben wird.«<sup>89</sup>

Auf den ersten Blick verdankte die Union ihren Erfolg vor allem den Jung- und Mehrwählern. Die Zahl der Wahlberechtigten hatte sich immerhin um zwei Millionen erhöht, die der tatsächlichen Wähler sogar um vier Millionen. Während FDP und DP nur geringfügige Verluste hinnehmen mussten, wuchs die CDU-Stimmenzahl um über fünf Millionen an. Folglich reüssierte die Union weniger durch Verschiebungen innerhalb des Bürgerblockes als durch ihre Mobilisierungskraft.<sup>90</sup> Dank ihres personalisierten und polarisierenden Lagerwahlkampfes erreichte die CDU einerseits jene Wähler, die sich bislang der Wahl enthalten hatten oder rechte Kleinparteien unterstützten. Andererseits entschieden sich die zwischen 1925 und 1932 geborenen Jungwähler stärker für die Union, weil sie zweifellos die modernere Partei war. Die CDU war für sie eben nicht die Partei der Restauration, sondern eine neue Partei, die per Westbindung den Anschluss an die USA versprach, konfessionelle Grenzen überschritt und zumindest im evangelischen Raum vergleichsweise wenig auf den Weimarer Milieustrukturen aufbaute. Da diese Generation während des Nationalsozialismus sozialisiert worden war, spielten die alten konfessionellen Vorurteile eine weitaus geringere Rolle.

Der Wahlerfolg stützte sich zudem wiederum auf die Wählerinnen, die in allen Altersgruppen zu rund acht Prozent häufiger für die CDU votierten. Da sie nach den Kriegsverlusten den größten Teil der Bevölkerung ausmachten, fiel ihr Wahlverhalten besonders ins Gewicht. Nicht nur ihre größere Kirchnähe und ihre schwächere Verankerung in gewerkschaftsstarken Berufen motivierte die Frauen – wie bereits in der Weimarer Republik – zur Wahl einer betont christlichen Partei. Da Frauen in Umfragen häufig die Preisentwicklung als wichtigstes politisches Problem benannten<sup>92</sup>, dürften die kurzfristigen Wahlgeschenke für Kon-

Tab. 3: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1953 nach Geschlecht und Alter in Prozent<sup>91</sup>

Alter	CDU/CSU			SPD			FDP			Sonstige		
	M.	Fr.	Zus.	M.	Fr.	Zus.	M.	Fr.	Zus.	M.	Fr.	Zus.
21–29	41,4	48,4	45,0	34,3	29,0	31,6	10,0	9,5	9,7	14,3	13,1	13,7
30–59	37,0	45,4	41,6	32,9	28,3	30,4	12,3	10,9	11,6	17,8	15,4	16,4
Ab 60	42,2	51,4	47,1	30,1	27,6	29,9	11,4	9,6	10,4	16,9	14,8	15,8
Zusammen	38,9	47,2	43,3	32,5	27,6	29,9	11,7	10,4	11,0	16,9	14,8	15,8

Tab. 4: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1953 nach Konfession und Beruf in Prozent<sup>93</sup>

Partei Berufsgruppe	Alle Befragten		Arbeiter			Angestellte/ Beamte			Selbstständige			Landwirte		
	Kath.	Prot.	Alle	Kath.	Prot.	Alle	Kath.	Prot.	Alle	Kath.	Prot.	Alle	Kath.	Prot.
CDU/CSU	58	33	35	47	22	49	61	40	53	66	39	58	68	48
SPD	22	37	48	36	60	27	22	31	11	7	15	4	0	8
FDP	5	15	4	2	6	14	8	19	20	14	26	12	4	20
Sonstige	15	15	14	15	12	10	9	10	16	13	20	26	28	24

Tab. 5. CDU-Zweitstimmen nach Gemeindegröße und Anteil der evangelischen Bevölkerung in Prozent<sup>94</sup>

Gemeindegröße/ Evangelischer Bevölkerungsanteil	Unter 20	20 bis 40	40 bis 60	60 bis 80	80 und mehr
Bundesgebiet	63,0	56,5	43,1	35,5	32,5
Unter 3000 Einwohner	73,0	70,5	51,0	30,8	29,9
3000 bis 50000 Einwohner	54,1	58,5	54,0	36,4	34,8
Über 50000 Einwohner	55,3	53,2	41,5	36,2	34,7

Tab. 6. Wahlbeteiligung nach Gemeindegröße, evangelischem Bevölkerungsanteil und Geschlecht in Prozent<sup>95</sup>

Gemeindegröße/Geschlecht Evangelischer Bevölkerungsanteil	Bundes- weit	Unter 20	20 bis 40	40 bis 60	60 bis 80	80 und mehr
<b>Bundesgebiet</b>						
Insgesamt	86,3	89,0	87,0	83,1	85,5	86,9
Männer	88,0	90,1	88,4	85,2	87,0	89,0
Frauen	84,9	88,1	85,9	81,3	84,2	85,2
<b>Unter 3000 Einwohner</b>						
Insgesamt	87,3	90,8	88,2	80,7	85,9	86,2
Männer	89,7	91,6	88,9	88,3	89,7	88,9
Frauen	85,3	90,1	87,7	74,3	82,6	83,9
<b>3000 bis 50000 Einwohner</b>						
Insgesamt	87,6	87,6	89,8	88,0	85,1	87,8
Männer	89,2	89,1	90,7	90,0	86,6	89,9
Frauen	86,3	86,4	89,1	86,5	83,9	86,3
<b>Über 50000 Einwohner</b>						
Insgesamt	84,6	85,7	84,6	82,7	85,6	87,2
Männer	85,9	85,1	86,5	84,6	86,5	87,7
Frauen	83,4	86,2	83,1	81,1	84,8	86,7

sumprodukte gerade die unentschlossenen Wählerinnen zur CDU geführt haben. Zudem erreichten der Filmeinsatz und die für die Illustrierten produzierten Medienereignisse mehr Frauen als die herkömmlichen Kampagnen, die stärker mit Wahlversammlungen und Zeitungsberichten arbeiteten.

Getragen wurde der Wahlerfolg weiterhin vornehmlich von der katholischen Wählerschaft. Rund 58 Prozent der Katholiken votierten für die CDU/CSU, aber nur ein Drittel der restlichen Bevölkerung. Der Blick auf die einzelnen Wahlkreise zeigte, dass die CDU-Ergebnisse je nach konfessioneller Zusammensetzung auch im gleichen Bundesland extrem schwankten. Proportional zum Anstieg des evangelischen Bevölkerungsanteils sank der Anteil der CDU-Stimmen. Dies galt insbesondere für ländliche Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern: Während die Union in stark katholischen Kleingemeinden durchschnittlich 73 Prozent erhielt, lag sie in kleinen evangelischen Gemeinden weiterhin durchschnittlich unter dreißig Prozentpunkten, insbesondere in Hessen und Niedersachsen sogar unter 25 Prozent.<sup>96</sup>

In fast allen katholischen Wahlkreisen konnte die CDU ihren Stimmenanteil noch einmal um rund zehn Prozent erhöhen. Durch die Ausschaltung des Zentrums stieg der CDU-Anteil in Zentrumshochburgen wie Münster sogar um 25 Prozentpunkte. Dank der Mobilisierung der katholischen Kirchen hatte sich in zahlreichen katholischen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung auf weit über neunzig Prozent erhöht, wodurch der CDU-Anteil noch weiter anwachsen konnte. Gerade in katholisch-ländlichen Gemeinden dürfte dank der kirchlichen Wahlaufrufe die weibliche Wahlbeteiligung das Niveau der Männer erreicht haben, was den Christdemokraten wichtige Stimmengewinne bescherte.

Gleichzeitig basierte der CDU-Sieg auf einem Zuwachs bei den bürgerlich-evangelischen Wählern. Auch jene, die der Union weiterhin distanziert gegenüber standen, gaben Adenauer als Kanzler ihre Stimme.<sup>97</sup> Wie sehr der Wahlerfolg auf den ›Adenauer-Wählern‹ aufbaute, belegte einerseits die große Diskrepanz, die besonders in den evangelischen Wahlkreisen zwischen der Bundestagswahl und den späteren Landtags- und Kommunalwahlergebnissen bestand. Andererseits dokumentierten Umfragen, dass insbesondere die Person Adenauers die Entscheidung für die CDU motivierte. Vierzig Prozent der CDU-Wähler begründeten ihre Wahl damit, »daß die CDU eine christliche Partei ist«. <sup>98</sup> Dies waren die Stammwähler der Christdemokraten, die vornehmlich im katholischen Milieu und im direkten evangelischen Kirchengemeinde verankert waren. Jedoch immerhin achtzehn Prozent nannten als wichtigstes Wahlmotiv, »daß Adenauer Deutschland Ansehen, Freunde und Geltung in der Welt

verschafft hat«. Weitere sechzehn Prozent nannten als Grund, »daß Adenauer eine große Führungspersönlichkeit ist«. »Wohlstand und wirtschaftlicher Aufschwung« wurden dagegen recht selten genannt (elf Prozent). Noch war die CDU also nicht die Partei des Wirtschaftswunders, sondern die Partei des »C«, die zugleich über ihre Führungspersönlichkeit das gesamte bürgerliche Lager ansprach. Ihr protestantisch-bürgerliches Wählerpotential hatte die CDU dabei noch lange nicht ausgeschöpft. Protestanten, die nicht zur Berufsgruppe der Arbeiter zählten, wählten 1953 immerhin zu rund vierzig Prozent Kleinparteien, insbesondere die Liberalen.<sup>99</sup> Durch Adenauers Sammlungspolitik und seinen überlegenen Wahlkampf hatten die Christdemokraten aber unverkennbar ein Wahlergebnis erreicht, das gegenüber den Liberalen den Anspruch auf diese Wählerklientel verdeutlichte.

Nach der Wahl stellte sich zunächst die Frage, welche Parteien an der Regierung beteiligt werden sollten. Um die Regierungsmehrheit zu sichern, hätte ein Koalitionspartner gereicht. Adenauer setzte jedoch seinen breiten Sammlungskurs fort und schloss alle drei Bundestagsparteien rechts von den Sozialdemokraten in seine neue Regierung ein. Neben der Deutschen Partei und den Liberalen trat damit auch der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) ins Kabinett, der neben den Vertriebenen zunehmend angeblich entrechtete ehemalige Nationalsozialisten in sich vereinte.<sup>100</sup> Gegenüber seinen skeptischen Parteifreunden argumentierte Adenauer auf vier Ebenen dafür, warum ein derartiges breites Rechtsbündnis nötig wäre. Erstens sei die Bevölkerung wegen der NSDAP-Erfahrung skeptisch gegenüber der Alleinregierung von nur einer Partei, weswegen ein breites Bündnis nötig sei. Zweitens könne nur auf diese Weise eine neue DNVP verhindert werden, die sich aus den drei Kleinparteien bilden könne. Drittens sollte so die Zweidrittelmehrheit der Regierung gesichert werden, die insbesondere für die Außenpolitik nötig sei. Und viertens sei die SPD zunehmend in kommunistisches Fahrwasser geraten, weswegen eine Zusammenarbeit mit ihr unmöglich wäre.<sup>101</sup>

Im Unterschied zu 1949 hatte sich Adenauers Blockpolitik mittlerweile soweit durchgesetzt, dass eine Große Koalition ohnehin kaum noch offen gefordert wurde. Der Einschluss der FDP war weiter unbeliebt, nicht aber wirklich umstritten. Auch programmatische Differenzen zu den kleineren Partnern wurden nun kaum noch thematisiert. Selbst Jakob Kaiser, der vor der Wahl noch für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten plädiert hatte, trat jetzt für die Einbindung der Deutschen Partei ein, damit diese in der Union aufgehen könne.<sup>102</sup> Kon-

trovers diskutierte die Parteiführung vielmehr die Frage, mit welchen personellen Zugeständnissen die Kleinparteien einzubinden seien. Obwohl die Fachkompetenz der DP-Minister Hellwege und Seebohm intern kritisiert wurde und insbesondere Seebohms Sonntagsreden gefürchtet waren, hielt die CDU-Führung um Adenauer unumstößlich an den beiden konservativen Integrationsfiguren fest.<sup>103</sup> Umgekehrt stellte auch die Deutsche Partei in ihrer Verhandlungsvorlage kaum noch inhaltliche Forderungen, sondern verlangte vor allem Posten; neben ihren beiden Ministern einen Sitz in jedem Ausschuß sowie eine Berücksichtigung in allen Wahlkörperschaften (wie zum Beispiel Richterwahlausschüssen) und europäischen Organen.<sup>104</sup>

Auch der BHE wurde zunächst mit Ämtern geködert, weniger durch politische Zugeständnisse. Seit dem Sommer 1952 liefen Gespräche, insbesondere den BHE-Vorsitzenden Waldemar Kraft als Vertriebenenminister zu gewinnen, um so die Vertriebenenpartei in Bund und Ländern zur CDU zu führen.<sup>105</sup> Vor allem die christdemokratischen Flüchtlingspolitiker protestierten gegen eine Einbindung des BHE, weil sie hierdurch ihre eigenen Profilierungs- und Karrierechancen gefährdet sahen. Um sie zu beruhigen, wurden frühzeitig prominente Ersatzstellen disponiert. Ihr Wortführer Linus Kather sollte zum Ausgleich Präsident des Lastenausgleichsamtes werden.<sup>106</sup> Beim Einschluss des BHE, der schließlich mit zwei Ministern berücksichtigt wurde, war es wiederum Adenauer, der sich gegen Widerstände in der CDU und CSU mit seiner großzügigen Einbindungspolitik durchsetzte.<sup>107</sup> Dass die beiden BHE-Minister Oberländer und Kraft durch ihre nationalsozialistische Vergangenheit belastet waren, nahm Adenauer dabei bewusst in Kauf.<sup>108</sup>

Während die Christdemokraten die NS-Belastung der Minister kaum thematisierten, stand die konfessionelle Struktur der Ministerriege wiederum von Beginn an im Vordergrund. Bereits ein Jahr vor der Wahl sondierten Staatssekretär Lenz und Adenauer die Kabinettsliste mit Blick auf die Kirchengliederung. Auf der Suche nach geeigneten Protestanten stellte Lenz den späteren Innenminister Schröder ebenso heraus wie Robert Tillmanns, der im Ostbüro des EKD-Hilfswerks führend engagiert war. »Da das Ostproblem von dem evangelischen Volksteil stark unter konfessionellen Gesichtspunkten betrachtet wird, würde diese Berufung sicherlich begrüßt werden«, führte Lenz als Begründung für Tillmanns an.<sup>109</sup> In den internen Kabinettslisten wurde stets die Konfession aller Minister mit aufgeführt und anteilig zusammengerechnet.<sup>110</sup>

Um sowohl den Koalitionspartnern als auch dem parteiinternen Konfessionsproporz gerecht zu werden, vergrößerte Adenauer das Kabinett auf neunzehn Minister. Zur Absicherung der bürgerlichen Sammlung

ließ er bedenkenlos die Zahl der sinnlosen Ministerien anwachsen. Während nun allein vier Bundesminister für besondere Aufgaben im Kabinett saßen, behielt Adenauer den wirklich maßgeblichen Posten des Außenministers weiterhin in seiner eigenen Hand. Wiederum war es damit Adenauers großzügiger Umgang mit Stellen und Staatsmitteln, der seinen Plänen zum Erfolg verhalf. Die allgemeine Unzufriedenheit blieb trotz des Proporzbauches bestehen. Die evangelischen Christdemokraten klagten ähnlich wie 1949, dass lediglich drei der elf Unions-Minister zunächst evangelisch sein sollten. Ihr führender Kopf, Hermann Ehlers, forderte auch öffentlich eine stärker paritätische Besetzung des Kabinetts ein und monierte, dass weiterhin vornehmlich die Koalitionspartner im Kabinett die Protestanten vertraten.<sup>111</sup> Insbesondere der nominierte Postminister Schubert (CSU) blieb nicht zuletzt deshalb unberücksichtigt, damit ein evangelischer CSU-Mann den Posten übernehmen konnte.<sup>112</sup>

Das Kapitel zeigte somit, dass die CDU nicht nur ihren Wahlsieg ihrer Großzügigkeit verdankte, sondern diesen Erfolg auch mit einer ebenso generösen Koalitionsbildung ausbaute. Die kleinen Parteien konnten so zwar personelle Erfolge feiern, mussten aber gleichzeitig feststellen, dass sie nach der Bundestagswahl immer fester ins Netz der CDU gerieten.<sup>113</sup> In der folgenden Legislaturperiode erhöhte sich so für sie der Druck, sich eigenständig zu profilieren. Da der CDU-Wahlsieg noch als ein einmaliges Ergebnis erschien, konnten sie sich zumindest langfristig noch Hoffnungen machen. Aus der Perspektive der Zeitgenossen war die bürgerliche Sammlung der CDU noch nicht abgeschlossen.

### 3. Über Krisen zur absoluten Mehrheit

Vier Jahre später sollte die CDU/CSU erreichen, was nach 1953 nicht die optimistischsten Beobachter für möglich gehalten hatten: Die absolute Mehrheit der Stimmen. Um fünf weitere Prozentpunkte legte sie dabei zu und erzielte so ein Bundestagswahlergebnis, das bekanntlich bis heute keine andere Partei erreichte. Der Weg dorthin ähnelte dem Verlauf der ersten Legislaturperiode, nur dass sich vieles auf einem höheren Niveau abspielte. Wiederum war er alles andere als gradlinig. Auf den großen Wahlsieg folgte zunächst abermals ein Tal der Krisen. Innerparteiliche Spannungen, die im gemeinsamen Wahlkampf zurückgestellt wurden, brachen nun wieder auf. Die unerwartete Größe der Fraktion und des Kabinetts konnte kurzfristig viele Wünsche befriedigen. Langfristig steigerte sie aber die Erwartungen der unterschiedlichen Gruppen, die sich alle für den Wahlsieg verantwortlich wähnten.

Außenpolitisch stellten sich erst nach Rückschlägen Erfolge ein. Adenauer musste zunächst hinnehmen, dass die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag ablehnte. Über die Pariser Verträge gelang schließlich dennoch der NATO-Eintritt und der Schritt in die Souveränität.<sup>114</sup> Ebenso führte die Debatte um das Saarstatut zu einer polarisierenden Diskussion, bevor im Oktober 1956 die Angliederung des Saarlandes ratifiziert werden konnte. Sie spaltete nicht nur die Regierungskoalition, sondern ließ gerade im evangelischen Raum wieder den Vorwurf aufflammen, Adenauer konzentriere sich nur auf die Westbindung und vernachlässige die Protestanten in der DDR.<sup>115</sup> Einen kaum erwarteten Erfolg bescherte dagegen die Moskaureise von 1955. Die dort ratifizierte Heimkehr der letzten zehntausend Kriegsgefangenen verschaffte Adenauers Politik eine öffentliche Zustimmung, die in seiner ganzen Amtszeit nur einmal übertroffen wurde. Gerade die bürgerlichen Wähler dürfte die als Medienereignis inszenierte Moskaureise und die anschließende Rückführung nachdrücklich beeindruckt haben.<sup>116</sup>

Dagegen standen die Christdemokraten vor allem innenpolitisch vor schweren Problemen. Die in der Regierungserklärung angekündigte »umfassende Sozialreform« entwickelte sich schnell zu einem selbstblockierenden Streit.<sup>117</sup> Der katholisch-soziale Arbeitsminister Storch und der sparsame Finanzminister Schäffer traten dabei als Protagonisten auf, wobei die Debatte aber gleichzeitig die unterschiedlichen Positionen des katholisch-sozialen und des liberalen Parteiflügels freilegte, die wir bereits bei der Parteigründung ausmachen konnten. Die konfessionellen Spannungen heizte ebenso Familienminister Wüermeling mit seinen klerikal anmutenden Gesetzesplänen an, die sowohl den öffentlichen als auch den innerparteilichen Unmut steigerten. Während über sein Kindergeldgesetz die Unionsfraktion im Bundestag völlig auseinanderfiel, scheiterten seine Entwürfe zur Filmzensur, zum Scheidungsrecht und zur Zivilehe schon im Vorfeld an den Protesten der Presse und der Partei.<sup>118</sup> Insbesondere Adenauer und Krone konnten die katholische Kirche und den ihr nahestehenden Parteiflügel zwar zur Zurückhaltung überreden, aber dennoch gab vor allem die Infragestellung der Zivilehe den alten antikatholischen Vorurteilen neuen Aufschwung.

Die von der katholischen Kirche unterstützten Pläne Wüermelings kamen ohnehin zu einem Zeitpunkt, als die kaum gewonnenen evangelischen Parteifreunde einen schweren Rückschlag erlitten. Mit Hermann Ehlers starb im Oktober 1954 völlig unerwartet der führende Kopf der evangelischen Christdemokraten, der gerade in Norddeutschland als Adenauers Nachfolger gesehen wurde. Ein echter Ersatz war zunächst nicht in Sicht. Im Sommer 1954 schlug zudem der ›Fall John‹ gerade

im evangelischen Raum hohe Wellen. Otto John, Präsident des Verfassungsschutzes, war im Juli 1954 nach Ost-Berlin übergelaufen. Ihm folgte im Monat darauf der CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack. Während sich die Union bei John noch herausreden konnte, dass er von den Alliierten eingesetzt worden sei, war Schmidt-Wittmack ein echtes Gewächs der CDU; der junge Oberleutnant und Firmeninhaber war 1948/49 JU-Vorsitzender Hamburgs und 1949 stellvertretender Bundesvorsitzender der JU geworden.<sup>119</sup> Gerade in einer Partei, deren wichtigste Klammer der Antikommunismus war, sorgten die Übertritte für eine entsprechende Verunsicherung. Da beide Überläufer eher national-konservativ eingestellt waren und ihren Wechsel nach Ost-Berlin als Wiedervereinigungspolitik rechtfertigten, stellte sich zugleich wieder die Frage, ob die Adenauer-CDU wirklich alles für die Wiedervereinigung tat. Die schwankende Haltung der zuständigen evangelischen Spitzenpolitiker Schröder und Ehlers verhärtete dabei die Situation.<sup>120</sup>

Angesichts dieser innen- und außenpolitischen Wechselbäder verwunderte es nicht, dass die Christdemokraten bei keiner nachfolgenden Landtags- oder Kommunalwahl das Ergebnis von 1953 halten konnten. Gerade in den evangelischen Gebieten zeigte sich nun, dass die Wähler bei dem Überraschungserfolg 1953 vornehmlich Adenauer, nicht aber die Union gewählt hatten. Bei den Landtagswahlen kehrten sie entweder zu ihren Kleinparteien zurück oder gingen überhaupt nicht zur Wahl. Die Sozialdemokraten hielten dagegen in etwa ihre absolute Stimmenzahl und gewannen so einige Prozentpunkte hinzu. Lediglich in Hessen und Bremen, wo die CDU und SPD die meisten Gemeinsamkeiten hatten, deuten die absoluten Wahldaten auch einen größeren Stimmenaustausch zwischen den beiden großen Parteien an.

Um die ungebundenen, weiterhin distanzierenden bürgerlichen Wähler zu gewinnen, mussten die Christdemokraten auch in der zweiten Legislaturperiode ihren bisherigen Sammlungskurs weiter auszubauen. Die von Adenauer 1953 durchgesetzte breite Blockbildung verhalf dabei zugleich, die Verluste bei den Landtagswahlen aufzufangen und weitere bürgerliche Regierungen zu etablieren. In den Ländern verwandelten sich so die Niederlagen indirekt in Erfolge. In Schleswig-Holstein verlor die CDU gegenüber der Bundestagswahl ganze fünfzehn Prozentpunkte und lag nun knapp hinter den Sozialdemokraten. Dank ihres guten Verhältnisses zur FDP und dem GB/BHE konnte sie jedoch problemlos weiter die Regierung führen. Ebenso lagen in Niedersachsen Wahlverluste und Sammlungserfolge dicht beisammen. Gegenüber der Bundestagswahl verloren die Christdemokraten auch hier ein Drittel ihrer Wähler. Dennoch konnten sie mit Hilfe eines vorzeitig abgeschlossenen Wahlab-

Tab. 7: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse 1953 bis 1957 (in Prozent) nach Bundesländern<sup>121</sup>

BTW 1953 LTW 1953–56 BTW 1957	Schleswig- Holstein	Hamburg	Bremen	Nieder- sachsen	Hessen	Nordrhein- Westfalen	Baden- Württ.	Rheinland- Pfalz
CDU	47,1 32,2 48,1	36,7 50,0** 37,4	24,8 18,0 30,4	35,2 26,6 39,1	33,2 24,1 40,9	48,9 41,3 54,4	52,4 42,6 52,8	52,1 46,8 53,7
SPD	26,6 33,2 30,8	38,1 45,2 45,8	39,0 47,7 46,2	30,1 35,2 32,8	33,7 42,6 38,0	31,9 34,5 33,5	23,0 28,9 25,8	27,2 31,7 30,4
FDP	4,5 7,5 5,6	10,3 50,0** 9,4	7,5 8,6 5,8	6,9 7,9 5,9	19,7 20,5 8,5	8,5 11,5 6,3	12,7 16,6 14,4	12,1 12,7 9,8
DP	4,0 5,1* 3,8	17,0 50,0** 4,7	17,0 16,6 13,8	11,9 12,4 11,4	2,8 1,2 5,5	1,0 0,0 1,6	1,6 – 1,3	1,1 – 1,6
GB/BHE	11,6 14,0 8,3	3,3 – 1,5	3,3 2,9 1,8	10,8 11,0 7,6	6,4 7,7 8,5	2,7 4,6 2,5	5,4 6,3 4,3	1,5 1,8 1,5
Wahlbetei- gung	88,3 78,6 88,3	86,5 80,9 89,2	86,5 84,0 88,7	88,3 77,5 89,0	86,7 82,4 89,1	86,0 72,6 88,0	81,8 70,3 84,4	86,0 76,0 88,3

\* Die DP trat hier als SHB (Schleswig-Holstein Block) an

\*\* Ergebnis des Hamburg-Blocks (CDU, FDP DP)

kommens mit der DP, der FDP und dem BHE erstmals eine bürgerliche Regierung bilden.<sup>122</sup> Dabei wurde aus taktischen Gründen allerdings dem DP-Vorsitzenden Heinrich Hellwege das Ministerpräsidentenamt überlassen, um die Deutsche Partei weiter einzubinden.

Bereits im November 1953 gelang es dem aus CDU, DP und FDP bestehenden Hamburg-Block, die absolute Mehrheit zu erringen, obwohl sie zusammen rund vierzehn Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl verloren. Da neben dem ›Hamburg-Block‹ nur die Sozialdemokraten in die Bürgerschaft kamen, bestand in Hamburg nun formell das angestrebte Zweiparteienparlament. Unterhalb der Fraktionsgemeinschaft behielten jedoch alle drei Parteien ihre Selbständigkeit. Ähnlich wie im Bundeskabinett wurden die Liberalen und die Deutsche Partei durch eine Erweiterung des Senates großzügig mit Posten belohnt, während die CDU mit Kurt Sieveking bis heute das einzige Mal den ersten Bürgermeister stellen durfte.<sup>123</sup> Ihr gemeinsames, stark wirtschaftspolitisch ausgerichtetes Grundsatzprogramm nannte die enge Zusammenarbeit mit der Bundesregierung als oberstes Ziel und knüpfte somit direkt an die Bonner Regierungsbildung an. Auch schulpolitisch fanden sie eine

gemeinsame Linie, die jenseits der Bekenntnisschule die Rückkehr zur vierjährigen Grundschule einleitete.<sup>124</sup> Damit hatten die Hamburger Christdemokraten erstmals die Perspektive, ein mehrheitsfähiges, adäquates regionales Profil zu gewinnen.

In Nordrhein-Westfalen musste die CDU zwar Verluste hinnehmen, konnte diese aber ebenfalls dadurch ausgleichen, dass nun auch Ministerpräsident Arnold endlich die von Adenauer angestrebte Koalition mit den Liberalen einführte. Keine Veränderungen gab es dagegen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Das Sorgenkind blieb trotz aller Schützenhilfe die CDU in Hessen. Obwohl CDU, FDP und BHE bei der Landtagswahl 1954 zusammen eine klare Mehrheit erreichten, gelang es ihr wiederum nicht, eine bürgerliche Regierung zu bilden. Entgegen Adenauers Mahnungen hatte der katholisch geprägte Landesvorstand im Vorfeld der Wahl wiederum keinen engeren Kontakt zu den kleinen Parteien gepflegt. Und auch nach der Wahl versäumte er, ähnlich großzügig wie Adenauer auf die Ministerforderungen der Kleinparteien einzugehen.<sup>125</sup> Dank dieser selbstisolierten Haltung sollten die hessischen Christdemokraten noch lange von der Regierung fernbleiben.

Adenauers Sammlungspolitik konnte damit zumindest kurzzeitig in den meisten Bundesländern die Krisenfolgen auffangen. Eine langfristige Lösung war dies nicht, zumal die kleinen Parteien sich seit 1955/56 aus dem umarmenden Griff der CDU lösten. In Bund und Ländern bemühten sie sich, durch eine Öffnung zur Sozialdemokratie ihre Unabhängigkeit zu erhalten. Die Liberalen traten im Februar 1956 in Bonn und in Nordrhein-Westfalen aus der gemeinsamen Regierung aus. In Ländern wie Hamburg und Niedersachsen rückten sie zunehmend auf Distanz. Ein Jahr zuvor war bereits der BHE aus der Bonner Regierung ausgeschieden. Und schließlich mutierte die Deutsche Partei in Hamburg zur Oppositionspartei in der Regierung und liebäugelte in Niedersachsen mit den Sozialdemokraten.<sup>126</sup> Damit war nicht mehr auszuschließen, dass sich die Sozialdemokraten auf lange Sicht auch in Bonn mit den beiden kleinen Partnern gegen die CDU verbünden würden.

Zudem sah sich die CDU Ende 1955 vor ein Führungsproblem gestellt. Adenauers Lungenentzündung, die ihn nach der Moskau-Reise fast zwei Monate ans Bett fesselte, warf die Frage auf, was im Falle von Adenauers Tod oder krankheitsbedingtem Rücktritt geschehen würde. Ein Nachfolger war nicht in Sicht – weder innerhalb der CDU-Führung noch bei entsprechenden Bevölkerungsumfragen. Am ehesten favorisierten beide Seiten noch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano, der aber wahrlich keine starke politische Führungsgestalt war.<sup>127</sup> Zu dem Führungsproblem der Union gehörte aber auch, dass sich mit

Finanzminister Schäffer und Wirtschaftsminister Erhard die ansonsten bekanntesten Unionspolitiker in schier endlosen Kontroversen verstrickten. Geschlossen wirkte die Regierung dadurch kaum.

Und schließlich bot die Wiederbewaffnung weitere Stolpersteine, die brenzlige Konflikte mit den evangelischen Geistlichen bescherten. Im Frühjahr 1957 brach mitten im Wahljahr die Anti-Atom-Kampagne los. Adenauer selbst hatte diese Lawine durch eine unbedachte Presseäußerung ausgelöst, in der er wie selbstverständlich forderte, die Bundeswehr müsse »kleine« Atombomben erhalten.<sup>128</sup> Einer Erklärung von achtzehn Göttinger Atomwissenschaftlern, darunter einigen Nobelpreisträgern, gegen deutsche Nuklearwaffen folgten breite Protestdemonstrationen. Sie wurden vornehmlich von den Gewerkschaften getragen, aber eben auch von evangelischen Kirchenvertretern unterstützt, was die interkonfessionelle Sammlungspartei wieder in ihrem Kern zu treffen drohte.<sup>129</sup>

Wie gelang es der CDU also, sich trotz dieser Herausforderungen zu konsolidieren und den Weg zur absoluten Mehrheit zu meistern? Vieles im Wahlkampf erinnerte an die Bundestagswahl vier Jahre zuvor. Wie bei der USA-Reise von 1953 legte Adenauer wieder medienwirksame Staatsbesuche in das direkte Vorfeld der Wahl und ermöglichte so attraktive Bilder für die Zeitungen, Illustrierten und Wochenschauen. Abermals flog er vorher in die USA, um dort unter anderem fotogen auf der Farm von Präsident Eisenhower empfangen zu werden. Zwischen Cowboy-Hüten und Zuchtbullen wirkte Adenauer kraftvoller und jugendlicher denn je. Bei seinem vorherigen Staatsbesuch beim Schah von Persien traf er schließlich mit dessen Ehefrau Soraya zusammen, die vielleicht den Mittelpunkt der damaligen Illustrierten-Öffentlichkeit bildete.<sup>130</sup> Die persische Kaiserin mit deutscher Mutter, die nach der Trauhohezeit vergeblich auf ein Kind wartete, erhielt in den fünfziger Jahren sicher noch mehr Aufmerksamkeit als der amerikanische Präsident. Gerade dieses Treffen verdeutlichte, dass Adenauers Gespür für einfache, aber emotional nachhaltig wirkende Botschaften kaum zu übertreffen war. Den Illustriertenfotos mit Soraya konnte sein sozialdemokratischer Gegenkandidat Ollenhauer wahrlich wenig entgegen setzen. Insbesondere die stärker weibliche Leserschaft der neuen Illustriertenlandschaft konnte Adenauer so indirekt ansprechen.

Außenpolitisch gewährte zudem die Sowjetunion ein weiteres Mal eine indirekte Wahlhilfe. Mit ihrer brutalen Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes Ende 1956 trug sie wie einst am 17. Juni rechtzeitig dazu bei, die Mobilisierungskraft des Antikommunismus' neu zu entfalten. Gerade die norddeutschen CDU-Landesvorsitzenden sahen

dies als eine große Chance, die offensiv gegen die Sozialdemokraten auszunutzen sei.<sup>131</sup> Die Christdemokraten zeigten in ihren Wahlveranstaltungen dementsprechend Filme über den sowjetischen Panzereinsatz, die gerade auf dem platten Land mitunter so beliebt waren, dass die Leute kaum in die Säle passten.<sup>132</sup> Wahlplakate wie »Denkt an Ungarn: Seid wachsam! CDU« (mit dem brennenden Budapest im Hintergrund) ergänzten diese Kampagne, die sich im Kern wiederum gegen die Sozialdemokraten richtete. Wehrpolitische Nachgiebigkeit, wie sie auch von den Anti-Atom-Demonstrationen gefordert wurde, konnte auf diese Weise erneut diskreditiert werden.

Mit der Anti-Atom-Bewegung selbst wurden die Christdemokraten ebenfalls erstaunlich gut fertig. Zunächst vertagte Adenauer das Thema und stellte seine Forderung nach atomarer Bewaffnung damit indirekt zurück. Um die öffentlichen Proteste einzudämmen, benutzte die CDU-Spitze die bewährten Strategien aus der Wiederbewaffnungsdebatte. Wie einst die Kirchenführer lud Adenauer nun die Göttinger Atomwissenschaftler zu sich ein, um sie in einem langen Gespräch von seinen Positionen zu überzeugen. Da es den Professoren vornehmlich darum ging, den internationalen Anschluss ihrer zivilen Nuklearforschung zu sichern, konnte der auf das Gespräch gut vorbereitete Kanzler sie leicht einnehmen und sogar zu einem gemeinsamen Kommuniqué überreden.<sup>133</sup> Selbst Carl Friedrich von Weizsäcker, der als prinzipieller Gegner von Adenauers Verteidigungspolitik galt, wurde so zunächst für die Christdemokraten eingenommen. Schon kurze Zeit später hielt Weizsäcker für die CDU in Göttingen einen werbewirksamen Vortrag über »Die Erklärung der Göttingen Professoren und unserer Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler«, die derartig wohlwollend verlief, dass die Hamburger Christdemokraten ihn sogar als Bundestagskandidaten zu gewinnen versuchten.<sup>134</sup>

Letzteres deutete bereits auf die zweite bewährte Krisenstrategie der CDU-Führung hin, die aus der Wiederbewaffnungsdebatte vertraut war: Sie stellte Gegenexperten heraus, die legitimiert erschienen, den insbesondere von Albert Schweitzer popularisierten Vorwürfen zu widersprechen. Mit Pascual Jordan konnte sie einen Physikprofessor und Atomwissenschaftler als Bundestagskandidaten gewinnen, der auch populärwissenschaftlich arbeitete. Nun hielt er auf CDU-Veranstaltungen Einführungen in die Atomphysik, die die nuklearen Gefahren verharmlosten und die sowjetische atomare Überlegenheit beschworen.<sup>135</sup> Obwohl Jordan zunächst nicht der CDU angehörte und nationalsozialistisch belastet war, erhielt er 1957 sogleich Platz sechs auf der niedersächsischen Landesliste.<sup>136</sup> Ebenso konnte die CDU für ihren Bundesparteitag den evan-

gelischen Moralthologen Helmut Thielecke für ein Referat über »Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter« gewinnen.<sup>137</sup> Da die Debatte vor allem durch Gustav Heinemanns Engagement das evangelische Kirchenvorfeld bedrohte, stellte die CDU zudem ihre profilierten evangelischen Politiker als öffentliche Redner heraus. Ernst Bach, Adolf Cillien und Eugen Gerstenmaier traten dabei wiederum als Gegenpol hervor.<sup>138</sup>

Um eine breite Öffentlichkeitsarbeit gegen die Atombewaffnung zu betreiben, konnte die CDU schließlich drittens auf die »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise« zurückgreifen, die ebenfalls im Zuge der Wiederbewaffnungsdebatte aufgebaut worden war. Nach eigenen Angaben machte sie in den acht Monaten vor der Wahl über 13000 »Aufklärungsversammlungen und Diskussionen zu wehrpolitischen Fragen«. Da sie hauptsächlich mit Vereinen und Verbänden zusammenarbeitete, war ihre Breitenwirkung nicht zu unterschätzen.<sup>139</sup>

Entscheidend für den Wahlerfolg der CDU waren schließlich wiederum die innenpolitischen Weichenstellungen. Das Wirtschaftswachstum war nun deutlich sichtbar und mit nur 3,5 Prozent Arbeitslosen war die Vollbeschäftigung erreicht. Dennoch gab sich Adenauer eben nicht mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zufrieden, sondern zögerte wie 1952/53 nicht, mit großzügigen Wahlgeschenken nachzuhelfen. In den Monaten vor der Wahl besserte die Regierung die steuerrechtlichen Vorschriften ebenso nach wie die wirtschaftliche Absicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall. Sie erhöhte das Kindergeld und senkte die Umsatzsteuer nicht nur für die Freiberuflichen (wie Journalisten), sondern beispielsweise auch für die Kaffeehändler, damit erneut die Kaffeepreise kurzzeitig sanken.<sup>140</sup> Dank Adenauers Drängen wurde aber vor allem die Rentenreform rechtzeitig vor der Bundestagswahl verabschiedet. Während die Wirtschaftsverbände, die Liberalen und die Deutsche Partei ebenso wie einige Christdemokraten in Kabinett und Parteiführung die dynamische Rente für unbezahlbar hielten, setzte Adenauer die Reform gegen alle Bedenken durch. Den Hinweis auf die damit erreichbaren Wählerstimmen vergaß er dabei nie. Tatsächlich stieß sie in der Bevölkerung auf eine derartig positive Resonanz wie kaum jemals ein Gesetz.<sup>141</sup> Mit der Rentenreform profilierte sich die CDU als eine soziale Partei, deren Wohltaten zugleich quer zu den Lohnforderungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften standen. Damit versöhnte Adenauer zugleich den katholisch-sozialen Flügel seiner Partei, der sich in den letzten Jahren durch Erhards Wirtschaftspolitik zunehmend ausgegrenzt fühlte. Um die soziale Segnung zu vermitteln, sollte bei der Auszahlung der ersten neuen Rente jeder Bezieher eine »Rentenfibel« der Bundesre-

gierung erhalten.<sup>142</sup> Die Einführung der dynamischen Rente half Kleinverdienern, die keine Altersrücklagen bilden konnten. Durch ihren leistungsbezogenen Charakter entsprach sie zugleich bürgerlichen Prinzipien, zumal sie im Unterschied zur Einheitsrente eine Statussicherung im Alter förderte. Vor allem garantierte sie den durch Krieg und Inflation verunsicherten Wählern Sicherheit. Und die Rückkehr in eine kalkulierbare Zukunft war nach den Verwerfungen der letzten Jahrzehnte das, wonach sich die meisten Wähler sehnten.

Dieser Sehnsucht nach Sicherheit entsprach, dass die Öffentlichkeit laut Umfragen seit 1956 die Preisstabilität als die wichtigste Aufgabe und das größte Defizit der Bundesregierung sah – insbesondere wieder die weiblichen Befragten.<sup>143</sup> Die Erhöhung der Löhne oder des Lebensstandards wurden dagegen wesentlich seltener als wünschenswertes Ergebnis der Politik genannt. Die Mehrheit der Deutschen war demnach mit dem Erreichten zufrieden und wollte dies bewahren. Zudem hatte die doppelte Inflationserfahrung in Deutschland so traumatische Spuren hinterlassen, dass stabile Preise auch in Zukunft mit einer erfolgreichen Regierung gleichgesetzt wurden. Folglich bemühten sich die Christdemokraten wie im letzten Wahlkampf, das Preisgefüge zu senken. Seit Ende 1956 verhandelte die Bundesregierung etwa mit dem Backgewerbe, um vor der Wahl die Brotpreise durch öffentliche Mittel niedrig zu halten, weil insbesondere die Hausfrauen hieran die Preisveränderungen ablesen würden.<sup>144</sup> Ebenso gelang es, nicht nur die Milchpreise durch Subventionen zu retten, sondern auch eine Erhöhung der gerade freigegebenen Kohlepreise bis unmittelbar nach der Wahl aufzuschieben.<sup>145</sup> Da so tatsächlich rechtzeitig vor der Wahl die Inflationsrate sank, konnte Adenauer sich in seinem Wählerrundbrief vorneweg damit rühmen, dass die DM mit dem Dollar und dem Schweizer Franken »die beste Währung der Welt« sei.<sup>146</sup> Inwieweit dieser neue Welterfolg ähnliches Selbstbewusstsein verlieh wie der WM-Sieg von Bern, kann nur vermutet werden. Auf jeden Fall demonstrierte die Union, wie sehr sie sich bei ihrem modernen Wahlkampf von der Demoskopie leiten ließ und gezielt auf Bevölkerungswünsche reagierte.

Sicherheit versprach selbstverständlich auch der Wahlslogan »Keine Experimente«, der bis heute im öffentlichen Bewusstsein fest mit Adenauers Wahlsieg von 1957 verbunden wird. Die Warnung vor »Experimenten« war freilich nichts Neues, sondern hatte in der CDU eine gewisse Tradition. »Keine Experimente mit dem deutschen Boden!« lautete etwa der erste Satz eines Hannoveraner Gründungsaufrufes.<sup>147</sup> Insbesondere in der Kulturpolitik gehörte es zum festen rhetorischen Repertoire der Christdemokraten, »den Hang zum Experimentieren« anzu-

prangern, der aus der Aufklärung komme und im Nationalsozialismus und Kommunismus fortgeführt worden sei, um Bekenntnisschulen oder Gymnasien abzuschaffen.<sup>148</sup> Und bereits 1950 war auch die Berliner FDP mit dem Plakat ‚Keine Experimente mehr‘ in den Wahlkampf gezogen.<sup>149</sup> Die Christdemokraten gerieten sich mit der Warnung vor Experimenten im wörtlichen Sinne als konservativ, ohne das Wort zu verwenden. Sie versprachen Kontinuität, obwohl, oder gerade weil die Bundesrepublik unter Adenauer auf neue Wege gebracht worden war. Dass der Slogan 1957 auf eine derartig breite Resonanz stieß, wäre ohne die wirtschafts- und außenpolitische Bilanz undenkbar gewesen. Schließlich musste erst etwas geschaffen werden, das bewahrenswert erschien. Parallel zu dieser Bewahrungsrhetorik sorgte die CDU jedoch tatsächlich vor der Wahl selbst in dem Bereich für Veränderungen, wo sie tatsächlich besonders konservativ im engeren Wortsinne war: Im Mai 1957 verabschiedete sie endlich das längst überfällige Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wodurch sie sich den Wählerinnen etwas zeitgemäßer präsentieren konnte.<sup>150</sup>

Zudem gelang es den Christdemokraten, ihre Erfolgsbilanz auch durch ihre Wahlkampagne zu vermitteln. Allein quantitativ überstieg ihr Wahleinsatz den der Sozialdemokraten um ein vielfaches. Erstens übertraf die Anzahl ihrer Plakate, Broschüren und Inserate die der Ollenhauer-Partei bei weitem.<sup>151</sup> Der christdemokratische Wahletat, der den sozialdemokratischen mindestens um das Dreifache übertraf, machte dies möglich.<sup>152</sup> Zweitens profitierte die CDU von den Parallelaktionen der Wirtschaft, die wie bei der letzten Wahl Erhard und seine Wirtschaftspolitik mit Millionen von Plakaten und Werbesendungen priesen.<sup>153</sup> Als Regierungspartei konnte sie schließlich drittens auch auf staatlich finanzierte Werbetrupps setzen. Allein die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise (ADK) erhielt nunmehr monatlich 105 000 DM aus Bundesmitteln. Dafür verteilte sie fast drei Millionen Schriften, machte über fünftausend Filmvorführungen und hielt rund 16 000 Versammlungen und Tagungen für die CDU ab.<sup>154</sup>

Aber auch qualitativ war die christdemokratische Kampagne der der SPD weiterhin überlegen. Das lag zum einen an Adenauers ungebrochenem Hang zur Vereinfachung. Anhand von Wahlumfragen führte er dem Bundesvorstand vor, wie wenig die Wähler von der Politik wüssten. »Daher können wir bei der Wahlpropaganda [...] nicht primitiv genug sprechen, um verstanden zu werden«, trichterte er den Parteifreunden ein.<sup>155</sup> Zum anderen waren die Unionsplakate und Texte griffiger, weil sie im Unterschied zu den Sozialdemokraten von professionellen Werbefirmen erstellt wurden, wobei unter anderen der Werbechef der Ford-

Werke in der Wahlkampfleitung saß.<sup>156</sup> Während die SPD-Plakate klare politische Forderungen stellten, die häufig Bedrohungen suggerierten (»Atomrüstung zeugt Massentod«, »Mehr Wohnungen statt Kasernen«, »Zerrt die Religion nicht in den Wahlkampf«), entwarfen die Werbeagenturen der CDU Plakate, die ein positives Gefühl vermittelten und nicht einen einzelnen Programmpunkt.

Im Mittelpunkt der Kampagne stand ohnehin nicht ein bestimmter Politikinhalt, sondern erneut die Person Konrad Adenauer. Da in Umfragen Adenauers hohes Alter zunehmend als das Hauptmanko des Kanzlers bewertet wurde, gehörte es fest zur Wahlkampfstrategie, selbiges zu kaschieren.<sup>157</sup> Auf dem zentralen Wahlplakat wurde nur sein gemaltes Konterfei plakatiert, das ihn sonnengebräunt mit blondem Haar und jüngerem Antlitz zeigte. Im Wahlkampf erwies sich der 81-jährige schließlich als unvorhergesehen leistungsfähig. In seinem Sonderzug konnte er dies wie 1953 den mitreisenden Journalisten demonstrieren. Zunächst geplante gesundheitliche Vorsichtsmaßnahmen – wie etwa Wahlreden nur in geschlossenen Räumen zu halten – wurden schnell fallengelassen. Indirekt griff die Wahlkampfstrategie dennoch die Befürchtung auf, durch Adenauers plötzlichen Tod könne das Staatsschiff plötzlich völlig führungslos werden. Unter dem Motto »Adenauer und seine Mannschaft« wurde er auf Plakatreihen von seinen Kabinettskollegen umrahmt. Damit wurde bewusst kein bestimmter Politiker in den Geruch eines möglichen Nachfolgers gebracht, wohl aber suggeriert, dass Adenauer im Falle eines Falles von vielen guten Helfern umgeben wäre.

Kernelement der christdemokratischen Wahlstrategie war weiterhin die Zuspitzung auf zwei getrennte politische Lager. Dem Wähler sollte klargemacht werden, dass er zwischen Adenauer oder Ollenhauer beziehungsweise zwischen CDU und SPD zu entscheiden hätte.<sup>158</sup> Angesichts der Beliebtheit Adenauers standen die Sozialdemokraten mit Ollenhauer auf völlig verlorenem Posten, als sie sich reaktiv auf diese Taktik einließen. Wie bei den vorherigen Wahlen scheute Adenauer dabei keine drastischen Angriffe gegen die SPD. Seine vielzitierte, Aufsehen erregende Formulierung, »daß mit einem Sieg der SPD der Untergang Deutschlands verknüpft ist«, schwang indirekt in den meisten Wahlreden mit. In Anlehnung an Oswald Spenglers Bestsellertitel gehörte der christliche Kampf gegen den drohenden Untergang des Abendlandes ohnehin bei vielen Christdemokraten seit langem zum festen rhetorischen Repertoire.<sup>159</sup> Dass der Sozialismus dabei die eigentliche Bedrohung darstellte, war stets unumstritten. Worin diese Bedrohung bestand, wurde freilich nie ausgeführt, sondern nur so angedeutet, dass jede Wählergruppe individuell ihre Assoziationen schweifen lassen konnte.

Gegenüber den bürgerlichen Konkurrenzpartei fuhr die CDU dagegen die Strategie, diese nicht anzugreifen, sondern zu ignorieren. Um sie jedoch nicht an eine sozialdemokratische Regierung zu verlieren, pflegte Adenauer intern weiterhin den Kontakt. Auch nach dem Regierungsausstieg des BHE verhandelte er mit dessen Repräsentanten über eine Rückkehr ins Kabinett und sprach sich im Bundesvorstand dafür aus, die ungeliebte Vertriebenenpartei im Wahlkampf zu schonen.<sup>160</sup> Ebenso ermöglichte er der Deutschen Partei durch eine Aufteilung von zwölf Wahlkreisen die nötigen Direktmandate und damit den Sprung ins Kabinett. Ihren Vorsitzenden Hellwege, der zunächst durchaus auch mit den Sozialdemokraten liebäugelte, konnte Adenauer nicht nur mit ermahnenen Briefen, sondern auch mit einem persönlichen Treffen in der Heide an sich binden.<sup>161</sup> Ebenso trafen die norddeutschen Landesvorsitzenden die Abmachung, intern auch während des Wahlkampfes den guten Kontakt zu den bürgerlichen Parteien weiter zu halten.<sup>162</sup> Das schützte die Union freilich nicht davor, dass FDP, DP und BHE die Christdemokraten wie bisher wieder als katholische Partei angriffen.

Nach dem großen Wahlsieg, bei dem die CDU/CSU insgesamt 50,2 Prozentpunkte erreichte, schienen derartige Vorsichtsmaßnahmen im Nachhinein überflüssig. Vorhersehbar blieb der Erfolg allerdings bis zum Schluss nicht, obwohl alle Umfragen im letzten Monat noch einen Anstieg der CDU-Stimmen ausmachten. Entschieden wurde die Wahl schließlich vornehmlich von den evangelischen Wählern, die sich eben nicht für die CDU aussprachen, wohl aber für eine bürgerliche Regierung. Gerade am Beispiel des protestantischen Schleswig-Holstein lässt sich diese These illustrieren. Die CDU erhielt hier mit 48,1 Prozent für lange Zeit mit das höchste Ergebnis in einer evangelischen Region. Die Meinungsumfragen im Monat vor der Wahl hatten dagegen einen völlig anderen Ausgang versprochen: Nur 27 Prozent der Befragten nannten die CDU, 33 Prozent die SPD, 22 Prozent blieben unentschieden. Auch Adenauer fand eine wesentlich geringere Zustimmung als im Bundesdurchschnitt.<sup>163</sup> Entscheidend für den grandiosen Sieg in dem Nordland war jedoch, dass sich zugleich überdurchschnittliche 59 Prozent für eine »bürgerliche Regierung« gegenüber einer Regierung der Sozialdemokraten aussprachen. Das gute Wahlergebnis war somit weniger als Zustimmung zur CDU als eine Ablehnung des Sozialismus.

Ähnlich wie in Niedersachsen und Nord-Hessen konnten die Christdemokraten mit dem Wahlergebnis endgültig den Beweis antreten, dass sie keine katholische Partei seien, was letztlich ihre Akzeptanz bei späteren Wahlen vergrößerte. Während die CDU in allen evangelischen Wahlkreisen ihre bislang niedrigen Ergebnisse verbesserte, verzeichnete

sie in vielen katholisch-ländlichen Hochburgen leichte Einbußen. Insbesondere in Rheinland-Pfalz, dem Süden Baden-Württembergs und in Oldenburg, wo die Landesverbände zugleich auch stärker katholisch-sozial orientiert waren, konnte die CDU mitunter ihre Spitzenergebnisse nicht mehr halten.<sup>164</sup> Da dank der katholischen Milieuverankerung die Resultate dort aber immer noch über sechzig Prozent betragen, war dieser Preis für den bürgerlichen Sammlungskurs durchaus vertretbar. In Nordrhein-Westfalen zeigte sich dagegen, wie mobilisierend auch im katholischen Milieu die Angst vor einem sozialdemokratischen Regierungswechsel sein konnte. Nach dem plötzlichen Sturz von Karl Arnolds Regierung stieg der CDU-Stimmenanteil hier in allen Kreisen deutlich an, insbesondere auch in den katholischen Hochburgen.<sup>165</sup>

Sowohl die CDU-Wählerschaft als auch die Kabinettsbildung ähnelte ebenfalls der letzten Wahl. Die Wählerschaft war wiederum vornehmlich katholisch und kirchengebunden, weiblich, etwas häufiger bereits über sechzig Jahre alt und seltener aus der Arbeiterschaft. Und bei der Kabinettsbildung setzte sich Adenauer wiederum mit ähnlichen Argumenten wie 1953 durch, um trotz der absoluten Mandatsmehrheit eine Koalition mit der Deutschen Partei zu bilden. Die Liberalen, die zuviel Unruhe in die letzte Koalition gebracht hatten, wurden dagegen nicht mehr berücksichtigt. Bei der Verteilung der Posten stand für die Protestanten abermals die Konfessionsfrage im Mittelpunkt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Cillien forderte im Namen des evangelischen Flügels ein konfessionelles Gleichgewicht, wobei der Stellvertreter des Bundeskanzlers evangelisch sein müsse.<sup>166</sup> Auch von kirchlicher Seite, etwa von Bischof Lilje und dem EKD-Beauftragten Kunst, ging die Forderung nach einem evangelischen Vizekanzler ein.<sup>167</sup> Nicht zuletzt dank der Konfessionsarithmetik stieg Ludwig Erhard nicht nur zum Vizekanzler auf, sondern wurde nun in der bürgerlich-liberalen Presse als Kanzlernachfolger gehandelt. Ebenso stellte Adenauer mit Franz Etsel als Finanzminister einen neuen, eher konservativen Protestanten auf, den er selbst als Nachfolger aufzubauen plante. Auch für das Justizministerium wurde zunächst ein geeigneter Protestant gesucht, bis dieses Amt zur Versorgung des schwierigen Finanzminister Schäffer erhalten musste.<sup>168</sup> Ansonsten blieb trotz des Wahlergebnisses vieles beim Alten. Der protestantische Flügel erhielt wie bislang mit Gerhard Schröder das Innenministerium, um Sicherheit und Ordnung zu verkörpern. Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung ging dagegen wie gewohnt mit Theodor Blank an die Katholisch-Sozialen, wohingegen die katholisch-kirchennahen Christdemokraten wie vormals von Familienminister Wüermeling repräsentiert wurden. Der norddeutsche, protestantisch-

konservative Flügel wurde im Kabinett weiterhin durch die beiden Minister der DP vertreten, Süddeutschland war lediglich durch Erhard präsentiert, während ansonsten vor allem Nordrhein-Westfalen und Bayern die Schlüsselressorts besetzten.<sup>169</sup> Das Kabinett war damit eben kein Zugeständnis an die föderale Struktur der Partei. Es stand vielmehr im Zeichen von Adenauers bürgerlichem Sammlungskurs, der die katholisch-soziale Parteibasis allerdings ein weiteres Stück außen vor ließ. Der ehemalige Ministerpräsident Karl Arnold, der bei vielen wirtschaftsliberalen Christdemokraten als ein Feindbild galt und Hoffnungsträger der nordrhein-westfälischen Katholiken war, kam eben nicht ins Kabinett. Und der einzige Repräsentant der CDU-Sozialausschüsse, Theodor Blank, war sicherlich der Arbeitnehmervertreter, der am kompromissbereitesten war.

Die Bundestagswahl 1957 war somit in vieler Hinsicht eine Neuauflage von 1953. Der Erfahrungsschatz aus der vorhergehenden Wahl half der CDU, die vorhergehenden Krisen souverän zu meistern und glückliche Zufälle zu nutzen. Was Anfang der fünfziger Jahre noch ein ungewisses Ausprobieren von Möglichkeiten war, wurde nun gezielt ausgebaut. Von ihrer medialen Inszenierung über die materiellen Wahlgewinne bis hin zu der polarisierenden Wahlkampfführung griff sie auf die bewährten Erfolgsrezepte zurück. Dabei zeigte sich abermals, dass gerade Adenauer die maßgeblichen Akzente setzte.

#### 4. Kalkuliertes Abwerben: Die Einbindung der Kleinparteien

Bereits bei der Bundestagswahl von 1953 hatte sich angekündigt, dass die bürgerlichen Konkurrenzparteien für die Union keine echten Rivalen mehr waren. Die Christdemokraten begnügten sich jedoch nicht damit, die nunmehrigen Kleinparteien bei Wahlen zu übertrumpfen. Vielmehr ging die Union noch einen Schritt weiter: Sie bemühte sich systematisch darum, die kleinen Konkurrenten zu spalten, ihre Spitzenpolitiker abzuwerben und so dauerhaft ihr komplettes Erbe anzutreten. Denn erst dies sollte gewährleisten, dass sich die CDU langfristig und in allen Regionen zur großen Sammlungspartei des bürgerlichen Lagers entwickelte. Auch wenn es keinen ausformulierten Plan für dieses Vorhaben gab, war diese Linie grundsätzlich den meisten Unionspolitikern bewusst.

Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten war die erste Partei, die ihrem Integrationskurs zum Opfer fiel.<sup>170</sup> Der BHE war eine Vertriebenenpartei, nicht aber *die* Partei der Vertriebenen. Dennoch war sein Potential nicht zu unterschätzen. Bei der Bundestagswahl von 1953 hatte zwar nur etwa ein Drittel der Neubürger für den BHE gestimmt, das reichte aber immerhin noch für

knapp sechs Prozentpunkte.<sup>171</sup> In flüchtlingsstarken Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern sollte er auch Mitte der fünfziger Jahre noch zweistellige Ergebnisse erzielen. Da die gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge zu dieser Zeit keineswegs abgeschlossen war, bestand für eine Vertriebenenpartei durchaus weiterhin ein respektables Wählerpotential.<sup>172</sup> Zudem vergrößerte sich die potentielle Wählerbasis des BHE, als er sich zunehmend zum Hort für angeblich entrechtete ehemalige Nationalsozialisten entwickelte.

Adenauers Strategie war es, durch eine großzügige Verteilung von Ministerposten zunächst »den guten Kräften im BHE die Möglichkeit zu geben, auch die Führung im BHE zu bekommen.«<sup>173</sup> Mit den Ministern Kraft und Oberländer hatte er immerhin die beiden Parteivorsitzenden ins Kabinett geholt, um so Einfluss auf den Kurs der Vertriebenenpartei zu nehmen. Die CDU lagerte auf diese Weise ihre Vertriebenenkompetenz zugunsten eines kleinen Koalitionspartners aus. Dafür nahm sie dem BHE aber die Möglichkeit, sich als eigenständige Protestpartei zu profilieren.

Bereits zwei Jahre später zahlte sich diese Strategie auf der Bundesebene aus. Kraft und Oberländer entwickelten durch ihre Kabinettsbindung eine derartige Loyalität zu Adenauer, dass die beiden sich beim Streit um das Saarabkommen und die Sozialgesetzgebung gegen die eigene Partei auf Adenauers Seite stellten.<sup>174</sup> Zusammen mit sieben weiteren Bundestagsabgeordneten traten die beiden Minister im Juli 1955 aus dem BHE aus, während der BHE selbst in die Opposition ging. Damit war die Vertriebenenpartei nicht zuletzt durch die Koalitionspolitik gespalten worden, wodurch sie ihre bekanntesten Politiker verlor. Gerade beim BHE bestanden gute Chancen, mit den Politikern auch gleich deren Wähler zu übernehmen. Da die führenden BHE-Repräsentanten fast alle gleichzeitig in den Vertriebenenverbänden leitende Positionen einnahmen, verfügten sie über ein gut organisiertes Vorfeld, das so weiter für die Union erschlossen wurde. Gleichzeitig leitete der Übertritt der kompromißbereiten BHE-Spitzenpolitiker auch die Selbstmarginalisierung der Vertriebenenpartei ein. Denn nun übernahmen weniger auf Ausgleich bedachte Funktionäre den Vorsitz, die den BHE von einer sozialen Interessenpartei hin zu einer nationalistischen Partei transformierten.<sup>175</sup>

Der Übertritt von Kraft und Oberländer war hinter den Kulissen von langer Hand geplant worden. Bereits ein halbes Jahr vorher hatte sich Oberländer bei Adenauer versichert, dass die beiden Minister ihre Posten behalten würden, wenn seine Fraktion ihnen das Misstrauen aussprechen würde.<sup>176</sup> Zudem führte Globke seit Anfang des Jahres regel-

mäßige Gespräche mit Oberländer, in denen er diesem zusagte, seine Stellung im Falle einer Annäherung an die CDU zu stärken.<sup>177</sup> Ebenso erklärte Waldemar Kraft vor seinem Übertritt gegenüber Adenauer, »in seinem Ministerium seien ein Ministerialdirektor oder -dirigent, drei Ministerialräte, ein Oberregierungsrat und ein Regierungsrat zusätzlich nötig.«<sup>178</sup> Obwohl durchsichtig war, dass der Minister »für besondere Aufgaben« diese Personalverstärkung eher für seine persönliche Profilierung benötigte, sicherte Adenauer ihm die Posten sofort zu. Es waren eben nicht zuletzt die von der CDU großzügig offerierten Karrierechancen, die für die Überläufer ausschlaggebend waren. Und wiederum war es Adenauer, der diese Großzügigkeit gegenüber der eigenen Partei durchsetzte: gegenüber denen, die selbst auf die Posten hofften, die nun Ex-BHE-Leute einnahmen; und gegenüber jenen, die grundsätzliche Bedenken gegen die Überläufer der Kleinparteien hatten, da diese meist wenig christlich, dafür aber häufig hochgradig nationalsozialistisch belastet waren. Derartige Bedenken zerstreute Adenauer vor allem mit dem Argument, dass sich auch die Liberalen um die abtrünnigen BHE-Politiker bemühten, um dann eine Art Deutsche Volkspartei zu gründen.<sup>179</sup>

Damit ihr Übertritt nicht opportunistisch wirkte und möglichst viele Parteifreunde und Wähler ihre Lösung vom BHE nachvollzogen, wurde der Wechsel gezielt in einzelnen Schritten inszeniert. Je drei BHE und CDU-Politiker fixierten in einer Vereinbarung, dass die Überläufer zunächst nicht in die Union eintreten sollten, sondern in Bund und Ländern ein formell unabhängiges »Auffangbecken« für BHE-Sympathisanten bildeten. Diese übergangsweise Arbeitsgemeinschaft unterstützten die Christdemokraten freilich organisatorisch und finanziell. Um die BHE-Amtsträger zu überzeugen, bekamen die Überläufer ein eigenes Mitteilungsblatt (Unser Standpunkt) und für Nord- und Süddeutschland je einen hauptamtlichen Mitarbeiter bezahlt.<sup>180</sup> Tatsächlich gelang es der Kraft-Oberländer-Gruppe, 1955/56 auch in den Landesverbänden einige führende BHE-Politiker zur CDU herüberzuziehen. In Rheinland-Pfalz und Berlin wechselten etwa die Landesvorsitzenden zur Union, in Schleswig-Holstein der Landesgeschäftsführer. Auch nach ihrem Parteieintritt blieben die BHE-Überläufer als eigene Gruppe innerhalb der CDU bestehen und trafen etwa im Oktober 1956 Adenauer, um ihre Position in der neuen Partei zu diskutieren.<sup>181</sup>

Um die Bundesratsmehrheit zu sichern, trug Adenauer allerdings gleichzeitig Sorge, dass der Rest-BHE nicht völlig demontiert wurde. Immerhin hingen die bürgerlichen Regierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen von der Vertriebenenpartei ab, und in Baden-Württemberg unterstützte sie zumindest die CDU-Regierung von Gebhard Mül-

ler. Da Adenauer zudem befürchtete, den BHE bei der Bundestagswahl von 1957 wieder als Mehrheitsbeschaffer zu benötigen, trat er im Gegensatz zu den meisten christdemokratischen Bundespolitikern dafür ein, den engen Kontakt mit dem Rest-BHE zu wahren.<sup>182</sup> Über Globke fragte er den neuen BHE-Vorsitzenden Kessel sogar schon im Mai 1956, ob dieser als Bundesminister in die Bundesregierung zurückkehren würde. Weitere Gespräche folgten.<sup>183</sup> Ebenso beschlossen die norddeutschen Landesvorsitzenden, den potentiellen Koalitionspartner zu schonen.<sup>184</sup> Der Fortbestand des BHE wurde damit nicht nur durch »das Beharrungsvermögen der Funktionäre« und »die Treue der meisten Mitglieder« gesichert, sondern auch durch die fortlaufende Unterstützung durch die CDU.<sup>185</sup> Adenauer verbitterte damit viele BHE-Überläufer, die sich vehement gegen die Zusammenarbeit mit ihrer alten Partei aussprachen; sei es aus persönlichen Eitelkeiten oder aus Angst, die eigenen Posten und den Einfluß auf die Vertriebenenintegration zu verlieren.<sup>186</sup> Diese Verbitterung führte soweit, dass Kraft und Oberländer Adenauer um den Rücktritt als Minister baten, was Adenauer jedoch nicht annahm. Adenauer wusste um ihre große Symbolfunktion und ahnte natürlich, dass dies taktische Forderungen waren. Trotz Oberländers nationalsozialistischer Belastung sorgte Adenauer vielmehr dafür, dass Oberländer auch in der nächsten Legislaturperiode wieder Vertriebenenminister wurde.

Erst als der zerriebene BHE 1957 tatsächlich mit 4,4 Prozent an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte, plädierte auch Adenauer dafür, in den Ländern verstärkt Teile des BHE abzuwerben.<sup>187</sup> Aus Angst, die Regierungsmehrheit zu verlieren, liebäugelte Adenauer allerdings selbst vor der Wahl 1961 noch mit der erneuten Einbindung des BHE. Im September 1960 schrieb er Globke, er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, dass »eine möglichst breite Koalition dringend notwendig ist, das bedeutet eine Verbreiterung durch den BHE.«<sup>188</sup> Adenauer fuhr damit bis zum Schluss eine Doppelstrategie: Einerseits bemühte er sich um den Einschluss des Konkurrenten, andererseits um seine Bewahrung, um ihn im Zweifelsfalle als Zünglein an der Waage zu nutzen. Letzteres verlängert zwar das Leben der Kleinpartei, erleichterte jedoch ihre schrittweise Integration.

Zu diesem Zeitpunkt war jedoch in den CDU-Landesverbänden längst die Übernahme der Vertriebenenpartei im Gange. Besonders erfolgreich war dabei wiederum die CDU in Schleswig-Holstein. Ihr kam zugute, dass sie seit 1950 mit dem BHE koalitiert hatte und stets ein enges und gutes Verhältnis zu ihm pflegte. Ministerpräsident von Hassel konnte der Vertriebenenpartei sogar eine positive Seite abgewinnen: »Der BHE hat es zu Wege gebracht, Leute aus der SPD herauszuhalten.

Es gilt also, diese Leute auf die Dauer für uns zu gewinnen.«<sup>189</sup> Dem BHE wurde damit eine Transportfunktion zugewiesen.<sup>190</sup> Tatsächlich unterstand der schleswig-holsteinische Vertriebenenverband des ZvD zunächst einem Sozialdemokraten, bevor er in die Hand des BHE fiel. 1955 folgten nun relativ viele BHE-Mitglieder dem Beispiel ihres dortigen Parteigründers Kraft und orientierten sich zur CDU hin.<sup>191</sup> Im Zuge der Landtagswahl von 1958 traten schließlich neben einzelnen BHE-Abgeordneten auch die beiden Landesminister zur Union herüber. Wie das nächste Kapitel noch genauer zeigen wird, erleichterten dabei auch finanzielle Offerten das Zusammenwachsen. Gerade in dem Flüchtlingsland Schleswig-Holstein wechselte durch die enge Einbindung des BHE zugleich dessen Wählerpotential fast ausschließlich zur CDU. Bei dem Rest-BHE verblieben dagegen vornehmlich nationalsozialistische Funktionselemente, die auch von der schleswig-holsteinischen Sammlungspolitik ausgeschlossen und so marginalisiert wurden.<sup>192</sup>

Ebenso zahlte es sich in Baden-Württemberg aus, dass die Christdemokraten unter Müller und Kiesinger weiterhin mit dem BHE koalitiert hatten, obwohl dies für die Regierungsmehrheit nicht nötig gewesen wäre. In drei Wellen übernahmen sie den BHE. Ende 1957 beantragten die ersten Überläufer, die »Gruppe Kraft-Oberländer Landesverband Baden-Württemberg«, die Aufnahme in die Union und forderte dafür Plätze in der Geschäftsführung, im erweiterten Landesvorstand sowie zwei sichere Listenplätze bei der Landtagswahl.<sup>193</sup> Drei Jahre später handelte der Rest-BHE mit den Christdemokraten den Übertritt weiterer Teile seiner Politiker aus. Aussichtsreiche Listenplätze und Wahlkreise für BHE-Politiker, die Beibehaltung eines Staatssekretariats für Vertriebene sowie die Weiterführung einzelner Vertriebenenlisten auf kommunaler Ebene wurden als Preis für den Wechsel zugesichert.<sup>194</sup> Schließlich gelang es der CDU, vor der Landtagswahl 1964 weitere Teile des Rest-BHE zu übernehmen. Wiederum führte die Überläufer ein Kabinettsmitglied an, das nach dem Übertritt weiterhin seinen Posten behalten durfte.<sup>195</sup> Für die lokalen Verbände gewährte die Union das Zugeständnis, dass die Überläufer sich unter neuem Namen innerhalb der CDU vereinigen könnten. Und wiederum ließ man bewusst eine gewisse Zeit zwischen BHE-Austritt und CDU-Eintritt verstreichen, um nach Scheufelens Worten »nicht in den Ruf zu kommen, der Leichenfledderer des BHE zu sein.«<sup>196</sup> Nach seiner Einschätzung konnten so bei der Landtagswahl 1964 rund achtzig Prozent der BHE-Wähler zur CDU gezogen werden.<sup>197</sup>

Umgekehrt scheiterte in einzelnen Bundesländern die Integration des BHE mitunter daran, dass die dortigen Christdemokraten nicht zu derartig großzügigen Angeboten bereit waren. Das galt insbesondere für die

beiden flüchtlingsstarken Länder Niedersachsen und Hessen. Hier ließ sich die CDU bei den Minister-Forderungen des BHE schlichtweg von den Sozialdemokraten überbieten. Gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem BHE blieben insbesondere die hessischen Christdemokraten generell skeptisch, da ihnen hier zu viele ehemalige Nationalsozialisten agierten.<sup>198</sup> Bereits 1956 weigerte sich der hessische Landesvorstand, den nunmehrigen CDU-Vertriebenenminister Oberländer überhaupt nur auf ihrer Landesliste zu nominieren.<sup>199</sup> Die Folge ihrer distanzierten Haltung war, dass mit dem BHE auch die Vertriebenenverbände und damit ihre Wähler zur Sozialdemokratie geführt wurden. Gerade die ländlichen Gebiete des Nordens fielen auch dadurch dauerhaft an die Sozialdemokraten.<sup>200</sup>

Dass in Niedersachsen 1955 mit dem BHE eine bürgerliche Koalition gebildet werden konnte, lag nicht zuletzt an Adenauers Ermahnung, möglichst generös aufzutreten. »Wenn man eine Koalition macht, dann kommt es bei Gott nicht auf ein Ministerium an. Das ist nach meiner Meinung direkt lächerlich«, betonte Adenauer im Bundesvorstand, als auch hier der Sozialdemokrat Kopf die Union mit einem Ministeramt zu überbieten drohte.<sup>201</sup> Bereits vier Jahre später ließ es der niedersächsische CDU-Spitzenkandidat Hofmeister allerdings wieder genau an dieser Großzügigkeit fehlen. BHE und FDP hatten den Fördergesellschaften schriftlich zusichern müssen, erst mit den Christdemokraten zu verhandeln. Während die Christdemokraten dem BHE nur einen Minister anboten, offerierte Kopf gleich zwei Minister und Staatssekretäre. Da Hofmeister den BHE schon in den Jahren zuvor nicht als Partner, sondern »von oben herab« behandelt hatte, sanken die Chancen weiter. Trotz Globkes telefonischen Eingriffsversuchen sicherten sich die Sozialdemokraten dadurch wieder die Regierung.<sup>202</sup> Die CDU verspielte dadurch wie in Hessen auf längere Zeit ihre Chance, den Ministerpräsidenten zu stellen. Die Eliten und die Wähler der Vertriebenenpartei wandten sich häufig nicht nur zur SPD, sondern auch zu den Liberalen, die gerade für die nationalsozialistisch belasteten BHE-Politiker ein wichtiges Auffangbecken wurden. Niedersachsen und Hessen waren damit ein Beleg dafür, dass der BHE nur dann eine Transportfunktion hin zur CDU aufwies, wenn diese sich aktiv um die Integration der Vertriebenenpartei bemühte.

In beiden Bundesländern gelang es der CDU erst in den sechziger Jahren, Teile des BHE zu übernehmen, der seit 1961 mit dem Rest der Deutschen Partei zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) verschmolz. Bundespolitisch profilierte Vertriebenenpolitiker arbeiteten dabei als pragmatische Unterhändler. In Hessen bemühte sich Theodor Oberländer um die Überführung in die CDU. Auch hier sollten die BHE-Überläufer zu-

nächst Arbeitsgemeinschaften bilden, die sich eng an die Union anlehnten, um keine Mitglieder an andere Parteien zu verlieren.<sup>203</sup> In Niedersachsen engagierte sich dagegen Bundesverkehrsminister Seeborn bei der Abwerbung. Immerhin konnte er vor der Wahl von 1965 mit Erich Schellhaus ihren wohl prominentesten Kopf zur CDU holen; Schellhaus war bis 1963 Vertriebenenminister und von 1955–1968 Sprecher der Landsmannschaften Schlesiens. Wie in den fünfziger Jahren versuchten die Christdemokraten zudem, über die Gelder der Fördergesellschaften die Einbindung zu erleichtern, da die Kleinpartei unter permanenter Finanznot litt. So schlug der CDU-Landesgeschäftsführer Münster vor, dem Parteivorsitzenden »Herrn Ahrens noch vor der Wahl noch DM 50000 zu geben, (ich meine einen Tag vor der Wahl, damit er nicht noch größere Propagandasachen machen kann), gegen eine Unterschrift, daß er für den Fall, daß der BHE über die Wahlhürde kommt, sich bei der SPD nicht bindet und zunächst mit Ihnen verhandelt.«<sup>204</sup> Umgekehrt fand sich Ahrens nach seinem Scheitern an der Fünfprozenthürde bei der CDU ein, um laut Verhandlungsbericht ein ebenso materielles Übertrittsangebot zu machen. »Er brauche 200 bis 300 DM für eine eigene Sekretärin monatlich und das Gehalt für Rudibert Schneider als Landesgeschäftsführer. [...] Er sagt dabei schmunzelnd, daß der BHE billiger sein würde als die DP. Der BHE würde keine 8 sicheren Plätze auf der Landesliste verlangen. Es genüge, wenn er dann für den BHE auf der Liste der CDU in den BT komme!«<sup>205</sup> Tatsächlich übernahm die CDU jedoch nicht den windigen Ahrens, der ohnehin kein Vertriebener, sondern nur ein angeblich entrechteter nationalsozialistischer Funktionsträger war. Ahrens wurde schließlich in der SPD-Bundestagsfraktion 1969 als Gast aufgenommen. Stattdessen stellten die Christdemokraten den BHE-Landesgeschäftsführer Schneider in den Sold der CDU, und übernahmen einzelne Kreisverbände.<sup>206</sup> Auf diese Weise konnte die CDU auch hier zumindest teilweise das direkte Erbe des BHE antreten.

Noch erfolgreicher, aber dafür noch problematischer verlief die Einbindung der Deutschen Partei. Auf den ersten Blick schien sie leichter zu integrieren. Erstens war die DP im Kern eine Regionalpartei, die neben ihrem niedersächsischen Stammland nur in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein reüssieren konnte. Zweitens war sie programmatisch eine Art protestantisch-konservative Schwesterpartei der CDU, die im Unterschied zur FDP und zum BHE stets ein treuer Bonner Koalitionspartner war. Und drittens wirkte ihr Stimmenpotential bereits 1953 so schwach, dass ihr keine eigenständigen Entfaltungsmöglichkeiten mehr zugetraut wurden.

Aus gutem Grunde nahm jedoch insbesondere Adenauer die Deutsche Partei weiterhin ernster, als es aus der Retrospektive nötig erschien. 1957 erreichte die DP zwar bei der Bundestagswahl nur noch 3,4 Prozent der Stimmen, allerdings war den Zeitgenossen aus der Weimarer Zeit noch bewusst, dass es in Deutschland durchaus ein Wählerpotential für eine Rechtspartei gab und Wahlergebnisse sich schnell ändern konnten. Zudem wies die Deutsche Partei eine stabile Wählerbasis auf. Bei den ersten drei Bundestagswahlen erreichte sie immer wieder konstant rund eine Million Stimmen. Ebenso erzielte sie in Niedersachsen bei allen Bundes- und Landtagswahlen zwischen 1947 und 1959 fast kontinuierlich die gleiche absolute Stimmenzahl, während ihr prozentualer Anteil zuletzt nur noch bei zwölf Prozentpunkten lag.<sup>207</sup> Gerade in Niedersachsen verfügte die Deutsche Partei zudem über derartig festgefügte Milieustrukturen, dass die CDU auch in den fünfziger Jahren eben nicht mit einem automatischen Repräsentanzwechsel rechnen konnte.<sup>208</sup> Im Unterschied zum BHE und zur FDP blieb ihre Bundestagsfraktion die fünfziger Jahre über so geschlossen, dass Parteiübertritte bis 1960 weitgehend ausblieben. Und schließlich mochte in Bonn eine recht vertraute Einigkeit zwischen den beiden Parteien bestehen. In den norddeutschen Ländern war die Deutsche Partei jedoch bei allen Wahlen eine Keimzelle des protestantisch-konservativen Widerstandes gegen die Union, die aggressiv konfessionelle und nationalistische Vorurteile schürte. Insofern gab es genug Gründe für die Christdemokraten, sich intensiv um die Eingliederung der Deutschen Partei zu bemühen.

Die Einbindung der Deutschen Partei verlief dabei auf Bundes- und Landesebene zunächst weiterhin über die Koalitionspolitik. Adenauers Blockbildung, die nun wieder auf innerparteiliche Kritik stieß, schuf dabei die maßgeblichen Rahmenbedingungen. 1957 setzte Adenauer gegen die Bedenken der eigenen Partei durch, dass die Deutsche Partei abermals durch ein Wahlabkommen an die CDU gebunden wurde und so auf jeden Fall den Bundestageinzug erreichte.<sup>209</sup> »Das müssen wir auch aus konfessionellen Gründen tun«, begründete er dem Bundesvorstand frühzeitig die Fortführung des Bündnisses.<sup>210</sup> Ebenso musste Adenauer die DP-Führung überzeugen. Immerhin hatte ihr Vorsitzender Hellwege Anfang 1957 den geplanten Alleingang der Deutschen Partei laut Berichten selbstbewusst damit erklärt, »dass es mit der Tradition der Deutschen Partei auf die Dauer nicht vereinbar sei, immer wieder Hilfestellung für eine katholisch geführte und auf allen Ebenen von Katholiken durchgesetzte Partei zu geben.«<sup>211</sup> Tatsächlich wurden 1957 zwölf Wahlkreise mit der DP aufgeteilt, um deren Direkteinzug zu sichern. Nach der Wahl sorgte Adenauer erneut gegen Widerstände aus der Parteiführung da-

für, dass trotz der absoluten Unionsmehrheit zwei DP-Minister ins Kabinett kamen. Ihre Einbindung sollte einerseits den Vorwurf der »Einparteien-Herrschaft« mindern, der 1957 gegen die Union angeführt wurde. Andererseits argumentierte Adenauer ausdrücklich, dass nur so in Norddeutschland eine neue rechte Sammlungspartei verhindert werden könnte.<sup>212</sup> Spätestens seit 1957 ähnelte die Deutsche Partei damit den Vereinigungen innerhalb der CDU: Für ihre Integrationsbemühungen erhielten ihre Repräsentanten zwar Karriereangebote und eine gewisse programmatische Freiheit, dafür standen sie jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur christdemokratischen Parteiführung.

Parallel dazu sollten sich die Christdemokraten in den norddeutschen Bundesländern, in denen allein die Deutsche Partei parlamentarisch vertreten war, um ein Zusammenrücken mit der Schwesterpartei bemühen. Ein genauer Blick auf die Landesebene verrät, dass die Christdemokraten dabei bis Ende der fünfziger Jahre recht unterschiedliche Erfolge erzielten. In Schleswig-Holstein war es der Union bereits in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gelungen, die DP in einem gemeinsamen Wahlblock aufzunehmen und ihre Spitzenpolitiker herüberzuziehen. Den Überläufern winkten lukrative Pfründe: Noch 1961 versicherte Kai-Uwe von Hassel, dass selbst die vor fast zehn Jahren übergetretenen DP-Politiker immer wieder aufgestellt würden bis sie stürben; dies sei eine selbstverständliche Pflicht.<sup>213</sup> Ebenso sollte der vor der Bundestagswahl 1953 übergetretene DP-Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen bis 1967 sein Amt behalten dürfen. Da die CDU so glaubhaft versichern konnte, das Erbe der Deutschen Partei zu verwalten, war diese bereits bei der Landtagswahl von 1958 kein wichtiger Faktor mehr.

Einen Pyrrhussieg erzielte die Hamburger CDU. Im November 1953 konnte der zusammen mit der DP und der FDP gebildete Hamburg-Block die absolute Mehrheit erreichen. Im Unterschied zu Schleswig-Holstein gelang der Hamburger CDU jedoch kein harmonischer Ausgleich zwischen den drei Parteien. Seit 1956 profilierte sich die DP wieder als eigenständige Rechtspartei, so dass der krisengeschüttelte Hamburg-Block 1957 trotz Adenauers Mahnungen nicht nur auseinanderfiel, sondern auch seine Mehrheit verlor. Die Deutsche Partei wurde zwar in der gemeinsamen Regierung zerrieben, die Christdemokraten teilten aber das gleiche Schicksal.<sup>214</sup> Damals ahnte die CDU freilich noch nicht, dass sie durch diese kurze, aber chaotische Koalition auf lange Zeit ihre Rückkehr zum Hamburger OB-Posten verspielen sollte.

Überhaupt keine Annäherung erreichte dagegen die Bremer CDU, die bis Anfang der sechziger Jahre nicht mehr Mandate erringen konnte als die Deutsche Partei. Hier war die Lage sogar umgekehrt: Von der CDU

traten noch vor der Wahl 1959 Senatoren und Landesvorstandsmitglieder zusammen mit einigen Dutzend Mitgliedern zur Deutschen Partei über, andere gingen zur SPD.<sup>215</sup> Nicht nur die in Bremen seit der Gründung besonders ausgeprägte Spaltung in einen katholisch-sozialen und einen liberalen bürgerlichen Flügel schwächte dabei die Integrationskraft der CDU. In Bremen zeigte sich vielmehr, welche Folgen es haben konnte, wenn man in einem evangelischen Gebiet die Oppositionsarbeit der Deutschen Partei überließ und mit der Sozialdemokratie koalierte. Mit 14,5 Prozent lag die Bremer DP auch bei der Bürgerschaftswahl von 1959 mit der CDU nahezu gleichauf. Da die Bremer DP nicht nur im hohen Maße aus ehemaligen NS-Funktionseliten bestand, sondern auch einen besonders scharfen rechten Oppositionskurs fuhr, fiel eine Zusammenarbeit mit ihr allerdings nicht leicht.<sup>216</sup>

Maßgeblich für die Integration der Deutschen Partei war freilich eine Einigung in ihrem Stammland Niedersachsen. Denn hierher stammte nicht nur der Großteil ihrer Wählerschaft, sondern zugleich auch ihre Bundesspitze. Dementsprechend wurde in dem norddeutschen Flächenland in einem langwierigen Prozess die Fusion der beiden Parteien eingeleitet. Die niedersächsischen Christdemokraten schwankten zunächst zwischen einem Umarmungskurs und dem Versuch, sich als eigenständige Kraft gegen die Deutsche Partei zu profilieren. Trotz der Niederlage ihres Wahlbündnisses Niederdeutsche Union von 1951 bildeten die Christdemokraten die ganzen fünfziger Jahre über weiterhin eine Fraktionsgemeinschaft mit der DP. Durch die relativ gut funktionierende gemeinsame Parlamentsarbeit ermöglichten sie eine Annäherung. Bei der Landtagswahl 1955 trat die Union alleine an, bemühte sich aber über die Fördergesellschaft um ein Wahl- und Koalitionsabkommen mit der DP, der FDP und dem BHE. Die Parteien versicherten sich dabei schriftlich, keine Regierung mit der SPD zu bilden, solange nicht alle Möglichkeiten erschöpft seien und keinen Wahlkampf gegeneinander zu führen.<sup>217</sup> Die antikatholischen Tiraden gegen die Union wurden damit zwar nicht ausgeschaltet, zumindest aber auf der Landesebene etwas eingedämmt. Die Wahlberichte der CDU-Kreisverbände dokumentieren allerdings, dass gerade auf dem platten Land die antikatholischen Verleumdungen gegen die CDU mit unvermittelter Schärfe mobilisiert wurden. Besonders ein DP-Plakat mit Martin Luther (»Den lassen wir uns nicht nehmen«) erzielte dabei eine starke Wirkung gegen die angeblich »romhörige« CDU.<sup>218</sup>

Trotz dieser Angriffe überließ die CDU nach der Landtagswahl von 1955 dem DP-Bundesvorsitzenden Hellwege sogar das Ministerpräsidentenamt, um so das Zusammenwachsen der beiden Parteien über die

Landesgrenzen hinweg zu beschleunigen. Zweifelsohne war dies ein denkbar weitgehendes Zugeständnis. Immerhin waren die Christdemokraten mittlerweile doppelt so stark wie die Deutsche Partei. Zudem sprachen die Christdemokraten Hellwege »hinsichtlich einer guten und starken Führung« nur ein begrenztes Vertrauen aus.<sup>219</sup> Die aktuellen Umstände erleichterten jedoch diese großzügige Geste. Zum einen war der geplante christdemokratische Spitzenkandidat, Hermann Ehlers, ein halbes Jahr vor der Wahl gestorben und ein adäquater evangelischer Ersatz war so wenig in Sicht, dass sie ohne Spitzenkandidat antrat. Ehe sie auf den Vorschlag der Oldenburger eingehen wollten, mit August Wegmann einen bekennenden Katholiken zu nominieren, schien der protestantisch-konservative Hellwege von der Schwesterpartei akzeptabler.<sup>220</sup> Zum anderen war die Ausgangslage der CDU so prekär, dass sie sich mit einem besonders generösen Angebot absichern musste. Durch den niedersächsischen Schulstreit war die CDU soweit isoliert worden, dass die Kleinparteien sich mit den Sozialdemokraten verbünden wollten. Die bayrische Regierungsbildung von 1954, wo eine Koalition aus SPD, BHE, FDP und Bayernpartei die CSU ausgebootet hatte, diente dabei als ein warnendes Beispiel.<sup>221</sup> Auch von Hellwege wurde der Ausspruch kolportiert, »daß man sich von der CDU trennen müsse, weil die CDU zu katholisch sei.«<sup>222</sup> Und unmittelbar nach der Wahl im Jahre darauf sprachen sich auch der BHE und die Liberalen gegen einen christdemokratischen Ministerpräsidenten aus, während die SPD Offerten machte.<sup>223</sup> Adenauer drängte deshalb über Globke, auch einen DP-Ministerpräsidenten zu akzeptieren, um überhaupt eine bürgerliche Koalition zu sichern.<sup>224</sup>

Die Hoffnungen, die die Christdemokraten in dieses Regierungsbündnis gesetzt hatten, erfüllten sich zunächst nicht. Ähnlich wie in Hamburg häuften sich die Personal- und Regierungskrisen. Die niedersächsische Union war zu heterogen, um wie in Schleswig-Holstein eine enge Zusammenarbeit mit den kleinen Rechtsparteien einzuleiten. Der katholische Flügel aus Westniedersachsen, der von vornherein für eine Große Koalition plädiert hatte, sprach sich zunehmend gegen das Bündnis aus, und einzelne evangelisch-soziale Christdemokraten unterstützten ihn.<sup>225</sup> Umgekehrt versuchten sich die Kleinparteien aus der Ummarmung der CDU zu lösen, die gerade nach ihrem Bundestagsieg von 1957 noch erdrückender wurde. So nutzte Hellwege Ende 1957 eine der fortlaufenden Krisen, um anstelle der FDP und BHE die Sozialdemokraten in die Regierung zu holen und sich so zwischen den beiden Volksparteien eine größere Unabhängigkeit von der CDU sichern.<sup>226</sup>

Nachdem über die Koalitionspolitik keine weiteren Fortschritte zu erwarten waren, führten die Christdemokraten seit 1958 direkte Fusi-

onsverhandlungen mit der Deutschen Partei. Da die DP dank ihrer Vorläuferpartei, der Deutsch-Hannoverschen Partei, auf eine fast hundertjährige Geschichte und tiefverwurzelte Loyalitäten zurückblicken konnte, verliefen die Verhandlungen äußerst zäh. Während der DP-Bundesvorsitzende Hellwege Anfang 1958 noch bei einem Treffen mit Adenauer erklärte, über eine Fusion der beiden Parteien verhandeln zu wollen, entwickelte er sich in der folgenden Zeit zu einem bremsenden Bedenkenträger. Als Bundesminister Merkatz im Oktober 1958 im Direktorium der DP für einen Gesamtübertritt der DP-Fraktion plädierte, verglich Hellwege die Fusionsgespräche sogar mit der Eingliederung der welfischen Deutschen Legion in die SA 1933.<sup>227</sup> Seine Briefwechsel mit Adenauer verdeutlichen immer wieder, dass seine Eitelkeit vor allem dadurch gekränkt wurde, dass er sich nicht als gleichberechtigter Partner ernst genommen fühlte.<sup>228</sup>

In der Bonner CDU-Führung wurde deshalb seit 1958 überlegt, wie man Hellwege als Botschafter oder »mit Aufsichtsräten« abschieben könnte, um dann bei einer Fusion anderen DP-Spitzenpolitikern führende Posten in der CDU zu geben.<sup>229</sup> Die Fördergesellschaften, die sich mit ihren Spenden stets für den Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien stark gemacht hatten, bemühten sich um ähnliche Angebote. Der Geschäftsführer des Instituts für niedersächsische Wirtschaft, Gregory, offerierte Hellwege etwa ebenfalls, durch lukrative Aufsichtsratsposten seinen Ausstieg aus der Politik einzuleiten, musste Globke aber von seiner Erfolgslosigkeit berichten: »Herr H. ist von seiner politischen Mission so erfüllt, dass er sich, wie ich glaube annehmen zu müssen, auf eine politische Kaltstellung nicht einlassen wird.«<sup>230</sup> Daraufhin bemühte sich Gregory, eine Fusion auszuhandeln, bei der man Hellwege weit entgegenkam und das Ministerpräsidentenamts offerierte. Gregorys Kollegen aus dem Vorstand der Staatsbürgerlichen Vereinigung schalteten sich ebenfalls ein, um übertrittswillige DP-Bundestagsabgeordnete zu überzeugen. Der BDI-Spitzenfunktionär Tönessen führte Mitte 1959 ein erfolgreiches Gespräch mit der profilierten DP-Sozialpolitikerin Margot Kalinke.<sup>231</sup> Ebenso bemühten sich Persönlichkeiten wie Robert Pferdenges oder Theodor Oberländer, in persönlichen Gesprächen mit der DP-Führung ein Zusammengehen zu erzielen.<sup>232</sup> Gerade die beiden Bundesminister der Deutschen Partei gaben sich dabei konzilient und erklärten schon Mitte 1959 ihre Bereitschaft, für die CDU zu kandidieren.<sup>233</sup> Adenauer selbst drängte den kleinen Koalitionspartner zunächst nicht, sondern betonte weiterhin dessen politische Bedeutung. Ansonsten verwies er auf die Verhandlungshoheit der niedersächsischen Christdemokraten und beteiligte sich an einzelnen Gesprächen.<sup>234</sup>

Nach den zahlreichen Vorgesprächen kam es schließlich am 3. Oktober 1959 auf Hellweges Neuenkirchner Hof zu einer Fusionsverhandlung zwischen der Deutschen Partei und der niedersächsischen CDU-Führung. Die Christdemokraten drohten der Schwesterpartei, bei der nächsten Bundestagswahl keine Wahlhilfe mehr zu gewähren, wodurch deren Bundespolitiker vermutlich ihre Posten verlieren würden. Zugleich unterbreiteten sie einen großzügigen Übertrittsplan für eine Fusion, der unter anderem Heinrich Hellwege den Vorsitz des CDU-Landesverbandes Hannover und die Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl offerierte.<sup>235</sup> Als Vorbild für den Zusammenschluß wurde dabei die Überführung der saarländischen Christlichen Volkspartei in die CDU Saarland angeführt. Zunächst sollte eine Arbeitsgemeinschaft entstehen, dann sollten die Vorsitzenden der verschiedenen Parteiebenen gemeinsame Gremien bilden. Die größten Probleme bereitete die Namensfrage. Während die Deutsche Partei auf den gemeinsamen Namen CDU/DP hoffte, boten die Christdemokraten lediglich CDU vereinigte DP oder Vereinigte CDU mit der DP an. Die Verhandlung selbst verlief relativ harmonisch. Bei der parteiinternen Diskussion der Ergebnisse fühlte sich die DP-Führung jedoch nicht zuletzt wegen der Namensfrage wieder so sehr in ihrer Ehre verletzt, dass sie sofort danach jede Übereinstimmung dementierte und auf ihrem daraufhin einberufenen Parteitag die Ablehnung des Fusionsangebotes nahelegte.<sup>236</sup>

Dennoch lösten diese Verhandlungen eine Eigendynamik aus, die letztlich zur Einbindung der Deutschen Partei führte. Die beitriftswilligen Politiker beschlossen nun, einzeln zur Union überzutreten, um ihre Posten zu retten. Schon wenige Tage später meldete sich beim niedersächsischen Generalsekretär der erste DP-Abgeordnete. Er sei zum sofortigen Übertritt entschlossen, »wenn die CDU bereit ist, Herrn Eickhoff wieder in den nächsten Bundestag zu bringen.«<sup>237</sup> Und noch in der gleichen Woche fragten die Abgeordnete Kalinke und Bundesminister Merkatz bei Gerstenmaier und Pferdenges an, unter welchen Konditionen ein Übertritt möglich sei.<sup>238</sup> Bis 1960 hatte sich damit deutlich herauskristallisiert, dass die DP-Bundestagsfraktion zur CDU tendierte, während ihre niedersächsische Parteiführung eher die Nähe der Liberalen suchte.<sup>239</sup> Da die Christdemokraten möglichst die gesamte Partei übernehmen wollten, hielten sie sich zunächst bedeckt und machten den einzelnen Abgeordneten keine Zusagen. Ähnlich verhielt sich auch Adenauer in vertraulichen Gesprächen mit DP-Bundestagsabgeordneten. Er verwies weiterhin auf die niedersächsischen Parteifreunde, wo der Vorsitzende Otto Fricke die nötigen Geheimabsprachen traf, um die Übertritte zugkräftig zu inszenieren.<sup>240</sup> Am 1. Juli verließen schließlich neun

DP-Abgeordnete ihre Bundestagsfraktion, ohne ihren Vorsitzenden zu informieren. Nach einer Schamfrist von drei Monaten traten sie zur Union über. Zwei weitere MdBs folgten im Jahr darauf, so dass die DP im Bundestag mit nur noch drei Abgeordneten quasi inexistent war. Wie beim BHE liefen damit vor allem jene Politiker zur Union über, die von ihr eingebunden worden waren und nun ihre weitere Karriere sichern wollten. Neben den beiden Bundesministern Seebohm und Merkatz zählten hierzu etwa der Bundestagsvizepräsident Preusker und Margot Kalinke.<sup>241</sup> Ihr Opportunismus zeigte sich nicht zuletzt darin, dass sie bereits vor ihrem Parteiwechsel diskutierten, welchen Wahlkreis sie bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr erhalten sollten.<sup>242</sup> Tatsächlich sollte Merkatz 1961 als Aushängeschild die niedersächsische Landesliste anführen, während die restlichen Politiker zum Teil gegen die Widerstände der christdemokratischen Parteibasis die gewünschten Wahlkreise bekamen. Der Preis für ihre Posten war, dass sie nun als Werbefigur eingesetzt wurden, um die Rest-DP und ihre protestantisch-konservative Wählerschaft zu gewinnen. Allein 50000 mal wurde in Niedersachsen ihre Broschüre »Unser Weg in die Union« verteilt. Hierin erklärten die übergetretenen Bundesminister ebenso wie in Zeitungsartikeln, dass der Konservatismus durchaus in der CDU seinen Platz habe und hier viel besser erhalten werden könne als in einer kleinen Deutschen Partei.<sup>243</sup> Bei den Übertrittsverhandlungen selbst hatten dagegen programmatische Fragen bezeichnenderweise keine Rolle gespielt.

Die Integration der Landespolitiker und der lokalen DP-Parteibasis sollte sich dagegen noch einige Zeit hinziehen. Hier bestanden weiterhin äußerst große Ressentiments gegen einen Zusammenschluss mit den Christdemokraten. Bei einer Delegiertentagung der Deutschen Partei sprach sich 1960 keiner der anwesenden Kreisverbände für eine Einigung aus. Bei ihren Bezirksversammlungen schimpfte die Basis über die »unverschämte Arroganz« der CDU und forderte etwa Listen mit der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei »gegen die völlig in katholischen Händen befindliche CDU«.<sup>244</sup> Umgekehrt ging die Basis der Christdemokraten auf Distanz zu der übergelaufenen Parteiprominenz, die alte Vormachtstellungen bedrohte. Verkehrsminister Seebohm konnte nur in einer knappen Kampfabstimmung seine Wahlkreisnominierung erreichen. Sein Kabinettskollege Merkatz wurde zunächst noch nicht einmal von seinem christdemokratischen Kreisverband eingeladen, und im Falle des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eickhoff spaltete sich sogar der örtliche Schützenverein über der Frage, ob der Überläufer in die CDU aufgenommen werden dürfe.<sup>245</sup> CDU und DP waren eben nicht nur Schwesterparteien, sondern gerade auf der unteren Ebene auch feindliche

Brüder. Die Überläufer mussten sich bei ihren Auftritten dementsprechend harte Beleidigungen gefallen lassen. Bei Merkatz' erster Rede erschien fast die gesamte DP-Prominenz, Tumulte und Beschimpfungen folgten.<sup>246</sup> Nach wie vor bildeten die konfessionellen Vorurteile den Hauptangriffspunkt. Stereotyp fiel der Vorwurf, der entsprechende Politiker »hätte doch lieber gleich zur katholischen Kirche übertreten sollen, wenn er zur CDU ginge.«<sup>247</sup> Zudem versuchten sie, die Ehrlosigkeit der Überläufer herauszustellen. Der Landtagsabgeordnete Pastor Schönfelder kommentierte den Übertritt mit einem Tacitus-Zitat an den in Schleswig ausgestellten Moorleichen: »Verräter und Überläufer hängten sie an den nächsten Baum, andere Verbrecher warfen sie ins Moor.«<sup>248</sup> Und der Bremer DP-Landesvorsitzende Schneider hielt dem Bundesminister Merkatz vor: »Wenn es heute noch Duelle gäbe, ich würde sie fordern.«<sup>249</sup>

Trotz dieser markigen Sprüche konnte 1961/62 auch in den weltlichen Traditionsgebieten die Integration der Rest-DP eingeleitet werden. Da die Christdemokraten sich nun noch stärker als Verwalter des deutsch-hannoverschen Erbes präsentierten, wurden Übergänge erleichtert. Als Tagungsort für ihren Parteitag wählten die Christdemokraten nun die Welfenhochburg Celle. Dabei stellten sie die übergewechselten DP-Politiker als Redner weit in den Vordergrund.<sup>250</sup> Im Bundestagswahlkampf 1961 gab es schließlich kaum jemand in der CDU, der so viele Wahlreden hielt wie die DP-Überläufer.<sup>251</sup> Ebenso dominierten sie die Spitze der Landesliste.

Ihr Ende läutete die Deutsche Partei schließlich selbst ein, als sie sich vor der Bundestagswahl 1961 übereilt mit dem Rest des BHE zur »Gesamtdeutschen Partei« zusammenschloss. Nachdem ihre Fusionsgespräche mit den Liberalen gescheitert waren, hoffte sie so den Bundestageinzug zu schaffen. Tatsächlich erreichte sie mit dieser Fusion genau das Gegenteil: Ihr Namenswechsel, die »widernatürliche Ehe«<sup>252</sup> zwischen Einheimischen und Vertriebenen und ihre desaströse Wahlniederlage lockerten bei ihren Anhängern und Repräsentanten die Loyalitäten. Verbitterte Austritte und ein erneutes Liebäugeln mit den Christdemokraten waren die Folge.<sup>253</sup>

Am 2. Dezember 1961 kam es so zur endgültigen Fusionsverhandlung zwischen der niedersächsischen CDU- und der ehemaligen DP-Landesführung. Dabei legte die Deutsche Partei Wert darauf, möglichst geschlossen aufgenommen zu werden. Zweifelsohne wollte sie so ihr Gewicht in der Union verstärken. Zunächst sollte eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Landtags- und Kreistagsfraktionen gebildet werden, wobei dann die Landtagsabgeordneten die Kommunalpolitiker ihrer Wahlkreise zum gemeinsamen Übertritt zu überreden hätten. Zudem sollten die

führenden DP-Repräsentanten auf Landes-, Kreis- und Ortsebene in die jeweiligen CDU-Vorstände aufgenommen werden; zunächst mit beratender Stimme, dann als ordentliche Mitglieder.<sup>254</sup> Durch diese Verhandlungen gelang es tatsächlich, am 29./30. März 1962 fast die gesamte niedersächsische DP-Fraktion zur Union zu holen, wodurch die niedersächsischen Christdemokraten erstmals die stärkste Fraktion stellten. Die Postenvergabe folgte: In den christdemokratischen Zentralvorstand sollten bis zu vier Überläufer kooptiert werden, während ein Überwechsler zur vierköpfigen Landesleitung hinzustieß.<sup>255</sup> Den 18 bisherigen DP-Abgeordneten wurde zudem die Zusage gegeben, dass mindestens jeder fünfte Landeslistenplatz aus ihren Reihen besetzt würde.<sup>256</sup> Dabei wurden nicht alle Amts- und Mandatsträger der Deutschen Partei übernommen. Insbesondere die Geschäftsführer stellten die Christdemokraten nur an, wenn sie eine hinreichende Vorfeldbindung aufwiesen. Da viele Kreisgeschäftsführer eng mit den lokalen Bauernverbänden verbunden waren, war ihre Übernahme häufig aber von großer Bedeutung, um endlich die lokale Akzeptanz zu gewinnen.<sup>257</sup> Durch die Fusion mit der Deutschen Partei erhielt die niedersächsische CDU so ein völlig neues, protestantisch-konservatives Profil. Bis Mitte der sechziger Jahre sollten fast alle öffentlichkeitswirksamen Führungsposten der Christdemokraten an ehemalige DP-Politiker gehen.

Am schwierigsten und langwierigsten gestaltete sich der Zusammenschluss schließlich auf der lokalen Ebene. Hier konnte eben nicht an den Opportunismus der Berufspolitiker appelliert werden. Stattdessen erschwerten lokale Milieuverankerungen den Wechsel zu den Christdemokraten. In der Vereins- und Geselligkeitskultur hielt man weiter die Treue zum »Welfenhaus« hoch, während man den »Bonner Katholiken« immer noch distanziert gegenüber stand.<sup>258</sup> Der lokale Antikatholizismus führte nicht selten zu Übertritten zu den Liberalen, die ebenfalls um die Honoratioren und Geschäftsführer der DP warben.<sup>259</sup> Am einfachsten wäre es gewesen, wenn die CDU sämtliche Mitglieder der ehemaligen Deutschen Partei geschlossen aufgenommen hätte. Da die Deutsche Partei in Niedersachsen immer noch mehr Mitglieder als die Christdemokraten hatte, lehnten die Christdemokraten dies jedoch bei den Fusionsverhandlungen ab. Sie fürchteten Majorisierung oder Unterwanderung, die die eigene Partei überfordern würde. Die Kreisverbände sollten werbend ihre Türen öffnen; »vor Personen, die versuchen mit geschlossenen Gruppen ihre Mandate zu erhalten« wurde aber gewarnt.<sup>260</sup> Die Kreis- und Ortsverbände der CDU wurden dabei angewiesen, eher auf der gesellschaftlich-menschlichen Ebene ein Zusammenwachsen einzuleiten. Beim sonntäglichen Frühschoppen sollte das Gespräch zu führenden

DP-Leuten gesucht werden, um diese gruppenweise zur Union herüber zu ziehen. Die Zusicherung kommunaler Mandate wurde dabei empfohlen.<sup>261</sup> Wiederum waren es auch hier eher die Mandatsträger, die den ersten Schritt zur CDU wagten, um ihre Landrats- oder Bürgermeisterposten zu sichern. Aus Abneigung vor den Christdemokraten warteten sie häufig bis zur Kommunalwahl 1964 ab. Erst einige Wochen vor der Wahl 1964 konnte etwa der CDU-Bezirk Stade aus der DP-Hochburg melden, dass die kommunalpolitische Übernahme der Deutschen Partei abgeschlossen sei. Die Zahl ihrer Mandatsträger hatte sich damit bereits vor der Wahl verdreifacht.<sup>262</sup> Bürgermeister, Landräte und andere Honoratioren, die übertraten, erhielten in feierlichen Sitzungen ihre neuen Mitgliederausweise, um vor der Lokalpresse werbend ihren Wechsel zu begründen.<sup>263</sup> Die Mitglieder der ehemaligen Deutschen Partei blieben jedoch skeptisch. Größere Übertritte blieben bei ihnen zunächst aus.<sup>264</sup> Aber immerhin vollzogen sie bei den Wahlen den Schritt ihrer Parteieliten nach, so dass die CDU nun seit Mitte der sechziger Jahre auch in den protestantisch-ländlichen Teilen Niedersachsens die stärkste Partei wurde.

Die Liberalen waren damit die einzige Kleinpartei, die sich dem Integrationskurs der Adenauer-CDU entziehen konnten. Wieso gelang dies gerade den Liberalen? Im Vergleich zu den anderen Kleinparteien dürften vier Gründe hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Die FDP hatte erstens eine bessere gesellschaftliche Verankerung als andere Kleinparteien. Der deutsche Liberalismus hatte sicherlich nie ein vergleichbar enges Vorfeld wie das katholische oder das konservative Milieu.<sup>265</sup> Im Unterschied zu einer Interessenpartei wie dem BHE verfügten die Liberalen aber dennoch in verschiedenen evangelischen Regionen über tiefverwurzelte, seit dem Kaiserreich bestehende lokale Bindungen, die auch in Krisen zunächst noch Rückhalt gewährten; sei es in bürgerlichen Universitätsorten wie Göttingen, in Handelsstädten wie Hamburg oder ländlichen Gebieten, die wie in Baden-Württemberg oder Nordwest-Niedersachsen aus historischen Konfliktlinien heraus mit dem Liberalismus verwachsen waren.<sup>266</sup> Zudem war die FDP im Vergleich zur Deutschen Partei (oder zu anderen Rechtsparteien) im bürgerlichen Verbandswesen äußerst gut vertreten. Die Vorsitzenden der Kammern, der Haus- und Grundbesitzervereine oder der Angestelltenverbände rekrutierten sich in den fünfziger Jahren häufig aus den Reihen der Liberalen.<sup>267</sup> Auch ohne Parteiapparat und geschlossene Parteiführung verfügte die FDP damit über beträchtliche Mobilisierungspotentiale.

Zweitens wiesen die Liberalen im Unterschied zur konservativen DP eine klare weltanschauliche Trennlinie zur Union auf. Beide Parteien

versuchten, sich über ihren Antikatholizismus zu profilieren. Da die Konservativen sich aber zugleich über ihre christliche Bindung definierten, fiel ihnen die Abgrenzung von der Union schwerer. Das antiklerikale Selbstverständnis der Liberalen erleichterte dagegen gerade in den konfessionspolitischen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre ihre Identitätsbildung. Die Kirchnähe der Union war das Kapital der Liberalen. Angesichts des Wirtschaftsaufschwunges und der außenpolitischen Erfolge Adenauers hätten ihre wirtschafts- und außenpolitischen Konzepte dagegen sicherlich keine erfolgreiche Abgrenzung ermöglicht. Ebenso übertraf ihre antisozialistische Sammlungsrhetorik das Vokabular der Christdemokraten zwar an Schärfe, unterschied sich aber eher graduell von ihr.

Drittens verfügten die Liberalen über den Vorteil, dass ein großer Teil der katholischen Christdemokraten überhaupt kein Interesse daran hatte, die FDP zu übernehmen. Durch die unterschiedlichen kulturpolitischen Positionen blieben ihre seit dem Kulturkampf ausgebildeten Ressentiments bestehen. Eine enge Zusammenarbeit oder gar eine Fusion wie mit der Deutschen Partei erschien für viele religiös geprägte Christdemokraten indiskutabel. Ein betont katholischer Politiker wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier wetterte auch Mitte der fünfziger Jahre noch gegen Wahlkreisbündnisse mit den Liberalen und bezeichnete sie gegenüber Bundesgeschäftsführer Heck als »eine Zumutung, die ich für meine Person als Wähler stets ablehnen würde.«<sup>268</sup> Selbst in den sechziger Jahren sahen Politiker wie Altmeier in der FDP eben keine Geschwisterpartei, sondern einen Rivalen, der notgedrungen gelegentlich als Koalitionspartner dienen musste.<sup>269</sup> Ebenso witterte der hessische Landesvorsitzende Fay noch Anfang der sechziger Jahre die Gefahr, dass eine engere Koalitionsaussage zugunsten der Liberalen die katholische Stammwählerschaft gefährden könnte.<sup>270</sup> Ihre Abneigung gegen die FDP wurde zudem durch den hohen Anteil an nationalsozialistischen Funktionselementen geschürt, die die Liberalen besonders in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen aufwiesen.<sup>271</sup> Lediglich eine Marginalisierung der FDP durch die Einführung des Mehrheitswahlrechtes wurde daher auch vom katholischen Flügel unterstützt. Denn dann wären die Liberalen verschwunden, ohne dass man personelle oder programmatische Kompromisse eingehen müsste. Aber auch Konrad Adenauer hielt den Fortbestand einer liberalen Partei für »absolut notwendig«. Selbst während der Koalitionskrise von 1955/56 betonte er ihre Existenzberechtigung, wenn auch aus anderen Motiven als seine betont katholischen Parteifreunde. Seiner Meinung nach konnte nur über eine liberale Partei der rechte Rand und jene, die keine christliche Partei

wählen wollten, integriert werden. Zum anderen fürchtete Adenauer, dass eine Übernahme der Liberalen die eigene Partei und Fraktion spalten würde.<sup>272</sup> Eine kleine und möglichst eng an die Union gebundene liberale Rechtspartei war somit unter dem gegebenen Wahlrecht durchaus im Sinne der Christdemokraten.

Viertens reagierte die FDP besser auf die Integrationspolitik der CDU. Bereits Mitte der fünfziger Jahre begann sie, sich aus der Umarmung zu lösen. Unter Dehler profilierte sie sich zunächst als außen- und sozialpolitische Opposition in der Regierung, bis es im Februar 1956 zum Koalitionsbruch kam.<sup>273</sup> Damit protestierte sie zugleich offensiv gegen die geplante Einführung des Mehrheitswahlrechtes und setzte die Christdemokraten erfolgreich unter moralischen Druck. 1957 zeigte die FDP ihre Eigenständigkeit dadurch, dass sie ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf ging, während sie vier Jahre später immerhin mit dem abgrenzenden Wahlkampfschlager »Mit der CDU/CSU ohne Adenauer« antrat.<sup>274</sup> Ebenso löste sie sich in den Bundesländern von der Union: In Nordrhein-Westfalen setzte sie mit dem Sturz der Regierung Arnold 1956 einen maßgeblichen Akzent, um ihre neue Unabhängigkeit zu demonstrieren. In Hamburg sorgte sie für Spannungen, die Ende 1957 in eine sozialliberale Koalition mündeten.<sup>275</sup> Und in Hannover schied sie ebenfalls 1957 aus der bürgerlichen Regierung aus, um zwei Jahre später ebenso wie in Bremen eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu beginnen. Parallel zu ihrer Öffnung nach links bemühten sich die Liberalen um das Erbe der rechten Kleinparteien. Gerade in den Landesparlamenten machte sie nicht nur den Repräsentanten des BHE und der DP, sondern auch den Abgeordneten der rechtsradikalen DRP lukrative Angebote, um sie als Mandatsträger zu übernehmen.<sup>276</sup>

Trotz dieser vier Unterschiede überstand auch die FDP Adenauers Integrationskurs nicht ohne Blessuren. Ihr Befreiungsschlag von 1956/57 spaltete nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die eigene Partei und deren Anhänger. Wie bei dem BHE und der Deutschen Partei waren es wiederum die im Kabinett eingebundenen Bundesminister, die bei den außen- und sozialpolitischen Kontroversen zur CDU hielten und mit der eigenen Partei brachen. Am 23. Februar 1956 gaben fast ein Drittel der FDP-Abgeordneten ihren Austritt aus der Bundestagsfraktion bekannt. Unter den 16 Köpfen der sogenannten Euler-Gruppe waren alle vier liberalen Bundesminister. Ebenso verabschiedete sich bei der folgenden Bundestagswahl ein gewichtiger Teil ihrer national-liberalen Wählerschaft, der die liberale Öffnung zur Sozialdemokratie entschieden ablehnte. Vor allem in Hessen, wo die FDP besonders nationalistisch aufgetreten war, sank der liberale Stimmenanteil von knapp zwanzig

Prozentpunkten auf nunmehr 8,5 Prozent. Ähnliche Einbußen erlitt die FDP in den eher national-liberalen Traditionsgebieten Niedersachsens.<sup>277</sup> In beiden Ländern sollten die bislang schwachen Christdemokraten von den liberalen Verlusten profitieren. Im Unterschied zu den eher katholischen Bundesländern begannen die Christdemokraten hier zudem, Landespolitiker aus der FDP herauszulösen und für sich einzuspannen. In Niedersachsen konnten die Christdemokraten nach dem liberalen Regierungsaustritt nicht nur einige FDP-Kreisvorsitzende gewinnen, sondern auch deren Fraktionsvorsitzenden und den Landesvorsitzenden der Jungdemokraten.<sup>278</sup> Dementsprechend sollte die FDP bei der folgenden Landtagswahl mit knapp fünf Prozent das für lange Zeit schlechteste Ergebnis erzielen.

Die Spaltung der Liberalen hatte aber keine vergleichbaren Folgen wie bei der Deutschen Partei und dem BHE. Das lag nicht zuletzt an der reservierten und unschlüssigen Haltung der Union. Im Unterschied zu den anderen Parteien sahen die Christdemokraten zunächst davon ab, die Euler-Gruppe für sich einzuspannen. Nachdem sie die FVP gegründet hatten, hoffte Adenauer kurzzeitig, dass die FVP »die ruhigen und nichtnationalsozialistischen Leute aus der FDP« hinüberziehen könne, um so das gewünschte liberale Auffangbecken zu bilden.<sup>279</sup> Trotz ihres Zusammenschlusses mit der Deutschen Partei erfüllte sich diese Hoffnung allerdings nicht. Gegenüber der FDP selbst ging nun auch Adenauer auf eine misstrauische Distanz. 1957 lehnte er es sogar ab, die Liberalen überhaupt nur zu fragen, ob sie wieder in die Regierung wollten. Und das, obwohl mehrere Landespolitiker Adenauer zurecht mahnten, dass eine Nichteinbindung Konsequenzen für die Länderregierungen haben würde.<sup>280</sup> Vor allem Dehlers Angriffe hatten offensichtlich Adenauers Ehrgefühl derartig verletzt, dass er entgegen seiner bisherigen Taktik die Liberalen ausschloss. Dadurch konnte sich die FDP nicht nur als bürgerliche Koalitions- und Korrektivpartei profilieren, sondern sich auch personell regenerieren. Mit Baden-Württemberg verfügte die FDP zudem über ein einwohnerstarkes Bundesland, aus dem ihr nun erstarkter wirtschaftsliberaler Flügel seine Reserven schöpfen konnte. Die Bundestagswahl 1961 wurde so zu einem Comeback, bei dem die alten liberalen Hochburgen wieder zurückgewonnen werden konnten. Erst Ende der sechziger Jahre, als die Liberalen nun auch auf der Bundesebene den Befreiungsschlag hin zur sozialliberalen Koalition wagten, sollte für die CDU die zweite, entscheidende Phase der liberalen Wählerintegration erfolgen.

Das Kapitel zeigte, dass die Integration der Kleinparteien mehr als nur eine Begleiterscheinung des Wirtschaftsaufschwunges war. Vielmehr wurde deutlich, dass sich die Christdemokraten aktiv um die Spaltung und möglichst geschlossene Übernahme der Deutschen Partei und des BHE bemühten. Die Strategie war in beiden Fälle ähnlich. Die Partei wurde zunächst durch Wahlabkommen und großzügige Ministerposten eng an die Union gebunden. Diese Einbindungspolitik reichte vom Bonner Kabinett bis hinein in die Kommunen, wo sie auch den rechtsextremen Rand mit umschließen konnte. Insbesondere Adenauer glänzte dabei durch eine Generösität, die sich auszahlen sollte. In einem zweiten Schritt wurde dann mit den führenden Politikern der Kleinparteien regelrecht das Angebot ausgehandelt, zur Union überzuwechseln und dafür führende Posten zu erhalten. Eine Übergangsphase zwischen Aus- und Eintritt sollte den Wechsel glaubwürdiger machen und die Möglichkeit eröffnen, Nachahmer zu finden. Innerhalb der CDU wurden die Neumitglieder dann gezielt eingesetzt, um den Rest der Kleinpartei zu überzeugen. In einer dritten Phase folgten die Landespolitiker, in einer vierten dann die lokale Parteibasis, wobei hier die alten Ressentiments am längsten währten. Auf diese Weise wuchs die CDU seit Mitte der fünfziger Jahre nicht nur noch weiter an, sondern veränderte auch ihr Profil: Sie wurde protestantischer und wies mehr führende Köpfe auf, die wie Oberländer oder Seeböhm im rechten politischen Spektrum angesiedelt waren. Mit ihnen verkörperte sie das Erbe der absorbierten Kleinparteien.

Zudem zeigte das Kapitel am Beispiel der Bundestagswahlen 1953 und 1957, dass die CDU durch eine überlegene Wahlkampfführung die politische Sammlung forcierte. Beide Male nutzte sie ihre Regierungsposition, um konkurrenzlose Medienereignisse zu produzieren, die für Adenauer warben. Auf latente Krisen reagierte sie mit einem symbolischen und materiellen Entgegenkommen, das sich besonders an den evangelisch-bürgerlichen Raum richtete. Großzügige Wahlgeschenke ergänzten dies, wobei die Union insbesondere die Preise für Grundnahrungsmittel senkte. Letzteres belegte wiederum, wie sehr sie sich bei ihrer modernen Wahlkampftechnik an demoskopisch ermittelten Bevölkerungswünschen orientierte. Aber selbst im herkömmlichen Plakatwahlkampf ging die quantitative Überlegenheit der Christdemokraten mit einem qualitativen Vorsprung einher. Die Regierungsposition erleichterte und ermöglichte dabei vieles. Selbstverständlich war jedoch auch diese integrative Wahlkampfführung keineswegs. Auch sie verantwortete im hohen Maße Konrad Adenauer.

## V. Politische Integration mit Spendengeldern: Der Aufbau des CDU-Finanzsystems

Die Sammlung rechts von der SPD wäre undenkbar gewesen, wenn die CDU nicht über größere finanzielle Mittel verfügt hätte. Denn gerade bei einer Partei, die sich erst neu aufbaute, war jeder organisatorische und wahltaktische Schritt eine Frage der finanziellen Machbarkeit. Ihre weitgesteckten politischen Sammlungspläne trieben die Kosten in die Höhe. Während im katholischen Milieu das Kirchenvorfeld quasi gratis Mobilisierungsaufgaben übernahm, erforderte besonders die Einbindung der bürgerlich-protestantischen Wähler größere Sonderausgaben. Die mobile Filmwerbung in den evangelisch-ländlichen Kleingemeinden war schlichtweg teurer als die Wahlempfehlung der katholischen Pfarrer. Zudem war im evangelischen Raum die Parteiorganisation häufig nur so schwach ausgebaut, dass für die Wahlen gesondertes Personal eingestellt werden musste. Und da gerade hier zahlende Mitglieder fehlten, mussten die Kreisverbände von oben unterstützt werden.

Die CDU-Führungsspitze wusste stets um die große Bedeutung der Finanzen. Bereits vor der ersten Bundestagswahl mahnte Adenauer: »Geld ist die Hauptsache! Geld, Geld, Geld.«<sup>1</sup> Die Erörterung der Parteifinanzien durchzog nicht nur die frühen Bundesvorstandssitzungen, sondern auch viele Tagungen der CDU-Landes- und Kreisvorstände. Dabei ging es nicht nur um die Frage, auf welche Weise wieviel Mittel organisiert werden konnten, sondern auch darum, wer sie verwalten durfte.<sup>2</sup> Da bis 1959 noch keine direkten staatlichen Zuwendungen an die Parteien existierten, wurde das Aufbringen von Spenden zu einer Schlüsselfrage für den Erfolg der Partei, die zugleich das innerparteiliche Machtgefüge bestimmte.

Wie kam es zu der bis heute umstrittenen Spendenfinanzierung der Union? Bis zur Währungsreform 1948 war die finanzielle Lage der CDU noch recht gut. Die Gruppe der zahlenden Mitglieder war vergleichsweise groß, die Löhne der Parteifunktionäre dagegen niedrig.<sup>3</sup> Da noch kein freier Pressemarkt existierte, konnten sich die Parteien zudem mit den Erträgen aus ihren Partei- und Lizenzblättern sanieren. Vor allem die Kreisverbände der größeren Städte wiesen hohe Einnahmen auf, da hier mehr Wirtschaftsspenden flossen. In Städten des katholischen Mi-

lieus lag der Kassenbestand der CDU-Kreisverbände erwartungsgemäß wesentlich höher. Dabei waren nicht unbedingt ihre Einnahmen größer, sondern ihre Ausgaben geringer. Fehlende Mitgliedsbeiträge wurden zumindest in den evangelischen Städten durch ein höheres Spendenaufkommen wettgemacht.<sup>4</sup>

Seit Mitte 1948 veränderte sich diese Situation schlagartig. Die krisenhaften Gründerjahre der Republik machten sich auch innerhalb der CDU bemerkbar. Nach der Währungsreform musste sie zahlreiche Parteiangestellte entlassen, da die DM-Löhne nicht mehr bezahlbar waren.<sup>5</sup> Ebenso traten die Mitglieder nach dem Währungsschnitt scharenweise aus oder stoppten zumindest ihre Beitragszahlungen. Der Absatz der Parteipresse ging ebenfalls zurück, da seit 1949 die unabhängige Zeitungs- und Illustriertenlandschaft aufblühte. Eine regionale Parteizeitung wie die »Union« aus Nord-Württemberg erreichte bis Mitte 1948 etwa eine Auflage von 100 000, die im hohen Maße vom Großhandel abgenommen wurde. Bereits im September betrug die Auflage nur noch 16 000 Exemplare, wobei die Einnahmen von 35 000 RM auf 2 500 DM sanken.<sup>6</sup> Bald sollten sich die Parteiblätter allesamt zu Subventionsunternehmen entwickeln.

Nach der Bundestagswahl 1949 war bereits die Hälfte der CDU-Landesverbände nicht nur verschuldet, sondern wusste nicht, wie sie überhaupt eine finanzielle Sanierung erreichen sollte.<sup>7</sup> Zahlreiche Kreisverbände hatten während des Wahlkampfes Kredite aufgenommen, weil sie hofften, nach der Wahl Geld von der Landeszentrale zu bekommen.<sup>8</sup> Besonders die evangelischen Landesverbände brachen nun finanziell zusammen. Der Hamburger Landesverband verzeichnete ein Defizit von über 100 000 DM, Hannover meldete einen ebenso großen Fehlbetrag für das kommende Jahr, und Schleswig-Holstein hatte etwas später 83 000 Mark Schulden.<sup>9</sup> Gleiches galt für Hessen und einen katholischen Verband wie Südbaden.<sup>10</sup> Und selbst der finanziell potenteste Landesverband, die CDU Rheinland, schloss Ende 1950 nur noch mit plusminus Null ab.<sup>11</sup> Und das zu dem Zeitpunkt, als die Union überhaupt erst beginnen wollte, eine Bundesgeschäftsstelle einzurichten.

Die CDU-Finzen krankten nunmehr an vier Grundproblemen. Erstens blieb auch in den fünfziger Jahren nicht nur die Zahl ihrer Mitglieder gering, sondern auch deren Zahlungsmoral. Nach Schätzungen von Bundesschatzmeister Ernst Bach brachte nur die Hälfte der angeblich 200 000 Mitglieder Mitte der fünfziger Jahre überhaupt regelmäßig Beiträge auf, der Rest nur minimale.<sup>12</sup> Während ein Sozialdemokrat durchschnittlich eine Mark an seine Partei abführte, zahlten die beruflich meist bessergestellten CDU-Mitglieder gerade einmal fünfzig Pfennige.<sup>13</sup>

Damit lagen die Mitgliedereinnahmen bei der SPD insgesamt sechs Mal so hoch wie bei den Christdemokraten. Die CDU-Mitgliederbeiträge versickerten folglich bereits in den Kreisverbänden, obwohl die Satzung eigentlich eine Finanzierung von unten nach oben vorsah. Ebenso bemühte sich die Bundes-Spitze vergeblich, eine einkommensbezogene Beitragsstaffelung der Mitglieder einzuführen. In den Landesverbänden begegnete man derartigen Anregungen nur mit ausweichenden Argumenten wie »dann würde der andere erfahren, was man verdienen.«<sup>14</sup> Vor allem fürchteten sie aber größere Austrittswellen, wenn die Beiträge durch eine Staffelung erhöht würden. Und tatsächlich: Als der Hamburger Landesverband 1958 in einem mutigen Vorstoß einen monatlichen Mindestbeitrag von drei Mark festlegte, trat über ein Drittel der Mitglieder aus. Dazu gehörten auch jene, »die bisher überhaupt keinen Beitrag gezahlt hätten.«<sup>15</sup> Im bürgerlichen Lager waren Parteien in den fünfziger Jahren einfach noch zu wenig akzeptiert, als dass man bereit gewesen wäre, diese aus Idealismus mit größeren Mitgliederbeiträgen zu unterstützen.

Ähnlich verhielt es sich zweitens bei Abgaben der CDU-Mandatsträger. Sie lehnten es mehrheitlich ab, einen festen Teil ihrer Abgeordneten- und Ministergehälter an die Partei zu entrichten – wie es bei den Sozialdemokraten üblich war. Lediglich in einzelnen Landesverbänden, insbesondere in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen, existierte bereits in den fünfziger Jahren eine feste Abgabenregelung.<sup>16</sup> Auf der Bundesebene brachte Schatzmeister Bach zwar mehrere entsprechende Anträge ein, diese versandeten jedoch in einer allgemeinen Empfehlung, je nach wirtschaftlicher Lage einen »angemessenen Teil« abzuführen.<sup>17</sup> Umgesetzt wurde diese Regelung in den fünfziger Jahren nicht. Gerade bei den norddeutschen Christdemokraten trafen derartige Abgaben auf völlige Ablehnung. Im Vorfeld der Wahl 1953 brachten die schleswig-holsteinischen MdBs zusammen gerade einmal 200 Mark auf – ein Betrag, den ein einzelner SPD-Abgeordneter fast monatlich bezahlte.<sup>18</sup> In Niedersachsen konnten die christdemokratischen Abgeordneten und Minister vor der Wahl 1957 lediglich dazu überredet werden, für ein halbes Jahr monatlich zehn Mark abzuführen.<sup>19</sup> Dass ausgerechnet der bekannteste evangelische CDU-Politiker, Ludwig Erhard, bis in die sechziger Jahre keine Parteibeiträge zahlte, weil er schlichtweg nicht in die CDU eintrat, ist ebenfalls in diesem Kontext zu sehen.<sup>20</sup> Nicht nur bei den Mitgliedern, sondern auch bei den evangelischen Politikern wirkten sich offensichtlich traditionelle Parteiressentiments und fehlendes Traditionsbewusstsein auf die Zahlungsmoral aus. Für persönliche, materielle Opfer reichte ihre emotionale Verbundenheit anscheinend nicht aus.

Drittens erschien es den Christdemokraten in den fünfziger Jahren noch indiskutabel, sich mit einer staatlichen Parteifinanzierung aus der Misere zu helfen. Aus ihrem Honoratioren-Selbstverständnis sahen sie in der Staatsfinanzierung den Beginn des Funktionärturns und einen Verlust an Unabhängigkeit. Schatzmeister Bach beispielsweise erklärte es »als Wahnsinn, wenn jemand von der Politik lebe.«<sup>21</sup> Aber auch Eingaben von der Unionsbasis spiegelten weiterhin die überkommene Ansicht, »daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Abgeordneten Voraussetzung für seine Entscheidungsfreiheit ist.«<sup>22</sup> Gerade die wirtschaftsliberalen Christdemokraten standen einer staatlichen Parteienfinanzierung entsprechend distanziert gegenüber. Robert Pferdenges brachte es sogar auf die Formulierung: »Öffentliche und halböffentliche Gelder für eine solche Sache zu verwenden, halte ich für außerordentlich gefährlich.«<sup>23</sup> Zudem argwöhnten die Christdemokraten, dass die Staatsgelder nur Kleinparteien wie den BHE aufwerten würden und das Vermögen der SPD noch weiter erhöhten. Und schließlich fürchtete man »die politischen Auswirkungen demagogischer Art von der Opposition«, wenn die Regierungspartei CDU sich aus ihrer Finanzmisere heraus öffentliche Subventionen beantragen würde.<sup>24</sup> Die staatliche Parteifinanzierung schien den Christdemokraten in der Öffentlichkeit zu unbeliebt zu sein, um sie anzuregen. Bereits 1949 hatten die Christdemokraten einen Zentrumsantrag auf Staatszuschüsse abgelehnt. Das Protokoll der CDU-Arbeitsgemeinschaft verzeichnete stattdessen als Ergebnis: »Man war im Gegenteil der Auffassung, daß man auf die Bundesregierung einwirken solle, zuzustimmen, daß Zuschüsse, die den Parteien von privater Seite gegeben würden, steuerfrei sein sollten.«<sup>25</sup> Diese Steuerfreiheit bedeutete natürlich eine indirekte staatliche Subventionierung, die allerdings nur den spendenfinanzierten, bürgerlichen Parteien zugute kommen sollte.

Die Christdemokraten setzten damit auf Wirtschaftsspenden, die durch möglichst gute Rahmenbedingungen erleichtert werden sollten. Hierbei stand die CDU allerdings viertens vor dem Problem, dass die Spenden normalerweise unregelmäßig und vornehmlich nur zu Wahlzeiten eingingen. Eine kontinuierliche Parteilarbeit ließ sich mit unkalkulierbaren Wahlspenden nicht planen. Aus dieser Konstellation heraus entwickelte die CDU seit 1950 ein Finanzierungssystem, das ihren Problemen Rechnung trug. Es sollte zwar auf Wirtschaftsspenden beruhen, sicherte aber deren regelmäßigen Zufluss. Staatliche Mittel wurden dabei verdeckt über die steuerliche Absetzbarkeit der Wirtschaftsspenden gewährt.

Um dies zu erreichen, bediente sie sich vornehmlich zweierlei »Geldwaschanlagen«: Einerseits Spendenzeitschriften wie dem »Wirtschafts-

bild«, andererseits sogenannter Fördergesellschaften. Das folgende Kapitel soll die Entwicklung dieser beiden Institutionen analysieren und zugleich fragen, welchen Stellenwert die finanzielle Sammlung für den Integrationskurs der CDU hatte. In einem weiteren Schritt wird dann geprüft, welche Auswirkungen diese systematische Spendenfinanzierung auf das innerparteiliche Selbstverständnis und auf das Machtgefüge der CDU hatte.

### 1. Fördergesellschaften als Träger der bürgerlichen Sammlung

Bereits im Vorfeld der ersten Bundestagswahl von 1949 waren führende Industrielle zusammengetroffen, um einen Wahlfonds einzurichten. Nicht allein die CDU, sondern alle »die Wirtschaftspolitik des Herrn Professor Erhard tragenden Parteien« sollten gemäß des Pyrmonter Abkommens unterstützt werden.<sup>26</sup> 65 Prozent der Summe waren dabei für die CDU/CSU, 25 Prozent an die FDP und zehn Prozent für die Deutsche Partei eingeplant.<sup>27</sup> Ob dabei tatsächlich vier Millionen Mark zusammenkamen, lässt sich aus den überlieferten Akten nicht klären.<sup>28</sup> Auch vor dem Untersuchungsausschuß zur Geldersammlung von 1949 machte Pferdenges keine Angaben über die Spendenhöhe und deren Empfänger.<sup>29</sup> Nach Angaben des Generalsekretariats lag die zentral erfasste Summe jedenfalls vierzig Prozent niedriger als zugesagt.<sup>30</sup> Die Tatsache, dass Einzelspenden wie von der Kali-Chemie in Niedersachsen bereits 100 000 DM erreichten, spricht aber für einen Gesamtbetrag von mehreren Millionen.<sup>31</sup>

Schon bei dieser vergleichsweise spärlich organisierten Wahlfinanzierung zeichneten sich fünf Auffälligkeiten ab, die auch in den folgenden Jahren charakteristisch blieben. Erstens unterstützten die Wirtschaftsvertreter die bürgerlichen Parteien (und nur diese) nach einem festen Verteilungsschlüssel, der aus ihrer elektoralen Stärke abgeleitet wurde. Der CDU wurde so gegenüber der wirtschaftsnahen FDP der Löwenanteil garantiert. Der Schlüssel stabilisierte damit die Parteistärke aus der Besatzungszeit. Zweitens finanzierten die Spender einen gemeinsamen Wahlkampf der bürgerlichen Parteien, was deren spätere Koalitionsbildung förderte. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Gespräche, die die drei bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Wirtschaftsvertretern führten, erhöhten das Gruppengefühl der drei Parteien gegenüber der SPD, die explizit ausgeschlossen wurde. Drittens deutete sich bereits bei der ersten Bundestagswahl an, dass die CDU bewusst Steuerhinterziehungen tolerierte, um die Spender zu motivieren; sei es über fingierte Anzeigen-Quittungen oder Finanztransfers über die Kammern.<sup>32</sup> Viertens zeichnete

sich bereits hier ab, dass Adenauer selbst gegenüber der Parteispitze weder genauere Summen noch die Herkunft der Gelder nannte. Vielmehr begnügte er sich mit dem Hinweis, man versuche »Geld zu beschaffen«. <sup>33</sup> Das CDU-System blieb damit von Beginn an ein Bereich, dessen genauere Struktur von der engsten Parteiführung im Dunkeln gehalten wurde. Auf diese Weise sollte der Eindruck vermieden werden, dass die CDU eine wirtschaftsgestützte Partei sei. Dementsprechend setzte Adenauer sich verbal dafür ein, Gelder nur auf einer möglichst breiten und rechtlich sauberen Basis zusammenzutragen. Fünftens wurden die Einzelspenden nun aus den Bundesländern heraus an die Parteizentrale übergeben, in diesem Fall an das Generalsekretariat in Frankfurt. Auch wenn einige Landesverbände dies 1949 nicht befolgten <sup>34</sup> – tendenziell erhielt die Parteizentrale hierdurch einen Einflussgewinn gegenüber den Ländern. Gleichzeitig konnte sie dabei für einen Strukturausgleich zwischen den armen und den reicheren CDU-Landesverbänden sorgen. Erwartungsgemäß beschwerten sich einzelne der föderal denkenden Christdemokraten, dass die Spenden aus »ihrem« Bundesland nicht wieder voll zurückflossen. <sup>35</sup>

Bei den folgenden Landtagswahlen wurde dieses Finanzierungsprinzip im Zeichen der bürgerlichen Sammlung weiter verfeinert. Bereits bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Oktober 1949 machten CDU und FDP gemeinsame Kasse und vereinbarten, die Gewinne oder Defizite im Verhältnis 3:2 aufzuteilen. <sup>36</sup> Im Zuge der niedersächsischen Landtagswahl entstand schließlich Ende 1950 eine Frühform der späteren Fördergesellschaften. Unter Federführung des Braunschweiger CDU-Landesvorsitzenden Otto Fricke gründeten die Christdemokraten zusammen mit der Deutschen Partei und den Liberalen die Vereinigung zur Förderung der Marktwirtschaft. Wirtschaftsspenden für alle drei Parteien wurden hier zentral erfasst und steuerlich absetzbar als monatliche Mitgliedsbeiträge getarnt. Den Vorsitz der Gesellschaft teilten sich zwar die drei Parteien gleichberechtigt, den geschäftsführenden Vorsitz und die tatsächliche Leitung hatte jedoch Otto Fricke inne. Fricke's Finanzengagement verfolgte ein doppeltes Ziel: Einerseits sollten die Liberalen und die Deutsche Partei finanziell und politisch eng an die CDU gebunden werden, andererseits hoffte er, so in der eigenen Partei den bürgerlichen Sammlungskurs durchzusetzen. <sup>37</sup> Auch gegenüber den Wirtschaftskreisen nannte er als Ziel seiner Vereinigung, »engstirnige Parteiegoisten schließlich und endlich über die Finanzierung und mit Gewalt zu einer verständigen politischen und wirtschaftspolitischen Haltung zu zwingen.« <sup>38</sup> Umgekehrt stellte auch die Wirtschaft ihre Gelder nur unter der Bedingung zur Verfügung, dass sich die drei Parteien möglichst eng zusammen-

schlossen und eine gemeinsame Regierung bildeten. Immerhin brachte die Vereinigung bei der Landtagswahl dafür knapp eine halbe Million Mark »außer Kassenbericht« auf, von denen jede Partei ein Drittel erhielt. <sup>39</sup> Mit diesen Geldern wurden zwar nicht einzelne Personen oder Gesetze gekauft, sie erhöhten aber deutlich das Gewicht des protestantisch-konservativen Parteiflügels um Fricke, der die Geldmittel verwaltete und maßgeblich über ihre Verteilung entschied.

1952 entstanden in allen Bundesländern regionale Fördergesellschaften. Sie trugen Namen wie Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V. oder Verein zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. <sup>40</sup> Die regionale Struktur der CDU wirkte sich selbst auf die Finanzierungsinstitute aus. Während in Niedersachsen die katholisch geprägten Oldenburger und Osnabrücker auf eigenen Fördergesellschaften beharrten, bestanden in Baden-Württemberg die Süd-Badener auf einem eigenen Finanzierungsverein. Rheinland-Pfalz wies mit dem Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft und dem in Koblenz ansässigen Verein zur Förderung der rheinischen Wirtschaft ebenfalls zwei Gesellschaften auf, die sich entlang der politisch-kulturellen Grenze organisierten. Die stärker katholischen Regionen fürchteten schlichtweg, von den evangelisch-zentralistischen Wirtschaftspolitikern in den Finanzinstituten übervorteilt zu werden. Bezeichnenderweise scheiterten die Sammlungsbemühungen der katholischen Kleinverbände jedoch so kläglich, dass ihre Nachbarn sie unterstützen mussten. <sup>41</sup> Entsprechend skeptisch standen die stark föderal orientierten katholischen Landesverbände einem Finanzierungssystem gegenüber, das über ihre Landesgrenzen reichte. »Herr Bach – Bundesschatzmeister – hat rein zentralistische Tendenzen« warnte der rheinland-pfälzische Innenminister Alois Zimmer seinen Landesvorstand – womit er nicht ganz unrecht hatte. <sup>42</sup> Ebenso wehrte sich der Landesverband Rheinland dagegen, Gelder an die Zentrale abzuführen, was Adenauer als einen »etwas übertriebenen Länderföderalismus« kritisierte. <sup>43</sup> Das weltanschaulich geprägte, unterschiedliche Verhältnis zum Zentralismus vermischte sich dabei mit einem Streit um eine zentrale politische Machtressource.

Parallel zu den regionalen Fördergesellschaften entstand im Frühjahr 1952 ein bundespolitisches Zentralkuratorium zur Förderung der freien Marktwirtschaft, das Repräsentanten der CDU, FDP, DP und der Wirtschaft im Haus von Robert Pferdenges gründeten. <sup>44</sup> Es sollte den Aufbau der Landesfördergesellschaften koordinieren und die Finanzierung der Bundespartei und des Berliner Verbandes sicherstellen. Die einzelnen Landesfördergesellschaften entrichteten dabei bis 1954 einen festgesetzten Betrag an die Kölner Zentrale, der im Bundestagswahljahr erhöht

wurde.<sup>45</sup> Pferdenges, der vielleicht engste politische Freund Adenauers, war von Beginn an bundespolitischer Spiritus Rector des CDU-Finanzsystems. Bei seinem Vorhaben, ein Organ zu schaffen, »an das die Gelder ohne steuerliche Belastung« gezahlt werden könnten, diente ihm die Fördergesellschaft der FDP als explizites Vorbild.<sup>46</sup> Gleichzeitig knüpfte er aber auch an die Weimarer Spendenfinanzierung an, die Pferdenges dank seines fortgeschrittenen Alters (Jg. 1880) noch ebenso gut aus eigener Anschauung kannte wie Adenauer.<sup>47</sup>

Im Unterschied zum liberalen und den niedersächsischen Vorläufern wurden die Fördergesellschaften jetzt jedoch von der Wirtschaft selbst organisiert und geleitet. Die Parteien hatten nun keine direkte Kontrolle mehr, wer in welcher Höhe Gelder eintrieb, da ihre Vertreter nur noch selten in den jeweiligen Vorständen saßen. Da die Unternehmer wenig von dem finanziellen Geschick der Parteifunktionäre hielten, nahmen sie das Spendensammeln lieber selbst in die Hand.<sup>48</sup> Damit nahm die Wirtschaft der CDU einen erheblichen Organisationsaufwand ab, der sonst vom Parteiapparat hätte aufgebracht werden müssen. Auch in Niedersachsen wurde das zunächst von der CDU geleitete Vorläufermodell, die Vereinigung zur Förderung der Marktwirtschaft, im März 1952 in das Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e. V. überführt, dem die graue Eminenz Otto Fricke nur noch als Vorstandsmitglied angehörte. Gleiches galt für die Bundesebene: In der zentralen Fördergesellschaft, die ab dem 30. November 1954 unter dem Namen Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V. firmierte, saß nur noch der CDU-Abgeordnete Pferdenges im Vorstand. Trotz seines weiterhin großen Einflusses lag diese neue Gesellschaft in den Händen der Wirtschaftsverbände, insbesondere des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI). Letzteres zeigte sich besonders in der Personalunion der Geschäftsführer: Gustav Stein, der Hauptgeschäftsführer des BDI, war gleichzeitig Geschäftsführer der Staatsbürgerlichen Vereinigung. Im Vorstand saß zudem Fritz Berg, der Präsident des BDI, der später auch den Vorsitz der Staatsbürgerlichen Vereinigung übernahm. Zentrale Entscheidungen wurden fast immer von Berg und Stein getroffen, weniger vom offiziellen Präsidenten der Staatsbürgerlichen Vereinigung, Friedrich Spennrath (Vorsitzender des Gemein Ausschusses der deutschen Gewerblichen Wirtschaft), oder dem Vorstandsmitglied Hans-Constantin Paulssen (Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände).<sup>49</sup> Dadurch, dass BDI, BDA und der DIHT in diesen Gremien zusammenkamen, wurde eine ganz neue Zusammenarbeit unterschiedlichster Wirtschaftszweige geschaffen, die auch kleinere und mittlere Unternehmen einband.<sup>50</sup> Die wirtschaftspolitische Prominenz, die in diesem zentralen Kuratorium saß, hatte zudem genügend Ge-

wicht, um die einzelnen Unternehmen »auf die Notwendigkeit weiterer finanzieller Opfer hinzuweisen.«<sup>51</sup>

Die Fördergesellschaften stellten zunächst sicher, dass die CDU nicht nur in Wahlkampfphasen, sondern kontinuierlich Finanzmittel erhielt. Damit ermöglichten sie eine langfristige Partei- und Wahlkampfplanung. Die Unternehmen und Verbände zahlten nicht mehr vereinzelte Spenden, sondern wurden regelrechte Mitglieder in eingetragenen Vereinen, die staatspolitische und wissenschaftliche Ziele vorgaben. Für ihre Mitgliedschaft entrichteten sie ein Eintrittsgeld und feste, gleichbleibende Monatsbeiträge, die dann an die bürgerlichen Parteien weiterflossen. Da die Fördergesellschaften als Berufsverbände firmierten, ließen sich die Spenden nach §10 des Einkommenssteuergesetzes bis zu einer gewissen Höhe steuerlich absetzen.<sup>52</sup> Nicht ganz zufällig hatte der Bundesfinanzhof parallel zum Aufbau der Fördergesellschaften am 20. Mai 1952 festgestellt, dass Berufsverbände aus ihrem normalen satzungsmäßigen Beitragsaufkommen anteilige Zahlungen an die Parteien leisten könnten. Die Spendenpraxis war damit abgesichert, blieb aber allenfalls halblegal, da die Fördergesellschaften keinen anderen Zweck hatten, als Parteien zu finanzieren und eine SPD-Regierung zu verhindern. Ihre regelmäßigen Zahlungen bedeuteten aber immerhin eine gewisse Anerkennung des Parteiprinzips. Nun wurden eben nicht mehr einzelne, wirtschaftsnahe Kandidaten bei Wahlen unterstützt, sondern auch die Parteiorganisationen während der Legislaturperiode.

Das Eintrittsgeld dieser eingetragenen »Vereine« betrug nach Umsatz gestaffelt bis zu mehreren tausend Mark. Als Richtlinie für den Monatsbeitrag galten mindestens ein bis zwei Mark pro Firmenangehörigen.<sup>53</sup> Auch wenn die monatlichen Summen der einzelnen Unternehmen gering erschienen – durch das regelmäßige Überweisen summierten sich jährlich gewaltige Beträge. Hinzu kamen Zahlungen von Verbänden, denen nach Finanzstärke pauschal »Beiträge« auferlegt wurden. Für das niedersächsische Landvolk wurde 1953 beispielsweise eine halbe Million Mark jährlich veranschlagt, für die niedersächsische Bauindustrie 290000 DM.<sup>54</sup> Und noch bevor diese Summen eintrafen, brachte das niedersächsische »Institut« 1952 bereits nach acht Monaten fast eine Million Mark zusammen, bis zur Bundestagswahl 1953 kamen weitere 1,3 Millionen Mark hinzu.<sup>55</sup> Da vor Wahlen Initiativen gestartet wurden, um die monatlichen »Mitgliedsbeiträge« bereits im Voraus zu entrichten, konnten die Spendensummen zudem schlagartig erhöht werden.<sup>56</sup>

Für die Unternehmen und Verbände brachte das Fördergesellschaftensystem ebenfalls Vorteile mit sich, die ihre Freigiebigkeit stimulierten:

Erstens wurden ihre Zahlungen über die Fördervereine für die Öffentlichkeit anonymisiert. Zweitens wurden ihre Spenden zum Teil steuerbegünstigt. Drittens sprachen die Wirtschaftsvertreter nun mit einer Stimme und konnten nötigenfalls geschlossene finanzielle Sanktionen aussprechen. Und viertens erledigten sie mit einer Überweisung ihre »Pflicht« (so die zeitgenössische Ausdrucksform) und mussten nicht mehr den fortlaufenden Spendenanfragen sämtlicher Parteien und Organisationsstufen nachkommen. Denn tatsächlich waren viele Unternehmer genervt, dass sie von den Bundespolitikern bis zu den Kreisgeschäftsführern laufend nach Spenden gefragt wurden.<sup>57</sup>

Die drei bürgerlichen Parteien bekamen allerdings weder die kompletten Einnahmen der Fördergesellschaften ausgezahlt, noch erhielten sie automatisch bestimmte Beträge. Vielmehr mussten sie in genauen Rechenschaftsberichten auflisten, wie hoch ihr monatlicher Verbrauch in den Landesverbänden sei und welche Kosten sie in ihren Wahlkämpfen haben würden. Das Kuratorium bewilligte dann eine monatliche Summe, die angemessen erschien, um die Landes- und Bezirksgeschäftsstellen zu unterhalten.<sup>58</sup> Die Kontrollfunktion, die die Wirtschaftsvertreter damit über die Parteien erhielten, ist unverkennbar. Dementsprechend blieb es nicht aus, dass CDU-Landesgeschäftsstellen ihre Personal- und Kostenpläne fingierten, um höhere Sätze zu erhalten. Dies ging sogar soweit, dass der CDU-Bundesschatzmeister Bach für alle Landesverbände irrealer Organisationspläne einer funktionärsstarken Partei entwarf, die »nur für den internen Gebrauch und für die Verhandlungen mit den Fördergesellschaften« bestimmt waren.<sup>59</sup> Die CDU belog damit ihre Geldgeber. Diese wiederum kalkulierten dies selbstverständlich ein und zahlten stets etwas weniger als die »unbedingt nötige Summe«.

Die Zahlungen der Fördergesellschaften liefen 1952 in vielen Bundesländern recht schleppend an. In Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nord-Württemberg erreichte die CDU am schnellsten zufriedenstellende Beträge.<sup>60</sup> Bezeichnenderweise waren dies genau jene Landesverbände, in denen die fünf führenden Finanzaquisiteure der Union beheimatet waren; der Hamburger Hugo Scharnberg, der Niedersachse Otto Fricke, aus Nordrhein-Westfalen Robert Pferdenges und Ernst Bach und der Württemberger Klaus H. Scheufelen. Allesamt waren Protestanten und stärkten auf diese Weise den Einfluss des evangelischen Parteiflügels. Trotz aller Anlaufschwierigkeiten übernahmen die Fördergesellschaften seit Anfang 1953 bundesweit die monatlichen Kosten der Bundes- und Landesgeschäftsstellen. Da beispielsweise Westfalen eine extrem gut ausgebaute Parteiorganisation hatte, bekam es auch mehr Geld überwiesen.

Tab. 8: Monatliche Spenden der Fördergesellschaften an CDU-Verbände Frühjahr 1953 (ohne Wahlspenden, Sonderüberweisungen, Personenzuwendungen etc.)<sup>61</sup>

CDU-Verbände	Monatliche Überweisungen in DM
Bundesverband	100000
Hamburg	12000
Niedersachsen	22000
Rheinland-Pfalz	12000
Westfalen	60000
Nordwürttemberg	22500
Nordbaden	13500
Südwürttemberg	9000
Südbaden	2000

Monatlich brachten die Fördergesellschaften allein rund 300000 DM auf, nur um die laufenden Kosten der CDU zu decken.<sup>62</sup> Die in Tabelle 8 aufgeführten monatlichen Beträge sollten sich bereits im folgenden Jahr deutlich erhöhen. Außerhalb Nordrhein-Westfalens zeigte sich weiterhin die Tendenz, dass die stärker evangelisch geprägten Landesverbände höhere Summen einnahmen, da ihre politischen Vorstellungen und ihre Politiker den Wirtschaftsverbänden häufig näher standen. Die CDU-Landesverbände Rheinland-Pfalz, Hessen und Süd-Baden sollten dagegen auch in den nächsten Jahren verhältnismäßig schlecht abschneiden. Der Schlüssel, nach dem die Fördergesellschaften die Gesamtzahlungen zwischen den drei bürgerlichen Parteien aufteilten, variierte ebenfalls danach, wie wirtschaftsfreundlich die CDU in den einzelnen Landesverbänden war und welche Rolle ihre Konkurrenten spielten. Obwohl beispielsweise die CDU in Rheinland-Pfalz den Ministerpräsidenten stellte, teilte der Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft seine Zahlungen gleichmäßig zwischen der Union und den Liberalen auf.<sup>63</sup> Die eher katholisch-soziale und antiliberalen Haltung der dortigen CDU begünstigte die Liberalen. Die schwache Spendenakquisition der Rheinland-Pfälzer hatte Schatzmeister Bach bereits 1951 damit erklärt, »daß die CDU Rheinland-Pfalz sehr ungeschickt bei der Aufstellung der Kandidaten vor sich gegangen sei, indem sie aus der Wirtschaft nur kleine Leute als Kandidaten aufgestellt habe. Sie habe dadurch sehr viele potentere CDU-Kreise gegen sich.«<sup>64</sup>

Da die CDU Anfang der fünfziger Jahre in der Krise stand, erhielten FDP und DP aber auch in den evangelischen Bundesländern relativ große Anteile. Einige Daten mögen dies illustrieren: In Schleswig-Holstein verschlechterte der »Zentralausschuß der Schleswig-Holsteinischen Wirt-

schaft e.V.« den ursprünglichen Schlüssel von 6:2:1 (CDU/FDP/DP) zu Ungunsten der CDU auf 55:33:15. In Hamburg betrug er erst nurmäßige 2:2:1, dann zumindest 3:2:1. In Niedersachsen und Bremen wurde bis 1953 sogar eine Drittelung der Beträge beibehalten.<sup>65</sup> Klar war zumindest, dass der in der Forschung angeführte, für die CDU günstige Schlüssel von 65:25:10 auf der Landesebene meistens nicht galt.<sup>66</sup> Auch nach den öffentlichen Angaben von Gustav Stein, dem Geschäftsführer der Staatsbürgerlichen Vereinigung, gingen von den zwischen 1952 und 1959 gezahlten Summen (außerhalb der Wahlsonderzahlungen) in Bund und Ländern 53 Prozent an die CDU, 29,2 Prozent an die Liberalen, dreizehn Prozent an die Deutsche Partei und 4,8 Prozent an den BHE.<sup>67</sup> Und selbst bei der Bundestagswahl von 1953 erhielt die Bundes-CDU nur die Hälfte der Gesamtzahlungen, während der FDP 35 Prozent und der Deutschen Partei fünfzehn Prozent zuteil wurden.<sup>68</sup>

Die beiden kleineren Koalitionspartner wurden somit relativ großzügig bedacht. Der Preis dafür war jedoch, dass sie sich gleichzeitig auf ein enges Zusammengehen mit der Union verpflichten mussten. Denn die wichtigste Forderung der Geldgeber lautete, dass unter allen Umständen eine bürgerliche Zersplitterung vermieden werden sollte, da dies zu einer SPD-Regierung führen könnte. Konkret verlangten die Spender bundesweit, dass CDU, FDP und DP keinen Wahlkampf gegeneinander, sondern nur gemeinsam gegen die Sozialdemokraten führen durften.<sup>69</sup> Der Union kam das entgegen, da ihre kleineren Partner in einem Lagerwahlkampf leicht unterzugehen drohten. Zudem sollten die bürgerlichen Parteien nicht nur nach der Wahl miteinander koalieren, sondern bereits vor der Wahl möglichst enge Bündnisse in Form von Listenverbindungen eingehen, damit keine sozialdemokratischen Überhangmandate auftreten. Adenauer konnte auch diese Forderung der Geldgeber nur willkommen sein, schließlich korrespondierte sie mit seinem politischen Sammlungsziel, das er gegenüber der eigenen Partei und den bürgerlichen Konkurrenten durchzusetzen versuchte.

Wie sehr die Fördergesellschaften diesen Kurs tatsächlich unterstützten, zeichnete sich bereits bei den Bundestagsnachwahlen und den Kommunalwahlen von 1952 ab. Sie förderten die Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten des bürgerlichen Lagers und honorierten diese besonders großzügig.<sup>70</sup> Dass 1953 im Vorfeld der Bundestagswahl eine Einigung der drei bürgerlichen Parteien zustande kam, lag ebenfalls im hohen Maße an dem finanziellen Druck der Geldgeber. Als sich die Liberalen zunehmend von der CDU distanzieren, wandten sich die Christdemokraten einfach an die gemeinsamen Spender und sorgten dafür, dass sie den Liberalen die Wahlkampfmittel sperrten.<sup>71</sup> Die FDP hatte ihre par-

teieigene Fördergesellschaft bewusst nicht aufgelöst, um sich eine unabhängige Finanzierungsquelle zu bewahren.<sup>72</sup> Die Wirtschaft spendete nun aber vornehmlich an ihre eigenen überparteilichen Vereinigungen, wodurch die FDP-Quellen versiegten. Im FDP-Bundesvorstand klagte man entsprechend über die politischen Beeinflussungsversuche der Fördergesellschaften. »Durchweg kann festgestellt werden, daß man unsere Finanzgrundlage zerschlagen hat.«<sup>73</sup> Umgekehrt formulierte es der niedersächsische FDP-Landesvorsitzende im Hinblick auf sein Bundesland: »es ist doch praktisch so, daß wir unser Geld durch einen politischen Gegner zugeteilt erhalten.«<sup>74</sup> Die Spender würden an die Liberalen herantreten und ihnen sehr deutlich mitteilen, wo sie keine Kandidaten gegen die CDU aufstellen dürften.<sup>75</sup> So monierte der sicherlich nicht wirtschaftsfeindliche Schleswig-Holsteinische FDP-Landesvorsitzende Levenenz: »Wir sind in Schleswig-Holstein durch den Mittelstandsblock, durch den Großgrundbesitz und so weiter gepreßt worden, Einheitskandidaten aufzustellen. Als letztes kommt die Fördergesellschaft, daß die Wahlkreise Lübeck, Kiel, Pinneberg aufgeteilt werden in je einen CDU-, FDP- und DP-Mann.«<sup>76</sup> Ebenso setzte die Fördergesellschaft in Niedersachsen gezielt Zahlungen an die Liberalen aus, um den eigenständigen Flügel um Stegner zu entmachten.<sup>77</sup> Da die mitgliederarme FDP vielerorts hoch verschuldet war, mussten die Liberalen die Wünsche ihrer Spender ernst nehmen. Das Ohnmachtsgefühl der Liberalen ging dabei so weit, dass einzelne Liberale eine staatliche Parteifinanzierung erwogen.<sup>78</sup> Der angestrebte bundespolitische Alleingang der Liberalen fand jedenfalls nicht statt.

Gleiches galt für die Deutsche Partei. Als die im Mai 1953 beschloss, unabhängig von der Union anzutreten, brauchten die Christdemokraten nur die Institute und deren Geldgeber zu alarmieren.<sup>79</sup> Einer der wichtigsten niedersächsischen Spender, das Landvolk, ermahnte daraufhin die Deutsche Partei: »Nur unter der Parole des Zusammengehens könne sich das Landvolk, das 99 Prozent aller Bauern hinter sich habe, aktiv für die Bonner Koalitionsparteien einschalten.«<sup>80</sup> Mit einem Anschreiben des Bauernpräsidenten Rehwinkel und des Geschäftsführers der Fördergesellschaften, Stuckart, wurde die Deutsche Partei schließlich wieder in das Bündnis mit der CDU zurückgeführt.<sup>81</sup> Den Verbänden konnte der Zusammenschluss ohnehin nicht weit genug gehen. Ein Verbandsvorsitzender wie Edmund Rehwinkel drängte sogar darauf, dass möglichst in allen Wahlkreisen »Einheitskandidaten« von CDU, FDP und DP aufgestellt werden sollten.<sup>82</sup>

Die Fördergesellschaften halfen aber auch, innerhalb der Union den bürgerlichen Sammlungskurs durchzusetzen. Insbesondere die hessi-

schen Christdemokraten, die Adenauers Linie ablehnten, gerieten so unter Druck. Am 10. Juli 1953 sperrte die hessische Fördergesellschaft der dortigen CDU alle Gelder, weil die Christdemokraten ein Wahlbündnis mit der FDP ablehnt hatten. Der CDU-Landesvorsitzende Fay empörte sich über diese Praktik. Im Bundesvorstand beschwerte er sich fünf Tage später, es sei »geradezu der Höhepunkt, wenn man uns jetzt erklärt, wenn ihr dieses Wahlbündnis nicht eingeht, könnt ihr zum Arbeitsamt gehen, das heißt ihr bekommt überhaupt kein Geld.«<sup>83</sup> Erst über fünf Wochen später, nachdem Fay gegen den Beschluss seines Landesvorstandes schließlich doch ein Bündnis mit den Liberalen eingegangen war, erhielt seine Partei wieder Zahlungen.<sup>84</sup> Bei Adenauer traf auch diese Maßnahme gegen die eigenen Parteifreunde auf Verständnis. »Daß die Fördergesellschaft, lassen Sie mich das ganz allgemein sagen, das Geld nicht gibt, damit sich die Koalitionsparteien gegenseitig die Köpfe einschlagen, ist doch ganz selbstverständlich. Die Fördergesellschaft gibt ihr Geld – und daraus hat sie nie ein Hehl gemacht – nicht etwa aus Freude an Wahlen, sondern sie gibt ihr Geld lediglich, damit die Sozialdemokratie geschlagen wird.«<sup>85</sup> Ihm kam es recht gelegen, dass die Wirtschaft ihm auch innerhalb der eigenen Partei disziplinierende Aufgaben abnahm. Auch wenn die komplette Geldersperrung für einen CDU-Landesverband selten vorkam: Der Druck, den die Fördergesellschaften auf das Zusammengehen der drei Parteien ausübten, wurde selbst bei protestantisch-konservativen CDU-Landesverbänden wie Schleswig-Holstein als recht hoch empfunden.<sup>86</sup>

Für die föderal strukturierte Partei war deshalb von großer Bedeutung, wie die Gelder zwischen Bundes- und Landespartei aufgeteilt wurden. Die CDU-Landesvorsitzenden sollten sich verpflichten, »alle Sonderzahlungen, die ihrem Landesverband für die Durchführung der Wahl von den Vereinen für Soziale Marktwirtschaft oder deren Unterorganisationen zugehen, sofort auf das Konto der CDU Deutschlands beim Bankhaus S. Oppenheim Jr & Cie, Köln, zu überweisen« und alle monatliche Zuwendungen zu melden.<sup>87</sup> Da die Fördermittel je nach Landesverband in unterschiedlicher Höhe ausfielen (Nordrhein-Westfalen brachte rund vierzig Prozent der Mittel auf), wurden sie bei Pferdenges' Bank zentral erfasst und dann nach Größe und Bedarf an die Landesverbände zurücküberwiesen. Nach längeren Diskussionen gingen schließlich zwei Drittel der sechs Millionen Mark an die Landesverbände. Ein Drittel wurde für den Wahlkampf der Bundesgeschäftsstelle reserviert. Die Bundes-CDU erhielt damit bei der Finanzierung und Durchführung der Bundestagswahlkämpfe ein vergleichsweise großes Gewicht, das sie zur Homogenisierung der Partei einsetzen konnte.

Ohne die Sonderzahlungen der Fördergesellschaften hätte die CDU kaum derartig aufwendige Wahlkämpfe führen können. Intern wurde 1953 angeführt, dass die Christdemokraten insgesamt sechs Millionen Mark »von den Vereinen für die soziale Marktwirtschaft« zur Verfügung gestellt bekamen, obwohl sie 11,5 Millionen verlangt hatten.<sup>88</sup> Wieviel Geld die Fördergesellschaften 1953 insgesamt zahlten, lässt sich wegen der föderalen Spenden-Akquirierung nicht präzise feststellen. Die Gesamtsumme der Wirtschaftsspenden war wesentlich höher als die sechs Millionen. 2,7 Millionen Mark betrug allein die verdeckten Spenden aus dem »Wirtschaftsbild«.<sup>89</sup> Ein Sonderfonds Adenauers machte weitere 600000 DM aus.<sup>90</sup> Zudem gingen größere Einzelspenden bei Bach ein, wie etwa 250000 DM vom Deutschen Industrie-Institut.<sup>91</sup> Nicht berechnet sind zudem die Millionenbeträge, die Fördergesellschaften und Unternehmer eigenständig für Kampagnen ausgaben, wie insbesondere an den Verein Die Waage. Die Gesamtsumme lag damit so hoch, dass die Wirtschaftsverbände sich zu recht rühmen konnten, maßgeblich zum Wahlerfolg der CDU beigetragen zu haben. Die aus der Presse in die Parteienforschung übernommenen Schätzungen, die bis zu 25 Millionen Mark Ausgaben annahmen, dürften jedoch viel zu hoch liegen.<sup>92</sup>

Die Fördergesellschaften bürgten dafür, dass kontinuierlich größere Summen gezahlt wurden. Dennoch ebte der Spendenfluss im Jahr nach der Wahl ab. Mit dem Wahlergebnis von 1953 sank die Angst vor einem sozialdemokratischen Regierungswechsel und damit die Zahlungsbereitschaft. Schließlich wollten die Spender Wahlsiege unterstützen, nicht die Arbeit von Parteifunktionären. Dabei zeigte sich bereits 1953 ein Problem, mit dem sich die CDU bei allen folgenden Wahlen des Untersuchungszeitraumes konfrontiert wurde: Die Fördergesellschaften versprachen vor der Wahl größere Summen, als sie letztlich tatsächlich überwiesen. Die Union kalkulierte dadurch falsch und stand dann vor unerwarteten Schulden. Zudem trat bei den Verbänden seit 1954 eine gewisse Unzufriedenheit mit Erhards Wirtschaftspolitik auf, die ihre Zahlungsbereitschaft schmälerte.<sup>93</sup> Mit Ausnahme von Hamburg, Niedersachsen und Hessen lief der Spendenfluss in den Landesverbänden so schleppend, dass die Fördergesellschaften genau ein Jahr nach der Bundestagswahl mit 130000 DM im Soll standen, welches bis zum Ende des Jahres auf 1,2 Millionen anzuwachsen drohte.<sup>94</sup> Die Einnahmen der Bundespartei sanken damit beträchtlich. Nach Bachs Angaben fielen der CDU 1954 nur noch drei Millionen zu, was sogar eine Million Mark weniger war als im Jahr vor der Bundestagswahl.<sup>95</sup> Der hohe Organisationsstandard, den die CDU im Zuge der Bundestagswahl aufgebaut hatte, konnte deshalb kaum gehalten werden.

Die bürgerlichen Parteien und die Fördergesellschaften reagierten hierauf in einer zweifachen Weise. Zum einen änderte die Regierungskoalition gegen die Stimmen der SPD das Einkommens- und Körperschaftssteuergesetz. Zuwendungen an Parteien wurden als »staatspolitische« Aufwendungen den Spenden für mildtätige, kirchliche und wissenschaftliche Zwecke gleichgestellt und damit offiziell steuerbegünstigt.<sup>96</sup> Nachdem einige Finanzämter die sehr zwielichtige Steuerfreiheit der Fördervereine angezweifelt hatten, schufen sie nun eine legale Basis für die bisherige Praxis.<sup>97</sup> Mit der offiziellen Steuerbefreiung führten die Christdemokraten quasi eine verdeckte Staatsfinanzierung ein. Zum anderen bildete sich im gleichen Monat, als dieses Gesetz den Bundestag passierte, in Köln die bereits skizzierte Staatsbürgerliche Vereinigung.<sup>98</sup> Mit ihr wurde die Spendensammlung neu organisiert. Während bislang die Landesfördergesellschaften Gelder an ihre Zentrale zahlten, akquirierte nun die Zentrale selbst im großen Stil die Spenden. Die Staatsbürgerliche Vereinigung sammelte bei den größten sechzig Unternehmen und Verbänden der Bundesrepublik ‚Mitgliedsbeiträge‘ ein (in den folgenden Jahren sollten es bald die hundert größten werden). Die Landesfördergesellschaften kümmerten sich nun nur noch um die Spenden der restlichen Unternehmen und Verbände in ihrer Region. Damit entwickelte sich die Staatsbürgerliche Vereinigung zum wichtigsten Geldgeber des CDU-Bundesverbandes. Bereits im folgenden Jahr zahlte sie monatlich rund 70000 DM an die CDU, was in etwa den Personal- und Sachkosten der Bundesgeschäftsstelle entsprach.<sup>99</sup> Vor allem die Wahlkämpfe der Union sollte die Staatsbürgerliche Vereinigung in den fünfziger und sechziger Jahren maßgeblich bezahlen. Sie sorgte für eine Zentralisierung der CDU-Finanzressourcen und stärkte damit auch die Bonner Führung innerhalb der föderalen Partei. Zudem verfestigte sie die Verhandlungsposition der Wirtschaft. Mit ihrem Geschäftsführer Gustav Stein verfügten die Wirtschaftsverbände nun über einen agilen Koordinator, der sich in Bonn vor Ort für die bürgerliche Sammlung einsetzen konnte und den Sammlungskurs weiter ausbaute.

Mit dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wurde zunächst eine weitere Partei per Finanzhilfe integriert. Bei der Bundestagswahl 1953 hatte sich die CDU noch gegen eine Förderung des BHE ausgesprochen, da er dadurch nur aufgewertet würde. Lediglich informell wurde er in Niedersachsen eingebunden. Dort verschaffte der Braunschweiger Landesvorsitzende Otto Fricke dem stellvertretenden BHE-Landesvorsitzenden Wilhelm Stuckart die Geschäftsführung der Fördergesellschaft, um die Vertriebenenpartei zur bürgerlichen Sammlung zu führen. Der ehemalige Staatssekretär im nationalsozialistischen

Reichsinnenministerium, der so trotz seiner Vergangenheit wieder eine äußerst einflußreiche politische Position erhielt, bewährte sich tatsächlich als loyaler Verbindungsmann zur CDU-Führung.<sup>100</sup>

Nach der Bundestagswahl 1953 wurde der BHE als Regierungspartei nicht nur von der Staatsbürgerlichen Vereinigung (SV) bedacht. Ebenso erhielt er auf der Landesebene Gelder, um auch dort bürgerliche Regierungen zu erreichen oder zu stabilisieren. Der SV-Geschäftsführer Gustav Stein sorgte dabei für eine gezielte Unterstützung jener BHE-Politiker, die zur Union hielten. Dem schleswig-holsteinischen BHE-Landesvorsitzenden Asbach wurden beispielsweise 60000 DM jährlich in Aussicht gestellt, um seinen koalitionsstreuen Kurs zu stärken.<sup>101</sup> Der BHE nahm derartige Gelder an, bewahrte aber seine »pokernde« Haltung, mit der er auf den Meistbietenden wartete. Bereits vor der Schleswig-Holsteiner Landtagswahl 1958 forderte Asbach laut Globkes Notizen erneut: »Wenn die CDU die ihm gegebene Zusage nicht vor der Wahl realisiert und der BDI von einer finanziellen Unterstützung des BHE in Schleswig-Holstein absehe, werde er nach der Landtagswahl eine Koalition mit der SPD anstreben.«<sup>102</sup> Ebenso käuflich gerierte sich der BHE in Niedersachsen, der 1954 noch mit den Sozialdemokraten eine Regierungskoalition bildete. Bei informellen Gesprächen, die Vertreter der drei bürgerlichen Parteien mit der Vertriebenenpartei über einen Bündniswechsel führten, äußerte der Landesvorsitzende Kessel laut Teilnehmerberichten, »daß er, wenn der BHE Geld bekomme, bereit wäre, noch rechtzeitig bei dem zu gründenden Rechtsblock mitzumachen und auch für die Änderung des Wahlgesetzes zu stimmen.«<sup>103</sup> Tatsächlich schlossen sich die vier Parteien im Jahr darauf zusammen und erreichten so den Regierungswechsel. Und auch 1959 musste sich der BHE (ebenso wie die Liberalen) schriftlich bei der Fördergesellschaft verpflichten, nach der Wahl zunächst mit den Christdemokraten zu verhandeln.<sup>104</sup> Wie bei seinen Forderungen nach Ministerposten erwies sich der BHE auch in Finanzierungsfragen als eine Interessenpartei, die dem Meistbietenden den Zuschlag gab.

Auch auf der Bundesebene wurde der BHE dank Gustav Steins Engagement selbst in Krisen weiter eingebunden. Ende 1955 unterstützte die Staatsbürgerliche Vereinigung weiterhin den Rest-BHE, obwohl er sich gegen die Bundesregierung stellte.<sup>105</sup> Im Vorfeld der Bundestagswahl 1957 führte Stein mit BHE-Vertretern Gespräche über eine finanzielle Unterstützung. Nach einer Aktennotiz von Wilhelm Fay verlangte Stein vom BHE dafür »ein klares Bekenntnis zur Außenpolitik des Kanzlers und die Nichtabsicherung des BHE durch die SPD.«<sup>106</sup> Der hessische BHE sollte dabei ausgenommen werden, weil er bislang stets mit den So-

zialdemokraten zusammengearbeitet hätte. Erst als der hessische BHE zusicherte, bei der Bundestagswahl ebenfalls die CDU und Adenauers Kanzlerschaft zu unterstützen, erhielt auch die hessische Vertriebenenpartei eine einmalige Zuwendung von 100000 DM und 5000 DM monatliche Zahlungen.<sup>107</sup> Noch im Vorfeld der Bundestagswahl 1961 sollte Stein mit dem BHE Gespräche führen, um ihn notfalls neben der FDP als zweiten Koalitionspartner zu sichern – auch wenn mit dem Einzug der Vertriebenenpartei niemand mehr rechnete.<sup>108</sup> Die Zahlungen konnten immerhin ein Hilfsmittel sein, um deren restliche Politiker und Anhänger für das bürgerliche Lager zu gewinnen.

Dass die Fördergesellschaften rechtsextreme Parteien wie die Deutsche Reichspartei (DRP) mit regelmäßigen Zahlungen unterstützten, lässt sich dagegen nicht belegen. Auf diese Weise trug das Fördergesellschaftensystem dazu bei, dass die extremen Rechtsparteien bis zur Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung weitgehend mittellos blieben und so marginalisiert wurden. Auch die Annäherung zwischen FDP und DRP unterbanden sie schließlich 1958 durch finanzielle Sanktionen gegen die Liberalen.<sup>109</sup> Zumindest in Niedersachsen, wo die Rechtsextremen 1951 mit elf Prozent der Stimmen ihre größten Erfolge verzeichneten, wurde die finanzielle Einbindung der Rechtsextremen zumindest erwogen. Die DRP trat mehrmals offiziell an die Fördergesellschaft heran und versprach, im Falle einer monatlichen Unterstützung die CDU und die DP im Wahlkampf nicht mehr anzugreifen. Für den Fall, dass die DRP ihren Flügel um Adolf von Thadden ausschalten würde, erklärte sich die dortige Fördergesellschaft 1955 bereit, die Finanzierung des Parteiblattes Reichsruf mit 2000 DM monatlich zu übernehmen. Schließlich vereinbarte sie jedoch, dass die DRP erst nach der Wahl Geld erhalte, »wenn sie sich dann auch an einer vernünftigen Koalition beteiligen würde«<sup>110</sup> Beides trat schließlich nicht ein.

Die Fördergesellschaften verbreiteten jedoch nicht nur ihre politische Sammlung um den BHE. Sie intensivierten in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch ihre Bemühungen, die bürgerlichen Parteien zusammenzuhalten. Angesichts der Bonner Koalitionskrisen und der Spaltung von FDP und BHE schien dies dringend nötig. Öffentlich bekannt wurde die Geldersperre für die nordrhein-westfälische FDP, als diese im Februar 1956 die bürgerliche Koalition mit der CDU verließ und eine sozialliberale Regierung bildete. Der Geschäftsführer der Staatsbürgerlichen Vereinigung erklärte den Liberalen schlichtweg, »daß durch den Bruch der Koalition auf der Bundesebene und den Düsseldorfer Regierungssturz die bisherige ›Geschäftsgrundlage‹ nicht mehr bestehe.«<sup>111</sup> Das Urteil des BDI-Vorsitzende Fritz Berg stand dem um nichts nach:

»Der Grundsatz der Wirtschaft, rechts vor links zu unterstützen, habe entscheidend dazu beigetragen, die großen politischen Erfolge seit 1948 zu erreichen.« Dieser Kurs werde nun durch die FDP gefährdet.<sup>112</sup> Für die Bundestagswahl 1957 waren die Liberalen damit gewarnt.

Die liberale Unzuverlässigkeit wertete zugleich die Deutsche Partei auf. Denn noch war ja nicht absehbar, dass sich auf Dauer nur eine liberale und keine konservative Partei neben der CDU etablieren würde. Gustav Stein sagte der Bundes-DP Mitte 1956 Sondermittel der Staatsbürgerlichen Vereinigung zu.<sup>113</sup> Ebenso in den Ländern: Die Fördergesellschaft der Pfalz versprach der DP eine »namhafte laufende Unterstützung«, in Nordrhein-Westfalen wurden monatliche Zahlungen sichergestellt und in Baden-Württemberg sicherte der Präsident des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände Paulssen »seine volle Unterstützung hinsichtlich des Fördererverbandes zu, wie ebenso, daß er von sich aus der Partei in Baden einen namhaften Geldbetrag zur Verfügung stellen würde.«<sup>114</sup> Auch Adenauer versprach der Deutschen Partei 1956 zusätzliche Mittel aus dem gemeinsamen Topf. Tatsächlich sollte sie auch von der Staatsbürgerlichen Vereinigung ihren bisher höchsten Anteil von vermutlich rund siebzehn Prozent der Gesamtsumme erhalten, während sich die wankelmütige FDP diesmal anscheinend mit nur 23 Prozent zufrieden stellen musste.<sup>115</sup>

In finanzieller Hinsicht war die CDU bereits vor der Bundestagswahl die große Gewinnerin. Dank der liberalen Alleingänge konnte sie 1957 den Großteil der Wirtschaftsspenden auf sich vereinigen. Auch wenn ihre Wahlaufwendungen etwas niedriger waren, als bislang in der Literatur vermutet, führte sie einen extrem kostspieligen Wahlkampf: 18,5 Millionen Mark gab sie nach späteren internen Angaben aus, nachdem sie 18,2 Millionen Mark an Spenden erhalten hatte.<sup>116</sup> Damit war ihr Wahlkampf rein wirtschaftsfinanziert. Mit rund 20000 bis 30000 DM pro Wahlkreis lagen die Ausgaben rund zwei bis drei Mal so hoch wie 1953.<sup>117</sup> Auch die Summe von 6,5 Millionen Mark, die man allein für den Bundesverband veranschlagte, bedeutete fast eine Verdreifachung der Mittel.<sup>118</sup> Vor allem der Vergleich zur SPD machte deutlich, mit welcher überlegenen Ressourcen die Union in diese Wahl ging: Mit knapp sechs Millionen Mark gaben die Sozialdemokraten (nach ihren Eigenangaben) gerade einmal ein Drittel der CDU-Spendensumme aus.<sup>119</sup>

Auf der Länderebene kamen die drei bürgerlichen Parteien weiterhin mit den Wirtschaftsvertretern der regionalen Fördergesellschaften zusammen, um dort ihre »Mindestforderung« auszuhandeln. In Hannover nannte die CDU etwa 650000 DM »Zusatzbedarf«, die DP 300000 und die FDP 750000. Der Institutsvorsitzende Gregory stellte daraufhin fest,

dass nur 900000 DM zur Verfügung stünden, wobei sich die CDU mit vierzig Prozent zufrieden geben müsse.<sup>120</sup> Ähnlich wie bei späteren Sonderzahlungen wurden die bürgerlichen Parteien dabei verpflichtet, gegenseitige Attacken zu unterlassen.<sup>121</sup> Nachdem die Landesschatzmeister auf diese Weise festgestellt hatten, wie hoch ihre eigenen Spendenmittel waren, wandten sie sich in einem zweiten Schritt an die Bundesführung, um weitere Spenden einzufordern. Bezeichnenderweise korrespondierte der niedersächsische Schatzmeister dabei nur beiläufig mit der Bundesgeschäftsstelle, sondern direkt mit den maßgeblichen Finanzverwaltern Pferdenges, Stein und Globke.<sup>122</sup>

Der CDU-Wahlsieg von 1957 verbesserte die christdemokratische Position bei den Fördergesellschaften noch weiter. Die Spender wollten mit ihren Zahlungen eine bürgerliche Sammlung gegen die SPD erzielen. Mit der absoluten Mehrheit für die CDU war sie erreicht. Adenauer und sein unmittelbares Umfeld wurden nun zum Hauptbezugspunkt der Förderer. Die Kleinparteien gerieten dagegen unter Rechtfertigungsdruck, warum ihnen überhaupt noch Gelder gezahlt werden sollten. Die FDP war dank ihrer Anti-Adenauer-Profilierung nun endgültig aus der bürgerlichen Koalition ausgeschieden. Und die Deutsche Partei war 1957 mit nur 3,4 Prozent der Zweitstimmen so klein geblieben, dass sie nun finanziell ausgetrocknet werden sollte. Nachdem die DP bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1958 ebenfalls keine Gewinne erzielte, sprachen ihr die Fördergesellschaften die Unterstützungsberechtigung ab und rieten ihr, zur FDP überzutreten.<sup>123</sup> In Hessen, wo der Deutschen Partei ebenfalls die Gelder gesperrt werden sollten, versuchte diese, als koalitions-treue Alternative zur FDP Finanzmittel zu erhalten. In Bettelbriefen an Adenauer schrieb Euler: »Nur die DP kann den Wahlkampf gegen die FDP so wirksam führen, daß mit einer erheblichen Minderung der FDP gerechnet werden kann.«<sup>124</sup> Tatsächlich erhielt die verschuldete Deutsche Partei auf Globkes Veranlassung noch 100000 DM von Stein, um auf diese Weise die hessische CDU zu einem Abkommen mit der konservativen Schwesterpartei zu bringen.<sup>125</sup> Der Fortbestand der gesamten Deutschen Partei hing nun endgültig von der finanziellen Gnade der CDU ab. Und damit ließ sich drohen, um eine Fusion zu erzwingen. Adenauer erklärte der DP-Spitze 1959 laut Hellwege zweimal, »dass, wenn die Deutsche Partei nicht fusioniere, sie nach Aussage des Herrn Präsidenten Kuhlemann keine Gelder seitens der Förderverbände Niedersachsens mehr erhalte.«<sup>126</sup> Da gleichzeitig den dortigen Liberalen die Gelder gesperrt wurden, weil sie mit den niedersächsischen Sozialdemokraten koalitierten, wurde die finanzielle Stärke der dortigen CDU dank der Fördergesellschaften mächtiger denn je.<sup>127</sup> Im Sommer 1960 schließ-

lich, als fast alle Bundestagsabgeordneten der DP zur CDU überliefen, begannen die Förderverbände tatsächlich, ihre monatlichen Zahlungen an die Rest-DP einzustellen.<sup>128</sup> Einen eigenständigen Wahlkampf konnte die Rumpfpartei dadurch nicht mehr führen.

Die zahlreichen Belege zeigen, dass die Bedeutung der Fördergesellschaften in den fünfziger Jahren weit über das regelmäßige Aufbringen von Spenden hinausreichte. Sie waren vor allem Förderer der bürgerlichen Sammlung rechts von der SPD. Durch ihre Sanktionsdrohungen und ihre tatsächlichen Sanktionen hielten sie die Parteien so nah beieinander, dass ihr Zusammenwachsen entscheidend beschleunigt wurde. Ihr fester Verteilungsschlüssel begünstigte die CDU als stärkste Partei und verhinderte unkontrollierte Großspenden an Konkurrenzparteien. Trotz aller moralischen und juristischen Vergehen lieferten sie damit zumindest einen Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung des Parteiensystems.

## 2. Parteieigene Steuerschleuse: ›Das Wirtschaftsbild‹

Parallel zu den Fördergesellschaften baute die CDU seit 1949 eine zweite Geldwaschanlage auf: die Spendenzeitschrift ›Das Wirtschaftsbild‹. Ihr Verkauf sollte ihr ebenfalls regelmäßig fließende, steuerbegünstigte Wirtschaftsspenden einbringen. Das Prinzip war recht einfach. Die CDU offerierte den Unternehmen überbewertete Wirtschaftsjournale von wenigen Seiten Umfang. Als Betriebskosten war deren Erwerb steuerlich absetzbar. Zwischen 1953 und 1960 flossen auf diese Weise jedes Jahr durchschnittlich rund zwei Millionen Mark steuerbegünstigt an die CDU.<sup>129</sup> Dank dieser für damalige Verhältnisse noch beträchtlichen Summe entstand eine Finanzierungsgrundlage, die maßgeblich die laufende Parteiarbeit absicherte. Insbesondere die Publizistik der Adenauer-CDU sollte auf Bundes-, Landes- und Kreisebene hieraus bezahlt werden. In der bisherigen Parteienforschung fand das ›Wirtschaftsbild‹ bislang dennoch so gut wie keine Beachtung und blieb in seiner Grundstruktur bisher unbekannt.<sup>130</sup>

›Das Wirtschaftsbild‹ wurde seit Mai 1949 von dem Frankfurter Generalsekretariat der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft publiziert, um dessen laufende Kosten zu decken. Generalsekretär Dörpinghaus war dementsprechend sein alleiniger Herausgeber und organisierte unabhängig von der Kölner Zentrale den Vertrieb des Blattes.<sup>131</sup> Ludwig Erhard übernahm die Aufgabe, Abonnenten aus der Industrie anzulocken. In Erhards Werbeschreiben suggerierte die CDU eine überparteiliche Patronage ihrer Kunden: »›Das Wirtschaftsbild‹ ist ein wirtschaftspolitischer Informati-

onsdienst vertraulicher Art für die westdeutschen Unternehmer. Der Dienst ist politisch neutral. Die Abonnenten bilden eine Informationsgemeinschaft und verpflichten sich, die ihnen zugehenden Informationen geheim zu halten.«<sup>132</sup> Für Unternehmer sei das ›Wirtschaftsbild‹ damit ein »unentbehrlicher Wegweiser«. Tatsächlich zahlten sie jedoch bis zu einhundert Mark für die Broschüre einer einzelnen Partei, die aus wenigen kopierten Seiten bestand und lediglich allgemein bekannte Wirtschaftsnachrichten enthielt. Erhards Ministerium übermittelte dem ›Wirtschaftsbild‹ zwar die Wirtschaftsdaten, sah aber explizit davon ab, exklusive Informationen weiterzuleiten.<sup>133</sup> Das ›Wirtschaftsbild‹ war von Beginn an eben nur ein Vorwand, um Spenden an der Steuer vorbeizuleiten. Da sich bereits im Gründungsjahr 210 ›Abonnenten‹ finden ließen, konnte Dörpinghaus mit dem ›Wirtschaftsbild‹ nicht nur seine eigene Arbeit finanzieren, sondern auch Überschüsse erwirtschaften. Allein im Landesverband Rheinland fanden sich sogleich 94 Bezieher mit einem Jahresbeitrag von insgesamt 98000 DM, wovon ein Viertel vertraglich direkt an den Landesverband ging.<sup>134</sup> Ein echtes Fundament, um die Parteiarbeit zu finanzieren, war das ›Wirtschaftsbild‹ damit freilich noch nicht.

Das änderte sich schlagartig, als 1950/51 Pferdenges, Holzapfel und Bach in Rücksprache mit Adenauer die Neuorganisation des ›Wirtschaftsbildes‹ übernahmen. Nachdem das Frankfurter Generalsekretariat durch die Hauptstadtentscheidung und die Kanzlerwahl bereits geschwächt worden war, wurde es nun auch finanziell entmachtet. Die »CDU der Britischen Zone« beschloss 1950, sich von der zentralen Sammlung der ›Wirtschaftsbild‹-Erlöse abzukoppeln. Die Einnahmen sollten auf ein Sonderkonto bei Pferdenges' Bank überführt werden, »über das Herr Adenauer und in seinem Auftrag Herr Dr. Holzapfel verfügen.«<sup>135</sup> Um seine Macht zu sichern, dezentralisierte Adenauer damit selbst 1950 noch die Parteiführung nach den alten Zonengrenzen. Als Generalsekretär Dörpinghaus sich diese Machtressource nicht nehmen ließ und weiter bundesweit agierte, wurde er systematisch demontiert. Pferdenges drohte ihm, er wolle seine Wirtschaftsfreunde in Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland, »die auf mich hören, für eine neue Organisation gewinnen.«<sup>136</sup> Tatsächlich entwickelten Pferdenges, Holzapfel und Bach eigene Pläne wie eine Wirtschaftsbeilage zur Mitgliederzeitung der CDU, in der Anzeigen 2000 Mark kosten würden.<sup>137</sup> Zudem brachten sie Dörpinghaus in Verruf, finanziell unzuverlässig zu sein. Pferdenges warf ihm vor: »Ihr Verhalten ist völlig unkaufmännisch, unkorrekt, wenn nicht mehr!«<sup>138</sup> Bach erhärtete ebenfalls den Verdacht, dass Dörpinghaus und dessen Mitarbeiter Karl Schutz unseriös mit Spen-

dengeldern umgingen. Dörpinghaus habe, auch in Adenauers Namen, Kredite aufgenommen, die angeblich der hohe Kommissar der USA, John McCloy, decken würde. Dörpinghaus Mitarbeiter Karl Schutz warf er vor, ohne Absprache seit November 1950 mit dem Wirtschaftsring eine eigene Spendenzeitschrift aufgezogen zu haben, die bereits nach Gründung für 180000 Mark Verträge aufwies und 50000 DM »Bestechungsgelder« an Schutz verbucht habe.<sup>139</sup>

Auch wenn diese innerparteilichen Vorwürfe tendenziell stimmen mochten – sie zeigten vor allem, wie die neuen Parteimanager die CDU-Financen systematisch zentralisierten. Diese waren wiederum evangelisch, kamen aus Wirtschaftskreisen, stammten aus der britischen Zone (vor allem aus Nordrhein-Westfalen) und standen loyal zu Adenauer. Adenauer selbst unterstützte ihre Zuarbeit und beobachtete auch beim ›Wirtschaftsbild‹ die Spendenakquisition genau. Bereits unmittelbar nach der Gründung der CDU-Bundespartei im Oktober 1950 untersagte er dem Frankfurter Generalsekretariat sämtliche Geldaktionen.<sup>140</sup> Gleichzeitig wurden alle Mitarbeiter des Generalsekretariats und des ›Wirtschaftsbildes‹ entlassen, um in Bonn eine Neuauswahl treffen zu können.<sup>141</sup> Dörpinghaus als »alleiniger Inhaber und Herausgeber« des ›Wirtschaftsbildes‹ sträubte sich bis Anfang 1951, wurde dann aber erfolgreich ins Auswärtige Amt abgeschoben. Am 14. Februar 1951 öffnete schließlich die neue Bundesgeschäftsstelle von ›Das Wirtschaftsbild‹.<sup>142</sup> Denn mit dem Aufbau der Bundespartei sollte auch deren Finanzierung vereinheitlicht werden.

Bach, Pferdenges und Holzapfel bauten das ›Wirtschaftsbild‹ nach dem bisherigen Prinzip weiter aus. Dabei versicherte sich die Union beim eigenen Bundesfinanzminister, bis zu welchem Verkaufspreis die steuerliche Absetzbarkeit der Spendenzeitschrift möglich sei.<sup>143</sup> Zunächst einigte man sich auf fünfzig Mark pro Ausgabe mit einer Preisstaffelung nach unten: Vom ›Wirtschaftsbild‹ (fünfzig DM), über den ›Wirtschaftsbrief‹ (25 DM) bis hin zum ›Mittelstandsbrief‹ (fünf DM) wurden alle Spendenklassen abgedeckt.<sup>144</sup> Da größere Unternehmen mehrere Blätter auf einmal abonnierten, war der Betrag nach oben hin ohnehin variabel. Gleichzeitig konnten mit den »billigeren« Spendenblättern auch kleine Betriebe angesprochen werden. Zusätzlich bot das ›Wirtschaftsbild‹ die Möglichkeit, Spenden durch überbeteuerte oder fingierte Werbeanzeigen am Finanzamt vorbeizuführen.<sup>145</sup> Sie waren, wie der Bundesgeschäftsführer Kraske noch 1963 sagte, »reine Gefälligkeitsanzeigen« und »ein politisches Entgegenkommen.«<sup>146</sup> Die Abonnenten sollten für ihre Zuzahlung die Möglichkeit erhalten, in kleineren Gruppen mit Bundesministern zusammenzutreffen, was man intern als »Kundenpflege« bezeich-

nete. Erwartungsgemäß förderten vor allem Begegnungen mit Wirtschaftsminister Erhard die Spendenbereitschaft.<sup>147</sup> Zugang zur Regierung bildete damit das Hauptmovers für die Abonnenten. Die scheinbar ›überparteiliche‹, gedruckte Gegenleistung der CDU überdeckte dabei den weiterhin schamvollen Akt des Parteispendens.

Die Christdemokraten setzten große Hoffnungen in das ›Wirtschaftsbild‹. Trotz Startschwierigkeiten konnten sie bereits im Oktober 1951 monatlich 100000 Mark einnehmen.<sup>148</sup> Ein Jahr später war es bereits mehr als die doppelte Summe. Die ›Wirtschaftsbild‹-Abonnenten wurden dabei in Merkblättern direkt dazu angehalten, die Beiträge als Betriebsausgaben zu verbuchen, um somit Steuerzahlungen zu umgehen.<sup>149</sup> Allein zwischen 1953 und 1960 kamen auf diese Weise rund sechzehn Millionen Mark an steuerbegünstigten Spenden zusammen. Dabei lagen zwischen 1954 und 1958 die ›Wirtschaftsbild‹-Einnahmen niedriger, weil in dieser Phase Parteispenden noch gesetzlich steuerbegünstigt waren. ›Das Wirtschaftsbild‹ bescherte somit der Partei einen höheren Gelderzufluss als etwa die oft zitierte Werbeaktionen der ›Waage‹. Deren Spenden wurden durch die direkte Abrechnung mit der ausführenden Werbefirma ebenfalls als Betriebsausgabe am Finanzamt vorbeigeführt.<sup>150</sup>

Wiederum zeichnete sich ab, dass das ›Wirtschaftsbild‹ in katholisch geprägten Landesverbänden wie Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern oder Oldenburg wesentlich schlechter anliefe als in den organisationsschwachen evangelischen Regionen.<sup>153</sup> Vor allem die ansonsten desaströs organisierte CDU in Niedersachsen erzielte von Beginn an einen hohen ›Wirtschaftsbild‹-Verkauf, der die ganzen fünfziger Jahre anhalten sollte. Abermals zahlte sich die größere Wirtschaftsnähe des evangelischen CDU-Flügels aus. Ähnlich wie bei den Fördergesellschaften stärkte damit das ›Wirtschaftsbild‹ den evangelischen Parteiflügel und die Parteiarbeit in den protestantischen Regionen. Der evangelische Bundesschatzmeister Bach blieb bis Anfang 1956 alleiniger Herausgeber des Blattes, dann wurde Erhard pro forma gleichberechtigter Mitherausgeber, um den Umsatz des Blattes zu steigern.<sup>154</sup> Der offizielle Vorstand des ›Wirtschaftsbildes‹ wurde dagegen, wie in der CDU üblich, nach ihrem strengen konfessionellen Proporz besetzt. Neben Bach kamen als geschäftsführende Vorsitzende der Protestant Tillmanns und die beiden Katholiken Wuermeling und Kiesinger hinzu, ohne dass diese drei wirkliche Aufgaben übernahmen.

›Das Wirtschaftsbild‹ bot verschiedene strukturelle Vorteile. Durch die Abonnenten-Verträge bildete es wie die Fördergesellschaften eine kalkulierbare, regelmäßige Einnahmequelle. Unternehmen standen so in der vertraglichen Pflicht, monatlich eine bestimmte Spende zu zahlen. An-

Tab. 9: Einnahmen der Organisationseinheit ›Das Wirtschaftsbild‹ nach Zeitschriftentitel nach offiziell internem Wirtschaftsprüferbericht (in DM)<sup>151</sup>

Zeitschrift/ Jahr	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Einnahmen	2630284	1569499	1693630	1700468	1791628	1853008	2177020	2648915

Tab. 10: Jährliche Ausgaben der ›Waage‹ (in DM)<sup>152</sup>

Jahr	1952/53	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Ausgaben	3781500	1124500	1611500	926300	1516000	829500	1126000	1094464

derenfalls galten sie als säumig und wurden zu Nachzahlungen ermahnt. Statt zur Mitgliederpartei wurde die CDU so zur ›Abonnentenpartei‹.

Darüber hinaus sah Schatzmeister Bach das ›Wirtschaftsbild‹ als wichtigen Spendenweg an, »da es große Industrierwerke gibt, die wegen ihrer Eigentumsverhältnisse nicht Mitglieder der Fördergesellschaften werden können, denen es aber möglich ist, über das ›Wirtschaftsbild‹ und die Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung [der FDP, F. B.] abzurechnen.«<sup>155</sup> Bach spielte damit auf große staatliche Unternehmen wie das Volkswagenwerk an. Tatsächlich abonnierte VW alleine einhundert ›Wirtschaftsbilder‹ im Monat gleichzeitig. Damit floss jährlich ein sechsstelliger Betrag aus einem öffentlichen Unternehmen verdeckt an die CDU. Nachdem der Fall publik wurde, kam es 1956/57 zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und einem Bundestagsantrag der SPD, die Steuerbegünstigung gerade in diesem Fall zu untersagen. Einen Einschnitt bescherte dies nicht. Nach einer kurzen Zahlungspause entrichtete VW vor der Bundestagswahl 1957 sogar noch die rückständigen Abonentengelder.<sup>156</sup>

Im Unterschied zu den Spenden der Fördergesellschaften war das ›Wirtschaftsbild‹ zudem eine Finanzierungsquelle, die die Partei verwaltete. Gerade Politiker, die auf die Unabhängigkeit der eigenen Partei setzten, sahen deshalb das ›Wirtschaftsbild‹ als den besseren Spendenweg an.<sup>157</sup> Reizvoll war zudem, dass die Landes- und Kreisparteien bei der Anwerbung von ›Wirtschaftsbild‹-Kunden Provisionen erhielten. Die erfolgreichen Werber durften persönlich die erste Monatszahlung als Prämie behalten. Der Kreisverband erhielt dann den überwiegenden Teil der Abonentenzahlungen.<sup>158</sup> Das ›Wirtschaftsbild‹ war damit eine Finanzquelle, die die Basis mobilisieren konnte. Gerade die mitgliederschwachen evangelischen Kreisverbände konnten so zusätzliche Mittel für ihre Parteiarbeit gewinnen.

Zugleich wurde auch das ›Wirtschaftsbild‹ in den bürgerlichen Sammlungskurs der Spender eingebaut. Die Erlöse aus dem ›Wirtschaftsbild‹

rechneten die Landesverbände mit den Zahlungen der Fördergesellschaften gegen, damit nicht eine der drei bürgerlichen Parteien einen unkontrolliert hohen Anteil der Gesamtspenden erhielt. Ohnehin war ihnen oftmals die eigenständige Zusatzsammlung der CDU ein Dorn im Auge.<sup>159</sup> Ein Landesverband, der wie die Braunschweiger Christdemokraten besonders viele ›Wirtschaftsbilder‹ verkaufte, erhielt dementsprechend nach einem festen Schlüssel weniger Geld von den Fördergesellschaften. Wie bei den Kostenanschlägen für die Fördergesellschaften versuchte die CDU auch hierbei gelegentlich, ihre Spender mit falschen Zahlen zu überlisten: Um die Spendensumme zu erhöhen, fälschte sie die übermittelten Bilanzen und nannte den Fördergesellschaften eine geringere Zahl an verkauften ›Wirtschaftsbildern‹.<sup>160</sup>

Schließlich stärkte auch die ›Wirtschaftsbild‹-Finanzierung die Zentralisierung der nur lose verkoppelten CDU. Die ›Wirtschaftsbild‹-Gelder wurden zwar von den Landesverbänden gesammelt, dann aber zentral in Bonn erfasst und zu wechselnden Anteilen an die Landes- und Kreisverbände zurückgezahlt. Innerhalb der föderalen CDU stärkte allein schon diese zentrale Bestandsaufnahme die Macht und Kontrolle der Bundesführung. Der Pflichtanteil, der dabei von der Bundes-CDU einbehalten wurde, kompensierte in gewisser Weise die mageren Mitgliederabgaben, die die Landesverbände eigentlich an die Bundes-CDU entrichten sollten.<sup>161</sup> Die Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle war damit zunächst die wichtigste Aufgabe des ›Wirtschaftsbildes‹. Neben den laufenden Personal- und Verwaltungskosten wurden damit insbesondere die Parteipublikationen bezahlt, die im wesentlichen nur Unkosten bereiteten. Schatzmeister Bach verpflichtete sich Anfang 1952, monatlich 60 000 Mark aus dem ›Wirtschaftsbild‹-Erlös an die Geschäftsstelle abzuführen.<sup>162</sup> Für jeden Landesverband stellte er dafür ein bestimmtes ›Soll‹ an ›Wirtschaftsbild‹-Abos auf, dessen Erfüllung von der Bonner Geschäftsstelle mahnend überwacht wurde.<sup>163</sup> Überschritten die Landesverbände das Soll, konnten sie den darüber hinausreichenden Erlös behalten, anderenfalls mussten sie der Bundeskasse Ersatzleitungen bringen. In einem Wahljahr wie 1953 gingen auf diese Weise rund 1,5 Millionen Mark der 2,6 Millionen Gesamteinnahmen wieder an die Landesverbände zurück.<sup>164</sup> Nachdem die Bundes-CDU jedoch ab 1955 zunehmend von der Staatsbürgerlichen Vereinigung finanziert wurde, entwickelte sich das ›Wirtschaftsbild‹ stärker zum Finanzorgan für die Landes- und Kreisverbände.

Vom Karlsruher Spendenurteil von 1958 war das ›Wirtschaftsbild‹ ähnlich wie die Fördergesellschaften nicht direkt betroffen. Da die Spender jedoch vorsichtiger wurden, erhöhte sich der Zulauf zum ›Wirt-

schaftsbild‹ sogar. Dennoch sollte das Jahr 1959 auch für das ›Wirtschaftsbild‹ eine Zäsur bilden. Angesichts der wachsenden Aufmerksamkeit, die auf das Spendensystem der CDU fiel, leitete die CDU nun umfassende Umstrukturierungen ein. Aber auch sie sollten das bisherige Ziel des ›Wirtschaftsbildes‹ weiterverfolgen: Die regelmäßige Zahlung von Wirtschaftsspenden zu sichern und Steuern zu umgehen.

### 3. Parteiinterne Folgen der Spendenfinanzierung

In der CDU war man sich durchaus bewusst, welche Gefahren die Spendenfinanzierung barg. Zahlreiche Protokolle und Briefe belegen die Skrupel, die gegenüber dem eigenen Finanzgebaren bestanden. Selbst Schatzmeister Bach äußerte im Bundesvorstand seinen Unmut: »Der heutige Zustand ist unerträglich. Wir sind Träger des Staates und überlegen uns Formen, wie wir Steuerhinterziehungen – ich will es hart ausdrücken – begehen können.«<sup>165</sup> Erstaunlich häufig wiesen die führenden Christdemokraten dabei intern darauf hin, dass die Spender die Partei beeinflussen könnten. »Wenn wir diesen Weg weiter gehen, dann führt das zur Korruption«, ergänzte etwa der hessische Landesvorsitzende Fay im Januar 1954 den Schatzmeister und wies darauf hin, dass manche Spende mit politischen Aufträgen verbunden sei.<sup>166</sup> Aber auch liberale und konservative Christdemokraten mahnten zur Vorsicht. Der Hamburger Landesvorsitzende und Bankier Hugo Scharnberg, der in Finanzfragen eine Schlüsselstellung einnahm, warnte etwa 1955 im Bundesvorstand: »Wer die Dinge bei den Fördergesellschaften kennt, der weiß, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Gelder von ganz wenigen Firmen kommt. Darin steckt eine große Gefahr.«<sup>167</sup> Sein Berliner Kollege Johann Baptist Gradl pflichtete ihm bei: »in der Regel ist die Bettelei mit Auflagen verbunden, die vielleicht nicht immer direkt wörtlich gemacht werden, aber es stecken immer Erwartungen dahinter.«<sup>168</sup> Selbstverständlich versicherte man sich bei derartigen Diskussionen gegenseitig, dass alle Einflussversuche chancenlos seien. »Im großen und ganzen konnten Ansinnen und Aufträge bisher abgelehnt werden«, fasste etwa Kurt Georg Kiesinger seine Begegnungen mit den Spendern zusammen.<sup>169</sup> Ein Unbehagen darüber, dass sich dies ändern könne, war nicht zu verkennen.

Betrachtet man die innerparteilichen Bedenken systematisch, so lassen sich dabei vier unterschiedliche Argumentationsebenen ausmachen. Befürchtet wurde erstens eine juristische Verfolgung, zweitens ein Imageverlust der Partei, drittens eine Einflussnahme der Verbände und viertens eine Aushöhlung der innerparteilichen Demokratie. Alle vier Diskus-

sionsstränge verriet einiges über das Selbstverständnis der Christdemokraten und über die Grenzen ihrer moralischen Einwände. Wie diesen Bedenken begegnet wurde und welche innerparteilichen Folgen die Spendenfinanzierung hatte, soll das folgende Kapitel klären.

Die Furcht vor einer juristischen Ahndung zeigte, dass viele Christdemokraten sich durchaus bewusst waren, dass sie die Grenzen der Legalität überschritten. Gerade die Politiker, die nicht aus Wirtschaftsberufen kamen und saloppe Finanztransfers gewohnt waren, fürchteten mitunter schlichtweg, wegen Steuerhinterziehung vor Gericht gestellt zu werden.<sup>170</sup> Ein verdecktes Finanzierungsangebot, das Bach einem Landespolitiker offerierte, wurde etwa wegen derartiger Bedenken ausgeschlagen.<sup>171</sup> Aber auch bei christdemokratischen Ministern kamen Gewissensbisse auf. Schon 1949 bemerkte Georg Strickrodt, dass er als Landesfinanzminister über die steuerliche Seite der Parteienfinanzierung gar nicht Bescheid wissen dürfe.<sup>172</sup>

Die Angst vor dem Gesetzesübertritt wurde dadurch abgemildert, dass die Spendensammlung nur von einem kleinen Kreis aus Schatzmeistern, Landesvorsitzenden und persönlichen Beratern organisiert wurde. Gleichzeitig konnten sich die Christdemokraten damit beruhigen, dass die Liberalen und die Deutsche Partei nicht anders verfuhrten. Mitte der fünfziger Jahre setzte zudem eine gewisse Routine ein, die Skrupel verdrängte. Nachdem das Finanzierungssystem 1955 im wesentlichen aufgebaut war, musste es in den folgenden Jahren nicht mehr weiter erörtert werden. Da nicht zuletzt Adenauer die Diskussion über Herkunft der Finanzmittel zunehmend tabuisierte, konnte sich die Mehrheit der Führungsspitze in unschuldiger Ahnungslosigkeit wiegen. Rein juristische Skrupel wurden zwischen 1954 und 1958 ohnehin mit der Änderung der Steuergesetze ausgeräumt.

Dank der fortdauernden Regierungsführung stellte sich zudem zunehmend das Gefühl ein, von Bonn und der Ministerialbürokratie der Länder gedeckt zu werden und so drohende Steuerprüfungen auf informellem Wege unterbinden zu können. Dass selbst Politiker mit größeren Skrupeln diese Wege beschritten, lässt sich am Beispiel des hessischen Landesvorsitzenden Wilhelm Fay belegen. Als nach 1957 das Gerücht aufkam, dass das Frankfurter Finanzamt aus Mannheim CDU-Akten angefordert habe, bat er sofort Bundesfinanzminister Schäffer, die Akten einzuziehen.<sup>173</sup> Nachdem der Briefkastensitz seiner Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sicherheitshalber in das CDU-Land Rheinland-Pfalz verlegt worden war, mahnte er im Jahr darauf den dortigen Ministerpräsidenten Altmeier, keine Akten herauszugeben.<sup>174</sup> Zudem ordnete er an, »daß in Zukunft die Angestellten der Geschäftsstelle Auskünfte ge-

genüber der Polizei verweigern, es sei denn, daß ein richterlicher Durchsuchungsbefehl vorliegt.«<sup>175</sup> Noch direkter ging Ernst Bach vor. Er verlangte von dem nordrhein-westfälischen CDU-Finanzminister Joseph Pütz im Vorfeld der Landtagswahl 1962 direkt: »Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie durch eine klärende Anweisung verhinderten, daß durch Kontrollmeldungen unter Umständen unangebrachte Prüfungen bei Parteidienststellen vorgenommen werden. Soviel ich weiß, ist Herr Ministerialdirigent Thiel in Ihrem Hause über diese Frage unterrichtet.«<sup>176</sup> Die beiden genannten Beispiele mögen zufällig überlieferte Einzelfälle sein. Sie zeigen aber zumindest, dass führende Christdemokraten ihr Steuergebaren trotz anfänglicher Bedenken mit machtbewusstem Selbstverständnis schützten, indem sie ihre Ministerialbürokratie einschalteten. Eine ernsthafte juristische Verfolgung mit entsprechenden Verurteilungen blieb somit aus.

Neben den juristischen Bedenken stellte sich zweitens die Angst vor einem Imageverlust ein. Die Unternehmensspenden drohten den christdemokratischen Anspruch zu unterlaufen, eine Volkspartei aller Schichten zu sein. Aus der CDU-Spendenpraxis konnten die Sozialdemokraten zunehmend Belege für ihre Behauptung sammeln, dass die Union eigentlich doch die Partei der Unternehmer oder des Kapitals sei. Gerade der katholisch-soziale Flügel sah hier die Gefahr, dass sich sowohl das Partei-Image als auch ihr tatsächliches Profil verschieben könnte. Dementsprechend setzten die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und ihr nahe stehende Politiker schon Mitte der fünfziger Jahre auf die Einführung einer staatlichen Parteifinanzierung.<sup>177</sup>

Aber auch die Angst vor einem Image-Verlust ließ sich auffangen. In öffentlichen Äußerungen bemühten sich der CDU-Schatzmeister, mit falschen Angaben eine stark mitgliedergestützte Finanzierung vorzuspiegeln. So gab Bach 1959 auf einer Diskussionsveranstaltung an, dass die Union sechzig Prozent ihrer angeblichen Gesamteinnahmen von sechs Millionen aus Mitgliederbeiträgen bestreite.<sup>178</sup> Durch die strenge Geheimhaltung der Spendensummen wurden alle Vorwürfe ins Spekulative verwiesen. Indem die Union die Verabschiedung des Parteiengesetzes fortwährend verschleppte, umging sie die im Grundgesetz geforderte Rechenschaftspflicht. Entscheidend war aber vermutlich, dass die Enthüllungsberichte der Sozialdemokraten oder der Presse in der Wiederaufbau-Gesellschaft nur auf eine geringe öffentliche Resonanz stießen. Trotz der dokumentbestückten SPD-Broschüren von 1953 und 1957 spielte das Spendenthema im Wahlkampf keine entscheidende Rolle.<sup>179</sup> Skandale konnten sie in den gesamten fünfziger Jahren nicht auslösen, da die Bevölkerungsmehrheit ohnehin Parteien und Politiker als geradezu para-

sitäre Kostgänger des Staates ansah. Bei einer Umfrage, wofür der Staat das meiste Geld ausgab, nannten etwa die Befragten noch 1952 gleich an zweiter Stelle die »Ministergehälter« (nach »an die Alliierten«).<sup>180</sup> Berichte über steuerbegünstigte Unternehmensspenden verpufften bei dieser Grundhaltung schnell. Zudem scheute sich Adenauer nicht, die SPD-Vorwürfe mit scharfen Gegenangriffen abzuwehren. Auf die SPD-Broschüre von 1953 konterte er einfach, viel schlimmer sei, dass einige SPD-Funktionäre von der DDR bezahlt würden. Da Adenauer keine echten Belege hierfür aufbringen konnte, musste er diese Äußerung vor Gericht zurücknehmen.<sup>181</sup> Dennoch beruhigte er mit derartigen Aussagen nicht nur die innerparteiliche Diskussion, sondern auch die bürgerliche Öffentlichkeit, da seine Behauptung als Gerücht weiterhin grassierte. Der Kalte Krieg beflügelte nicht nur derartige Verleumdungen. Da die DDR-Regierung die CDU fortlaufend als eine von Pferdenges und Abs gelenkte Marionette des Großkapitals denunzierte, wurde für die Sozialdemokraten eine sachliche Auseinandersetzung mit dem christdemokratischen Spendenwesen zusätzlich erschwert. Schließlich drohte sie in den Verdacht zu kommen, SED-Propaganda zu übernehmen.

Ausgleichend wirkte zudem, dass Adenauer selbst häufig seine Unzufriedenheit mit der Spendenfinanzierung äußerte. Oft wies er darauf hin, dass sich die CDU unbedingt zu einer mitgliederfinanzierten Partei entwickeln müsse. Adenauer und andere Spitzenpolitiker führten dabei die Sozialdemokraten und einzelne europäische Schwesterparteien als Vorbild an. So aufrichtig dieses Plädoyer gemeint sein mochte – für seine tatsächliche Umsetzung machten sie sich kaum stark. Selbst junge Politiker wie Kiesinger resignierten im gleichen Atemzug vor den bürgerlichen Parteiressentiments.<sup>182</sup> Wie in anderen Politikfeldern half diese Ver tagungstaktik jedoch, die innerparteiliche Harmonie zu wahren.

Neben der Angst vor Justizanklagen und Imageverlusten bestand drittens die Furcht, dass die Verbände die Kandidatenauswahl und politische Entscheidungen beeinflussen könnten. Führende Christdemokraten bangten dabei nicht nur um ihre Autonomie, sondern auch um ihre eigenen Mandate. Tatsächlich waren die Einzelspenden von Unternehmen und Verbänden verschiedentlich mit konkreten Forderungen verbunden. Seit 1953 reichten die Verbände bei jeder Bundes- und Landtagswahl eine Liste von Kandidaten ein, die unbedingt nominiert und gut platziert werden müssten. Da sie der CDU als Ganzes misstrauten und stärker personalistisch dachten, boten sie häufig an, ihre Wirtschaftskandidaten mit Sonderzuwendungen zu unterstützen. In ihren Anschreiben forderten sie von der CDU mitunter sogar eine schriftliche Bestätigung, dass ihre Spenden nur für die von ihnen ausgewählten Per-

sonen verwandt wurden.<sup>183</sup> Besonderes Gewicht hatten dabei natürlich die Kandidaten, die die Fördergesellschaft vorschlug.

Allerdings übernahm die CDU auch diese Vorschläge nicht einfach blind, sondern diskutierte sie im Vorstand und glich sie mit dem eigenen Wirtschaftsausschuss ab.<sup>184</sup> Inwieweit die CDU auf derartige Forderungen einging, lässt sich anhand einiger exemplarischer Fälle rekonstruieren. Soweit die Quellen genauere Schlüsse zulassen, stellten insbesondere die norddeutschen Wirtschaftsvertreter hartnäckig personelle Forderungen. Der schleswig-holsteinische Schatzmeister berichtete etwa 1953, die dortige Fördergesellschaft habe den Beschluss gefasst, »dass der Verein seine Zahlungen an die Parteien solange einstellen soll, bis die Parteien ihre Bundestagskandidaten bekannt gegeben hätten. Es ist darin Bezug genommen worden auf eine Erklärung des Herrn Bundesfinanzministers, dass es den Wirtschaftsverbänden möglich sein müsste, ihren finanziellen Einfluss auf die Aufstellung der Kandidaten geltend zu machen. [...] Wir haben uns grundsätzlich bereit erklärt, mit dem Förderverein offen über die Aufstellung der Kandidaten zu sprechen und uns für die Berücksichtigung bestimmter Wünsche des Vereins einzusetzen, genau wie wir das bereits mit dem Mittelstandsblock getan haben. Wir wären aber keineswegs gewillt, uns durch die Finanzierung unter einen politischen Druck stellen zu lassen.«<sup>185</sup> Da die schleswig-holsteinische CDU eine enge Verbindung zu den Wirtschaftsverbänden pflegte, war hier die Erwartungshaltung der Spender sehr hoch. Wie der Brief zeigt, stieß aber selbst bei diesem protestantisch-konservativen Landesverband die durchaus vorhandene Kompromissbereitschaft auf Grenzen. Ein ähnlicher Befund lässt sich bei der Landtagswahl von 1954 ausmachen. Hier ging die schleswig-holsteinische CDU zunächst auf die personellen Forderungen des Mittelstandsblocks ein. Der Mittelstandsblock schlug für jede seiner Gruppen einen Kandidaten vor (Handwerk, Haus- und Grund, Einzelhandel, Beamtenbund, Bauernverband) und versprach dafür, »den Wahlkampf der CDU mit den ihm gebotenen Möglichkeiten unterstützen, um seine Leute entsprechend zum Zuge zu bringen.«<sup>186</sup> Selbstverständlich wurde diese Absprache streng geheim gehalten und den Kreisgeschäftsführern mit dem Zusatz mitgeteilt, »bis zum 10. April die Vernichtung dieses Schreibens zu bestätigen.«<sup>187</sup> Da die CDU jedoch letztlich den personellen Ansprüchen des Haus- und Grundbesitzervereins, des Beamtenbundes und des Einzelhandels nicht in gewünschter Weise nachkam, unterstützten diese schließlich stärker die Liberalen und die Deutsche Partei.<sup>188</sup> Auch hier zeigte sich also, dass selbst die wirtschaftsnahe schleswig-holsteinische CDU nicht einfach ihre eigenen Kandidaten gegen spendengestützte Verbandsvertreter austauschte.

In Niedersachsen traten die Verbände etwas moderater auf, aber mit ähnlichem Grundtenor. Vor der Bundestagswahl 1961 lehnte der CDU-Generalsekretär etwa Kandidatenvorschläge seitens der Partei mit der Begründung ab, »dass die Dinge insofern schwierig wären, als Herr von Gregory [der Präsident der niedersächsischen Fördergesellschaft, F. B.] uns schon bestimmte Herren als Vertreter der Wirtschaft genannt habe.«<sup>189</sup> Damit hatten die Fördergesellschaften immerhin ein Vorschlagsrecht, das geradezu zwangsläufig auch die Nominierung von Frauen erschwerte. Zudem zeigte sich, dass die Verbandsvertreter tatsächlich davon ausgingen, mit den Sonderspenden einen Anspruch auf einen guten Listenplatz zu erkaufen. Der Vizepräsident der Bundesvereinigung des deutschen Handwerkes, Fritz Mensing, forderte dementsprechend die Spendengelder zurück, die sein Verband für seine zunächst fehlgeschlagene Kandidatur 1957 geleistet hatte.<sup>190</sup> Ebenso verlangte der Kandidat des Einzelhandels, Rudolf Meyer-Ronnenberg, die Rückzahlung der 50000 Mark Sonderspenden, als seine Nominierung im gleichen Jahr scheiterte: »Es besteht gar kein Zweifel, dass beide Zahlungen zweckgebunden waren und dass nun den Geldgebern ein Rückforderungsrecht zusteht«, klagte er gegenüber dem CDU-Schatzmeister.<sup>191</sup> Dass diese Kandidaten schließlich trotz ihrer Verbandsunterstützung scheiterten, belegte aber wiederum, dass sich die CDU-Führung auch hier trotz der Zahlungen eine gewisse Unabhängigkeit bewahrte.

Dabei waren sich die Christdemokraten durchaus bewusst, welche Fehlbeträge ihr entstehen konnten, wenn Verbandskandidaten zu schlecht platziert wurden. So klagte Schatzmeister Bach gegenüber seinem westfälischen Landesgeschäftsführer, Josef Blank, als die Kandidatur eines Textilverband-Repräsentanten scheiterte: »Wie Du weißt, hat uns das Mandat Hillenkötter monatlich DM 8000 bis jetzt schon DM 100000 gekostet.« Allein durch mühselige Verhandlungen mit dem Verband sei nun erreicht worden, dass die CDU überhaupt wieder Zahlungen erhalte.<sup>192</sup> Der Druck, unter dem die Listenplätze angesichts solcher Spendenzahlungen vergeben wurden, war folglich recht hoch. Die Wirtschaftsverbände konnten es sich sicherlich als Erfolg ihrer Lobbyarbeit anrechnen, dass 1953 in der CDU/CSU-Fraktion die Zahl ihrer Funktionäre von drei auf dreizehn anwuchs.<sup>193</sup> Dennoch verhalfen Spenden alleine offensichtlich nicht zu einem sicheren Platz. Politische Kompetenz, Loyalität und öffentliche Bekanntheit waren auch bei den Wirtschaftsvorschlägen zusätzliche Kriterien, nach denen die Auswahl fiel. Die personelle Mitsprache der Verbände kann somit zusammenfassend als ein bevorzugtes Offertenrecht bezeichnet werden, das die Partei nach wahlstrategischen Gesichtspunkten prüfte. Umgekehrt erwarteten die Landesgeschäftsstel-

len von ihren normalen CDU-Kandidaten ebenfalls, dass sie Geld für den Wahlkampf akquirierten. Zumindest einzelne Hinweise deuten darauf hin, dass anderenfalls mit einer Zurückstellung auf der Liste gedroht wurde.<sup>194</sup>

Ähnlich verhielt es sich bei den sachlichen Forderungen der Spender. Die Fördergesellschaften verlangten nur selten konkrete Gesetze. Der ansonsten selbstkritische CDU-Landessekretär Müller hielt in seinem politischen Tagebuch etwa fest: »Die von der Wirtschaft Niedersachsens an die CDU herangetragenen Wünsche sind oftmals maßvoll, bisweilen kleinlich oder nebensächlich.«<sup>195</sup> Bei Schlüsselkonflikten scheuten sich die Spender jedoch nicht, ihre Spenden zu drosseln. Bereits 1950/51 zeigte sich, dass die moderate CDU-Position in der Montan-Mitbestimmung offensichtlich die Zahlungsbereitschaft schmälerte, insbesondere in Nordrhein-Westfalen.<sup>196</sup> Bei späteren Auseinandersetzungen, etwa um die Zoll- und Steuerpolitik Erhards, schwang die Spendenfrage ebenfalls mit. Dennoch setzte die CDU auch hier eher ihren geplanten wirtschaftlichen Kompromisskurs durch – auch wenn berühmte Ausnahmen, wie das entschärfte Kartellgesetz von 1957, die Mitsprache der Spender verdeutlichten.<sup>197</sup>

Was den Spendern vor allem eröffnet wurde, war eben der erwähnte privilegierte Zugang zur Regierungsspitze. Das galt besonders für die Spitzenvertreter des BDI und der Staatsbürgerlichen Vereinigung. Adenauers Terminkalender zeigt, dass der BDI-Präsident Fritz Berg nach der Gründung der Staatsbürgerlichen Vereinigung zunehmend häufiger mit dem Kanzler zusammentraf. Während bis 1954 zwei bis vier Begegnungen verzeichnet sind, stieg die Besuchshäufigkeit bis 1961 auf sechzehn Treffen pro Jahr an.<sup>198</sup> Derartige Gespräche erzwangen selbstverständlich keine konkreten Gesetze. Als wohlwollender, beratender Austausch, der beiden Seiten einen Informationsvorsprung sicherte, sind sie aber nicht zu unterschätzen. Wie energisch dieser Austausch mit Wirtschaftsvertretern verlaufen konnte, deutet etwa ein Tagebucheintrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden und Adenauer-Vertrauten Heinrich Krone vom 12. September 1960 an: »Globke ruft an und sagt mir, wie der Kanzler tobe, weil man in Bonn anders wolle als die Kreise jener Wirtschaft, die auf den Kanzler Einfluß haben. Als Globke mir das schilderte, fiel der für ihn fast unglaubliche Satz: Der im Grundgesetz nicht vorgesehene Schwiegersohn des Kanzlers habe dem Kanzler wieder einen Brief geschrieben.«<sup>199</sup>

Konkrete Beeinflussungsversuche dürften auch hier eher von den Einzelspendern ausgegangen sein als von den Fördergesellschaften. Sie sind zu vereinzelt überliefert, als dass hieraus allgemeine Schlüsse gezogen

werden könnten.<sup>200</sup> Auffällig war zumindest, dass Verbände mitunter gezielt an die Wahlkreise zahlten, in denen ihre Fabriken lagen.<sup>201</sup> Schwer zu kontrollieren waren insbesondere die lokalen Spendenangebote, die etwa Baufirmen mit korrupten Forderungen unterbreiteten.<sup>202</sup> Gegenüber diesen Spenden an die notorisch finanzschwachen Kreisverbände dürfte der zentralisierte Geldertransfer über die Fördergesellschaften und das Wirtschaftsbild vermutlich sogar ein Vorteil gewesen sein, da es letzteren eher um wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen ging.

Neben der Furcht vor einer juristischen Verfolgung, vor einem Imageverlust der Partei und vor einer Beeinflussung durch Verbände traten viertens Bedenken auf, dass die innerparteiliche Demokratie durch die Spenden ausgehebelt würde. Hinter vorgehaltener Hand wurde in der Partei vereinzelt moniert, dass die informelle Gruppe der CDU-Spendenakquisiteure und Schatzmeister einen unkontrollierbaren Einfluss habe. So klagte der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Hofmeister vertraulich über die Bundes- und Landesschatzmeister Bach und Fricke: »Beide Herren tun so, als ob es sich um ihr persönliches Geld handelt und sind entsprechend herablassend. [...] Ich glaube aber, daß eine solche Verhaltensweise auf die Dauer unerträglich wird, denn es kann ja nicht angehen, daß aus der Schatzmeistertätigkeit für die Partei eine politische Schlüsselstellung wird und zu irgendeinem Zeitpunkt daraus eine Hausmacht sich entwickelt.«<sup>203</sup>

Damit stellt sich abschließend die Frage, im welche Maße die Spendenfinanzierung Machtzentren schuf und wo diese lagen. Tatsächlich war gerade in der CDU der fünfziger Jahre der Schatzmeisterposten eine wichtige Schlüsselstellung. Kein anderer offizieller Vertreter der Bundespartei stand in so engem Kontakt zu Adenauer wie Bundesschatzmeister Ernst Bach. Er korrespondierte nicht nur regelmäßig mit dem Kanzler, sondern wurde auch zu den informellen und offiziellen Führungstreffen hinzugezogen.<sup>204</sup> In den Bundesvorstandssitzungen gehörte er ebenfalls zu den wichtigen Rednern. Zudem war Bach der Parteirepräsentant, der wohl den besten Überblick über die Parteiorganisation hatte. Aufgrund seiner Buchführung wusste er noch am ehesten, wo wie viele und welche Parteiangestellte beschäftigt waren. Angesichts der verworrenen Finanz- und Personalpolitik der Union verfügte er damit über einen wichtigen Wissensvorsprung, den er besonders in Wahlkampfzeiten ausspielen konnte.

Unverkennbar zielte Bach von Beginn an darauf ab, seine Schlüsselstellung auszubauen. Bereits vor Amtsantritt versuchte er durchzusetzen, dass »alle Gelder für die CDU und ihre Unterorganisationen, soweit es sich um Stiftungen handelt, beim Schatzmeister der CDU zusammenlaufen. Das heißt also, daß keine Organisationen (Landesverbände, Aus-

schüsse) nun das Recht haben, Sammlungen von sich aus durchzuführen.«<sup>205</sup> Zudem sollten alle hauptamtlichen Geschäftsführer von der Zentrale bezahlt werden. Innerhalb der föderalen CDU waren derartige Zentralisierungsversuche allerdings offiziell nicht durchsetzbar. Ebenso scheiterten seine Bemühungen, die Ämter des Schatzmeisters und des Geschäftsführers zu vereinigen.<sup>206</sup> Da Bach darüber entscheiden konnte, welche Personen oder Wahlkreise Sonderunterstützungen bekamen, konnte er aber zumindest inoffiziell eine wichtige und zentrale Führungsposition behaupten.<sup>207</sup> Die Leitung der zweiten Bundestagswahl war ohnehin Bach unterstellt, während Bundesgeschäftsführer Heck nur als Stellvertreter eingesetzt war.<sup>208</sup>

Eine ähnlich starke Stellung konnten die Schatzmeister in einzelnen Landesverbänden einnehmen. Der gut überlieferte Nachlass des niedersächsischen Schatzmeisters Otto Fricke zeigt immer wieder, dass er tatsächlich darüber entschied, für welche Zwecke Gelder aufgebracht werden sollten.<sup>209</sup> Für den niedersächsischen Generalsekretär war Fricke, nicht der präsidierende Vorsitzende Adolf Cillien, die maßgebliche Person, der alle Entscheidungen vorgelegt wurden. Auch in der Öffentlichkeit war dies bekannt. Die Süddeutsche Zeitung karikierte Fricke vorzugsweise als »als Zementgroßhändler« und als »finanziell so gesicherten Mann, daß er die Politik als Hobby betreiben kann, ohne die entscheidende Teilnahme an der Macht durch einen Ministerposten dokumentieren zu müssen.«<sup>210</sup> Da die ansonsten finanzarme Partei jedoch gerade auf solche Wirtschaftsverbindungen angewiesen war, bemühte sie sich, Männer wie Fricke auch offiziell einzubinden. Tatsächlich wurde Fricke 1960 auch Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Ähnlich in Baden-Württemberg: Hier war es der Nord-Württemberger Klaus Scheufelen, der bereits vor Übernahme des Parteivorsitzes über seine Wirtschaftskontakte seine führende Stellung ausbaute. Dank seines Engagements wurde Nord-Württemberg zum finanzstärksten Verband des Südweststaates. 1963 stellte etwa ein Bericht der Bundesgeschäftsstelle fest: »Ihm obliegt die Federführung für die Verteilung der Gelder aus den Förderverbänden, auch für Nord-Baden und Würt. Hohenzollern.«<sup>211</sup> Gerade bei den politisch fragmentierten baden-württembergischen Christdemokraten war dies eine wichtige Machtressource.

Innerhalb der Landesvorstände wiederholte sich zudem jene Diskretion, die Adenauer im Bundesvorstand kultivierte. Auch in einem katholischen Landesverband wie Rheinland-Pfalz beschwerten sich die Vorstandsmitglieder immer wieder, dass sie gerne etwas über die Höhe ihres Partei-Etats wüssten.<sup>212</sup> Und wie bei Adenauer im Bundesvorstand mussten sie sich im Landesvorstand mit einer Gesamteinschätzung ihres

Vorsitzenden Altmeier zufrieden geben: »Man kann in diesem Kreise keine Summe angeben, aber es handelt sich um ansehnliche Beträge. Da sie nicht aus den Reihen der Mitglieder kommen, sondern aus Spenden, können wir uns auch nicht auf dem Landesparteitag stellen und Zahlen angeben.« Da auf diese Weise die Verfügungsgewalt über die Finanzen auf einen kleinen Kreis begrenzt wurde, half das Spendenwesen also zugleich, die informellen Führungsstrukturen zu sichern.

Dennoch darf die Position des Schatzmeisters nicht überbewertet werden. Da Adenauer um die Macht des Geldes wusste, setzte er Bundesschatzmeister Bach immer wieder Grenzen. Schon bei Bachs Amtsübernahme übergab Adenauer ihm zunächst nicht die Kassen, da er erst selbst die Lage sondieren wollte.<sup>213</sup> Adenauer bewahrte sein Misstrauen gegenüber Bach und unterschrieb ihm – auch im wörtlichen Sinne – selbst in dringenden Fällen keine Blankoschecks, worüber Bach sich menschlich tief enttäuscht zeigte.<sup>214</sup> Wenn Bach auf eigene Faust Spenden sammelte, was eigentlich den Fördergesellschaften überlassen werden sollte, erfolgten Ermahnungen Adenauers.<sup>215</sup> Ähnliche Ermahnungen gingen aber auch an Wirtschaftsminister Erhard, wenn dieser auf eigene Faust größere Summen für die CDU akquirierte.<sup>216</sup> Adenauer wollte so die Kontrolle über das Finanzwesen behalten und verhindern, dass diese Politiker durch ihren Zugang zu Finanzressourcen zu stark würden. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass Adenauer 1953 und 1957 verhinderte, dass Bundesschatzmeister Bach für den Bundestag kandidierte.<sup>217</sup>

Auch das finanzielle Zentrum der Macht lag damit nicht beim Bundesschatzmeister, sondern bei Adenauer und dessen persönlichen Beratern Pferdmenes und Globke. Adenauer ließ gegenüber Bach daran keinen Zweifel aufkommen. Bevor Bach größere finanzielle Transaktionen durchführen durfte, wurde er von Adenauer zumeist angewiesen, diese erst von Pferdmenes überprüfen zu lassen. Selbst über kleinere Summen, die Bach an einzelne Personen oder Kreisverbände überwies, informierte er das Kanzleramt.<sup>218</sup> In Form des Finanzausschusses der CDU wurde diese Kontrolle durch Pferdmenes institutionalisiert. Bereits bei seinem Amtsantritt hatte Bach um ein Beratergremium gebeten, da er die finanziellen Verhältnisse der CDU als »außerordentlich verworren« empfunden hatte. Daraufhin wurde ihm ein Finanzausschuss zur Seite gestellt, dem neben Pferdmenes der Bankier Scharnberg und der westfälische Landesvorsitzende Lambert Lensing als Proporzkatolik angehörten.<sup>219</sup>

Dabei war es ein offenes Geheimnis in der CDU-Führung, dass Adenauer über Pferdmenes und Globke eigene Konten verwaltete, von denen nicht einmal der Bundesschatzmeister eine vage Ahnung hatte.

Nicht zuletzt wegen dieser Amtsbeschneidung erwog Bach 1954 seinen Rücktritt. Gegenüber dem Bundesgeschäftsführer Heck klagte Bach: »In dieser Auffassung werde ich bestärkt, weil ich weiß, dass laufend Sondermittel durch Herrn Dr. Pferdmenes für den Kanzler aufgebracht werden, über deren Verwendungszweck ich nicht unterrichtet bin. Nach meiner Ansicht ist es unmöglich, Sonderausgaben zu machen, wenn die laufenden Verpflichtungen nicht erfüllt werden.« Bundesvorstandssitzungen ohne Pferdmenes nannte er deshalb sinnlos, »denn ohne ihn können wir keine entscheidenden Beschlüsse fassen.«<sup>220</sup>

Tatsächlich zeigte sich bei vielen Vorstandssitzungen: Wenn irgendwo Gelder fehlten, war Pferdmenes gefragt. »Dr. Pferdmenes sei eingesprungen, und ihm verdanke man, daß wenigstens die Zentrale ohne zu große Sorgen in die nächste Zukunft gehen könnte«, ließ Adenauer bereits Mitte 1951 den Bundesvorstand wissen.<sup>221</sup> Vor der zweiten Bundestagswahl war es ähnlich. Als Pferdmenes berichtete, dass 700000 DM fehlten, fiel Adenauer ihm sofort ins Wort: »Bis wann können Sie die schaffen?«<sup>222</sup> Von der CDU-Führungsspitze fragte in den gesamten fünfziger Jahren niemand nach, woher und auf welchem Wege Pferdmenes diese Summen eigentlich akquirierte. Über seine verdeckten Finanzhilfen wurde immer wieder gerne gewitzelt. Ernsthaft diskutiert wurde allerdings nur die Summe, die Pferdmenes aufbringen sollte.

Die starke Position von Robert Pferdmenes erwuchs aus seiner Scharnierfunktion zwischen den Fördergesellschaften und der Partei. Da Pferdmenes direkt an der Quelle des Finanzflusses saß, war er Schatzmeister Bach stets einen Schritt voraus. Während Adenauer und Globke von Pferdmenes freimütig informiert wurden, welche Finanzmittel und Spenden aufzutreiben seien, hatte der offizielle Schatzmeister das Nachsehen. Adenauer vertraute Pferdmenes dabei wie keinem anderen CDU-Politiker. Nicht nur die langjährige Freundschaft, sondern auch Pferdmenes' hohes Alter garantierten dem Kanzler dabei, dass hier kein politischer Rivale erwuchs. In welchem engem Kontakt die beiden bereits in der Aufbauphase der Partei und des Finanzsystems standen, dokumentiert auch Adenauers Terminkalender. Allein 1950 verzeichnete er 38-mal den Namen Pferdmenes.<sup>223</sup>

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sollte Staatssekretär Globke zunehmend Pferdmenes' Schlüsselstellung übernehmen. Globke erwies sich ohnehin als der beste Kenner des CDU-Finanzsystems. »Wie es mit den Finanzen wirklich stand, konnte man nur von Globke erfahren,« schrieb bereits Regierungssprecher Felix von Eckardt in seinen Memoiren.<sup>224</sup> Globkes Stärke war, dass er sowohl die Bundes- und Landesfinanzen der Partei, die verfügbaren Regierungsmittel und die Spenden

der Fördergesellschaften überblickte. Bach und Pferdenges dagegen waren eher Spezialisten für ihre Teilbereiche. Globkes enge Zusammenarbeit mit BDI/SV-Geschäftsführer Gustav Stein ergänzte und ersetzte in Finanzfragen schrittweise das alte Gespann Adenauer-Pferdenges. Globke verwaltete zunehmend Zahlungen aller Art. Er kümmerte sich um die Versorgung einzelner Landespolitiker, die mitunter nicht nur Zahlungen erhielten, sondern mit Globkes Hilfe auch über größere Notariatsgeschäfte versorgt wurden.<sup>225</sup> Eine formell eigenständige Vereinigung wie die Junge Union musste sich von Globke Finanzhilfen zusichern oder ablehnen lassen.<sup>226</sup> Ebenso wurden aber auch allgemeine Public-Relations-Arbeiten teilweise über Globke abgebuht. Wenn etwa die CDU an 15000 Ärzte Kanzler-Bildbiografien für die Wartezimmer verschickte, verzeichnete die Rechnung »Dr. Hans Globke, Bonn, Bundeskanzleramt«.<sup>227</sup> Vor allem war Globke seit Mitte der fünfziger Jahre die Person, die Landesverbänden aus finanziellen Schwierigkeiten half, indem er – nach Rücksprache mit Adenauer – den Kontakt zu den Wirtschaftsspendern herstellte.<sup>228</sup>

Ein Beispiel mag Globkes Stellung im CDU-Finanzsystem verdeutlichen. Der hessische Landesverband war nach der Bundestagswahl von 1957 mit einer halben Millionen Mark verschuldet. Angesichts der im folgenden Jahr anstehenden Landtagswahl suchte der Vorsitzende Wilhelm Fay bei Globke Hilfe.<sup>229</sup> Globke leitete daraufhin über Gustav Stein Sonderzahlungen der Staatsbürgerlichen Vereinigung ein und verfasste ein Schreiben an den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, um einen Kredit von dessen Bank zu veranlassen. Tatsächlich erreichte Globke nicht nur einen Kredit von 400000 DM, der der hessischen CDU verdeckt über die Briefkastenfirma Soziologisches Forschungs-Institut e.V., Trier zur Verfügung gestellt wurde.<sup>230</sup> Globke ermöglichte auch den Transfer von 555000 Mark Spendengeldern, die in Hessen mit dem Titel »von Dr. Globke« in den Bilanzen verzeichnet wurden.<sup>231</sup> Damit lief insgesamt weit über die Hälfte des gesamten Landtagswahletats indirekt über Globkes Vermittlung. In seiner Korrespondenz mit Fay zeigte sich zudem, dass Globke anscheinend besser über die hessischen Landesfinanzen informiert war als der Landesvorsitzende selbst; zumindest konnte er ihn mit eigenen Zahlungsbilanzen für die hessische CDU korrigieren.<sup>232</sup> Und auch nach der hessischen Landtagswahl blieb die Abhängigkeit von Globkes Hilfe weiter bestehen. Da die Hessen nicht in der Lage waren, den Kredit abzuzahlen, bat der hessische CDU-Vorsitzende im folgenden Jahr wiederum Globke, einen Erlass der Rückzahlung zu ermöglichen. Obwohl Abs äußerst ungehalten reagierte, wurde der Kredit tatsächlich zu weiten Teilen erlassen.<sup>233</sup>

Die hessische Finanzhilfe war weder ein Einzelfall, noch blieb sie in der Partei geheim. Vielmehr begründete Anfang 1959 der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier seine ans Kanzleramt gerichtete Spendenbitte damit, dass der Landesverband Hessen doch auch einen Zuschuss bekommen habe.<sup>234</sup> Zudem war Globkes Hilfe nicht nur von den eher katholisch-sozialen Landesvorsitzenden gefragt, die sich traditionell mit der Spendensammlung etwas schwerer taten. Auch jemand wie der niedersächsische Schatzmeister Otto Fricke, der eng mit den Fördergesellschaften verbunden war, bemühte sich mehrfach um Globkes Unterstützung. Bei der Landtagswahl von 1959 bat er Globke, mit Stein zu sprechen, um »die zugesagten weiteren DM 50000« zu überweisen. Vier Jahre später fragte er wiederum den Staatssekretär (und nicht den Bundesschatzmeister), ob er 200000 DM organisieren könne, die der CDU in Niedersachsen noch fehlten.<sup>235</sup> Dass Globke sogar für die DP und den BHE ein wichtiger Ansprechpartner war, hat bereits die Analyse der Fördergesellschaften gezeigt. Noch 1961, kurz vor dem Ende der Deutschen Partei, fragte der DP-Schatzmeister Globke, ob »die monatliche Zuwendung von 10000.- auf 20000.- erhöht werden solle.«<sup>236</sup> Globkes finanzielle Machtressourcen, die trotz aller Globke-Mythisierung in der Forschungsliteratur bislang unbeachtet blieben, waren damit ein weiterer Kernbestandteil seiner Schlüsselstellung.<sup>237</sup>

Die überlieferten Quellen verzeichneten seit Mitte der fünfziger Jahre kaum Bedenken dagegen, dass Adenauer und dessen Berater die Spenden verwalteten. Zu viele Landesverbände und Parteivertreter hatten an den Sonderspenden von Pferdenges teil, als dass man Pferdenges' Engagement in Zweifel gezogen hätte. Das hohe Prestige, das Adenauer und auch Globke in der Partei hatten, machte sie über Einwände erhaben. Während die Schatzmeister eher kritisch als »Funktionäre« betrachtet wurden, die selbstherrlich über die Abgaben der Kreis- und Landesverbände verfügten, konnten Adenauer und Globke als Wohltäter auftreten, die sich beim Verteilen der zusätzlichen Spenden Loyalitäten sicherten.

Das abschließende Unterkapitel machte deutlich, dass sich die führenden Christdemokraten durchaus bewusst waren, wie problematisch ihre Finanzierungspraxis war. Ihre Bedenken griffen jedoch in keinem der analysierten Bereiche so tief, dass sie zu einer echten Verhaltensänderung führten. Die Angst vor einer juristischen Verfolgung wurde durch Routine, Gesetzänderungen und informelle Einflussnahmen auf die Finanzämter aufgefangen. Der befürchteten Imageverschlechterung begegnete die Parteiführung mit Geheimhaltung und öffentlichen Fehlinfor-

mationen über ihre Finanzen. Die Mahnungen des linken CDU-Flügels verpufften hier ohnehin dank des gesellschaftlichen Desinteresses an Spendenskandalen und der überzogenen DDR-Propaganda. Schwieriger war es, den Forderungen der Verbände zu begegnen. Besonders die personellen Mitspracheversuche der Spender blieben ein ernsthaftes Problem. Dennoch wurde deutlich, dass selbst die wirtschaftsnahen norddeutschen Landesverbände nicht leichtfertig die Kandidatenvorschläge der Spender übernahmen. Die innerparteiliche Demokratie schränkte die Spendenfinanzierung jedoch erheblich ein. Das Schatzmeisteramt entwickelte sich sowohl auf Bundes- und Landesebene zu einer zentralen Schaltstelle. Das eigentliche Machtzentrum lag jedoch auch bei den Parteifinancen im Kanzleramt. Die Spenden, die Pferdenges akquirierte, wurden von Adenauer geprüft und von Globke verteilt. Die offiziellen Parteigremien waren hierbei oft nur am Rande beteiligt. Das CDU-Finanzsystem wurde von Adenauer nicht nur gelenkt, sondern es stärkte auch wesentlich seine innerparteiliche Position. Denn sowohl die Fördergesellschaften als auch das ›Wirtschaftsbild‹ waren zwar weitgehend regional verankerte Institutionen, ihr Spendenfluss wurde aber zunehmend zentralisiert und von Bonn aus umverteilt. Innerhalb der föderalen CDU vergrößerte dies Adenauers Einfluss.

Die Fördergesellschaften und die parteieigene Spendenzeitschrift ›Wirtschaftsbild‹ garantierten einen regelmäßigen Spendenfluss, dessen Folgen weit über die reine Finanzierung hinaus gingen. Mit Hilfe der Fördergesellschaften wurden erstens die Koalitionspartner dazu verpflichtet, sich im Wahlkampf und bei der anschließenden Koalitionsbildung an die Seite der CDU zu stellen und umkämpfte Wahlkreise mit ihr aufzuteilen. Das ›Wirtschaftsbild‹ garantierte der Union parallel dazu eine eigene Spendenquelle, um die laufende Parteiarbeit zu bezahlen. Zweitens konnten durch die Spendenfinanzierung die eigenen Landesverbände diszipliniert werden. Da es oftmals von der Fürsprache des Kanzleramtes abhing, ob ein Landesverband Geld bekam, wirkte sie regulierend und zentralisierend. Drittens verschob die Spendenfinanzierung die konfessionellen Gewichte in der Partei. Im Unterschied zu anderen Partebereichen lagen hier wichtige Schlüsselstellen fast ausschließlich in den Händen von Protestanten. Hintergrundpolitiker, wie Pferdenges, Bach, Scharnberg, Fricke oder Scheufelen, konnten auf diese Weise ihre stärker wirtschaftsliberal orientierten Parteivorstellungen einbringen, die allesamt auf eine bürgerliche Sammlung rechts von der SPD abzielten. Ohnehin zeigt die Analyse, dass die organisationsschwachen evangelischen Landesverbände dank ihrer Wirtschaftsverbundenheit mit vergleichsweise großem Erfolg Spenden eintrieben. Zusammen mit den Ausgleichs-

zahlungen der Bonner Zentrale wurde damit eine wichtige Grundlage gelegt, um die kostspielige Integration des protestantisch-bürgerlichen Lagers zu forcieren.

Mit den Fördergesellschaften und dem Wirtschaftsbild erreichte die CDU eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber zufälligen Einzelspenden. Da ihre Einkünfte fast ausschließlich auf diesen beiden geregelten Beziehungsnetzen aufbauten, erscheint es gerechtfertigt, von einem Finanzsystem zu sprechen. Dieses System beruhte darauf, potentielle Spender mit Hilfe von institutionalisierten Steuerschlupflöchern zu regelmäßigen Zahlungen zu animieren. Auch wenn die Summen weiterhin schwankten, erhöhte die Union so im Laufe der fünfziger Jahre ihren Etat um ein Vielfaches. Ihr Spendenbedarf spiegelte letztlich ihr erfolgsorientiertes, wahlbezogenes Selbstverständnis: Trotz aller Bedenken und Risiken führte die CDU weiterhin so aufwendige und teure Wahlkämpfe, dass ein derartiges Spendengebaren nötig war. Gleichzeitig geriet sie in einen Teufelskreis. Da die Landes- und Kreisverbände sich zunehmend an die Finanzhilfen von oben gewöhnten, trat die Mitgliederwerbung weiter in den Hintergrund. Statt zu einer Partei von Mitgliedern wurde die CDU so zu einer Partei von Abonnenten und Fördergesellschaftern.

## VI. Die Organisation einer informellen Partei

Helmut Kohl war gewiss kein brillanter Rhetoriker. Er verstand es jedoch schon in jungen Jahren, seine Beiträge mit anschaulichen Anekdoten zu verdeutlichen. So auch im Dezember 1967, als er dem Bundesvorstand erzählte, dass er des öfteren Besuch von politikwissenschaftlichen Doktoranden bekomme, »die herauszukriegen versuchen, wie eine politische Meinung gebildet wird.« Dabei würden die jungen Wissenschaftler besonders auf den CDU-Bundesvorstand blicken. »Wenn man aber hier die Praxis sieht, dann ist das wirklich deprimierend.«<sup>1</sup>

Der junge Helmut Kohl war freilich nicht der erste, der die Führungsstruktur der Bundes-CDU mit deutlichen Worten kritisierte. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei ihrer Bundesgeschäftsführung galt sie als organisationsloser Kanzlerwahlverein.<sup>2</sup> Ebenso kommentierte Kurt Georg Kiesinger als frisch ernannter Kanzler die Adenauer-CDU mit den Worten: »Wir waren existent, solange ein Bundestagswahlkampf bevorstand oder dauerte.«<sup>3</sup> Und sogar Adenauer selbst fand gelegentlich deutliche Worte. In der Reformdebatte von 1959 stellte er etwa nachdrücklich fest, dass die Bundesgeschäftsstelle »machtlos« sei, Verbindungen zu den Landesverbänden fehlten und die Partei allein auf Regierungserfolgen aufbaue. Geradezu dekonstruktivistisch bezeichnete er das, »was man bei uns Bundespartei nennt«, als »ein Wesen, das in Wirklichkeit gar nicht existiert.« Für den Fall eines Regierungsverlustes sah er daher schwarz: »Dann werden wir auseinanderfallen durch die Gegensätze, die wir innerlich haben, die bei einer so großen Partei naturgegeben sind.«<sup>4</sup>

Da die CDU als Partei quasi inexistent erschien, wurde ihre Organisation auch von der historischen Parteienforschung bislang vollkommen vernachlässigt. In Anschluss an die zeitgenössischen Urteile beschränkte man sich bislang darauf, die Adenauer-CDU ebenfalls als Honoratiorenpartei und als föderal strukturierten Kanzlerwahlverein zu titulieren, der allenfalls in den Bundesländern festere Formen annahm.<sup>5</sup> Dieses Bild soll das folgenden Kapitel überprüfen, indem es über die offizielle Satzung hinaus auf die organisatorische Praxis der Partei blickt.<sup>6</sup> Denn während die Satzung laufend überschritten wurde, prägten sich erst in

der informellen Praxis jene ungeschriebenen Regeln aus, die die eigentliche Parteistruktur ausmachten. Die Partei-Organe, die Führungsposten und die Verankerung ihrer Landesverbände sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

### 1. Adenauer und die Organe der Bundes-CDU

Die Bundes-CDU entstand als eine verspätete Partei. Bekanntlich sollte es bis zum 20. Oktober 1950 dauern, bis sie sich auf ihrem ersten Bundesparteitag in Goslar offiziell konstituierte. Wie wir bereits sahen, verzögerten mehrere Faktoren einen früheren Zusammenschluss. Erstens verfügten insbesondere die katholischen Christdemokraten über ein äußerst regionsbezogenes Selbstverständnis, weswegen sie eine zentrale Parteiführung ablehnten. Zweitens waren die Landesverbände von ihrer politischen Ausrichtung und Tradition her so heterogen, dass sich ihre Kommunikation kaum verdichtete. Das galt gerade für die konfessionell unterschiedlich geprägten Verbände; ein holsteinischer und pfälzischer Christdemokrat hatten noch zu wenig Gemeinsamkeiten, um eigenständig auf eine engere Koordination zu drängen. Erst die gemeinsamen Fraktionsbänke des Wirtschaftsrates und des Bundestages schufen unmittelbare Kontakte und machten das gemeinsame Agieren gegen die parteipolitische Konkurrenz erlebbar. Verzögert wurde die frühe Bildung einer Bundespartei schließlich drittens durch Adenauer selbst. Bis seine Position als Kanzler gefestigt war, witterte er in allen Konsolidierungsversuchen nur konkurrierende Machtzentren.<sup>7</sup> Gerade dieses gegenseitige Misstrauen zwischen dem Parteiführer Adenauer und den Landespolitikern sollte den Ausbau der Parteispitze nicht nur wechselseitig behindern, sondern auch dauerhaft prägen.

Heute ist es weitgehend in Vergessenheit geraten, dass die CDU bereits 1946 ein frühes bundesweites Zentralorgan hatte, das seit 1947 unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU agierte und in Frankfurt ein Generalsekretariat unterhielt. Das Generalsekretariat verfügte immerhin über rund zwei Dutzend Mitarbeiter, die den Aufbau der Parteiorganisation einleiteten.<sup>8</sup> Der CDU-Pressedienst DUD (Deutschland-Union-Dienst) wurde hier ebenso entwickelt wie die Parteifinanzierung über die Spenden-Zeitschrift ›Wirtschaftsbild‹. Auch die erste Bundestagswahl wurde von hier aus koordiniert. Die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft stellten zudem eine Frühform des Bundesvorstandes dar, da hier führende Christdemokraten über die Landes- und Zonengrenzen hinaus gemeinsame Positionen entwickeln konnten.<sup>9</sup> Insofern kann man die Arbeitsgemeinschaft und das Frankfurter Generalsekretariat nicht als völlig folgenlos bewerten.<sup>10</sup>

Beide konkurrierten jedoch mit Adenauers Führungsanspruch. Denn beide Organe wurden vornehmlich von der katholisch-sozialen hessische CDU aufgebaut und von der CDU der amerikanischen Zone und Berlins getragen. Dagegen waren die norddeutschen Politiker, die Adenauers Kurs wesentlich näher standen, hier kaum vertreten.<sup>11</sup> Adenauer reagierte auf die Arbeitsgemeinschaft in einer doppelten, für ihn recht charakteristischen Weise. Einerseits begann er zunehmend, die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft zu dominieren. Seit Anfang 1949 hielten die Protokolle fest, wie er die Tagungen mit langen Einleitungsreferaten eröffnete und die Diskussion steuerte. Er unterbrach oder kommentierte Wortbeiträge, oder kritisierte führende Christdemokraten namentlich, wenn sie wie Arnold oder Schlange-Schöninghen nicht seinen Kurs vertraten.<sup>12</sup> Andererseits unterminierte Adenauer systematisch die Kompetenzen der Arbeitsgemeinschaft. Mit dem Wahlausschuss der Arbeitsgemeinschaft schuf er ein Untergremium, in dem er den Vorsitz einnahm. Und mit der Konferenz der Landesvorsitzenden richtete er einfach ein konkurrierendes Bundesgremium ein, das in keiner Satzung vorgesehen war, aber von ihm geleitet wurde und die Arbeitsgemeinschaft schließlich ablöste. Die genuin föderale Struktur dieses neuen Vorstandes ermöglichte seine allgemeine Akzeptanz. Die Konferenz der Landesvorsitzenden war denn auch das Organ, in dem am 11. Mai 1950 die »Christlich-Demokratische Union als Gesamtpartei Deutschlands« gegründet wurde, die Adenauer zum vorläufigen Vorsitzenden wählte.<sup>13</sup> Bereits vor Gründung der Partei wurde damit deutlich, wie Adenauer zentrale Parteigremien lenkte und variierte, um seine Führungsrolle zu unterstreichen.

Ein wenig peinlich war es 1950 schon, dass ausgerechnet die Regierungspartei keine demokratisch legitimierten Bundesgremien besaß. Da sich die bürgerliche Öffentlichkeit jedoch vor allem für die Regierungspolitik und wenig für Parteien interessierte, fiel dies kaum auf. Die damals noch eher CDU-nahe Wochenzeitung »Die ZEIT« meldete etwa nach dem Gründungsparteitag lediglich, Adenauer und Erhard seien auf dem »ersten gesamtdeutschen Parteitag« für die Westbindung und die Marktwirtschaft eingetreten. Alles andere erschien nicht erwähnenswert. Die damals noch CDU-distanzierte Welt kommentierte die verspätete Gründung zwar mit bissigem Kommentar, wählte als Hauptschlagzeile jedoch den Anstieg der Treibstoffsteuer.<sup>14</sup>

Bei der Goslarer Parteigründung am 20. Oktober 1950 war unbestritten, dass Adenauer nun auch Parteivorsitzender der Bundes-CDU wurde. Die neunzig Prozent der Stimmen, die er als einziger Kandidat erhielt, deuteten allerdings im Vergleich zu späteren Wahlen an, dass seine

Stellung 1950 noch nicht ganz gefestigt war. Immerhin bekam Jakob Kaiser bei seiner Wahl zum Stellvertreter zwei Stimmen mehr als Adenauer. Bereits bei der nächsten Wahl zwei Jahre später sollte Adenauer aber mit 98 Prozent glänzen.<sup>15</sup> Von der Goslarer Parteigründung an entstand ein ganzes Bündel an neuen Parteinstanzen, deren tatsächliche Ausgestaltung zu diesem Zeitpunkt noch unklar war.<sup>16</sup> Die Satzung sah drei Organe vor: den Bundesparteitag, den Bundesparteiausschuss und den Bundesparteivorstand. Wie diese drei Organe für Adenauers Integrations- und Sammlungskurs eingesetzt wurden, soll das folgende Unterkapitel zeigen.

Das formell wichtigste Organ war der Bundesparteitag. Laut Satzung sollte der Parteitag »die Grundlinien der Politik der CDU« beschließen. De facto war er zweifelsohne machtlos. In der Parteienforschung wurden die Parteitage daher als reine Akklamationsveranstaltungen vernachlässigt, die lediglich als christdemokratische »Heerschau« Geschlossenheit demonstrieren sollten.<sup>17</sup> Auch wenn dem prinzipiell zuzustimmen ist, stellt sich dennoch die Frage, wie es der Parteiführung gelang, die Parteitage als Integrationsveranstaltung zu inszenieren.

Bei der Planung der Parteitage wurde im Bundesvorstand zunächst ausführlich die Ortsfrage diskutiert. Schließlich war der ausgewählte Ort selbst bereits eine der wichtigsten Botschaften des Parteitages. Gerade weil die CDU in Norddeutschland keine feste Verankerung hatte, inszenierte sie vornehmlich hier ihre Bundestreffen. Von den insgesamt neun Parteitagen zwischen 1950 und 1960 fanden fünf in der nördlichen Hälfte Deutschlands statt, drei weitere in Baden-Württemberg, wo ebenfalls größere evangelische Wählerreserven lagen, und nur ein einziger Parteitag im rheinischen Westen. Konsequenterweise sollte es bis 1969 dauern, bis der erste Bundesparteitag in der katholischen CDU-Hochburg Rheinland-Pfalz tagte.<sup>18</sup> Gerade die entscheidenden Delegiertentreffen fanden im Norden statt. So gründete sie sich 1950 in der niedersächsischen Kaiserstadt Goslar nahe der Zonengrenze und kam in den Bundestagswahljahren 1953 und 1957 in Hamburg zusammen. Dabei war es immer wieder Adenauer, der sich gegen die Bedenken des Bundesvorstandes für einen norddeutschen Tagungsort aussprach, um die dortigen Wählerpotentiale zu erreichen. Bei der Wahl Berlins setzte die Union 1952 ebenfalls auf die symbolträchtige Ausstrahlung des Ortes. Während Adenauer sich 1950 noch mit seinen Anti-Berlin-Bedenken durchsetzen konnte, wurde er zwei Jahre später angesichts der konfessionellen Krisenphase überstimmt. Allein gegenüber Berlin waren Adenauers Abneigungen offensichtlich so groß, dass seine symbolische Politik ihre

Grenzen fand.<sup>19</sup> Der evangelische Christdemokrat Tillmanns nannte im Bundesvorstand die zwei entscheidenden Gründe für die Wahl Berlins: Sie solle »den entschlossenen Willen der CDU zur deutschen Einheit« zeigen und »die ganze politische Dynamik der Ostbevölkerung nutzbar machen.«<sup>20</sup> In Hinblick auf die mediale Wirkung wurde dafür sogar auf die Ausschussarbeit verzichtet.<sup>21</sup>

Die zweite Frage war: Welche Redner treten in welcher Reihenfolge auf? Ziel des Parteitag war es schließlich, das harmonische Miteinander der unterschiedlichen Parteisegmente zu inszenieren und gleichzeitig ihre weltanschaulichen Facetten herauszustellen. Dank ihres Volkspartei-Anspruchs hatte die CDU ihre unterschiedlichen sozialen Gruppen zu berücksichtigen: Reden von Wirtschaftsliberalen wie Erhard wurden sozialpolitische Referate der Arbeitnehmer gegenübergestellt, die zunächst vor allem von Johannes Albers gehalten wurden. Angesichts der konfessionellen Spannungen und Vorwürfe lag ein besonderes Augenmerk auf dem konfessionellen Gleichgewicht der Redner. Nach einem prominenten Katholiken wie Adenauer trat daher zumeist ein Protestant auf.<sup>22</sup> Gerade in der konfessionellen Krisenphase von 1952 präsentierten sich Adenauer und Ehlers als ein Doppelgespann, deren öffentliche Einigkeit auf dem Parteitag Zeichen setzte.<sup>23</sup> Auch der Presse wurde Ehlers' Wahl durchweg unter konfessionellen Gesichtspunkten bewertet und als das wichtigste Signal des Berliner Parteitages 1952 gewertet.<sup>24</sup> Bei den anderen Rednern setzte sich dies fort: Nachdem etwa beim ersten Parteitag eine katholische Frau für einen kulturpolitischen Beitrag ausgewählt wurde, sah der Vorstand eine evangelische Frau zum gleichen Thema als Koreferentin vor. Ebenso sollte der Katholik Kaiser zu seinem Referat »Deutschland und der Osten« einen »evangelischen Vertriebenen« als Koreferenten bekommen.<sup>25</sup> Noch vor dem Kölner Parteitag 1961 konnte Arbeitsminister Theodor Blank zum Konfessionsproporz der Rednerliste feststellen: »Das ist doch mit mathematischer Feinheit ausgewogen und in bester Ordnung.«<sup>26</sup> Der Gefahr, dass die Presse oder die gegnerischen Parteien die Kirchenzugehörigkeit der Redner auszählen könnten, war man sich in der CDU immer noch gewahr. Wie stets wurden diese Regelungen nicht öffentlich verbreitet. In der Außenwahrnehmung sollte das konfessionelle Wechselspiel wie selbstverständlich erscheinen.

Der konfessionelle Rednerproporz galt anfangs sogar für die externen Professoren, die auf den Parteitagen weltanschauliche Grundsatzreferate hielten. Nachdem 1950 mit dem Althistoriker Hans Erich Stier ein Protestant auftrat, sorgte Adenauer 1951 explizit dafür, dass nun mit dem Philosophen Alois Dempf ein Katholik ausgewählt wurde, der wiederum in einer Sektion mit dem Protestanten Tillmanns redete.<sup>27</sup> 1952

folgte mit dem Theologen Hans Köhler wiederum ein evangelischer Professor, der über das Thema »Der Mensch in der Sowjetzone« sprach. Auch der Auftritt des Historikers Werner Conze, der auf dem Stuttgarter Parteitag 1956 über das Thema »Die Ziele und Methoden der sowjetischen Politik« referierte, war in diese konfessionelle Inszenierung eingebettet. Bei der Auswahl Conzes führte Adenauer eben nicht nur dessen guten Ruf an, sondern betonte: »Herr Conze ist evangelisch. Ich lege großen Wert darauf, daß ein evangelischer Professor im Hinblick auf manche Pastoren einen solchen Vortrag auf unserem Parteitag hält.«<sup>28</sup> Um in der Wiedervereinigungsdebatte das protestantisch-bürgerliche Lager zu gewinnen, waren antikommunistische Referate von evangelischen Professoren gewichtige Signale. Damit gleichzeitig der konfessionelle Ausgleich gewahrt wurde, hielt mit Kurt Georg Kiesinger ein Katholik die Koreferate zu allen drei genannten evangelischen Hochschullehrern.

Neben der Orts- und Rednerwahl galt es drittens, die Diskussion auf dem Parteitag zu koordinieren. Vor den Parteitagen versicherte sich Adenauer jeweils, ob hier Vorkehrungen getroffen seien. Dabei wurden für die freie Diskussion bereits vorher einzelne Redner ausgesucht. Besonderen Wert legte Adenauer auf den letzten Redner der Aussprache: »Dieser müsse jeweils ein qualifizierter Mann sein, der etwaige falsche Meinungen der Diskussionsredner auffangen und richtigstellen könne«, betonte Adenauer bereits 1950.<sup>29</sup> Die Parteitage der FDP galten ihm zunehmend als negatives Beispiel dafür, welche Folgen eine unkontrollierte Diskussion für das öffentliche Erscheinungsbild haben könne. Noch Ende der fünfziger Jahre mahnte Adenauer im Vorstand, auf keinen Fall eine ungelenkte Debatte zu riskieren, »damit nicht die guten Reden [...] durch die Diskussion wieder verdorben und verzerrt werden.«<sup>30</sup> Dabei forderte er neben den Rednerlisten nun auch kurze Inhaltsangaben der Wortbeiträge. Sein ständiges Misstrauen gegenüber Indiskretionen, die unkontrolliert an die Presse gelangen könnten, förderte seine Bedenken gegenüber öffentlichen Diskussionen. Wie wenig Adenauer die freie Diskussion respektierte, zeigte er umgekehrt dadurch, dass er beim Hamburger Parteitag bei der Aussprache fehlte und beim Berliner Parteitag erst zum Ende der Diskussion erschien.<sup>31</sup>

Obwohl Adenauer heikle Themen wie die Saarfrage von vornherein bei der Aufstellung der Tagesordnung ausklammerte<sup>32</sup>, zeigen die Parteitagsprotokolle, dass zaghafte Kritik nicht ganz ausblieb. Selbst auf dem Hamburger Wahlparteitag von 1953 forderte der Frauenausschuß eine Revision des Gleichstellungsartikels im Programm, wurde aber von der Delegiertenmehrheit überstimmt.<sup>33</sup> Andere Redner monierten, dass

die Entschließungen des Parteitages nicht vorher verteilt wurden, so dass die Delegierten unvorbereitet abstimmen müssten.<sup>34</sup> Und Ernst Lemmer mahnte mit Hinweis auf Bismarck, dass angesichts der »überragenden Autorität« des Kanzlers auch Gefahren für die Partei und die Jahre nach seinem Rücktritt entstünden.<sup>35</sup> Insofern war die Parteiführung gewarnt, dass sie keinen Freifahrtsschein für einträchtige Wahlparteitage hatte. 1954 und 1956 war es der Berliner Ferdinand Friedensburg, der Adenauers Saarpolitik kritisierte und dafür vom Tagungspräsidenten Johnen, von Kiesinger und von Adenauer selbst vor den Delegierten zurechtgewiesen wurde.<sup>36</sup> 1956 stellten sich die nordrhein-westfälischen Delegierten gegen Adenauer und verlangten eine Erhöhung der stellvertretenden Vorsitzenden auf vier. Daraufhin rief Adenauer mitten im Parteitag den Bundesparteiausschuss zusammen, um den Konflikt unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu klären. Obwohl hier nur ein Drittel für den Antrag stimmte, konnte sich Adenauer mit seiner Position bei den Delegierten nicht durchsetzen. Diese Niederlage war ein Novum in der CDU-Parteitagsgeschichte und wurde als solche auch wahrgenommen.<sup>37</sup>

Im Vergleich zu den anderen Parteien verliefen die CDU-Parteitage der fünfziger Jahre aber trotz dieser vereinzelt Ausnahmen äußerst harmonisch ab. Nicht nur Adenauers Autorität, sondern auch das skizzierte Management des Parteitages sorgten dafür. Der bürgerlich-distanzierte Habitus, den nicht zuletzt Adenauer in der Parteiführung kultiviert hatte, erwies sich gegenüber dem sozialdemokratischen Du als harmoniestiftender Vorteil. Seit dem Kaiserreich hatte es sich immer wieder gezeigt, dass Vertreter bürgerlicher Parteien in der alles überdeckenden Harmonie das politische Ideal sahen, das es unter allen Umständen zu erreichen galt.<sup>38</sup> Die christdemokratischen Diskussionsteilnehmer ergänzten und lobten vornehmlich die Reden. Inhaltlich drehten sich ihre Beiträge wie den Rednern um die drei zentralen Integrationsmomente der Partei: Die Bedrohung aus dem Osten, die christliche Aufgabe der Union und die Erfolge der Regierung.<sup>39</sup> Die tatsächliche Entscheidungskompetenz des Parteitages war ohnehin so gering, dass sich fundamentale Diskussionen nicht aufdrängten. Nach der Satzung von 1950 durften die Delegierten nicht einmal den Bundespartei Vorstand wählen. Lediglich über den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter konnten sie entscheiden, und die wurden selbstverständlich vorher ausgesucht. Auch hier war es Adenauer, der in der Statutendebatte darauf gedrungen hatte, »den Parteitag, der durch keine Tradition an die Arbeit gebunden sei, personelle Fragen entscheiden zu lassen.«<sup>40</sup> Vergeblich hatte Jakob Kaiser dagegen für eine Ausweitung der Kompetenzen des Parteitages votiert. Auf die Weise wurde die innerparteiliche Demokratie zwar

geschmälert, die inszenierte Harmonie und das Proporzgleichgewicht in den Vorständen aber gerettet.

Die Auswahl der Parteitagsdelegierten förderte ebenfalls das Zusammenwachsen der Parteiflügel. Für je 25 000 Bundestagswähler durften die Landesverbände einen Delegierten stellen. Der Parteitag konstituierte sich damit eben nicht nach der Mitgliederzahl der Landesverbände, da dann die evangelische Teilnehmerzahl gesunken wäre. Erst 1956 wurde mit einer Statutenreform der Schritt von der Wähler- zur Mitgliederpartei eingeleitet und ein Teil der Delegierten nach der Mitgliederstärke der Landesverbände bestimmt. Ein protestantisches Bundesland wie Niedersachsen sah dies selbstverständlich als Rückschlag an.<sup>41</sup>

Neben der Orts-, Redner- und Diskussionsfrage entschied schließlich viertens das Gesamtarrangement des Parteitages über dessen Ausstrahlung. Vom morgendlichen Gottesdienst über das Totengedenken und das Gedenken an die »Brüder in der Ostzone« bis hin zum abschließenden Singen der Nationalhymne wurde er als Gemeinschaftserlebnis inszeniert. Gerade die Parteitage im nördlichen Deutschland waren von einer gesamtdeutschen Symbolik durchzogen. Bereits die Ankunft Adenauers setzte die Union mediengerecht in Szene. In Goslar wehten auf dem Weg zum Parteitag nicht nur die Fahnen der west- und ostdeutschen Bundesländer, sondern auch die der Provinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie. Beim Berliner Parteitag 1952 reiste Adenauer vom Flughafen nicht direkt zum Tagungsort, sondern erst einmal in ein Durchgangslager für DDR-Flüchtlinge. Dort verteilte er Schokolade an Kinder und sprach mit Frauen, die aus politischen Gründen verhaftet wurden, um medien-gerechte Bilder zu erzeugen.<sup>42</sup> Dagegen hatte man auf dem vorherigen Parteitag in Karlsruhe auf Flaggen und ähnliches bewusst verzichtet und auch in der Außendarstellung ganz auf eine unauffällige Ausschussarbeit gesetzt.<sup>43</sup> Besonders furios war sicherlich Adenauers Auftritt auf dem Hamburger Parteitag 1953, bei dem er direkt aus den USA zurückkehrte, wo er sich als Makler deutscher Interessen präsentiert hatte. Die per Tonband abgespielte »Freiheitsglocke« des Berliner Rathauses sollte beim Parteitagsabschluss die gesamtdeutsche Symbolik verstärken. Gerade diese erlebte und visualisierte Harmonie war es, die den Parteitagen trotz fehlender Entscheidungskompetenz eine wichtige Funktion zuwies. Das Tagebuch des sonst recht kritischen Landessekretärs Klaus Müller zeugt davon, wie sehr ein Parteitagsbesuch als erlebte Einheit verspürt werden konnte. Seiner Meinung nach demonstrierte selbst der diskussionsreiche Stuttgarter Parteitag 1956 »die Verbundenheit der in der Union tätigen Elemente sozialer, konservativer und liberaler Prägung; er brachte keine Lösung der sog. Konfessionsfrage, aber auch kein Aufbrechen konfes-

sioneller Gruppierung. Die Union zeigte sich als eine Partei ohne zerstörerische Konjunkturen und Krisen, als ein stabiles Team.«<sup>44</sup> Gerade in kritischen Phasen erwies sich damit die Inszenierung von Parteitag als ein wichtiger Teil der Parteiführung, der die mittlere Parteiebene motivierte. Da alle Kritiker der CDU stets Indizien für ein Auseinanderbrechen der heterogenen Partei suchten, war es tatsächlich ein großes Kunststück, alle Anzeichen von Disharmonie so erfolgreich zu verhindern.

Neben dem Bundesparteitag verfügte die CDU mit dem Bundesvorstand und dem Bundesparteiausschuss über zwei nicht-öffentlich tagende Führungsorgane. Der Bundesparteiausschuss war das Ergebnis des föderalen Selbstverständnisses und Aufbaus der CDU. Ihm gehörten nicht nur die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen an, auch seine weiteren Delegierten wurden von den Landesverbänden gewählt. Zu seinem offiziellen Aufgabenbereich gehörten bis 1956 »alle politischen und organisatorischen Fragen, die im gemeinsamen Interesse der Landesverbände liegen« (§ 7a der Satzung). Tatsächlich war auch der Bundesparteiausschuss ein Gremium ohne Entscheidungskompetenz. Dies lag zunächst an seiner ständig anwachsenden Größe. Bis 1959 stieg sie auf 213 Mitglieder an, weswegen der Bundesausschuss auch als »kleiner Parteitag« bezeichnet wurde.<sup>45</sup> Hier zeigte sich deutlich, wie der wachsende Sammlungs- und Integrationsanspruch der CDU die Mitsprache der mittleren Führung einschränkte. Der föderale Ausgleich bescherte eine zunehmende Selbstentmachtung der weiteren Führungsspitze. Die Satzungsänderung von 1956, die seine föderalen Ziele in eine Zuständigkeit »für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind«, umdeutete, konnte da nur Kosmetik bleiben.<sup>46</sup> Offene Diskussionen und Entscheidungen waren in einem derartig großen Gremium kaum möglich, auch wenn zahlreiche Mitglieder des Ausschusses gar nicht erst erschienen. Der Bundesparteiausschuss diente vornehmlich dazu, die Landespolitiker auf eine Linie zu bringen. Informelle Gespräche am Rande der Tagung ergänzten diese Koordinationsfunktion. Er gab den Landespolitikern die Möglichkeit, ungefähr dreimal im Jahr ihre Bonner Führungsspitze live zu erleben und dort ihre Sorgen vorzutragen. 1959 und 1962 sollte es sogar ein Jahr dauern, bis er von Adenauer einberufen wurde.

Satzungsgemäß verfügte der Ausschuss immerhin über ein größeres personelles Mitspracherecht. Er durfte den Schatzmeister, die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und zehn Bundesvorstandsmit-

glieder und deren Stellvertreter wählen. De facto erhielt er aber recht genaue Vorgaben. Jeder Tagung des Parteiausschusses ging eine Bundesvorstandssitzung unmittelbar voraus, die den Ablauf und die Entscheidungen des Parteiausschusses vorstrukturierte. In der vorausgehenden Vorstandssitzung drängte insbesondere Adenauer darauf, feste Sprachregelungen zu finden, um vor dem Bundesparteiausschuss Einigkeit zu demonstrieren. Falls Personalfragen anstanden, versicherte sich Adenauer ähnlich wie bei der Wahl von Robert Tillmanns 1955 vorher im Bundesvorstand: »Es wäre sehr erwünscht, wenn es zu keiner Diskussion kommt. Vielleicht wird der eine oder andere von Ihnen die Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, daß es nicht dazu kommt.«<sup>47</sup> Tatsächlich blieb sie in der anschließenden Sitzung aus, nachdem Tillmanns als einstimmig beschlossener Kandidat des Bundesvorstandes vorgestellt wurde.<sup>48</sup>

Wie bei den Parteitagen gab es dennoch immer wieder Beispiele dafür, dass sich der Ausschuss um eine echte Mitsprache bemühte. Trotz der Vorgaben des Vorstandes entwickelten sich beispielsweise 1953 und 1956 längere Personaldebatten.<sup>49</sup> Adenauer mahnte in solchen Fällen, welche fatalen Folgen geheime Wahlen haben könnten: »Wenn jetzt geheim gewählt wird, gibt es eine vollkommene Verzerrung. Dann können die Arbeitnehmer oder die Bauern usw. ausfallen. Auch das Verhältnis der Konfessionen kann sich verschieben.«<sup>50</sup> Auch hier erkaufte die Christdemokraten ihren Volksparteianspruch mit einem Verzicht auf innerparteiliche Demokratie. Da dies aber zugleich einen Schutz von wichtigen Parteiminderheiten bedeutete, erhielt das Standesmodell quasi eine höhere demokratische Weihe als die einfache Wahl. Vereinzelt wurde daher sogar – wie 1959 – aus Nachlässigkeit selbst auf die formelle Wahl ganz verzichtet.<sup>51</sup>

Die Sitzungen des Bundesausschusses eröffnete Adenauer mit langen, bis zu zweistündigen Referaten, die einen allgemeinen Überblick zur innen- und außenpolitischen Lage gaben.<sup>52</sup> Wie im Bundesvorstand oder bei öffentlichen Reden fehlten dabei nie lange Exkurse zur kommunistischen Bedrohung und zur der Skrupellosigkeit der Sozialdemokraten. Spitzenpolitikern, die zugleich dem Vorstand oder gar dem Kabinett angehörten, konnte es so passieren, dass sie in kurzer Abfolge zwei bis dreimal hintereinander ähnliche Referate von Adenauer anhören mussten. In der anschließenden Diskussion meldeten sich vornehmlich Personen der Führungsspitze zu Wort und wiederholten mit ähnlichen Worten die Gespräche der vorangehenden Vorstandssitzung, nur etwas allgemeiner. Reine Landespolitiker erhoben dagegen selten ihre Stimme. Erst mit der Präsidentschaftskrise 1959 setzte auch im Bundesparteiaus-

schuss eine harte offene Kritik an Adenauers Parteiführung ein. Bezeichnenderweise konnte sie aber durch eine pathetische Rede Gerstenmaiers aufgefangen werden.<sup>53</sup> Ähnlich wie die Parteitage war auch der Bundesparteiausschuss damit zwar kein Entscheidungszentrum, wohl aber ein politischer Raum, indem Adenauer seine Führungskunst und sein Integrationsgeschick beweisen konnte.

Prinzipiell ähnlich wie der Bundesparteiausschuss entwickelte sich auch das dritte Parteiorgan der CDU, der Bundesvorstand. Absehbar war das zunächst nicht. Der Bundesvorstand war als ein kleines und schlagkräftiges Gremium geplant worden. In der Satzungsdebatte von 1950 war man sogar von insgesamt nur zehn Mitgliedern ausgegangen. Da es aber trotz langer Diskussionen nicht gelang, nach konfessionellen, regionalen und berufsspezifischen Gesichtspunkten alle wichtigen Gruppen der CDU auch nur einigermaßen zu berücksichtigen, wurde der Vorstand bereits unmittelbar vor seiner Gründung auf fünfzehn Mitglieder vergrößert.<sup>54</sup> Neben den drei Vorsitzenden gehörten ihm zwölf gewählte Mitglieder an, denen weitere zwölf Stellvertreter zugeordnet wurden, um das konfessionelle und soziale Spektrum über die Ersatzmänner weiter auszugleichen. Auch wenn der Katholikenanteil im Vorstand klar überwog, war der katholisch-soziale Parteiflügel nur schwach vertreten. Wie der katholische Arbeitnehmervertreter Albers monierte, waren fast alle Vorstandsmitglieder Akademiker, elf davon sogar promovierte. Arbeiter-, Bauern- und Handwerksvertreter würden dagegen fehlen.<sup>55</sup> Vor und nach der nächsten Vorstandswahl sollte der Arbeitnehmerflügel diese Kritik wiederholen.<sup>56</sup> Um derartige Kritik von Standesgruppen aufzufangen, wurde der Vorstand in den folgenden Jahren fortlaufend um Mitglieder erweitert, die qua Amt kooptiert wurden. 1953 kamen die siebzehn Vorsitzenden der Landesverbände als automatische Mitglieder hinzu. Die neuen Mitglieder von beruflichen und sozialen Flügeln wurden dagegen von den einzelnen Vereinigungen und Gruppen der CDU selbst ausgewählt. Der Frauenausschuss wählte etwa die weiblichen Repräsentanten, der Vertriebenenausschuss die Flüchtlingsvertreter. Der Bundesvorstand hatte dann die Aufgabe, diese Vorschläge konfessionell und regional auszugleichen, weswegen die potentiellen Kandidaten unter Nennung ihrer Konfession präsentiert wurden.<sup>57</sup> Entgegen der Satzung überwog damit die Selbstrekrutierung des Vorstands. Wie gering selbst die satzungsmäßige Rekrutierung geschätzt wurde, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass führenden Christdemokraten die CDU-Satzung anscheinend unbekannt war. Während der Parteivorsitzende Adenauer nicht wusste, dass der Bundesvorstand keine Mitglieder kooptieren

kann, war seinem Stellvertreter Ehlers 1953 nicht klar, wann denn überhaupt der Bundesvorstand neu gewählt werden müsse. Dabei kam zugleich heraus, dass der Vorstand bereits ein halbes Jahr ohne Mandat tagte.<sup>58</sup> Nach der Satzungsreform von 1956 wurden die Vorsitzenden der Vereinigungen sogar automatisch rekrutiert. Damit vergrößerte sich der Vorstand auf nahezu fünfzig Mitglieder. Zudem nahmen an seinen Sitzungen einzelne Personen teil, die ihm wie Globke oder Pferdenges offiziell nicht angehörten, aber gelegentlich als gewichtige Redner auftraten.<sup>59</sup> Ähnlich wie der Bundesparteiausschuss erreichte der Vorstand damit zunehmend eine Größe, die eine offene Entscheidungsfindung erschwerte. Regelmäßige und reaktionsschnelle Zusammenkünfte waren so kaum möglich. Zwischen Ende 1950 und 1961 sollte der Bundesvorstand durchschnittlich nur alle zwei bis drei Monate tagen. Dem Kabinett und der Fraktion hinkte er damit stets hinterher. Auch der Tagungsort symbolisierte nicht gerade die Unabhängigkeit der Partei: Bezeichnenderweise kam der Vorstand nicht in der Bundesgeschäftsstelle, sondern im Kanzleramt zusammen. Die personalistische Vorstellung, dass Landes- oder Gruppeninteressen nur von Repräsentanten mit einer entsprechenden biografischen Verankerung wahrgenommen werden könnten (nur ein Bauer könne die Interessen der Landwirtschaft vertreten, nur ein Vertriebener die der Flüchtlinge, nur ein Hesse die der Hesen etc.), führte zu einer gewissen Selbstentmachtung des Führungsgremiums. Der große Stellenwert der Gruppenvertreter dokumentierte nicht zuletzt, wie gering die gemeinsamen Zielvorstellungen der unterschiedlichen CDU-Flügel waren. Die personelle Öffnung des Vorstandes mochte auf den ersten Blick als Zeichen der innerparteilichen Demokratie erscheinen. Tatsächlich bewirkte sie jedoch genau das Gegenteil, indem sie zur Ausweitung informeller Netzwerke führte.

Dennoch wäre es verfehlt, den CDU-Bundesvorstand nur als ein Akklamationsinstrument für Adenauers Regierungspolitik zu bezeichnen. Die mittlerweile gedruckt vorliegenden Protokolle haben vielmehr gerade deswegen einen hohen Quellenwert, weil der Vorstand maßgebliche Personal-, Sach- und Wahlkampffragen zumindest debattierte, wenn auch nicht selten verbindlich beschloss. Unterschiedlichste Gesellschaftsgruppen verteidigten hier ihre Positionen. Gerade Anfang der fünfziger Jahre war der Vorstand das Gremium, das die Ausgestaltung und Finanzierung der Partei erörterte. Selbstkritik stellte sich in zahlreichen Sitzungen ein und wurde mitunter, wie im Februar 1955, auch von Adenauer selbst eingefordert.<sup>60</sup> Sowohl besondere Krisensituationen (wie die Präsidentschaftswahl 1959) als auch generelle Probleme (wie die konfessionellen Spannungen) wurden hier deutlich artikuliert. Diese Diskussio-

nen erlahmte auch unmittelbar nach den Wahlsiegen nicht. Vielmehr erlebte der Bundesvorstand direkt nach dem grandiosen Wahlerfolg von 1957 seine schärfsten Debatten, wobei insbesondere der Protestant Eugen Gerstenmaier als lebhafter Gegenredner Adenauers hervortrat.<sup>61</sup> Ebenso trugen Landespolitiker hier ihre spezifischen Probleme und Erfolgsrezepte vor, die anschließend diskutiert wurden.<sup>62</sup> Der Vorstand erwies sich damit als weit mehr als ein wahlbezogenes Organ. Vielmehr war er ein beratendes Führungsgremium, in dem Adenauer allerdings seine Dominanz ausspielte. So sollte er auf Adenauers Regierungspolitik, insbesondere auf die Außenpolitik, nur einen geringen Einfluss nehmen. Immerhin war der Vorstand aber ein Forum, indem Adenauer seine Politik verteidigen musste und sich so auf mögliche innerparteiliche Widerstände einstellen konnte.

Die Vorstandsprotokolle bieten zudem ein ausgezeichnetes Zeugnis dafür, welche Fähigkeiten eine erfolgreiche politische Führung in einer fragmentierten Partei ausmachten.<sup>63</sup> Denn ähnlich wie bei den Bundesparteitagern war es vor allem dem Führungsstil des CDU-Parteivorsitzenden Adenauer zu verdanken, dass auch im Bundesvorstand Konflikte ausgeglichen wurden. Adenauer glänzte zunächst durch seine Schlagfertigkeit, mit der er in Diskussionen parierte. Gegenpositionen fasste er zumeist in überspitzter, geradezu karikierender Weise zusammen, um sie dann als unrealistisch und abseitig zu verurteilen. Dabei half ihm nicht nur sein gutes Gedächtnis, sondern auch sein souveräner Umgang mit Wissenslücken. Wenn ihm genauere Belege für seine Ansichten fehlten, scheute er sich nicht, sie sich einfach auszudenken. Er zitierte häufiger Gewährsmänner, deren Namen er nicht nennen wollte, empirische Daten, die er gerade nicht zur Hand habe oder Gespräche mit der Basis, die kaum nachprüfbar waren.<sup>64</sup> Dies galt gerade bei seinen Ausführungen zur SPD, deren Profil Adenauer bei kritischen Fragen zu einer Negativfolie stilisierte. Kam etwa der Vorwurf, dass seine Regierungskoalition zu sehr von der Wirtschaft finanziert würde oder ehemalige Nationalsozialisten zu viel Raum hätten, verwies Adenauer einfach darauf, dass die SPD die reichere Partei sei, viel mehr »Nazis« habe und mit diesen »Hand in Hand« arbeite.<sup>65</sup> Die Leichtigkeit, mit der Adenauer politische Fragen polarisierte und vereinfachte, half dabei immer wieder, seine Positionen durchzusetzen. Zudem verstand er es, die Gesprächssituationen dramaturgisch aufzubauen. Häufig wählte er den Zusatz, dass alles, was er sage, streng vertraulich sei, um sowohl seine Worte als auch seine Zuhörerschaft aufzuwerten; sei es im persönlichen Dialog, bei den Teegesprächen mit den Journalisten oder im Vorstand. Gleichzeitig mobili-

sierte er seine Zuhörer durch seinen Zweckpessimismus. Jedes Wahljahr bewertete er etwa erneut zur wichtigsten und schwierigsten Herausforderung der CDU. Noch 1965 sollte er wie üblich ermahnen: »Die Weltlage ist derartig, wie sie seit dem Jahr 1945, seit dem Zusammenbruch Deutschlands, nach meiner Meinung nicht gewesen ist.«<sup>66</sup>

In allen Gremien erwies sich Adenauer als ein starker Diskussionsleiter. Er bildete immer das Zentrum der Sitzungen. Adenauer kommentierte, unterbrach, fragte suggestiv nach und sorgte dafür, dass problematische Debatten beendet oder vertagt wurden. Sowohl verbal als auch per Brief griff er sofort ein, wenn ihm eine Position problematisch erschien.<sup>67</sup> Häufig beschränkte er sich darauf, eine genauere Erklärung oder Rechtfertigung für eine Aussage einzufordern. Auf diese Weise vermittelte er in der Partei das Gefühl, dass dem Vorsitzenden nichts entgehe. Da er dank des Regierungsapparats stets über einen großen Wissensvorsprung verfügte, war es nie ganz unwahrscheinlich, dass er tatsächlich mehr wusste als er andeutete. Auch als die Partei Ende der fünfziger Jahre weitgehend gefestigt war, scheute er sich nicht, führende Christdemokraten mit abweichender Meinung hart zurechtzuweisen und im direkten Schlagabtausch auf dem letzten Wort zu beharren.<sup>68</sup> Da Adenauers Konter fast immer eine humoreske Note enthielten, konnte sich der Saal beim gemeinsamen Lachen wieder versöhnen. Adenauers anekdotische Antworten und Witzeleien nahmen den Problemen ihre Schärfe und lenkten zu anderen Fragen über. So abseitig der Befund zunächst klingen mag: Die Protokolle weisen gerade die humorvolle Schlagfertigkeit als eine wichtige Führungsressource aus.<sup>69</sup>

So leichtfüßig seine Reden waren, so sachlich hielt er seine Briefe, mit denen er Loyalitäten sicherte und Abweichungen scharf anmahnte. Seine Anschreiben spiegeln jene menschliche Distanz, die Adenauer gerade gegenüber der Führungsspitze der Partei kultivierte. Der persönliche Abstand, den er wahrte, stärkte seine Autorität und den Respekt, mit dem ihm begegnet wurde. Sein fortgeschrittenes Alter vergrößerte nicht nur automatisch die Distanz, sondern wurde von Adenauer auch bewusst eingesetzt. Wenn er in Diskussionen auf seine Lebenserfahrung verwies, war dem gewiss wenig entgegenzusetzen. Neben dem harten Einwurf verstand Adenauer es aber auch, taktische Zugeständnisse zu machen. Er suggerierte häufig einen prinzipiellen Konsens, der nur durch die aktuellen politischen Herausforderungen nicht ganz umsetzbar sei. Fasst man Adenauers Führungsstil zusammen, so war es gerade jene Mischung aus flexiblen mündlichen Zugeständnissen und harter Frontenbildung, die seine Durchsetzungs- und Integrationskraft ausmachten.

Adenauer war damit gewiss kein Förderer der innerparteilichen Demokratie, wohl aber ein Garant der innerparteilichen Konsolidierung. Bei allen drei Organen der Bundes-CDU zeigte er sich durchaus als engagierter Parteivorsitzender. Denn er war es, der maßgeblich dafür sorgte, dass ihre Tagungen konfliktfrei abliefen, indem er sie entsprechend vorstrukturierte. Der Bundesparteivorstand, der Bundesparteiaus-schuss und der Bundesparteivorstand bildeten damit allesamt Organe, die man nicht vorschnell als quasi inexistent oder ineffiziente Gremien zur Wahlvorbereitung vernachlässigen sollte. Sie waren vielmehr Integrationsinstrumente, die wesentlich zum innerparteilichen Ausgleich der unterschiedlichen sozialen Gruppen beitrugen. Ihre Proporzstruktur hemmte ihre Beteiligung an Entscheidungen. Sie förderte jedoch nicht nur Adenauers starke Stellung, sondern auch das Zusammenwachsen der Partei.

## 2. Die offizielle und informelle Führungsspitze

Die Struktur der Bundes-CDU wäre nur unvollständig untersucht, blickte man lediglich auf ihre satzungsgemäßen Organe. Schließlich bildeten nicht die skizzierten Gremien die eigentliche Führungsspitze, sondern einzelne Politiker, die im engeren Kontakt mit Adenauer standen und in kleineren Kreisen zusammentrafen. Hierzu zählten einerseits die offiziellen Parteipräsidenten – wie die stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden und der Bundesgeschäftsführer, andererseits gehörten zu diesem engeren Kreis Personen, die kein offizielles Parteiamt innehatten, aber dennoch in Positionen standen, aus denen sich eine engere Zusammenarbeit mit Adenauer eröffnen konnte – wie der Fraktionsvorsitzende oder der Staatssekretär des Kanzlers. Wie sie ausgewählt wurden und in welchen Maße sie zum Integrationskurs der Partei beitrugen, soll das folgende Kapitel beleuchten.

Den satzungsgemäß höchsten Posten hinter Adenauer nahmen die stellvertretenden Vorsitzenden ein. Da sie eine repräsentative Funktion hatten, war ihre Auswahl in das komplizierte Proporzsystem der CDU eingebunden. Abermals zeigte sich dabei, wie sehr Adenauer sich um den interkonfessionellen Sammlungskurs bemühte. Adenauer sprach sich noch eine Woche vor der Parteigründung dafür aus, vier Stellvertreterposten einzurichten, »um das konfessionelle Verhältnis abgewogen zu gestalten.«<sup>70</sup> Denn bei nur zwei Stellvertretern würde mit dem Vorsitzenden zusammen eine Konfession zu zwei Dritteln überwiegen. Tatsächlich war die Konfessionsfrage durch den Vergrößerungsvorschlag

nicht einfacher zu lösen, da nun mehr Gruppen um einen Stellvertreter kämpften. Gegen den Vorschlag, etwa eine evangelische Frau zu nominieren, protestierten nun die katholischen Frauen mit dem Argument, die Wählerinnen seien doch mehrheitlich katholisch.<sup>71</sup>

Entgegen Adenauers Votum beschränkte man sich schließlich auf zwei Stellvertreter. Dabei stand stets fest, dass je einer evangelisch und einer katholisch sein sollte. Um angesichts des katholischen Vorsitzenden das Gleichgewicht zu stärken, erhielt der evangelische Stellvertreter inoffiziell – wie auch Adenauer rückblickend feststellte – immer »einen gewissen Vorrang vor dem zweiten eingeräumt« und wurde stets zuerst genannt.<sup>72</sup> Fehlte Adenauer bei einer Bundesvorstandssitzung oder einem Parteitag, war es in den fünfziger Jahren dementsprechend der evangelische Stellvertreter, der für ihn einsprang und die Leitung übernahm.<sup>73</sup>

Der Platz des katholischen Stellvertreters fiel unbestritten Jakob Kaiser zu.<sup>74</sup> Öffentlich wurde er jedoch nicht als Katholik, sondern als Repräsentant der Arbeitnehmerinteressen und der Ostdeutschen vorgestellt. Mit Kaiser wurde nicht nur ein wichtiger Gegenpol zu Adenauer in die Führungsspitze eingebaut, sondern auch ein Integrationssignal an die katholisch-soziale Basis gesandt. Jakob Kaisers Korrespondenz zeigt, dass er jedoch mehr als eine Symbolfigur war. Einerseits scheute er sich nicht, mit nachdrücklichem Widerspruch für die Arbeitnehmerinteressen einzutreten. Andererseits fand er immer wieder einen versöhnlichen und persönlichen Ton, der innerhalb der Parteispitze integrativ wirkte.<sup>75</sup> Selbst die kurzen, aber scharfen Ermahnungen Adenauers verstand Kaiser ausgleichend und kompromißbereit abzufangen.<sup>76</sup>

Schwieriger und zugleich bedeutsamer war die Auswahl von Kaisers evangelischem Kollegen, da dieser eine besonders große Signalwirkung haben sollte. 1950 fiel die Wahl des evangelischen Flügels gegen Adenauers eindringliche Mahnungen auf Friedrich Holzapfel.<sup>77</sup> Bereits im folgenden Jahr drängte Adenauer auf dessen Ablösung. Mehrere Namen, wie Adolf Cillien, Werner Hofmeister und Robert Tillmanns kursierten – Hermann Ehlers dagegen noch nicht.<sup>78</sup> Bei der Auswahl des evangelischen Stellvertreters ließ Adenauer sich von wichtigen evangelischen Bischöfen beraten. Adenauer erklärte dabei, Bischof Lilje sei »der kompetenteste Beurteiler [...] mit dem schon aus Gründen der Courtoisie, wenn wir ein evangelisches Vorstandsmitglied mit dieser besonderen Aufgabe betrauen, vorher Fühlung genommen werden muß.«<sup>79</sup> Ebenso erschienen Superintendent Kunst und der Kirchentagspräsident von Thadden bei Adenauer, um über den Posten zu verhandeln. Auch bei der Suche nach späteren evangelischen Stellvertretern führte er im Vorfeld

mehrere Gespräche mit Geistlichen.<sup>80</sup> Ihre Mitsprache sollte nicht nur die Ausstrahlungskraft sichern, die der stellvertretende Vorsitzende für den evangelischen Raum hatte, sondern auch das brüchige Band zur evangelischen Geistlichkeit (und besonders zu Lilje) stärker kitten.

Tatsächlich ausgewählt wurde der evangelische Stellvertreter jedoch von den führenden evangelischen Christdemokraten, die sich unabhängig von ihren katholischen Parteifreunden für den Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers entschieden.<sup>81</sup> Ähnlich wie die Frauen oder die Landwirte agierten die Protestanten damit quasi als eine Interessengruppe innerhalb der CDU, die ihre Spitzenvertreter selbst bestimmen konnte. Bereits Ehlers' Wahl zum Bundestagspräsidenten hatten die Protestanten in einem konfessionell getrennten Wahlverfahren beschlossen. Während Hermann Ehlers noch informell zwischen evangelischen Fraktionsmitgliedern und deren Umfeld ermittelt wurde, stand nach Ehlers' Tod mit dem »Evangelischen Arbeitskreis« (EAK) ein eigenes Gremium zur Verfügung, das den evangelischen Stellvertreter bestimmte. 1955 schlug der EAK nach konfessionell getrennter Klausur Robert Tillmanns als Nachfolger des verstorbenen Ehlers vor.<sup>82</sup> Und nach Tillmanns Tod war es wiederum der EAK, der mit der Nachfolgefrage betraut wurde. Selbstverständlich ließ Adenauer es sich dabei nicht nehmen, informell über Globke, Pferdenges und Krone auf die Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen, um gegen Gerhard Schröder die Ernennung des äußerst loyalen Kai-Uwe von Hassel zu forcieren.<sup>83</sup>

1956 setzte der Landesverband Nordrhein-Westfalen gegen den Willen Adenauers durch, dass die Zahl der Stellvertreter verdoppelt wurde. Dies sollte den just gestürzten Ministerpräsidenten Karl Arnold befördern und damit den katholischen Flügel in der Bundesspitze stärken.<sup>84</sup> Unumstritten war, dass nun zwei Stellvertreter evangelisch und zwei katholisch sein sollten, weswegen neben Kaiser, Arnold und von Hassel auch noch Schatzmeister Bach nominiert wurde. Hassels Position als evangelischer »erster« Stellvertreter wurde durch die Vergrößerung sicherlich geschwächt. Da die Stellvertreter über keinen eigenen Apparat verfügten, mussten sie sich ihre Hausmacht ohnehin selbst organisieren, wofür der EAK ein wichtiges Forum war. Der Einflussgewinn, der aus dem Posten des evangelischen Stellvertreters erwuchs, darf dennoch nicht unterschätzt werden. Allein ihr Amtstitel erhöhte ihre Medienwirksamkeit und ihre Autorität in den Organen. Sowohl im Bundesvorstand als auch bei informellen Gesprächen gehörten sie zu den wichtigen Entscheidungsträgern. Auf Parteitagen und in den Wahlkreisen zählten sie zu den gefragtsten Rednern. Zudem rückten sie in Adenauers informellen Beraterkreis auf, was ebenfalls ihr Prestige und ihren tatsächlichen

Einfluss verstärkte. Bereits Hermann Ehlers hatte sich aus seiner stellvertretenden Position heraus die Rolle die Kanzlernachfolgers erarbeitet. Im protestantischen Raum wirkte Ehlers Tod von 1954 schockierend, da er viele Hoffnungen zerstörte. Landessekretär Klaus Müller notierte etwa in sein Tagebuch: »Er (Ehlers) hätte endlich die Aufeinanderfolge katholischer Kanzler beendet und sowohl den Einfluß der Bischöfe aus Köln, Würzburg, München begrenzt als auch künftige Oppositions- (besser Obstruktions-)vorhaben politisierender Kleriker verhindert.«<sup>85</sup> Aber auch Kai-Uwe von Hassel entwickelte sich dank seines Postens schnell zur evangelischen Führungs- und Symbolfigur. Schon im Jahr nach Hassels Wahl verzeichnete Adenauers Terminkalender auffällig viele Gespräche mit dem neuen Stellvertreter, der nun die Integration der protestantisch-bürgerlichen Wähler vorantrieb.<sup>86</sup> Sein Engagement empfanden die katholischen Kreise Nordrhein-Westfalens bald sogar als protestantische Bedrohung.<sup>87</sup> Tatsächlich beschränkte sich der Wirkungskreis der evangelischen Stellvertreter weitgehend auf den protestantischen Raum, und hier vor allem auf die nördliche Hälfte der Bundesrepublik. Obwohl auch einige katholische Christdemokraten Hermann Ehlers als Kanzlernachfolger akzeptierten, trat er selten in katholischen Wahlkreisen auf. Ebenso blieb, wie Zeitzeugen berichten, selbst die menschliche Distanz zwischen Adenauer und Ehlers stets bestehen. In ihrem schwierigen Verhältnis zueinander spiegelten sich dabei auch die unterschiedlichen, konfessionell bedingten Traditionen, aus denen sie kamen.

Um den Parteiaufbau im engeren Sinne kümmerten sich die Stellvertreter kaum. Insbesondere Ehlers und Tillmanns bedienten sich vor allem ihrer kirchlichen Kontakte, um die evangelischen Wähler zu erreichen. Lediglich von Hassel glänzte 1959 durch einen gewissen Reformeifer zum Aufbau seiner eigenen Position. Da die Stellvertreter als Bundestagspräsident, Minister oder Ministerpräsident mit hohen Staatsämtern beschäftigt waren, hatten sie nicht nur wenig Zeit, sondern auch wenig Verständnis für den Zweck einer Parteiorganisation.

Die Parteigeschäftsführung wurde daher von dem eher repräsentativen Parteivorsitz getrennt. Die Diskussion darüber, wie die laufenden Geschäfte der Partei zu lenken seien, verdeutlichte erneut das innerparteiliche Zusammenspiel aus föderalem Anspruch und Machtinteressen. Bereits bei der Satzungsdiskussion von 1950 hatte Adenauer aus seiner unangefochtenen Position heraus nunmehr für eine starke Parteiführung plädiert. Gegenüber den Ländervertretern regte er eine stärkere »Zentralisation« an und forderte ein »Führungsgremium der Gesamtpartei,

das auf die Landesparteien und je nachdem auf die Landtagsfraktionen mit Nachdruck einwirken kann.«<sup>88</sup>

Bei der Ausgestaltung der Parteispitze musste Adenauer jedoch empfindliche Niederlagen einstecken. Zunächst scheiterte sein Plan, den Posten eines Generalsekretärs zu schaffen und ihn mit Kurt Georg Kiesinger zu besetzen. Der Protest, der sich auf der Konferenz der Landesvorsitzenden allein schon gegen das Wort »Generalsekretär« regte, spiegelte sich schließlich im Wahlergebnis für den nur noch als »geschäftsführenden Vorsitzenden« nominierten Kiesinger wider: Der von Adenauer vorgeschlagene erhielt im Bundesparteiausschuss gerade einmal 39 von 76 Stimmen. Kiesinger nahm die Wahl deshalb nicht an, und Adenauer musste die Entscheidung über den Posten vertagen.<sup>89</sup> Kiesinger erklärte die Niederlage später damit, dass die Norddeutschen und Berliner einen Mann ihrer Wahl wollten.<sup>90</sup> Tatsächlich dürften gegen Kiesinger als Person höchstens einzelne Bedenken wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft und seiner Tätigkeit als stellvertretender Abteilungsleiter der Propagandaabteilung des Auswärtigen Amtes bestanden haben. »Kiesinger sei lange und an hoher Stelle Parteigenosse der NSDAP gewesen«, sprach Kaiser im Bundesvorstand diese Frage offen an.<sup>91</sup> Die Mehrheit votierte aber vor allem gegen den Posten eines »Generalsekretärs« und damit gegen eine starke Bundespartei. Ihr föderalistisches und subsidiäres Denken, die Angst vor einer Bonner Bevormundung und die generelle Aversion gegen »Parteifunktionäre«, die vielerorts durch den Nationalsozialismus noch verstärkt worden war, verhinderte damit bereits bei der Parteigründung eine starke Geschäftsführung. Nach einem vertraulichen Bericht von Konrad Kraske blieb die Schaffung eines Generalsekretärs auch im folgenden Jahrzehnt ein häufig erwähnter »alter Lieblingswunsch« Adenauers.<sup>92</sup> Natürlich dachte er an keinen eigenständigen Querdenker, sondern an jemanden, der ihm loyal bei der Parteiführung zuarbeitete. »Ich vermisse so sehr, dass ich keinen jüngeren Mann zur Verfügung habe, der mich ständig unterrichtet, unter Umständen auch eine eigene Initiative entwickelt, über die Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle und die Arbeit in der Partei insgesamt«, äußerte Adenauer später mehrfach gegenüber Globke.<sup>93</sup> Doch trotz seiner wachsenden Autorität gelang es Adenauer nicht, diese Strukturreform umzusetzen.

Ebenso scheiterte Adenauers Versuch, eine Ersatzlösung für das Generalsekretariat zu finden, die Kiesinger zu einem Amt verhalf. Adenauer gestaltete die gerade geschaffene Satzung zunächst so um, dass sein Schützling akzeptabel wurde. Anstelle eines geschäftsführenden Vorsitzenden wurde nun ein Fünferausschuss »zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle« eingesetzt (Kiesinger, Kaiser, Holzapfel, Zimmer, Bach).

Der Aktivitätsgrad des Fünferausschusses spiegelte jedoch das geringe Interesse am Ausbau der Bundespartei: Bei der Hälfte der 30 angesetzten Sitzungen erschien nach Adenauers Erinnerung nur er selbst, bei fünf weiteren war er mit Bach alleine und nur bei den restlichen Treffen war wenigstens ein Teil des Fünferausschusses anwesend.<sup>94</sup> Nachdem auch dieses Führungsgremium fehlgeschlagen war, setzte sich Adenauer für ein »3-Männer-Kollegium« ein, das hauptamtlich den geschäftsführenden Vorsitz übernehmen sollte. Tatsächlich setzte der Vorstand Ende 1951 unter großzügiger Auslegung der Satzung drei geschäftsführende Vorsitzende ein (Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling). Entgegen Adenauers Plädoyer wurden selbst diese Posten zum Ehrenamt mit lediglich 600 DM »Auslagenersatz« dotiert. Ihr Wirkungsbereich war damit von vornherein geschmälert.<sup>95</sup> Aber auch ansonsten kamen sie ihren Anforderungen kaum nach. Im Unterschied zur SPD saßen die geschäftsführenden Vorsitzenden nicht nur gleichzeitig im Bundestag, sondern übernahmen wie Tillmanns und Wuermeling 1953 auch noch Ministerämter, während Kiesinger den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses inne hatte. Offensichtlich galt der Partiejob ihnen so wenig, dass sie anderweitige Karriereziele verfolgten. Insbesondere der junge und zugleich intellektuelle Kiesinger erfüllte kaum Adenauers Erwartungen. Vielmehr trug zunächst Robert Tillmanns die Parteiarbeit, dann dessen Nachfolger Franz Meyer.<sup>96</sup> Auch der überlieferte Aktenbestand aus seiner Zeit als geschäftsführender Vorsitzender zeugt nicht gerade von einem übergroßen Engagement Kiesingers.<sup>97</sup> Als feinsinniger und scharfer Redner, der zugleich beide Konfessionen ansprechen konnte, blieb er in der Parteiöffentlichkeit stets präsent. Ansonsten war der bei Adenauer nicht mehr ganz wohl gelitene Kiesinger froh, sich 1958 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg vorerst aus Bonn zu verabschieden.

Eine ähnliche Niederlage wie bei der Nominierung Kiesingers steckte Adenauer zunächst bei der Besetzung des Bundesgeschäftsführers ein. Bis 1952 hatte der Chefredakteur des CDU-Nachrichtendienstes, Heinz Lubbers, den Posten kommissarisch verwaltet. Als die Stelle vor der Bundestagswahl endgültig besetzt werden sollte, musste Adenauer im Bundesvorstand den von Robert Tillmanns vorgeschlagenen Bruno Heck als Bundesgeschäftsführer akzeptieren.<sup>98</sup> Bruno Heck hatte dadurch von Beginn an einen schweren Stand. Nach seinen eigenen Erinnerungen weigerte sich Adenauer zunächst sogar, ihn zu empfangen oder an den Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes teilnehmen zu lassen.<sup>99</sup> Adenauers Terminkalender zeigt zudem, dass Heck auch in den folgenden Jahren nur zu Wahlzeiten mit Adenauer zusammentraf, und auch dies nur mit anderen Personen. Für 1955 und 1958 ist der loyale Bun-

desgeschäftsführer gerade mit einem einzigen Zusammentreffen (!) im ganzen Jahr verzeichnet.<sup>100</sup> Dies lag jedoch nicht an Heck selbst, sondern an seinem Posten. Auch sein Stellvertreter und Nachfolger Konrad Kraske sollte ein Jahr lang warten, bis Adenauer ihn das erste Mal zu einer persönlichen Unterhaltung unter vier Augen traf.<sup>101</sup> Dementsprechend fanden weder Kraske noch Heck in Adenauers umfangreichen Memoiren Erwähnung.<sup>102</sup>

Während Adenauer sich sonst durchaus für eine starke Parteispitze einsetzte, zeigte er gegenüber der Bundesgeschäftsstelle eine demonstrative Missachtung. Nach der Erinnerung von Kraske und Müllenbach besuchte Adenauer die Geschäftsstelle während seiner ganzen Kanzlerschaft nur einmal – zur Nikolausfeier 1951.<sup>103</sup> Zwei Gründe dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein: Zum einen war die Geschäftsstelle im Unterschied zum Kanzleramt nicht mit vertrauten Verwaltungsexperten besetzt. Angesichts Adenauers ständigen Misstrauens und seiner permanenten Angst vor Indiskretionen dürfte er sich gescheut haben, ihr wichtige oder gar heikle Aufträge zu übertragen. Zum anderen war die Bundesgeschäftsstelle kein direktes Integrationsforum. Hier saßen eben keine Multiplikatoren aus den Landesverbänden oder Vereinigungen, die er durch seine Anwesenheit einnehmen musste. Während Adenauer im Bundesparteiausschuß wenigstens noch zur innerparteilichen Harmonie beitragen konnte, bot die Geschäftsstelle ihm kein zwingendes Betätigungsfeld. Den Informationsfluss konnte er schließlich wesentlich besser aus dem Kanzleramt steuern.

Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle beschränkte sich daher im Wesentlichen auf das Vorbereiten und Auswerten von Wahlen, das Erstellen von Parteipublikationen und das Verwalten eines Teils der Parteifinzen. Im Unterschied zu den stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden verfügte der Bundesgeschäftsführer immerhin über einen kleinen Apparat. Zusammen mit den Mitarbeitern ihres Verlages hatte die Geschäftsstelle 1952 68 Angestellte, was weniger als ein Zehntel aller bundesweit Beschäftigten in der CDU ausmachte.<sup>104</sup> Der Einfluss des Bundesgeschäftsführers wurde schließlich dadurch beschränkt, dass er nur bedingt über die Planungen des Regierungsapparates Bescheid wusste, der sich parallel ebenfalls um die Wahlvorbereitung kümmerte. »Es ist kein befriedigender Zustand, wenn der Bundesgeschäftsführer der Partei Plakate, die für die Partei werben sollen, erst an den Plakatsäulen kennenlernt«<sup>105</sup>, klagte Kraske 1959 in einer Denkschrift. Zudem monierte Kraske, dass er in der Partei als »Funktionär« angesehen werde und damit seine Autorität von vornherein begrenzt sei. Die stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden konnten dagegen aus ihren

Staats- und Regierungsämtern ihr eigentliches Ansehen schöpfen. Da innerhalb der Partei bekannt war, dass Adenauer den direkten Kontakt zur Geschäftsstelle mied, sank ihre Reputation weiter. Ebenso fehlte der Geschäftsstelle eine Verbindung zur Fraktion. Obwohl Jakob Kaiser bereits 1951 angeregt hatte, dass »ein evangelisches und ein katholisches« Fraktionsmitglied diese Verbindung stärken sollte und auch Hecks Denkschrift von 1953 diesen Missstand anprangerte, kam es zu keiner Verbesserung.<sup>106</sup> Ungenügend war schließlich auch die Anbindung an die Landes- und Kreisverbände. Das lag nicht nur an den föderalistischen Autonomie-Bestrebungen innerhalb der CDU. Da die Bundesgeschäftsstelle sich aus Wirtschaftsspenden speiste und (entgegen der Satzung) nicht von »unten« finanziert wurde, verminderte sich ihre Verantwortungsgefühl gegenüber der Basis noch weiter.<sup>107</sup>

Die fragmentierte Struktur der Bundes-CDU, ihr Bedürfnis nach einer harmonischen Außenrepräsentation und das Misstrauen Adenauers führten dazu, dass Adenauer die Partei über informelle Berater lenkte. Der große Einfluss, den etwa Hans Globke, Herbert Blankenhorn, Walter Hallstein, Horst Osterheld, Robert Pferdenges oder Hermann Josef Abs auf Adenauers Regierungspolitik hatten, ist bereits vielfältig hervorgehoben worden. Insbesondere die herausragende Rolle seines Staatssekretärs Hans Globke wurde dabei stets betont.<sup>108</sup> Schon die zeitgenössische Öffentlichkeit sah in Globke den eigentlichen Staatslenker. Die auflagenstarke »Bild-Zeitung, die sich Anfang der sechziger Jahre für den Rücktritt des durch seine Vergangenheit Belasteten stark machte, charakterisierte ihn reißerisch: »Was Macht bedeutet, konzentriert sich in seinen Händen: Posten, Geld und Wissen. Schatten-Kanzler Globke ist der bestinformierteste Mann in der Bundesrepublik, nicht nur in Bezug auf Staatsgeheimnisse, sondern auch in Bezug auf die privaten Schwächen seiner Gegner.«<sup>109</sup> Karikaturen, in denen Globke das Staatsauto vom Rücksitz aus steuerte, ergänzten den Beitrag. Ebenso sprachen zeitgenössische Politikwissenschaftler wie Wilhelm Hennis bereits in den sechziger Jahren von der »Ära Adenauer-Globke«.<sup>110</sup> Die Durchsicht von Globkes Nachlass bestätigt diese frühen Einschätzungen nicht nur, sondern bestärkt und erweitert sie.

Bislang wurde nur Globkes Einfluss auf Adenauers Regierungsarbeit hervorgehoben. Zu ergänzen ist, dass Globke auch bei der Parteiführung eine Schlüsselstellung einnahm. Zugespielt ließe sich formulieren: Da der Posten eines starken Generalsekretärs innerhalb der föderalen CDU offiziell nicht durchsetzbar war, übernahm Globke quasi inoffiziell dessen Aufgaben. Mit Adenauers zunehmenden Alter und der fortlaufenden

Vergrößerung der Parteiorgane verstärkte sich Globkes innerparteiliches Gewicht. Ohne jegliches innerparteiliches Amt wurde er zum zentralen Parteimanager. Und gerade dies unterschied ihn von den anderen Beratern des Kanzleramtes, die eher für spezielle regierungspolitische Bereiche wie die Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik zuständig waren.

Das Amt eines Staatssekretärs allein brachte diese Aufgaben nicht mit sich. Nicht zuletzt der Vergleich mit seinem Vorgänger, dem bis 1953 amtierenden Otto Lenz, macht dies deutlich. Lenz' Vorlagen und Rechenschaftsberichte zeigen, dass er sich um den Ausbau der CDU kaum kümmerte.<sup>111</sup> Lediglich zur Wahlkampfführung trug Lenz maßgeblich bei, indem er regierungsfinanzierte Propagandaorganisationen aufbaute.<sup>112</sup> Anders Globke, der neben seiner oft zitierten Regierungsarbeit auch zahlreiche innerparteiliche Koordinierungsaufgaben übernahm. Globke sorgte erstens dafür, dass in den Bundesländern Koalitionen im Sinne von Adenauers Sammlungskurs abgeschlossen wurden. Vor und nach den Wahlen kontaktierte er die Landespolitiker und beriet sie bei der Regierungsbildung. Bezeichnenderweise setzte Globke dabei selbst die CSU bei ihrer Koalitionsbildung unter Druck.<sup>113</sup> Zweitens verwaltete Globke (und nicht der Bundesschatzmeister!) zunehmend die Spenden der CDU. Dadurch verfügte er über ein erhebliches innerparteiliches Steuerungsmittel gegenüber den Landesverbänden – nicht nur in Koalitionsfragen.<sup>114</sup> Drittens übernahm Globke die Aufgabe, bei innerparteilichen Problemen und Streitfragen zu schlichten. Wenn etwa der Landesverband Südbaden nur Katholiken auf die Landesliste setzte oder es darum ging, einen bestimmten Berliner Christdemokraten zu fördern, notierte Adenauer lediglich handschriftliche Sätze wie »Wie ließe sich das wohl machen?«<sup>115</sup> oder »Was kann ich tun?«<sup>116</sup> und übergab die Anfragen Globke. Per Telefon holte Globke dann von allen Seiten Informationen ein und schaltete sich dann entweder direkt oder mit von Adenauer unterschriebenen Briefen ein. Viertens betreute Globke die Beziehung zwischen Partei und kirchlichem Vorfeld. Insbesondere bei Spannungen zur katholischen Kirche nahm der gläubige Katholik direkte Verhandlungen auf. Gelegentlich griff er anscheinend selbst im evangelischen Kirchenvorfeld ein. Als 1955 etwa das Gerücht aufkam, dass Bischof Lilje die evangelischen Wähler öffentlich auffordern wolle, nicht mehr die »zu katholische« CDU zu wählen, fuhr Globke persönlich nach Hannover, um sich genauer zu erkundigen und zu vermitteln.<sup>117</sup> Fünftens war Globke nicht nur bei den Ministerien, sondern auch in der Partei maßgeblicher Berater bei der Personalauswahl. Seine Vorschläge berücksichtigten neben der fachlichen Eignung auch die relevanten Proporzmerkmale

(wie insbesondere die Konfession) und die Versorgung der ausscheidenden Politiker.<sup>118</sup> Wie unentbehrlich Globkes personeller Ratschlag war, zeigte sich während seiner Urlaube. Globke beantwortete hier nicht nur aus dem Kopf Adenauers Personalfragen, sondern verfasste etwa auch eine eigenständige Denkschrift darüber, »wie durch gewisse Personalveränderungen die Schlagkraft vor der Bundestagswahl 1961 erhöht werden kann.«<sup>119</sup>

Ähnlich wie in seiner regierungsamtlichen Funktion glänzte Globke auch in der Partei dadurch, dass er eine Art Informationspool darstellte. Globkes Machtbasis beruhte zunächst auf dem Informationsvorsprung, den er als engster Vertrauter Adenauers genoss. Er nahm an den meisten Gesprächen Adenauers teil, sichtete dessen Korrespondenz und beriet sich mit ihm nahezu täglich unter vier Augen. Da die mittlere Parteiebene häufig Adenauer brieflich über ihre Sorgen berichtete, wusste der Sekretär besser Bescheid als der eigentliche Empfänger, der nur eine Auswahl erhielt. Überdies hatte Globke zahlreiche Vertraute in den Ministerialbürokratien platziert, die ihn ebenso wie die Nachrichtendienste mit Neuigkeiten versorgten. Während sich die Bundesgeschäftsstellen vornehmlich mit Meinungsumfragen begnügten, wertete Globke bei seiner Partearbeit auch Stimmungsberichte aus. Vor allem die Berichte der mitarbeiterstarken Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) las er stets mit großer Aufmerksamkeit, wie seine Anstreichungen belegen.<sup>120</sup> Auf diese Weise wusste er bis in die Regionen und Kreisverbände hinein, welche Gerüchte über die CDU und deren Repräsentanten kursierten und wo es bei der Wahlvorbereitung Probleme gab. Nicht zuletzt dank Globkes phänomenalem Gedächtnis gab es wohl niemanden, der die Gesamtpartei CDU derart genau kannte.

Sein Informationsvorsprung und Einfluss erhöhte sich noch dadurch, dass Globke einen äußerst vertrauten Umgang mit den führenden Politikern der CDU pflegte. Im Unterschied zu Adenauer scheute Globke nicht die Vermischung von Politik und Privatsphäre. Mit Jakob Kaiser, den er seit der Weimarer Republik kannte und der für Globke 1945 gebürtig hatte, tauschte er per Brief Bücherempfehlungen aus.<sup>121</sup> Den Fraktionsvorsitzenden Krone, den er ebenfalls aus Berlin kannte, nahm er nicht nur gelegentlich bei seinem allmorgendlichen Spaziergang auf dem Godesberger Venusberg mit, sondern traf ihn auch abends mitunter auf einen Whisky.<sup>122</sup> Und mit einem aufstrebenden Politiker wie Kai-Uwe von Hassel segelte er bei der »Kieler Woche«, um sich über die Außenpolitik zu unterhalten.<sup>123</sup> Auch eine andere große Hintergrundgestalt der CDU, den BDI-Geschäftsführer Gustav Stein, traf er mitunter privat mit den Ehefrauen zum Tee.<sup>124</sup> Selbst wenn derartige Beziehungen – wie im

Falle von Heinrich Krone – zu echten Freundschaften führen konnten, ist nicht zu übersehen, dass sie ganz nebenbei Globkes Position in der Partei weiter festigten.

Globke konnte die Aufgabe des verdeckten Parteiführers gerade deshalb so wirkungsmächtig erfüllen, weil er eben kein »Funktionär« war, der sich auf ein Parteiamt stützte. Als diskreter, hilfsbereiter und gut informierter Sachverwalter Adenauers genoss Globke trotz seiner nationalsozialistischen Vergangenheit hohes Ansehen und große Autorität. Wer von Adenauer etwas wollte, musste zunächst Globke überzeugen. Sein Rotstift markierte, was Adenauers Augen lesen sollten. Zahlreiche Christdemokraten adressierten daher ihre Briefe zunehmend direkt an Globke. Das Verhältnis zwischen Globke und Adenauer blieb trotz ihrer täglichen Zusammenarbeit allerdings äußerst förmlich. Selbst in Urlaubsbriefen behielt Globke die Anrede »Sehr verehrter Herr Bundeskanzler« bei und begnügte sich damit, seinen politischen Reflexionen einen Satz über das Wetter anzuhängen. Wie unpräzise und geradezu beiläufig ihre politische Freundschaft war, zeigte sich bis hin zu Globkes Geburtstagsgeschenken für Adenauer. Jedes Jahr überreichte er Adenauer ein Buch: 1962 »Die großen Weine Deutschlands«, 1964 »Spitzenweine Europas«, 1963 »Italienischen Gärten« und 1966 »Berühmte Gärten«. <sup>125</sup> Sicherlich war es auch gerade diese formelle, distanzierte Korrektheit, die Globkes Ruf als uneigennütziger Ratgeber stärkte.

Zusammengeschweißt wurde ihr Verhältnis sicherlich auch durch Globkes oft hervorgehobene Vergangenheit. Schließlich stellte sich Adenauer von Beginn an hinter Globke und sprach ihm öffentlich und privat demonstrativ sein »vollstes Vertrauen« aus, was Globkes Loyalität noch weiter verstärkt haben dürfte. <sup>126</sup> Adenauers Haltung war nicht riskant: Als ehemaliger Ministerialrat des Reichsinnenministeriums hatte Globke nicht nur den (stets zitierten) offiziellen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen verfasst, sondern beispielsweise auch den zur Zwangsänderung der jüdischen Vornamen. <sup>127</sup> Formales NSDAP-Mitglied war Globke dagegen nie geworden, da sein Aufnahmeantrag 1940 bei Bormann wegen seiner Zentrumskontakte auf Bedenken gestoßen war. Sein Nachlass spiegelt das Janusgesicht wider, das wir aus zahlreichen Biografien von Angehörigen der bürgerlichen Elite kennen. Globke erfüllte loyal seine Arbeit, wodurch er das nationalsozialistische System nicht nur mittrug, sondern zugleich auch dessen eigentlichen Kern ausmachte. Gleichzeitig belegen die Entlastungsgutachten von so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Jakob Kaiser, Bischof Konrad Graf von Preysing oder Theodor Eschenburg, dass Globke tatsächlich in verschiedenen Fällen Juden durch Sondergenehmigungen half oder die ka-

tholische Kirche vertraulich informierte. <sup>128</sup> Gerade Kaiser und Preysing dürften dazu beigetragen haben, dass Globkes Vergangenheit in der CDU kaum umstritten war.

Zudem sorgte Globkes zurückhaltendes Auftreten dafür, dass die Bedenken gering blieben. Er strebte nicht nach repräsentativen Posten, sondern scheute jede Öffentlichkeit. Als die ersten Vorwürfe gegen ihn aufkamen, arbeitete er eine lange Rechtfertigungsschrift aus, die seine Kontakte zum Widerstand und zu Juden hervorhob und seinem Vorgesetzten Stuckart die Schuld an den nationalsozialistischen Akzenten der Kommentare zuwies. Er sollte sie aber nicht publizieren. <sup>129</sup> Mit Ausnahme einzelner Interviews sah er weitgehend von öffentlichen Stellungnahmen oder Klagen ab. Dies würde nur »einen erheblichen Zeitaufwand« erfordern, rechtfertigte er Adenauer gegenüber seine Zurückhaltung. <sup>130</sup> Nicht zuletzt seine Kreislauf- und Magenbeschwerden, mit denen er sich Anfang der sechziger Jahre zunehmend quälte, zeigten aber, wie sehr ihm die öffentliche Kritik zusetzte, die zu dieser Zeit rasant anwuchs. <sup>131</sup> Kontakte zu stärker belasteten Amtskollegen mied er. Der Mitverfasser seiner Kommentare, sein Vorgesetzter Wilhelm Stuckart, meldete sich zumindest indirekt bei Globke, da er »aus begreiflichen Gründen« direkten Kontakt mit ihm vermeiden wollte. <sup>132</sup> Obwohl Stuckart als Geschäftsführer der niedersächsischen Fördergesellschaft regional ebenfalls zur grauen Eminenz aufstieg und im engen Kontakt zur dortigen CDU-Führung stand, vermied Globke anscheinend jede Annäherung. <sup>133</sup> Bei seinen Personalvorschlägen gab Globke sehr wohl zu bedenken, wenn jemand in der NSDAP gewesen war – ebenso, wie Globke einst Adenauer gegenüber Bedenken gegen seine eigene Verwendung geäußert hatte. <sup>134</sup> Die Hartnäckigkeit, mit der Adenauer dennoch während seiner gesamten Kanzlerschaft an Globke festhielt, war natürlich nicht nur ein Signal an Globke, sondern auch an die Wählerschaft, in der sich millionenfach ähnlich ambivalente Biografien fanden. Adenauer wusste zudem, dass die Angriffe gegen Globke zugleich ihm selbst galten. Globke blieb also bis zu ihrer gemeinsamen Pensionierung von 1963 und stand auch danach seinem einstigen Chef beratend zur Seite.

Ein zumindest annähernd enges politisches Vertrauensverhältnis entwickelte Adenauer nur noch zu zwei anderen Führungsfiguren: Zu Robert Pferdenges und dem ab 1955 amtierenden Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone. Der Kölner Bankier Pferdenges, den Adenauer bereits aus Weimarer Tagen kannte und der ähnlich alt war, sollte der einzige politische Freund bleiben, dem Adenauer schließlich das Du anbot. Ihr Briefwechsel zeigt, dass Pferdenges den Kanzler vornehmlich in

wirtschaftspolitischen Fragen beriet.<sup>135</sup> Innerhalb der Partei half er, im evangelischen Raum eine einheitliche Willensbildung im Sinne Adenauers zu erreichen. Seine wichtigste Aufgabe innerhalb der Partei lag jedoch in der Spendenakquisition. Da sie bereits im Finanzkapitel ausführlich analysiert wurde, braucht sie hier ebenso wenig wiederholt zu werden wie die gewichtige Rolle von Bundesschatzmeister Bach.

Während Globke und Pferdenges innerhalb der Partei eine inoffizielle Führungsposition innehatten, nahm der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone zumindest eine halboffizielle Spitzenstellung in der Partei ein. Natürlich war weder sein Amt noch die Fraktion selbst ein satzungsgemäßer Bestandteil der Partei im engeren Sinne. Da der Fraktionsvorsitzende schließlich seit 1953 geborenes Mitglied des Bundesvorstandes war, gehörte er aber zumindest statutengemäß zur Parteiführung. Zudem lenkten die Fraktionsvorsitzenden nicht nur einen wesentlichen Bestandteil der Partei, sondern verfügten auch über eine hohe Öffentlichkeitswirkung. Die Besetzung des Postens unterlag deshalb einem ähnlichen Proporz wie die des Parteivorsitzes. Angesichts der katholischen Verwurzelung der Christdemokraten und ihrer entsprechenden Bundestagszusammensetzung konnte zunächst nur ein Katholik Fraktionsvorsitzender werden. Gegenüber Heinrich von Brentano war der evangelische Mitbewerber Friedrich Holzapfel allein schon wegen seines evangelischen Gesangbuches chancenlos. Dafür wurden die Stellvertreterposten wie bei der Bundespartei aufgeteilt: Einer ging an den katholisch-sozialen Flügel, einer wurde für einen eher konservativen Protestanten freigehalten; nach Friedrich Holzapfel sollten Carl Schröter, Gerhard Schröder und Adolf Cillien auf diesem Posten Profil gewinnen. Der dritte Stellvertreterposten ging schließlich an die CSU. Das Miteinander der Konfessionen entwickelte sich auch hier aus der gezielten Trennung der Sphären: Wie bei den stellvertretenden Parteivorsitzenden wählten die evangelischen Christdemokraten nach separater Aussprache auf separaten Stimmzetteln ihren Fraktionsstellvertreter.<sup>136</sup>

Der Fraktionsvorsitz alleine verhalf noch nicht zum Aufstieg in die offizielle und informelle Parteispitze. Das zeigte der vergleichende Blick auf Krones Amtsvorgänger Heinrich von Brentano. Dieser galt bei seiner Ernennung 1949 als loyaler Gefolgsmann Adenauers, war aber zugleich für den linken Parteiflügel akzeptabel.<sup>137</sup> Als Vorsitzender war er dagegen schwach. Brentano sprach selten vor der Fraktion, lenkte kaum Diskussionen und sparte in seinem kollegialen Führungsstil häufig auch dann an Kritik, wenn sie dringend nötig gewesen wäre.<sup>138</sup> Da die CDU-Fraktion ähnlich heterogen zusammengesetzt war wie die Partei selbst, hätte er wesentlich stärker lenkend eingreifen müssen. Auch in der Frak-

tion erschien Adenauer dadurch zunächst als der eigentliche Vorsitzende. Dank Arnulf Barings grundlegender Studie ist seit langem bekannt, wie autoritär Adenauer sowohl mit der Fraktion als auch mit ihrem Vorsitzenden umsprang.<sup>139</sup> Wie in den Parteiorganen setzte Adenauer seinen Führungsanspruch zunächst damit durch, dass er ihre Entscheidungskompetenz missachtete und mit scharfen Briefen Loyalität einforderte. Von den ersten Sitzungen an klagten Brentano und andere Fraktionsmitglieder, dass Adenauer sie weder an maßgeblichen Entschlüssen beteiligte noch überhaupt über seine Entscheidungen informierte.<sup>140</sup> Im Laufe der Jahre verstärkte sich der Austausch zwischen Kabinett und Fraktion<sup>141</sup> und auch die Kritik Brentanos entschärfte sich. Sie ging aber häufiger noch so weit, dass Brentano frustriert seinen Rücktritt androhte.<sup>142</sup>

Brentano verzweifelte daran, dass eine »unklare, unentschlossene und uneinheitliche Haltung der Fraktion bei der Behandlung einiger Fragen von grundsätzlicher Bedeutung« bestehe und sah die Gefahr, dass die Fraktion in einzelne Gruppen auseinanderzufallen drohe.<sup>143</sup> Eine Einschätzung, die nicht nur aus Brentanos Führungsschwäche resultierte. Auch Adenauer klagte zurecht immer wieder darüber, dass die Fraktion zu sehr nach regionalen, nicht nach fachlichen und bundespolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sei.<sup>144</sup> Da die CDU 1949 noch nicht als Bundespartei bestand, konnte die Kandidatenauswahl nur unzureichend koordiniert werden. Wie heterogen die Fraktion tatsächlich war, zeigte sich bei den namentlichen Abstimmungen der ersten Legislaturperiode: Während die SPD fast immer geschlossen votierte, gelang dies der Unionsfraktion lediglich bei sechzehn Prozent der Wahlgänge.<sup>145</sup> Allein in der Außen- und Verteidigungspolitik erreichte sie eine stärkere Einheit. In der Innen- und Rechtspolitik fiel sie dagegen auseinander, häufig aber auch in der Wirtschaftspolitik.<sup>146</sup> Wenn die Abgeordneten denn überhaupt erschienen: Wie in den Parteiorganen gingen viele Unionsabgeordnete nebenbei ihrem bürgerlichen Beruf nach und fehlten daher bei den Sitzungen. Sie waren eben noch Honoratioren, die aus ihrer Milieuverankerung heraus nominiert worden waren. Die eigentliche Fraktionsarbeit verteilte sich deshalb auf so wenige Schultern, dass Christdemokraten nicht nur selbstkritisch das regere Ausschussengagement der Sozialdemokraten anerkennen mussten, sondern gelegentlich aus Mangel an Anwesenden Gesetze nicht durchbringen konnten.<sup>147</sup>

Während bei der frühen SPD der Parteivorstand gegenüber der Fraktion eine klare Führungsrolle beanspruchte<sup>148</sup>, fehlte der CDU ein ähnlich lenkendes Parteigremium. Brentano sah die Uneinheitlichkeit der Fraktion nicht zuletzt in dem mangelhaften Parteiausbau der CDU begründet. Adenauer gegenüber klagte er Mitte 1951: »Eine Fraktion ohne

eine Partei lebt irgendwie im luftleeren Raum. Sie empfängt ihre Anregungen allenfalls von geographisch, wirtschaftlich oder weltanschaulich verbundenen Gruppen, aber die politische Meinungsbildung vollzieht sich nicht mehr auf der Ebene, auf der die Fraktion wirken muß.«<sup>149</sup> In seiner Not appellierte Brentano einige Wochen später auch an den CDU-Bundesvorstand. »Die Fraktion braucht dringend Kontrolle und die Mitarbeit der Partei. [...] Vielfach sehen die Abgeordneten nicht mehr, wie weit man mit Kompromissen gehen könnte.«<sup>150</sup> Da die Parteigremien eher an Entscheidungskraft verloren, konnten sie kaum die Fraktionsmitglieder unterstützen. Dass die Fraktion dadurch weiterhin eher passiv, uneinheitlich und ohne langfristige Orientierung blieb, stärkte zweifelsohne die parlamentarische Position Adenauers. Angesichts der öffentlichen Disharmonien im Parlament konnte auch der Kanzler dennoch mit ihrem Zustand kaum zufrieden sein.

In dieser Konstellation übernahm im August 1951 Heinrich Krone die parlamentarische Geschäftsführung der Fraktion. Dank Brentanos außenpolitischen Ambitionen trug er bald den Hauptteil der Fraktionsarbeit, bevor er vier Jahre später auch offiziell den Vorsitz übernahm.<sup>151</sup> Gerade nach dem Wahlsieg von 1953 konnte Krone eine echte Bewährungsprobe bestehen, da die schlagartig angewachsene Fraktion um so schwieriger zu disziplinieren war. Im Vergleich zu seinem Vorgänger verstärkte sich nun dennoch die Geschlossenheit der Fraktion, die bis 1961 zunehmend einheitlicher abstimmen sollte.<sup>152</sup> Krone entwickelte sich darüber hinaus zu einer innerparteilichen Führungsfigur, die im engen Austausch mit Adenauer maßgebliche Entscheidungen sondierte. Sowohl Krones Tagebuch als auch Adenauers Terminkalender zeigen, wie oft der Kanzler mit dem Fraktionsvorsitzenden seit 1956 zusammentraf. Zumeist kam Staatssekretär Globke noch hinzu, so dass diese drei geradezu als eine Troika die CDU führten, in der Adenauer eine klare Spitzenstellung einnahm. Bereits Montag morgens kam es häufig zu ersten Beratungen der drei. Je nach Sachlage stießen andere Vertreter aus Kanzleramt, Fraktionsvorstand oder Parteispitze hinzu.<sup>153</sup> Wenn Adenauers Reisen keine ausführliche Beratungszeit zuließen, fuhren Krone und Globke dem Kanzler mitunter entgegen, um auf der gemeinsamen Rückfahrt die Lage zu besprechen.<sup>154</sup> Bei wichtigen Anfragen adressierte Adenauer den gleichen Brief an Krone und Globke oder bat den einen, den anderen zu informieren. Ohnehin zeigen die Nachlässe von Globke und Krone, dass sie gegenseitig ihre Korrespondenz austauschten und sich Durchschläge erstellten.<sup>155</sup> Die Freundschaft von Globke und Krone verstärkte die Verbindung zwischen dem Kanzleramt und der Fraktion. Nach den Erinnerungen von Adenauers persönlichem Referenten,

Franz-Josef Bach, telefonierte Globke mehrfach am Tag mit Krone, wodurch Adenauer bestens einschätzen konnte, wie die Fraktion und damit auch die Partei auf seine Entscheidungen reagieren würde.<sup>156</sup> Mit Adenauers zunehmenden Alter wuchs nicht nur Globkes, sondern auch Krones Einfluss. Streng vertrauliche Überlegungen, wie zur Kanzlernachfolge oder Verlängerung seiner Kanzlerschaft, tauschte Adenauer nun fast ausschließlich mit diesen beiden aus.<sup>157</sup> Dass Krone nicht ehrgeizig genug war, die ihm vielfach angetragene Kanzlernachfolge gezielt anzustreben, erleichterte sicherlich seine Vertrauensstellung – sowohl bei Adenauer als auch gegenüber den in dieser Hinsicht stärker ambitionierten Parteikollegen.<sup>158</sup>

Ähnlich wie Globke stand Krone dem Kanzler nicht nur beratend zur Seite, sondern übernahm auch innerparteiliche Disziplinierungsaufgaben. Wenn der Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm etwa eine seiner berüchtigten Sonntagsreden bei den Sudetendeutschen gehalten hatte, bat Adenauer: »Können Sie, Herr Globke, vielleicht zusammen mit Herrn Krone einmal vernünftig und ruhig mit ihm sprechen?«<sup>159</sup> Gerade bei heiklen Problemen, wie bei Eugen Gerstenmaiers außenpolitischen Auftritten und der Profilierung des von Adenauer erhofften Kanzlernachfolgers Franz Etzel, war Krone als vertrauensvoller Vermittler des Kanzlers gefragt.<sup>160</sup> Da Krone in der Weimarer Republik bereits stellvertretender Zentrums-Generalsekretär, Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Windthorstbundes gewesen war, verfügte er sowohl innerhalb der Partei als auch im kirchlichen Umfeld über exzellente personelle Kontakte. Zugleich konnte er den organisatorischen Erfahrungsschatz des Zentrums in die CDU einbringen. Hierzu zählten der ausgleichende Proporz, der politische Pragmatismus und die Einbindung des katholischen Vorfeldes. Dessen Bearbeitung hatte er bereits bei der Bundestagswahl 1953 offiziell mit einem kleinen Etat übernommen.<sup>161</sup> Gleichzeitig stand Krone der Zusammenarbeit mit den Protestanten äußerst aufgeschlossen gegenüber. Nicht zuletzt seine Berliner Abgeordnetenzeit und seine späteren Widerstandskontakte dürften sein interkonfessionelles Denken geprägt haben. Zahlreiche Einträge seines Tagebuches zeigen, wie sensibel er konfessionellen Spannungen begegnete und für einen produktiven Ausgleich eintrat.<sup>162</sup> Sowohl im politischen Vorfeld als auch in den Parteiorganen trat er als regelmäßiger Diskussionsredner und wichtiger Vermittler auf. Damit war er im Vergleich zu Brentano nicht nur in der Fraktion und im Kanzleramt besser eingebunden, sondern auch innerhalb der Partei selbst.

Krone und Globke bildeten also seit Mitte der fünfziger Jahre den Kern einer informellen Parteiführung, die sich sternförmig um Adenauer kristallisierte. Das Charakteristische an der christdemokratischen Führungsspitze war dabei, dass sie eben über kein intaktes offizielles Gremium verfügte, das ähnlich wie das spätere Präsidium oder der geschäftsführende SPD-Vorstand regelmäßig Entscheidungen traf. Die informellen und offiziellen Führungspersonen kamen vielmehr in unterschiedlichen Konstellationen bei Adenauer zusammen, wobei sich schrittweise die Meinungsbildung verdichtete. Dabei konstituierten sich in den fünfziger Jahren zwei etwas festere informelle Kreise. Zum einen kam seit Anfang 1953 die »Mittwochsgesellschaft« zusammen, die 1956/57 auch als »Donnerstagskreis« tagte.<sup>163</sup> Ihre Aufgabe war die langfristige Wahlvorbereitung. In den offiziellen Organen wurden diese Gremien nur selten explizit erwähnt, weswegen sie auch für die Forschung weitgehend unberücksichtigt blieben.<sup>164</sup> Zu ihren anfänglichen Teilnehmern gehörten von der Parteispitze die stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden Ehlers, Kaiser, Kiesinger, Tillmanns und Wuermeling, Schatzmeister Bach und Bundesgeschäftsführer Heck. Hinzu kamen vom Regierungsapparat insbesondere Globke, Lenz, Blankenhorn und von Eckardt, gelegentlich auch der persönliche Referent Hans Kilb und Josef Rust vom Bundeswirtschaftsministerium. Adenauers Terminkalender dokumentiert, dass seit Mitte der fünfziger Jahre Krone, Schröder und von Hassel zu dieser Runde stießen. Im Unterschied zur übrigen Partei war dieser informelle Führungskreis weniger von Proporzmerkmalen bestimmt. Dementsprechend war er vor allem eins: rein männlich. Frauen erhielten während Adenauers gesamter Kanzlerschaft keinen Zugang zur informellen Parteiführung. Zudem war der Kreis stärker katholisch. Die Troika Adenauer, Globke und Krone bestand aus drei gläubigen Katholiken, die alle in der alten Zentrumsparterie sozialisiert worden waren. Gleiches galt für einige führende Mitarbeiter aus dem Kanzleramt und den Bundesgeschäftsführer. Damit bildete der politische Katholizismus im unmittelbaren, informellen Umfeld Adenauers weiterhin den Kern der Partei. Die evangelischen Mitglieder des informellen Netzes waren dagegen eher durch das formelle Amt des stellvertretenden oder geschäftsführenden Vorsitzenden in diesen Kreis gekommen, oder aber über ihre Aktivität im Bereich der Parteifinanzierung.

Ein anderes informelles Führungsgremium der CDU war zunächst der »geschäftsführende Vorstand«. Trotz seines offiziös erscheinenden Namens war er bis 1956 in keiner Satzung verankert. Er umfasste vornehmlich jenen Teil des Mittwochskreises, der aus der offiziellen Parteiführung kam. Seinen Kern bildeten die drei geschäftsführenden Vor-

sitzenden. Hinzu kamen der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer und gelegentlich die Stellvertreter.<sup>165</sup> Adenauers Terminkalender dokumentiert, wie diese beiden Kreise stufenweise miteinander verbunden wurden. Im Vorfeld der zweiten Bundestagswahl traf Adenauer sich oft für eine halbe Stunde nur mit den drei geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer zur Vorbesprechung im geschäftsführenden Vorstand, dann trat für eine weitere Stunde die größere Gruppe des Mittwochskreises hinzu.<sup>166</sup>

Der geschäftsführende Vorstand wurde selbst vom Bundesgeschäftsführer wie ein offizielles Führungsorgan behandelt.<sup>167</sup> Bereits 1952 wurden im Bundesvorstand explizite Abstimmungsempfehlungen des geschäftsführenden Vorstandes ausgesprochen.<sup>168</sup> Auch nach seiner statutarischen Verankerung blieb er jedoch ein informelles, undurchsichtiges Gremium, dessen Arbeit vornehmlich von Tillmanns getragen wurde. Bundesgeschäftsführer Heck klagte noch zwei Jahre später: »Unsere in Stuttgart verabschiedete Satzung hat dazu geführt, dass der Begriff des geschäftsführenden Vorstandes selbst für maßgebliche Vertreter der eigenen Partei, erst recht aber für die Presse und die Öffentlichkeit, völlig unklar ist.«<sup>169</sup> Neben der verflüssigten Struktur der Führungsspitze zeichnete sich ab, dass der geschäftsführende Vorstand mit seiner satzungsmäßigen Verankerung einschloß. »Mit der Institutionalisierung dieses Gremiums hat seine Arbeitsfähigkeit aufgehört«, bilanzierte Hecks Nachfolger Kraske 1959. Seit seiner offiziellen Konstituierung sei der geschäftsführende Vorstand »nicht einmal als solcher und vollständig besetzt zusammengetreten.«<sup>170</sup> Damit zeigte sich einmal mehr, dass innerhalb der informell strukturierten CDU offizielle Gremien scheiterten. Die lockere Parteiführung von einzelnen, flexibel miteinander verbundenen Personen entsprach besser ihrem heterogenen, insbesondere konfessionell gespaltenen Profil. Immerhin gelang es so, die wichtigsten Personen aus Partei, Kanzleramt und Fraktion miteinander zu verbinden. Da sie immer nur in variierenden Einzelgruppen mit Adenauer zusammen kamen, konnte Adenauer nicht nur aufreibende Diskussionen verhindern, sondern zugleich die Entscheidungsfindung steuern; sei es durch die Auswahl des Teilnehmerkreises oder des Termins. Die CDU blieb somit eine informell geführte Partei.

### 3. Partei der Länder? Die regionale Verankerung der CDU

Die CDU gilt bis heute als eine stark föderal strukturierte Partei. In der Parteienforschung herrscht seit langem Einigkeit darüber, dass vor allem die frühe CDU aus weitgehend autonomen Landesverbänden bestand,

die wichtige Machtzentren bildeten.<sup>171</sup> Daher scheint es lohnend zu fragen, welche eigenen organisatorischen Potentiale die CDU-Landesverbände aufwiesen. In welchem Maße waren die Landesverbände dank ihrer »hohen Ausstattung an personellen und finanziellen Ressourcen zu autonomen Handlungen und selektiven Umwelthanpassungen fähig«, Ausgangsbasen für Reformprozesse und nur »mittelmäßig komplex«?<sup>172</sup>

Schon die bisherigen Kapitel zeigten, dass das Bild von den eigenständigen und organisationsbewussten Landesverbänden in mehrfacher Hinsicht zu differenzieren ist. Häufig konnte Adenauer die vermeintliche Autonomie der Landesverbände durchbrechen. Er fädelt die Absetzung von unliebsamen Landesvorsitzenden ein, setzte seinen Koalitionskurs durch und verhalf dazu, dass in den Landesverbänden sein konfessioneller und weltanschaulicher Ausgleichskurs eingeleitet wurde; sei es bei heiklen Landesthemen wie der Kulturpolitik oder bei der Personalpolitik in Partei und Bürokratie.

Bei diesen eher informellen Eingriffen hatte Adenauer Erfolg. Dagegen scheiterten seine Bemühungen, die Parteistruktur zu zentralisieren und so die Landesverbände zu schwächen. Dies zeigte sich nicht nur bei seinem erfolglosen Versuch, 1950 ein Generalsekretariat einzurichten. Bereits im folgenden Jahr unterstützte er den Vorschlag, die Landesgeschäftsführer durch die Bundes-CDU zu bezahlen. Jemand wie der rheinland-pfälzische Vorsitzende Altmeier warnte sofort: »Damit würde natürlich jegliche Freiheit der einzelnen Landesverbände beschnitten. Das käme dem Zentralismus der SPD sehr nahe.«<sup>173</sup> Da die anderen Landesverbände ebenfalls eine verdeckte Einflussnahme witterten, blieb der Vorschlag chancenlos.<sup>174</sup> 1954 bemühte sich die Bundes-CDU wiederum vergeblich, eine stärkere Mitsprache bei der Aufstellung von Bundestagswahl-Kandidaten zu verankern, um das soziale Profil und die Kompetenz der Fraktion zu verbreitern.<sup>175</sup> Ebenso scheiterte sie zwei Jahre später mit seinem Versuch, die Kreisgeschäftsführung zu modernisieren und gleichzeitig zu beeinflussen. Immerhin hatte rund die Hälfte der Kreisverbände keine bezahlten Kreisgeschäftsführer und die wenigen arbeiteten oft sehr unprofessionell. Deshalb unterstützte Adenauer den Plan, die Kreisgeschäftsführer durch die Bundesgeschäftsstelle zu bezahlen und ihre Arbeit stärker zu kontrollieren. Da die Bundespartei gerade in den fünfziger Jahren phasenweise über wesentlich größere finanzielle Ressourcen verfügte, konnte sie sich derartige Angebote leisten. Aber auch hier stellten sich vor allem die katholisch geprägten Landesverbände quer. Der westfälische Landesgeschäftsführer Josef Blank lehnte den Vorstoß besonders deutlich ab: »Die Organisation hat ihre höchste

zentrale Spitze im föderalen ersten Gebilde des Landesverbandes. Alles, was darüber hinaus geht, ist nicht mehr gut.«<sup>176</sup>

Die These, Adenauer habe kein größeres Interesse an einem zentralisierteren Parteaufbau gehabt und ihn verhindert, ist somit trotz Adenauers Scheitern zumindest zu modifizieren.<sup>177</sup> Die Landesverbände verteidigten in organisatorischer Hinsicht zwar ihre Autonomie, waren dabei aber zumindest in den fünfziger Jahren keine »Ausgangsbasen für Reformprozesse«. Durch ihr Misstrauen gegenüber der Bundes-CDU blockierten sie vielmehr von oben eingebrachte Modernisierungsvorschläge. Dies zeigte sich auch bei dem Versuch, die Mitgliederbasis der Partei statistisch zu erfassen. Wiederum war es die Bundespartei, die 1955 Meldebögen verschickte, um die quantitative und sozialstrukturelle Zusammensetzung der Partei zu ermitteln. Denn außerhalb von Nordrhein-Westfalen hatte sich bislang kein Landesverband der Mühe unterzogen, seine eigene Mitgliedergröße und -struktur systematisch zu erheben. Trotz mehrerer Mahnungen der Bundesspitze blieben die Statistiken über die Soziostruktur in fast allen Landesverbänden unvollständig. Ihre Erfassung versandete schließlich. Rheinland und Westfalen konnten zwar pauschale Mitgliederzahlen nennen, weigerten sich dafür aber zunächst, der Bundesgeschäftsstelle ihre Adressenlisten auszuhändigen.<sup>178</sup> Aus Angst vor einem Einflussverlust wollten sie das Material der Bundes-CDU lieber selbst verschicken. Da die Landesverbände offensichtlich kein allzu großes organisatorisches Bewusstsein und kein Interesse an ihrer eigenen Struktur hatten, sollte es bis 1965 dauern, bis in einer erneuten Aktion der Bundesgeschäftsstelle fast alle Kreisverbände statistisch erfasst wurden.

Zudem erscheint es voreilig, die autonomen Entscheidungen von christdemokratischen Ministerpräsidenten mit geschlossenen und aktionsfähigen CDU-Landesverbänden gleichzusetzen. In den fünfziger und sechziger Jahren war die Union auch auf der Landesebene vielfach noch zu fragmentiert, als dass sich *ein* gemeinsamer, starker Landesverband für das gesamte Bundesland herausbilden konnte. Die Komplexität, die die CDU auch innerhalb eines Bundeslandes aufwies, sollte nicht unterschätzt werden. Selbst in dem organisatorischen Musterland Nordrhein-Westfalen existierte zunächst kein gemeinsamer Landesverband, der sich mit seinem ganzen Gewicht gegen die Bundes-CDU hätte stellen können. Vielmehr standen sich bis zum Jahr 1985 die Landesverbände Rheinland und Westfalen gegenüber. Durch ihren doppelten Parteiapparat und ihre gegenseitigen Rivalitäten kam es zu beträchtlichen Reibungsverlusten. Lediglich im Vorfeld von Wahlen trafen sie sich, um nach einem genauen Landesproporz die Mandate gleichmäßig zu verteilen.<sup>179</sup> Innerhalb der

Landesverbände wiederholten sich zudem die Auseinandersetzungen um die Konfession der Amts- und Mandatsträger. Auch hier beharrten die evangelischen Christdemokraten darauf, die evangelischen Vorstandsmitglieder selbstständig, ohne Mitsprache der Katholiken aussuchen zu dürfen.<sup>180</sup> Zusammengehalten wurden die beiden Landesverbände daher im wesentlichen durch die Fraktion und die Regierung von Karl Arnold. Dementsprechend bildeten sie erst nach dem plötzlichen Sturz Arnolds im April 1956 ein gemeinsames Präsidium.<sup>181</sup> Aber auch dieses Präsidium sollte ausdrücklich – wie es der junge Rainer Barzel in einer Denkschrift festhielt – keinen gemeinsamen Parteiapparat aufbauen. Stattdessen diente es kurzzeitig als Machtbasis für Arnold und als Kabinettersatz, um die gemeinsame Oppositionspolitik »im Zusammenwirken mit der Landtagsfraktion« zu verzahnen.<sup>182</sup> Nicht die Landespartei, sondern die Landtagsfraktion wurde so zu dem Ort, an dem gemeinsame Sprachregelungen und Beschlüsse gefunden wurden.<sup>183</sup>

Die Spaltung der nordrhein-westfälischen Christdemokraten weist darauf hin, dass die CDU auch in den fünfziger und sechziger Jahren häufig weniger eine föderal als eine regional strukturierte Partei war. Besonders in Bundesländern mit konfessionell unterschiedlichen Regionen bestanden weiterhin Konfliktlinien, die die landespolitische Geschlossenheit der CDU beträchtlich einschränkten. Regionales Sonderbewusstsein und konfessionelle Spannungen gingen dabei einher. In Baden-Württemberg sollte es etwa bis 1972 dauern, bis sich ein gemeinsamer CDU-Landesverband gründete. Noch in den sechziger Jahren standen dort die vier Landesverbände Südbaden, Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern nahezu unverbunden nebeneinander.<sup>184</sup> Während vor allem die Christdemokraten im mehrheitlich evangelischen Nordwürttemberg frühzeitig für den Südweststaat und einen einheitlichen Landesverband eintraten, setzte sich besonders der mitgliederstarke katholische Landesverband Südbaden für die Selbstständigkeit Badens und gegen einen Zusammenschluss mit den restlichen Christdemokraten ein.<sup>185</sup> Dabei mischte sich der konfessionell bedingte Regionalismus der Badener mit der Angst, von den Christdemokraten aus dem industrialisierten, einwohnerstarken und evangelischen Nordwürttemberg majorisiert zu werden. Die organisatorische Teilung in vier Landesverbände verfestigte und produzierte Konflikte, die gerade durch ihre konfessionelle Dimension für die CDU gefährlich wurden. Nach dem Bericht eines Karlsruher Christdemokraten kam es im Vorfeld der Abstimmung über die Bildung von Baden-Württemberg etwa dazu, dass »badische CDU-Landtagsabgeordnete evangelischen Glaubens in ihren Agitationsreden für den Südweststaat in öffentlichen Reden erklärten: ›Wer für

Baden stimmt, stimmt für Rom!«<sup>186</sup> Gemeinsame Integrationsgremien hätten solche Stimmungen ähnlich wie die Bundesorgane auffangen können. Innerhalb der kleinen Landesverbände wurde dagegen das bewusste Anknüpfen an regionale, konfessionelle Traditionen ermöglicht, was auf Dauer dem Sammlungskurs weiter im Weg stand. Ein Landesverband wie Württemberg-Hohenzollern legte seine Geschäftsstelle eben nicht in die stärker evangelische Bezirkshauptstadt Tübingen, sondern ins tief katholische Ravensburg.<sup>187</sup> In Südbaden tagte die CDU zwar in Freiburg, kam dafür aber noch Ende der sechziger Jahre bei Vorstandssitzungen im Kolpinghaus und im Annastift zusammen.<sup>188</sup> Um das bürgerlich-protestantische Lager zu gewinnen, war beides sicherlich wenig hilfreich.

Wie in Nordrhein-Westfalen trafen sich die vier südwestdeutschen Landesverbände zunächst nur vor Wahlen, um nach einem festen Proporzschlüssel die Kandidatenlisten auszuhandeln. Eine langfristige, geschlossene und intensive Wahlkampfplanung war so kaum zu erreichen.<sup>189</sup> Ebenso wurde das Aufstellen von landespolitischen Grundlinien erschwert. Verhandelte der Landtag beispielsweise ein Schulgesetz, so mussten sich erst die vier regionalen Vorstände und Kulturausschüsse beraten, um dann in einem zweiten Schritt in einer Arbeitsgemeinschaft mühsam eine innerparteiliche Linie auszuhandeln. Die zersplitterten, antizentralistischen Parteigremien bewirkten somit auch hier, dass die Politik von der Regierung her geführt wurde. Das informelle Umfeld von Ministerpräsident Gebhard Müller und dessen Nachfolger Kurt-Georg Kiesinger ersetzte dabei den fehlenden gemeinsamen Landesvorstand.

Eine recht ähnliche regionale Parteispaltung bestand auch bei der CDU in Niedersachsen. Hier fanden sich weiterhin die drei »Landesverbände« Hannover, Braunschweig und Oldenburg in einem Bundesland. Trotz aller Bemühungen gelang es bis heute nicht, den katholisch geprägten Landesverband Oldenburg für einen gemeinsamen Zusammenschluss zu *einem* niedersächsischen Landesverband zu gewinnen. Nur unter größten Schwierigkeiten konnte 1950 zumindest ein gemeinsames Koordinationsgremium in einer »Vereinbarung« verankert werden, das bis heute den Namen »CDU in Niedersachsen« trägt.<sup>190</sup> Erst 1968 gelang es nach zahlreichen Versuchen, dies weiter zu verfestigen. Wie in Baden-Württemberg resultierte die niedersächsische Spaltung aus zwei Quellen. Zum einen verfügten die Oldenburger Katholiken über ein hohes regionales Sonderbewusstsein. Auch in den sechziger Jahren ging die Oldenburger CDU-Führung davon aus, dass »das Land Niedersachsen durch einen undemokratischen und völkerrechtswidrigen Akt von einer feindlichen Besatzungsmacht gebildet wurde.«<sup>191</sup> Sie akzeptierten Nie-

dersachsen deshalb weder als Bundesland noch als Basis für einen gemeinsamen CDU-Landesverband. Sowohl die Landesvorstandssitzungen der Oldenburger Christdemokraten als auch das landespolitische Engagement ihrer Minister kreiste dementsprechend wie in Südbaden vornehmlich darum, die Unabhängigkeit der eigenen Region zu erreichen.<sup>192</sup> Die Wahrung der eigenen Bekenntnisschule blieb dabei ein zentrales politisches Ziel, das weiterhin ihre Identitätsbildung prägte.

Zum anderen war es auch hier das permanente Misstrauen zwischen Katholiken und Protestanten, das die Landesverbände organisatorisch spaltete und bisweilen aktionsunfähig machte. Die vornehmlich in Südbaden und Westniedersachsen lebenden Katholiken fürchteten fortwährend, von einer evangelisch dominierten Parteizentrale übergangen zu werden. Eine zentrale Parteigeschäftsführung stieß dementsprechend nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch hier innerhalb der Landesebene auf Ablehnung. Die Hannoveraner Geschäftsführer mussten damit leben, als »Funktionäre« beschimpft zu werden, die machtgerig seien, »keinerlei Vertrauen verdienen« und eine »skandalöse Einmischungspolitik« betreiben.<sup>193</sup> Das Tagebuch des niedersächsischen Landessekretärs Klaus Müller schildert anschaulich, welche grotesken Formen diese konfessionellen Vorurteile in den Landesverbänden annehmen konnten. Schon bei Dienstantritt warnte ein Kollege den protestantischen Neuling: »Vorläufig dürfen Sie von den Katholiken nichts Gutes erwarten.«<sup>194</sup> Während er von protestantischer Seite laufend zu hören bekam »Fördern Sie niemals etwa Katholisches, das können wir uns nicht leisten«, stieß er bei den Katholiken der Partei sofort auf großes Mißtrauen. Sie wehrten sich von vornherein gegen die neue »Funktionärsstelle«, die die »Übermacht der Protestanten« nur erhöhe. Sie bombardierten den jungen Landessekretär geradezu mit Bekenntnisfragen: »Werden Sie gegen den katholischen Flügel arbeiten? Werden Sie katholisches Informationsmaterial in der Partei verbreiten? Wollen Sie auch mit katholischen Mitgliedern der Partei persönliche Beziehungen aufnehmen? Werden Sie die neue christliche Gewerkschaftsbewegung negativ kommentieren? Danach folgten detaillierte Fragen zu meiner Meinung zur katholischen Kulturpolitik.«<sup>195</sup> Auch nach zwanzig Jahren sah die Oldenburger Parteiführung davon ab, in ihrer spärlichen Korrespondenz mit dem benachbarten Landesverband auch nur den Namen des Hannoveraner Generalsekretärs orthographisch richtig zu schreiben.<sup>196</sup> Angebote Hannovers, zumindest de facto enger zusammenzuarbeiten, wurden weitgehend abgelehnt. Noch bis zur großen Mitgliedererhebung im Jahr 1963 weigerte sich der Landesverband Oldenburg bei diversen Anfragen, den Hannoveranern auch nur seine Mitgliederzahl mitzuteilen.<sup>197</sup>

Die Profilierung eines gemeinsamen Spitzenkandidaten, die Aufstellung eines einheitlichen Wahlprogramms oder die Errichtung eines schlagkräftigen Parteiapparates wurde auch hier durch die Spaltung der CDU erheblich erschwert. Innerhalb der einzelnen Landesgremien konservierten sich zudem die unterschiedlichen Politikkonzepte der katholischen und der evangelischen Christdemokraten. Während die eher protestantischen Landesverbände stärker wirtschaftsliberale Akzente setzten und für eine enge Zusammenarbeit mit den Liberalen und der Deutschen Partei plädierten, dominierten in den katholischen Verbänden weiterhin kulturpolitische Themen sowie ein Antiliberalismus, aus dem sich weiterhin eine Affinität zu den Sozialdemokraten ableitete. Viele CDU-Bundespolitiker sahen in der niedersächsischen Dreiteilung die eigentliche Ursache für die lang anhaltende Erfolglosigkeit der dortigen CDU. Da die Christdemokraten hier bis 1976 nie den Ministerpräsidenten stellten, fehlte ihnen zudem ein Integrationszentrum wie in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Adenauer und dessen Stellvertreter von Hassel traten fortlaufend für einen Zusammenschluss zu einer niedersächsischen CDU ein, weil die drei Landesverbände »drei verschiedene Kurse steuern«.<sup>198</sup> Aber es zeigte sich wiederum, dass die Bundes-CDU bei ihren organisatorischen Modernisierungsversuchen an dem Eigensinn und der Beharrungskraft einzelner, insbesondere katholischer Landesverbände scheiterte.

Da eine offizielle Straffung nicht gelang, setzte sich auch in Niedersachsen eine verdeckte Parteiführung durch. Die Hannoveraner CDU löste stillschweigend ihren eigenen Parteiapparat auf und deklarierte ihn als Geschäftsführung der »CDU in Niedersachsen«, was auf scharfen Protest aus Oldenburg stieß.<sup>199</sup> Jemand wie der zitierte Tagebuchschreiber Müller wurde offiziell bloß mit dem Amtstitel »Sekretär für Informationswesen« eingestellt. Inoffiziell nahm der Landesvorsitzende Cillien ihn bereits kurz nach dessen Amtsantritt mit den Worten zur Seite: »Sie sind der Vertreter des Generalsekretärs, Sie wissen es, ich weiß es, einige andere auch, – das genügt vorläufig. Sagen Sie es nicht den Katholiken, die glauben dann nur, wir hätten böse Absichten.«<sup>200</sup> Ähnlich beim Parteivorsitz: Offiziell verfügte die CDU in Niedersachsen über einen gemeinsamen »Präsidiierenden Vorsitzenden«, ein Posten, der zwischen 1950 und 1960 von Adolf Cillien wahrgenommen wurde. Da Cillien als stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion vornehmlich in Bonn weilte und eher als evangelische Symbolfigur denn als starker Entscheidungsträger galt, lag de facto die Leitung bei dem wirtschaftsliberalen Unternehmer Otto Fricke, der offiziell lediglich Vorsitzender der Braunschweiger CDU war. Er trug zusammen mit dem Hannoveraner

Generalsekretär die meisten politischen Entscheidungen im Hintergrund, konnte aber wegen der komplizierten CDU-Struktur zunächst nicht als offizieller Repräsentant auftreten.

Mit Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg war die CDU damit gerade in den größten und wichtigsten Bundesländern so sehr gespalten, dass sie nur selten mit einer Stimme sprechen konnte. In den kleineren Ländern existierten zwar gemeinsame Landesverbände, aber auch hier wurden häufig Regionalismen entlang konfessioneller Trennlinien gesetzt. Auch im formell geschlossenen Verband Hessen stand etwa die stärker evangelische Nordhälfte weiter auf Distanz. »Es besteht Gefahr, daß hier in Nordhessen noch kurz vor den Bundestagswahl die Herren alle ihre Ämter zur Verfügung stellen und dadurch öffentlich gegen die Entmachtung des evangelischen Volksteiles protestieren«, warnte Bundesschatzmeister Bach 1953 noch Bundesgeschäftsführer Heck.<sup>201</sup>

Damit stellt sich die Frage, ob bislang aus der Entscheidungsschwäche der Bundesorgane vorschnell auf die Stärke, Geschlossenheit und Organisationskraft der Länder gefolgert wurde. Die Landesverbandsakten dokumentieren vielmehr, dass die CDU in den meisten Landesverbänden mindestens ähnlich chaotisch organisiert war wie auf Bundesebene. Ihre Führungsgremien besaßen kaum eine höhere Schlagkraft. Obwohl die Parteispitze in jedem Bundesland eine andere satzungsgemäße Struktur hatte, ähnelten sie de facto ihrem bundespolitischen Pendant.<sup>202</sup> Ihre Vorstände tagten ebenfalls unregelmäßig und vornehmlich vor Wahlen – vielleicht mit Ausnahme der nordrhein-westfälischen und teilweise auch der baden-württembergischen Landesverbände. Ihre Organe wiesen nicht nur eine vergleichbare Größe wie der Bundesvorstand auf, sondern setzten sich wiederum aus Proporzmitgliedern und Amtsträgern zusammen. Die Teilnehmer an den Vorstandssitzungen bildeten eine vergleichbar fluide Gruppe wie bei der Bundespartei: Während ein Großteil der offiziellen Mitglieder fehlte, nahmen Nichtmitglieder teil, die eigentlich nur der Bundestags- oder Landtagsfraktion angehörten. Selbst in einem katholischen Landesverband wie Rheinland-Pfalz, der immer wieder die föderale Selbstverwaltung der CDU einforderte, blieb das Interesse an den Landesgremien nur mäßig. Die Protokolle der ersten beiden Jahrzehnte verzeichnen, dass häufig weniger als die Hälfte der Vorstands- und Ausschußmitglieder erschien.<sup>203</sup> Damit waren auch die Landesvorstände keine reaktionsschnellen, kontinuierlich aktiven Entscheidungsstellen, sondern ebenfalls eher Integrationszentren, die in Wahl-, Personal- und Grundsatzfragen berieten. Systematische Überlegungen zur Parteireform finden sich dagegen in den Protokollen des Bundesvorstandes häu-

figer als in denen der Landesvorstände. Ansonsten nahm in den Sitzungen die Suche nach dem konfessionellen Gleichgewicht der Amts- und Mandatsträger einen weiten Diskussionsraum ein.<sup>204</sup> Dabei setzten sich selbst innerhalb der kleinen regionalen Landesverbände die konfessionellen Konfliktlinien fort.

Die Landesgeschäftsstellen waren ebenfalls so schlecht ausgestattet, dass sie der Bundes-CDU kaum etwas entgegensetzen konnten. Meistens bestanden sie nur aus wenigen Mitarbeitern, während der überwiegende Teil der Beschäftigten relativ unabhängig als Kreisgeschäftsführer im Umland arbeitete. Im Vergleich zu den rund siebzig Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle war ihr logistisches Potential damit bescheiden. Lediglich die beiden nordrhein-westfälischen Verbände verfügten tatsächlich über größere organisatorische Ressourcen: Ihre Gremien tagten regelmäßig, und ihre Landesgeschäftsstellen waren personell und materiell gut ausgebaut. Sie hatten aktive Vereinigungen und Untergruppen. Ihre Kreisverbände waren weitgehend mit hauptamtlichen Geschäftsführern ausgestattet, die vergleichsweise gut bezahlt wurden und größtenteils motorisiert waren. Und zumindest ihre kontinuierlich geführten Geschäftsberichte zeugen von einer großen lokalen Parteiaktivität.<sup>205</sup> In Nordrhein-Westfalen dürfte nicht nur die Zentrumstradition dazu beigetragen haben, dass ein ausgeprägtes Organisationsbewusstsein entstand und gehalten wurde. Auch die engere Verbindung zu den Gewerkschaften und Verbänden verhalf sicherlich dazu, die Scheu vor Funktionären abzulegen und professionelle Parteiarbeit über das Ehrenamt hinaus zu betreiben. Die Konkurrenz zur dort ebenfalls gut organisierten Sozialdemokratie verstärkte diesen Effekt. Insbesondere der Landesverband Rheinland blieb der mit Abstand professionellste CDU-Landesverband.<sup>206</sup> Für jede spätere Parteireform konnte er als Vorbild dienen. Und nicht zufällig war dies genau jener Landesverband, dem Adenauer bis 1951 vorstand und dessen Entwicklung er auch danach nicht aus den Augen verlor. Hätte Adenauer tatsächlich kein Interesse an der Parteiausgestaltung gehabt, wäre dieser Organisationsvorsprung kaum derart stark gewesen.

Dass die Zentrumstradition alleine keine gute Organisation garantierte, zeigte sich letztlich in den restlichen Hochburgen des politischen Katholizismus. Hier baute die CDU weiterhin stark auf das eingangs skizzierte katholische Kirchenvorfeld.<sup>207</sup> Hauptamtliche Kreisgeschäftsführer, die diese lokalen Aktivitäten hätten bündeln können, gab es in den fünfziger Jahren nirgendwo so selten wie in den Landesverbänden Südbaden, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und Oldenburg. Bei diesen Landesverbänden zeigte sich ein krasser Gegensatz zwischen

ihrem herausragenden Wahlergebnis und ihrem schlechten Organisationsstand. Die bei Wahlen unübertroffenen rheinland-pfälzischen Christdemokraten erwiesen sich bezeichnenderweise als der mit am schlechtesten organisierte Landesverband. Nur in einem Fünftel der Gemeinden verfügten sie über Ortsgruppen. Ihre personelle und technische Ausstattung war minimal. Bezeichnend für die Haltung dieser katholisch geprägten Landesverbände war vielleicht ein Ausspruch des Oldenburger Landesvorsitzenden Wegmann, der den hannoverschen Forderungen nach einer besseren Parteiorganisation entgegnet haben soll: »Wer sonntags in die Kirche geht, ist CDU-Mitglied, dafür war weder eine Parteikarte anzulegen, noch ein Parteibeitrag festzusetzen.«<sup>208</sup> Tatsächlich waren seine Süd-Oldenburger Wahlkreise, in denen die CDU bis über achtzig Prozent (!) der Stimmen erhielt, die letzten Kreisverbände, die nach mehrfacher Mahnung in den sechziger Jahren anfangen, überhaupt Mitgliederkarteien anzulegen.<sup>209</sup> 1959 diskutierten sie zwar erstmals, »daß die Umstellung im Kreisverband Cloppenburg auf Mitgliederbasis möglich wäre«, konnten aber noch sechs Jahre später keine Meldung abgeben.<sup>210</sup> Die regionalen Spitzenergebnisse wogen derartige Verbände so sehr in Sicherheit, dass ein weiterer Parteiausbau nicht nötig erschien. Das intakte katholische Milieu, das sich gerade in abgelegenen katholischen Regionen gegen die Außenwelt verdichtet hatte, ersetzte hier immer noch die Parteiorganisation.

Bereits in den fünfziger Jahren wurden diese katholischen Landesverbände von einigen stärker evangelischen Landesverbänden organisatorisch überrundet. Nordbaden, Nordwürttemberg, Schleswig-Holstein und teilweise auch Braunschweig glänzten nun zunehmend durch eine verhältnismäßig gute Ausstattung.<sup>211</sup> Sie arbeiteten eng mit den Wirtschaftsverbänden zusammen, die sie nicht nur finanziell unterstützten, sondern auch organisatorisch inspiriert haben dürften. Da die evangelischen Christdemokraten weniger regionalistisch dachten, nahmen sie die Bonner Unterstützungsversuche stärker an. Hauptamtliche Kreisgeschäftsführer wurden zunächst im Landesverband Nordbaden, dann auch in Schleswig-Holstein und Nordwürttemberg die Regel, ebenso eigene PKWs und Filmapparate. Der weiterhin besonders schlecht organisierte Landesverband Hannover stellte mit Bonner Hilfe vor der Wahl 1953 zumindest Geschäftsführer für die Bundestagswahlkreise ein, die alle ein eigenes Auto erhielten. Im Unterschied zu den katholischen Föderalisten nahmen sie die Bonner Angebote dankbar an. Als Kreisgeschäftsführer bevorzugte gerade die norddeutsche CDU dabei – wie einst die Weimarer Konservativen – ehemalige Offiziere.<sup>212</sup> Nicht nur deren Sozialprestige, Menschenführung und Organisationserfahrung wurde im prote-

Tab. 11: Organisations- und Mitgliederstand der CDU-Landesverbände laut Erhebung der Bundesgeschäftsstelle 1956<sup>213</sup>

Landesverband/ Organisations- stand *	Mitglieder	Mitglieder- anteil an Bevölker.	Relation Mitgl./ Wähler 1953	Anteil haupt- amtl. Kreisge- schäfts- an Kreisverbänd.	Anteil an Gemeinden ohne Orts- verein	Anteil an Ge- meinden ohne Ortsverein o. Stützpunkt	Ausrüstung mit PKW; Film- apparaten, Laut- sprechern**
Rheinland	52552	0,78	2,0	70	28	10	+
Westfalen	45591	0,71	2,5	82	46	12	+/-
Südbaden	7955	0,59	1,7	23	43	31	-
Oldenburg	4589	0,57	2,6	11	24	0	--
Nordbaden	7606	0,52	1,7	84	70	10	++
Württ.-Hohenzoll.	5148	0,43	1,2	35	85	43	-
Schlesw.-Holstein	11101	0,43	1,7	42	73	53	+
Rheinland-Pfalz	12117	0,40	1,3	19	82	53	--
Berlin	8410	0,39	1,8	25	1	0	-
Braunschweig	3394	0,39	1,6	22	59	15	++
Hessen	13233	0,31	1,6	38	83	61	+/-
Hannover	14966	0,29	1,6	25	89	64	-
Hamburg	3984	0,25	1,0	57	0	0	--
Bremen	1218	0,22	1,4	50	33	0	+/-
Nordwürtt.	5278	0,21	1,2	45	85	51	+/-
Summe/ Durchschnitt bundesweit	197142	0,46	1,97	42	71	40	+/-

\* Mitgliederzahlen absolut, alle anderen Angaben in Prozent

\*\* Ausstattung vom Autor nach Einzelangaben bewertet zwischen sehr gut (++) bis mangelhaft (-)

stantisch-konservativen Raum wohlwollend aufgenommen. Die Militärrente der Ex-Offiziere konnte auch eher die magere Entlohnung ausgleichen, die die Kreisgeschäftsführer gerade in den evangelischen Kreisverbänden erhielten.

Die Position der Kreisgeschäftsführer, die eigentlich als Mittler zwischen der Basis und den Landesverbänden auftreten sollten, war denkbar schwach. Ihre im Vergleich zu den Sozialdemokraten schlechte Bezahlung, die fehlenden Aufstiegschancen und das mangelnde Ansehen machte die unteren Parteiposten so unattraktiv, dass die CDU nur schwer geeignete Mitarbeiter finden konnte. Die wachsende Vollbeschäftigung und der beginnende Aufbau der Bundeswehr erschwerte dies zusätzlich. »Dafür können Sie keinen tüchtigen Mann bekommen, der tatsächlich arbeitet,«<sup>214</sup> mahnte auch Adenauer im Hinblick auf den geringen Lohn. Zudem zeigen Umfragen unter den Kreisgeschäftsführern, dass hier ebenfalls eine große Unzufriedenheit mit den Landesverbänden bestand. Geklagt wurde über die mangelhafte Ausstattung und den fehlenden Kontakt zu den Amts- und Mandatsträgern.<sup>215</sup> Der Ausbau der

Parteibasis blieb damit eine weitere Schwachstelle der meisten Landesverbände.

Bezeichnenderweise wurden auch die in Tabelle elf zitierten Statistiken erst auf Anregung der Bundesgeschäftsstelle erhoben. Alle derartigen Daten sind freilich mit Vorsicht zu genießen. Da nur die Christdemokraten Nordrhein-Westfalens laufend komplette Statistiken führten, hatten die meisten Landesverbände kaum einen genaueren Überblick über ihre Basis. Die Landesverbände jonglierten vielmehr je nach Anfrage mit fiktiven Zahlen, die eine gewisse Selbstkontrolle suggerierten, über die sie nicht verfügten. Je nach Kontext variierten daher ihre Statistiken. Gegenüber der Öffentlichkeit nannte man bewusst großzügige Mitgliederzahlen. So wies der Nordwürttemberger Vorsitzende Simpfendorffer seinen Landesvorstand 1954 daraufhin: »Falls jemand gefragt werde, könne er die Mitgliederzahlen von Nordwürttemberg mit etwa 10000 angeben, die in Baden-Württemberg mit 30000 bis 40000.«<sup>216</sup> Intern schätzte er dagegen seinen Landesverband auf 8000 Mitglieder, während er der Bundesgeschäftsstelle die scheinbar präzise Zahl von 5278 Mitgliedern nannte. Ein Understatement, das die finanziellen Abgaben an die Bundes-CDU gering halten sollte, die zehn Pfennig pro Mitglied betrug. Ähnlich in Rheinland-Pfalz, wo die CDU intern nach Auswertung von drei Vierteln ihrer Kreisverbände bereits 14155 Mitglieder feststellte, der Bundes-CDU dann aber nur die Gesamtzahl von 12117 meldete.<sup>217</sup> Umgekehrt übermittelte der Landesverband Hannover die Zahl von rund 15000 Mitglieder nach Bonn, sprach im Land aber von 11700, obwohl nach dem Tagebuch ihres Landessekretärs niemand überhaupt eine genaue Zahl kannte.<sup>218</sup> Da der Hannoveraner Landesverband phasenweise finanzstark war, konnte er sich die Aufbesserung seines Images und seiner Delegiertenzahl anscheinend leisten. Als Hannover dann einige Jahre später finanziell bedingt einige tausend Mitglieder weniger nach Bonn meldete, begründete man die verschiedenen Werte damit, dass man die nicht-zahlenden Mitglieder abgezogen habe.<sup>219</sup> Die Landesverbände produzierten folglich situationsbedingte Statistiken, die vielleicht mehr über den Verwendungskontext aussagten als über ihre tatsächliche Parteibasis. Abgesehen davon, dass man selbst von den eingeschriebenen Mitgliedern eigentlich die große Zahl der nicht-zahlenden Mitglieder abziehen müsste, bleiben deshalb alle bis Mitte der sechziger Jahre erstellten Statistiken auch für die Parteienforschung von zweifelhaftem Wert.<sup>220</sup>

Auch ohne genaue Daten waren sich die Landesverbände sehr wohl bewusst, wie schwach ihre Basisverankerung im Vergleich zur SPD war. Die Sozialdemokraten hatten fast dreimal so viele Mitglieder.<sup>221</sup> Den

Christdemokraten war ihre kleine Mitgliederzahl sogar so peinlich, dass sie auf der Landesgeschäftsführerkonferenz im April 1954 die Anweisung herausgaben, auch an wissenschaftliche Institute keine absoluten Zahlen mehr weiterzugeben.<sup>222</sup> Führende Christdemokraten forderten parteiintern immer wieder, dass sich die Union endlich ebenfalls zur Mitgliederpartei entwickeln müsse. Insofern war die CDU zumindest eine Honoratiorenpartei wider Willen. Anfangs hegte man sogar noch große Hoffnungen. Bundesgeschäftsführer Heck steckte sich nach dem Wahlsieg 1953 das ehrgeizige Ziel, bis Jahresende eine halbe Million Mitglieder zu erreichen und im Laufe der Legislaturperiode die Millionengrenze zu überschreiten.<sup>223</sup> Adenauer bezeichnete sogar die angeblich über drei Millionen Mitglieder starken britischen Konservativen als Vorbild.<sup>224</sup> Und auch innerhalb der Landes- und Kreisverbände mangelte es nicht an Aufrufen, Mitglieder zu werben.

Tatsächlich blieb die CDU eine Partei mit schwacher Basisverankerung, was nicht zuletzt wiederum an dem fehlenden Engagement der Landesverbände lag. Weiterhin hatte die CDU nur in den katholischen Gebieten eine größere Mitgliederdichte. Obwohl die Katholiken bundesweit nur 38 Prozent der Bevölkerung ausmachten, betrug ihr Anteil in der CDU weiterhin rund 75 Prozent. Lediglich in Schleswig-Holstein, wo die CDU von Beginn an stark auf das dortige protestantisch-konservative Milieu aufgebaut hatte, gelang es ihr, dem Bevölkerungsdurchschnitt zu entsprechen. Dagegen lag der Protestantenanteil besonders niedrig bei Landesverbänden wie Rheinland-Pfalz oder Hessen, die gegenüber Adenauers Sammlungskurs auf Distanz gegangen waren. Zudem verlor die CDU bis Mitte der fünfziger Jahre überall weiter an Mitgliedern, bevor ein langsamer Anstieg einsetzte.<sup>225</sup> Die Mitgliederbestände entwickelten sich quasi um einige Jahre zeitverzögert zu den Wahlniederlagen und -erfolgen. Das lange Ende der Weimarer Republik kündigte sich damit auch bei der Mitgliederentwicklung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an, als die bürgerlichen Parteissentiments offensichtlich langsam nachließen.

Die Christdemokraten selbst erklärten ihre schwache Basisverankerung nicht nur mit dem schlechten Image der Parteien und der NSDAP-Erfahrung, sondern auch mit der mangelnden Attraktivität ihrer Ortsvereine. Häufig monierten die Landesvorsitzenden dabei selbstkritisch, dass in vielen Ortsvereine eine bestimmte »Clique« dominiere, die keine neuen Mitglieder wünsche.<sup>226</sup> Dennoch trug auch die Bundes-CDU eine nicht geringe Mitschuld an dieser Misere. Intern riefen sie zwar zu Mitglieder-Werbekampagnen auf, nach außen aber vertraten sie diese Position kaum. Hätte ein Politiker wie Adenauer sich in seinen Wahlreden

mit Gewicht für einen breiten Parteibeitritt eingesetzt, wäre die lokale Basis sicherlich gestärkt worden.

Zudem stellten sich die Christdemokraten kaum die umgekehrte Frage, wieso jemand überhaupt in die CDU eintreten sollte. Eine Ausnahme war etwa der Diskussionsbeitrag des Berliners Johann Baptist Gradl auf der Konferenz der Landesvorsitzenden vom 9. März 1956: »Aber was bieten wir eigentlich unseren Mitgliedern? (Bewegung und Widerspruch) [...] Ein echtes Parteileben, ein echter Gedanken- und Meinungsaustausch mit einer wirklichen Diskussion wird ihnen im allgemeinen nicht geboten. Und das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß wir nicht genügend Anziehungskraft haben.« Adenauer antwortete hierauf: »Wir bieten ihnen die Mitgliedschaft in unserer Partei. Und das ist doch auch etwas wert; denn es ist die Partei, die Deutschland aus seinem tiefen Fall in die Höhe geführt hat.«<sup>227</sup> Offensichtlich reichte das jedoch nicht aus. Das Grundproblem der CDU war vielmehr, dass ein Parteieintritt für keine Seite wirkliche Vorteile hatte. Das Patronagesystem der CDU funktionierte schließlich bis hin zum Staatssekretärs- und Ministerposten noch ohne das wenig angesehene Parteibuch, wenn nur die Gesinnung und häufig auch die Konfession stimmte. Die Parteifinanzierung lief ohne die Mitgliedsbeiträge. Die Programmstellung, Kandidatenauswahl und die Wahlkampfarbeit ebenso. Und da auch die Wahlergebnisse in keinem direkten Verhältnis zur Mitgliederwerbung standen, fiel selbst dieser Anreiz weg. Hätten die Mitglieder eine direkte Funktion gehabt, wären sie selbstverständlich auch von den Landesverbänden gefördert und präziser erfasst worden.

Ähnlich unbekannt wie die Mitgliederzahl blieb einigen Landesverbänden die Zahl der Ortsvereine.<sup>228</sup> Selbst nach offiziellen Angaben verfügte die CDU nur in jeder fünften Gemeinde über einen Ortsverein. In jeder zweiten Gemeinde hatten sie zumindest einen »Stützpunkt« von einzelnen Mitgliedern. Um sich lokal nicht ganz auf die undurchschaubaren Kreis- und Ortsvereine zu verlassen, baute die CDU vor der Bundestagswahl 1957 ein »Vertrauensmänner«-System auf. Dabei wurden vor den Wahlen einige zehntausend CDU-Mitglieder erfasst, die möglichst in der lokalen Vereins- und Nachbarschaftswelt verankert sein sollten, aber keine Amts- oder Mandatsträger waren. Sie erhielten wöchentlich diverses Informationsmaterial zugeschiedt, aus dem sie beiläufig Meinungen und Gerüchte in Alltagsgespräche streuen sollten.<sup>229</sup> Damit setzte die CDU selbst auf der untersten Ebene nicht auf ihre offizielle Instanz, den Ortsverein und dessen Vorsitzende, sondern auf eine informelle Gruppe, die häufig eher neben den Parteiorganen stand. Auch diese Initiative wurde wiederum von der Bundespartei angestoßen. Sie sorgte so

dafür, dass die Basis an den Landesverbänden vorbei weltanschaulich weiter vereinheitlicht und zentralisiert wurde. Abermals wurde dabei die als hierarchisch apostrophierte SPD mit neidvoller Distanz als Vorbild angeführt. Noch einige Jahre später sollte Adenauer suggerieren: »Herbert Wehner hat in Hamburg 10000 Vertrauensmänner. Er drückt nur auf einen Knopf, und die Partei in Hamburg ist präsent zu Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen, je nachdem, wie es die Führung der Sozialdemokratie für erforderlich hält. Ich bilde mir nicht ein, daß wir nur entfernt etwas ähnliches erreichen könnten. In einer freiheitlichen Partei ist es eben nicht möglich, einfach auf den Knopf zu drücken [...]«<sup>230</sup> Die Hoffnung, diesem karikierten Zusammenspiel von Führung und Basis etwas näher zu kommen, war dabei aber unüberhörbar.

Mit dem Zusammenspiel zwischen Bundesführung und lokalen Vertrauensmännern schließt sich der zweite Querschnitt durch die christdemokratische Organisationskultur. Das Kapitel zeigte das Bild der föderalen CDU in mehreren neuen Schattierungen. Erstens war auch die CDU der fünfziger Jahre weniger eine föderal denn eine regional strukturierte Partei. Innerhalb der Bundesländer war sie häufig mehrfach gebrochen, nicht selten entlang der Konfessionslinie. Zweitens entwickelten die Landesverbände – mit Ausnahme der beiden nordrhein-westfälischen – kaum eigenständige Parteistrukturen und waren keine Ausgangsbasen für Reformprozesse. Modernisierungsanstöße kamen eher von der vermeintlich inexistenten Bundes-CDU, deren Bedeutung höher als bisher zu bewerten ist. Unter den Landesverbänden modernisierten sich die mitgliederarmen evangelischen Landesverbände noch am ehesten. Drittens engagierte sich Konrad Adenauer eben nicht nur als Kanzler, sondern durchaus als Parteivorsitzender, der sich für die Straffung der Partei einsetzte. Dabei scheiterte er aber mitunter am regionalen Denken der Landesvorsitzenden, insbesondere der katholischen. Ebenso musste er in der Anfangsphase zum Teil erhebliche Niederlagen in seiner Personalpolitik einstecken. Während Adenauers Personalpolitik im Regierungsbereich fast ausnahmslos Erfolg hatte, konnte er sich als Parteivorsitzender etwa bei der Wahl seines Stellvertreters, des Bundesgeschäftsführer oder eines Generalsekretärs zunächst nicht durchsetzen.

Adenauer stärkte als Parteivorsitzender zwar nicht die innerparteiliche Demokratie und den formalen Parteiapparat, wohl aber die innerparteiliche Integrationskraft. Wählt man diese Perspektive, so erwies sich Adenauer als ein engagierter Parteiführer, der seine Partei prägte. Bei den Parteitagen drang er persönlich darauf, die Tagungsorte, die Redner, die Diskussionsteilnehmer und den Tagungsablauf so auszu-

wählen, dass die Union als geschlossene Sammlungspartei beider Konfessionen erscheinen konnte. Bei der Besetzung von wichtigen Spitzenposten war es weiterhin Adenauer, der auf das innerparteiliche Gleichgewicht achtete. Wichtige Positionen überließ er den Protestanten, die autonom ihre Repräsentanten auswählen durften. Schließlich glänzte Adenauer im Vorstand und Parteiausschuss dadurch, dass er durch seine souveräne Führungstechnik die unterschiedlichen Flügel bündelte. Gerade der Bundesvorstand war ein Gremium, in dem gelegentlich durchaus hart diskutiert wurde und das daher entsprechendes Führungsgeschick erforderte.

Maßgebliche Entscheidungen wurden freilich auch innerhalb der Partei bei informellen Treffen ausgehandelt. Insbesondere Staatssekretär Globke und der Fraktionsvorsitzende Krone spielten dabei eine noch größere Rolle als bislang angenommen. Damit lag die Parteilenkung gerade in Händen derer, die im Unterschied zu den stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden eigentlich nicht zur direkten Parteispitze zählten. Um die Troika aus Adenauer, Globke und Krone gesellten sich verschiedene, rein männliche Beratergruppen, deren Treffen im Rahmen der »Mittwochsgesellschaft« und des »geschäftsführenden Vorstandes« etwas festere Züge annahmen. Gerade in der heterogenen CDU, die durch ihre proporzbedingte Struktur ihre Organe bis zur Selbstentmachtung vergrößerte, erschien diese lockere Gruppenbildung als ein adäquates Steuerungsinstrument. Die CDU wurde so zu einer organisierten Partei ohne Parteiorganisation. Sie hatte zwar keinen starken Parteiapparat, wohl aber ein festes Netzwerk von Regeln, nach denen ihre Organisation in der Praxis strukturiert war.

## VII. Die Einbindung von Gesellschaftsteilen

Die CDU formierte sich als eine Partei, die jenseits aller sozialen Gegensätze stehen wollte. Schon in ihren ersten Aufrufen startete sie mit dem Anspruch, disparate Gesellschaftsteile harmonisch zu vereinen. »Wir sind Arbeiter und Akademiker, Handwerker und Angestellte, Kaufleute und Beamte, Protestanten und Katholiken, Strenggläubige und Freigläubige, ehemalige Frontsoldaten und KZ'ler, wir sind Männer und Frauen, Alt und Jung«, hieß es etwa in einem frühen programmatischen Manifest.<sup>1</sup> In den Besatzungsjahren war es jedoch noch leicht, die Gemeinschaft der Berufsstände, Altersgruppen, Geschlechter und Konfessionen zu fordern. Kurzzeitig suggerierten die Kriegsfolgen eine Nivellierung, in der die alten Gegensätze verschwammen. Mit der gesellschaftlichen Konsolidierung der fünfziger Jahre stand die Union nun jedoch vor der schwierigen Aufgabe, diese unterschiedlichen Segmente tatsächlich nebeneinander einzubinden, um so ihren Volkspartei-Anspruch zu rechtfertigen und ihre Wahlerfolge abzusichern.

Die CDU integrierte die Gesellschaftsteile zunächst durch die Bildung von eigenen Sonderorganisationen. Diese gehörten entweder zur Partei oder waren zumindest indirekt mit ihr verbunden. In Anlehnung an die Weimarer Zentrumsbeiräte gründete die Union bis Anfang der fünfziger Jahre weit über ein Dutzend unterschiedlicher Sondergruppen. Neben der Jungen Union, den Frauenausschüssen, der Mittelstandsvereinigung, den Sozialausschüssen der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), den Landwirtschafts-, Beamten- oder Flüchtlingsausschüssen formierten sich etwa Ausschüsse ehemaliger Berufssoldaten, der Evangelische Arbeitskreis (EAK) oder die Kulturausschüsse, in denen vornehmlich Lehrer zusammenkamen.<sup>2</sup> Ihre Vielfalt spiegelte das standes- und interessenbezogene Denken der Unionsanhänger wider. Zugleich zeigte dies die innere Vielfalt der neuen Sammlungspartei, aus der im pluralistischen Sinne eine Einheit entstehen sollte.<sup>3</sup>

Die Sondergruppen hatten eine dreifache Aufgabe. Zum einen sollten sie die christdemokratischen Positionen gruppenspezifisch an die Gesellschaft vermitteln. Zweitens zielten sie darauf ab, aus den einzelnen Gesellschaftsteilen heraus eine Anbindung an die Partei zu schaffen. Und

drittens sollten sie innerhalb der Partei entsprechende Gruppeninteressen formulieren und durchsetzen. Dementsprechend bildete die CDU vor allem für Parteiminderheiten gesonderte Zusammenschlüsse. Einen »katholischen Arbeitskreis« oder einen »Männerausschuss« gab es folglich nicht. Ebenso musste der entsprechende Gesellschaftsteil als Zielgruppe der Union anerkannt sein. So lehnte es der Bundesvorstand 1952 ab, einen »Ausschuß für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte« zu gründen, während er im gleichen Atemzug einen »Bundesausschuß für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte« genehmigte.<sup>4</sup>

Allerdings ermöglichten nicht alleine die Vereinigungen die Integration der unterschiedlichen Gesellschaftsteile. Insbesondere der direkte Kontakt mit den Verbänden oder die direkte Nominierung von Gruppenrepräsentanten trugen ebenfalls dazu bei. Auf welche Weise und in welchem Maße die CDU die unterschiedlichen Gesellschaftsteile integrierte, soll das folgende Kapitel zeigen. Dabei fällt der Blick auf die Wähler- und Mitgliedereinbindung, auf das Binnenleben der wichtigsten Vereinigungen und auf die Partizipationschancen der einzelnen Gruppen.

### 1. Berufs- und Statusgruppen

Der Adenauer-CDU gelang es verblüffend, sich dauerhaft auf alle Berufs- und Statusgruppen zu stützen. Ihr Fundament umfasste sowohl die Selbstständigen, den neuen Mittelstand als auch die Arbeiterschaft. Blickt man zunächst auf die nüchternen Wahl-, Mitglieder- und Abgeordnetenstatistiken, so weist dieses Fundament jedoch bereits drei unterschiedlich hohe Stufen auf.

Am stärksten waren die Selbstständigen eingebunden. Seit den sechziger Jahren sollten sie zu über siebzig Prozent die Union wählen. Bei den Landwirten erhielt die Union schließlich sogar neunzig Prozent der Stimmen. Die Selbstständigen waren zugleich die Berufsgruppe, in der die Union seit 1949 den größten Stimmenzuwachs hatte.<sup>5</sup> Er ging vor allem zu Lasten der Deutschen Partei und der Liberalen, die in den sechziger Jahren die evangelischen Selbstständigen an die Union verlor. Auch unter ihren Mitgliedern erwies sich die CDU als eine Volkspartei mit Selbstständigenüberhang: 1964 waren über ein Drittel der CDU-Mitglieder Selbstständige, aber nur zwölf Prozent der berufstätigen Bevölkerung.<sup>6</sup> Ihre starke Position schlug sich auch in den Parlamenten nieder. In der Bundestagsfraktion stellten sie knapp ein Drittel der Unionsabgeordneten und damit wiederum die größte Berufsgruppe.<sup>7</sup> Übermäßig stark vertreten waren dabei abermals die Landwirte, die bis zum Jahr 1965 rund fünfzehn Prozent der Fraktionssitze einnahmen.

Tab. 12: Berufliche Gliederung der CDU-Mitglieder 1964 nach Landesverbänden (in Prozent)<sup>8</sup>

Landesverband/ Berufsgruppe	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Summe Beamte Angestellte	Hand- werker	Kauf- leute	Unterneh- mer	Land- wirte	Freie Berufe, Geistl.	Summe Selbst- ständige	Sonstige; Hausfrauen, Rentner
Schleswig-Holstein	4,9	13,2	8,5	21,7	9,6	7,3	2,7	34,4	5,0	59,0	14,5
Bremen	9,9	27,4	12,6	40,0	3,0	7,0	3,0	1,8	4,3	19,1	30,9
Hannover	8,9	17,0	8,4	25,4	10,6	7,8	3,0	22,2	5,5	49,1	16,4
Braunschweig	8,8	18,2	10,8	29,0	9,9	7,5	2,6	11,5	5,9	37,4	24,9
Hamburg	5,7	28,1	9,2	37,3	5,6	10,2	3,3	1,3	9,8	32,0	27,1
Berlin	5,4	28,3	16,6	44,9	4,0	4,4	2,6	0,3	6,1	17,4	32,5
Oldenburg	9,3	10,7	7,7	18,4	10,9	9,8	1,9	35,3	3,5	61,4	10,9
Hessen	14,9	22,9	12,3	35,2	7,8	5,8	2,1	9,3	5,3	30,3	19,8
Nordwürttemberg	15,7	24,7	12,1	36,8	8,6	3,3	2,2	12,6	6,1	22,8	14,9
Westfalen	18,0	17,7	7,6	25,3	10,0	5,4	2,5	16,1	5,0	39,0	17,8
Nordbaden	15,1	19,7	14,5	34,2	10,2	4,3	2,3	14,5	5,6	36,9	13,6
Württ.-Hohenzollern	11,4	13,9	11,0	24,9	11,9	4,0	3,7	27,6	6,6	53,8	9,9
Rheinland-Pfalz	17,3	20,0	14,3	34,3	8,7	5,3	2,2	14,6	5,0	35,8	12,6
Rheinland	14,0	23,0	10,9	33,9	8,7	6,8	2,1	9,4	5,0	32,0	20,1
Südbaden	14,7	16,9	12,2	29,1	10,7	5,1	1,8	19,7	6,8	44,1	12,1
Saarland	25,3	20,9	14,3	35,2	5,9	3,7	1,3	3,9	2,6	17,4	22,1
Bundespartei	14,6	19,8	10,9	30,7	9,0	5,9	2,3	14,8	5,2	37,1	17,5

Die mittlere Stufe des christdemokratischen Parteifundamentes bildete der sogenannte neue Mittelstand, die Angestellten und Beamten. Von ihnen wählte immerhin etwa die Hälfte die Union. Im Unterschied zu den Selbstständigen stieg ihr Wähleranteil nur langsam an. Die Stimmenanteile, die die CDU schrittweise aus dem neuen Mittelstand von den Liberalen gewann, verlor sie in den sechziger Jahren teilweise wieder an die Sozialdemokraten. Im Vergleich zu den Selbstständigen konnte sie vor allem die evangelischen Angestellten und Beamten nicht dauerhaft gewinnen. Unter den Mitgliedern machten die Angehörigen des neuen Mittelstandes immerhin ein knappes Drittel aus. Sie entsprachen damit ihrem Bevölkerungsanteil, wobei die Beamten über- und die Angestellten etwas unterrepräsentiert waren. Dabei zeichnete sich auch bei den Mitgliedern ab, dass die Beamten der evangelischen Regionen aus ihrer liberalen Bildungsbürgertradition heraus der CDU etwas distanzierter gegenüberstanden. Im Bundestag waren die Beamten mit über einem Fünftel der Abgeordneten dagegen überdurchschnittlich in der Unionsfraktion vertreten, entsprachen jedoch dem Anteil der anderen Parteien.

Am schwächsten ausgeprägt war das christdemokratische Fundament bei den Arbeitern. Bei den Bundestagswahlen wählte zwar immerhin die Hälfte der katholischen Arbeiter die Union, von den evangelischen Arbeitern erhielt die CDU dagegen nur ein Viertel der Stimmen. Dieser Anteil stagnierte zunächst. Unter den CDU-Mitgliedern waren die Arbeiter besonders schwach vertreten. Sie machten keine fünfzehn Prozent aus, obwohl sie nahezu die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung stellten. Ihr Mitgliederanteil korrelierte weniger mit dem regionalen Industrialisierungsgrad als mit der Konfessionsstruktur. Landesverbände, deren Bevölkerung zu über zwei Dritteln aus Protestanten bestand, wiesen stets weniger als zehn Prozent Arbeiter auf – egal ob im städtischen Hamburg oder im ländlichen Schleswig-Holstein. Umgekehrt hatte das Bundesland mit dem höchsten Katholikenanteil, das Saarland, auch den höchsten Arbeiteranteil. Ihre parlamentarische Berücksichtigung lässt sich nicht direkt erfassen, da keine Partei in nennenswertem Umfang Arbeitern zu Mandaten verhalf. Im Unterschied zu den Liberalen fällt zumindest auf, dass die Unionsfraktion stets etwa fünf Prozent Gewerkschafts- oder Arbeitnehmerangestellte aufwies und über fünfzehn Prozent ihrer Abgeordneten einer Gewerkschaft angehörten.<sup>9</sup> Bezeichnenderweise waren im ersten Bundestag alle 25 christdemokratischen Abgeordneten, die sich als Vertreter der Arbeiterbewegung sahen, Katholiken.<sup>10</sup> Da die CDU ihre Arbeiterbindung weiterhin aus der katholisch-sozialen Gewerkschaftstradition ableitete, sollten auch deren spätere Bundestagsrepräsentanten fast ausschließlich Katholiken bleiben.

Zu den Statusmerkmalen im weiteren Sinne gehörte in den fünfziger Jahren zudem die Unterscheidung Einheimischer/Vertriebener. Der CDU gelang es, als Partei der Einheimischen und der Vertriebenen zu gelten. Innerhalb der Partei war das Gewicht der Vertriebenen jedoch kleiner als man vermuten könnte. Im Bundestag waren die Vertriebenen unterdurchschnittlich vertreten. Lediglich acht Prozent der ersten CDU/CSU-Fraktion gehören hierzu.<sup>11</sup> Und die erste zuverlässige und bundesweite statistische Erfassung (von 1966) bezifferte ihren Mitgliederanteil auf knapp sechs Prozent, obwohl sie fünfzehn Prozent der Bevölkerung ausmachten.<sup>12</sup> Wie in der Gründungsphase zeigt der Blick auf die einzelnen Landesverbände, dass der Vertriebenenanteil in den katholischen Regionen weitaus geringer war. In einem Landesverband wie Westfalen stellten sie gerade zwei Prozent der Mitglieder (und zwanzig Prozent in der Gesellschaft), in Württemberg-Hohenzollern sogar nur ein Prozent (fünfzehn Prozent im Land). Die noch intakten Reststrukturen des katholischen Milieus sorgten offensichtlich weiterhin für eine Abschottung gegenüber den Neubürgern. Die CDU blieb damit in den katholischen Gebieten die Partei der Einheimischen. In den evangelischen Gebieten, insbesondere im Norden, war sie dagegen weiterhin eine Partei mit großem Vertriebenenanteil, da hier das Organisationsgefüge durchlässiger war. Auch in Baden-Württemberg bestätigte sich diese Beobachtung: Lediglich im stärker evangelischen Landesverband Nordwürttemberg bildete sich eine aktivere Flüchtlingsgruppe heraus, die mitgliederstark war und frühzeitig einen Abgeordneten einbrachte.<sup>13</sup>

Diese unterschiedlichen Berufs- und Statusgruppen wurden zunächst durch die Vereinigungen und Ausschüsse eingebunden. Ihr satzungsgemäßes und faktisches Profil variierte stark. Versucht man dennoch eine Gesamteinschätzung, so lassen sich fünf charakteristische Merkmale herausfiltern:

Erstens wiesen die Vereinigungen einen fließenden Übergang zum jeweiligen gesellschaftlichen Vorfeld auf. Ihre führenden Köpfe nahmen zu meist gleichzeitig leitende Positionen in den dazugehörigen Interessenverbänden ein. Zudem konnte man einzelnen Vereinigungen beitreten, ohne CDU-Mitglied werden zu müssen. Damit passte sich die CDU den Parteiresentiments ihrer Anhänger an und schuf eine Art Zwischenstufe zwischen ihrer Partei und den entsprechenden Verbänden. Dennoch waren mit Ausnahme der Jungen Union bis Anfang der sechziger Jahre über achtzig Prozent der Vereinigungsmitglieder auch in der CDU.<sup>14</sup> Ihre Verbindung zur Partei blieb damit recht eng, zumal ihre führenden Repräsentanten auch Parteimitglied sein mussten.

Zweitens zeichnete sich ab, dass die Vereinigungen und Ausschüsse gruppenspezifische Kritik an der CDU auslagerten. Die Bauernvertreter konnten in ihren Sondergruppen über Erhards Außenhandelspolitik schimpfen, die Vertriebenen über den mangelhaften Lastenausgleich und die Arbeitnehmervertreter über die unzureichenden innerbetrieblichen Mitbestimmungsgesetze. Jede Sondergruppe klagte natürlich vor allem darüber, dass sie zu wenig Amts- und Mandatsträger stellte. Die CDU schuf damit Freiräume für eine Interessenartikulation, die in durchorganisierten gemeinsamen Gremien zu Konflikten geführt hätte. Nun schweißte sie die Kritiker innerhalb der CDU eher zusammen. »Der Beamtenausschuß habe offene Kritik an der CDU geübt, nicht um sie zu schädigen, sondern um sich für sie einzusetzen«<sup>15</sup>, lautete eine scheinbar paradoxe Rechtfertigung 1951, die vielleicht den Kern traf. Denn durch ihr Abrücken von dem Regierungs- und Parteikurs konnten die Vereinigungen den einzelnen sozialen Gruppen die Aussicht vermitteln, dass sich die CDU über den Status quo hinaus weiter für ihre Belange einsetzte. Damit lagerte die CDU die Kritik nicht nur aus, sondern band sie gleichzeitig ein.

Drittens wiesen die Sonderorganisationen teilweise geradezu chaotische Überschneidungen auf. Um die Selbstständigen zu vertreten, arbeiteten etwa der Bundesarbeitskreis Mittelstand (spätere Mittelstandsvereinigung), die Wirtschaftsausschüsse und seit 1963 auch der Wirtschaftsrat neben- und gegeneinander. Flüchtlingsinteressen nahmen dagegen der Landesverband Oder-Neiße, der Flüchtlingsausschuss und die Exil-CDU war. Arbeitnehmer konnten den Sozialausschüssen beitreten oder sich in verschiedenen Spartenausschüssen engagieren. »Bis jetzt ist völlig ungeklärt, was Vereinigungen in der CDU sind«, klagte selbst der geschäftsführende Vorsitzende Meyers 1958.<sup>16</sup> Auch ihm blieb sowohl ihr Verhältnis zur Partei als auch zu den Ausschüssen unklar. Diese Fragmentierung erschwerte die Interessenvertretung und Personalrekrutierung der einzelnen Gesellschaftsgruppen erheblich. Umgekehrt wurden Konflikte durch die Zersplitterung weiter dezentralisiert und damit entschärft.

Viertens schwankte der regionale Organisationsgrad der Vereinigungen und Ausschüsse wesentlich stärker als bei der restlichen Partei. Gut organisiert waren sie eigentlich nur in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Folglich umfasste allein der Landesverband Rheinland 1964 die Hälfte aller bundesweiten Mitglieder der Mittelstandsvereinigung und der Sozialausschüsse.<sup>17</sup> Und nur hier gewährleistete eine ausreichende Zahl an hauptamtlichen Mitarbeitern eine kontinuierliche Aktivität. Im Norden und im Süden der Bundesrepublik waren die Vereinigungen da-

gegen weniger eigenständige Vorfeldorganisationen als unregelmäßig tagende Foren. Ihr geringe programmatische Aktivität spiegelte sich in den vagen Formulierungen, die sie auf den Landes- und Bundesparteitagen pflichtgemäß einreichten. Dies galt besonders für die vom Bundesvorstand eingesetzten Ausschüsse. Nach Einschätzung von Heinrich Krone bestanden sie Ende der fünfziger Jahre alle »nur auf dem Papier«.<sup>18</sup> Als Ausnahme führte er nur den von Franz Etzel geleiteten Wirtschaftsausschuss an, der tatsächlich selbst auf der Landesebene durch profunde Stellungnahmen herausragte. Doch auch er wurde gelegentlich allein wegen seines viel zu großen Vorstandes als kaum arbeitsfähig bewertet.<sup>19</sup>

Ihr innerparteiliches Gewicht erhielten die Sondergruppen schließlich fünftens durch ihre Rekrutierungsfunktion. Sie dürfte ein wesentliches Movens gewesen sein, die Aktivität der Vereinigungen aufrecht zu erhalten. Dennoch war es nicht die Vereinigung oder der Ausschuss allein, der über die Besetzung von Posten entschied, sondern die berufsständischen Vertreter insgesamt.<sup>20</sup> Insofern sollten die Vereinigungen selbst bei dieser häufig hervorgehobenen Funktion nicht überbewertet werden. Wichtig war, dass sich die Union überhaupt so berufsständisch organisierte, dass sie für jede Gruppe Amts- und Mandatsplätze bereit hielt.

Dieser erste Überblick deutet bereits an, dass die Integrationsleistung der Vereinigungen nicht zu überschätzen ist. Die Art und Weise, wie die CDU die unterschiedlichen Berufs- und Statusgruppen einband, variierte beträchtlich. Die Integration der Landwirte und der Arbeiter bildeten dabei zwei unterschiedliche Pole, die einer exemplarischen Analyse wert sind.

Bei den Landwirten versuchte die CDU gar nicht erst, eine starke Sondergruppe innerhalb der Partei aufzubauen und war dennoch unvergleichbar erfolgreich. Hier setzte sie wie bei keinem anderen Berufszweig auf ein geradezu symbiotisches Verhältnis zu den Interessenverbänden. Die CDU bot dabei den führenden Repräsentanten des Bauernverbandes großzügig Mandatsplätze und Führungsstellen an. Schon im Wirtschaftsrat hatte die CDU mit Andreas Hermes dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV) den Ausschussvorsitz für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewährt.<sup>21</sup> Im Bundestag sollte von 1953 bis 1969 der Württemberger Bernhard Bauknecht diesen Ausschuss für die CDU führen; Bauknecht war zunächst Landes- und dann ebenfalls Bundesvorsitzender des Bauernverbandes. Ebenso wurde der aus Schleswig-Holstein stammende Bauernpräsident Detlev Struve von 1957 bis 1972 zum stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Parliamentshandbücher zeigen zahlreiche weitere Beispiele für diesen perso-

nalpolitischen Integrationskurs: Aus Baden-Württemberg entsandte die CDU den Präsidenten des Bauern- und Weingärtnerbundes (Heinrich Stooß) und einen Vizepräsidenten des DBV (August Berberich) in den Bundestag, aus Rheinland-Pfalz den Präsidenten des Landesbauernverbandes und den der Landwirtschaftskammer, aus dem Rheinland mit Martin Frey den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer und aus Westniedersachsen den Emsländischen Landvolkvorsitzenden Clemens Hese-mann.<sup>22</sup> Die Treffen der CDU-Landwirtschaftspolitiker ähnelten daher zunehmend den Bauernverbandstreffen – und umgekehrt. Vor allem konnten sich die landwirtschaftlichen Unionsabgeordneten der Kommunikationsnetze ihres Verbandes bedienen und dabei zugleich als scheinbar überparteiliche Interessenvertreter auftreten. Da die Landwirte nahezu lückenlos in ihren Berufsverbänden zusammengeschlossen waren, lässt sich die Breitenwirkung dieser Personalunion kaum überschätzen.<sup>23</sup> Dass die Bauern auf diese Weise zu einer der protektioniertesten Gesellschaftsgruppen der frühen Bundesrepublik wurden, verwundert kaum.

Teilweise reichte diese Überschneidung bis in die Ministerien. Heinrich Lübke war 1953 Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes als er das Amt des Landwirtschaftsministers antrat. Dabei war er eher der Wunschkandidat des Bauernverbandes als der Adenauers.<sup>24</sup> Zudem hatte der Bauernverband mit dem Staatssekretär Theodor Sonnemann einen Vertrauensmann im Landwirtschaftsministerium verankert, der Garant ihrer Agrarschutzpolitik war; er trat schließlich von der Deutschen Partei zur CDU über. Grenzenlos war die Mitsprachemöglichkeit des Bauernverbandes freilich nicht. 1957 hielt Adenauer etwa an Lübke fest, obwohl das DBV-Dreierpräsidium dessen Rücktritt forderte und eine Liste von Alternativkandidaten vorlegte – unter anderem mit dem Argument, dass Lübke Sitzungen des DBV-Präsidiums ferngeblieben sei.<sup>25</sup> Generell zogen die DBV-Präsidenten es dabei vor, vertraute Personen zu nominieren und nicht gleich selbst das Landwirtschaftsressort zu verwalten. An Angeboten fehlte es nicht. Vergeblich bemühte sich Adenauer, den Schleswig-Holsteinischen Bauernpräsidenten Struve als Bundeslandwirtschaftsminister zu gewinnen.<sup>26</sup> Ebenso hatte die CDU in Niedersachsen 1954/55 dem dortigen Verbandsführer Edmund Rehwinkel das Landwirtschaftsministerium offeriert, obwohl dieser noch nicht einmal Mitglied ihrer Partei war. Rehwinkel lehnte ab, wählte aber in Rücksprache mit Adenauer den Hauptgeschäftsführer des niedersächsischen Landvolkes als Staatssekretär für das Ministerium aus.<sup>27</sup> Gerade in den protestantischen Problemgebieten Hannovers und Nordhessens misstrauten einige Bauernvertreter der »katholischen CDU« weiterhin so sehr, dass sie selbst diese großzügigen Angebote ausschlugen. Bei der

Suche nach einem Landwirtschaftsminister bekam der niedersächsische Generalsekretär unter anderem zu hören, »dass hinter diesen ganzen Bestrebungen die katholische Aktion stünde. Man beabsichtige in Fortsetzung der Bodenreform der Sowjetzone die von evangelischen Grundbesitzern innegehabten Güter an katholische Siedler aufzuteilen.«<sup>28</sup> Gerade die Kreisvorsitzenden des Landvolkes, die sich für die CDU engagierten, waren auf den Dörfern teilweise noch Ende der fünfziger Jahre wüsten Beschimpfungen, Rücktrittsforderungen und Gegenaktionen ausgesetzt.<sup>29</sup>

Mehr Erfolg hatte die CDU dagegen in den frühen sechziger Jahren, als sie den Bundesvorsitzenden der Landjugend, der Jugendorganisation des DBV, entsprechende Ministerien anbot. Auf diesem Wege erhielt in Schleswig-Holstein Ernst Engelbrecht-Greve 1962 das Landwirtschaftsressort, in Niedersachsen drei Jahre später Wilfried Hasselmann. Da Hasselmann zugleich Neffe des nunmehrigen DBV-Präsidenten Rehwinkel war, hatte er eine doppelte Integrationsaufgabe zu erfüllen: »Die Heranziehung von Hasselmann wird bedeuten, dass wir aus jungbäuerlichen Kreisen einen ganz erheblichen Zuspruch bekommen und gleichzeitig wird damit auch Rehwinkel etwas eingebunden«, schrieb der Landesgeschäftsführer Münster seinem Landesvorsitzenden schon bei Hasselmanns Landtagsnominierung.<sup>30</sup> Münster musste es wissen. Schließlich hatte ihn die CDU ebenfalls vom Landvolk rekrutiert, um die protestantisch-konservative Wählerschaft des platten Landes besser anzusprechen.

Tatsächlich blieb Rehwinkel der wichtigste Kopf des Deutschen Bauernverbandes, den die CDU nicht über politische Posten vereinnahmen konnte. Die Integration der protestantisch-ländlichen Bevölkerung Niedersachsens wurde dadurch erschwert. Obwohl Rehwinkel sich häufig klar hinter Adenauer stellte, blieb er bis in die späten sechziger Jahre regelmäßig ein Kristallisationspunkt des landwirtschaftlichen Protestes. Die Umwerbung Rehwinkels zeigte dabei, welche Energien die CDU aufbrachte, um eine möglichst enge Symbiose mit dem landwirtschaftlichen Vorfeld zu erreichen. Adenauer, sicher kein Agrarpolitiker, lud Rehwinkel wie die anderen Bauernführer immer wieder zu beratenden Gesprächen ein.<sup>31</sup> Ebenso bemühte sich die niedersächsische CDU kontinuierlich um eine enge Zusammenarbeit mit dem Bauernpräsidenten.<sup>32</sup> Von scharfen Repliken an Rehwinkel wurde dagegen intern bewusst abgeraten, »zumal der Bauernverband eine bessere Presse habe als zum Beispiel die CDU.«<sup>33</sup> Sprach Rehwinkel Adenauer einmal wieder das Vertrauen aus, wurde dies sofort über die CDU-Rednerinformationen verbreitet.<sup>34</sup> Und neben seinem Neffen versorgte die CDU mit Hinrich Holsten ständig einen »Vertrauensmann« Rehwinkels mit einem Listenplatz, um sich dessen Wohlwollen zu sichern.<sup>35</sup>

Der christdemokratische Erfolg bei den Landwirten war somit zu weiten Teilen auch das Ergebnis einer engagierten Integrationspolitik. Gerade im evangelischen Norden übernahm die CDU so schrittweise das Erbe der früheren konservativen Parteien, bei denen seit den 1890er Jahren die Bauernverbände den fehlenden Parteiapparat ersetzt hatten. Die Landwirte waren zweifelsohne nur eine verhältnismäßig kleine Gesellschaftsgruppe. Ihr hohes Sozialprestige, das sie auch nach ihrer nationalsozialistischen Verklärung im konservativ-ständestaatlichen Denken besaßen, machte sie jedoch zu einer besonders wichtigen Klientel. Da sie gerade in kleineren Gemeinden häufig zu den Meinungsführern gehörten, konnte die CDU hoffen, über die Bauernverbände indirekt auf weitere Bevölkerungskreise auszustrahlen. Die öffentlichkeitswirksamen Bauernproteste, die auch in der Ära Adenauer immer wieder aufflackerten, konnten so weitestgehend eingedämmt werden.<sup>36</sup> Der Preis dafür war allerdings, dass die Union den Lobbyvertretern selbst ihr Politikfeld überließ.

Eine völlig andere Integrationsstrategie verfolgte die CDU gegenüber den Arbeitern. Durch die Gründung der Einheitsgewerkschaft blieb die Chance gering, sich auch hier auf ein externes Organisationsnetz zu stützen. Deshalb gründete die CDU bereits 1947 »auf Reichsebene« die Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) als ein eigenes Vorfeld. Die CDA sollte einen Ersatz für die christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik bilden. Nicht nur personell, sondern auch von ihrem Selbstverständnis her knüpfte sie an diese fast ausschließlich katholische Gewerkschaftstradition an.<sup>37</sup> Die CDA positionierte sich als eigenständige Vereinigung der Union bewusst zwischen Partei und Gesellschaft. Ihre Mitglieder brauchten nur der CDU beizutreten, wenn sie leitende Funktionen einnahmen. Zudem gab die CDA eine eigene Monatszeitschrift heraus (Die Soziale Ordnung), um unabhängige Positionen zu beziehen, und finanzierte sich auch weitgehend selbstständig, was freilich einen permanenten Finanzmangel zur Folge hatte.

Bis Mitte der sechziger Jahre vereinte die CDA knapp 38000 Mitglieder. Damit war sie die mit Abstand mitgliederstärkste berufsständische Sondergruppe der Union. Dennoch scheiterte die Integration der Arbeiter im Vergleich zu den Landwirten völlig. Obwohl die CDA sich nicht allein an Arbeiter, sondern an Arbeitnehmer richtete, blieb ihr Mitgliederbestand viel zu klein, um als Gegengewicht oder gar als Ersatz der Gewerkschaften zu dienen. Die CDA zog ihre Anfangsstärke aus der katholischen Gewerkschaftstradition, konnte sich aber nicht wesentlich über ihr rheinisch-katholisches Kerngebiet hinaus entwickeln. In nord-

deutschen Landesverbänden wie Schleswig-Holstein, Bremen oder Braunschweig vereinigte sie dagegen kaum zweihundert Arbeitnehmer, die wiederum überwiegend Diaspora-Katholiken waren. Ähnlich regional beschränkt blieb ihre Organisation: Während sie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hauptamtliche Landessekretäre und eigene Kreisgruppen hatte, blieb die CDA im Norden ein ehrenamtlich geführter, kaum aktiver Ausschuss, der lediglich im katholischen Großraum Osnabrück auch lokal verankert war. Und wie bei den Frauenausschüssen schützte auch die Randexistenz nicht vor selbstblockierenden Querelen. In der Millionenstadt Hamburg, wo die CDA einige hundert Mitglieder aufwies, standen Ende der fünfziger Jahre sogar zwei Sozialausschüsse mit katholischen Vorsitzenden nebeneinander und führten Klage gegeneinander, wer der rechtmäßige sei; schließlich stellten beide ihre Arbeit ein. Dabei ging es weniger um Sachfragen als um die begehrten Mandatsplätze, die die Diasporakatholiken sich über den CDA-Vorsitz sichern wollten.<sup>38</sup> Zudem konnte die CDA bundesweit keine starken Persönlichkeiten aufbauen. Dies zeigte sich spätestens 1958, nach dem Tod ihrer Vorsitzenden Kaiser und Arnold. Aus Mangel an politischem Nachwuchs wählte man schließlich wieder den 68-jährigen Johannes Albers, der elf Jahre zuvor schon einmal den Vorsitz innehatte. Ebenso verfehlte die CDA das Ziel, flächendeckend christlich-demokratische Betriebsgruppen aufzubauen. Bis Ende der fünfziger Jahre erreichte sie etwa ein Siebtel der sozialdemokratischen Betriebsgruppen und konnte lediglich in ihrem Kernbereich, dem Bergbau, etwa ein Drittel der Betriebsräte stellen.<sup>39</sup>

Die christliche Arbeiterschaft scheiterte jedoch nicht nur innerhalb des gesellschaftlichen Vorfeldes, sondern auch in der CDU selbst. In den Parteigremien machten ihre Vertreter gerade einmal ein Zehntel aus.<sup>40</sup> Lediglich einige Symbolfiguren an der Parteispitze korrigierten diesen Eindruck. 1956 stellte sie mit dem CDA-Vorsitzenden Jakob Kaiser und mit Karl Arnold immerhin die beiden katholischen Stellvertreter Adenauers. Auch innerhalb des Kabinetts war sie anfänglich mit Kaiser, Storch oder Blank berücksichtigt. Allerdings bescherte auch hier das Jahr 1957/58 einen Bruch. Seither sollten die CDA-Vertreter nur noch als Arbeitsminister Berücksichtigung finden.

Bei ihrer inhaltlichen Arbeit gehörten die Arbeitnehmervertreter zu einer Parteigruppe, die immer wieder auf ihre Position aufmerksam machte. Insbesondere Kaiser forderte sowohl in den Vorständen als auch in seinen Briefen an Adenauer fortwährend, stärker die Interessen der Arbeiter zu vertreten.<sup>41</sup> Ihre Resolutionen klammerten sich weiterhin an das längst überholte Ahlener Programm von 1947, wobei sie vor

allem die Ausweitung des innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes und des Miteigentums forderten.<sup>42</sup> Ihre Forderungen stießen jedoch auf zunehmend weniger Gehör, weshalb sie seit 1957 zum offenen Konfliktkurs gegenüber der Partei übergingen.<sup>43</sup> Das Misstrauen, das ihnen als linkem Parteiflügel ohnehin schon entgegen gebracht wurde, wuchs damit.

Ebenso missglückte aber auch der Versuch, über die CDA hinaus eine eigene Gewerkschaftsverankerung aufzubauen. Anfänglich bestand bei den christdemokratischen Sozialpolitikern durchaus noch die Hoffnung, dass die DGB-Gewerkschaften nicht unbedingt einseitig zur SPD neigen würden.<sup>44</sup> Immerhin stand einer Gewerkschaft wie der IG-Bergbau mit Theodor Blank noch bis 1950 ein CDU-Bundestagsabgeordneter vor. Sowohl der personalpolitische Proporz im DGB-Vorstand als auch die gemeinsame Ausgrenzung der Kommunisten sicherten anfangs noch die Zusammenarbeit in der Einheitsgewerkschaft.<sup>45</sup> Zudem bemühte auch Adenauer sich, den DGB-Vorsitzenden Böckler und dessen Nachfolger Fette durch symbolische Zugeständnisse einzubinden, um die Gewerkschaften von der SPD zu lösen. Das prominenteste Beispiel war dabei zweifelsohne die Montan-Mitbestimmung von 1951, mit Adenauer sich die gewerkschaftliche Unterstützung für den Schuman-Plan und die Wiederbewaffnung zu erhandeln hoffte. Jedoch spätestens mit den Streikdrohungen des DGB 1952 und seiner SPD-Wahlunterstützung im Jahre darauf stieg Adenauer auf einen harten, eher konfrontativen Kurs um.<sup>46</sup> Die christdemokratischen Gewerkschafter hatten sich bereits im Jahr zuvor zu einer eigenen Gruppe im DGB zusammengeschlossen, die zunehmend mit der Abspaltung drohte. Eine tatsächliche Abspaltung war freilich auch innerhalb der CDU umstritten. Nicht nur Adenauer, sondern auch Karl Arnold oder Jakob Kaiser erhoben zunächst Bedenken, da sie an dem Erfolg einer Neugründung zweifelten.<sup>47</sup> 1955 wurde dann aus dem Dauerkonflikt heraus tatsächlich mit den Christlichen Gewerkschaften die alte Vorfeldorganisation des Weimarer Zentrums wiederbelebt. Obwohl sich die Christlichen Gewerkschaften vom DGB mit dem Vorwurf abspalteten, dieser sei parteipolitisch nicht neutral, übernahm nun mit Johannes Even sogar ein CDU-Bundestagsabgeordneter ihren Vorsitz, was keinen Zweifel an ihrer politischen Ausrichtung ließ. Aber auch dieser Versuch, ein eigenes Gewerkschaftsvorfeld zu schaffen, missglückte. Trotz der massiven Unterstützung der katholischen Bischöfe gelang es den Christlichen Gewerkschaften weder, eine breitere Basis anzusprechen, noch konnte sie profilierte Persönlichkeiten aufbauen. Nicht zuletzt, weil sich auch die meisten evangelischen Kirchenvertreter gegen die Neugründung der christlichen Gewerkschaften aussprachen,

blieben sie wie in der Weimarer Republik auf den katholischen Raum beschränkt.<sup>48</sup> Innerhalb der CDU blieb die Haltung zur Christlichen Gewerkschaft gespalten, so dass man sich nach außen neutral gab. Tatsächlich kam nun aber die Mehrzahl ihrer gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten aus dieser unbedeutenden Organisation, was die Rolle des sozialen Flügels weiter schwächte.<sup>49</sup> In der Bevölkerung wurden die Christlichen Gewerkschaften ohnehin kaum wahrgenommen und mehrheitlich als klerikal-katholische Gründung abgelehnt, die einen Rückfall in eine alte gesellschaftliche Zersplitterung bedeutete.<sup>50</sup> Als echte gewerkschaftliche Vorfeldorganisation blieb der CDU folglich nur die Katholische Arbeiterbewegung Deutschlands (KAB), mit der sie vielfältige personelle Überschneidungen aufwies. Die interkonfessionellen Ziele der Union wurden aber durch die KAB sicherlich ebenfalls kaum gefördert. Mit Artur Jahn gewährte die CDU zwar auch dem Vorsitzenden der Evangelischen Arbeiterbewegung Deutschlands ein Bundestagsmandat, dessen Vorfeldorganisation blieb jedoch völlig bedeutungslos.

Die CDU erreichte damit bei den Arbeitern nicht den Zusammenschluss von Katholiken und Protestanten. Adenauers Politik der symbolischen Zugeständnisse hatte hier vielleicht zu schnell vor den sozialdemokratischen Affinitäten des DGB kapituliert. Gerade die Einbindung der evangelischen Arbeiter rückte so in weite Ferne. Dagegen konnte die SPD die Einheitsgewerkschaft als einen Schlüssel benutzen, um schrittweise vor Ort die katholischen Arbeiter zu gewinnen, wie unter dem Begriff Sozialdemokratisierungsthese für das Ruhrgebiet herausgearbeitet wurde.<sup>51</sup> Dennoch sollte man eben auch den Bruch zwischen Union und Gewerkschaft nicht nur als Verlustgeschichte für die CDU verstehen. Denn schließlich konnte sie dadurch gleichzeitig protestantisch-konservative und liberale Wähler gewinnen, die eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ablehnten.

Der exemplarische Blick auf die Arbeiter und die Landwirte zeigte somit, wie unterschiedlich die CDU die Berufsgruppen einzubinden versuchte. Während die CDU bei den Landwirten eine Symbiose mit deren Interessengruppe einging, bemühte sie sich bei den Arbeitern um eine eigene Organisation und scheiterte. Gegenüber den anderen Berufsgruppen verfolgte die CDU eher Mischformen dieser beiden Integrationstechniken. Die unterschiedlichen Mittelstandsgruppen versuchte die CDU ähnlich wie bei den Landwirten durch die bevorzugte Nominierung ihrer Verbandsvorsitzenden und durch den engen Kontakt mit den Verbänden selbst einzubinden. Den Spitzenvertretern der Wirtschaftsverbände wurde dabei ebenfalls ein direkter Zugang zum Kanzler eröffnet, der an den zuständigen Ressortministern vorbeiführte. Adenauer machte

den Verbandsvertretern dabei leichtfertig Zugeständnisse, die er allerdings ebenso umstandslos wieder modifizierte, wenn sie sich mit anderen Interessen überkreuzten.<sup>52</sup> Gleichzeitig entstand in der CDU Ende 1956 die Mittelstandsvereinigung, deren Mitgliederzahl in den folgenden Jahren schnell auf rund 12000 Mitglieder ansteigen sollte (1964). Auch diese neue Vereinigung diente als Hausmacht und Karrieresprungbrett: Ihr erster Vorsitzender, Kurt Schmücker, sollte 1963 immerhin das Wirtschaftsministerium übernehmen.<sup>53</sup>

Eine ähnliche Doppelstruktur wies die Einbindung der Vertriebenen auf. Sie bildeten ebenfalls innerhalb der CDU eine starke Gruppe, wurden aber zugleich über direkte Absprachen mit ihren Interessenverbänden integriert. Mit dem streitlustigen Linus Kather stand dem CDU-Vertriebenausschuss sogar der Präsident des Zentralverbandes vertriebener Deutscher (ZvD) und des Bundes vertriebener Deutscher (BvD) vor, bis Kather 1954 zum BHE überwechselte. Kather war damit die Schnittstelle, um die Expertisen seines Verbandes in parteioffizielle Positionen zu verwandeln.<sup>54</sup> Ohne seine Verbandsposition hätte sich Kather sicherlich nicht so lange in der CDU-Führung halten können. Während die ZvD/BvD-Vorsitzenden ansonsten vornehmlich dem BHE angehörten, stand dem Verband der Landsmannschaften stets ein CDU-Mann vor. Der Union kam dabei zugute, dass seit 1954 die Landsmannschaften an Gewicht gewannen, da sich die Vertriebenenpolitik von sozialpolitischen Fragen auf außenpolitische verlagerte. Der Erfolg bei der Einbindung der Vertriebenenverbände schwankte jedoch regional beträchtlich: Während der Bund der Vertriebenen in Baden-Württemberg eher die Sozialdemokraten und den BHE unterstützte, stand er in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen hinter der CDU. Im Wahlverhalten der Vertriebenen sollte sich dies widerspiegeln.

Ähnlich wie bei den Landwirten verfuhr Adenauer bei der Besetzung des Vertriebenenministeriums. Als der erste Vertriebenenminister, Hans Lukaschek, nicht mehr das Vertrauen der Vertriebenenverbände genoss, erkundigte sich Adenauers Staatssekretär Lenz bei ihnen nach dem gewünschten Nachfolger.<sup>55</sup> Dass die Wahl schließlich auf das ehemalige NSDAP-Mitglied Theodor Oberländer fiel, der bereits beim Münchener Hitler-Putsch von 1923 mitmarschiert war, verteidigte Adenauer nach der Erinnerung des damaligen Regierungssprechers von Eckardt mit den Worten: »Ich hab die Flüchtlingsverbände mehrmals gebeten, mir einen anderen Mann zu präsentieren, aber sie bestehen auf Oberländer.«<sup>56</sup> Als Oberländer 1960 nicht mehr zu halten war, ging Adenauer ebenso wie bei den Landwirten auch bei den Vertriebenen dazu über, den Verbandspräsidenten direkt das entsprechende Ministerium anzubieten. 1960

schlug er Globke hierfür den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen vor: »Krüger stammt aus Pommern und ist daher auch außenpolitisch nicht anfechtbar. Dazu kommt, daß bei ihm auch keine konfessionellen Bedenken wegen einer Verschiebung des Gleichgewichts im Kabinett auftreten würden.«<sup>57</sup> Tatsächlich übernahm Krüger zumindest 1963 das Ministerium.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass nicht allein die Größe einer CDU-Vereinigung über die erfolgreiche Einbindung einer Gruppe entschied. Wichtiger war, wie eng sich die CDU an Verbandsorganisationen anschmiegte, die außerhalb der Partei standen. Da der Union die organisatorischen Kapazitäten für eine eigene Basisverankerung fehlten, lag in der Symbiose mit der Verbandsführung der Schlüssel für eine dauerhafte Wähleranbindung.

Zudem wurden die unterschiedlichen Berufsgruppen nicht nur organisatorisch, sondern auch sprachlich integriert. Das galt besonders für die Arbeiter. Da die Christdemokraten bei den Arbeitern nicht mit der Sozialdemokratie konkurrieren konnten, bemühten sie sich um eine vorteilhaftere, harmonische Neudefinition der Gesellschaftsordnung. Die Kategorie Arbeiter kam in diesem Gesellschaftsbild ebenso wenig vor wie das Wort Bürgertum. Stattdessen propagierten die Christdemokraten lange vor dem »Wirtschaftswunder« die scheinbar klassenlose, nivellierte Mittelstandsgesellschaft. »Die Entwicklung und vor allem der zweite Weltkrieg haben die Fronten durcheinander gebracht. Der ausgebombte und heimatvertriebene Unternehmer oder Bauer zum Beispiel ist heute Proletarier, der Arbeiter, der sein Häuschen und seine Wohnung über den Krieg gerettet hat, ist »Besitzer« geworden«, lautete die anfängliche Begründung dieses Modells, das im unübersehbaren Einklang mit der konservativen zeitgenössischen Soziologie stand.<sup>58</sup> Insbesondere Adenauer ließ die Kategorie Arbeiter nicht mehr zu. »Unserer Arbeiterschaft geht es gut, und sie ist lange nicht mehr proletarisch; sie gehört wirklich zum Mittelstand«, betonte er etwa 1953, lange bevor die Segnungen des Wirtschaftsaufschwunges die Arbeiter tatsächlich erreicht hatten.<sup>59</sup> Damit proklamierte die CDU die reale Existenz eines utopischen Harmoniemodells, um jenseits der Berufsgruppen für alle Wähler akzeptabel zu erscheinen. Die nüchternen Sozialstatistiken zeigten dagegen, dass niemals in der deutschen Geschichte derartig viele Menschen in der klassischen Industriearbeit beschäftigt waren wie in den fünfziger Jahren.<sup>60</sup>

Gleichzeitig vermied die CDU, sprachlich als Partei des Bürgertums oder dessen Interessenverbände zu erscheinen. Bei Vorstandssitzungen oder Proklamationen achtete Adenauer darauf, dass derartige Begriffe vermieden wurden.<sup>61</sup> Die CDU versuchte, dieses neue Selbstbild auch in

ihrer Parteibasis zu verankern. Der Tagebuchbericht des niedersächsischen CDU-Landessekretärs dokumentiert, welches Umdenken dabei gerade den protestantisch-konservativen Kreisverbänden abverlangt wurde: »Typische Argumente: (a) das ›Bürgertum‹ muß sich zusammenschließen (gegen die SPD) (b) die Wirtschafts- und Interessenverbände müssen dafür gewonnen (!) werden, Persönlichkeiten als CDU-Kandidaten zu benennen [...] Ich höre Ausführungen dieser Art über eine Stunde an und sage schließlich folgendes. (1) die Bezeichnung ›Bürgertum‹ ist unzweckmäßig, denn damit werden die sog. Arbeiter nur verärgert. (2) Wirtschafts- und Interessenverbände rangieren prinzipiell hinter den demokratischen Parteien, es kann sich höchstens um ein Entgegenkommen der CDU handeln, wenn ein lokaler CDU-Verband der Nominierung eines Interesse-Repräsentanten zustimmt.«<sup>62</sup> Der Volksparteianspruch der CDU dürfte damit wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Kategorie »Bürgertum« als sprachliche Selbstbeschreibung verschwand, bevor eine tatsächliche soziale Annäherung der Gesellschaftsgruppen einsetzte. Und tatsächlich sollten sich in den fünfziger Jahren Ober- und Unterschichten trotz aller Einkommensunterschiede zunehmend zur Mitte hin verorten, was der CDU zugute kam.<sup>63</sup>

Neben dem Mittelstandsbegriff setzte die CDU ganz auf den Begriff »Arbeitnehmer«, den auch Adenauer konsequent anstelle des Wortes »Arbeiter« benutzte.<sup>64</sup> Da diese Kategorie geradezu beliebig weit gefasst werden konnte, fiel es leicht, sich als eine Arbeiterpartei darzustellen und so das soziale Parteiimage zu wahren. Definierte man die Arbeitnehmer als »nicht-selbstständige« Berufstätige, so konnte diese Gruppe tatsächlich mit dem Mitgliederanteil der Selbstständigen in der CDU mithalten. Innerhalb der einzelnen CDU-Flügel bestanden jedoch unterschiedliche Auffassungen, wer ein »Arbeitnehmer« sei – insbesondere wenn es um die Besetzung von Gremien- oder Listenplätzen ging. Konsterniert stellte der CDA-Vorsitzende Albers etwa 1959 in einer dieser Diskussionen fest, dass selbst Bankier Pferdenges ihm erklärt habe, »er sei ein Arbeitnehmer gewesen«.<sup>65</sup> Und schon einige Jahre zuvor hatte Adenauer eine Debatte mit der ironischen, aber zutreffenden Wendung beendet: »Es kommt darauf an, wen man unter Arbeitnehmer rechnet. Schließlich bin ich auch Arbeitnehmer, wenn auch unter keinem sehr angenehmen Dienstherrn.«<sup>66</sup>

Eine tatsächliche Nivellierung der Grenzen zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten strebte die CDU jedoch nicht an. Dies zeigte sich immer dann, wenn es um die Absicherung materieller oder ideeller Grenzen ging; etwa im Sozialversicherungssystem, wo man eine gemeinsame Versicherung klar ablehnte, oder beim Lastenausgleich, wo sie für eine

quotale, individuelle Vermögensherstellung eintrat.<sup>67</sup> Eine reelle Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wurde vielmehr erst durch einen viermonatigen Streik der schleswig-holsteinischen Werftarbeiter erstritten.<sup>68</sup> Die CDU plante eben keine reale Nivellierung der Berufsgruppen, wohl aber die Hebung ihres jeweiligen Lebensstandards. Und hierbei zählten auch die Arbeiter zu den Gewinnern der christdemokratischen Sozialpolitik. Denn ohne die sozialpolitischen Zugeständnisse und die neuen Konsummöglichkeiten, die der Wirtschaftsaufschwung bot, wäre die Mittelstandsrhetorik kaum auf einen fruchtbaren Boden gefallen. So aber konnte die CDU ihren Volkspartei-Anspruch mit der Idee der Mittelstandsgesellschaft verschmelzen und als harmonische Partei jenseits der Klassengesellschaft erscheinen.

## 2. Frauen in einer männlichen Partei

Die Christdemokraten verdankten ihre Wahlerfolge zu weiten Teilen der weiblichen Bevölkerung. Bei allen Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1969 lag der CDU-Stimmenanteil bei den Frauen rund neun Prozentpunkte höher als bei den Männern.<sup>69</sup> Da die Wählerinnen kriegsbedingt den größeren Bevölkerungsanteil ausmachten, war ihre Entscheidung umso wichtiger. Ihre etwas geringere Wahlbeteiligung glich dies nur teilweise aus.<sup>70</sup> Konkret: Wäre es nur nach den männlichen Wählern gegangen, hätten die Sozialdemokraten bereits in den sechziger Jahren die Christdemokraten überflügelt. Ein reines Frauenwahlrecht dagegen hätte der Union noch 1969 die absolute Mehrheit gesichert. Zudem fühlten sich die Frauen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ enger mit der Union verbunden. Die »starken Anhänger« der CDU, die etwa 1957 eine parteiinterne Allensbach-Studie ausmachte, bestanden etwa zu zwei Dritteln aus Frauen.<sup>71</sup> Ebenso sprachen sich Frauen auch zwischen den Wahlen deutlicher für die Union aus als die Männer, deren Parteipräferenz offenbar stärker schwankte.<sup>72</sup> Die engste Stammwählerschaft der CDU war damit überwiegend weiblich – obgleich viele christdemokratische Männer glaubten, Frauen würden besonders schnell auf kurzfristige Einflüsse reagieren und bei Preisschwankungen, der Wiederbewaffnungskrise oder bei einem Spitzenkandidaten wie Brandt abwandern.<sup>73</sup>

Die Umfragen aus den fünfziger Jahren zeigen zudem, dass die Wahlentscheidung der Frauen weniger von ihrer Berufsgruppe abhing. Während sich bei den Männern die Arbeiter ganz überwiegend für die Sozialdemokraten entschieden und Angestellte, Selbstständige und Beamte

Tab. 13: Parteipräferenzen von Männern und Frauen nach Berufsgruppen und Konfession 1955 (in Prozent)<sup>74</sup>

Beruf Geschlecht	Männer		Frauen		Arbeiter Männer		Arbeiter Frauen		Angest. Männer		Angest. Frauen		Beamte Männer		Beamte Frauen					
Konfession			G.	Ev.	Ka.	G.	Ev.	Ka.	G.	Ev.	Ka.	G.	Ev.	Ka.	G.	Ev.	Ka.			
CDU/CSU	37	51	25	16	34	39	26	52	46	35	58	54	46	63	50	33	68	56	43	74
SPD	37	27	57	66	48	43	54	33	21	23	21	19	20	17	21	29	11	19	24	16
Andere	26	23	18	18	18	18	20	15	33	42	21	27	34	20	29	38	21	25	33	10

(G.=Gesamt., Ev.=Evangelisch, Ka.=Katholisch)

mehrheitlich für die CDU stimmten, blieb besonders bei den katholischen Frauen die berufsspezifische Differenz wesentlich kleiner. Die frühe CDU war somit weniger die Partei der katholischen Arbeiter als die Partei der katholischen Arbeiterinnen. Folglich löste die CDU ihren Anspruch, eine Volkspartei aller Berufsgruppen zu sein, vor allem bei den Wählerinnen ein (vgl. Tab. 13).

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass die Frauen damit vornehmlich jene Partei unterstützten, die ihre gesellschaftliche Gleichstellung weiter retardierte.<sup>75</sup> Die geschlechtsspezifischen Parteipräferenzen ergaben sich vornehmlich aus den unterschiedlichen sozialen Kreisen, in denen Männer und Frauen lebten. Die höhere Kirchenbindung der Frauen führte wie in der Weimarer Republik dazu, dass Frauen stärker mit dezidiert christlichen Parteien sympathisierten.<sup>76</sup> Aus diesem Grunde verfügten Frauen auch über weniger antikatholische oder antiklerikale Ressentiments, die vor allem Männer von der Wahl der Christdemokraten abhielten. Dem Satz »Adenauer lässt sich zu sehr von der Kirche beeinflussen« stimmten etwa 1958 laut Umfragen 48 Prozent der Männer, aber nur 31 Prozent der Frauen zu.<sup>77</sup> Gleichzeitig arbeiteten Frauen seltener in gewerkschaftlich organisierten Bereichen und traten seltener den männlich geprägten, eher SPD-nahen Gewerkschaften bei. Anfang der fünfziger Jahre zählte der DGB nur siebzehn Prozent Frauen. Auch unter den außerhäuslich tätigen Frauen waren damit weniger als zehn Prozent Gewerkschaftsmitglied.<sup>78</sup> Insgesamt waren die Frauen seltener in Vereinen oder Verbänden organisiert.<sup>79</sup> In der Terminologie der klassischen mikro- und makrosoziologischen Wahltheorien unterlagen die Frauen damit seltener sich überkreuzenden Einflüssen (»cross pressures«) und Konfliktlinien (»cleavages«), die zur Wechselwahl führen können.<sup>80</sup> Unter den wahlentscheidenden Politikfeldern dürfte vor allem die Preispolitik der Regierung Adenauer, die sich gerade im Lebensmittelbereich vor Wahlen explizit an die Hausfrauen richtete, ihre Neigung zur Union verstärkt haben. Die Frau wurde dabei eben nicht nur als Mutter,

sondern als wirtschaftende Konsumentin angesprochen.<sup>81</sup> Unzutreffend erscheint dagegen die von Bremme vertretene These, dass Frauen sich stärker von großen Persönlichkeiten leiten ließen und sich daher für den starken Kanzler Adenauer aussprachen. Schließlich entschieden sich die Frauen bereits während der Besatzungszeit überwiegend für die CDU, bevor Adenauer eine entsprechende Bekanntheit erlangte.<sup>82</sup>

Obwohl sich die CDU vornehmlich auf die Stimmen der Frauen stützte, spielten diese innerhalb der Partei nur eine äußerst untergeordnete Rolle. Bereits unter den Mitgliedern waren sie im wesentlich geringeren Maße vertreten. In den fünfziger Jahre machte ihr Anteil weniger als fünfzehn Prozent aus, und auch der Mitgliederanstieg in den Sechzigern verbesserte diesen Wert nicht.<sup>83</sup> Ihr langer Ausschluss aus der Politik hatte offensichtlich zu einem geringen Interesse an den von Männern geführten politischen Institutionen geführt, was sich bis heute in ihren geringeren Mitgliederzahlen der Parteien niederschlägt. Die Frage, »interessieren Sie sich für Politik?« bejahten dementsprechend 1952 nur elf Prozent der Frauen, während es bei den Männern 46 Prozent waren.<sup>84</sup> Der weibliche Mitgliederanteil der Landes- und Kreisverbände hing zum einen davon ab, wie städtisch er geprägt war. In den Stadtstaaten und in Ballungsräumen wie Nordrhein-Westfalen lag er überdurchschnittlich hoch. Hier waren die Ressentiments gegen ihre politische Partizipation vermutlich geringer, während mehr Frauen aus einer höheren Berufsqualifikation politisches Selbstbewusstsein schöpfen konnten.<sup>85</sup> Zum anderen variierte der weibliche Mitgliederanteil nach der konfessionellen Struktur des Gebietes. In katholisch-ländlichen Gebieten traten Frauen wesentlich seltener der CDU bei, obwohl die Frauen gerade hier mit der CDU so eng verbunden waren wie keine andere Wählergruppe. Schlecht organisierte, katholisch geprägte Landesverbände wie Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern bildeten damit auch beim Frauenanteil das Schlusslicht.<sup>86</sup> Die Vorurteile gegen eine politische Beteiligung von Frauen dürften hier höher gewesen sein.<sup>87</sup> Zugleich erschien es weniger zwingend, weibliche Mitglieder zu umwerben, da das Kirchengumfeld die wesentlichen Integrationsaufgaben übernahm. Der Blick auf die Sozialstruktur der Landesverbände widerlegt wiederum die These, dass Frauen sich an Führungspersonen orientierten. Obwohl Länder wie Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg über profilierte christdemokratische Ministerpräsidenten verfügten, traten dort weniger Frauen ein als in evangelischen Landesverbänden wie Braunschweig oder Bremen, wo große Persönlichkeiten fehlten.<sup>88</sup>

Nicht nur ihr Mitglieder-, sondern auch ihr Mandatsanteil korrelierte mit der konfessionellen Struktur und dem Verstärkungsgrad des jewei-

Tab. 14: Anteil weiblicher Mitglieder in den CDU-Landesverbänden 1958–1967 (in Prozent)<sup>89</sup>

Landesverband	1958	1962	1964	1967	Evangelischer Bevölkerungsanteil 1961
Berlin	35	34,4	33,8	34,1	72,1
Bremen	19	24,1	24,6	25,0	84,7
Hamburg	23	23,0	23,2	24,4	75,4
Braunschweig	21	21,4	21,9	22,6	75,9
Rheinland	18	21,0	16,0	16,2	37,5
Westfalen	17	15,8	14,0	13,2	50,2
Hannover	15	14,1	12,3	12,2	78,5
Hessen	12	11,5	13,8	14,7	63,2
Nordwürttemberg	11	11,0	12,4	12,2	60,2
Schleswig-Holstein	13	9,9	10,5	11,5	87,4
Saarland	7	10,1	10,3	10,7	24,6
Nordbaden	10	9,3	10,3	10,4	48,4
Oldenburg	k.A.	8,5	9,9	18,7	67,8
Rheinland-Pfalz	10	9,2	9,2	9,8	41,5
Südbaden	7	7,1	7,0	7,1	31,2
Württemberg-Hohenz.	6	5,1	6,2	6,4	45,2
Bundespartei	14,7	14,5	13,3	13,5	56,2

ligen Landesverbandes. Während der Frauenanteil in den CDU-Frak­tionen der Stadtstaaten, aber auch im evangelisch-ländlichen Schleswig-Holstein, phasenweise neun bis zehn Prozent erreichte, hatten sie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nur drei bis vier Prozent der Sitze inne.<sup>90</sup> Auch innerhalb des Südweststaates war es bezeichnenderweise der stärker evangelische Landesverband Nordwürttemberg, der als einziger vor der ersten Landtagswahl 1952 eine Frau an sicherer Stelle nominierte.<sup>91</sup> Damit erwiesen sich die evangelischen Landesverbände auch unter geschlechtsspezifischer Perspektive zunehmend als die moderneren. Umgekehrt gesehen, blieben die Frauen gerade in den Landesverbänden besonders schwach vertreten, in denen sie zu über sechzig Prozent die CDU wählten. Trotz der weiblichen Wählermehrheit lag der CDU-Frauenanteil in allen Landtagsfraktionen mit durchschnittlich sechs Prozent niedriger als bei den Sozialdemokraten. Ebenso betrug ihr Anteil in der CDU-Bundestagsfraktion in den ersten fünf Legislaturperioden durchschnittlich nur sieben Prozent, während bei den Sozialdemokraten über ein Zehntel der Abgeordneten Frauen waren.<sup>92</sup> Und selbst dieser geringe weibliche Anteil sollte bis in die sechziger Jahre hinein sogar noch leicht sinken.

Wie kam es dazu, dass ausgerechnet die von Frauen präferierte CDU so wenig Politikerinnen aufwies? Zum einen erschwerte das christdemo-

kratische Frauen- und Familienbild besonders den verheirateten Frauen eine Kandidatur. Gerade in katholisch-ländlichen Landesverbänden betonte man wie in Württemberg-Hohenzollern, »daß verheiratete Frauen keine Zeit für die Politik haben«, da sie sich um Haushalt, Ehemann und Kinder kümmern müssten.<sup>93</sup> Selbst als Adenauer erstmals eine Frau als Bundesministerin zuließ, meinte er der zunächst vorgesehenen Luise Rehling noch versichern zu müssen: »Ich glaube, Sie können es ruhig tun, auch im Hinblick auf Ihren Mann. Sie werden Ihren Mann dadurch nicht vernachlässigen.«<sup>94</sup> Schließlich übernahm Elisabeth Schwarzhaupt das Amt – sie war ehelos, dafür aber promoviert. Ebenso waren auch die weiblichen Bundestagsabgeordneten der Union im Vergleich zu ihren männlichen Fraktionskollegen wesentlich seltener verheiratet, hatten selten Kinder, verfügten häufiger über einen akademischen Abschluss und waren wesentlich älter.<sup>95</sup> Sie waren »Ausnahmefrauen« und entsprachen damit gerade nicht dem weiblichen Mutterideal, das die Union förderte.

Die führenden Christdemokraten und Christdemokratinnen gingen weiterhin von der »Polarität der Geschlechtscharaktere« aus. Während sie den Frauen »die Frische des Gefühls und natürliche Reaktion« zuwiesen, sahen sie den Mann als »politischen Rationalisten«.<sup>96</sup> Auch die erste Vorsitzende des CDU-Frauenausschusses, Helene Weber, wies den Frauen eine »versöhnende Rolle« zu und sprach von der »Polarität von Mann und Frau«. Im Hinblick auf die SPD mahnte sie: »Gleichberechtigung ist nicht Gleichschaltung und Gleichsetzung.«<sup>97</sup> Der vermutlich intellektuellste Kopf der frühen CDU, Bundestagspräsident Eugen Gers­tenmaier, führte es sogar auf das »irrationale innerliche« Element der Frauen zurück, dass sie sich überwiegend für die CDU entschieden.<sup>98</sup> Ebenso sah es der nicht minder beschlagene Kurt-Georg Kiesinger als Kompliment an, der phasenweise aktivsten Christdemokratin Rehling »einen sehr klaren, fast männlichen Verstand« zu bescheinigen.<sup>99</sup> Dass Frauen aus diesem Geschlechterbild heraus führende Parlamentsposten erhielten, war kaum zu erwarten. Lediglich der »Ausschußvorsitz für Bücherei« wurde 1949 einer Frau übertragen, 1953 der für »Fragen der öffentlichen Fürsorge«. 1957 bis 1965 gingen sie sogar ganz leer aus. Gleiches galt für die Ministerien. Obwohl Adenauers Kabinette dank seiner Proporzpflege eine gewaltige Größe erreichten, blieben die Frauen trotz zahlreicher Eingaben auch 1957 noch unberücksichtigt. Sie wurden damit abgespeist, dass die Zahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden um eine Frau erhöht wurde. Und auch 1961 sollte Adenauer lange zögern, bevor mit Elisabeth Schwarzhaupt die erste deutsche Frau einen Bundesministerposten erhielt. Schließlich wurde das 21-köpfige Kabinett extra um das neue Gesundheitsministerium vergrößert, um kei-

nen männlichen Anwärter zu brüskieren. Wie so oft zeigte sich dabei, dass die christdemokratischen Frauen nicht regulär Posten erhielten, sondern Gremien lediglich um eine Frau erweitert wurden. Es dauerte schließlich bis 1967, bis die erste Frau stellvertretende Bundespartei-vorsitzende werden durfte. Und wiederum wurde die Zahl der Stellvertreterposten um einen erhöht, um den von Männern getragenen Proporz nicht zu gefährden.<sup>100</sup>

Neben dem geschlechtsspezifischen Rollendenken erschwerte aber auch die Organisationsstruktur der CDU die politischen Karrierechancen der Frauen. Vier strukturelle Hindernisse lassen sich hierbei ausmachen. Erstens erschwerte die Gruppeneinbindung der Union einen gleichberechtigten Zugang. Für ein Mandat oder einen Führungsposten qualifizierte man sich innerhalb der CDU ja eben nicht in dem kaum vorhandenen Parteiapparat, sondern eher über Wirtschafts- und Berufsverbände. In den Landwirtschafts-, Handwerks- oder Flüchtlingsverbänden hatten Frauen allerdings noch weniger Führungsposten inne, die sie für den Wechsel in die Politik qualifizierten. Im Vergleich zu den Liberalen boten zumindest die kirchlichen und sozialen Verbände ein mitgliederstarkes Vorfeld, das als Karrieresprungbrett dienen konnte. Tatsächlich zeigten die weiblichen CDU-Abgeordneten eine überdurchschnittlich hohe Verbandsverankerung, die die ihrer männlichen Kollegen sogar übertraf. Die Vorsitzende des CDU-Frauenausschusses, Helene Weber, war beispielsweise zugleich zweite Vorsitzende des katholischen Frauenbundes. Ihre Nachfolgerin im CDU-Frauenausschuss, Aenne Brauksiepe, war bezeichnenderweise zunächst ebenfalls zweite Vorsitzende des katholischen Frauenverbandes und übernahm schließlich auch dessen Vorsitz, obwohl sie bereits Vizepräsidentin des Familienbundes der deutschen Katholiken war. Die langjährige Abgeordnete Maria Niggemeyer leitete den katholischen Fürsorgeverein, während die erste deutsche Ministerin, Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt, bei ihrer Bundestagsnominierung 1953 zwar noch kein CDU-Mitglied war, dafür aber als Vorstandsmitglied des Evangelischen Frauenbundes in die Politik eintrat.<sup>101</sup> Die Kirchnähe der Union war somit sicher kein hemmender Faktor für den politischen Aufstieg von Frauen, sondern ermöglichte ihn häufig erst.<sup>102</sup>

Auch in den Ländern wiesen die führenden Christdemokratinnen eine ausgesprochen starke Vorfeldverankerung auf. So war die schleswig-holsteinische CDU-Frauenausschuß-Vorsitzende, die Landtagsabgeordnete Emmy Lüthje, zugleich auch Bundesvorsitzende des Deutschen Hausfrauenbundes, während in Baden-Württemberg die Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe und der Arbeitsgemeinschaft sämtlicher evan-

gelischen Frauenverbände kandidierte.<sup>103</sup> Die CDU mochte nur wenig Frauen unter ihren Mitgliedern haben. Über die überwiegend kirchlichen Bünde erreichten ihre weiblichen Abgeordneten indirekt einen engeren Zugang zu einer größeren, millionenstarken Mitgliedergruppe, als es der schwache CDU-Parteiapparat je hätte ermöglichen können. Für die Frauen selbst erwies sich die Verbandsrekrutierung allerdings als nachteilig. Sie wurden somit nicht als gleichberechtigte Bevölkerungshälfte integriert, sondern fast ausschließlich als Vertreterinnen von Frauenverbänden, die sich neben den Mittelstands-, Bauern- oder Arbeitnervvertretern als ein Teilsegment von einigen Prozent behaupten mussten. Ihre Marginalisierung auf kultur- und sozialpolitische Fragen war auf diese Weise ebenfalls vorgezeichnet.<sup>104</sup>

Zweitens bildete die regionale Verankerung der CDU ein weiteres strukturelles Hindernis für die Frauen. Bei einer zentralen Verteilung von Posten und Mandaten wäre es leichter gewesen, Frauen zu berücksichtigen. Da die Landesverbände jedoch alle auf ihre möglichst starke Repräsentanz auf der Bundesebene bedacht waren und bei einer weiblichen Vertreterin einen Einflussverlust fürchteten, sanken die Chancen für die Frauen. Gerade bei kleinen Gremien wie dem Fraktionsvorstand waren Frauen wegen des Regionalproporzrechtes recht chancenlos. »Jeder sagt, es muß eine Frau dabei sein, aber keiner will sie übernehmen«, fasste Adenauer die Debatte 1949 zusammen und nannte es gleichzeitig »unmöglich«, dass Nordrhein-Westfalen von einer Frau vertreten werde.<sup>105</sup> Innerhalb der regional fragmentierten Bundesländer wiederholten sich diese Probleme. Ein Bundesland wie Baden-Württemberg hatte auch deshalb so wenig weibliche Abgeordnete, weil jeder seiner vier Landesverbände nur eine kleine Kandidatenzahl stellte und Angst hatte, bei einer weiblichen Vertretung zu kurz zu kommen.<sup>106</sup> Die Wahlkreise selbst bildeten schließlich das letzte Hindernis in der Kette: Da sich fast alle CDU-Kreisverbände weigerten, eine Frau als Direktkandidatin aufzustellen, wurden die Kandidatinnen überwiegend auf den Landeslisten nominiert. Die Zahl der weiblichen CDU/CSU-Wahlkreisabgeordneten sank sogar kontinuierlich von sechs (1949) auf null (1972).<sup>107</sup> Aus diesem Grunde sprachen sich die Christdemokratinnen gegen das Mehrheitswahlrecht aus, da sie ohne den Listenausgleich noch chancenloser gewesen wären.<sup>108</sup> Gerade in CDU-Hochburgen kamen sie schon bei dem bestehenden Wahlrecht kaum in den Bundestag, weil die Mandate bereits direkt vergeben wurden.

Drittens bildete Adenauers informeller Führungsstil eine weitere Hürde für die Frauen. Während sie in offiziellen Gremien kaum zu übergehen waren, konnten sie bei den inoffiziellen Zusammenkünften leicht

außen vor gelassen werden. Bei den entscheidenden »Vorbesprechungen« Adenauers – von der »Rhöndorfer Konferenz« 1949 bis hin zu den Treffen der »Mittwochrunde« – war nicht eine einzige Frau beteiligt.<sup>109</sup> Ebenso blieb Adenauers Beraterkreis rein männlich. Andere informelle Gremien außerhalb von Adenauers Umkreis, wie die Konferenz der Landesvorsitzenden oder der Finanzausschuss der Schatzmeister, schlossen bereits durch ihre Amtsdefinition Frauen aus. Und schließlich fehlten die Frauen oft bei den informellen Kneipenverabredungen. Selbst Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt, die in ihren Memoiren eher einen gleichberechtigten Umgang der Geschlechter in der CDU ausmachte, sah gerade hierin das Kernproblem: »Eine Benachteiligung der weiblichen Minderheit ergibt sich aber daraus, daß Frauen nur selten an den Männerrunden abends beim Skat und am Biertisch teilnehmen. Abwesende werden leicht vergessen.«<sup>110</sup>

Aber auch der Zugang zu den offiziellen Führungsgremien wurde den Frauen nicht gerade erleichtert. Während das SPD-Statut von 1946 für den Bundesvorstand bereits eine Quote von mindestens vier Frauen vorsah, hielt die erste CDU-Satzung von 1950 lediglich fest, dass Frauen in allen Parteiorganen »angemessen« vertreten sein »sollen«. Unter »angemessen« wurde dabei auch von Helene Weber zunächst nur »mindestens eine Frau« verstanden.<sup>111</sup> Dass 1953 eine zweite Frau in den mittlerweile 38-köpfigen Vorstand eintreten durfte, konnten die Frauen ebenfalls nur gegen den Widerstand der Männer mit dem Argument durchsetzen, so ein konfessionelles Gleichgewicht unter den Frauenvertreterinnen zu schaffen.<sup>112</sup> Erst die Satzungsreform von 1956 garantierte den beiden Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses eine Mitgliedschaft im Bundesvorstand. Damit wurden die Frauen allerdings wiederum wie andere gesellschaftliche Gruppen als ein interessenpolitisches Teilsegment eingebaut.

Eine vierte organisatorisch bedingte Benachteiligung der Frauen ergab sich schließlich daraus, dass die CDU ihre Parteigremien kaum per Wahl, sondern qua Amt besetzte. Da die qualifizierenden Führungsämter unumstößlich rein männlich besetzt wurden (Fraktionsvorsitz, Schatzmeisteramt, Landesvorsitz etc.), mussten die Frauen mit anderen Gruppen um die wenigen Plätze ringen, die per Wahl vergeben wurden. Im Bundesvorstand waren das insgesamt gerade einmal zehn Plätze, von denen höchstens zwei bis drei an Frauen gehen konnten. Wie in den Fraktionen blieb damit auch in den Vorständen ein Frauenanteil von rund sieben Prozent jene strukturell angelegte Größe, die kaum überschritten wurde.<sup>113</sup> Und auch diesen Anteil mussten sich die Frauen in zum Teil langen Diskussionen erkämpfen. Ihr Hauptargument für ihre stärkere

Berücksichtigung war stets, dass sie den überwiegenden Teil der Wähler stellen würden. Da Adenauers Sammlungskurs gerade auf neue Wählergruppen abzielte, erwies sich dieses Argument vielleicht sogar als kontraproduktiv. Erst als sich Anfang der sechziger Jahre das Gerücht verbreitet, die Frauen könnten der Attraktivität des »deutschen Kennedy« Willy Brandt erliegen, erhöhten sich ihre Chancen.

Ihre Platzierung hing stets davon ab, ob sie noch andere Proporzmerkmale abdeckten – wie »evangelisch« oder »nord«- und »süddeutsch«.<sup>114</sup> Die Formulierung, dass man »eine evangelische Frau« noch irgendwo aufstellen müsse, gehörte auf Landes- und Bundesebene immer wieder zu den Standardsätzen. Während alle männlichen Amtsträger oder Redner namentlich ausgesucht wurden, blieb die »evangelische Frau« eine namenlose Unbekannte.<sup>115</sup> Und selbstredend sollte auch die erste Bundesministerin nicht nur evangelisch sein, sondern durch den Titel Oberkirchenrätin dies noch besonders herausstellen.

Der Konfessionsausgleich spielte bei der Auswahl der Frauen eine weitaus größere Rolle als bei allen anderen Gruppen innerhalb der CDU. Ihre enge Anbindung an das kirchliche Vorfeld, ihr Engagement in der konfessionell heiklen Kulturpolitik und die begrenzte Zahl an zugänglichen Posten wertete die Frage nach dem Ebenmaß der Gesangbücher auf. So hatte der CDU-Frauenausschuss bzw. die Bundesvereinigung der Frauen bis 1969 zwei gleichberechtigte Vorsitzende: eine katholische und eine evangelische.<sup>116</sup> Ihre Stellvertreterinnen und die beiden weiteren Vorstandsmitglieder wiesen eine ähnliche konfessionelle Doppelung auf; regionale oder berufliche Gesichtspunkte berücksichtigten sie dagegen kaum.<sup>117</sup> Selbst bei Bundestagsreden wurde diese Doppelung mitunter praktiziert. Bei der Debatte um das »Letztentscheidungsrecht des Vaters in Angelegenheiten der Kinder« traten die Katholikin Weber und die Protestantin Schwarzhaupt als gleichberechtigte Rednerinnen auf, die tatsächlich ebenso wie ihre Kirchen konträre Positionen vertraten.<sup>118</sup> Dass die Frauen stark in konfessionellen Kategorien dachten, deuten ebenso die Protokolle ihrer Sitzungen an, wo Formulierungen wie »Die evangelischen Damen unterstreichen«<sup>119</sup> zu finden sind. Aber auch führenden Männern wie Adenauer und Kiesinger erschien es selbstverständlich, »gerade bei den Frauen« auf den exakten Ausgleich zu achten und »entweder 1 evangelische Frau und 1 katholische Frau oder 2 evangelische und 2 katholische Frauen« aufzustellen.<sup>120</sup> Ebenso gelang es den Frauen dank des Konfessionsargumentes, 1960 zwei Vertreterinnen in den »engeren Vorstand« zu entsenden.<sup>121</sup> Ähnliche Rechenexempel wurden in den Bundesländern bei der Kandidatinnen-Auswahl durchgeführt. Gerade in kleinen Landesverbänden, die nur eine Frau nominie-

ren wollten, führte dies zu kuriosen Gegenrechnungen. Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern einigte sich etwa vor der Landtagswahl 1952 darauf, »daß es eine katholische Frau sein müsse, da im Bundestag die einzige Abgeordnete eine evangelische Frau sei.«<sup>122</sup>

Wer die jeweiligen Proporzposten dann ausfüllen sollte, konnten die christdemokratischen Frauen selbst entscheiden. Die Personalauswahl wurde damit zur wichtigsten Aufgabe der CDU-Frauenausschüsse. Bereits deren Vorläufer, die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, hatte sich am 1. Mai 1948 vornehmlich mit dem Ziel gegründet, auf die Personalpolitik Einfluss zu nehmen.<sup>123</sup> Der im September 1951 gegründete Bundesfrauenausschuss nannte die Personalkontrolle sogar gleich im ersten Satzungsparagrafen als seine Aufgabe. Auf seinen Sitzungen erstellte der Ausschuss Vorschlagslisten, die die Frauen in den Parteivorständen auch gegen männlichen Widerspruch verteidigten. »Wir haben einen bestimmten Auftrag vom Vorstand des Frauenausschusses und sind daran gehalten«, insistierte etwa Margarete Gröwel 1953, als die ausgewählten Kandidatinnen dem Bundesvorstand regional unausgewogen erschienen.<sup>124</sup> Da vornehmlich die Vorsitzenden der Frauenausschüsse auch Führungspositionen erhielten, entwickelte sich die Frauenvereinigung neben der Verbandstätigkeit zu einem zweiten Karriereprungbrett. Zumindest diese autonome Personalauswahl hatten sie ihren sozialdemokratischen Kolleginnen voraus.

Allerdings zeigte sich schnell das Janusgesicht ihrer Personalautonomie. Die spärlichen Wortbeiträge, die die Frauen in den Parteigremien einbrachten, bezogen sich fast immer auf ihre personelle Berücksichtigung.<sup>125</sup> Damit drohte die Personalfrage zum Selbstzweck zu werden. Auch innerhalb der Landesfrauenausschüsse stand die Diskussion über die angemessene Berücksichtigung von Frauen immer wieder im Vordergrund.<sup>126</sup> Die Frustration über ihre mangelnde Berücksichtigung wuchs im Laufe der fünfziger Jahre und wurde zunehmend deutlicher artikuliert. Inhaltliche politische Diskussionen standen dagegen zurück. Selbst Forderungen zu Gesetzen, die Frauen direkt betrafen, blieben in den Vorständen meist aus. Ebenso meldeten sich die Frauen in den Fraktionen selten zu Wort. Wenn sie zu politischen Themen sprachen, dann zur Familien-, Sozial- oder Kulturpolitik. Dabei versuchten sie ihre Beiträge durch den Hinweis auf ihre weibliche Sicht der Dinge zu legitimieren (»Ich als Frau ...«).<sup>127</sup> Bei den Tagungen der CDU-Frauenvereinigung und auf öffentlichen Frauenveranstaltungen waren es bezeichnenderweise ebenfalls überwiegend Männer, die die Referate zu politischen Themen hielten.<sup>128</sup> Die Frauentagungen waren somit eher Informationsveranstaltungen über die männlich geführten Politikfelder, nicht Debatten

über eine Förderung der Gleichstellung. Noch 1969 traten bei der Tagung der Bundesvereinigung der Frauen Bruno Heck, Kurt Georg Kiesinger und Eugen Gerstenmaier als Redner auf, während neben den beiden Vorsitzenden der Frauenvereinigung nur noch eine Frau sprach.<sup>129</sup>

Erst in den internen Debatten der Frauenvereinigung wurden daher die frauen- und gesellschaftspolitischen Grundsätze der Christdemokratinnen deutlicher. Progressivere und christlich-konservative Positionen standen dabei nebeneinander. Während 1952 etwa die Mehrheit der Frauen für die Streichung des § 1354 (»Gehorsamspflicht«) eintrat, brachten einzelne Frauen das Argument: »Aus der Schöpfungsordnung heraus ist die Frau dem Manne gegenüber zum Gehorsam verpflichtet.« Ebenso wurde für den § 1356 (Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit) der Zusatz angeregt: »Die erste Pflicht der verheirateten Frau, vor allem der Mutter, liege in der Familie.«<sup>130</sup> Der Spagat der christdemokratischen Frauen bestand folglich darin, für die rechtliche Gleichstellung der Frauen einzutreten und zugleich deren weiblichen Geschlechtscharakter und ihre Mutterrolle zu betonen. »Für die weibliche Jugend ist eine Ausbildung anzustreben, die sowohl auf die Aufgaben als Hausfrau und Mutter vorbereitet, als auch eine außerhäusliche Berufstätigkeit ermöglicht«, lautete dementsprechend etwa ein Antrag auf dem Parteitag 1954.<sup>131</sup> Selbst Elisabeth Schwarzhaupt, die innerhalb der CDU besonders progressiv wirkte und nicht selten den Beifall der SPD erhielt, mahnte etwa im Hinblick auf die biblischen Worte »von der Unterordnung der Frau«: »Wir glauben, daß auch in diesen Worten ein bleibender Sinn steckt, der von der zeitgebundenen Form dieser Worte zu lösen ist.«<sup>132</sup> Die Unterordnung solle jedoch freiwillig und nicht durch staatlichen Zwang geschehen, weswegen sie für das Gleichstellungsgesetz eintrat. Der Versuch des Frauenausschusses, die Forderung nach der Revision des Gleichstellungsartikels in das Hamburger CDU-Programm aufzunehmen, scheiterte schließlich 1953 an der Mehrheit der männlichen Delegierten.<sup>133</sup> Insgesamt zeigen die Tätigkeitsberichte und Protokolle der Frauenausschüsse jedoch, dass sich die inhaltliche Arbeit der christdemokratischen Frauen bis in die sechziger Jahre in einem sehr bescheidenen Rahmen hielt.<sup>134</sup> Ähnlich wie viele männliche Christdemokraten dachten auch die Christdemokratinnen eben vornehmlich in personalpolitischen und nicht in programmatischen Kategorien.

Die Arbeit der Frauenausschüsse erstreckte sich vor allem auf zwei Bereiche: Zum einen organisierten sie Vernetzungstreffen mit den ihnen nahestehenden Frauenverbänden. Zum anderen veranstalteten sie gesellige, politisch bildende Zusammenkünfte für die weiblichen CDU-Mitglieder. Ihre Tätigkeitsberichte verzeichneten Kaffeetafeln mit Referenten,

Betriebsbesichtigungen, Modeschauen, Ausflugsfahrten oder Paketaktionen für die DDR. In beiden Bereichen zeigte sich das breitenwirksame, aber recht unpolitische Engagement der Frauenvereinigungen. Die Organisationskraft und Aktivität der Landesfrauenausschüsse variierte ebenfalls regional noch stärker als bei den Landesverbänden insgesamt. Während insbesondere in Berlin und Nordrhein-Westfalen hauptberuflich beschäftigte Frauen die Vorfeldarbeit koordinierten und ein Landesausschuss wie Westfalen jährlich einige Dutzend Tagungen mit kirchlichen Frauenverbänden organisierte, war der Frauenausschuss in Nordbaden noch 1959 inexistent, während die Frauen in Südbaden ihre Anschreiben noch handschriftlich verfassten.<sup>135</sup>

Nicht zuletzt ihre extrem unterschiedliche finanzielle Basis sorgte für dieses starke Organisationsgefälle zwischen den Landesfrauenausschüssen. Da die Frauen im Unterschied zu anderen Vereinigungen keine eigenen Finanzmittel besaßen, waren sie auf die jeweilige Großzügigkeit der überwiegend männlichen Gremien angewiesen. Noch 1964 hatten nur neun der siebzehn Landesfrauen-Vereinigungen einen festen Etat.<sup>136</sup> Während sie in Westfalen jährlich 32000 DM erhielten, mussten sie in Schleswig-Holstein, Braunschweig oder Oldenburg alle Ausgaben für ihre ehrenamtliche Tätigkeit einzeln beantragen, was oft Schwierigkeiten bereitete.<sup>137</sup> Offensichtlich traute man den Frauen hier nicht zu, selbst über Parteigelder zu entscheiden. Die oft gerühmte Autonomie der christdemokratischen Vereinigungen zeigte sich hier kaum.

Die organisatorische Struktur der Frauenvereinigung blieb aber auch auf der Bundesebene recht desolat. Bis in die sechziger Jahre gelang es ihnen nicht einmal, überhaupt nur die weiblichen Parteimitglieder zu ermitteln. Laut Satzung waren alle weiblichen CDU-Mitglieder automatisch auch Mitglieder der Frauenvereinigung. Dennoch waren bei der Bundesvereinigung 1964 nur 21000 der rund 35000 weiblichen Mitglieder eingeschrieben, was damit erklärt wurde, »daß unsere Landesvereinigungen nicht überall organisatorisch in der Lage sind, alle weiblichen Mitglieder in der CDU zu erfassen.«<sup>138</sup> Ihre seit 1955 bestehende Mitgliederzeitschrift erreichte sogar nur eine Auflage von 7500 Exemplaren, wovon die Hälfte bezahlt wurde. Offensichtlich gelang es den Frauenvereinigungen auch hier nicht, eine so enge Anbindung an die weiblichen Mitglieder zu erreichen, dass diese ihr Blatt bezogen.

Große Probleme hatten die Frauen zudem bei der Wahl ihrer Vorstände. Obwohl sie für sich geschlechtsspezifisch in Anspruch nahmen, Versöhnung und Harmonie in die Politik zu tragen, waren ihre Vorstände häufig heillos zerstritten. 1954 bat der Bundesfrauenausschuss daher den Bundesgeschäftsführer Bruno Heck, zumindest bei ihren Vorstands-

wahlen anwesend zu sein. Im Anschreiben der Frauen hieß es: »Ich habe das Gefühl, als wäre ab 9.00, zum mindestens ab 10.00 die Anwesenheit eines vernünftigen Mannes lebensnotwendig. Das Wählen von Vorsitzenden habe ich einmal mitgekriegt, dass ein Teil der Frauen sich nicht tatsächlich in die Haare geraten sind, begreife ich heute noch nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass ihre Anwesenheit beruhigend und klärend wirkt. Ein Teil der Frauen, die in Königswinter sein werden, ist labil, und trotzdem zur Vernunft bereit, wenn sie jemand vernünftig an die Hand nimmt.«<sup>139</sup> Auch im folgenden Jahr bestanden so unlösbare Meinungsverschiedenheiten, dass die Männer vom geschäftsführenden Vorstand mit einem »klärenden Gespräch« eingreifen mussten.<sup>140</sup> Damit zeigte sich abermals, dass die Frauen sich selbst in ihren Sonderorganisationen stark von den männlichen Parteikollegen abhängig machten. Die Konflikte zwischen den Frauen konnten sie jedoch nicht lösen. 1956 war die Vorsitzende Helene Weber schließlich verbittert über die Stimmung im Frauenausschuss und ließ lediglich ausrichten, nicht mehr erscheinen zu wollen.<sup>141</sup> Ebenso häuften sich in den Landesverbänden die Meldungen, wonach sich die Frauenausschüsse wegen interner Querelen nicht auf eine Vorsitzende einigen konnten.<sup>142</sup> Offensichtlich waren die christdemokratischen Frauen durch ihren politischen Ausschluss so ungeübt im politischen Ränkespiel, dass ihnen ausgleichende Techniken wie Vorabgesprächen und taktische Kompromisse schwer fielen. Da ihnen nur wenige Amts- und Mandatsplätze zustanden, erhöhte sich der Konkurrenzkampf um den Vorsitz. Und schließlich zeigten die Auseinandersetzungen abermals, dass die CDU auch innerhalb der scheinbar homogeneren Gruppe der Frauen ein äußerst fragiles und fragmentiertes Gebilde war, dessen Gleichgewicht immer wieder stabilisiert werden musste.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Frauen-Vereinigungen wenig Gewicht hatten und kaum zur Integration der weiblichen Wählermehrheit beitragen konnten. Ihre Bedeutung erschöpfte sich darin, die wenigen Amts- und Mandatsplätze, die ihnen zugestanden wurden, konfessionell ausgewogen zu besetzen. Nicht allein geschlechtsspezifische Vorurteile, sondern auch die Organisationsstruktur der CDU erschwerte den Frauen den politischen Zugang. Die informelle Parteiführung, die Gremienbesetzung qua Amt, die regionale Verankerung der Partei und die verbandnahe Elitenrekrutierung marginalisierten die Frauen zu einer untergeordneten Interessengruppe. Damit blieb die CDU eine männliche Partei mit einer überwiegend weiblichen Wählerschaft, die allerdings über eine enge Symbiose mit den konfessionellen Frauenverbänden an die Partei angebunden wurde.

### 3. Die Junge Union

Die CDU war seit ihrer Gründung eine Partei, für die sich besonders die Wähler über sechzig entschieden. Dem Bedürfnis nach Sicherheit und Bewahrung, das nach der »Lebenszyklusthese« im Alter anwächst, kam sie mit ihren konservativen Zügen offensichtlich mehr entgegen als andere Parteien.<sup>143</sup> Nicht zuletzt dank Adenauers hohem Alter und dem undifferenzierten Restaurationsvorwurf erschien gerade die frühe CDU als eine Partei der älteren Jahrgänge. Tatsächlich entschieden sich jedoch auch die jungen Wähler von unter dreißig Jahren bis 1969 immer etwas häufiger für die CDU als die Wähler mittleren Alters. Gerade bei jungen Männern zeigte sich diese Differenz, die noch im Jahr 1965 immerhin über sieben Prozentpunkte betrug.<sup>144</sup> Die Wahlentscheidung der jungen Generation fiel nicht zu Lasten der SPD aus, sondern zu Ungunsten der bürgerlichen Kleinparteien. Vermutlich war bei den im Nationalsozialismus sozialisierten Jahrgängen das Bedürfnis nach politischer Geschlossenheit in einer großen Partei höher. Zudem stand die CDU ja eben nicht für eine Restauration der Weimarer Parteien, sondern für eine neue politische Sammlung. Dagegen stützten sich die Deutsche Partei, das Zentrum und die Liberalen in ihren Hochburgen stärker auf die Honoratioren aus der Weimarer Zeit.<sup>145</sup> Ebenso war der christdemokratische Westbindungskurs oder ihr sozialer Gesellschaftsausgleich ja gerade kein Rückgriff auf die Weimarer Republik, sondern verkörperte die moderne »Westernisierung«, die von der Jugend schneller aufgegriffen wurde.<sup>146</sup>

Von den Amts- und Mandatsträgern her war die Adenauer-CDU freilich keine jugendliche Partei. Ausgesprochen junge Bundestagskandidaten hatten bei der Union weniger Chancen als bei den Sozialdemokraten. Bis 1961 stellte die SPD-Fraktion nicht nur die jüngsten Abgeordneten, sondern wies auch ein Durchschnittsalter auf, das mehr als zwei Jahre unter dem der CDU-Fraktion lag.<sup>147</sup> Innerhalb der Partei sah die Satzung immerhin für alle Organe eine »angemessene« Beteiligung der jungen Generation vor, in einzelnen Landesverbänden sogar eine feste Sitzanzahl. Dennoch musste sie sich ihre spärlichen Vorstandsposten immer wieder erkämpfen. Politiker unter vierzig Jahren blieben in Parlament und Parteiführung zunächst die große Ausnahme. Gerade nach den großen politischen Karrierechancen, die der Nationalsozialismus jungen Männern bot, dominierte nun ein neues Anciennitätsdenken.

Zugang zu Führungsstellen versprach die CDU-Jugendorganisation, die Junge Union (JU). Ihr Vorsitzender vertrat de facto auch die junge

Generation im Bundesvorstand. Immerhin war die Junge Union die einzige Vereinigung, die nach langen Debatten bereits 1950 satzungsgemäß Anspruch auf einen Vorstandsposten erheben konnte.<sup>148</sup> Bezeichnenderweise wurde der Begriff »jung« bei dieser Vereinigung sehr weit gefasst. Bis zum Alter von vierzig Jahren konnte man der Jungen Union angehören, während die Jungsozialisten zwischen 1949 und 1959 die Grenze sogar auf dreißig Jahre senkten, um ihre Partei zu verjüngen. Die Führungspersonen der JU waren teilweise sogar älter. Ihr erster Vorsitzender Bruno Six begann 1946 erst mit vierzig Jahren seine JU-Karriere. Sein Nachfolger Dufhues startete im gleichen Alter und ihr Geschäftsführer von 1953, Carl-Magnus Merck, zählte bereits stolze 44 Jahre. Erst mit ihren Vorsitzenden Ernst Majonica (Jahrgang 1920) und Gerhard Stoltenberg (Jahrgang 1928) leitete die Junge Union in den fünfziger Jahren eine schrittweise Verjüngung ihrer Führungsspitze ein.<sup>149</sup> Mit der »Jugend« der fünfziger Jahre hatte die Junge Union freilich wenig gemein. Die JU versammelte hauptsächlich berufstätige Erwachsene im mittleren Alter. Gerade ihre Spitze bestand aus vorwiegend promovierten Akademikern, die wie bei anderen Gruppen fast rein männlich waren. Wie ihre Mutterpartei präsentierte sie bei ihren »Deutschlandtagen« und im Vorstand zumeist nur eine Quotenfrau.

Die Junge Union der fünfziger Jahre wurde in der Literatur bislang als parteitreues Karrieresprungbrett vernachlässigt.<sup>150</sup> Gerade wenn man das Verhältnis zwischen der Jungen Union und der CDU genauer betrachtet, zeigt sich jedoch, dass die Junge Union keineswegs ein getreues Abziehbild der Mutterpartei war. Vielmehr zeichnete sie sich durch eine unverkennbare Eigenständigkeit aus. Das lag zum einen an ihrer verhältnismäßig großen finanziellen Unabhängigkeit. Auf der Orts- und Kreisebene lebte sie von Mitgliedsbeiträgen, auf den höheren Ebenen von den staatlichen Mitteln des Landes- und Bundesjugendplanes. Die Bundes-CDU gewährte ihr zunächst nur kleine Zuschüsse, die außerhalb von Wahljahren in den fünfziger Jahren nicht einige tausend Mark monatlich überschritten.<sup>151</sup> Zum anderen hielt sie sich organisatorisch von der CDU getrennt. Das Angebot, das JU-Bundessekretariat in der CDU-Geschäftsstelle unterzubringen, lehnte die JU bis 1955 bewusst ab, um ihre Unabhängigkeit zu zeigen.<sup>152</sup> Da nur ihre Führungspersonen zugleich der CDU beitreten mussten, war ihre Basis nur locker mit der Mutterpartei verbunden. Bis Mitte der sechziger Jahre war lediglich die Hälfte der JU-Mitglieder zugleich auch in der CDU – ein Anteil, der wesentlich niedriger lag als bei anderen christdemokratischen Vereinigungen.<sup>153</sup> Und nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ragte die Junge Union heraus. Ihr Mitgliederstand entsprach immerhin fast einem

Viertel der gesamten CDU-Mitglieder, womit sie die mit Abstand stärkste Vereinigung der CDU war.<sup>154</sup>

Blickt man genauer auf das Innenleben der Jungen Union, so lassen sich mindestens drei auch sozialgeschichtlich interessante Auffälligkeiten ausmachen. Erstens dachte die jüngere Generation im Vergleich zur CDU wesentlich zentralistischer. Statt die föderalen und regionalen Quellen der CDU nachzuahmen, bildete sie bereits im Januar 1947 einen gemeinsamen »Deutschlandrat« als Führungsorgan. Regelmäßige Delegiertentreffen folgten unter dem Namen Deutschlandtag. Dass ihr Parteitag Mitte 1947 in Ost-Berlin stattfand, demonstrierte ihre stärker gesamtdeutsche Ausrichtung. Ebenso saßen bis 1948 noch führende JU-Politiker aus der SBZ im Deutschlandrat. Von der CDU/CSU forderte die Junge Union bereits 1948 einen sofortigen Zusammenschluss der Landesverbände zu einer deutschen Partei.<sup>155</sup> Auf dem Gründungsparteitag der CDU war es wiederum ein JU-Vorsitzender, der als einziger Redner »eine straffe Organisation« einforderte.<sup>156</sup> Auch in den Jahresberichten der Jungen Union stand die »organisatorische Straffung« an erster Stelle.<sup>157</sup> 1950 war es wiederum die JU, die 1950 trotz Kiesingers Niederlage seine Nominierung zum geschäftsführenden Vorsitzenden forderte, was die föderalistischen CDU-Politiker ablehnten.<sup>158</sup> Für den JU-Bundesvorsitzenden Majonica erschien es selbstverständlich, an allen Vorstandssitzungen der JU-Landesverbände teilzunehmen. Die Landespolitiker der Mutterpartei hätten sich eine derartige Einmischung eines »Bundesfunktionärs« verboten.<sup>159</sup> Und schließlich akzeptierte die junge Generation nicht den bayrischen Sonderstatus der CSU, sondern gründete sich bundesweit. Bis heute bildet sie eine wichtige gemeinsame Klammer zwischen den Schwesterparteien.

Wesentlich zentralistischer gebärdete sich die JU auch innerhalb der Bundesländer. Dabei überwand sie zunächst die regionale Zersplitterung ihrer Mutterpartei. Im Unterschied zur CDU schlossen sich ihre Verbände Rheinland und Westfalen bereits 1949 zusammen. Ebenso gründete die JU im dreigeteilten Niedersachsen zunächst einen gemeinsamen Verband und kritisierte die Mutterpartei wegen ihres »überspitzten Föderalismus« und ihrer mangelhaften Organisation.<sup>160</sup> Auch in Baden-Württemberg bildete sie schon 1947 eine Arbeitsgemeinschaft der südwestdeutschen Länder und beschloss im Jahr darauf eine Verbindungsstelle.<sup>161</sup> Nachdem sie sich Ende 1951 in einer Volksabstimmung der Südweststaat durchgesetzt hatte, erklärte die JU sofort den Zusammenschluss ihrer dortigen Landesverbände und forderte selbiges von der CDU.<sup>162</sup> Die Sonderabspaltung der CSU wurde ebenfalls nicht akzeptiert. Die JU Bayerns wurde vielmehr zu einem normalen Landesverband der JU Deutschlands

und bildet somit bis heute ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den beiden Schwesterparteien.

Alle diese Belege weisen darauf hin, dass die jüngere Generation durch ihre Sozialisation im zentralistischen Nationalsozialismus das regionale Denken stärker überwand. Wäre es nach der sogenannten HJ-Generation gegangen, hätte sich die CDU von vornherein als eine strafbarer organisierte Partei gegründet. Gleichzeitig zeigten sich in den fünfziger Jahren schnell die Grenzen ihres zentralistischen Anspruchs. Fast überall sollte sich die Junge Union der regionalen Struktur der Mutterpartei anpassen. Schon 1951 trennte sich der gemeinsame nordrhein-westfälische JU-Verband wieder. In Baden-Württemberg sollte es bis 1970 dauern, bis sich die vier JU-Verbände tatsächlich zusammenschlossen; also lediglich zwei Jahre vor ihrer Mutterpartei. Und auch in Niedersachsen zerfiel die JU sofort in drei Landesverbände. Während die drei niedersächsischen CDU-Landesverbände bis heute getrennt blieben, gelang der JU jedoch wenigstens 1968 der Zusammenschluss, der allerdings bis zur Gegenwart fragil blieb.<sup>163</sup>

Zweitens zeigen die Akten den überraschenden Befund, dass die Parteijugend der CDU offensichtlich nicht durch den Nationalsozialismus säkularisiert wurde. Vielmehr traten erstaunlicher Weise viele JU-Verbände auch in den fünfziger Jahren noch klerikaler auf als ihre Mutterpartei. Das Grundsatzprogramm der JU Rheinland bekannte sich etwa »uneingeschränkt zu dem in der Bibel geoffenbarten dreieinigem Gott als dem Urquell aller Schöpfung und Erlösung. [...] Der Staat ist die von Gott eingesetzte Organisation des Staatsvolkes.«<sup>164</sup> Das Programm der rheinland-pfälzischen JU führte sogar alle Grundsätze auf das »göttliche Gesetz« zurück und postulierte: »Gottesrecht bricht Menschenrecht«.<sup>165</sup> Und selbst in den protestantisch-konservativen Landstrichen Niedersachsens stand die JU erstaunlicher Weise wesentlich stärker in der christlich-sozialen Tradition als ihre Mutterpartei. Während das Programm der JU Hannover-Stadt mit religiösem Pathos gegen die Trennung von Staat und Kirche argumentierte, forderte die JU des ländlichen Bezirkes Stade die »wahre christliche Soziallehre« und »die Bekenntnisschule als anerkannte Grundschule unseres Volkes«.<sup>166</sup> Noch 1953 kursierten im Landesverband Hannover JU-Mitgliedsausweise mit der Aufschrift: »Unsere Grundforderungen. Die Junge Union setzt sich ein: [...] – für eine christliche Soziallehre/ – für eine gemeinwirtschaftliche Ordnung der Grundindustrie/ – für die Bekenntnisschule als anerkannte Grundschule unseres Volkes.«<sup>167</sup> Hier zeigte sich das Phänomen, dass die Politikvorstellungen junger Menschen eher soziale und metaphysische Dimensionen annehmen. Die stark christlich-soziale Ausrichtung der JU resultierte

aber auch daraus, dass ihre Mitglieder oft aus den kirchlichen Jugendverbänden kamen. Ihre bisherige Sozialisation schlug sich in den Programmen nieder. Dementsprechend verwundert es kaum, dass die JU gerade in einem katholischen Land wie Rheinland-Pfalz eine besondere Mitgliederstärke entwickelte. Aber auch in evangelischen Landesverbänden wurde die Junge Union in hohem Maße von Katholiken getragen. Die vereinzelt überlieferten, frühen Statistiken aus norddeutschen JU-Kreisen zeigen, dass auch die JU damit häufig den Außenseiterstatus ihrer Mutterpartei übernahm.<sup>168</sup> Noch Ende der sechziger Jahre sollte der Protestantanteil der Jungen Union mit 21 Prozent bundesweit kleiner als bei der Mutterpartei sein. Zudem traten die JU-Mitglieder in den katholischen Landesverbänden wesentlich häufiger zugleich der CDU bei. Während 1964 im katholischen Landesverband Rheinland-Pfalz 95 Prozent der JU-Mitglieder zugleich der CDU angehörten, waren es in Schleswig-Holstein nur ein Fünftel, in Niedersachsen sogar nur ein Sechstel.<sup>169</sup> Offensichtlich schlugen die Parteiessentiments der evangelischen Bevölkerung damit auch bei der Jugend weiterhin durch.

Die stark katholische Verankerung der Jungen Union zeigte sich ebenso bei ihren Vorfeldkontakten. Nach Einschätzung ihres Bundesvorsitzenden gelang mit den katholischen Jugendverbänden eine sehr enge Zusammenarbeit, mit den evangelischen hingegen kaum. Die protestantischen Jugendverbände zeigten sich etwa verstimmt, weil die JU zu wenig evangelische Vertreter in den Jugendring wählte, oder sie lehnten generell jede Stellungnahme zur Tagespolitik ab.<sup>170</sup> Erst mit der Wahl des Nordlichtes Gerhard Stoltenberg setzte auch die Junge Union seit 1955 ein bewusstes Signal, um auch die evangelische jüngere Generation anzusprechen. Dennoch verzeichneten selbst die JU-Tätigkeitsberichte aus den frühen sechziger Jahren unter der Rubrik »Kontakt mit anderen Verbänden« vor allem den Bund der katholischen Jugend und die Katholische Arbeiterbewegung.<sup>171</sup>

Erstaunlicherweise traten auch in der Jugendorganisation konfessionelle Spannungen auf. Im katholischen Württemberg-Hohenzollern gingen die Streitigkeiten etwa soweit, dass sich die dortige JU an Adenauer als Schlichter wandte. »Wir von der Jungen Union sahen uns massiven Angriffen unserer evangelischen Freunde ausgesetzt«, klagte ihr Vorsitzender, wobei das »wir« bereits die katholische Selbstdefinition der JU signalisierte.<sup>172</sup> Umgekehrt im evangelischen Norden: In Hamburg kam es etwa 1959/60 zum offenen Konfessionsstreit, als zwei Angestellte der Deutschen Katholischen Jugend 136 katholische Mitglieder aus ihrem Verband in die Junge Union holten. Die evangelische JU-Führung sah darin einen katholischen Unterwanderungsversuch und bemühte sich,

ihre Aufnahme zu verhindern. Sie forderte Bürgen und Elternerlaubnisse ein, überwies die Neumitglieder in abseitige Kreisverbände, buchte ihre Beiträge nicht ab und erklärte einige Vorstandswahlen für ungültig.<sup>173</sup> Während die katholischen JU-Mitglieder von Führungspraktiken sprachen, »die sonst nur in einer diktatorischen Einheitspartei üblich sind«, wehrten sich die evangelischen Jungpolitiker, die Katholiken »sollten sich bewußt sein, dass sie als konfessionelle Minderheit in Hamburg (8 Prozent) nicht beanspruchen könnten, die evangelische Mitgliederschaft zu majorisieren.«<sup>174</sup> Derartige Beispiele zeigen, dass die konfessionellen Probleme der CDU (und der deutschen Gesellschaft) eben nicht mit der HJ-Generation automatisch ein Ende fanden. Sowohl die Vorurteile als auch die politischen Traditionen überlebten offensichtlich selbst die nationalsozialistische Sozialisationsphase und hielten mitunter auch hier bis in die sechziger Jahre.

Neben der zentralistischen und der stark christlich-sozialen Ausrichtung zeigte die Junge Union eine dritte, bislang ebenfalls unberücksichtigte Auffälligkeit: Die Nachwuchspolitiker waren auch in den fünfziger Jahren keine angepassten Jasager. Vielmehr scheuten sie sich nicht, gelegentlich deutliche Kritik am Selbstverständnis und an der Parteiführung der CDU zu üben. Während sie die Außen- und Wiederbewaffnungspolitik Adenauers unterstützten, fand sein Polarisierungskurs gegenüber der SPD bei ihnen nur begrenzte Zustimmung. »Die Länderregierungen müssen in ihrer Zusammensetzung nicht unbedingt »ein Abklatsch« der Bonner Regierung sein« forderte die Junge Union auf ihrer Deutschlandratssitzung 1954, mit dem Hinweis, dass der Dialog mit der SPD nie ganz abreißen dürfe.<sup>175</sup> Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte ihre Kritik 1956. Während ihr zweiter Vorsitzender, Bert Even, auf der Trave-münder Bundestagung ausführte: »Wir haben leider keine geistige Konzeption. Die CDU sei fast nur noch eine Mandatsvermittlungsentität«, betonten andere Redner: »Die CDU/CSU ist, insbesondere durch die Art, wie der Kanzler den Parteivorstand beherrscht, in der Erreichung der geistigen Kraft verhindert worden.«<sup>176</sup> Ernst Benda erhielt sogar Beifall für die Aussage »Vier Jahre SPD-Regierung können der deutschen Demokratie auf die Dauer sehr dienlich sein.«<sup>177</sup> In der Entschließung hieß es ganz konkret: »Der Deutschlandrat der Jungen Union stellt mit Sorge fest, daß auch in der CDU in wachsendem Maße Personalwahlen in der Form der Akklamation oder durch Handaufheben erfolgen. Die Junge Union tritt nachdrücklich für das Prinzip der geheimen Wahl bei allen Personalentscheidungen ein.«<sup>178</sup> Und selbst der äußerst maßvolle langjährige JU-Bundesvorsitzende Ernst Majonica kritisierte im gleichen Jahr zumindest, »daß neben Adenauer in der CDU keine ausreichende

Schwerpunktbildung erfolgt. Die Partei muß mit Adenauer auch über die Zeit hinausdenken können, in der dieser große Mann Staat und Union nicht mehr prägt.«<sup>179</sup> 1958 war es wiederum der Deutschlandtag der JU, der bereits vor der Präsidentschaftskrise monierte, dass die CDU zu sehr auf Adenauer fixiert sei.<sup>180</sup> Ebenso kritisierten einzelne Landes- und Kreisverbände der JU, dass Posten zu häufig per Akklamation vergeben würden und Sitzungen lediglich aus langen Referaten bestünden.<sup>181</sup> Diese Beispiele zeigen, die Junge Union löste sich nicht erst 1968 von der CDU löste, sondern forderte von Beginn an öffentlich eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie. Sie war damit eben nicht durch »passiven Opportunismus« und Referenzen an Adenauer geprägt, wie die Literatur bisher durchweg feststellte.<sup>182</sup> Allerdings war es kein Zufall, dass sich ihre Parteikritik vor allem auf die Stellenvergabe konzentrierte. Unverkennbar zielten ihre Forderungen stets auch darauf ab, die eigenen Aufstiegschancen in der CDU zu verbessern.

Innerhalb der eigenen Vereinigung kam die Junge Union ihren kritischen Forderungen teilweise nach. Während die CDU-Führung erst in den sechziger Jahren echte Wahlen zuließ, kam es bei der Wahl der JU-Vorsitzenden seit 1950 immer wieder zu Kampfabstimmungen. Auch Gerhard Stoltenberg sollte 1955 seinen Vorsitz erst im dritten Wahlgang erreichen, nachdem er überraschend als Gegenkandidat aufgetreten war.<sup>183</sup> Bei der Auswahl des JU-Bundessekretärs stellten sich ebenfalls mehrere Bewerber dem Deutschlandrat vor, bevor gemeinsam eine Entscheidung getroffen wurde.<sup>184</sup> Da die Altersbegrenzung der JU einen regelmäßigen Führungswechsel institutionell anlegte, fiel es ihr dabei natürlich leichter, nicht selbst in eine personelle Erstarrung zu verfallen.

Ihre Forderung nach einer »strafferen Organisation« dementierte die Jungen Union allendings schon dadurch, dass auch sie sich der Mutterpartei eben nicht hierarchisch unterordnen wollte. Ihre Organisation selbst wies ähnliche Defizite und regionale Schwankungen auf wie bei der CDU. Während sie in Nordrhein-Westfalen den besten Aufbau erreichte, war sie in einem konfessionellen Übergangsgebiet wie in Niedersachsen besonders schlecht organisiert.<sup>185</sup> Selbst Mitte der sechziger Jahre bestanden hier in vielen evangelischen Kreisen noch keine JU-Kreisverbände. Allenfalls die gut ausgebaute JU in Rheinland-Pfalz und Hessen wich von dem Organisationsgrad ihrer dortigen Mutterpartei ab. Das lag nicht nur an Führungspersonen, sondern auch an den unterschiedlichen finanziellen Mitteln, die der jeweilige Landesjugendplan vorsah. Einen hauptamtlichen Mitarbeiter konnte sich die Junge Union zunächst ohnehin nur in einzelnen Bundesländern leisten. Ebenso wie die CDU bemühte sich auch die Junge Union nicht, ihre Mitglieder zu

erfassen. Auf Adenauers Nachfrage wich der JU-Vorsitzende auf eine Schätzung von 25 000 »Aktiven« aus.<sup>186</sup> Ganz wie die Mutterpartei gab sie 1958 öffentlich 70 000 Mitglieder an, während sie intern rund 55 000 Mitglieder annahm.<sup>187</sup> Insofern fiel die JU der fünfziger Jahre mehr durch ihre Forderung nach einer Organisationsreform auf als durch gute Beispiele.

Abschließend stellt sich die Frage, wie umgekehrt die CDU mit diesem teilweise recht eigenständigen Jugendverband umging. Generell lässt sich festhalten, dass die CDU der Jungen Union seit ihrer Gründung mit einem latenten Misstrauen gegenüberstand. Bereits 1947 monierte Adenauer die zu große Eigenständigkeit der JU.<sup>188</sup> Und auch im neugegründeten Bundesvorstand musste sich der JU-Vorsitzende bereits die harte Kritik der Parteispitze gefallen lassen.<sup>189</sup> Gerade wenn es um finanzielle Zuschüsse ging, zeigte sich die Mutterpartei recht reserviert.<sup>190</sup> Adenauer trat zwar immer wieder für eine Verjüngung der Partei ein, sprach damit aber eher die CDU-Landesverbände an. »Wir dürfen es nicht der Jungen Union überlassen. Wir müssen in den nächsten Bundestag junge Leute entsenden«<sup>191</sup>, ermahnte Adenauer etwa 1951 in seinem betont personalen Denken den Bundesparteiausschuss. Dabei wirkte es ein wenig grotesk, wenn der 82-jährige Adenauer einen Landesverband wie Hamburg fragte: »Wie werden Sie nun Ihre Parteiführung verjüngen?« und der dortigen Jugend wünschte, dass sie »eine gründliche Revolution innerhalb der Partei macht.«<sup>192</sup> Junge Politiker, die Adenauer förderte, waren zumeist bereits Mitte vierzig und eben nicht aus dem Dunstkreis der JU-Führung. Während er etwa mit Gerhard Schröder oder Kai-Uwe von Hassel zwei junge Protestanten herausstellte, unterstützte er mit Kiesinger und Barzel zwei wortgewandte Katholiken, die allesamt in ihren Landesverbänden und nicht in der JU aufgestiegen waren. Zu einem Sprungbrett für echte Parteikarrieren entwickelte sich die JU erst in den frühen sechziger Jahren, als mit Josef Hermann Dufhues und Gerhard Stoltenberg die ersten JU-Vorsitzenden in die Parteiführung aufrückten. Den Alleinvertretungsanspruch der Jungen Union unterlief die CDU schließlich 1955 im Zuge ihrer Satzungsreform. Ihr §13 forderte nun nicht mehr die angemessene Repräsentanz der Jungen Union, sondern »der jungen Generation.«<sup>193</sup> Denn schließlich nahm die Junge Union beileibe keine Monopolstellung bei den jungen Christdemokraten ein. 1964 waren immerhin fast zwei Drittel der jüngeren Parteimitglieder nicht in der Jungen Union.<sup>194</sup>

Umgekehrt sah die CDU-Führung davon ab, ihrer zum Teil kritischen Parteijugend mit einem konfrontativen Kurs zu begegnen. Die kritischen Redner des JU-Deutschlandtages von 1956 erhielten auch im folgenden

Jahr ihr Bundestagsmandat, während ihr Ex-Vorsitzender Majonica sogar in den Fraktionsvorstand aufrückte. Und auch Stoltenbergs Karriere sollte nicht darunter leiden, dass gleich nach seinem Amtsantritt auf dem Jugendparteitag derartig heikle Thesen an die Öffentlichkeit drangen. Insbesondere die außen- und wehrpolitische Übereinstimmung bildete von Beginn an eine wichtige Brücke zum Parteivorsitzenden, der zu würdigen wusste, dass sich die JU für die zunächst unbeliebte Wiederbewaffnung bei der Jugend stark machte.

Wie bei den anderen Vereinigungen gewährte die CDU also auch ihrer Jugendorganisation ein hohes Maß an Eigenständigkeit, um ihre Positionen innerhalb der eigenen Gruppe zu artikulieren. Der Preis für diese Unabhängigkeit war allerdings, dass umgekehrt auch die junge Generation von der Partei kaum erhört wurde. Ihre Forderungen nach organisatorischer Straffung, stärkerer innerparteilicher Demokratie und programmatischer Profilierung der CDU verpufften. Richtungsweisend blieben ihre Positionen dennoch. Denn im Unterschied zu anderen Gruppen konnten die JU-Repräsentanten hoffen, im Rahmen ihrer späteren Parteikarriere ihre Anliegen in der CDU durchzusetzen. Und tatsächlich sollten diese JU-Politiker in den sechziger Jahren ihre Kritik abermals vortragen, nur diesmal in den Vorständen der CDU.

#### 4. Vom Hirtenwort zum Evangelischen Arbeitskreis: Die Einbindung des kirchlichen Vorfeldes

Trotz aller Reformen blieb die CDU eine im Katholizismus verwurzelte Partei. Zweifelsohne gelang es ihr seit 1953, einen größeren Teil der protestantisch-mittelständischen Wähler anzusprechen. Aber selbst bei den Bundestagswahlen lag der katholische Stimmenanteil um rund 25 Prozentpunkte höher als bei den evangelischen Wählern.<sup>195</sup> Bei den Mitgliedern zeigte sich diese Diskrepanz um so drastischer. Obwohl die Katholiken keine vierzig Prozent der Bevölkerung ausmachten, waren noch in den sechziger Jahren gut drei Viertel der Unionsmitglieder katholisch. Hätte die CDU bereits in den fünfziger Jahren exakte bundesweite Mitgliederzahlen veröffentlicht, wären diese gewiss in den antikatholischen Kampagnen der anderen Parteien benutzt worden.

Ein Blick auf die einzelnen Landesverbände verrät, dass der Katholikenanteil ihrer Mitglieder durchaus mit ihrem jeweiligen politischen Kurs korrelierte. Die CDU in Hessen beharrte beispielsweise trotz der evangelischen Bevölkerungsmehrheit zunächst auf ihrer katholisch-sozialen Ausrichtung und sah davon ab, sich gegenüber liberalen Gruppen weiter zu öffnen. Dementsprechend blieb auch der Katholikenanteil

Tab. 15: Katholikenanteil der CDU-Mitglieder 1962 und 1964 nach Landesverbänden (in Prozent)<sup>197</sup>

Landesverband/ Katholikenanteil	Bevölkerung 1961	CDU 1962	CDU 1964
Schleswig-Holstein	5,6	8,5	7,1
Hamburg	7,4	33,8	27,0
Bremen	9,9	47,6	41,0
Berlin	11,4	42,1	40,0
Braunschweig	16,1	36,4	38,2
Hannover	17,6	38,9	53,2
Oldenburg	27,7	56,6	74,0
Hessen	32,1	74,5	76,4
Nordwürttemberg	34,0	62,9	66,6
Westfalen	46,0	73,6	82,7
Nordbaden	47,4	83,3	85,4
Württemberg-Hohenzollern	51,5	81,1	88,2
Rheinland-Pfalz	56,2	90,8	91,7
Rheinland	57,5	80,3	85,3
Südbaden	66,1	92,4	93,2
Saarland	73,4	92,8	93,4
Bundespartei	38,4	70,9	76,0

ihrer Mitgliederbasis besonders groß. Gleiches galt tendenziell auch für die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Bremen und Oldenburg. Allein der Landesverband Schleswig-Holstein entsprach der Konfession der Bevölkerung. Einerseits, weil er von Beginn an einen politischen Kurs eingeschlagen hatte, der dem protestantisch-konservativen Profil der Region entsprach. Andererseits, weil in dem Agrarland außerhalb der größeren Städte fast keine Katholiken lebten, die die CDU lokal hätten vertreten können.<sup>196</sup>

Ebenso bewahrte die CDU auch unter ihren Bundestagsabgeordneten bis heute ein deutliches katholisches Übergewicht. Nachdem bei der ersten Wahl nur wenige Protestanten in den Bundestag kamen, pendelte sich ihr Anteil seit 1953 auf einem erstaunlich konstanten Wert von rund 38 Prozent ein. Das ergab sich aus dem konfessionellen Denken der Union und aus dem deutschen Wahlsystem. Denn die CDU stellte vornehmlich Direktkandidaten auf, deren Konfession mit derjenigen der Wähler des Wahlkreises übereinstimmte, da andernfalls Spannungen aufgetreten wären. Dadurch erlangten jedoch überwiegend Katholiken die Direktmandate der Hochburgen.<sup>198</sup> Die Landeslisten, die die CDU vorausschauend stärker mit Protestanten besetzte, konnten dies nur noch zum Teil ausgleichen. Die Abgeordneten entsprachen somit in etwa der konfessionellen Struktur ihrer Wählerschaft, nicht aber der Bevölkerung.

Tab. 16: Konfessionsverteilung der CDU/CSU Bundestagsfraktion (in Prozent)<sup>199</sup>

Wahljahr/Konfession	1949	1953	1957	1961	1965	1969
Katholisch	70,5	61,6	61,0	61,0	62,6	63,2
Evangelisch	29,5	38,4	39,4	38,7	37,5	36,8

Konfessionslose oder nicht-christliche CDU-Abgeordnete fehlten selbstverständlich ganz, da sie parteiintern noch nicht zulässig waren.

Das konfessionelle Ungleichgewicht ihrer Wähler, Mitglieder und Abgeordneten resultierte nach wie vor aus der unterschiedlichen kirchlichen Verankerung der Partei, die im katholischen und evangelischen Raum bestand. Mittlerweile liegen zahlreiche Studien über die katholische Kirchenunterstützung vor, die die CDU aus der Zentrumstradition heraus weiterhin erhielt. Die von der Kanzel verlesenen Hirtenbriefe der Bischöfe, die Wahlaufufe des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), die gemeinsamen Wahlaufufe der katholischen Verbände, die Bistumspressen und die alltäglichen symbolischen Gesten zwischen Kirche und Partei verfestigten zumindest bis Ende der fünfziger Jahre diese Liaison.<sup>200</sup> Da die Katholiken weiterhin deutlich häufiger zur Kirche gingen und deren Presse abonnierten, hatten ihre Wahlempfehlungen umso mehr Gewicht. Umgekehrt wählten Katholiken, die keine Kirchenbindung hatten oder nur »unregelmäßig« in die Kirche gingen, wesentlich seltener die CDU.<sup>201</sup> Die offiziellen Erklärungen der Würdenträger empfahlen zwar nicht direkt die CDU, wohl aber unmissverständlich die Wahl einer großen und christlichen Partei, die weder liberal noch sozialistisch sein dürfe. Da die katholische Vereinswelt in den fünfziger Jahren noch einmal eine kurze Blüte erlebte, gelang es der CDU zudem, über die Wahlempfehlungen hinaus auch in der alltäglichen katholischen Lebenswelt eine feste Bindung zu wahren. Das eingangs skizzierte katholische Milieu zeigte zwar insbesondere in den Großstädten bereits Mitte der fünfziger Jahre seine Risse, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt gesehen war es in den fünfziger Jahren aber immer noch schlagkräftig genug, um bei Wahlen mobilisiert zu werden.<sup>202</sup>

Das Verhältnis zwischen der CDU und der katholischen Kirche blieb allerdings nicht unproblematisch. Vielmehr vermehrten sich im Laufe der fünfziger Jahre die Reibungspunkte. Überengagierte Geistliche, die die CDU ähnlich wie einst das Weimarer Zentrum anpriesen, musste die Union zur Zurückhaltung ermahnen, um nicht die evangelischen und kirchenfernen Wähler zu verschrecken. Denn diese empfanden zum Teil schon die Hirtenworte als Zumutung. »Es scheint uns ein Zeichen erheblicher Schwäche zu sein, wenn die CDU auf diese beschämende Wei-

se Wähler gewinnen will, denn damit gibt sie offen zu, daß sie mit dem Wort christlich nur das katholische Christentum meint«, schrieben etwa zwei Göttinger Studenten 1961 ihrer CDU-Abgeordneten über die Hirtenworte.<sup>203</sup> Wahlkampagnen wie die des Münsteraner Bischofs Keller, der 1957 unzweideutig erklärte, ein Katholik dürfe nicht die Sozialdemokraten wählen und man solle die christlichen Gewerkschaften als katholische verstehen, fielen in ihrem Dogmatismus eher negativ auf die Union zurück.<sup>204</sup>

Zudem sahen die Kleriker durch die christdemokratische Interkonfessionalität die katholische Identität gefährdet, die sie nun zunehmend verteidigten. Die katholischen Spitzengremien kritisierten die Politik der CDU als zu liberal, übermittelten dies jedoch vorwiegend in vertraulichen Sitzungen.<sup>205</sup> In Bonn bekam die CDU über das »katholische Büro«, das Prälat Wilhelm Böhler aufbaute und bis 1958 leitete, die katholischen Bedenken bereits beim Entstehen der Regierungsvorlagen mitgeteilt. Böhler traf sich regelmäßig mit Globke und Krone, wobei seine Forderungen selbst einem gläubigen Katholiken wie Heinrich Krone oft deutlich zu weit gingen.<sup>206</sup> Um nicht die evangelischen oder kirchenfernen Wähler zu verlieren, musste die CDU auch hier – wie bei den Interessenverbänden – komplizierte Kompromisse aushandeln und einzelne Geistliche zur öffentlichen Zurückhaltung ermahnen. Da die Katholiken ihre Kritik überwiegend auf informellen Wegen äußerten, barg sie noch keine Sprengkraft. Typisch für diese Konstellation war vielleicht der abschließende Satz einer Resolution, die der Politische Arbeitskreis der katholischen Verbände 1960 gegen die bevorstehende Zulassung von Kondomautomaten verfasste: »Um jedoch im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen keine öffentliche Kritik an der Haltung eines Teils der CDU-Politiker zu üben, wurde von einer Veröffentlichung der Resolution diesmal Abstand genommen.«<sup>207</sup> Das katholische Vorfeld ermahnte die sich liberalisierende CDU, tat dies aber eben noch so vorsichtig, dass sich daraus keine Wählerverluste ergaben.

Trotz einzelner Reibungspunkte blieb klar: Eine eigene Vereinigung, um die katholischen Wähler einzubinden, brauchte die CDU kaum. Vielmehr bildeten die katholischen Verbände weiterhin die Infrastruktur, um Kirchenkontakte zu halten, katholische CDU-Anhänger anzusprechen und Politiker zu rekrutieren. Die personellen Überschneidungen sicherten dabei den engen Austausch zwischen der Partei und den gläubigen Katholiken.<sup>208</sup>

Völlig anders sah die Verbindung zur evangelischen Kirche aus. Durch die Auseinandersetzungen um die vermeintlich katholisch gefärbte Per-

sonal-, Außen- und Schulpolitik der CDU war die Distanz zu vielen protestantischen Geistlichen weiter gewachsen. Ihre Kirchenpresse verzichtete bei der Bundestagswahl 1953 auf Hilfestellungen und verhielt sich recht neutral, wie selbst die interne SPD-Auswertung feststellte.<sup>209</sup> Und auch nach den ersten Gewinnen im evangelischen Mittelstand musste die CDU weiter darauf achten, dass sie den Kontakt zum evangelischen Kirchenvorfeld ausbaute. Denn gerade die kirchennahen Protestanten bildeten ja die evangelische Kernwählergruppe, auf die die Union aufbaute.<sup>210</sup> Aber auch für jene Protestanten, die selten die Kirche besuchten, hatten die Kirchenrepräsentanten immer noch eine gewisse Leitfunktion.

Im Vergleich zu den Katholiken blieb die evangelische Kirchenwelt wesentlich schwächer organisiert. Ihre Verbände waren kleiner und bedeutungsloser, die Presse auflagenschwächer und die Zahl der Kirchgänger geringer.<sup>211</sup> Ihre Landeskirchen waren nicht nur autonomer, sondern in Unierte, Reformierte und Lutheraner zersplittert, wobei die Theologen der Lutheraner wieder in liberale und orthodoxe Richtungen zerfielen. Für die CDU war diese Schwäche und Fragmentierung nicht nur von Nachteil. Die grundsätzliche Kritik einzelner Geistlicher blieb so begrenzter, da sie nicht gleich ein breites Forum fand. Gleichzeitig konnten dank der lockeren Verbindung einzelne Bischöfe leichter auf die Seite der CDU gezogen werden.

Wiederum war es der Katholik Adenauer, der sich um einen engen persönlichen Austausch mit den führenden evangelischen Geistlichen bemühte. Sein Terminkalender verzeichnet zahlreiche Begegnungen. Zwei bis dreimal pro Jahr kam Adenauer etwa mit Hermann Kunst zusammen, der von 1949 bis 1977 »Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesregierung in Bonn« war und somit ein evangelisches Pendant zu Böhlers katholischem Verbindungsbüro bildete. In dem entscheidenden Wahljahr 1953 verzeichnet Adenauers Kalender sogar acht Begegnungen. Im gleichen Jahr kam es zu immerhin sechs Treffen mit Reinold von Thadden-Trieglaff, der bis 1964 Präsident des evangelischen Kirchentages war. Und mit dem Berliner Bischof Otto Dibelius, der von 1949 bis 1961 als Ratsvorsitzender der EKD amtierte, traf er sich mindestens einmal jährlich, wobei Adenauer ihn häufiger in Berlin aufsuchte.<sup>212</sup> Neben Einzelgesprächen arrangierte Adenauer regelmäßige Gruppentreffen mit den wichtigsten Geistlichen. Einem herausragenden und streitbaren Bischof wie Hanns Lilje bot er nicht nur die Auswahl der Teilnehmer an, sondern führte mit ihm auch nach den Gesprächen einen verbindlichen Briefkontakt.<sup>213</sup> Ebenso nutzte Adenauer Parteitage und Wahlkampfauftritte, um sich demonstrativ mit den Kirchenoberhäu-

tern zu treffen.<sup>214</sup> Schließlich suchte er gezielt evangelische Begegnungsorten auf, um Bischöfe zu treffen, sei es in der evangelischen Akademie Loccum oder bei der 700-Jahrfeier der Lübecker Marienkirche.<sup>215</sup>

Die meisten Gespräche verliefen dabei recht erfolgreich und führten trotz einiger Differenzen über die Wiedervereinigungspolitik zu einer wohlwollenden Unterstützung. Adenauers Strategie war dabei weiterhin, den Protestanten die CDU als das kleinere Übel zu präsentieren, das zumindest vor dem antichristlichen Sozialismus und Kommunismus schützte.<sup>216</sup> Umgekehrt trugen vor allem Dibelius und Kunst aus ihrer herausgehobenen Position dazu bei, eine Annäherung zur CDU einzuleiten und konfessionelle Konfliktlinien auf höchster Ebene zu entschärfen. »Kunst bekennt sich aus Überzeugung zur Union«, notierte Fraktionsführer Krone vor der Bundestagswahl 1957 über den Ratsbeauftragten in seinem Tagebuch.<sup>217</sup> Als ausgesprochener Glücksfall erwies sich, dass in den fünfziger Jahren mit Otto Dibelius nicht nur ein eingetragenes CDU-Mitglied den EKD-Vorsitz innehatte, sondern dieser sich auch offen zur CDU bekannte. Zurecht schätzte Adenauer Dibelius' Verdienst um die Integration der evangelischen Wähler hoch ein – auch wenn das Verhältnis zwischen dem Rheinländer und dem Preußen stets distanziert blieb und nie eine annähernde Wärme gewann wie zum Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Frings.<sup>218</sup>

Zwischen den einzelnen Bundesländern unterschied sich das Verhältnis zu den Bischöfen beträchtlich. Die stärkste Unterstützung erfuhr die CDU weiterhin von der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein. Bischof Pautke trat nicht nur in die dortige CDU ein, sondern erklärte sich auch bereit, beim Landesvorstand gelegentlich mitzuarbeiten.<sup>219</sup> Der Kieler Bischof Halfmann kritisierte zwar zunächst die »katholische Personalpolitik« der Union, wurde dann aber durch Gespräche soweit an die CDU herangeführt, dass Ehlers seine Haltung als »eine große Hilfe« bezeichnete.<sup>220</sup> Das Engagement des Kieler Probstes Asmussen unterschied sich kaum noch von der katholischen Wahlhilfe. Vor der Wahl 1953 veröffentlichte Asmussen einen 14-Punkte-Katalog, der ohne namentliche Nennung der CDU klar zu ihrer Wahl aufforderte. Da sich hier zahlreiche Sätze fanden, die die vermeintliche Überparteilichkeit der evangelischen Kirche weit überschritten, wurden sie von der CDU vielfältig und als Wahlflugblatt für andere Landesverbände benutzt. Unter anderem hieß es:

»2. Wähle eine der großen Parteien, auch wenn Wünsche übrig bleiben, die nicht erfüllt werden. Unser Gemeinwesen darf sich nicht aufsplintern. 3. Wähle niemals Kommunisten und ihre Helfer! In dieser Sache ist der christliche Glaube nicht neutral, sondern aus Liebe unerbitt-

lich. Mit der organisierten Gottlosigkeit kann es keinen Frieden geben. 5. Wähle aber nicht nur christliche Politiker, sondern wähle christliche Politik. 13. Es ist unchristliche Politik, die staatliche Reglementierung des Lebens und die Verstaatlichung überhaupt zu fördern zu *wollen*. Christliche Politik ist die Bemühung um Verhinderung, nicht um Vermehrung des Staatlichen.«<sup>221</sup>

Die schlechteste Position hatte die CDU dagegen im evangelischen Kirchenvorfeld von Hessen, wo Martin Niemöller als Kirchenpräsident gegen Adenauers Wiederbewaffnung und Westbindung antikatholische Ressentiments schürte. Niemöllers Vorwürfe schienen bis zur lokalen Ebene durchzuschlagen. Zumindest sprachen die christdemokratischen Berichte davon, dass die hessischen Pfarrer der CDU gegenüber reserviert blieben oder Kirchenchöre ihren Gesang für CDU-Kreistagsmitglieder verweigerten.<sup>222</sup> Ebenso klagten die hessischen Christdemokraten auch über Bischof Wüstemann der Landeskirche Hessen-Nassau, »der eine äußerst ablehnende Haltung bezüglich der politischen Tätigkeit von Geistlichen überhaupt einnimmt.«<sup>223</sup> Tatsächlich hatte Wüstemann vor der Bundestagswahl 1953 eine Erklärung abgegeben, die explizit die parteipolitische Neutralität einforderte und lediglich zur Wahl gottesgläubiger Menschen aufrief.<sup>224</sup> Dementsprechend blieben die evangelischen Wähler in kaum einem Bundesland so distanziert zur CDU wie in Hessen.

Auch die Christdemokraten in den evangelischen Landesteilen Baden-Württembergs und Niedersachsens hatten größere Probleme mit den protestantischen Geistlichen. In Württemberg und Hannover hatten die evangelischen Bischöfe zwar bereits in der Gründungsphase ihr Wohlwollen gegenüber der CDU bekundet, aus den Kreisverbänden häuften sich aber frühzeitig die Meldungen, dass sich die Pastoren aus antikatholischen Ressentiments heraus gegen die CDU wenden würden.<sup>225</sup> Ministerpräsident Gebhard Müller übertrieb sicher, als er im Bundesvorstand 1956 monierte: »50 Prozent der evangelischen Pfarrerschaft stehen auf der Seite der SPD, 20 Prozent auf der Seite der GVP, und die wenigen, die sich zur CDU bekennen, wagen nicht, das laut zu sagen.«<sup>226</sup> Seine Äußerung lässt aber zumindest erahnen, wie angespannt die Lage gerade in Württemberg vor der Landtagswahl 1956 war, nachdem sich hier 104 Pastoren in einem gemeinsamen Aufruf gegen die Wiederbewaffnung gewandt hatten. Heinemanns Übertritt in die SPD sollten nach Pressemeldungen allein in Württemberg 160 Pfarrer folgen.<sup>227</sup> Besser schien dagegen die Lage im badischen Landesteil zu sein, wo zumindest vor der Wahl von 1953 der Karlsruher Bischof und weite Teile der Pfarrerschaft ihre Unterstützung zusicherten.<sup>228</sup>

Ebenso uneinheitlich verhielten sich die Geistlichen in Niedersachsen. Während der Bischof von Oldenburg in seinen Gottesdiensten für Adenauers Gesundheit betete<sup>229</sup>, schwankte die Haltung des Hannoveraner Bischofs Lilje zwischen offener Sympathie und kritischer Distanz. Viele Pastoren im Norden des Landes favorisierten aus antikatholischen Ressentiments heraus weiterhin die Deutsche Partei.<sup>230</sup> Zudem zeigten die niedersächsischen Geistlichen trotz ihrer eher konservativen Haltung eine bemerkenswerte Offenheit gegenüber den Sozialdemokraten. Das lag zunächst an der dortigen SPD. Ihr volkstümlicher Ministerpräsident Hinrich-Wilhelm Kopf suchte immer wieder erfolgreich das persönliche Gespräch mit den Bischöfen und machte ihnen dabei zahlreiche Zugeständnisse.<sup>231</sup> Mit Adolf Grimme und dem Pastor Heinrich Albertz hatte er zudem frühzeitig betont fromme Minister herausgestellt, die das kirchenfeindliche Image der SPD revidierten. Hierdurch gelang es ihr erfolgreich, sich von der Kirchenführung Überparteilichkeit zusichern zu lassen.<sup>232</sup> Zudem boten die evangelischen Christdemokraten in Niedersachsen nur wenig Engagement auf, um ähnlich wie Adenauer in einen intensiven Dialog mit den Geistlichen zu treten. Der Fraktionsvorsitzende Hofmeister unternahm selbst während des Schulstreites nicht den Versuch, mit dem Bischof ins Gespräch zu kommen, und zwischen dem Landesvorsitzenden Cillien und Lilje bestanden phasenweise regelrechte Spannungen.<sup>233</sup> Allein Hermann Ehlers konnte 1953/54 einige Vermittlungsversuche zwischen der CDU und den Geistlichen einleiten, die dann aber nach seinem Tod endeten.<sup>234</sup> Damit erreichte die niedersächsische CDU auch im kirchlichen Bereich – wie gegenüber den Verbänden – nur eine schwache Vorfeldverankerung. Sowohl in Nordwürttemberg als auch in Nordniedersachsen sollte sich die schwache Kirchenunterstützung in entsprechend starken CDU-Ressentiments und schlechten Wahlergebnissen niederschlagen.

In den Gesprächen mit der CDU verlangten die Geistlichen vor allem eins: Mehr evangelische Kandidaten, insbesondere mehr gläubige Protestanten. Die Akten von Bischof Lilje zeigen, dass die engagierteren Bischöfe sich anscheinend nicht nur allgemein über die Konfession der einzelnen Politiker erkundigten, sondern auch gezielt bei den jeweiligen Pastoren Auskünfte darüber einholten, wie kirchlich diese seien.<sup>235</sup> In ihren Wahlaufufen veröffentlichten sie mitunter einfach Statistiken darüber, welche Partei wieviele evangelische und wieviele kirchennahe Kandidaten aufstellte.<sup>236</sup> Ihre Wahlaufufe ähnelten damit denen der Lobbyisten. Ähnlich wie bei den Interessenverbänden versuchte die CDU aber auch, die evangelischen Kirchen dadurch zu gewinnen, dass sie ihnen eine personelle Mitsprachemöglichkeit einräumte. Dies galt insbesondere

für einzelne Ministerposten, für Staatssekretäre im Kultusministerium oder repräsentative Ämter wie den zweiten Parteivorsitz.<sup>237</sup> Vor einzelnen Landtagswahlen gingen ebenfalls Anfragen an die Kirche, geeignete Kandidaten zu nennen.<sup>238</sup> Die CDU schmeichelte mit diesen Angeboten den Geistlichen, nahm diese aber auch mit in die Verantwortung. Zumeist machten die Geistlichen von dem Mitspracheangebot Gebrauch und nannten zumindest bevorzugte Politiker.

Bei der Auswahl der Amts- und Mandatskandidaten förderte die CDU damit bewusst Repräsentanten aus dem evangelischen Kirchenvorfeld. Evangelische Pastoren brachte sie dagegen kaum in die Parlamente. Bezeichnenderweise saßen zwischen 1949 und 1969 sogar mehr evangelische Pfarrer für die SPD als für die Union im Bundestag.<sup>239</sup> Charakteristisch für die CDU waren vielmehr die Oberkirchenräte und Synodalen, die in großer Zahl schnell Führungsposten in der Partei erhielten.<sup>240</sup> Oberkirchenrat Ehlers wurde etwa zweiter Vorsitzender und Bundestagspräsident, Oberkonsistorialrat Gerstenmaier, der das evangelische Hilfswerk leitete, erhielt dieselben Ämter, Oberkirchenrat Cillien wurde stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der CDU in Niedersachsen und Oberkirchenrätin Schwarzhaupt die erste weibliche Ministerin. Auch wenn diese Christdemokraten aus Proporzgründen aufgestiegen waren, setzten sie sich immer wieder mit großem Selbstbewusstsein von Adenauers Kurs ab und ließen sich wenig von dessen Ermahnungen beeindruckt. Ihre Reden blieben von einer stark evangelisch-kirchlichen Sichtweise geprägt, die sie als solche immer wieder hervorhoben. Schließlich fiel diese Gruppe allein sprachlich auf. Ihr Stil blieb auch in Vorstandssitzungen akademisch und differenziert, während sie zugkräftige, einfache Polarisierungen und Volkstümlichkeiten scheuten.

Insbesondere Eugen Gerstenmaiers Ausführungen konnte die Mehrheit des Bundesvorstandes mitunter kaum folgen. Trotz dieser Eigentümlichkeiten hielten sie sich in der CDU-Führung, weil sie als Brückenköpfe zum evangelischen Wählermarkt unentbehrlich waren. Tatsächlich zeigt ein Blick in ihre Korrespondenz, dass auch während ihrer politischen Karriere ihre alten Verbindungen zu Bischöfen, Pastoren und Vorfeldorganisationen nicht abrissen. Die Nachlässe von Eugen Gerstenmaier und Elisabeth Schwarzhaupt enthalten mehr Briefwechsel mit Kirchenrepräsentanten als parteibezogene Schreiben.<sup>241</sup> Sicherlich konnten die evangelischen Kirchenrepräsentanten von ihrer Anzahl her kaum mit den katholischen Abgeordneten konkurrieren. Durch ihr nachdrückliches innerparteiliches und öffentliches Auftreten machten sie den quantitativen Nachteil jedoch qualitativ wett.

Um ihr innerparteiliches Gewicht und ihre Repräsentation nach außen zu steigern, gründeten diese führenden evangelischen Christdemokraten im März 1952 den Evangelischen Arbeitskreis (EAK).<sup>242</sup> Seine Entstehung war vor allem eine Reaktion auf die skizzierten konfessionellen Spannungen, die im Zuge der Wiederbewaffnungsdebatte ihren Höhepunkt erreichten und den Erfolg bei der Bundestagswahl 1953 gefährdeten. Den Leitgedanken des EAK brachte vielleicht Adolf Cillien einige Jahre später auf den Punkt: »Wir sind keine katholische Partei.«<sup>243</sup> Diesem Vorwurf zu begegnen ist immer wieder unsere Aufgabe.«<sup>243</sup> Dementsprechend sah der EAK seine drei wichtigsten Aufgaben in der Aktivierung der evangelischen Wählerschaft, der innerparteilichen Vereinheitlichung der evangelischen Standpunkte und der Wahrung der evangelischen Interessen innerhalb der CDU.<sup>244</sup> Seine konkrete Arbeit konzentrierte er dabei auf die personalpolitische Förderung von Protestanten, die Kontaktpflege zum evangelischen Vorfeld und das Abfassen von evangelischen Stellungnahmen zu den konfessionell umstrittenen Politikbereichen. Ein Gleichgewicht zwischen den Konfessionen zu erreichen, war das langfristige Ziel des EAK.

Der EAK hatte somit wie die anderen Vereinigungen und Ausschüsse eine parteiinterne und eine öffentliche Stoßrichtung. Seine öffentliche, auf das evangelische Kirchenvorfeld gerichtete Tätigkeit nahm er vor allem durch seine Tagungen wahr. Bei ihnen kamen einige hundert evangelische Christdemokraten zusammen, die sich überwiegend durch gewisse kirchliche Vorfeldbindungen auszeichneten und eher dem konservativen Parteispektrum zuzurechnen waren. Thematisch kreisten ihre Sitzungen immer wieder um die konfessionell umstrittenen Themen Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung, Kulturpolitik, Personalpolitik und, schon eher am Rande, den Sozialstaat. Der EAK erstellte dabei aus der Warte von gläubigen Protestanten Resolutionen, mit denen die CDU gegen den Vorwurf antreten konnte, lediglich katholische Interessen zu vertreten. Schon die Kernsätze seiner Resolution von 1952 verdeutlichten, dass sich seine Gründung vornehmlich gegen die Vorwürfe von Heinemann und Niemöller richtete: »Uns als Christen ist insbesondere aufgetragen, für den Frieden einzutreten [...] Der geplante Verteidigungsbeitrag ist daher das wirksamste Mittel zur Sicherung dieses Friedens [...] Politischer Pazifismus verkennt das Wesen der sündigen Welt und kann aus dem christlichen Glauben nicht begründet werden.«<sup>245</sup> Ähnliche Aufrufe für die Wiederbewaffnung sollten bei fast allen Tagungen folgen, wobei die Öffentlichkeit vor allem die klaren Statements gegen Heinemann/Niemöller rezipierte. Im Zuge der Anti-Atomtodbewegung und der außenpolitischen Vorwürfe Heinemanns und Dehlers konnte

der EAK 1957/58 abermals für den Westbindungskurs mobilisieren.<sup>246</sup> Die große Zahl an prominenten evangelischen Unterzeichnern sollte dabei der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass es sich bei der christdemokratischen Politik nicht um eine katholische Intrige handelte, sondern einen gemeinsamen Kurs, den die Protestanten geschlossen mittrugen.

Im Vergleich zur Verteidigungspolitik fielen ihre Entschlüsse zur Kultur- oder Sozialpolitik wesentlich blasser aus und fanden dementsprechend kaum Beachtung. Bei der ersten Sitzung verzichtete der EAK ganz auf eine sozialpolitische Resolution. Georg Strickrodt begründete die fehlende Erklärung damit, »daß die Kraft des *Spontanen* in der Meinungsbildung und im Entschluß, die ein besonderes Kennzeichen dafür ist, wie evangelische Politiker sich mit den ihnen gestellten Aufgaben auseinandersetzen, erhalten bleiben müssen.«<sup>247</sup> Da der EAK gerade die fehlende Einigkeit der evangelischen Christdemokraten beseitigen wollte, waren solche antiprogrammatischen Formeln nur kontraproduktiv. Auf den nächsten Bundestagungen formulierte der EAK zwar wirtschafts- und sozialpolitische Entschlüsse, die jedoch so vage blieben, dass keine gemeinsame Linie der evangelischen Christdemokraten entstand, geschweige denn eine religiös-ethisch fundierte Programmatik aus protestantischem Geist. Resigniert stellte Ehlers kurz vor seinem Tod fest, dass die EAK-Tagungen auf diesem Gebiet scheiterten.<sup>248</sup> Thematisch blieb der EAK auf der Bundesebene eher eine Anti-Heinemann-Koalition für die Wiederbewaffnung, die sich auf der Landesebene zugleich mit der Schulpolitik beschäftigte. Zur Sozialpolitik hatten die evangelischen Christdemokraten dagegen zu unterschiedliche Ansichten, als dass eine konkrete Programmatik möglich gewesen wäre.

Die Resolutionen des EAK sollten eine neue Sprache in die CDU eintragen. In den Worten des christdemokratischen Kultusministers Wilhelm Hahn hieß dies: »Die Sprache der CDU mußte so übersetzt werden, ja gewandelt werden, daß sie von den Eierschalen des Zentrums befreit und auch mit den Vorstellungen evangelischer Ethik vereinbar war.«<sup>249</sup> Gerade für Hahn zählte hierzu vor allem das kulturpolitische Vokabular, das sich mit dem Begriff der Bekenntnisschule verband. Die Texte und Resolutionen der im EAK vereinigten Christdemokraten wurden deshalb im großen Stile verbreitet. Selbst vor Kommunalwahlen druckte die CDU ihre Positionen in hoher Auflage.<sup>250</sup> Zudem versammelte die EAK-Zeitschrift ›Evangelische Verantwortung‹ die wichtigsten Reden und Schriften der evangelischen Christdemokraten, die dann kostenlos an rund 10000 Pfarrer und rund 20000 andere Multiplikatoren des evangelischen Kirchenvorfeldes verteilt wurden. Die Kirchenrepräsentanten integrierte die CDU dabei nicht nur als Leser, sondern auch als Autoren.

Leitfiguren wie Bischof Lilje oder der EKD-Bevollmächtigte Kunst publizierten in der ›Evangelischen Verantwortung‹ und zeigten so ihre Verbundenheit mit der CDU.<sup>251</sup> Und auch hier dominierten Texte, die sich aus evangelisch-religiöser Warte für den Verteidigungsbeitrag und die Wiedervereinigung aussprachen.

Weniger erfolgreich waren dagegen die Versuche des EAK, die führenden Geistlichen über die Bundestagungen einzubinden. Schon beim Gründungstreffen blieb Hermann Kunst wegen einer gleichzeitigen EKD-Ratssitzung der einzige prominente Kirchenvertreter.<sup>252</sup> Auch später sollten die Bischöfe häufig »aus Termingründen« absagen. Ein Tagungsvortrag wie 1958, als der Kieler Bischof Halfmann über »Theologische Fragen der Verteidigung« sprach, blieb die Ausnahme.<sup>253</sup> Ebenso befanden sich unter den Gründungsteilnehmern kaum ein halbes Dutzend Pastoren, während die Berufsgruppe der höheren Beamten überwog. Erst in den sechziger Jahren sollte der EAK bei der Einbindung der Geistlichen größere Erfolge aufweisen; sei es mit seinem »Theologengespräch«, bei dem 1961 allein 140 Pfarrer zusagten oder bei Kontakttagungen mit den Kirchenführern.<sup>254</sup> Mehr Glück hatte der EAK dagegen mit seinen Einladungen an evangelische Intellektuelle. Mit Walter Künneth (1954), Otto Heinrich Gablentz (1955), Helmuth Thielicke (1962), Arnold Gehlen (1964), Karl Dietrich Erdmann (1965) oder Werner Conze (1968) erschienen prominente Referenten unterschiedlichster Fachrichtungen, die der CDU eine öffentlichkeitswirksame Schützenhilfe gewährten.<sup>255</sup> Gerade in den sechziger Jahren, als die SPD über die Sozialdemokratische Wählerinitiative intellektuelle Unterstützung erhielt, konnten die Protestanten so wichtige Gegenakzente setzen.

Der wichtigste innerparteiliche Aufgabenbereich des EAK war jedoch die Personalpolitik.<sup>256</sup> Der EAK bildete von Beginn an ein Forum, das Meldungen über die angebliche oder tatsächliche Benachteiligung von Protestanten zusammentrug, um dann geschlossen für ihre stärkere Berücksichtigung einzutreten. Seit den ersten Zusammenkünften wurde hier eindringlich über die katholische Dominanz lamentiert. Die aus dem Unionsgedanken abgeleitete Forderung nach konfessioneller Parität zog sich dabei wie ein roter Faden durch ihre Sitzungen.<sup>257</sup> Dabei bemühte sich der EAK auf eine doppelte Weise um personalpolitischen Einfluss. Zum einen übernahm er eine Kontrollfunktion. Er stellte zunächst Statistiken über die konfessionelle Struktur der Wahlkandidaten oder Ministerien auf und trug bundesweit Informationen über die Stellenpolitik zusammen.<sup>258</sup> Noch Mitte der sechziger Jahre sollte sein Vorsitzender Gerhard Schröder genau Buch führen, welche Konfession die einzelnen Amts- und Mandatsträger aufwiesen.<sup>259</sup> CDU-Gremien oder Verbände,

die zu wenig Evangelische nominierten, erhielten Anschreiben und mussten sich ihm gegenüber rechtfertigen.<sup>260</sup> Da in der EAK-Führung gewichtige Persönlichkeiten saßen, übte sie so tatsächlich einen gewissen Druck aus, der auch zu voreilenden Zugeständnissen führte. Dass die EAK-Spitze damit quasi als »konfessionelle Gleichstellungsbeauftragte« agierte und Posten nach dem Gesangbuch vermittelte, wurde freilich öffentlich dementiert.<sup>261</sup> Dazu hatte die Quotenüberwachung einen zu schlechten Ruf. Veröffentlicht wurden nur die Ergebnisse ihrer Gleichstellungsarbeit.

Zum anderen diente der EAK selbst als Karrieresprungbrett für protestantische Politiker und hatte damit eine Rekrutierungsfunktion. Eines seiner ersten und dauerhaften Ziele war es, eine Personalkartei anzulegen, um freie Stellen schnell mit evangelischen Christdemokraten besetzen zu können.<sup>262</sup> Spitzenposten in der CDU, die für Protestanten vorgesehen waren, wurden hier ausgehandelt. Schon bei dem Siegener Gründungstreffen 1952 wurde etwa informell abgesprochen, dass Gerhard Schröder den Posten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden übernehmen sollte.<sup>263</sup> Der EAK-Vorsitzende Hermann Ehlers mochte kurz vor seinem Tod im Oktober 1954 selbstkritisch rasonieren, für viele sei eine EAK-Mitgliedschaft »nur solange von Interesse und Wichtigkeit, als die Möglichkeit, einen Posten zu erhalten, bestehe.«<sup>264</sup> Allerdings war der EAK für Ehlers selbst eine Hausmacht gewesen, die seinen Aufstieg zum zweiten Vorsitzenden und potentiellen Kanzlernachfolger ermöglichte.<sup>265</sup> Sein Nachfolger als EAK-Vorsitzender, Robert Tillmanns, sollte zugleich wieder vom EAK-Vorstand als zweiter Parteivorsitzender ausgewählt werden. Dass der EAK diesen zweithöchsten Parteiposten ausüben durfte, war im Bundesvorstand unbestritten.<sup>266</sup>

Schwieriger wurde die Situation allerdings nach Tillmanns baldigem Tod im November 1955. Da sich der EAK-Vorsitz offensichtlich zu einer *der* Machtressourcen in der CDU entwickelt hatte, verwunderte es nicht, dass nun ein ehrgeiziger Politiker wie Gerhard Schröder den EAK-Vorsitz anstrebte und zugleich auf Misstrauen stieß. Im Unterschied zu Ehlers und Tillmanns war Schröders Biografie eben nicht mit dem evangelischen Kirchenvorfeld verwoben.<sup>267</sup> Er gehörte zwar zum EAK-Vorstand, war aber bei dessen Sitzungen bislang kaum erschienen. Schröder war bereits Innenminister, doch auf seinem Weg zur angestrebten Kanzlerschaft fehlte ihm eine Hausmacht, die er auf diese Weise zu erreichen hoffte. Er löste so eine Selbstverständnisdebatte aus, bei der sich zwei kirchennahe Politiker wie Gerstenmaier und Cillien gegen Schröders Wahl stemmten. Neben ihren Einwänden gegen Schröders Ämterkumulation und die fehlende geistig-moralische Orientierung, die der EAK

unter Schröder bieten würde, war vielleicht noch entscheidender, dass Cillien selbst den begehrten Vorsitz anstrebte.<sup>268</sup> Da der EAK-Vorsitzende zugleich als potentieller Kanzlernachfolger galt, fand die Wahl soviel öffentliche Aufmerksamkeit wie bei keiner CDU-Vereinigung.<sup>269</sup> Die Entscheidung für Schröder machte deutlich, dass der Evangelische Arbeitskreis den personalpolitischen Machtzuwachs in der Partei der programmatischen und kirchlichen Profilierung vorzog. Schröder verfügte kaum über Kontakte zum Kirchenvorfeld, hatte dafür als Innenminister einen direkten Zugriff auf wichtige Personalressourcen. Mit Schröder entschieden sich die Protestanten zudem für einen potentiellen evangelischen Kanzlernachfolger. Ähnlich wie der Bundesvorstand im Kanzleramt tagte, kam der EAK-Vorstand nun bezeichnenderweise häufig im Innenministerium zusammen. Viele blieben misstrauisch gegenüber dem neuen Vorsitzenden. Noch 1962 musste er sich von dem Württemberger EAK-Vorsitzenden vor der Wiederwahl die Frage gefallen lassen, »ob er den Evangelischen Arbeitskreis als einen Teil seiner Hausmacht betrachte, mit deren Hilfe er weiter aufzusteigen gedenke.«<sup>270</sup>

Tatsächlich ahnte niemand, dass es genau umgekehrt kam. Schröder blieb bis 1978 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises und intensivierte seine Kirchenkontakte. Das Kanzleramt erreichte er dagegen trotz einiger Vorstöße nie. Im Unterschied zu seinen Vorgängern wurde er vielmehr 1956 noch nicht einmal zum zweiten Parteivorsitzenden gewählt. Daraus sollte man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass der personalpolitische Einfluss des EAK gering war und er keine »Hausmacht« mehr darstellte.<sup>271</sup> Denn dass die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden nicht auf Schröder, sondern auf von Hassel und Bach fiel, hatte zunächst weniger mit dem Evangelischen Arbeitskreis als mit der Person Schröders zu tun. Der EAK war weithin bei der Auswahl der evangelischen Führungspersonen beteiligt, jedoch in diesem Fall durch seine phasenweise Uneinigkeit blockiert. Da sich mit Gerstenmaier und Cillien zwei führende Protestanten gegen Schröder aussprachen, wurde Schröders Wahl zum EAK-Vorsitzenden bewusst von der Wahl zum zweiten Parteivorsitzenden abgekoppelt.<sup>272</sup> Ebenso hielt Adenauer Schröder zwar für politisch äußerst »talentiert«, beurteilte ihn menschlich aber immer wieder als so »schwierig«, dass er ihn häufiger bremsen zu müssen glaubte.<sup>273</sup> Dennoch beförderte der EAK-Vorsitz sicher auch Schröders weitere Karriere. Immerhin stieg Schröder gleichzeitig zu einem der drei geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU auf, wobei sich Adenauer explizit darauf berief, dass Schröder dieses Amt als EAK-Vorsitzender erhalten solle.<sup>274</sup> Auf diese Weise erhielt Schröder auch Zugang zu dem nun offiziell gegründeten »geschäftsführenden Vorstand« der CDU, des-

sen Untätigkeit damals noch nicht abzusehen war. Da der Evangelische Arbeitskreis vor allem Raum bot, sich außen- und verteidigungspolitisch zu profilieren, dürfte er auch Schröders weitere Ministerkarriere gefördert haben. Zudem wäre es verkürzt, aus der Stellvertreterwahl von 1956 eine Gesamtthese zum Personaleinfluss des EAK abzuleiten. Schließlich sprach der EAK nicht nur bei diesem einen Posten, sondern bei der Besetzung aller Amts- und Mandatsplätze mit, da die Konfession bis in die sechziger Jahre eine wichtige Strukturlinie der Union blieb. Und hier konnte der Evangelische Arbeitskreis gewiß eine positive Bilanz ziehen.

Während seine öffentliche und personalpolitische Arbeit also durchaus Erfolge aufwies, gelang es dem EAK jedoch nicht, eine breite Verankerung in Partei und der Gesellschaft zu erreichen. Von seinem Aufbau her blieb der Bundes-EAK zweifelsohne ein elitärer Zirkel, dem jedes demokratische Organisationsdenken fremd blieb. Die Teilnehmer der Bundestagungen wurden nicht gewählt, sondern setzten sich aus der eher zufälligen Einladungsliste zusammen, die Hermann Ehlers mit einigen Kollegen 1952 erstellt hatte. Geleitet wurde der EAK zunächst durch einen geschäftsführenden Ausschuss, der ebenfalls seine Mitglieder kooptierte. Andere, nicht kooptierte Personen nahmen an den Sitzungen einfach per Gewohnheitsrecht teil.<sup>275</sup> Diese Struktur fand nicht nur Zustimmung. Ein Bundestagsabgeordneter erklärte seinen Austritt aus dem EAK gegenüber Schröder mit den Worten, »weil in Ihren eigenen Reihen das evangelische Christentum und die evangelische Qualifikation von Abgeordneten nach Logen-Manier in verschiedene Meister-Graden differenziert werden.«<sup>276</sup> Arbeitnehmervertreter waren im Ausschuss zunächst nicht vertreten. Dafür waren fast alle führenden Köpfe des EAK promoviert. Erst 1960 konnte der Vorsitzende Gerhard Schröder vermelden, dass der Vorstand um Arbeitsdirektor Hermann Weber und dem Geschäftsführer des evangelischen Arbeiterwerks, Gerhard Schlosser, erweitert wurde, um den Kontakt zu den evangelischen Arbeitnehmern zu verbessern.<sup>277</sup> Ebenso fehlten die Frauen im EAK-Ausschuss zunächst ganz. Und obwohl die Frauen gerade über das Kirchenvorfeld an die CDU gebunden waren, machten sie bei den jährlichen Bundestreffen zunächst gerade einmal sieben Prozent aus. Im 37-köpfigen Vorstand war ihr Anteil mit drei Frauen Mitte der fünfziger ebenso gering. Eine Satzung, die den Aufbau und die Zusammensetzung des Bundes-EAK regelte, sollte erst 1962 erstellt werden. Dabei hielt das Protokoll ausdrücklich fest, dass weiterhin »das Persönlichkeitsprinzip« gelte, da »jeder organisatorische Perfektionismus den Sinn des Arbeitskreises gefährde.«<sup>278</sup>

Der elitäre Charakter des EAK zeigte sich schließlich im auffällig universitären Stil seiner Debatten. Bei den Tagungen hielten Professoren und Gelehrte die Referate. Im Ausschuss argumentierte man auch bei heiklen Fragen nüchtern mit Paragrafen, übte ungemein offene Selbstkritik und gab sich Literaturtipps; bei der Sitzung vom 1. Juni 1961 wurde sogar angeregt, vor Abfassung eines Textes von einem Studenten eine Bibliografie erstellen zu lassen. Mehrfach wurde daher von Teilnehmern kritisiert, dass das Niveau der Sitzungen zu hoch sei und man nicht folgen könne.<sup>279</sup> Der EAK war damit kein Kreis, der breite Bevölkerungsschichten erreichen konnte. Er dokumentierte vielmehr, wie weit viele evangelische Christdemokraten noch von dem Volksparteianspruch entfernt waren, den ihr Gremium eigentlich fördern sollte. Allein auf derartige Politiker gestellt, hätte die CDU nicht bei breiten Wählerschichten reüssieren können. Um kirchliche und intellektuelle Symbolfiguren und Meinungsführer anzusprechen, war dieses Gremium jedoch genau richtig.

Seiner Struktur entsprach es, dass der EAK im Unterschied zu einigen anderen Vereinigungen und Ausschüssen »von oben« als Bundesorganisation gegründet worden war. Landes-EAKs bildete er nur sehr zögerlich aus. Bis Ende der fünfziger Jahre waren sie noch nicht in allen Landesverbänden entstanden, und die bestehenden Landes-Arbeitskreise traten vornehmlich nur bei den Bundestagungen in Erscheinung.<sup>280</sup> Auch innerhalb der Landesausschüsse blieb die Personalpolitik das zentrale Betätigungsfeld, was insbesondere die Kontrolle der Kandidatenlisten bei den Wahlen beinhaltete. Bezeichnenderweise entstand der EAK gerade in den evangelischen Bundesländern zunächst nicht, wo er eigentlich wirken sollte. In Niedersachsen gründete sich der EAK-Landesverband erst 1954, um im dortigen Schulstreit eine gemeinsame evangelische Position zu finden.<sup>281</sup> Und erst im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 beschloss die dortige Parteiführung schließlich, auch auf Kreisebene EAK-Organisationen aufzubauen, »weil damit im evangelischen Bereich eine Situation geschaffen werden könnte, die im vorparlamentarischen Bereich bei den Katholiken längst gegeben sei.«<sup>282</sup> Tatsächlich wurde dieses weitgesteckte Ziel nicht erreicht. In Schleswig-Holstein ließ die EAK-Gründung ebenfalls bis 1953/54 auf sich warten. Dort wurde die Gründung verzögert, weil zwei nationalsozialistisch belastete, aber äußerst ehrgeizige Christdemokraten um den Vorsitz rangen, die beide im »Dritten Reich« aus der Kirche ausgetreten waren.<sup>283</sup> Der EAK sollte der Selbstreinigung und der Karriereförderung dienen. Erst als 1954 der Theologieprofessor Redeker den ersten Vorsitz übernahm, fand der Landes-EAK hier zu einer etwas festeren Form.<sup>284</sup>

Mehr Engagement entwickelten die Arbeitskreise dagegen in Landesverbänden mit einem größeren Katholikenanteil. Bis Anfang der sechziger Jahre galten die EAKs in Bayern und Württemberg als die aktivsten und organisatorisch gefestigten Landesverbände. Der bayrische EAK blieb zunächst auch der einzige Landesausschuss, der einen hauptamtlichen Geschäftsführer hatte.<sup>285</sup> Ebenso zeigte sich in Nordrhein-Westfalen, dass die herausragende Infrastruktur der Landespartei auch auf die dortigen EAK-Gründungen abfärbte. Allein in Städten wie Bonn oder Köln wies der EAK mehr Engagement auf als in ganz Niedersachsen.<sup>286</sup> In Westfalen engagierte der EAK sogar einen evangelischen Pastor, der für ein Honorar im Vorfeld der Bundes- und Landtagswahl 1953/54 regelmäßig Reden für die CDU hielt. Er sprach äußerst werbewirksam bei EAK-Kreisgründungen, bei JU-Lehrgängen oder evangelischen Verbänden und fand so seinen Weg in den Landtag.<sup>287</sup> Im mehrheitlich katholischen Rheinland-Pfalz zeigte sich dagegen, wie wenig sich der Bundes-EAK für eine wirkliche bundesweite Ausbreitung eingesetzt hatte. Fast ein Jahr nach der Siegener Gründung erhielt Ehlers das Schreiben eines evangelischen Landtagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz: »Aus kirchlichen Blättern entnahm ich, daß ein Arbeitskreis für protestantische Politiker der CDU bestehe.«<sup>288</sup> Nun erbat dieser Abgeordnete Informationen, um in seinem Bundesland einen Ableger zu gründen, was er einen Monat später ohne Unterrichtung der dortigen CDU-Leitung auch tat.<sup>289</sup> Offensichtlich hatte der Bundes-EAK bei seiner Gründung auf breit gestreute Rundschreiben an die Landesvorstände und -fraktionen verzichtet.

Auf der Landesebene gelang es dem EAK tatsächlich zunehmend, eine Brückenfunktion zur evangelischen Kirche zu entwickeln. Sowohl bei ihren Gründungsversammlungen als auch bei ihren Veranstaltungen erschienen häufiger Kirchenvertreter, was zumindest gemeinsame Pressefotos ermöglichte.<sup>290</sup> Da dem EAK hier, im Unterschied zum Bundesvorsitzenden Schröder, häufig Theologen oder hohe Synodale vorstanden, fiel der Brückenschlag leichter.<sup>291</sup> Zudem tagten die EAK-Landesverbände weniger in abgesteckten Kreisen, sondern richteten Einladungen mitunter an die »Gegner«.<sup>292</sup>

Trotz seiner organisatorischen Defizite konnte der EAK am Ende der Ära Adenauer eine positive Bilanz ziehen. Die Resolutionen für die Wiederbewaffnung hatten trotz seiner elitären Struktur dazu beigetragen, innerhalb der CDU eine einheitliche Linie zu finden und öffentlich Heinemanns Position im Protestantismus zu marginalisieren. Ebenso hatte seine Personalpolitik mit dazu verholfen, das evangelische Gesicht der CDU zu stärken. Deutlich wurde aber auch, dass sich nicht allein der

Evangelische Arbeitskreis um die Integration des Vorfeldes kümmerte. Vielmehr war es auch hier der Katholik Adenauer, der durch seine Einzel- und Gruppengespräche mit den Bischöfen die führenden Repräsentanten des Vorfeldes einband.

Ohnehin zeigte die Analyse der christdemokratischen Vereinigungen, wie stark ihr Organisationspotential, ihr Einfluss und ihr politisches Engagement variierten. Organisatorisch reichten die Vereinigungen von kleinen Zirkeln wie dem EAK bis zur mitgliederstarken JU und CDA. Obwohl letztere sich auch programmatisch am stärksten engagierte, blieb ihr Einfluss gering. Selbst in der Personalpolitik wurde zunehmend über sie hinweg entschieden.<sup>293</sup> Dagegen wies die Frauenvereinigung fast keine organisatorische oder programmatische Eigenständigkeit auf, konnte dafür aber selbstständig ihre kontingierten Amts- und Mandatsträgerinnen bestimmen. Dass ihr Anteil bei rund sieben Prozent verharrte, lag dabei nicht nur am geschlechtsspezifischen Rollendenken der Christdemokraten. Auch die informelle, regionale und gruppenbezogene Organisationsstruktur der CDU erschwerte eine Erhöhung des Frauenanteils. Die Umsetzung des Volksparteianspruches ging somit auf Kosten der Frauen. Sowohl bei ihren Mitgliedern als auch bei den Amts- und Mandatsträgerinnen war die Adenauer-CDU primär eine männliche, ältere und katholische Partei, in der vor allem die Berufsgruppe der Selbstständigen stark überwog.

Die Vereinigungen gewährten innerparteiliche Freiräume, die besonders bei der vermeintlich Adenauer-treuen Jungen Union zur Kritik am Kanzler genutzt wurden. Die Auslagerung dieser Konfliktpotentiale erleichterte den innerparteilichen Zusammenhalt der unterschiedlichen Gruppen. Entscheidend für den Erfolg bei den Wählern waren jedoch weniger die organisationsschwachen und programmatisch unengagierten Vereinigungen als die enge Einbindung der Verbände. Insbesondere die Analyse der unterschiedlichen Integrationstechniken gegenüber den Landwirten und den Arbeitern machte dies deutlich. Während bei den Landwirten systematisch die Spitze des Bauernverbandes in die Parteiführung geholt wurde, sah die CDU davon ab, sich bei den Arbeitern eine ähnliche Anbindung an die Gewerkschaften zu verschaffen. Die mitgliederstarke und aktive CDA konnte dies nicht ausgleichen. Vor allem Adenauer sorgte für eine generöse Öffnung gegenüber den Verbänden, setzte ihr mitunter aber selbst bei den Landwirten oder Flüchtlingen Grenzen. Das zeitgenössische Schlagwort von der Herrschaft der Verbände war sicher überzogen.<sup>294</sup> Die CDU war vielmehr auch hier eine Sammlungspartei, die unterschiedliches nebeneinander stellte, um dann zielgruppengerecht ad hoc Akzente zu setzen.

## VIII. Der lange Abschied von der Adenauer-CDU

Bis heute gilt das Godesberger Programm von 1959 als die maßgebliche, kanonisch gewordene Zäsur in der Geschichte der Sozialdemokratie. Wehners außenpolitische Bundestagsrede, die neue Symbolik beim Bundesparteitag und die Nominierung Brandts sollten im folgenden Jahr unterstreichen, dass die SPD mit dem Jahrzehntwechsel ihre Weichen neu stellte. De facto hatte sich dieser Wandel in den fünfziger Jahren schon angekündigt, erhielt aber nun nach der erneuten Wahlniederlage eine starke Schubkraft.<sup>1</sup> Anders bei der CDU: Auch sie veränderte seit 1959 ihr Profil. Eine herausragende Zäsur für ihre Neupositionierung sucht man allerdings vergeblich. Die Präsidentschaftskrise 1959, die Parteireform 1962, Adenauers Rücktritt vom Kanzleramt 1963 und vom Parteivorsitz 1966, die neue Satzung von 1967 oder der Beginn der Oppositionsphase zwei Jahre darauf – diese und andere Ereignisse markieren allesamt wichtige Einschnitte, aber keine kanonisch gewordenen Wendepunkte.

Der Wandel der Adenauer-CDU verlief in kleinen Schritten und in unterschiedlichen Bereichen nebeneinander. Im Unterschied zur SPD betraf er weniger ihre Programmatik als ihre Organisation. Unübersehbar war jedoch, dass sich die CDU bis zum Ende der sechziger Jahre vermutlich ähnlich stark veränderte wie die Sozialdemokratische Partei. Der abschließende Abschnitt greift die bislang untersuchten Bereiche der Adenauer-CDU nacheinander auf und fragt, in welchem Maße, wie und wann die Union ein neues Profil ausbildete und den krisenhaften Abschied von Adenauer meisterte. Einerseits fällt der Blick dabei wiederum auf das Innenleben ihrer Organisation – ihre Konfessionsstruktur, ihre Parteiführung, ihre Finanzen und schließlich ihre innerparteiliche Demokratie. Andererseits wird gefragt, wie die Christdemokraten auf neue politische Konstellationen reagierten. Ihr Verhalten gegenüber der sich wandelnden SPD, den NPD-Erfolgen und den Demonstrationswellen der späten sechziger Jahre steht dabei im Mittelpunkt. Der Ausblick über die Adenauer-CDU hinaus dürfte dabei nicht nur Zäsuren deutlich machen, sondern noch schärfer zeigen, was eigentlich das Spezifische an der Adenauer-CDU war.

### 1. Ende der Konfessionsquerelen?

Die Integrationspolitik der CDU hatte wesentlich dazu beigetragen, die einstigen Querelen zwischen den Katholiken und den Protestanten zu entschärfen. Das Misstrauen zwischen den Konfessionen konnte die Union jedoch zu Adenauers Lebzeiten nicht vollständig ausräumen – weder in der Partei noch in der Bevölkerung. Das folgende Kapitel zeigt vielmehr, dass die konfessionellen Irritationen eben nicht nur ein Phänomen der frühen Bundesrepublik waren.<sup>2</sup> Stattdessen wird die These vertreten, dass erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der gesellschaftliche Umbruch dazu führte, dass auch innerhalb der Union die Frage nach der richtigen Kirchenzugehörigkeit an Bedeutung verlor.

Wie sehr die evangelische Bevölkerung noch 1963 die CDU als eine zu katholische Partei sah, zeigte etwa eine in Niedersachsen erstellte Umfrage des EMNID-Instituts, die das öffentliche Bild der Christdemokraten in freien Interviews ermittelte. Nach wie vor wurde in der Auftragsstudie das Vorurteil geäußert, dass die Union bei Stellenbesetzungen Katholiken begünstige.<sup>3</sup> Die Befragten verbanden weiterhin ihre negativen Alltagseinschätzung gegenüber den Katholiken mit der CDU. Ein Interviewpartner antwortete etwa: »Es wäre für mich einfacher – ich würde dann wieder CDU wählen – wenn diese Partei nicht so katholisch gefärbt wäre. Ein Freund von mir hat eine Katholikin geheiratet. Er mußte sich katholisch trauen lassen auch die Kinder wurden katholisch getauft. So verlangte es die katholische Kirche. Das macht mich bedenklich.«<sup>4</sup> Obwohl sich die katholische Kirche bereits wesentlich weniger in die Politik einschaltete, wurde sie noch immer als eine Bedrohung aufgefasst, die man implizit der CDU anlastete. Ein anderer Interviewpartner nannte als Grund, warum er nicht mehr die Christdemokraten wählen wolle: »Der Katholizismus dringt in Norddeutschland vor: Kirchenbauten wohin man sieht, auch in Gegenden mit kaum nennenswert katholischer Bevölkerung, während die Lutheraner auf die Wiederherstellung ihrer zerstörten Kirchen warten.«<sup>5</sup>

Selbst befragte Personen, die sich als CDU-Stammwähler bezeichneten, monierten, dass die CDU nach wie vor von der katholischen Kirche abhängig sei: »Auf Bundesebene hat die katholische Kirche einen starken Einfluß. Das wirkt sich in jedem politischen Bereich aus: auch in der Außenpolitik zum Beispiel in der starken Orientierung an den katholisch-romanischen Ländern wie Frankreich.«<sup>6</sup> Die konfessionell aufgeladene Debatte um die Wiederbewaffnung war längst abgeklungen. Dennoch zeigte der Streit um Erhards Frankreichpolitik, dass die Katholiken und Protestanten selbst in der Parteispitze weiterhin unterschiedliche außen-

politische Ziele hatten. Während sich vornehmlich katholische Christdemokraten für eine engere Zusammenarbeit mit Frankreich einsetzten, traten insbesondere prominente evangelische CDU-Politiker wie Gerhard Schröder oder Kai-Uwe von Hassel für eine flexiblere Ostpolitik und bessere Beziehungen zu den angelsächsischen Ländern ein.<sup>7</sup> Bei den Wählern wurde dieser Regierungsstreit zwischen den Gaullisten und Atlantikern offensichtlich rezipiert und in die alten antikatholischen Vorurteile eingebaut. Der ostpolitische Kurs der EKD, die in ihrer Ostdenkschrift 1965 sogar für eine Öffnung gegenüber Polen antrat, verstärkte dabei diese konfessionelle Dimension der Außenpolitik.

Die Christdemokraten waren sich bewusst, dass viele evangelische Wähler sie zwar als Sammlungspartei rechts von der SPD unterstützten, aber emotional Distanz wahrten. Eine bundesweite Untersuchung, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Vorfeld der Bundestagswahl 1961 durchführen ließ, kam zu ähnlichen Ergebnissen wie die regionalen Studien. Laut Bundesgeschäftsführer Kraske dokumentierten die Daten eindeutig, »daß die CDU nicht allein bei den Sozialisten und den Liberalen, sondern auch bei ihren eigenen Wählern als eine eher katholische Partei gesehen wurde. Sie zeigen weiter, daß diese Meinung einen nicht unerheblichen Teil der Grenzwähler in ihrer Meinungsentscheidung wesentlich zu beeinflussen vermag.«<sup>8</sup> Gerade vor Wahlen stieß die Union weiterhin auf geradezu irrational wirkende Ängste vor der anderen Konfession. Aus einem Bundesland wie Hessen meldete etwa der Landesgeschäftsführer Ende 1962, »daß die CDU-Wählerschaft besonders empfindlich und anfällig ist für Argumente des politischen Gegners in Konfessionsfragen. Kein Mensch schert sich um die Bekenntnisschule, um nur ein Beispiel zu erwähnen, wenn aber in Wahlkämpfen davon die Rede ist und die SPD mahnt von allen Plakaten: Trennt uns nicht nach Konfessionen, dann erhitzen sich die Gemüter und alte Ressentiments, beinah antik gewordene Konfessionsstreitigkeiten aus Zeiten vor den beiden Weltkriegen werden wach und brechen hervor.«<sup>9</sup>

Obwohl die CDU in Hessen längst nicht mehr öffentlich für die Konfessionsschule eintrat, blieben die Ressentiments noch bestehen. Das Bild von der katholischen Partei resultierte dabei trotz steigender politischer Informiertheit eben nicht aus einer genaueren Kenntnis der christdemokratischen Politik oder der Konfession ihrer Politiker. Wie die CDU Mitte 1959 vom Allensbacher Institut für Demoskopie ermitteln ließ, war in der Bevölkerung lediglich Adenauers katholische Kirchenangehörigkeit fast allen Befragten bekannt. Gut ein Drittel wusste zudem um Brentanos katholische Glaubenszugehörigkeit. Bei den restlichen Politikern nannten weniger als ein Viertel der Befragten die richtige Ant-

wort. Und nur sechs Prozent ordneten etwa den EAK-Vorsitzenden und Innenminister Gerhard Schröder der evangelischen Kirche zu, elf Prozent hielten ihn dagegen für katholisch, der Rest konnte keine Angaben machen.<sup>10</sup> Das Image der CDU beruhte folglich weiterhin eher auf pauschalen Urteilen, die durch Journalisten, konkurrierende Parteien oder lokale Meinungsführer vermittelt wurden. Und allein schon wegen dieser Stimmungsvermittler musste die CDU weiter an ihrer konfessionellen Ausgleichs- und Quotenpolitik festhalten.

Denn auch Anfang der sechziger Jahre verfolgten besonders die Liberalen und einige evangelische Geistliche die Personalpolitik der CDU mit Argusaugen. Teilweise liefen ihre Forderungen zusammen. In Nordrhein-Westfalen schloss sich 1960 etwa der dortige Präses Beckmann einer Eingabe der FDP an, als diese eine ihrer typischen parlamentarischen Anfragen zur konfessionellen Zusammensetzung der Ministerien und des Schulwesens machte.<sup>11</sup> Ein Jahr später griff auch das von Bischof Lilje herausgegebene ›Sonntagsblatt‹ die nordrhein-westfälische Stellenpolitik auf und veröffentlichte vier Artikel unter der Überschrift »Wollen sie wieder das Zentrum?«, die öffentlich große Beachtung fanden.<sup>12</sup> Der nordrhein-westfälischen CDU wurde dabei vorgeworfen, insbesondere unter dem Einfluss des Kreises um Kardinal Frings Protestanten bei der Ämterbesetzung systematisch zu benachteiligen. Selbst bei Lehrern würden angeblich mit Hilfe einer Kölner Kartei gezielt vornehmlich Katholiken eingestellt.<sup>13</sup> Wiederum bemühte sich die CDU um eine Schadensbegrenzung, indem sie in vertraulichen Gesprächen den antikatholischen Kurs abzdämpfen versuchte. Der westfälische Landesvorsitzende Dufhues traf sich mit Lilje, und der EAK-Vorsitzende Schröder sprach mit dem Chefredakteur des ›Sonntagsblattes‹. Ebenso folgten die gewohnten statistischen Auflistungen, die die genaue Parität in der Ministerialbürokratie belegten, von beiden Seiten aber unterschiedlich bewertet wurden.<sup>14</sup>

Innerhalb der CDU blieb die Konfessionsfrage damit ein hochsensibles Thema. Das richtige Gesangbuch war noch keine Nebensache bei der Besetzung der führenden Posten. Das konfessionelle Misstrauen machte es etwa weiterhin unmöglich, dass in einem evangelischen Land wie Niedersachsen ein Katholik den CDU-Landesvorsitz übernehmen konnte. Als sich 1962 dennoch der Katholik Josef Stecker in Hannover um eine Kandidatur bemühte, drohten ihm nach eigenen Angaben führende Landespolitiker an, dass man »mit allen Mitteln gegen jeden Versuch vorgehen würde, einen Katholiken in das Führungskollegium der CDU in Niedersachsen zu bringen«. Das Votum von Landesbischof Lilje wurde eingeholt, der »einen Katholiken als untragbar bezeichnet«,

und auch Konrad Adenauer und Heinrich Krone legten dem Bewerber den Verzicht nahe.<sup>15</sup> Stattdessen einigte man sich auf Hans-Christoph Seebohm, einen protestantisch-konservativen ehemaligen DP-Politiker.

In Hamburg verkündete die CDU 1970 bei ihrer 25-Jahresfeier: »Heute gibt es keine Konfessionsgräben mehr. Die Auslese wird unter Qualifikationsgesichtspunkten vorgenommen. Der notwendige Ausgleich ergibt sich von selbst.«<sup>16</sup> Tatsächlich zeigen die internen Hamburger Akten aber, dass die Parteiführung selbst Ende der sechziger Jahre nicht nur bei der Wahl zum Landesausschuss das übliche »e« und »k« hinter die Bewerber schrieb, sondern sogar bei den Vorsitzenden und Delegierten der Ortsverbände weiter die Kirchenzugehörigkeit vermerkte. Und jeder Kreisvorstand musste noch 1968 seine katholischen Mitglieder angeben, die in einer gesonderten Auflistung erfasst wurden.<sup>17</sup> Erstaunlicherweise zeigten die Listen dabei, dass nach wie vor die Vorsitzenden und Delegierten in den Hamburger Arbeitervierteln (wie Wilhelmsburg oder Finkenwerder) fast ausschließlich katholisch waren, während den wohlhabenderen Bürgervierteln (Blankenese, Winterhude, Innenstadt) ausnahmslos Protestanten vorstanden. Die unterschiedlichen politischen Traditionen der Konfessionen sorgten weiterhin für unterschiedliche gesellschaftspolitische Sphären. Der seit der Gründung separat tagende »Katholiken-Kreis« der Hamburger CDU kam dementsprechend auch in den sechziger Jahre regelmäßig zusammen.<sup>18</sup>

Und nicht nur in den Ländern, sondern auch auf der Bonner Bühne musste die Union weiterhin nach einem Ausgleich zwischen ihren beiden konfessionellen Traditionssträngen suchen. Während sich bislang vor allem die Protestanten beschwerten, fühlten sich nun zunehmend auch die Katholiken benachteiligt. Das Tagebuch des Fraktionsvorsitzenden Krone verzeichnet seit der Parteikrise 1959 wieder häufiger Einträge, die die Spannungen in der CDU festhielten. Bereits im März 1959 notierte Krone: »Die Union ist in sich nicht gefestigt. Es kann böse werden, wenn der Kanzler einmal fehlt. Immer wieder im katholischen Lager der Vorwurf, wir seien zu liberal. Integrales kommt hoch und der Ruf nach dem alten Zentrum. 1945 liegt weit zurück. Die Konfessionen stehen härter gegeneinander.«<sup>19</sup>

Welche Bedeutung die richtige Kirchenzugehörigkeit noch in der CDU-Bundesspitze aufwies, lässt sich selbst anhand der Debatten um die führenden Staats- und Parteiämter belegen. Dies zeigt zunächst ein genauer Blick auf die Präsidentenwahl 1959. Bei der Suche nach einem neuen Bundespräsidenten hatte Adenauer von Beginn an immer wieder betont, »einen evangelischen Herrn zu wählen, und zwar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961.«<sup>20</sup> Tatsächlich kursierten schnell zahlrei-

che Namen von evangelischen Persönlichkeiten, die der CDU werbewirksam zu einem protestantischen Image verhelfen sollten. Anfragen gingen dabei nicht nur an Eugen Gerstenmaier und Ludwig Erhard, sondern selbst an evangelische Professoren und die hohe Kirchenprominenz: Kirchentagspräsident Reinold von Thadden-Trieglaff wurde das Amt ebenso vorsichtig offeriert wie dem Hannoveraner Bischof Lilje und dem Oldenburger Bischof Jakobi; Jakobi lehnte sofort ab, Thadden-Trieglaff wegen seiner Krankheit und der streitfreudige Bischof Lilje schien am ehesten bereit, war aber nie mehrheitsfähig.<sup>21</sup>

Erschwert wurde die Meinungsfindung allerdings dadurch, dass im konfessionellen Quotensystem der CDU der Kanzler- und der Präsidentenposten miteinander verbunden waren: Würde ein Protestant zum Präsidenten gewählt, sollte Adenauers Nachfolger im Kanzleramt nicht ebenfalls evangelisch sein und umgekehrt. Dementsprechend machten sich nun viele evangelische Christdemokraten für einen katholischen Bundespräsidenten stark. Der schleswig-holsteinische Innenminister und spätere Ministerpräsident Helmut Lemke hatte bereits im November 1958 Adenauer angekündigt, dass man für einen Katholiken stimmen werde, »wenn die Zusicherung für einen evangelischen Bundeskanzler vorliegt.«<sup>22</sup> Einige Monate später unterstützten gerade norddeutsche Christdemokraten um Kai-Uwe von Hassel sowie einige evangelische Bischöfe den Katholiken Heinrich Krone als Kandidaten. Als Adenauer seine eigene Kandidatur andeutete, waren es wiederum vor allem die norddeutschen Christdemokraten sowie Eugen Gerstenmaier, die für Adenauer Stimmung machten.<sup>23</sup> Und schließlich wurde auch der tatsächlich gewählte katholische Präsident Heinrich Lübke von dem evangelischen Oberkirchenrat Adolf Cillien ins Gespräch gebracht und dann vornehmlich von Protestanten wie Gerstenmaier, Hallstein, Schwarzhaupt, Rehling oder Bausch hochgelobt.<sup>24</sup>

Umgekehrt taktierten die Katholiken. Selbst ein tiefschwarzer Katholik wie der Rheinland-Pfälzer Adolf Süsterhenn trat für den evangelischen Kirchentagspräsidenten Thadden-Trieglaff ein, während sich die katholisch geprägte CSU in letzter Minute für den evangelischen Franz Etzel stark machte.<sup>25</sup> Auch Adenauer favorisierte einen evangelischen Kandidaten, weil er trotz seiner 83 Jahre zunächst wie selbstverständlich davon ausging, aus der nächsten Bundestagswahl wiederum als Kanzler hervorzugehen.<sup>26</sup> Auf lange Sicht war ein evangelischer Präsident für Adenauer zugleich das sicherste Mittel, um indirekt Ludwig Erhard als Nachfolger auszuschalten.<sup>27</sup> Noch sicherer schien schließlich Adenauers Vorschlag, Erhard selbst als Präsident zu nominieren. Als Adenauer sich nach Erhards Absage dann im April 1959 übereilt entschloss, selber das

Bundespräsidentenamt zu übernehmen, stellte er seinen Aufzeichnungen zufolge die Bedingung, dass dann der Protestant Etzel Kanzler werden müsse, »so dass die Tatsache, dass ich, ein Katholik, Bundespräsident sei, in etwa ausgeglichen sei.«<sup>28</sup> Erst als sich abzeichnete, dass Adenauer weder Erhards Kanzlerschaft verhindern, noch die Machtbefugnis des Bundespräsidenten so extensiv ausdehnen konnte, um Erhard zu kontrollieren, zog er seine Kandidatur überraschend wieder zurück.<sup>29</sup>

Die Unfähigkeit der CDU, einen geeigneten Präsidenten zu finden, resultierte folglich nicht nur aus Adenauers Abneigung gegen Erhard, sondern eben auch aus den nach wie vor vorhandenen unterschiedlichen konfessionellen Flügeln, die beide in Hinblick auf das Kanzleramt taktierten. Die Quote war zwar mittlerweile so weit akzeptiert, dass man sie auf beiden Seiten vorausseilend berücksichtigte, aber das Vertrauen in die jeweils andere Konfession war oft noch so gering, dass man ihr nicht den wichtigeren Posten überlassen wollte. Bedenken gegen die außenpolitische Kompetenz (wie bei Erhard) oder ihre menschlichen Umgangsformen (wie gegenüber Schröder) gingen dabei mit Vorurteilen und unterschiedlichen Geisteshaltungen einher.

Dass letztlich mit Heinrich Lübke ein Präsident gewählt wurde, der kein wirklicher Wunschkandidat irgendeiner Seite war, spiegelte die innere Zerrissenheit der Union wider. Da die Nominierung des katholischen Lübke die Furcht aufkommen ließ, dass nun zwangsläufig ein evangelischer Kanzler auf Adenauer folgen müsse, musste am 15. Juni 1959 ausdrücklich ins Protokoll des Wahlmännergremiums aufgenommen werden, »daß konfessionelle Gründe bei der Wahl Lübkes keine Rolle gespielt hätten und auch bei künftigen Besetzungen hoher Staatsstellen keine konfessionellen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.«<sup>30</sup> Doch gerade die rituelle Beschwörung, die Konfession spiele keine Rolle, dokumentierte ihren Stellenwert. Ohnehin waren es vornehmlich die Katholiken, die aus ihrer starken Position heraus die Konfession zur Nebensache erklärten.

Die Evangelischen verstärkten nach Lübkes Wahl ihre Personalforderungen und verlangten um so hartnäckiger Erhards Nachrücken. Umgekehrt beobachteten viele Katholiken argwöhnisch, dass mit Erhard, Schröder und von Hassel gleich drei evangelische Diadochen als Adenauer-Erben antreten wollten. Laut Krones Notizen monierten besonders die beiden starken CDU-Landesverbände Nordrhein-Westfalens, »Hassel und anderen gehe es darum, das protestantische Element in der Union in Führung zu bringen«. Der Aachener Bischof ermunterte daraufhin sogar zur Neugründung einer katholischen Zentrumspartei.<sup>31</sup> Adenauers erneute Kandidatur 1961 führte zweifelsohne zu einer quälenden

Verlängerung seines Abschiedes und stärkte die Liberalen. Um in der Krisenphase den Zusammenhalt der Partei zu sichern, war sein Festhalten an der Macht vermutlich aber ein richtiger Schritt.

Da diese Debatte weiterhin die Achillesferse der CDU bedrohte, war auch Anfang der sechziger Jahre besondere Vorsicht bei diesem Thema geboten. Bei der Bundestagswahl 1961 wurden diesmal fast ein Jahr vorher die Listen zusammengestellt und auf den Konfessionsproporz hin überprüft.<sup>32</sup> In den konfessionell gemischten Ländern folgte auf den vorderen Plätzen immer abwechselnd ein Katholik und ein Protestant.<sup>33</sup> Ähnlich wie bei der Weimarer Zentrumspartei entstand zudem ein christdemokratischer »Paritätsausschuß«, der die konfessionelle Besetzung der Bundesämter überwachen sollte.<sup>34</sup> Über die Glaubenszugehörigkeit der insgesamt 1251 Beschäftigten in den Bundesministerien führte die Union weiter genau Buch. Vorwürfen über die Benachteiligung von Protestanten konnte sie so im Wahljahr 1961 schnell entgegenhalten, dass drei Viertel aller Beschäftigten Protestanten seien.<sup>35</sup> Ebenso verzeichneten die Entwürfe für die Kabinettszusammensetzung auch in einer Krisensituation, wie der Kabinettsumbildung nach der Spiegel-Affäre, immer noch den handschriftlichen Zusatz »e« und »k« hinter den Personalvorschlägen, um die angemessene Berücksichtigung beider Seiten zu kalkulieren.<sup>36</sup> Tatsächlich saßen gerade in den frühen sechziger Jahren gleich viele Minister beider Konfessionen am Kabinetttisch. Gleiches galt für die Parteigremien. Für den 1960 konstituierten »engeren Vorstand«, von dem man vergeblich eine Aktivierung der Parteiarbeit erhoffte, wurden genau neun Mitglieder jeder Konfession vorgesehen, worunter explizit je eine evangelische und eine katholische Frau sein sollte.<sup>37</sup> Als im gleichen Jahr im Parteiausschuss 15 neue Mitglieder für den Bundesvorstand gewählt werden sollten, betonte Hassel, dass acht evangelisch und sieben katholisch seien.<sup>38</sup> Ebenso wurde bei der Präsidiumsvorwahl 1966, als mehr Bewerber antraten als es Plätze gab, vorher diskutiert, welchen konfessionellen Schlüssel man anlegen sollte. Den Katholiken wurde das übliche leichte Übergewicht zubilligt, das nun auch Erhards Vorsitz ausgleichen sollte.<sup>39</sup> Und schließlich berücksichtigte selbst die von Erhard 1966 geplante Kabinettsreform, dass der Konfessionsschlüssel in etwa erhalten blieb.<sup>40</sup>

Welches Gewicht die richtige Konfession noch hatte, zeigte schließlich die Debatte um Adenauers Nachfolge. Obwohl Erhard als öffentlich beliebte Wahllokomotive auch von zahlreichen katholischen Christdemokraten unterstützt wurde, entwickelte sich diese Frage – neben Adenauers Unwillen, überhaupt zurückzutreten – zu einem der Schlüsselprobleme. Da Adenauer das konfessionelle Gleichgewicht nach wie vor

sehr ernst nahm, trat er angesichts des katholischen Bundespräsidenten Lübke eher für einen evangelischen Nachfolger ein. Schon Mitte 1959 vertraute Adenauer von Hassel an: »Krone hätte er ursprünglich gern als seinen Nachfolger gesehen, da aber inzwischen ein katholischer Bundespräsident gewählt worden sei, entfielen das aus konfessionellen Gründen.«<sup>41</sup> Weil Adenauer auf jeden Fall Erhards Kanzlerschaft vermeiden wollte, förderte er den Protestanten von Hassel als langfristigen Nachfolger. 1961 drängte er von Hassel zum Kabinettseintritt mit den Worten, sein Nachfolger müsse sich in Bonn einarbeiten.<sup>42</sup> Trotz seiner Bedenken, sich in einem Übergangskabinett abzunutzen, sollte Hassel Anfang 1963 Strauß im Verteidigungsministerium beerben.<sup>43</sup> Aber auch der allgemein als zu kühl geltende Gerhard Schröder rückte durch den Konfessionsproporz wieder in den Vordergrund. Im Kanzleramt wurde nun erwogen, ob man eine Doppelgespann Schröder/Brentano dem alten Duo Erhard/Adenauer folgen lassen könne: »Wenn man vermeiden will, daß die Ablehnung Erhard auf ein konfessionelles Geleise verschoben wird, sollte man ihm nur einen Kandidaten evangelischer Konfession entgegenstellen. [...] Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises würde Schröder die evangelischen CDU-Wähler anziehen, während von Brentano bereits als Repräsentant der katholischen Kernwählerschaft der CDU wirken würde.«<sup>44</sup> Noch im April 1963, also kurz vor Erhards Amtsübernahme, sollte sich Adenauer – unter anderem mit Zustimmung von Bischof Kunst – für dieses Doppelgespann unter Schröders Kanzlerschaft aussprechen.<sup>45</sup>

Auf der anderen Seite bestanden Überlegungen, 1964 wieder einen evangelischen Bundespräsidenten zu wählen und so den evangelischen Kanzler Erhard zu verhindern. Gerade der eigentlich von Adenauer präferierte Thronfolger, der zögerliche Heinrich Krone, sah hierin einen Ausweg.<sup>46</sup> Angesichts seiner öffentlichen Beliebtheit und dem Drängen der Fraktion war Erhard jedoch allen Intrigen zum Trotz nicht mehr zu verhindern. Selbst ein katholisch-sozial geprägter Landesvorstand wie Hessen und der Rheinland-Pfälzer Adolf Süsterhenn appellierten im September 1961 an Adenauer, doch offiziell Erhard als Nachfolger zu benennen, um den »Flugsand« der liberalen Wähler zu gewinnen.<sup>47</sup> Auch wenn Erhard in vielerlei Hinsicht scheiterte: Als Integrationssignal für die evangelisch-bürgerlichen Wähler war seine Nominierung kaum zu unterschätzen. Erst unter Erhard, der betont distanziert zu Kirche und Partei stand, sollte die Union ihr protestantisches Profil erneut verstärken. Die kurzen drei Jahre unter Erhard jedoch als »protestantische Periode« der CDU zu bezeichnen, scheint etwas voreilig.<sup>48</sup> Immerhin blieb mit Adenauer der Parteivorsitzende der CDU katholisch, und mit dem

geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues war bereits 1962 vorausschauend ein weiterer kantiger Katholik an die Parteispitze gestellt worden, um ein konfessionelles Gegengewicht zu dem Nachfolger in spe zu schaffen.<sup>49</sup> Ebenso waren der CDU-Bundesgeschäftsführer und der Bundespräsident katholisch. Als Nachfolger für sein Wirtschaftsministerium wählte Erhard mit Kurt Schmücker zwar einen loyalen Wirtschaftsmann, der aber ebenfalls aus dem intakten katholischen Milieu Südburgs stammte. Da Schmücker ein enger Gefolgsmann Erhards war, wurde er jedoch bezeichnenderweise selbst in der Literatur immer wieder als Protestant bezeichnet.<sup>50</sup>

Da mit Erhard, Schröder und Hassel nun drei prominente Protestanten aus der Regierung herausragten und maßgeblich die Außenpolitik verantworteten, fühlten sich die Katholiken in der CDU dennoch benachteiligt. 1965 wurde dem Parteipräsidium sogar der Antrag vorgelegt, einen Katholischen Arbeitskreis innerhalb der CDU zu gründen, was freilich abgelehnt wurde.<sup>51</sup> Im Vorstand kursierte bei Stellenbesetzungen dennoch die Forderung, so wie einst die Protestanten per Proporz an die Partei herangeführt worden seien, müssten nun gezielt die Katholiken unterstützt werden.<sup>52</sup> Auch bei den höchsten Ämtern wurde weiter mit der Religionszugehörigkeit argumentiert. 1966 war sich der Kanzleranwärter Barzel mit Globke einig, »daß nach Möglichkeit der Bundespräsident immer evangelisch, der Parteivorsitzende katholisch sein solle, während bei dem Bundeskanzler die Konfession keine Rolle spiele.«<sup>53</sup> Da ein evangelischer Präsident und Kanzler gleichzeitig noch kaum denkbar waren, bedeutete auch die letztere Äußerung des ehrgeizigen Barzel ein taktisches Zugeständnis. Von Gerhard Schröders Nominierung 1969 bis hin zur Präsidentschaft von Richard von Weizsäcker und Roman Herzog sollte die Christdemokraten dieses Arrangement zwischen den höchsten Staatsämtern beibehalten.

Keineswegs unproblematisch blieb auch die Frage, ob der Parteivorsitzende evangelisch sein dürfe. Eigentlich sollte 1966 mit Dufhues ein überzeugter Katholik den Parteivorsitz von Adenauer übernehmen, um ein Gegengewicht zu Erhard zu bilden. Als Dufhues absagte, kündigte Erhard plötzlich seine eigene Kandidatur an. Obwohl er einleitend betonte, die Debatte »von allen konfessionellen Beleuchtungen« zu befreien, stand das Problem im Raum.<sup>54</sup> Der junge Helmut Kohl sprach es schließlich offen an. Dabei plädierte er dafür, dass im Fall des evangelischen Vorsitzenden Erhard beide Stellvertreter katholisch sein müssten, weil es sonst heißen würde, »die machen die Parteispitze jetzt ganz blau.«<sup>55</sup> Dementsprechend wurde die Parteispitze nach dem Prinzip des konfessionellen Ausgleichs neu gestaltet: Dem Vorsitzenden Erhard wurde der

katholische Barzel als Erster stellvertretender Vorsitzender zur Seite gestellt, beide bekamen mit Hassel und Lücke wiederum je einen Stellvertreter jeder Konfession. Damit war 1966 trotz Erhards Parteivorsitz wieder das komplizierte konfessionelle Gleichgewicht hergestellt, das seit der Unionsgründung ihre Parteispitze kennzeichnete. Dass mit Erhard ein Protestant den Vorsitz erhielt, nannte Arbeitsminister Hans Katzer »ein Fanal für die Union«.<sup>56</sup> Dufhues erklärte dagegen ausgleichend zur Konfessionsfrage: »Wir Katholiken haben die Kandidatur Erhards mitgetragen, und er ist einstimmig gewählt worden, ohne daß diese Frage auch nur aufgeworfen oder diskutiert worden ist.«<sup>57</sup> Allein das »wir« und das »mit« verriet dabei, wie sehr man noch in getrennten Gruppen dachte. Seine kurze einjährige Amtszeit sollte bis zu Wolfgang Schäubles Wahl das einzige Mal sein, dass ein evangelischer Christdemokrat den Parteivorsitz innehatte.

Die zahlreichen angeführten Belege zeigen, welche große Bedeutung die richtige Kirchenzugehörigkeit bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hatte. Das Misstrauen zwischen Katholiken und Protestanten sorgte weiterhin für nicht unerhebliche Komplikationen. Die Präsidentschaftskrise und die Auseinandersetzung um Erhard ließen alte Debatten noch einmal neu aufflackern. Dennoch ist unverkennbar, dass im Laufe der sechziger Jahre die alten konfessionellen Auseinandersetzungen langsam abnahmen. Allein aus eigener Kraft gelang dies der CDU nicht. Erst die massiven gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die seit den frühen sechziger Jahren einsetzten, schwächten die gegenseitigen Ressentiments langsam ab. Drei maßgebliche Katalysatoren lassen sich dabei ausmachen: Erstens die sich wandelnde politische Position der Kirchen; zweitens die weltanschauliche Liberalisierung von Teilen der CDU; und drittens die Erosion der Milieus. Alle drei Faktoren gefährdeten zwar das christdemokratische Monopol auf die katholisch-kirchennahe Stammwählerschaft, sie erleichterten jedoch wesentlich den Zugang zu evangelischen oder kirchenfernen Wählern. Angesichts der langsam einsetzenden Säkularisierung war dies sicher die zukunftssträchtigere Wählergruppe.

Zunächst ein Blick auf die neue politische Rolle der Kirchen. Nach der verheerenden Niederlage von 1957 bemühten sich die Sozialdemokraten zunehmend, ihr Verhältnis zur katholischen Kirche zu verbessern.<sup>58</sup> Ihre antikirchlichen und speziell antikatholischen Tiraden aus den Wahlkämpfen der fünfziger Jahre verschwanden nun. Gleichzeitig wuchs in der katholischen Kirchenführung die Distanz zur Union. Gerade weil die Christdemokraten den Katholizismus in Deutschland wie nie zuvor gestärkt hatten und nun mit sicherer Mehrheit regierten,

schwand bei den Katholiken das Bedrohungsgefühl, aus dem heraus der Klerus bislang die CDU unterstützt hatte. Die aus dem Kaiserreich tradierte Wagenburg-Mentalität öffnete sich gerade aufgrund ihrer starken Position.<sup>59</sup> Aber auch der politische Kurs der Union ließ einige Geistliche etwas abrücken. Spannungen bescherten die Debatten um die Sonntagsarbeit, die Familienpolitik oder die Einführung des Zweiten Fernsehprogrammes, von dem viele Geistliche eine Kommerzialisierung und einen moralischen Verfall befürchteten.<sup>60</sup> Die CDU bemühte sich deshalb bereits im Vorfeld der Wahl von 1961 stärker denn je um die Gunst des Klerus. Gerade im Fernsehstreit mussten Globke, Barzel und Heck ihre ganze Vermittlungskunst aufbringen, um die einzelnen Bischöfe zu überzeugen.<sup>61</sup> Doch weder die politischen Zugeständnisse der CDU noch ihr zwanzigseitiger Rechenschaftsbericht über die Erfüllung der kirchlichen Forderungen erreichten eine gesteigerte Aufmerksamkeit bei den führenden Geistlichen.<sup>62</sup> Ebenso nahmen lediglich die liberalen Blätter den Versuch der CDU wahr, den Karlsruher Parteitag von 1960 im Zeichen des »C« zu inszenieren, nicht aber die katholischen Zeitungen.<sup>63</sup> Die bischöflichen Hirtenworte spiegelten die zunehmende politische Zurückhaltung der katholischen Kirche. Während das Hirtenwort von 1961 noch implizit vor der SPD warnte, die nur vor Wahlen sich auf das Christentum berufe, rief das Hirtenwort von 1965 nur noch zur Wahl von Politikern mit »gläubiger Haltung« auf.<sup>64</sup> Auch die politischen Erklärungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zeichneten sich seit der Bundestagswahl 1965 durch eine völlig neuartige Offenheit aus.<sup>65</sup> Das Zweite Vatikanische Konzil förderte zudem seit 1965 die politische Zurückhaltung der katholischen Geistlichen. Das Hirten Schreiben, das die Bischöfe bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im folgenden Jahr verfassten, empfahl erstmals nicht mehr indirekt die CDU.<sup>66</sup> Im CDU-Bundesvorstand bezeichnete Bert Even es als »das Windelweichste [...] was ich nicht nur jemals gelesen habe, sondern was ich mir überhaupt vorstellen kann«.<sup>67</sup> Alle diese Schritte führten zwar zu Verlusten bei den katholischen Wählern, sie verhalfen aber gleichzeitig dazu, dass die genannten Vorurteile gegen den Katholizismus und damit auch gegen die Union abnahmen. Durch die zunehmende Distanzierung erschien die Union nun eben nicht mehr als Erfüllungsgehilfin der katholischen Kirche und umgekehrt. Selbst dort, wo die Vorurteile gegen den Klerus fortbestanden, wurden sie nicht mehr unbedingt automatisch auf die CDU projiziert.

Die Union trug aber auch selbst dazu bei, dass sie ihr Monopol auf das »C« verlor. Ihre programmatischen Versuche, sich Anfang der sechziger Jahre noch einmal als die Partei des »C« zu profilieren, blieben

bläss. Die programmatischen Reden und Denkschriften dazu fanden nur ähnlich vage Formeln wie in ihrer Gründungsphase, als das Christentum aus der Zusammenbruchsgesellschaft den moralischen Neuaufbau einleiten sollte.<sup>68</sup> Angesichts der sich wandelnden Sozialdemokratie wäre nun jedoch eine konkretere Begründung nötig gewesen, welche neue Bedeutung das »C« für ihre zukünftige Politik habe solle. Zudem setzte besonders Adenauer weiterhin auf die Entkonfessionalisierung der Partei, um die kirchenfernen Wähler weiter einzubinden. Eine im Auftrag des Bundesvorstandes 1962 erstellte Denkschrift Rainer Barzels über das »geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU« nannte Adenauer etwa »zu kirchlich«, da sie die liberalen Wähler von der CDU abschrecken könne. »Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen«, fügte Adenauer dabei im Bundesvorstand hinzu.<sup>69</sup> Eine vom Bundesparteitag 1964 beantragte Grundsatzklärung auf der Basis von Barzels Schrift wurde schließlich nicht erstellt, und seine Denkschrift nie vollständig gedruckt.<sup>70</sup> Der Spagat zwischen den liberalen und den kirchennahen Adressaten erschien zu groß, als dass die Union Anfang der sechziger Jahre noch einmal eine christliche Neupositionierung hätte wagen wollen.

Zudem entkirchlichte sich die Partei personell. In einem Präzedenzfall wurde geklärt, dass ihre Parteimitglieder keiner Kirche angehören müssten. Ebenso entschied das Bundesparteigericht Anfang der sechziger Jahre explizit, dass auch Juden der Partei beitreten könnten. Kandidaten für Bundestagsmandate mussten dagegen weiterhin der christlichen Kirche angehören, da sie sonst nicht für alle potentiellen Wähler wählbar seien.<sup>71</sup> Mit Ludwig Erhard wählte sich die CDU 1963 schließlich einen Kanzler, der im Unterschied zu Konkurrenten wie Gerstenmaier, Krone und Schröder über keine nennenswerten kirchlichen Verbindungen verfügte. Im Vergleich zu Adenauer gingen die Kirchenkontakte des Kanzleramtes damit deutlich zurück. Alte Ressentiments gegen die politische Mitsprache der Geistlichen, die besonders unter dem Schlagwort »Kardinal Frings« geschürt worden waren, fanden damit ihr Ende.

Zudem beschleunigte der Generationswechsel die Liberalisierung der Partei. Besonders in den Landesverbänden übernahmen Mitte der sechziger Jahre neue Politiker die Führung, die nunmehr jenseits der alten Konfessionsstreitigkeiten standen. Für diese Jungpolitiker hatte vor allem die konfessionell getrennte Volksschule nicht mehr jene identitätsstiftende Bedeutung wie für die Parteigründer aus der Weimarer Zeit. Vielmehr machten sie sich daran, die Bekenntnisschulen abzubauen. Dabei scheuten sie nicht den harten Konflikt mit den altgedienten katholi-

schen Christdemokraten. Die konfessionelle Debatte erhielt damit ein letztes Mal neue Nahrung. In Rheinland-Pfalz setzte sich etwa der junge Helmut Kohl für den Abbau der getrennten Volksschulen ein und erhielt dafür schärfste Verweise von gestandenen Politikern wie Altmeier oder Wuermeling. Franz-Josef Wuermeling, der sich weiterhin dagegen wehrte, »das Gewissen der Eltern durch Einführung der simultanen Zwangseinheitsschule zu vergewaltigen«<sup>72</sup>, hielt es noch 1967 für seine »Gewissenspflicht«, öffentlich gegen die Schulpolitik seines frisch gewählten Landesvorsitzenden Kohl zu protestieren.<sup>73</sup> Ebenso beschwerte sich der katholische Landesvorsitzende von Württemberg-Hohenzollern, Eduard Adorno, bei dem just gewählten baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger: »Das Ergebnis der von Ihnen geführten Koalitionsverhandlungen ist in meinem Landesverband mit Bestürzung und wachsender Verbitterung aufgenommen worden. Sie haben es vorgezogen, das Elternrecht praktisch preiszugeben und, gleichsam zur Unterstreichung dieser Kapitulation, auf wichtige Kabinettsposten zu verzichten, anstatt in eine zwar harte, aber in Hinblick auf die Landtagswahl 1968 aussichtsreiche Opposition zu gehen.«<sup>74</sup> In dem katholisch geprägten südwürttembergischen Landesverband hatte die Schulfrage also weiterhin eine derart fundamentale Bedeutung, dass man lieber auf die Regierungsbeteiligung verzichten wollte als auf die eigenständige katholische Volksschule.<sup>75</sup> Dennoch setzte Filbinger sich durch. Und auch in Niedersachsen beharrte der altgediente oldenburgische Landesvorsitzende Wegmann mit seinem kleinen Landesverband auf Konfessionsschulen. Mit Eingaben, die bis zum Vatikan reichten, versuchte er die Schulpolitik des protestantischen CDU-Kultusministers Richard Langeheine zu verhindern.<sup>76</sup> Resigniert trat er schließlich 1967 aus der Politik zurück: »Ich komme nicht mehr mit, wenn eine Partei, die sich als christlich und demokratisch charakterisiert – meine Partei – bereit ist, aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit wesentliche Grundsätze des Naturrechts hintenanzusetzen.«<sup>77</sup> Pathetisch beschwor er dabei, dass Niedersachsens Katholiken nunmehr ins Rheinland auswandern müssten: »Da nunmehr auch die CDU sich bereitgefunden hat, die Katholiken Oldenburgs unter schlechteres niedersächsisches Ausnahmerecht zu stellen und in ihnen als Minderheit das Gefühl aufkommen lassen, in Niedersachsen keine Heimat mehr zu haben, haben unsere Nachkommen – in Vorahnung einer kommenden Entwicklung – sich am Rhein eine neue Heimat gesucht – wie s. Zt. die berühmten ›Sieben Göttinger‹.«<sup>78</sup> Den Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Fricke, fragte Wegmann nur noch missmutig: »Kann man einer Partei angehören, die aktiv mitwirkt, daß man zu einem Bürger zweiter Klasse degradiert wird?«<sup>79</sup>

So sehr Politiker wie Wuermeling, Altmeier oder Wegmann sich um den Aufbau der CDU verdient gemacht hatten – gerade wegen ihrer schulpolitischen Haltung war ihr Rückzug aus der Politik nun von großem Vorteil, da er die konfessionellen Spannungen von einst entschärfte. Ihr starres, völlig unzeitgemäßes Festhalten an den oftmals noch ein-klassigen, rein katholischen Zwergschulen konnte der CDU in den sechziger Jahren nur noch schaden. Die neuen CDU-Politiker engagierten sich nunmehr nicht mehr in der kirchlichen Volksschulpolitik, sondern kümmerten sich um den Ausbau von Gymnasien und die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems. Damit fand die Union endlich auch in der Landespolitik jene Brücke zum evangelisch-bürgerlichen Lager, die lange Zeit versperrt war. Und erst die jungen Politiker, die durch den Generationswechsel nach vorne drängten, ermöglichten es, dass sich auch in der CDU-Führung ein offeneres und selbstverständlicheres Miteinander von Katholiken und Protestanten entwickelte. Politiker wie Gerhard Stoltenberg (Schleswig-Holstein), Wilfried Hasselmann (Niedersachsen), Alfred Dregger (Hessen) und Helmut Kohl, die nun Führungspositionen übernahmen, waren vornehmlich durch die Kriegs- und Wiederaufbau-erfahrung geprägt, nicht durch die politische Kultur Weimars. Habituell war ihre konfessionelle und regionale Herkunft nach wie vor erkennbar. Da die CDU aber ihre erste politische Heimat war, fiel es diesen jungen Berufspolitikern leichter, die andere Konfession in der Partei als selbstverständlichen Partner zu akzeptieren. Ihnen fehlte die verklärte Erinnerung an das Zentrum. Sie standen kaum noch für eine bestimmte Konfession, sondern vielmehr für ihr Bundesland. Ein katholischer Konservativer wie Dregger konnte eben im Unterschied zu seinen Vorgängern auch die evangelisch-ländlichen Gebiete Nordhessens ansprechen, während der evangelische Hasselmann auch im katholischen Westen Niedersachsens Zustimmung fand.

Der innerparteiliche und gesellschaftliche Wandel führte dazu, dass auch in der christdemokratischen Organisationskultur der bisherige Konfessionsproporz abgebaut wurde. Seit Ende der sechziger Jahre verzeichneten die Protokolle zwar noch cursorische Verweise auf die Kirchenzugehörigkeit, jedoch eher am Rande. Bereits einen Monat nach Adenauers Tod sprach man in einer Vorstandssitzung nur noch ironisch-distanziert von den »linksrheinischen und den rechtsrheinischen Briefmarkensammlern«, als es um die konfessionelle Proporzverteilung ging.<sup>80</sup> Was hier als Witz gemeint war, deutete zugleich die Umwidmung des Proporzdenkens an: Die regionale Zugehörigkeit ersetzte nun zunehmend die kirchliche Herkunft. Die Entkonfessionalisierung erleichterte dabei die Entschlackung und Zentralisierung der Organe. 1969 verzich-

tete schließlich auch die Frauen-Union auf ihre konfessionelle Doppelspitze und begnügte sich mit einer Vorsitzenden.<sup>81</sup>

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) behielt weiterhin seine Funktion als innerparteilicher Konfessionswächter. Noch Mitte der siebziger Jahre stellte sein Vorsitzender Gerhard Schröder Listen mit evangelischen Landtagskandidaten zusammen und beschwerte sich bei Helmut Kohl, wenn die Zahl der evangelischen Abgeordneten zu gering erschien.<sup>82</sup> Denn tatsächlich stieg mit der Abschwächung des Proporztes der Anteil der katholischen Amts- und Mandatsträger an. Im Bundestag sank der Protestantenanteil in der CDU/CSU von bislang rund 38 Prozent kontinuierlich auf 33 Prozent.<sup>83</sup> Auch in der Parteispitze kam es nun häufiger vor, dass der Vorsitzende, der Generalsekretär und weite Teile des Präsidiums gleichzeitig katholisch waren. Innerparteilich wurde dies noch registriert, öffentlich dagegen kaum noch. Damit verlor der EAK seine alte Hausmachtrolle, die er einst als Auswahlforum für evangelische Spitzenpolitiker hatte. Selbst bei der Frage nach der Konfession des Vatikanbotschafters, die – wie dargestellt – in den frühen fünfziger Jahren ein symbolischer Schlüsselkonflikt war, konnte Kiesinger den Kirchenvertretern 1969 versichern: »Man brauche das Alternierprinzip nicht voll preiszugeben, sollte dabei aber längere Zeiträume ins Augen fassen und nicht starr auf einen Katholiken einen Protestanten folgen lassen und umgekehrt.«<sup>84</sup>

Schließlich trug die Erosion der Milieus dazu bei, dass in den sechziger Jahren lokal die alten Konfliktlinien entschärft wurden. Gerade in den ländlichen Räumen wandelte sich erst jetzt jene Vereins- und Alltagskultur, die bislang die Weltdeutungsmuster vieler Wähler geprägt hatte.<sup>85</sup> Der sozioökonomische Umbruch zur Dienstleistungsgesellschaft, die erhöhte Mobilität der entstehenden Pendlergesellschaft, die wachsende Urbanisierung sowie vor allem die nachlassende Bindekraft des Kirchengumfeldes öffnete die Lebenswelt und damit auch die politischen Präferenzen.<sup>86</sup> Nicht nur die Wissenschaft unserer Tage, sondern auch die zeitgenössischen Christdemokraten registrierten dies. Ihr Bundesvorstand stellte bereits Anfang der sechziger Jahre mit Entsetzen fest, dass die katholische Vereinswelt nicht nur mit der SPD in Kontakt trat, sondern sich zunehmend auflöste.<sup>87</sup> Das Aufweichen des katholischen Milieus brachte der CDU vor allem in den industrialisierten Gebieten größere Verluste ein, da hier die Grenzen früher aufgeweicht waren. Keine Niederlage wurde als so desaströs wahrgenommen und so lange diskutiert wie die bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1966, als immerhin knapp eine halbe Million CDU-Wähler zu den Sozialdemokraten wechselten.<sup>88</sup> Unter den Katholiken entschieden sich nun vor

allem die ungelerten Arbeiter für die SPD, die dank der Gewerkschaften im Ruhrgebiet nun die bessere Vorfeldebildung hatte. Nicht nur der gesellschaftliche Wandel, sondern auch der in Gewerkschaft, Kommunalpolitik und Partei aktive »sozialdemokratische Multifunktionär« verhalf dabei zur Sozialdemokratisierung des Ruhrgebietes, wie die SPD-Forschung seit längerem herausstellt.<sup>89</sup>

Für den katholisch-sozialen Flügel war das ein schwerer Schlag. Schließlich war ihre Vormacht in Nordrhein-Westfalen ihre große Machtressource gewesen, auch wenn Ministerpräsident Franz Meyers (1958–1966) im Unterschied zu Arnold schon kein echter Arbeitnehmerrepräsentant war. Da die CDU die Verbindungen zu den DGB-Gewerkschaften vernachlässigt hatte, trug sie eine gewisse Mitschuld an der Entwicklung. Jedoch wäre es voreilig, allein den Unionskurs oder das sozialdemokratische Engagement für diese Wählerabwanderung verantwortlich zu machen. Denn auch von den christdemokratischen Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern, die wesentlich katholisch-sozialer orientiert waren, löste sich die katholische Arbeiterschaft im Laufe der sechziger Jahre. Entscheidend war vielmehr tatsächlich die Entkirchlichung der Gesellschaft, der Generationswechsel und der damit einhergehende Wertewandel. Unter wahlstrategischen Gesichtspunkten hatte die CDU auf die zukunftskräftigere Gruppe gesetzt: Denn nicht der katholische Arbeiter, sondern der säkularisierte Arbeitnehmer sollte der Wählertypus der kommenden Jahrzehnte sein.

Für die Union hatte die Milieuauflösung zudem den positiven Effekt, dass sich nun die bisherigen Konfessionsquerelen abschwächten. Die CDU öffnete sich so lokal für die Menschen, die nicht zum katholischen Milieu gehörten, weil sie evangelisch, kirchenfern oder einfach nur zugezogen waren. Gerade die eingangs zitierten Vorurteile, die sich aus der persönlichen Lebenswelt ableiteten, verminderten sich durch die neuen Alltagskontakte. Besonders der Übergang von der konfessionellen Vereinswelt hin zu den Sportvereinen förderte dies. Bildlich formuliert: Während die Kinder bislang häufig in konfessionell getrennten Jugendgruppen sozialisiert worden waren, verbrachten sie nun ihre Freizeit in konfessionell gemischten Fussballvereinen. Ebenso stiegen die Eheschließungen zwischen den Konfessionen, die bisher noch als Mischehen geächtet wurden, Mitte der sechziger Jahre an. Solche lebensweltlichen Annäherungen machten nun auch den politischen Schulterschluss in der Union zu einer Selbstverständlichkeit.<sup>90</sup>

Die Entkirchlichung der Gesellschaft zehrte an der Wurzel der CDU, war aber zugleich eine Chance, nun endlich das politische Sammlungskonzept umzusetzen, das vor allem Konrad Adenauer seit 1949 in der

Union verankert hatte. Hätten die Christdemokraten ähnlich wie ihre Schwesterparteien in den Beneluxländern vornehmlich auf katholische und kirchennahe Wähler gesetzt, wäre nunmehr ihr Niedergang eingeläutet worden.<sup>91</sup> So aber läutete die Lösung vom Klerus eine neue Öffnung für das protestantisch-bürgerliche Lager ein, die in den siebziger Jahren den zweiten Aufstieg der CDU sicherte.

## 2. Umbau der politischen Führung

Die CDU-Geschichte der sechziger Jahre war zudem die Geschichte eines Führungsproblems. Bislang hatte die Union gerade durch die souveräne und integrative Lenkung ihres Kanzlers gegläntzt. Nun krankte sie offensichtlich daran, dass sie zunehmend Adenauers allmählichen Rücktritt und eine stärkere Parteiführung ersehnte, keines von beiden aber wirklich umzusetzen vermochte. Das folgende Kapitel fragt deshalb, wie der quälend lange Abschied von Adenauer innerhalb der Partei verlief. Denn bislang kennen wir aus der Literatur vornehmlich Adenauers langen Abschied aus dem Kanzleramt.<sup>92</sup> Adenauers Autoritätsverlust, Dufhues' Reformversuche und Erhards Amtsantritt bilden dabei die drei maßgeblichen Stationen. Ein abschließender, vergleichender Blick auf Erhards Parteiführung soll schließlich klären, wie der neue Kanzler im Unterschied zu Adenauer die Partei lenkte. Denn auch Erhards Führungsstil ist bislang fast ausschließlich für das Kabinett untersucht worden, nicht aber innerhalb der Parteigremien.<sup>93</sup>

Die Führungskrise der CDU wurde durch die bereits skizzierte Präsidenten-Debatte von 1959 eingeläutet. Ein genauer Blick auf die Partei verrät, dass es sich hier um weitaus mehr als um eine »Posse« handelte.<sup>94</sup> Nachdem man sich in Partei und Öffentlichkeit gerade auf Adenauers Abschied aus dem Kanzleramt eingestellt hatte, wurde seine Kehrtwendung und die damit einhergehende Brüskierung Erhards als starrsinniges Festhalten an der Macht empfunden. Adenauers innerparteiliche Autorität, die bislang die Spannungen in der CDU kitten konnte, sank auf einen absoluten Tiefpunkt und sollte sich nie wieder wirklich davon erholen. »Die Fraktion stand in Härte gegen den Kanzler«, notierte der Fraktionsvorsitzende über die Haltung seiner Abgeordneten.<sup>95</sup> Da Adenauer den Fehler machte, während der Krise zunächst weder den Bundesvorstand noch den Bundesparteiausschuss einzuberufen und 1959 sogar auf den Bundesparteitag verzichtete, konnte er anfangs nicht einmal über diese Integrationsorgane beruhigend wirken. Als er im September endlich die beiden Gremien zusammenkommen ließ, erntete er harte Kritik. Im Bundesvorstand musste Adenauer sich selbst von bis-

lang loyalen Landesvorsitzenden wie Cillien, Altmeier oder Scheufelen scharfe Zwischenrufe und Widerspruch gefallen lassen, die er kaum noch mit seiner humoresken Schlagfertigkeit auffangen konnte.<sup>96</sup> Selbst die erweiterte Parteiführung schien wie aus dem Schlaf erwacht. Dass Adenauer stets lenkend das Wort ergriff, wurde in der nachfolgenden Sitzung nicht mehr toleriert. Dafür forderte man energisch eine Stärkung der Parteigremien. Zudem führte der Bundesvorstand endlich eine ausführliche Debatte über das Selbstverständnis und die Kompetenzen der Bundespartei. Im Bundesparteiausschuss erging es Adenauer nicht besser.<sup>97</sup> Gerade angesichts der sich wandelnden SPD erschien den Christdemokraten nun plötzlich vieles an ihrem 82-jährigen Vorsitzenden anachronistisch.

Zudem belegen die Protokolle der Landesvorstände, dass die Präsidentschaftskrise weiter reichendere Folgen hatte als bislang angenommen wurde. Der südbadische Landesvorsitzende Anton Dichtel nannte Adenauer eine »geschichtliche Persönlichkeit«, die in den Hintergrund treten müsse. Mit drastischen Worten kritisierte der gesamte Landesvorstand »die Sterilität der Bundespartei«, während sich der spätere Ministerpräsident Hans Filbinger laut Protokoll dafür stark machte, »Kräfte als »gerüstetes Führerkorps« heranzubilden.«<sup>98</sup> Ebenso monierte der nordwürttembergische Landesvorstand in seiner Juli-Sitzung, dass die bundespolitischen Gremien durch Adenauer einflusslos gemacht worden seien.<sup>99</sup> Im Rheinland-Pfälzer Vorstand kritisierte vor allem Helmut Kohl Adenauers Führungsstil: »Das sind die Methoden, wie Adenauer sie praktiziert. Man soll ihm sagen, dass man so nicht mit Parteifreunden umspringen darf, die auch einen Namen zu verlieren haben.«<sup>100</sup> Als Konsequenz forderte Kohl die Trennung von Kanzleramt und Parteivorstand und die Stärkung des Parteivorstandes. Und in Niedersachsen schließlich kündigte der CDU-Fraktionsvorsitzende schärfsten Protest gegen Adenauer an, während verschiedene CDU-Abgeordnete damit drohten, zur Deutschen Partei überzutreten.<sup>101</sup> So sehr dieses plötzliche Aufbegehren die innerparteiliche Demokratie belebte – für den Zusammenhalt der Partei war der Aufruhr in den Landesverbänden eine Gefahr.

Gebündelt wurde der landespolitische Protest unter der Leitung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hassel, der schnell zum Hoffnungsträger der evangelischen Christdemokraten wurde. Hassel rief – genau wie Adenauer zehn Jahre zuvor – einen Tag nach der Präsidentenwahl die in keiner Satzung vorgesehene Konferenz der Landesvorsitzenden zusammen und leitete im wesentlichen die gesamte Diskussion.<sup>102</sup> Auch in den folgenden Jahren sollte die Konferenz der Landesvorsitzen-

den immer wieder tagen, um ohne Adenauer konkrete Beschlüsse zu erreichen.<sup>103</sup> Nun holte sich Hassel aus den Regionen Rückhalt für eine Parteireform, die allein auf die Parteiführung abzielte und letztlich Hassel selbst eine Machtbasis sichern sollte. Neben einem engeren, regelmäßig tagenden Vorstand forderte die Konferenz vor allem einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden mit klaren Kompetenzen und »mit möglichst weitgehenden Vollmachten«, wobei Hassel offensichtlich selbst dieses Amt anstrebte.<sup>104</sup> Dabei sicherte er sich nicht nur über die Partei, sondern insbesondere über die Medien Aufmerksamkeit. »Zu den zwei Pferden, die wir im Rennen haben – Kabinett und Fraktion – müssen wir jetzt das dritte satteln: Die Partei«, verkündete er am 29. 7. 1959 im »Spiegel«.<sup>105</sup> Tatsächlich nahm Hassel die Partei im Vergleich zu anderen Diadochen wie Erhard, Schröder oder Gerstenmaier wesentlich ernster. Mit Bundesgeschäftsführer Kraske pflegte er einen vertrauten Austausch über die Parteireform, und mit den norddeutschen Landesvorsitzenden veranstaltete er seit langem produktive Konferenzen. Auch sein Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender nahm er trotz seines Kieler Postens engagierter wahr als andere.<sup>106</sup>

Dennoch blieb diese erste Rebellion von 1959/60 zunächst erfolglos. Vier Gründe dürften dafür entscheidend gewesen sein. Erstens zeigte sich, dass die Reformer untereinander viel zu unterschiedliche Interessen hatten, als dass sie gemeinsame Forderungen stellen konnten. Persönliche Rivalitäten spielten hier ebenso mit wie die dargestellten konfessionellen und regionalen Ressentiments. Zugespitzt formuliert: Die CDU war einfach noch zu heterogen, um auch nur eine gemeinsame Opposition gegen Adenauer aufzubauen. Vor allem der Katholik Josef Hermann Dufhues, Landesvorsitzender der organisationsstarken Westfalen, legte erfolgreich sein Veto gegen Hassels Pläne ein. Da führende evangelische Christdemokraten wie Hassel und Schröder untereinander ebenfalls nicht geschlossen agierten, sondern sich eher als Rivalen behandelten, hatte Adenauer wenig Probleme, weiterhin in der Partei die Oberhand zu bewahren.<sup>107</sup>

Zweitens krankte die Reform daran, dass Ludwig Erhard, der wichtigste Gegenspieler und Kanzleranwärter, sich aus den innerparteilichen Diskussionen heraushielt. Sein öffentliches Ansehen hätte leicht dazu beitragen können, auch in der Partei die Weichen neu zu stellen. Stattdessen artikulierte er nur defensiv, mit beleidigtem Unterton, seinen Anspruch auf das Kanzleramt.

Drittens verfügte Adenauer trotz allem noch über eine derartige Ausstrahlung in der Parteiführung, dass zumindest seine persönliche Gegenwart die Kritik mäßigte und die Thronanwärter von einer nachhalti-

gen Rebellion abhielt. Hassel wurde etwa nach der Landesvorsitzendenkonferenz zu einem Gespräch mit Adenauer, Globke und Krone vorgeladen und betonte hier nach eigenen Notizen kleinlaut, dass er »der Königstreuesten einer wäre.«<sup>108</sup> Und im Bundesparteiausschuss stimmte selbst Adenauers schärfster Kritiker, Eugen Gerstenmaier, nach dem ersten Sturmgewitter plötzlich eine Laudatio auf den Kanzler an. Daraufhin erhoben sich alle Teilnehmer, um Adenauer gemeinsam ihren Dank auszusprechen. Sein Nachredner Helmut Lemke konnte daraufhin nur noch gerührt hervorbringen: »Es ist außerordentlich schwer, jetzt das Wort zu ergreifen. Ich darf nach diesem großen Erlebnis, das wir eben gemeinsam hatten, eine kleine Bemerkung machen.«<sup>109</sup>

Viertens brachte Adenauer ein weiteres Mal die nötige Flexibilität auf, um Reformforderungen ins Leere laufen zu lassen. Er machte Zugeständnisse, nahm Vorwürfe vorweg und schwang sich teilweise zum schärfsten Kritiker des Status Quo auf, wohl wissend, dass sich in der Praxis später alles anders fügen würde.<sup>110</sup> Tatsächlich konnte er die Einstellung eines geschäftsführenden Vorsitzenden zunächst abwenden. Es bildet sich zwar ein engerer Vorstand, dessen quantitative und qualitative Proporz-Zusammensetzung machte aber absehbar, das er ebenfalls eher ein Integrations- denn ein Führungsinstrument bleiben würde.<sup>111</sup> Im Wahljahr 1961 tagte Adenauer wie gewohnt mit seiner informellen Mittwochsrunde, an der neben den Kanzleramtsrepräsentanten und einzelnen ausgewählten Parteileuten auch die BDI-Vertreter Stein und Berg häufiger teilnahmen.<sup>112</sup> Die Proporzvertreter aus der Partei, etwa die Frauen oder die Arbeitnehmer, blieben dagegen in diesen Runden wie gewohnt ausgeschlossen.

Der zunehmende Autoritätsverlust Adenauers blieb dennoch unübersehbar. Im Streit um die Einführung des Zweiten Fernsehprogrammes zeigte sich, dass Adenauer verschiedene christdemokratische Landespolitiker nicht mehr auf seine Linie bringen konnte. Wie so oft seit 1959 reagierte Adenauer hierauf mit beleidigender Schärfe, mit der er sich relativ loyale Parteifreunde aus starken Landesverbänden weiter verprellte. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier beschwerte sich schriftlich über die »tief kränkenden und diffamierenden Bemerkungen« und erschien bewusst nicht im Bundesvorstand.<sup>113</sup> Dem westfälischen Vorsitzenden Dufhues drohte Adenauer sogar an, vor dem Ehrengericht zu beweisen, dass Dufhues der »Hauptgegner« der Einheit der Partei sei.<sup>114</sup> Ebenso wenig gelang es Adenauer, die unterschiedlichen Parteiflügel weiterhin lautlos zu integrieren. Die Arbeitnehmervertreter aus den Sozialausschüssen nahmen nun den Streit um die Krankenversicherung zum Anlass, um auf dem Parteitag 1960 zur offenen Kritik überzuge-

hen.<sup>115</sup> Gegen Sozialminister Theodor Blank, den Adenauer als Arbeitnehmer-Vertreter gefördert hatte, legten sie zunehmend Protest ein. Auf dem Parteitag 1964 ließen sie sich schließlich nicht davon abhalten, mit Hans Katzer eine Kampfkandidatur gegen Blank zu wagen – ein Novum in der harmonischen Parteitagsgeschichte.<sup>116</sup> Nachgeben musste Adenauer auch in der Debatte darüber, ob der nationalsozialistisch hochgradig belastete Vertriebenenminister Oberländer weiter zu halten sei. Im Zuge des neuen Umganges mit der Vergangenheit verlangte nun nicht nur die Opposition, sondern auch ein Teil der CDU-Landespolitiker erfolgreich Oberländers Rücktritt.<sup>117</sup> Selbst Oberländers Direktkandidatur schien für den Wahlkreis nicht mehr zumutbar.<sup>118</sup> Und schließlich gelang es Adenauer noch nicht einmal mehr, die indirekte sowjetische Wahlhilfe zu nutzen. Der Mauerbau vom Sommer 1961 hätte wie vormals der 17. Juni und der Ungarn-Aufstand den Antikommunismus neu für die CDU mobilisieren können. Indem Adenauer aber nicht sofort nach Berlin fuhr, um wie sonst medial inszenierbare Präsenz zu zeigen, sondern auf westdeutschen Wahlveranstaltungen Brandt persönlich beleidigte, verlor er wichtige Punkte an seinen Rivalen.<sup>119</sup>

Entscheidend angestoßen wurde die Reform der Führungsspitze zudem durch den Wahlausgang von 1961. Nun verlor die CDU/CSU immerhin fünf Prozentpunkte gegenüber der letzten Bundestagswahl. Damit endete ihr permanenter bundespolitischer Erfolg, der eine der wichtigsten Integrationsressourcen gegenüber aller Kritik war. Die Liberalen konnten sich dagegen mit ihrem Slogan »Mit der CDU/CSU ohne Adenauer« auf 12,8 Prozentpunkte verbessern. Insbesondere in ihren evangelischen Hochburgen im Norden, in Nordhessen und in Baden-Württemberg legten sie wieder kräftig zu. Zudem sahen sich die Christdemokraten nun einer reformierten und gestärkten SPD gegenüber, die sich an den christdemokratischen Kurs anschmiegte und darüber hinaus mit Willy Brandt noch einen attraktiv erscheinenden jungen Spitzenkandidaten hatte.

Erst das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Faktoren führte schließlich dazu, dass die CDU auf ihrem Dortmunder Parteitag im Juni 1962 die Parteispitze nachhaltiger reformierte. Sie richtete nun das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden und das Präsidium ein. Dufhues erhielt den geschäftsführenden Vorsitz, von Hassel wurde sein Stellvertreter, um den Konfessionsproporz zu wahren und einen Rivalen einzubinden. Adenauers Taktieren sollte diese neuen Führungsinstitutionen zunächst behindern. Als Dufhues kurz nach seiner Ernennung eigenmächtig eine Präsidiumssitzung einberief und in einem Zeitungsinterview die Kanzler-

nachfolge ansprach, kam es bereits zur Konfrontation. Adenauer ging trotz allem weiter davon aus, dass allein er in der Nachfolgefrage den Zeitpunkt, die Modalitäten und die Person bestimmen dürfe. Mit unheimlich drastischen Worten warf Adenauer Dufhues vor, seinen Zuständigkeitsbereich überschritten zu haben. Durchschläge des diskreditierenden Schreibens gingen an die CDU-Ministerpräsidenten und die Präsidiumsmitglieder.<sup>120</sup> Mit ebensolchen Rundschreiben antwortete Dufhues dem Kanzler. »Sie haben von der Stunde meiner Wahl an versucht, die mir übertragenen Kompetenzen einzuschränken«, hielt er Adenauer vor und protestierte seinerseits gegen den »Eingriff« in seine satzungsmäßigen Rechte.<sup>121</sup> Da diese Frontstellung auch in Zukunft fort dauern sollte, konnte von einer gelungenen Reform der Parteispitze anfangs kaum die Rede sein.

Dennoch konnte Dufhues dazu beitragen, gerade während dieser Krisenphase die Parteiführung zu stabilisieren und zu zentralisieren. Um eine bessere Abstimmung mit der Fraktion zu erreichen, nahm er an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teil, während er den Fraktionsvorsitzenden Brentano zu den Präsidiumssitzungen hinzuzog.<sup>122</sup> Ebenso versuchte er, nach dem Fernsehstreit eine engere Verzahnung mit den Landesverbänden zu erreichen und ihre Organisation zu verbessern. Dufhues machte Inspektionsreisen durch die Landesverbände und ließ sich von Mitarbeitern vertrauliche Aufzeichnungen über deren Struktur erstellen: Ihre Schwächen, das Engagement ihrer Parteirepräsentanten, ihre Finanzen oder ihr Verhältnis zu Kirchen und Verbänden wurde nun zentral in Bonn ausgewertet.<sup>123</sup>

Zudem sollte die Partei unter Dufhues erstmals systematisch statistisch erfasst werden. Bis 1963 verfügten gerade einmal vier der insgesamt 17 CDU-Landesverbände über eine zentrale Mitgliederkartei.<sup>124</sup> Nun wurde nicht nur die Sozialstruktur und die Zahlungsmoral ihrer Mitglieder verzeichnet, sondern auch die Struktur der einzelnen Kreisverbände, ihre hauptamtlichen Angestellten, die Beschaffenheit und Ausrüstung der Geschäftsstellen und die Stärke der Vereinigungen.<sup>125</sup> Die CDU erreichte so nicht nur eine Praxis, die in der SPD seit langem gängig war, sondern überholte die Sozialdemokraten dank ihrer verspäteten Modernisierung sogar dadurch, dass sie alle Daten gleich per EDV erfasste. Damit konnte die CDU bereits in den sechziger Jahren unterschiedliche Korrelationen erstellen, um eine genaue Zielgruppenarbeit vorzubereiten. Die Landesverbände verhielten sich dabei wesentlich kooperativer als bei den Anläufen der fünfziger Jahre. Nicht nur das Aufweichen konfessioneller Grenzen und der Generationswechsel trugen dazu bei. Mit der erfolgreichen Konsolidierung der Bundesrepublik

wich gesamtgesellschaftlich der starke Regionalismus aus dem Nachkriegsjahrzehnt zunehmend einem moderaten Nationalismus. Dem Zusammenwachsen der Bundes-CDU sollte dies zugute kommen.<sup>126</sup>

Die statistischen Analysen bescherten der Parteiführung eine neue Vorstellung ihrer selbst, da sie bislang eher auf Spekulationen angewiesen war. Defizite wurden nun unübersehbar. Einen ähnlichen Effekt hatten die Vorbereitungen zur Einrichtung eines Versorgungswerks für die Parteimitarbeiter, welche die zum Teil schlechte und äußerst unterschiedliche Bezahlung der Parteigestellten statistisch erfassten. Dieses empirische Material gab den reformbewussten Kräften in der CDU unwiderlegbare Argumente dafür, dass die bisherige Struktur der Adenauer-CDU neu organisiert werden musste. Mitglieder-Werbeaktionen folgten, ebenso ein Ausbau der innerparteilichen Bildungsarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit. Die Statistiken allein dürften häufig aber schon in den Kreisverbänden eine Eigendynamik ausgelöst haben: Denn nun wurde öffentlich, wie gut der einzelne Kreisverband organisiert war und wieviele Mitglieder er hatte. Das förderte Konkurrenzstreben nach besseren Werten.

Geoffrey Pridhams Urteil, Dufhues' Reformpläne seien durch Adenauers Verhalten und die fehlenden Finanzmittel fundamental fehlgeschlagen, scheint damit etwas überzogen.<sup>127</sup> Dufhues schuf wichtige Grundlagen für den Parteiumbau, wenn auch unverkennbar blieb, dass Adenauers fortbestehende Dominanz in der Parteiführung und der Streit um die Nachfolge vieles verlangsamte. Im Bundesvorstand war mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden endlich eine Person gefunden, die sich auf einer fundierten Basis für die Parteiorganisation einsetzte. Gerade wenn man bedenkt, dass 1963 nicht nur Adenauer aus dem Kanzleramt ausschied, sondern mit ihm auch der heimliche Generalsekretär der CDU, Hans Globke, lässt sich Dufhues' Arbeit erst vollständig würdigen. Seine Arbeit schuf die Grundlage dafür, dass auch nach Globkes Ausscheiden ein Informationspool bestand, der die Parteistruktur erfasste. Globkes informell verwaltetes Wissen wurde so auf eine transparentere Basis gebracht. Globkes Position zu ersetzen, vermochte er jedoch bei weitem nicht.

Als noch zukunftssträchtiger als das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden erwies sich das neu geschaffene Präsidium. Erstmals erhielt die CDU ein offizielles kleines Führungsgremium, das regelmäßig etwa alle zwei Wochen zusammentraf, maßgebliche Köpfe vereinte und zugleich im zunehmenden Maße eine Entscheidungskompetenz gegenüber dem Kabinett gewann. Die Einrichtung des Präsidiums zeigte, wie sehr sich die beiden Volksparteien auch organisatorisch aus verschiedenen Richtungen einander annäherten: Während die SPD mit ihrem 1958 gebilde-

ten Präsidium den geschäftsführenden Vorstand ablöste, der außer den Vorsitzenden nur aus besoldeten Parteifunktionären bestanden hatte, ersetzte das CDU-Präsidium schrittweise die informellen Runden des Kanzleramtes.<sup>128</sup> Die vormals abgeschlossenen Zirkel wurden nun zumindest durch Wahlen legitimiert, transparenter gemacht und stärker für Personen mit öffentlichem Gewicht geöffnet. Der Preis für dieses kleine Spitzengremium war freilich wieder, dass besonders die Frauen in ihm zunächst nicht vertreten waren. Häufiger hinzugezogen wurden dagegen die Ministerpräsidenten sowie die Landesvorsitzenden oder Bundesminister, um vorab eine einheitliche Linie zu finden.<sup>129</sup>

Eine völlig neue Konstellation kündigte sich zudem im Herbst 1963 an, als Erhard die Kanzlerschaft übernahm, Adenauer dagegen den Parteivorsitz behielt. Da Adenauer sich weiterhin in der Politik und nicht zuletzt auch gegen Erhards Außenpolitik engagieren wollte, benutzte der mittlerweile 85-Jährige nun die Partei als neue Machtbasis. Auf diese Weise trug Adenauer dazu bei, die von ihm selbst aufgebaute Vormachtstellung des Kanzleramtes gegenüber der Partei abzubauen und die Partei aufzuwerten. Ein von der Partei eingerichtetes Büro, dessen Ausstattung Globke vor Adenauers Rücktritt mit der Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion regelrecht ausgehandelt hatte, diente ihm dabei als Basis.<sup>130</sup> Das Präsidium tagte nicht zufällig seit Adenauers Rücktritt wesentlich häufiger – teilweise jeden Montag, oft ohne Erhard.<sup>131</sup> Auch der Bundesvorstand sollte im ersten halben Jahr nach Adenauers Rücktritt fast monatlich zusammen kommen. Da Adenauer nun nicht mehr selbst in der großen Welt der Außenpolitik agierte, kreisten seine Reden nun etwas stärker um die Partei und die Wahlvorbereitung. Wichtige Fragen, wie etwa die Koalitionsverhandlungen 1965, versuchte Adenauer gegen Proteste aus dem Bundesvorstand vornehmlich dem Präsidium zu überantworten, nicht aber dem Kanzleramt, wie es bei ihm selbst gängige Praxis gewesen war.<sup>132</sup> Aber auch in der Außenpolitik forderte er nun vor wichtigen Entscheidungen oder Regierungstreffen eine direkte Mitsprache des Präsidiums und einiger Fraktionsvertreter. Gegenüber Erhard begründete er dies nicht ganz wahrheitsgemäß: »Ich habe auch in den besonders schwierigen Jahren 1949–1957 den Vorstand der Partei und der Fraktion an den Beratungen wichtiger, insbesondere außenpolitischer Fragen in ausgiebigem Maße beteiligt.«<sup>133</sup> Erhard hielt sich zwar bedeckt, gestand aber in aller Freundlichkeit entsprechende Treffen kurzfristig zu. Zudem aktivierte Adenauer die Konferenz der Landesvorsitzenden ein erneutes Mal als Protestgremium, das unter seinem Vorsitz gegen Erhards Außenpolitik Stellung bezog.<sup>134</sup> Und

schließlich scheute Adenauer sich nicht, als Parteivorsitzender über die Medien eine abweichende Position zum Kanzler zu vertreten. Die CDU entwickelte so die oft geforderte eigenständige Profilierung der Parteispitze. Sie musste aber gleichzeitig mitansehen, welche zermürbenden Konsequenzen es hatte, wenn der Kanzler und der Parteivorsitzende unterschiedliche Konzepte vertraten.

Adenauers altgediente Berater, die wie Krone oder Osterheld noch dem Kabinett oder dem Kanzleramt angehörten, versorgten ihn dabei weiterhin mit Hintergrundinformationen. Sein Staatssekretär Globke war zwar offiziell im Ruhestand, de facto aber weiterhin regelmäßiger Ansprechpartner bei kleinen oder großen Entscheidungen. Von Cadenabbia aus fragte Adenauer Globke etwa im Oktober 1964 wie einst: »Was sollen wir bezüglich des Herrn Oberländer tun? Bitte sprechen Sie auch mit Kraske darüber«, während er im nächsten Schreiben nur wissen wollte, ob auf eine Anfrage der Sprecherin des Kölner Studentenparlamentes eingegangen werden sollte und ob Globke am Tag nach seiner Rückkehr bereitstehe.<sup>135</sup> Noch für das Jahr 1966, als die Nachfolge im Parteivorsitz debattiert wurde, zeigen Globkes persönliche Notizen, dass er sich aktiv einschaltete. Erhards maßgebliche Gegner sprachen sich mit Globke ab, der in Abstimmung mit Adenauer taktische Ratschläge erteilte.<sup>136</sup> Bis zu Adenauers Tod weist Globkes Kalender Treffen mit dem Altkanzler auf. Auch nach Adenauers Ableben sollte sich Globke regelmäßig mit Krone, Heck, Dufhues, Barzel und Gustav Stein beraten.<sup>137</sup> Das personelle Zusammenspiel des Systems Adenauer war folglich nicht mit dem Rücktritt aus dem Kanzleramt eingeschlafen, sondern lebte noch einige Jahre fort. Der Einfluss, den diese alte Riege auf die Fraktion hatte, war offensichtlich so begrenzt, dass sie Erhards Nominierung und seine Außenpolitik nicht verhindern, sondern nur erschweren konnten. Innerparteilich blieb Adenauer dennoch bis 1966 eine maßgebliche Führungsgestalt.

Erhard machte Adenauer dies leicht. Das lag weniger an Erhards formellem Verzicht auf den Parteivorsitz als an seinem zurückhaltenden Führungsstil. Den Parteivorsitz hätte er gar nicht unbedingt benötigt. In der CDU nahm er als Kanzler automatisch in allen Führungsgremien eine gewichtige Stellung ein. Er spielte sie jedoch von Beginn an nicht aus. Nicht nur das Kabinett, sondern auch die CDU-Spitze lenkte er so kollegial, dass man fast von einem Laisser-faire-Stil sprechen könnte.<sup>138</sup>

Erhard hatte bislang kaum versucht, sich in Parteigremien zu profilieren. Im Bundesvorstand war er bis zu seiner Kanzlerschaft nur äußerst sporadisch erschienen und hatte kaum je das Wort erhoben. Zwischen 1957 und 1963 verzeichnen die Protokolle insgesamt gerade einmal

sechs kurze Redebeiträge. Dementsprechend war es vor allem die Fraktion, die mit Erhard einen Wahlgewinner und nicht einen Parteipolitiker nominierte. Mit Beginn seiner Kanzlerschaft saßen Adenauer und Erhard nun nebeneinander im Bundesvorstand, und es war zunächst noch völlig offen, wer welche Rolle spielen würde. Die ersten Sitzungen begann Erhard noch wie Adenauer mit einem langen Bericht zur Lage, der ebenfalls ein großes Gewicht auf die Außenpolitik legte. Adenauer beschränkte sich dagegen zunächst auf die Moderation. Bereits in den folgenden Sitzungen hielt Adenauer bereits außenpolitische Koreferate, die schließlich in eigene Lageberichte übergingen.<sup>139</sup> Auch in anderen Führungsgremien, wie der Landesvorsitzendenkonferenz, scheute sich der Exkanzler schließlich nicht, harte Attacken gegen die Politik von Erhard und Schröder zu fahren.<sup>140</sup> Adenauers teils humorigen, teils scharfen Einwürfe und Zwischenkommentare lenkten dabei schließlich wie einst die Führungsgremien, nur dass auch Adenauer jetzt mit scharfen Gegenreden zu rechnen hatte.

Erhard wirkte dagegen bereits seit 1964 in allen Vorstandsdebatten seltsam unbeteiligt. Selbst in Diskussionen, die seine Außen- oder Sozialpolitik betrafen, meldete er sich nicht zu Wort, um Klarheit zu schaffen.<sup>141</sup> Wenn er sich einschaltete, fehlte seinen Beiträgen die pointierte, richtungweisende Klarheit von Adenauers Reden. Bei Parteianglegenheiten hielt sich Erhard ganz zurück, auch wenn sie ihn selbst betrafen. So schwieg er bei der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Bundesparteitages 1965, der immerhin die von ihm angeführte Bundestagswahl einleiten sollte. Selbst bei der Auswertung seines Wahlsieges, zu dem der Vorstand ihm nur beiläufig gratulierte, und der Diskussion der Koalitionsfrage ließ er zunächst alle möglichen anderen Parteifreunde reden, bevor er nach rund zwei Stunden das Wort ergriff.<sup>142</sup> Erhard potenzierte damit das Führungsproblem der Union. Die CDU war mit Erhard nicht nur von einem Extrem ins andere geraten. Unglücklicherweise standen beide Extreme auch noch neben- und gegeneinander.

Unter Erhard wurde zudem deutlich, dass die CDU eben mehr war als ein Kanzlerwahlverein. Ein Kanzler, der nicht wie Adenauer in der Partei verankert war, blieb recht chancenlos, auch wenn die Wähler ihn kürtten. Und erst jetzt wurde klar, welches Geschick erforderlich war, um scheinbar unwichtige und gefügte Gremien wie den Parteivorstand zu lenken. Erhard vernachlässigte jedoch nicht nur die offiziellen Führungsgremien, sondern versäumte im Unterschied zu Adenauer auch, ein informelles Koordinationsnetz aufzubauen, das in die Ministerien und vor allem in die Fraktion reichte. Über einen Universalverwalter wie Globke verfügte er mit seinem Staatssekretär Ludger Westrick sicherlich nicht.

Im Unterschied zu Globke beherrschte Westrick weder die Kunst der informellen Ministerkontrolle, der gezielten Personalpolitik und loyalen Aktenvorbereitung, noch war überhaupt daran zu denken, dass er ähnlich wie Globke nebenbei auch noch die Parteigeschäfte lenkte.<sup>143</sup> Vielmehr war Westrick stolz auf seine Parteilosigkeit. Und schließlich stand Erhard in der dritten Ecke des Machtdreiecks, der Fraktion, mit Rainer Barzel ein ehrgeiziger Fraktionsvorsitzender gegenüber, der gegenüber Globke Anfang 1966 unmissverständlich betonte, er wolle nicht Parteivorsitzender werden, »er erstrebe vielmehr zu gegebener Zeit die Nachfolge Erhards als Bk. «[Bundeskanzler, F. B.].<sup>144</sup> Adenauer hatte das Kanzleramt und den Parteivorsitz innegehabt und die Fraktionsführung eng eingebunden. Nun hatte sich diese Machtkumulation, auf der die Integrationskraft der Adenauer-CDU beruhte, auf drei unterschiedliche Pole verteilt.

Ohne Dufhues' Zuarbeit wäre es vermutlich schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1965 wesentlich schwerer gewesen, den weiteren Kreis der Parteiführung zusammenzuhalten. Dufhues gelang es jedoch, den Wahlparteitag von 1965 wie in den fünfziger Jahren so zu organisieren, dass trotz aller Diffusion nach außen die Harmonie gewahrt blieb. »Die höchste staatspolitische Einsicht haben von vornherein die Sozialausschüsse bewiesen, indem sie keine Anträge gestellt haben. Die übrigen Vereinigungen, die Mittelstandsvereinigung, die Frauenvereinigung usw. haben auf gutes Zureden ihre Anträge zurückgezogen«, konnte er im März 1965 dem Vorstand berichten.<sup>145</sup> Der einzige Landesverband mit einem Antrag war schließlich Hamburg – und auch der wurde überredet, ihn zurückzuziehen.<sup>146</sup> Noch waren die Landesverbände und Vereinigungen so sehr auf den gemeinsamen Wahlsieg fixiert, dass eine gut vorbereitete Parteiführung die einstige Geschlossenheit arrangieren konnte. Schließlich vereinbarten Präsidium und Vorstand, sogar auf die Verabschiedung der Grundsatzklärung zu verzichten, die vom letzten Parteitag in Auftrag gegeben worden war. Stattdessen schlug Dufhues vor, man könne die Parteitagsrede des nunmehrigen Kanzlers Erhards »als einen wesentlichen Teil der Programmatik auch im zukünftigen Wahlkampf verwerten.«<sup>147</sup> Dufhues' Zuarbeit stärkte auf diese Weise zwar die Einheit der Partei, verfestigte damit aber das Image der konzeptionslosen Kanzlerpartei. Angesichts einer neuen, zunehmend kritischeren Öffentlichkeit war allen bewusst, dass dies keine dauerhafte Lösung mehr sein konnte.

Für die organisatorische Reform der CDU war Erhards Kanzlerschaft ohnehin ein Rückschlag. Natürlich hatte auch Adenauer sich wenig um den Ausbau des offiziellen Parteiapparates gekümmert. Zumindest rhe-

torisch hatte er aber immer wieder eine Erhöhung des Mitgliederstandes oder den Ausbau der hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer gefordert und vor Wahlen deren Ausstattung verbessern lassen. Erhards Verständnis für den Parteausbau war dagegen so unterentwickelt, dass er ihn mitunter explizit ablehnte. Eine Partei, die stark auf Mitglieder setze, nannte Erhard im Bundesvorstand 1964 explizit eine Gefahr für die Demokratie. Im gleichen Atemzuge bekannte er: »Ich sagte es schon, Mitglieder sind ganz schön, aber im Grunde genommen wollen wir gar keine Mitgliederpartei werden. Wir wollen nämlich nicht die Apparaturen herrschen lassen, sondern wir wollen verantwortungsbewußte Männer an der Spitze des Staates stehen haben. (Bewegung und Unruhe). Sehen Sie denn nicht, was das für eine Gefahr ist. [...] Wenn ich auf die letzten 15 Jahre zurückblicke, dann muß ich sagen, dann habe ich mich und dann haben wir alle uns als Wählerpartei ganz wohl gefühlt.«<sup>148</sup> Adenauer dachte zwar ebenfalls personen- und wahlbezogen und wetterte gegen die Funktionärswelt, aber solche abwegigen, demotivierenden Reden hatte er nie geführt. Angesichts der laufenden Werbeaktionen erntete Erhard dafür nur harten Widerspruch. Da Erhard selbst erst 1963, unmittelbar vor seiner Kanzlerwahl, überhaupt der Partei stillschweigend beitrug, war er ohnehin nicht gerade ein Vorbild für die angestrebte Verbreiterung der Mitgliederbasis. Um diesen »vermeintlichen Schönheitsfehler« (Erhard) wenigstens gegenüber der Öffentlichkeit zu vertuschen, datierte sein Kreisverband im Rahmen der zeitgleichen EDV-Umstellung der Mitgliederkarteien sein Eintrittsdatum auf 1949 zurück.<sup>149</sup>

Als ähnlich unterentwickelt erwies sich schließlich Erhards Gespür für programmatische Äußerungen und weltanschauliche Symbolik. Der Wirtschaftsminister konnte wohl als die Inkarnation des Slogans »Wohlstand für alle« glänzen. Als Kanzler und schließlich als Parteivorsitzender der CDU musste er sich jedoch mit dem Manko auseinandersetzen, gerade für die katholische Parteibasis als zu kirchenfern zu gelten. Dennoch verzichtete er auf einen sichtbaren symbolischen Ausgleich, wie Adenauer ihn gegenüber dem Protestantismus gepflegt hatte. Programmatisch bündelte Erhard seine schon früher vertretenen Positionen unter dem Begriff Formierte Gesellschaft, wonach partikulare Gruppeninteressen in einer sozial befriedeten Gesellschaft harmonisch zusammenarbeiten sollten.<sup>150</sup> Damit forderte er für die Gesellschaft aber ungläubwürdigerweise gerade das ein, was er innerhalb der eigenen Partei nicht zu lösen vermochte. Das Konzept der Formierten Gesellschaft scheiterte zudem nicht nur an seiner inkonsistenten Struktur, der verqueren Bezeichnung und dem fehlenden Bezug zum »C«. Erhard versäumte auch hier schlichtweg, sein Modell mit der Partei abzustimmen. Als es schließ-

lich im Bundesvorstand abgesegnet werden sollte, ohne dass es vorher vorgelegt worden war und ohne dass Erhard selbst erschien, waren die Proteste vorprogrammiert. Gerstenmaier monierte etwa: »Wenn er [Erhard, F. B.] aber als Parteimitglied auf dem Bundesparteitag verkündet, ohne auch nur ein einziges Wort vorher mit einem Manne gesprochen zu haben, der hier in einem Gremium sitzt, kein Wort – ich weiß bis heute nicht, was »Formierte Gesellschaft« ist – (Starke Unruhe, teils Zustimmung, teils Widerspruch), kein Wort, meine Herren, dann sollen wir alle dem, was überhaupt an Konsequenzen daraus abgeleitet wird, zustimmen. Und das sollen wir wiederum ohne Sachberatung tun! Und das geht nicht, meine Herren!«<sup>151</sup> Adenauer kündigte tags darauf sogar Dufhues an, aus Protest gegen das aufoktroierte Modell seinen Vorsitz ruhen zu lassen.<sup>152</sup> Erhard wollte Harmonie, aber erreichte bereits in seiner Parteispitze genau das Gegenteil, weil er aus Angst vor Konflikten klare Aussprachen scheute.

Im Jahr 1966, als der 90-jährige Adenauer endgültig den Parteivorsitz räumte, wurde Erhard mit einem denkbar schlechten Ergebnis (413 von 548 Stimmen) zum Vorsitzenden gewählt. Eine einheitliche, starke Führungsspitze wie unter Adenauer entstand durch die Verkopplung von Parteivorsitz und Kanzleramt nicht. Eine klare innerparteiliche Führungsspitze verhinderte allein schon die erneute Organisationsreform, mit der der ungeliebte Kanzler umrahmt wurde. Die erst 1962 geschaffene Konstruktion eines geschäftsführenden Vorsitzenden nebst Stellvertreter gestaltete der Vorstand nach langen Debatten abermals neu.<sup>153</sup> Dem Parteivorsitzenden Erhard wurden nun mit Barzel ein erster stellvertretender Vorsitzender sowie die zwei stellvertretenden Vorsitzenden Hassel und Lücke zur Seite gestellt. Hinzu kam Bruno Heck als geschäftsführendes Präsidiumsmitglied. Die kollektive Führung der CDU war damit institutionalisiert. Eine starke Spitze, wie das Amt eines Generalsekretärs, war dagegen noch nicht durchsetzbar, da sie weiterhin für zu zentralistisch gehalten wurde.

Zudem wurde Adenauer nicht völlig aufs Altenteil geschoben, sondern zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Da die Union diesen Posten zum ersten Mal vergab, musste er neu ausgehandelt werden. Trotz der Finanzkrise billigte sie Adenauer noch ein Büro mit neun Mitarbeitern zu, das 1966 immerhin Jahreskosten von 223 000 DM verursachte.<sup>154</sup> In allen Gremien erhielt er Sitz und Stimme. Damit verfügte Adenauer weiterhin über gewisse Ressourcen, die er neben dem Memoirenschreiben nutzte. In den Sitzungen hielt er sich nun zunehmend zurück und führte nur vereinzelt, wie nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen, Klage über den Umbau »seiner« CDU.<sup>155</sup> Schon allein seine Anwesenheit

oder auch nur die Anwesenheit seiner Mittelsmänner wirkte weiter blockierend. »Es soll ja manche führende Parteifreunde geben, bei denen man den Eindruck habe, wenn der Ehrenvorsitzende da ist, reden sie nicht mit der gleichen Präzision, wie wenn er nicht da ist.«<sup>156</sup> Ulkte der junge Helmut Kohl im Oktober 1966 im Bundesvorstand, noch nicht ahnend, dass er 33 Jahre später als Ehrenvorsitzender einmal eine ähnliche Wirkung haben sollte.

In den ersten Sitzungen ohne Adenauer zeigte der Bundesvorstand tatsächlich ein etwas anderes Bild als zuvor. Phasenweise erschien er wie ein wirtschaftspolitisches Diskussionsforum oder ein erweitertes Kabinett, in dem Fachleute wie Eitzel oder Burgbacher mit Daten jonglierten und konkrete Gesetze diskutierten.<sup>157</sup> Seinen zurückhaltenden Führungsstil änderte Erhard dagegen trotz des neuen Vorsitzes und Adenauers Abwesenheit nicht. Bereits ein halbes Jahr nach seiner Wahl, als sich die gegen Erhard gerichtete Große Koalition unter Kiesinger ankündigte, waren seine Tage als Parteivorsitzender ohnehin gezählt.

Neben den bisher aufgeführten Gründen scheiterte Erhard zudem nicht nur als Kanzler, sondern auch als Parteiführer an den schwierigen äußeren Umständen seiner Amtszeit. Als Kanzler gelang es ihm nicht, sich in einer komplizierten außenpolitischen Konstellation zu behaupten und die erste Wirtschaftsdepression zu verwalten, die sich Mitte der sechziger Jahre ankündigte. Ebenso trat Erhard im Jahr 1966 zu einem Zeitpunkt an die Parteispitze, als die innerparteiliche Lage denkbar schlecht war. Finanziell stand die CDU so mittellos wie seit langem nicht mehr da, weil ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur kurzzeitigen Aussetzung der staatlichen Parteienfinanzierung führte.<sup>158</sup> Organisatorisch musste die Union deshalb harte Einschnitte vornehmen, was Erhard nicht verschuldete, seine Beliebtheit aber nicht gerade steigerte. Personell befand sich die CDU mitten in einem Generationswechsel, der die ohnehin bestehenden Konfliktlinien verkomplizierte. Und elektoral erlebte die Partei ihre ersten Niedergangerscheinungen, was weniger an Erhard als an dem Säkularisierungsschub der sechziger Jahre lag. Da Erhards wichtigste Integrationsressource jedoch sein Ruf als erfolgreiche Wahllokomotive war, traf ihn 1966 die Landtagswahl-niederlage in Nordrhein-Westfalen besonders hart. Der in der Partei verankerte Adenauer konnte die regelmäßig wiederkehrenden Einbrüche bei den Landtagswahlen eben vertragen, Erhard nicht.

### 3. Beiträge, Staatsgelder und verdeckte Spenden

Helmut Kohl war auch bei Finanzfragen jemand, der Probleme direkt beim Namen nannte. Unmittelbar nachdem Bundesschatzmeister Burgbacher seinen Vorstandsbericht vom Februar 1967 beendet hatte, machte Kohl seinem Unmut Luft und prangerte mit markigen Worten das Spendengebaren der CDU an: »Es ist doch skandalös – ich verwende diesen Ausdruck bewußt – daß wir erst über ein Parteiengesetz in diesem Punkt zur innerparteilichen Demokratie kommen.«<sup>159</sup> Dass die CDU-Mitglieder durchschnittlich gerade einmal zehn Mark an jährlichen Beiträgen zahlten, hielt Kohl ebenfalls für ungeheuer: »Wenn jemand eine Dissertation schreibe über das innere Gefüge der CDU und würde den Bundesschatzmeister zitieren mit einem Durchschnittsbetrag von 10 DM im Jahr, dann könnte er klar nachweisen, daß die CDU keine demokratische Partei ist [...], weil die Portokosten höher sind als das, was die Partei einnimmt.«<sup>160</sup> Aus eigenen Beiträgen einnimmt, müsste man ergänzen.

Tatsächlich war es der CDU bis hin zu Adenauers Todesjahr nicht gelungen, die Mitgliedereinnahmen zu einem wirklich nennenswerten Posten auszubauen. Ganz im Gegenteil: Wie Kohl andeutete, kosteten allein die Partei-Rundschreiben pro Kopf etwa fünfzig Prozent mehr als die rund 280000 Mitglieder zahlten.<sup>161</sup> Daraus entwickelte sich die paradoxe und wenig motivierende Situation, dass eine Erhöhung des Mitgliederstandes der Parteikasse sogar schadete. Während die sozialdemokratischen Mitglieder mit insgesamt über siebzehn Millionen Mark weiterhin mehr als die fünffache Summe aufbrachten und pro Kopf mehr als den doppelten Betrag entrichteten, demonstrierten die Christdemokraten mit ihren spärlichen Beiträgen die alte bürgerliche Parteiendistanz.<sup>162</sup> Das galt selbst für führende CDU-Politiker. Viele Mitglieder des CDU-Bundesausschusses brachten 1966 lediglich einen monatlichen Beitrag von einer Mark auf, wenige dagegen über fünf Mark.<sup>163</sup>

War also seit den fünfziger Jahren alles beim Alten geblieben? Erstaunlicherweise zeigte sich die gesellschaftliche und innerparteiliche Umbruchphase zwischen 1959 und 1967 auch im Finanzwesen der Partei. Wie wir sahen, finanzierte sich die CDU der fünfziger Jahre fast ausschließlich von Spenden, die über Fördergesellschaften und die Zeitschrift ›Wirtschaftsbild‹ steuerbegünstigt an die Partei flossen. Nun veränderte sich diese Konstellation in dreierlei Hinsicht. Erstens untersagte das Bundesverfassungsgericht 1958 die steuerliche Begünstigung von Parteispenden. Um trotzdem an der alten Spendenrekrutierung festzuhalten, musste die Union sie in den folgenden Jahren umbauen und mit Vor-

sichtsmaßnahmen verfeinern. Zweitens leiteten die Christdemokraten seit 1959 die staatliche Parteienfinanzierung ein, die ihr eine neuartige Unabhängigkeit von den Wirtschaftsgeldern bescherte. Und drittens bemühte sich die Bundes-CDU in den sechziger Jahren zunehmend, die Beiträge ihrer Parteimitglieder und ihrer Mandatsträger zu erhöhen.

Der Ausbau der Mitglieder- und Mandatsbeiträge erschien einfach, gestaltete sich aber schwierig. Nach den vergeblichen Anläufen in den fünfziger Jahren gelang es der Bundes-CDU im Jahr 1964 endlich, auf dem Bundesparteitag eine Beitragsstaffel zu verabschieden. Sie sollte wie bei den Sozialdemokraten eine einkommensorientierte Richtlinie zur Selbsteinschätzung der Beitragshöhe geben, wobei die Richtwerte der CDU wesentlich niedriger lagen als die der SPD.<sup>164</sup> Dennoch scheiterte ihre Umsetzung zunächst auf ganzer Linie. Zwei Jahre später meldeten lediglich die Verbände Rheinland-Pfalz und Bremen Erfolge.<sup>165</sup> Die Zahlungsmoral der Mitglieder verbesserte sich erst Ende der sechziger Jahre. Zumindes nach offiziellen Angaben verdoppelten sich die Beiträge 1968/69 auf über sieben Millionen Mark. Auch wenn diese Zahlen vermutlich geschönt waren, dürften drei Gründe für diesen nun einsetzenden Wandel ausschlaggebend gewesen sein: Erstens setzte sich jetzt die – kulturgeschichtlich höchst interessante – bargeldlose Überweisung durch. Während bislang Kassierer die Beiträge an der Haustür eintreiben mussten, was Nachlässigkeiten auf beiden Seiten förderte und gerade auf dem Land mühselig war, wurde nun zunehmend ein festgesetzter Betrag regelmäßig abgebucht.<sup>166</sup> Die persönliche Verbindung zum Parteimitglied entkoppelte sich dabei zwar, aber dafür war der Zahlungsvorgang leichter durchzuführen, zu kontrollieren und vielleicht sogar für das Mitglied leichter zu verkraften. Zweitens stärkte der Erfolg der reformierten SPD auch im bürgerlichen Lager das Bewusstsein, dass die Mehrheit ihrer Partei nicht selbstverständlich war, sondern von der eigenen Unterstützung abhing. Pointiert formuliert: Der Aufstieg der SPD mobilisierte indirekt auch die Unionsanhänger und damit ihre Zahlungsbereitschaft. Und drittens erneuerte sich im Generationswechsel die Mitgliedschaft der CDU. Die neuen Mitglieder dachten nicht mehr in den finanziellen Kategorien der Nachkriegszeit. Alte Mitglieder zahlten fünfzig Pfennige monatlich, weil man eben immer soviel entrichtet hatte. Neue stiegen dagegen eher mit höheren Sätzen ein. Bis heute spiegeln jedoch die Mitgliederbeiträge das unterschiedliche Parteiverständnis wider. Pro Kopf zahlen die nicht unbedingt reicheren Sozialdemokraten nach wie vor höhere Beiträge. Ebenso sind die sozialdemokratischen Staffelsätze selbst nach der CDU-Finanzreform im Jahr 2000 höher geblieben.

Tab. 17: Soll-Beiträge (Mindestabgabe) der CDU-Mandatsträger 1966 nach Landesverbänden (in DM monatlich)<sup>168</sup>

Landesverband	Mitglieder des Bundestags	Mitglieder des Landtags
Südbaden	400	170
Nordbaden	200	100
Württemberg-Hohenzollern	200	100
Nordwürttemberg	100	100
Rheinland-Pfalz	300**	–
Hessen	200	100
Rheinland	150	75
Westfalen	100	50
Saarland	100	50
Oldenburg*	10%	10%
Hannover	300	150
Braunschweig	300	100
Hamburg	200	50
Bremen*	250	20%
Berlin*	200	20%
Schleswig-Holstein	75***	50***

\* zehn bzw. zwanzig Prozent des Abgeordnetengehaltes

\*\* nur im Bezirk Pfalz, Ausweitung geplant \*\*\* geplant

Ähnlich zögerliche Verbesserungen erreichte die Union bei den Abgaben ihrer Mandatsträger. In den fünfziger Jahren hatten sich die CDU-Politiker in den meisten Landesverbänden dagegen gewehrt, wie ihre sozialdemokratischen Kollegen einen monatlichen Sonderbeitrag an die Parteikasse abzuführen.<sup>167</sup> Auch Mitte der sechziger Jahre hatte die CDU noch keine einheitliche Regelung gefunden. Erst in der Finanzkrise von 1966 setzten sich fast überall feste Beträge durch. Sie wurden direkt an den Landesverband gezahlt und variierten in ihrer Höhe je nach Landesverband stark; beides zeigte die weiterhin stark föderale Struktur der CDU. Besonders hoch lagen die Soll-Beträge beim tiefkatholischen Landesverband Südbaden, am niedrigsten dagegen im evangelischen Schleswig-Holstein. In diesem protestantisch-konservativen Landesverband war die emotionale Parteibindung der christdemokratischen Politiker offensichtlich immer noch wenig ausgeprägt.

Zwischen den konfessionell unterschiedlich geprägten Extremen gab es Zwischenstufen, die weniger von der Konfession als von den Modernisierungspotentialen und der finanziellen Lage des Landesverbandes abhingen. Besonders reiche Landesverbände wie Rheinland-Pfalz, Rheinland und Westfalen waren hier zurückhaltender. Insgesamt kamen so im

ganzen Jahr 1965 bei allen Bundes- und Landtagsabgeordneten nach internen CDU-Berechnungen gerade einmal 470000 Mark zusammen – ein Betrag, den die SPD bereits Ende der fünfziger Jahre allein durch die Zahlungen ihrer Bundestagsfraktion erreichte.<sup>169</sup>

Ein Blick in die Landesverbände verrät zudem, dass wiederum der Generationswechsel die Bereitschaft förderte, einen Teil des Abgeordnetengehaltes der Partei zu überantworten. In Rheinland-Pfalz entwarf etwa Helmut Kohl eine Finanzordnung, die selbst Bürgermeistern zwanzig Prozent ihrer Aufwandsentschädigung abverlangte, von Bundestagsabgeordneten und Ministern 300 Mark pro Monat. Der seit 21 Jahren amtierende rheinland-pfälzische CDU-Ministerpräsident Altmeier quittierte dies dagegen nur mit dem Vermerk: »Eine satzungsmäßige Verankerung der Zahlung von Sonderbeiträgen riecht allzu sehr nach SPD, ja nach Kollektivismus. Die CDU sollte solche Bonzenwirtschaft nicht einführen.«<sup>170</sup> Die alte Abscheu gegen den Funktionär und den Apparat teilte ein Jungpolitiker wie Kohl freilich nicht, weil die Partei seit seiner Jugend seine Lebenswelt war. Ähnliches zeigte sich in Niedersachsen. Hier war es die Junge Union, die Ende 1961 ein Finanzstatut mit gestaffelten Beitragssätzen und Abgeordneten-Abgaben für die Mutterpartei entwarf und am Widerstand der alten Garde scheiterte.<sup>171</sup> Vor den Landtagswahlen 1965 waren es wiederum die alten Spitzenpolitiker aus den Gründungsjahren, die sich wehrten, auch nur für neun Monate begrenzt einhundert Mark monatlich zu zahlen. Der altgediente Oldenburger Landesvorsitzende Wegmann verweigerte dies ebenso wie der langjährige Fraktionsvorsitzende und ehemalige Spitzenkandidat Werner Hofmeister; letzterer begründete seine Ablehnung mit der schlechten Auftragslage seiner gleichzeitig geführten Kanzlei.<sup>172</sup> Erst die Finanzkrise von 1966 gab auch hier den Anstoß, einen regelmäßigen Abgeordnetenbeitrag zu zahlen. Um dies sicherzustellen, mussten die niedersächsischen Abgeordneten bei ihrer Kandidatur eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, dass sie im Falle ihrer Wahl mindestens 150 DM (Landtagswahl 1967) beziehungsweise mindestens 400 DM (Bundestagswahl 1969) weiterleiten würden.<sup>173</sup> Offensichtlich war diese schriftliche Erklärung nötig, die bislang eher bei Kleinparteien wie dem BHE oder der DRP Usus war. Bei diesen freiwilligen Zwangsabgaben der Bundestagsabgeordneten sollte die CDU nach offiziellen Angaben sogar 1973 die SPD überholen.<sup>174</sup> Damit übernahmen die Christdemokraten eine klassische sozialdemokratische Form der indirekten Parteienfinanzierung. Sie gab auch den christdemokratischen Mandatsträgern auf materiellem Wege zu verstehen, dass sie nicht nur von einer Partei nominiert wurden, sondern für diese auch Opfer zu bringen hätten.

Der eigentliche Bruch, den das Jahr 1959 neben der Präsidentschaftskrise bescherte, war aber die Einführung der direkten staatlichen Parteienfinanzierung. Noch Mitte der fünfziger Jahre hatten nur einzelne Christdemokraten für öffentliche Parteimittel plädiert. Vornehmlich im Arbeitnehmerflügel und in der Jungen Union hofften einige, mit den Staatsgeldern den Einfluss der wirtschaftsnahen Parteifreunde zu bremsen.<sup>175</sup> Seit 1955 trat immerhin Bundesschatzmeister Bach für öffentliche Zuschüsse ein.<sup>176</sup> Nachdem er sie bislang aus bürgerlichem Ethos abgelehnt hatte, kapitulierte er nun sowohl vor der prekären Finanzlage als auch vor der Abhängigkeit von den Unternehmern. Adenauer dagegen, dessen Position durch das bestehende Spendensystem gestärkt wurde, hielt sich in der Debatte zurück. Bei seinen Wahlgeschenken und bei der Verwendung von Regierungsmitteln für den Wahlkampf hatte er demonstriert, dass er prinzipiell keine Abneigung gegen die parteipolitische Verwendung von Steuergeldern hatte. Er fürchtete jedoch die schlechte öffentliche Wirkung der staatlichen Parteienfinanzierung. Im Januar 1958 trat Adenauer schließlich im Vorstand für die direkte Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln ein. Die CDU sollte so eine ähnlich kalkulierbare Finanzbasis wie die SPD erhalten. Im Vorstand begründete Adenauer diesen Kurswechsel jedoch damit, die Staatsmittel sollten der CDU helfen, »dem Odium zu entgehen, daß wir eine Partei irgendwelcher Wirtschaftskreise seien.«<sup>177</sup> Dabei betonte er explizit, dass die Wirtschaftsgelder die Gefahr bergen könnten, plötzlich zu sinken oder mit Bedingungen verbunden zu werden. Sein Plädoyer fand nicht nur im Bundesvorstand größere Zustimmung. Es stimmte auch mit dem Bericht einer Parteienrechtskommission unter Innenminister Schröder überein, die 1958 ihren Befund vorlegte.<sup>178</sup>

Damit hatte die CDU bereits ein halbes Jahr vor dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24. Juni 1958 ihren Schwenk zur staatlichen Parteienfinanzierung vollzogen, die bislang in der Literatur als Wendepunkt gesehen wurde.<sup>179</sup> Auf eine Klage der hessischen SPD-Regierung hin erklärten die Karlsruher Richter nun die Steuerbegünstigung von Parteispenden für verfassungswidrig. Das war tatsächlich ein schwerer Schlag für die Union. Die vier Jahre zuvor legalisierte Spendenpraxis der CDU drohte damit wieder in die alte Halblegalität zu rutschen. Aus der allgemeinen Verunsicherung heraus gingen die Spenden kurzzeitig zurück. Gleichzeitig wies der Urteilsspruch jedoch darauf hin, dass es zulässig sei, »für die die Wahlen tragenden politischen Parteien finanzielle Mittel von Staats wegen zur Verfügung zu stellen.«<sup>180</sup> In dieser Krisensituation spürten nun auch die Kritiker der staatlichen Finanzierung die Abhängigkeit von den halblegal akquirierten Spenden. Und nicht nur die

Christdemokraten, sondern auch der FDP-Schatzmeister Rubin trat jetzt in seinem Parteivorstand für eine öffentliche Finanzierung mit der Begründung ein: »Das gegenwärtige Halbdunkel, bei weitgehender rechtlicher Unklarheit, ist für alle Beteiligten nicht länger zumutbar.«<sup>181</sup>

Gegenüber der Öffentlichkeit standen die Christdemokraten nun zwischen Skylla und Charybdis: Öffentlichen Beifall konnten sie weder bei einer staatlichen noch bei einer halblegalen Wirtschaftsfinanzierung erwarten. Die Parteiführung entschied sich schließlich für einen Kompromiss: Am alten Spendensystem wollte sie in modifizierter Form festhalten, gleichzeitig sollte sich die Partei durch öffentliche Gelder sanieren. Bereits ein Jahr später hatte die CDU einen entsprechenden Antrag ausgearbeitet. Nicht zufällig war hieran der Vorsitzende der Jungen Union, Gerhard Stoltenberg, führend beteiligt. Stoltenberg stand der einzigen Partei-Untergliederung vor, die bereits seit längerem vornehmlich von öffentlichen Mitteln lebte. Der Bundes- und Landesjugendplan gewährte den Jugendorganisationen ein Auskommen, das man durch möglichst geschickte Anträge erwirtschaften musste. Für die Jungpolitiker war der Schritt zur Staatskasse damit keine dramatische Neuerung.<sup>182</sup> Forciert wurde die Staatsfinanzierung jedoch von Adenauer selbst. Eindringlich warnte er Ende 1959 im Vorstand nochmals vor Korruptionsgefahren, da »eine indirekte Art von Wirkung – so will ich mich mal ausdrücken – doch nicht von der Hand zu weisen ist.«<sup>183</sup> Zudem wies er angesichts der just überstandenen Präsidentschaftskrise mehrfach auf die Gefahr hin, dass die CDU in die Opposition gerate und dann keine Spenden mehr erhalte; »dann sind wir finanziell am Ende.«<sup>184</sup>

Bislang hatte das CDU-Spendensystem dazu beigetragen, die bürgerlichen Kleinparteien zu integrieren. Nun diskutierten die Christdemokraten, wie sie die staatliche Parteienfinanzierung so gestalten könnten, dass die kleinen Konkurrenten nicht erneut erstarken. Staatliche Mittel sollten deshalb nur die im Parlament vertretenen Parteien erhalten. Ebenso sollte die Kopplung an die Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl dazu verhelfen, die Beträge für die Sozialdemokraten und Liberalen gering zu halten.<sup>185</sup> Die absolute Höhe der Mittel wurde bis 1966 geradezu willkürlich von der CDU beschlossen. 1959 hatte die CDU quasi als Testballon fünf Millionen Mark aus Bundesmitteln beantragt. Bereits im folgenden Jahr demonstrierte Adenauer wie in früheren Wahlkämpfen, dass er leichtfertig Staatsgelder ausgab, wenn es um die Sicherung der eigenen Mehrheit ging. Die Profanität der Entscheidungsfindung wurde etwa deutlich, als Adenauer 1961 den neuen Schatzmeister Burgbacher im Vorstand aufforderte: »Äußern Sie sich mal dazu, wie

es ist, wenn man der dankenswerten Anregung von Herrn Stoltenberg folgt, statt 5 Millionen nunmehr 15 Millionen zu sagen! [Burgbacher:] Wir müssen schon 20 Millionen sagen. (Adenauer: Dann sagen wir 20!).«<sup>186</sup> Tatsächlich wurden nun zwanzig Millionen Mark beantragt, zwei Jahre später sogar 38 Millionen.<sup>187</sup> Sowohl die lange Regierungstätigkeit als auch der verinnerlichte Glaube, zum Wohle Deutschlands eine sozialdemokratische Regierung verhindern zu müssen, verhalf vermutlich wie bei der Spendenfinanzierung zu dieser selbstherrlich wirkenden Steuerverwendung. Die CDU regte dabei nicht nur eine fortlaufende Erhöhung der Mittel an, sondern bemühte sich auch, deren Zweckbindung abzuschaffen. Während sie die Gelder zunächst vorgeblich für die »politische Bildung« beantragte, verzichtete sie dann zunehmend auf die Deklarierungsvorgabe, da dies laut Schatzmeister Burgbacher eine zu »phantasievolle Geschäftsgebarung« erforderte.<sup>188</sup> Der Hauptanteil der Mittel wurde einfach pauschal mit dem Artikel 21 begründet, der im Grundgesetz die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung garantierte. Nachgeprüft werden sollte die Mittelverwendung ohnehin nicht.<sup>189</sup>

Zudem wurden den CDU-Landespolitikern die Schröpfung der Länderetats auferlegt. Ende 1961 betonte Bundesschatzmeister Burgbacher gegenüber seinen Schatzmeisterkollegen aus den Landesverbänden, er halte »es für ausgeschlossen, einen Ausgleich auf Bundesebene zu geben, wenn die CDU in einem Land in der Regierung sitzt und sich unzureichend um eine Staatsfinanzierung bemüht.«<sup>190</sup> Auch bei späteren Treffen der CDU-Schatzmeister sollte Burgbacher wörtlich die Mahnung wiederholen, man solle aus den Landeshaushalten möglichst viel an Parteigeldern herausholen.<sup>191</sup> Bereits am 12. März 1962 hielt das Protokoll des CDU-Bundesfinanzausschusses fest, dass die Christdemokraten sogar noch einen Schritt weiter gingen: »Man ist der Auffassung, daß auf kommunalpolitischer Ebene nicht alle Finanzierungsmöglichkeiten für die Parteiarbeit ausgeschöpft sind.«<sup>192</sup> CDU-geführte Länder bemühten sich nun auch auf der lokalen Ebene um Steuergelder. Auf den nun regelmäßig stattfindenden Treffen der CDU-Schatzmeister tauschte man Informationen aus, mit welchen Begründungen neue Haushaltstitel beantragt werden könnten. So priesen die Schleswig-Holsteiner Christdemokraten etwa an, 50000 DM für kommunalpolitische Bildungsarbeit für die Kreisverbände beantragt zu haben.<sup>193</sup> Allein 1963 beantragte die Union in den Ländern zusätzliche zehn Millionen Mark.<sup>194</sup> Mit den Bundesmitteln erhielt die CDU damit in diesem Jahr insgesamt fast so viele öffentliche Gelder wie durch sämtliche Spenden im Bundestagswahljahr 1957. Gerade die Christdemokraten, die öffentlich für eine Stärkung der

Eigenverantwortung eintraten, erbrachten so das Eingeständnis, sich nicht aus eigener Kraft ohne Staatshilfe finanzieren zu können. Entgegen ihren Befürchtungen blieb dies für ihr öffentliches Image folgenlos. Die Sozialdemokraten protestierten einige Jahre gegen die Staatsmittel und stimmten gegen sie. Jedoch nahmen auch sie die Gelder nicht nur an, sondern beantragten sie zunehmend in den von ihnen regierten Bundesländern.<sup>195</sup> Und die Bevölkerung sprach sich in Umfragen zwar generell gegen die öffentlichen Partezuwendungen aus, aber eine wahlentscheidende Bedeutung erlangte dies nicht.

Für die CDU und das Parteiensystem als Ganzes hatte der Übergang zu dieser weltweit neuartigen Staatssubventionierung vier einschneidende Folgen.<sup>196</sup> Erstens erhöhte die staatliche Parteienfinanzierung die innerparteiliche Transparenz und Demokratie. In der rein spendenfinanzierten CDU hatten vornehmlich Adenauers Beraterstab und einzelne Landespolitiker über die Finanzen verfügt. Die restlichen CDU-Politiker ahnten dagegen nur vage, welche Summen ihrer Partei zur Verfügung standen. Nun lag zumindest ein größerer Teil der Parteifinanzen für alle offen. Innerparteiliche Gruppen, die nicht an der Spendenakquirierung beteiligt waren, konnten zudem aus öffentlichen Geldern leichter Mittel einfordern.

Zweitens förderten die Staatsgelder den Ausbau der CDU-Parteiorganisation. Während die Wirtschaftsspenden zum Teil explizit für die Wahlkämpfe gegen die SPD gewährt wurden, erschien es wesentlich legitimer, die Steuergelder für den Parteiausbau auszugeben. Zum einen zwangen die Haushaltsauflagen die CDU, die Gelder für die politische Bildung oder für Sach- und Personalkosten zu benutzen. Zum anderen waren die staatlichen Einnahmen kalkulierbarer und damit eher für das Parteipersonal zu verwenden. Ihre weiterhin aufwendigen Wahlkämpfe bestritt die Union dagegen nach wie vor mit ihren Spenden. Durch den doppelten Geldsegen war die CDU damit Anfang der sechziger Jahre vermöglicher denn je.<sup>197</sup> Entgegen der bis heute in der Politikwissenschaft vertretenen These, die Staatsgelder brächten eine Entfernung von den Menschen, schufen sie damit erst eine organisierte, demokratisch verfasste Parteistruktur, die Kontakte zur Gesellschaft ausbauen konnte.<sup>198</sup> Der Nachteil für die CDU war jedoch, dass auch die Sozialdemokraten an den öffentlichen Zahlungen beteiligt werden mussten. Zusätzlich zu ihren Mitglieder-, Abgeordneten- und Vermögenseinkünften erhielten die Genossen nun neue Einnahmen. Diese vierte Finanzsäule sollte der SPD schließlich ermöglichen, aufwendige und moderne Medienwahlkämpfe zu inszenieren, die die Union in Bedrängnis brachten.

Drittens wurde die Union durch die Staatsgelder tatsächlich wesentlich unabhängiger von den Forderungen der Wirtschaft. Wie dargestellt verlangten die Spender vor allem, dass keine Koalition mit den Sozialdemokraten gebildet werden dürfe. Anderenfalls drohten Zahlungssperren. Die öffentliche Finanzierung schwächte damit Adenauers polarisierenden Sammlungskurs ab und erleichterte in Bund und Ländern den Weg zur Großen Koalition. Zugleich erleichterte die Staatsfinanzierung aber auch den Weg zur sozialliberalen Koalition. Denn gerade die FDP hatte bislang unter den Finanzsperren der Fördergesellschaften gelitten, die immer dann eintraten, wenn die FDP sich nicht an bürgerlichen Koalitionen beteiligen wollte. Diese neue Konstellation zeigte sich bereits 1959 in Niedersachsen. Als die Liberalen dort eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingingen, konnte sie die Spendensperre der Fördergesellschaften gut verkraften. Die Sozialdemokraten hatten den Liberalen und den BHE ersatzweise zugesichert, sich im Falle einer Koalition für staatliche Parteisubventionen stark zu machen.<sup>199</sup> Die besonders pragmatischen niedersächsischen Sozialdemokraten unter Hinrich Wilhelm Kopf waren damit die ersten Genossen, die die öffentliche Parteisubventionierung praktizierten. Da der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Scherf nichts von den Plänen seiner Bonner Parteifreunde wusste, hatte er sogar zunächst gegen die Beantragung der Landesmittel protestiert.<sup>200</sup>

Aber auch die Bundes-CDU benutzte ihre Verfügungsgewalt über die öffentlichen Mittel für die Koalitionspolitik. Gerade bei der schwierigen Regierungsbildung von 1961 sollten Zusicherungen für öffentliche Mittel die Zusammenarbeit mit den Liberalen ähnlich versüßen wie einst die Spenden der Fördergesellschaften. Im Koalitionsvertrag wurde als wichtiges Zugeständnis ein Sockelbetrag ausgehandelt. Obwohl die FDP nur ein Drittel der Abgeordneten der CDU aufwies, sollten ihr so fast die Hälfte von deren Geldern überlassen werden.<sup>201</sup> Adenauer setzte damit wiederum durch, dass die CDU (und damit auch die Sozialdemokraten) finanziell zurücktraten, um mit den begünstigten Liberalen die bürgerliche Mehrheit zu sichern. Gerade beim linken, vornehmlich katholisch-sozialen CDU-Flügel sorgte das für Unmut. 1962 ließen vier Christdemokraten den vereinbarten Sockelbetrag im Haushaltsausschuss scheitern, was zu schwersten Verstimmungen und Komplikationen in der Koalition führte.<sup>202</sup> Den alten Kitt der von außen eingreifenden Wirtschaftsspenden konnten die öffentlichen Mittel eben nicht bieten.

Viertens bescherte die Staatsfinanzierung eine Stärkung der Bundes-CDU gegenüber den Landesverbänden. Schließlich kam der größte Teil der öffentlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt. Ähnlich wie bei den

Spenden der Staatsbürgerlichen Vereinigung wurden sechzig Prozent dieser Einnahmen nach Einwohnerstärke aufgeschlüsselt und an die Landesverbände überwiesen.<sup>203</sup> Die Bonner Zentrale hatte damit jedoch eine Kontrolle darüber, welcher Landesverband welche Summen erhielt und konnte im Bedarfsfall die Zahlungen kürzen. Die föderalen Grenzen wurden zudem durch einen innerparteilichen Finanzausgleich überschritten. Die Bundes-CDU verteilte fünf Prozent ihrer Staatseinnahmen an die Landesverbände, die in der Opposition standen und deshalb verhältnismäßig wenig Landesmittel erhielten. Nicht nur deren schlechtere Wahlergebnisse führten zu geringen Einkünften. Ihnen fehlte die Mehrheit, um ähnlich wie die CDU-Regierungen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland oder in Rheinland-Pfalz überhaupt hohe Staatsgelder zu beantragen. Bereits 1962 lag die Pro-Kopf-Quote in CDU-Ländern überdurchschnittlich hoch. Ein Jahr später erhöhten vor allem die Christdemokraten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Sätze noch einmal überdurchschnittlich.<sup>204</sup> Das finanzielle Gefälle innerhalb der Partei blieb dennoch bestehen: Während die regierenden CDU-Landes-

verbände sich mit den selbst beantragten Steuermitteln sanierten, blieben die Christdemokraten insbesondere in Hessen und Niedersachsen weiterhin verschuldet.<sup>205</sup>

Trotz der Staatsfinanzierung verzichtete die CDU freilich nicht auf ihr altes Spendensystem. Sowohl die Fördergesellschaften als auch die Zeitschrift ›Das Wirtschaftsbild‹ dienten weiterhin als Geldwaschanlagen, um Spenden auch nach dem Karlsruher Urteil steuerlich abzugsfähig zu halten. Nur wurden sie jetzt raffinierter verschleiert. Zunächst bestand bei vielen Christdemokraten eine gewisse moralische Unsicherheit, ob tatsächlich das alte Verfahren weitergeführt werden könne. Man hoffte auf die baldige Revision des Urteils, wusste aber nicht, wie die Zeit bis dahin zu überbrücken sei. In Rheinland-Pfalz beschloss etwa das Landespräsidium im September 1959: »Sollte kein anderer Ausweg gefunden werden, wird Herrn Ministerpräsident Altmeier empfohlen, in einer Aussprache mit der Wirtschaft sie zu bewegen, neben den Spenden auch die notwendigen Steuern abzuführen.«<sup>207</sup> Tatsächlich meldeten verschiedene Landesverbände, dass die Wirtschaft hierzu nicht bereit sei. Selbst das CDU-Angebot an die Wirtschaftsvertreter, nur noch den halben Betrag zu spenden, den aber aus versteuerten Geldern, kam laut Bundesschatzmeister Burgbacher »gegen jede Logik« nicht an.<sup>208</sup>

Eine Lösung war, jetzt mehr Spenden über die Zeitschrift ›Das Wirtschaftsbild‹ abzuwickeln, was in den Landesverbänden auch empfohlen wurde.<sup>209</sup> Der niedersächsische Landesgeschäftsführer Münster wies etwa seine Mitarbeiter darauf hin, »daß ein großer Teil der Firmen nur dann Gelder geben, wenn sie eine absetzbare Quittung bekommen. Eine Partei kann diese Quittung nicht ausstellen. Über einen Verlag ist es möglich, unter der Voraussetzung, daß Dienste des Verlages in Anspruch genommen sind.«<sup>210</sup> Tatsächlich stiegen die jährlichen Einnahmen des ›Wirtschaftsbildes‹ bereits 1959/60 auf annähernd drei Millionen Mark an.<sup>211</sup>

Um die Steuerhinterziehung auch in Zukunft zu verschleiern und Nachzahlungen zu vermeiden, wurde nun auf der Bundes- und Landesebene Ende 1959 der Vertrieb des ›Wirtschaftsbildes‹ neu geregelt.<sup>212</sup> Für die Spender änderte sich nichts. Sie setzten weiterhin durch den Kauf der überteuerten Zeitschrift ihre Spenden als Betriebsausgabe ab. Die Christdemokraten selbst gründeten dagegen einen Verlag, der Gewinne aus dem Verkauf des ›Wirtschaftsbildes‹ am Finanzamt vorbei führen sollte. Nicht nur für die Zukunft, sondern auch rückwirkend wurde so ein fingiertes Rechnungswesen geschaffen, um Steuerzahlungen zu umgehen. Denn immerhin drohten nach dem Karlsruher Urteil allein für das Spendenblatt ›Wirtschaftsbild‹ Steuernachzahlungen von rund fünf Millionen Mark.<sup>213</sup>

Tab. 18: Öffentliche Mittel für die CDU aus den Länderhaushalten 1962<sup>206</sup>

Landesverband	Summe	Pro Kopf der Bevölkerung
Westfalen	1623945,81	0,22
Saarland	224038,02	0,21
Rheinland	1692133,80	0,20
Schleswig-Holstein	386629,35	0,17
Rheinland-Pfalz	465868,16	0,14
Südbaden	181713,44	0,11
Nordbaden	182519,83	0,11
Württemberg-Hohenzollern	160760,90	0,11
Niedersachsen	697475,93	0,10
Nordwürttemberg	293421,54	0,09
Hessen	445716,64 (603185,24)	0,09 (0,12)
Berlin	167543,69 (241711,90)	0,08 (0,11)
Bremen	52844,47 (82385,61)	0,07 (0,12)
Hamburg	137998,52 (199087,75)	0,07 (0,11)
Summe ohne Bundesausgleich	6712609,32	0,11

(in Klammern Werte aufgrund des zugeteilten parteiinternen Ausgleiches aus dem Bundeshaushalt über die Bundesgeschäftsstelle)

Tab. 19: Einnahmen der rückwirkend fingierten Organisationseinheit ›Das Wirtschaftsbild‹ bzw. des Verlages nach Zeitschriftentitel nach internen Wirtschaftsprüferberichten <sup>215</sup>

Zeitschrift / Jahr	1953	1954	1955	1956
Wirtschaftsbild A	1177065	1035258	1243666	1156566
Wirtschaftsbild B	1321380	390400	300000	414600
Wirtschaftsbrief	44160	57696	73089	71330
Der Mittelstandsbrief	87679	86145	76875	57972
Deutschland-Union Dienst	49978	56267	61377	82881
Union in Deutschland	40615	45560	35970	35086
Der Agrarbrief			2003,50	10833
Frau und Politik				2700
Evangelische Verantwortung				
Betriebsrätebrief				
Wirtschaftsbild Berlin	1369			
Wirtschaftsbild Süd-West	2500	2400		

Zeitschrift / Jahr	1957	1958	1959	1960
Wirtschaftsbild A	1340120	1544125	2051690*	2513076*
Wirtschaftsbild B	316800	179600		
Wirtschaftsbrief	79125	75025	79578	92007
Der Mittelstandsbrief	55583	54258	45752	43832
Deutschland-Union Dienst	77715	77111	73770	71584
Union in Deutschland	38144	58091	48291	47631
Der Agrarbrief	9956	817	7344	13192
Frau und Politik	5138	5662	6181	10583
Evangelische Verantwortung				4855
Betriebsrätebrief				6275
Wirtschaftsbild Berlin				
Wirtschaftsbild Süd-West				

\* ab 1959 Wirtschaftsbild A und B zusammengelegt, Preis 50 DM/Monat

Ziel der Verlagsgründung war es, die Gewinne aus dem ›Wirtschaftsbild‹ so in die Partei umzuleiten, dass die Zeitschrift formell als ein Verlustgeschäft erschien und damit weitgehend steuerbefreit war. Dies erreichte die CDU auf viererlei Weise. Erstens fasste sie jetzt sämtliche Parteipublikationen mit dem gewinnträchtigen ›Wirtschaftsbild‹ in einer Verlageinheit zusammen. Die kostenintensiven Mitglieder- und Spartenblätter brauchten so bereits einen Teil der ›Wirtschaftsbild‹-Gewinne betriebsintern auf. Allein die Mitgliederzeitung ›Deutsches Monatsblatt‹ verschlang sechsstellige Beträge, 1963 fast eine halbe Million Mark.<sup>214</sup> Für die anstehende Betriebsprüfung legte die CDU sogar rückdatierte Auflistungen an.

Zweitens deklarierte die CDU die Überweisungen vom ›Wirtschaftsbild‹ an die Landes- und Kreisverbände als ›Provisionen‹. Damit konnten sie als Betriebsausgabe abgerechnet werden. Um dies für das Finanzamt abzusichern, empfahl der Bundesschatzmeister 1960 den Landesvorsitzenden, »unter Beachtung der steuerlichen Notwendigkeiten« unabhängige Landesverlage zu gründen.<sup>216</sup> Ihr Zweck war, »die Rückläufe aus den Wirtschaftsbild-Abonnements aufzufangen und gemäß den Steuergesetzen zu verkräften.«<sup>217</sup> Die Landeverlage gaben nicht nur eigene Spenden-Zeitschriften heraus, sondern dienten vornehmlich als Werbe- und Vertriebsunternehmen für den Bundesverlag. »Die Landesverbände bilden Vertriebsgesellschaften, und diese Vertriebsgesellschaften werden für ihre Tätigkeit honoriert«, fasste der Bundesschatzmeister 1963 das bestehende System vor den Landesvorsitzenden zusammen.<sup>218</sup> Von ihrem Bundesfinanzministerium und dem nordrhein-westfälischen Finanzminister hatte sich die CDU vorher die Bestätigung geholt, dass fünfzig Prozent Werbekosten für ein Unternehmen legitim seien.<sup>219</sup> Wie bei der Bündelung der Parteizeitschriften wurde auch die Provisionsregelung rückwirkend datiert, um Nachzahlungen zu umgehen.

Mit diesen als Werbungs- und Vertriebskosten getarnten Rückläufen wurden drittens wiederum die vielen Mitarbeiter der CDU-Bundes- und Landesgeschäftsstellen bezahlt. Im offiziellen Rechenwerk waren sie deshalb nur Verlagsangestellte. Die Auslagerung der Parteiangestellten führte ebenfalls dazu, dass der Verlag als ein steuerlich günstiges Verlustgeschäft erschien. Anders formuliert, in den Worten des niedersächsischen CDU-Landesgeschäftsführers Münsters: »Auf niedersächsischer Ebene wird eine Werbegesellschaft gegründet, die als Aufhänger der Rückflüsse der Wirtschaftsbild-Abonnements dienen soll. Diese Gesellschaft hat wieder die Gelder weiter zu schleusen, als Gehälter und Betriebsausgaben für die Unternehmungen im Rahmen der Gesellschaft. Sie unterliegt voll und ganz der steuerlichen Nachprüfungspflicht. Um mit dieser Prüfung aus Niedersachsen herauszukommen, wird vorgeschlagen, einen Organvertrag mit der Bundes-GmbH zu machen, damit letztlich die Bundes-GmbH auch für die Bilanz der Landes-GmbH verantwortlich ist.«<sup>220</sup> Konkret bedeutete dies, dass Münster de facto als Landesgeschäftsführer der CDU in Niedersachsen arbeitete. Offiziell war er jedoch als Leiter des Verlages eingestellt, der über vier Redakteure und zwei Sekretärinnen verfügte, die ebenfalls Parteiaufgaben erledigten. Selbst Bezirksgeschäftsführer waren im offiziellen Rechenwerk mitunter nur Verlagsangestellte. Noch 1970 wurde diese offizielle Trennung von Verlag und Partei auf Landesebene bestätigt.<sup>221</sup> Ebenso war in der Bundes-CDU Peter Müllenbach offiziell Geschäftsführer des Verlages,

Tab. 20: »Verlagsprovisionen« aus Einnahmen von »Das Wirtschaftsbild« nach internen Wirtschaftsprüferberichten<sup>223</sup>

Einnahmen/ Auszahlungen an Parteiorgane	1953	1954	1955	1956	1957
Einnahmen aus Abonnements	2724747	1673726	1792979	1831968	1922582
»Provisionen« an Landesverbände	945849	518089	666245	676035	654845
»Provisionen« an Kreisverbände	256320	247458	252595	282195	340038
»Provisionen« an die Bundesgeschäftsstelle	778000	460218	267450	196500	180000

  

Einnahmen/ Auszahlungen an Parteiorgane	1958	1959	1960	1961
Einnahmen aus Abonnements	2002041	2312604	2803034	2957440
Einnahmen aus Annoncen			355817	488989
»Provisionen« an Landesverbände	615029	604066	1147912**	1277376**
»Provisionen« an Kreisverbände	349841	342048	–	–
»Redaktionskosten«	300000	413107		

\* ohne Material, Reisekosten, Provisionen; dieser Titel verdeckt die weiterhin fortbestehenden Überweisungen an die Bundesgeschäftsstelle. Im Rechenwerk heißt es wörtlich: »Die Redaktionskosten werden dem Verlag monatlich durch die Bundesgeschäftsstelle der CDU belastet. Eine Aufstellung der Kosten, die sowohl Personalkosten als auch Sachkosten verschiedener Art umfassen, liegt nicht vor.« Wirtschaftsprüferbericht 1958, in: ACDP VII-006-012/2.

\*\* werden jetzt »Werbegesellschaften« genannt, die Sockelbetrag und Provisionen bekommen; Gesamtsumme an Zahlungen an die Werbegesellschaften der einzelnen Landesverbände.

obwohl er de facto ebenso wie seine gut sechzig Mitarbeiter vornehmlich für die CDU arbeitete. Vom Bundesschatzmeister bis hin zum Hausmeister wurden damit die CDU-Bediensteten, die im Haus der CDU-Parteizentrale arbeiteten, offiziell als Verlagsangestellte beschäftigt, um die Gewinnspanne aus dem »Wirtschaftsbild« auszugleichen.<sup>222</sup>

Schließlich wurde der Verlag viertens durch einen fingierten Kauf gegründet, der die offizielle Verschuldung des Unternehmens sicherstellen sollte. Die CDU gründete zunächst die »Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH«, die sie 1960 in den Verlag »Presse und Informationsdienste der

CDU Deutschlands« umwandelte. Obwohl der Nachfolge-Verlag mit seinem Vorgänger weitgehend identisch war, wurde der offizielle Preis für die Verlagsrechte mit 568000 Mark veranschlagt, der Gesamtkaufpreis sogar mit 703773,58 Mark.<sup>224</sup> Offiziell wurde der Betrag durch einen Kredit von der CDU mit 7,5 Prozent Zinsen aufgebracht. Damit hatte die CDU ihrem reinen Gewinnunternehmen eine erneute Negativbilanz gesichert, während der mit Nachzahlungen bedrohte Verlag liquidiert war. Zudem konnte sie die Gewinnübermittlung vom Verlag an die Bundespartei zunächst als Schuldentilgung deklarieren. Andere Gewinnumleitungen folgten. Im folgenden Jahr erhielt beispielsweise ein Mitarbeiter scheinbar eine Abfindung von 150000 Mark, um die Bilanz für das Finanzamt zu korrigieren.<sup>225</sup> Der Verlag wurde zwar intern von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, aber dieser wurde mit dem Zusatz beauftragt: »Eine Prüfung der steuerlichen Fragen ist bei der Auftragserteilung ausdrücklich ausgenommen worden.«<sup>226</sup>

Die erneute Umwandlung des Verlages in die Union-Betriebs-GmbH gab dem Spendenblatt 1969 einen dauerhaften Außenanstrich. An der Spendenverwaltung änderte auch dieser Namenswechsel grundsätzlich nichts. Die neue GmbH vertrieb weiterhin die Parteipublikationen, verrechnete sie mit den »Wirtschaftsbild«-Einnahmen und gab die restlichen »Wirtschaftsbild«-Erlöse an die Bundespartei und die Landesverbände ab.<sup>227</sup> Nach wie vor waren über sechzig Parteimitarbeiter hier beschäftigt, wobei wieder Peter Müllenbach die Geschäftsführung innehatte. Als Gesellschafter trat abermals die Führungsspitze der Bundes- beziehungsweise Landes-CDU auf. 1970 zählten zu den Gesellschaftern der Unions-Betriebs-GmbH etwa Kiesinger, Kohl, Stoltenberg, Heck, Katzer, Schröder, Wex, Schmücker, Hassel, Barzel und Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb, die bis auf Kiesinger und Heck alle mit eintausend Mark Anteil vertreten waren.<sup>228</sup> Die Jahresauflage der Spendenzeitschriften ging Ende der sechziger Jahre leicht zurück.<sup>229</sup> Dennoch blieben sie gerade in Jahren zwischen den Wahlen eine lukrative und regelmäßige Einnahme, die der Union anscheinend so wichtig war, dass sie ihre Bundes- und Landesgeschäftsstellen danach organisierte. Da die Spendenzeitschrift quer durch die Partei vertrieben wurden, war allgemein bekannt, dass die Union systematisch Steuerzahlungen umging. Damit war nicht nur die SPD eine verlagsgestützte Partei, sondern auch die Union, obwohl sie keine echten Presseerzeugnisse herstellte.

Noch heikler war die Frage, wie die wesentlich umfangreicheren Spenden der Fördergesellschaften nach dem Karlsruher Urteil von 1958 gehandhabt werden sollten. Bereits einige Wochen nach dessen Verkün-

derung verbreitete sich in der Union die Ansicht, dass die Fördergesellschaften streng genommen gar nicht unter das Urteil fielen. Sie seien schließlich offiziell Berufsverbände. Diese könnten nach einem Gutachten, das Finanzminister Schäffer vom Bundesfinanzhof eingeholt hatte, bis zu zwanzig Prozent ihres Aufkommens spenden.<sup>230</sup> In der Öffentlichkeit wurde jetzt ebenfalls verbreitet, dass die CDU lediglich noch von Berufsverbänden Spenden erhalte, nicht mehr von den Spendenvereinen. Insbesondere ein freimütig wirkendes ›Spiegel-Interview von Gustav Stein, dem Geschäftsführer des BDI und der Staatsbürgerlichen Vereinigung, trug dieses Bild in die Publizistik.<sup>231</sup>

Tatsächlich hielt die CDU aber am Fördergesellschaftssystem aus den frühen fünfziger Jahren fest. Die Staatsbürgerliche Vereinigung sammelte dabei weiterhin die Spenden von den größten Unternehmen für die Bundes-CDU, während in den Ländern Fördergesellschaften Spenden von mittleren und kleinen Unternehmen zusammentrugen. Ähnlich wie bei der Beantragung der Staatsgelder tastete sich die Union schrittweise voran. 1961 überwies die Staatsbürgerliche Vereinigung der CDU knapp zehn Millionen Mark, die somit indirekt an der Steuer vorbei geführt worden waren.<sup>232</sup> »Mit Rücksicht auf das Karlsruher Urteil habe man zunächst über 7 Millionen verhandelt«, berichtete der kommissarische Bundesschatzmeister Scheufelen dem Bundesvorstand.<sup>233</sup> In Gesprächen und Briefen konnte Adenauer dann Berg und Stein davon überzeugen, dass unbedingt eine höhere Summe nötig sei.<sup>234</sup> Zusätzlich nahm die Staatsbürgerliche Vereinigung für die CDU einen Kredit von 2,5 Millionen Mark auf, den die Christdemokraten durch eine Erhöhung der staatlichen Parteiengelder zurückzahlen wollten. Auch bei dem Kredit wurden die nunmehr üblichen Sicherheitsmaßnahmen beachtet: »Er ist nicht zu Lasten der Staatsbürgerlichen Vereinigung, die zur Hergabe von Geldern an die Parteien gesetzlich nicht in der Lage ist, verbucht, sondern wird in einem sog. ›Sonderkonto‹ unmittelbar bei der Leitung der Bank geführt«, erinnerte Stein zwei Jahre später Schatzmeister Burgbacher.<sup>235</sup> Weitere Kredite und regelmäßige Millionenbeträge für die Geschäftsstelle folgten.<sup>236</sup>

Nachdem die Spendenversorgung 1961 recht reibungslos geklappt hatte, wurden im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl bereits größere Beträge ausgehandelt. Bereits Ende 1963 kamen Adenauer, Erhard, Dufhues, Burgbacher und Kraske mit Berg und Stein zusammen. Trotz der nun laufenden Staatsfinanzierung und des Karlsruher Urteils funktionierte die Zusammenarbeit mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung gut. Auf Adenauers Hinweis, dass man gegen die SPD sehr große Summen benötige, verzeichnet das Protokoll: »Präsident Berg sagte seine unein-

geschränkte Unterstützung bei der Aufbringung dieser Mittel zu.« Burgbacher und Stein besprachen dann die tatsächlichen Zahlen: »Professor Stein bezifferte den von ihm aufzubringenden Betrag auf insgesamt 40 Mio. DM. In diesem Betrag sei die Abdeckung der von ihm für die Vergangenheit aufgenommenen Kredite, sowie die Wahlkampffinanzierung der CDU, der CSU und der FDP eingeschlossen.«<sup>237</sup> Der CDU-Bundesverband sollte demnach für die Jahre 1964 und 1965 25 Millionen erhalten, zehn Millionen die Landesverbände. Zudem sagte Dufhues zu, dass die Spender Einblick in die »Haushaltsgebarung« der Christdemokraten erhalten dürften. Tatsächlich kürzten die Spender den Wahlkampfbetrag für die Bundes-CDU Mitte 1965 auf zwölf Millionen Mark.<sup>238</sup> Damit waren aber immerhin noch über siebzig Prozent der gesamten Wahlkampfausgaben der Bundes-CDU mit diesen Spenden finanziert.<sup>239</sup>

Wie lässt sich erklären, dass die CDU-Führung weiterhin über die Staatsbürgerliche Vereinigung Gelder abwickelte und nicht zu regulären Einzelspenden überging? Zwei wichtige Gründe nannte Scheufelen 1960 im Bundesvorstand: »Der Weg, den das Geld gehen soll, sei nicht geändert worden, weil sonst eine starke Dezentralisierung notwendig wäre. Der zentrale Weg führe natürlich zu ganz anderen Beträgen als die dezentralisierte Aufbringung.«<sup>240</sup> Da die Wirtschaft nach wie vor anonyme steuerfreie Spenden bevorzugte, lagen die zu erwartenden Summen höher. Die Sammlung der Staatsbürgerlichen Vereinigung hatte zudem den Vorteil, dass die Spender der CDU nicht nur die organisatorisch aufwendige Spendenverwaltung abnahmen, sondern zugleich auch die Bundespartei durch den zentralen Zufluss stärkten. Gerade bei der schwach organisierten, regional fragmentierten CDU war es naheliegend, dass Adenauer sich trotz aller Gefahren diese Vorzüge nicht entgehen ließ. Während ihre Spenden in den fünfziger Jahren zur Einbindung der Kleinparteien beigetragen hatten, konnte sie nun zur Konsolidierung der eigenen Partei dienen.

Erleichtert wurde die Fortführung des alten Spendensystems aber sicher auch durch den engen persönlichen Kontakt, den Adenauer, Globke und Pferdenges zu Berg und Stein von der Staatsbürgerlichen Vereinigung pflegten. Adenauers Terminkalender zeigt, dass die Besuche des BDI-Präsidenten Berg seit der Urteilsverkündung zunahmen und Berg vor der Wahl 1961 stärker denn je in die Wahlkampfbesprechungen direkt einbezogen wurde. Im Jahr vor der Wahl kam es allein zu elf offiziell verzeichneten Begegnungen, im Wahljahr sogar zu sechzehn.<sup>241</sup> Blickt man auf die Notizen, die über die Spendenverhandlungen gemacht wurden, so hat man kaum das Gefühl, dass die Gelder zwischen zwei Großorganisationen ausgetauscht wurden. Eher wirkte es wie ein privates Ge-

schäft zwischen älteren Männern, die aus ihren Berufen gewohnt waren, mit wesentlich höheren Summen zu hantieren.<sup>242</sup> Durch die persönliche Nähe fiel es vermutlich leichter, moralische Skrupel zu verdrängen und juristische Bedenken auszuschalten.

Wie beim ›Wirtschaftsbild‹ wuchsen zudem die Vorsichtsmaßnahmen, mit denen die Spendenpraxis abgesichert wurde. Die Staatsbürgerliche Vereinigung (SV) hatte bereits 1957 ihren Briefkastensitz aus dem kurzzeitig SPD-regierten Nordrhein-Westfalen nach Koblenz verlegt. Das Finanzamt des CDU-regierten Rheinland-Pfalz sicherte der SV 1959 weiterhin Gemeinnützigkeit zu, da sie angeblich keine Parteispenden mehr gab. Bis 1973 wurde sie anscheinend von der Körperschaftssteuer befreit, ohne dass man die Akte prüfte.<sup>243</sup> Im Kreise der weiteren CDU-Führung wurde die Staatsbürgerliche Vereinigung nun nicht mehr namentlich erwähnt, sondern nur noch synonym von »der Wirtschaft«, »den Herren aus der Wirtschaft« oder »den Herren, die die Spenden für uns organisieren« gesprochen.<sup>244</sup> Ohnehin diskutierte man in den Vorständen kaum noch über die Spenden. Aus Angst vor Indiskretionen verhinderten Adenauer und Schatzmeister Burgbacher weiterhin, dass im Vorstand überhaupt konkrete Summen genannt wurden.<sup>245</sup> Allenfalls beklagten sie sich wider besseres Wissen darüber, dass keine Spenden mehr kämen. Der Vorstand beschränkte seine Finanzdiskussionen jetzt fast ausschließlich auf die Staatsmittel. Selbst bei internen Vergleichen mit den Sozialdemokraten rechnete man die Spenden überhaupt nicht mehr mit, um die SPD als »reichere« Partei erscheinen zu lassen.<sup>246</sup> Die Spendensammlung wurde stattdessen im regelmäßig tagenden Bundesfinanzausschuss koordiniert, der alle Landesschatzmeister vereinte. Ähnlich wie beim Präsidium verlagerte sich damit auch die Finanzverwaltung im Zuge von Adenauers und Globkes Ausscheiden aus dem Kanzleramt in ein Parteigremium. Zumindest für eine kleine Gruppe garantierte es etwas mehr Transparenz, wobei die Protokolle ihrer Sitzungen teilweise bewusst kryptisch gehalten wurden.<sup>247</sup>

Über das ›Wirtschaftsbild‹ und die Fördergesellschaften hinaus gründeten die CDU-Schatzmeister schließlich am 9. Dezember 1963 den »Wirtschaftsrat der CDU e.V.«. Mit der Begründung, Unternehmer würden nicht der Partei beitreten wollen, wurde der Wirtschaftsrat als eine Quasi-Vereinigung der CDU gehalten, die als eingetragener Verein offiziell von ihr unabhängig war.<sup>248</sup> Jedoch war es ein offenes Geheimnis, warum der Wirtschaftsrat wirklich als e.V. firmierte: »Der Wirtschaftsrat e.V. kann als solcher Gelder eintreiben, die er als Wirtschaftsverein der CDU in dem Umfange mit Sicherheit nicht eintreiben kann, weil dann die Spende nicht als abzugsfähig anerkannt werden kann«, begründete

Generalsekretär Heck etwa noch 1969 diesen umstrittenen Sonderstatus im Bundesvorstand.<sup>249</sup> Ähnlich wie beim ›Wirtschaftsbild‹ zielte die Gründung des Wirtschaftsrates darauf ab, das Finanzamt über eine möglichst parteinahe Schaltstelle zu umgehen, die nicht den dubiosen Geruch der Fördergesellschaften hatte.

Die Wirtschaft setzte jedoch weiterhin stärker auf ihre eigenen Spendenvereine. Auch in den Bundesländern blieben die alten Fördergesellschaften aktiv, selbst wenn sie sich teilweise neue Namen zulegten.<sup>250</sup> Damit blieb auch nach dem Karlsruher Urteil von 1958 der Gesamtspendenfluss an die CDU auf einem hohen Niveau. Die häufig in die Forschung übernommene These, dass nach Karlsruhe die Spenden soweit sanken und deshalb zunehmend hohe Staatsmittel beantragt werden mussten, bestätigen die CDU-Schatzmeister-Angaben nicht.<sup>251</sup>

**Tab. 21: Wahlkampfausgaben und Spendeneinnahmen 1957–1965 der gesamten CDU in Millionen Deutsche Mark<sup>252</sup>**

Jahr	Wahlkampfausgaben	Spenden
1957	18,5	18,2
1961	25	23,7
1965	33,5	20,5

Wie in vielen Bereichen markierte das Jahr 1967 auch im Finanzwesen eine Zäsur. Sie korrespondierte mit Adenauers Tod, hing aber nur indirekt von ihm ab. Erneut gab das Bundesverfassungsgericht den entscheidenden Anstoß. Am 19. Juli 1966 untersagten die Karlsruher Richter, weiterhin Haushaltsmittel für die gesamte Tätigkeit der Parteien zu verwenden. Gleichzeitig wiesen sie allerdings daraufhin, dass eine angemessene Kostenerstattung für die Wahlkämpfe der Parteien zulässig sei.<sup>253</sup> Das Urteil führte zu einer vorläufigen Aussetzung der Staatsgelder. Da sich die CDU auf die komfortable öffentliche Finanzierung eingestellt hatte, stürzte sie 1966 in ihre bislang schwerste Finanzkrise. Verstärkt wurde diese Krise dadurch, dass sich die Spender nicht nur wegen des Urteils, sondern auch wegen der dann gebildeten Großen Koalition schlagartig zurückhielten. Selbst im Vorjahr zugesicherte Zahlungen wurden nun nicht mehr geleistet und neue Versprechen kaum umgesetzt.<sup>254</sup> Die CDU musste nun den Jahresetat ihrer Bundespartei von dreizehn Millionen auf fünf Millionen Mark verringern. Alle Zuschüsse an die Landesverbände wurden eingestellt, diese stoppten wiederum ihre Zuwendungen an die Bundespartei. Ebenso erhielten die Sozialausschüsse, die Junge Union und der Landesverband Oder-Neiße bis Ende 1967 kein Geld mehr. Die restlichen Gruppen, wie die Frauenvereinigung, beka-

men nur noch kleine Beträge. Das frisch geschaffene Versorgungswerk der Union konnte seine Prämien nicht mehr auszahlen. Und selbst die Mitgliederzeitung ›Deutsches Monatsblatt‹ und der Informationsdienst der Union (UiD) mussten bis Oktober 1967 ausgesetzt werden.<sup>255</sup>

Dies war die katastrophale innerparteiliche Situation, in der Erhard von Adenauer den Vorsitz übernahm, Erhard vollends scheiterte und schließlich unter Kiesinger der Weg in die Große Koalition beschritten wurde. Eine wirksame Parteiarbeit gegen die Sozialdemokraten war in dieser Lähmung ohnehin nicht denkbar. Unter Adenauer war die großzügige Mittelverteilung eine wichtige Führungsressource gewesen. Nun konnte Adenauer als Ehrenvorsitzender noch kurz vor seinem Tod miterleben, wie sein Finanzsystem implodierte. Die drei Millionen Mark Kredit, die nun zusätzlich zu den zwei Millionen Mark Wahlschulden – mit zum Teil persönlichen Bürgschaften – aufgenommen wurden, konnten kaum helfen. Sie verdüsterten eher die Stimmung. Die Krise gab den Anstoß, endlich die Beiträge der Mandatsträger und der Mitglieder zu erhöhen. Aber auch sie waren eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem führte die Große Koalition dazu, dass die CDU sich nicht mehr ungestört aus den Mitteln des Bundespresseamtes und der Ministerien bedienen konnte. Insbesondere die Mobilwerbungs-GmbH und die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, die mit Staatsmitteln Wahlkämpfe für die CDU geführt hatten, wurden nun untragbar und mussten nach Protesten der Sozialdemokraten aufgelöst werden.<sup>256</sup>

Der CDU blieb nichts anderes übrig, als in Windeseile das Parteiengesetz zu verabschieden und so die staatliche Wahlkampfkostenerstattung dauerhaft zu regeln. Seit 1949 hatte die Union das Parteiengesetz verschleppt, das laut Artikel 21 über die Finanzen Rechenschaft geben sollte. Gescheitert war es immer wieder daran, dass die Christdemokraten einen drastischen Spendenrückgang fürchteten, wenn diese Spenden öffentlich gemacht würden. Der SPD-Forderung, im Parteiengesetz Spender ab 10000 Mark offen zu legen, hatte Schatzmeister Burgbacher noch im Februar 1965 im Bundesvorstand entgegengehalten: »Wir lehnen das grundsätzlich ab, denn wir wissen, daß das praktisch ein indirektes Unmöglichmachen der Spenden ist.«<sup>257</sup> Die CDU bemühte sich vielmehr um ein Parteiengesetz, das wie vor 1958 Spenden wieder steuerabzugsfähig machte, dafür aber das Parteivermögen offenlegte, was bei den Sozialdemokraten wiederum höher lag. Das stieß jedoch bei der SPD zunächst auf taube Ohren.<sup>258</sup> Nun erleichterte nicht zuletzt die Große Koalition eine schnelle Einigung. Erst ab 200000 DM sollten juristische Personen genannt werden, natürliche ab 20000 Mark; das Bundesverfassungsgericht sollte wiederum die Summe für juristische Personen im Jahr darauf

auf 20000 DM korrigieren.<sup>259</sup> Als Belohnung für diese Offenlegung setzten die Parteien nun Staatszuschüsse für sich fest, die weit über den bisherigen Rahmen hinausgingen. Neben den nun veranschlagten 2,50 Mark pro Wahlberechtigten trat die CDU dafür ein, die Mittel für die Bildungsarbeit und für die Fraktionen zu erhöhen. Der Bundesfinanzsausschuss der CDU legte den Landesverbänden nahe, in den Bundesländern ähnlich zu verfahren.<sup>260</sup>

Sowohl das Parteiengesetz als auch Adenauers Rückzug aus der Politik führten zu einer neuartigen Transparenz in der CDU. Helmut Kohl hob am 4. Dezember 1967 im Bundesvorstand hervor: »Es ist das erste Mal, daß uns ein Etat vorgelegt wird. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen.«<sup>261</sup> Bundesgeschäftsführer Kraske rechtfertigte dies damit, er und der Bundesschatzmeister hätten »in früheren Jahren häufiger einen Anlauf gemacht, den Vorstand mit den Etatproblemen der Partei zu befassen. Das ist in früheren Jahren immer am Veto des Parteivorsitzenden gescheitert.«<sup>262</sup> Durch die Rechenschaftsberichte erfuhr nun nicht nur die weitere Parteiführung, sondern auch die Öffentlichkeit, welche Finanzmittel der CDU in etwa zur Verfügung standen und wie sie sich ungefähr zusammensetzten. Damit wurden dem Parteivorsitzenden und dem Schatzmeister wesentliche Machtrefugien entzogen und der innerparteilichen Mitsprache überantwortet.

Der frisch gewählte Schatzmeister Kurt Schmücker trug ebenfalls zu dieser neuen Transparenz bei. Im Bundesvorstand berichtete er mit einer bislang unbekanntenen Offenheit, wie sich das Finanzwesen der CDU strukturierte. Nach wie vor würden die großen Firmen wie Bosch oder Daimler über die Staatsbürgerliche Vereinigung für die Bundes-CDU zahlen.<sup>263</sup> Hier bestände die alte Liste mit 114 Firmen, deren Spenden direkt von der Industrie akquiriert würden. Zudem bearbeite man »eine weitere Gruppe finanzkräftiger Unternehmen, etwa 500, grundsätzlich durch den Schatzmeister und die Landesverbände gemeinsam. [...] Für die Zahlung dieser Firmen werden zum Teil wirtschaftliche Gegenleistungen erbracht werden müssen.« Damit spielte er auf den Verkauf des ›Wirtschaftsbildes‹ an, über den auch nach dem Parteiengesetz Steuern umgangen wurden.<sup>264</sup> Weitere 13500 Firmen würden direkt nur von dem Landesverband angesprochen.

Schmückers Bericht machte der weiteren Parteiführung deutlich, dass auch unter der neuen CDU-Generation das alte Spendensystem weiter in seinen eingespielten Bahnen lief. Jedoch wurde es nicht mehr allein von einem übermächtigen Kanzler verwaltet, sondern von einer breiteren Führungsgruppe aus der Parteispitze. Zumindest mit dem Spendenfluss waren die Christdemokraten auch nach der Wahlniederlage von 1969

zufrieden. Die Wirtschaft sagte laut Schmücker immerhin 22 Millionen Mark an Wahlmitteln zu: »Das ist ein sehr, sehr erheblicher Betrag. [...] Aber die Bereitschaft, uns zu helfen, ist nicht gering, die ist sehr groß.«<sup>265</sup>

Die Bereitschaft, die Namen der Spender von über 20000 Mark tatsächlich offenzulegen, hielt sich dagegen auch bei den jungen Reformern in deutlichen Grenzen. Einerseits wurden höhere Beträge offensichtlich in kleinere Summen aufgeschlüsselt, um die Namensnennung zu umgehen. Bundesschatzmeister Schmücker forderte hierzu ausdrücklich auf.<sup>266</sup> Die ersten Rechenschaftsberichte der Landesverbände wiesen dementsprechend fast überhaupt keine Großspender auf. Blickt man etwa auf den rheinland-pfälzischen Landesverband von Helmut Kohl, so zeigt der von Hans Terlinden verfasste Rechenschaftsbericht von 1969 ein hohes Parteivermögen (von 1,48 Millionen Mark) und hohe Spendensummen (1,2 Millionen). Laut Bericht bestand diese Summe jedoch zu vierzig Prozent aus absetzbaren Kleinspenden von sechshundert Mark, der Rest überschritt angeblich nie die 20000-DM Grenze.<sup>267</sup> In den folgenden Jahren gaben andere Landesverbände in ihren Rechenschaftsberichten schlichtweg die Fördergesellschaften als Spender an, um die Spenden zu anonymisieren. Von Hannover wurde so etwa 1971 die Staatsbürgerliche Vereinigung in Niedersachsen e.V. mit 425000 Mark verzeichnet, von Hessen die Gesellschaft zur Förderung des europäischen Marktes e.V. Montabaur mit 185000 Mark.<sup>268</sup> In Schleswig-Holstein zeichnete die Staatspolitische Vereinigung Schleswig-Holstein e.V. nicht nur als Großspender, sondern wurde sogar als »verfügungsberechtigt und zugleich verantwortlich für die ordentliche Verwaltung und ordnungsmäßige Buchung« genannt.<sup>269</sup>

Die zahlreichen Belege machten deutlich, dass sich der Wandel der Adenauer-CDU auch im Finanzwesen nur äußerst langsam vollzog. Obwohl sich die Rahmenbedingungen änderten und die Parteiführung wechselte, hielt die Union am überlieferten Spendenwesen fest. Sie überschritt ungeachtet der Staatsgelder und der zunehmenden Abgeordneten- und Mitgliederbeiträge juristische Grenzen, um wie bislang möglichst hohe Wahlkampfgelder zu sammeln. Angesichts der gewandelten, zunehmend kritischen Öffentlichkeit stieg das Risiko. Vorerst konnte es jedoch durch loyale Finanzbehörden in den CDU-Ländern aufgefangen werden. Trotz dieser Relikte war jedoch auch das Finanzwesen der Union nach Adenauers Abschied aus der Politik ein anderes als zuvor. Seit 1967 demokratisierte die CDU nicht nur die Verwaltung ihrer Finanzen und machte sie transparenter, sie stellte sie auch durch die Mitglieder- und Politiker-Beiträge auf eine breitere Grundlage. Wie beim Umbau der Führungsstruktur vollzog sie damit eine organisatorische Annäherung

an die SPD. Gleichzeitig bestand aber noch 1970 ein geheimes Konto »Christlich Demokratische Union (1. Vorsitzender)« beim Kölner Bankhaus Oppenheim, für das allein Kiesinger und Globke (!) verfügungsbe-rechtigt waren<sup>270</sup>.

#### 4. Annäherung an die Brandt-SPD

Die CDU der fünfziger Jahre lebte vom Antisozialismus und der koalitions-politischen Abgrenzung von der SPD. Die offensiv geschürte Furcht, eine SPD-Regierung könnte zur sozialistischen Einheitsgesellschaft führen, einte gerade vor den Wahlen ihre unterschiedlichen Flügel. Nicht nur Adenauers scharfer Polarisierungskurs verfestigte dieses Denken. Auch die Sozialdemokraten selbst standen noch so stark in ihrer Weimarer Tradition, dass die Abgrenzung leicht fiel. Seit 1958 trat den Christdemokraten jedoch eine sich wandelnde SPD gegenüber, die unübersehbar den Weg zur Volkspartei beschritt. Ihre Programmatik, Symbolik und politische Praxis öffneten sich deutlich gegenüber den mittelständischen oder kirchennahen Unionswählern.<sup>271</sup> Gleichzeitig schwand in der Bevölkerung die Angst vor dem Sozialismus. An die Zweiteilung der Welt begann man sich zunehmend zu gewöhnen, während unter Kennedy schließlich die ersten Anzeichen einer Entspannungspolitik einsetzten.

Der Wandel der SPD und das Nachlassen des Antikommunismus bedrohten damit eines der Grundaxiome, auf dem die erfolgreiche politische Sammlung der Christdemokraten aufgebaut hatte. Wie reagierte die CDU hierauf? Adenauer hielt zunächst an seinem alten Polarisierungskurs fest. Nicht nur öffentlich, sondern auch innerhalb der CDU-Führung bemühte er sich, die Veränderungen der Sozialdemokratie herunterzuspielen. Die Reformzeichen in der Sozialdemokratie, etwa den Stuttgarter Parteitag von 1958, bewertete er im Bundesvorstand als »Abstieg der SPD zum Radikalismus«.<sup>272</sup> Auch ein Jahr nach dem Godesberger Parteitag mahnte Adenauer im Bundesparteiausschuss: »Ich bin fest davon überzeugt, wenn die Sozialdemokraten führend in die Regierung kommen, dann ist Deutschland verloren. (lebhafter Beifall). Und das muß man den Leuten beibringen (Zustimmung). Darauf werden sie reagieren. Und in der Propaganda – etwas Erfahrung darin habe ich nun allmählich auch bekommen – kann man nicht hart und scharf genug sein. Das behalten die Leute; das macht auf sie Eindruck.«<sup>273</sup> Dem in Kaiserreich und Weimar sozialisierten Adenauer war diese Mobilisierungstechnik in Fleisch und Blut übergegangen. Noch bei einer seiner letzten Reden, die er im Sommer 1963 als Kanzler in einem Parteigremium hielt, schien

sein Urteil unnachgiebig: »Das sind Marxisten reinsten Wassers. Das sind sie auch geblieben.«<sup>274</sup> Adenauers Hauptargument blieb dabei, dass sich nur einzelne Sozialdemokraten geändert hätten, nicht aber die Basis und die wirkliche Führungsgruppe.<sup>275</sup> Über die Propaganda hinaus fürchtete er aber anscheinend tatsächlich, eine SPD-Regierung könnte die Bundesrepublik der Sowjetunion ausliefern. Selbst streng geheime Gesprächsaufzeichnungen von 1963 verdeutlichen seine Angst, »daß unter einer sozialdemokratischen Herrschaft die Gefahr bestehe, nach und nach dem sowjetrussischen Druck zu erliegen.«<sup>276</sup>

Dementsprechend setzte die CDU im Wahlkampf 1961 erneut auf die Mobilisierungskraft des Antisozialismus. Ihre interne Wahlkampfstrategie sah als Hauptpunkt vor: »Die SPD muß »enttarnt«, als unglaubwürdig, unzuverlässig und unsicher ungenießbar gemacht werden.« Der erste Punkt der Werbekonzeption richtete sich darauf, das vorteilhafte Klima des Kalten Krieges zu schüren: »1.) Die nach wie vor große Bedrohung unserer Existenz durch den Bolschewismus muß den infolge der hohen Konjunktur sich davon gerne abwendenden Bundesbürger durch eine eindrucksvolle, die Bedrohung wieder wachrufende Plakatierung bewußt gemacht werden.«<sup>277</sup> Die Wahlentschließung des CDU-Bundesvorstandes, die darauf hinwies, dass Moskau auf eine Niederlage der Union hoffe, korrespondierte schließlich damit.<sup>278</sup>

Weniger die Reform der Gesamt-SPD als zwei Teilbereiche alarmierten die Christdemokraten: Zum einen deren Spitzenkandidat Willy Brandt, zum anderen ihre Annäherung an die Kirchen. Bei der Identitätsbildung der Union waren Adenauers Beliebtheit und die Kirchenbindung zwei wesentliche, positiv benennbare Faktoren gewesen. Beides stellte die SPD nun erfolgreich in Frage. Über Ollenhauers Spitzenkandidatur hatten die Christdemokraten nie große Worte verloren, da er nicht mit Adenauer konkurrieren konnte. Brandt erhielt dagegen nach Allensbach-Umfragen bereits im Frühjahr 1960 eine größere Zustimmung als Adenauer und Erhard. Insbesondere Brandts Fernsehauftritte nach dem Mauerbau, dazu noch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Johnson, sorgten in der CDU für Aufregung.<sup>279</sup> Während bislang Adenauer dank gezielter Staatsbesuche im Wahlkampf die mediale Höhe besaß, verkehrte sich nun die bisherige Konstellation. Dank Brandts jugendlichem Kennedy-Image konnten nun erstmals die Sozialdemokraten von der assoziativen Nähe zum Weißen Haus profitieren. Dementsprechend scharf gingen viele Christdemokraten gegen Brandt vor. Adenauer mahnte bereits im Juli 1960 den Bundesvorstand, dass man Brandts Vergangenheit als »norwegischer Soldat« verbreiten müsse, der womöglich gegen deutsche Soldaten gekämpft hatte und als Besatzer

nach Deutschland kam.<sup>280</sup> Persönliche Kampagnen gegen Brandts Exilzeit und uneheliche Geburt folgten. Durch Redneranweisungen und die Broschüre »Wer ist Willy Brandt?« wurden sie von der Bundesgeschäftsstelle gezielt lanciert.<sup>281</sup> Adenauers berühmte »Brandt alias Frahm«-Reden nach dem Mauerbau im August 1961 bildeten hierbei nur einen öffentlichen Höhepunkt.

Mit noch größerer Besorgnis registrierten die Christdemokraten aber den kirchenpolitischen Wandel der Sozialdemokraten. Im Unterschied zu den restlichen SPD-Reformen nannte Adenauer Anfang 1958 die ersten Aussprachen zwischen Sozialdemokraten und Kirchenvertretern »eine sehr große Gefahr für unsere Partei«, die an die Wurzel gehe.<sup>282</sup> Auch beim Godesberger Programm werteten die Christdemokraten diesen Bereich als entscheidend.<sup>283</sup> Die Strategie weiter Teile der Unionsführung war nun, stets darauf hinzuweisen, dass die SPD sich nur taktisch an die Kirche anlehne, die Kirche für eine »parteilpolitische Falle« missbrauche und weiterhin »antichristlich« eingestellt sei. Dabei bemühten sich die Christdemokraten, die Geistlichen von Kontakten zur SPD abzuhalten, oder legten den Würdenträgern nahe, Inserate der SPD in Kirchenzeitungen abzulehnen.<sup>284</sup> Auch in den Landesvorständen hielt man sich nun Vorträge über das Thema »Welche Möglichkeiten bestehen, die angeblich kirchenfreundliche Haltung der SPD durch geeignete Anträge der CDU als Taktik zu entlarven.«<sup>285</sup>

Die Christdemokraten versuchten, mit der eingespielten Rhetorik die alte Frontstellung künstlich aufrecht zu halten. Um wie bislang auch die Wähler der Mitte zu gewinnen, konnte diese Taktik nicht ausreichen. Angesichts der neuen Konstellation war sie leicht durchschaubar. Die Wähler reagierten zwar zögerlich, aber doch erkennbar auf die gewandelte Sozialdemokratie. 1961 konnte die CDU-Führung erstmals einen gewissen Wähleraustausch zwischen den beiden großen Parteien registrieren.<sup>286</sup> Bei der folgenden Bundestagswahl war dieser Trend bereits deutlicher zu erkennen. Die SPD legte nicht so sehr bei den Jungwählern unter dreißig Jahren zu, sondern besonders bei der zwischen 1922 und 1935 geborenen HJ-Generation, die offensichtlich durch ihre NS-Sozialisation etwas bindungsloser war.<sup>287</sup> Überdurchschnittlich hohe Gewinne verzeichneten die Sozialdemokraten nun auch bei den Frauen. Nicht nur, weil diese unter Adenauer sträflich vernachlässigt worden waren, sondern weil ihr Wahlverhalten – wie dargestellt – besonders von der Kirchenbindung abhing, die nun erodierte.

Aber auch innerhalb der Union mehrten sich die Stimmen, von Adenauers Polarisierungskurs abzukehren. Auf dem Bundesparteitag 1961 erhielt Adenauer noch brausenden Beifall, als er sich gegen eine Zu-

sammenarbeit mit der SPD aussprach.<sup>288</sup> Einige gewichtige Köpfe in der Union, wie Eugen Gerstenmaier und Heinrich Krone, liebäugelten dagegen schon seit geraumer Zeit mit einer Annäherung an die Sozialdemokraten.<sup>289</sup> Gerade die kirchenpolitisch oder gesamtdeutsch engagierten Christdemokraten, die weniger parteitaktisch als weltanschaulich dachten, bewerteten die Rechristianisierung der SPD eher positiv. Ebenso sprachen sich verschiedene Christdemokraten dagegen aus, Brandt persönlich anzugreifen, da dies letztlich auf die CDU zurückfallen werde. Angesichts des äußerst negativen öffentlichen Echos auf Adenauers »Brandt alias Frahm«-Reden geriet der Kanzler auch innerhalb der Parteiführung unter Rechtfertigungszwang.<sup>290</sup> Krone versuchte nun zusammen mit Globke, Adenauer nahezulegen, »er solle aufhören, mit dem Holzhammer in den Wahlversammlungen dreinzuschlagen.«<sup>291</sup> Als Adenauer vor der Bundestagswahl 1965 abermals anregte, Brandts Vergangenheit herauszustellen, stieß dies auf noch größere Ablehnung. Insbesondere jüngere Politiker wie Dufhues und Kohl warnten vor »Tiefschlägen«, die gerade in akademischen Kreisen wenig Zustimmung fänden.<sup>292</sup> Das von Adenauer kultivierte überspitzte Polarisieren im Weimarer Stil schien bei den nachrückenden Bundespolitikern nun nicht mehr zeitgemäß. Damit verlor ein wichtiges Erfolgsrezept der Adenauer-CDU an Bedeutung.

Ebenso kam es in der Koalitionspolitik zu einem sehr langsamen, aber erkennbaren Abschied von der Adenauer-CDU. 1961 konnte Adenauer die Liberalen noch mit der alten Einbindungstechnik der fünfziger Jahre gewinnen. Erstens wurde das Kabinett trotz massiver Medienproteste auf zwanzig Minister aufgebläht.<sup>293</sup> Dadurch wurden nicht nur der FDP in gewohnter Großzügigkeit vier Ressorts überlassen, sondern in der eigenen Partei alle Gruppen versorgt. Zweitens ließen sich die Liberalen wieder mit finanziellen Zugeständnissen ködern. Nicht nur der erwähnte Sockelbetrag aus den Staatsgeldern, sondern auch die Spendenvermittler wurden hierfür mobilisiert. Neben Fritz Berg und Gustav Stein von der Staatsbürgerlichen Vereinigung erwies sich der mittlerweile 81-jährige Robert Pferdenges ein letztes Mal vor seinem Tod als wichtiger Unterhändler.<sup>294</sup> Und drittens gab sich Adenauer in den Koalitionsgesprächen so konziliant, dass er selbst seinen Rücktritt nach der halben Legislaturperiode zähneknirschend zugestand – vermutlich weiterhin in der Hoffnung, später eine andere Lösung zu finden.<sup>295</sup> Noch funktionierte das alte Koalitionssystem Adenauers, wenn auch so mühselig wie nie zuvor.

Seit 1961 setzte jedoch auch hier ein Wandel ein, den wiederum Adenauer selbst mit beeinflusste. Um die Liberalen unter Druck zu set-

zen, führte Adenauer bereits 1961 erstmals Gespräche mit den bislang geschmähten Sozialdemokraten. Sie hatten vor allem das Ziel, seine eigene Kanzlerschaft gegen den liberalen Wahlspruch »Mit der CDU/CSU ohne Adenauer« durchzusetzen. Immerhin hielt Adenauer nach dem Treffen in einer persönlichen Aktennotiz den bislang unerhörten Gedanken fest: »Bei der jetzigen außenpolitischen Situation sei zu erwägen, ob nicht der Gedanke der SPD eines Drei- oder Vier-Parteien-Kabinetts eine ernsthafte Prüfung verdiene.«<sup>296</sup> Als die Liberalen ein Jahr später im Zuge der »Spiegel«-Affäre die Regierung verließen, machte sich Adenauer kurzzeitig sogar ernsthaft für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten stark, wiederum, um seine eigene Regierungszeit zu verlängern. Unter Verweis auf die außenpolitische Haltung der FDP führte er im Bundesvorstand an, man sei »zu echten Verhandlungen mit der SPD verpflichtet.[...] Wenn diese echten Verhandlungen mit der SPD Erfolg haben, dann wird unser Ansehen in der Welt ganz außerordentlich gesteigert werden.«<sup>297</sup> Tatsächlich kam es tagsdrauf zu einem Austausch mit der SPD, wo von einer »Ehe auf Zeit« gesprochen wurde. In den Gesprächen und den daraufhin erstellten »Arbeitsrichtlinien« für eine Regierung mit der SPD bildete die Einführung des Mehrheitswahlrechts, mit dem man die Liberalen marginalisieren wollte, einen zentralen Punkt.<sup>298</sup> Nachdem die SPD-Fraktion beschloss, keine Koalition unter Adenauers Führung einzugehen, erklärte Adenauer freilich die Verhandlungen für erledigt.<sup>299</sup> Bereits bei der nächsten Vorstandssitzung sollte er wie gewohnt behaupten, dass die CDU »niemals« eine Große Koalition bilden dürfe.<sup>300</sup> 1965/66 sollte Adenauer jedoch wiederum die Bildung einer Großen Koalition andeuten, um seinen Nachfolger Erhard und dessen Außenminister Schröder zu stürzen.<sup>301</sup> Auf Erhards drängende Ermahnungen, sich vor der Wahl nicht mit Brandt zu treffen, antwortete Adenauer nur, er habe Ollenhauer auch immer empfangen; »Ich sehe daher keinen Grund, warum ich Herrn Brandt nicht empfangen soll.«<sup>302</sup> Auf diese Weise trug Adenauer dazu bei, seinen eigenen, bisher dogmatisch verteidigten Polarisierungskurs zu demontieren, der ein Grundaxiom des bisherigen Erfolges darstellte. Seine persönliche Eitelkeit und sein Unwillen, anderen seine Machtstellung zu überantworten, waren auch hier das Hauptmovens.

Die koalitionspolitische Abkehr von der Adenauer-CDU wurde unter seinem Nachfolgekanzler Ludwig Erhard fortgesetzt. Ludwig Erhard war zweifelsohne kein Freund der Großen Koalition und voller Unverständnis für sozialdemokratische Positionen. Vergleichbar scharfe Tiraden gegen die Sozialdemokraten, wie man es unter Adenauer gewohnt war, kamen ihm aber nicht über die Lippen. Das entspannte das Klima

zwischen den beiden Parteien, erschwerte aber den Zusammenhalt in der CDU. Erhards liberaler Kurs rief zugleich die Anhänger einer Großen Koalition auf den Plan. Gerade die Arbeitnehmervertreter hofften sich dadurch einen sozialen Richtungswechsel. Zudem wussten aber auch andere innerparteiliche Gegner von Erhard, dass man mit der Großen Koalition einen Kanzlerwechsel einleiten könne.<sup>303</sup> Erhards Führungsschwäche erschwerte zusätzlich eine vergleichbar klare Linie wie unter Adenauer.<sup>304</sup> Ebenso vermochte er im Unterschied zu Adenauer nicht, die Koalitionspolitik der Landesverbände zu kontrollieren. 1965 konnte er nicht verhindern, dass die Christdemokraten in Niedersachsen 1965 eine Große Koalition bildeten – und dass, obwohl mit den Liberalen eine knappe bürgerliche Mehrheit bestanden hätte. Für die Bundesebene sollte diese Koalitionsbildung eine präjudizierende Kraft aufweisen. Schließlich versagte Erhard im Vergleich zu Adenauer auch bei der Integration des liberalen Koalitionspartners. Seine Regierung platzte im Oktober 1966 letztlich an einer Steuerfrage, die die Liberalen ohne Gesichtverlust nicht hätten überstehen können.<sup>305</sup> Während Adenauer den kleinen Partnern großzügig symbolische Zugeständnisse gewährt hatte, um die eigene Macht zu wahren, zeigte sich Erhard in einer Schlüsselfrage knauserig, ohne sich gegen mögliche Konsequenzen abzusichern. Die Große Koalition vom Dezember 1966 war letztlich das Ergebnis von Erhards Führungsschwäche. Denn Erhard konnte im Unterschied zu Adenauer eben nicht die unterschiedlichen Parteisegmente koordinieren, die seit der Gründung bestanden. Und wie in den anderen Bereichen fand auch Adenauers Blockbildung rechts von der SPD mit seinem Abschied aus der Politik ein Ende.

Bei der Bildung der Großen Koalition waren sich die Christdemokraten bewusst, dass diese den Aufstieg rechter Kleinparteien fördern würde. Nun sollte die Einführung des Mehrheitswahlrechts Adenauers alten Sammlungskurs ersetzen und verhindern, dass durch die Große Koalition neue Rechtsparteien oder die Liberalen erstarkten. Aus Angst vor der NPD und »Verlusten an den Rändern« machte das CDU-Präsidium dies zu einem festen Konnex für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten.<sup>306</sup> Allerdings war das Mehrheitswahlrecht auch in den sechziger Jahren innerhalb der Union zu umstritten, um wirklich eine schnelle Umsetzung zu finden. Besonders die protestantischen Politiker befürchteten, dann keine Abgeordneten mehr einbringen zu können. Ähnlich argumentierten die Frauen, die Vertriebenen und die Christdemokraten aus SPD-regierten Ländern wie Hessen.<sup>307</sup> Andere, wie Helmut Kohl, hatten strategische Bedenken. Er warnte davor, dass so nicht nur eine Partei per Wahlrechtsänderung abgeschafft würde, sondern

man durch dieses Damoklesschwert die Liberalen von den Ländern aus in die Arme der SPD triebe.<sup>308</sup> Doch obwohl diese Gefahr mehrfach im Bundesvorstand erkannt wurde, handelte Kiesinger im Vorfeld der Wahl 1969 nicht.<sup>309</sup> Die konfrontative politische Sammlung per Wahlrecht hatte damit genau das Gegenteil erreicht: Sie spielte den gewandelten Sozialdemokraten einen neuen Partner zu. Adenauer hatte dagegen gerade deshalb auf das bequeme Mehrheitswahlrecht verzichtet, weil er diese innerparteilichen und koalitionspolitischen Auswirkungen ernst nahm.

Bekanntlich war die Große Koalition von ihrer Gesetzgebungstätigkeit her eine besonders effektive Regierung.<sup>310</sup> Sie verhalf vor allem dazu, die aktuelle Wirtschaftsrezession in kürzester Zeit zu meistern, was ihr letztlich eine breite öffentliche Zustimmung eintrug. Unter wahlstrategischen Gesichtspunkten hatte die Abkehr von Adenauers Polarisierungskurs jedoch fatale Folgen für die Sammlungspolitik der Union. Die Sozialdemokraten konnten nun ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen und ihre Politiker profilieren. Insbesondere dank ihres Ministers Karl Schiller wurde ihr nun sogar jene Wirtschaftskompetenz zugeschrieben, die Teile der bürgerlichen Wähler zur Wechselwahl verleiten sollten. Die Liberalen hingegen entwickelten sich durch die fehlenden Unionseinbindung nach links und gingen so als Mehrheitsbeschaffer verloren. Und schließlich erstarkte seit 1966 nun auch noch die NPD, die der Union auf dem rechten Rand Stimmen zu rauben drohte. Parallel zu Adenauers Rückzug und baldigem Tod hatte sich die Parteienkonstellation, die er maßgeblich mit geprägt hatte, damit schlagartig verändert.

## 5. Die Einbindung der NPD-Wähler

Adenauers Sammlungskurs hatte wesentlich dazu beigetragen, dass rechtsextreme Parteien quasi seit 1951 keine nennenswerten Erfolge mehr vorweisen konnten. Nach dem Verbot der in Niedersachsen und Bremen erfolgreichen Sozialistischen Reichspartei konnte deren blutarme Nachfolgerin, die Deutsche Reichspartei, lediglich 1959 in Rheinland-Pfalz knapp die Fünfprozenthürde überspringen. Ansonsten blieb sie bedeutungslos.<sup>311</sup> Die aus der Deutschen Reichspartei hervorgegangene Sammlungspartei NPD reüssierte dagegen 1966/67 innerhalb eines Jahres mit überraschenden Wahlerfolgen. In Hessen, Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz zog sie mit jeweils gut sieben Prozent in die Landtage, in Bremen mit knapp neun, in Baden-Württemberg im Jahr darauf sogar mit fast zehn Prozentpunkten. Die Konstellation für ihren Aufstieg war günstig. Nicht nur die Führungsschwäche der Christdemokraten,

sondern ihre scheinbar verräterische Zusammenarbeit mit den »Marxisten« in der Großen Koalition mobilisierte Protestwähler. Der mobilisierungsstarke Antisozialismus, den einst CDU und FDP benutzten, bekam nun einen neuen Bannerträger. Vor allem die Wirtschaftskrise, aber ebenso die medial transportierten Studentenkrawalle und die zaghaft einsetzende Entspannungspolitik gegenüber dem Osten taten ihr übriges.<sup>312</sup>

Wie reagierten die Christdemokraten auf diese neue und zugleich alte Herausforderung? Während die CDU den sozialdemokratischen Wandel zunächst weitgehend ignoriert hatte, sollte die NPD von Beginn an ein Thema bilden, das ihre Vorstände intensiv und ernsthaft debattierten. Schon lange vor den rechten Wahlerfolgen fertigte die Bundesgeschäftsstelle eine ausführliche Analyse an, die sie im April 1966 der Landesgeschäftsführer-Konferenz vorlegte.<sup>313</sup> Ein Leitfaden zum argumentativen Umgang mit der NPD folgte.<sup>314</sup> Diese verstärkte Aufmerksamkeit ergab sich freilich weniger aus moralischen als aus wahltaktischen Motiven. »Wenn durch die NPD eine ernstzunehmende Rechtsbewegung entstünde, würde dies – neben allen anderen Folgen – die CDU auf einen hoffnungslosen zweiten Platz hinter der SPD verweisen«, warnte etwa Bundesminister Schröder am 22. November 1966 im Präsidium.<sup>315</sup> Tatsächlich befürchteten die Christdemokraten frühzeitig ein starkes Anwachsen der rechtsextremen Partei. Ihre internen Umfragen von Anfang 1966 ergaben, dass rund zehn Prozent der Bevölkerung eine starke NPD begrüßen würden. Vor den Landtagswahlen erwartete man gerade in den evangelischen Landstrichen wesentlich größere Erfolge der Rechtsextremen. In Niedersachsen rechneten die Christdemokraten etwa mit bis zu fünfzehn Prozent, in Schleswig-Holstein nach einer Umfrage des Springer-Konzerns mit achtzehn Prozent, während man die Christdemokraten bei nur 26 Prozent verortete.<sup>316</sup> Die Erinnerung an das Ende der Weimarer Republik war noch frisch genug, um schnelle Wählerumbrüche anzunehmen. Da sich die NPD-Erfolge zunächst wiederum bei jenen mittelständlichen Wählern aus protestantisch-ländlichen Gebieten ankündigten<sup>317</sup>, die die Union nur unter Mühen hatte umschließen können, bedrohte die nationalistische Sammlungspartei wiederum den Kern der interkonfessionellen Union. Vielleicht sogar noch schlimmer: Da der CDU nun die katholischen Arbeitnehmerstimmen nicht mehr sicher waren, hätten größere Verluste in protestantisch-konservativen Kreisen sie noch stärker getroffen.

Dementsprechend richtete die CDU ihre Wahlkämpfe nun im hohen Maße gegen die Rechtsextremen aus.<sup>318</sup> Wie mit den Nationaldemokraten umgegangen werden sollte, war in der Union umstritten. Die wichtigste Grundlinie war jedoch, dass man der neuen Rechten nicht kon-

frontativ, sondern verständnisvoll begegnen sollte. Vor allem Kiesinger machte sich immer wieder für diesen Kurs stark. »Wir müssen also diese Leute nicht als Neonazis behandeln, sondern als Menschen, die aus verständlichen Ärger gegen dieses oder jenes handeln«, führte er etwa im Mai 1968 im Bundesvorstand an, nachdem die NPD gerade in seinem Heimatland Baden-Württemberg reüssiert hatte.<sup>319</sup> Auch vor der Bundestagswahl 1969 betonte er zum Umgang mit den NPD-Wählern: »es sind Leute, die unglücklich darüber sind, daß große Teile dieses Volkes sein nationales Selbstbewußtsein zu verlieren scheinen. Es sind auch solche, die meinen, man könnte mehr tun gegen diese linksradikalen Studenten und so weiter. Gerade wenn man sich in den kleinen Städten umhört, dann kommt man auf diese Leute. Ich will das Wort wiederholen, das einer unserer Freunde im Fraktionsvorstand gesagt hat: Was heißt hier rechts? Rechts von mir gibt's nicht mehr.- (Heiterkeit und Zuruf: Das war jemand aus Niedersachsen.) – ja, ein Niedersachse! Es war ganz lustig. Er gehört auch zur CDU. Wir haben nun mal einen weiten Bogen bei uns.«<sup>320</sup> Führende Christdemokraten sollten einen ähnlichen Kurs wie ihr Parteivorsitzender vertreten. Während der Berliner Christdemokrat Johann Baptist Gradl öffentlich betonte, dass »in der NPD viele ordentliche Leute sind«, ermunterte der CDU-Rednerdienst, nicht »die NPD und ihre Wähler zu verteufeln, sondern zu erkennen, daß hier Protestaktionen gegen Ungenügen und Versäumnisse zu bewältigen sind.«<sup>321</sup> Eingrenzen statt Ausgrenzen hieß die Devise. Da die NPD sich nach außen auf den Boden der Verfassung stellte und die wirtschafts-, militär- und außenpolitischen Grundentscheidungen der Ära Adenauer überwiegend akzeptierte, schien es naheliegend, eine Konfrontation zu umgehen.<sup>322</sup> Vor allem wussten die Christdemokraten, dass sich die Wähler der NPD durchaus von der Partei selbst unterschieden und vornehmlich zu ihrem eigenen bürgerlichen Wählerpotential gehörten. Gerade im Vergleich zu den überzogen harten Reden gegen die Linke machten die verständnisvollen Äußerungen deutlich, dass die CDU weiterhin den rechten Rand als ihr Wählerpotential betrachtete, das es zu umschließen galt. Dagegen widmete sie den Wählern, die sie in der wahlentscheidenden Mitte an die Sozialdemokraten zu verlieren drohte, kaum eine vergleichbare Aufmerksamkeit

Kiesinger und andere führende Politiker plädierten nun vor allem dafür, das nationale Selbstbewusstsein stärker hervorzuheben und die deutsche Vergangenheit positiver herauszustellen.<sup>323</sup> Auch im JU-Deutschlandrat führte der junge Aufsteiger und spätere Bundesminister Walter Wallmann die rechtsextremen Erfolge auf das Verhalten von Generalstaatsanwalt Bauer »sowie das Fehlen nationaler Elemente in dem Pro-

gramm der demokratischen Parteien« zurück, weswegen »man der Jugend helfen müsse, ein neues nationales Selbstverständnis zu finden.«<sup>324</sup> Ebenso traten in verschiedenen Bundesländern nun jüngere Politiker an die Spitze der CDU, die diesen betont national-konservativen Zug verkörperten. In dem bislang eher katholisch-sozial geprägten Landesverband Hessen übernahm 1967 etwa Alfred Dregger den Parteivorsitz, in Niedersachsen ein Jahr später Wilfried Hasselmann, in Baden-Württemberg trat bereits 1966 Hans Filbinger das Ministerpräsidentenamt an. Im Vergleich zu ihren Vorgängern setzten sie stark patriotische Akzente und sorgten trotz der Großen Koalition für einen harten Polarisierungskurs.<sup>325</sup> Zu dieser patriotischen Gegenoffensive gehörte ebenso, dass die NPD in die bewährte antikommunistische Argumentation eingebaut wurde. Kiesinger sprach davon, dass die Russen sie für »Interventionsdrohungen« ausnützten, Gradl und Stücklen von einer Zusammenarbeit zwischen Moskau und den Nationaldemokraten.<sup>326</sup>

Gleichzeitig verzichtete die CDU aber weiterhin bewusst darauf, sich ähnlich wie die CSU explizit als eine konservative Partei zu benennen. Im Vorstand warnte Kiesinger 1969 die Parteiführung: »Die CDU könnte sich nicht als eine konservative Partei bezeichnen. Eine Partei, die das Land Nordrhein-Westfalen umschließt, kann sich nicht einfach das Etikett »konservativ« umhängen. In unserer Partei sind konservative Elemente, aber auch Liberale, natürlich auch soziale. Da paßt kein Etikett. Das ist gefährlich.«<sup>327</sup> Damit hielt die CDU trotz der NPD-Erfolge an ihrem Erfolgsrezept fest, sich als Volkspartei der Mitte zu titulieren. Zudem setzten die Christdemokraten der NPD-Propaganda einige Grenzen. So verteidigten die Argumentationshilfen der Bundesgeschäftsstelle etwa unzweideutig die Aufnahme der Gastarbeiter gegen die NPD-Vorwürfe.<sup>328</sup>

Neben dieser inhaltlichen Auseinandersetzung wurde auf der juristischen Ebene diskutiert, ob man die NPD über ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht ausschalten sollte. Unter Adenauer hatte die CDU über die Karlsruher Richter das Verbot der SRP lanciert und damit eine klare öffentliche Abgrenzung gegen die Rechtsextremen demonstriert. Nun plädierte insbesondere der christdemokratische Innenminister Ernst Benda für einen Verbotsantrag, um den Einzug der NPD in den Bundestag zu verhindern.<sup>329</sup> Dagegen überwogen in der Parteiführung drei Einwände: Erstens, das Material könnte nicht reichen, wodurch die Rechtspartei aufgewertet würde; zweitens schweiße ein Verbot die NPD nur zusammen; und drittens sei das den Wählern nicht zu vermitteln, da diese sich vielmehr von links bedroht sehen würden.<sup>330</sup> Obwohl sich die CDU somit gegen das Verbot aussprach, hielt gerade Kiesinger es taktisch für

klug, zumindest das Gerücht über ein etwaiges Verbot aufrecht zu erhalten. Die Nationaldemokraten sollten auf diese Weise anrühlich erscheinen, damit besonders ihre Mitgliederzahl klein blieb.<sup>331</sup>

Hart umstritten war die Frage, ob man mit den Nationaldemokraten zusammenarbeiten dürfe. Koalitionen auf Landesebene blieben indiskutabel. Unklar war, wie eng man in den Gemeinden zusammengehen dürfe. Insbesondere in Hessen und Niedersachsen bildeten einzelne christdemokratische Ortsvereine wie in den frühen fünfziger Jahren Wählergemeinschaften mit der extremen Rechten.<sup>332</sup> Der niedersächsische Zentralvorstand der CDU betonte vor der Kommunalwahl 1968 in einer vagen Richtlinie, »Absprachen mit der NPD sollen vermieden werden.«<sup>333</sup> Als nach der Wahl die Frage auftrat, wie zu verfahren sei, wenn die Nationaldemokraten das Zünglein an der Waage wären, gab der Landesvorstand jedoch eine äußerst großzügige Weisung aus:

»1. Die Stadtratsfraktion hat freie Wahl 2. Der Landesvorstand deckt das Ergebnis der freien Wahl 3. Die CDU soll nicht zimperlich sein. Das in der Wahlnacht von Franke (SPD) gegebene Versprechen, die jeweils stärkste Partei stellt den Bürgermeister, die andere den Stellvertreter, ist von der SPD auch nicht gehalten worden.«<sup>334</sup>

In der Adenauer-Ära war diese Einbindung ein Erfolgsrezept gewesen, um die kleinen Rechtsparteien mit ihren Wählern zur Union zu führen. Nun standen die Christdemokraten jedoch einer kritischeren Öffentlichkeit gegenüber. Selbst die bürgerliche Presse monierte, dass etwa der Parteitag der niedersächsischen CDU mit keiner Silbe die Listenverbindungen mit der NPD ansprach.<sup>335</sup> Die Junge Union Rheinland ging dagegen sogar so weit, einen Parteiausschluss gegen alle Christdemokraten zu fordern, die mit der NDP zusammen arbeiten.<sup>336</sup>

Noch heikler wurde die Lage, als die niedersächsischen Christdemokraten die NPD-Landtagsabgeordneten zur eigenen Partei hinüberzuziehen versuchten. Am 12. Dezember 1969 trug der Landesvorsitzende Hasselmann im Bundesvorstand den Plan vor, den Regierungswechsel durch die Aufnahme von NPD-Parlamentariern zu erreichen. Proteste folgten, unter anderem von Helmut Kohl.<sup>337</sup> Dennoch erteilte die Führungsspitze der CDU ihre Zustimmung: »Die Aufnahme ehemaliger NPD-Mitglieder, die keine bedenkliche politische Vergangenheit haben, ist von der CDU in Niedersachsen beabsichtigt. Obwohl von anderen Landesverbänden dagegen Bedenken geltend gemacht wurden, weist der Generalsekretär auf die Möglichkeit des politischen Irrtums hin und teilt das Verständnis des Präsidiums für die Aufnahme von *unbedenklichen* früheren NPD-Abgeordneten mit.«<sup>338</sup> Bereits einen Monat vorher hatte der Vorstand der CDU in Niedersachsen beschlossen, drei NPD-Abgeordnete

zu übernehmen. Hier verzeichnete das Beschlussprotokoll vom 25. April 1970: »Der Vorstand beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, dass Hass in der Fraktion bleiben soll, einstimmig, daß den anderen Herren empfohlen wird, ihr Mandat niederzulegen, wenn sichergestellt ist, daß die Aufnahme in die CDU Zug um Zug erfolgt.«<sup>339</sup> Zudem verzeichnete die handschriftliche Version des Protokolls, dass die NPD-Abgeordneten für die Mandatsniederlegung einen finanziellen Ausgleich erhalten sollten.<sup>340</sup> Tatsächlich wechselte der NPD-Abgeordnete Helmut Hass unter den Protesten der Jungen Union direkt zur CDU-Fraktion über, während seine Fraktionsfreunde Jähde und Stuhldreher nach kurzer Pause der Union beitraten. Bezeichnenderweise weigerten sich einzelne Kreisverbände, die NPD-Überläufer bei sich aufzunehmen.<sup>341</sup> Selbst in einem protestantisch-konservativen CDU-Bezirk wie Stade blieb die Haltung zu der Übernahme recht umstritten, da man angesichts der neuen Öffentlichkeit Imageschäden befürchtete.<sup>342</sup> Der spärliche Fraktionszugang verhalf der Union nicht zur Regierung. Vielmehr führte die CDU dadurch den Bruch ihrer Großen Koalition und die Selbstaflösung des Parlamentes bewusst herbei.<sup>343</sup> Dennoch war der Wechsel der NPD-Abgeordneten in ihrem Stammland Niedersachsen ein Signal für ihre Kommunalpolitiker und Wähler, den Schritt zur Union nachzuahmen.<sup>344</sup>

Bei der Integration der NPD-Wähler hatten die Christdemokraten damit gezeigt, dass sie durchaus noch die unter Adenauer gepflegten Sammlungsstrategien beherrschten. Wiederum öffnete die CDU sich programmatisch und personell gegenüber dem neuen Konkurrenten, um dessen Wähler einzubinden, setzte aber gleichzeitig durch die Verbotsandrohung Grenzen. Neben den genannten Strategien verhalf schließlich der seit 1968 einsetzende Wirtschaftsaufschwung dazu, dass die NPD mit 4,3 Prozent 1969 den Einzug in den Bundestag verfehlte. Nachdem die Union nun als Oppositionspartei wieder ihren alten Polarisierungskurs aufnahm, blieb die extreme Rechte für gut zwei Jahrzehnte weitgehend unbedeutend. Gerade der zugespitzte Protest gegen Brandts Ostpolitik sollte für die CDU ein ideales Thema bilden, um wieder unter den alten antisozialistischen Vorzeichen als Sammlungspartei rechts von der SPD zu glänzen.

## 6. Die CDU und die Achtundsechziger

Unmittelbar nach Adenauers Tod erlebte die CDU ein doppeltes Achtundsechzig. Zum einen musste sie sich mit einer nach links driftenden und teilweise radikalisierten Studentenschaft auseinandersetzen, die ihre Versammlungen sprengte und ihre Wählerschaft verunsicherte. Zum an-

deren erfuhr ihre Partei selbst 1967/68 einen Demokratisierungsschub, der endgültig den Abschied von der alten Adenauer-CDU einläutete. Die Demonstrationswellen und die Parteireform erfolgten zeitgleich, standen aber in keinem kausalen Verhältnis. Beides waren jedoch Symptome einer langfristigen gesellschaftlichen Liberalisierung und eines Generationswechsels.<sup>345</sup> Insofern erscheint es sinnvoll, zunächst zu fragen, wie die CDU auf den Wandel in der Studentenschaft reagierte, um dann zu analysieren, in welcher Weise dieser gesellschaftliche Umbruch in gemäßigter Form auch die CDU durchzog.

Dass gerade die Studenten einmal gegen die Union protestieren sollten, war in der Ära Adenauer kaum abzusehen. Sie zählten vielmehr ebenso wie die berufstätigen Akademiker zu den sicheren CDU-Anhängern. Laut Umfragen sympathisierten noch 1960 doppelt so viele Studenten mit der Union wie bei ihrer gesamten Alterskohorte. Lediglich dreizehn Prozent der Studenten gaben dagegen an, den Sozialdemokraten nahe zu stehen.<sup>346</sup> Bereits im Zuge der Bundestagswahl 1961 deutete sich jedoch an, dass sich mit dem Ende der Wiederaufbauphase auch der akademische Zeitgeist der Bundesrepublik wandelte. Den Christdemokraten entging dieser Umbruch nicht. Der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone registrierte etwa bei Wahlkampfreden in Hamburg und Aachen »radikal linksorientierte« Studenten und »Intellektuelle mit Backenbärten«. »Hier wachsen Nihilisten heran«, notierte er dazu in sein Tagebuch, »Ich griff hart durch.«<sup>347</sup> In der Parteiführung wurden warnende Stimmen laut. Bundesgeschäftsführer Kraske mahnte in seiner internen Wahlauswertung, die ersten Stimmenverluste bei der kleinen Gruppe der »Bildungsschichten« besonders ernst zu nehmen. Denn als Multiplikatoren und Meinungsführer fielen diese stärker ins Gewicht.<sup>348</sup> Auch sein Vorgänger Heck sah die Gefahr, dass die SPD als die Partei der Intellektuellen erscheinen könne.<sup>349</sup> Und schließlich forderten kluge Köpfe wie Rainer Barzel oder Staatssekretär Alfred Müller-Armack Anfang der sechziger Jahre in umfangreichen Denkschriften, dass nach dem Wirtschaftswunder nun eine geistige Neuorientierung nötig sei.<sup>350</sup>

Doch trotz dieser Mahnungen erwies sich die CDU auf diesem Gebiet als unbeweglich und unflexibel – gerade im Vergleich zur NPD-Debatte. Im Zuge der Spiegel-Affäre erhoben etwa 53 Tübinger und 63 Bonner Professoren ihre Bedenken. Im Unterschied zu den protestierenden Atomwissenschaftlern von 1957 verzichtete Adenauer nun jedoch auf einen entsprechenden Integrationskurs. »Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe zu wenig Zeit, um mich damit zu beschäftigen«, betonte Adenauer ostentativ im Bundesvorstand.<sup>351</sup> Vor allem nahm die Parteiführung die breite Debatte über die »deutsche Bildungskatastrophe« kaum ernst, die

Georg Pichts gleichnamige Artikelreihe in ›Christ und Welt‹ von 1964 (und sein späteres Buch) maßgeblich an die Öffentlichkeit trug.<sup>352</sup> Nachdem die fünfziger Jahre im Zeichen der Außenpolitik und des Wiederaufbaus gestanden hatten, entwickelte sich die Bildungspolitik zu einem neuen innenpolitischen Thema, das insbesondere die jungen Akademiker politisierte.<sup>353</sup> Die Sozialdemokraten und die Liberalen traten nun dafür ein, über eine soziale Öffnung der Gymnasien und Universitäten den internationalen Anschluss Deutschlands zu retten. Die Union verstrickte sich dagegen vornehmlich in Kontroversen um ihre Außen- und Wirtschaftspolitik. Die ersten Studentenproteste vom 1. Juli 1965 beantwortete sie wie gewohnt mit Wahlgeschenken, nicht mit Reformplänen. Schweren Herzens setzte sie die Förderungsgelder für Studenten herauf und versprach in einer Vorstandsentschließung die Anhebung der Forschungsmittel – insbesondere bei der Atom- und Weltraumforschung.<sup>354</sup> Die Junge Union befasste sich seit diesem Jahr intensiver mit dem Thema. Im Wahljahr forderte sie jedoch ebenfalls nur sehr allgemein den Ausbau des bestehenden Bildungssystems.<sup>355</sup> Spätere Reformansätze, die von ihr und dem RCDS in den folgenden Jahren entwickelt wurden, griff ihre Mutterpartei schließlich kaum auf. Lediglich in einzelnen Bundesländern, wie insbesondere unter Kultusminister Richard Langeheine in Niedersachsen, setzten die Christdemokraten zeitgemäßere Akzente.<sup>356</sup> Geradezu anachronistisch wirkte dagegen, dass die CDU noch 1968 bei den kulturpolitischen Abschnitten ihres Berliner Programms vor allem über den Erhalt der Bekenntnisschule debattierte.<sup>357</sup> Wie einst bei der Zentrumspartei verwechselte die CDU weiterhin Kulturpolitik mit konfessioneller Volksschulpolitik. Gerade dies ließ sie als eine konservative, unzeitgemäße Partei erscheinen.

Die CDU versäumte nicht nur die programmatische Absorption der Proteste, sondern auch die personelle Integration der jungen Akademiker. Bis in die fünfziger Jahre waren es vor allem die Bauern gewesen, die durch tatsächliche oder angedrohte Proteste das öffentliche Bild prägen konnten und als wichtige Meinungsführer galten. Dementsprechend hatten die Christdemokraten diese Wählergruppe besonders gepflegt. Dank der beschleunigten Entagrarisierung verminderte sich in den sechziger Jahre jedoch nicht nur die Zahl der Bauern, sondern auch ihr politischer Einfluss vor Ort.<sup>358</sup> Stattdessen führte die Bildungs- und Medienexpansion dazu, dass die akademischen Eliten ein völlig neues Gewicht erhielten. Im Unterschied zu den Landwirten sah die Union nun jedoch davon ab, sich diese neuen Meinungsführer durch ein entsprechendes Entgegenkommen einzuverleiben. Während die schrumpfende Zahl der Landwirte weiterhin eine durch Subventionen gehegte Stamm-

wählergruppe blieb, wanderten mit den Bildungseliten die neuen Gesellschaftsträger verstärkt zur Sozialdemokratie ab.

Einzelne Podiumsgespräche, wie etwa im März 1964 mit Martin Walser, Walter Jens und Arnold Gehlen zum Thema »Geist – Stiefkind der Nation«, konnten nicht über die zunehmende Diskrepanz hinwegtäuschen. Nach außen schreckten die Christdemokraten intellektuelle Köpfe durch einzelne überspitzte Äußerungen weiter ab. Dass Dufhues die Gruppe 47 als »geheime Reichsschrifttumskammer« bezeichnete und Erhard deren Autoren als »Pinscher«, spornte insbesondere die schreibende Zunft an, sich bei der Bundestagswahl 1965 verstärkt für die Sozialdemokraten einzusetzen.<sup>359</sup> Intern gab sich die CDU dagegen im Unterschied zur NPD-Debatte allzu gelassen. Viele Christdemokraten glaubten, mit dem bewährten Antikommunismus auch die Kritik marginalisieren zu können. Gerade weil die politisierten Akademiker sich im Unterschied zur NPD eben nicht in einer Partei formierten, die der CDU Verluste zu beschern drohte, sah man keine Gefahr. Insbesondere Kiesinger verbreitete Optimismus. »Es sind gewisse Radikalinskis unter den Studenten und Politologen, unter den Literaten, Journalisten und so weiter, die niemandem verpflichtet sind. Aber das Volk ist zufrieden und hat noch immer Vertrauen zu uns, daß wir es schaffen werden«, ermutigte er etwa im Februar 1967 den Vorstand.<sup>360</sup>

Als sich nach dem Tod von Benno Ohnesorg im Juni 1967 die Studentenproteste bundesweit ausbreiteten und radikalisierten, verschwand diese interne Ruhe. Im Parteivorstand griffen nun Verschwörungstheorien um sich, die die Hilflosigkeit vieler Christdemokraten zeigten. In den fünfziger Jahren hatte die CDU auf ihren Parteitagen noch regelmäßig Professoren auftreten lassen und sie als weltanschauliche Leitfiguren herausgestellt. Nun gingen die Christdemokraten zu dieser keineswegs radikalisierten Berufsgruppe auf misstrauische Distanz. Kiesinger wusste etwa zu berichten, dass ein Drittel der Professoren nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.<sup>361</sup> Ihr Auftreten bezeichnete er als aggressiv und feige.<sup>362</sup> Selbst Helmut Kohl, der bis 1967 noch viel Verständnis für die Forderungen der Universitäten aufgebracht hatte, klagte nun, dass »die klassischen Repräsentanten des Ordinariats« alle Forderungen der Studenten annähmen.<sup>363</sup> Auch die von der CDU selbst nominierten Professoren wertete der Vorstand als politische Fehlbesetzungen.<sup>364</sup> Überzogen und wirklichkeitsfremd wirkte auch ihre Interpretation der Studentenproteste. Die führenden Berliner Christdemokraten betonten ebenso wie Kiesinger, dass die Anführer der Studenten als Agenten aus der DDR eingeschleust würden.<sup>365</sup> Der Berliner Landesvorsitzende Amrehn bezog diesen Verdacht sogar auf die christdemokrati-

sche Studentenorganisation: »Wir haben im RCDS 120 Mitglieder; davon sind 18 aktiv. Von diesen 18 sind 12 Leute, von denen ich nicht weiß, ob sie uns eingeschleust sind, die Beschlüsse fassen, die Oder-Neiße-Linie und das Pankow-Regime anzuerkennen.«<sup>366</sup> Da viele RCDS-Studenten in einer ebenso schwierigen Lage wie die Professoren waren, hätte auch hier eine verständnisvollere Haltung mehr genützt. Führende Vertreter der Union sollten sich jedoch der Schelte gegen ihren Studentenverband anschließen.

Auch die ohnehin leicht brüchigen Verbindungen zur Kirche wurden durch die überzogene Wahrnehmung weiter gekappt. Besonders die jungen evangelischen Geistlichen gerieten nun bei einigen Christdemokraten unter einen allzu pauschalen Kommunismusverdacht. Der ehemalige Bundesminister Ernst Lemmer drohte bereits 1967 seiner Berliner Kirchenleitung, angesichts des »kommunistischen Pfarrernachwuchses« aus der Kirche auszutreten.<sup>367</sup> Ein Jahr später berichtete er im Bundesvorstand: »In Berlin stehen schätzungsweise 80 Prozent der aktiven Geistlichkeit, insbesondere die gesamte junge Generation, auf dem Kommunisten fördernden Flügel. [...] Die evangelische Bevölkerung, die noch einen Funken von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein hat, wendet sich von dieser Kirche ab und bemüht sich, Freikirchen zu gründen, weil diese Menschen Christen sind und Christen bleiben wollen.«<sup>368</sup> Selbst ein junger Landesvorsitzender wie der Hamburger Dietrich Rollmann richtete nun in einem Anschreiben harte Vorwürfe an das landeskirchliche Jugendamt: »In der Weimarer Republik ist von Kreisen der evangelischen Kirche der damalige Staat aus einer rechten Position so kritisiert worden, daß schließlich von ihm nichts mehr nach blieb. Heute besorgen Kreise in der evangelischen Kirche eine vernichtende Kritik an unserem Staat und seinen Organen aus einer linken Position.«<sup>369</sup> Auch wenn solche überspitzten Reaktionen Einzelfälle blieben: Unter den jungen evangelischen Geistlichen führte diese Ausgrenzung dazu, dass sie vielerorts noch weiter auf Distanz gingen. Das protestantische Kirchenvorfeld, das unter Adenauer mühsam zur Union geführt worden war, wandte sich angesichts solcher Vorwürfe teilweise dauerhaft zur Linken. Gerade der Vergleich zur wohlwollenden Behandlung der NPD-Wähler und -Repräsentanten zeigt, in welche Schiefelage der selbst beanspruchte antitotalitäre Konsens hier geriet.

Die intellektuellen Gespräche innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) konnten dies kaum auffangen. Dennoch erwies sich der akademisch geprägte EAK nun als ein geeignetes Forum, um eine differenziertere Auseinandersetzung über die aktuellen Probleme zu führen. Zu seinen hochkarätig besetzten Diskussionsrunden kamen weiterhin

Professoren, Geistliche oder aber auch führende Vertreter der wissenschaftlichen Assistenten zusammen.<sup>370</sup> Im Jahr 1968 lieferte hier etwa der Historiker Werner Conze eine Analyse der Jugendproteste, die diese eben nicht nur auf die Wohlstandsgesellschaft, sondern auch auf die fehlende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zurückführte.<sup>371</sup>

Auch seitens der Parteiführung blieben symbolische Zugeständnisse nicht aus. In öffentlichen Erklärungen richtete sich der Bundesvorstand vornehmlich gegen die »systematischen Terroraktionen« einer kleinen linksradikalen Gruppe, nicht gegen die Studenten insgesamt.<sup>372</sup> Kiesinger trat öffentlich wesentlich staatsmännischer auf, als viele interne Äußerungen es vermuten ließen. In Interviews gestand er ein zu autoritäres Auftreten seiner Generation ein,<sup>373</sup> und an Rudi Dutschkes »Witwe« schickte er ein Beileidstelegramm, als die Schüsse auf den Studentenführer zunächst tödlich schienen. Im Vorstand sollte er dafür Vorwürfe erhalten.<sup>374</sup> Zudem wurde im Vorstand mehrfach angeregt, in der Öffentlichkeit diskussionsbereiter aufzutreten.

Die Störmanöver der Demonstranten machten dies jedoch zunehmend unmöglich. Die CDU schottete sich daraufhin ab. Die Landesgeschäftsstellen wurden nun geschult, wie sie ihre Wahlversammlungen vor Protesten sichern sollten. In Universitätsorten seien zwei Stunden vorher die Säle zu füllen. Ohnehin wurde empfohlen, nur noch per Eintrittskarte den Zugang gewähren. Bei Diskussionen sollten bereits vor dem Eintreffen des Bundesredners schriftlich formulierte Fragen eingesammelt werden. Ihr Reader »Gestörte Wahlversammlung« erläuterte zudem, wie Ordnungskräfte zu verteilen seien, um Störer fernzuhalten.<sup>375</sup> Führende Christdemokraten wie Kiesinger setzten auf diese physische Gegenpräsenz. »Ich bin davon überzeugt, wenn wir überall eine Gruppe von kräftigen jungen Männern haben, die denen klarmachen, es gibt Saures, dann bleiben sie fern. Die sind nämlich physisch nicht mutig, sondern sie sind nur frech und laut«, ermutigte er noch im Juni 1969 den Vorstand.<sup>376</sup> Die Saalschutzerfahrungen aus der späten Weimarer Republik schwangen bei all diesen Vorschlägen stets mit. Mit diesen Reaktionen konnte die CDU bei einigen Versammlungen die Symptome vielleicht bekämpfen, die Ursachen dagegen nicht.

Auch der Blick auf die Studentenbewegung zeigte damit den Unterschied zum Sammlungskonzept der fünfziger Jahre. Während die CDU damals unzufriedene bürgerliche Leitgruppen durch großzügige Zugeständnisse aktiv integrierte, verhielt sie sich nun zunächst recht ignorant, dann abweisend. Auf diese Weise verspielte sie langfristig die Sympathie vieler neuer Meinungsführer, die sich im Bildungs-, Kirchen- und Me-

dienbereich etablierten. Dennoch war nicht zu übersehen, dass die Radikalisierung der Proteste auch wahltaktische Vorteile bescherte. Zum einen führte sie dazu, dass die alte antisozialistische Polarisierung der Gesellschaft neu entfacht wurde. Die Gewalteskalation führte die sozialistische Bedrohung im eigenen Lande vor. Zahlreiche Presseorgane, die in der Ära Adenauer eher zwischen den Parteien lavierten, schlugen sich nun klar auf die Seite der Union. Zum anderen setzte die politisierte Akademikerschaft in den folgenden Jahren vor allem die Sozialdemokraten unter Druck, da sie der Regierung Brandt Erwartungen entgegenbrachten, die diese kaum erfüllen konnte. Durch ihren massenhaften Eintritt in die SPD sollten sie schließlich die Handlungsfähigkeit der gerade reformierten Sozialdemokraten weiter einschränken.<sup>377</sup>

### 7. Achtundsechzig in der CDU

Die scharfe Kritik von links und die überzogene Reaktion mancher Christdemokraten überdeckten, dass sich 1967/68 auch in der CDU ein Demokratisierungsschub vollzog. Er verlief zeitgleich zu den Studentendemonstrationen, wurde aber durch diese eher behindert denn gefördert. Im Vergleich zur Adenauer-CDU erschien dieser Wandel jedoch so markant, dass man durchaus von einem »Achtundsechzig in der CDU« sprechen kann.

Ähnlich wie in anderen Teilen der Gesellschaft war auch in der Union der Umbruch zunächst das Ergebnis eines Generationswechsels, der sich seit langem ankündigt hatte, aber durch den Nationalsozialismus retardiert worden war. In den fünfziger Jahren saßen in den christdemokratischen Führungsgremien allenfalls Jungpolitiker, die knapp vierzig Jahre alte JU-Vorsitzende waren. Sie waren per Proporz in den Vorstand gerückt und meldeten sich häufig nur zu Wort, um die ausreichende Berücksichtigung der jungen Generation zu fordern. Allein auf den JU-Tagungen wuchs seit Mitte der fünfziger Jahre die Kritik an der Mutterpartei. Mitte der sechziger Jahre schieden parallel zu Adenauer allein altersbedingt zahlreiche CDU-Politiker aus, die seit der Besatzungszeit die Partei anführten. Im Unterschied zu allen anderen Parteien stieg in der christdemokratischen Bundestagsfraktion bereits 1965 der Anteil der neuen Abgeordneten um die Hälfte an.<sup>378</sup> Auch in einigen Landesverbänden gaben jetzt erst Vorsitzende wie Wilhelm Fay, Peter Altmeier oder Otto Fricke ihre Posten ab, die sie seit dem Beginn der Ära Adenauer den Landesvorsitz innegehabt hatten. An die Stelle der Jahrgänge der Jahrhundertwende rückte nun die um 1930 geborene Flakhelfergeneration. Letztere waren eben nicht mehr in Weimar politisch sozialisiert

worden, sondern vor allem in der jungen Demokratie der Bundesrepublik. Nicht zuletzt deshalb traten die Aufsteiger eher für eine transparente, organisierte Parteiführung ein. Gleichzeitig brachten sie aus ihrer HJ-Sozialisation eher ein Gespür dafür auf, wie eine zentral aufgebaute Parteistruktur alte Milieunetzwerke ersetzen könne.<sup>379</sup> Zudem waren die neuen Jungpolitiker nicht nur Akademiker, sondern in höherem Maße auch Politikprofis, die bereits während des Studiums ihre politische Karriere ausgebaut hatten. Sie waren damit zielstrebig und intellektuell geschulter als die Gründergeneration. Rainer Barzel (Jg. 1924) veröffentlichte etwa bereits mit 23 Jahren eine Studie über »Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien«. Nach seiner Referenzzeit bei der neuen Zentrumsparterie stieg Barzel in der nordrhein-westfälischen CDU auf. Mit 38 Jahren wurde er Bundesminister, mit vierzig Jahren sollte er die Fraktionsführung übernehmen.<sup>380</sup> Als Kriegsteilnehmer gehörte er unter den Jungen allerdings noch am ehesten zur alten Gruppe. Mit Gerhard Stoltenberg (Jahrgang 1928) trat 1965 ein Schleswig-Holsteiner ins Kabinett, der einer der ersten Politiker mit einer reinen CDU-Vita sein sollte. Stoltenbergs Werdegang war geradezu idealtypisch für die neue politische Klasse, die seit den späten sechziger Jahren die Partei- und Fraktionsspitze einnehmen sollte. Parallel zu seiner zeitgeschichtlichen Forschungsarbeit (über das schleswig-holsteinische Landvolk) übernahm er den Bundesvorsitz der Jungen Union, der dem noch nicht Dreißigjährigen den Sprung in den Bundestag ermöglichte.<sup>381</sup> Innerhalb der Jungen Union und des RCDS setzte sich die Professionalisierung fort, die bereits mit politisch orientierten Studien begann. Jemand wie der Hamburger RCDS-Vorsitzende Elmar Wiesendahl schrieb seine politikwissenschaftliche Diplomarbeit über seinen JU-Verband, während der wissenschaftliche Assistent Bernhard Vogel die Wahlkampfleitung von 1961 am Beispiel seiner Heidelberger Universitätsstadt beleuchtete.<sup>382</sup> Gerade diese frühe akademische Reflexion über politische Machtstrukturen dürfte zu einem neuen Parteiverständnis geführt haben. Da die Jungpolitiker im Unterschied zu vielen älteren Parteikollegen eben keine Rechtsanwaltskanzleien oder Betriebe nebenbei leiteten, widmeten sie sich ähnlich engagiert der Politik wie bislang nur die Sozialdemokraten. Weil die Politik sie ernährte, mussten sie schlichtweg einiges aufbieten, um ihre Posten zu behalten. Wie bei der Studentenbewegung war es auch bei ihnen eine Mischung aus hoher Bildung, ausreichender Freizeit, materieller Sicherheit und einem starken Sendungsbewusstsein, die ihr Engagement begründete. Die ältere Garde verzichtete dagegen in den sechziger Jahren mitunter auf ihre Parteiposten, weil sie neben den gewachsenen Parteaufgaben nicht mehr ihre eigenen Unternehmen betreiben konnte;

Schatzmeister Bach etwa, weil er nebenbei »drei eigene Betriebe zu leiten habe«, und der geschäftsführende Vorsitzende Dufhues, weil der Vorsitz seine Kanzlei beeinträchtigte.<sup>383</sup>

Unabhängig von seiner späteren Kanzlerschaft fiel unter den Nachwuchspolitikern einer besonders auf: Helmut Kohl, der bekanntlich ebenfalls parallel zu seiner JU-Karriere eine zeitgeschichtliche Dissertation über die Parteienlandschaft verfasste. Selbst wenn Kohls politische Karriere 1969 beendet worden wäre, käme man nicht umhin, sein Auftreten hervorzuheben. Kohls Werdegang verdeutlichte, mit welchem Selbstbewusstsein die junge Generation auch in der CDU ihr neues Politikverständnis artikulierte. Schon 1956, bei seiner ersten Sitzung im CDU-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz, meldete sich der gerade 26-jährige unmittelbar nach Ministerpräsident Altmeier zu Wort und kritisierte nachdrücklich, dass die Vorstände nicht als Führungsorgane ernst genommen werden.<sup>384</sup> Bis 1966 erkämpfte er sich den rheinland-pfälzischen Landesvorsitz gegen heftige Widerstände aus der alten Generation. Der Landesvorsitzende Altmeier weigerte sich nicht nur, nach zwei Jahrzehnten zurückzutreten, sondern lehnte selbst ein Gespräch mit seinem potentiellen Nachfolger Helmut Kohl ab.<sup>385</sup> Auch in der Bundespartei-führung scheute Kohl keine Konfrontationen. Das zeigte sich schon im November 1964, als der mittlerweile 34-jährige erstmals an einer Bundesvorstandssitzung teilnahm. Kohl unterbrach Adenauer bereits während des einleitenden Lageberichtes mit dem Zwischenruf, zur Geschäftsordnung überzugehen und einen Zeitplan aufzustellen. Es sei »ein uraltes CDU-Rezept, durch eine Fülle von Referaten die Zeit so auszudehnen, daß nachher für die Diskussion kein Raum mehr da ist [...] Ich will keine Mohrenwäsche machen, sondern nur das ganz klarstellen, was der Bundesvorstand ist: ein führendes Gremium der Partei, ja das Führungsgremium der Partei.«<sup>386</sup> Adenauer versuchte wie stets, die Kritik mit Humor aufzufangen, Kohl aber konterte scharf. In der anschließenden Aussprache meldete er sich wiederum als erster zu Wort und sprach die Probleme der CDU so direkt an wie kaum jemand zuvor. Kohl verlangte zum einen eine ergebnisbezogene Diskussionskultur. Zum anderen forderte er eine geschlossene, starke Führungsspitze. Adenauer warf er direkt vor: Wenn »jemand eine Schuld hat, dann sind Sie es«, denn »die größten Verdienste um unsere Partei auf der einen Seite rechtfertigen nicht, daß daraus ein irgendwie geartetes, ich will nicht sagen Recht, aber Möglichkeit herauskommen könnte, etwa jetzt in dieser zweiten Phase der deutschen Politik oder auch der CDU/CSU, der Partei Abbruch zu tun.«<sup>387</sup> Erhard dagegen ermunterte er, endlich von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen.

Vermutlich war es die Mischung aus Kriegs- und Demokratieerfahrung, die der HJ-Generation zu dem Selbstbewusstsein verhalf, mit dem sie das alte Anciennitätsdenken aus den fünfziger Jahren sprengte. Die von der Studentenbewegung kultivierte Respektlosigkeit fand hier ihr moderateres Pendant. Von seinem ersten Auftritt an sollte sich Kohl dabei zu einem der wichtigsten innerparteilichen Redner entwickeln. Die offene Diskussionskultur, die er einforderte, praktizierte er zugleich durch sein direktes Nachfragen oder namentliches Benennen von Problemen. Da Kohls Beiträge stets versöhnende Komponenten enthielten, erntete er trotz seiner Kritik breitere Zustimmung. Zudem zeigte Kohl schnell eine Fähigkeit, die schon Adenauers Führungskunst wesentlich gekennzeichnet hatte: Er hatte Humor und verstand es, durch witzige Einwürfe beiläufig Konflikte zu entschärfen, Grenzen zu setzen oder einfach nur die Sympathie auf sich zu lenken. Zweifelsohne sollte Kohl auch andere Eigenschaften, die er nun an den beiden ewigen Regierungschefs Altmeier und Adenauer kritisierte, später als Kanzler nachahmen. Und natürlich waren Kohls Demokratisierungsforderungen in den sechziger Jahren nicht uneigennützig gedacht. Eine Stärkung des Vorstandes und eine größere Transparenz bedeutete für ihn, dass er selbst an den undurchsichtigen Entscheidungen der Parteispitze beteiligt werden konnte. Kohl machte so auf sich aufmerksam und wurde auf diese Weise in das informelle Netz einbezogen, das er kritisierte. Bereits bei seinem ersten Vorstoß hatte Adenauer ihm entgegnet: »Heute nachmittag können wir mal ein Gespräch haben, dann will ich Ihnen sagen, was ich zum Beispiel hier sehr gerne gesagt hätte, aber ich habe es mir verkniffen, weil mir der Kreis zu groß ist und weil es dann zu leicht ungewollte Indiskretionen gibt.«<sup>388</sup>

Der Generationswechsel und die gesellschaftliche Liberalisierung trugen dazu bei, eine neue Gesprächsatmosphäre zu etablieren. Ähnlich wie bei der Studentenbewegung bedurfte es jedoch auch in der CDU kurzfristiger Anlässe, um den Umbau der Partei gerade im Jahr 1967 anzustoßen. Drei unterschiedliche, aber miteinander verbundene Faktoren sorgten dafür. Erstens war Adenauers Tod im April 1967 ein Signal, sich von dem bisherigen Parteiführungsstil abzugrenzen. Bereits einen Monat später kritisierte etwa der neue Vorsitzende Kiesinger im Bundesausschuss, dass Adenauer die Partei nur zu Wahlzeiten benutzt hätte, sie aber ansonsten inexistent geblieben sei.<sup>389</sup> Unverkennbar diente Adenauer dabei zugleich als Sündenbock für viele versäumte Schritte, die nun eingeleitet werden sollten. Zweitens führte die im Dezember 1966 geschlossene Große Koalition dazu, dass die Partei nun nicht mehr vom Kabinett aus geführt werden konnte. Angesichts des nahezu gleich star-

ken Partners mussten die Christdemokraten bereits vor den Kabinettsitzungen ihre innerparteiliche politische Linie unter den Parteiflügeln absichern. Zudem lagen Schlüsselressorts wie das Außen- und Wirtschaftsministerium, aus denen die Christdemokraten bislang ihr Profil entwickelt hatten, nun in der Hand von Sozialdemokraten. Hier mussten nun die Partei und die Fraktion erstmals eigene Gegenakzente setzen. Den entscheidenden Anstoß zum Parteiumbau gab schließlich drittens das Parteiengesetz, das geradezu symbolträchtig kurz nach Adenauers Tod am 24. Juli 1967 endlich verabschiedet wurde. Erst das von den Karlsruher Richtern indirekt angemahnte Gesetz zwang die Christdemokraten, innerhalb von kürzester Zeit ihre Satzungen zu revidieren, Vorstände zu wählen und sich ein Programm zu geben.<sup>390</sup>

Das »Achtundsechzig in der CDU« stellte zunächst die Personalauswahl auf eine demokratischere Basis. Unter Adenauer waren die Vorstände und Führungsstellen fast durchweg über informelle Absprachen, per Proporz und mit Amtsträgern besetzt worden. Nun kam es zu einer neuen Satzung, nach der die Parteitage delegierten über die Vorstände entscheiden durften. Während sich die Parteiführung bislang selbst rekrutierte, musste sie jetzt mit zusätzlichen Nominierungen rechnen. »Wir stehen insofern vor einem völlig neuen Abschnitt der Geschichte (Lebhafte Heiterkeit)« kommentierte Bundesgeschäftsführer Kraske im Vorstand die Einführung der innerparteilichen Wahlen.<sup>391</sup> Welche Schwierigkeiten die Union mit dem neuen Wahlverfahren hatte, zeigte sich auch in den Landesverbänden. In Niedersachsen musste 1968 sogar der gesamte Parteitag wiederholt werden, weil die Parteitageleitung nicht in der Lage war, die Stimmenauszählung satzungsgemäß vorzunehmen.<sup>392</sup> »Der letzte Parteitag krankte daran, daß die durchzuführenden Wahlgänge erstmalig erfolgten, und daß man sich quasi auf unbekanntem Gelände bewegte«, fasste das Vorstandsmitglied Beitzen die peinliche Panne in einem Rundschreiben zusammen.<sup>393</sup>

Die Demokratisierung der Parteitage war der Motor für den Generationswechsel. Junge Aufsteiger nutzten das Forum zur Profilierung oder für Kampfkandidaturen. Die alte Geschlossenheit konnte damit weder auf Bundes- noch auf Landesebene gewahrt werden.<sup>394</sup> Selbst in einem konservativen Landesverband wie Schleswig-Holstein spiegelten die Parteitage das »Achtundsechzig« der CDU. 1969 musste sich etwa Bauernpräsident Detlev Struve, ein CDU-Mitbegründer und tragender Kopf des Landesverbandes, eingangs einen Misstrauensantrag gegen seinen Parteitagsvorsitz gefallen lassen, »da eine demokratische Durchführung der weiteren Wahlgänge nicht gesichert erscheine.«<sup>395</sup> Ministerpräsident Helmut Lemke erhielt dagegen bei seiner Wahl zum Vorsitzenden gera-

de einmal 53 Prozent der Stimmen. Der Historiker Karl Dietrich Erdmann kandidierte sogar dreimal vergeblich für den stellvertretenden Vorsitz. Früher wäre der namhafte Professor geschlossen unterstützt worden – nun unterlag er sogar dem 25-jährigen Uwe Barschel, der noch nicht einmal Mitglied des Landtages war.<sup>396</sup>

Auf diese Weise verschob sich das Machtgefüge in der CDU. Die Parteitage erfuhren eine Aufwertung, die Vereinigungen verloren dagegen an Einfluss, weil ihre Personalvorschläge nun keine direkte Umsetzung mehr fanden. Da das Kooptationsprinzip zurückgedrängt wurde, kamen innerparteilich schwache Gruppen häufig nicht mehr in die Vorstände. Bereits bei der ersten Wahl 1967 fielen die Vorsitzenden der JU und der Sozialausschüsse heraus. Die CDU fand eine weiche Übergangslösung: Als Gäste sollten sie weiterhin im Vorstand erscheinen können.<sup>397</sup> Dennoch zeigte sich auf den Bundes- und Landesparteitagen, dass das Wahlverfahren für Frauen, Protestanten, Arbeitnehmer und Repräsentanten kleiner Regionen von Nachteil war. Um das Gleichgewicht dennoch zu sichern, wurden daher Kandidaten häufig in Einzelwahlgängen gewählt.

Die neuartige Demokratisierung der CDU zeigte sich aber nicht nur auf der personellen, sondern auch auf der programmatischen Ebene. Unter Adenauer hatten die Christdemokraten konsequent auf Parteiprogramme verzichtet. Die Delegierten der Bundesparteitage hatten lediglich 1953 das schmale Hamburger Programm ohne Aussprache absegnen dürfen, das ohnehin eher ein auf Adenauer bezogener Wahlaufwurf war. Die oben genannten Veränderungen führten nun 1968 zu dem Berliner Programm. Das Neuartige hieran war weniger dessen Inhalt, sondern dass ihm eine breite innerparteiliche Debatte voranging.<sup>398</sup> Auf dem im Mitgliederblatt verschickten Entwurf folgten nach Eigenangaben 30000 Stellungnahmen und 400 Änderungsanträge. Damit wurde der Parteibasis erstmals das Gefühl gegeben, am Kurs der Bundespartei mitwirken zu können. Im Juni 1968 bemerkte Generalsekretär Heck noch unsicher: »Ich gebe zu, das ist das erste Mal, daß wir einen Parteitag in der Weise durchführen, daß eine Willensbildung von unten nach oben erfolgen soll. Hier stecken unüberschaubare Probleme drin; aber ich meine, wir sollten diesen Weg gehen.«<sup>399</sup> Tatsächlich war die Parteiführung erstaunt, welches Mitsprachebedürfnis in ihrer Partei steckte. Zudem ließ die Parteitage regie trotz Bedenken erstmals eine Sachdiskussion zu. Bezeichnenderweise debattierten die Delegierten über das ebenso aktuelle wie heikle Thema Mitbestimmung.<sup>400</sup> Dass dieser Parteitag zudem noch in dem von Adenauer gemiedenen Berlin stattfand, das nun Zentrum der Studentenproteste war, rundete das Wagnis dieser Neuorientierung ab.

Schließlich führte der Umbruch der späten sechziger Jahre zu einer organisatorischen Konsolidierung. Unter Adenauer waren die wichtigsten Organe große, lose miteinander verbundene Integrationszentren gewesen. Nun wurden sie im Zuge der Satzungsreform verkleinert, zentralisiert und verfestigt. Die ständig wechselnde Führungsstruktur der CDU, die bislang nach aktuellen Erfordernissen variierte, fand 1967 endlich eine dauerhafte, weitgehend bis heute gültige Form; ein weiterer Hinweis darauf, Adenauers Todesjahr als den eigentlichen Einschnitt in der Parteigeschichte zu sehen. Die Größe der Führungsgremien wurde auf Bundes- und auf Landesebene reduziert, wodurch sie an Diskussionsfähigkeit und Entscheidungskraft gewannen.<sup>401</sup> Auch die Tagungshäufigkeit nahm zu. Das Präsidium kam 1968 fast jede zweite Woche zusammen, 1969 sogar fast wöchentlich.<sup>402</sup> Mit dem Rücktritt der alten, äußerst föderal eingestellten Landespolitiker war es zudem 1967 endlich möglich, in der CDU das als zentralistisch bewertete Amt des Generalsekretärs zu verankern. Nach denkbar langen Diskussionen über seine Kompetenzen wurde ihm das Recht zugestanden, an allen Sitzungen teilzunehmen, sich umfassend zu informieren, die Finanzen zu überwachen und bei Publikationen ein Mitspracherecht zu haben. Damit verankerte die CDU nun endgültig jenes Koordinierungszentrum, das einst Globke informell wahrgenommen hatte.<sup>403</sup> Auch innerhalb der Bundesländer verdichtete sich die Organisation, nachdem die föderalen, im Weimarer Zentrum sozialisierten Christdemokraten ausschieden. In Baden-Württemberg wurde seit Ende der sechziger Jahre der Zusammenschluss der vier bislang getrennten Landesverbände verhandelt und 1972 schließlich erreicht.<sup>404</sup> Und in Niedersachsen gelang aufgrund des Oldenburger Sonderbewusstseins zwar bis heute kein Zusammenschluss der drei Landesverbände, aber immerhin konnte 1968 eine deutliche Stärkung des gemeinsamen Dachverbandes verabschiedet werden.<sup>405</sup>

Die personelle, programmatische und organisatorische Neuorientierung der CDU setzte damit bereits vor ihrer bundespolitischen Oppositionsphase ein. Und ähnlich wie die Studentenbewegung erlebte auch die CDU ihren eigentlichen Umbruch ein Jahr vor der symbolischen Chiffre »1968«. Erst die Oppositionszeit sollte aber dazu verhelfen, diesen Kurs weiter auszubauen. Gleichzeitig war nicht zu übersehen, dass die Reform der CDU weiterhin deutliche Grenzen aufwies. Den Wahlkampf 1969 bestritt sie wie gewohnt als Kanzlerpartei, nicht mit ihrem neuen Programm. Vor allem für die christdemokratischen Frauen fiel der Umbruch der sechziger Jahre noch mäßiger aus als in der Gesellschaft insgesamt.<sup>406</sup> Einen Wandel gab es insofern, als die christdemokratischen Frauen seit den späten sechziger Jahren stärker inhaltliche Forderungen

artikulierten und nicht nur ihre Proporzposition überwachten. Ihre ohnehin schwache Position in der Union verschlechterte sich allerdings mitunter weiter. Der innerparteiliche Generationswechsel blieb fast rein männlich. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verringerte sich der Frauenanteil bis 1969 weiter auf einen historischen Tiefstand von 5,6 Prozent.<sup>407</sup> Anfang 1968 gab es im Unterschied zu früheren Jahren weder eine christdemokratische Bundesministerin, noch eine Landesministerin. Auch eine christdemokratische Staatssekretärin suchte man auf beiden Ebenen vergeblich.<sup>408</sup> In Baden-Württemberg gab es sogar keine weibliche CDU-Landtagsabgeordnete mehr. Und der Abbau der bislang üblichen Kooptation und die Verkleinerung der Gremien führte schließlich dazu, dass die Frauen vom Bundesvorstand bis hin zu den Kreisvorständen teilweise schlechter vertreten waren als in der CDU Adenauers.<sup>409</sup>

Auf die Proteste der Frauen-Union reagierte die Parteiführung nur äußerst zurückhaltend. Nachdem die Frauen mit einem entsprechenden Antrag auf dem Parteitag drohten, wurde ihnen 1967 erstmals zugestanden, eine stellvertretende Parteivorsitzende zu benennen. Um den Proporz der Männer nicht zu gefährden, wurde die Zahl der Stellvertreter deshalb auf fünf erhöht.<sup>410</sup> Nach verschiedenen Beschwerden wurde schließlich im Oktober 1968 mit Aenne Brauksiepe die Vorsitzende der Frauen-Union Bundesministerin für Familie und Jugend. Auf die inhaltlichen Forderungen, die die Frauen-Union im Laufe des Jahres 1968 an Kiesinger gerichtet hatte, ging der Kanzler jedoch nicht ein. Kurz nach der Einsetzung von Brauksiepe ließ lediglich Guttenberg die neue Ministerin wissen: »Zu meinem großen Bedauern war es dem Herrn Bundeskanzler noch nicht möglich, Ihre beiden Briefe vom 15. Mai und 15. Juli 1968 zu beantworten. [...] Im Hinblick auf die inzwischen verstrichene Zeit und mit Rücksicht auf die neuen und sicherlich nicht einfachen Aufgaben, die nach der Übernahme des Ministeramtes auf Sie zu kommen, möchte ich mir die Anregung gestatten, Ihre damalige Initiative jetzt ruhen zu lassen.«<sup>411</sup> Die in den beiden Briefen formulierten Forderungen zur Altersvorsorge, Teilzeitarbeit, Kindergärten, der Berufsförderung von Frauen und gegen die allgemeine Benachteiligung der Frau, wie sie aus der Frauenenquête und Sozialenquête ersichtlich wurde, war damit einige Monate später wie bislang damit abgetan, dass man den Frauen einen symbolischen Posten zugestand. Da gerade die Frauen durch den Säkularisierungsschub, die neuen Emanzipationsforderungen und ihren ansteigenden Beschäftigungsgrad keineswegs mehr sichere Stammwählerinnen waren, hätte hier die Integrationspolitik der Union allein unter wahlstrategischen Gesichtspunkten weiter greifen müssen. Abermals erkannte die Parteiführung zwar frühzeitig die Verschiebungen im Elektro-

rat, reagierte aber nicht darauf. Die Folgen dieser Haltung schlugen sich so deutlich und wirkungsmächtig nieder wie bei keiner anderen Wählergruppe. Besonders bei der Wahl Niederlage von 1972 fehlte der CDU das bequeme weibliche Stimmenpolster, das bis in die sechziger Jahre ihre Siege abgesichert hatte. Die Erosion der weiblichen Stimmenmehrheit war letztlich ein weiterer Baustein in dem Abschied von der Adenauer-CDU.

Das letzte Kapitel zeigte entlang unterschiedlicher Bereiche, in welchem starkem Maße die Union in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ihr Profil wandelte. Sowohl bei ihrer Konfessions-, Führungs- und Finanzstruktur als auch bei ihrer politischen Integrationspolitik ließ sich eine deutliche Abkehr von der alten CDU ausmachen. Dieser Umbruch kündigte sich seit 1959 schrittweise an, schlug aber erst nach Adenauers Tod 1967/68 voll durch. Neue Akzente standen hier allerdings neben alten Strukturen: Der EAK zählte weiterhin die Konfession der Abgeordneten aus, obwohl diese gesellschaftlich keine große Rolle mehr spielte; die verdeckten Spenden der Fördergesellschaften standen neben der neuen Transparenz im Finanzwesen; die wohlwollende Einbindung der NPD, die bis zu Übertritten reichte, lief parallel zur Zusammenarbeit mit der SPD; und die innerparteiliche Demokratisierung stand neben der traditionellen Fixierung auf das Kanzleramt. Die Christdemokraten vereinten damit gegenläufige Linien, die den Umbau der Partei erleichterten. Gleichzeitig barg dies die Gefahr, Teile ihrer heterogenen Anhängerschaft zu verlieren.

Bezeichnenderweise trug Adenauer selbst entscheidend dazu bei, die von ihm geprägte Parteistruktur neu zu gewichten. Sein unüberlegtes Taktieren führte seit 1959 zu einem Autoritätsverlust, dem die Partei mit einem neuartigen Selbstbewusstsein begegnete. Während Erhards Kanzlerschaft stärkte Adenauer die Parteiführung gegenüber dem Kanzleramt, wenn auch als Hebel gegen den ungeliebten Nachfolger. Gleichzeitig unterstützte er aus taktischen Gründen junge Politiker, die für eine neue Organisationskultur eintraten. Adenauer war es auch, der die Einführung und Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung forcierte und damit eine wichtige Machtressource teilweise aus der Hand gab. Ebenso eröffnete er das Gespräch mit der SPD, während er die Integration der neuen, intellektuellen Meinungsführer vernachlässigte.

Der Umbau der Partei korrespondierte mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Beides zehrte an der Geschlossenheit der Union und schmälerte ihre Erfolgchancen. Vor allem wies die Sammlungspartei CDU mit ihrem neuen Profil nicht mehr annähernd eine so starke Inte-

grationskraft auf wie zuvor. Speziell für den Regierungsverlust von 1969 war jedoch weder die Parteireform noch der gesellschaftliche Wandel verantwortlich. Entscheidend war vielmehr, dass die CDU unter Kiesinger von einem weiteren Grundprinzip der Adenauer-CDU abwich: ihre Koalitionspartner frühzeitig durch weitreichende Zugeständnisse einzubinden. In den fünfziger Jahren hatte Adenauer mit aller Raffinesse lange vor den Wahlen bürgerliche Mehrheiten abgesichert. Schon 1949 hatte er etwa die Liberalen zur Union geführt, indem er ihrem Vorsitzenden Heuss das Bundespräsidentenamt anbot und frühzeitig Wahlblöcke bildete. 1969 verzichtete Kiesinger hingegen vor der Präsidentenwahl nachlässig auf entsprechende Vorabsprachen oder Zugeständnisse.<sup>412</sup> Und auch nachdem die Liberalen den Sozialdemokraten Heinemann mit zum Präsidenten gekürt hatten, versicherte Kiesinger der Parteiführung weiterhin, eine sozialliberale Koalition sei undenkbar.<sup>413</sup> Während Adenauer sich dank seines Pessimismus ständig absicherte, grenzte Kiesingers Optimismus an Blauäugigkeit. Trotz der massiven innerparteilichen Warnungen, die insbesondere Helmut Kohl vortrug, sah er weiterhin von vorzeitigen Bündnissen ab. Und noch am Tage nach der Wahl ging er im Vorstand und Präsidium selbstverständlich von seiner Kanzlerschaft aus.<sup>414</sup>

Konrad Adenauer hatte immer wieder gewarnt, dass seine Partei den Regierungsverlust kaum überstehen werde. Noch kurz vor seinem Kanzler-Rücktritt hatte er Brentano gegenüber gemutmaßt: »Die CDU als Oppositionspartei werde sich sehr schwer überhaupt ungeteilt erhalten können.«<sup>415</sup> Tatsächlich hatte Adenauer mit seiner Sammlungs- und Integrationspolitik jedoch derart gute Grundlagen gelegt, dass die CDU eben nicht nur seinen Rücktritt meisterte, sondern auch den Verlust des Kanzleramtes. Nach der etwas wirren Übergangsphase der sechziger Jahre erwies sich die sozialliberale Regierung jedoch vielleicht sogar als vorteilhaft für den Sammlungskurs der CDU. Denn in dieser Zeit konnte sie nicht nur einen festen Parteiapparat aufbauen, wie oft hervorgehoben wird. Vielmehr konnte sie nun wieder an jene von Adenauer eingeleitete Sammlung rechts von der SPD anknüpfen und sie vollends abschließen. Mit dem Kurswechsel der FDP fielen ihr seit 1969 jene nationalliberalen, vornehmlich evangelischen Wähler zu, die die Union lange vergeblich umworben hatte. Zahlreiche liberale Hochburgen, in denen die FDP bislang über zwanzig Prozent erringen konnte, gingen nun vollends an die Union.<sup>416</sup> Mit Slogans wie »Für die liberale Erneuerung Hessens« förderte die CDU diesen Wechsel. Auch von den Sozialdemokraten lösten sich nun einzelne, eher national orientierte Anhänger, die die neue Ostpolitik nicht mittragen wollten. Prominente Parteiwechsler, wie

der ehemalige FDP-Vorsitzende Erich Mende oder der sozialdemokratische Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka, verkörperten mit ihrem Fraktionsübertritt in die CDU diesen Wechsel. Die Christdemokraten setzten nun wieder stark auf den Antisozialismus, der bereits in den fünfziger Jahren ihren ersten Aufstieg mit getragen hatte. Die Krisen während der sozialliberalen Regierung gaben ihm zusätzlichen Auftrieb. Der Wiederaufnahme des Polarisierungskurses sorgte zudem dafür, dass rechts von der Union keine Partei mehr ernsthafte Stimmengewinne erzielen konnte. Nun wurde die CDU sogar in überwiegend evangelischen Ländern wie Niedersachsen und Hessen zur stärksten Partei. Die Zeit der »katholischen CDU« war damit endgültig vorüber.

## Rückblick: Die Integrationspolitik der Adenauer-CDU

Konrad Adenauer war mehr als ein starker Kanzler, der seine Partei als ein lästiges Anhängsel vernachlässigte. Wie alle Kapitel deutlich machten, war er zugleich ein Parteivorsitzender, der die CDU maßgeblich prägte. Zweifelsohne schenkte Adenauer der Bundesgeschäftsstelle, den satzungsmäßigen Gremien, der Partei-Programmatik und dem Aufbau eines Parteiapparates keine größere Beachtung. Im Rahmen einer klassischen Organisationsgeschichte, die vornehmlich nach der Anzahl der Geschäftsführer, Vorstandssitzungen, Mitglieder und Programme fragt, erscheint die frühe CDU daher weiterhin als eine organisationslose Kanzlerpartei. Das vorliegende Buch blickte jedoch auf die interne politische Praxis und ging eben nicht von einem idealtypischen Parteaufbau aus, wie er vielleicht in den siebziger Jahren bestand. Auf diese Weise erschlossen sich Parteistrukturen, die auch die CDU unter Adenauer in einem anderen Licht erscheinen lassen. Jenseits des offiziellen Aufbaus prägte Adenauer als »informeller Parteiführer« erstaunlich engagiert in unterschiedlichsten Bereichen die Partei. So gestaltete er beispielsweise die konfessionell paritätische Personalrekrutierung in Partei und Gesellschaft, den integrativen Ablauf der Parteitage und Vorstandssitzungen, den Aufbau des Spendensystems und die loyalitätssichernde Gelderverteilung. Ebenso förderte er die moderne und mediale Wahlkampfführung, die Einbindung von Interessengruppen, den Ausgleich zwischen innerparteilichen Gruppen und die Lösung von Konflikten. Nicht zuletzt prägte er auch die politische und personelle Ausrichtung der Landesverbände, die Abwerbung von Spitzenpolitikern anderer Parteien und die Suche nach ausgleichenden Sprachregelungen, die vielleicht viel wichtiger waren als alle Programme. Adenauer sorgte so für eine funktionstüchtige, integrative und geregelte Parteistruktur, die freilich in keiner Satzung stand. Dabei setzte er sich sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch gegenüber den Wählern und den konkurrierenden Parteien durch. Adenauers biografische Prägung, seine bürgerliche Weltanschauung und seine Fixierung auf Wählermehrheiten dürften ihn zu diesem Ausgleich motiviert haben. Gleichzeitig verhalf seine Verankerung in der katholischen Lebenswelt dazu, dass die mehrheitlich katholische Parteibasis seine Ein-

griffe akzeptierte. Insofern scheint es gerechtfertigt, die Union der fünfziger und frühen sechziger Jahre als »Adenauer-CDU« zu bezeichnen, deren Hauptmerkmal ihre Integrationspolitik war.

Die Studie zeigte dabei, dass sich ihr Integrationserfolg nicht allein aus der Nachkriegskonstellation und dem Wirtschaftswunder ergab. Zudem entwickelte er sich keineswegs so gradlinig und zwangsläufig, wie es aus der Retrospektive häufig angenommen wurde. Erst die innerparteilichen Aktivitäten der Union trugen vielmehr dazu bei, die anfangs stark katholisch geprägte CDU in eine breite und gefestigte interkonfessionelle Sammlungspartei zu transformieren. Wie groß diese Integrationsleistung war, verdeutlichte die Analyse der Parteigründung, die zugleich einige Ergebnisse der Parteienforschung modifizierte. Sie ergab zunächst, dass die CDU nur selten aus einem spontanen politischen Zusammenschluss der Konfessionen entstand. Da in vielen Kreisen Bedenken gegen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der anderen Konfession bestanden, entwickelte sich die Union gerade in der Provinz häufig von oben. Umgekehrt war die frühe Union aber auch kein »ideologischer Flickenteppich« (Pridham). Stattdessen unterschieden sich die frühen CDU-Kreis- und Landesverbände vor allem danach, ob sie vornehmlich von Protestanten oder von Katholiken getragen wurden. Das Profil der katholisch und der evangelisch geprägten Parteigründungen wich programmatisch, organisatorisch und personell stark voneinander ab. Während die CDU in katholischen Gebieten eine christlich-soziale, recht gut organisierte und gesellschaftlich verankerte Partei der einheimischen Zentrums Politiker war, formierten sich die evangelisch geprägten CDU-Verbände als eine antisozialistische, bürgerliche und schwach organisierte Sammlungsbewegung. Diese stützten sich in weitaus höherem Maße auf Vertriebene, waren gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten wesentlich offener und wiesen mit Ausnahme von Schleswig-Holstein vornehmlich politisch unerfahrene Repräsentanten auf. Ebenso zeichneten sich entlang der Koalitionsvorstellungen unterschiedliche politische Akzente ab. Während die evangelischen CDU-Gründer aus wirtschaftspolitischen Übereinstimmungen heraus für eine enge Zusammenarbeit mit den Liberalen und konservativen Parteien eintraten, artikulierten viele katholische Christdemokraten weiterhin schul- und sozialpolitische Ressentiments gegen die Liberalen. Deswegen bevorzugten die katholisch geprägten Landes- und Kreisverbände selbst dann Koalitionen mit der SPD, wenn bürgerliche Mehrheiten bestanden. Die Weimarer Traditionen wirkten damit auch in der neuen Partei noch lange fort.

Dort, wo die Gründungskreise der lokalen Konfession der Bevölkerung entsprachen, konnte die CDU an die katholischen und evangelisch-

bürgerlichen Milieunetzwerke anknüpfen, die durchaus den Nationalsozialismus überdauert hatten. Obwohl die Union eine neue Partei war, verfügte sie somit von Beginn an über große Startvorteile gegenüber den Sozialdemokraten und Liberalen. Ebenso groß waren aber die Nachteile, wenn die CDU (wie in zahlreichen evangelischen Mittel- und Großstädten) vornehmlich von Katholiken gegründet wurde und ein entsprechend katholisch geprägtes Profil im evangelischen Raum aufwies. Hier galt die CDU als »zu katholisch« und wurde zunächst von der einheimischen Bevölkerung gemieden. Allenfalls die Vertriebenen boten hier solange eine Stütze, bis auch sie eine eigene Partei gründen durften.

Konrad Adenauer bemühte sich von Beginn an um die Überwindung dieser konfessionellen Trennlinien. Dabei unterstützten ihn vornehmlich Christdemokraten, die entweder kirchennahe Protestanten oder wirtschaftsliberale Katholiken waren und so weltanschaulich zwischen den beiden Polen standen. Sie warteten eben nicht ab, bis die Modernisierung im Schatten des Wirtschaftswunders Konfliktlinien nivellierte, sondern betrieben eine aktive Integrationspolitik. Auf der personellen Ebene setzten sie durch, dass die Parteivorsitzenden der Kirche angehören mussten, die in der jeweiligen Region dominierte. Zahlreiche Katholiken wurden in den folgenden Jahren von ihrem Landes- und Kreisvorsitz verdrängt, um der CDU ein regional adäquates Profil zu geben. In den Parteivorständen oder entsprechenden parteinahen Gremien etablierten sie ähnliche Quotensysteme, die die katholischen Mehrheiten abschwächten. Auf der programmatischen Ebene sorgte ebenfalls vor allem Adenauer dafür, dass Schlagworte aus den Weimarer Milieus vermieden wurden, die den Zusammenschluss erschwerten. Stattdessen wurden der Antimarxismus, das christliche Weltbild und die Platzierung als Volkspartei der Mitte als gemeinsame programmatische Leitbegriffe verankert, die zugleich eine scharfe und offene Abgrenzung von der SPD ermöglichten. Die Verhinderung des vermeintlich erstarkten Marxismus bildete dabei den kleinsten gemeinsamen Nenner, um das durchaus bestehende Misstrauen zwischen den Konfessionen zu überwinden. Eine negative Integration alleine hätte jedoch kaum die erfolgreiche Gründung ermöglicht.

Trotz dieser ersten Kompromisse nahmen Anfang der fünfziger Jahre die innerparteilichen und gesellschaftlichen Konflikte zwischen Protestanten und Katholiken weiter zu. So beklagten die Protestanten, die Personalpolitik der CDU würde angeblich nur Katholiken in Führungspositionen bringen. Obwohl diese Vorwürfe zumeist ungerechtfertigt waren, reagierte die Unionsführung abermals. Erstens nahm sie selbst lokale Konflikte extrem ernst und sorgte sofort – häufig unter Hinzu-

ziehung der Geistlichen – für eine informelle Konfliktlösung, bevor der Disput über die Medien öffentliche Verbreitung finden konnte. Zweitens leitete sie eine statistische Vermessung der Bundesrepublik ein, die von den Ministerien bis hin zur Landespolizei oder Lehrerschaft die Zahl der Katholiken und Protestanten im öffentlichen Dienst auszählte, um entsprechenden Vorwürfen zu begegnen. Und drittens verstärkte sie bei allen Stellenbesetzungen in der Partei und im öffentlichen Dienst den konfessionellen Proporz, der von den höchsten Staatsposten bis hin zu den Schuldirektoren oder Krankenhausleitern reichen konnte. Ohnehin schwierige Personalentscheidungen, wie die Präsidentenwahl 1959 oder die Nachfolge Adenauers, wurden so zusätzlich erschwert. Denn die ungeschriebene Quote galt selbst für die höchsten Staatsposten: Im Falle eines katholischen Bundeskanzlers sollte der Bundespräsident evangelisch sein, ebenso wie dem katholischen Fraktionsvorsitzenden ein evangelischer Bundestagspräsident oder dem katholischen Parteivorsitzenden ein herausgehobener evangelischer Stellvertreter gegenübergestellt wurde. Die Katholiken bewahrten dabei in der Parteiführung stets ein leichtes Übergewicht. Die Protestanten erhielten dafür öffentlichkeitswirksame Posten, deren Inhaber sie eigenständig, ohne die Katholiken, auswählten. Während die Christdemokraten nach außen stets betonten, dass nur die fachliche Qualifikation zähle, spielte bei internen Aussprachen die richtige Kirchenzugehörigkeit bis Mitte der sechziger Jahre eine zentrale Rolle.

Der evangelische Bevölkerungsteil argwöhnte zudem, dass die CDU eine katholische Wiedervereinigungspolitik betreibe, die bewusst die evangelische Bevölkerung der DDR vernachlässige. Die Union reagierte auch hierauf mit symbolischen, programmatischen und personellen Zugeständnissen, mit organisatorischen Reformen und einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem evangelischen Kirchenvorfeld. Die Katholiken erschwerten dagegen im Bereich der Schulpolitik den Zusammenschluss. Mit ihrem hartnäckigen Plädoyer für konfessionell getrennte Volksschulen bewiesen die katholisch geprägten CDU-Landesverbände, dass sie nicht bereit waren, den politischen Schulerschluss auch in ihrer Lebenswelt nachzuvollziehen und die Grenzen ihres Milieus zugunsten eines Zusammenschlusses aller Christen preiszugeben. Obwohl die Schulfrage ein landespolitischer Bereich war, griff selbst hier Adenauer vermittelnd ein. Zusammen mit anderen, vornehmlich evangelischen Christdemokraten, sorgte er für eine Dethematisierung der Schulpolitik, die einst das große Thema der Zentrumspartei war. Sie sollte aus Wahlkämpfen sowie aus öffentlichen und innerparteilichen Diskussionen bewusst herausgehalten werden. Gleichzeitig erreichte Adenauer, dass suk-

zessive evangelische Christdemokraten oder Mitglieder der Koalitionsparteien die Kultusministerposten übernahmen, um so indirekt eine Kursrevision einzuleiten.

Die Debatten um die vermeintlich katholische Personal-, Wiedervereinigungs- und Schulpolitik und die wirtschaftliche Krisenlage schwächten Anfang der fünfziger Jahre den ohnehin dünnen evangelischen Rückhalt der CDU ab. Stattdessen reüssierten die bürgerlichen Konkurrenzparteien rechts von der SPD. Adenauer und verschiedene evangelische Politiker reagierten hierauf mit einem Koalitions- und Fusionskurs, der die Kleinparteien in die CDU integrieren sollte. Dieser bereits häufig hervorgehobene Umarmungskurs verlief intentionaler und weitreichender als bisher bekannt. Adenauer forcierte diesen Prozess nach 1949 nicht nur in den Landesregierungen, sondern selbst auf der kommunalpolitischen Ebene. Landesvorsitzende wie Günther Gereke, die diesen Kurs ablehnten, wurden systematisch mit Adenauers Hilfe abgesetzt. Dabei entwickelte der antisozialistische Sammlungskurs in den evangelischen Gebieten gleichzeitig eine Eigendynamik, die lokal bis hin zu einem Zusammengehen mit den Rechtsextremen führen konnte. Da sich hiergegen Proteste aus den katholischen CDU-Kreisen erhoben, mussten die Absprachen jedoch häufig auf informelle Regelungen beschränkt werden. Parallel dazu begann Adenauer bereits seit Ende 1951, durch entsprechende Bündnisse die Fortsetzung der Bonner Koalition abzusichern. Auf Bundes- und Landesebene wurden die Kleinparteien dabei durch großzügige finanzielle und personelle Zugeständnisse an die CDU gebunden. Während der gemeinsamen Koalition machten die Christdemokraten den führenden Köpfen der Kleinparteien schließlich in Bund und Ländern das Angebot, im Falle eines Parteiwechsels zur CDU bei ihr prominente Posten zu erhalten. Ihre Offerten reichten dabei bis hin zum Ministerpräsidenten- oder Ministeramt. Ebenso erhielten verschiedene Bundestags- und Landtagsabgeordnete die Zusage, im Falle eines Parteiwechsels wieder nominiert zu werden. Nach einer Übergangsfrist sollten sie dann werbewirksam in den Hochburgen ihrer alten Partei auftreten, um ihre bisherige Wählerschaft und Parteibasis nachzuziehen. Auf diese Weise konnte die CDU authentisch belegen, dass sie das Erbe der aufgebrochenen Kleinparteien verkörperte.

Der Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern zeigte, in welchem Maße sich der großzügige Einbindungskurs der Christdemokraten auszahlte. In Schleswig-Holstein, wo die CDU die engste Anbindung an die Kleinparteien suchte, konnte sie zwischen 1952 und 1958 fast sämtliche Spitzenpolitiker der FDP, der DP und des BHE abwerben und mit ihnen auch deren Wählerpotentiale übernehmen. Dagegen versäumte

besonders der eher katholisch-sozial geprägte Landesvorstand Hessens fortlaufend derartig großzügige Angebote. Aus diesem Grunde konnten die dortigen Sozialdemokraten selbst das Wählerpotential der Vertriebenen stärker integrieren, während die FDP mit ihrem rechtsnationalen Kurs im evangelischen Norden des Landes reüssierte. In Niedersachsen, wo die CDU zwischen diesen beiden Extremen schwankte, gelang es den Christdemokraten immerhin, durch ihre Fusionsverhandlungen schrittweise den größten Teil der Deutschen Partei und damit auch deren Wähler zu übernehmen.

Alle diese Integrationsbemühungen verhalfen der CDU dazu, auch in den evangelischen Regionen ein angemessenes regionales Profil zu erhalten. Die Union wurde hier protestantisiert. Parallel dazu bemühte sich Adenauer aber auch darum, die neu gegründete katholische Zentrums- partei zur CDU zu führen. Die These, dass die Wiederbelebung des Zentrums zunächst Konfliktpotentiale aus der Union nach außen verlagerte, konnte nicht bestätigt werden. Vielmehr zwang die Zentrumskonkurrenz die CDU dazu, öffentlich katholische Themen zu besetzen, was wiederum die Ressentiments der protestantischen Wählerschaft vergrößerte und den Konkurrenzparteien Angriffsflächen bot. Aus diesem Grunde wurden die Verhandlungen mit der Zentrumspartei vornehmlich geheim geführt, während sie in der öffentlichen Rhetorik eher als sozialistische Partei ausgegrenzt wurde. Auch dem Zentrum offerierte die Unionsführung dabei personalpolitische Zugeständnisse und finanzielle Vorteile.

Die finanziellen Ressourcen der CDU bildeten eine weitere entscheidende Komponente ihrer Integrationspolitik. Sie verhalfen zur Einbindung der Kleinparteien, der Wählerschaft und der eigenen Parteiflügel. Die Studie konnte zeigen, dass die Union unter Adenauers Aufsicht ein Spendensystem aufbaute, das ihr einen regelmäßigen Spendenfluss bescherte. Über die Fördergesellschaften und das ›Wirtschaftsbild‹ lief er jährlich in Millionenhöhe am Finanzamt vorbei. Innerhalb der CDU sprach man die moralischen, juristischen und politischen Gefahren dieser Parteifinanzierung durchaus an. Ihre Bedenken sorgten allerdings nicht für eine echte Revision, sondern eher für eine verfeinerte Verschleierung des Geldflusses. Auch wenn deutlich wurde, dass selbst wirtschaftsnahe CDU-Landesverbände wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen nicht ungeprüft die Kandidaten der Geldgeber übernahmen, beeinflusste das Spendensystem doch das Profil und die Integrationskraft der CDU. Gestärkt wurde besonders die Position Adenauers, der zusammen mit seinen persönlichen Beratern Globke und Pferdenges den Spendenfluss verwaltete. Sowohl gegenüber den Konkurrenzparteien als auch gegenüber den eigenen Landesverbänden sollte sich diese Finanzhoheit als ein

wirksames Mittel erweisen, um seinen Sammlungskurs durchzusetzen: Koalitionsfreudige Politiker der Kleinparteien erhielten gezielte Sondermittel, während koalitionsunwillige Politiker – selbst in der eigenen Partei – durch Gelderentzug unter Druck gerieten. Da fast ausschließlich evangelische Christdemokraten die Spenden akquirierten, verstärkte ihr Finanzsystem zugleich den Einfluss jener protestantischen Politiker, die einen ähnlichen Sammlungskurs wie Adenauer anstrebten.

Das Spendensystem ermöglichte zugleich, aufwendige, moderne und medial inszenierte Wahlkämpfe bis hinein in die evangelische Provinz zu führen. Die Professionalität der CDU-Kampagnen, die vom Einsatz der Meinungsforschung über Werbeinstitute bis hin zur gezielten Produktion von Illustrierten- und Filmaufnahmen reichte, übertraf dabei alle Parteien. Großzügige Wahlgeschenke aus Regierungsmitteln verhalfen ebenfalls dazu, gezielt einzelne Wählerklientele einzubinden. Ähnlich wie bei der Integration der Protestanten und der Kleinparteien erwies sich die von Adenauer kultivierte Großzügigkeit auch gegenüber den Wählern als ein Kernelement ihres Sammlungskurses.

›Integration durch Großzügigkeit‹ charakterisierte zugleich das Profil ihrer Partei-Organen. Sie verloren durch die ständige Aufnahme neuer Gruppenrepräsentanten fortlaufend an politischem Einfluss. Die Aufnahme per Proporz (und nicht per Wahl) schwächte dabei ebenso Konflikte ab wie Adenauers Bemühen, Abstimmungen zu vermeiden. Dennoch wurde deutlich, dass auch die Parteiorgane wichtige Bestandteile der innerparteilichen Integrationsstruktur waren, die Adenauer in dieser Funktion durchaus ernst nahm. Beim Arrangement der Parteitage trug er mit dafür Sorge, dass die CDU durch die Auswahl des Tagungsortes, der Redner, der Diskussionsführung und der symbolischen Dramaturgie eine harmonische Geschlossenheit erreichte. Die Gesamtinszenierung richtete sich dabei wiederum im hohen Maße an die evangelischen Wähler. Ebenso zeigte die Analyse der Vorstandssitzungen, dass der CDU-Bundesvorstand keineswegs als ein unbedeutendes Gremium vernachlässigt werden sollte. Trotz seiner geringen regierungspolitischen Entscheidungskraft blieb er ein Diskussionsforum für innerparteiliche Positionen, die erst durch Adenauers Führungsgeschick gebündelt und harmonisiert wurden. Angesichts der fragmentierten Struktur der CDU lag die tatsächliche Parteiführung freilich auf der informellen Ebene. Vermutlich war in der fragmentierten Partei nur so die gewünschte Geschlossenheit zu erreichen. Seit Mitte der fünfziger Jahre bildete die aus Adenauer, Heinrich Krone und Hans Globke bestehende Troika ihre Führungsspitze. Die engste, inoffizielle Parteispitze blieb folglich rein katholisch. Dabei lag besonders Globkes innerparteilicher Einfluss noch

höher als er bislang im Hinblick auf seine beratende Funktion in der Regierungspolitik eingeschätzt wurde. Nicht nur in der Personalpolitik, sondern auch bei der Koalitionsbildung, der Verwaltung der Parteispenden, der Schlichtung von innerparteilichen Streiten oder bei der Kontaktpflege zum kirchlichen Vorfeld agierte Globke innerhalb der Partei als direkter Vermittler und Ansprechpartner. Da die föderale Struktur der CDU keinen offiziellen Generalsekretär ermöglichte, übernahm Globke damit quasi die Position des heimlichen Generalsekretärs. Andere, feste informelle Gremien, wie die »Mittwochsgesellschaft« oder der zunächst nicht verankerte »geschäftsführende Vorstand«, ergänzten die Führungstroika. Damit zeigte sich auch entlang der Führungsspitze, dass die Adenauer-CDU jenseits der Satzung eine geregelte Organisationsstruktur besaß, die ihrer Integrationspolitik entsprach.

Der vertikale Aufbau der CDU blieb dabei locker und föderal. In der Literatur wurde dies zurecht als ein Ergebnis ihrer fragmentierten Parteibasis und ihrer föderativen Weltanschauung gewertet. Dennoch bedarf auch dieser häufig hervorgehobene Befund einiger Modifizierungen. Zunächst war es nicht unbedingt Adenauer, der den Aufbau einer festeren, hierarchischen Parteistruktur verhinderte. Während Adenauer bis 1950 tatsächlich aus taktischen Gründen den Zusammenschluss zur Bundespartei verzögerte, trat er seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden durchaus für eine Zentralisierung und Modernisierung der CDU ein. Die meisten Anstöße zur innerparteilichen Reform kamen aus Bonn, nicht aus den Landesverbänden. Insbesondere die katholisch geprägten Landesverbände, die aus der Zentrumstradition heraus wesentlich föderaler dachten, blockten diese jedoch ab. Das galt selbst für die beiden nordrhein-westfälischen Landesverbände, die von Beginn an durchweg die höchste organisatorische Professionalität entwickelten. Während Adenauer auf der offiziellen, organisatorischen Ebene gegenüber den Landesverbänden häufig scheiterte, übte er auf der informellen Ebene durchaus einen großen Einfluss auf die Landesvorstände aus, der bis in die Personalpolitik oder die Ausrichtung des politischen Kurses reichen konnte. Autonome Einheiten waren die Landesverbände deshalb sicher nicht.

Zudem zeigte die Untersuchung, dass die CDU mitunter weniger eine föderal als eine regional organisierte Partei war. Denn selbst innerhalb der Bundesländer war die Union häufig in sich gespalten, nicht selten entlang der Konfessionslinien. Entweder existierten in einem Bundesland mehrere Landesverbände, die in nur äußerst lockerem Kontakt miteinander standen, oder aber der gemeinsame Landesverband besaß recht eigenständige Bezirke. Dieser regionale, konfessionell fragmentierte Aufbau der Union erwies sich kurzfristig als vorteilhaft. Er trennte die Mi-

lieus, stabilisierte sie und sicherte so in den katholischen Enklaven die hohen CDU-Wahlergebnisse. Langfristig dürften die Nachteile überwogen haben. Entscheidungsstarke Parteigremien und Geschäftsstellen konnten so selbst auf Landesebene nicht entstehen. Informelle Netze, Rivalitäten und taktisch uneinheitliche Positionen wurden dagegen auf diese Weise gefördert. Die regionale Spaltung verfestigte zudem die Trennung in konfessionelle Gruppen: Durch ihre regionale Beharrungskraft blieben die katholischen Enklaven auch in stärker protestantischen Bundesländern innerparteilich so stark in der Diskussion, dass kaum der Eindruck eines harmonischen Zusammengehens der Konfessionen erweckt werden konnte. Während sie auf Landesebene leicht hätten marginalisiert werden können, garantierte der regionale Aufbau ihnen eine institutionalisierte Vetokraft, die das Bild der katholischen Partei tradierte. Dies zeigte sich gerade in den stärker protestantischen Flächenländern Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Schließlich wurde geprüft, auf welche Weise die CDU einzelne gesellschaftliche Gruppen integrierte. Die häufig hervorgehobene Funktion der Vereinigungen und Parteiausschüsse konnte dabei relativiert werden. Zweifelsohne verhalten sie dazu, Konfliktpotentiale gruppenspezifisch auszulagern und gleichzeitig in die Partei einzubinden. Ansonsten waren die Sondergruppen – mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen – in den Landesverbänden kaum existent, verhältnismäßig inaktiv und durch zahlreiche sich überkreuzende Kompetenzen gekennzeichnet. Ebenso schwankte ihr Einfluss auf die Personalpolitik. Besonders hoch war er beim Evangelischen Arbeitskreis (EAK), was erneut die interkonfessionelle Struktur der CDU belegte. Ansonsten blieb der EAK allerdings ein organisationsschwacher, elitärer Kreis, der vornehmlich gemeinsame Sprachregelungen der Protestanten entwickelte. Wie erfolgreich die CDU eine Gesellschaftsgruppe integrierte, bestimmte weniger die Aktivität und Stärke der Vereinigung als der Grad, in dem sie die jeweiligen Vorfeldorganisationen und deren Verbandsvertreter einband. Dabei war es wiederum vornehmlich Adenauer, der die Kontakte zu den Repräsentanten der Kirchen und Verbände pflegte. Vor allem ihre unterschiedliche Integrationspolitik gegenüber den Landwirten und den Arbeitern zeigte, in welchem Maße die Verbandseinbindung auch die Wählerintegration bestimmte. Während bei den Landwirten systematisch die Verbandsvorsitzenden in die Parteiführung aufstiegen, setzte die CDU gegenüber den Arbeitern auf ein eigenes Vorfeld und scheiterte. Von ihrer sozialen Struktur her blieb die CDU eine Partei mit starkem Selbstständigen-Überhang, in der Arbeiter nur unterdurchschnittlich, die Landwirte hingegen so stark wie keine andere Berufsgruppe repräsentiert

waren. Auch diese Entwicklung korrespondierte letztlich mit dem interkonfessionellen Sammlungskurs der CDU. Durch ihre Distanz zu den Gewerkschaften verlor sie zwar Anhänger aus der katholischen Arbeiterschaft, konnte dies aber durch entsprechende Gewinne im bürgerlich-protestantischen Lager ausgleichen. Der Blick in die Landesverbände belegte ebenfalls, dass der Grad der Vorfeldbindung mit dem Wahlerfolg korrelierte. Bei der erfolgreichen schleswig-holsteinischen CDU konnten zugleich die engsten Bindungen zu den Kirchen und Verbänden nachgewiesen werden. Dagegen blieben die Vorfeldkontakte der zunächst erfolglosen niedersächsischen und hessischen Christdemokraten geringer; teils, weil die Landespolitiker inaktiv blieben, teils, weil die Voraussetzungen schwieriger waren.

Der Blick auf die innerparteilichen Gruppen modifizierte zudem das bisherige Bild von der Jungen Union. Die JU der frühen Bundesrepublik war mehr als ein Karrieresprungbrett oder ein konformes Abziehbild der Mutterpartei. Vielmehr zeichneten sich ihre Repräsentanten dadurch aus, dass sie mitunter deutliche Kritik an Adenauers Führungsstil übten und von Beginn an wesentlich zentralistischer, demokratischer und organisationsbewusster dachten als die älteren Christdemokraten. Nicht zuletzt deshalb blieb Adenauer der JU gegenüber recht reserviert und förderte eher jüngere Politiker aus den Landesverbänden und der Fraktion. Da die Junge Union aber die mitgliederstärkste, aktivste und unabhängigeste Vereinigung der CDU war, stellte sie trotz ihrer Einflusslosigkeit gegenüber der Mutterpartei eine wichtige politische Instanz dar, von der die CDU der sechziger Jahre zehrte.

Aus geschlechtsspezifischer Perspektive erwies sich die CDU schließlich als eine männlich geführte Partei, die sich überwiegend auf weibliche Stimmen stützte. Letzteres führte dazu, dass die Einbindung der Frauen zusätzlich vernachlässigt wurde. Umgekehrt ermöglichte erst die Nichtberücksichtigung der Frauen den breiten personalpolitischen Integrationskurs der Union. Die wenigen Frauen, die in die Führungsgremien aufrückten, durften die Christdemokratinnen innerhalb ihrer Vereinigung selbst auswählen. In Vorständen und Fraktionen machten sie kaum sieben Prozent aus. Dabei führte nicht nur das geschlechtsspezifische Rollendenken der Christdemokraten zu diesem gleichbleibend niedrigen Anteil. Auch die Organisationsstruktur der CDU erschwerte ihre stärkere Berücksichtigung. Erstens erwies sich die Rekrutierung qua Amt (und nicht qua Wahl) als nachteilig, da die qualifizierenden Ämter für Frauen völlig unerreichbar waren. Zweitens reduzierte die Verbandsrekrutierung sie auf ein Teilsegment, das sich neben den männlichen Repräsentanten der Vertriebenen-, Landwirtschafts- oder Mittelstandsverbände

behaupten musste. Drittens schloss der informelle Führungsstil der Christdemokraten sie von Entscheidungen aus. Bei offiziellen Gremien hätte der Proporz zumindest ihre Anwesenheit garantiert. Und viertens führte die regionale Struktur der CDU dazu, dass die Frauen kaum nominiert wurden. Denn die kleinen Organisationseinheiten fürchteten, durch Frauen zu schwach vertreten zu sein. Die Integration der Wählerinnen verlief damit kaum über die Partei und ihre recht passive und häufig zerstrittene Frauen-Vereinigung, sondern ebenfalls vornehmlich über das kirchlich-karitative Vorfeld, in dem die christdemokratischen Politikerinnen nahezu ausnahmslos aktiv waren. Zudem wurden die Wählerinnen eben trotz des christdemokratischen Rollendenkens nicht nur als ›Frau und Mutter‹ an die CDU geführt, sondern auch über die anderen Rollen, über die sie sich jeweils definierten; sei es als Katholikin, Vertriebene, Konsumentin oder etwa als Angehörige einer bestimmten Berufsgruppe.

Resümiert man den abschließenden Rückblick, so waren es vor allem sechs Komponenten, durch die die Adenauer-CDU ihre Integrationspolitik entfaltete. Hierzu gehörten ihr interkonfessioneller Ausgleich, die informelle Parteiführung durch einen starken Vorsitzenden, die gezielte Vorfeld-Einbindung, ihr organisiertes Spendensystem, die planmäßige Absorption von konkurrierenden Kleinparteien und ihre überlegene Wahlkampf-führung. Die CDU organisierte auf diese Weise ihre Partei, das Parteiensystem und die Gesellschaft, ohne einen klassischen Organisationsapparat aufzuweisen. Da diese konservative Modernisierung vornehmlich verdeckt verlief, war sie überhaupt durchsetzbar. Ihre faktische Struktur war dabei so komplex organisiert, dass die Union der fünfziger Jahre nur unzureichend als Honoratiorenpartei beschrieben wäre. Denn sie beruhte eben nicht auf lose verkoppelten Honoratioren oder einzelnen Spenden, sondern auf einem Spendensystem, *gezielten* Verbandseinbindungen, *medialen* Wahlkämpfen oder recht *festen* Quotenregelungen. Berücksichtigt man zugleich ihren expansiven Charakter, der auf ein Zusammengehen zwischen dem politischen Katholizismus und dem bürgerlich-protestantischen Lager abzielte, so erscheint die Bezeichnung ‚interkonfessionelle Sammlungspartei‘ am treffendsten.

Wie sehr diese Parteistruktur mit Konrad Adenauer verbunden war, verdeutlichte auch der abschließende Blick auf den langen Abschied von der Adenauer-CDU. Er setzte in fast allen Parteibereichen Ende der fünfziger Jahre mit Adenauers Ansehensverlust ein und entfaltete dann seit 1966/67, parallel zu Adenauers politischem Abschied und baldigem Tod, seine ganze Dynamik. Dabei trug er als Parteivorsitzender mit dazu bei, dass die CDU um neue Strukturen ergänzt wurde, die alten aber bei-

behielt. Diese Doppelstruktur aus alten und neuen Elementen ergab sich aus der latenten Parteikrise, aus Adenauers Rücktritt vom Kanzleramt und aus dem gesellschaftlichen Umbruch. Sie kennzeichnete nahezu alle analysierten Bereiche. So hielt die CDU zunächst weiterhin an ihrem konfessionellen Ausgleichssystem fest, da auch in den frühen sechziger Jahren noch antikatholische Ressentiments in der Bevölkerung bestanden, die sich auf die CDU bezogen. Erst als diese in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dank des gesellschaftlichen Wandels abnahmen, trat der Konfessionsproporz zunehmend hinter regionalen Gesichtspunkten zurück. Ebenso bescherte die koalitionspolitische Annäherung an die SPD einen fundamentalen Bruch mit dem Sammlungskurs der Adenauer-CDU. Gleichzeitig demonstrierte ihre Abgrenzung gegenüber der Studentenbewegung und die teilweise äußerst wohlwollende Einbindung der NPD-Wähler (die bis zu Übertrittsangeboten an deren Abgeordnete reichte), dass die Union trotz der Großen Koalition nicht völlig von der Umarmung des rechten Randes abwich. Dabei versäumte die Union allerdings zunehmend, neue Wählersegmente durch eine vergleichbar großzügige und gezielte Gruppeneinbindung wie in den fünfziger Jahren zu sichern. Gerade gegenüber den Bildungseliten, aber auch gegenüber den Frauen zeigte sie Defizite, die sich langfristig in den Wahlergebnissen niederschlugen. Dennoch blieb die CDU eine Partei, die auf einen innerparteilichen Gruppenausgleich bedacht war. Eine ähnliche Doppelstruktur entwickelte die Union in den sechziger Jahren auch bei ihren Finanzen. Durch die von ihr eingeführte staatliche Parteifinanzierung demokratisierte sie ihr innerparteiliches Machtgefüge. Gleichzeitig hielt sie jedoch an ihrem alten Spendensystem fest. Auch jenseits der Parteifinanzen demokratisierte die CDU ihre Organisationsstruktur. Die informellen Netzwerke ersetzte sie nun zunehmend durch offizielle Gremien, die sich durch Wahlen legitimierten. Sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Generationswechsel beschleunigten dabei die Reformen. Dennoch blieb die Union weiterhin eine hochgradig pragmatisch und informell strukturierte Partei.

Nicht nur in den späten sechziger Jahren, sondern auch in den folgenden Jahrzehnten sollte sich zeigen, wie wirkungsmächtig die unter Adenauer entwickelten Parteistrukturen blieben. Seit 1970 schien die CDU sich äußerlich vollkommen zu wandeln. Die Programmkommissionen, der rasch aufgebaute Parteiapparat und der rasante Mitgliederanstieg gaben der Union innerhalb von wenigen Jahren ein neues Gesicht. Aber noch bis in die neunziger Jahre sollte die »Kohl-CDU« von jenen Integrationsstrategien zehren, die in der »Adenauer-CDU« etabliert worden waren.

## Dank

Seit meinen ersten Archivrecherchen vom Sommer 1996 sind viele Jahre vergangen, in denen mir zahlreiche Personen helfend zur Seite standen. Vor allem drei akademische Väter haben maßgeblich zur Entstehung dieses Buches beigetragen, das gleichzeitig dieses Jahr am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen wurde. Der erste Dank geht an Bernd Weisbrod, meinen Doktorvater und langjährigen »Chef«. Seine gestreichten Anregungen waren für mich immer wieder ein Gewinn und ein Genuß. Der zweite Dank geht an Franz Walter vom hiesigen Seminar für Politikwissenschaft. Er half mir nicht nur durch seine tiefen Kenntnisse in der Parteienforschung, sondern ermutigte mich zugleich, möglichst klar zu formulieren und gelegentlich thesenartig zuzuspitzen. Und schließlich sei Peter Lösche gedankt, der mir schon als Student jene Begeisterung für die Parteienforschung vermittelte, die letztlich zu diesem Buch führen sollte.

Hilfreich waren zugleich die Anregungen, die ich jenseits von Göttingen bei Vortragseinladungen, Gesprächen oder in Briefform bekam. Stellvertretend gedankt sei hier zumindest David Blackburn, Werner Bühner, Norbert Frei, Edgar Grande, Thomas Mergel, Paul Nolte, Susan Scarrow, Axel Schildt und Jonathan Sperber. Eine besonders großzügige Unterstützung gewährte mir dabei das Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University, um meine Ergebnisse dort ausführlich diskutieren zu können. Zudem unterstützten mich in den Archiven zahlreiche Personen, ohne die viele Quellen kaum zugänglich gewesen wären. Stellvertretend genannt sei hier zunächst Hans-Peter Mensing von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus/Rhöndorf. Er half mir nicht nur auf zuvorkommende Weise, Adenauers Nachlass zu sichten, sondern war zugleich stets ein anregender Gesprächspartner. Von den zahlreichen helfenden Händen im Archiv für Christlich-Demokratische-Politik in Sankt Augustin sei besonders Christine Blumenberg-Lampe gedankt, die mich engagiert durch die Wirren der Landesverbandsakten lotste. Dank geht aber auch an den stellvertretenden Archivleiter Hans-Otto Kleinmann, der mir unbürokratische Genehmigungen gewährte.

Zum Endmanuskript haben vor allem Kay Müller und Habbo Knoch nicht zum ersten Mal profunde Anregungen gegeben. Dank gebührt zugleich auch Andreas Paschedag, Kerstin Goldbeck, Torsten Steinberg und Jutta Frischen, die auch diesmal wieder Textkorrekturen übernahmen. Gefördert wurde das Projekt durch das Land Niedersachsen, das nicht nur eine Forschungsstelle, sondern auch Reisemittel bewilligte. Dabei stehe ich gleichzeitig in der Schuld unserer Sekretärin Fridgard Timme, die mir immer wieder bei den Antragsformalitäten zur Seite stand. Danken möchte ich schließlich auch der Familie Boullay, die mir während meiner langen Bonner Archivaufenthalte im schönen Bad Godesberg Unterkunft gewährte. Möglich wurde die Studie aber nicht nur durch die Hilfe der akademische Welt, sondern durch die Nachsicht in der privaten. Inka und meiner Tochter Paulina ist dieses Buch deshalb gewidmet.

Göttingen, den 24. Juli 2001

Frank Bösch

## Anmerkungen

### Das Erfolgsmodell CDU – einige Vorbemerkungen

- 1 Diese Integrationsleistung wurde vielfach gewürdigt. Besonders pointiert etwa: Stöss, Einleitung, in: Parteienhandbuch, Bd. 1, S. 215–219, oder Leggewie, CDU – Integrationsmodell.
- 2 Wahlkreisergebnisse in: Fischer (Hg.), Wahlhandbuch. Hier fehlt allerdings bei den Einzelwahlergebnissen zur niedersächsischen Landtagswahl von 1951 der Hinweis, dass die CDU-Ergebnisse die der DP einschließen; im Wahlbündnis stellte die CDU hier weniger Abgeordnete.
- 3 Kiesinger, Erlebnisse mit Konrad Adenauer in: Blumenwitz u. a. (Hg.), Konrad Adenauer, Bd. 1, S. 62.
- 4 Statistiken zum regionalen Hochburgenwechsel bei: Engel, Regionale politische Traditionen, bes. S. 97–100.
- 5 Heidenheimer, Der starke Regierungschef; andere exogene Erklärungsmuster etwa bei: Schmidt, Die Christlich-Demokratische Union, S. 494 f.; Haungs, Die CDU, S. 172 f.
- 6 So etwa: Pridham, Christian Democracy, S. 57 f., Schulz, Die CDU, S. 110; Buchhaas, Die Volkspartei, S. 114; Schönbohm, Die CDU, S. 39; Schmidt, Die CDU, S. 504.
- 7 Vgl. Buchhaas, Die Volkspartei, S. 119 und Rohe, Wahlanalysen im historischen Kontext, S. 345.
- 8 Als »Anhängsel« bezeichnet die CDU etwa: Küpper, Die Kanzlerdemokratie, S. 216.
- 9 Vgl. die Forschungsberichte: Wengst, Die Partei Adenauers; Schroeder, Die CDU im Spiegel neuer Studien. Vgl. auch etwa die Anmerkungen von: Birke, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 102 oder Schwarz, Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 22. Bis heute grundlegend zur Gründung der CDU: Wieck, Die Entstehung der CDU; ders., Christliche und Freie Demokraten; Heitzer, Die CDU in der britischen Zone; Becker, CDU und CSU.
- 10 Vgl. neben Heitzer und Becker vor allem: Schmidt, Zentrum oder CDU; Cary, The Path to Christian Democracy; Martin, Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz; Fäßler, Badisch, Christlich und Sozial; Rüschemschmidt, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen; zu Hessen vgl. auch den lesenswerten Partei-jubiläumsband: Heidenreich/Wolf (Hg.), Der Weg zur stärksten Partei.
- 11 So für die CDU in Niedersachsen lediglich die Erinnerungen ihres Generalsekretärs (Fratzcher, CDU in Niedersachsen) und CDU-Landesverband Oldenburg (Hg.), Die CDU im Oldenburger Land; für Schleswig-Holstein nur: Varain, Parteien und Verbände, und Struck, Die Politik; zum Norden Baden-Württembergs die Artikel in: Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg. Auch Schmeer, Volkskirchliche Hoffnungen, spart Norddeutschland aus.
- 12 Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 12. Dementsprechend verzichtete seine Darstellung auch auf einen Anmerkungsapparat.

- 13 Als beste Darstellung vgl. Pridham, *Christian Democracy* (1977); die späteren handbuchartigen Überblicks der Politikwissenschaft sollten sich fast alle an ihn anlehnen. Bes. lesenswert: Schmidt, *Die Christlich-Demokratische Union*; Haungs, *Die Christlich-Demokratische Union*.
- 14 Vgl. etwa die (vornehmlich in der Reihe »Forschungen und Quelle zur Zeitgeschichte« im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen) Studien: Reucher, *Reformen und Reformversuche*; Schulz, *Wiederaufbau in Deutschland*; Hockerts, *Sozialpolitische Entscheidungen*; Franz Eibl, »Unsere gesamte Außenpolitik ist letztlich Wiedervereinigungspolitik 1998, oder Kosthorst, Brennano.
- 15 Vgl. etwa Küpper, *Die Kanzlerdemokratie*; Schwarz, *Konrad Adenauers Regierungsstil*; Ders., *Adenauers Kanzlerdemokratie*; Baring, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!*; Domes, *Mehrheitsfraktion*.
- 16 Das einzige Buch mit einem dementsprechenden Titel entstand in den fünfziger Jahren und behandelt lediglich die unmittelbare Gründungsphase: Heidenheimer, *Adenauer and the CDU*.
- 17 Schwarz, *Adenauer*. 2 Bde.; Köhler, *Adenauer*. Ähnliche Akzente setzt auch die jüngste Adenauer-Biografie, die für deutsche Leser freilich wenig neue Ergebnisse beschert: Williams, *Adenauer*.
- 18 Zu dieser politikwissenschaftlichen Kategorisierung der drei Parteiebenen vgl.: Decker, *Parteien und Parteiensysteme*, bes. S. 351.
- 19 Diskussionsbeitrag in: Buchheim (Hg.): *Konrad Adenauer*, S. 109.
- 20 Als guten Forschungsüberblick zur bisherigen Vernachlässigung von konfessionellen Aspekten in der Zeitgeschichte vgl. Sauer, *Westorientierung*, S. 1–23. Dass zumindest die frühe Bundesrepublik konfessionelle Konflikte aufwies, betonen auch: Hehl, *Konfessionelle Irritationen*; Greschat, *Konfessionelle Spannungen*; vgl. auch bereits Bösch, »Zu katholisch«.
- 21 Zur irrationalen Struktur von Parteien vgl. die anregenden Überlegungen von: Wiesendahl, *Parteien in Perspektive*, bes. S. 242 f., und Lösche/Walter, *Die SPD*, bes. S. 192–200.
- 22 Zum durchaus über Alf Mintzels Studien hinausreichenden Stand der CSU-Forschung vgl. Schlemmer, *Die aufsässige Schwester*.
- 23 Vgl. hierzu: Schmitt, *Konfession und Wahlverhalten*, und Wehling (Hg.), *Konfession – eine Nebensache?*; Konfession korrespondiert dabei mit dem Faktor Kirchlichkeit, der sie später ersetzte.
- 24 Vgl. etwa Karl Rohes Formulierung, aus der Konfession ergäben sich bestimmte »zumeist unbewusste kognitive, normative und ästhetische Maximen zur Wahrnehmung und Beurteilung der politischen Welt.«; ders., *Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?*, in: Oberndorfer/Schmitt (Hg.), *Parteien und regionale politische Tradition*, S. 17–38, zit. S. 36.
- 25 Zum aktuellen Stand der Milieuforschung vgl. zuletzt: Lösche/Walter, *Katholiken, Konservative und Liberale*; sowie Bösch, *Das konservative Milieu*, i. E.
- 26 Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*, bes. S. 21.
- 27 Freilich fehlen bislang selbst Ansätze für eine Bürgertumsgeschichte für die Zeit nach 1945; vgl. bisher etwa die Überlegungen von: Siegrist, *Ende der Bürgerlichkeit*.
- 28 Diese Debatte braucht hier nicht erneut wiederholt werden. Vgl. als umfassende und zugleich hartnäckige Kritik am wissenschaftlichen Gebrauch des Begriffes: Mintzel, *Die Volkspartei*. An diesem Terminus halten dagegen etwa fest: Schönbohm, *Die CDU wird moderne Volkspartei*; Peter Haungs, *Die CDU. Prototyp einer Volkspartei*.
- 29 Als Überblick über die zahlreichen politikwissenschaftlichen Begriffsschöpfungen vgl. Mintzel, *Die Volkspartei*, bes. S. 326 f.
- 30 Zu dieser Merkmaldefinition des Volkspartei-Begriffes entlang der CDU vgl.: Buchhaas, *Die Volkspartei*, S. 29–37.
- 31 Vgl. auch Ulrich von Alemann, der die CDU vielleicht zu präzise als »christlich-liberale-konservative-konfessionelle Sammlungspartei« bezeichnet; ders., *Das Parteiensystem*, S. 53. Ute Schmidt und Josef Schmid sprechen von einer »bürgerlichen Sammlungspartei«; vgl. Schmidt, *Die Christlich Demokratische Union*, S. 490 und Schmid, *Die CDU*, S. 54. Angesichts ihrer größeren Anhängerschaft unter den katholischen Arbeiter scheint mir der Begriff bürgerlich nicht ideal.
- 32 Bes. wirkungsmächtig hierbei: Heidenheimer, *German Party Finance*; aufgenommen und tradiert wurden die SPD-Broschüren über: Dübber, *Parteienfinanzierung*. Falsche Erwartungen weckt die jüngst erschienene Broschüre von: Cromme, *Die Finanzen*. Sie ist nur eine unverändert abgedruckte Seminar-Hausarbeit von 1961(!), die lediglich einige Artikel zusammenfasst. Der spätere Staatssekretär publizierte sie nun im Zuge der Spendenaffäre.
- 33 Vgl. Schroeder, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft*; Thiesen, *Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft*; zum EAK vgl. zuletzt: Oppelland, *Der Evangelische Arbeitskreis*.
- 34 Vgl. bislang lediglich die Selbstdarstellung der Partei, wie: Böhr (Hg.), *Jugend bewegt Politik*; Süsmuth, *Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union*; an der Oberfläche bleibt leider auch die Studie über die Mittelstandsvereinigung von: Konrad, *Der Mittelstand*.
- 35 Vgl. etwa Jun, *Koalitionsbildungen*, S. 109–114; Stöss, *Einleitung*, in: *Partei-handbuch*, Bd. 1, S. 213; Schwarz, *Adenauers Kanzlerdemokratie*, S. 21 f.
- 36 Herausragend hierbei: Buchhaas, *Die Volkspartei*, S. 117–120; mit sehr kritischem Gestus: Narr, *CDU-SPD*; eher ideengeschichtlich mit wenig Anbindung an die Partei: Holz, *Christliche Weltanschauung*.
- 37 Abgedr. in: Hintze (Hg.), *Die CDU-Parteiprogramme*, S. 31–44.
- 38 Zur geringen Programmerkennung innerhalb der CDU-Basis vgl. Falke, *Die Mitglieder der CDU*, bes. S. 256.
- 39 Vgl. bes. Walker, *Das Presse und Informationsamt*; Hoffmann, »Vorsicht und keine Indiskretionen!« oder Stosch, *Die Adenauer-Legion*. Unergiebig dagegen: Buchwald, *Adenauers Informationspolitik*.
- 40 Pridham, *Christian Democracy*.
- 41 Schönbohm, *Die CDU*. Quellenbasis sind hier im wesentlichen nur die Bundesvorstandsprotokolle.
- 42 Die SPD scheint hier rigider zu sein. So erhielt der Heine-Biograf Stefan Appellius trotz Fürsprache von Fritz Heine und Helmut Schmidt kaum Zugang zu den SPD-Finanzakten; vgl. ders., *Heine*, S. 10 f.
- 43 Neben den Musterverbänden Nordrhein-Westfalens vgl. die Protokolle der Landesvorstände von Rheinland-Pfalz (LHAK 663.2-370 bis 373, -5 und -1109), Oldenburg (ACDP III-021-18/1, -113/1, -112/4) Süd-Baden (ACDP III-018 A 115 bis 122) oder Württemberg-Hohenzollern (ACDP III-009-065, -073 und -078/1).
- 44 Mit wenigen Ausnahmen finden sich die Nachlässe alle im ACDP (vgl. Anhang) oder im Koblenzer Bundesarchiv; die Rheinland-Pfälzer CDU-Politiker deponierten ihre Nachlässe etwa zum Teil im Koblenzer Landeshauptarchiv, der von Günther Gereke liegt etwa im Hauptstaatsarchiv Hannover.

- 45 Während Krones Tagebücher bis 1961 auszugsweise gedruckt vorliegen und bereits vielfältig herangezogen wurde, wurde Müllers Tagebuch hier erstmals ausgewertet; in: ACDP I-505-007 bis 10/2. Sehr ergiebig für die private Selbstwahrnehmung eines evangelischen Politikers sind auch die Gesprächsnotizen Kai-Uwe von Hassels, die häufig Tagebuchcharakter haben; in: ACDP I-157.
- 46 Neben den ADK-Bestand in ACDP VI-025 vgl. etwa die Berichte im Nachlass Globke (ACDP I-070).
- 47 Um die konfessionellen Spannungen auszumachen, ist hierbei besonders der Nachlass von Hermann Ehlers von Interesse; ACDP I-369.
- 48 Einen sehr großen, bisher nicht von der Forschung ausgewerteten Bestand an Wahl- und Werbefilmen der CDU hat das ACDP (X-100). Das restliche Parteimaterial findet sich verstreut in allen Nachlässen und Organisationsbeständen.
- 49 Sie liegen im Hauptstaatsarchiv Hannover VVP 7.
- 50 Vgl. bes. die Nachlässe von: Hans-Christoph Seebohm (BA NL 1178 ), Margot Kalinke (ACDP I-026), Hans-Joachim von Merkatz (ACDP I-148).
- 51 Sie liegen für die Zeit von 1949 bis 1967 bereits gedruckt vor; vgl. Anhang.
- 52 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD) RWV 26.

### I. Vom Milieu zur Parteigründung

- 1 Pfad an Adenauer 5.9.1945, in: StBKAH 08/05. Seit Mai 1945 wusste man in Hannover über den Landesbischof Marahrens von einem Zusammengehen der Konfessionen in Düsseldorf; Robert Lehr stellte über die Vereinigten Stahlwerke die Verbindung her; vgl. die Korrespondenz in: LKAH L 2 Nr. 790/01.
- 2 Adam van Eyck an Adenauer 14.9.1945, in: StBKAH 08/05.
- 3 Zit. Rede Cilliens, 27.4.1946, in: ACDP I-521-002/1; ähnliche Selbstdarstellungen: Leo Schwerings »Die Entstehung der CDU«, in: ACDP III-002-160/2; NSt 1.12.1955 (»Die CDU wurde nicht in der üblichen Weise organisiert, sie entstand an zahllosen Orten gleichzeitig.«). Daran angelehnt etwa: Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 15–17, Pütz, Die Christlich Demokratische Union, S. 15 oder Haungs, Die CDU, S. 172.
- 4 Baring, Außenpolitik, S. 1.
- 5 Auch diese Selbstdarstellung wurde mitunter übernommen; vgl. etwa Heitzer, Die CDU, S. 35.
- 6 Vgl. etwa: Exner, Ländliche Gesellschaft; Rinklake, Katholisches Milieu. Als großstädtisches Beispiel, wo die Erosion stärker war: Liedhegener, Katholisches Milieu. Bestritten wird das Fortexistenz der Milieus dagegen etwa von: Becker, CDU und CSU, S. 278 f.
- 7 Vgl. Köhler/Melis (Hg.), Siegerin in Trümmern; Werner K. Blessing, »Deutschland in Not, wir im Glauben...« Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, in: Broszat u. a. (Hg.), Von Stalingrad, S. 3–111.
- 8 Sehr anschaulich die Anfrage: Adenauer an Mutterhaus Hilstrup, 25.7.1945, gedr. in: Briefe 1945–1947, S. 63 f.
- 9 In der Bischofsstadt Münster besetzte so etwa die CDU die gesamte Verwaltung, vgl. Köster, Katholizismus, S. 26 f. Als ländliches Beispiel vgl. die Bürgermeister-Besetzung in Südoldenburg: Kuroпка, »Um den Karren wieder aus dem Dreck zu holen...«, S. 26 und S. 92.
- 10 Vgl. Brelie-Lewien, Katholische Zeitschriften, S. 49.
- 11 Vgl. Köster, Katholizismus, S. 105.
- 12 Vgl. Rudolf Morsey, Prälaten auf der politischen Bühne. Zur Rolle geistlicher Parlamentarier im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hg.), Von Windthorst bis Adenauer, S. 232–242.
- 13 621 bei 1446 Pfarreien und Rektoraten mit 3460 Weltgeistlichen; vgl. Statistik CDU Rheinland 5.10.1947, in: ACDP VII-004-0400/1. Bes. in Rheinland-Pfalz unterzeichneten sie Gründungsauftrufe (Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 64 u. 68). Katholische Pfarrer fanden sich in zahlreichen überregional bedeutenden Gründerkreisen, wie etwa Mannheim, Frankfurt, Ludwigshafen, Heidelberg oder Fulda; für Baden vgl. Fäßler, Badisch, S. 89. Auch in der norddeutschen Diaspora zeigen die meisten lokalen Stichproben die herausragende Bedeutung der katholischen Geistlichen bei der Parteigründung; vgl. etwa Celle (Vorstandsliste ACDP II-056-032) oder Gandersheim.
- 14 Vgl. Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 154–159.
- 15 Das galt auch für wichtigsten Gründungszentren des Rheinlandes und Westfalens: In Köln waren alle 18 Teilnehmer der Gründungsversammlung vom 18. Juni 1945 ehemalige Zentrumsmitglieder, der frühe Düsseldorfer Aufruf vom April 1945 wurde ebenfalls nur von Katholiken verfasst; ebenso in Essen, Dortmund etc.; vgl. Heitzer, Die CDU, S. 39, 48 und 83. Ebenso rein katholisch waren die Gründerkreise in den süddeutschen katholischen Großstädten wie Freiburg, Stuttgart oder Karlsruhe sowie der für Hessen zentrale Frankfurter Kreis; vgl. Wieck, Christliche und freie Demokraten, S. 37, 103, 130 und 138.
- 16 Erinnert sei besonders an Jakob Kaiser (Berlin), Karl Arnold (Düsseldorf), Johannes Albers (Köln), Anton Storch (Hannover) oder die Baden-Württemberger Vorsitzenden Josef André, Anton Dichtel und Josef Ersing. Zu dieser Traditionslinie der interkonfessionellen Öffnung vgl. Cary, The Path to Christian Democracy.
- 17 Zum Berliner Gründerkreis vgl. bes. die Memoiren von: Johann Baptist Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, bes. S. 15 u. 17; sowie die Einträge in: Tagebücher Krone, 16. und 17.6.1945, S. 15–18.
- 18 Vgl. etwa die Gründungsberichte in: Ersing an Bischof Sproll 20.8.1945, in: ACDP III-003-59/6; Kaiser an Albers 19.8.1945, in: BA N 1018/413. Zu Steltzers Rückkehr nach Schleswig-Holstein vgl. etwa: Manuskript Kamphausen, Die Anfänge der CDU, o. D., in: ACDP III-006-103 oder Paul Bock, Erinnerung nach Tagebuchnotizen, in: ACDP III-006-104.
- 19 Vgl. die Braunschweiger Gründungsdokumente in: ACDP II-092-086; Heiko Homburg: Vom Kasseler Zentrum zur Kasseler CDU. Geschichte und Entwicklung des ersten hessischen CDU-Stadtverbandes, in: Heidenreich/Wolf (Hg.), Der Weg, S. 235–252, S. 239; Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nord-Württemberg, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 135.
- 20 Zu den gesellschaftspolitischen Bedenken vgl. etwa den Bericht von: Albers an Stegerwald 15.8.1945, in: BA N 1018/315. Schmidt, Zentrum, macht das sozialpolitische Argument vielleicht etwas zu stark. Zur der regionalen Diskussion, ob eine interkonfessionelle oder Zentrumsgründung vorzunehmen sei, vgl. auch Nietfeld, Die Zentrumspartei, S.12–50, Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 102 und Schmeer, Volkskirchliche Hoffnungen, S. 243–251.
- 21 So hieß es etwa im Gründungsprotokoll des katholisch-ländlichen Vechta: »Besser wäre es zweifellos, wenn noch mehrere Parteien gegründet werden könnten. Die Gefahr liegt nun für uns darin, daß auch Nazis zu unserer Partei kommen und sich in ihr breitmachen.« Die Mehrheit war jedoch schließlich anderer Meinung; in: ACDP II-067-001/3. Vgl. etwa für Berlin: Tagebücher Krone, S. 16 f.

- Für Westfalen: Wieck, Entstehung, S. 107. Zur Neubelebung der Vorurteile vgl. für Rheinland-Pfalz auch die Konfliktbeispiele in: Martin, Die Entstehung, S. 88 f. und 210. Einen Anstieg der anti-preußischen Haltung scheint es auch in Bayern gegeben zu haben; vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 19.
- 22 Sehr anschaulich wird diese Verbindung etwa aus: Kuroпка, Zur historischen Identität, S. 34–56.
- 23 Folglich gelang in den katholisch-ländlichen Teilen von Baden, wo seit 1876 die obligatorische Simultanschule vorherrschte, die Zusammenarbeit mit den eher liberalen Protestanten wesentlich leichter. Vgl. Hans-Georg Merz, Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert, in: Weinacht (Hg.), Die CDU, S. 33–62.
- 24 Pfad an Kannengießer, 19.9.1945, in: ACDP I-182-010/01. In Rinkerode hatten sich ehemalige Zentrumsanhänger aus Niedersachsen und Westfalen getroffen und mehrheitlich für die Christdemokratische Partei entschieden.
- 25 ›Neuer Hannoverscher Kurier‹, 15.1.1946. Ebenso bei den späteren 10-Jahresfeiern; vgl. etwa NSt 6.11.1955, S. 7, Rückblick Beitzen.
- 26 Zum Rheinländischen Treffen vgl. den Bericht vom Mainzer Bischof Stohr, 15.5.1945, in: Löhr (Bearb.): Dokumente deutsche Bischöfe, S. 487. Zu Werl und Fulda vgl. auch Heitzer, CDU, S. 685–688.
- 27 Vgl. auch Gauly, Katholiken, S. 76. Zu Galen vgl. Köster, Katholizismus, S. 29 und 72 f.
- 28 Adenauer an Scharnagl, 21.8.1945, in: Briefe 1945–1947, S. 77–79.
- 29 Adenauer an Domkapitular Jansen, 29.4.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 237. Vgl. ebenso z. B. Adenauer an Pater Becher, 8.6.1946, in: ebd., S. 260 f.
- 30 Vortrag Pfad »Ziele und Aufgaben der Partei« Vortrag auf der Arbeitstagung der »Christlich-Demokratischen Partei« in Hannover; 18.11.1945, in: StAGö Kl. Erw. Nr. 171.5.
- 31 Vgl. hierzu etwa die Wahl- und Gründungsaufrufe in Württemberg-Hohenzollern (ACDP III-009-204/1), Südhessen (ADCP III-020-127/2) oder Südbaden (ACDP II-067-001/3) sowie die zahlreichen schulpolitischen Zuschriften an Adenauer aus Nordrhein-Westfalen (in: StBkAH 08/30). Vgl. auch die Hinweise bei: Martin, Die Entstehung, S. 224, Fäßler, Badisch S. 113 f., Uwe Dietrich Adam, Die CDU in Württemberg-Hohenzollern, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 177 f.; und Damberg, Abschied vom Milieu, S. 440.
- 32 Altmeier, Rede auf der beratenden Landesversammlung 1.12.1946, in: Peter Altmeier, Reden 1946–1951, S. 4.
- 33 Unter den zahlreichen Lokalstudien vgl. etwa: Westerhoff, Der politische Neubeginn, S. 60.
- 34 Flugblatt Kreistagswahl 1946, in: ADCP III-020-127/2.
- 35 Vgl. etwa in Lübeck, wo zwei Parteien in Lübeck »Zentrumsleute« die Bekennerschule »verlangten« und »frühere deutsche Demokraten, die diese Partei gründeten und als eine ihrer wichtigsten Programmpunkte die Simultanschule forderten«; Paul Bock, Erinnerung nach Tagebuchnotizen, in: ACDP III-006-104. Vgl. ebenso für Marburg: Rüschemschmidt, Gründung, S. 216.
- 36 Vgl. hierzu auch: Martin, Entstehung, S. 269. Die Debatte um den christlichen Sozialismus der CDU ist recht breit erforscht und braucht deswegen hier nicht erneut dargestellt werden; vgl. insbes. Uertz, Christentum und Sozialismus. Etwas polemisch und weniger ergiebig: Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Zu der maßgeblichen Sozialismus-Konzeption von Kaiser, die nicht von allen Berliner Katholiken geteilt wurde, vgl. seine Reden und Schriften in: Mayer (Hg.), Jakob Kaiser, S. 212–230, sowie: Conze, Jakob Kaiser, S. 38 f. Conzes biografische Abhandlung steht allerdings vor allem im Zeichen von Kaisers Kampf gegen die SED, während sie die Sozialismus-Forderungen Kaisers und in der CDU herunterspielt.
- 37 Abgedr. in: Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 73–75. Zahlreiche Beispiele hierfür bei: Holz, Christliche Weltanschauung.
- 38 Leitsätze der Christlich-Demokratischen Partei Rheinland und Westfalen, Endfassung o. D. [Dez. 1945], in: StBkAH 08/06. Vgl. ähnlich für Württemberg: Reden und Aufrufe in: ACDP III-003-59/11; für Südhessen: Rüschemschmidt, Gründung, S. 347; für Baden: Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 132; ebenso bei katholischen Gründern in der an Westfalen grenzenden Diaspora; vgl. etwa in die Selbstdarstellung der CDU in Göttingen, in: Beschreibung des Werdens der CDU, o. D., o. U. (Berg 1946) StAGö Kl. Erw. Nr. 171, 56. Zu dem säkularen Niedergangsparadigma und der christlichen Errettung vgl. Walter, Neubeginn, S. 20–120.
- 39 Vgl. etwa seine Artikel »Die Arbeiterschaft und der 20. Juli 1945. Mutige Männer« (Das Volk 20.7.1945) oder »Zum Weg der Union« (Neue Zeit 30.12.1945), abgedr. in: Mayer (Hg.), Jakob Kaiser, bes. S. 179–181 und 197–200.
- 40 Flugblatt vorläufiger Vorstand der CDP Westfalen, Okt. 1945, in: ACDP III-002-160/2; für Südbaden: »Wir fordern die Ausschaltung der aktiven Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und Führerstellen.« Programm der Christlich-Demokratischen Partei Vechtas ACDP II-067-001/3; ähnlich in Südhessen, vgl. Rüschemschmidt, Gründung, S. 296.
- 41 Vgl. LV Braunschweig an LV Hannover, Anlage mit Mitgliedskarten der Kreise; ACDP III-008-002/4. Auffällig ist dies besonders in konfessionell gemischten Landesverbänden: Vgl. für Hessen die Mitgliederstatistik in: ACDP III-020-115/1.
- 42 Es folgen zahlreiche Namen von ehemaligen Zentrumspolitikern; Aufruf CDP Westfalen/Kannengießer, Okt. 1945, in: ACDP III-002-160/2.
- 43 Dies ergibt die Auswertung der Landesvorstandslisten der stärker katholisch geprägten Landesverbände; in Westfalen, Hessen, Nordwürttemberg und Rheinland-Pfalz waren alle katholischen Mitglieder der Landesvorstände vor 1933 im Zentrum, im Rheinland 18 von 21, in Südwürttemberg 4 von 5, in Nordbaden 7 von 8; gedruckt finden sich die Vorstandslisten bei: Wieck, Die Entstehung, S. 100 und 122 und Ders., Christliche und freie Demokraten, S. 54, 70, 88, 133 u. 160.
- 44 Erinnert sei an Heinrich Vockel (Generalsekretär des Zentrums auf Reichsebene), Heinrich Krone (stellvertretender Generalsekretär) oder Josef Kannengießer (Generalsekretär in Westfalen).
- 45 So selbst die wichtigsten Köpfe der nordrhein-westfälischen CDU-Gründer, wie Friedrich Holzappel (Herford) oder Otto Schmidt (Wuppertal); eine wichtige Ausnahme bildet etwa der Düsseldorfer CDU-Mitbegründer und Ex-DNVP Politiker Robert Lehr, der 1924–1933 Düsseldorfer Oberbürgermeister und 1950–1953 Bundesinnenminister war. In den CDU-Vorständen der Regierungsbezirke Trier, Koblenz und Hessen-Nassau fand sich zunächst sogar nicht ein einziger Protestant; vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 88; zur untergeordneten Rolle der ersten Protestanten vgl. auch Gerd Hepp, Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 113 f.
- 46 Helene Weber war von 1919–1933 MdR für das Zentrum und 1925–1933 Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses; Teusch war ebenfalls von 1919–1933

- MdR, 1946–66 MdL in Nordrhein-Westfalen und 1947–54 dortige Kultusministerin.
- 47 Zu ihrem Werdegang vgl. Grebing, Auch eine Entscheidung für die SPD.
- 48 Meldung an Ehlers 1952, in: ACDP I-369-002/1. Vgl. auch die Kreisvorsitzenden in der Gründungsphase von Südbaden (26 von 27 katholisch).
- 49 Neben den genannten Milieustudien vgl. hierzu auch Renate Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958, bes. S. 267–270.
- 50 Die statistische Angabe beträgt nur 1,5 Prozent, jedoch fehlen einige Kreisverbände; CDU Rheinland 5.10.1947, in: ACDP VII-004-0400/1. Ebenso war auch im katholischen Westniedersachsen der Flüchtlingsanteil anscheinend geringer; Grundeil an Militärregierung, 2.7.1946, in: ACDP II-067-001/6.
- 51 Der LV Südbaden hatte 1955 162 (zwei Prozent) Heimatvertriebene und 225 SBZ-Flüchtlinge bei 7955 Mitgliedern, in: ACDP III-018-004. Im flüchtlingsstarken Bayern (1950: 23% Flüchtlinge) betrug der Flüchtlingsanteil innerhalb der CSU im selben Jahr nur 8,6%; s. Mintzel, Die CSU, S.175.
- 52 Zit. nach: Martin, Entstehung, S. 209. Vgl. als lokales Beispiel die Klagen in: KV Vechta an die Militärregierung 16. Juli 1946, ACDP II-067-001/4.
- 53 Vgl. Exner, Ländliche Gesellschaft, S. 401–404.
- 54 So etwa in Recklinghausen-Land 12.331 und Lüdinghausen 11.300; Mitglieder-Statistik für Westfalen in: StHAD RWN 105–12 Bd. I, S. 159. Vgl. die sicherlich ungenauen Eigenangaben der Zentrumshochburgen von 1946/47: Vechta/Westniedersachsen 2500 Mitglieder (ACDP II-067-001/6), Fulda-Land/Hessen 1521 (ACDP III-020-115/1) oder Aalen/Württemberg 1609 (ACDP III-003-59/6).
- 55 Rheinland 21,5 Prozent (1947), Westfalen 21 Prozent (1948), in: StHAD RWN 105–12 Bd. I, S. 159.
- 56 Während in stärker protestantischen Kreisen wie Remscheid, Solingen, Mülheim oder Dinslaken nur rund die Hälfte der Mitglieder vor 1900 geboren war, waren dies in stark katholischen Kreise wie Aachen, Euskirchen oder Bonn deutlich über zwei Drittel; vgl. Angaben in: CDU Rheinland 5.10.1947, in: ACDP VII-004-0400/1. Der Kreisverband Wuppertal bildete, wie noch zu erklären ist, als rein protestantisches Gründungszentrum eine klare Ausnahme.
- 57 Im Landesverband Rheinland waren 1947 34 von 39 Kreisgeschäftsstellen mit hauptamtlichen Geschäftsführern besetzt. Insgesamt hatte der Landesverband bereits 102 Hauptamtliche; CDU Rheinland an Zonenausschuß 3.8.1947, in: ACDP VII-004-400/1. In Westfalen waren bereits im April 1946 in zwei Drittel der Kreise fast überall Ortsvereine entstanden, während der Landesverband siebzehn hauptamtliche Geschäftsführer beschäftigte; vgl. »Stand der Organisation«, in: StHAD RWN 105–12 Bd. II.
- 58 Vgl. die entsprechenden Landesverbandsbestände im ACDP, im HStAD für Nordrhein-Westfalen und im LHAK für Rheinland-Pfalz.
- 59 Darüber hinaus war der Verstärkungsgrad entscheidend für die Beitragshöhe. Vgl. die rückblickende, detaillierte Aufschlüsselung in: Jahresbericht CDU Rheinland 14.2.1951, in: StBKAH 8/11; zu Westfalen: StHAD RWN 105–12 Bd. I, S. 159.
- 60 Die »Kölnische Rundschau«, »Aachener Volkszeitung« und »Rheinische Post« hatten 1947 eine Auflage von rund 660000 Exemplaren, die SPD-nahen Zeitungen nur die Hälfte; Übersicht in den statistischen Berichten der CDU-Rheinland, in: StBKAH 11/01. Aber auch die Gesamtauflage der CDU-Zeitungen war in der britischen Zone Ende 1946 um 50000 Exemplare höher als die der SPD; vgl. Fischer, Parteien und Presse, S. 56. Vgl. dagegen Becker, CDU, S. 118, der auch für den Landesverband Rheinland die Benachteiligung der CDU-Presse betont. Heitzer, CDU, S. 339, der mit Leo Schwering von einer »offenen Diskriminierung« der CDU-Presse durch die Labour-Regierung spricht; ebenso: Pütz, Die Christlich Demokratische Union, S. 16.
- 61 Ebenso wurde im Rheinland etwa der Chefredakteur des »Aachener Volksfreunds« nun Lizenzträger und Herausgeber der »Kölnischen Rundschau«. Vgl. Fischer, Parteien, S. 133 u. 140.
- 62 Vgl. hierzu und zum folgenden demnächst ausführlich: Bösch, Das konservative Milieu, sowie Matthesen, Greifswald.
- 63 Den für das bürgerliche Lager schmerzhaften Verlust der nationalen Klammer betont etwa auch: Rohe, Wahlen, S. 162.
- 64 Vgl. etwa für Württemberg vgl. Besprechung 3.1.1946 in: ACDP III-003-59/11; für Hannover, wo über Bischof Marahrens eine frühe Kontaktaufnahme zu den Düsseldorfer Gründern entstand: LKAH L 2 Nr. 790/01. Für Köln, wo sich der Superintendent Hans Encke für CDU einsetzte und über Bischof Wurm Kontakte nach Süddeutschland knüpfte: Adenauer an Scharnagl 21.8.1945, in: Briefe 1945–1947, S. 77.
- 65 Vgl. Vollnhals, Evangelische Kirche, bes. S. 9–21.
- 66 Vgl. Ruck, Korpsegit, und Schmeer, Volkskirchliche Hoffnungen, S. 638.
- 67 Im Vergleich zu den zitierten 621 katholischen Pfarrern waren im Rheinland 1947 nur 36 evangelische Pfarrer CDU-Mitglied; vgl. Statistik CDU Rheinland 5.10.1947, in: ACDP VII-004-0400/1. Dennoch finden sich unter den Gründungsmitgliedern immer wieder auch evangelische Pastoren; so etwa in Plön (vgl. Pastor Böttger an Mil. Gouverneur 15.10.1945, in: BA N 1071/21), Berlin (vgl. Tagebücher Krone, S. 16 f.), Wolfenbüttel (Treffen bei Pastor Unverhau, vgl. NSt 1.5.1956, S. 5), Freiburg, Frankfurt, Mannheim, Bad Hersfeld, Kassel, Kiel, Gießen etc.; vgl. auch: Rüschemschmidt, Gründung, S. 197 und Wieck, Entstehung, S. 104, 174.
- 68 Das zeigen Tätigkeitsberichte über die lokalen Parteigründungen. Hier finden sich zahlreiche Notizen wie: »Sottrum: Katholischer Pastor Meier Ibold und evangelischer Witte, Hackenstedt, positiv, wollen Bevölkerung beeinflussen«; »In Nette Besprechung mit Pastor Rauterberg (ev.), aufgeschlossen, positiv, will werben«; aber auch: »Besprechung mit ev. Pastor Dr. Georgi, Hary, bringt CDU Mißtrauen entgegen, meint CDU sei rein katholische Partei«. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 16.–31. Mai 1946, Dr. Oestreich und ebd. für den 1.–15. Juni 1946, in: ACDP-008-011/7. Zu Württemberg vgl. etwa Bericht Kreisverband Aalen an Landesgeschäftsstelle 2.5.1946, in: ACDP III-003-59/10. Vgl. auch: Martin, Die CDU, S. 78; anschaulich: Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, S. 338.
- 69 Dibelius an Pfarrer Schian 22.12.1945; verschickt als Informationsbrief der CDU Deutschlands Reichsgeschäftsstelle 7.1.1946, in: ACDP III-012-1062.
- 70 Vgl. neben Bösch, Das konservative Milieu, etwa: als lokales Beispiel für die starke personelle und institutionelle Kontinuität: Reeken, Ostfriesland, S. 232 f.
- 71 Vgl. die anschaulichen Memoiren: Glüsing, »Dor warr ik mi um kümmern«, S. 47. Ebenso plastisch mit ähnlichem Verlauf: Brese, Erlebnisse und Erkenntnisse.
- 72 Glüsing, »Dor warr ik mi um kümmern«, S. 51.
- 73 Vgl. die Gründungsberichte in: ACDP III-006-103 und –104.
- 74 Die zunächst einzige Ausnahme unter den protestantischen Gründerkreisen Schleswig-Holsteins war Bad Segeberg. Dort hörte Paul Pagel am 15.9.1945 die

- Nachricht von der Christlich-Demokratischen Partei im Rundfunk und meldete sie sofort unter diesem Namen an; vgl. Abschrift Tagebuch Pagel, Eintrag 15.9.1945, in: ACDP III-006-103.
- 75 Vgl. zu der entsprechenden Diskussion in Schleswig-Holstein, Hamburg oder auch Wuppertal: Wieck, Entstehung, S. 94–96, S. 170 f. und 185. Ebenso in den evangelischen Gebieten von Rheinland-Pfalz (vgl. Martin, Entstehung, S. 232) und in Süddeutschland, wo sich zunächst auch der wichtige CDU-Unterstützer Bischof Wurm gegen das »C« aussprach (vgl. Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nord-Württemberg, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 143). Eine wichtige Ausnahme scheint Frankfurt zu sein, wo das lokale evangelische Kirchenumfeld für das Firmenwort »christlich« eintrat; so der rückblickende Bericht in: Wieck, Christliche und freie Demokraten, S. 46.
- 76 Vgl. das Protokoll der Detmolder Tagung vom 6.11.1947, wo Vertreter der EKD (Niemöller, Heinemann) und CDU (u. a. Cillien/Hannover, Holzapfel/Westfalen, Carola Barth/Hessen, Theill/Rheinland) diskutierten und einige gemeinsame Sätze formulierten; in: LKAH L 3 III, Nr.450.
- 77 Vgl. Statistiken in: Kirchliche Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1952, Gütersloh 1953, S.474 (Tab.8).
- 78 Vgl. etwa dementsprechende Gründungsberichte für Dithmarschen, Schleswig, Ostholstein, Steinburg oder Lübeck in: ACDP III-006-103 und -104; auch die Protestanten der Berliner Gründung äußerten Bedenken gegen das »C«; vgl. Wieck, Entstehung, S. 213; für Süddeutschland vgl. Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nord-Württemberg, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 144.
- 79 Zit. nach: Paul Bock, Erinnerung nach Tagebuchnotizen, o. D. [um 1959], in: ACDP III-006-104.
- 80 Dies rief den Protest der Geistlichen und der Koblenzer Führung hervor; vgl. Martin, Entstehung, S. 94. Vgl. als ähnliche Beispiele etwa für Nordhessen: »Aufruf der Christlich-Demokratischen Union« Waldeck, Dez. 1945, abgedr. in: Rüschemschmidt, Gründung, Dok. 11, S. 558;
- 81 Abgedr. in: Stubbe, Union, Dok. 12, S. 402 f.
- 82 Aufruf o. D. [Okt. 1945], in: BA N 1071/21. Und dies, obwohl Schlange-Schönungen zu den Verfechtern des »C« gehörte. Dagegen betont Kleinmann, CDU, S. 16, dass »alle programmatischen Grundsätze und Forderungen« die christliche Botschaft den Kern und die Attraktivität der Union ausmachten.
- 83 Vgl. etwa die Reden Simpfendörffers in: ACDP III-003-59/11 oder von Ernst Bach, in: StHAD RWN 138-1 und 138-3. Zu den württembergischen Pietisten in der CDU vgl. auch Schmeer, Volkskirchliche Hoffnungen, S. 486.
- 84 Schulprogramm der CDU-Wuppertal, in: StHAD RWN 119-7 und Ernst Bach, Der Weg aus der Not!« o. D., in: StHAD RWN 138-1.
- 85 So in Rheinhessen: Vgl. Weitzel, Von der CSVP zur CDU, S. 125 f.
- 86 Zit. Programm CDP Goslar, in: ACDP II-092-086.
- 87 Zit. Gründungsaufwurf CDU Celle-Land, in: ACDP I-066-001/2.
- 88 Zit. Antwort Brese auf den Vorwurf »die CDU sei nur eine katholische Partei«; Protokoll CDU-Celle Land 25.6.1946, in: ACDP I-066-001/2.
- 89 Fratzscher an Marahrens, 19.1.1946, in: LKAH L 2 Nr. 790/01.
- 90 Vgl. die Aufrufe in: ACDP III-006-103 und -104.
- 91 Die Revolution von 1918/19 gab ihm hierfür den entscheidenden Schub; vgl. Bösch, Von der Einwohnerwehr zur Volkspartei, S. 227–248; Matthiesen, Bürgerertum und Nationalsozialismus.
- 92 Vgl. dazu die zeitgenössischen Interviews in: Schulze (Hg.), Unruhige Zeiten, etwa Pastor Bensch 1947: »Ich bin der Meinung, daß es im Plan unserer Sieger liegt, die Volksstämme durcheinanderzumischen, so brechen sie am ehesten den Widerstand durch die völkische Auflösung.« Ebd., S. 73.
- 93 Herta Rumpf an die Landesleitung der CDU Hessen, o. D. (Februar 1946), in: ACDP III-020-115/1.
- 94 Zit. Gründungsaufrufe Celle-Land (verfasst vom später langjährigen MdB Wilhelm Brese), Rundschreiben März bis Mai 1946, Brese an Knebel 22.3.1946, in: ACDP II-056-32; vgl. auch Programm CDU Celle/Land in: ACDP I-066-001/2.
- 95 Vgl. etwa einen protestantischen Aufruf aus Nordwürttemberg: »Nur aus christlicher Verantwortung heraus können die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik so gelöst werden, daß das Abendland vor dem drohenden Untergang gerettet wird.« Flugblatt »Die CDU ruft zur Entscheidung auf!«, Okt. 1946, in: ACDP III-003-21.
- 96 o. D., in: ACDP III-006-103.
- 97 März 1946, in: ACDP III-006-103.
- 98 Tagebuch Pagel, Eintrag 15.9.1945, abgetippt in: ACDP III-006-103. Dagegen wird in der Literatur häufig davon ausgegangen, dass erst 1948/49 der Antibolschewismus den christlichen Gründungsimpuls ablöste; vgl. etwa Doering-Manteuffel, Die »Frommen«, S. 100.
- 99 Eine der wenigen Ausnahmen, die ich auffinden konnte, wäre etwa der spätere CDU-Schatzmeister Ernst Bach, der sich anfänglich in Reden »zum Sozialismus der Tat aus christlicher Verantwortung« bekannte, dies nach 1946 aber nicht mehr propagierte; vgl. Ders., Der Weg aus der Not!« o. D., in: StHAD RWN 138-1. Da sich die meisten Studien an Nordrhein-Westfalen orientieren, wurde die vorherrschende evangelische Programmatik häufig übersehen; so schreibt Uertz, Christentum und Sozialismus, S. 206, unzutreffender Weise, der christliche Sozialismus charakterisiere bis 1947/48 die parteipolitische Entwicklung der CDU in der britischen Zone.
- 100 Sogar in der CDU Schleswig-Holstein kam es kurzzeitig zu weitgehenden sozialen Forderungen; vgl. protokollarischer Bericht des CDU-Landesausschuß, 19.9.1946, in: ACDP III-006-104 (Akte KV Lauenburg); da der Bericht von einem Gegner dieses Kurses verfasst wurde, dürfte einiges hierin überzogen sein.
- 101 Vgl. Programm CDU in Schleswig-Holstein, in: ACDP III-006-103.
- 102 Rede Schlange-Schönungen, Niederschrift über die politische Versammlung am 30.10.1945, in: BA N 1071/21. Vgl. auch: Schlange-Schönungen an Schröder 20.11.1945, in: ebd., oder etwa Beschlüsse wie: »Zur Frage der Entnazifizierung wurde gefordert, daß die CDU jeden Deutschen, der zu ihr kommt und von ihr als Mitglied aufgenommen wird, schützt und stützt.« »Bericht über die Aktivistenversammlung« des KV Lauenburg 13.11.1946, in: ACDP III-006-104 (Akte KV Lauenburg). Dagegen betont Becker, CDU und CSU, S. 288, dass man sich gerade in Schleswig-Holstein von der Rechten abgegrenzt habe.
- 103 Rede vom 30.10.1945, in: BA N 1071/21.
- 104 Zu dieser biografischen Scheidegrenze vgl. zuletzt: Berghoff/Rauh-Kühne, Fritz K., S. 206–248.
- 105 Zit. Schröder, Protokollarischer Bericht vom Landesausschuß 19.9.1946, in: ACDP III-006-104 (Akte KV Lauenburg).
- 106 Vgl. auch: Noormann, Protestantismus und politisches Mandat, S. 41 f.

- 107 HNN, 29. Januar 1947. Ähnlich führte Vennemann/Schleswig-Holstein an, »daß die Sozialdemokratie durch ihre jahrzehntelange Agitation es fertig gebracht hat, die ungesunde Begehrlichkeit der unteren Massen in einer solchen Weise zu steigern, daß damit der Boden für die uferlosen und sinnlosen Versprechungen eines Adolf Hitler überhaupt erst geschaffen wurde.« Rede auf dem ersten CDU-Zonenparteitag in Recklinghausen am 14./15.8.1947, in: Ebd., hrsg. Von dem Zonensekretariat der britischen Zone, Köln o. D. [1947]. Interviews aus der Nachkriegszeit zeigen, dass lokale Meinungsführer des protestantisch-ländlichen Raums ebenfalls den »Marxisten« die Schuld an 1933 gaben; vgl. HStAH ZGS 1 VI. Hanna Fuess-Sammlung 602a.
- 108 Flugblatt »Arbeiter und Angestellte« o. D. [Schleswig-Holstein 1946], in: ACDP III-006-057. Als Beispiel für Nordwürttemberg vgl. Flugblatt »Die CDU ruft zur Entscheidung auf!«, Okt. 1946, in: ACDP III-003-21.
- 109 Zit. Protokoll Saager von der Landesverbandstagung in Kiel, 15.4.1946, in: ACDP I-287-005.
- 110 Zu dieser implizit die Sozialdemokratie ausgrenzenden Rhetorik vgl. Peter-Christian Witt, Konservatismus als Überparteilichkeit. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Stegmann (Hg.), Deutscher Konservatismus, S. 231–280.
- 111 In: BA N 1071/21; oder für Celle-Land, in: ACDP I-066-001/2. Zu Schlange-Schöningens Vita vgl.: Trittel, Hans Schlange-Schöningens.
- 112 Abgedr. in: Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 114 f. und 119.
- 113 Schmidt an Heinemann 15.11.1945, in: FES NL Heinemann Bd. 6.
- 114 Zit. Rede Schröter: »Die Aufgabe jeder kommenden Staatsführung ist es zunächst einmal, diese Diffamierung und diese Diskriminierung des deutschen Volks zu bekämpfen.« Niederschrift Versammlung 30.10.1945, in: BA N 1071/21.
- 115 Bei den Mitgliedern machten die Landwirte in den Fünffzigern (wo die ersten Zahlen vorliegen) das siebenfache ihres Bevölkerungsanteiles aus (34,6% in der CDU, 4,78% in der Bevölkerung); vgl. Daten Varain, Parteien, S. 45; für Nordhessen: Rüschemschmidt, Gründung, S. 210 f.;
- 116 Wieck, Entstehung, S. 92.
- 117 Vgl. etwa: Dr. Dr. Gereke, Dr. Dr. Heinemann oder Dr. Dr. Pagel.
- 118 Vgl. die fünf ersten Unterzeichner des Plöner Kreises: Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Oberkonsistorialrat Prof. Dr. Laag, Freiherr Senfft von Pilsach-Breitenstein, Minister a. D. Schlange-Schöningens und Pastor Böttger, in: Pastor Böttger an Militär Gouverneur 15.10.1945, in: BA N 1071/21.
- 119 Vgl. etwa die Wirtschaftsverbindungen von ersten und zweiten evangelischen CDU-Landesvorsitzenden wie Friedrich Holzapfel/Westfalen (1926–37 Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld, Fabrikant), Erich Köhler/Hessen (1919–33 Geschäftsführer des Bundes der Arbeitgeber in Kiel, 1945 Hauptgeschäftsführer der IHK), Robert Pferdmenes/Rheinland (Bankier/u. a. Präsident der IHK Köln), Max Detlev Ketels/Hamburg (Bankier, Vizepräsident der Handelskammer) oder Otto Fricke/Braunschweig (Baustoffgroßhändler, Vizepräsident der IHK Braunschweig, Vorsitzender des Zonenverbandes des Baustoffgroßhandels).
- 120 Protokoll 25.10.1945, in: ACDP II-092-086.
- 121 Ebd., Parteitag CDP Goslar, o. D.
- 122 Entwurf 18.8.1945, in: ACDP II-092-086. Selbst der vielzitierte stärker christlich-sozial orientierte Gründerkreis in Wuppertal ging maßgeblich aus einer mittelständischen Gruppe hervor, die eine »bürgerliche Sammlung rechts von der Sozialdemokratie« anstrebte; zit. nach der Selbstdarstellung von Otto Schmidt, Zur Frühgeschichte der CDU in Wuppertal, in: Schwering (Hg.), Auf der Suche, S. 38–57. Zum Selbstverständnis als Vertreter des »Bürgertums« vgl. für Nordhessen: Rüschemschmidt, Gründung, S. 144.
- 123 So CDU-Ministerpräsident Steltzer (1920–1933 Landrat in Rendsburg), die Kieler Ex-DDP Mitglieder Goldschmidt (Präsident der Kieler IHK), Ehmke (ehemaliger Kieler OB) oder Koch (Verleger).
- 124 So stellten die Pommern Hans von Bonin-Gülzowhof und Hasso von Knebel-Doerbitz Verbindungen nach Niedersachsen her, während von Rönne Kontakte nach Westfalen knüpfte. Aus dem Osten kamen aus diesem Kreis etwa Schlange-Schöningens Berater Freiherr Senfft von Pilsach-Breitenstein (Ex-Kreisvorsitzender der DNVP in Pommern), der ehemalige Kammerpräsident von Flemming oder Oberkonsistorialrat Prof. Dr. Laag; vgl. auch die Personenangaben bei Wieck, Entstehung, S. 159.
- 125 Vgl. hierzu seinen Nachlass in: ACDP I-287.
- 126 Gereke, geb. 1893 in Gruna bei Halle, Sohn eines Großgrundbesitzers, Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, Dr. iur. und Dr. rer. pol., jüngster Landrat des Reiches, dann im Berliner Innenministerium, 1924–1928 MdR der DNVP, 1928 Austritt aus DNVP-Fraktion, Mitbegründer, MdR und 2. Vors. der Deutschen Landvolkpartei, Gründer und Vorsitzender des Verbandes der preußischen Landgemeinden, Präsident des Deutschen Landgemeindetages, 1932/33 Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung unter Schleicher und Hitler, was ihm häufig angelastet wurde. 1933, 1936 und 1944 verhaftet, Rückzug auf Großgrundbesitz, der in der Bodenreform der SBZ aufgeteilt wurde. Vgl. auch seine sich der SED anbietende Autobiografie: Ders., Ich war königlich-preussischer Landrat, Berlin (Ost) 1970, sowie: Friedrich Winterhager, Günter Gereke, der erste Innenminister Niedersachsens – ein Wanderer zwischen den Welten, in: GDP 24 (1996), S. 315–320.
- 127 Zu den CDU-Gründern, die im CSVD aktiv waren, zählten etwa: Wilhelm Sempendörffer (1929–1933 CSVD-Reichsvorsitzender, 1948–1958 Landesvorsitzender der CDU-Nordwürttemberg), Paul Bausch (MdR CSVD 1930–1933, 1949–1965 MdB CDU), Wilhelm Greb (vor 1933 CSVD Vorsitzender von Rheinhessen), Arnold Fratzscher/Hannover (CSVD Mecklenburg, 1946–1968 Generalsekretär CDU in Niedersachsen), Fritz Söhlmann/Oldenburg, Hermann Schneider (Stellvertretende Vorsitzende CDU Baden), Otto Rippel (MdR des CSVD, CDU Vorstand Westfalen).
- 128 Vgl. Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 141.
- 129 Vgl. etwa Adenauers Urteil: »Herrn Cillien schätze ich sehr als Mensch. Nach meinen Erkundigungen ist er politisch nicht gerade besonders gewandt. Dies entspricht dem Eindruck, den ich von ihm habe.« Adenauer an Sevenich, 6.12.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 381. Dennoch befürwortete Adenauer zugleich seine Aufnahme in den Zonenausschuss und förderte ihn zeitlebens als repräsentative Figur. Fratzscher urteilte in seinem Nachruf über diesen führenden Politiker der CDU in Niedersachsen: »Eigentlich blieb ihm das Politische im engeren Sinne immer ein wenig fremd.« Ders., Adolf Cillien, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, S. 86. Ähnliches für Bayern vgl.: Woller, Gesellschaft und Politik, S. 194.
- 130 Zit. Tätigkeitsbericht Oestreich/Niedersachsen, 16.–31.5.1946, in: ACDP-008-011/7; für die protestantischen Gebiete in Rheinland-Pfalz vgl. Martin,

- Entstehung, S. 92 f. Ähnlich auch in den protestantischen Gebieten Bayerns; vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 14.
- 131 Zit. NSt 6.11.1955, S. 9. Schließlich seien doch von 32 Gründern sieben ohne NSDAP-Mitgliedschaft gewesen.
- 132 Vgl. hierzu die Berichte Pfads an Adenauer, in: StBkAH 08/57.
- 133 Vgl. die offen geführte Debatte in: Protokoll des erweiterten Landesvorstand Nordwürttemberg 20.4.1947 und 15.6.1947, in: ACDP III-003-59/20. Winfried Becker erwähnt dies dagegen mit den Worten, dass sie »Opfer einer unglücklichen und verfehlten Entnazifizierungskampagne wurden«, die die Vorstandsarbeit »behinderte«; Becker, CDU, S. 74.
- 134 Steltzer gehörte zum Kreisauer Kreis, bemühte sich um Kontakte nach Skandinavien und wurde nach dem 20. Juli verhaftet; vgl. Fest, *Staatsstreich*, S. 211 f. u. 320.
- 135 Vgl. die Berichte von: Schröter an Adenauer 20.3.1947, Steltzer an Adenauer 3.4.1947 und von Loogen an Adenauer 24.4.1947, alle in: StBkAH 08/57. Protokoll der Landesverbandstagung 15.4.1946, in: ACDP I-287-005. Becker, CDU und CSU, S. 276, betont dagegen auch die »Prägung« der konservativen CDU-Gründer durch den Widerstand; Kleinmann, *Geschichte der CDU*, S. 21, nennt den Widerstand sogar eine Voraussetzung für das Entstehen der Union.
- 136 Vgl. Protokoll des 6. Parteitages der CDU Schleswig-Holstein 14.8.1954, S. 7: »Zum 20. Juli stellte sich der Parteitag hinter den Ausspruch des Vorsitzenden des VdS, Admiral Hansen, nach dem es gleichgültig sei, ob jemand in den Reihen der Widerstandskämpfer gestanden oder getreu seine Pflicht bis zum letzten erfüllt habe; entscheidend sei nur, daß die Motive des Handelns ehrenwert gewesen seien.« In: ACDP III-006-016.
- 137 Zur Unterteilung in personen- und organisationszentrierte Milieus vgl. Naßmacher, *Parteien im Abstieg*, S. 165.
- 138 Vgl. die Berichte in: ACDP III-006-103- und -104
- 139 Vorstand CDU Goslar an Militärregierung, 14.2.1946, in: ACDP II-092-086. Zur Finanzkraft von rheinländischen evangelischen Enklaven wie Wuppertal vgl. den rückblickenden Jahresbericht CDU Rheinland 14.2.1951, in: StBkAH 8/11.
- 140 Bericht an die Militärregierung 4.12.1947, in: ACDP III-003-59/6.
- 141 Vgl. Rundschreiben 11.2.1947, in: ACDP III-006-103.
- 142 Bernhard Pfad an Adenauer 8.6.1947, in: StBkAH 08/57. Pfads Angaben sind sicher zu hoch gegriffen, da er sich gegen den Vorwurf verteidigte, dafür in Einzelfällen Geld genommen zu haben. Dennoch zeigt dies eine Tendenz.
- 143 Vgl. Bösch, *Das konservative Milieu*; dies könnte den hohen Frauenanteil in der CDU der SBZ erklären.
- 144 Neben Stichproben bei den im ACDP gelagerten Mitgliederkarteien diverser Kreisverbände vgl. die Erinnerungen der Gründer: In Flensburg seien es bis 1949 2/3 der Mitglieder gewesen (Rückblick KV Flensburg-Stadt, 2.2.1959, in: ACDP III-006-104), in Lübeck weit über die Hälfte (ACDP III-006-104), in Steinburg »anfangs überwiegend Heimatvertriebene« (Rückblick KV Steinburg 20.1.1959, in: ACDP III-006-104); für Niedersachsen vgl. auch die Selbstdarstellung von: Fratzscher, *Die CDU*, S. 89. Unter den Geschäftsberichten meldete etwa der Kreisverband Soltau, dass er »zu 90% aus Flüchtlingen bestehe« (vgl. KV Soltau an Gereke, 2.8.1949, in: HStAH VVP 3, Nr.41 II). In Rastede entstand die CDU sogar direkt aus einer Interessengemeinschaft der Vertriebenen (vgl. CDU im Oldenburger Land, S. 75). Ähnliche in protestantischen Kreisen Hessens wie Waldeck und Wetzlar; vgl. Rüschemschmidt, *Gründung*, S. 82 und 170. Helga Grebing untersucht in ihrer Arbeit über »Flüchtlinge und Parteien« den Mitglieder-Gesichtspunkt nicht; vgl. Dies., *Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen*, S. 25–36.
- 145 Vgl. für Schleswig-Holstein: Stormarn, Segeberg, Kiel und Eutin geben über 1000 Mitglieder an, Steinburg, Rendsburg, Südtondern dagegen nur über 200; vgl. Rundschreiben 11.2.1947, in: ACDP III-006-103.
- 146 In der Nordhälfte Niedersachsens beantragten bis Februar 1946 Lüneburg Stadt, Lüneburg-Land, Soltau, Celle Land, Celle Stadt, Uelzen und Gifhorn eine Genehmigung bei der Militärregierung; vgl. Rundschreiben Nr. 2, 15.2.1946, in: ACDP III-008-011/2. Die fünf genannten Landkreise sind exakt die Gebiete mit der höchsten Flüchtlingsdichte im Land Niedersachsen (zwischen 36,1% und 39,2%).
- 147 Vgl. die parteieigene Aufstellung in: ACDP III-010-39. Zur Auflagenhöhe der SPD vgl.: Fischer, *Parteien und Presse*, S. 56.
- 148 Etwa Otto Rippel/Hagen (Verleger der Siegener »Stoecker-Zeitung«), Wilhelm Lindner (Chefredakteur und Verlagsdirektor der »Täglichen Rundschau«).
- 149 Angabe nach Landesausschuss-Sitzung CDU-Schleswig-Holstein, 25.4.1947, in: ACDP III-006-103.
- 150 Am Beispiel des Sonntagsblatt vgl. etwa: Axel Schildt, *Solidarisch mit der Schuld des Volkes. Die öffentliche Schulddebatte und das Integrationsangebot der Kirchen in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus*, S. 269–295.
- 151 Insbesondere Abbé Kapitän Laugeois wird als helfende Hand hervorgehoben; vgl. Erinnerung Franz Weiss, 9.10.1955, in: ACDP III-009-204/1. Zur guten Zusammenarbeit und Lizenzierungspolitik in Rheinland-Pfalz vgl. Martin, *Entstehung*, S. 50, 63 u. 109. Zur Zusammenarbeit in Baden: Fäßler, *Badisch, christlich und sozial*, S. 154.
- 152 Vgl. die Protokolle und Erinnerungen in: ACDP III-006-103 und -104, bes. anschaulich etwa die dortigen Unterlagen zu den Kreisen Stormarn und Steinburg.
- 153 Vgl. zur »Deutschen Sammlung« in Lübeck: Manuskript Kamphausen, *Die Anfänge der CDU*, o. D., in: ACDP III-006-103.
- 154 Gurland, CDU/CSU, S. 14 und Jesse, *Wahlrecht*, S. 91.
- 155 Im evangelischen Göttingen agierte etwa der letzte Zentrumsvorsitzende über das lokale Pfarrhaus (7 Fragen an die CDU und Blank an Berg, 2.1.1946 StAGö Kl. Erw. Nr. 171); in Uelzen setzte der katholische Pfarrer vornehmlich auf Flüchtlinge (Bericht Landrat 28.2.1946, in: HStAH Hann 80 Lün. XXX Nr. 104); zu Helmstedt, wo Treffen im katholischen Schwesternheim stattfanden, und Gandersheim, wo ebenfalls ein Pfarrer, der früher im Zentrum war, die Gründung anstieß: Leuschner/Försterling, *50 Jahre CDU-Landesverband Braunschweig*, S. 15; zu Emden, wo der letzte Zentrumsvorsitzende nun der CDU vorstand, vgl.: Reeken, *Ostfriesland*, S. 257. Ähnlich in den protestantischen Städten von Hessen und Rheinland-Pfalz (wie Worms und Alzey); vgl. Rüschemschmidt, *Gründung*, S. 82 f. und Martin, *Entstehung*, S. 88 f. Im Raum Hildesheim, der ein Drittel Katholiken aufwies, war zunächst eine katholische und eine evangelische CDP entstanden; in der Privatwohnung von Bischof Machens beschloss die katholische Gründung schließlich, ohne Rücksprache mit der evangelischen Gruppe die CDU zu bilden; vgl. Antrag an Militärregierung, 28.11.1945 und 15.2.1946, in: ACDP III-008-013/9.

- 156 Insbesondere der ehemalige Zentrums-Generalsekretär Josef Kannengießer engagierte sich im nördlichen Nachbarland; vgl. seine frühe Korrespondenz in: ACDP I-182-010/01.
- 157 Vgl. Vorstandsliste ACDP II-056-032; Vorsitz Stephan Wehrmaker, Stellvertreter Ulrich Gembardt; der Pfarrer Herbert Höbbel trat als erstes Mitglied mit ein.
- 158 Vgl. Mitgliederkartei in ACDP II-056-010, -013, -023, und -028.
- 159 DP Celle an DP Niedersachsen 25.11.1950, in: HStAH VVP 7-119.
- 160 Katholisch war etwa die CDU-Vorsitzende der Vereinigungen für Frauenfragen (Weyers), des öffentlichen Dienst (Wüstefeld), für Soldaten (Klebe), der JU (Rathmann) und des CDA (Zender); vgl. CDU Celle an Bundesgeschäftsstelle Bonn, 8.8.1952 und 16.5.1956, ACDP II-056-023.
- 161 Bericht Landrat Lüneburg 18.3.1946 in: HStAH Hann 80 Lün. XXX Nr.104; vgl. auch Landratsberichte anderer Heidekreise wie: Landrat Uelzen, 28.2.1946, in: ebd.; Lokalstudien zu ähnlichen Kreisen bestätigen diesen Befund; vgl. etwa Stegmann, Der Landkreis Harburg, S. 556; Reeken, Ostfriesland, S. 257.
- 162 Zu Hannover vgl.: 5 Jahre CDU in der Stadt Hannover, in: StAH KPS 168; Acc 56.124; zu Bremen: Bericht 25.11.1946, in: ACDP I-178-001.
- 163 Zum Gründerkreis vgl. Rundschreiben Heyn an Beyrich, 16.8.1945, in: ACDP III-010-39. Vgl. auch die Darstellung von Heitzer, CDU, S. 125, die allerdings trotz seiner Kritik an Wieck in mehreren Punkten nicht mit den Protokollen übereinstimmt. Vgl. zudem auch: Stubbe-da Luz, Union der Christen, S. 215.
- 164 Vgl. für Hamburg: Protokoll 19.9.1945, in: ACDP III-010-39. Das Hamburger Programm erwähnt die Anlehnung an die Kölner Leitsätze sogar explizit.
- 165 Zit. die (in Anlehnung an die Kölner Leitsätze verfasste) Satzung der Christlich-Demokratischen Partei Celle-Stadt, in: ACDP II-056-032. Ähnlich unpassend etwa in der liberalen Stadt Göttingen, vgl. Beschreibung des Werdens der CDU, o. D., o. U. (Berg 1946) StAGö Kl.Erw. Nr. 171, 56.
- 166 So etwa in Hannover, vgl. 5 Jahre CDU in der Stadt Hannover, in: StAH KPS 168; Acc 56.124.
- 167 Hamburger Beschluß in: Protokoll Gründungsversammlung 1.10.1945, in: ACDP III-010-39.
- 168 Vgl. Protokoll 19.9.1945, in: ACDP III-010-39.
- 169 Vgl. Vorschlag zur Wahl des geschäftsführenden Vorstandes Hannover, 11.8.1946, in: ACDP III-008-011/2. Generell hierzu: Rannacher, Das konfessionelle Gleichgewicht.
- 170 Vgl. auch die Vorstandstabellen von Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 54, 133 u. 160.
- 171 Protokoll Gründungsversammlung 1.10.1945, in: ACDP III-010-39.
- 172 Protokoll der Vorstandssitzung der CDU Reichsgeschäftsstelle 25.10.1946, in: ACDP III-012-1063.
- 173 Vgl. etwa Programmpunkt »Paritätsfragen« in: Protokoll Vorstandssitzung CDU Berlin 21.3.1946, in: ACDP III-012-391.
- 174 Vgl. CDU Westfalen an Oberpräsidenten, 24.2.1946, in: ACDP III-002-160/1. Zur Aushandlung dieser Parität vgl. auch Adenauer an Otto Schmidt, 23.3.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 194.
- 175 Bericht für Gereke und Fratzscher an Gereke, 16.8.1948, in: HStAH VVP 3, Nr. 35 II, und ebd., Nr. 34 III.
- 176 Die bislang wenig beachtete Ämtervergabe nach Kirchenzugehörigkeit stellen auch Buchhaas/Kühr in einer Lokalstudie für das Ruhrgebiet fest; dies.,
- Von der Volkskirche zur Volkspartei, in: Kühr (Hg.), Von der Milieupartei, S. 136–232, bes. S. 175.
- 177 So wurde Oberkirchenrat Cillien Fraktionsvorsitzender, Gereke Innenminister (und somit auch stellvertretender Ministerpräsident) sowie Strickrodt Finanzminister. 1947 kam Hofmeister als Justizminister, 1948 Fricke als Wirtschaftsminister hinzu.
- 178 Eine Ausnahme bildeten einige stark katholische Gebiete wie in Südbaden und Rheinland-Pfalz, wo auch die Stellvertreter katholisch blieben.
- 179 Vgl. hierzu den Bericht des Landesverbandes vom 5.5.1947, in: ACDP III-003-59/6.
- 180 Zit. Protokoll des geschäftsführenden Vorstandes Nord-Württemberg, 11.1.1949, in: ACDP III-003-59/20.
- 181 Den Landesvorsitz von Oldenburg übernahm der Protestant Söhlmann, während der katholische Gründungsvater der CDU Oldenburg, Siemer, Stellvertreter wurde. In Hamburg wurde der Zentrumsmann Beyrich Stellvertreter, Speckbötel, Wendt und Ketels übernahmen in kurzer Abfolge den Vorsitz. In Hannover übernahm der Protestant Gereke den Posten von Pfad und in Bremen schloss sich die katholische Kerngruppe, aus der 1946 die CDU gebildet wurde, unter Vorsitz des Protestanten Kaum zusammen, Stellvertreter wurde der ehemalige Zentrumsmann Jahn.
- 182 Zit. Bernhard und Martha Pfad an Adenauer 8.6.1947, in: StBkAH 08/57 und Martha Pfad an Landesvorstand CDU 2.5.1947, in: ACDP I-182-044/2. Eine anschauliche Zuschreibung von Fratzschers Charaktereigenschaften findet sich in einem von Müller entworfenen Fragebogen in: ACDP I-505-014/1.
- 183 Adenauer an Pfad, 10. Juni 1947, abgedr.: Adenauer Briefe 1945–1947, S. 516.
- 184 Zu den Weltdeutungsmustern von Adenauer und Sevenich vgl. ihren Briefwechsel in: StBkAH 15.03.
- 185 Speziell zu Adenauers evangelischer Ehefrau vgl. Hans Peter Mensing, Emma, Gussie und Konrad Adenauer, in: Dieter Zimmer (Hg.), Deutschlands First Ladies: Die Frauen der Bundespräsidenten und Bundeskanzler von 1949 bis heute, Stuttgart 1998, S. 33–62.
- 186 Vgl. Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, S. 74–76.
- 187 Vgl. etwa den Bericht eines Lübecker CDU-Gründers über die Herforder Zonen-Tagung: »Der Name Adenauer machte damals so wenig Eindruck auf mich, dass er nicht einmal in meinem Tagebuch erwähnt ist. Dort kommen nur die Namen Schröter und Schlange-Schöningen als Vertreter von Schleswig-Holstein vor.« Paul Bock, Erinnerung nach Tagebuchnotizen, um 1959, in: ACDP III-006-104. Zu Kannengießer vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 494 und 506 f.
- 188 Vgl. Mitgliedsausweis vom 1.6.1946, abgedr. als Faksimile in: Briefe 1945–1947, S. 251 f.; die Wahl zum vorläufigen Vorsitzenden der Zonen-CDU war am 22.1.1946. Heitzer betont dagegen, Adenauer sei »unmittelbar nach dem 15. September 1945« eingetreten, mit Verweis auf die vage Andeutung eines Parteikollegen; Heitzer, CDU, S. 186.
- 189 Vgl. zu dem Bürgermeister-Netz etwa aus der gedruckt vorliegenden Korrespondenz: Briefe 1945–1947, S. 58 (OB Hannover), S. 77 (OB München), S. 86 (OB Hamburg), S. 268 (OB Kiel).
- 190 Vgl. als frühes Zeugnis: Adenauer an Mutterhaus Hilstrup, 25.7.1945, in: Briefe 1945–1947, S. 63 f.

- 191 Zum Ablauf dieser häufig dargestellten Wahl vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 503–506.
- 192 Vgl. die Biografie von gläubigen und kirchennahen, protestantischen Integrationsfiguren wie Gerstenmaier, Pferdenges, Ehlers oder Tillmanns, während Schröder, Fricke oder Erhard gerade wegen fehlenden Kirchennähe zunächst nur partiell integrieren konnten. Ebenso konnten Katholiken wie Krone, Globke oder Brentano im Unterschied zu Kaiser, Storch oder Arnold bundesweite innerparteiliche Akzeptanz finden, weil sie gläubig und marktwirtschaftlich orientiert waren.
- 193 Zum Proporz bei öffentlichen Reden vgl. etwa Reden in: ACDP III-003-59/11 (Nord-Württemberg) oder die Redner-Anfrage in: Berg an Pfad, 16.12.1945, in: StAGö Kl.Erw. Nr. 171 (Niedersachsen).
- 194 Zit. Rundschreiben nach Beschluss des Zonenvorstandes am 16./17.7.1946 in Neheim-Hüsten, 18.7.1946, in: ACDP III-010-13. Zu seiner Kritik insbesondere an Kaisers Formulierungen vgl. auch seine Aktennotiz über ein Treffen mit den süddeutschen Vertretern, vom 3.4.1946, in: ACDP III-003-59/6
- 195 So der mit Johannes Albers ausgehandelte Begriff für das Ahlemer Programm; vgl. Uertz, Christentum, S. 103–105.
- 196 Zur bereits hinreichend analysierten programmatischen Entwicklung der CDU vgl. bes.: Buchhaas, Die Volkspartei, S. 151–256 und Schmidt, Christliche Demokratische Union, S. 522–539.
- 197 Vgl. Buchhaas, Die Volkspartei, S. 155–164, Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 538–541.
- 198 Vgl. etwa den Spagat des Hannoveraner Landesvorsitzenden Pfad: Er verwies programmatisch in der Bekenntnisschulfrage auf die Kölner Leitsätze, nannte diese jedoch »zur Zeit nicht durchführbar«, weil Finanzen und Räume fehlten, weswegen nur eine christliche Schule mit Religionsunterricht möglich sei; Vortrag auf der Arbeitstagung der »Christlich-Demokratischen Partei« in Hannover; 18.11.1945, StAGö Kl.Erw. Nr. 171, 1–60, S.4.
- 199 Vgl. Adenauer an Schlang-Schöningen 29.1.1946 und Adenauer an Scharnagl, 7.2.1946, in: Adenauer Briefe 1945–1947, S. 145 f. 154; zum Treffen in Herford vgl. auch: Heitzer, CDU, S. 197–199.
- 200 Kleinmann übernimmt dagegen diese Selbstdarstellung sogar für die CDU in Schleswig-Holstein und zählt ebenso die Vorläuferpartei DNVP zur politischen Mitte; ders., Geschichte der CDU, S. 20 u. 34.
- 201 Eine gute Quelle über diese Selbstverortung der Gesellschaft sind die zeitgenössischen soziologischen Untersuchungen, die vor allem in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) publiziert wurden; vgl. besonders die Jahrgänge zwischen 1957–1962, etwa: Hans Jürgen Daheim, Die Vorstellung vom Mittelstand, in: KZfSS 12 (1960), S. 237–277. Vgl. zuletzt auch: Nolte, Die Ordnung, S. 330 f.
- 202 Vgl. etwa Aktennotiz Adenauer über Gespräch mit Lueken, 11.6.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 268 f.
- 203 Vgl. hierzu auch Mitchell, Materialism and Secularism.
- 204 Vgl. etwa die Debatte um die politische Verwendung des Geschichtsprofessors Beyer (der als stellvertretender Leiter der Heydrich-Stiftung Ostforschung betrieben hatte und nun als EAK-Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein vergeblich eine Parteikarriere anstrebte) oder um die Bundestagskandidatur von Will Rasner (der schließlich geschäftsführender Fraktionsvorsitzender wurde) in: ACDP I-369-002/1.
- 205 Vgl. hierzu Buchhaas, Die Volkspartei, S. 220.
- 206 NR 28.9.1946 und CDU Landesgeschäftsstelle Hamburg Juli 1946, abgedr. in: Stubbe, Union, Dok.15, S. 406–408.
- 207 Schmidt an Adenauer 6.3.1946 in: StHAD RWN 119-1. In ähnlichem Tenor auch seine Schreiben vom 19.2.1946, 26.2.1946 und 12.4.1946, die eine stärkere Berücksichtigung des »C« forderten; in: ebd.
- 208 Vgl. Schmidt an Betz/Rheinische Post 14.4.1947 und Schmidt an Brauda 26.6.1946, in: StHAD RWN 119-2. Schmidts politische Karriere pausierte dabei nur kurz. 1948 wurde er OB von Wuppertal, 1950 Staatsminister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau und von 1957–1972 war er MdB. Allerdings blieb er ein Finanzexperte ohne exponierte Stellung in der Partei.
- 209 Zit. Protokoll erweiterte Vorstandssitzung CDU Berlin, 13.2.1946, in: ACDP III-012-1063.
- 210 Protokoll der 10. Vorstandssitzung CDU Berlin 28.5.1946, in: ACDP III-012-391; vgl. auch Protokoll der 21. Vorstandssitzung CDU Berlin 22.8.1946, in: Ebd.
- 211 Vgl. Schmidt an Heinemann, 15.11.1945, Heinemann an Schmidt 12.1.1946, in: FES NL Heinemann, Bd 6.
- 212 Vgl. etwa. RS Dehnen 18.6.1946 in: ebd.
- 213 Schlang-Schöningen an Schröder, 20.11.1945, in: BA N 1071/21; ebenso noch in seiner Broschüre »Christliche Demokratie« März 1946, in: ebd.
- 214 Vgl. etwa die frühen Tätigkeitsberichte der »CDU Deutschlands, Reichsgeschäftsstelle«, in: ACDP III-012-1063.
- 215 Tagebücher Krone, 20.12.1945, S. 39 f.
- 216 Süsterhenn, Schriften, S. 82 f. Vgl. auch seinen Artikel »Bundeshauptstadt Berlin?«, in: LKAK 700.177-16, wo er »gewissen Berliner Kreisen« vorhält, mit dem antibolschewistischen Widerstandsargument könnte genauso gut Dresden oder Magdeburg Hauptstadtanspruch erheben.
- 217 Adenauer an Scharnagl, 7.2.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 154. Vgl. auch seine Schreiben an Thomas, 15.4.1946, an Kaiser, 24.5.1946, in: Ebd., S. 220 und 246. Die Studien von Heitzer u. a. übernehmen dagegen Adenauers vorgeschobenes Argument, die Berliner CDU könne wegen des russischen Druckes nicht frei entscheiden; vgl. Heitzer, CDU, S. 244 und Becker, CDU und CSU, S. 219.
- 218 Vgl. Aktennotiz Adenauer 6.4.1946, über Treffen 3.4.1946, Faks. in: Briefe 1945–1947, S. 206 f.
- 219 »Grundsätzlich bitten wir Sie, die Korrespondenz stets mit dem Zonenausschuß bzw. mit dem Zonensekretariat in Köln zu führen. Die Landesverbände der CDU in der britischen Zone sind nicht selbstständig, sondern in der Zonenpartei zusammengeschlossen.« Adenauer an Dertinger, 11.6.1946, Antwort 14.6.1946 zusammengefasst in Bericht Dertinger an Dörpinghaus, 28.8.1946, in: ACDP I-009-005/1.
- 220 Protokoll Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 5./6.2.1947, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 51.
- 221 Vgl. etwa Adenauer an Hilpert, 8.4.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 202–204.
- 222 Vgl. hierzu die Debatte in: Protokoll Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 5./6.2.1947, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 53. Den protestierenden Berlinern konnte Adenauer keine seriöse Quelle für diese Behauptung aufbieten.
- 223 Zit. Aktennotiz Adenauer 6.4.1946, über Treffen 3.4.1946, Faks. in: Briefe 1945–1947, S. 207.
- 224 Vgl. Schröder an Adenauer 5.6.1947, in: StBkAH 08/57.

- 225 Zit. Protokoll der Arbeitsgemeinschaft 28./29.12.1947, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 183.
- 226 Ebd. S. 189.
- 227 Protokoll der Tagung der Landesvorsitzenden 22.7.1948, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 231 f.
- 228 Adenauer an Dörpinghaus 8.4.1948, in: StBkAH 08/60.
- 229 Protokoll des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft 24./25.7.1947, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 122 f. Vgl. zu Adenauers Haltung auch: Kaff, Einleitung, in: Arbeitsgemeinschaft, S. XIII f.
- 230 Vgl. Protokoll Fraktionssitzung 1.9.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 142 f.
- 231 Arbeitsgemeinschaft 21.9.1948, S. 249 f.
- 232 So aber Becker, CDU und CSU, S. 220 f. Vgl. dagegen etwa auch: Bericht Gerigk für Kaiser, 26.2.1947, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 37.
- 233 Buchhaas, Die Volkspartei, S. 119.
- 234 Protokoll der Tagung der CDU/CSU 8./9.1.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 335.
- 235 Nach der Landtagswahl von 1947 konstituierte sich nach rheinisch-westfälischem Vorbild ein Zehnerausschuß als gemeinsame Dachorganisation der drei Landesverbände, der nach der Landtagswahl zu einem »Elfer-Ausschuß« und schließlich in einen maximal zwanzigköpfigen Zentralausschuß umgebildet wurde. Der regionale Proporz sah für Hannover fünf und für Oldenburg und Braunschweig je drei Vertreter vor; Tagungsbericht über die Delegiertenversammlung in Hannover, 30. Juni 1947, in: ACDP I-182-010/1. Zur niedersächsischen Satzungsentwicklung vgl. auch Heitzer, CDU, S. 361-368 und Chodinski, Die Geschichte des Landesverbandes Oldenburg, S. 13-32.
- 236 Vgl. Fäßler, Badisch, christlich und sozial, S. 121 und 207 f.; vgl. Pfefferle, Landesgeschichte, S. 146 f.
- 237 Vgl. Martin, Die Entstehung, S. 108 und Heino Kaack/Ulrich Sarcinelli, Parteien und Wahlen, in: Haungs (Hg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz, S. 141.
- 238 Vgl. auch Rüschemschmidt, CDU in Hessen, S. 244.
- 239 So jedoch etwa Heitzer, Die CDU, S. 35.
- 240 Diese zeitgenössische Einschätzung popularisierte bes. Pridham, Christian Democracy, S. 23.
- 241 So Heitzer, CDU, S. 746. Ebenso Becker, CDU und CSU, S. 279.

## II. Blockbildung rechts von der SPD

- 1 Zur häufig betonten wahlbezogenen Struktur der CDU vgl. etwa: Haungs, Die CDU, S. 194.
- 2 Umfrage der CDU nach Bericht Lenz, in: Protokoll des Bundesparteiausschusses 6.9.1952, in: ACDP VII-001-019/11.
- 3 68 Prozent der CDU-Anhänger gaben an, zwischen 1945 und 1952 keine politische Versammlung besucht zu haben, weitere 23 Prozent nannten einen einzigen Besuch. Vgl. Bericht Kiesinger, in: ebd.
- 4 Vgl. Lange, Wahlrecht und Innenpolitik, S. 355–363.
- 5 Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 8./9.1.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 311. Vgl. ansonsten die Argumentation in den Sitzungen des Wahlrechtsausschusses und des Zonenausschusses 17./18.12.1946, 27./28.7.1947, 13./14.2.1948 und 19./20.5.1948, in: Pütz, Dokumente, S. 243, 320, 347, 479 und 506.

- 6 Carl Schröter auf dem 1. Parteitag in Recklinghausen, 14./15.8.1947, in: Pütz, Dokumente, S. 453.
- 7 Schröter, ebd., S. 450–452.
- 8 Noch Mitte der fünfziger Jahre wurde das immer wieder erwogene Mehrheitswahlrecht deshalb vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eher abgelehnt; vgl. Schwarzhaupt an Tillmanns 6.8.1955, in: ACDP IV-001-002/1.
- 9 Zum Scheitern der CDU-Anträge vgl. auch: Jesse, Wahlrecht, S. 92 f.
- 10 Das Zentrum erreichte in einzelnen Wahlkreisen zwar bis zu 41% (etwa Landkreis Münster oder Lingen 1947), insgesamt jedoch selten über dreißig Prozent. Zur Zentrumsneugründung vgl. neben Schmidt, Zentrum, S. 359 f. auch: Dies., Die Deutsche Zentrumspartei, in: Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch, S. 1192–1242 und Niefeld, Zentrumspartei.
- 11 Dies ergibt der Vergleich der Volkszählungsdaten von 1946 mit den Wahlergebnissen in katholischen Kreisen; ebenso auch der Befund von: Naßmacher, Parteien im Abstieg, S. 131.
- 12 Vgl. hierzu bes. die Regionalstudie von Rinklake, Katholisches Milieu, bes. S. 42, 220 und 269.
- 13 Vgl. Köster, Katholizismus, S. 63 f. und 96 f.
- 14 Die Flugblätter des Zentrums begannen mit »Hört den Ruf der Mitte« und endeten mit »Folgt der Stimme der Mitte«. Ihr Slogan hieß »Wähler mach die Mitte stark!«, den sie damit begründete: »Das Zentrum bleibt heute wie immer dem Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft treu. Es will das Volk nicht auseinanderreißen, sondern auf dem Weg der Mitte sich finden lassen.« Sogar ihr Wahlmitteilungsblatt hieß »Die goldene Mitte«; Zit. Unterlagen, in: ACDP III-002-237/5.
- 15 Vgl. entsprechender Artikel im CDU-Blatt Niedersächsische Rundschau (NR), Nr. 1, 18. Mai 1946; Nr. 10, 20. Juli 1946.
- 16 Vgl. die Wahlauswertung der CDU in der NR Nr.19, 21.9.1946 (Überschrift: »CDU Spitzenpartei in der britischen Zone. Warum besondere Schwierigkeiten im Lande Hannover?«).
- 17 Angaben nach NR 19, 21.9.1946.
- 18 So etwa in der katholischen Enklave im Eichsfeld; vgl. Ebeling /Fricke, Duderstadt, S. 307–314.
- 19 Vgl. die Klagen des CDU-Gründers im Regierungsbezirk Aurich, Adams, der davon spricht, daß es jetzt kaum noch möglich sei, angesehene Leute aufzustellen und auch seine eigene Kandidatur wegen einer »kurzzeitigen Stahlhelmmittelgliedschaft« zurückziehen musste; Adams an Kannengießer, 25.6.1946, in: ACDP I-182-010/10. Vgl. auch Adenauer am 26.–28.9.1946 im Zonenausschuß: »In Oldenburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Hannover sind in letzter Minute Kandidaten, die dem Stahlhelm angehörten, abgeschossen worden von London [...] so daß es vielfach zu spät war für die Einreichung neuer Kandidaten.« in: Pütz, Dokumente, S. 187. Allerdings wurden hiervon auch FDP und NLP getroffen; s. Schröder, Die FDP, S. 260 und Nathusius, Am rechten Rande, S. 124.
- 20 Vgl. etwa den Anteil der Flüchtlinge in grenznahen CDU-Kreistagsfraktionen nach der Wahl vom 28. November 1948: Soltau 80% (DP 7.1%), Lüneburg-Land 75% (DP 0%), Dannenberg 75% (DP 0%), Harburg/Winsen 60% (DP 0%). Kandidatenlisten sind abgedr. in: Grebing, Flüchtlinge und Parteien, S. 104 f.
- 21 So jedoch selbst: Martin, Entstehung, S. 133; ebenso auch für die CSU: Schlemmer, Aufbruch, S. 68 f.

- 22 Vgl. Ausweise von 1946 in: ACDP II-056-032. Vgl. hierzu auch Artikel wie: »Was lehren uns die Wahlen der amerikanischen Zone?« in: NHK, 2. April 1946
- 23 Vgl. Stubbe-da Luz, Union, S. 375. Hierzu zählte etwa auch der Zeit-Verleger Bucerius; vgl. Dahrendorf, Liberal und unabhängig, S. 77 f.
- 24 Den »Erfolg durch Erfolg« führt auch für die CSU an: Mintzel, Die CSU, S. 256.
- 25 Altmeier rechnete hierzu nur »die ehemalige konservative Partei, die christlich-soziale Bewegung um Adolf Stöcker, den evangelischen Volksdienst oder die Volksdeutsche Bewegung«; zit. Rede auf Landesparteitag 16.11.1951, in: Altmeier, Reden, S. 407.
- 26 Zit. Rede Anton Storch auf Arbeitstagung der CDP Hannover 18.11.1945, in: StAGö Kl. Erw. Nr. 171.
- 27 Zit. Rede Gockeln beim Ersten Zonenparteitag im städtischen Saalbau in Recklinghausen am 14./15.8.1947, in: Ebd., hrsg. von dem Zonensekretariat der britischen Zone, Köln o. D. [1947]. Zu den Ressentiments von katholischen Gründern gegen die Liberalen vgl. auch die regionalen Hinweise bei: Gerd Hepp, Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 113.
- 28 Vgl. zur Regierungsbildung auch Martin, Entstehung, S. 355 f.
- 29 Hilpert forderte anfänglich für ein »Kabinett der nationalen Konzentration« auch den Einschluss der KPD; vgl. Protokoll der Landesleitung/Fraktion CDU Hessen, 17.12.1946, in: ACDP I-009-003/1.
- 30 Vgl. Heinrich Rüschemschmidt: Gründung und erste Jahre. Die CDU Hessen unter Werner Hilpert 1945–1952, in: Heidenreich/Wolf (Hg.), Der Weg, S. 24 und 29.
- 31 So Hilpert 1950, abgedr. (mit ähnlichen Beispielen) in: Rüschemschmidt, Gründung, S. 496 und 499; vgl. auch Köhler an Hilpert, 16.5.1950, in: ACDP I-021-002/2.
- 32 Vgl. etwa die Wahlkreise Gießen, Schwalm-Eder-Kreis, Vogelsbergkreis, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner-Kreis; allerdings traten die hessischen Liberalen mit dem gerade gegründeten BHE auf einer Liste an, der in Hessen aber vergleichsweise schwach blieb (1953 sechs Prozent).
- 33 Vgl. Wahlkreise wie Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Donnerbergkreis oder Kusel.
- 34 Vgl. hierzu etwa: Bösch, Von der Einwohnerwehr, S. 233f. und Matthiesen, Bürgertum.
- 35 Anlage Adenauer an Lehr, 18.7.1947, in: Briefe 1947–1949, S. 488. Besonders der evangelisch geprägte Kreisverband Remscheid protestierte. Vgl. auch: Hüwel, Karl Arnold, S. 117 f.
- 36 Rüschemschmidt, Gründung, S. 27.
- 37 Vgl. Rüschemschmidt, Entstehung, S. 589 f.
- 38 Zit. »Aufruf der Christlich-Demokratischen Union« Waldeck, Dez. 1945, in: ACDP I-009-003/1; vgl. für Nordhessen auch den Waldecker Aufruf abgedr. in: Rüschemschmidt, Gründung, S. 559 f.
- 39 Vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 148 f.
- 40 In Nordwest-Niedersachsen und Schleswig-Holstein formierten sie sich in der »Demokratischen Union«; zu ihrem Auseinanderbrechen vgl. den Briefwechsel zwischen Kannengießer und Adams ab dem 30. Dezember 1945, in: ACDP I-182-010/01 und Erinnerungsberichte, 26.3.1960, in: ACDP III-006-103. In Bremen formierte sich die BDV (Bremer Demokratische Volkspartei), in der katholische Ex-Zentrumspolitiker als »Christliche Gruppe« vertreten waren. Zum Heidelberger Kreis, dem auch Theodor Heuss angehörte, vgl. Wieck, Christliche und Freie Demokraten, S. 128 f.
- 41 Vgl. Protokoll Zonenausschuß 25./26. April 1946, in: Pütz, Dokumente, S. 137; vgl. auch Heile an Adenauer, 19.4.1946, in: StBkAH 08/68.
- 42 Vgl. etwa Adenauer an Heile, 14.2.1946, 22.2.1946 und 29.3.1946; sowie: Aktennotiz über bizonales Treffen in Stuttgart, 6.4.1946 und Adenauer an Otto Schmidt, 18.4.1946, alle in: Briefe 1945–1947, S. 159, 169, 195 f., 198, 226.
- 43 Zit. Aktennotiz Adenauer über Gespräch mit Lueken, 11.6.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 268 f. Der Bremer Liberale hatte Adenauer gesagt, »man müsse zu einer nicht-marxistischen Einheitspartei kommen einschließlich der CDU. Am Namen dürfe die Konsolidierung des deutschen Parteiensystems nicht scheitern.« (Ebd.). Vgl. auch Interview mit Wilhelm Heile in NHK 7. Juni 1946, wo er unter Verweis auf Adenauers Beharren auf dem Namen CDU beklagt: »Es würde bedeuten, daß die CDU die FDP mit Haut und Haaren geschluckt hätte.« Zur Absage der FDP an die CDU s. auch: Hein, Zwischen liberaler Milieupartei, S. 123 und Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, in: Weinacht (Hg.), CDU, S. 144.
- 44 Vgl. »Hamburger Allgemeine«, 11.10.1946 und Aktennotiz Adenauer über bizonales Treffen in Stuttgart, 6.4.1946, in: Briefe 1945–1947, S. 199.
- 45 Gerade auf dem Land wurde dies mit Hilfe reichlichen Alkoholkonsums versucht; vgl. Bericht Pagel über die Kommunalwahl, 30.10.1948, in: ACDP I-287-005.
- 46 Vgl. Informationsdienst Nr.1 (der Landesgeschäftsstelle Hannover), 11.2.1946, in: ACDP III-008-011/2. Uleer, Das Verhältnis, S. 10; Schulze, Bürgerliche Sammlung, S. 207–236.
- 47 Vgl. etwa für Köln: Bericht Dechant Schreiber 15.5.1946, in: ACDP III-002-237/5.
- 48 Fratzscher an Marahrens, 6.3.1946, in: LKAH L 2 Nr. 790/01.
- 49 NLP an Marahrens 22.8.1946, Landesbischof an NLP 14.9.1946, in: LKAH L 2 Nr. 790/01.
- 50 Vgl. von Loogen an Adenauer 24.4.1947 und Schröter an Adenauer 20.3.1947, in: StBkAH 08/57.
- 51 Zit. amtliche Erklärung CDU/DP Lübeck zur Wahl am 24.10.1948 in: ACDP III-006-104.
- 52 Protokoll Kreisverbandssitzung Lauenburg/Schleswig-Holstein, 21.9.1948, in: ACDP III-006-104.
- 53 NR 14/15, 12. April 1947; vgl. auch Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 249–263, und Franke, Die niedersächsische SPD-Führung, S. 127–142.
- 54 Zit. Wahlplakat »Antimarxistischer Wahlblock«, in: StAH Plakatsammlung.
- 55 Protokoll Sprechtag Landesverband Hannover, 14. Februar 1947, in: ACDP III-008-011/2.
- 56 Vgl. Bezirksdelegierten-Tagung des BV Osnabrück, 13. Juni 1947, in: ACDP I-182-010/01.
- 57 NR 1, 18. Mai 1946.
- 58 NR 10, 20.7.1946. Der gleichnamige Artikel nennt die Zentrumsmitglieder »die ewig Gestrigen«, die »unter dem Namen des altbekannten »Zentrums« einen sogenannten Linkskatholizismus sammeln«.
- 59 Rundschreiben, gez. Fratzscher, 5.7.1946, in: ACDP III-008-011/2.
- 60 Bericht über Einigungsversuche zwischen CDU und Zentrum, gez. Schreiber, 15. Mai 1946, in: ACDP I-085-045/1 und Bericht Adenauer im Zonenausschuß 3.8.1948, in: Pütz, Dokumente, S. 544 f.

- 61 Pridham, Christian Democracy, S. 62.  
 62 Vgl. bes. Morsey, Die Rhöndorfer Weichenstellung.  
 63 Vgl. Adenauer im Zonenausschuss, 26.–28.6.1946 und 3.8.1948, in: Pütz, Dokumente, S. 149, 173 und S. 543; vgl. auch: Adenauer an Arnold, 2.6.1948, in: Briefe 1947–1949, S. 252.  
 64 Vgl. ebd.  
 65 Adenauer an Arnold 2.8.1948, in: Briefe 1947–1949, S. 286; vgl. auch 6.11.1948, in: StBkAH 08/63.  
 66 Vgl. etwa: Aktennotiz über Besprechung mit Stadtdechant Grosche, 13.4.1946; Adenauer an Grosche u. a. 15.4.1946; Adenauer an Erzbischof Frings, 12.5.1947; in: Briefe 1945–1947, S. 216, 217 u. 489; oder Adenauer an Diözesanpräses Schulte, 23.4.1948, Briefe 1947–1949, S. 218.  
 67 Vgl. Aktenn. über Gespräch mit Spiecker, 22.8.1947, in: Briefe 1947–1949, S. 41.  
 68 Zit. den rückblickenden Bericht von: Adenauer an Arnold 6.11.1948, in: StBkAH 08/63.  
 69 Adenauer an Brentano 2.9.1947, in: Briefe 1947–1949, S. 63.  
 70 Arnold an Adenauer 2.8.1948, in: StBkAH 08/63.  
 71 Vgl. etwa Adenauer an Arnold 27.5.1948 und 2.6.1948, in: Briefe 1947–1949, S. 239 und 252 sowie: Arnold an Adenauer 2.8.1948, in: StBkAH 08/63.  
 72 Vgl. zu ihrer Platzierung Peter an Lensing 9.9.1949, in: ACDP III-002-048/1; Schmidt, Zentrum, S. 261–287, arbeitet stattdessen die gescheiterte Fusion heraus, nicht diese wesentlich effektivere Steinbruchtechnik der CDU.  
 73 Adenauer im Zonenausschuß 18. März 1947, in: Pütz, Dokumente, S. 247.  
 74 Adenauer an Schlange-Schöningen, 21.8.1947, in: Briefe 1947–1949, S. 54.  
 75 Adenauer an Gereke und Cillien, 17. April 1948, in: Briefe, 1947–1949, S. 208; vgl. auch Adenauer an Meyer-Sevenich, 2. Mai 1948, in: ebd., S. 224 f. Zu ihrem Werdegang vgl.: Grebing, Auch eine Entscheidung, S. 43–54.  
 76 Vgl. hierzu ihre Presseerklärung, 14. Mai 1948, in: HStAH, VVP 3, Nr. 10; sowie die Austrittserklärung ihres Mannes: Meyer an Landesverband Hannover, 9. April 1948, in: ebd.  
 77 Adenauer an Gereke, 12. Juni 1948, in: Briefe 1947–1949, S. 260.  
 78 Ebd.  
 79 Fricke an Adenauer 24.3.1948, in: StBkAH 07/18; Adenauer an Otto 21.6.1948, in: ebd.  
 80 Vgl. Aufzeichnung Adenauer über interfraktionelle Besprechung 9.5.1947, in: StBkAH 08/63 und Adenauer an Arnold, 3.6.1947; zur Zentrums-Option: Adenauer an Brockmann, 4.6.1947, in: Briefe 1945–1947, S. 509 f. u. 511 f.  
 81 Vgl. etwa: Stellungnahme Adenauer, 8.1.1948, in: Briefe 1947–1949, S. 157–159; hierzu auch: Hüwel, Arnold, S. 119.  
 82 Adenauer im Zonenausschuß, 28./29.10.1948, in: Pütz, Dokumente, S. 766.  
 83 So Fratzschers Formulierung in: Fratzscher an Löning, 16. Juni 1948, in: HStAH, VVP 3, Nr. 10. Dies wollte er auf Sprechtagen erreichen.  
 84 Vgl. bereits: Wengst, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 17 f.  
 85 Vgl. die Mitgliederauflistung mit Berufsangaben in: Rainer Salzmann, Einleitung, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, Düsseldorf 1988, S. 14–19. Vgl. auch Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 570 f.  
 86 Vgl. etwa: Adenauer an Gereke, 12. Juni 1948, in: Briefe 1947–1949, S. 259; Adenauer an Meyer-Sevenich, in: ebd., S. 224 f.  
 87 Vgl. Wengst, Bundestagswahl, S. 34 f.  
 88 Vgl. die Quellen in: Wengst (Bearb.), Auftakt, S. 33, 51, 73, 94.  
 89 Telefonnotiz Gereke an Tochter Cillien 22.7.1949, in: StBkAH 07/26. Der Vorsitzende Gereke erhielt am selben Tag den gleichen Text; in: ebd.  
 90 Adenauer Telegramm an LV Bremen, 22.7.1949, in: StBkAH 07/26.  
 91 Vgl. Adenauer an Seeböhm, 5.7.1949 und an Blücher, 16.7.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 51 u. 58.  
 92 Vgl. für Wuppertal, Remscheid und Oberbergischen Kreis: Adenauer an Huth, 4.7.1949 und an Blücher, 16.7.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 51 u. 58.  
 93 Adenauer an H. Schmitt (Präses der KAB), 31.8.1949, und Roesen, 22.7.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 98 und 58. Vgl. auch Protokoll der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 5.3.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 392 und 397 f.  
 94 Vgl. ebd.; ebenso in: Protokoll Fraktionssitzung 1.9.1949, in: Wengst (Bearb.), Auftakt, S. 150.  
 95 Vgl. Protokoll der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 5.3.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 392, gegenüber: Aufzeichnung Müller über Beratung in Rhöndorf 21.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 33  
 96 Vgl. Adenauer an Böhler, 21.6.1949; an Hamacher 22.6.1949 und an Spiecker, 1.7.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 39 f. u. 49.  
 97 Vgl. Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972, S. 30.  
 98 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Zentralaussschusses, 16.5.1949 und 25. Juni 1949, in: ACDP I-085-046/1. Verhandlungen mit dem Zentrum wurden ebenfalls klar abgelehnt.  
 99 Vgl. auch Cillien am 28./29. Oktober 1948 im Zonenbeirat, in: Pütz, Dokumente, S. 744.  
 100 Vgl. rückblickend: Köhler an Hilpert, 16.5.1950, in: ACDP I-021-002/2.  
 101 Vgl. bes.: Protokoll geschäftsführende Vorstand Nord-Württemberg, 20.6.1949, in: ACDP III-003-59/20.  
 102 Vgl. Datenhandbuch, Bd. 1, S. 138.  
 103 Vgl. für Niedersachsen die Plakatesammlung in: StAH; für Hessen: ACDP VII-003-001/2. Eine historische Monografie über den ersten Bundestagswahlkampf steht noch aus; neben Wengst, Bundestagswahl, vgl. Niemann, Auftakt zur Demokratie.  
 104 Bremen 18,0, Niedersachsen 17,8, Hamburg 13,1, Schleswig-Holstein 12,1.  
 105 Erklärung Adenauers zum Ausgang der Wahl, 15.8.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 86 f.  
 106 Zit. nach Aufzeichnung Müller über Beratung in Rhöndorf 21.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 37.  
 107 Vgl. selbst Hilpert, ebd., S. 39.  
 108 Beiträge Hilpert und Schröter laut Protokoll der Sitzung der Landesvorsitzenden u. a. 31.8.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 116–118 und 105.  
 109 Protokoll der Sitzung der Landesvorsitzenden u. a. 31.8.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 99.  
 110 Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 15.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 416.  
 111 Vgl. die Proteste in: Strickrodt an Gereke, o. D., in: ACDP I-085-044/2. Zu Gereke vgl. seine Zeitungsausschnittssammlung, die belegt, dass seine Forderung äußerst große Resonanz in der bundesweiten Presse fand, in: HStAH VVP 3, Nr. 16. Laut Fratzschers Erinnerungen (ders., Die CDU in Niedersachsen, S. 88) trat Gereke für Kaisen (SPD/Bremen) als Präsident und Arnold als Kanzler ein, Belege dafür konnten aber nicht gefunden werden. Konrad Franke

- führt an, dass Gereke sich einen Tag nach der Wahl mit dem niedersächsischen Staatssekretär Auerbach (SPD) traf, um eine SPD-CDU Koalition »unter Ausschluß der FDP und Erhards« zu ermöglichen; ders., Die niedersächsische SPD-Führung, S. 216 f. Zu Schlange vgl. Schlange an Adenauer 29.8.1949, in: BA N 1071/11 und Trittel, Schlange-Schöningen, S. 62.
- 112 Vgl. Udo Wengst, Einleitung, in: Ders., Auftakt, S. XXI. Vgl. zudem entlang der publizistischen Quellen: Franz Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung, Eichholz 1970, bes. S. 72–122.
- 113 Zit. nach Aufzeichnung Müller über Beratung in Rhöndorf 21.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 37; vgl. zur DP: ebd., S. 34, zur FDP: Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949, in: ebd., S. 260.
- 114 Protokoll der Sitzung der Landesvorsitzenden u. a. 31.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 99.
- 115 Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949, in: ebd., S. 153.
- 116 Wengst, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Auftakt, S. LV.
- 117 Zur Haltung der SPD vgl. Klotzbach, Der Weg, S. 174–178.
- 118 Tagebuchaufzeichnung Annelore Ehard über Gespräch Adenauers mit ihrem Mann 20.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 419; Adenauer ebenso in: Aufzeichnung Müller über Beratung in Rhöndorf 21.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 41 und Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 195.
- 119 Vgl. Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949, 6.9.1949 und 11.9.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 201, 249 und 339. Dagegen spricht die Studie von Köhler, Adenauer, S. 533, von einer »diffusen Motivation«, bei der es im Grunde »nicht um mangelnde Kirchenbindung« ging. Angesichts der langen Tradition der kulturpolitischen Bedenken ist hier Köhler zu widersprechen.
- 120 Vgl. Aufzeichnung Müller über Beratung in Rhöndorf 21.8.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 41; Müller an Adenauer 2.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 66.
- 121 Kunze laut Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 6.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 248. Ebenso G. Schröder, ebd., S. 256 und Holzapfel und Gerstenmaier, 1.9.1949, in: ebd., S. 197 und 192 f. Vgl. auch Eintrag Tagebücher Krone, 13.9.1949, S. 75.
- 122 Auch Tillmanns und Gereke sprachen sich für einen »Unabhängigen« aus; vgl. ebd., 1.9.1949 und 6.9.1949, S. 195 u. 339.
- 123 Vgl. ebd. 6.9.1949 und 11.9.1949, S. 253 und 330.
- 124 So etwa der Württemberger Bausch mit Verweis auf die Jahre 1930 bis 1933, ebd. 6.9.1949, S. 251.
- 125 Adenauer nach Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU, 1.9.1949 u. 11.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 248.
- 126 Ebd. 11.9.1949, S. 332.
- 127 Ebd., 6.9.1949 und 11.9.1949, S. 253; vgl. auch S. 229 und 330.
- 128 Vgl. Hellwege an Adenauer 14.9.1949 und Adenauer an Hellwege, 14.9.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 104–107.
- 129 Zu den Vertrauensleuten im Regierungsapparat vgl. die interne Auflistung vom 24.2.1950 in: HStAD RWV 26, Nr. 46. Unter den dreizehn Staatssekretären waren sieben mit CDU/CSU-Partei, einer von der DP, keiner von der FDP. Bei den Abteilungsleitern waren rund die Hälfte in der Union, rund acht Prozent in der FDP, zwei Prozent in der DP (Näherungswert bei 75 Prozent erfassen); vgl. auch Angaben bei Wengst, Staatsaufbau, S. 150 und 176.
- 130 Protokoll Bundestagsfraktion CDU/CSU 14.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 398.
- 131 Vgl. ebd., 5.9.1949, S. 230.
- 132 Vgl. ebd., 17.9.1949, S. 446. Dieses nicht zutreffende Argument scheint von Prälat Böhler zu stammen; Adenauer schickte anscheinend Blankenhorn zu Böhler, um diesen nach Argumenten gegen Heinemann zu befragen, worauf er dies entgegnete; vgl. Köhler, Adenauer, S. 543.
- 133 Vgl. ebd., 14.9.1949, S. 393. Wengst stellt dagegen fest, Heinemann »drängte« auf einen Kabinettsplatz (ders., Einleitung, S. LI); damit übernimmt Wengst die retrospektive Darstellung Adenauers. Aus den Quellen ist jedoch nicht zu legen, dass er sich mehr als andere Minister um das Amt bemühte.
- 134 Als Argumente führte er zu wenig Verwaltungserfahrung an und betonte, er könne durch seine kirchliche Arbeit mehr nützen; vgl. ebd., 14.9 und 17.9.1949, S. 394 u. 339–446.
- 135 Zit. Gespräch Adenauer-Heinemann nach Aufzeichnung Heinemann, 15.9.1949, in: Ebd., S. 419.
- 136 Vgl. seine Zuschriften September und Oktober 1949 in: FES NL Heinemann, Bd. 10 und 11.
- 137 Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 5.9.1949 und 15.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 232 f., 414.
- 138 Ebenso die Einschätzung von Wengst, Staatsaufbau, S. 133.
- 139 Zit. Hellwege an Adenauer, 20.9.1949 in: ACDP I-070-052/3; vgl. auch Wellhausen an Blücher, 23.8.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 69.
- 140 Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 15.9.1949 in: Wengst, Auftakt, S. 414.
- 141 Vgl. Wengst, Staatsaufbau, S. 113.
- 142 Korrelation der Prozentpunkte bei den Landtagswahlen 1946/47 und 1949–1952 nach Ländern; eine exakte Zahl ist wegen der Wahlblockbildung nicht möglich; vgl. Tab. 1. Leicht greifbar wird die Korrelation zwischen der Konfession in den einzelnen Wahlkreisen und dem CDU-Ergebnis in: Fischer (Hg.), Wahlhandbuch.
- 143 Daten des IfD Dezember 1950, in: ACDP I-172-37/6. Neumann/Noelle, Umfragen über Adenauer, S. 46 f.
- 144 EMNID-Umfrage in: ACDP I-248-027/2. Zu den Parteiressentiments vgl. Schildt, Moderne Zeiten, S. 306–398.
- 145 Alle Daten nach: ebd.
- 146 VBH 34,5%, gebildet aus: CDU, FDP und DeKP.
- 147 NU 23,7%, gebildet aus CDU und DP.
- 148 Stadtverordnetenwahl 5.12.1948.
- 149 1952: Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.
- 150 Hier: BDV und FDP-Bremen.
- 151 Hier: FDP/BHE
- 152 FDP und in Württemberg »Deutsche Volkspartei«.
- 153 FDP hier noch: Liberale Partei, Sozialer Volksbund und Demokratische Partei Rheinland-Pfalz.
- 154 Noch unter dem Namen NLP.
- 155 BHE und DG-BHE.
- 156 Als Forschungsüberblick zu dem auch in anderen demokratischen Ländern üblichen »U-Verlauf« vgl. zuletzt: Brunner, Bundestagswahlkämpfe.
- 157 Laut IfD-Umfrage im Juni 1951, in: ACDP I-172-37/6.
- 158 Vgl. die »Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung 1948–1953« in: Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, Tab.1.1, S. 64.
- 159 Niedersachsen verzeichnete mit 17,8% die zweithöchste Arbeitslosenquote im

- Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt 10,2%) und verfügte zudem über den bundesweit geringsten Wohnraumbestand. Vergleichende Länderübersicht in: Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1952, S. 266 f. und 270 f.
- 160 Zu den Themen im Wahlkampf vgl. den rückblickenden Bundesvorstandsbericht von Zimmer und Cillien 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 26 und 28.
- 161 Da sechzig Prozent der Bevölkerung mit »sozialer Marktwirtschaft« überhaupt keine Vorstellung verbanden, führte Lenz an, »dass also das Schlagwort von uns, »soziale Marktwirtschaft«, keine Sache ist, die wir sehr gut verkaufen können.« Lenz in: Bundesparteiausschuß 6.9.1952, in: ACDP VII-001-019/11.
- 162 Vgl. Bericht Chapeaurouge an Adenauer 18.10.1949, in: StBKAH 10.01. Zu früheren Versuchen vgl. Chapeaurouge an Ketels, 25.7.1946, in: ACDP III-010-39 (Nachlieferung). Preuße, Gruppenbildung, S. 172, erwähnt dies, führt das Scheitern aber auf die DP zurück.
- 163 Vgl. Protokolle der Fraktionssitzung CDU/CSU 5.9. u. 6.9.1949, in: Wengst, Auftakt, S. 239 u. 268.
- 164 Am 18.11.1949 als Vorstandsbeschluss, am 5.12.1949 vom Parteitag; vgl. dessen Protokoll in: ACDP III-006-015-001. Zu der Blockbildung vgl. auch: Albert, Die Übernahme; Varain, Parteien und Verbände, S. 372 f.
- 165 Adenauer an Schröter 12.7.1950, in: StBKAH 10.04. Freilich wurde Adenauer erst im Oktober 1950 zum offiziellen Bundesvorsitzenden gewählt.
- 166 Adenauer an Schröter 13.7.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 248.
- 167 Protokoll Sitzung der Landesvorsitzenden 27.2.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 690. Der Büroleiter des CDU-Pressedienstes leitete Adenauer entsprechende Informationen zu; vgl. Junges an Adenauer, 4.2.1950, in: StBKAH 12.05.
- 168 Allgemeine Kölnische Rundschau, 15./16. März 1950. Zur Zeitung selbst vgl. Fischer, Parteien und Presse, S. 90.
- 169 Vgl. Adenauer an Strickrodt, 24.3.1950, abgedr.: Briefe 1949–1951, S. 185: »Ich weiß auch nicht, wer den Artikel, den Sie bemängeln, geschrieben hat. Ich vermeide, den Versuch zu machen, die »Kölnische Rundschau« zu Berichtigungen zu veranlassen.«
- 170 Adenauer an Junges, 30.4.1950, in: StBKAH 12.50.
- 171 UiD, 25.3.1950.
- 172 Vgl. etwa die private Charakterisierung des CDU-Landessekretärs Müller, der Cillien »stagnierende Kenntnisse« und eine »grenzenlose Verehrung« zu Adenauer zuschreibt; Notizen Müller, o. D., in: ACDP I-505-014/1.
- 173 Vgl. HAZ 11.10.1949; Norddeutsche Zeitung, 14.10.1949.
- 174 Zit. nach: Adenauer an Strickrodt, 24.3.1950, abgedr.: Briefe 1949–1951, S. 185.
- 175 Vgl. Cillien an Gereke, 19.3.1950, in: HStAH VVP 3, Nr. 46 I. und Niederschrift Sitzung des Zentralausschusses, 13.3.1950, in: HStAH VVP 3, Nr. 59.
- 176 Sie erfolgte am 24.3.1950. Papst an Strickrodt, 29.3.1950, in: ACDP I-085-039/2. Vgl. auch den Bericht in StBKAH 12.05.
- 177 Vgl. hierzu auch Grebing, Flüchtlinge und Parteien, S. 137–140 und Winterhager, Gereke, S. 319 f.; Schwarz, Adenauer, S. 645, spart dagegen die Demontage des Landesvorsitzenden Gerekes bis auf einen einzigen beiläufigen Satz aus, Köhler, Adenauer, erwähnt sie gar nicht.
- 178 Die Begründung für seinen Ausschluss bezog sich auf einen Beschluss vom 8. Mai 1950, nach dem kein CDU-Mitglied Kontakt mit der SED oder SED beeinflussten Organisationen haben dürfe. Gereke sei Mitglied des »Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft« (»Eisenacher Kreis«). Er sei zwar bei dessen erster Tagung nicht selbst dabei gewesen, sei aber in Abwesenheit in den Vorstand gewählt worden und habe dies nie demontiert. Sein Treffen im Berliner Adlon (u. a. mit Ulbricht) habe den »Infiltrationsversuchen« der SED Vorschub geleistet; vgl. Begründung in: ACDP-066-001/5. Vgl. auch Gerekes Memoiren: Ich war königlich-preußischer Landrat, S. 368–370, wo er betont, aus Rücksicht auf die CDU nicht zum ersten Treffen des Arbeitskreises gefahren zu sein und die Wirtschaftskontakte zur DDR mit Billigung des Kabinettes aufbaute.
- 179 Vgl. »Neue Zeitung«, 24.9.1949 und Nathusius, Am rechten Rande der Union, S. 414 f.
- 180 Zum Ablauf der »Kubel-Krise« vgl. den Bericht Fratzscher an die Kreisverbände, 24.2.1950, in: HStAH VVP 3, Nr. 10; dort auch der Text von Kubels Rede. Vgl. auch Rensch, Alfred Kubel, S. 48–50.
- 181 Vgl. Adenauer an Cillien 10.2. und 12.2.1950, in: StBKAH 12.05; sowie rückblickend: Adenauer an Strickrodt, 24.3.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 185.
- 182 »Lüneburger Landeszeitung«, 11.2.1951. Vgl. auch »Bremer Nachrichten«, 24.3.1950. Dazu auch: Uleer, Das Verhältnis von DP und CDU, S. 22.
- 183 Adenauer an Strickrodt, 24.3.1950, abgedr.: Briefe 1949–1951, S. 185. Carl Schröter sollte als Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holsteins wohl demonstrieren, daß es nicht allein der katholische Adenauer war, der Gerekes Demontage betrieb.
- 184 Vgl. Entschließung des Landesausschusses der FDP, 7.1.1951, in: HStAH VVP 7, Nr. 298 II; sowie Protokoll FDP-Bundesvorstand, 15.1.1951, in: FDP-Bundesvorstand, Bd. 1.1., Düsseldorf 1990, S. 166–175.
- 185 Vgl. Protokoll Zentralvorstand der CDU in Niedersachsen, 11.12.1950, in: ACDP I-248-026/1.
- 186 Fratzscher an Kunze, 16.5.1951, in: ACDP I-014-003/4.
- 187 Vgl. ebd.
- 188 Vgl. Landtagsbericht Nr.2/1950, 2.2.1950, in: ACDP III-008-010/7; Entschließung des Landesverbandes der NU am 16.4.1951, in: ACDP I-248-026/1. Mit dieser Position wandte sich die NU klar gegen die Forderung des CDU-Sozialausschusses in Niedersachsen, der insbesondere für das Mitbestimmungsrecht eingetreten war; s. NR 3/4, August 1948.
- 189 NSt 8, 22.4.1951.
- 190 Wahlrundschriften Nr. 9, 27.3.1951 in: ACDP I-014-002/1. Vgl. auch die Wahlunterlagen in: HStAH VVP 7, Nr. 298 I. Dort finden sich auch weitere Parallelsetzungen von Stalin und Kopf, etwa: »Lenin, Stalin, Grotewohl, Schumacher und Kopf – nur ein Unterschied besteht: Stalin und Grotewohl sind schon an der Macht, während Schumacher und Kopf sich nur solange als »Christen und nationale Deutsche« tarnen, bis auch sie die Macht in den Händen haben – dann ... sind sie alle Marxisten.«
- 191 »An alle Katholiken! Wer Zentrum wählt, wählt marxistisch und damit die Handlager des Bolschewismus!« Wahlunterlagen in: HStAH VVP 7, Nr. 298 I.
- 192 Zur Rolle von Ehrich im NS vgl. den immer noch positiv-verklärenden Bericht von Schultheiß, die in Ehrichs Entnazifizierungsausschuß saß, in: Schultheiß an Cillien, 11. Mai 1951, in: ACDP I-248-026/1. Hinweise auch bei: Franke, Die niedersächsische SPD-Führung, S. 222.
- 193 Vgl. Geile, Der Remer-Mythos. Zur SRP s. zuletzt: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 326–360. und Günter Trittel, Die Sozialistische Reichspartei als niedersächsische Regionalpartei, in: Weisbrod (Hg.), Rechtsradikalismus, S. 67–86.

- 194 NR 41, 5. November 1949.
- 195 Vgl. NR 48, 24.12.1949 (Verfasser F. W. Heinz, Abteilungschef bei W. Canaris), NR 12, 25.3.1950 und NR 10, 5.5.1951.
- 196 Protokoll des CDU-Bundesvorstandes, 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 30.
- 197 Vgl. »Kurzprotokoll über eine Besprechung zwischen den Abgeordneten Graf Westarp, Dr. Dorls, Finke, Dr. Schriber, Trauernicht, Arndt von der SRP und den Abgeordneten Schönfelder, Dr. Hofmeister, Egbring, Dr. Neddenriep und Wilke von der DP/CDU-Niederdeutschen Union am 29. Mai 1951«, in: StBKAH 11.04.
- 198 »Niedersächsische Interessen lassen es darum erwünscht erscheinen, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Einfluß der Sozialdemokratie nach Möglichkeit zurückzudrängen [...].« »Möglichkeiten einer Regierungsbildung in Niedersachsen«, in: StBKAH 11.04. Vgl. auch Aktenvermerk Brentano 10.7.1951 und Adenauer an Brentano ebd., in: StBKAH III-38. Diese Hinweise zeigen, dass Norbert Freis Feststellung, für die CDU sei ein Zusammengehen mit der SRP nicht in Frage gekommen (Ders., Vergangenheitspolitik, S. 338, Anm. 48), nicht so eindeutig haltbar ist. Ebenso betont Fratzscher, Die CDU in Niedersachsen, S. 99, dass niemand mit der SRP habe verhandeln wollen.
- 199 Der niedersächsische CDU-Justizminister a.D. und spätere Fraktionsvorsitzende Hofmeister schrieb später seinem Freund Egbring in einem vertraulichen Brief, dass Otto Fricke »der Fraktion gesonnen habe, mit der SRP zu pakieren.« Hofmeister an Egbring, 2.4.1955, in: ACDP I-395-002/1. Egbring und Hofmeister selbst hatten jedoch als CDU-Vertreter das Gespräch mit der SRP geführt. Zu Cilliens ablehnender Position vgl. seine Darlegung in: Protokoll des CDU-Bundesvorstandes, 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 28 f.
- 200 Bericht Hofmeister, Protokoll Landesvorstandssitzung der NU, 11.6.1951, in: HStAH VVP 7, Nr. 298 I.
- 201 Ebd.
- 202 Jakob Kaiser im Bundesvorstand, 10.5.1951, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 31.
- 203 Storch an Adenauer, 4.6.1951, in: StBKAH III-21/1.
- 204 Vgl. Cillien und Kaiser im Bundesvorstand, 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 29.
- 205 Vgl. Aktenvermerk Brentano 10.7.1951, in: StBKAH III-38.
- 206 Vgl. die Entgegnung auf ersteren Vorschlag von Hellwege an Adenauer, 7.6.1951, in: StBKAH 11.04. Zu Adenauers außenpolitischer Argumentation vgl. Protokoll des CDU-Bundesvorstandes, 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 30.
- 207 Zu Wuermelings Engagement für Adenauer vgl. auch Martin, Entstehung, S. 355–358. Wuermeling, bekannt als späterer Familienminister (1953–1962), war vom November 1949 bis Februar 1950 Staatssekretär im BKA.
- 208 Adenauer an Altmeier, 24.12.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 149 f.
- 209 Vgl. hierzu die Korrespondenz in StBKAH 4.01 und 12.50.
- 210 Vgl. auch Rüschemschmidt, Gründung, S. 33 f. u. 38
- 211 Vgl. etwa Adenauer an Hilpert, 10.12.1951, in: StBKAH 12.29 und Teegespräch 24.11.1950, in: Teegespräche Bd. 1, S. 20.
- 212 Zit. Protokoll Landesversammlung CDU Hessen, 7.10.1950, in: ACDP I-009-003/1.
- 213 Vgl. Hilpert an Adenauer, 10.12.1950, in: StBKAH 12.29.
- 214 Vgl. Adenauer an Blücher, 25.7.1950 und Blücher an Adenauer 10.5.1950 und 22.9.1950, in: StBKAH III-21/1; sowie als abgeschwächte Bitte: Adenauer an Heuss 29.3.1952, in: Briefe 1951–1953, S. 192. Vgl. auch Adenauer an Wellhausen, 17.3.1952, in: StBKAH 10.05.
- 215 Vgl. die Berichte in: Bach an Adenauer 12.4., 2.5., 18.5. und 24.5.1950, in: StBKAH 11.03; als Verhandlungsbericht s. auch: Middelhaue an Adenauer 26.5.1950, in: StBKAH 10.21.
- 216 Adenauer an Arnold, 21.6.1950 und an die CDU-Fraktion 30.6.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 236 f. u. 243.
- 217 Vgl. Hüwel, Karl Arnold, S. 233 f.
- 218 Vgl. Notiz über Anruf Holzapfel bei Globke, in: ACDP I-070-002/1.
- 219 Otto Schmidt an Adenauer 17.8.1950, in: StBKAH 11.03.
- 220 Entschließung der CDU-Bezirksverband-Detmold 21.8.1950, in: ACDP I-369-003/1.
- 221 Arnold an Adenauer 9.7.1950, in: StBKAH 10.03.
- 222 Vgl. bereits vor der Wahl den Bericht Blücher an Adenauer 10.5.1950, in: StBKAH III-21/1.
- 223 So etwa bereits im April 1951 (also kurz vor den Wahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) im »Katholischen Beobachter«; vgl. hierzu den Kommentar von: Adenauer an Johnen 9.4.1951, abgdr. in: Briefe 1951–1953, S. 43. Vgl. auch Hüwel, Karl Arnold, S. 233f. u. 249–253.
- 224 Vgl. Adenauers Bericht in: Adenauer an Heuss 29.3.1952, in: Briefe 1951–1953, S. 192, sowie Bericht von Müller über die Gespräche in Bonn in: Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes Württemberg-Hohenzollern 7.5.1952, in: ACDP III-009-065.
- 225 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes Nord-Württemberg, 16.2.1952, in: ACDP III-003-035-006.
- 226 Bisherige Studien zur Koalitionsbildungen sahen über derartige innerparteiliche Differenzierungen hinweg; vgl. zuletzt: Jun, Koalitionsbildungen.
- 227 Vgl. dagegen etwa Peter Haungs, »vor allem in personalpolitischer Hinsicht« hätten die Landesverbände eine »beträchtliche Autonomie« besessen; ders., Kanzlerdemokratie in der Bundesrepublik, S. 48; ebenso: Schmid, Die CDU, S. 56.
- 228 So Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 780, angesichts der Wahlverluste der CDU und den Querelen mit den Regierungsmitgliedern und der Fraktion.
- 229 Protokoll Fraktionssitzung 8.1.1951, in: Die CDU/CSU-Fraktion 1949–1953, S. 330. CDU und FDP hatten Ende 1950 66 der 127 Sitze; bis 1953 koalierte die CDU dennoch mit der SPD.

### III. Im Strudel konfessioneller Querelen

- 1 »Die ZEIT« 3.1.1952.
- 2 Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 52. Zu Adenauers ähnlicher Einschätzung vgl. etwa: CDU/CSU-Fraktionssitzung 8.1.1951, Protokolle Bd. 1.1., S. 330 f.
- 3 Grah an Ehlers 21.5.1954 in: ACDP I-369-0010/1.
- 4 Ginsberg an Ehlers 4.1.1953, in: ACDP I-369-0010/1.
- 5 Zu dem Streit um den Lutherfilm vgl. Ehlers an Adenauer 1.5.1954, in: ACDP I-369-003/1.

- 6 Zit. ›Wiesbadener Kurier‹, 16.12.1949, nach seinem berühmten Interview in der ›New York Herald Tribune‹ zwei Tage zuvor. Vgl. auch: Schmidt, Martin Niemöller, S. 204–207.
- 7 Simon an Ehlers 23.10.1953, in: ACDP I-369-010/1. Weitere ähnliche Dokumente bes. in dieser Akte sowie in I-369-002/1 und -003/6.
- 8 Dies wurde in den Standardwerken über die fünfziger Jahre bislang kaum berücksichtigt und ist bislang kaum erforscht: Vgl. bisher neben Bösch, ›Zu katholisch‹; von Hehl, Konfessionelle Irritationen, sowie Martin Greschat, Konfessionelle Spannungen.
- 9 Vgl. Baumeister, Parität und Inferiorität, S. 13–16. Hier auch zahlreiche Statistiken.
- 10 Probst Prehn (Husum) an Ehlers, 26.6.1951, in: ACDP I-369-003/6. Zu ähnlichen Klagen von evangelischen Geistlichen vgl. etwa: Pastor Ruberg (Lauenburg) an Ehlers 24.6.1951, in: ebd. oder Pfarrer Brünger (Neuburg/Donau) an Ehlers 14.1.1954, in: ACDP I-369-0010/1. Hinweise hierauf häufig in Memoiren; vgl. etwa Heinrich Gewandt, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 5, S. 170.
- 11 Vgl. etwa Sonntagsblatt 1.11.1953, 8.11.1953 (Kabinettsbildung), 16.10.1955 (über das Verteidigungsministerium) oder 19. und 24.2.1961 (über das Kultusministerium Nordrhein-Westfalen).
- 12 ›Schleswig-Holsteinische Volkszeitung‹ 11.11.1952. Varains These, der Antikatholizismus habe in Schleswig-Holstein bis zur Bundestagswahl 1953 keine Rolle gespielt, scheint nicht zuzutreffen; vgl. ders., Parteien und Verbände, S. 126.
- 13 So zumindest Ministerpräsident Lübke an Ehlers, 13.11.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 14 Leserbrief ›Flensburger Tageblatt‹, 23.6.1951, gez. »Hülen, Major a. D., Abkömmling einer 300 Jahre alten märkischen Pfarrfamilie«, überliefert in: ACDP I-369-03/6.
- 15 Zit. Auswertung der Fragebögen der DP, Sommer 1951, in: HStAH VVP 7, Nr. 298 II.
- 16 Zit. Fragebögen Kreis Stade und Lüneburg, in: Ebd.
- 17 Einige Beispiele hierfür auch bei Hehl, Konfessionelle Irritationen, S. 178–180.
- 18 Bericht in Stichworten der Rede von Minister Albertz am 9.4.1954 in Hemmingen, in: ACDP I-369-001/3.
- 19 Vgl. etwa Dehler im FDP-Bundesvorstand, 23.10.1953 u. 22/23.1.1954, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1210 f und S. 1332; allerdings erhielt er hier auch Widerspruch.
- 20 Hinweise hierzu bereits bei: Gauly, Kirche und Politik, S. 182.
- 21 ›Die ZEIT‹ 3.1.1952.
- 22 Vgl. bes. seine Kritik am Bonner Kabinett im Bayerische Rundfunk vom 21.10.1953, oder an Karl Arnolds Personalpolitik; vgl. hierzu: Ehlers an Adenauer 1.5.1954, in: ACDP I-369-003/1.
- 23 Kurzprotokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des EAK, 29.9.1952, in: ACDP I-369-002/1. Vgl. ebenso etwa: Stooß im Bundesvorstand 26.4.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 159.
- 24 Als frühe Personaldebatte vgl. etwa Bundesvorstand, 27.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 75 oder Protokoll engere Landesvorstand Südbaden 30.7.1951, in: ACDP III-018-115, wo der stellvertretende Landesvorsitzende Schneider kritisiert, »daß die CDU in letzter Zeit einen stark betont katholischen Kurs einschläge.«
- 25 So Mayr laut Protokoll Sitzung geschäftsführende Ausschuß des EAK 29.9.1952, in: ACDP IV-001-002/1.
- 26 Hermann Ehlers, Die Bedeutung des politischen Ressentiments im Raum der evangelischen Kirche, 14.2.1953, in: ACDP IV-001-025/4.
- 27 Bewerber waren die Katholiken Ryba, Pünder und der schließlich gewählte Friedrich-Wilhelm Lübke. Obwohl schließlich ohne Gegenkandidat, entschieden sich am 23.6.1951 nur achtzig Prozent der Parteitag delegierten für ihn. An der Spitze des öffentlichen Protestes stand wiederum auch Bischof Halfmann; vgl. ›Flensburger Tageblatt‹ 25.6.1951 und Evangelischer Pressedienst (epd) 21.6.1951, in: ACDP I-369-03/6. Zum Konflikt vgl. auch Tagebuch Otto Lenz, Eintrag 16.6.1951, S. 97 und Bericht Schröter in: Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 51. Umgekehrt klagte Ryba, dass er »als Katholik – zumal mit dem Makel einer nicht-schleswig-holsteinischen Geburtsurkunde behaftet – in Schleswig-Holstein auf verlorenem Posten stehe.« Ryba an Adenauer 30.8.1950, in: ACDP I-070-008/2; Struck, Die Politik der Landesregierung Friedrich-Wilhelm Lübke, S. 25–30, lässt dessen Konfession und das konfessionelle Klima unerwähnt.
- 28 Paul Pagel war das einzige nicht NSDAP-Mitglied, sondern hatte sogar nachweislich wegen seiner demokratischen Haltung nach 1933 seinen Posten als Arbeitsamtsdirektor verloren, während sein Sohn britischer Offizier wurde; der BHE lehnte Pagel deshalb ab; vgl. Varain, Parteien und Verbände, S. 220. Zum besonders großzügigen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein vgl.: Kasten, »Das Ansehen des Landes Schleswig-Holstein.«
- 29 Auch die Vorurteile gegenüber jüdischen Spitzenbeamten hielten in der Bundesrepublik bemerkenswert lange an. Dem Satz »Juden sollen bei uns nicht Minister oder hohe Beamte werden« stimmten noch 1960 31 Prozent der Protestanten und 27 Prozent der Katholiken zu; Umfrage IfD (n=2059), abgedr. in: Schmidchen, Protestanten und Katholiken, Tab. 139, S. 235.
- 30 Dies zeigen zumindest einige Meinungsumfragen; vgl. die parteiinterne Umfrage in: ACDP VII-003-040/1; oder die EMNID-Umfrage »Voraussetzungen der Landtagswahlen 1955 in Niedersachsen«, S. 57; ähnliche Daten auch bei: Mayntz, Soziale Schichtung, S. 255.
- 31 Globke an Adenauer 20.9.1957, in: ACDP I-070-006/2. Zum Konstanzer Streit vgl. auch Bach an Adenauer 8.10.1957 in: ACDP I-070-004/2 und die Vorstandsprotokolle CDU-Landesverband Südbaden 1957/58, in: ACDP III-018-116 und -117, bes. 21./22.8.1958. Ähnliche Beispiele in: ACDP I-070-019/3. Ähnlich auch die Reaktion beim sog. ›Ochsenfurter Zwischenfall‹, den Greschat, Konfessionelle Spannungen, S. 193 u. 204, beschreibt.
- 32 Vgl. zum Fall Oberwesel: Kays an Ehlers 29.1.1953 und Zimmer an Nieden, 27.6.1953, in: ACDP I-369-0010/1. Weitere Beispiele in: ACDP I-369-003/1.
- 33 Ehlers am 19.1.1954 im CDU-Bundesvorstand, Protokolle Bd.2., S. 79.
- 34 Heck an Tillmanns, 28.4.1954, in: ACDP VII-004-1208.
- 35 Von evangelischer Seite: Ehlers, Pferdenges. Prätorius, Sempendörffer, Tillmanns, Wilhelmi; von katholischer Altmeier, Heck, Lensing, Massoth, Weber, Wuermeling; Geschäftsführung: Kraske; Aktenvermerk 28.4.1954, in: ACDP VII-004-101/3; zur Arbeit vgl. Aktenvermerk über Sitzung am 20.1.1955, Kraske an Tillmanns, 21.1.1955, in: ACDP VII-004-1208.
- 36 Bericht Wuermeling an Geisendörfer, 20.10.1954, in: ACDP VII-004-1208.
- 37 Vgl. etwa beim Schleswig-Holsteiner Kabinettsstreit die Stellungnahme Ehlers', in: epd 21.6.1951, die auch auf dem Parteitag verlesen wurde.

- 38 Tagebücher Krone, 27.4.1952, S. 105 und Bundesvorstand 26.4.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 145.
- 39 Vgl. hierzu bes. den Nachlass von Innenminister Schröder; Auszählungen Oktober 1955, in: ACDP I-483-060/1 sowie die langen Auflistungen von Ehlers und dem EAK in: ACDP I-369-0010/1.
- 40 Vgl. Personalakten Anlage 14.9.1951, in: LHAK 700.135.
- 41 Vgl. Anlagen, in: LHAK 700.113.
- 42 Die frühen Protokolle und Eingaben des geschäftsführenden Vorstandes des EAK zeigen, wie dominant dieses Thema zunächst war, aber auch weitgehend blieb; zur Entstehung des EAK vgl. neben Egen, Die Entstehung des evangelischen Arbeitskreises; zuletzt Sauer, Westorientierung, S. 272–281.
- 43 Konfessionelle Zusammensetzung der Ministerien, Stand Oktober 1952, in: ACDP I-369-02/1. Als Heinemann das Innenministerium aufbaute, sagten laut Heinemann angefragte Katholiken häufiger ab; vgl. Protokolle der CDU/CSU-Fraktionsitzung 31.1.1950, S. 189. Im Kanzleramt war es Baring zufolge Globke, der weniger auf den konfessionellen Ausgleich achtete als Adenauer; vgl. Baring, Außenpolitik, S. 7.
- 44 Nach Ehlers' Auszählung (Stand 1.5.1952) waren von 445 Beamten und Angestellten des höheren Dienstes 134 katholisch, 292 evangelisch und 19 anderer oder ohne Konfession; in: ACDP I-369-0010/1.
- 45 Globke an Heinemann, 31.1.1950, in: FES NL Heinemann, Bd. 12.
- 46 Vgl. Aufstellung Oktober 1955, in: ACDP I-483-060/1.
- 47 Vgl. Stand 13.3.1950, in: FES NL Heinemann, Bd. 13.
- 48 Vorlage für Lenz 6.10.1952, in: ACDP I-172-058/3.
- 49 Vgl. etwa Rudolf Morseys Urteil, Adenauer habe sich »nicht auf eine gleichsam rechnerisch konfessionell-paritätische Personal- und Beamtenpolitik und damit auf kurzfristige Wiedergutmachung festlegen« lassen; ders., Von Windthorst bis Adenauer, S. 276; ebenso Gerhard Besiers These, »Adenauer hatte dem konfessionellen Aspekt niemals allzu große Beobachtung geschenkt.«, in: ders., Christliche Parteipolitik, S. 186 f.
- 50 Adenauer an Globke, 27.5.1960, in: ACDP I-070-052/2.
- 51 Vgl. etwa Kurzprotokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des EAK, 6.11.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 52 Kurzprotokoll der Sitzung des EAK (hier noch Siegener Arbeitskreis) 27.5.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 53 Ehlers an Wunran, 26.2.1953, in: ACDP I-369-002/1.
- 54 Zur dortigen Suche nach einer »überlegenen evangelischen Persönlichkeit« vgl. Schmidt an Ehlers, 19.12.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 55 Vgl. Adenauer an Kunze 22.1.1951 und Kunze an Adenauer 19.1.1951, in: StBkAH 11/03. Vgl. auch Tagebuch Krone, 31.1.1953 und 15.–21.3.1953, S. 112 und 115.
- 56 Vgl. zur Entscheidungsfindung auch: Teegespräche 28.5.1952, Bd. 1, S. 286; Adenauer und Süsterhenn im Bundesvorstand, 26.4.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 1466 und 156–158, sowie Baring, Außenpolitik, S. 434.
- 57 Bericht »Erfahrungen im Wahlkampf«, in: ACDP III-006-058-005.
- 58 Vgl. HAZ 27.10.1955 und UiD 4.11.1955.
- 59 Qualitative EMNID-Untersuchung »Motive und Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung. Eine Untersuchung zur bevorstehenden Landtagswahl 1963, S. 26, in: ACDP I-014-002/3.
- 60 Ebd., S. 59.
- 61 So etwa: Klaus Gotto, Adenauers Deutschland und Ostpolitik 1954–1963, in: Ders. (Hg.), Konrad Adenauer, S. 156–286, sowie: Hans-Peter Schwarz, Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, in: Ders. (Hg.), Entspannung und Wiedervereinigung, S. 7–40.
- 62 Vgl. bes. Josef Foschepoth, Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1949–1955, in: Ders. (Hg.), Adenauer und die Deutsche Frage, S. 29–60. Die These von Adenauers völlig einseitiger Fixierung auf den Westen durchzieht zudem die Adenauer-Biografie von Henning Köhler, wobei er Adenauers »Separatismus« immer wieder übermäßig herausstellt.
- 63 Abgedr. ders. (Hg.), Adenauer, S. 289.
- 64 Vgl. Aktennotiz Adenauer über Gespräch mit ausländischen Pressevertretern, 9.10.1945, in: Briefe 1945–1947, S. 123 f. Vgl. daneben die weithin bekannte Anlage zum Schreiben an Weitz, 31.10.1945 (»Meine Einstellung zur außenpolitischen Lage«), in: Briefe 1945–1947, S. 130.
- 65 Vgl. Adenauer an Scharnagl, 21.8.1945, in: Briefe 1945–1947, S. 77 f.
- 66 Protokoll der Tagung CDU/CSU 8./9.1.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 312 f.
- 67 Bundesvorstand 26.1.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 322.
- 68 Die Zonennähe war laut IfD-Umfragen zunächst nur bei den Katholiken entscheidend für ihre Einstellung: Mitte 1963 fanden noch 53 und 54 Prozent der Protestanten nördlich bzw. südlich des Mains die deutsche Teilung »unerträglich« (Katholiken: 49 und 40 Prozent); Dezember 1967 kamen dagegen 40 Prozent im Norden, aber nur noch 24 Prozent im Süden zu dem gleichen Schluss (Katholiken: 21 und 16 Prozent); abgedr. bei: Schmidchen, Protestanten und Katholiken, Tab. 150, S. 249.
- 69 Die katholische Kirche pflegte ebenfalls gesamtdeutsche Organe, allerdings der Konfessionsstruktur entsprechend nicht mit vergleichbarer Intensität. Bisher liegen zwar zahlreiche Arbeiten über den politischen Verlauf der Wiederbewaffnung vor und die Rolle, die die Kirchenführung dabei einnahm. Es mangelt jedoch an einer mentalitäts- und gesellschaftsgeschichtlichen Erforschung der Wiedervereinigungsfrage; vgl. zur Haltung der Kirchenführung zuletzt Permien, Protestantismus und Wiederbewaffnung.
- 70 Zur Entstehung dieser Konfliktlinie vgl. Altgeld, Katholizismus, bes. S. 125–165.
- 71 Vgl. IfD-Umfragen, abgedr. in: Schmidchen, Protestanten und Katholiken, Tab. 150, S. 247.
- 72 Zur Haltung der protestantischen Basis vgl. etwa die gesammelten Zuschriften im Nachlass von Hans Globke (ACDP 070-052/3) oder Hermann Ehlers (ACDP I-369-013/2); hier etwa Pfarrer Handrich an Neber, 5.2.1952, der im Namen seiner Gemeindeglieder anführt, die Wiederbewaffnung bringe Krieg, Vernichtung, Renazifizierung und »liefere die deutschen Brüder im Osten den Russen aus«.
- 73 Vgl. Bayer, »Als wenn es keinen Eisernen Vorhang gäbe«, S. 237 f.
- 74 Hierzu zählte besonders die Region Niederrhein, das Siegerland oder die alte westfälische Grafschaft Mark. Die vier oben angeführten Landeskirchen schlossen sich schließlich 1952 zur »Evangelischen Konferenz« zusammen. Vgl. zum westfälischen Protest unter Präses Wilms: Permien, Protestantismus, bes. S. 185 f.
- 75 Bischof Halfmann gab schließlich auf einer EAK-Tagung der CDU sogar eine theologische Begründung für die Wiederbewaffnung; vgl. Tagebuch Krone, 6.7.1958, S. 303. Der Nachlass Lilje zeigt, wie intensiv er die Debatte verfolgte; vgl. LKAH L 3 III, Nr. 459.
- 76 Vgl. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, S. 225–228.

- 77 Ritter an Tillmans, mit Durchschlägen etwa an Gerstenmaier, Ehlers, Heuss, Sethe und Kaiser, abgedr. in: Schwabe/Reichardt (Hg.), Gerhard Ritter; vgl. auch die Antwort: Adenauer an Ritter 7.4.1952, abgedr. in: Briefe 1951–1953, S. 196 f. (die allerdings vermutlich nicht abgeschickt wurde; vgl. ebd. S. 559). Zu Sethe vgl. Schlumberger, Das Adenauer-Bild, und Paul Noack, Paul Sethe: Publizistische Opposition gegen Adenauer, in: Foschepoth (Hg.), Adenauer und die Deutsche Frage, S. 235–249. Als prominente akademische Kritik vgl. etwa auch: Weber, Die Fehlentwicklung in der Außenpolitik Adenauers.
- 78 Vgl. Herbert Obenaus, Studium und Universität nach der Katastrophe. Das Beispiel Göttingen, in: Rudolph/Wichert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit, S. 329.
- 79 Treue an Müller, 16.3.1956, in: ACDP I-505-010/2. Protestantischen Christdemokraten stand Treue dagegen sehr positiv gegenüber; vgl. etwa seine Würdigung von Robert Pferdenges, in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 7, S. 271–294.
- 80 Vgl. Bericht Tillmanns im Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 444. Zur Haltung der FDP vgl. die sehr begrenzte und glättende Studie von: Wagner, FDP und Wiederbewaffnung. Zu dem unter Dehler einsetzenden außenpolitischen Konfrontationskurs zuletzt: Wengst, Thomas Dehler, bes. S. 202–221 u. 235–259.
- 81 Rede vom 28.6.1953 in Lübeck; das Manuskript findet sich zusammen mit anderen konfessionellen Angriffen der FDP in: ACDP I-221-025.
- 82 So Blücher im FDP-Bundesvorstand, 17.7.1950, in: Protokolle Bd. 1.1., S. 173.
- 83 Vgl. Adenauer im Bundesvorstand 29.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 87: »Dr. Schumacher habe im vertrauten Kreise erklärt, es sei sein Ziel, einen Schnitt zwischen die evangelischen und katholischen Mitglieder zu ziehen. Er wolle damit erreichen, daß die CDU als katholische Partei abgestempelt würde. Dank Heinemann und Niemöller habe der Versuch der SPD Aussicht auf Erfolg.«
- 84 Vgl. etwa die Aktivitäten von Gustav Heinemann, Eugen Gerstenmaier, Hans Schlange-Schöningen, Günther Gereke oder Hermann Ehlers. Katholische CDU-Spitzenpolitiker, die sich engagiert für eine schnelle Wiedervereinigung einsetzten, kamen dagegen auffällig oft aus dem Berliner Landesverband und erhielten somit vor allem aus ihrem lokalen Umfeld ihre Handlungsmotivation. So natürlich besonders Jakob Kaiser, Heinrich Krone oder Johann Baptist Gradl.
- 85 Vgl. Adenauer an Heinemann, 14.4.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 193 f.; vgl. auch: Kabinettsprotokolle 13.4. u. 21.4.1950, Bd. 2, S.324 und 335 f. sowie: Koch, Heinemann, S. 133.
- 86 Zum Bonner Empfang vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 31 f.
- 87 Zit. Artikel von Ehlers, Außenpolitik der Kirche? Im: Sonntagsspiegel 3/1952. Vgl. auch Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991, S. 405–408. Meiers verklärende, stark hagiografische Biografie zeichnet allerdings fast nur den Kirchenmann Ehlers nach, während selbst die maßgeblichen Stationen von Ehlers politischer Karriere (MP-Kandidat in Niedersachsen etc.) nicht einmal erwähnt werden.
- 88 Vgl. Daten in: Handbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 2, S. 1785.
- 89 »Warum ich zurückgetreten bin«, in: Stuttgarter Zeitung 18.10.1950. Zum oft beschriebenen Rücktritt Heinemanns vgl. zuletzt: Schütz, Gustav Heinemann, S. 104 f.
- 90 KDA an Adenauer 18.10.1950, in: BA B 136/5893.
- 91 Protokoll Fraktionsvorstand 17.10.1950, in: Die CDU/CSU-Fraktion Bd. 1, S. 310.
- 92 Kurt Georg Kiesinger, Erlebnisse mit Konrad Adenauer in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 63.
- 93 Vgl. zu dieser Argumentation etwa: Hermann Ehlers, Wehrbeitrag und christliche Verantwortung, in: Sonntagsspiegel 5/1952.
- 94 Vgl. Eugen Gerstenmaier, Adenauer und die Macht, in: Blumenwitz, Konrad Adenauer, S. 43 und Gerstenmaier, Reden, S.162 f.
- 95 Vgl. Versammlungsliste in: Fratzscher an Fricke, 29.7.1952, in: ACDP I-248-026/2.
- 96 Vgl. Protokoll erster Bundesparteitag der CDU Deutschland, S. 112.
- 97 Vgl. Entschließung 15.3.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 98 Fraktions Sitzung 31.1.1950, Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 189.
- 99 Fraktions Sitzung 16.3.1950, Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 247.
- 100 Vgl. etwa Wuermelings Erklärung vom 15.7.1953 in: ACDP I-221-025.
- 101 Vgl. auch seine verbale Annäherung an SPD-Positionen in der Debatte um die Stalin-Noten 1952; vgl. hierzu: Dittmann, Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung, S. 321.
- 102 Adenauer an Heinemann 23.9.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 275 u. 278.
- 103 Den vielzitierten, umstrittenen Ausspruch Heinemanns notierte Adenauer sogar erst eine Woche später; vgl. Vermerk Adenauer über Gespräch mit Heinemann am 11.9.1950, 18.9.1950, in: StBkAH III-115. Heinemann selbst bestritt diese Formulierung gegenüber Gerstenmaier, griff sie aber in seiner Rücktrittserklärung abgemildert auf: Es erhebe sich »die Frage, ob es nicht etwa so ist, daß wir durch Gottes Gericht waffenlos gemacht worden sind um deswillen, was wir mit der Waffe angerichtet haben. Auch dann würden wir nicht für alle Zeit waffenlos bleiben müssen.« »Stuttgarter Zeitung« 18.10.1950.
- 104 Fraktions Sitzung 31.1.1950, Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 188.
- 105 Adenauer an Holzapfel, 8.12.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 322 f. Zu Adenauers vorheriger Position vgl. etwa Adenauer an Heinemann, 9.10.1950, in: Briefe 1949–1951, S. 289 f.
- 106 Fratzscher an Lilje, 23.12.1950, ACDP I-014-003/1.
- 107 Gerstenmaier an Holzapfel 23.12.1950, in: StBkAH 10.21.
- 108 Vgl. etwa die Vorwürfe: Hofmeister an Landesbischof Erdmann, 23.4.1951, in: ACDP I-395-003/6 oder über Niemöller: Lehr an Superintendent Bach, 20.11.1950, in: StBkAH III-21/1.
- 109 Vgl. etwa Lehr an Dibelius 24.11.1950, in: StBkAH III-21/1.
- 110 Vgl. Terminkalender Adenauer StBkAH 4.02 und 4.03. Zu den Kontakten vgl. auch Mensing, Adenauer und der Protestantismus.
- 111 Vgl. Eintrag 17.10.1951 (Anlage zu Gespräch mit Adenauer, Gerstenmaier und Pferdenges), in: BA N 1439, Bd. 3. Dibelius' Tagebuch enthält vornehmlich kurze Tagesnotizen und nur selten längere Reflexionen.
- 112 Eintrag 5.11.1951, in: BA N 1439, Bd. 3. Vgl. auch Baring, Außenpolitik, S. 215 f.
- 113 Vgl. auch Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung, S. 159.
- 114 Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 99–103.
- 115 So die Begründung des Vorschlages. Vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 11.9.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 726.
- 116 Vgl. die Abstimmung in: Konferenz der Landesvorsitzenden 31.7.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 716.
- 117 Adenauer versucht dies bis zuletzt u. a. mit dem Argument zu verhindern, der Parteitag müsse sich dann ja »fast ausschließlich« mit der Ostzone beschäfti-

- gen. Adenauer an Lenz 10.8.1952, abgdr. in: Briefe 1951–1953, S. 266. Zur Diskussion vgl. die Sitzung des CDU-Bundesvorstand 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S.152.
- 118 Vgl. Plakatsammlung StAH; vgl. etwa das Plakat mit einem alten Ehepaar aus der DDR, mit der Unterschrift: »Denkt an uns. Wählt CDU.«
- 119 Rundschreiben Adenauer November 1952, in: ACDP I-369-001/2.
- 120 Meyers im Bundesvorstand, 23.11.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 1172.
- 121 Zur Schulpolitik der CDU vgl. die in vieler Hinsicht unbefriedigenden Arbeiten von: Hoffmann, Die bildungspolitischen Vorstellungen; Hars, Die Bildungsreformpolitik der CDU; zur Auseinandersetzung um die Bekenntnisschule vgl. eher Regionalstudien wie Wilhelm Damberg, Die Säkularisierung des Schulwesens am Beispiel der Bekenntnisschule in Westfalen 1906–1968, in: Frese/Prinz (Hg.), Politische Zäsuren, S. 631–687 oder Müller, Konfessionell oder simultan?.
- 122 Vgl. die Zusendungen, die Adenauer bereits zwischen 1946–1949 erhielt, in: StBKAH 08/30, oder die Reden eines betont katholischen Politikers wie Adolf Süsterhenn in: LHAK 700.177; sowie Ders.: Schriften zur Natur-, Staats- und Verfassungsrecht; oder die Korrespondenz von Wuermeling, in: ACDP I-221-04/1.
- 123 Wuermeling an Glahn (FDP-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz), 16.12.1963, in: ACDP I-221-032.
- 124 Als Beispiel für diese Argumentationslinien vgl. etwa: »Betet, protestiert und handelt!«, Hirtenwort der niedersächsischen Bischöfe zum Kampf um die katholische Schule, verlesen am 21.2.1954, in: ACDP I-014-003/1.
- 125 Vgl. etwa die Berichterstattung in der CDU-Zeitung »Niederdeutsche Stimmen« (NSt) zwischen 1952 und 1954, wo die recht moderate Schulpolitik der niedersächsischen SPD als »Ermächtigungsgesetz« abgelehnt wurde (NSt 21.6.1953), das zum »totalitären Gewaltstaat hinführt« (NSt 11.5.1952). Zugleich erinnerte man daran, dass katholische Bauern im Kampf für die Konfessionsschule ins KZ gegangen seien (NSt 25.1.1953). Der Cloppenburg-Protestaufmarsch vom 4. Mai 1952 wurde direkt mit dem Protest vom 17.11.1936 verglichen (NSt 11.5.1952). Für Nordrhein-Westfalen vgl. die Landtagsdebatten, etwa vom 13.3.1951 und 11.3.1952, in: Drucksachen des Nordrhein-Westfälischen Landtages, 2 Leg.per., Sp. 527 und Sp. 1674 und die Zitate in: Buchhaas, Gesetzgebung im Wiederaufbau, S. 167, Anm. 55.
- 126 Zit. Süsterhenn, Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 26.4.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 508 und NSt 1.3.1953. Dem FDP-Ministerpräsidenten Maier legten katholisch geprägte Blätter wie das »Deutsche Volksblatt« und die »Badische Volkszeitung« wegen seiner Schulpolitik nahe, »sich in den sowjetischen Machtbereich zu begeben.« Zit. nach Bericht in: FAZ 25.9.1953. Vgl. auch das Blatt »Union in Oldenburg«, März 1953.
- 127 Vgl. etwa NSt 22.3.1953.
- 128 Vgl. Herrlitz u. a., Deutsche Schulgeschichte, S. 131 f.
- 129 Zum Umgang mit dieser unklaren Lage vgl. Repgen, Der Konkordatsstreit.
- 130 Zit. Rede Kühn (SPD) im Landtag von Nordrhein-Westfalen nach: Hars, Die Bildungsreformpolitik, S. 234.
- 131 Vgl. etwa Bericht von: Schnippenköter an Ehlers, 1.8.1953, in: ACDP I-369-002/2.
- 132 Von »den« CDU-Entwürfen für die Bekenntnisschule sprechen jedoch Hoffmann, Die bildungspolitischen Vorstellungen, S. 83, 117 und 128 und Hars, Die Bildungsreformpolitik, S. 270. Auch Simon, Die evangelischen Kirchen und das Volksschulwesen, S. 128, spricht vom »Vorrang der Bekenntnisschule« bei der niedersächsischen CDU; differenzierter: Pütz, Innerparteiliche Willensbildung, S. 57 f.
- 133 Dies galt nicht nur für Norddeutschland, sondern auch für Nordhessen oder die evangelischen Teile von Rheinland-Pfalz; zu den unterschiedlichen schulpolitischen Akzenten vgl. Kap. II. 2. Zur schulpolitischen Diskussion der Württemberger, wo insbesondere Simpfendörffer für das Elternrecht agierte, vgl. bes. Protokoll des geschäftsführenden Vorstandes Nordwürttemberg 28.9.1953, in: ACDP III-003-59/20 und Protokoll Sitzung des Landesvorstandes Württemberg-Hohenzollern 7.11.1953, in: ACDP III-009-065. Zur Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen vgl. Buchhaas, Gesetzgebung, S. 166 u. 173.; für Hamburg vgl.: ACDP III-010-130/2.
- 134 Vgl. zu den unterschiedlichen Positionen von katholischen und evangelischen Geistlichen das zusammenfassende Protokoll der Besprechung in Nette, 31.5.1954, in: ACDP I-369-03/4 und den Überblick in: Ehlers an Hansen, 29.1.1954, in: ACDP I-369-03/2.
- 135 Vgl. etwa: »Evangelische Kirche und Schulgesetzentwurf«, 17.5.1954, in: ACDP I-369-03/4, oder Lilje, Kirche und Politik, S. 12; sowie: für Nordrhein-Westfalen: Buchhaas, Gesetzgebung, S. 292.
- 136 Vgl. Pakschies, Umerziehung, S. 190.
- 137 Angaben nach: Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule, Teil II, S. 42. Angaben 1955 ohne Saarland und West-Berlin. Besonders in Nordrhein-Westfalen, aber auch Teilen Niedersachsens entstanden auch in evangelischen Gebieten Bekenntnisschulen.
- 138 Vgl. Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 26.4.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 500–520.
- 139 Vgl. ebd., S. 507, Adenauer an Frings, 7.2.1949, in: Briefe 1947–1949, S. 397–401, und die Zuschriften an Adenauer in: StBKAH 08/30. Zur Einflussnahme der katholischen Kirche, die bes. durch Prälat Böhler erfolgte, vgl. bes.: Scheewick, Die katholische Kirche, S. 65–117.
- 140 Zu Adenauers Position vgl. etwa seine Rede am 7.4.1946 in Bonn, in: Bibliothek der KAS.
- 141 Vgl. die Vorwürfe in: Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 26.4.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 544. Zum Auftreten der katholischen Bischöfe vgl. etwa Tagebuch Krone, 13.11.1954, S. 148.
- 142 Vgl. auch: Uwe Dietrich Adam, Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung im Landtag, in: Weinacht (Hg.), Die CDU, S. 257–278, S. 267.
- 143 Auf Flugblättern warb das Zentrum für sich mit dem Slogan: »Alles andere ist Gefährdung oder Verrat der Konfessionsschule!«, in: ACDP III-002-237/5.
- 144 Die Meinung über Bonn, Umfragen Allensbach 1951–1955, in: ACDP I-171-35.
- 145 Vor der Landtagswahl, Umfrage Allensbach Dez. 1955, Tab. 20, in: ACDP I-172-33/6.
- 146 Antrag 9.2.1949, in: LHAK 860.7357.
- 147 Vgl. »Niedersachsen-Spiegel« 15.7.1954.
- 148 »Die Welt« 18.5.1956. Vgl. auch seine Rechtfertigung: Wegmann an Hellwege, 4.5.1956, in: ACDP I-366-014/1.
- 149 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 26.3.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 150 Vgl. »Das Wort« 15.4.1956, in: ACDP I-366-014/1.
- 151 1952 bestanden hier 5028 Konfessionsschulen und 809 Gemeinschaftsschulen (13,8%). Nach dem neuen Gesetz reichten nicht nur wie bisher fünfzig Kinder

- zur Anmeldung einer Konfessionsschule, sondern auch weniger, wenn die Schulaufsichtsbehörde erklärte, dass ein geordneter Schulbetrieb möglich sei; vgl. Hars, Die Bildungsreformpolitik, S. 234–237.
- 152 Zahlen bei: Müller, Konfessionell oder simultan?, S. 346. Als anschauliche Quelle zur Schulpolitik in Rheinland-Pfalz vgl. auch ein rückblickendes, langes Interview mit Ministerpräsident Altmeier (von 1973), in: LHAK 700.169-243.
- 153 Vgl. Adam, Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, in: Weinacht (Hg.), Die CDU, S. 262, und Winkler, Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern.
- 154 Vgl. Herder-Korrespondenz 8 (1953/54), S. 301; vgl. auch ebd. S. 99 und Jg. 7 (1952/53), S. 146.
- 155 Vgl. Breitschuh, Der Schulkampf in Niedersachsen nach 1945, S. 103.
- 156 Vgl. NSt 6.7.1952.
- 157 Vgl. Berichte in NSt 11.5.1952; Breitschuh, Der Schulkampf, S. 105–107.
- 158 Reisebericht Wolfgang Thomas (Landesbeauftragter der ADK) an Fratzscher, 15.3.1954, in: ACDP I-369-01/3.
- 159 Dies lässt sich gut aus dem nordrhein-westfälischen Gesetzgebungsprozess von 1950 erkennen; vgl. Buchhaas, Gesetzgebung, S. 166.
- 160 Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, 14.5.1953, in: LHAK 700.135-507.
- 161 Vgl. Adenauer im Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 602. Vgl. auch bereits Adenauer im Zonenausschuss 29.10.1948, in: Pütz, Dokumente, S. 825.
- 162 Auswertung: Die Bundestagswahl vom 6.9.1953, hrsg. von der CDU Deutschland, in: ACDP I-248-42/1. Dagegen geht Karlheinz Niclauß davon aus, Adenauer habe der SPD das Konfessionsschulthema aufgedrängt, was bei den Wahlen ein Vorteil gewesen wäre; ders., Kanzlerdemokratie, S. 45.
- 163 Vgl. die Debatte im Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 100–102.
- 164 Heck an Simpfendörffer, 24.1.1956, in: ACDP VII-001-102/3.
- 165 Bericht Fay im Bundesvorstand 26.4.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 177. Daher ist das Fazit von Rudolf Hars, die CDU habe eine »beinahe unmodifizierte Restauration des vernationalsozialistischen Schulrechtes« betrieben, sicher falsch, da sich dies allenfalls auf die katholischen Regionen übertragen lässt; vgl. ders., Die Bildungsreformpolitik der CDU, S. 271.
- 166 Vgl. Fratzscher an Cillien, 13.8.1954, in: ACDPI-014-002/1; ebenso Ehlers im Bundesvorstand 11.10.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 331.
- 167 Aufzeichnung Globke 25.10.1954, in: BA B 136/5845.
- 168 Globke an Berger 9.3.1955, in: BA B 136/5845. Der katholische Vorsitzende von Oldenburg beschwerte sich prompt darüber; Wegmann an Adenauer, 5.5.1955, in: ACDP I-070-018/7.
- 169 Dieser Hinweis findet sich bei: Repgen, Der Konkordatsstreit, S. 243.
- 170 Zur gezielten Dethematisierung vgl.: Notiz Nowak, 22.3.1954, in: ACDP I-248-027/1; EMNID-Umfrage »Voraussetzungen der Landtagswahlen 1955 in Niedersachsen«, S. 57. Das regionale Parteiblatt »Niederdeutsche Stimmen« umging das Thema ebenfalls stark.
- 171 Zur Kanalisierung der Oldenburger Beiträge vgl. für den Parteitag 1956: Notiz Fratzscher an Fricke, 10.4.1956, in: ACDP I-248-028/1. Für den Parteitag 1957 vgl. Müller an Fricke, 28.3.1957, in: ACDP I-505-018/2.
- 172 Vgl. Berichte in: Wegmann an Adenauer 5.5.1955, in: ACDP I-070-018/1; politisches Tagebuch Müller, Eintrag 28.3.1956, in: ACDP I-505-010/2; Wegmann an Hellwege, 11.4.1957, in: ACDP I-366-014/1.
- 173 Fratzscher an Cillien u.a. 8.10.1954, in: ACDP I-369-001/3.
- 174 Vgl. hierzu auch: Adam, Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, S. 268.
- 175 Er begründet dies freilich allgemein damit, dass es »nicht wünschenswert sei, dass eine Frau das Kultusministerium Nordrhein-Westfalens führe.« Vgl. Adenauer an Teusch 10.12.1947, in: Briefe 1947–1949, S. 119 f.
- 176 Entwurf Kurzprotokoll Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des EAK 29.9.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 177 1950 saßen dort vier evangelische und drei katholische Ausschußmitglieder; vgl. Buchhaas, Gesetzgebung, S. 145.
- 178 Tagebuch Krone, 20.7.1954, S. 141. Krone tat dies damit ab, dass Böhler konfessionell zu eng denke.
- 179 Zit. Ehlers an Prehn, 10.7.1951, in: ACDP I-369-03/6.
- 180 Dennoch wurde im folgenden Jahr moniert, dass der Vorsitzende des Kulturausschusses und der parlamentarische Vertreter des Kultusminister Katholiken seien; Vermerk für Ehlers, 30.9.1952, in: ACDP I-369-002/1. Zur Besetzung der wichtigsten Posten zog Ehlers die Bischöfe Halfmann und Wester sowie Probst Asmussen zurate; vgl. ebd. und Ehlers an Wester, 3.10.1952, in: ebd.
- 181 Adenauer im Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 422.
- 182 Cillien im Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 446.
- 183 Und dies obwohl Adenauer und Cillien um Schlüters zweifelhafte Eignung wussten. Zu Schlüter vgl. Marten, Der niedersächsische Ministersturz.
- 184 Uleer, Das Verhältnis von DP und CDU, S. 105 und 185.
- 185 So zumindest der Bericht von Generalvikar Offenstein (Hildesheim) an Adenauer 16.6.1955, in: ACDP I-028-62/1.
- 186 Vgl. Sonntagsblatt 5.5.1955.
- 187 Vgl. SZ 2.8.1955.
- 188 Vgl. das zusammenfassende Protokoll, in: ACDP I-369-03/4.
- 189 Die Schulfrage bildete damit auch das Hauptthema seiner ersten Tagung; vgl. EAK Niedersachsen zum niedersächsischen Schulgesetz 3.5.1954, in: ACDP I-014-003/1.
- 190 Vgl. Fratzscher an Ehlers, 14.4.1954 in: ACDP I-248-027/1; sowie: Fratzscher an Oberkirchenrat Ruppel, 7.4.1954, in: ebd. und Fratzscher an Fricke, 25.8.1954, in: ACDP I-248-027/2.
- 191 Vgl. Fratzscher an Lilje 7.4.1954 und Fratzscher an Ruppel 1.6.1954, in: LKAH L 3 III, Nr. 444.
- 192 Christian Simons Urteil, die niedersächsische CDU habe kaum Kirchenkontakte gehabt, ist zwar überzogen, wenn man die Bemühungen von Ehlers berücksichtigt, stimmt aber von der Tendenz; vgl. ders., Die evangelischen Kirchen, S. 128.
- 193 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 18.6.1954, in: ACDP I-505-007.
- 194 Dies widerlegt die Beobachtung Gerhard Besiers, die konfessionellen Gegensätze seien nur in der Außen- und Deutschlandpolitik, nicht in der Innenpolitik ausgebrochen; ders., »Christliche Parteipolitik«, S. 166.
- 195 1950 waren 19 Prozent der Volksschulen einklassig, 1960 waren es 27 Prozent; Daten nach: Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule, Bd. 2, S. 43. In katholischen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz war der Anteil besonders hoch.

#### IV. Die Sammlung des bürgerlichen Lagers

- 1 Bundesvorstand, 6.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 54.
- 2 Vgl. zur Koordinierung: Euler an Adenauer 1.4.1952, in: StBKAH 11.02; Adenauer an Hellwege 6.3.1952, in: StBKAH 12.29 und Bach an Adenauer 15.4.1952, in: StBKAH 11.04, sowie Adenauer an Blücher 31.1.1952, in: Briefe 1951–1953, S. 176. Zu den Nachwahlen vgl. bislang lediglich die Lokalstudie von Schulze, Probelauf.
- 3 Vgl. die Auflistung in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 293–295.
- 4 Überschrift des Leitartikels in: NSt 2.3.1952 und NSt 16.3.1952.
- 5 Anschauliche Berichte zum Aushandlungsprozess: Bach an Adenauer 15.4.1952, in: StBKAH 11/04; Bischof an Bach 12.4.1952, in: ACDP III-006-037-002; Aktennotizen Dennhardt, 7.7.1952 und 8.7.1952, in: ACDP III-006-057-003.
- 6 Vgl. Rundschreiben des Zentralvorstandes der CDU in Niedersachsen, 17.5.1952, in: ACDP I-248-026/2; vgl. auch die DP-Unterlagen in: HStAH VVP 7, Nr. 298 II.
- 7 Großanzeige der ›Unabhängigen Wahlgemeinschaft‹ (d. h. DP, CDU, DRP, FDP, BHE) in CZ 8.11.1952. Zum Anknüpfen an die Weimarer Vorläufer vgl.: Bösch, Von der Einwohnerwehr zur Volkspartei, S. 233 f.
- 8 Zit. Flugblatt der ›Partei der Gemeinschaft Holzminden‹, Rundschreiben Nr. 1, 2.8.1952, in: ACDP I-395-004/4.
- 9 Neben Mittelstädten wie Celle und Holzminden vgl. etwa den ›Mittelstandsblock Osterholz-Scharmbeck‹, in dem ebenfalls alle Parteien rechts von der SPD (auch die SRP und der BHE) gemeinsam mit den bürgerlichen Verbänden die Kandidaten aufstellen; Anschreiben 20.8.1952, in: ACDP I-436-006/1. Im ›Antimarxistischen Wahlblock Wilhelmshaven‹, dem CDU, DP, DRP, FDP, BHE und SRP als Parteien angehörten, zeichnete neben den üblichen Mittelstandsverbänden auch etwa der Deutsche Handlungsgehilfenverband, Bund der Frontsoldaten Stahlhelm und der Stahlhelm Frauenbund Königin Luise, (›Nordwest-Zeitung‹ 27.8.1952). Bereits im Mai 1951 schloss sich der ›Lübecker Wahlblock‹ aus CDU, DP und SRP zusammen; vgl. ›Die Welt‹, 6.5.1951. Vgl. etwa auch die ›Wahlgemeinschaft Aurich‹ aus CDU, DP, FDP, DRP und FSU sowie Kreishandwerkerbund, Landvolk, Einzelhandelsverband, Haus- und Grundbesitzerverein und dem kaufmännischen Verein. Den ehemaligen SRP-Vorsitzenden Aurichs stellte man hier auf, ebenso in Emden (dort ebenfalls: CDU, DP, FDP, DRP plus den 2.Vorsitzenden und Schatzmeister der SRP) s. Reeken, Ostfriesland, S. 298 f. Zur Sammlungsfunktion der Listen vgl. auch Naßmacher, Parteien im Abstieg, S. 224 f.
- 10 Zum Mittelstandsblock vgl. Scheybani, Handwerk und Kleinhandel, S. 305–315 und Hohenstein, Bauernverbände, S. 322–338.
- 11 Zur CDU-Einschätzung des Mittelstandsblockes vgl. Bundesvorstand, 15.12.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 237 f. Vgl. auch: Die Welt 3.7.1952.
- 12 Rundschreiben CDU in Niedersachsen, 11.11.1952, in: ACDP I-248-091/4.
- 13 Vgl. Protokoll Zentralausschuss der CDU in Niedersachsen, 19.11.1952, in: ACDP I-248-026/2. Nur in Hildesheim-Marienburg und Wolfenbüttel wurde ein SPD-Landrat mit CDU-Stimmen gewählt.
- 14 Vgl. Adenauer an Cillien, 19.1.1953 und Cillien an Adenauer 27.1.1953, in: StBKAH 11.05.
- 15 Rundschreiben Cillien Nr. 18/52, 2.9.1952, in: ACDP I-248-026/2. Vgl. auch das vorhergehende Rundschreiben von Geschäftsführer Oestreich: »Es muß darauf hingewiesen werden, daß der SRP jedes Auftreten als Partei verboten ist und daß Verhandlungen, die trotzdem geführt werden, nicht nur strafbar sind, sondern auch die Verhandlungen ungültig machen. Es dürfte andererseits unbedenklich sein, wenn bei Verhandlungen mit dem Mittelstandsblock ehemalige Mitglieder der SRP sich ohne Berufung auf die SRP an diesen Verhandlungen beteiligen, soweit keine Bedenken gegen diese Personen bestehen.« Rundschreiben Nr.17/52, 23.7.1952, in: ebd..
- 16 Lediglich in den Wahlkreisen Vechta, Osnabrück-Stadt und Hildesheim kandidierte das Zentrum bei der niedersächsischen Kommunalwahl alleine; vgl. Wahlauswertung, in: ACDP I-248-026/2. Vgl. auch Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 336, die jedoch fälschlicherweise ausführt, dass es durch den Widerstand des Zentrumsvorsitzenden Brockmann zu keiner Einigung mit dem Zentrum gekommen sei.
- 17 Müller an Ehlers, 10.9.1952, in: ACDP I-369-001/2. Zu den Protesten der Oldenburger Katholiken vgl. auch Ehlers an CDU in Niedersachsen 30.7.1952, in: ebd.
- 18 Brentano an Wuermeling 13.8.1952, in: ACDP I-226- A-0059.
- 19 Heck an Ehlers, 12.9.1952, in: ACDP I-369-001/2.
- 20 Fay im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 614 und Brentano an Adenauer 2.4.1952, in: ACDP I-070-017/1; ebenso aber auch der Protestant Köhler in CDU/CSU-Fraktionssitzung 11.3.1952, in: Die CDU/CSU-Fraktion Bd. 1, S. 520.
- 21 Vgl. Sten. Ber. des Dt. BT, 11.6.1952, 218. Sitzung, S. 9579 f. Unter Beifall der Linken wandte sich Wuermeling dabei explizit gegen den hessischen DP-Vorsitzende Fritz Krebs, der seit 1922 NSDAP-Mitglied war und 1933 OB und Kreisleiter von Frankfurt wurde.
- 22 Mühlenfeld an Adenauer 3.7.1952, in: StBKAH 12/29.
- 23 Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung 11.3.1952, in: Die CDU/CSU-Fraktion Bd. 1, S. 520 f.; Johnen im Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 537.
- 24 Vgl. etwa Adenauer an Hellwege 22.9.1952, in: Briefe 1951–1953, S. 277 f. oder Adenauer an Middelhaue 30.7.1952, in: ebd., 257 f.
- 25 Adenauer im Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 560. Vgl. auch: Adenauer an Schulte 25.6.1953, in: Briefe 1951–1953, S. 395.
- 26 Adenauer im Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 619.
- 27 Bundesvorstand, 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 51. Vgl. auch Bundesvorstand, 21.4.1953, 22.5.1953 und 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 501, 560, 598 u. 600.
- 28 Protokoll des Landesvorstandes der CDU Schleswig-Holstein, 23.1.1954, in: ACDP III-006-058-005.
- 29 Vgl. den rückblickenden Bericht von Hassel im CDU-Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 451 und Struck, Die Politik der Landesregierung, S. 111–113.
- 30 Die DP sank in Schleswig-Holstein im Vergleich zur ersten Bundestagswahl von 12,1 auf vier Prozent, die FDP von 7,4 auf 4,5 Prozent der Zweitstimmen.
- 31 Beschluss vom 4.7.1953; vgl. Hellwege an Adenauer 10.7.1953, in: ACDP I-172-058/2 und Bericht Lenz an Adenauer 9.7.1953, in: ebd.
- 32 Vgl. hierzu ausführlich das Finanzkapitel VI.1.
- 33 Vgl. Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 612.

- 34 Vgl. Rehwinkel an Adenauer 29.7.1953, in: ACDP I-070-017/1 und Mittelstandsblock (gez. Rehwinkel und Stuckart) an Hellwege 28.7.1953, in: ebd.
- 35 Vgl. den Beschluss in Stade: »Die unterzeichneten Bezirks- und Kreisverbände der drei Parteien CDU, DP und FDP sowie die Wirtschaftsverbände und Berufsstände des Regierungsbezirks Stade haben folgendes beschlossen: In den Wahlkreisen 32,33 und 34 wird nur jeweils ein Kandidat aufgestellt und unterstützt. Es wird zugesichert, daß der Wahlkampf fair und ohne Herausstellung der Gegensätze der Parteien geführt wird.« In: Fratzscher an Cillien u. a. 25.7.1953, in: ACDP I-369-001/2. Ebenso ging die DP in Hamburg und Schleswig-Holstein Wahlkreis aufteilungen ein.
- 36 Zu den hessischen Positionen vgl. Fay im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 613–618 und Euler an Adenauer 10.7.1953, in: StBKAH 12.32.
- 37 Brentano an Adenauer 20.7.1953, in: ACDP I-028-007/3.
- 38 Vgl. Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 540.
- 39 »Kampf oder Verständigung. Dokumente zum Thema CDU-Zentrum«, in: ACDP III-002-237/5.
- 40 Daher auch einzelne Klagen, wenn etwa ein übergetretener Bezirksvorsitzender der Zentrumspartei zu schlecht auf der Wahlliste für den Bundestag nominiert wurde; vgl. Peter an Lensing 9.9.1953, in: ACDP III-002-048/1.
- 41 Vgl. Tagebücher Krone, S. 125, oder die Proteste von Tillmanns und Wehking im Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 542 f.
- 42 Aufschlussreich zur Koordination und zur Ausgestaltung des Abkommens: Globke an Krone 3.6.1953, in: ACDP I-028-055/2. Entworfen wurde eine öffentliche und einer nicht-öffentlichen Fassung des Abkommens, wobei bei letzterer der Passus über die Finanzen entfiel; vgl. Abkommen A und B, gez. Reismann/ Scharnberg, 1.6.1953, in: ACDP I-369-001/2; Schmidt, Zentrum, S. 335–343, beschreibt das Abkommen, nicht aber die genannten internen Regelungen.
- 43 Vgl. bereits: Lange, Wahlrecht, S. 583; Erwin Faul, Wahlen und Wähler, S. 84f.
- 44 Vgl. Recker, Wahlen und Wahlkämpfe, S. 283–285.
- 45 Im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 592.
- 46 Zit. Bericht Irmisch über Rede Dehlers in Itzehoe, 26.8.1953, in: ACDP I-369-001/2. Vgl. zu den konfessionellen Vorwürfen auch Bericht Hassel im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 609 und Wengst, Dehler, S. 227 f.
- 47 Euler am 30.7.1953, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1134.
- 48 Vgl. die parteiinterne Diskussion zu Globkes Darlegung des neuen Wahlrechtes im Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 531–566. Zur Entstehung des neuen Wahlrechtes vgl. Lange, Wahlrecht, S. 454–563.
- 49 Süsterhenn, der dies kritisch sah, im CDU-Bundesvorstand, 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 549.
- 50 Lenz an Adenauer 4.8.1952, in: ACDP I-172-058/2.
- 51 Vgl. Bundesgesetzblatt 1953, Teil I, hrsg. v. Bundesminister der Justiz, Bonn 1953, S. 81–87 (27.3.1953), 169–171 (6.5.1953), 413–444 (24.6.1953), 495–503 (15.7.1953) und 708–711 (30.7.1953).
- 52 Vgl. Die Bundestagswahl vom 6.9.1953, Hrsg. CDU Deutschland, in: ACDP I-248-42/1; sowie Bericht Heck im CDU-Bundesvorstand, 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 69. Zum allgemeinen Preisrückgang vgl. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, Tab. 11, S. 64.
- 53 Bundesvorstand 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 55.
- 54 Zur gesellschaftlichen Integration, vgl. Hoffmann u. a. (Hg.), Vertrieb.
- 55 Zit. Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 644.
- 56 Dass Adenauer schon in Weimar und erst recht beim Israel-Abkommen als »Schuldenmacher« angeprangert wurde, betont Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 905.
- 57 Vgl. FAZ 13.8.1953, S. 1.
- 58 Lenz an Adenauer 9.10.1952, in: ACDP I-172-058/2.
- 59 Im August 1952 sahen 36 Prozent der Deutschen Bismarck als die Person, die am meisten für Deutschland geleistet habe. Es folgte Hitler mit neun Prozent. Adenauer lag weit abgeschlagen mit drei Prozent; vgl. die Allensbach-Umfragen in: Neumann/Noelle, Umfragen über Adenauer, S. 146 f.
- 60 Rede Bach »1952 Jahr der Bewährung! 1953 Jahr der Entscheidung!«, in: StHAD RWN 138-1.
- 61 Vgl. die Reiseunterlagen in: ACDP I-369-001/1.
- 62 »Der Erbprinz ist auch schon übergegangen.« So Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 612.
- 63 Vgl. hierzu: Frei, Vergangenheitspolitik, S. 291–294.
- 64 Neben Adenauers Terminkalender vgl. Wahlkampfplanung in: ACDP I-070-053/3.
- 65 Diese Allensbach-Daten wurden vor allem von Lenz im Bundesvorstand referiert; vgl. CDU-Bundesvorstand, 11.3.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 458.
- 66 Vierzig Prozent der Befragten nannten dies 1953 als Grund für die Wahl der CDU. Vgl. die Umfragedaten in: Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 340.
- 67 Zu den Wahlkampfthemen vgl. auch Recker, Wahlen und Wahlkämpfe, S. 298–302 und Hetterich, Von Adenauer zu Schröder.
- 68 Vgl. hierzu Buchhaas, Die Volkspartei, S. 221 f.
- 69 Zu den Wahlslogans vgl. die Überblicksdarstellung von Monika Toman-Banke, die ausgewählte Slogans kaum kontextualisiert, sondern nur formalisiert linguistisch umschreibt und lexikonartig aneinander reiht; dies., Die Wahlslogans der Bundestagswahlen, S. 159–165.
- 70 Lenz musste ihn lange dazu überreden; vgl. Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 652. Zur breiten zeitgenössischen Rezeption des Juni-Aufstandes und seiner identitätsstiftenden Kraft für die Bundesrepublik vgl. jetzt: Wolfrum, Geschichtspolitik, bes. S. 69–107.
- 71 Vgl. »Die Entscheidung« (Auflage vier Millionen).
- 72 Vgl. etwa die Vorwürfe gegen die SPD in: DUD 21.5.1953 und 24.7.1953.
- 73 Heck im CDU-Bundesvorstand, 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 69, sowie: Die Bundestagswahl vom 6.9.1953, Hrsg. CDU Deutschland, in: ACDP I-248-42/1. Im Zonenrandgebiet legte sie 6,7 Prozent mehr zu.
- 74 Vgl. die Unterlagen aus dem Büro Lenz in: ACDP I-172-046/4. Zur großen lokalen Resonanz vgl. etwa: Protokoll der CDU-Kreisgeschäftsführertagung Hessen 26./28.10.1953, in: ACDP III-020-126/3 oder Tätigkeitsbericht Weser-Marsch, 5.12.1953, ACDP I-369-001/2.
- 75 Vgl. hierzu etwa Stuckart an Fricke, 22.5.1953, ACDP I-248-091/4. Zum DP-Wahlkampf: Nathusius, Am rechten Rande der Union, S. 575.
- 76 Bundespressestelle und Arbeitgeberverbände teilten sich die Kosten; Hoffmann, Adenauer: »Vorsicht und keine Indiskretionen«, S. 360.

- 77 Vgl. Die Bundestagswahl vom 6.9.1953, hrsg. von der CDU Deutschland, in: ACDP I-248-42/1.
- 78 Vgl. Hoffmann, Adenauer: »Vorsicht und keine Indiskretionen«, S. 339.
- 79 Der Film (und andere Wahlfilme) wurden eingesehen in: ACDP X-100-076.
- 80 Vgl. etwa die Wahlbroschüre »Die Entscheidung« (vier Millionen Auflage) von 1953, die sich vornehmlich an die Frauen richtet.
- 81 Jahresbericht 1952/53, in: LES Waage 125. Auch die SPD erkannte intern die hohe Qualität der Kampagne an: FES SPD-PV/PVAJ0000379. Vgl. jetzt auch Schindelbeck/Ilggen, »Haste was, biste was!«.
- 82 Zusammenfassende Protokolle über die Sitzungen der Waage in: LES Waage 121 und 125.
- 83 Bach an Adenauer 28.11.1950, in: StBKAH 11.03.
- 84 Vgl. zu den Wochenschauen: Thedick an Bundespresseamt 25.1.1952; Genehmigung Adenauer an Schäffer 11.7.1950, in: BA B 136/5904; zur FAZ: Protokoll Bundesvorstand, 11.10.1954, S. 277–290, bes. S. 287, ebd. 5.2.1955, S. 390; zur ZEIT Briefwechsel Erhard-Bucerius in: LES, Bestand »Die Waage« I.4.38; Stein an Adenauer, 20.2.1962, in: ACDP I-070-001/3; vgl. auch Dahrendorf, Liberal und unabhängig, S. 106–108.
- 85 Protokoll Bundesvorstand 11.10.1954, S. 287. Artikel in: FAZ 11.10.1954
- 86 Vgl. den desaströs gescheiterten Versuch mit der »Braunschweiger Zeitung«; Lenz an Fricke, 19.2.1953 und Hofmeister an Bach, 8.3.1953, in: ACDP I-395-045/5., I-395-045/5.
- 87 Vgl. die Planungen in: ACDP I-070-001/3 und I-070-052/2 (bes. Globke an Adenauer 10.8.1955).
- 88 Die Bundestagswahl vom 6.9.1953, hrsg. von der CDU Deutschland, in: ACDP I-248-42/1.
- 89 CDU-Bundesvorstand, 10.9.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 4. Vgl. auch die Verwunderung über das scheinbar nicht zu wiederholende Wahlergebnis im Politischen Tagebuch Müller, Eintrag 13.10.1953, in: ACDP I-505-010/2. Vgl. auch Eintrag 2.1955, in: ebd. I-505-010/9.
- 90 Selbstverständlich wäre es ein ökologischer Fehlschluss, diese vier Millionen direkt den CDU-Gewinnen zuzuschlagen. In ihren eigenen internen Analysen geht die CDU nur von 1,3 Millionen Stimmen von »Mehrwählern« aus; vgl. die Analysen in: ACDP VII-003-045/1 und ACDP I-395-038/1. Vgl. auch: Richard Stöss, Struktur und Entwicklung des Parteiensystems in der Bundesrepublik – Eine Theorie, in: Ders. (Hg.), Parteienhandbuch, S. 215.
- 91 Tabelle zusammengestellt nach Daten in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 226–229.
- 92 Vgl. EMNID-Umfrage in: ACDP I-366-039/2.
- 93 Tabelle zusammengestellt nach Daten in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 233–237. Zu den Protestanten werden in Statistiken bezeichnenderweise die Konfessionslosen und Angehörige anderer Religionsbekenntnisse hinzugerechnet.
- 94 Angaben ohne Rheinland-Pfalz und Bayern; bei Hinzuziehung dieser beiden Länder wäre die konfessionelle Diskrepanz sicher noch deutlicher ausgefallen. Quelle: Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6.9.1953. Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 100, Heft 2, Koblenz 1955, S. 47.
- 95 Angaben ohne Rheinland-Pfalz und Bayern; Quelle: ebd.
- 96 Vgl. die Hochburgen-Aufstellung in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 241 f und 268.
- 97 So bereits Heidenheimer, Der starke Regierungschef, S. 255. Ebenso, an Heidenheimer angelehnt auch Buchhaas, Die Volkspartei, S. 117.
- 98 Umfrage in: Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 341.
- 99 Dagegen betonen die meisten Überblicksdarstellungen, bereits 1953 hätte die CDU ihre evangelischen Wählerpotentiale umschlossen; vgl. etwa Helga Grebing, Die Parteien, in: Benz (Hg.), Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 1., S. 88.
- 100 Vgl. hierzu auch Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, S. 73, 80 u. 325
- 101 CDU-Bundesvorstand, 10.9.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 6–9.
- 102 CDU-Bundesvorstand, 10.9.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 33, und 22.5.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 531.
- 103 Zur Kritik an Seebohms fachlichen Kenntnissen vgl. etwa Brentano an Adenauer 17.10.1953, in: ACDP I-028-007/3, zur selbstverständlichen Wiedernominierung: Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 107 f.
- 104 Hellwege an Adenauer 19.9.1953, in: StBKAH III-24
- 105 Vgl. Lenz an Adenauer, 4.8.1952, in: ACDP I-172-058/2 und Vorlage Lenz an Adenauer 3.9.1952 und 20.2.1953, in: ACDP I-172-058/1.
- 106 Lenz an Adenauer, 4.8.1952, in: ACDP I-172-058/2; zu Kathers Protesten vgl. etwa: Kather an Globke 17.10.1953, in: StBKAH III-118. Kathers Konfliktfreudigkeit verhindert dies jedoch..
- 107 Vgl. auch die Proteste von Franz-Josef Strauß im CDU-Bundesvorstand, 10.9.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 22.
- 108 Kraft hatte den »volksdeutschen Widerstand« in Polen maßgeblich mit organisiert und war Ehrenhauptsturmführer der SS; Oberländer, der bereits am 9.11.1923 beim Hitlerputsch mitmarschierte, trat 1933 in die NSDAP ein und war von 1939–45 Reichsführer des »Bundes deutscher Osten«, vgl. jetzt die juristisch orientierte Arbeit von: Wachs, Der Fall Theodor Oberländer.
- 109 Lenz an Adenauer, 4.8.1952, in: ACDP I-172-058/2.
- 110 Vgl. die Listen in Globkes Nachlass: ACDP I-070-002/1.
- 111 Vgl. Ehlers in: FAZ 22.10.1953.
- 112 Ehlers wehrte sich freilich gegen den Vorwurf, dass er aus konfessionellen Gründen Schuberths »Kopf« gefordert hätte: CDU-Bundesvorstand, 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 80. Zu Adenauers Taktieren hierbei vgl. Köhler, Adenauer, S. 802–805.
- 113 Vgl. etwa die Diskussion in: Protokolle des FDP-Bundesvorstand, 11.9.1953, Bd. 1.2., S. 1149 f.
- 114 Zur außenpolitischen Entwicklung vgl. zuletzt: Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 34–48.
- 115 Vgl. Bericht Tillmanns im CDU-Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 444.
- 116 Vgl. Umfragereihe in: Neumann/Noelle, Umfragen über Adenauer, S. 44–47; nicht empirisch belegbar ist dagegen die häufig formulierte Feststellung, dies sei der Höhepunkt von Adenauers Beliebtheit gewesen. Sie lag 1953 bereits höher; vgl. Daten: ebd. S. 136 f. Vielmehr wurde im Nachhinein dies als Adenauers größte politische Tat gewertet. Zu dem keineswegs von Adenauer alleine ausgehandelten Erfolg vgl. jetzt: Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen.
- 117 Grundlegend: Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen, S. 400–407.
- 118 Vgl. Wuermelings Ausführung im Bundestag 2.4.1954, Sten. Ber. 2. WP, Bd. 19, S. 766–769; Krone Tagebücher, 20.5.1954, S. 137; Adenauer im Bundesvorstand 26.4.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 145; Vgl. als Überblick: Schwarz, Ära Adenauer, S. 229 f.
- 119 Zum nach wie vor unklaren Hintergrund von Otto Johns Überlaufen vgl. zu-

- letzt: Stöver, Der Fall Otto John; Schmitt-Wittmack machte im Unterschied zu John in der DDR Karriere: 1955 wurde er Vizepräsident der Kammer für Außenhandel, 1964 Mitglied des Hauptvorstandes der CDU. Kurze biografische Hinweise bei: Stubbe-da Luz, Union der Christen, S. 534.
- 120 Vgl. Stimmungsberichte der Kreisverbände in Schleswig-Holstein, in: ACDP III-006-058-005. Vgl. auch die entrüsteten Stellungnahmen in der protestantisch-konservativen Provinzpresse, etwa: ›Cellesche Zeitung‹ 1.9.1954, ›Weser-Kurier‹ 13.8.1954.
- 121 Alle Daten nach: ebd.
- 122 Vgl. Manuskript Fratzscher; Die CDU in Niedersachsen Teil II, in: ACDP I-014-003/5, S. 13.
- 123 Senatsliste bei: Fischer, Wahlhandbuch, S. 523 f.
- 124 Vgl. Programm und Unterlagen in: ACDP III-010-130/2.
- 125 Vgl. zur Koalitionsbildung 1954: Telefonische Mitteilung Fay 30.11.1954, in: StBkAH 11.05 und Fay an Adenauer 7.12.1954, in: ACDP I-145, Film 17.
- 126 Vgl. Müller an Cillien, 26.1.1957, in: ACDP I-505-018/1.
- 127 Vgl. Krone, Tagebücher 14.5.1956, und 21.11.1956, S. 213 und 234, sowie Umfrage Allensbach, in: Neumann/Noelle, Umfragen über Adenauer, S. 73 u. 80.
- 128 Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 332 f.
- 129 Nur einen oberflächlichen Überblick über die Atomdebatte bietet: Bald, Die Atombewaffnung.
- 130 Vgl. zu dieser Reise: Köhler, Adenauer, S. 953 f.
- 131 Vgl. bes. von Hassel und Fricke in: Protokoll Konferenz nordwestdeutscher Landesvorsitzende, 19.11.1956, in: ACDP I-505-018/1; vgl. aber auch Zimmer im Bundesvorstand 23.11.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 1120.
- 132 Vgl. Deister- und Weser Zeitung 24.7.1957.
- 133 Adenauer hatte vor dem Gespräch verschiedene Abhandlungen über die Auswirkung der Versuchsbomben gesichtet; vgl. seine Ausführungen im Bundesvorstand, 11.5.1957, in: Protokolle 1953–1957, S. 1231 f.
- 134 Vgl. Fratzscher an Fricke 6.5.1957, in: ACDP I-248-007.
- 135 Vgl. Jordans Reden in: ACDP I-505-019/2; zur positiven öffentlichen Würdigung der Nominierung vgl. etwa Die Welt 18.8.1957. Jordans Schriften hatten schon vorher die Unbedenklichkeit eines atomaren Krieges prognostiziert; vgl. etwa: »Wenn der Atomkrieg noch für fünf Jahrzehnte vermieden werden kann – was durchaus nicht unmöglich ist –, so wird die Menschheit längst darauf eingerichtet sein, ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist.« Dies vorzubereiten sei »Ehrenpflicht« des Wissenschaftlers; aus: Jordan, Der gescheiterte Aufstand, S. 180.
- 136 Generalsekretär Fratzscher tat Jordans NS-Vergangenheit damit ab, »daß diese alten Geschichten für uns uninteressant sind.« Fratzscher an Fricke 8.8.1957, in: ACDP I-248-008/1.
- 137 Vgl. seine Rede in: 7. Bundesparteitag der CDU Deutschlands, S. 100–130.
- 138 Vgl. Bachs Reden ›Gegen den Atomtod‹, in: StHAD RWN 138-1. Vgl. auch Cilliens Antwort auf Heinemann Vorschlag eines Volksbegehrens; »Keine Verfassungsexperimente«; DUD, 23.4.1958.
- 139 ADK-Leistungsbericht 1957, in: ACDP I-070-007/2. Buchwald, Adenauers Informationspolitik, S. 101–115, widmet der Kampagne gegen den Atomtod zwar ein eigenes Kapitel, erwähnt letztlich lediglich eine Plakatkampagne vom 1. Mai 1958.
- 140 Vgl. Bundesgesetzblatt Jg. 1957, Teil I, S. 649–651 (26.6.1957) und S. 848 (26.7.1957). Eine Auflistung der Verordnungen findet sich auch in der SPD-Gegnerbeobachtung: FES SPD-PV/PVAJ0000444.
- 141 Diese Würdigung wurde oft betont; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 283–285.
- 142 Vgl. Storch im CDU-Bundesvorstand, 7.2.1957, in: Protokolle 1953–1957, S. 1218.
- 143 Bereits seit 1956; vgl. EMNID-Pressebericht Nr. 47, 31.3.1956, in: ACDP I-505-017/1; »Adenauer tut zu wenig dafür, daß die Preise fest bleiben« war auch die Hauptkritik an Adenauers Politik (so 59 Prozent der Befragten im Oktober 1956); Noelle/Neumann, Umfragen über Adenauer, S. 56.
- 144 Vgl. Lübke im CDU-Bundesvorstand, 23.11.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 1152.
- 145 Zu Erhards besonderer Aufmerksamkeit bei den Preisen dieser beiden Produkte vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 414.
- 146 Rundschreiben Adenauer August 1957, in: ACDP I-366-039/2.
- 147 CDU Hannover (1946), in: ACDP I-014-001/1.
- 148 Vgl. etwa bereits: Rede Hans Erich Stier beim Ersten-Zonenparteitag am 14./15.8.1947, in: Erster-Zonenparteitag städtischen Saalbau in Recklinghausen, hrsg. von dem Zonensekretariat der britischen Zone, Köln o. D. (1947), S. 62 f.
- 149 Abgedruckt in dem 1952 erschienenen Band von Münke, Wahlkampf, S. 123.
- 150 Bundesgesetzblatt Jg. 1957, Teil I, S.609–640 (18.6.1957). Zu den Grenzen der Gesetzgebung: Moeller, Geschützte Mütter, S. 318–335.
- 151 So auch die Einschätzung von Kitzinger, Wahlkampf, S. 82.
- 152 Zur finanziellen Basis der CDU vgl. das folgende Kapitel V.1 über die Parteienfinanzierung.
- 153 Daten hierzu bereits bei Kitzinger, Wahlkampf, S. 77.
- 154 ADK-Leistungsbericht 1957, in: ACDP I-070-007/2; hierin auch Auflistungen zu ihren Finanzmitteln.
- 155 Bundesvorstand, 7.2.1957, in: Protokolle 1953–1957, S.1209.
- 156 Vgl. Kitzinger, Wahlkampf, S. 68 und 79.
- 157 Vgl. Umfragen in: Noelle/Neumann, Umfragen über Adenauer, S. 53.
- 158 Vgl. Redneranweisung Bundesgeschäftsstelle, 31.8.1957, in: ACDP I-248-008/1.
- 159 Vgl. etwa die Texte gewöhnlicher Gründungsaufrufe: »Nur aus christlicher Verantwortung heraus können die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik so gelöst werden, daß das Abendland vor dem drohenden Untergang gerettet wird.« (»Die CDU ruft zur Entscheidung auf!«, Okt. 1946, in: ACDP III-003-21); ebenso in beiläufigen Formulierungen wie in einem Weihnachtsbrief Brentanos an Adenauer (»Sie haben zu einem Zeitpunkt, in dem es wirklich um das Bestehen oder um den Untergang unseres deutschen Vaterlandes und darüber hinaus der abendländischen christlichen Kultur geht, die Verantwortung für das Volk übernommen.« Brentano an Adenauer 20.12.1949, in StBkAH III-38. Zur Wirkung des Satzes 1957 vgl. auch Repgen, Finis Germania: Repgen wertet jedoch Adenauers Ausspruch als »Rat des Propaganda-Spezialisten Felix von Eckardt« und damit einmalige Formulierung, an der Adenauer quasi unschuldig sei.
- 160 Vermerk Stein für Adenauer/Globke 11.5.1956, in: ACDP I-070-017/2; Bundesvorstand 1.7.1957, in: Protokolle 1953–1957, S. 1264 u. 1282 f.
- 161 Vgl. ihre Korrespondenz in: StBkAH 12.29, bes. Adenauer an Hellwege, 8.8.1957 und 9.8.1957.

- 162 Vgl. Protokoll Konferenz nordwestdeutscher Landesvorsitzender, 9.2.1957, in: ACDP I-505-018/1.
- 163 Die CDU nahm dies mit Bestürzung auf; vgl. Kraske an von Hassel, 29.8.1957, in: ACDP VII-001-102/4.
- 164 Vgl. etwa katholische Wahlkreise wie Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich, Konstanz, Ortenaukreis, Ravensburg, Rottweil, Calw, Breisgau-Hochschwarzwald, Biberach, Bodenseekreis, Vechta oder Cloppenburg; Angaben in: Fischer (Hg.), Wahlhandbuch.
- 165 Vgl. katholische Wahlkreise wie Euskirchen, Paderborn, Höxter, Kleve, Düren, Coesfeld, Borken.
- 166 Notiz o. D., o. U. [Globke Oktober 1957], in: ACDP I-070-002/3.
- 167 Vgl. Tagebücher Krone, 17.10.1957 und 19.10.1957, S. 266.
- 168 Bei der Suche nach einem Protestanten für das Justizministerium wurden selbst unbekannte Personen wie der Celler Oberlandesgerichtspräsident Heusinger gefragt, ohne dass klar war, ob er überhaupt in der Partei war; vgl. Notiz o. D., o. U. [Globke Oktober 1957], in: ACDP I-070-002/3.
- 169 Zum Länderproporz bei der Regierungsbildung vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 351–358.
- 170 Wie bereits angemerkt, wird die bei den Zeitgenossen und in der Literatur übliche Bezeichnung BHE beibehalten, obwohl die Partei sich 1952 in GB/BHE umbenannte.
- 171 Vgl. Umfragedaten in: Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen, S. 305; Reigrotzki, Soziale Verpflechtungen, S. 143 (hier nur die Parteipräferenz).
- 172 Zum langwierigen, mitunter bis in die siebziger Jahre reichenden Integrationsprozess vgl. Lüttinger, Die Vertriebenen und Hoffmann u. a. (Hg.), Vertriebene in Deutschland.
- 173 Bundesparteivorstand, 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 108.
- 174 Zur Meinungsbildung des BHE in der Saarfrage vgl. Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen, S. 137–157.
- 175 Vgl. zu diesem Kurswechsel des BHE neben Neumann auch: Richard Stöss, Der Gesamtdeutsche Block/BHE, in: Ders. (Hg.), Parteienhandbuch, S. 1424–1459, bes. 1434 f.
- 176 Vermerk Adenauer 20.1.1955, in: StBkAH III-23. Die Modalitäten der Übertritte blieben bislang unbeachtet; vgl. etwa Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 199, der diese nur in einem Nebensatz erwähnt; ebenso Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen, S. 157.
- 177 Aufzeichnung Globke 18.3.1955, in: ACDP I-070-017/2.
- 178 84. Kabinettsitzung 2.6.1955, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 8, S. 337.
- 179 Vgl. etwa: Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 460 f., S. 426 und 459.
- 180 Tillmanns war dabei Koordinator der Überführung; vgl. Aufzeichnung 5.3.1956 und Bericht Heynitz an Oberländer 29.12.1956, in: BA N 1267/39.
- 181 Vgl. Terminkalender 4.10.1956, in: StBkAH 4.07.
- 182 Sogar noch kurz vor der Wahl: Vgl. etwa Bundesvorstand 1.7.1957, in: Protokolle 1953–1957, S. 1264 u. 1282 f. Zu dieser Taktik vgl. Vermerk Kraft über Gespräch mit Adenauer 8.5.1956, in: BA N 1267/39.
- 183 Vgl. Vermerk Stein für Adenauer/Globke 11.5.1956, in: ACDP I-070-017/2 und Vermerk 10.1.1957, in: BA N 1267/39.
- 184 Konferenz Nordwestdeutsche Landesvorsitzende, 19.11.1956, in: ACDP I-505-018/1.
- 185 Allein die parteiinternen Beharrungsgründe nennt dagegen: Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen, S. 162.
- 186 Vgl. Vermerk Kraft über Gespräch mit Adenauer 8.5.1956, in: BA N 1267/39; Gespräch Kraft mit Krone 22.12.1956; Vermerk 10.1.1957, in: BA N 1267/39; Kraft an Adenauer 14.1.1957, in: ACDP I-070-005/4; Samwer an Adenauer 25.5.1956, in: ACDP I-070-017/2.
- 187 Bundesvorstand 19.9.1957, in: Protokolle 1957–1961, S. 13.
- 188 Adenauer an Globke 5.9.1960 in: StBkAH III-17.
- 189 Protokoll Bundesparteivorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 460.
- 190 Den Begriff benutzt Richard Stöss, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Parteienhandbuch, Bd. 1, S. 281.
- 191 Vgl. Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen, S. 33 und 160.
- 192 Vgl. zur Diskussion um Ausgrenzung der NS-Eliten im BHE: Konferenz der norddeutschen Landesvorsitzenden, 9.2.1957, in: ACDP I-505-018/1; Bundesvorstand 11.7.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 214. Während die schleswig-holsteinischen Christdemokraten sonst recht großzügig mit der NS-Vergangenheit umgingen, setzte Hassel hier zumindest gewisse Grenzen.
- 193 König an Simpfendorffer 29.12.1957, in: ACDP III-003-59/6.
- 194 Vgl. Karl Schmitt, Die CDU in Nordwürttemberg (1952–1972), in: Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg, S. 230 f.
- 195 Josef Schwarz war offiziell zwar nur Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, hatte allerdings ein Stimmrecht in der Regierung. Vgl. Bericht Seeböhm im CDU-Bundesvorstand, 25.2.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 642.
- 196 Scheufelen im CDU-Bundesvorstand, 4.6.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 714.
- 197 Ebd.
- 198 Vgl. hierzu: Telefonische Mitteilung Fay 30.11.1954, in: StBkAH 11.05 und Fay an Adenauer 7.12.1954, in: ACDP I-145, Film 17.
- 199 Fay an Adenauer 27.7.1956, in: ACDP I-070-005/4.
- 200 Zu den Anfängen dieser Entwicklung vgl. Winkler, Flüchtlingsorganisationen in Hessen.
- 201 Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 464 f.
- 202 Vgl. Fricke an Globke, 29.4.1959 und Cillien an Globke 30.4.1959, in: ACDP I-070-006/2, und die Aufzeichnung des CDU-Generalsekretärs Fratzscher, Die Regierungsbildung in Niedersachsen, 29.5.1959, in: ACDP I-248-0010/1.
- 203 Oberländer an Globke, 6.3.1962, in: ACDP I-070-008/2.
- 204 Münster an Fricke, 10.5.1963, in: ACDP I-248-0014.
- 205 Fratzscher an Fricke, 2.7.1963, in: ACDP I-248-0015/2.
- 206 Vgl. Protokoll Zentralvorstand CDU in Niedersachsen 12.12.1964, in: ACDP I-248-0016/2; Fratzscher an Fricke 17.2.1964, in: ACDP I-248-0016/1.
- 207 1947 waren es 440467 (17,9 Prozent), 1959 424524 (12,4 Prozent); selbst bei der Bundestagswahl 1957 lag sie mit 435936 Stimmen bei diesem Wert.
- 208 Zum welfisch-konservativen Milieu in Niedersachsen vgl. Bösch, Das konservative Milieu, und Naßmacher, Parteien im Abstieg, S. 241.
- 209 Vgl. etwa die Bedenken in: Protokoll Landesleitung/MdB Niedersachsen 1.12.1956, in: ACDP I-505-018/1.
- 210 Bundesvorstand 24.2.1956 in: Protokolle 1953–1957, S. 806.
- 211 So Hellwege auf einer Pressekonferenz am 30.1.1957; vgl. Müller an Globke, o. D. [22.2.1957, F.B.], in: ACDP I-505-018/2. Vgl. auch: Müller an Cillien, 26.1.1957, in: ACDP I-505-018/1.

- 212 Vgl. Bundesvorstand 19.9.1957 in: Protokolle 1957–1961, S. 16 und 23; Protokoll Bundesparteiausschuß 16.5.1956, in: ACDP VII-001-020/8.
- 213 Von Hassel an Fricke, 11.1.1961, in: ACDP III-006-040-007.
- 214 Vgl. Adenauer an Sieveking und an Scharnberg, 26.9.1957, in: ACDP I-070-009/1.
- 215 Vgl. Wahlauswertung der ADK 17.10.1959, in: ACDP 070-006/2; vgl. hierzu auf Basis von Erinnerungsberichten Adamietz, Die fünfziger Jahre, S. 394 f.
- 216 Zum NS-Personal vgl. Auflistung in: SZ 27./28.10.1951; Nathusius, Am rechten Rande der Union, S. 471 f. So war etwa der Geschäftsführer der DP Redakteur beim Völkischen Beobachter gewesen.
- 217 Vgl. Ms. Fratzscher; Die CDU in Niedersachsen Teil II, in: ACDP I-014-003/5, S. 13.
- 218 Vgl. Wahlkampfberichte April/Mai 1955, in: ACDP I-505-011.
- 219 Vgl. Cillien im Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 445.
- 220 Zur Suche nach einem Spitzenkandidaten vgl. Fratzscher an Globke, 29.11.1954 und ebd. Fratzscher an Fricke, 16.12.1954, in: ACDP I-248-027/1., Uleers auf Auskunft von Fratzscher beruhende Feststellung, daß nach Ehlers' Tod die Frage nach dem Spitzenkandidaten nicht erneut aufgegriffen wurde, ist somit nicht haltbar; vgl. ders., Das Verhältnis von DP und CDU, S. 64.
- 221 Der Seitenwechsel der Bayernpartei muss wie bei der DP als Abwehrhaltung gegenüber der Integrationstaktik der CSU verstanden werden; s. Mintzel, Die CSU, S.273 f. Vgl. auch die Notiz von Fratzscher. »Da Gefahr, daß sich in Hannover bei gutem Wahlerfolg der CDU das Münchner Beispiel wiederholen könnte, bitte Kultur- Schulpolitik im Wahlkampf nicht zu sehr herausstellen.« Betr.: Niedersächsischen Wahlkampf, in: ACDP I-014-002/1.
- 222 Fratzscher an Fricke, 3.7.1954, in: ACDP I-248-027/1 und Fratzscher an Cillien, 13.8.1954, in: ACDP I-014-002/1. Egbring an Ehlers, 25.8.1954, in: ACDP I-369-001/3.
- 223 Vgl. Hellweges Erinnerung in: Hellwege an Fratzscher, 18.19.1979, In ACDP: I-014-003/5.
- 224 Vgl. Manuskript Fratzscher; Die CDU in Niedersachsen Teil II, in: ACDP I-014-003/5, S. 17.
- 225 Vgl. Wegmann an Fratzscher, 31.7.1957, in: ACDP I-366-028/1.
- 226 Vgl. HAZ 4.2.1957, 2.4.1957, 17.7.1957, 13.9.1957, 6.11.1957, 7.11.1957; vgl. auch Müller/Beyer, Der niedersächsische Landtag, S. 622.
- 227 Bericht Galen an Merkat, 23.10.1958, in: ACDP I-148-90/2. Da die Modalitäten des DP-Übertrittes bislang völlig unbekannt sind, werden sie im folgenden etwas ausführlicher dargestellt. Vgl. bislang lediglich: Mey, Die Deutsche Partei, S. 63 f.
- 228 Vgl. ihre Korrespondenz in: StBkAH 12.29.
- 229 Vgl. etwa: Notiz Globke für Adenauer 20.8.1958, in: ACDP I-070-017/1; Fratzscher an Fricke, 10.6.1959, in: ACDP I-248-010/1
- 230 Gregory an Globke 24.7.1959, in: ACDP I-070-017/1; vgl. auch Fratzscher an Fricke, 3.6.1959, in: ACDP I-248-010/1.
- 231 Vgl. Tönessen an Globke 16.7.1959, in: ACDP I-070-017/1.
- 232 Vgl. Merkat an Pferdenges, 26.10.1959, in: ACDP I-070-017/1; Fratzscher an Fricke, 14.9.1959, in: ACDP I-248-010/1.
- 233 Vgl. Frick an Fratzscher 15.9.1959, in: ACDP I-248-010/2.
- 234 Zu Adenauers Gesprächen vgl. etwa Berichte in: Protokolle Zentralvorstand CDU in Niedersachsen 31.5.1958 und 9.6.1958, in: ACDP III-007-001/1; Fratzscher an Fricke, 16.9.1959, in: ACDP I-248-009/1; Fratzscher an Fricke, 10.6.1959, in: ACDP I-248-010/1; Aktennotiz Merkat 26.8.1959, in: ACDP I-148-50/3.
- 235 Vgl. Berichte über das Treffen in: Protokolle des Vorstand Oldenburg 10.10.1959, in: ACDP III-021-018/1; Fratzscher an Fricke 8.10.1959, in: ACDP 248-010/2; Hellwege an Fricke 28.10.1959; Protokoll Zentralvorstand CDU in Niedersachsen 31.10.1959, in: III-007-001/1.
- 236 Rundschreiben Hellwege 14.10.1959, Rundschreiben DP-Bundesgeschäftsführung, 15.10.1959 und 2.11.1959, in: ACDP I-148-50/3.
- 237 Fratzscher an Cillien, 21.10.1959, in: ACDP I-248-010/2.
- 238 Aktennotiz Kalinke für Merkat 24.10.1959, in: ACDP I-148-50/3; Merkat an Pferdenges 26.10.1959, in: ACDP I-070-017/1.
- 239 Vgl. Merkat an Evers, 25.6.1960, in: ACDP I-148-50/3.
- 240 Vgl. Aufzeichnung Adenauer über Treffen mit Kalinke/Schneider, 8.2.1960, in: ACDP I-070-017/1 und Aufzeichnung Adenauer für Cillien, 8.2.1960, in: ACDP I-521-001/2; Protokoll CDU-Zentralvorstand Niedersachsen 21.5.1960, in: ACDP III-007-001/1; Aktennotiz Fricke 23.6.1960, in: ACDP I-248-011/2.
- 241 Vgl. ihre recht oberflächliche und unkritische Würdigung in: Marquardt, Das Ja zur Politik, S. 253–281.
- 242 Vgl. Fratzscher an Fricke 17.8.1960, in: ACDP I-248-011/2; Kalinke an Fratzscher, 20.9.1960, in: ACDP I-248-048/1
- 243 Vgl. Unterlagen in: ACDP I-148-51/1; ebenso Kalinke in: ›Ostfriesischer Kurier‹ 17.10.1960; Manuskript Merkat ›Auf die Idee kommt es an‹ 22.7.1960 für ›Cellesche Zeitung‹.
- 244 Bezirksversammlung Lüneburg 21.9.1960, in: ACDP I-248-048/1.
- 245 Derartige Fälle dokumentiert die Korrespondenz zwischen Generalsekretär und Vorsitzenden; vgl. etwa Fricke an Fratzscher 30.1.1961; Fratzscher an Fricke 17.12.1960, 16.1.1961, 11.2.1961, in: ACDP I-248-012.
- 246 Merkat an Adenauer 30.11.1960, in: StBkAH 13.03.
- 247 Vgl. Bericht: Fratzscher an Fricke 4.1.1961, in: ACDP I-248-012. Auch Hellwege selbst sollte später vorgehalten werden: »Ich frage nun, wann sein nächster Schritt kommt, nämlich dass er in die katholische Kirche eintritt.«; Krüger an Fratzscher, 8.11.1961, in: ACDP I-248-0012/2.
- 248 Bericht, in: ACDP I-148-91/5.
- 249 ›Weser-Kurier‹ 29.11.1960
- 250 Vgl. die Broschüre zum Parteitag 14./15.4.1961 in: ACDP I-505-020.
- 251 Merkat und Seebohm legten anscheinend 75 Veranstaltungen vor; Fricke an Globke 8.9.1961, in: ACDP I-070-006/1.
- 252 Die vielzitierte Bezeichnung »widernatürliche Ehe« stammt aus der FAZ, 15.4.1961; vgl. auch Meyn, Die Deutsche Partei, S. 73 f.
- 253 Zu den Gesprächen, etwa mit Langeheine, vgl. Fratzscher an Fricke, 19.10.1961, in: ACDP I-248-012/2.
- 254 Zu den Fusionsverhandlungen vgl. die Protokolle des Zentralvorstandes der CDU in Niedersachsen, in: ACDP III-007-001/1.
- 255 Protokolle des Zentralvorstandes der CDU in Niedersachsen, 15.6.1962, 18.12.1962 in: ACDP III-007-001/1.
- 256 Vgl. rückblickend: Fricke an Adenauer 24.7.1963, in: ACDP VII-002-006/1.
- 257 Beispiele für die Auswahl in: Fratzscher an Fricke, 8.12.1961 und 18.12.1961, in: ACDP I-248-012/2.
- 258 Vgl. hierzu demnächst: Bösch, Konservative Milieu.

- 259 Fratzscher an Fricke 29.12.1961, in: ACDP I-248-012/2; Münster an Fricke, 29.12.1961, in: ACDP I-248-013.
- 260 Protokoll Bezirksvorstand Stade 16.12.1961, in: ACDP I-511-002/1.
- 261 Vgl. Protokolle Bezirksvorstand Stade, in: ACDP I-511-002/1. So bereits am 28.5.1958,
- 262 Bericht Schmidt 30.10.1964, in: ACDP I-511-002/2.
- 263 Typische Werbeerklärunen, die von der CDU verbreitet wurden, lauteten etwa wie bei drei Harburger DP-Bürgermeistern: »Als ehemalige Mitglieder der Deutschen Partei erklären wir, daß dass es nach dem Ausscheiden der führenden DP-Kräfte aus der Gesamtdeutschen Partei für uns nur noch eine Aufgabe gibt, alle bürgerlichen Kräfte zusammenzuführen. Dieses scheint uns heute nur noch in der CDU möglich zu sein.« Rundschreiben Fratzscher, 25.1.1962, in: ACDP I-248-013.
- 264 So auch die Beobachtung der Bundesgeschäftsstelle: Vermerk Müllenbach an Dufhues, 14.1.1963, in: ACDP VII-001-028.
- 265 Vgl. zur bisher kaum erforschten Frage nach einem ›liberalen Milieu‹: Dürr, »Hochburg der Demokratie«; Naßmacher, Parteien im Abstieg; Lösche/Walter, Katholiken, Konservative und Liberale.
- 266 Vgl. als Überblick zum Liberalismus-Entwicklung vgl. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 133–163. Die historische Verankerung der FDP nannte bereits Heino Kaack als wesentlichen Grund für das Überleben der FDP; vgl. ders., Geschichte und Struktur, S. 262.
- 267 Vgl. biographische Angaben in den Handbüchern des Deutschen Bundestages und der Landtage. Eine systematische Auswertung bleibt der Liberalismusforschung überlassen, die für die fünfziger und sechziger Jahre bislang kaum quellensfundierte Studien vorgelegt hat.
- 268 Altmeier an Heck, 6.4.1954, in: ACDP VII-001-102/3.
- 269 Vgl. etwa Redenotizen Altmeier auf Landesparteiausschuß 13.5.1963, in: LHAK 700.169-37.
- 270 Vgl. Fay an Adenauer 24.10.1961, in: ACDP I-145, Film 16.
- 271 Vgl. etwa die Diskussion im Bundesvorstand 24.2.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 793–813.
- 272 Vgl. Bundesvorstand 13.1.1956 (zit.), 24.2.1956 und 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 762 f., 803 und 425, oder Teegespräche 13.12.1955, S. 31.
- 273 Zur Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Dehler und zum Bruch mit der FDP vgl.: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 249–265; Wengst, Thomas Dehler, S. 279–291.
- 274 Vgl. Lösche/Walter, Die FDP, S. 40–52.
- 275 Vgl. Bericht Scharnberg in: Protokoll Sitzung Landesvorsitzende Nordwest-Deutschland 9.2.1957, in: ACDP I-505-018/1.
- 276 Im Bundestag konnte sie dagegen in der Ära Adenauer nur sechs Überläufer übernehmen. Zur Abwerbung bei den Rechtsparteien vgl. etwa FDP-Bundesvorstand 1./2.11.1957 und 30.11.1957, in: Protokolle FDP-Bundesvorstand, Bd. 2., S. 297 f., 316 und 326 f.
- 277 Vgl. etwa die FDP-Ergebnisse 1953 und 1957 in Wahlkreisen wie Ammerland (35,3 auf 16 %), Wittmund (22,3 auf 11,8 %) oder Wesermarsch (20,3 auf 9%).
- 278 Entsprechende Beispiele in: Münster an Fricke, 1.11.1957; Fratzscher an Fricke, 10.12.1957 und 2.12.1957; Niedersächsischer Pressedienst 6.12.1957, alle in: ACDP I-248-008/2; sowie: SZ 13.3.1958. Zur Übernahme ländlicher

Honoratioren vgl. auch: Rudzio, Wahlverhalten und kommunalpolitisches Personal.

279 Protokoll Bundesparteiausschuß 16.5.1956, in: ACDP VII-001-020/8.

280 Vgl. Bundesvorstand 19.9.1957, in: Protokolle 1957–1961, S. 28–32.

## V. Politische Integration mit Spendengeldern

- 1 Protokoll Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 19.5.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 602 f.
- 2 Vgl. etwa die regelmäßige und umfangreiche Thematisierung in den ersten Sitzungen des CDU-Bundesvorstandes: 5.12.1950, 10.5.1951, 3.7.1951, 6.9.1951, 27.9.1951 und 19.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 8–13, S. 14–21, S. 40–49, S. 61–66, S. 71–74 und 77–80. Die Durchsicht der Landesvorstandsprotokolle und diverser Kreisvorstandsprotokolle ergab einen ähnlichen Befund. Dagegen betont Wulf Schönbohm, auch die Parteifinanzen hätten wegen des Honoratiorencharakters der CDU »bei der Mehrheit der führenden Politiker auf allen Ebenen eine untergeordnete Rolle« gespielt; ders., Die CDU, S. 49.
- 3 Gut überliefert sind etwa die frühen Bilanzen von der CDU Rheinland, in: StBkAH 8/11; Westfalen, in: StHAD RWN 105-12 Bd. I, S. 159; Hessen, in: ACDP III-020-115/1; Nordwürttemberg, in: ACDP III-003-59/6; Braunschweig, in: ACDP I-395-019/2. Einzelangaben zu Schleswig-Holstein in: ACDP III-006-104; zu Hannover: HStAH VVP 3-10 und rückblickend: Schönfeld an Miltrup, 3.2.1950 (nicht abgesandt), in: ACDP I-085-044/2.
- 4 Vgl. etwa die Einnahmen und Ausgaben von hessischen Städten mit unterschiedlicher Konfessionsstruktur: Bericht 24.7.1947, in: ACDP III-020-115/1.

Kreisverband des BTW-Kreises	Katholikenanteil	Einkommen	Ausgaben	Kassenbestand
Fulda	79,1	1876,40	1918,98	10846,18
Offenburg	37,1	3143,00	1855,00	3910,00
Limburg	60,8	1979,70	2085,90	1933,30
Marburg	21,3	3569,71	3481,62	420,49
Kassel	16,6	4437,20	4648,83	1844,18
Waldeck	15,0	990,60	1283,17	604,36

- 5 Hierzu auch Hinweise bei: Heitzer, Die CDU, S. 334–336.
- 6 Angaben nach: Protokolle CDU-Landesvorstand Nordwürttemberg 18.9.1948, in: ACDP III-003-59/20. Vgl. ähnliche Entwicklung der »Niederdeutschen Rundschau« der CDU Hannover: Rundschreiben Nr.1/49, 10.1.1949, in: ACDP I-085-046/2,
- 7 Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 9.9.1949, in: ACDP VII-004-395/3.
- 8 Vgl. etwa Oestreich an Blank, 1.11.1949 oder Blank an Zonenausschuß, 25.1.1950, in: HStAH VVP 3, Nr.10.
- 9 Zu Hamburg: Schatzmeister Samsche an Zonenausschuß, 1.2.1950, in: ACDP VII-004-30/1. Zu Hannover: Blank an Zonenausschuß, 25.1.1950, in: HStAH VVP 3, Nr. 10; und Gillien an Holzapfel, 19.7.1950, ACDP VII-004-30/1. Zu Schleswig-Holstein: Bach an Adenauer, 12.7.1951, in: StBkAH 11/04. Ebenso war auch der bislang finanzstarke Braunschweiger Landesverband Anfang 1950

- mit 22186 DM verschuldet; Schönfeld an Miltrup, 3.2.1950 (nicht abgesandt), in: ACDP I-085-044/2.
- 10 Rüschemschmidt, Gründung, S. 245; Paul-Ludwig Weinacht, Die Badische CDU in Südbaden, in: Ders. (Hg.), Die CDU, S. 209.
- 11 Vgl. Johnen an Adenauer 26.1.1951, in: StBKAH 11.03. Ende 1949 betrug der Kassenbestand noch fast 50000 DM; Landesgeschäftsführer Schreiber an Zonenausschuss, 21.1.1950, in: ACDP VII-004-30/1.
- 12 So Bach etwa auf der Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 13 Eine Einnahme von rund 100000 DM aus monatlichen Mitgliedsbeiträgen nennt Bach am 19.1954, in: CDU-Bundesvorstand, Protokolle 1953–1957, S. 88. Die SPD nahm 1954 bei 585479 Mitgliedern über sieben Millionen Mark an Beiträgen ein. Seit 1953 lag ihr Durchschnittsbeitrag bei etwa einer Mark: Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57, Bonn o. D., S. 246–248.
- 14 CDU-Bundesvorstand, Protokolle 1953–1957, S. 481.
- 15 »Die Auswirkung der Beitragsfestsetzung vom 3.7.1958 und der Satzungsänderung vom 1.12.1958«, in: ACDP III-010-39.
- 16 Insbesondere im katholischen Landesverband Südbaden, aber auch im eher evangelischen Nordwürttemberg machten Zahlungen aus Landtagsdiäten einen wichtigen Anteil aus; vgl. Kassenbericht, in: ACDP III-003-59/6.
- 17 19.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 80 u. 83.
- 18 Vgl. Finanzübersicht in: ACDP III-006-058-005. Bei der SPD machten allein die regulären »Fraktionsbeiträge« der sozialdemokratischen MdBs 1953 185839 DM aus; vgl. Jahrbuch der SPD 1952/53, S. 187.
- 19 Münster an Fricke 5.1.1957, in: ACDP I-248-028/1.
- 20 Zu Erhards verspätetem Parteieintritt vgl. die Vorhaltungen Adenauers: Adenauer an Erhard 15.2.1966, in: StBKAH III-52; sowie Hentschel, Ludwig Erhard, S. 826.
- 21 Im Bundesvorstand, 6.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 61.
- 22 Entschließung von Marne/Holstein, in: ACDP I-001-102/4.
- 23 Im Bundesvorstand, 11.3.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 441.
- 24 Zit. Scharnberg zusammenfassend im Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 479. Vgl. ebenso Gradl, ebd. S. 482, Kiesinger, ebd., S. 483.
- 25 Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 9.9.1949, in: ACDP VII-004-395/3.
- 26 Vgl. die abgedruckten Dokumente in: Vorstand der SPD (Hg.): Unternehmermillionen kaufen politische Macht! Finanzierung und Korrumpierung der Regierungsparteien durch die Managerschicht der »Wirtschaft«, Bonn 1953, S. 58 u. 103.
- 27 Angaben nach: Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Wirtschaftsvereinigung der Bauindustrie, in: ebd.
- 28 So Heine an Pferdenges 12.7.1949, abgedr. in: ebd., S. 57.
- 29 Vgl. dazu die Vorwürfe gegen Pferdenges in der Bundestagsdebatte vom 7. Juni 1951, in der sich bezeichnenderweise kein CDU-Politiker zu Wort meldete; Dt. Bt 148. Sitz., Sp. 5885–5942.
- 30 So Dörpinghaus an Blank, 1.11.1949, in: ACDP VII-004-30/1.
- 31 Zur Kali-Chemie-Spende vgl.: Blank an Zimmer, 4.11.1949, in: HStAH VVP 3, Nr. 10.
- 32 Quellendifundierte Hinweise hierauf bereits bei Heidenheimer, German Party Finance, S. 376 und Wengst, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 47.
- 33 Vgl. Protokoll der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 19.5.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 604 f.
- 34 Vgl. Dörpinghaus an Blank, 1.11.1949, in: ACDP VII-004-30/1.
- 35 Vgl. Blank an Dörpinghaus, 19.1.1950, in: ACDP VII-004-30/1.
- 36 Samsche an Zonenausschuss, 1.2.1950, in: ACDP VII-004-30/1.
- 37 Zur Ausgestaltung der Vereinigung vgl. die Korrespondenz in: ACDP I-248-026/1 und -091/1. Zum Druck auf die FDP etwa: Fricke an Stegner, 4.1.1951, ACDP I-248-091/1.
- 38 Fricke an IHK Lüneburg, 9.1.1951, in: ACDP I-248-091/1.
- 39 Summe nach Bericht Fricke in: ACDP I-248-026/1; vgl. Kassenbericht Niederdeutsche Union, 29.10.1951 und Protokoll Landesvorstandssitzung 29.10.1951, in: ebd. Dennoch findet Fricke Fördergesellschaft keinerlei Erwähnung bei: Marten, Die unterwanderte FDP, und Meyn, Die Deutsche Partei.
- 40 Eine gedruckte Auflistung der einzelnen Gesellschaften inklusive ihrer Vorsitzenden findet sich in: Unternehmermillionen kaufen politische Macht!, S. 67; hierin fehlen allerdings die Fördergesellschaften von Südbaden (Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft in Südbaden e.V.) und Oldenburg.
- 41 Zu Südbaden vgl. Kiesinger an Adenauer 1.7.1953, in: ACDP I-226-A-0059; zum Etat des Landesverbandes Oldenburg Aufstellungen in: ACDP I-369-001/2, ACDP III-007-002/2 und den Oldenburger Landesvorstandsprotokollen ACDP III-021-113/1; zu den Klagen über Hannovers finanzielle Dominanz vgl. etwa Sitzung 3.9.1955.
- 42 Protokoll der Landesvorstandssitzung Rheinland-Pfalz 17.9.1951, in: LHAK 700.169-38.
- 43 Im Bundesvorstand 11.3.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 433.
- 44 In der bisherigen Literatur wurden bislang nur die Gründung der bundesweiten Fördergesellschaft, insbesondere der Staatsbürgerlichen Vereinigung, flüchtig erwähnt. Die Abschnitte hierzu gleichen sich teilweise wörtlich und beruhen letztlich alle auf den Zeitungsartikeln von Otto Witt, Die Finanzierung der Parteien, in: WAZ 19. bis 23.7.1956. Vgl. etwa Dübber, Parteienfinanzierung in Deutschland, S. 30; Lange, Wahlrecht, S. 598 f. Die beste Kurzdarstellung noch bei: Heidenheimer, German Party Finance und Kitzinger, German Electoral Politics, S. 213 f.; in der deutschen Übersetzung von Kitzingers Buch ist ausgerechnet das Parteifinanzierungskapitel gekürzt.
- 45 Dies geht hervor aus: Aktenvermerk für Herrn Dr. Fricke über Besprechung mit Dr. Stuckart 17.3.1953, in: ACDP I-248-091/4. Die niedersächsische Fördergesellschaft zahlte 1953 z. B. 80000 DM monatlich nach Köln.
- 46 Vgl. Pferdenges im Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 42. Die »Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung« der FDP wurde im September 1949 gegründet. Im Gegenzug für die Spenden wurde eine Informationsschrift gewährt; vgl. Bericht Ernst Mayer, 17.7.1950, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1., S. 114 f. und Hein, Zwischen liberaler Milieupartei, S. 246–249.
- 47 Als Überblick zur Weimarer Parteienfinanzierung vgl. Lösche, Wovon leben die Parteien?, S. 27–37.
- 48 Vgl. etwa den Kommentar eines 100000 DM-Spenders von der Portland Zement AG über die CDU: »Niemand kümmert sich richtig um die Finanzen, und es herrscht auf dem finanziellen Gebiet ein Tohuwabohu«; Alexander v. Engelberg an Pferdenges 22.9.1955, in: ACDP I-145, Film 19.
- 49 Vgl. hierzu etwa die Gesprächsvermerke und Korrespondenz Globkes in seinem Nachlass, bes. Akten ACDP I-070-016/2, I-070-017/1 und I-070-017/2.

- 50 Der Hinweis bereits bei: Breitling, *Das Geld in der deutschen Parteipolitik*, S. 355.
- 51 Zit. Lagebericht für die Vorstandssitzung am 5.3.1954 des Instituts für die Niedersächsische Wirtschaft, 5.3.1954, in: ACDP I-248-027/1.
- 52 Vgl. auch Otto Witt, *Die Finanzierung der Parteien*, in: WAZ 19.–24.7.1956; abgedr. auch in: Flechthelm (Hg.), *Dokumente*, Bd. 8, S. 7–16.
- 53 Gedruckte Hinweise auf diesen Modus bereits in: ›Unternehmermillionen kaufen politische Macht!‹, S. 13.
- 54 Aktenvermerk für Herrn Dr. Fricke über Besprechung mit Dr. Stuckart am 17.3.1953, in: ACDP I-248-091/4.
- 55 Vom 17.4. bis 31.12.1952 verzeichnete die Bilanz 172882 DM durch Eintrittsgelder, 776721 DM durch Mitgliedsbeiträge; vom 1.1. bis 30.9.1953 nahmen sie 1289059 DM ein; Bilanzen in: ACDP I-248-091/4.
- 56 Vgl. hierzu die Korrespondenz Stuckart-Fricke von 1953 (bes. 15.3.1953), wo von einer Zusatzleistung von 620000 DM gesprochen wird, in: ACDP I-248-091/4.
- 57 Vgl. zu letzterem bereits: Lösche, *Wovon leben die Parteien?*, S. 43.
- 58 Vgl. die Auflistung ›Monatlicher Geldbedarf der CDU in Niedersachsen‹, 28.5.1952, der auf 39000 DM berechnet wurde, in: ACDP I-248-026/2.
- 59 Bach an die CDU-Landesvorsitzenden, 22.12.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 60 Vgl. auch Bericht Bach im Bundesvorstand 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 154.
- 61 Angaben nach Korrespondenz Bach in: ACDP VII-001-049/1; Südbaden gibt für den Zeitraum Januar bis Anfang Juni 10000 DM als Gesamtbetrag an, hier durch fünf (Monate) geteilt; für die CDU in Niedersachsen (die sonst 30000 DM erhielt): Stuckart an Fricke 14.3.1953, in: ACDP I-248-091/4; für Westfalen und den Bundesverband: Bach an Lensing, 3.6.1953, in: ACDP III-002-045/1.
- 62 So auch die Gesamtangabe von Pferdmesges in: Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 88. Dies widerlegt Wulf Schönbohms Annahme, dass die Mittel der Fördervereine für die laufenden Kosten des Parteiapparates kaum zur Verfügung standen, da sie nicht kontinuierlich flossen; Schönbohm, *Die CDU*, S. 52.
- 63 Vgl. die Angaben in Korrespondenz Altmeier-Heck, in: ACDP VII-003-003/3 und Protokolle FDP-Bundesvorstand, 6.12.1952, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1., S. 737.
- 64 So Adenauer (der sich Bachs Äußerung zu Eigen machte) an Johnen, 5.4.1951, in: Briefe 1951–1953, S. 40.
- 65 Angaben nach Bunge an Bach 14.5.1953 und Samsche an Bach, 31.5.1953, in: ACDP VII-001-049/1 und FDP-Bundesvorstand, 6.12.1952, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1., S. 737 f.
- 66 Der zitierte Schlüssel beruht auf einem in der SPD-Broschüre ›Unternehmermillionen kaufen politische Macht!‹ abgedruckten Schreiben der Baundustrie von 1949. Übernommen etwa in: Ebbighausen, *Die Kosten*, S. 85.
- 67 So Stein in einem Interview im Spiegel 4.11.1959, S. 22.
- 68 Zunächst vorgesehen waren: CDU 50 Prozent, FDP 45 Prozent, DP 5 Prozent, nach Hellweges Protesten stieg der Anteil; vgl. Vorlagen Lenz an Adenauer 16.1.1953 und 22.1.1953, in: ACDP I-172-058/1.
- 69 Vgl. etwa die Drohungen in: Stuckart an Fratzscher, 1.8.1952, in: ACDP I-248-026/2.
- 70 Vgl. am lokalen Beispiel zur Bundestagsnachwahl in Goslar von: Schulze, *Probelauf*, S. 269 und ders., *Unternehmerische Selbstverwaltung*, S. 497.
- 71 Vgl. etwa Fratzscher an Fricke, 26.6.1953, in: ACDP I-248-026/3 und Fratzscher an Gillien u. a. 30.7.1953, in: ACDP I-369-001/2, und Adenauer im CDU-Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 619.
- 72 Vgl. die Ausführungen von Schatzmeister Rubin, 29.9.1952, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1., S. 490.
- 73 Eberhard im FDP-Bundesvorstand, 6.12.1952, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1., S. 739.
- 74 Im FDP-Bundesvorstand 30.7.1953, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1098.
- 75 Vgl. etwa die Klagen in der Sitzung vom 30.7.1953 in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1095–1098 und S. 1134 f.
- 76 30.7.1953 in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1135.
- 77 Vgl. Vermerk über die Vorstandssitzung des Instituts für die niedersächsische Wirtschaft e.V., 7.7.1953, in: ACDP I-248-091/4.
- 78 Haußmann am 23.10.1953, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.2., S. 1210.
- 79 Vgl. hierzu rückblickend: Politisches Tagebuch Müller, Einträge 31.3., 3.9. und 4.9.1954, in: ACDP I 505-008.
- 80 Vermerk für die Vorstandssitzung [des ›Instituts für die Niedersächsische Wirtschaft e.V., F. B.], 7.7. [1953], in: ACDP I-248-091/4.
- 81 Rehwinkel/Stuckart an Hellwege, 28.7.1953, in: ACDP I-248-091/4.
- 82 Vgl. Fratzscher an Gillien u. a., 29.7.1953, in: ACDP I-369-001/2.
- 83 Im CDU-Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 618.
- 84 Vgl. hierzu Fays Rückblick im CDU-Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 481.
- 85 CDU-Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 618.
- 86 Vgl. die Klagen des schleswig-holsteinischen Schatzmeisters Bunge an Bach, 14.5.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 87 Beschlussvorlage für den Bundesvorstand, Bach an Heck 22.6.1953, in: ACDP VII-001-049/1. In der darauf folgenden Vorstandssitzung ist diese Vorlage im Protokoll nicht verzeichnet, galt anscheinend aber dennoch.
- 88 Vgl. Kiesinger an Adenauer 1.7.1953, in: ACDP I-226-A-0059; Finanzierungsplan für die Durchführung der Bundestagswahlen 1953 in: ACDP VII-001-049/1 und die Angaben im CDU-Bundesvorstand, 11.3.1953 u. 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 435 u. 642. Einige Jahre später bezifferte Bach die Einnahmen von 1953 auf 5448000 DM; Bundesvorstand 3.6.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 571. Stein sprach dagegen in dem bereits zitierten Spiegel-Interview nur von 2,5 Millionen Wahlsonderleistungen für die CDU, 2,2 Millionen für die DP und einer Million für die DP; Der Spiegel, 4.11.1959, S. 22.
- 89 Laut Wirtschaftsprüferbericht, in: ACDP VII-006-012/2. Vgl. Tab. 9.
- 90 Pferdmesges im CDU-Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 642.
- 91 Müllenbach an Heck/Bach, 22.10.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 92 Pressedaten etwa in: Flechthelm, *Politische Entwicklung und Finanzierung*, S. 185.
- 93 So die Begründung der Spendegeber laut: Umfrage Miltrup, 21.1.1954, in: ACDP VII-004-30/1 und Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 8.10.1954, in: ACDP I-505-008.
- 94 So Bach an Heck, 25.10.1954, in: ACDP I-001-049/1.
- 95 Bundesvorstand 3.6.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 571.
- 96 Gesetz vom 16.12.1954, § 10 b EStG und § 11 Ziff. 5 KStG, in: BGBl. I, S. 373. Dies Gesetz wurde in der Literatur vielfach herausgestellt; vgl. etwa Dübber, *Parteienfinanzierung*, S. 16 f.

- 97 Hinweise auf Probleme mit Finanzämtern in einigen Bundesländern auch bei: Breitling, Das Geld, S. 356.
- 98 Die Staatsbürgerliche Vereinigung wird in allen Arbeiten zur Parteienfinanzierung erwähnt, eine wissenschaftliche Aufarbeitung steht aber noch aus.
- 99 Vgl. Vorschlag für die Etataufstellung der CDU Deutschlands für 1956, wo 864 000 DM als Jahreszahlung veranschlagt wird, in: ACDP VII-001-049/1. Da er aus den Daten von 1955 erstellt ist, kann er für dieses Jahr als Quelle dienen.
- 100 Fricke war für Stuckart (1933 OB in Stettin, 1935–1945 Staatssekretär im Reichsinnenministerium und damit direkter Vorgesetzter von Hans Globke, Teilnehmer der Wannsee-Konferenz) bei Otto Lenz eingetreten, der jedoch skeptisch blieb; Fricke an Stuckart, 8.11.1952, in: ACDP I-248-091/1. Da Stuckart 1954 starb, wurde seine Kontaktfunktion nicht vertieft. Die Verbindung zu Stuckart dürfte erklären, daß Fricke vom Institut häufig Sonderüberweisungen erhielt, die mit Fricke diversen Verbandstätigkeiten begründet wurden (Präsident des Gesamtverbandes des Groß- und Außenhandels e.V. Bonn, Vorsitzende des Kaufmännischen Verein e.V. etc.).
- 101 Vgl. Aufzeichnung Globke 10.12.1955, in: ACDP I-070-017/2: »Asbach wurde gestern von Herrn Stein in Aussicht gestellt, daß er, Asbach, für das nächste Jahr 60000 DM (monatlich 5000 DM) für den BHE Schleswig-Holstein von der Kölner Zentrale erhalten würde. Dadurch wird die Position Asbachs in seinem Landesverband erheblich gestärkt.« Vgl. auch Aufzeichnung Globke 12.12.1955, in: ACDP I-070-017/1.
- 102 Aktennotiz Globke für Adenauer, 26.4.1958, in: ACDP I-070-017/2. Sein Verweis auf den BDI zeigte, wie sehr BDI und Staatsbürgerliche Vereinigung nicht nur in der Außenwahrnehmung verschmolzen.
- 103 So Bericht Fratzscher an Cillien u. a., 3.7.1954, ACDP I-369-001/3 und an Fricke, 15.9.1954, in: ACDP I-248-027/1.
- 104 Fricke an Globke, 29.4.1959, in: ACDP I-070-006/2.
- 105 Kraft an Adenauer, 24.12.1955, in: ACDP I-070-017/1.
- 106 Aktennotiz Fay über Gespräch mit Seiboth, 16.1.1957, in: ACDP I-070-017/2.
- 107 So ebd.; Neumann nennt eine Gesamtsumme von 760000 DM, die der BHE von der Staatsbürgerlichen Vereinigung erhielt, jedoch ohne Quellenangabe; vgl. ders., Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, S. 368.
- 108 Stein an Globke, 15.7.1960, in: ACDP I-070-017/2.
- 109 Vgl. hierzu auch: Beyer/Müller, Der Niedersächsische Landtag, S. 624.
- 110 Aktenvermerk für Dr. Fricke (gez. Leser), 24.2.1955 und ebd., Fratzscher an Fricke, 25.2.1955, in: ACDP I-248-027/2. Hier allerdings auch ein Aktenvermerk Lesers, dass die DRP doch finanziert werde. Zur DRP-Finanzierung vgl. zuletzt: Sowinski, Die Deutsche Reichspartei 1950–1965, S. 179–199; das antizipierte Abkommen erwähnt Sowinski jedoch nicht, dafür aber ein Gespräch von 1952.
- 111 Vermerk über Besprechung 17.4.1956, in: ACDP I-070-016/2.
- 112 Ebd. Vgl. auch Dehlers Bericht über das Gespräch am 19.4.1956, in: FDP-Bundesvorstand, Bd. 2, S. 171.
- 113 Von 45000 DM; Staatsbürgerliche Vereinigung an DP, 7.8.1956, in: ACDP I-148-90/2.
- 114 Aufzeichnung für den Ersten und Zweiten Parteivorsitzenden, 30.6.1956, in: ACDP I-148-90/2.
- 115 Die Prozentanteile sind nach den Angaben berechnet, die Gustav Stein in einem ›Spiegel‹-Interview freimütig gab. Da seine Gesamtzahlen nicht stimmen, sind sie eher als Tendenz zu werten; vgl. ›Der Spiegel‹ 4.11.1959, S. 22.
- 116 Bürgerbacher laut Protokoll des Bundesparteiausschusses 6.5.1966, in: ACDP VII-001-022/9. Stein gab dagegen in dem bereits zitierten ›Spiegel‹-Interview vom 4.11.1959, S. 22, als »Wahlsonderleistungen« für 1957 an: 11 Millionen für die CDU, FDP 4,6 Millionen, DP/FVP 3,3 Millionen, BHE 0,3 Millionen. In die Literatur gingen Zahlen von 30 bis 36 Millionen aus Presseberichten und SPD-Schätzungen ein; vgl. Flechtheim, Politische Entwicklung, S. 186.
- 117 Diese Zahl wird in der Korrespondenz Altmeier-Heck genannt, in: ACDP VII-003-003/3.
- 118 Kostenvoranschlag Müllenbach 26.4.1957, in: ACDP VII-003-003/3.
- 119 SPD-Jahrbuch 1957, S. 254. Im Jahrbuch gibt die SPD zwar sogar nur fünf Millionen DM an Wahlausgaben an; um aber den Vergleich mit der Union zu gewähren, sollten auch ihre Gehälterkosten mitgerechnet werden; Jahrbuch SPD 1957, S. 254.
- 120 Fricke an Stein, 11.2.1957, in: ACDP VII-003-003/3.
- 121 Vgl. auch: Notiz Müller für Fricke, 9.9.1957, in: ACDP I-505-019/2.
- 122 Vgl. Fricke an Globke, 17.8.1957 und Fricke an Heck 18.6.1957, in: ACDP VII-003-003/1.
- 123 Pu an Derichsweiler, 17.7.1958, in: ACDP I-148-114/02.
- 124 Euler an Adenauer, 27.8.1958, in: ACDP I-070-017/1.
- 125 Vgl. Aktennotiz Merkatz, 31.10.1958, in: ACDP I-148-114/02 und Euler an Adenauer 29.11.1957, in: ACDP I-070-017/1.
- 126 So Hellwege an Fricke, 28.10.1959, in: ACDP I-148-50/3. Kuhlemann war der Präsident der niedersächsischen Fördergesellschaften.
- 127 Vgl. hierzu: Fricke im CDU-Bundesvorstand, 6.4.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 928.
- 128 Merkatz nach Besprechung mit Mundt, 12.8.1960, in: ACDP I-148-51/1.
- 129 Berechnet nach Wirtschaftsprüferberichten in: ACDP VII-006-012/2. Zum durchschnittlichen Reingewinn und zur Aufteilung vgl. auch Aktennotiz Bach, 8.6.1957, in: ACDP VII-001-049/1. FDP und DP verfügten mit dem ›Wirtschaftsdienst‹ und den ›Blauen Heften‹ über ähnliche Spendenzeitschriften.
- 130 Bisher liegen nur kurze, fast durchweg fehlerhafte Verweise auf die Existenz des Wirtschaftsbildes vor, die nahezu ausschließlich auf dem SPD-Band ›Unternehmermillionen kaufen politische Macht!‹ beruhen; vgl. Kitzinger, German Electoral Politics, S. 165 und 214. Schönbohm erwähnt es in einem Absatz als »Informationsdienst für die Wirtschaft«, der 1953 600000 DM eingebracht habe; Schönbohm, Die CDU, S. 52. Tatsächlich nahm nur das ›Wirtschaftsbild‹ im engeren Sinne in diesem Jahr rund 2,5 Millionen ein (vgl. Tab. 9).
- 131 Vgl. Bericht über das Geschäftsjahr 1949, in: ACDP I-009-008/2.
- 132 Rundschreiben o. D. [1949], in: ACDP I-009-008/2.
- 133 Vgl. die Klagen hierüber in: Dörpinghaus an Erhard 27.10.1949 und Erhard an Dörpinghaus, 3.11.1949, Scharnberg an Erhard, 19.11.1951, in: LES I.4.38
- 134 Landesgeschäftsführer Schreiber an Zonenausschuss, 21.1.1950, in: ACDP VII-004-30/1. Dörpinghaus erwähnte im Bundesvorstand am 5.12.1950, 80000 Mark dem Zonensekretariat zur Verfügung gestellt zu haben; Protokolle 1950–1953, S. 9.
- 135 Pferdenges an Dörpinghaus, 1.6.1950, in: StBkAH 10.11 und Holzapfel an CDU/CSU Arbeitsgemeinschaft, 4.2.1950, in: ACDP VII-004-030/1.

- 136 Ebd.
- 137 Finanzierungsplan 7.11.1950, in StHAD RWN 105-23, Bd. 1.
- 138 Ebd.
- 139 Zusammenfassend: Bach an Adenauer, 15.3.1951, in: StBKAH 11.03.
- 140 Adenauer an Dörpinghaus 10.11.1950, in: StBKAH 11.03.
- 141 Ebd.; entlassen wurden schließlich 14 Mitarbeiter im Generalsekretariat und sechs beim ›Wirtschaftsbild‹; Anlage Gottaut an Kaiser 19.2.1951, in: BA N 1018/370.
- 142 Übergabevertrag 14.2.1951, in: ACDP I-009-008/2.
- 143 Vgl. Bundesvorstand 3.7.1951, 6.9.1951 und 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 43, 65 u. 154.
- 144 Vgl. etwa die Anleitung zum Verkauf des ›Wirtschaftsbildes‹ in: Fricke an Bezirksgruppengeschäftsführer, 10.1.1952: ACDP I-248-026/2.
- 145 Vgl. etwa die Anzeigenpreise von 1954, wo etwa die Reichswerke Salzgitter oder VW Anzeigen zu je 6000 DM schalteten; 28.12.1954, in: ACDP VII-001-049/1.
- 146 Protokoll der Konferenz der Landesvorsitzenden, in: ACDP 22.3.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 147 Vgl. Bundesvorstand 10.5.1951 und 27.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 15 f. u. 72.
- 148 Vgl. Bundesvorstand 19.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 77.
- 149 Vgl. Merkblatt ›Betr. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Beiträgen für das Wirtschaftsbild e.V. für soziale Marktwirtschaft‹, in: ACDP I-085-048. Ebenso auch in direkten Anschreiben an Firmen; vgl. etwa Münster an Pelter (Olympia-Werke), 18.6.1958, in: ACDP I-248-009/1. Von der SPD wurde diese Art der steuerfreien Spende unter dem Deckmantel des ›Wirtschaftsbild‹-Abonnements scharf angeprangert; s. Neues Vorwärts, 27.6.1952.
- 150 Vgl. ›Betrifft Verfahren der Zahlung‹ in: LES Waage 121. In Folge der SPD-Vorwürfe, die ›Waage‹ zahle bis zu vierzig Millionen pro Wahlkampf (1957), schlichen sich auch hier falsche Zahlen in die Forschung ein.
- 151 Quelle: Wirtschaftsprüferberichte (auf DM gerundet), in: ACDP VII-006-012/2. Ab 31.5.1957 unter dem Namen ›Verlag Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands‹ geführt, ab 9.12.1959 ›Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH‹.
- 152 Nach Rechnungen in: LES Waage 118. Ihre Gesamteinnahmen lagen jeweils etwas höher.
- 153 Vgl. zur Einnahme-Entwicklung: Wirtschaftsprüferbericht in: ACDP VII-006-012/2. Bilanzen in: ACDP III-007-002/2 und Berichte in Bundesvorstand 19.10.1951 u. 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 77 u. 154. Zu Württemberg-Hohenzollern auch Bilanzen in: ACDP III-009-050/3.
- 154 Vgl. die quasi-vertragliche Vereinbarung in: Bach/Kiesinger/Tillmanns/Wuermeling an Adenauer 3.4.1952, in: StBKAH 11/04 und Bach an Erhard, 28.10.1955, in: LES I 74/19. Erhard wird fälschlicherweise in zahlreichen Publikationen als alleiniger Herausgeber des ›Wirtschaftsbildes‹ genannt. Diese Fehlinformation geht auf die SPD-Broschüre ›Unternehmermillionen kaufen politische Macht!‹ zurück, die sich so in die Literatur einschlich.
- 155 Bach an Adenauer, 27.6.1952, in: StBKAH 11/04.
- 156 Zu den VW-Zahlungen: Schultheiß an Müller, 19.2.1957 und Fricke an Münster, 12.4.1957, in: ACDP I-248-007 sowie: Münster an Fricke, 30.6.1959, in: ACDP I-248-0010/2. Zum SPD-Antrag vgl. FAZ 22.2.1957.
- 157 Vgl. die Diskussion in der Landesvorstandssitzung Rheinland-Pfalz 17.9.1951, in: LHAK 700.169-38.
- 158 Vgl. etwa die Anleitung in: Rundschreiben Nr. 13/52, und Fricke an Bezirksgruppengeschäftsführer, 10.1.1952, in: ACDP I-248-026/2, und Fratzscher an Fricke, 4.2.1957, in: ACDP I-248-009/1.
- 159 Vgl. Notiz über Sitzung bei Stuckart, 26.5.1952 in: ACDP I-248-091/4.
- 160 Vgl. Oestreich an Bach, 8.10.1952, Fratzscher an Leser, 15.2.1952 und Fratzscher an Leser, 13.1.1953, in: ACDP I-248-026/2. Bach empfahl jedoch im folgenden mehr Ehrlichkeit gegenüber den Fördergesellschaften; Bach an Leser, 22.6.1954, in: ACDP I-248-027/1.
- 161 Trotz der Kontrollmöglichkeit bei der Umschichtung ist damit freilich die in der Forschung verbreitete These zu modifizierend, die Adenauer-CDU sei »von oben nach unten« finanziert worden; so etwa: Schmid, Die Finanzen, S. 246. Ebenso hatten die Landesverbände ja auch eigene Fördergesellschaften.
- 162 Bach/Kiesinger/Tillmanns/Wuermeling an Adenauer 3.4.1952, in: StBKAH 11/04.
- 163 Zur Aufstellung des ›Solls‹ vgl. Protokoll des Bundesparteiausschusses 12.2.1951, in: ACDP VII-001-019/1 Zur frühen Erfüllung des ›Solls‹ vgl. etwa Bericht Lubbers an Adenauer, 5.8.1951, in: StBKAH 11/04. Als Mahnungsbeispiel vgl. Bach an Fay, 14.9.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 164 Vgl. Aufstellung Bach in: Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 86. Dagegen mutmaßt Kitzinger, German Electoral, S. 214, das ›Wirtschaftsbild‹ habe Adenauers Wahlkampagne finanziert, nicht die Geschäftsstellen.
- 165 Im CDU-Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 88.
- 166 Ebd., S. 95.
- 167 Im CDU-Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 484.
- 168 Ebd., S. 482.
- 169 Ebd., S. 483. Ähnlich bei der FDP etwa die Klagen von Ernst Mayer, 17.7.1950 und Nowack, 30.7.1953, in: FDP-Bundesvorstand Bd. 1.1 und 1.2., S. 114 f. und 1096.
- 170 Vgl. die Korrespondenz Landesgeschäftsführer Münster-Fricke (bes. 3.12.1959), aus der Münsters Angst deutlich wird, während der Baustoffgroßhändler Fricke gelassen blieb; in: ACDP I-248-0010/2.
- 171 Vgl. die Ablehnung des niedersächsischen Fraktionsvorsitzenden Hofmeisters an Bach, 14.1.1953, in: ACDP I-395-024/1.
- 172 Zitiert bei: Heidenheimer, German Party Finance, S. 376.
- 173 Fay an Schäffer, 27.6.1957, in: ACDP I-145, Film 19.
- 174 Fay an Altmeier, 7.7.1958, in: ACDP I-145, Film 17.
- 175 Fay an Globke, 28.8.1958, in: ACDP I-145, Film 17.
- 176 Bach an Pütz, 5.4.1962, in: ACDP VII-006-012/2.
- 177 Zum CDA vgl. ›Deutsche Zeitung‹ 28.9.1955; vgl. Fays Plädoyer für eine staatliche Parteifinanzierung in: CDU-Bundesvorstand 19.1.1954 und 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 95 f. und 481. Zu entsprechenden Forderungen von der CDU Rheinland-Pfalz: Anlage Korbach an Müllenbach, 5.7.1955, in: LHAK 663.2-350.
- 178 Am 4. Dez. 1959 gab Bach etwa bei einer Podiumsdiskussion Gesamteinnahmen von sechs Millionen DM an, von denen 3,6 Millionen Mitgliedsbeiträge seien; dpa-Meldung zit. bei: Breitling, Das Geld, S. 353.
- 179 Vgl. neben den SPD-Broschüre ›Unternehmermillionen kaufen politische Macht!‹ (1953): ›Die Finanzierung des Wahlkampfes 1957. Eine Untersuchung

- über die Abhängigkeit politischer Parteien von wirtschaftlichen Machtgruppen; den SPD-Film ›Woher-Wohin‹; ›Neuer Vorwärts‹, 27.6.1952 oder ›Der Spiegel‹ 5.9.1956.
- 180 Bericht Lenz über interne Umfrage in: Protokoll Bundesparteiausschuß 6.9.1952, in: ACDP VII-001-019/11.
- 181 Vgl. zur Widerrufung bereits: Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 115-117.
- 182 Vgl. Kiesinger im Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 483.
- 183 Vgl. Unterlagen in: ACDP I-248-009/1 und -008/1; bes.: Zentralkasse nordwestdeutscher Volksbanken an die Landesleitung der CDU in Niedersachsen, 7.8.1957, oder Schreiber an Fricke, 17.8.1957.
- 184 Vgl. etwa: Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 626–629.
- 185 An Bach, 14.5.1953, in: ACDP VII-001-049/1; ebenso Aktennotiz Bischoff 12.5.1953, in: Ebd.
- 186 Protokoll Gespräch Landesspitze CDU-Schleswig-Holstein mit Mittelstandsblock 27.3.1954, in: ACDP III-006-058-005.
- 187 Rundschreiben Dennhardt, 1.4.1954 in: ACDP III-006-058-005.
- 188 Vgl. ›Erster Bericht über die LTW 1954‹ und Aktennotiz 22.6.1954 in: ACDP III-006-058-005. Sowie: an Dennhardt, 6.4.1954 und 3.6.1954, in: ebd.
- 189 Fratzscher an Fricke, 5.12.1960, in: ACDP I-248-011/2.
- 190 Münster an Mensing, 23.5.1958, in: ACDP I-248-009/1. Bezeichnenderweise ging Mensing in das Datenhandbuch des Deutschen Bundestages lediglich mit dem Eintrag ein, 1949 einen Antrag gegen die »mangelnde Vertretung der Handwerker im BT« gestellt zu haben; vgl. Bd. 2, S. 2903.
- 191 Meyer-Ronnenberg an Fricke, 16.8.1957, in: ACDP I-248-008/1. Vgl. hierzu auch: Müller an Fricke, 20.7.1957 und Hannoversche Presse an Müller 23.7.1957, in: ACDP I-248-007
- 192 Bach an Blank, o. D., in: ACDP III-002-45/1.
- 193 Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 691.
- 194 Vgl. Fratzscher an Holsten, 15.2.1955, in: ACDP I-248-027/2.
- 195 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 31.5.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 196 Vgl. für Nordrhein-Westfalen: Bach an Adenauer, 24.5.1950, in: StBkAH 11.03 und Vermerk für Ad. 29.9.1950 in: ebd.; bundesweit: Pferdmenes im Bundesvorstand, 10.5.1951, in: Protokolle 1950-1953, S. 15 f.
- 197 Zur Auseinandersetzung zwischen dem BDI und Erhard vgl.: Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 117–123; Weber, Die Interessengruppen, S. 249.
- 198 Terminkalender in: StBkAH 4. Vgl. generell zum engen Verhältnis zwischen Wirtschaftsverbänden und dem Palais Schaumburg vgl. etwa: Volker Berg-hahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1985, S. 186 f.
- 199 Krone Tagebücher 12.9.1960, S. 445; der »Schwiegersohn« war der Industrielle Hermann-Josef Werhahn, der Mann seiner Tochter Lisbeth.
- 200 Vgl. als Beispiel etwa Aktenvermerk Heck an Bach, 15.12.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 201 Vgl. etwa zu den Spenden der Zuckerindustrie: Hellwege an Hasenfuß, 29.6.1951, in: ACDP 248-026/1.
- 202 Vgl. die Spendenkündigung eines Spenders aus Fulda, nachdem der CDU-Bürgermeister nicht mehr dessen Rohre kaufen wollte: Grabowski an Fay 22.4.1955, in: ACDP I-145, Film 19.
- 203 Hofmeister an Egbring 4.4.1953, in: ACDP I-395-004/5.
- 204 Vgl. etwa StBkAH 11/04 und 11/05 und Terminkalender Adenauer.
- 205 Bach an Adenauer 15.9.1950, in: StBkAH 10/21.
- 206 Vgl. Bundesvorstand 9.11.1951 und 29.2.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 94 (Amn. 1) und S. 108.
- 207 Vgl. Berichte Bachs an Adenauer in: StBkAH 11/04.
- 208 Vgl. Anlage 16.1.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 209 Vgl. bes. ACDP I-248-091 und -026.
- 210 Art. ›Zementhändler läßt niedersächsische Koalition zerfallen, in: SZ 26.9.1957.
- 211 Vermerk Müllenbach an Dufhues, 21.1.1963, in: ACDP VII-001-028.
- 212 Vgl. Protokolle des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, 12./13.4.1954, 14.1.1955, 29.3.1957 und 11.5.1962 in: LHAK 663.2-370, -371, und -372.
- 213 Bach an Blank, 7.11.1950, in: StHAD RWN 105-23 Bd. I.
- 214 Vgl. Bach an Adenauer, 1.6.1953, in: StBkAH 11/05.
- 215 Adenauer an Bach, 18.2.1957 und Bach an Adenauer 14.2.1957, in: StBkAH 11/05.
- 216 Vgl. Adenauer an Erhard, 11.3.1957, in: Briefe 1955–1957, S. 308.
- 217 Adenauer an Bach, 2.6.1953, in: StBkAH 11/05 und Adenauer an Weskamp 22.5.1957, in: ACDP VII-003-003/1.
- 218 Vgl. die Briefe von Bach an Adenauer in: StBkAH 11/04 oder Bach an Adenauer, 20.7.1953, in: StBkAH 11/05.
- 219 Bach an Lensing, 4.11.1950, in: StHAD RWN 105-23, Bd. I. Laut Heck erhielt dieser Finanzausschuss am 13.6.1952 vom Bundesvorstand den Auftrag, die Finanzverhältnisse der CDU endgültig zu ordnen. Im Protokoll ist dies allerdings nicht verzeichnet; vgl. Heck an Kiesinger 2.8.1952, in: ACDP I-226-A-0059.
- 220 Bach an Heck, 25.10.1954, in: ACDP VII-001-049/1.
- 221 Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 40. Zu Pferdmenes' Funktion als Finanzier vgl. bisher nur: Silber-Bonz, Pferdmenes und Adenauer, S. 96–102. Auf den knappen sechs Seiten über Pferdmenes' Spendentätigkeit kommt Silber-Bonz zu dem befremdlichen Ergebnis, Pferdmenes' Geldersammlung habe keinen Einfluss auf die Politik gehabt, weil er das Geld nicht an einzelne Abgeordnete gab.
- 222 Bundesvorstand 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 643.
- 223 In: StBkAH 4.02
- 224 Ders., Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1967, S. 263.
- 225 Vgl. die Versorgung des Fraktionsvorsitzenden Hofmeister: Hofmeister an Egbring 11.12.1953, in: ACDP I-395-004/5 und Fratzscher an Cillien u. a., 20.1.1954, in: ACDP I-369-001/3.
- 226 Vgl. die Ablehnung von 25000 DM für die JU-Presse; Globke an Stoltenberg, 25.8.1958, in: ACDP I-070-009/1.
- 227 Rechnung 9.8.1961, in: ACDP I-070-008/2.
- 228 Vgl. bes. Globkes Korrespondenz in: ACDP I-070-009/1.
- 229 Vermerk Fay über Gespräch mit Globke, 25.10.1957, in: ACDP I-145, Film 17.
- 230 Deutsche Bank an Globke, 30.12.1958, in: ACDP I-070-006/2. Diese Deckadresse war schon früher benutzt worden; vgl. Frankfurter Bank an Fay, 22.4.1955, in: ACDP I-145, Film 19.
- 231 Vgl. Aufstellung Einnahmen–Ausgaben in: Fay an Globke, 14.2.1959, in: ACDP I-070-009/1. Neben dem Kredit und den Globke-Geldern erhielt der Landesverband 433 800 DM durch die Fördergesellschaften, 105 000 DM von Höchst, 70 000 DM von Dyckerhoff/Wiesbaden, 55 000 DM von Buderus/Wetzlar und 150 000 Spenden incl. ›Wirtschaftsbild‹.

- 232 Vgl. Globke an Fay 22.1.1959, in: ACDP I-070-006/2.  
 233 Vgl. Fay an Abs, 15.11.1959 und Fay an Globke, 6.1.1960, in: ACDP I-070-009/1.  
 234 Altmeier an Adenauer 21.1 und 13.2.1959, in: ACDP 070-006/2. Die Briefe gingen an Adenauer, wurden aber von Globke bearbeitet.  
 235 Fricke an Globke 23.4.1959, in: ACDP I-070-006/2 und Fricke an Globke 28.6.1963, in: ACDP I-070-008/2.  
 236 Heinitz an Globke 30.3.1961, in: ACDP I-070-017/1.  
 237 Vgl. bislang die zusammenfassenden Aufzählungen von Schwarz, Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 17 und Franz J. Bach, in: Schwarz (Hg.), Konrad Adenauers Regierungsstil, S. 82 f. Andeutungen zu Globkes Geldbeschaffungen finden sich in einigen journalistischen Arbeiten. Zu Globkes inoffizieller Parteiführung vgl. Kap. VI.2.

## VI. Die Organisation einer informellen Partei

- 1 Im Bundesvorstand 4.12.1967, in: ACDP VII-001-016/6.  
 2 Vgl. etwa in zusammengefasster Form: Denkschrift Kraske Juli 1959, in: ACDP I-157-013/1.  
 3 Im Bundesvorstand 21.5.1967 in: ACDP VII-001-016/3.  
 4 Im Bundesvorstand 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 385 und 400 f.  
 5 So etwa: Schönbohm, Die CDU, S. 39, Schmidt, Die CDU, S. 504, Pridham, Christian Democracy, S. 57 f. und 243, Schulz, Die CDU, S. 110 oder Buchhaas, Die Volkspartei, S. 114.  
 6 Vgl. dagegen in enger Anlehnung an die Satzung unter Auflistung der gewählten Mitglieder: Kleinmann, Geschichte der CDU, bes. S. 124–130; ebenso, allerdings mit selbstkritischen Zitaten von den damaligen Christdemokraten: Schönbohm, Die CDU, S. 33–45.  
 7 Vgl. Kap. II.3.  
 8 Zur Beschäftigtenzahl vgl. die Entlassungsliste inklusive der Wirtschaftsbild-Mitarbeiter: Anlage Gottaut an Kaiser 19.2.1951, in: BA N 1018/370. Vgl. auch Brigitte Kaff, Einleitung, in: Arbeitsgemeinschaft, S. XXIII.  
 9 Vgl. die gedruckt vorliegenden, von Brigitte Kaff bearbeiteten Protokolle in: Arbeitsgemeinschaft.  
 10 So der bisherige Tenor: Vgl. Buchstab, Einleitung, in: Protokolle 1950–1953, S. VII f. Buchstab lehnt sich dabei eng an die historische Selbstdarstellung der damaligen CDU an; vgl. CDU Deutschland (Hg.), Erster Parteitag der CDU Deutschland in Goslar 20.–22.10.1950, Bonn o.D. [1950], S. 6.  
 11 Vgl. die ersten Sitzungen und den Vorstand nach: Protokoll der Arbeitsgemeinschaft 5./6.2.1947, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 23 und 31.  
 12 Vgl. Protokoll der Tagung der CDU/CSU 8./9.1.1949, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 255–268, bes. etwa 260 f., 282, 311 und 315.  
 13 Sitzung der Landesvorsitzenden 11.5.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 694–706 und Communiqué, abgedr. in ebd.: S. 705 f.  
 14 Vgl. ›Die ZEIT‹ 26.10.1950, S. 2; ›Die Welt‹ 21.10.1950, S. 1 und 24.10.1950, S. 2.  
 15 Vgl. CDU Deutschland (Hg.), Dritter Parteitag, S. 5.  
 16 Deshalb ist Pridhams These unverständlich, die Goslarer Parteigründung habe die Struktur der Partei kaum verändert; ders., Christian Democracy, S. 68.  
 17 Schönbohm, Die CDU, S. 43. Als Analyse von Parteitag vgl. bislang immer noch die frühe Studie von Jürgen Dittberner, der Presse einschätzungen heranzieht und die Zahl der Wortbeiträge quantifiziert; ders., Die Bundesparteitage, bes. S. 66–83.  
 18 Bislang fand sich in der Literatur nur die Beobachtung, dass Parteitage in Ländern stattfanden, die vor Wahlen stehen; vgl. Pridham, Christian Democracy, S. 90.  
 19 Zu Adenauers Haltung zum Berliner Tagungsort vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden, 31.7.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 716, und Adenauer an Lenz, 10.8.1952, abgedr. in: Briefe 1951–1953, S. 266.  
 20 Im Bundesvorstand, 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 152.  
 21 Vgl. Kritik in: ›Der Spiegel‹, 8.10.1952.  
 22 Vgl. etwa die Vorabsprachen im Bundesvorstand, 27.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 75.  
 23 Das offizielle Parteitagprotokoll hebt dies gleich eingangs hervor; vgl. 2. Parteitag, S. 5 f.  
 24 Vgl. ›Die Welt‹ 21.10.1952; ›Westdeutsche Allgemeine‹ 20.10.1952; ›Rheinischer Merkur‹ 24.10.1952.  
 25 So bereits beim ersten Parteitag: Vgl. die Diskussion auf der Konferenz der Landesvorsitzenden 13.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 737 und 741.  
 26 Bundesvorstand, 6.4.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 889.  
 27 Vgl. die Debatte im Bundesvorstand, 27.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 72 f. und CDU (Hg.), 2. Parteitag, S. 119–28. Stier war freilich kein echter ›Externer‹, sondern bereits MdL in Nordrhein-Westfalen.  
 28 Bundesvorstand, 10.3.1956, in: Protokolle 1950–1953, S. 890 f. Zur Themenabsprache vgl. Heck an Conze, 26.3.1956 und Conze an Heck 28.3.1956, in: ACDP VII-001-043/3.  
 29 Konferenz der Landesvorsitzenden, 13.10.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 738. Vgl. ebenso: Bundesvorstand, 11.3.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 466 oder Bundesvorstand, 28.5.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 244. Vgl. dagegen die Planung ohne Adenauer: Bundesvorstand, 26.1.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 394.  
 30 Im CDU-Bundesvorstand, 18.9.1958, Protokolle 1957–1961, S. 245 f.  
 31 Vgl. CDU Deutschland (Hg.), 4. Bundesparteitag, 18.–22.4.1953 in Hamburg, S. 88 und Dritter Parteitag 17.19. 10.1952 in Berlin, S. 129.  
 32 Bundesvorstand, 24.2.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 854.  
 33 4. Bundesparteitag, S. 231 und 241.  
 34 Ebd., S. 224.  
 35 Ebd., S. 88.  
 36 Vgl. etwa die Kontroverse Adenauer–Friedensburg, in: 4. Bundesparteitag, S. 60 und 6. Bundesparteitag, S. 70–75.  
 37 Vgl. Protokoll des Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/7; 6. Parteitag, S. 112–127; zur Einschätzung auch: SZ 30.4.1956, S. 3; Dittberner, Die Bundesparteitage, S. 78 f.  
 38 Vgl. etwa: Nolte, Die Ordnung, S. 84.  
 39 Dagegen betont Dittberner, Die Bundesparteitage, S. 255, dass nur fünf Prozent der Beiträge zu Programm und Ideologie kamen; alle drei Punkte waren die Ideologie der CDU.  
 40 Konferenz der Landesvorsitzenden, 11.5.1950, in: ACDP VII-004-395/3.

- 41 Vgl. Cilliens Proteste im Bundesvorstand, 3.6.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 546.
- 42 Vgl. Dritter Parteitag, S. 8.
- 43 Vgl. Zweiter Parteitag, S. 1 und S. 19.
- 44 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 5.5.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 45 Denkschrift Kraske Juli 1959, in: ACDP I-157-013/1.
- 46 Zur Hoffnung, damit den Parteiausschuss zu aktivieren, vgl. Protokoll Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/6. Das Statut findet sich gedruckt in: Flechtheim (Hg.), Dokumente, Bd. 1, S. 205–213.
- 47 Bundesvorstand 5.2.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 417.
- 48 Protokoll Bundesparteiausschuss 6.2.1955, in: ACDP I-001-020/3.
- 49 Vgl. etwa Protokoll des Bundesparteiausschusses 22.4.1953, in: ACDP I-001-019/14.
- 50 Protokoll Bundesparteiausschuss 16.5.1956, in: ACDP I-001-020/8.
- 51 Vgl. 1959 die Kritik von Dichtel daran, dass seit 1958 keine Wahlen mehr erfolgen; Protokoll des Bundesparteiausschusses 28.9.1959, in: ACDP I-001-021/5.
- 52 Vgl. zum folgenden die Protokolle in: ACDP I-001-020 und -021.
- 53 Protokoll Bundesparteiausschuss 28.9.1959, in: ACDP I-001-021/5.
- 54 Protokoll Landesvorsitzende 13.10.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 740–745.
- 55 Albers an Adenauer 23.10.1950, in: StBkAH 10/21.
- 56 Vgl. Kaiser im Bundesvorstand 18.4.1953 und 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 482 und 512.
- 57 Vgl. Bundesvorstand 18.4.1953 und 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 483 und 512.
- 58 Vgl. Bundesvorstand 18.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 479 und 11.10.1954, in: Protokolle 1950–1957, S. 330.
- 59 Pferdenges war zunächst kein Mitglied und bat im Bundesvorstand 1953 darum, ihn nicht zu wählen; Bundesvorstand 18.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 483.
- 60 Bundesvorstand 5.2.1955, in: Protokolle 1950–1953, S. 479 und 11.10.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 330.
- 61 Vgl. etwa Bundesvorstand 19.9.1957 und 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 2, 5, 9, 13, 15, 21, 76–79 und 105.
- 62 Josef Schmid spricht dagegen von einer »kommunikativen Isolation« der Landesverbände, geht aber auf die Vorstandsarbeit nicht genauer ein; vgl. ders., Die CDU, S. 151.
- 63 Zur »politischen Führung« vgl. neben den genannten Titeln zur Kanzlerdemokratie auch: Walter, Führung in der Politik; als theoretischen Überblick: Helms, »Politische Führung«.
- 64 Dies zeigte sich vom Beginn seiner Karriere (vgl. etwa Protokoll Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 5./6.2.1947, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 53), bis hin zum Ende seiner Kanzlerschaft (vgl. etwa Bundesvorstand 9.7.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 490); zur »karikierenden« Überzeichnung Adenauers vgl. auch: Walter Hallstein, Mein Chef Adenauer, in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 133.
- 65 Vgl. etwa Bundesvorstand, 15.7.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 619, und Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 66 CDU-Bundesvorstand, 9.2.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 808. Ähnlich bereits früher; vgl. 26.1.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 288 oder 25.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 524.
- 67 Für seine Kabinettsführung sind diese Briefe vielfältig hervorgehoben worden; vgl. zu Adenauers frühzeitiger Disziplinierung etwa Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 793–795.
- 68 Vgl. etwa Bundesvorstand 22.9.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 816.
- 69 Zur Bedeutung von derartigen kommunikativen Techniken in der politischen Führung vgl. auch Wilhelm Hennis, Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik, in: Ders., Politik als praktische Wissenschaft, S. 180 f.
- 70 Konferenz der Landesvorsitzenden 13.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 742.
- 71 Ebd., S. 740–744.
- 72 Zit. Protokoll Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/7. Die vorgestellte Nennung des Evangelischen erfolgte bereits in Goslar; vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 20.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 749.
- 73 Vgl. etwa das Protokoll des vierten Bundesparteitags in Hamburg 1953 (als Adenauer zu spät kam und Ehlers' ihn vertrat) oder die Leitung von Vorstandssitzungen durch Holzapfel, Ehlers, Tillmanns und Hassel im Falle von Adenauers Abwesenheit (vgl. etwa Sitzungen 26.1.1953, 18.4.1953 oder 10.11.1955).
- 74 Vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 3.10.1950, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 740.
- 75 Vgl. in seinem Nachlass insbes. die Korrespondenzbestände BA N 1018/17a, 89, 108, 160, 172, 370, 413 und 460.
- 76 Vgl. seine Korrespondenz mit Adenauer in: StBkAH III-23.
- 77 Konferenz der Landesvorsitzenden 13.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 740–744.
- 78 Vgl. etwa Vorlage Lenz an Adenauer 8.11.1951, in: ACDP I-172-058/1.
- 79 Adenauer an Holzapfel 3.11.1951, abgedr. in: Briefe 1951–1953, S. 133; vgl. auch Adenauer an Lilje 20.11.1951 und dessen Antwort 24.11.1951, in: StBkAH 10/05.
- 80 Vgl. etwa zur Tillmanns-Nachfolge: Adenauer an Bischof Gerhard Jacobi, 24.11.1955 oder Kunst an Pferdenges 26.12.1955, in: ACDP I-070-005/4.
- 81 Dies Verfahren war unumstritten; vgl. zur Auswahl von Ehlers' Bundesvorstand 17.10.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 165.
- 82 Vgl. Bundesvorstand 5.2.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 416 f.
- 83 Vgl. Globke an Adenauer 7.4.1956, in: StBkAH III/17 und Adenauer an Bischof Gerhard Jacobi 24.11.1955, in: ACDP I-070-005/4. Zum Auswahlverfahren vgl. Protokoll Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/6. Zur Wahl Schröders vgl. auch Kap. 7.4.
- 84 Zur Beschlussfassung vgl. Protokoll Landespräsidium Nordrhein-Westfalen 16.4.1956, in: RWV 26-1313. Zur nicht-öffentlichen Diskussion im Bundesausschuss auf dem Bundesparteitag: Protokoll Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/7.
- 85 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 1.11.1954, in: ACDP I-505-008.
- 86 Vgl. Terminkalender 1957 in: StBkAH 4.09.
- 87 Vgl. Krone, Tagebücher, 7.10.1959, S. 382.
- 88 Adenauer an Zimmer, 24.7.1950, abgedr. in: Briefe 1949–1951, S. 253 f.
- 89 Konferenz der Landesvorsitzenden 13.10.1950 und 20.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 744 f. und 749.
- 90 Kiesinger, Erlebnisse mit Konrad Adenauer in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 64. Daran anschließend: Schönbohm, CDU, S. 34.

- 91 Bundesvorstand, 29.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 91. Kaiser trat ansonsten für ein starkes Generalsekretariat ein; vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden, 11.9.1950, in: Die Unionsparteien, S. 731 f.
- 92 Notiz Hassel über Gespräch mit Kraske 5./6.8.1959, in: ACDP I-157-013/1.
- 93 Adenauer an Globke, 10.6.1960, in: ACDP I-070-052/2, ebenso: Vermerk Adenauer für Globke 9.12.1960, in: StBKAH III-050.
- 94 Bundesvorstand, 29.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 88.
- 95 An Adenauer 29.4.1952, in: StBKAH 11/04. Die Befunde widersprechen Schönbohms These, Adenauer habe einen geschäftsführenden Vorsitzenden stets verhindert; Schönbohm, Die CDU, S. 41.
- 96 Vgl. das Urteil des Bundesgeschäftsführers Kraske in seiner Denkschrift 1959, in: ACDP I-157-013/1; und Adenauer im Bundesvorstand 26.4.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 911. Kroegel, Einen Anfang finden!, geht auf Kiesingers Parteilarbeit ebensowenig ein wie Kiesinger selbst in seiner eigenen Autobiografie.
- 97 Vgl. bes.: ACDP I-226-A-0059.
- 98 Zum Vorschlag Tillmanns vgl. Bundesvorstand 29.2.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 108; leider liegt hier nur ein Ergebnis- und kein Verlaufsprotokoll vor. Zu Adenauers ablehnender Haltung: Bruno Heck, Adenauer und die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 199 und Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, S. 448.
- 99 Heck, ebd., S. 199 f.
- 100 Terminkalender 1953 bis 1958, in: StBKAH.
- 101 Kraske an Hassel, 25.7.1959, in: ACDP I-157-013/1.
- 102 Vgl. das zusammenfassende Personenregister: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 252 f.
- 103 Laut Protokoll Konferenz der Landesvorsitzenden 22.3.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 104 Zahlen nach: Bach u. a. an Adenauer 3.4.1952, in: StBKAH 11/04 und Bach im Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 87.
- 105 Denkschrift Kraske 1959, in: ACDP I-157-013/1.
- 106 Vgl. Protokoll Bundesparteiausschuß 4.7.1951, in: ACDP I-001-019/1 und Anlage Denkschrift Heck 1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 107 Vgl. die entsprechende Kritik des Landesgeschäftsführers Münster an Heck 9.10.1957, in: ACDP I-248-08/1.
- 108 Vgl. etwa: Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 660–666; Küpper, Kanzlerdemokratie, S. 262–283. Da bislang noch keine Globke-Biografie vorliegt, vgl. bislang den hagiografischen Erinnerungsband: Gotto (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers, sowie die Erinnerung von: Franz Josef Bach, Konrad Adenauer und Hans Globke, in: Blumenwitz, Konrad Adenauer, S. 177–185 und in: Schwarz (Hg.), Adenauers Regierungsstil, S. 81–84; kritisch zu Globkes Vergangenheit: Streckler, Dr. Hans Globke; zur Wirkungsgeschichte auf Basis von Zeitungsartikeln: Jacobs, Der Streit um Dr. Hans Globke.
- 109 ›Bild‹, 4.1.1962; Als vielbeachtete zeitgenössische Darstellung vgl. etwa: Dübber, An den Stellwerken der Macht.
- 110 Wilhelm Hennis, Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik, in: Ders., Politik als praktische Wissenschaft, S. 173. Als frühe Würdigung von Globkes regierungspolitischer Koordinierungsleistung vgl. auch Ehtler, Einfluss, S. 212–215.
- 111 Vgl. die Vorlagen Lenz an Adenauer in: ACDP I-172-058/2.
- 112 Vgl. hierzu Hoffmann, »Vorsicht«, S. 134.
- 113 Was öffentlich wahrgenommen wurde; vgl. den Artikel ›Staatssekretär Globke drängt die CSU‹ in: ›Frankfurter Rundschau‹, 8.10.1957; vgl. ansonsten etwa am Beispiel Niedersachsens: Manuskript Generalsekretär Fratzscher, Die CDU in Niedersachsen. Teil II, S. 17 (Koalitionsbildung 1955), in: ACDP I-014-003/5; Fratzscher, Die Regierungsbildung in Niedersachsen, 29.5.1959, in: ACDP I-248-0010/1.
- 114 Vgl. Kap. VI.3.
- 115 Adenauer an Globke 5.2.1960, in: ACDP I-070-009/1.
- 116 Globke an Adenauer 8.2.1960, in: ACDP I-070-009/1.
- 117 Globke an Adenauer 10.8.1955, in: ACDP I-070-052/2.
- 118 Vgl. etwa seinen großen Umstrukturierungsplan von 1960: Globke an Adenauer, 6.7.1960, Anlage I, in: ACDP I-070-052/2.
- 119 Vgl. Globke an Adenauer, 3.7.1960 und Adenauer an Globke, 4.7.1960, in: ACDP I-070-052/2; Globke an Adenauer 5.8.1954 und 7.4.1956, in: StBKAH III/17.
- 120 Vgl. die mit Globkes rotem Stift bearbeiteten ADK-Berichte in: ACDP I-070-006/1 und 8/1.
- 121 Vgl. etwa: Kaiser an Globke 7.11.1958, in: BA N 1018/9-180 bis 184.
- 122 Vgl. Krone Tagebücher 24.3.1961, S. 477; 29.3.1961, S. 479; 7.10.1961, S. 540 und den Brief: Adenauer an Krone 3.9.1958, in: ACDP I-028-008/1.
- 123 Notiz Hassel über Gespräch mit Globke, 19.6.1962, in: ACDP I-157-012/1.
- 124 Vgl. Stein an Adenauer 24.1.1961, in: StBKAH 10/09.
- 125 Vgl. Dankeskarten Adenauers in: ACDP I-070-052/2.
- 126 Vgl. Adenauer an Globke 14.7.1950, in: ACDP I-070-114/2 und Teegespräche, 1.6.1951, Bd. 1, S. 97.
- 127 Abgedr. mit anderen belasteten Dokumenten bei: Streckler, Dr. Hans Globke, S. 72. Eine quellenkritische Untersuchung zu Globkes Vergangenheit liegt bislang nicht vor. Als kritischen, aber quellenarmen Überblick zu Globkes Biografie vgl. Jacobs, Der Streit.
- 128 Vgl. das Bischofsgutachten 18.1.1946, in: ACDP I-028-055/3; Kaisers Erklärung 31.12.1945 und Globke an Kaiser 13.3.1946, in: BA N 1018/413; Theodor Eschenburgs öffentliche Erklärung, in: ›Die ZEIT‹ 10.3.1961; vgl. daneben die zahlreichen überschwänglichen ›Persilscheine‹ in: ACDP I-070-114/2.
- 129 In: ACDP I-028-055/2.
- 130 Globke an Adenauer 7.4.1956, in: StBKAH III-17.
- 131 Hierzu: Globke an Krone 15.11.1962, in: ACDP I-028-011/3.
- 132 Stuckart an Petz 26.7.1950, in: ACDP I-070-114/2.
- 133 Stuckart kam nicht über Globke, sondern über den Braunschweiger Landesvorsitzenden Otto Fricke in dieses Amt. Eine direkte Korrespondenz zwischen Globke und Stuckart konnte für die Zeit nach 1945 nicht ermittelt werden.
- 134 Vgl. Globke an Adenauer 8.6.1960 in: StBKAH III-17.
- 135 Vgl. ihre Korrespondenz in: StBKAH 10.11.
- 136 Vgl. Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949 abgedr. in: Wengst, Auftakt, S. 184 f.; Protokoll Fraktionssitzung 10.1.1950 und 17.1.1950, abgedr. in: Die CDU/CSU-Fraktion, Bd. 1, S. 148 und S. 155.
- 137 Vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, S. 27.
- 138 So zuletzt auch die Einschätzung des Herausgebers der Sitzungsprotokolle: Helge Heidemeyer, Einleitung, in: Fraktionsprotokolle, S. L.
- 139 Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler.
- 140 Vgl. bereits Brentano an Adenauer 8.9.1949, in: StBKAH III-38.

- 141 Zum Beginn der Dienstagsbesprechungen mit dem Kabinett: Adenauer an Mühlenfeld 17.3.1950, in: StBKAH 12/29. Vgl. auch Domes, Mehrheitsfraktion, S. 164 und 170.
- 142 Brentano an Adenauer 16.6.1951, in StBKAH III-38; Tagebuch Krone, 6.2.1953, S. 114.
- 143 Brentano an Adenauer 16.6.1951, in StBKAH III-38.
- 144 CDU-Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 48.
- 145 Vgl. hierzu bes.: Saalfeld, Parteisolddaten und Rebellen, S. 121.
- 146 Vgl. Daten nach dem Rice-Index, der die Abweichung der einzelnen Abgeordneten gewichtet: In der Außen- und Verteidigungspolitik beträgt er 95%, in der Innen- und Rechtspolitik 71,87%; Datenhandbuch, Bd. 2, S. 1785.
- 147 Vgl. die christdemokratische Selbstkritik: Protokoll Bundesparteiausschuss 27.1.1953, in: ACDP I-001-019/12; Protokoll Fraktionssitzung 10.2.1950, abgedr. in: Die CDU/CSU-Fraktion, Bd. 1, S. 210 f. und CDU-Bundesvorstand 16.12.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 270 f.
- 148 Vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 181 f.
- 149 Brentano an Adenauer 16.6.1951, in StBKAH III-38.
- 150 CDU-Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 47.
- 151 Zu Krones Werdegang vgl. seine zeitgeschichtlich exzeptionell ergiebigen Tagebücher, auf denen bereits zahlreiche Studien über Adenauer aufbauen. Zu Brentanos außenpolitischem Engagement vgl. Kosthorst, Brentano.
- 152 Vgl. die zusammenfassende Tabelle in: Datenhandbuch, Bd. 2, S. 1784.
- 153 Vgl. Krone, Konrad Adenauer – Im Gespräch mit einem großen Politiker und tiefen Menschen, in: Blumenwitz, Konrad Adenauer, S. 119.
- 154 Bis Karlsruhe etwa, um die Parteireform zu besprechen; vgl. Adenauer an Krone 16.4.1956, in: ACDP I-028-007/3, oder bis Ludwigshafen; Tagebuch Krone, 5.2.1958, S. 294.
- 155 Vgl. Briefe und Durchschläge bes. in: ACDP I-070-052/2 und ACDP I-028-007/2.
- 156 Vgl. Bach, Konrad Adenauer und Hans Globke, in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 181 f.
- 157 Vgl. hierzu etwa: Adenauer an Krone 28.9.1962, in: ACDP I-028-008/1 oder Tagebuch Krone, 21.11.1956, S. 234.
- 158 Vgl. zu Krones Zögerlichkeit: Tagebuch Krone, 20.2.1959 und 24.–27.4.1961, S. 333 u. 486.
- 159 Adenauer an Globke und an Krone, 3.6.1960, in: ACDP I-070-052/2.
- 160 Adenauer an Globke 15.4.1959, in: ACDP I-070-052/2.
- 161 CDU-Bundesvorstand 18.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 470.
- 162 Vgl. etwa Tagebücher Krone 13.9.1949, 27.4.1952, 1.2.1960, 8.2.1961, 17.4.1961, 23.5.1961 und 8.10.1961, S. 75, 105, 402, 469, 484, 499 und 540.
- 163 Letztere Bezeichnung etwa in: Schröder an Adenauer 25.1.1957, in: StBKAH III-23.
- 164 Alle Angaben zur Zusammensetzung nach: Terminkalender Adenauer, in: StBKAH 4. Verweise auf den Mittwochskreis etwa in: Konferenz der Landesvorsitzenden 16.5.1956, in: ACDP VII-004-033/1; Bundesvorstand 26.1.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 351.
- 165 Vgl. die Selbstverständnisdebatte vor seiner offiziellen Konstituierung: Bundesvorstand 26.4.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 909–912.
- 166 Vgl. Terminkalender 21.1.1953, 4.2.1953, 4.3.1953, 21.5.1953 und 17.6.1953, in: StBKAH 4.04.
- 167 Heck an Adenauer 20.4.1954, in: ACDP I-028-007/3.
- 168 Vgl. etwa Bundesvorstand 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 155.
- 169 Heck an Krone 13.9.1958, in: ACDP I-028-025/8.
- 170 Denkschrift Kraske 1959, in: ACDP I-157-013/1. Ähnlich Gerstenmaier im Bundesvorstand 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 412.
- 171 Vgl. etwa Haungs, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, S. 49; Buchhaas, Die Volkspartei, S. 203; Pridham, Christian Democracy, S. 243; Lange, Responsivität, S. 479; Schmid, Die CDU, S. 137 f.
- 172 So das Resümee der anregenden Längsschnittstudie von Josef Schmid über die föderale Struktur der CDU; ders., Die CDU, S. 246 f.
- 173 Landesvorstandssitzung Rheinland-Pfalz 17.9.1951, in: LHAK 700.169-38. Allein wegen diesen organisatorischen Differenzen ist der Befund von Kleinmann, die rheinland-pfälzische CDU habe sich durch »Kanzlertreue« ausgezeichnet, zu modifizieren; vgl. ders., Geschichte der CDU, S. 224.
- 174 Bericht Lubbers an Adenauer 5.8.1951, in: StBKAH 11/04.
- 175 Vgl. Rundschreiben Müllenbach 20.9.1954, in: ACDP I-369-01/3.
- 176 Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1. Zur hartnäckigen Position Blanks vgl. auch: Fratzscher an Fricke 5.1.1957, in: ACDP I-248-028/1. Altmeier kommentierte Adenauers Vorschlag diesmal mit den Worten »Wir können uns nicht von einem Sekretariat, das in Bonn sitzt Vorschriften machen lassen. Das Gesetz des Handelns müssen wir selbst festmachen.« Protokoll des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, 24.11.1956 in: LHAK 663.2-371.
- 177 So bisher die Standardwerke zur CDU; vgl. Buchhaas, Die Volkspartei, S. 203; Pridham, Christian Democracy, S. 81; Schmidt, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, S. 600; Lange, Responsivität, S. 116.
- 178 Vgl. Heck im Bundesvorstand 20.9.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 1091.
- 179 Vgl. etwa Aufstellung, in: HStAD RWV 26-215 oder Treffen der Landesvorstände, in: HStAD RWV 26-271.
- 180 Vgl. die Proteste, als diese Regel nicht eingehalten wurde: Bach an Lensing, 21.4.1958, in: HStAD RWN 138-5 oder bereits: Schmidt an Adenauer, 16.4.1946, in: HStAD RWN 119-4.
- 181 Vgl. die Protokolle seit seiner Konstituierung vom 16.4.1956, in: RWV 26-1313.
- 182 Bericht Barzel 5.11.1956, in: RWV 26-1313.
- 183 Zum Gewicht der Fraktion in Nordrhein-Westfalen vgl. Gruber, Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Als Überblick vgl. Kühn, Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Mit Ausnahme der Gründungsphase beschränkt sich Kühn jedoch darauf, die formelle Struktur zu skizzieren.
- 184 Zur zunächst spärlichen Zusammenarbeit vgl. auch Burger, Die CDU, S. 84–87, und Fred Sepainter, Von der Koordination der vier Landesverbände zur Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg, in: Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg, S. 247–256.
- 185 Vgl. etwa die unterschiedliche Argumentation in: Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes Nord-Württemberg 7.10.1950, in: ACDP III-003-035-006 u. Protokoll engerer Landesvorstand Südbaden 7.12.1957, in: ACDP III-18-117.
- 186 Werber (MdL Karlsruhe) an Adenauer 1.1.1952, in: ACDP I-070-009/1.
- 187 Die Bundesgeschäftsstelle monierte dies: Vermerk Müllenbach an Dufhues, 21.1.1963, in: ACDP VII-001-028.
- 188 Vgl. die Landesvorstandsprotokolle Südbaden, in: ACDP III-18-117 und -119. Ebenso in Württemberg-Hohenzollern.

- 189 Vgl. hierzu die Klagen von Bundesgeschäftsführer Heck (der selbst aus Baden-Württemberg kam) in: Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1. Einige Protokolle der sog. »Konferenz der vier Landesvorsitzenden«, in: ACDP III-18-032.
- 190 Zu weiteren Zentralisierungsversuchen vgl. etwa Wegmann an Cillien, 19.4.1956, in: ACDP I-366-028/1. Nur geringe Modifikationen brachte die Vereinbarung vom 25.3.1960; in: ACDP I-248-012/1. Zur Satzungsreform in Niedersachsen vgl. auch Chodinski, Zur Geschichte des Landesverbandes, S. 13–32; sein aus Oldenburger Perspektive geschriebener Überblick verkennt jedoch völlig das konfessionelle Misstrauen zwischen den Landesverbänden.
- 191 Wegmann an Kannengießer, 26.2.1964, in: ACDP I-366-029/1.
- 192 Vgl. Vorstandsprotokolle der CDU Oldenburg in: ACDP III.007-002/2.
- 193 Tagebuch Müller, Eintrag 28.3.1956, 6.4.1956 und 8.4.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 194 Tagebuch Müller, Eintrag 5.2.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 195 Ebd.
- 196 Selbst der Oldenburger Vorsitzende Wegmann schrieb statt »Fratscher« zu meist »Fratscher«; vgl. seine Korrespondenz, in: ACDP I-366-028/1.
- 197 Münster an Landesleitung, 19.11.1963, in: ACDP I-248-0015/2. Ähnliche Ablehnung bereits 1957; vgl. Münster an Fricke, 7.5.1957, in: ACDP I-248-007.
- 198 Adenauer im Bundesvorstand 21.6.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 909; ebenso etwa: Bundesvorstand 7.2.1957, in: Protokolle 1953–1957, S. 1191; von Hassel in: Konferenz der Landesvorsitzenden, 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 199 Wegmann an Fricke 23.5.1964, in: ACDP I-248-0015/2.
- 200 Tagebuch Müller, Eintrag 6.2.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 201 Bach an Heck, 12.6.1953, in: ACDP VII-001-049/1.
- 202 Die stark abweichenden Satzungen der Landesverbände bemerkte bereits: Schulz, Die CDU, S. 111 f.
- 203 So selbst bei wichtigen Sitzungen zu Wahlen; vgl. etwa die Selbstkritik, in Landesvorstandssitzung Rheinland-Pfalz 24.11.1950, in: LHAK 700.169-38; Protokoll des Landesvorstandes, 24.11.1956 in: LHAK 663.2-371; Landespartei-Ausschuss 1965, in: LHAK 700.169-37.
- 204 Vgl. etwa: Protokoll des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, 8.8.1953, 1.7.1957, 5.7.1957, in: LHAK 663.2-370 und -372.
- 205 Vgl. die exzellent überlieferten Bestände in StHAD RWV 26 sowie RWV 105; etwa Bericht des Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland über das Jahr 1952, 9.4.1954, in: LHAK 663.2-152; Übersicht CDU-Rheinland 14.2.1951, in: StBKAH 11/01; Berichte in: RWV 105-26.
- 206 Dies galt nicht nur für die quantitative Ausstattung. Der breite Aktenbestand dokumentiert auch eine unvergleichlich gut organisierte qualitative Arbeit der einzelnen Parteisegmente; vgl. StHAD RWV 26.
- 207 Vgl. zum Folgenden insbes. die bilanzierenden Organisationsberichte: Anlage 1 zur Landesgeschäftsführerkonferenz 14./15.5.1962, in: ACDP VII-004-035/1; Müllenbach an Dufhues, 21.1.1963, in: ACDP VII-001-028; zu Rheinland-Pfalz auch: Bericht 2.3.1961, in: LHAK 663.2-356.
- 208 Diesen Ausspruch tradieren jedenfalls: Beyer/Müller, Der niedersächsische Landtag, S. 309.
- 209 Vgl. noch: Müllenbach an Kreisverband Vechta, 13.4.1965, in: ACDP III-021-006/4.
- 210 Protokolle Landesvorstand Oldenburg 10.10.1959 und 16.7.1966, in: ACDP III-021-018/1.
- 211 Vgl. Tab. 11. Allein von der Mitgliederzahl und den guten Wahlergebnissen her schließt dagegen Werner Burger vorschnell darauf, dass die CDU in Nordbaden ihre Organisationsstruktur kaum änderte, während sich der Landesverband Südbaden professionalisierte; Burger, Die CDU, S. 79 f.
- 212 Vgl. die Berichte: Jacobi an Dörpinghaus 10.3.1950, in: ACDP I-009-005/10 oder Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 453; Hassel auf Konferenz der Landesvorsitzenden 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 213 Berechnet nach: Bericht Heck auf der Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1. Nochmals der Hinweis: Diese Werte zeigen nur Tendenzen, sind aber von ihrer Genauigkeit her eine Fiktion.
- 214 Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 215 Vgl. Umfrage 1954, in: ACDP III-006-058-005; Politisches Tagebuch Müller 17.4.1954, in: ACDP I-505-007.
- 216 Protokoll geschäftsführender Vorstand Nordwürttemberg 1954 [ohne Tagesangabe], in: ACDP III-003-59/20. Daher sind auch die Mitgliederangaben, die zeitgenössische Politikwissenschaftler von den Landesgeschäftsstellen erhielten, kaum zutreffend; vgl. etwa Schulz, CDU, S. 110.
- 217 Vgl. mit dem Meldebogen 26.11.1954, in: LHAK 663.2-350.
- 218 Tagebuch Müller, 5.5.1956, in: ACDP I-505-010/2 und Rundschreiben 29.6.1956, in: ACDP I-248-028/1.
- 219 Münster an Fricke 3.5.1961, in: ACDP I-248-0012/2.
- 220 Ein Forschungsprojekt von Klaus Tenfelde (Bochum) und Marie-Luise Recker (Frankfurt) soll demnächst Statistiken zu den Parteimitgliedern vorlegen.
- 221 Vgl. Angaben im Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei 1956/57, S. 244.
- 222 So Varrain, Parteien und Verbände, S. 43.
- 223 Anlage Heck an Bach, 30.9.53, ACDP VII-001-049/1.
- 224 Wobei er allerdings nicht konkret drei Millionen Mitglieder erreichen wollte; Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 225 Diese Tendenz zeigen sowohl die systematisch überlieferten Daten des Landesverbandes Rheinland (vgl. Zusammenstellung Haupt an Müllenbach, 27.1.1966, in: RWV 26-1856) als auch die überlieferten unvollständigen Einzelbestände.
- 226 Konferenz der Landesvorsitzenden 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2. Diese Selbstkritik referiert auch: Schönbohm, Die CDU, S. 48.
- 227 Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1;
- 228 Vgl. Tagebuch Müller ebd. oder Rudolph an Cillien, 12.1.1957 in: ACDP I-505-018/1.
- 229 Die Zahlen werden 1956/57 mit 36000, 1960/61 mit 29.500 Personen angegeben; vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2. Zur Konzeption vgl. Bericht Heck im Bundesvorstand 13.1.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 774 f. Neben dem CDU-Nachrichtendienst UiD erhielten sie etwa Blätter wie »Worüber man diese Woche sprechen sollte«; vgl. zum Aufbau in den Landesverbänden etwa Rundschreiben CDU in Niedersachsen 7.1.1957, in: ACDP I-248-007.
- 230 Konferenz der Landesvorsitzenden 22.3.1963, in: ACDP VII-004-033/2; vgl. auch Bachs Beitrag in: Konferenz der Landesvorsitzenden 9.3.1956, in: ACDP VII-004-033/1.

## VII. Die Einbindung von Gesellschaftsteilen

- 1 Abgedr. etwa in: NR 28.9.1946.
- 2 Als Vereinigungen, die in der Satzung (§ 29) verankert waren, galten dabei 1956: Die JU, die CDA, die Frauenvereinigung, die Mittelstandsvereinigung und die Kommunalpolitische Vereinigung.
- 3 Vgl. auch den berufsständischen Aufbau in der CSU: Mintzel, Die CSU, S.197 f. Eine eigenständige Untersuchung zum Vereinigungssystem liegt nicht vor; vgl. als Einschätzung ihrer großen Integrationsbedeutung: Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 96 f.; Pridham, Christian Democracy, S. 291–294.
- 4 Bundesvorstand 5.9.1952, in: Protokolle 1950–1953, S.155.
- 5 Selbstständige inklusive freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte etc.). Da die Berufsangaben in Mitgliederkarteien und Parlamentshandbüchern oft nur ungenaue Angaben erfassen (etwa ob der gelernte oder ausgeübte Beruf angegeben wird), bleiben auch die hier angeführten statistischen Daten nur Tendenzwerte. Während die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht durch die amtliche Repräsentativstatistik genau ermittelt werden kann, liegen die Berufs- und Konfessionsdaten zudem nur nach Umfragen vor; vgl. Statistiken in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 233–237.
- 6 Daten nach: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Bevölkerung und Kultur. Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961. Heft 2: Ausgewählte Berufsgruppen, Stuttgart 1967, S. 14.
- 7 Datenhandbuch, Bd. 1, S. 688–697.
- 8 Gerundete Werte nach: Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS.
- 9 Datenhandbuch, Bd. 1, S. 723.
- 10 Vgl. die Klage des Vorstand der Evangelischen Arbeiterbewegung an Ehlers, 20.7.1953, in: ACDP I-369-002/2.
- 11 Angaben nach Statistik in: ACDP I-009-001/1.
- 12 Vgl. Vgl. Statistik in: ACDP VII-004-5014.
- 13 Von den ca. 8000 Mitglieder 1954 waren immerhin 700 in der »Union der Flüchtlinge«; vgl. Protokoll Sitzung Landesvorstand Nord-Württemberg 6.11.1954, in: ACDP III-003-035-006.
- 14 Vgl. Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS.
- 15 Beamtenausschuss der CDU in Niedersachsen, 4.1.1951, in: ACDP I-511-001/5.
- 16 Bundesvorstand 18.9.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 254.
- 17 Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, Tab. 22, in: Bibliothek der KAS.
- 18 Im Bundesvorstand 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 404.
- 19 Vgl. etwa Strickrod im Bundesvorstand. 11.3.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 464.
- 20 Vgl. etwa die Diskussion über die Zuständigkeit im Bundesvorstand, 18.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 483, wo Ehlers festhält: »Ich glaube nicht, daß sich der Vorstand durch den Beschluß eines Ausschusses präjudizieren lassen kann, sondern es ist notwendig, mit den einzelnen Berufsständen Fühlung zu nehmen, welcher Freund in Frage kommt.«
- 21 Wegen Differenzen zu Adenauers Außenpolitik kam Hermes im September 1949 als Landwirtschaftsminister nicht mehr in Frage, dennoch übermittelte Adenauer eine freilich eingeschränkte Offerte; vgl. Adenauer an Hermes 18.9.1949, in: Briefe 1949–1951, S. 108; zu Hermes vgl. die Würdigung aus Bauernverbandsperspektive von: John, Andreas Hermes, S. 42 f., sowie: Theodor Sonnemann, Adenauer und die Bauern, in: Blumenwitz (Hg.), Konrad Adenauer, S. 268.
- 22 Weitere Schlüsselfiguren der Bauernverbände fanden sich in anderen Gremien: Otto Freiherr von Feury, Vizepräsident des deutschen Bauernverbandes und Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, saß etwa von 1950–1978 für die CSU im Bayerischen Landtag. Der saarländische Präsident des Landesbauernverbandes Steitz war zwar nicht im Bundestag, aber im CDU-Bundesausschuss für Agrarpolitik aktiv.
- 23 Mit ähnlicher Gesamteinschätzung: Ackermann, Der deutsche Bauernverband, S. 99 f.
- 24 Morsey, Heinrich Lübke, S. 214 f.
- 25 Vgl. Morsey, Heinrich Lübke, S. 235 (allerdings nur mit einem späteren »Spiegel«-Bericht als Quelle); zu den scharfen Protesten bereits: Domes, Bundesregierung, S. 85.
- 26 Struve an Hassel 11.8.1959, in: ACDP I-157-013/1 und Krone Tagebücher, 8.7.1959, S. 368.
- 27 Vgl. Kabinettsliste Müller an Ehlers, 9.1.1954, in: ACDP I-369-001/2; zur Ablehnung Rehwinkels: Fratzscher an Ehlers 5.5.1954, in: ACDP I-369-001/3; Terminkalender Adenauer 28.4 und 2.6.1955 in: StBkAH 4.06; sowie: SZ 4.7.1955. Rehwinkel war 1946 in die CDU eingetreten, trat dann aber wieder sofort aus.
- 28 Fratzscher an Cillien über Entgegnung des »Herrn von B.« (von Bredow), 7.10.1954, in: ACDP I-369-001/3.
- 29 Vgl. etwa Bericht Schröder 26.2.1959, in: ACDP I-248-0010/1.
- 30 Münster zu Hasselmanns Landtagswahl nominierung; an Fricke, 26.2.1963, in: ACDP I-248-0014. Vgl. auch: Fratzscher an Fricke, 14.2.1963 und Fratzscher an Fricke, 16.4.1963, in: ebd.
- 31 Vgl. etwa Terminkalender Adenauer 1954 (3.3., 15.11., 30.11.), 1955 (28.4., 6.6.), 1956 (12.1., 7.2., 8.10., 11.12.), 1957 (28.1., 10.10.), in: StBkAH 4.
- 32 Vgl. etwa Fricke an Hassel 22.7.1959, in: ACDP I-157-013/1; Protokoll Zentralvorstand Niedersachsen. 1.6.1960, in: ACDP III-007-001/1; Tätigkeitsbericht von Münster, 14.3.1960, in: ACDP I-248-011/1.
- 33 Münster an Fricke, 14.2.1963, in: ACDP I-248-0014.
- 34 Vgl. Rednerinfo 25.1.1963, in: ACDP I-366-028/1.
- 35 So rückblickend: Fratzscher an Fricke 10.2.1967, in: ACDP I-248-018/1.
- 36 Vgl. die zitatenreichen Belege für die überzogenen landwirtschaftlichen Proteste in den fünfziger Jahren bei: John, Andreas Hermes, S. 49–109.
- 37 Vgl. die Gründungsrede: Johannes Albers, Vom Wesen der Sozialausschüsse und vom Sinn der Reichstagung, Erste Reichstagung 28.–30.11.1947, in: ACDP IV-013-149/2. Ebenso Adenauers Einschätzung, Bundesvorstand 3.7.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 41. Zur gebrochenen Kontinuität der christlichen Gewerkschaftsbewegung vgl. die äußerst lesenswerte Studie von: Schroeder, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft, hier S. 289. Helene Thiesen, Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft, S. 71 f., betont dagegen mit Blick auf den CDA-Vorstand etwas vorschnell den geschwundenen Einfluss der christlichen Gewerkschafter. Die tatsächliche Führung unter Albers und Kaiser stand jedoch stark in dieser Tradition.

- 38 Klageschrift 19.11.1959, in: ACDP III-010-40 und Rundschreiben Landessozialausschuss 28.10.1959, in: ebd. Vgl. auch: Hassel an Adenauer, 15.5.1962, in: ACDP VII-001-027/2: »Wesentlicher war aber, daß sich die beiden Vorsitzenden, die Bundestagsabgeordneten Dr. Roland Seffrin und Georg Schneider, nicht nur der Sache wegen bekämpften, sondern sich auch gegenseitig von dem einen sehr sicheren Listenplatz, der in Hamburg einem katholischen Bewerber überlassen wird, zu verdrängen suchten.«
- 39 Vgl. Bericht Albers im Bundesvorstand 9.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 453.
- 40 Vgl. etwa die Aufstellung des CDA-Vorsitzenden Albers im Bundesvorstand, 9.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 455.
- 41 Vgl. bes. seine Korrespondenz, in: BA N 1018/172.
- 42 Einige Dokumente aus ihren Bundestagungen finden sich gedruckt in: Flechtheim, Dokumente, Bd. 6.1., S. 26–33
- 43 Vgl. Schroeder, Katholizismus, S. 296.
- 44 Vgl. etwa Storch in: Protokoll Fraktionssitzung 1.9.1949, abgedr. in: Wengst, Auftakt, S. 168 f.
- 45 Vgl. Schroeder, Katholizismus, S. 125.
- 46 Vgl. etwa Bundesvorstand 10.5.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 34; Adenauer an Fette 16.8.1951 u. 9.12.1951 oder Adenauer an Dehler 22.10.1951, in: Briefe 1951–1953, S. 112, 120 und 127; sowie dann: Adenauer an Fette 16.5.1952 und an Freitag 31.7.1953, Briefe 1951–1953, S. 418.
- 47 Zur Debatte innerhalb der CDU vgl. bes. Bundesvorstand 10.9.1953, in: Protokolle 1953–1957, S. 35–58 sowie Krone Tagebücher, vgl. 2.3.1953, S.116.
- 48 Da die christliche Gewerkschaft kaum Mitglieder hatte, verschwieg sie zutreffende Mitgliederzahlen. Zum Drängen der katholischen Bischöfe gegenüber der CDU vgl. Krone Tagebücher, vgl. 30.1.1953, 20.7.1953, 1.5.1955, S. 111, 141, 174. Nur in Westfalen erhielt sie eine breitere Unterstützung von der evangelischen Kirche; vgl. hierzu die Einschätzung des EAK-Vorsitzenden Tillmanns im Bundesvorstand, 10.11.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 704 f. Vgl. auch Schroeder, Katholizismus, S. 188 f.
- 49 Vgl. zu diesem Dilemma auch den Interviewband: Schroeder, Gewerkschaftspolitik, S. 21 f.
- 50 42 Prozent wussten 1956 nichts von ihr, von den Wissenden lehnten zwei Drittel sie als Spaltung ab; Umfrage Bundesgeschäftsstelle, in: ACDP I-505-017/7.
- 51 Vgl. etwa als lokale Langzeitstudie: Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, bes. S. 487–491.
- 52 Vgl. hierzu bereits: Berghahn, Unternehmer und Politik, S. 186 f.; Küpper, Kanzlerdemokratie, S. 194 f.
- 53 Unergiebig ist leider die Studie über die Mittelstandsvereinigung von: Konrad, Der Mittelstand. Sie listet lediglich die Vorstandsmitglieder, Satzungen und einzelne Programmpunkte auf, ohne eine quellenkritische Einordnung vorzunehmen.
- 54 Vgl. hierzu: Wambach, Verbändestaat, S. 95 f. Zu Kather vgl. seine Selbstrechtfertigung: Ders., Die Entmachtung der Vertriebenen. Zur Vertriebenenvereinigung ein kurzer Überblick bei Lee, CDU Refugee Politics.
- 55 Vorlage Lenz an Adenauer 3.9.1952, in: ACDP I-172-058/1; vgl. auch: Adenauer an Hellwege 18.7.1952, abgedr. in: Briefe 1951–1953, S. 248.
- 56 von Eckardt, Ein unordentliches Leben, S. 274.
- 57 Adenauer an Globke 1.9.1960, in: StBkAH III-17.
- 58 Zit. DUD 28.4.1950. Zur wissenschaftsgeschichtlichen Einordnung vgl. zuletzt: Nolte, Die Ordnung der Dinge, S. 330–335.
- 59 Bundesvorstand, 10.9.1953, in: Protokolle 1957–1961, S. 44.
- 60 Daten zu diesem Widerspruch zwischen Anspruch und Sozialstruktur: Josef Mooser, Arbeiter, Angestellte und Frauen in der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Thesen, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S. 362–376.
- 61 Vgl. etwa Protokoll Bundesparteiausschuß 15.5.1957, in: ACDP VII-001-020/10.
- 62 Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 12.5.1956, in: ACDP I-505-010/2.
- 63 Eine Renaissance des Begriffs »Bürgertum« sieht dagegen anhand einiger Verbandszeitschriften: Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit.
- 64 Dies wird besonders deutlich in seiner Korrespondenz mit Jakob Kaiser; Kaiser fragt nach der Einbindung von Arbeitern, Adenauer spricht in den Antworten dagegen stets von Arbeitnehmern; in: BA N 1018/172.
- 65 Bundesvorstand, 9.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 453.
- 66 Bundesvorstand, 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 424.
- 67 Vgl. etwa: Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen, S. 40–45; Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 241.
- 68 Vgl. zu diesem Streik: Rainer Kabitz, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den Jahren des Wirtschaftswunders, in: Hemmer/Schmitz, Geschichte der Gewerkschaften, S. 183–248, S. 226–241.
- 69 Vgl. Datenhandbuch, Bd. 1, S. 224.
- 70 Sie lag etwa drei Prozentpunkte unterhalb der männlichen Wahlbeteiligung; vgl. Datenhandbuch, Bd. 1, S. 153. In der Bevölkerung waren 1961 noch 46,7 Prozent männlich, aber 53,3 Prozent weiblich.
- 71 Parteien unter der Lupe. Eine Analyse der Wähler, Allensbach Frühjahr 1957, in: ACDP I-172-37.
- 72 Vgl. etwa die Daten für die zweite Hälfte 1955: CDU 44 Prozent, 51 Prozent bei Frauen, 37 Prozent bei Männern; Interne Statistik der CDU 2.H. 1955, in: ACDP I-366-039/2, S. 2.
- 73 Vgl. zu dieser Vorstellung etwa Adenauer, Teegespräche, Bd. 1, S. 21 oder CDU Berlin an Globke 1.12.1958, in: ACDP I-070-006/2. Dass Wechselwähler zu dieser Zeit eher männlich waren, zeigen auch die Daten bei: Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen, S. 109.
- 74 Interne Statistik der CDU 2.H. 1955, in: ACDP I-366-039/2, S. 2. Nach Geschlecht und Beruf differenzierte Umfragen aus den sechziger Jahren finden sich (für Nordrhein-Westfalen ) in: Blankenburg, Kirchliche Bindungen und Wahlverhalten, bes. S. 126 f.
- 75 Zur christdemokratischen Geschlechterpolitik vgl. bes. Moeller, Geschützte Mütter; Joosten, Die Frau.
- 76 Dieses Argument gehört seit langem zu den Gemeinplätzen der Forschung; vgl. bereits ausführlich: Bremme, Die politische Rolle der Frau, bes. S. 79; Blankenburg, Kirchliche Bindung, S. 116. Benjamin Ziemann betont zu Recht, dass die stärkere Kirchenverbundenheit der Frauen die Reste des katholischen Milieus stabilisierten; vgl. ders., Das Ende der Milieukoalition, S. 96.
- 77 Noelle/Neumann, Umfragen über Adenauer, S. 59.
- 78 Daten nach: Armingeon, Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften, S. 173.
- 79 Vgl. Angaben bei: Reigrotzki, Soziale Verflechtungen, S. 190.

- 80 Zu den unterschiedlichen Ansätzen in der Theorie des Wahlverhaltens vgl. einleitend: Falter u. a., Erklärungsmodelle von Wählerverhalten.
- 81 Vgl. die Kap. V.2 und V.3 zu den Wahlkämpfen.
- 82 Dies zeigte sich schon 1946 bei einigen nach Geschlecht getrennten Auszählungen; vgl. die Auswertung: »Die Frauen in deutschen Parlamenten«, in: ACDP I-085-046/2. Vgl. dagegen Bremme, Die politische Rolle der Frau, S. 105.
- 83 Der in der Literatur zitierte Frauenanteil von rund 25 Prozent beruht einerseits auf den unzutreffenden, etwas opportunistischen Angaben der damaligen Geschäftsstellen, andererseits auf einer vorschnellen Verallgemeinerung der einzig verfügbaren Statistiken der Landesverbände Berlin und Rheinland, die einen hohen Frauenanteil hatten. Vgl. etwa die unzutreffenden Angaben bei Fülles, Frauen in Partei, S. 26 und Bremme, Die politische Rolle der Frau, S. 154; zudem nennt Bremme den überzogenen Gesamtmitgliederstand von 350000.
- 84 Vgl. hierzu Waltraud Cornelissen, Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im neuen Deutschland, in: Helwig/Nickel (Hg.), Frauen in Deutschland, S. 321–349. Daten zum geringeren Interesse der Frauen auch bei: Reigrotzki, Politische Verflechtungen, S. 72–74.
- 85 So bereits Fülles, Frauen in Partei, S. 27 f.
- 86 Vgl. dagegen die These von Bremme, der Frauenanteil sei besonders hoch gewesen, wo die CDU an die Zentrumstradition anknüpfte; dies., Die politische Rolle, S. 155.
- 87 Das belegt auch der vergleichende Blick auf den SPD-Frauenanteil in den Bezirken, der ähnlich schwankte; vgl. Jahrbuch der SPD 1956/57, S. 244.
- 88 Vgl. dagegen Bremme, Die politische Rolle der Frau, S. 105.
- 89 Angaben für 1958 gerundet, da nur unzuverlässige Daten vorhanden; nach Delegiertenliste 1958, in: ACDP IV-003-003/2. Angaben für 1962 und 1964 nach: Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS; 1967, in: ACDP VII-004-5014.
- 90 Zahlen bei: Hoecker, Frauen in der Politik, S. 63–67. Mittlerweile liegen zu den weiblichen Landtagsabgeordneten für fast alle Bundesländern eher deskriptive Schriften vor; vgl.: Jebens-Ibs, Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik.
- 91 Protokoll Sitzung Landesvorstand Nord-Württemberg 16.2.1952, in: ACDP III-003-035-006.
- 92 Berechnet nach Datenhandbuch, Bd. 1, S. 663.
- 93 Zit. Protokoll Sitzung des Landesvorstandes Württemberg-Hohenzollern 23.1.1952, in: ACDP III-009-065.
- 94 Adenauer an Rehling 11.11.1961, in: StBkAH III-039.
- 95 Bei den weiblichen MdBs waren in der ersten beiden Jahrzehnten weit über die Hälfte ohne Partner, bei den Männern waren es stets unter neun Prozent; von den verheirateten Frauen hatte nur ein Viertel Kinder; Datenhandbuch, Bd. 1, S. 664 und 669.
- 96 Vgl. Adenauer, in: Frau und Politik 3.1. (1957), S. 1; oder Zimmer in: Protokoll der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU 19.3.1949, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 433. Vgl. die Haltung der führenden Christdemokratinnen: Gröwel in: Erster Zonenparteitag im städtischen Saalbau in Recklinghausen am 14./15.8. 1947, hrsg. Von dem Zonensekretariat der britischen Zone, Köln o. D. [1947]; Als historischen Überblick zu dieser Zuweisung von polaren Geschlechtscharakteren vgl. Frevert, »Mann und Weib, und Weib und Mann«.
- 97 Zit. Weber in: Protokoll der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 19.5.1949, in: Arbeitsgemeinschaft, S. 595 f., und Weber im Bundestag, 20. Sitzung, 2.12.1949, St. Ber. Bd. 1, S. 621 f.
- 98 Im CDU-Bundesvorstand 11.7.1966 in: ACDP VII-001-015/5.
- 99 Kiesinger in Konferenz der Landesvorsitzenden 16.5.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 100 Zur Beantragung dieses Postens vgl. Fera an Hassel 16.5.1967, in: ACDP I-157-053/1.
- 101 Dies geht hervor aus: Ehlers an Schwarzhaupt, 6.3.1953, in: ACDP I-369-002/1. Zu ihrer Biografie vgl.: zuletzt die fehlerhafte, auf Erinnerungsberichten aufbauende Darstellung von: Marquadt, Das Ja zur Politik., S. 143–180; die CDU ist hier eine Partei mit »verpflichtendem Fraktionszwang« (S.162), die Schwarzhaupt das Ministerium gab, um sich »neue Wählerkreise zu erschließen«; vgl. auch Salentin, Elisabeth Schwarzhaupt.
- 102 Vgl. dagegen: Bremme, Die politische Rolle, S. 153.
- 103 Vgl. biografische Angaben von Maria Raiser und Gräfin Degenfeld in: Röscher an Adenauer, 12.8.1953, in: ACDP I-369-002/1. Ebenso bei der CSU; vgl. Fleschhut, »Ich als Frau und Abgeordnete...!«, S. 78.
- 104 Unzutreffend ist damit die These, dass Frauen die objektiveren Politikerinnen seien, da sie nicht mit Verbandsinteressen verquickt seien; die meisten Christdemokratinnen sprachen als Kirchenvertreterinnen über Familien- und Kulturpolitik; so jedoch: Bremme, Die politische Rolle der Frau, S. 175.
- 105 Vgl. Protokoll Fraktionssitzung CDU/CSU 1.9.1949 abgedr. in: Wengst, Auftakt, S. 179.
- 106 Dieses Problem blieb bis in die sechziger Jahre bestehen: Bericht 17.1.1966, in: ACDP IV-003-022.
- 107 Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestag, S. 638.
- 108 Vgl. Vorstand der Frauenarbeitsgemeinschaft 18.8.1948, in: ACDP IV-003-001/1 oder Bundesparteiausschuss 27.1.1953, in: ACDP I-001-019/12.
- 109 Vgl. die frühe Kritik (an der Rhöndorfer Konferenz) von Helene Weber in: Protokoll Fraktionssitzung 1.9.1949, abgedr. in: Wengst, Auftakt, S. 163.
- 110 Elisabeth Schwarzhaupt, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 2, S. 276.
- 111 Vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 31.7.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 710 und Jahrbücher der CDU 1950 folgende.
- 112 Vgl. die harte Debatte in Bundesvorstand 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 512–514.
- 113 Im SPD-Vorstand lag er dagegen mehr als doppelt so hoch. Daten zur SPD bei: Fülles, Frauen in Partei, S. 43.
- 114 Vgl. etwa Bundesvorstand 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 512 f.
- 115 Vgl. etwa bereits Schmidt an Adenauer, 31.5.1946, in: StAHD RWN 119-1 oder Konferenz der Landesvorsitzenden 13.10.1950, abgedr. in: Arbeitsgemeinschaft, S. 737; Bundesvorstand 27.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 76. Ebenso regional; vgl. für Niedersachsen: »Gleichzeitig soll beschlossen werden, für die Landesleitung Herrn Cillien und Herrn Rüschemeyer zu benennen und als Stellvertreter Herrn Wellmann und eine evangelische Frau aus Lüneburg oder Stade.« Fratzscher an Fricke, 26.2.1958, in: ACDP I-248-009/1. Zum Mehrfachproporz vgl. den Erinnerungsbericht aus Hessen: »Die ideale Frau Nr. 1 für die hessische CDU müßte so beschaffen sein: Alter etwa 25 Jahre, schlichte Arbeiterin, möglichst in Gewerkschaft oder im Betriebsrat,

- streng evangelisch mit einer Funktion in der evangelischen Kirche betraut und aus Nordhessen stammend. Dieses Wunderwesen wird seit Jahren gesucht und ist unauffindbar.« Zit. nach: Reinhard Frommelt: Mitregieren-Wollen und Opponieren-Müssen. Die CDU Hessen unter Wilhelm Fay 1952–1967, in: Heidenreich/Wolf (Hg.), *Der Weg*, S. 48.
- 116 Der Vorschlag hierfür stammte offensichtlich vom stellvertretenden Vorsitzenden Friedrich Holzapfel: »Für Frauen und Kultur schlage er je zwei Vorsitzende vor, von jeder Konfession, da hier konfessionelle Dinge eine große Rolle spielen.« Protokoll Bundesparteiausschuss 12.2.1951, in: ACDP I-001-019/1.
- 117 Vorsitzende wurden 1951 Helene Weber (kath., Rheinland) und Maria Eichelbaum (ev., Exil-CDU); Stellvertretende Vorsitzende Elisabeth Pitz (kath., Hessen) und Viktoria Steinbiß (ev., Westfalen); im Vorstand zudem: Margareta Gröwel (kath., Hamburg) und Anne Marie Heiler (ev., Hessen); vgl. Protokoll Konstituierende Sitzung des Frauenausschusses 22./23.9.1951, in: ACDP VII-004-048/1. Noch 1966 findet sich diese Doppelung selbst bei den Beisitzerinnen; vgl. Protokoll Bundesvereinigung der Frauen 24.–26.2.1966, in: HStAH RWV 26-569.
- 118 Schwarzhaupt trat für eine Revision ein, die von der Regierungsmehrheit jedoch abgelehnt wurde; vgl. Bundestagsprotokolle 12.2.1954, 2. Wp.15. Sitzung, S. 498–502. Zur zunehmenden Isolation von Weber gegenüber der evangelischen Position vgl. Moeller, *Geschützte Mütter*, S. 318.
- 119 Protokoll Vorstand Bundesfrauenausschuss, 20.11.1953, in: ACDP IV-003-001/3.
- 120 Konferenz der Landesvorsitzenden 16.5.1956, in: ACDP VII-004-033/1. Vgl. ebenso Bundesvorstand, 23.5.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 672.
- 121 Bundesvorstand 23.6.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 672.
- 122 Protokoll Sitzung des Landesvorstandes Württemberg-Hohenzollern 23.1.1952, in: ACDP III-009-065. Vgl. auch Simpfendörffer in: Protokoll Landesvorstand Nord-Württemberg 15.10.1955, in: ACDP III-IV-003-035-006; für Hessen: Vorstand des Bundesfrauenausschusses 12.10.1954, in: ACDP IV-003-001/3.
- 123 Vgl. das Protokoll des vorbereitenden »Treffen der Frauen aller Zonen« am 14.2.1948, in: StBkAH 08/60 sowie die späteren Tagungsprotokolle in: ACDP IV-003-001/1. Zur Zusammensetzung der Frauen-Vereinigung und zu ihren Tagungsthemen vgl. die ansonsten oberflächliche parteinahe Schrift: Süsmuth, *Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union*.
- 124 Bundesvorstand 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 514.
- 125 Vgl. etwa die stets kurzen Beiträge der zunächst einzigen Frau im Bundesvorstand, Margarete Gröwel, am 10.5.1951, 27.5.1951, 29.10.1951, 12.1.1952, 11.3.1953, 21.4.1953, in: Protokolle 1950–1953, S. 32, 75, 91, 107, 445, 513. Etwas breiter angelegt waren einzelne Beiträge von Helene Weber; vgl. etwa ihren Protest gegen Adenauers Führungsstil am 24.2.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 827 f.
- 126 Vgl. die Protokolle der Landesfrauenschüsse: Für Westfalen in: ACDP III-002-1069/1; für Rheinland:HStAD RWV 26-569 u. -271.
- 127 Vgl. hierzu auch die Auswertung bei Jebens-Ibs, *Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik*, S. 70 sowie für Bayern: Elisabeth Fleschhut, »Ich als Frau und Abgeordnete...!«
- 128 Schon bei der ersten Tagung waren Kaiser, Tillmanns und Arnold die Hauptredner; bei der Gründungstagung des Frauenausschusses 1951 dominiert Heinz Lubbers; 1954 der Staatssekretär von Anton Storch; 1955 Georg Flor von der Dienststelle Blank; vgl. Tagungsunterlagen in: ACDP IV-003-001/2 und -002/1. Ebenso bei Wahlkampfveranstaltungen für Frauen; vgl. Berichte der Landesfrauenausschüsse über ihre Arbeit im Bundestagswahlkampf 1957, in: ACDP IV-003-003/1.
- 129 Programm 17./18.1.1969, in: ACDP VII-004-048/3.
- 130 Bundesfrauenausschuss 5./6.7.1952, in: ACDP IV-003-001/2.
- 131 In: ACDP IV-003-002/1.
- 132 Bundestagsprotokolle 12.2.1954, 2. Wp.15. Sitzung, S. 499.
- 133 4. Bundesparteitag, S. 231 und 241.
- 134 Vgl. Berichte in: ACDP VII-004-048/1; ACDP IV-003-003/4 und BA N 1117/93; als Beispiele für die Landesvereinigungen: ACDP I-248-011/1; ebenso die Berichte der Landesfrauenausschüsse und -vereinigungen in »Frau und Politik«.
- 135 Vgl. Bericht Frauenreferat Berlin 13.2.1959, in: ACDP IV-003-003/7 gegenüber Fragebogen Hauptausschusssitzung 2.2.1959, in: ebd.; zu Westfalen etwa: Tagungsbericht in: ACDP VII-004-048/1.
- 136 Berichte 23.12.1964, in: ACDP IV-003-0013/3.
- 137 Berichte 1964–1968 in: ACDP IV-003-0013/3.
- 138 Tätigkeitsbericht der Bundesvereinigung der Frauen März 1962 bis März 1964, in: ACDP IV-003-003/4.
- 139 Christine Elberskirch an Heck , 7.1.1954, in: ACDP VII-004-048/1.
- 140 Heck an Tillmanns, 31.8.1955, in: ACDP VII-004-048/1.
- 141 Protokoll Frauenausschuss 28./29.1.1956, in: ACDP VII-004-048/1.
- 142 Vgl. Müller laut Protokoll geschäftsführender Landesvorstand Württemberg-Hohenzollern 20.5.1952, in: ACDP III-009-073 oder für Niedersachsen: Fricke an Fratzscher, 1.11.1963, in: ACDP I-248-0015/1 und Fratzscher an U. Cillien 24.4.1963, in: ACDP I-248-0014.
- 143 Vgl. Stadié, *Grunddaten*.
- 144 Vgl. *Datenhandbuch*, Bd. 1, S. 226 f. Hoffmann-Görtig, *Die jungen Wähler*, beschränkt sich im wesentlichen auf die sprachliche Wiedergabe der bekannten Wahldaten.
- 145 Zur lokalen Ebene vgl. hier: Naßmacher, *Parteien im Abstieg*, S. 186.
- 146 Zum plausiblen Begriff der Westernisierung gegenüber der Amerikanisierung vgl. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 5–19.
- 147 Vgl. *Datenhandbuch*, Bd. 1, S. 564–566.
- 148 Vgl.: Konferenz der Landesvorsitzenden 31.7.1950, in: *Arbeitsgemeinschaft*, S. 709 f. Die Frauen waren nur von ihrem Geschlecht her in der Satzung verankert, nicht als Vereinigung. Der RCDS spielte in der Ära Adenauer innerhalb der CDU noch keine Rolle. Lediglich eine Ansammlung der Vorstandsmitglieder und Tagungsthemen des RCDS bietet: Weberling, *Für Freiheit und Menschenrechte*.
- 149 Majonica war von 1950–1955 Vorsitzender, Stoltenberg von 1955–1961.
- 150 Vgl. Schmidt, *Die Christlich Demokratische Union Deutschlands*, S. 608 f. Selbst in Schönbohm, *Die CDU*, finden sich keine Ausführungen zur JU der fünfziger und sechziger Jahre; Gründungsdaten u. ä. bei: Kleinmann, *Geschichte der CDU*, S. 101–105. Als bloße »Plakatkleber« bezeichnet die JU auch der polemische Band: Bilstein u. a., *Jungsozialisten, Junge Union, Jungdemokraten*, S. 44. Als vergleichender Überblick mit einigen Statistiken: Ackermann, *Die Jugendorganisationen*.

- 151 Sie startete 1951 mit einem monatlichen Zuschuss von eintausend Mark, der im Wahljahr 1957 auf 12.400 DM answoll, gleich nach der Wahl aber auf ein Drittel gekürzt wurde; vgl. Stoltenberg an Adenauer 4.11.1957, in: ACDP I-070-004/2; Bundesvorstand 11./12.1.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 106; Da bislang keine fundierte Untersuchung zur JU vorliegt, vgl. die Selbstdarstellung der Partei: Böhr (Hg.): Jugend bewegt Politik.
- 152 Vgl. die Erinnerungsschrift von: Ernst Majonica, Die Junge Union Deutschlands, S. 106.
- 153 Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS.
- 154 Nach internen Schätzungen hatte die JU in den fünfziger Jahren 55000 Mitglieder, 1964 waren es 67.500.
- 155 Verbreitet in: Rundschreiben Dörpinghaus an die CDU-Landesverbände aller Zonen 30.4.1948, in: StBKAH 08/60.
- 156 Bruno Six, Bundesparteitag 1950, S. 48.
- 157 Bericht 1952, in: Majonica an Adenauer 27.2.1953, in: StBKAH 13.01.
- 158 Majonica im Bundesvorstand 5.12.1950, in: Protokolle 1950–1953, S. 11 f.
- 159 Ernst Majonica, Die Junge Union Deutschland 1950 bis 1955, in: Böhr (Hg.), Jugend bewegt Politik, S. 106.
- 160 Rundschreiben Nr.3, 13.5.1947, in: ACDP I-085-045/1.
- 161 DUD 18.10.1948, in: ACDP VII-004-041/1.
- 162 Vgl. Bundesvorstand 11./12.1.1952, in: Protokolle 1950–1953, S. 101.
- 163 Tätigkeitsbericht Junge Union 17/18.5.1968, in: ACDP I-248-0018/2; vgl. auch: Junge Union Niedersachsen (Hg.): 20 Jahre Junge Union in Niedersachsen 1968–1988, Hildesheim 1988, S. 19 f.
- 164 In: ACDP I-070-009/1.
- 165 Grundsatzprogramm JU Rheinland-Pfalz, in: ACDP VII-004-042/1.
- 166 Rundschreiben JU Stade, 15.8.1951, in: ACDP I-436-006/1 und Rundschreiben der JU Stadt Hannover, 16.8.1947, in: LKAH L 3 II 46.
- 167 Mitgliedsausweis ACDP III-008-013/9.
- 168 So waren etwa um 1960 im JU-Verband Lüneburg-Stadt 82 Prozent Katholiken, in Wolfsburg 85 Prozent, in Uelzen sechzig Prozent, wobei der Flüchtlingsanteil in der JU-Uelzen 73 Prozent betrug; vgl. Daten in: ACDP III-007-031 und -32.
- 169 Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS.
- 170 Bericht Majonica auf JU-Deutschlandratsitzung 23.5.1952, in: ACDP IV-007-034/1 und im Bundesvorstand 19.1.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 84.
- 171 Tätigkeitsberichte in: ACDP IV-007-050/3.
- 172 Steiner (Landesvorsitzender) an Adenauer, 15.10.1958, in: ACDP VII-004-042/1.
- 173 Vgl. Rundschreiben Jens Marheinecke 14.6.1960, 21.6.1960 und 21.6.1960 sowie Flugblätter: »Kesseltreiben auf junge Katholiken in Hamburger Junger Union.« In: ACDP III-010-40; die Gegendarstellungen konnten die Vorwürfe kaum abschwächen; vgl. Rundschreiben 28.6.1960 und Bericht Rollmann, 2.7.1960, in: ebd.
- 174 Rundschreiben Boysen und Rundschreiben Jens Marheinecke 14.6.1960, in: ACDP III-010-40.
- 175 Ergebnis auf der JU-Deutschlandratsitzung 15.12.1954, in: ACDP IV-007-034/3.
- 176 Angeblich gelangten die Beiträge nur an die Öffentlichkeit, weil die Redner nicht von der Anwesenheit der Presse wussten; vgl. Zitate in: SZ 3.7.1956. Zur parteiinternen Rechtfertigung der JU-Spitze vgl.: Vermerk Miltrup an Heck, 4.7.1956, in: ACDP I-001-101/3.
- 177 SZ 3.7.1956.
- 178 Entschließung auf JU-Deutschlandratsitzung 27.5.1956, in: ACDP IV-007-034/3.
- 179 FAZ 2.8.1956.
- 180 Vgl. »Stuttgarter Nachrichten« 15.7.1958.
- 181 Vgl. etwa JU Hildesheim 9.12.1957, in: ACDP I-248-009/1 oder die Rundschreiben der JU Hannover in: ACDP I-248-0015/2.
- 182 So selbst: Pridham, Christian Democracy, S. 295; ebenso: Ulrich Grasser, Die CDU und die Junge Union, in: Dittberner/Ebbighausen (Hg.), Parteiensystem, S. 328. Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 215.
- 183 Vgl. hierzu auch rückblickend: Ernst Majonica, Die Junge Union Deutschlands 1950 bis 1955, in: Böhr (Hg.), Jugend bewegt Politik, S. 117.
- 184 Beschluss auf JU-Deutschlandratsitzung 15.12.1954, in: ACDP IV-007-034/1. Dagegen wurde bei den Jungsozialisten zu dieser Zeit noch der Bundessekretär vom SPD-Parteivorstand ernannt.
- 185 Vgl. die Einschätzungen im Bundesvorstand 19.1.1954 und 13.1.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 84 und 778.
- 186 Bundesvorstand 19.1.1954 und 13.1.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 104.
- 187 Vgl. Stoltenberg an Globke, 16.1.1958, in: ACDP I-070-009/1.
- 188 Vgl. als frühesten Beleg: Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, 25./26.9.1947, S. 134.
- 189 Vgl. bes. Bach, Adenauer und Lubbers im Bundesvorstand 6.9.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 64 f.
- 190 Vgl. Bach im Bundesvorstand ebd.; Globke an Stoltenberg, 25.8.1958, in: ACDP I-070-009/1
- 191 Protokoll Bundesparteiausschuss 4.7.1951, in: ACDP I-001-019/1.
- 192 Bundesvorstand, 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 56.
- 193 Vgl. Debatte im Bundesvorstand 10.11.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 693 f.
- 194 Die JU wies 1964 67563 Mitglieder auf, 34119 davon waren in der JU. Gleichzeitig hatte die CDU aber knapp 100000 Mitglieder, die nach 1921 geboren waren.
- 195 Datenhandbuch, Bd. 1, S. 233.
- 196 Bezeichnerweise lag der Katholikenanteil der CDU in den schleswig-holsteinischen »Großstädten« (wie Kiel, Lübeck und Neumünster) bereits wieder über zwanzig Prozent.
- 197 Gerundete Werte nach: Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS.
- 198 Hierzu bereits eine Statistik bei: Rannacher, Das konfessionelle Gleichgewicht, S. 135 f.
- 199 Angaben für 1953–1969 nach: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 666. Für 1949 nach parteiinterner Angabe, in: ACDP I-009-001/1.
- 200 Für Belege und Beispiele vgl. die Hirtenworte in: Fitzek (Hg.), Katholische Kirche, S. 84–100; Gauly, Kirche und Politik, S. 127–197; Großmann, Zwischen Kirche und Gesellschaft, S. 332–339; oder bereits die sehr allgemeine Studie: Graf, Kirchliche Beeinflussungsversuche, bes. S. 231 u. 239. Zur langen Wirkungsmacht des Kulturkampfes und des daraus entstandenen katholischen Milieus vgl. Walter/Dürr, Die Heimatlosigkeit der Macht, S. 123–155.

- 201 Daten bei: Schmitt, Konfession und Wahlverhalten, S. 123. Schmitts Studie bezieht sich stark auf die Bedeutung der »Kirchgangshäufigkeit«. Diese sollte jedoch eher pars pro toto für die Einbindung ins kirchliche Vorfeld gesehen werden, die sich auch in entsprechenden Vereinsmitgliedschaften oder Alltagsriten niederschlagen konnte.
- 202 Zur katholischen Vereinswelt in den Fünfzigern vgl. etwa: Damberg, Abschied vom Milieu?, S. 116, 170f, 231, 335; als Großstadtbeispiel: Liedhegener, Katholisches Milieu, S. 588 f.
- 203 Hopf/Schönfelder an Kalinke 10.9.1961, in: ACDP I-248-048/1.
- 204 Vgl. SZ 6.6.1957 oder »Neue Rhein-Zeitung«, 22.6.1957.
- 205 Vgl. Gauly, Kirche und Politik, S. 185 f., Großmann, Zwischen Kirche, S. 282 f.
- 206 Vgl. Tagebücher Krone, 7.3.1953, 20.7.1953, 10.11.1957, S. 117, 141, 272. Zu Böhlers Verbindungsarbeit vgl. etwa Johannes Niemeyer, Institutionalisierte Kontakte zwischen Kirche und staatliche-politischen Instanzen, in: Rauscher (Hg.), Kirche und Staat, S. 69–93; sowie Günther Baadte, Diskussionsbericht, in: ebd., S. 156 f.
- 207 Politische Arbeitskreis der katholischen Verbände an Adenauer 28. 1.1960, in: StBkAH 13.08.
- 208 Vgl. hierzu die biografischen Angaben katholischer Abgeordneter in den Handbüchern des Deutschen Bundestages; vgl. auch Golsch, Die politische Klasse, S. 218.
- 209 Vgl. die SPD-Wahlanalyse in: FES SPD-PV 2/PVAJ0000380.
- 210 Vgl. die Statistiken bei: Schmitt, Konfession und Wahlverhalten, S. 317 f.
- 211 Vgl. Daten bei: Schmitt, Konfession, S. 240–249.
- 212 So in den Jahren 1954, 1958, 1960 und 1963; vgl. Terminkalender in: StBkAH 04. Vgl. auch: Mensing, Adenauer und der Protestantismus.
- 213 Vgl. Adenauer an Lilje 6.8.1958, in: StBkAH 10.08 und Lilje an Adenauer 5.9.1958, in: StBkAH 10/37.
- 214 Mit jemanden wie dem Kieler Bischof Halfmann verzeichnet Adenauer zwar kein explizites Treffen, wohl finden sich Einträge wie nach seiner Wahlrede 28.8.1953 »Beisammensein mit Kieler Geistlichen beider Konfessionen.« Terminkalender in: StBkAH 04.05.
- 215 Vgl. seine Berichte im Bundesvorstand, 6.9.1951 und 29.10.1951, in: Protokolle 1950–1953, S. 55 u. 87.
- 216 Diese Strategie empfahl er auch frühzeitig den Landespolitikern; vgl. Protokoll Bundesparteiausschuss 9.11.1951, in: ACDP VII-001-019/8.
- 217 Tagebuch Krone 5.5.1956, S. 212.
- 218 Vgl. etwa Adenauers oder Krones Begeisterung über Dibelius' Auftreten: Tagebücher Krone, 8.7.1955, S. 184, und Adenauer im CDU-Bundesvorstand, 29.1.1960 und 6.7.1960, Protokolle 1957–1961, S. 589 und 707. Zur dennoch kühlen Atmosphäre der Gespräche vgl. die Einschätzung von Kunst, in: Schwarz (Hg.), Konrad Adenauers Regierungsstil, S. 94–99. Dennoch ist die allgemein verbreitete These, die EKD-Führung sei gegenüber der CDU auf Distanz geblieben, zumindest zu modifizieren; so etwa zuletzt: von Hehl, Konfessionelle Irritationen, S. 174.
- 219 Beyer an Ehlers, 28.2.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 220 Bundesvorstand, 26.4.1954, in: Protokolle 1953–1957, S. 174.
- 221 Propst Asmussen 19.7.1953, in: ACDP I-369-002/2.
- 222 Bericht Hildenbeutel 3.2.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 223 Bericht Landrat Janssen in: Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 11.10.1955, in: ACDP IV-001-002/1.
- 224 Hinweis bei: Egen, Die Entstehung, S. 166.
- 225 Zu Württemberg vgl.: Besprechung 3.1.1946 in: ACDP III-003-59/11; Kreisverband Aalen an Landesgeschäftsstelle 2.5.1946, in: ACDP III-003-59/10. Zu Hannover Korrespondenz Marahrens LKAH L 2 Nr. 790/01.
- 226 24.2.1956 in: Protokolle 1953–1957, S. 798.
- 227 Lösche/Walter, Die SPD, S. 333.
- 228 Vgl. zur Bundestagswahl 1953 Protokoll engerer Landesvorstand Südbaden: »Auf einer Tagung in Baden-Baden hätten sich die evangelischen Pfarrer von Mittelbaden für die Mitarbeit in der CDU ausgesprochen. Auch der Landesbischof Bender aus Karlsruhe habe seine Unterstützung zugesagt.« 15.6.1953, in: ACDP III-018-115.
- 229 So Bischof Gerhard Jacobi an Adenauer 21.11.1955, in: ACDP I-070-005/4.
- 230 Vgl. Einschätzung in: Politisches Tagebuch Müller, Eintrag 17.6.1954, in: ACDP I-505-007]
- 231 Vgl. etwa Liljes Vermerk zum Gespräch SPD-Lilje am 29.5.1952: »Das Gespräch wird in einer guten Atmosphäre geführt und hat Niveau; es ist erwünscht, es nicht abreißen zu lassen«, in: LKAH L 3 III , Nr. 444; Lilje an Küpper 1.6.1954, in: ebd. Ebenso bereits sein Vorgänger: Marahrens an Hake 19.2.1947, L2 Nr. 790/01.
- 232 Vgl. vor der Wahl 1951 Lilje an Albertz 30.3.1951; in: LKAH L 3 III Nr.452;
- 233 Vgl. Fratzscher an Ruppel 7.4.1954 und Fratzscher an Ehlers 14.4.1954, in: ACDP I-369-001/3 und Fratzscher an Fricke 18.8.1958, in: ACDP I-248-009/1.
- 234 Vgl. insbesondere seine Besprechung auf Klostergut Nette 31.5.1954; Zusammenfassendes Protokoll, in: ACDP I-369-03/4.
- 235 Vgl. LKAH Gen.Akte 880, 1839 und 8810, Bd.1, Politische Parteien.
- 236 Vgl. etwa: Die Botschaft Nr. 20, 15.5.1955.
- 237 Vgl. etwa: Adenauer an Lilje 20.11.1951 und Antwort 24.11.1951, in: StBkAH 10/05; Adenauer an Holzapfel 3.11.1951, abgedr. in: Briefe 1951–1953, S. 133; Adenauer an Bischof Gerhard Jacobi, 24.11.1955 oder Kunst an Pferdenges 26.12.1955, in: ACDP I-070-005/4; Entwurf Kurzprotokoll Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des EAK 29.9.1952, in: ACDP I-369-002/1; ebenso Erinnerung Kunst in: Schwarz (Hg.), Konrad Adenauers Regierungsstil, S. 124.
- 238 Selbst in der liberalen Hamburger CDU fragte der Fraktionsvorsitzende Blumenfeld die evangelische Landeskirche; von den sechs Genannten drei nominiert; vgl. Preuße, Gruppenbildung, S. 207; in Schleswig-Holstein gingen über Redeker die Kirchenwünsche ein; vgl. Kurzbiografien in: ACDP III-006-062-12.
- 239 Für die SPD neun, für die CDU acht; vgl. Statistiken Datenhandbuch Deutscher Bundestag, Bd. 1, S. 688–696.
- 240 Der Titel Oberkirchenrat bezeichnet das hauptamtliche Mitglied des ständigen Leitungsorgans für einen Sprengel.
- 241 NL Gerstenmaier in: ACDP I-210-035 und 036; NL Elisabeth Schwarzhaupt, in: BA NL 1177.
- 242 Zur Gründung des EAK vgl. Egen, Die Entstehung des evangelischen Arbeitskreise; im wesentlichen auf Basis von Egen: Besier, »Christliche Parteipolitik«; mit Fokus auf Gerhard Schröders Vorsitz: Oppeland, Der Evangelische Arbeitskreis.
- 243 Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 7.6.1955, in: ACDP IV-001-002/1.

- 244 Kurzprotokoll 27.5.1952, in: ACDP I-369-002/1; ebenso in den Vorplanungen: Holzapfel an Ehlers, 28.1.1951, in: ACDP I-369-002/1.
- 245 In: ACDP I-369-002/1.
- 246 Vgl. bei der Tagung Hannover 1953 die Erklärung, Neutralitätspolitik bedeute »die Auslieferung an die Sowjetunion« (vgl. etwa FAZ 7.6.1953). Wuppertal 1954 die »Resolution zur Verteidigungspflicht«: »Unser Staat wird erst dann gesichert sein, wenn im ganzen Volk auch die Verteidigung als Notwendigkeit empfunden wird.« 1955 war offizielles Thema »Christ und Vaterland«, 1958 »Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa«, in: ebd.
- 247 Bericht Schlussveranstaltung EAK-Gründungstreffen, 16.3.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 248 Ehlers an Schweitzer, 29.6.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 249 Hahn, Ich stehe dazu, S. 92.
- 250 Vgl. etwa Ehlers an Fratzscher 24.10.1952, in: ACDP I-369-002/1.
- 251 Kunst schrieb sogar gleich in der ersten Ausgabe März 1953; Lilje in Heft 2/1954, S.10–14.
- 252 Vgl. Teilnehmerliste in: ACDP I-369-002/1.
- 253 7.6.1958, in: ACDP VII-004-240/1.
- 254 Unterlagen für 1963 und 1967 in: ACDP IV-001-001/1.
- 255 ACDP IV-001-020/3.
- 256 So auch die Einschätzung von Oppelland, Der Evangelische Arbeitskreis, S. 111.
- 257 Vgl. Protokolle der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses, in: ACDP IV-001-001/1 und -002/1, die dies freilich nur andeuten, um keine Spannungen zu erzeugen; von den frühen Sitzungen bes. 29.9.1952, 6.11.1952, 3.2.1953, 11.12.1953; ein vertraulicher Bericht für Adenauer von der Siegener Gründungsversammlung berichtete ähnliches.
- 258 Vgl. ebd.; bes. Protokolle 6.11.1952 und 3.2.1953.
- 259 Vgl. Unterlagen in: ACDP I-483-008/2.
- 260 Vgl. etwa Adorno an Schröder 14.3.1961, in: ACDP I-483-013/1 oder Scheufelen an Schröder 10.3.1961, in: ebd.
- 261 Vgl. etwa G. Schröder in Zentralausschuss-Informationen 2.6.1961, in: ACDP I-483-060/2.
- 262 Rundschreiben Ehlers 30.7.1952, in: ACDP IV-001-001/1; Ehlers an geschäftsführenden EAK Ausschuss, 30.7.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 263 Ehlers übermittelte Krone dies am Tage darauf; Tagebuch Krone, 17.3.1952, S. 103.
- 264 Protokoll Sitzung geschäftsführender Ausschuss des EAK 6.10.1954, in: ACDP IV-001-002/1.
- 265 Was offen von EAK-Mitgliedern kritisiert wurde; vgl. Bausch an Schröder 2.12.1955, in: ACDP I-483-054/1.
- 266 Bundesvorstand 5.2.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 416 f.
- 267 Zu Schröders Vita vgl. zuletzt die Skizze: Torsten Oppelland, Gerhard Schröder, in: Ders. (Hg.) Deutsche Politiker, Bd. 2, S. 74–84. Da Schröder als zu wenig kirchlich galt, wurde er etwa erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in den Kronberger Kreis aufgenommen, in dem sich Kirchenvertreter für den Wehrbeitrag engagierten; Sauer, Westbindung, S. 119.
- 268 Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 1.12.1955, in: ACDP IV-001-002/1. Cillien erwog nach Schröders Wahl sogar den Rückzug aus der Politik; Alix Cillien an Adenauer 15.1.1956, in: StBkAH 11.05.
- 269 Vgl. etwa den Artikel: »Wem paßt der Mantel Ehlers. Auf der Suche nach dem prominenten Protestanten in der CDU«, in: »Deutsche Zeitung« 26.11.1955.
- 270 Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 10.12.1962, in: ACDP IV-001-002/2.
- 271 Hier wäre dieses auf Schröder bezogene Fazit von Torsten Oppelland zu modifizieren; vgl. Oppelland, Der Evangelische Arbeitskreis, S. 132 f. und 142.
- 272 Vgl. Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 1.12.1955, in: ACDP IV-001-002/1 und Konferenz der Landesvorsitzenden 16.5.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 273 Vgl. hierzu Globke an Adenauer 7.4.1956, in: StBkAH III/17 und Adenauer an Bischof Gerhard Jacobi 24.11.1955, in: ACDP I-070-005/4. Zum Auswahlverfahren vgl. Protokoll Bundesparteiausschuss 26.4.1956, in: ACDP I-001-020/6 und Bundesvorstand 26.4.1956, in: Protokolle 1953–1957, S. 908–911. Vgl. etwa als frühes Zeugnis für Adenauers Verhältnis zu Schröder: Adenauer an Steinbiß 15.4.1952, in: Briefe 1951–1953, S. 205. Zu seinem schwankenden, phasenweise auch positiven Verhältnis zu Schröder vgl. Schwarz, Adenauer Bd. 2, S. 357.
- 274 Vgl. Konferenz der Landesvorsitzenden 16.5.1956, in: ACDP VII-004-033/1.
- 275 Vgl. etwa Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 1.12.1955, in: ACDP IV-001-002/1. Wilhelm Kasch nahm etwa fünf Jahre auf diese Weise teil; vgl. Strümpfel an Schröder 5.11.1959, in: ACDP IV-001-002/1.
- 276 Leiske an Schröder 13.7.1957, in: ACDP I-483-054/1.
- 277 Schröder an Mick 2.11.1960, in: ACDP I-483-054/1. Vgl. vorher etwa die Kritik von Voß an Schröder 5.6.1957, in: ACDP I-483-054/1.
- 278 Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 4.10.1962, in: ACDP IV-001-002/2. Den neuen Sitzungsaufbau skizziert bereits: Oppelland, Der Evangelische Arbeitskreis, S. 119.
- 279 Vgl. Protokolle Bundesarbeitskreis EAK in: ACDP IV-001-002/1 und -002/2. Zur Selbstkritik vgl. Protokoll Bundesarbeitskreis EAK 7.6.1955, in: ACDP IV-001-002/1 oder Gronwald an Schröder 15.8.1957, in: ACDP I-483-054/1.
- 280 Vgl. die Kritik von Gronwald an Schröder 15.8.1957, in: ACDP I-483-054/1. Unverständlich dagegen Peter Egens Annahme, dass der EAK-Rheinland seit 1947 Verbindungen zu EAKs anderer Bundesländer gehabt habe, woraus dann 1952 der Zusammenschluss entstanden sei; Egen, Die Entstehung, S. 64. Tatsächlich gab es nur in Nordrhein-Westfalen eine regionale Frühform, die Egen als exemplarisch darstellt.
- 281 Vgl. Entschließung des EAK Niedersachsen 2.5.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 282 Protokoll der Landesleitung Niedersachsen. 1.12.1956, in: ACDP I-505-018/1.
- 283 Zur Auseinandersetzung zwischen dem Geschichtsprofessor Beyer (bis 1945 stellvertretender Rektor der Prager Reinhard-Heydrich-Stiftung und SS-Hauptsturmführer) und dem ehemaligen Flensburger Oberbürgermeister Sievers, die beide um Ehlers' Gunst buhlten, vgl.: Sievers an Ehlers 19.3.1953 und 3.9.1953, Beyer an Asmussen, 23.12.1953, in: ACDP I-369-002/1.
- 284 Sitzung EAK Schleswig-Holstein 13.2.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 285 Strümpfel an Strauß, 12.12.1961, in: ACDP IV-001-002/2.
- 286 Vgl. Rundschreiben in: ACDP IV-001-006/1 und -006/2.
- 287 Pastor Georg Bergmann; Turck an EAK 14.7.1953 und Bergmann an Ehlers, 19.2.1954, in: ACDP I-369-002/1.
- 288 Hülser an Ehlers, 17.2.1953, in: ACDP I-369-002/1.
- 289 Einladung Hülser 25.3.1953, in: ACDP I-369-002/1.
- 290 Vgl. Gründungsberichte in: ACDP IV-001-006/2.

- 291 Pastoren standen dem EAK etwa in Baden und in Rheinland-Pfalz vor; vgl. Aktenvermerk für Korbach, 11.4.1953, in: LHAK 663.2-573. In Schleswig-Holstein ein Theologieprofessor, dann mit Osterloh ein Theologe, in Niedersachsen mit Martin Boyken der Präsident der Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche.
- 292 Vgl. die Empfehlung des schleswig-holsteinischen EAK-Vorsitzenden Osterloh bei den Einladungen »25 Prozent Mitglieder/Wähler, 50 Prozent Unentschiedene, 25 Prozent Gegner« einzuladen; Konferenz Nordwestdeutscher Landesvorsitzender, 19.11.1956, in: ACDP I-505-018/1.
- 293 Die allgemein vertretene These von der Personalautonomie der Vereinigungen, die sich auch in neueren Darstellungen findet, ist insofern zu modifizieren; vgl. noch: Lange, Responsivität, S. 144.
- 294 Dies kam in Anlehnung an Theodor Eschenburgs Buchtitel auf, der freilich mit einem Fragezeichen versehen war; ders., Herrschaft der Verbände?.

### VIII. Der lange Abschied von der Adenauer-CDU

- 1 Vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 114 f.
- 2 So jedoch die bislang spärliche Literatur zu diesem Phänomen; vgl. Hehl, Konfessionelle Irritationen, S. 186 f. und Greschat, Konfessionelle Spannungen, S. 216.
- 3 Vgl. zusammenfassend: EMNID–Untersuchung »Motive und Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung. Eine Untersuchung zur bevorstehenden Landtagswahl 1963, S. 24.
- 4 Qualitative EMNID–Untersuchung »Motive und Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung. Eine Untersuchung zur bevorstehenden Landtagswahl 1963, S. 122, in: ACDP I-014-002/3.
- 5 Ebd., S. 25.
- 6 Ebd., S. 26. Weitere Beispiele aus EMNID-Studien der frühen sechziger Jahre, mit ähnlichem Tenor, finden sich ausschnittsweise gedruckt bei: Rannacher, Das konfessionelle Gleichgewicht, S. 25, 31, 33.
- 7 Zur außenpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Gaullisten und Atlantikern vgl. zuletzt: Eibl, »Unsere gesamte Außenpolitik ist letztlich Wiedervereinigungspolitik«.
- 8 Kraske an Gerstenmaier, 12.1.1961, in: ACDP VII-001-027/2. Ebenso: Interne Analyse Ende 1962, in: ACDP I-028-026/5. Ähnlich, auf Basis von Umfragen, die Einschätzung von: Rannacher, Das konfessionelle Gleichgewicht, S. 27 und 164.
- 9 Konferenz der Landesgeschäftsführertagung, 12./13.12.1962, in: ACDP III-007-003/3; vgl. für die Bundestagswahl 1961 auch die lokalen Berichte in ACDP I-511-002/1.
- 10 Vertrauliche Umfrage Allensbach Mai/Juni 1959, in: ACDP I-483-060/1.
- 11 Die erste erfolgte bereits am 28.10.1959, Landtag Nordrhein-Westfalen, 4. Wahlperiode, Bd. II, Drucksache Nr. 180. Beckmanns Position wird bes. deutlich in seinem Artikel in: »Sonntagsblatt« 23.4.1961.
- 12 Vgl. bes. »Sonntagsblatt« 19. und 24.2.1961, 9. und 23.4.1961; »Der Spiegel« 29.3.1961, S. 47–49, SZ 18/19.3.1961.
- 13 »Sonntagsblatt« 24.2.1961.
- 14 Insgesamt lag zwar die angestrebte paritätische Besetzung vor, die Katholiken stellten aber mehr Staatssekretäre; vgl. Unterlagen in: ACDP I-483-060/2 und KAN 6.5.1961 und 9.12.1961, in: ACDP IV-001-044/1; Evangelischer Pressedienst 18.19.3.1961; Schröder an Seeberg 7.3.1961, in: ACDP I-483-060/2; »Der Spiegel« 29.3.1961, S. 47–49.
- 15 Vgl. Adenauer an Stecker 28.2.1962 und Stecker an Rüschemeyer, Febr. 1962, in: StBkAH 13.04.
- 16 Redentwurf Möller 1970, in: ADCP III-010-14.
- 17 Vgl. Verzeichnisse in: ADCP III-010-130/2.
- 18 Vgl. hierzu auch: Heinrich Gewandt, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 5, S. 169.
- 19 Tagebuch Krone 15.3.1959, S. 341.
- 20 Zit. Bundesvorstand 11.3.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 354; zu ähnlichen Formulierungen Adenauers vgl.: Tagebücher Krone, 27.10.1958, S. 316 sowie 3.2., 20.2., 21.2., 6.4. und 7.4.1959, S. 328 f., 333 und 348 f.
- 21 Vgl. Tagebücher Krone, 14.3.1959, S. 341 und Jakobi an Krone, 26.3.1959, in: ACDP I-028-62/1.
- 22 Brief an Adenauer, zit. nach Krone, Tagebücher, 21.11.1958, S. 319. Während Schwarz die konfessionelle Argumentation nur beiläufig als Vorwand erwähnt (ders. Adenauer, Bd. 2, S. 508), nimmt Morsey die Konfessionsfrage ernster; vgl. Morsey, Heinrich Lübke, S. 262 f.; zur Präsidentenwahl vgl. Wagner, Die Bundespräsidentenwahl 1959; da Wagners Band unmittelbar nach der Wahl verfasst wurde und fast ausschließlich auf zeitgenössischen Gesprächen beruht, weist er viel Kolorit auf, allerdings auch Ungenauigkeiten.
- 23 Vgl. zur Kür Adenauers durch Gerstenmaiers Rede: Wagner, Die Bundespräsidentenwahl, S. 31 f.; entgegen Wagners Darstellung war Gerstenmaier freilich nicht überrascht von Adenauers Kandidatur, sondern brachte den Vorschlag ein; Protokoll der Sitzung des Komitees 7.4.1959, S. 51, in: ACDP I-070-003/1.
- 24 Vgl. Morsey, Heinrich Lübke, S. 256.
- 25 Süsterhenn an Adenauer 3.4.1959, in: ACDP I-028-013/13.
- 26 Vgl. hierzu Krone, Tagebücher 3.2.1959, S. 328 f.
- 27 Vgl. hierzu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 236–252.
- 28 Aufzeichnung Adenauer o. D., in: StBkAH III-52.
- 29 Zu Adenauers unüberlegter Zusage und seinem Rückzug vgl.: Schwarz, Adenauer Bd. 2, S. 512–520; Köhler, Adenauer, S. 1033 f.
- 30 Besprechung 15.6.1959, in: StBkAH III-66; mit einem Kommentar ediert von: Morsey, Auf der Suche nach einem Ersatzmann.
- 31 Krone, Tagebücher, 7.10.1959, S. 382. Dagegen betont Rudolf Morsey, im Katholizismus habe kein Misstrauen gegen protestantische Führungspersonen in der Union bestanden; Morsey, Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer, in: Ders., Von Windthorst bis Adenauer, S. 270.
- 32 Unterlagen in: ACDP III-006-004-007.
- 33 In: ACDP I-070-006/1.
- 34 Krone, Tagebücher, 8.2.1961, S. 469.
- 35 Bei den Ministerien waren 1961 343 Katholiken und 908 Protestanten/Sonstige 1960; vgl. Adenauer an Schröder 19.5.1961, in: ACDP I-483-060/2; vgl. Artikel wie »Gibt es Gesangbuchbeamte?« in der Rheinischen Post vom 4.5.1961.
- 36 Vgl. Listen in: ACDP I-070-003/3.
- 37 Vgl. Auswahl von je neun (plus Adenauer) in: Bundesvorstand 23.5.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 672.

- 38 Protokoll Bundesparteiausschuss 23.5.1960, in: ACDP I-001-021/8.  
 39 Bundesvorstand 14.3.1966, in: ACDP VII-001-015/2.  
 40 Vgl. die mit »K« und »E« versehenen Entwürfe vom 19.9.1966, in: LES NE II 1.  
 41 Notiz Hassel, 9.7.1959, in: ACDP I-157-013/1; vgl. ebenso Krone: Tagebücher, 29.6.1959, S. 367.  
 42 Aufzeichnung Hassel über Gespräch mit Adenauer am 17.11.1961, in: ACDP I-157-013/2.  
 43 Notiz Hassel 7.12.1962, in: ACDP I-157-012/1.  
 44 ›Überlegungen zur Frage der Kanzlernachfolge‹, o. U. [vermutlich von Globke] in: ACDP I-070-003/4.  
 45 Geheime Aufzeichnung Gespräch Adenauer/Brentano 14./15. April 1963, in: ACDP I-070-003/4.  
 46 Tagebücher Krone 8.10.1961, S. 540; zum Nachfolgeangebot vgl. ebd. 24.–27.4.1961, S. 486.  
 47 Fay an Adenauer, 11.9.1961, in: ACDP I-145, Film 16; Süsterhenn an Adenauer, 20.9.1961, in: LHAK 700.177-585. Viele Gegner Erhards schlugen sich taktisch auf seine Seite, um die Wahl zu gewinnen; Hildebrand, Von Erhard, S. 40.  
 48 Oppelland, Der Evangelische Arbeitskreis, S. 139, allerdings nur in Anlehnung an ein Zitat.  
 49 Zu Dufhues' Nominierung vgl. auch Schwarz, Adenauer Bd. 2, S. 716 f.  
 50 Vgl. selbst Pridham, Christian Democracy, S. 183  
 51 Protokoll Präsidiumssitzung 2.2.1965, in: ACDP VII-001-332/1. Barzel hatte bereits vor Jahren einen katholischen Arbeitskreis gefordert – vermutlich nicht zuletzt, um sich selbst eine Hausmacht gegen Erhard aufzubauen.  
 52 Vgl. Blank in CDU-Bundesvorstand 14.3.1966, in: ACDP VII-001-015/2.  
 53 Notizen Globke, 13.1.1966, in: ACDP I-070-004/2.  
 54 Im CDU-Bundesvorstand 16.2.1966, in: ACDP VII-001-015/1.  
 55 Im CDU-Bundesvorstand 16.2.1966, in: ACDP VII-001-015/1.  
 56 Im CDU-Bundesvorstand 14.3.1966, in: ACDP VII-001-015/2.  
 57 Ebd.  
 58 Zur Wandlung der SPD vgl. Gauly, Katholiken, S. 153–165, 188–96; Lösche/Walter, Die SPD, 301–311.  
 59 Vgl. hierzu den zusammenfassenden Artikel über unser Göttinger Milieuprojekt: Lösche/Walter, Katholiken, S. 487 f.  
 60 Vgl. die Korrespondenz zwischen der katholischen Kirche und Krone, in: ACDP I-028-62/3. Zum parteiinternen Fernsehstreit vgl. Küppers, Adenauer und Altmeier.  
 61 Vgl. den zusammenfassenden Bericht: Globke an Adenauer, 14.9.1960, in: ACDP I-070-052/2.  
 62 Vgl. Gauly, Katholiken, S. 161–163.  
 63 Vgl. Einschätzung Krone Tagebücher 12.5.1960, S. 417.  
 64 Abgedr. in der Hirtenwortsammlung von: Fitzek, Katholische Kirche, S. 96–100.  
 65 Vgl. Grossmann, Zwischen Kirche, S. 348 f.  
 66 Vgl. Herz, Die Landtagswahl von 1966 in Nordrhein-Westfalen, S. 161.  
 67 Bundesvorstand 11.7.1966 in: ACDP VII-001-015/5.  
 68 Zu den programmatischen Texten von Dufhues, Barzel und Stoltenberg vgl. Buchhaas, Die Volkspartei, S. 298–303.  
 69 Bundesvorstand, 10.5.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 250. Das Manuskript der Barzel-Denkschrift befindet sich in der Bibliothek der KAS.  
 70 Vgl. Schönbohm, Die CDU, S. 73 und 75.  
 71 Vgl. rückblickend: Besch an Landesgeschäftsführer Braun, 6.4.1965, in: HStAH RWV 26-44 sowie Bericht Kraske über Satzungsdiskussion im CDU-Bundesvorstand 2.5.1967 in: ACDP VII-001-016/2.  
 72 So Wuermeling an Glahn, 16.12.1963, in: ACDP I-221-032.  
 73 Wuermeling an Kohl, 4.5.1967; Kohl an Wuermeling, 16.5.1967 und Sacherklärung von Wuermeling 16.5.1967, in: ACDP I-221-032.  
 74 Adorno an Filbinger 19.12.1966, in: ACDP III-009-069.  
 75 Protokoll Landesvorstand Württemberg-Hohenzollern, 21.1.1967, in: ACDP III-009-069.  
 76 Vgl. Wegmann an Kardinalstaatssekretär des Vatikans, 21.1.1965, in: ACDP III-021-001/1.  
 77 Wegmann an Brandes 2.7.1967, in: ACDP I-366-028/1.  
 78 Wegmann an Fricke 30.6.1967, in: ACDP I-366-028/1.  
 79 Wegmann an Fricke, 26.7.1967, in: ACDP I-366-028/1. Knappe Hinweise auf die Schulreform, aber eben nicht auf die innerparteilichen Widerstände, bei: Pütz, Innerparteiliche Willensbildung, S. 65–68.  
 80 Bundesvorstand 2.5.1967 in: ACDP VII-001-016/2.  
 81 Vgl. Tagungsbericht der Frauen-Union 17./18.1.1969, in: ACDP VII-004-048/3.  
 82 Vgl. Korrespondenz in: ACDP I-483-05/1; bes. Schröder an Kohl 17.12.1974; Rolf Wollziefer an Schröder 23.10.1974 und Schröder an Heinrich Köppler 28.10.1974.  
 83 Vgl. Statistik in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 666.  
 84 Aufzeichnung Karl Carstens über Gespräch Kiesinger mit Bischof Kunst und Tenhumberg, 10.2.1969, in: BA B 136/3753.  
 85 Vgl. zuletzt: Exner, Ländliche Gesellschaft, S. 444–451; Bösch, Das konservative Milieu.  
 86 Als Forschungsüberblick zum Umbruch der sechziger Jahre vgl. zuletzt: Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära, sowie Schildt (Hg.), Dynamische Zeiten.  
 87 Vgl. etwa Dufhues im CDU-Bundesvorstand, 22.11.1962 und 26.4.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 332f. und 473 f.  
 88 Bundesvorstand 11.7.1966 in: ACDP VII-001-015/5. Zur Wählerwanderung: Herz, Die Landtagswahl von 1966, S. 150. Dagegen betont Helga Grebing, die CDU hätte die Verluste bei den katholischen Arbeitern im Ruhrgebiet nicht beachtet; dies., Die Parteien, in: Benz, Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 1, S. 104.  
 89 Als Überblick: Faulenbach, Die Sozialdemokratisierung; Karl Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus; Blankenburg, Kirchliche Bindungen, S. 130; Bowermann, Das rote Rathaus; Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 487. Obwohl diese These seit längerem im Raum steht, hat die SPD-Forschung jedoch nach wie vor kaum empirische Studien zu diesem Prozess vorgelegt.  
 90 1960 lag der Anteil wie 1951 bei 25 Prozent, erst 1970 erreichte er 31,5 Prozent; Ritter/Niehus, Wahlen, S. 27. Die späten sechziger Jahre als Auflösungsphase des ländlich-katholischen Milieus sieht auch: Nienhaus, Das katholische Milieu, in: Frese/Prinz (Hg.), Politische Zäsuren, S. 619.  
 91 Zu dieser internationalen Perspektive vgl. Walter, Katholisches Milieu.  
 92 Vgl. hierzu neben Schwarz, Adenauer, Bd. 2, vor allem Koerfer, Kampf ums Kanzleramt..  
 93 Vgl. Niclauff, Kanzlerdemokratie, S. 75–87, sowie Hentschel, Ludwig Erhard, S. 599–898. Die Auseinandersetzung zwischen Erhard und Adenauer um das Kanzleramt, die unter konfessionellen Gesichtspunkten bereits im letzten Kapitel beleuchtet wurde, wird hier dementsprechend zurückgestellt.

- 94 Die Bezeichnung »Präsidentschaftsposse« benutzt: Schwarz, Adenauer Bd. 2, S. 502; zu ihrem Ablauf vgl. neben dem vorhergehenden Unterkap. auch: Wagner, Die Bundespräsidentenwahl.
- 95 Krone Tagebücher, 23.6.1959, S. 366.
- 96 Vgl. Bundesvorstand 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 384–438, bes. S. 384.
- 97 Protokoll Bundesparteiausschuss 28.9.1959, in: ACDP I-001-021/5.
- 98 Protokoll erweiterten Landesvorstand Südbaden 4./5.7.1959, in: ACDP III-018-116.
- 99 Protokoll Sitzung erweiterter Landesvorstand Nordwürttemberg 11.7.1959, in: ACDP III-003-59/20.
- 100 Protokoll Landesparteivorstand 27.6.1959, in: LHAK 663.2-1109.
- 101 Scherf an Krone 5.5.1959 und 23.6.1959, in: ACDP I-028-014/2.
- 102 Vgl. Protokoll Konferenz der Landesvorsitzenden 2.7.1959, in: ACDP VII-004-034/1.
- 103 Ihre Protokolle sind nicht zusammenhängend überliefert; sie finden sich etwa in: ACDP VII-004-033/2; I-026-A 0078 oder I-248-011/1.
- 104 Vgl. Protokoll Konferenz der Landesvorsitzenden 2.7.1959, in: ACDP VII-004-034/1.
- 105 Spiegel 29.7.1959. Vgl. das breite Presseecho, etwa: »Tagesspiegel« 3.7.1959; »Die Welt« 9.7.1959; »Die ZEIT« 17.7.1959.
- 106 Vgl. Dokumente in: ACDP und I-157-053/1 und I-157-013/1, bes. Gesprächsnotiz Hassel 5./6.8.1959.
- 107 Zur Distanz zwischen Hassel und Schröder vgl. etwa Vermerk aus Notizen Hassel, 9.7.1959, in: ACDP I-157-013/1; zur gegenseitigen Blockade zwischen Dufhues und Hassel vgl. Pridham, Christian Democracy, S. 120.
- 108 Notiz Hassel, 9.7.1959, in: ACDP I-157-013/1. Noch im »Generalanzeiger« vom 6.7.1959 hatte er dagegen gesagt: »Mit Konrad Adenauer als Bundespräsidenten, Ludwig Erhard als Kanzler und Franz Etzel als Finanzminister hätte die CDU die Wahl 1961 glänzend gewonnen.«
- 109 Protokoll Bundesparteiausschuss 28.9.1959, in: ACDP I-001-021/5.
- 110 Vgl. etwa Bundesvorstand 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 385, 400 f. und 406.
- 111 Zur Konstituierung des engeren Vorstandes vgl. Bundesvorstand 23.5.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 672 f.
- 112 Berg oder Stein finden sich unmittelbar vor der Wahl in Adenauers Terminkalender etwa am 22.7., 24.7., 15.8., 19.9. oder 25.9.1961: Besucherlisten StBKAH 04/12.
- 113 Bundesvorstand 22.9.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 808. Vgl. hierzu Küppers, Adenauer und Altmeier; zum Fernsehstreit vgl. auch die extrem lange Debatte im Bundesvorstand, 23.8.1960, in: ebd., S. 736–776.
- 114 Vgl. Adenauer zu Dufhues im Bundesvorstand 22.9.1960: »Nehmen Sie die ganze Sache sehr ernst; denn Sie sind bei diesem Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner! (Lebhafte Bewegung. Dufhues: Das muß ich aufs allerschärfste zurückweisen, Herr Bundeskanzler! So geht das nicht! – Gerstenmaier: Das geht zu weit! – Anhaltende Unruhe und Bewegung.) Nun, so geht es wohl, Herr Dufhues. Ich bin bereit, den Beweis jederzeit vor einem Ehrengericht anzutreten (Dufhues: Dann tun Sie das! Ich darf Sie jetzt selbst darum bitten in aller Form!). Das werde ich tun!« Protokolle 1957–1961, S. 816 f.
- 115 Vgl. Albers Protokoll CDU-Parteitag 1960, S. 137–140. Zur Debatte um die Krankenversicherung vgl. jetzt: Reucher, Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung, S. 160–173.
- 116 Zum Versuch, die Kampfkandidatur zu verhindern, vgl. Bundesvorstand, 14.3.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 684–700.
- 117 Vgl. etwa die Aussprache im CDU-Bundesvorstand, 29.1.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 637–642 und 660–662. Vgl. auch Wachs, Der Fall Theodor Oberländer.
- 118 Hassel an Fricke, 11.1.1961, in: ACDP III-006-040-007.
- 119 Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 661 f.
- 120 Adenauer an Dufhues 17.9 und 1.10.1962, in: StBKAH III-039.
- 121 Dufhues an Adenauer 24.9.1962, in: StBKAH III-039. Vgl. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 672–674.
- 122 Vgl. seinen ersten Tätigkeitsbericht im Bundesvorstand, 22.11.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 325 f.
- 123 Berichte für Dufhues in: ACDP VII-001-028.
- 124 Berlin, Hamburg, Saarland und Württemberg-Hohenzollern; vgl. Berichte in: Konferenz der Landesgeschäftsführer 4./5.4.1963, in: ACDP III-007-003/3.
- 125 Vgl. Bericht Bundesgeschäftsstelle abgeschlossen am 1.10.1965, in: Bibliothek der KAS; vgl. auch den ersten Zwischenbericht von Dufhues in Bundesvorstand 9.7.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 507–514.
- 126 Sowohl die historische Nationalismusforschung als auch die Literatur über das Heimatbewusstsein ist bislang kaum in der Bundesrepublik angekommen; vgl. hierzu jetzt: Habbo Knoch (Hg.), Das Erbe der Provinz, i. E.
- 127 Pridham, Christian Democracy, S. 132 f. Zur extrem guten Finanzlage 1963/64 vgl. das folgende Kapitel.
- 128 Zur Organisation der SPD-Spitze vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 181–189.
- 129 Vgl. Debatte hierüber im Bundesvorstand 14.3.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 436.
- 130 Vermerk Kraske über Gespräch mit Globke 6.8.1963, in: ACDP I-001-028.
- 131 Vgl. neben Adenauers Terminkalender Vermerke, in: StBKAH III-039.
- 132 Vgl. Debatte im CDU-Bundesvorstand 20.9.1965 in: ACDP VII-001-014/4.
- 133 Adenauer an Erhard 7.9.1964, in: LES NE I.10. Ebenso seine Briefe am 20.12.1963, 18.9.1964, 3.5.1965, 28.5.1965, in: ebd.
- 134 Vgl. etwa Vermerk 20.10.1964, in: LES NE I.10.
- 135 Vgl. die Korrespondenz in ACDP I-070-052/2, zit. Adenauer an Globke 3.10.1964.
- 136 Notizen Globke, 13.1./31.1./4.2./9.2. und 10.2.1966, in: ACDP I-070-004/2.
- 137 Vgl. Terminkalender Globke, in: ACDP I-070-135. Alle diese Belege zeigen, dass Norbert Jacobs Befund, Globke habe sich 1963 politisch zurückgezogen, relativiert werden muss; vgl., ders., Der Streit um Dr. Hans Globke, S. 64.
- 138 Erhards schwache, kollegiale Kabinettsführung ist oft bemerkt worden; vgl.: Niclauß, Kanzlerdemokratie, S. 186 f. Vornehmlich eine Zusammenfassung von Klaus Hildebrands Studien bietet die Dissertation von: Dieter Ernst, Der innerparteiliche Kanzlersturz; Ernsts knappe Ausführungen zur Partei (S. 25–29) beschränken sich im wesentlichen auf Hinweise zum Streit zwischen den Gaulisten und Atlantikern.
- 139 Vgl. CDU-Bundesvorstand 17.1.1964 und 25.2.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 568–574 und S. 616–623.
- 140 Vgl. auch Protokoll Landesvorsitzendenkonferenz und Präsidium 19.10.1964, in: ACDP VII-004-033/3.

- 141 Vgl. bereits die Debatte um das Sozialpaket im CDU-Bundesvorstand, 25.2.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 649–664.
- 142 CDU-Bundesvorstand 28.3.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 879–893 und 20.9.1965 in: ACDP VII-001-014/4. Erst auf S. 45 im Protokoll greift Erhard ein.
- 143 Als frühen, aber treffenden Vergleich von Globke und Westrick: Echtler, Einfluß, S. 215–219.
- 144 Notizen Globke, 13.1.1966, in: ACDP I-070-004/2.
- 145 Bundesvorstand, 28.3.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 879f.
- 146 Vgl. Parteitagunterlagen ACDP VII-004-347/2.
- 147 Bundesvorstand, 28.3.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 881f.
- 148 CDU-Bundesvorstand, 27.11.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 750 f.
- 149 Vgl. seinen Ausweis in LES NE 05; dass Erhard sogar erst 1966 eingetreten sei, deutet Schwarz an, Hentschel geht davon aus; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 919 und Hentschel, Ludwig Erhard, S. 826; die Briefe Adenauer an Erhard, 14.2.1966, die diese anführen, und die Antwort Erhard an Adenauer 15.2.1966, beziehen sich jedoch auf seinen Eintritt 1963; in: LES NE I 10.
- 150 Vgl. zur Einordnung der formierten Gesellschaft zuletzt: Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 386–389; sowie Schott, Die Formierte Gesellschaft.
- 151 Bundesvorstand, 21.6.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 971.
- 152 »Ihr in alledem zu Tage getretenes Verfahren mir gegenüber ist so wenig offen und ehrlich, zeigt auch die klare Absicht, mich aus für die Partei entscheidenden Fragen auszuschalten, daß mir eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen nicht mehr möglich ist. Da ich von einer Niederlegung meines Amtes als Vorsitzender der CDU jetzt vor den Wahlen eher Schaden für diese befürchte, spreche ich diese Niederlegung jetzt nicht aus. Ich werde mich aber jeder Tätigkeit in diesem Amt enthalten.« Adenauer an Dufhues 22.6.1965, in: ACDP I-210-017/1.
- 153 CDU-Bundesvorstand 16.2. und 14.3.1966 in: ACDP VII-001-015/1 und -2.
- 154 Kraske an Heck, 25.10.1966, in: ACDP VII-004-A 856. Selbst in Adenauers Todesjahr 1967 waren die Kosten von 70.800 DM fast doppelt so hoch wie die Zuschüsse für die Junge Union; vgl. Zahlen in: Bundesvorstand 4.12.1967 in: ACDP VII-001-016/6.
- 155 Im CDU-Bundesvorstand 11.7.1966 in: ACDP VII-001-015/5.
- 156 Im CDU-Bundesvorstand 7.10.1966 in: ACDP VII-001-015/6.
- 157 Vgl. Bundesvorstand 6.5. und 7.10.1966, in: ACDP VII-001-015/4.
- 158 Hierzu Belege im nächsten Unterkapitel.
- 159 Kohl im CDU-Bundesvorstand 13.2.1967 in: ACDP VII-001-016/1.
- 160 Ebd.
- 161 Angaben nach Schatzmeister Burgbacher im Bundessparteiausschuss, 6.5.1966, in: ACDP VII-001-022/9; Mitgliederzahlen in: ACDP VII-004-5014.
- 162 SPD-Einnahmen nach Jahrbuch der Sozialdemokratie 1966/67, S. 197–200.
- 163 Vgl. die Monatsbeiträge der Mitglieder des CDU-Bundesausschusses, die für 115 von 206 Mitglieder vorliegen: 2 unter einer Mark, 22 eine Mark, 73 bis fünf Mark. Vermutlich lag der Beitrag derjenigen, die keine Angaben machten, eher niedrig; vgl. Bericht Burgbacher im Bundessparteiausschuß, 6.5.1966, in: ACDP VII-001-022/9.
- 164 Sie setzte mindestens eine Mark monatlich fest, bei einem Nettoeinkommen ab tausend Mark acht DM, über zweitausend 25 DM; zur Entstehung vgl. Protokoll Bundesfinanzausschuss 24.2.1964, in: HStAD RWV 26-1316; zur Verbreitung: Rundschreiben Adenauer Mai 1964, in: ACDP VII-001-050.
- 165 Vgl. Bericht Heck auf Landesgeschäftsführerkonferenz. 9.9.1966, in: ACDP VII-004-035/2 und Burgbacher im CDU-Bundesvorstand 7.10.1966, in: ACDP VII-001-015/6.
- 166 Vgl. Bericht an Burgbacher 25.8.1966, in: ACDP VII-004-A 856.
- 167 Die Sozialdemokraten zahlten seit den fünfziger Jahren zwanzig Prozent ihrer Grunddiät; Ebbighausen, Die Kosten, S. 207.
- 168 Vgl. Aufstellung in Protokoll Geschäftsführerkonferenz 9.9.1966, S. 6, in: ACDP VII-004-035/2.
- 169 Jahresabschlüsse 1965, 10.10.1966, in: ACDP VII-004-A 856. Zur SPD vgl. Jahrbuch 1960, S. 346.
- 170 Vermerk Altmeier zur Finanzordnung, 20.1.1968, und Etatentwurf 1968, in: LHAK 700.169-37.
- 171 JU an Fricke, 23.11.1961, in: ACDP I-248-0013.
- 172 Zur Planung: Fricke an Münster, 25.3.1964, in: ACDP I-248-0016/1; zum Abschluss: Münster an Fricke 22.11.1965, in: ACDP I-248-0017/1.
- 173 Erklärung zur Bundestagswahl 1969, in: ACDP III-007-010; zur Landtagswahl 1967, in: ACDP I-511-002/2.
- 174 Nach dem offiziellen Rechenschaftsbericht zahlten die Fraktionsmitglieder der CDU/CSU 1973 8,3 Millionen Mark an ihre Partei (pro Kopf 37271 DM), die der SPD dagegen 8047119 Mark (34987 Mark); als Überblick über die offiziellen Einnahmestatistiken vgl.: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 334, 336 u. 358.
- 175 Vgl. etwa die Positionen im Bundesvorstand 2.5.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 479–486. Ebenso in den Ländern; vgl. Anlage Korbach (Geschäftsführer Rheinland-Pfalz) an Müllenbach, 5.7.1955, in: LHAK 663.2-350.
- 176 Bundesvorstand 3.6.1955, in: Protokolle 1953–1957, S. 574.
- 177 Bundesvorstand 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 62.
- 178 Zu dieser Kommission vgl. bereits Ebbighausen, Die Kosten, S. 145.
- 179 Vgl. Ebbighausen, Die Kosten, S. 145.
- 180 Zu diesem Urteil vgl. ebd., S. 144–146.
- 181 Rubin 4.9.1959, abgedr. in: FDP-Bundesvorstand Bd. 2., S. 456.
- 182 Dementsprechend hatte die JU auf dem CDU-Bundessparteitag 1958 auch den Antrag eingebracht, eine Kommission zur Regelung der Parteifinanzen einzusetzen; vgl. Protokoll Parteitag 1958, S. 75.
- 183 Bundesvorstand 9.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 511
- 184 Ebd., S. 508. Ebenso Adenauer im Bundesvorstand, 16.9.1959, S. 400.
- 185 Bundesvorstand 9.11.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 510.
- 186 Bundesvorstand 22.9.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 864.
- 187 Vgl. Datenhandbuch, Bd. 1, S. 320.
- 188 Bundesvorstand 22.9.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 864.
- 189 Vgl. den Beschluss der Konferenz der Landesvorsitzenden 21.1.1960: »Dieser Betrag soll auf die im Bundestag vertretenen Parteien entfallen, der Anteil den Parteien global zugewiesen und eine Rechnungslegung gegenüber dem Bundesrechnungshof vermieden oder auf die Überprüfung rechnerischer Richtigkeit beschränkt werden.« In: ACDP I-248-011/1.
- 190 Protokoll Bundesfinanzausschuss, 4.12.1961, in: ACDP VII-001-050.
- 191 Vgl. etwa Protokoll Bundesfinanzausschuss, 18.2.1963, in: HStAD RWV 26-1315.
- 192 Bundesfinanzausschuss, 12.3.1962, in: ACDP VII-001-050; ebenso in: Protokoll Bundesfinanzausschuss, 18.2.1963, in: HStAD RWV 26-1315.
- 193 Protokoll Bundesfinanzausschuss, 2.7.1962, in: HStAD RWV 26-1315.

- 194 Konferenz der Landesvorsitzenden 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 195 Vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 230 f. Hier fehlt allerdings der Hinweis, dass die SPD in verschiedenen Bundesländern frühzeitig öffentliche Mittel beantragte.
- 196 Lediglich in Costa Rica und Argentinien bestand bereits eine direkte Staatsfinanzierung der Parteien; so: Ebbighausen, Die Kosten, S. 22.
- 197 Dagegen wurde in der Literatur bisher die rituelle Klage der CDU-Geschäftsführung übernommen, die CDU habe kein Geld; vgl. Dedring, Adenauer, S. 178 f. und 191; tatsächlich sollten diese Klagen eher die Erhöhung der Staatsgelder legitimieren.
- 198 Bereits in den fünfziger Jahren warnte die Publizistik mit diesem Argument vor der staatlichen Parteienfinanzierung; vgl. »Deutsche Zeitung« 28.9.1955. In der von Peter Mair und Richard S. Katz angestoßenen Debatte um die Entstehung von »Kartellparteien« wurde das Argument erneut stark gemacht; vgl. dies., Changing Models of Party Organization.
- 199 HAZ 12./13.12.1959.
- 200 Scherf an Krone 5.2.1960, in: ACDP I-028-014/2. Damit waren die Bundesparteien 1959 nicht allein Vorreiter; so jedoch: Ebbighausen, Die Kosten, S. 440. Ebenso scheint die Gewichtung von Ebbighausen, die Staatsgelder hätte das Zweiparteiensystem beschleunigt, nicht ganz zutreffend (ebd.); wie wir sahen, trugen gerade die Spenden zur Konsolidierung bei.
- 201 Im Koalitionsvertrag wurde ausgehandelt:  
CDU (201 Mandate) 6901152 Mark; also 34000 pro MdB  
CSU (50) 2843571 Mark; 57000 pro MdB  
FDP (67) 3300383 Mark; 49000 pro MdB  
SPD (203) 6954894 Mark; 34000 pro MdB  
Vgl. die geheimen Aufzeichnungen zur Regierungsbildung in: StBkAH III-015 und -016. Sowie: Koalitionsgespräch CDU/CSU-FDP 12.10.1961, S. 7, in: ACDP I-070-003/2.
- 202 Vgl. den zusammenfassenden Bericht: Dufhues an Adenauer, 7.7.1962, in: ACDP VII-001-028. Die CDU sollte jetzt für die verhinderte Sockelfinanzierung von 1962 der CSU und FDP 800000 DM zahlen; vgl. Burgbacher, Protokoll Präsidium 26.11.1963, in: ACDP VII-001-332/1.
- 203 Beschluss auf: Konferenz der Landesvorsitzenden 24.3.1960, in: ACDP I-026-A 0078. Nach kurzzeitigen Änderungen bestätigt in: Protokoll Bundesfinanzsausschuss 13.7.1964, in: HStAD RWV 26-1316.
- 204 Vgl. Überblick in: Akte Bundesmittel 1964, 23.2.1964, in: ACDP I-248-0016/1. Nun erhält auch die niedersächsische CDU Ausgleichszahlungen.
- 205 Protokoll Bundesfinanzsausschuss, 21.11.1963, in: HStAD RWV 26-1315. Schmidts Befund, Vermögen und Regierungsmacht würden bei der CDU nicht korrelieren, gilt demnach erst für spätere Jahrzehnte; vgl. ders., Die Finanzen, S: 253.
- 206 Aufstellung der CDU, in: ACDP VII-001-050.
- 207 Protokoll Landespräsidium 10.9.1959, in: LHAK 663.2-1109.
- 208 Vgl. Burgbacher im Bundesvorstand, 22.9.1960, in: Protokolle 1957-1961, S. 862.
- 209 Vgl. etwa die unmittelbare Reaktion in: Protokoll des Landesvorstandes Oldenburg 2.7.1958, in: ACDP III-021-018/1.
- 210 Münster an Beitzten, 22.3.1960, in: ACDP I-248-011/1.
- 211 Vgl. Wirtschaftsprüferberichte, in: ACDP VII-006-012/2.
- 212 Zu den ersten Planungen vgl. Schröder, Protokoll Konferenz der Landesvorsitzenden 22.1.1959, in: ACDP 22.1.1959, in: ACDP VII-004-34/1.
- 213 Vgl. Scheufelen im Bundesvorstand, 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 432 und Schröder, Konferenz der Landesvorsitzenden 2.7.1959, in: ACDP VII-004-034/1; Hinweise auf diese verdeckte Finanzierung fehlen in der Literatur bislang völlig. Dabei war auch die rückwirkende Umstrukturierung zum Zwecke der Steuerhinterziehung war in der weiteren CDU-Führung bekannt; vgl. etwa den rückblickenden Bericht von Bundesschatzmeister Burgbacher auf der Konferenz der Landesvorsitzenden 22.3.1963: »Die erste Aufgabe war nun, diese ganze Angelegenheit steuerlich zu bereinigen und eine Form zu finden, die es möglich machte, ohne große steuerliche Belastungen in der Zukunft weiterzukommen [...] Wir mußten dazu eine Konstruktion schaffen, die nicht vorhanden war, und aus einem Modelljahr die Dinge rückläufig machen. Das ist relativ gut gegangen.« ACDP VII-004-033/2.
- 214 Vgl. Kostenbericht auf: Konferenz der Landesvorsitzenden 22.3.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 215 Quelle: Wirtschaftsprüferberichte (auf DM gerundet), in: ACDP VII-006-012/2. Ab 31.5.1957 unter dem Namen »Verlag Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands« geführt, ab 9.12.1959 »Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH«.
- 216 Vgl. Protokoll der Konferenz der Landesvorsitzenden 21.1.1960, in: ACDP I-248-0011/1.
- 217 So die Erläuterung in: Münster an Fricke u. a., 8.3.1960, in: ACDP I-248-0011/1.
- 218 Vgl. Protokoll der Konferenz der Landesvorsitzenden 22.3.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 219 Vgl. hierzu Scheufelen im Bundesvorstand, 16.9.1959, in: Protokolle 1957–1961, S. 432–434; zur Rezeption in den Landesverbänden vgl. etwa Protokoll Landespartei Vorstand Rheinland-Pfalz, 21.9.1959, in: LHAK 663.2-1109.
- 220 Münster an Fricke, 27.1.1960, in: ACDP I-248-0011/1.
- 221 Vgl. Protokoll Zentralvorstand CDU in Niedersachsen 21.5.1960, in: ACDP III-007-001; zur Verlagsbeschäftigung vgl. Auflistung in: ACDP III-007-003/3 und Vorstand CDU in Niedersachsen 9.1.1970, in: ACDP III-007-003/2. Vgl. auch Bericht Anfang 1968, ACDP I-248-018/1: »Die eigentliche Geschäftsführung wird von dem Verlagsleiter der Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen m. b. H. wahrgenommen [Münster]. Er erledigt anfallende organisatorische und finanzielle sowie auch fachliche Aufgaben« Weitere Hinweise etwa in: Münster an Fricke, 4.12.1959, in: ACDP I-248-0010/2; Wallbrecht an Fricke, 4.1.1966, I-248-017/2.
- 222 Vgl. neben den Bilanzen bereits die planenden Überlegungen in: Bach an Strickrodt, 14.12.1951, in: ACDP I-085-048.
- 223 Quelle: Wirtschaftsprüferberichte (auf DM gerundet), in: ACDP VII-006-012/2. Ab 31.5.1957 unter dem Namen »Verlag Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands« geführt, ab 9.12.1959 »Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH«.
- 224 Vgl. Wirtschaftsprüferbericht 31.5.1960, in: ACDP VII-006-012/2.
- 225 Beispiel für derartige Bilanzfälschungen finden sich in: Zwischenbericht über die steuerlichen Auswirkungen für den Verlag nach dem heutigen Stand der Verhandlungen mit dem Finanzamt, 8.4.1963, in: ACDP VII-006-012/2.
- 226 Wirtschaftsprüferbericht 1953, in: ACDP VII-006-012/2.

- 227 Vgl. den Gesellschaftervertrag sowie Protokoll der Gesellschafterversammlung, 7.10.1970, in: RWV 26-1434.
- 228 Protokoll der Gesellschafterversammlung, 7.10.1970, in: RWV 26-1434.
- 229 Bericht Union-Betriebsgesellschaft, Müllenbach/Braun an Gesellschafter, 23.11.1970, Anlage, in: HStAD RWV 26-1434 und Protokolle Bundesfinanzausschuss 7.11.1969 und 2.6.1970, in: ACDP VII-001-051/3u.-069-3.
- 230 So selbst der gegenüber dem Spendensystem kritische hessische Vorsitzende Fay an Adenauer, 21.7.1958, in: ACDP I-145, Film 17.
- 231 Spiegel, 4.11.1959, S. 22 f.
- 232 Vgl. Aufstellung: Stein an Burgbacher 5.1.1963, in: StBkAH III-039.
- 233 6.7.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 733.
- 234 Vgl. Adenauer, in: ebd. oder Adenauer an Berg 10.5.1961, in: StBkAH 10/06: »Gibt es nicht eine Möglichkeit, uns mit mehr Geldmitteln zu versehen?«
- 235 Stein an Burgbacher 5.1.1963, in: StBkAH III-039. Der Kredit war von Pferdenges, Abs, Stein und Globke ausgehandelt worden.
- 236 Vgl. Kurzdarstellung über die bestehende Finanzsituation der CDU, Burgbacher 30.3.1962, in: StBkAH III-039.
- 237 Vermerk Kraske über Gespräch 5.11.1963, in: ACDP I-028-026/5. Vgl. auch Burgbacher, in: Protokoll Präsidium 26.11.1963, in: ACDP VII-001-332/1.
- 238 Vgl. Protokoll Sitzung des Bundesfinanzausschusses 11.8.1965, in: ACDP III-009-051.
- 239 Nach Angaben des Bundesfinanzausschusses wurden 16,5 Millionen ausgegeben; Protokoll Sitzung des Bundesfinanzausschusses 8.12.1965, in: ACDP III-009-051.
- 240 Am 6.7.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 733.
- 241 Vgl. Terminkalender StBkAH 04.
- 242 Vgl. bes. anschaulich: Vermerk Kraske über Gespräch 5.11.1963, in: ACDP I-028-026/5.
- 243 Dieser Hinweis findet sich zumindest in: Leyendecker u. a., Helmut Kohl, S. 54 f.
- 244 Vgl. etwa im Bundesvorstand: Burgbacher 26.4.1963, Adenauer 21.6.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 463 u. 914; Heck/Seebohm 17.7.1967 in: ACDP VII-001-016/4.
- 245 Vgl. Bundesvorstand 11.12.1961, 9.2.1965 u. 21.6.1965 in: Protokolle 1961–1965, S. 85, 876, 914.
- 246 Vgl. Burgbacher im CDU-Bundesvorstand, 9.2.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 877 f.
- 247 Die verstreut überlieferten (Kurz)Protokolle des Bundesfinanzausschusses vor allem in: HStAD RWV 26-44 und RWV 26-1315 und ACDP III-009-051.
- 248 Vgl. Dufhues im Bundesvorstand, 25.2.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 672.
- 249 Bundesvorstand 6.3.1969, in: ACDP VII-001-018/2. Dagegen erwähnt die CDU-Geschichte Kleinmanns die Spendenfunktion des Wirtschaftsrates mit keinem Wort, sondern begründet seine Entstehung damit, dass die CDU »nicht zur ausschließlichen Arbeitnehmerpartei« werden sollte; ders., Geschichte der CDU, S. 146–148.
- 250 Vgl. etwa Buchprüfung 1960, in: ACDP I-248-012/1.
- 251 Die meisten Darstellungen berufen sich dabei auf: Dübber, Geld und Politik, S. 41.
- 252 Angaben nach Bericht Burgbacher im Bundesparteiausschuss 6.5.1966, in: ACDP VII-001-022/9; da der Bundesparteiausschuss die breitere Parteiführung vereinte, sind auch diese Zahlen mit großer Vorsicht zu genießen; vermutlich waren die Ausgaben 1965 im Hinblick auf das Parteiengesetz zu hoch angesetzt.
- 253 Vgl. hierzu Ebbighausen, Die Kosten, S. 153 f.
- 254 Vgl. Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz 19.1.1967, in: ACDP III-010-124/4.
- 255 Vgl. hierzu: Ebd; Bericht Burgbacher im Präsidium 5.1.1967, in: ACDP VII-004-A 856; und im Bundesvorstand, 13.2.1967, in: ACDP VII-001-016/1; Vermerk über die Situation nach dem Urteil, 22.8.1966, in: ACDP I-001-056; Berichte im Bundesvorstand 2.5.1967 und 4.12.1967, in: ACDP VII-001-016/2 und -6; Fricke an Schröder 18.10.1966, in: ACDP IV-001-020/2; Protokoll Sitzung des Bundesfinanzausschusses 5.12.1966, in: ACDP III-009-051.
- 256 Zur langwierigen Abwicklung der ADK und ihrer partiellen Überführung ins Bundespresseamt vgl. Protokoll Präsidiumssitzung 8.9.1967, 4.7.1968 und 5.12.1969, in: ACDP VII-001-332/1.
- 257 Burgbacher im CDU-Bundesvorstand, 9.2.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 877.
- 258 Die CDU setzte hierbei auf Spendengutscheine zur Anonymisierung; vgl. Bundesfinanzausschuss, 2.6.1962, in: ACDP VII-001-050. In einem informellen Kuhhandel mit der SPD gelang im Herbst 1964 bereits ein Verzicht auf die gegenseitigen Forderungen, der jedoch scheiterte; vgl. Burgbacher an Adenauer 9.11.1964, in: ACDP I-028-026/5.
- 259 Vgl. Ebbighausen, Die Kosten, S. 89.
- 260 »Auch den Ländervertretungen sollte vorgeschlagen werden, mit der gebotenen Diskretion möglichst interfraktionell diese Frage zu erörtern. [...] Im Gespräch waren je DM 1000 pro Monat, die über den Abgeordneten an die Fraktion gehen sollten. Der Abgeordnete könnte dann mit diesen Mitteln in seinem Wahlkreis die bislang von der Partei finanzierte politische Arbeit entlasten. Derartige Möglichkeiten könnten auch auf Landesebene erörtert werden.« Bundesfinanzausschuss CDU, 5.12.1966, in: ACDP VII-001-050. Zur Berechnung der zu beantragenden Mittel vgl. ebd.
- 261 Im CDU-Bundesvorstand 4.12.1967 in: ACDP VII-001-016/6.
- 262 Im CDU-Bundesvorstand 4.12.1967 in: ACDP VII-001-016/6.
- 263 Schmücker im CDU-Bundesvorstand 21.6.1968 und 20./21.9.1968, in: ACDP VII-001-017/3 und -017/5. Vgl. auch Protokoll Bundesfinanzausschuss 27.2.1969, in: ACDP VII-001-069-3.
- 264 »Für das Hereinholen von Spenden und Geldern gegen die Hergabe von wirtschaftlichen Gegenleistungen wird der Bundesschatzmeister sich wie bisher des Unionverlages bedienen.« Schmücker im CDU-Bundesvorstand 20./21.9.1968, in: ACDP VII-001-017/5.
- 265 Schmücker im CDU-Bundesvorstand 7.11.1969, in: ACDP VII-001-018/7.
- 266 Vgl. Beschlussprotokoll Landesvorstand CDU Niedersachsen. 11.8.1969: »Er [Schmücker] bittet, keine größeren Beträge anzunehmen. Höhere Summen sollten aufgeschlüsselt werden.« In: ACDP III-007-03/1.
- 267 Vgl. die Rechenschaftsberichte in: ACDP VII-006-030/2.
- 268 In: ACDP VII-006-025/1.
- 269 Rechenschaftsbericht 21.5.1970 in: ACDP VII-006-030/2.
- 270 Vermerk Nathan für Generalsekretär Dr. Heck, 17.4.1970, in: ACDP VII-001-051/1.
- 271 Vgl. hierzu: Lösche/Walter, Die SPD, S. 113–117.

- 272 Bundesvorstand, 11.7.1958, in: Protokolle 1957–1961, S.184. Vgl. auch ebd. 25.4.1958, S. 118.
- 273 Adenauer im Bundesparteiausschuss 18.11.1960, in: ACDP VII-001-021/9. Auf die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit Godesberg im Bundesvorstand der CDU wies bereits hin: Buchhaas, Die Volkspartei, S. 231.
- 274 Adenauer in der Konferenz der Landesvorsitzenden, 8.7.1963, in: ACDP VII-004-033/2.
- 275 Vgl. auch Bundesvorstand, 26.4.1963 und 9.7.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 443 u. 490.
- 276 Zit. Aufzeichnung Adenauer über Gespräch mit Brentano 22.3.1963, in: StBkAH III-52.
- 277 Zum Stand der Wahlkampf vorbereitung, Bonn 23.2.1961, in: ACDP III-006-040-007.
- 278 »Der kommunistische Osten hofft auf einen Ausgang der BTW am 17. September, der die Regierung der CDU/CSU ablöst durch eine schwache Koalitionsregierung. Er will den Sieg der Neutralisten und den Zusammenbruch des Vertrauens des deutschen Volkes in das Bündnis mit der freien Welt.« Entschließung des Bundesvorstandes 25.8.1961, in: ACDP I-148-113/01.
- 279 Vgl. Bundesvorstand, 25.8.1961, in: Protokolle 1957–1961, S.1012, 1026f, 1041.
- 280 Bundesvorstand, 6.7.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 710 f.
- 281 Vgl.: Zum Stand der Wahlkampf vorbereitung, Bonn 23.2.1961, in: ACDP III-006-040-007. Vgl. zu den Anti-Brandt-Kampagnen zuletzt: Münkel, Zwischen Diffamierung und Verehrung.
- 282 Vgl. Bundesvorstand 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 58 f.
- 283 Vgl. Orgass im Bundesparteiausschuss 1.2.1960: »Ein großes Problem, das in den kommenden Jahren auf uns zukommt, ist das Grundsatzprogramm der SPD von Godesberg [...] Die Gefahr liegt darin, daß hier der Versuch einer Aussöhnung mit den Kirchen genommen wird«, in: ACDP VII-001-021/6.
- 284 Vermerk Rummler an Dufhues, 28.9.1962, in: ACDP VII-001-028 oder bereits Bundesvorstand 17.1.1958, in: Protokolle 1957–1961, S. 76–84; hier versuchte Zimmermann die geistlichen Tagungsteilnehmer zu überreden, eine Krankheit vorzutäuschen, um das Akademiegespräch ausfallen zu lassen.
- 285 Besprechungspunkt Zentralvorstand Niedersachsen 29.10.1960, ACDP I-248-011/2.
- 286 Er betrug nach parteiinternen Analysen fünf Prozent; vgl. Bericht Kraske im engeren CDU-Bundesvorstand, 7.2.1962, Protokolle 1961–1965, S. 149; zu ihrer recht unspezifischen Sozialstruktur vgl.: Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen, bes. S. 109 f.
- 287 Gute historische Generationsstudien zu dieser als »skeptischen Generation« titulierten Kohorte fehlen; vgl. zuletzt: Moses, Die 45er.
- 288 Krone Tagebücher 24.–27.4.1961, S. 486.
- 289 Vgl. bereits: Krone Tagebücher, 13.11.1957, S. 272 f.
- 290 Vgl. Bundesvorstand 25.8.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 1006.
- 291 Tagebücher Krone 30.8.1961, S. 527. Vgl. etwa auch Blumenfeld im Bundesvorstand, 25.8.1961, in: Protokolle 1957–1961, S. 1049.
- 292 Vgl. etwa Adenauers vorsichtige Andeutung im Bundesvorstand 27.11.1964; und Dufhues und Kohl 21.6.1965 in: Protokolle 1961–1965, S. 797, 919, 932 f.
- 293 Vgl. Pressesammlung in: StBkAH III-016.
- 294 Vgl. zu den Treffen: Vermerk Adenauer 22.9.1961, in: StBkAH III-015 und Vermerk 20.9.1960, in: ACDP I-070-003/2; Terminkalender 19.9.1961 und 25.9.1961, in: STBkAH 04/12 1961; Brentano an Adenauer 20.9.1961, abgedr. in: Baring (Hg.), Sehr verehrter, S. 345. Zum erhöhten Sockelbetrag vgl. Protokoll Koalitionsgespräch 12.10.1961, S. 7, in: StBkAH III-016. Erich Mende dementierte freilich Presseberichte, wonach die Finanzlage der FDP zur Koalition geführt habe; vgl. »Die Welt« 27.9.1961 und Mende 29.9.1961, abgedr. in: FDP-Bundesvorstand Bd. 3., S. 155.
- 295 Protokoll Koalitionsgespräch 12.10.1961 in: StBkAH III-016.
- 296 Vgl. Vermerk Adenauer 27.9.1961, in: StBkAH III-015, vgl. auch Adenauer an Strauß 22.9.1961 und Ollenhauer an Adenauer 21.9.1961, in: ebd. Vgl. auch Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 674.
- 297 Bundesvorstand 3.12.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 400. Als chronologischen Überblick über die Gespräche vgl.: Klaus Gotto, Der Versuch einer Großen Koalition, in: Blumenwitz, Konrad Adenauer, Bd. 2, S. 316–338.
- 298 Vgl. Protokolle in: ACDP I-070-003/3.
- 299 Vgl. Protokoll 6.12.1962, in: ACDP I-070-003/3.
- 300 Vgl. Bundesvorstand 14.3.1963, in: Protokolle 1961–1965, S. 413.
- 301 Vgl. Konrad Adenauer, Möglichkeiten einer Koalition, in: Die politische Meinung 10 (1965), S. 13–17.
- 302 Adenauer an Erhard, 14.6.1965, in: LES NE I.10.
- 303 Die These, die Union sei vornehmlich zum Sturz Erhards für die Große Koalition eingetreten, vertritt Schönhoven, Entscheidung für die Große Koalition.
- 304 Vgl. die Koalitionsdiskussion in: Bundesvorstand 20.9.1965, in: ACDP VII-001-014/4.
- 305 Zum Scheitern Erhards vgl. zuletzt: Hentschel, Ludwig Erhard, S. 882–896.
- 306 Vgl. Protokoll Präsidiumssitzung 22.11.1966, in: ACDP VII-001-332/1.
- 307 Vgl. im Kontext der ersten Verhandlungen mit der SPD: Stimmungsbericht in Notiz Hassel 7.12.1962, in: ACDP I-157-012/1; CDU-Bundesvorstand, 3.12.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 358, S. 398. Dann im Zuge der Koalitionsbildung: im CDU-Bundesvorstand 8.11.1966 in: ACDP VII-001-015/7 und im CDU-Bundesvorstand 29.1.1968, in: ACDP VII-001-017/1.
- 308 Bundesvorstand 29.11.1966, in: ACDP VII-001-015/8.
- 309 Vgl. etwa die Warnungen in: CDU-Bundesvorstand 29.1.1968, in: ACDP VII-001-017/1.
- 310 Vgl. Hildebrand, Von Erhard, S. 283–301. Eher populärwissenschaftlich: Schoeckel/Kaiser, Die vergessene Regierung, hier S. 357.
- 311 Vgl. Sowinski, Die Deutsche Reichspartei.
- 312 Zum Aufbau und zum Aufstieg der NDP vgl. vor allem: Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Parteienhandbuch, S. 1922–1994, Dudek/Jaschke, Entstehung und Entwicklung, S. 280–355.
- 313 Bundesgeschäftsstelle der CDU, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, Bonn 1966; vorgelegt 5.4.1966, in: ACDP VII-004-129/1. Vgl. auch Schnellanalyse 1966, in: ACDP I-001-056.
- 314 ACDP VII-004-129/3.
- 315 Schröder, Protokoll Präsidiumssitzung 22.11.1966, in: ACDP VII-001-332/1. Mit dieser Begründung trat er für das Mehrheitswahlrecht ein.
- 316 Umfrage in: ACDP VII-004-129/1. Zu Niedersachsen vgl. Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz 18./19.1967, in: ACDP III-010-124/4; für Schleswig-Holstein: Hange an Kiesinger 10.3.1967, in: ACDP VII-003-040/2.

- 317 Vgl. etwa die Hochburgen-Analyse in: Schmollinger. Nationaldemokratische Partei, S. 1955; Rowold, Im Schatten, S. 234.
- 318 Vgl. etwa die Berichte über die Wahl in Baden-Württemberg in: Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 319 Im Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 320 Im Bundesvorstand 17.4.1969, in: ACDP VII-001-018/3.
- 321 Zit. Rednerdienst 1.2.1967, in: ACDP I-248-018/1; Gradl im Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 322 Zum verfassungskonformen Auftreten der NPD vgl. bereits die zeitgenössische Untersuchung von Lutz Niethammer, der auch die parlamentarischen Äußerungen und Biografien der NPD-Abgeordneten auswertet; ders., Angepaßter Faschismus, S. 263 u. 268.
- 323 Vgl. ebd. oder im CDU-Bundesvorstand 17.4.1969, in: ACDP VII-001-018/3. Barzel ermunterte angesichts der »nationalen Welle« bereits 1965 dazu; Bundesvorstand 21.6.1965, Protokolle 1961–1965, S. 949.
- 324 Protokoll JU-Deutschlandratsitzung 11.11.1966, in: ACDP IV-007-034/6.
- 325 Zum Dreggers Kurs vgl. Werner Wolf: Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967–1982, in: Heidenreich/Ders. (Hg.), Der Weg zur stärksten Partei, S. 59–95. Josef Schmid, Die CDU, S. 141, nennt Dreggers Hessen-CDU als Beleg für eine »umweltautonome Organisation«; gerade einem Bundesland wie Hessen mit einer starken nationalliberalen FDP und NPD-Erfolgen könnte man Dreggers Kurs durchaus auch als Reaktion auf die politische Umwelt fassen.
- 326 Vgl. Kiesinger im Bundesparteiausschuss 1.10.1968, in: ACDP VII-001-023/4; Stücklen in: Abendzeitung 14.12.1967; Gradl im Bundesvorstand 10.5.1968 in: ACDP VII-001-017/2.
- 327 Bundesvorstand 16.1.1969, in: ACDP VII-001-018/1.
- 328 Vgl. Unterlagen in: ACDP VII-004-129/3.
- 329 Bericht Staatssekretär Koeppler nach Vorlage des Innenministers im CDU-Bundesvorstand 16.1.1969, in: ACDP VII-001-018/1.
- 330 Vgl. insbesondere Kiesinger, Kohl und Stoltenberg in der Diskussion im CDU-Bundesvorstand 17.4.1969, in: ACDP VII-001-018/3, im CDU-Bundesvorstand 10.5.1968 in: ACDP VII-001-017/2 oder im Bundesparteiausschuss 1.10.1968, in: ACDP VII-001-023/4.
- 331 Vgl. Bundesparteiausschuss 1.10.1968, in: ACDP VII-001-023/4.
- 332 Als Einschätzung zur lokalen und gesellschaftlichen Verankerung der NPD vgl. Vermerk für Heck 4.9.1968, in: ACDP VII-004-129/2.
- 333 Zentralvorstand 30.9.1968, in: ACDP III-007-001/1.
- 334 Landesvorstand 25.10.1968, in: ACDP I-248-0018/2. Als Präzedenzfall für dieses Urteil diente die Stadt Peine.
- 335 Vgl. etwa: FAZ 16.9.1968: »Wer geglaubt hätte, die Delegierten würden sich etwa über die Listenverbindungen mit NPD-Kommunalwahlkandidaten erregen und vom Vorstand härtere Konsequenzen fordern, der sah sich getäuscht. Hasselmann meinte nur, daß man innenpolitisch schon mit der NPD fertig werde. Schmücker, der in seinem Referat zum politischen Engagement in der Gemeinde aufrief, begnügte sich mit der Feststellung, die NPD fördern heiße, unserm Land Schaden zufügen und das sollte ein Patriot nicht tun.«
- 336 Vgl. ACDP VII-004-042/3; oder JU Fritzlär-Homburg an Bundesvorstand 8.10.1968 zur Zusammenarbeit der CDU mit der NPD in ihrem Kreis, in: ACDP VII-004-042/1.
- 337 Bundesvorstand 12.12.1969, in: ACDP VII-001-018/8.
- 338 Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz 5./6.5.1970, in: ADCP III-010-124/4.
- 339 Beschlußprotokoll des Vorstandes der CDU in Niedersachsen. 25.4.1970, in: ACDP III-007-003/2.
- 340 »Von Bismarck: NPD sollen Mandat niederlegen – finanzieller Ausgleich/Brandes: müssen dann aber in CDU aufgenommen werden«, in: ebd.
- 341 Beschlußprotokoll des Vorstandes der CDU in Niedersachsen. 2.5.1970, in: ACDP III-007-003/2.
- 342 Sitzung Bezirksvorstand Stade 23.1.1970, in: ACDP I-148-104/2.
- 343 Vgl. Wettig-Danielmaier, Die erste Selbstaflösung.
- 344 Zu den stillschweigenden Übertritten von NPD-Lokalpolitikern zur CDU vgl. etwa: Leuschner/Försterling, 50 Jahre Christlich Demokratische Union, S. 43.
- 345 Vgl. hierzu zuletzt: Axel Schildt, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders. u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten, S. 21–53.
- 346 Dagegen 45 Prozent mit Union, zehn Prozent mit den Liberalen, dreißig Prozent keine Partei/keine Antwort; Allensbach-Umfrage in: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Hg.), Das geistige Bild der Studenten, S. 26.
- 347 Tagebücher Krone 2./3.6.1961 und 14.9.1961, S. 505 und. 530.
- 348 Bundesvorstand 10.5.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 259 f.
- 349 Vgl. Bundesvorstand 23.5.1960, in: Protokolle 1957–1961, S. 690.
- 350 Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 89 f.
- 351 Bundesvorstand 10.5.1962, in: Protokolle 1961–1965, S. 259 f.
- 352 Zu Picht und der folgenden Debatte vgl. Friedensburg, Bildungsreform, S. 347–350.
- 353 Vgl. die entsprechende Einordnung der Themen bei Kleßmann, Zwei Staaten, S. 256.
- 354 Vgl. die harte Diskussion um diese Entschließung zur Kulturpolitik in: Bundesvorstand 21.6.1965, in: Protokolle 1961–1965, S. 959–966. Die bildungspolitische Unbeweglichkeit der CDU bildet quasi die Zentralperspektive in: Pütz, Innerparteiliche Willensbildung.
- 355 Vgl. Entschließung auf JU-Deutschlandratsitzung 1./2.5.1965, in: ACDP IV-007-034/4.
- 356 Vgl. hierzu Unterlagen in: III-007-014/1 und Leski, Schulreform.
- 357 Vgl. die lange Debatte in: CDU-Bundesvorstand 20./21.9.1968, in: ACDP VII-001-017/5
- 358 Vgl. die lesenswerte Lokalstudie von Exner, Ländliche Gesellschaft, bes. S. 156, 169 und 443
- 359 Zu den von Günther Grass angeführten Wahlkampagnen vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 286–298.
- 360 Bundesvorstand 13.2.1967, in: ACDP VII-001-016/1.
- 361 Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 362 Bundesvorstand 16.1.1969, in: ACDP VII-001-018/1.
- 363 Bundesvorstand 21.6.1968 in: ACDP VII-001-017/3.
- 364 Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 365 Vgl. bes. Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.
- 366 Ebd.
- 367 Bundesvorstand 2.5.1967 in: ACDP VII-001-016/2.
- 368 Bundesvorstand 10.5.1968, in: ACDP VII-001-017/2.

- 369 Rollmann an das landeskirchlich Jugendpfarramt/Pastor Pioch, 25.5.1967, in: ADCP III-010-124/4. Rollmann prägte ab 1968 als Landesvorsitzender die »neue« CDU.
- 370 Vgl. für 1967/68 die EAK-Unterlagen in: ACDP IV-001-020/3.
- 371 Gerade im Licht der heutigen Debatte über Conze ist dieser Beitrag hochinteressant: »Verbrechen blieben lange gerichtlich ungesühnt, über die Problematik der gesamtnationalen und noch mehr der je individuellen Verstrickung wurde nicht genügend freimütig und offen gesprochen. Die Generation der Väter, soweit sie überhaupt noch lebte, wurde einer nachwachsenden Generation daher weithin fragwürdig. Viele Verspannungen der politischen Mentalität in Westdeutschland sind auf dies Versäumnis des freien Austragens der drückenden Last in den ersten Jahren nach 1945 zurückzuführen. [...] Daß sie [die Auseinandersetzung, F. B.] den Grad von Hitzigkeit annehmen konnte, den sie jetzt erreicht hat, ist größtenteils darauf zurückzuführen, daß dem offenen Gespräch zwischen Vätern (der NS-Zeit) und Söhnen (der Nachkriegszeit) zu häufig ausgewichen worden ist.« Werner Conze »Die Kritik an der Bundesrepublik«, Vortrag auf Bundesversammlung des EAK der CDU/CSU am 7.–9.3.1968, in: ACDP IV-001-020/3.
- 372 Zit. DuD 17.1.1969, Erklärung 16.1.1969, in: ACDP VII-001-018/1.
- 373 Vgl. Der Spiegel 29.4.1968, S. 29.
- 374 CDU-Bundesvorstand 10.5.1968 in: ACDP VII-001-017/2.
- 375 Vgl. hierzu etwa Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz 26.11.1968, in: ADCP III-010-124/4 oder 26.3.1969, in: ACDP VII-004-034/1.
- 376 Bundesvorstand 20.6.1969, in: ACDP VII-001-018/4.
- 377 Zu den Folgen der Eintrittswelle vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 150–153, 336–339.
- 378 Bei der SPD stagnierte die Zahl der neuen Abgeordneten, bei FDP sank sie; vgl. Statistik in: Datenhandbuch, Bd. 1, S. 580.
- 379 Zu dieser Generation vgl. Moses, Die 45er; Bude, Deutsche Karrieren; für die SPD vgl.: Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Broszat u. a. (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 169–210.
- 380 Zu Barzel vgl. bislang nur: Dreher, Rainer Barzel.
- 381 Die bisherige Literatur zur politischen Professionalisierung orientiert sich weniger an die diesen biografischen Stationen als an externen Faktoren wie der Einkommensstruktur der Abgeordneten; vgl. etwa Borchert (Hg.), Politik als Beruf.
- 382 Vogel/Haungs, Wahlkampf und Wählertraditionen; vgl. nach Wiesendahls Austritt 1971 dessen äußerst kritischen Band (mit Dierk-Eckhard Becker): Ohne Programm nach Bonn; vgl. insbes. für die Berliner JU: Hackel, Die Auswahl des politischen Nachwuchses; Hackel selbst bereitete mit dieser Dissertation ebenfalls seine politische Karriere vor, die ihn später in den Bundestag und ins Europaparlament führen sollte.
- 383 Dufhues an Adenauer, 29.1.1966, in: LES NE I.13; Bach an Erhard, 14.12.1959, in: LES NE I-74/19.
- 384 Protokoll des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz, 24.11.1956 in: LHAK 663. 2-371. Protokolle, die Kohls Teilnahme vorher verzeichnen, konnten nicht gefunden werden.
- 385 Als Kohl ihm dies Ende 1965 direkt im Landesvorstand vorhielt, entgegnete Altmeier nur, »[...] wo steht geschrieben, daß ich mit jedem, der eine neue Position anstrebt, Gespräche führen soll?«; Protokoll geschäftsführender Landesvorstand Rheinland-Pfalz, 18.11.1965, in: LHAK 700.169-25.
- 386 Bundesvorstand 27.11.1964, in: Protokolle 1961–1965, S. 751 f.
- 387 Ebd. S. 761.
- 388 Ebd., S. 804.
- 389 Bundesausschuss 21.5.1967 in: ACDP VII-001-016/3.
- 390 Die Bedeutung, die die Große Koalition, das Parteiengesetz für die Parteiform hatten, betont bereits: Schönbohm, Die CDU, S. 65 f.
- 391 Kraske im CDU-Bundesvorstand 21.5.1967 in: ACDP VII-001-016/3.
- 392 Wie später ein Journalist herausfand, wurden die ungültigen Stimmen falsch berechnet; vgl. Protokoll Fratzscher 18.5.1968, in: ACDP III-007-001/1.
- 393 Rundschreiben Beitzten 29.5.1968, in: ACDP I-248-011/2.
- 394 Vgl. etwa zu Hessen: Wolf, Neubeginn und Kampf, in: Heidenreich/Ders. (Hg.), Der Weg zur stärksten Partei, S. 60 f.
- 395 Protokoll des Parteitages Schleswig-Holstein, 19.12.1969, in: ACDP III-006-035/37.
- 396 Vgl. ebd., S. 8–10.
- 397 Vgl. Bundesvorstand 17.7.1967, in: ACDP VII-001-016/4.
- 398 Dieser Punkt wurde immer wieder herausgestellt; vgl. etwa Kleinmann, Geschichte der CDU, S. 269; Buchhaas, Die Volkspartei, S. 309; Schönbohm, Die CDU, S. 79 f.
- 399 Bundesvorstand 21.6.1968 in: ACDP VII-001-017/3.
- 400 Vgl. die Bedenken gegen die Diskussion in: Bundesvorstand 21.6.1968 und 20./21.9.1968 in: ACDP VII-001-017/3 und –17/5.
- 401 Vgl. Diskussion im Bundesvorstand 2.5.1967, in: ACDP VII-001-016/2;
- 402 Im Oktober 1969 fand bereits die 35. Sitzung statt; Protokolle Präsidium 1969, in: ACDP VII-001-332/1.
- 403 Vgl. bes. Bundesvorstand 2.5.1967 in: ACDP VII-001-016/2 und Bundesausschuss 21.3.1966 in: ACDP VII-001-015/3.
- 404 Vgl. bereits: Fred Sepainter, Von der Koordination der vier Landesverbände zur Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg, in: Weinacht, Die CDU in Baden-Württemberg, S. 247–256.
- 405 Vgl. die Oldenburger Proteste in: ACDP I-366-028/1, bes. Glup/Bruns an Fricke, 21.3.1968.
- 406 Dass die gesellschaftliche Gleichberechtigung eher in den siebziger Jahren ihren entscheidenden Schub erhielt, betont zuletzt: Ute Frevert, Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Experimentierraum, in: Schildt u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten, S. 642–660.
- 407 Datenhandbuch, Bd. 1, S. 636.
- 408 So zumindest die Beschwerden der Vorsitzenden der Frauen-Union: Brauksiepe an Kiesinger 15.7.1968, in: ACDP VII-004-048/3.
- 409 Vgl. CDU Bundesvereinigung der Frauen 28.6.1968, in: ACDP III-007-001/3.
- 410 Fera an Hassel 16.5.1967, in: ACDP I-157-053/1.
- 411 Guttenberg an Brauksiepe, 21.10.1968, in: ACDP VII-004-048/3..
- 412 Vgl. hierzu Baring, Machtwechsel, S. 141 f.
- 413 Vgl. bes. am Tage darauf: Bundesvorstand 6.3.1969, in: ACDP VII-001-018/2 oder Aufzeichnung Carstens 21.3.1969, in: BA B 136/3753.
- 414 Vgl. Protokoll Präsidiumssitzung 29.9.1969, 15.00 Uhr, in: ACDP VII-001-332/1; Bundesvorstand 29.9.1969, in: ACDP VII-001-018/5. Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 182–184.

- 415 Aufzeichnung Adenauer über Gespräch mit Brentano 22.3.1963, in: StBkAH III-52.
- 416 Vgl. den Wählerwechsel seit 1969 in liberalen Wahlkreisen wie Heilbronn, Schwäbisch-Hall, Hohenlohekreis, Rems-Murr-Kreis, Reutlingen, Freudenstadt, Ammerland, Waldeck-Frankenberg oder Birkenfeld.

## Abkürzungen

abgedr.	abgedruckt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
BA	Bundesarchiv Koblenz
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BdV	Bund der Vertriebenen
Bearb.	Bearbeiter
bes.	besonders
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	Bayernpartei
BT	Bundestag
Betr.	betrifft
BTW	Bundestagswahl
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVP	Christliche Volkspartei
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DBV	Deutscher Bauernverband
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DReP	Deutsche Rechtspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Deutsche Volkspartei
DZP	Deutsche Zentrums-Partei
EAK	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ebd.	ebenda
epd	Evangelischer Pressedienst
ev.	evangelisch

Faks. Faksimile  
 FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung  
 FDP Freie Demokratische Partei  
 FES Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Fr. Frauen  
 Fs. Festschrift  
 GB/BHE Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten  
 GDP Gesamtdeutsche Partei  
 GG Geschichte und Gesellschaft  
 Hg. Herausgeber  
 HPM Historisch-Politische Mitteilungen  
 HStAD Hauptstaatsarchiv Düsseldorf  
 HStAH Hauptstaatsarchiv Hannover  
 HZ Historische Zeitschrift  
 i. E. im Erscheinen  
 IHK Industrie- und Handelskammer  
 Jg. Jahrgang  
 JU Junge Union  
 K. A. Keine Angabe  
 KAC Kreisarchiv Celle  
 Kap. Kapitel  
 KAS Konrad-Adenauer-Stiftung  
 kath. katholisch  
 LES Ludwig-Erhard-Stiftung  
 LHAK Landeshauptarchiv Koblenz  
 LKAH Landeskirchenarchiv Hannover  
 LT Landtag  
 LTW Landtagswahl  
 LV Landesverband  
 M. Männer  
 MdB Mitglied des Deutschen Bundestages  
 MdL Mitglied des Landtages  
 Mitgl. Mitglied  
 NdsJb Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte  
 NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands  
 NL Nachlass  
 Nr. Nummer  
 NR Niedersächsische Rundschau  
 NRW Nordrhein-Westfalen  
 NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
 NSt Niederdeutsche Stimmen  
 NU Niederdeutsche Union  
 o. D. ohne Datum  
 o. O. ohne Ort  
 o. U. ohne Unterschrift  
 PVS Politische Vierteljahresschrift  
 RCDS Ring Christlich-Demokratischer Studenten  
 SBZ Sowjetische Besatzungszone  
 SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
 SRP Sozialistische Reichspartei  
 StAGö Stadtarchiv Göttingen  
 StAH Stadtarchiv Hannover  
 StBkAH Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus  
 Sonst. Sonstige  
 SV Staatsbürgerliche Vereinigung  
 SZ Süddeutsche Zeitung  
 Tab. Tabelle  
 UiD Union in Deutschland  
 VfZ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
 vgl. vergleiche  
 WAZ Westdeutsche Allgemeine Zeitung  
 WP Wahlperiode  
 Württ.-Hoh. Württemberg-Hohenzollern  
 zit. zitiert  
 ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen  
 ZfP Zeitschrift für Politikwissenschaft  
 zus. zusammen  
 ZvD Zentralverband der vertriebenen Deutschen

## Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse 1946 bis 1952 Seite 97  
Tab. 2: Volksschulen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Seite 130  
Tab. 3: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1953 nach Geschlecht und Alter Seite 156  
Tab. 4: Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1953 nach Konfession und Beruf Seite 157  
Tab. 5: CDU-Zweitstimmen nach Gemeindegröße und Anteil der evangelischen Bevölkerung Seite 157  
Tab. 6: Wahlbeteiligung nach Gemeindegröße, evangelischem Bevölkerungsanteil und Geschlecht Seite 157  
Tab. 7: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse 1953 bis 1957 nach Bundesländern Seite 164  
Tab. 8: Monatliche Spenden der Fördergesellschaften an CDU-Verbände Frühjahr 1953 Seite 205  
Tab. 9: Einnahmen der Organisationseinheit ›Das Wirtschaftsbild‹ nach Zeitschriftentitel Seite 219  
Tab. 10: Jährliche Ausgaben der ›Waage‹ Seite 219  
Tab. 11: Organisations- und Mitgliederstand der CDU-Landesverbände 1956 Seite 277  
Tab. 12: Berufliche Gliederung der CDU-Mitglieder 1964 nach Landesverbänden Seite 285  
Tab. 13: Parteipräferenzen von Männern und Frauen nach Berufsgruppen und Konfession 1955 Seite 300  
Tab. 14: Anteil weiblicher Mitglieder in den CDU-Landesverbänden 1958 bis 1967 Seite 302  
Tab. 15: Katholikenanteil der CDU-Mitglieder 1962 und 1964 nach Landesverbänden Seite 321  
Tab. 16: Konfessionsverteilung der CDU/CSU Bundestagsfraktion 1949 bis 1969 Seite 322  
Tab. 17: Soll-Beiträge (Mindestabgabe) der CDU-Mandatsträger 1966 nach Landesverbänden Seite 371  
Tab. 18: Öffentliche Mittel für die CDU aus den Länderhaushalten 1962 Seite 378  
Tab. 19: Einnahmen der rückwirkend fingierten Organisationseinheit ›Das Wirtschaftsbild‹ Seite 380  
Tab. 20: Fingierte »Verlagsprovisionen« aus Einnahmen von ›Das Wirtschaftsbild‹ Seite 382  
Tab. 21: Wahlkampfausgaben und Spendeneinnahmen 1957 bis 1965 der gesamten CDU Seite 387

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### I. Ungedruckte Quellen

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus/Rhöndorf (StBkAH)  
Nachlass und Sammlungen Konrad Adenauer

#### Bundesarchiv Koblenz (BA)

Nachlässe  
Brentano, Heinrich von NL 1239  
Dibelius, Otto NL 1439  
Etzel, Franz NL 1254  
Kaiser, Jakob NL 1018  
Holzapfel, Friedrich NL 278  
Keudell, Walter von NL 243  
Kraft, Waldemar NL 267  
Rehling, Luise NL 152  
Schlange-Schöningen, Hans NL 1071  
Seebohm, Hans-Christoph NL 1178  
Schwarzhaupt, Elisabeth NL 1177

Bestand  
Bundeskanzleramt B 136

#### Archiv für Christlich-Demokratische Politik/Sankt Augustin (ACDP)

Nachlässe  
Beitzen, Hans I – 370  
Brese, Wilhelm I – 066  
Buchka, Karl von I – 436  
Cillien, Adolf I – 521  
Dörpinghaus, Bruno I – 009  
Eckardt, Felix von I – 010  
Ehlers, Hermann I – 369  
Fay, Wilhelm I – 145  
Fouhnel, Heinrich I – 511  
Fratzscher, Arnold I – 014  
Fricke, Otto I – 248  
Gerstenmaier, Eugen I – 210  
Globke, Hans I – 070  
Hassel, Kai-Uwe v. I – 157  
Hofmeister, Werner I – 395  
Kalinke, Margot I – 026  
Kiesinger, Kurt Georg I – 226

Krone, Heinrich	I – 028
Kuntscher, Ernst	I – 202
Lemke, Helmut	I – 456
Lenz, Otto	I – 172
Lingens, Hermann	I – 178
Merkatz, Hans-Joachim v.	I – 148
Müller, Klaus	I – 505
Müller-Hermann, Ernst	I – 412
Osterloh, Edo	I – 262
Pagel, Paul	I – 287
Schmidt, Otto	I – 096
Schröder, Gerhard	I – 483
Schönfelder, Werner	I – 382
Strickrodt, Georg	I – 085
Tillmanns, Robert	I – 229
Wegmann, August	I – 366
Wuermeling, Franz-Josef	I – 221
Bundespartei	
Bundesvorstand,	
Bundesausschuss, Präsidium	VII – 001
Vorsitzende	VII – 002
Wahlen	VII – 003
Bundesgeschäftsstelle	VII – 004
Finanzen	VII – 006
Vereinigungen/Gruppen	
ADK	VI – 025
CDA	IV – 013
EAK	IV – 001
Frauenvereinigung	IV – 003
Junge Union	IV – 007
Filme	
	X – 100
Landesverbände	
Berlin	III – 012
Braunschweig	III – 005
Hildesheim (Bezirksverb.)	III – 008
Hamburg	III – 010
Hessen	III – 020
Niedersachsen (Dachverb.)	III – 007
Nord-Württemberg	III – 003
Nordbaden	III – 004
Oldenburg	III – 021
Schleswig-Holstein	III – 006
Südbaden	III – 018
Westfalen	III – 002
Württemberg-Hohenzollern	III – 009

Kreisverbände	
Ammerland	II – 149
Aurich	II – 150
Braunschweig	II – 105
Celle	II – 056
Cloppenburg	II – 064
Gandersheim	II – 085
Goslar	II – 092
Stade	II – 156
Uelzen	II – 103
Vechta	II – 067
Wesermarsch	II – 187
Wolfenbüttel	II – 090

**Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn (LES)**

Nachlass Ludwig Erhard

**Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (FES)**

Nachlass Gustav Heinemann

Bestand SPD-Bundesvorstand/Sekretariat

Fritz Heine SPD-PV 2/PVAJ

**Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD)**

Nachlässe

Bach, Ernst RWN 138

Schmidt, Otto RWN 119

**CDU-Landesverbände**

Rheinland RWV 26

Westfalen RWV 105

Kreisverband

Wuppertal RWV 120

**Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK)**

Nachlässe

Altmeier, Peter 700.169

Süsterhenn, Adolf 700.177

Zimmer, Alois 700.135

**CDU-Landesverband**

Rheinland-Pfalz 663

**Hauptstaatsarchiv Hannover (HStAH)**

Nachlass

Gereke, Günther VVP 3

Bestand

Deutsche Partei VVP 7

Lageberichte Hann 80 Lün. XXX

Hanna Fuess-Sammlung ZGS 1 VI.

**Landeskirchenarchiv Hannover (LKAH)**

Kanzlei Landesbischof Marahrens L 2  
 Kanzlei Landesbischof Lilje L 3  
 Politische Parteien Allgemeines Gen. Akte 880, Bd.1

**Stadtarchiv Hannover (StAH)**

Partei Gründung KPS 168 Acc 56.124  
 Plakatsammlung

**Stadtarchiv Göttingen (StAGö)**

Partei Gründung/Kleine Erwerbungen Nr. 171

**II. Veröffentlichte Quellen und Memoiren**

- ABGEORDNETE des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bde. 1 bis 6, Boppard 1982-1989.
- ADENAUER, Konrad: Briefe, bearb. von Hans Peter Mensing, Bd. 1 (1945-1947), Berlin 1983; Bd. 2 (1947-1949); Berlin 1984; Bd. 3 (1949-1951), Berlin 1985; Bd. 4 (1951-1953), Berlin 1986. Bd. 5. (1953-1955), Bd. 6 (1955-1957), Berlin 1998, Bd. 7 (1957-1959), Paderborn 2000.
- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965; Erinnerungen 1953-1955, Stuttgart 1966; Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart 1967; Erinnerungen 1959-1963, Stuttgart 1968.
- ADENAUER, Konrad: Teegespräche, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, 1950-1954, Berlin 1984; Teegespräche 1955-1958, Berlin 1986; Teegespräche 1959-1961, Berlin 1988.
- ALTMAIER, Peter: Reden 1946-1951, hrsg. von Karl Martin Graß/Franz-Josef Heyen, Boppard 1979.
- Die Unionsparteien 1946-1950: Protokolle der ARBEITSGEMEINSCHAFT der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff, Düsseldorf 1991.
- BAUSCH, Paul: Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten, Korntal 1969.
- BRESE, Wilhelm: Erlebnisse und Erkenntnisse des langjährigen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Brese von der Kaiserzeit bis heute, Marwede 1976.
- BRÜGELMANN; Hermann/SIMON, Klaus (Hg.), Robert Tillmanns – eine Lebensleistung, Stuttgart 1956.
- Verhandlungen des Deutschen BUNDESTAGES. Stenographische Berichte, Bonn 1949 ff.
- Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«. Die Protokolle des CDU-BUNDESVORSTANDES 1950-1953, bearb. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1986. [zit. Protokolle 1950-1953].
- Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-BUNDESVORSTANDES 1953-1957, bearb. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1990. [zit. Protokolle 1953-1957].
- Adenauer: »...Um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-BUNDESVORSTANDES 1957-1961, bearb. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1994. [zit. Protokolle 1957-1961].
- Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-BUNDESVORSTANDES 1961-1965, bearb. v. Günter Buchstab, Düsseldorf 1998. [zit. Protokolle 1961-1965].
- BUCHHAAAS-BIRKHOLZ, Dorothee (Bearb.), »Zum politischen Weg unseres Volkes«. Politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus 1945-1952. Eine Dokumentation, Bonn 1989.
- BUNDESGESETZBLATT, hrsg. v. Bundesminister der Justiz, Teil I, Bde. 1953 u. 1957, Bonn 1953 u. 1957.
- CARSTENS, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. v. Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard 1993.
- CDU Deutschland (Hg.), Parteitage der CDU Deutschlands, 17. Bde., 1950-1969.
- CDU Deutschland (Hg.), Jahrbuch der CDU/CSU, Bonn 1950 ff.
- DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, bearb. v. Peter Schindler, Baden-Baden 1999.
- Dokumente zur DEUTSCHLANDPOLITIK: Reihe III, 1955-1958, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Bonn/Berlin, 4 Bde. Frankfurt 1963-1969.
- ECKARDT, Felix von: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1967.
- ERDMANN, Karl Dietrich (Hg.): Hermann Ehlers. Präsident des deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954, bearb. von Rüdiger Wenzel, Boppard 1991.
- FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954, bearb. von Udo Wengst, 2 Bde., Düsseldorf 1990.
- FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1991.
- FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1960-1967, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993.
- FITZEK, Alfons (Hg.): Katholische Kirche im demokratischen Staat. Hirtenworte der deutschen Bischöfe zu wichtigen Fragen der Zeit und zu den Bundestagswahlen 1945 bis 1980, Würzburg 1981.
- FISCHER, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946-1989, 2 Bde., Paderborn 1990.
- FLECHTHEIM, Otto (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bde., Berlin 1962-1971.
- FRIEDENSBURG, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin 1971.
- FRINGS, Josef: Für die Menschen bestellt. Erinnerungen, Köln 1973.
- GEREKE, Günter: Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (Ost) 1970.
- GERSTENMAIER, Eugen: Reden und Aufsätze. Zusammengestellt anlässlich seines 50. Geburtstages am 25. 8. 1956, hrsg. vom Evangelischen Verlagswerk, o. O., o. D. [Stuttgart 1956].

- GERSTENMAIER, Eugen: Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Hellmuth Gollwitzer, Bonn 1960.
- GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1981.
- GLÜSING, Hermann, »Dor warr ik mi um kümmern«, Heide 1976.
- GRADL, Johann Baptist: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone, Köln 1981.
- HACKE, Christian (Hg.): Jakob Kaiser. Wir haben eine Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988.
- HAHN, Wilhelm: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981.
- HANZ, August: Ein Leben in bewegter Zeit, Frankfurt 1991.
- HEIDEMEYER, Helge (Bearb.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, Düsseldorf 1998.
- HEINEMANN, Gustav: Deutsche Friedenspolitik. Reden und Aufsätze, Darmstadt 1952.
- HEINEMANN, Gustav: Im Schnittpunkt der Zeit. Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister a. D., Darmstadt 1957.
- HEUSS: Theodor: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1970.
- HINTZE, Peter (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995.
- JAHN, Hans-Edgar: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich, Bonn 1987.
- JOHN, Antonius: Ahlen und das Ahlener Programm. Dokumente – Ereignisse – Erinnerungen, Ahlen 1977.
- Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, hrsg. von Hans Booms, 10 Bde., Boppard a. Rh. 1989 bis München 2000.
- KATHER, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde., München 1964/65.
- KIESINGER, Kurt Georg: Dunkle Jahre und helle Erinnerungen 1904–1958, hrsg. v. Reinhard Schmoeckel und Bruno Kaiser, Stuttgart 1989.
- KIRCHLICHES JAHRBUCH für die Evangelische Kirche in Deutschland, Jahrgänge 1946 bis 1955, Gütersloh 1947–1956.
- KRONE, Heinrich: Tagebücher, bearb. v. Hans-Otto Kleinmann, Bd. 1: 1945–1961, Düsseldorf 1995.
- LEMKE, Helmut: Reden, Ansprachen, Gedanken 1954–1983. Festgabe für Helmut Lemke zum 80. Geburtstag, hrsg. v. Uwe Barschel u. a., Neumünster 1987.
- LENZ, Otto: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.
- LILJE, Hanns: Kirche und Politik, Nürnberg 1951.
- LÖHR, Wolfgang (Bearb.): Dokumente deutsche Bischöfe 1945–1949. Bd. 1: Hirtenbriefe und Ansprachen zur Gesellschaft und Politik 1945–1949, Würzburg 1985.
- LUNDGREEN, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.
- MAIER, REINHOLD: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.
- MAJONICA, Ernst: Die Junge Union Deutschlands 1950 bis 1955, in: Christoph Böhr (Hg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, Krefeld 1988, S. 105–119.
- MAYER, Tilman (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988.
- MENDE, Erich: Die neue Freiheit. 1945–1961, München 1984.
- MENDE, Erich: Von Wende zu Wende. 1962–1982, München 1986.
- MENSING, Hans Peter (Bearb.): Adenauer–Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren, Berlin 1997.
- MENSING, Hans Peter (Bearb.): Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen und Vertriebenen, Bonn 1999.
- MERKATZ, Hans-Joachim: Unser Weg in die Union, Hannover 1961.
- NEUMANN, Peter/NOELLE, Elisabeth: Umfragen über Adenauer. Ein Porträt in Zahlen, Allensbach 1961.
- NOELLE, Elisabeth/NEUMANN, Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach 1956.
- OSTERHELD, Horst: »Ich gehe nicht leichten Herzens...«. Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986.
- POPPINGA, Anneliese: Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer, Stuttgart 1970.
- PÜTZ, Helmuth (Bearb.): Konrad Adenauer und die CDU der Britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975. [zit. Dokumente].
- RÖPKE, Andreas: Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948/49, in: NdsJb 55 (1983), S.243–309.
- SALZMANN, Rainer (Bearb.): Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, Stuttgart 1981.
- SALZMANN, Rainer (Bearb.): Die CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, Düsseldorf 1988.
- SÄNGER, Fritz: Verborgene Fäden. Der dpa-Chef erinnert sich, Bonn 1978.
- SCHLANGE-SCHÖNIGEN, Hans: Am Tage danach, Hamburg 1946.
- SCHMID, Carlo: Erinnerungen, Bern 1979.
- SCHOLLWER, Wolfgang: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966, München 1994.
- SCHRÖDER, Gerhard u. a. (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt 1972.
- SCHROEDER, Wolfgang (Hg.): Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.
- SCHWERING, Leo (Hg.): Auf der Suche nach dem Kurs. Zur Erinnerung an die Gründung der CDU im Rheinland vor 25 Jahren, Köln 1970.
- SCHWERING, Leo: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963.
- SEITERICH-KREUZKAMP: Links, frei und katholisch – Walter Dirks, Frankfurt 1986.
- SONNEMANN, Theodor: Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit. Lebenserinnerungen, Würzburg 1980.
- Vorstand der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Hg.): Unternehmerrmillionen kaufen politische Macht! Finanzierung und Korruption der Regierungsparteien durch die Managerschicht der »Wirtschaft«, Bonn 1953.

- Jahrbuch der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bde. 1946 bis 1966/67, Hannover 1946 bis 1967.
- SPRINGER, Axel: Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen, hrsg. v. Hans Wallenberg, Stuttgart 1982.
- STELTZER, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966.
- STIFTERVERBAND für die deutsche Wissenschaft (Hg.): Das geistige Bild der Studenten. Ihre Einstellung zu Politik, Kultur und Hochschulfragen, Essen 1961.
- STRAUSS, Franz-Josef: Erinnerungen, Berlin 1989.
- STRECKER, Reinhard-M.: Dr. Hans Globke. Aktenauszüge – Dokumente, Hamburg [1961].
- SÜSTERHENN, Adolf: Schriften zum Natur-, Staats- und Verfassungsrecht, hrsg. von Peter Buscher, Mainz 1991.
- WENGST, Udo (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985.
- WURM, Theophil: Erinnerungen aus meinem Leben, Stuttgart 1953.
- Erster ZONEN-PARTEITAG im städtischen Saalbau in Recklinghausen am 14./15. 8. 1947, hrsg. von dem Zonensekretariat der britischen Zone, Köln o. D. [1947].

### III. Literaturverzeichnis

- ABELSHAUSER, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt/M. 1983.
- ACKERMANN, Paul: Der deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflussnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis, Tübingen 1970.
- ACKERMANN, Paul: Die Jugendorganisationen der politischen Parteien, in: Gerhard Lehmbuch u. a. (Hg.), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik, München 1971, S. 298–315.
- ADAMIETZ, Horst: Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959, Bremen 1978.
- ALBERT, Klaus: Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU im Lande Schleswig-Holstein. Rückblick auf die Regierungszeit von Ministerpräsident Dr. Walter Bertram (1950/51), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 108 (1983), S. 281–317.
- ALEMANN, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2000.
- ALT, Franz: Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung, Eichholz 1970.
- ALTGELD, Wolfgang: Katholizismus, Protestantismus und Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus, Mainz 1992.
- APPELIUS, Stefan: Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999.
- ARETZ, Jürgen u. a. (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 4, Mainz 1980.
- ARETIN, Karl Otmar von: Bürgerliche Mitte oder konservative Rechtspartei? Der Strukturwandel innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (1967), S. 252–258.
- ASCHOFF, Hans-Georg: Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987.
- ASCHOFF, Hans-Georg: CDU und Zentrumspartei in Niedersachsen nach 1945, in: Marlis Buchholtz u. a. (Hg.), Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obenaus, Bielefeld 1996, S. 315–337.
- BAER, Christian-Claus/FAUL, Erwin (Hg.): Das deutsche Wahlwunder, Frankfurt 1953.
- BALD, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994.
- BARING, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1969.
- BARING, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974.
- BARING, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983.
- BARZEL, Rainer: Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947.
- BAUER, Gerhard: Die CDU im Saarland, Saarbrücken 1981.
- BAUER, Gerhard: Hundert Jahre christlicher Politik an der Saar. Vom Zentrum zur CDU, Saarbrücken 1981.
- BAUMEISTER, Martin: Parität und Inferiorität. Untersuchungen zur Stellung des Katholizismus im Deutschen Kaiserreich, Paderborn 1987.
- BAUMHAUER, Joachim Friedrich: Regional, national, nationalsozialistisch. Wandlung des Nationalgefühls in einem niedersächsischen Dorf, in: Albrecht Lehmann/Andreas Kunz (Hg.), Sichtweisen der Volkskunde. Zur Geschichte und Forschungspraxis einer Disziplin, Berlin 1988, S. 197–218.
- BAUSINGER, Hermann/ESCHENBURG, Theodor: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stuttgart 1981.
- BAYER, Ulrich: »Als wenn es keinen Eisernen Vorhang gäbe«. Die Deutsche Frage im Spiegel der katholischen und evangelischen Presse 1949 bis 1955, Tübingen 1994.
- BECKER, Dierk-Eckhard/WIESENDAHL, Elmar: Ohne Programm nach Bonn oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein, Reinbek 1972.
- BECKER, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.
- BENTLEY, James: Martin Niemöller. Eine Biographie, München 1985.
- BENZ, Wolfgang: Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im »Ellwanger Kreis« 1947/48, in: VfZ 25 (1977), S. 776–820.
- BENZ, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bde., Frankfurt 1989 (erw. Neuaufl.).
- BERGHAHN, Volker: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1985.
- BERGHOFF, Hartmut/RAUH-KÜHNE, Cornelia: Fritz K. Ein Leben im zwanzigsten Jahrhundert, München 2000.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk/SCHISLER, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk/NAETZEL, Thomas (Hg.), Parteien und Wahlen in Hessen 1946–1993, Marburg 1993.
- BESIER, Gerhard: »Selbstreinigung« unter britischer Besatzungsherrschaft. Die evangelisch-lutherische Landeskirche und ihr Landesbischof Marahrens 1945–1947, Göttingen 1986.

- BESIER, Gerhard, Herrmann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in: *Kerygma und Dogma* 36 (1990), S. 80–110.
- BESIER, Gerhard: »Christliche Parteipolitik« und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990), S. 166–186.
- BESIER, Gerhard: Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze, 2 Bde., Neukirchen 1994.
- BEYER, Helmut/MÜLLER, Klaus: Der niedersächsische Landtag in den 50er Jahren, Düsseldorf 1988.
- BEYME, Klaus von: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971.
- BILLERBECK, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage und der Nationalsozialismus, Bonn 1971.
- BILSTEIN, Helmut u. a.: Jungsozialisten, Junge Union, Jungdemokraten. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1971.
- BIRKE, Adolf M.: Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien, München 1997.
- BLANKENBURG, Erhard: Kirchliche Bindungen und Wahlverhalten. Eine Analyse der Parteipräferenzen in Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1966, Olten/Freiburg 1967.
- BLUMENWITZ, Dieter u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen; Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976.
- BÖHR, Christoph (Hg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, Krefeld 1988.
- BORCHARDT, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955, Düsseldorf 2000.
- BORCHERT, Jens (Hg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Opladen 1999.
- BÖSCH, Frank: »Zum neubau des schulwesens« nach 1945. Die bildungspolitische Konzeption Adolf Grimmes, in: *Die Deutsche Schule* 88 (1996), S. 435–454.
- BÖSCH, Frank: »Zu katholisch«. Die Durchsetzung der CDU und das schwierige Zusammengehen der Konfessionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Dürr/Walter (Hg.), *Solidargemeinschaft*, S. 395–418.
- BÖSCH, Frank: Kontinuität im Umbruch. Die CDU auf dem Weg ins neue Jahrhundert, in: *APuZ* B 4/2000, S. 12–21.
- BÖSCH, Frank: Von der Einwohnerwehr zur Volkspartei. Die Politisierung des protestantisch-ländlichen Raumes (1918–1970), in: Daniela Münkler (Hg.), »Der lange Abschied vom Agrarland«. Agrarpolitik und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 227–248.
- BÖSCH, Frank: Die Entstehung des CDU-Spendensystems und die Konsolidierung der deutschen Parteienlandschaft, in: *ZfG* 49.8 (2001), S. 695–711.
- BÖSCH, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur, Lebenswelten und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002.
- BRELIE-LEWIEN, Doris von der: Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Göttingen 1986.
- BREITLING, Rupert: Das Geld in der deutschen Parteipolitik, in: *PVJ* 2 (1961), S. 348–363.
- BREITSCHUH, Gernot: Der Schulkampf in Niedersachsen nach 1945, in: *Rotenburger Schriften* 68 (1988), S. 89–120.
- BREMME, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956.
- BRETTSCHEIDER, Michael: Mitgliederzahlen der Parteien und ihre räumliche Verteilung 1977, Berlin 1978.
- BRIESEN, Detlev: Regionalgeschichte. Ein Ansatz zur Erforschung regionaler Identität, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 11 (1993), S. 719–806.
- BROSIUS, Dieter/HOHENSTEIN, Angela: Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985.
- BRUNNER, Wolfram: Bundestagswahlkämpfe und ihre Effekte: Der Traditionsbruch 1998, in: *ZParl* 30 (1999), S. 268–296.
- BUCHHAAS, Dorothee/KÜHR, Herbert: Von der Volkskirche zur Volkspartei. Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet, in: Kühr, Herbert (Hg.): *Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich*, Königsstein/T. 1979, S. 136–232.
- BUCHHAAS, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.
- BUCHHAAS, Dorothee: Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund, Düsseldorf 1985.
- BUCHHEIM, Hans (Hg.): Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag, Bonn 1986.
- BUCHHEIM, Hans (Hg.): Der Patriotismus Konrad Adenauers, Bonn 1990.
- BUCHHEIM, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953.
- BUCHSTAB, Günter (Hg.): Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993.
- BUCHSTAB, Günter/GOTTO, Klaus (Hg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München 1990 (2. Aufl.).
- BUCHSTAB, Günter/KAFF, Brigitte/KLEINMANN, Hans-Otto: Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler, Düsseldorf 1986.
- BUCHWALD, Frank Andreas: Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt 1952–1959. Strategien amtlicher Presse- und Informationsarbeit in der Kanzlerdemokratie, Mainz 1991.
- BUDE, Heinz: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt 1987.
- BÜHRER, Werner/GRANDE, Edgar (Hg.): Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Baden-Baden 2000.
- BURGER, Werner: Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern. Eine vergleichende Analyse, Freiburg 1984.
- BÜSCH, Otto (Hg.): Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte, Berlin 1980.
- CARY, Noel D.: *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge 1996.
- CHODINSKI, Hans Joachim: Der Einfluß der niedersächsischen CDU auf die Bundespartei unter besonderer Berücksichtigung der Programmentwicklung, (unveröff. Staatsexamensarbeit) Göttingen 1978.

- CHODINSKI, Hans Joachim: Die Geschichte des Landesverbandes Oldenburg und der CDU in Niedersachsen, in: Die CDU im Oldenburger Land 1945–1985. Chronik des Landesverbandes Oldenburg, hrsg. v. CDU-Landesverband Oldenburg, Oldenburg 1986, S. 13–32.
- CONZE, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969.
- CROMME, Franz: Die Finanzen der CDU. Die Entwicklung des Finanzierungssystems bis 1961, Berlin 2000.
- DAHRENDORF, Ralf: Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit, München 2000.
- DAMBERG, Wilhelm: Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980, Paderborn 1997.
- DECKER, Frank: Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: ZParl 30 (1999), S. 345–361.
- DECKER, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000.
- DEDRING, Klaus-Heinrich: Adenauer – Erhard – Kiesinger. Die CDU als Regierungspartei 1961–1969, Pfaffenweiler 1989.
- DEUERLEIN, Ernst: CDU/CSU 1945–1957. Beiträge zur Zeitgeschichte, Köln 1987.
- DEXHEIMER, Wolfgang: Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961–1965–1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen, Bonn 1973.
- DIETRICH, York: Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996.
- DITTBERNER, Jürgen: Die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei von 1946 bis 1968. Eine Untersuchung der Funktionen von Parteitag, Augsburg 1969.
- DITTBERNER, Jürgen/EBBIGHAUSEN, Rolf (Hg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973.
- DITTMANN, Knut: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952, Düsseldorf 1981.
- DOEBLIN, Jürgen: Zur Scheinkausalität zwischen der Popularität der SPD bzw. CDU/CSU und ökonomischen Variablen, Mainz 1978.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955, Mainz 1981.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Konrad Adenauer – Jakob Kaiser – Gustav Heinemann. Deutschlandpolitische Positionen in der CDU, in: Jürgen Weber (Hg.), Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand, München 1989, S. 18–46.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die »Frommen« und die »Linken« vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staates. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU, in: DERS./Jochen-Christoph KAISER (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirche in Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, S. 88–108.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: Der Staat 30 (1991), S. 1–18.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- DOMES, Jürgen: Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer, Köln 1964.
- DREHER, Klaus: Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998.
- DREHER, Klaus: Rainer Barzel. Zur Opposition verdammt, München 1973.
- DÜBBER, Ulrich: Parteienfinanzierung in Deutschland. Eine Untersuchung über das Problem der Rechenschaftslegung in einem künftigen Parteiengesetz, Köln 1962.
- DÜBBER, Ulrich: An den Stellwerken der Macht, in: Neue Gesellschaft 10 (1963), S. 103–114.
- DUDEK, Peter/JASCHKE, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 1, Opladen 1984.
- DUMANN, Manfred (Hg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben, Bonn 1972.
- DÜRR, Tobias: »Hochburg der Demokratie« zwischen Weimarer Demokratie und Einheitssozialismus: Liberal-demokratisches Milieu in Zittau?, in: Jb. zur Liberalismusforschung 10 (1998), S. 33–54.
- DÜRR, Tobias/SOLDT, Rüdiger (Hg.), Die CDU nach Kohl, Frankfurt 1998.
- DÜRR, Tobias/WALTER, Franz: Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich, Fs. zum 60. Geb. v. Peter Lösche, Opladen 1999.
- EBBIGHAUSEN, Rolf: Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteifinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1996.
- EBELING, Hans-Heinrich/FRICKE, Hans-Reinhard: Duderstadt 1929–1949. Eine Untersuchung zur Stadtgeschichte im Zeitalter des Dritten Reiches, Duderstadt 1992.
- ECHTLER, Ulrich: Einfluß und Macht. Der beamtete Staatssekretär, München 1973.
- ECKARD, Albrecht: Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987.
- EGEN, Peter: Die Entstehung des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bochum 1971.
- EIBL, Franz: »Unsere gesamte Außenpolitik ist letztlich Wiedervereinigungspolitik«. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966, Regensburg 1998.
- ENGEL, Andreas: Regionale politische Traditionen und die Entwicklung der CDU/CSU, in: Oberndörffer/Schmitt, Parteien, S. 89–124.
- ERNST, Dieter: Der innerparteiliche Kanzlersturz (Ludwig Erhard 1963–1966), München 1996.
- FABRITIUS, Georg: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenheim am Glan 1978.
- FAIT, Barbara: Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei, München 1995.
- FÄSSLER, Peter: Badisch, christlich und sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952), Frankfurt 1995.
- FALKE, Wolfgang: Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971–1977, Berlin 1982.
- FALTER, Jürgen: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: PVJ 22 (1981), S. 236–263.

- FALTER, Jürgen u. a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986.
- FALTER, Jürgen u. a.: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: APuZ B37-38/90, S. 3–14.
- FALTER, Jürgen: Wer wählt rechts? München 1994.
- FAUL, Erwin (Hg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960.
- FAULENBACH, Bernd: Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebietes in der Nachkriegszeit – »naturwüchsiger Prozeß« oder »Ergebnis ehrlicher Arbeit«?, in: Ders./Günther Högl (Hg.), Eine Partei in ihrer Region. Zur Geschichte der SPD im Westlichen Westfalen, Essen 1988, S. 142–149.
- FEST, Joachim: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994
- FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971.
- FLECHTHEIM, Ossip K.: Politische Entwicklung und Finanzierung der CDU, in: Die neue Gesellschaft 5 (1958), S.182–189.
- FLESCHHUT, Elisabeth: »Ich als Frau und Abgeordnete...!« Untersuchung der politischen Karriere, der parlamentarischen Arbeit und des politischen Selbstverständnisses der weiblichen Abgeordneten im Bayerischen Landtag der Nachkriegszeit (1946–1958), München 1997.
- FOCKE, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee des christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hg.): Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.
- FRANKE, Konrad: Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945, Hildesheim 1980.
- FRATZSCHER, Arnold: Die CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1971.
- FREI, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- FRESE, Matthias/PRINZ, Michael (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996.
- FREVERT, Ute: »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995.
- FRIEDENSBURG, Ludwig von: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt 1992.
- FÜLLES, Mechthild: Frauen in Partei und Parlament, Köln 1969.
- GABRIEL, Karl (Hg.): Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980.
- GAULY, Thomas M.: Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust, Bonn 1991.
- GEILE, Dirk: Der Remer-Mythos in der frühen Bundesrepublik. Ein Beitrag zum organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, (unveröff. MA) Göttingen 1993.
- GLUCHOWSKI, Peter/VEEN, Hans-Joachim: Nivellierungstendenzen in der Wähler- und Mitgliederschaft von CDU/CSU und SPD von 1959 bis 1979, in: ZParl 10 (1979), S. 312–332.
- GOCH, Stefan: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.
- GOLSCH, Lutz: Die politische Klasse im Parlament. Politische Professionalisierung von Hinterbänklern, Baden-Baden 1998.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- GOTTO, Klaus (Hg.): Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963, München 1975.
- GOTTO, Klaus (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980.
- GOTTO, Klaus: Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Konrad Adenauer – Ziele und Wege, Mainz 1972, S. 97–144.
- GOTTO, Klaus: Der Versuch einer Großen Koalition 1962, in: BLUMENWITZ (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, S. 316–338.
- GRAF, Wolfgang: Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik, Mainz 1972.
- GREBING, Helga: Auch eine Entscheidung für die SPD. Maria Meyer Sevenich 1948/49, in: Internat. wiss. Korrespondenz zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung 24 (1988), S.43–54.
- GREBING, Helga: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt/M. 1971.
- GREBING, Helga: Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945–1952/53, Hildesheim 1990.
- GRESCHAT, Martin: Zwischen Aufbruch und Beharrung. Die evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Victor Conzemius u. a. (Hg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988, S.99–126.
- GRESCHAT, Martin: Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer, in: Ulrich von Hehl (Hg.), Adenauer und die Kirchen, Bonn 1999, S. 193–216.
- GROSSMANN, Thomas: Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970, Mainz 1991.
- GROTZ, Claus-Peter: Die Junge Union. Struktur – Funktion – Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl am Rhein 1983.
- GRUBER, Ludger: Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Eine parlamentshistorische Untersuchung, Düsseldorf 1998.
- GUNDELACH, Herlind: Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB, Diss. Bonn 1983.
- GURLAND, Arcadius R.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklungen bis 1953, Frankfurt/M. 1953.
- HACKEL, Wolfgang: Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU, Stuttgart 1978.
- HANKE, Christian: Die Deutschlandpolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945 bis 1990. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Demokratie-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses, Berlin 1999.
- HARS, Rudolf: Die Bildungsreformpolitik der CDU in den Jahren 1945 bis 1954. Ein Beitrag zum Problem des Konservatismus in der deutschen Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1981.
- HARTUNG, Werner: Konservative Zivilisationskritik und regionale Identität. Am Beispiel der niedersächsischen Heimatbewegung 1985 bis 1919, Hannover 1991.

- HASE, Karl Günther von: Konrad Adenauer und die Presse, Bonn 1988.
- HAUNGS, Peter: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern, in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Christlich-Demokratische Parteien in Europa, Bd. 1, Paderborn 1983, S. 9–194.
- HAUNGS, Peter: Kanzlerdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer bis Kohl, in: ZfP 33 (1986), S. 44–66.
- HAUNGS, Peter (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986.
- HAUNGS, Peter: Die CDU. Prototyp einer Volkspartei, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuther (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik, Bonn 1992, S. 172–216.
- HEHL, Ulrich von (Hg.): Adenauer und die Kirchen, Bonn 1999.
- HEHL, Ulrich von: Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik, in: HPM 6 (1999), S. 167–187.
- HEIDENHEIMER, Arnold J.: German Party Finance: the CDU, in: American Politics Science Review 51 (1958), S. 369–385.
- HEIDENHEIMER, Arnold J.: Schattierungen im Röntgenbild der Christlichen Demokraten, in: Die neue Gesellschaft 5 (1958). S. 172–181.
- HEIDENHEIMER, Arnold J.: Adenauer and the CDU. The Rise of a Leader and the Integration of the Party, The Hague 1960.
- HEIDENHEIMER, Arnold J.: Der starke Regierungschef und das Parteiensystem: Der Kanzlereffekt in der Bundesrepublik, in: PVJ 2 (1961), S. 241–262.
- HEIDENREICH, Gerd/WOLF, Werner: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen, Köln 1995.
- HEIMANN, Siegfried: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss (Hg.), Parteienhandbuch, S. 2025–2216.
- HEIN, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985.
- HEITZER, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.
- HELMES, Ludger: »Politische Führung« als politikwissenschaftliches Problem, in: ZPol 41 (2000), S. 411–434.
- HELWIG, Gisela/NICKEL, Hildegard Maria (Hg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Bonn 1993.
- HEMMER, Hans-Otto/SCHMITZ, Kurt Thomas (Hg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990.
- HENKELS, Walter: Die leisen Diener und ihre Herren. Regierungssprecher von Adenauer bis Kohl, Düsseldorf 1985.
- HENNIG, Eike: Demokratische Sammlung nach 1945. Wahlanalytische und politisch-kulturelle Bemerkungen zur politischen Entwicklung in Hessen (1946–1954), in: Tel Aviver Jahrbuch für dt. Gesch. 19 (1990), S. 339–382.
- HENNIS, Wilhelm: Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre, München 1968.
- HENTSCHEL, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998.
- HERRLITZ, Hans-Georg Herrlitz u. a.: Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung, Weinheim 1993.
- HERZ, Dieter von: Die Landtagswahl von 1966 in Nordrhein-Westfalen. Die Politik des verspäteten Machtwechsels, Köln 1968.
- HETTERICH, Volker: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um die Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998, Opladen 2000.
- HEYDTE, Friedrich August/SACHERL, Karl: Soziologie der deutschen Parteien, München 1955.
- HILDEBRAND, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984.
- HILLGRUBER, Andreas: Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950–1952, in: Dieter ALBRECHT, Politik und Konfession, S. 503–517.
- HIRSCH-WEBER, Wolfgang/SCHÜTZ, Klaus: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Berlin 1957.
- HOCKERTS, Hans Günther: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957, Stuttgart 1980.
- HOECKER, Beate: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen 1987.
- HOEFT, Klaus-Dieter: Die Finanzierung der CDU und der FDP in Westdeutschland, Berlin (Ost) 1966.
- HOFFMANN, Alfred: Die bildungspolitischen Vorstellungen der CDU und SPD. Eine pädagogische Analyse ihrer Entwicklung von 1945–1965, Düsseldorf 1968.
- HOFFMANN, Dirk/KRAUS, Marita/SCHWARTZ, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.
- HOFFMANN, Johannes J.: »Vorsicht und keine Indiskretionen!« Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955, Aachen 1995.
- HOFFMANN-GÖRTIG, Joachim: Die jungen Wähler. Zur Interpretation der Jungwählerdaten der ‚Repräsentativen Wahlstatistik‘ für Bundestag, Landtag und Europaparlament 1953–1984, Frankfurt 1984.
- HOHENSTEIN, Angelika: Bauernverbände und Landwirtschaftskammern in Niedersachsen 1945–54, Hildesheim 1990.
- HÖNEMANN, Stefan/MOORS, Markus: Wer die Wahl hat ... Bundestagswahlkämpfe seit 1957. Muster der politischen Auseinandersetzung, Marburg 1994.
- HOLZ, Markus: Christliche Weltanschauung als Grundlage von Parteipolitik. Eine Analyse des genuin christlichen in der frühen CDU/CSU (1945–50) aus der Betrachtung des christlichen Menschenbildes und seiner ideengeschichtlichen Hintergründe, München 1992.
- HUH, Tina: Moderne politische Werbung – Information oder Manipulation? Werbestrategien im Wahlkampf. Dargestellt anhand der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg von 1952 bis 1992, Frankfurt 1996.
- HÜRTEIN, Heinz: Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: Albrecht Langner (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 131–154.
- HÜRTEIN, Heinz: Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960, Mainz 1986.
- HÜWEL, Detlev: Karl Arnold. Eine politische Biographie, Wuppertal 1980.
- JACOBS, Norbert: Der Streit um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973. Ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland, Bonn 1992.

- JANKE, Ewald Hein: Protestantismus und Faschismus nach der Katastrophe (1945–1949), Göttingen 1981.
- JEBENS-IBS, Sabine: Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik, in: »Alle Mann an Deck!«-»Und die Frauen in die Kombüse?« Frauen in der schleswig-holsteinischen Politik 1945–1958, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Kiel 1993, S. 47–148.
- JESSE, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlrechtssystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983, Düsseldorf 1985.
- JOHN, Antonius: Andreas Hermes und der Deutsche Bauernverband, Hennef 1977.
- JORDAN, Pasqual: Der gescheiterte Aufstand. Betrachtungen zur Gegenwart, Frankfurt 1956.
- JUN, Uwe: Koalitionsbildungen in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949, Opladen 1994.
- KAACK, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.
- KAASE, Max: Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961, Meisenheim 1967.
- KASTEN, Bernd: »Das Ansehen des Landes Schleswig-Holstein.« Die Regierung von Hassel im Umgang mit den Problemen der nationalsozialistischen Vergangenheit 1954–1961, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 118 (1993), S. 267–284.
- KATZ, Richard S./MAIR, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartell Party, in: Party Politics 1 (1995), S. 5–28.
- KEINEMANN, Friedrich: Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Politische Bewegungen und Koalitionsbildungen in Nordrhein-Westfalen 1950–1962, München 1973.
- KITZINGER, Uwe Webster: German Electoral Politics. A Study of the 1957 Campaign, Oxford 1960.
- KITZINGER, Uwe Webster: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960.
- KITZINGER, Uwe Webster: Wahlausgaben: Ein deutsch-englischer Vergleich, in: Zfp 7 (1960), S. 382–404.
- KLEINMANN, Hans Otto: Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993.
- KLESSMANN, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991 (5. überarb. Aufl.).
- KLESSMANN, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung. Eine regionale Parteianalyse, Meisenheim 1969.
- KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin 1982.
- KOCH, Susanne: Parteien in der Region. Eine Zusammenhanganalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur, Opladen 1994.
- KOCH, Peter: Konrad Adenauer. Eine politische Biographie, Reinbek 1985.
- KÖHLER, Henning, Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994.
- KÖHLER, Joachim/MELIS, Damian von (Hg.), Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Stuttgart 1998.
- KOERFER, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.
- KONRAD, Christoph Werner: Der Mittelstand in der politischen Willensbildung. Geschichte, Organisation, Einfluß und Politik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes 1963–1987, Bonn 1990.
- KORTE, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren, Frankfurt 1987.
- KOSTHORST, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993.
- KOSTHORST, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.
- KOSZYK, Kurt: Pressepolitik für Deutschland 1945–1960. Geschichte der deutschen Presse Teil IV, Berlin 1986.
- KRANENPOHL, Uwe: Mächtig oder machtlos? Die kleinen Parteien im deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen 1999.
- KREY, Franz Heinrich: Kraft einer Idee. 20 Jahre CDU Rheinland, Recklinghausen 1965.
- KRIEGER, Wolfgang (Hg.): Adenauer und die Wiederbewaffnung, Bonn 2001.
- KROEGEL, Dirk: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik, München 1997.
- KRUIP, Gudrun: Das »Welt«-»Bild« des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999.
- KÜHR, Herbert/ROHE, Karl (Hg.): Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, Königstein/T. 1979.
- KÜHR, Herbert (Hg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein/T. 1979.
- KÜHR, Herbert: Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Von der Unionsgründung zur modernen Mitgliederpartei, in: Ulrich von Alemann (Hg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 91–120.
- KÜPPER, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer, Frankfurt/M. 1985.
- KÜPPERS, Heinrich: Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit 1958–1961, in: VfZ 35 (1987), S. 625–659.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959, in: VfZ 36 (1988), S. 733–768.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: Adenauer und Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S. 483–542.
- KUROPKA, Joachim: Zur historischen Identität des Oldenburger Münsterlandes, Ashendorf 1982.
- KUROPKA, Joachim: 40 Jahre Christlich-Demokratische Union im Oldenburger Land. Zur Gründung und Entwicklung einer neuen Partei in Oldenburg seit 1945, Vechta 1987.
- KUROPKA, Joachim: »Um den Karren wieder aus dem Dreck zu holen...« 50 Jahre Christlich Demokratische Union im Landkreis Vechta, Vechta 1995.

- LAITENBERGER, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986.
- LAMMERT, Norbert: Lokale Organisationsstrukturen innerparteilicher Willensbildung. Fallstudie am Beispiel eines CDU-Kreisverbandes im Ruhrgebiet, Bonn 1976.
- LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956, Meisenheim 1975.
- LANGE, Hans-Jürgen: Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973–1989, Marburg 1994.
- LANGNER, Albrecht (Hg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963, Paderborn 1978.
- LANGGUTH, Gerd (Hg.): Politik und Plakat. Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU, Bonn 1995.
- LEE, Sabine: CDU Refugee Politics and the Landesverband Oder/Neiße: Electoral Tool or Instrument of Integration, in: *German Politics* 8 (1999), S. 131–149.
- LEGGEWIE, Claus: CDU – Integrationsmodell auf Widerruf. Die zwei Modernisierungen der deutschen Rechten nach 1945, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34 (1989), S. 294–308.
- LEPSIUS, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56–80.
- LESKI, Horst: Schulreform und Administration. Vom Einheitsschulprogramm der Weimarer Reichsverfassung bis zu den Schulreformprogrammen des niedersächsischen Kultusministeriums. Oldenburg 1990.
- LEUSCHNER, Jörg/FÖRSTERLING, Reinhard: 50 Jahre CDU-Landesverband Braunschweig, Braunschweig 1996.
- LEY, Richard: Föderalismusdiskussion innerhalb der CDU, CSU: Von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes, Mainz 1978.
- LEYENDECKER, Hans/PRANTL, Heribert/STILLER, Michael: Helmut Kohl, die Macht und das Geld, Göttingen 2000.
- LIEDHEGENER, Antonius: Katholisches Milieu in einer industriellen Umwelt am Beispiel Bochum. Strukturen und Entwicklungslinien 1830–1974, in: Frese/Prinz (Hg.): *Politische Zäsuren*, S. 545–595.
- LIEPELT, Klaus/RIEMENSCHNITTER, Helga: Wider die These vom besonderen Wahlverhalten der Frau. Eine Auseinandersetzung mit statistischen und individualistischen Fehlschlüssen, in: *PVS* 14 (1973), S. 567–605.
- LÖSCHE, Peter/WALTER, Franz: Die FDP. Richtungstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996.
- LÖSCHE, Peter/WALTER, Franz: Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- LÖSCHE, Peter/WALTER, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: *GG* 26 (2000), S. 471–492.
- LÖSCHE, Peter: Wovon leben die Parteien? Über das Geld in der Politik, Frankfurt 1984.
- MARQUARDT, Regine: Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949–1961). Ausgewählte Biographien, Opladen 1999.
- MARTEN, Heinz Georg: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Deutschen Partei 1945 bis 1955, Göttingen 1978.
- MARTEN, Heinz Georg: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.
- MARTIN, Anne: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995.
- MARCINIAK, Friedhelm: Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen 1948–1970. Eine statistisch-ökologische Analyse, Köln 1978.
- MATTHIESEN, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, Demokratie und Diktatur, Düsseldorf 2000.
- MAYNTZ, Renate: Parteiengruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln 1959.
- MAYNTZ, Renate: Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriege-meinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958.
- MEIER, Andreas: Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991.
- MENSING, Hans-Peter: Emma, Gussie und Konrad Adenauer, in: Dieter Zimmer (Hg.), *Deutschlands First Ladies: Die Frauen der Bundespräsidenten und Bundeskanzler von 1949 bis heute*, Stuttgart 1998, S. 33–62.
- MENSING, Hans Peter: Adenauer und der Protestantismus, in: Hehl (Hg.), *Adenauer und die Kirchen*, S. 43–60.
- METZ, Andreas: Die ungleichen Gründungsväter. Adenauers und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik, Konstanz 1998.
- MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer deutsch-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965.
- MIETSCH, Fritjof: Von Ahlen bis Sonthofen. Kritische Anmerkungen zur Programmgeschichte der CDU und CSU, München 1980.
- MINTZEL, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975.
- MINTZEL, Alf: Kandidatenauslese für den Deutschen Bundestag über die Landesliste. Eine Fallstudie über die Aufstellung der CSU-Landesliste zu den Bundestagswahlen 1957 und 1961, in: *ZParl* 11 (1980), S. 18–38.
- MINTZEL, Alf: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984.
- MINTZEL, Alf: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1999.
- MITCHELL, Maria: Materialism and Secularism: CDU Politicians and National Socialism 1945–49, in: *Journal of modern History* 67 (1995), S. 278–308.
- MITCHELL, Maria: Christian Democracy and the Transformation of German Politics 1945–1949, Ms. Diss. Boston 1995.
- MOLITOR, Ute: Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1992.
- MOELLER, Robert G.: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik, München 1997.
- MÖLLER, Martin: Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945–1950. Grundlagen und Beginn des Dialoges, Göttingen 1984.
- MORSEY, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrums-partei zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33, Stuttgart 1977.

- MORSEY, Rudolf (Hg.): Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1979.
- MORSEY, Rudolf: Die Rhöndorfer Weichenstellung vom 21. August 1949. Neue Quellen zur Vorgeschichte der Koalitions- und Regierungsbildung nach der Wahl zum ersten deutschen Bundestag, in: VfZ 28 (1980), S. 508–542.
- MORSEY, Rudolf: Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1997.
- MORSEY, Rudolf: Auf der Suche nach einem Ersatzmann. Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959, in: HPM 2 (1995), S. 247–281.
- MORSEY, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn 1996.
- MOSES, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40 (2000), S. 233–263.
- MÜCHLER, Günter: Die CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976.
- MÜLLER, Michael: Konfessionell oder simultan? Der Streit um die Volksschule in Rheinland-Pfalz 1945–1955, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 317–346.
- MÜLLER, Werner: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949, München 1995.
- MÜLLER-LIST, Gabriele: Adenauer, Unternehmer und Gewerkschaften. Zur Einigung über die Montanmitbestimmung 1950/51, in: VfZ 33 (1985), S. 288–309.
- MÜLLER-ROMMEL, Ferdinand/PIPER, Gabriele: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, in: APuZ B 21–22 (1991), S. 3–13
- MÜNCH, Werner (Red.): CDU im Oldenburger Land 1945–1985. Chronik des CDU-Landesverbandes Oldenburg, Vechta 1986.
- MÜNKE, Stephanie: Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Mai 1950, Berlin 1952.
- MÜNKEL, Daniela: Zwischen Diffamierung und Verehrung. Das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in: Carsten Tessmer (Hg.), Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und Polen, Berlin 2000, S. 23–40.
- NARR, Wolf-Dieter: CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.
- NASSMACHER, Karl-Heinz: Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien, Opladen 1989.
- NATHUSIUS, Ingo: Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz 1992.
- NEIDHARDT, Friedhelm/LEPSIUS, Rainer/WEISS, Johannes (Hg.): Kultur und Gesellschaft (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychiatrie 1986), Opladen 1986.
- NEUMANN, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960, Meisenheim 1968.
- NICLAUSS, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988.
- NIEMANN, Jürgen: Auftakt zur Demokratie. Der Bundestagswahlkampf 1949 zwischen Improvisation und Ideologie, Bochum 1994.
- NIETFELD, Joseph: Die Zentrumspartei. Geschichte und Struktur 1945–1958, Braunschweig 1985.
- NIETHAMMER, Lutz: Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt 1969.
- NOLTE, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- NOORMANN, Harry: Protestantismus und politisches Mandat 1945–1949, Gütersloh 1985.
- OBERNDÖRFER, Dieter/SCHMITT, Carl (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991.
- OHLEMACHER, Jörg: Der Loccumer Vertrag – der erste Staatskirchenvertrag in der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, in: KZG 3 (1990), S. 245–275.
- OLLIGS, Christiane: Die Entwicklung der Landtags- und Kommunalwahlgesetze in den Ländern der Britischen Zone, München 1990.
- OPPELLAND, Torsten: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU 1952–1969, in: HPM 5 (1998), S. 105–145.
- OPPELLAND, Torsten (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1: 17 biographische Skizzen aus Ost und West; Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Darmstadt 1999.
- OPPELLAND, Torsten: Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Eine politische Biographie Gerhard Schröders, i. E.
- PAKSCHIES, Günter: Umerziehung in der britischen Zone 1949–1949. Weinheim/Basel 1979.
- PERELS, Joachim: Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus 1935–1945. Kritik eines Selbstbildes, in: Beilage zur ›Jungen Kirche‹ 56.9 (1995).
- PERMIEN, Andreas: Protestantismus und Wiederbewaffnung 1950–1955. Die Kritik der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen an Adenauers Widerbewaffnungspolitik. Zwei Fallstudien, Köln 1994.
- PETERSEN, Sönke: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise, Opladen 2000.
- PFEFFELER, Heinz: Landesgeschichte und Identität. Zur Geschichte Württemberg-Hohenzollerns zwischen Provisorium und Südweststaatsbildung, Stuttgart 1995.
- PIKART, Eberhard: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie, Stuttgart 1976.
- POHL, Hans (Hg.): Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn 1992.
- POLLMANN, Klaus-Erich, Wahlen und Wahlkämpfe in den Ländern der Bundesrepublik 1949–1960, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S. 241–266.
- POPPINGA, Anneliese: Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart 1976.
- PRIDHAM, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945–1976, London 1977.
- PREUSSE, Detlev: Gruppenbildung und innerparteiliche Demokratie. Am Beispiel der Hamburger CDU, Königstein/T. 1981.
- PÜTZ, Helmuth: Die CDU. Entwicklung, Organisation und Politik der CDU Deutschlands, Bonn 1971.

- PÜTZ, Helmuth: Innerparteiliche Willensbildung. Empirische Untersuchung zum bildungspolitischen Willensbildungsprozeß in der CDU, Mainz 1974.
- PYTA, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Bonn 1996.
- RANNACHER, Helmut: Das konfessionelle Gleichgewicht als Strukturproblem der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Tübingen 1970.
- RAUSCHER, Anton (Hg.): Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, Paderborn 1979.
- RAUH-KÜHNE, Cornelia/Ruck, Michael (Hg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993.
- RECKER, Marie-Luise: Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1960, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S. 267–309.
- RECKER, Marie-Luise/JELLONEK, Burkhard/RAULS, Bernd (Hg.): Bilanz: 50 Jahre Bundesrepublik, St. Ingbert 2001.
- REEKEN, Dietmar von: Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hannover 1991.
- REIGROTZKI, Erich: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Elemente der sozialen Teilnahme in Kirche, Politik, Organisation und Freizeit, Tübingen 1956.
- RENDTORFF, Trutz: Protestantismus zwischen Kirche und Christentum. Die Bedeutung protestantischer Traditionen für die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1983, S. 410–440.
- RENNER, Michael: Nachkriegsprotestantismus in Bayern. Untersuchungen zur politischen und sozialen Orientierung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns und ihres Landesbischofs Hans Meiser in den Jahren 1945–1955, München 1991.
- REPGEN, Konrad: Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957?, in: Blumenwitz, Konrad Adenauer, S. 294–315.
- REPGEN, Konrad: Der Konkordatsstreit in den fünfziger Jahren. Von Bonn nach Karlsruhe (1949–1955/57), in: KZG 3 (1990), S. 201–245.
- REUCHER, Ursula: Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung (1956–1965). Ein Beitrag zur Geschichte der bundesdeutschen Sozialpolitik, Düsseldorf 1999.
- RICHTER, Jana: Eine Schule für Bayern. Die schulpolitischen Auseinandersetzungen um die Einführung der Christlichen Gemeinschaftsschule in Bayern nach 1945, München 1997.
- RINKLAGE, Hubert: Katholisches Milieu und Nationalsozialismus. Traditionelle Verhaltensweisen und gesellschaftlicher Umbruch im Emsland vom Ende des Kaiserreiches bis zur Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Göttingen 1994.
- RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987.
- RODE, Norbert: Zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei/Deutsche Partei (NLP/DP), in: NdsJb 53 (1981), S. 281–300.
- ROHE, Karl: Wahlanalysen im historischen Kontext. Zur Kontinuität und Wandel im Wahlverhalten, in: HZ 234 (1982), S. 337–357.
- ROHE, Karl: Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen – Parteien – Politische Kultur, Essen 1986.
- ROHE, Karl: Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: GG 13 (1987), S. 508–534.
- ROHE, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1992.
- ROSSDEUTSCHER, Reinhard: Wählerverhalten im Vorharz nach dem Zweiten Weltkrieg. Einflußfaktoren auf die Resultate rechtsextremer Parteien im Vorharzraum bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Zeit 1946 bis 1952, Frankfurt/M. 1990.
- ROTBURG, Joachim: Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main 1945–1946, Frankfurt 1999.
- ROTH, Götz: Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951, Meisenheim 1954.
- ROWOLD, Manfred: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-enttablierten Parteien in der Bundesrepublik, 1974.
- RUDOLPH, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945–1972, Göttingen 1984/85.
- RUDOLPH, Karsten/WICHERT, Christl (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie, Fs. für Helga Grebing, Essen 1995.
- RUDOLPH, Karsten: Die sechziger Jahre. Das Jahrzehnt der Volksparteien?, in: Schildt u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten, S. 471–491.
- RUDZIO, Wolfgang: Wahlverhalten und kommunalpolitisches Personal in ausgewählten Oldenburger Gemeinden. Aspekte politisch-sozialer Milieustrukturen, in: Wolfgang Günther (Hg.): Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 253–297.
- RUPP, Karl Heinz: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970.
- RÜSCHENSCHMIDT, Heinrich: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Darmstadt 1981.
- RÜSCHENSCHMIDT, Heinrich: Gründung und erste Jahre. Die CDU Hessen unter Werner Hilpert 1945–52, in: Heidenreich/Wolf (Hg.), Der Weg, S. 13–36.
- SAALFELD, Thomas: Parteisolddaten und Rebellen. Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im deutschen Bundestag (1949–1990), Opladen 1995.
- SAHNER, Heinz: Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Meisenheim 1972.
- SALENTIN, Ursula: Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der BRD. Ein demokratischer Lebensweg, Freiburg 1986.
- SARCINELLI, Ulrich (Hg.): Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz, Opladen 1984.
- SÄNGER, Fritz/LIEPELT, Klaus (Hg.): Wahlhandbuch 1965, Frankfurt a. M. 1965.
- SARKOWITZ, Hans (Hg.): Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Portraits, München 1999.
- SAUER, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus. Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises, München 1999.

- SCHEDE, Wolf-Erich: Der Landtagswahlkampf in Niedersachsen 1959, Freiburg 1961.
- SCHAEER, Reinhard, Evangelische Kirche und Politik 1945 bis 1949, Köln 1981.
- SCHEEWICK, Burckhard van: Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980.
- SCHEYBANI, Abdolreza: Handwerk und Kleinhandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sozioökonomischer Wandel und Mittelstandspolitik 1949–1961, München 1996.
- SCHILD, Axel: Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU 44 (1993), S. 567–584.
- SCHILDT, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre, Hamburg 1995.
- SCHILDT, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1998.
- SCHILDT, Axel/SYWOTTEK, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, akt. Ausg. Bonn 1998.
- SCHILDT, Axel: »Zwischen Abendland und Amerika.« Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999.
- SCHILDT, Axel/SIEGFRIED, Detlev, LAMMERS, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- SCHILLER, Theo/WINTER, Thomas von (Hg.): Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993.
- SCHINDELBECK, Andreas Dirk/ILGEN, Volker: »Haste was, biste was!« Werbung für die soziale Marktwirtschaft, Darmstadt 1999.
- SCHLETH, Uwe: Parteifinanzierung. Eine Studie über Kosten und Finanzierung der Parteitätigkeit, zu deren politischer Problematik und zu den Möglichkeiten einer Reform, Meistein 1973.
- SCHLEMMER, Thomas: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945–1955, München 1998.
- SCHLEMMER, Thomas: Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945–1976, in: HPM 6 (1999), S. 287–324.
- SCHLUMBERGER, Frank: Das Adenauer-Bild in der politischen Publizistik 1949–1955. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung als zeitgeschichtliche Quelle, Frankfurt/M. 1991.
- SCHMEER, Reinhard: Volkskirchliche Hoffnung und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren, Köln 1996.
- SCHMID, Josef: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990.
- SCHMIDT, Claudius: Heinrich Hellwege. Ein politisches Lebensbild, Stade 1991.
- SCHMIDT, Manfred G.: CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt 1980.
- SCHMIDT, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957, 3 Bde., Berlin 1959–1962.
- SCHMIDT, Ute: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Opladen 1986, S. 490–660.
- SCHMIDT, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.
- SCHMIDTCHEN, Gerhard: Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern 1973.
- SCHMITT, Karl: Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989.
- SCHMIDTHÜS, Thomas: Das katholisch-evangelische Verhältnis, in: Wort und Wahrheit 9 (1954), S. 405–408.
- SCHNEIDER, Andrea: Die Kunst des Kompromisses. Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969, Paderborn 1999.
- SCHNEIDER, Ulrich: Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen, Melsungen 1991.
- SCHMOECKEL, Reinhard/KAISER, Bruno: Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.
- SCHÖLLGEN, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.
- SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985.
- SCHÖNHOFEN, Klaus: Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966, in: Wolfram Pyta/Ludwig Richter (Hg.), Gestaltungskraft des Politischen. Fs. für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 379–397.
- SCHÖNHOFEN, Klaus: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GG 25 (1999), S. 123–145.
- SCHOTT, Heinzgerd: Die Formierte Gesellschaft und das deutsche Gemeinschaftswerk. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwig Erhards, Bonn 1982.
- SCHRÖDER, Karsten: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985.
- SCHROEDER, Wolfgang: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft: Der Streit um den DGB und der Niedergang des traditionellen Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992.
- SCHROEDER, Wolfgang: Die CDU im Spiegel neuer Studien und alter Quellen, in: PVS 36 (1995), 121–130.
- SCHULZ, Gerhard: Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, hrsg. v. Institut für Politische Wissenschaft, Stuttgart 1955, S. 3–153.
- SCHULZ, Gerhard: Die Organisationsstruktur der CDU, in: ZfP 3 (1956), S. 147–165.
- SCHULZ, Günther: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und in der Bundesrepublik von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994.
- SCHULZE, Rainer: Bürgerliche Sammlung oder Welfenpartei? Ergänzungen zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei 1945/46: Die Konzeption Wolfgang Bodes, in: NdsJb 57 (1985), S. 207–236.
- SCHULZE, Rainer/BRELIE-LEWIEN, Doris von der/GREBING, Helga (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hannover 1987.
- SCHULZE, Rainer: Probelauf für die »Bürgerliche Sammlung« in Niedersachsen. Die Bundestagswahl vom 19. 3. 1952 (Harz) und die niedersächsische Unternehmerschaft, in: NdsJb 59 (1987), S. 253–277.

- SCHULZE, Rainer: Unternehmerische Selbstverwaltung und Politik. Die Rolle der Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen und Bremen als Vertretung der Unternehmerinteressen nach dem Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1988.
- SCHÜTZ, Uwe: Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, Münster 1993.
- SCHWABE, Klaus/REICHARDT, Rolf (Hg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hg.): Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschland-politische Vorstellungen Konrad Adenauers, Stuttgart 1979.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hg.): Berlin-Krise und Mauerbau, Bonn 1985.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986 und Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauers Kanzlerdemokratie und Regierungstechnik, in: APuZ B 1–2 (1989), S. 15–27.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Konrad Adenauers Regierungsstil, Bonn 1991.
- SIEGRIST, Hannes: Ende der Bürgerlichkeit. Die Kategorien ‚Bürgertum‘ und ‚Bürgerlichkeit‘ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: GG 20 (1994), S. 549–583.
- SILBER-BONZ, Christoph: Pferdenges und Adenauer. Der politische Einfluß des Kölner Bankiers, Bonn 1997.
- SIMON, Christian: Das religiöse Fundament der niedersächsischen Schulgesetze im Parteienstreit der Fünfziger Jahre, in: NdsJb 66 (1994), S.261–289.
- SIMON, Christian: Die evangelischen Kirchen und das Volksschulwesen in Niedersachsen 1945 bis 1955, Hannover 1997.
- SOWINSKI, Oliver: Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei, Frankfurt 1998.
- SPOTTS, Frederic: Kirchen und Politik in Deutschland, Stuttgart 1976.
- STADIÉ, Rolf: Grunddaten zum politischen Verhalten älterer Menschen, in: APuZ B 48 (1986), S. 21–34.
- STEGMANN, Dirk (Hg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983.
- STEGMANN, Dirk (Hg.): Der Landkreis Harburg 1918–1949. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur, Hamburg 1994.
- STEININGER, Rolf: Wiederbewaffnung. Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag: Adenauer und die Westmächte 1950, Erlangen 1989.
- STOFFREGEN, Albert: Die Geschichte der politischen Parteien und Wahlen im Gebiet des Kreises Gandersheim und der Stadt Salzgitter von 1867 bis 1963, Marburg 1965.
- STOSCH, Stefan: Die Adenauer-Legion. Geheimauftrag Wiederbewaffnung, Konstanz 1994.
- STÖSS, Richard (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, 2 Bde. Opladen 1983/84.
- STÖVER, Bernd: Der Fall Otto John. Neue Dokumente zu den Aussagen des deutschen Geheimdienstchefs gegenüber MfS und KGB, in: VfZ 47 (1999), S. 103–136.
- STRIEBICH, Heinz: Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Land Baden, Heidelberg 1955.
- STRUCK, Claus Ove: Die Politik der Landesregierung Friedrich Wilhelm Lübke in Schleswig-Holstein (1951–1954), Frankfurt 1997.
- STUBBE-DA LUZ, Helmut: Von der »Arbeitsgemeinschaft« zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985), Hamburg 1986.
- STUBBE, Helmut: Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946, Hamburg 1989.
- STUPPERICH, Robert: Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Wandel der Zeiten, Göttingen 1989.
- SÜSSMUTH, Hans: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990, Baden-Baden 1990.
- THEIECK, Franz: Die Bodenrechtsreformprogramme der politischen Parteien SPD, CDU/CSU und FDP und die Sozialbindung des Eigentums, Münster 1977.
- THIELICKE, Helmut: Die evangelische Kirche und die Politik. Ethisch-Politischer Traktat über einige Zeitfragen, Stuttgart 1953.
- THIESEN, Helene: Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953, Bonn 1988.
- TOMAN-BANKE, Monika: Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994, Wiesbaden 1996.
- TRIPPEN, Norbert: Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl Dietrich Bracher (Hg.), Staat und Parteien. Fs. f. Rudolf Morsey, Berlin 1992, S. 345–377.
- TRITTEL, Günter J.: Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975.
- TRITTEL, Günter J.: Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der »Ersten Stunde«, in: VfZ 35 (1987), S. 25–63.
- TROITZSCH, Klaus G.: Sozialstruktur und Wählerverhalten. Möglichkeiten und Grenzen ökologischer Wahlanalyse. Dargestellt am Beispiel der Wahlen in Hamburg von 1949 bis 1974, Meisenheim 1976.
- UERTZ, Rudolf: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981.
- ULEER, Hans Christoph: Das Verhältnis von DP und CDU bei den niedersächsischen Regierungsbildungen von 1955, 1957 und 1959, Würzburg o. J. (1970).
- ULLMANN, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt 1988.
- VARAIN, Heinz Josef: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein, 1945–1958, Köln 1964.
- VARAIN, Heinz Josef: Kandidaten und Abgeordnete in Schleswig-Holstein 1947–1958, in: PVJ 2 (1961), S.363–411.
- VEEN, Hans-Joachim (Hg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa, 5 Bde., Paderborn 1983 bis 2001.
- VÖLKER, Peter: Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867–1972, Hannover 1977.
- VOGEL, Bernhard/HAUNGS, Peter: Wahlkampf und Wählertraditionen. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961, Köln 1965.
- VOGEL, Johanna: Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der BRD 1949–1956, Göttingen 1978.

- VOLKMANN, Hans-Erich: Gustav W. Heinemann und Konrad Adenauer. Anatomie und politische Dimension eines Zerwürfnisses, in: *GWU* 38 (1987), S. 10–32.
- VOLLNHALS, Clemens: *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989.
- VOLTMER, Erich: *Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar*, Dillingen 1979.
- WACHS, Philipp-Christian: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt 2000.
- WAGNER, Dietrich: *FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955*, Boppard 1978.
- WAGNER, Wolfgang: *Die Bundespräsidentenwahl 1959*, Mainz 1972.
- WALKER, Horst O.: *Das Presse und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung*, Frankfurt/M. 1982.
- WALTER, Franz: *Führung in der Politik. Am Beispiel sozialdemokratischer Parteivorsitzender*, in: *ZPol* 7 (1997), S. 1287–1336.
- WALTER, Franz: *Katholisches Milieu und politischer Katholizismus in säkularisierten Gesellschaften: Deutschland, Österreich und die Niederlande im Vergleich* in: *Dürr/Walter (Hg.), Solidargemeinschaft*, S. 43–71.
- WALTER, Franz/DÜRR, Tobias: *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor*, Berlin 2000.
- WALTER, Karin: *Neubeginn, Nationalsozialismus, Widerstand. Die politisch-theoretische Diskussion der Neuordnung in CDU und SPD 1945–1948*, Bonn 1987.
- WAMBACH, Manfred Max: *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*, Stuttgart 1971.
- WEBER, Alfred: *Die Fehlentwicklung in der Außenpolitik Adenauers*, in: *Ders., Haben wir Deutschen nach 1945 versagt? Politische Schriften*, Frankfurt 1982, S. 258–271.
- WEBER, Jürgen: *Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1977.
- WEBERLING, Johannes: *Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten 1945–1986*, Düsseldorf 1990.
- WEHLING, Hans-Georg (Red.): *Konfession – eine Nebensache? Politische, soziale und kulturelle Ausprägungen religiöser Unterschiede in Deutschland*, Stuttgart 1984.
- WEHLING, Hans-Georg (Hg.): *Wahlverhalten*, Stuttgart 1991.
- WEINACHT, Paul-Ludwig (Hg.): *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979.
- WEINACHT, Paul-Ludwig: *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*, Simaringen 1982.
- WEISBROD, Bernd (Hg.): *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995.
- WEISBROD, Bernd: *Region und Zeitgeschichte: Das Beispiel Niedersachsen*, in: *NdsJb* 68 (1996), S. 91–105.
- WEISBROD, Bernd (Hg.): *Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen*, Hannover 1998.
- WEITZEL, Kurt: *Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945–1947*, Frankfurt/M. 1982.
- WENGST, Udo: *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984.
- WENGST, Udo: *Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949*, in: *VfZ* 34 (1986), S. 1–52.
- WENGST, Udo: *Die Partei Adenauers. Neuerscheinungen zur Geschichte der Union*, in: *AfS* 32 (1992), S. 510–522.
- WENGST, Udo: *Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie*, München 1997.
- WESTERHOFF, Arnold: *Der politische Neubeginn in der Stadt Cloppenburg nach der Kapitulation im Jahre 1945*, in: *Stadt Cloppenburg (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Stadt Cloppenburg*, Bd. 2: *Cloppenburg nach 1900 – eine Stadt im Wandel*, Cloppenburg 1988, S. 68–95.
- WETTIG-DANIELMEIER, Ingrid: *Die erste Selbstaflösung eines Parlaments*, in: *ZfParl* 1 (1970), S. 269–284.
- WIECK, Hans Georg: *Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953.
- WIECK, Hans Georg: *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46*, Düsseldorf 1958.
- WICHARD, Rudolf: *Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972. Eine historisch-politische Analyse der Ergebnisse politischer Wahlen in der Stadt und im Landkreis Hildesheim von der Zeit des Kaiserreiches bis zur Gegenwart*, Hildesheim 1975.
- WIESENDAHL, Elmar: *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Wiesbaden 1998.
- WILLIAMS, Charles: *Adenauer. The Father of the New Germany*, London 2000.
- WINKELER, Rolf: *Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht*, Stuttgart 1971.
- WINKLER, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, München 2000.
- WINKLER, York R.: *Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945–1954. BHE-Flüchtlingsverbände-Landsmannschaften*, Wiesbaden 1998.
- WINMANN, Roland: *Die Finanzierung politischer Parteien in steuerrechtlicher Betrachtung*, Tübingen 1966.
- WINTERHAGER, Friedrich: *Günter Gereke, der erste Innenminister Niedersachsens – ein Wanderer zwischen den Welten*, in: *GDP* 24 (1996), S. 315–320.
- WOLF, Werner (Hg.): *CDU Hessen 1945–1985. Politische Mitgestaltung und Kampf um die Mehrheit*, Köln 1986.
- WOLFRUM, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.
- WOLLER, Hans: *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986.
- ZEUNER, Bodo: *Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1957. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese*, Den Haag 1970.
- ZIEMANN, Benjamin: *Der deutsche Katholizismus im späten 19. und 20. Jahrhundert. Forschungstendenzen auf dem Weg zur sozialgeschichtlichen Fundierung und Erweiterung*, in: *AfS* 40 (2000), S. 402–422.
- ZIEMANN, Benjamin: *Das Ende der Milieukoalition. Differenzen und Fragmentierung der katholischen Sozialmilieus nach 1945*, in: *Comparativ* 9 (1999), S. 89–101.